OpenDoors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2019

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex ... 3

1.1. Informationen aus erster Hand ... 3

1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit ... 4

1.3. Definition von Verfolgung ... 4

1.4. Überkonfessionell ... 4

1.5. Differenzierte Analyse ... 5

1.6. Betroffene Lebensbereiche ... 6

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex ... 8

3. Aktuelle Entwicklungen und Hintergründe ... 9

3.1. Totalitäre Herrschaftssysteme setzen Religionsgemeinschaften verstärkt unter Druck ... 9

3.2. Nationalistische Regierungen und Gesellschaften brandmarken Christen als Anhänger einer „fremden Religion“ ... 12

3.3. Ausbreitung des extremistischen Islam über den Nahen Osten nach Subsahara-Afrika ... 13

3.4. Wenige positive Entwicklungen ... 16

4. Informationen zu den einzelnen Ländern ... 17

5. Die Methodik hinter dem Index ... 527

5.1. Grundannahmen hinter dem WVI ... 527

5.2. Definition von Verfolgung ... 529

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex ... 529

5.4. Der Weltverfolgungsindex im Vergleich zu anderen Erhebungen ... 531

Anhang 1: WVI-Wertungsbeispiel ... 532

Anhang 2: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen ... 539

Anhang 3: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung ... 540

Anhang 4: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung ... 544

Anhang 5: Auflistung der Verfolger ... 548

Anhang 6: Erläuterungen zum „Verfolgungsmuster“ ... 549

6. Open Doors in Kürze ... 550

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Seit 27 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex die Situation der verfolgten Christen weltweit. Der Weltverfolgungsindex ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Er dient dem Ziel, ihre konkrete Situation bestmöglich zu erfassen und die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung zu identifizieren. Das Ergebnis dient zunächst als Basis für die Planung und Priorisierung der zahlreichen Hilfsprojekte von Open Doors. Darüber hinaus wird der Weltverfolgungsindex der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um einerseits auf die Lage der Christen aufmerksam zu machen sowie politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern klare Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit zu liefern. Schließlich sollen mit den Informationen auch die Christen in den westlichen Ländern daran erinnert werden, ihren verfolgten Glaubensgeschwistern zur Seite zu stehen.

Der WVI wird nach einer langjährig bewährten Methodik erstellt, die stetig weiterentwickelt wird. Dazu gehört unter anderem ein differenzierter Fragenkatalog, der von einheimischen Christen sowie Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet wird: für die jeweilige Region zuständige Forscher von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern), Analysten des WVI-Teams sowie externe Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes im Weltverfolgungsindex zu ermitteln. Der Entstehungsprozess wird zusätzlich durch externe Wissenschaftler überprüft.

1.1. Informationen aus erster Hand

Open Doors ist in rund 60 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Das ist zumeist nur im Verborgenen möglich, gerade im Hinblick auf Konvertiten. Durch eigene Mitarbeiter oder Partner vor Ort ist Open Doors direkt an der Seite der Christen und Untergrundgemeinden. Diese direkten Beziehungen zu betroffenen Christen bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit. Sie stellen eine wichtige Voraussetzung dar, die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld bestmöglich zu verstehen und die Projekte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen gewaltsamen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum. Sie spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider und damit auch den Druck, dem Christen durch Diskriminierung, Ausgrenzung, Benachteiligung und Schikane ausgesetzt sind.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation «überholt» wird. Einen besseren Anhaltspunkt bietet daher die Punktewertung.

Ein kurzer Vergleich mit ähnlichen Erhebungen zum gleichen Thema ist am Ende des Abschnitts „Die Methodik hinter dem Index“ als Punkt 5.4 eingefügt und kann helfen, die Besonderheiten des WVI zu erkennen.

1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit

In den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung, die im aktuellen Weltverfolgungsindex aufgelistet sind, leben ca. 5 Milliarden Menschen, darunter über 700 Millionen Christen. Ihre Lage hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Dazu beigetragen haben

- die islamistische Bewegung, die auch nach der weitgehenden Zerschlagung des IS in anderer Form weiter sehr aktiv ist. Dazu zählen sowohl gewaltbereite Gruppen wie der IS, Boko Haram, Al Shabaab u.a. als auch nicht-gewaltbereite Islamisten. Sie verfolgen eine klare politische Agenda mit dem Ziel, den Einfluss des Islam auszuweiten und letztlich alle Menschen in das „Haus des Islam“ einzugliedern.
- eine voranschreitende Radikalisierung in vom Islam bestimmten Regionen sowohl Afrikas als auch Asiens. Hier geraten auch moderate Muslime immer stärker unter Druck, was häufig maßgeblich auf ausländische Einflüsse – beispielsweise aus Saudi-Arabien – zurückzuführen ist. Eine friedliche Koexistenz von Muslimen und Christen wird dadurch immer schwieriger.
- eine deutliche Zunahme nationalistischer Tendenzen, die in hinduistischen und buddhistischen Ländern Asiens zusätzlich religiös aufgeladen sind. Besonders deutlich wird das am Beispiel Indien, wo sich die Situation der Christen seit dem letzten Regierungswechsel drastisch verschlechtert hat. Im Jahr 2018 hat aber auch die spürbare Zunahme an Restriktionen in China zur Verfolgung der Christen beigetragen. In ihrem Bemühen, alle Teile der Gesellschaft auf die politische Führung (und damit die kommunistische Partei) sowie die chinesischen Traditionen einzuschwören, geht das Regime von Präsident Xi Jinping auf breiter Front gegen Christen vor.

1.3. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Der von Open Doors verwendete Verfolgungsbegriff lehnt sich an die international gebräuchliche Definition des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) an, da er auch andere Menschenrechtsverletzungen miteinbezieht. Darüber hinaus folgt die WVI-Methodik eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“

Weitere Informationen hierzu unter www.opendoors.de/was-ist-verfolgung.

1.4. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen sowie die Situation der Konvertiten in einem Land.

1.5. Differenzierte Analyse

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe des Fragenkataloges sehr detailliert ermittelt. Der Fragebogen kann unter www.weltverfolgungsindex.de eingesehen werden. Open Doors berücksichtigt bei der Bewertung der einzelnen Länder sowohl die Zahl der Christen in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von Christen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Mit Hilfe dieser Vorgehensweise sollen auch irrtümliche Annahmen vermieden werden, die häufig anzutreffen sind. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region geschehen, umso stärker ist die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Christliche Konvertiten auf den Malediven werden beispielsweise von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen, weil sie schlicht unnötig sind. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies, insbesondere auf längere Sicht, eine viel wirksamere Form der Verfolgung sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. In Ägypten verüben beispielsweise Mitglieder des IS oder anderer islamistischer Gruppen immer wieder Bombenanschläge auf Kirchen und ermorden gezielt Christen, um das fast 2.000 Jahre alte christliche Erbe des Landes auszulöschen. Doch der stärkste Druck auf die Christen geht von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit aus, deren Weltsicht auf dem Koran und seinem Ziel der Unterwerfung aller Menschen unter die Scharia basiert. Daraus resultiert eine in allen Gesellschaftsschichten anzutreffende Abneigung gegen Christen und Andersgläubige. Christen gelten als Bürger zweiter Klasse und sind von Kindesbeinen an mit diesem Stigma konfrontiert, das sie in allen Lebensbereichen zu spüren bekommen. Diesem Druck standzuhalten, ist die größte Herausforderung der Kirche in Ägypten.

1.6. Betroffene Lebensbereiche

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Lebensbereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Bereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Durch die Analyse der Lebensbereiche versucht Open Doors das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.

1. **Privatleben:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit, im Bereich der Religionsfreiheit vom »forum internum«. Können Christen zu Hause ungestört beten oder Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?

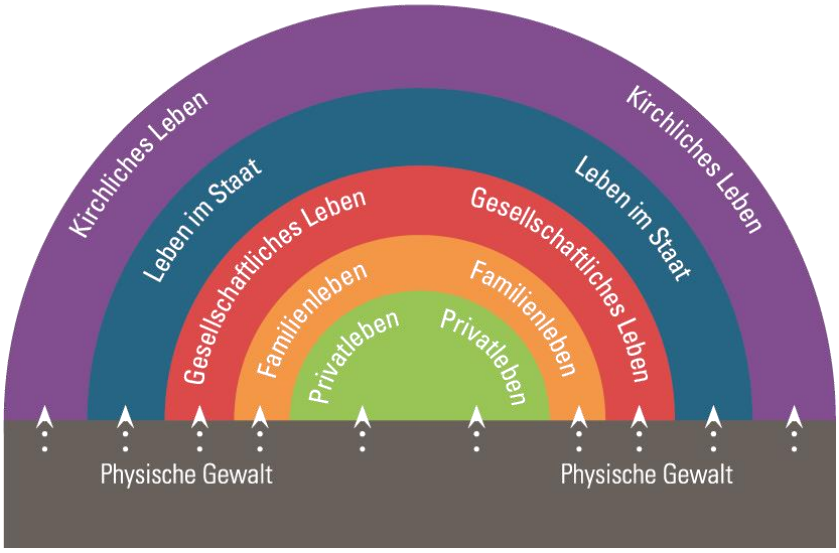
2. **Familienleben:** Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige, einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten, ist diese Form der Verfolgung oft extrem belastend.

3. **Gesellschaftliches Leben:** Jeder Mensch lebt innerhalb eines sozialen Umfeldes mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu Problemen führen. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, z.B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren, zu bedrohen oder gar die übrige Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?

4. **Leben im Staat:** Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Werden Christen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert? Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?

5. **Kirchliches Leben:** Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu praktizieren? Wie stark sind die Einschränkungen? In den Menschenrechtsdebatten hat gerade der gemeinschaftliche Aspekt einen hohen Stellenwert, wenn es um die Ausübung der Glaubensfreiheit geht.

Ein weiterer und bedeutender Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema **»physische Gewalt«.** Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um gewaltsame Übergriffe gegen Christen aufgrund ihres Glaubens geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches und die gleiche Gewichtung wie die einzelnen Lebensbereiche (die höchstmögliche Wertung entspricht 1/6 der Maximalpunktzahl) wird vermieden, dass einzelne, mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild der herrschenden Verfolgung verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird.



zurück zum Inhaltsverzeichnis

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Berichtszeitraum: 1. November 2017 – 31. Oktober 2018

		2019								2018	
Platz	Land	Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaftliches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	SUMME PUNKTE	PUNKTE GERUNDET	Platz	Punkte
1	Nordkorea	16,667	16,667	16,667	16,667	16,667	10,926	94,261	**94**	1	94
2	Afghanistan	16,667	16,667	16,667	16,667	16,667	10,556	93,891	**94**	2	93
3	Somalia	16,250	16,667	16,587	16,471	16,354	8,889	91,218	**91**	3	91
4	Libyen	15,312	15,017	15,144	16,016	16,250	9,630	87,369	**87**	7	86
5	Pakistan	14,271	14,103	13,942	14,974	13,229	16,667	87,186	**87**	5	86
6	Sudan	14,688	14,984	14,583	15,625	16,094	10,556	86,530	**87**	4	87
7	Eritrea	14,688	14,904	15,785	16,016	15,208	9,444	86,045	**86**	6	86
8	Jemen	16,562	16,346	16,406	16,667	16,667	3,148	85,796	**86**	9	85
9	Iran	13,958	14,263	14,343	15,820	16,458	10,370	85,212	**85**	10	85
10	Indien	12,917	12,981	13,542	14,844	13,177	15,185	82,646	**83**	11	81
11	Syrien	13,646	14,022	13,141	13,802	14,219	12,963	81,793	**82**	15	76
12	Nigeria	12,292	11,779	13,381	12,891	12,917	16,667	79,927	**80**	14	77
13	Irak	13,854	14,423	14,103	14,648	13,594	8,148	78,770	**79**	8	86
14	Malediven	15,208	15,530	13,542	15,885	16,667	1,111	77,943	**78**	13	78
15	Saudi-Arabien	15,104	13,622	14,022	15,299	16,458	2,407	76,912	**77**	12	79
16	Ägypten	11,667	13,194	10,737	13,216	10,990	15,926	75,730	**76**	17	70
17	Usbekistan	15,417	12,901	13,862	12,305	15,938	3,148	73,571	**74**	16	73
18	Myanmar	11,354	11,779	13,301	12,109	11,771	11,111	71,425	**71**	24	65
19	Laos	13,021	9,135	14,183	14,714	14,896	4,630	70,579	**71**	20	67
20	Vietnam	12,708	8,173	12,740	13,542	14,219	9,074	70,456	**71**	18	69
21	Zentralafrikanische Republik	10,208	9,696	11,939	10,612	11,146	16,111	69,712	**70**	35	61
22	Algerien	13,125	14,183	10,096	11,849	12,708	7,593	69,554	**70**	42	58
23	Turkmenistan	14,583	10,817	13,782	13,346	15,052	1,296	68,876	**69**	19	68
24	Mali	11,354	10,096	11,538	9,245	9,948	15,370	67,551	**68**	37	59
25	Mauretanien	13,854	13,976	12,240	13,021	13,281	0,556	66,928	**67**	47	57
26	Türkei	12,396	11,058	10,737	13,151	10,938	7,222	65,502	**66**	31	62
27	China	10,417	8,013	10,337	11,784	14,479	10,000	65,030	**65**	43	57
28	Äthiopien	10,000	10,016	10,256	10,807	10,417	13,519	65,015	**65**	29	62
29	Tadschikistan	13,750	11,859	11,619	12,109	12,865	2,407	64,609	**65**	22	65
30	Indonesien	10,625	11,058	11,298	10,221	9,323	12,037	64,562	**65**	38	59
31	Jordanien	13,021	13,061	11,806	11,523	12,188	2,963	64,562	**65**	21	66
32	Nepal	12,396	11,378	10,577	10,938	11,875	7,037	64,201	**64**	25	64
33	Bhutan	12,917	11,058	12,260	12,435	14,010	0,926	63,606	**64**	33	62
34	Kasachstan	13,229	10,817	10,256	12,240	13,542	3,148	63,232	**63**	28	63
35	Marokko	12,188	13,301	9,615	11,979	14,427	1,481	62,991	**63**	neu	neu
36	Brunei	13,438	14,263	10,497	10,286	13,438	0,741	62,663	**63**	26	64
37	Tunesien	12,083	13,221	10,657	11,198	12,031	3,333	62,523	**63**	30	62
38	Katar	13,021	12,587	10,337	11,003	14,062	1,111	62,121	**62**	27	63
39	Mexiko	8,333	7,532	12,179	10,221	9,688	13,519	61,472	**62**	39	59
40	Kenia	11,667	10,577	10,096	8,333	11,510	8,333	60,516	**61**	32	62
41	Russische Föderation	12,500	8,413	10,737	10,417	12,031	5,741	59,839	**60**	neu	neu
42	Malaysia	11,771	14,183	12,099	11,654	8,646	1,481	59,834	**60**	23	65
43	Kuwait	13,229	12,240	10,096	10,482	12,240	1,481	59,768	**60**	34	61
44	Oman	12,917	12,500	9,776	9,570	12,812	1,667	59,242	**59**	46	57
45	Vereinigte Arabische Emirate	12,812	11,979	9,054	10,482	12,240	1,852	58,419	**58**	40	58
46	Sri Lanka	11,042	8,253	10,497	11,523	10,000	7,037	58,352	**58**	44	57
47	Kolumbien	7,917	7,612	11,779	9,375	8,490	12,593	57,766	**58**	49	56
48	Bangladesch	11,042	9,054	11,619	10,482	7,760	7,778	57,735	**58**	41	58
49	Palästinensergebiete	11,354	12,340	8,974	10,612	11,771	2,407	57,458	**58**	36	60
50	Aserbaidschan	13,229	9,936	9,295	11,068	12,448	1,481	57,457	**58**	45	57

Höhere Platzierung und höhere Punktzahl
Höhere Platzierung aber gleiche Punktzahl
Gleiche Platzierung aber höhere Punktzahl
Gleiche Platzierung und gleiche Punktzahl
Niedrigere Platzierung aber höhere Punktzahl
Niedrigere Platzierung aber gleiche Punktzahl
Niedrigere Platzierung und niedrigere Punktzahl
Neu auf der Liste in 2019

Erläuterung zum Punktesystem:
In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die Punktzahl eines Landes ist unter „SUMME PUNKTE" aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

3. Aktuelle Entwicklungen und Hintergründe

Vor fünf Jahren wurde allein mit Blick auf **Nordkorea** von „extremer Christenverfolgung“ gesprochen. Maßgeblich für diese Einordnung auf dem Weltverfolgungsindex ist eine entsprechend hohe Gesamtpunktzahl (81-100 von 100) in den Lebensbereichen, die Open Doors Jahr für Jahr zur Erstellung des Weltverfolgungsindex untersucht: Privatleben, Familienleben, Gesellschaftliches Leben, Leben im Staat, Kirchliches Leben sowie Auftreten von Gewalt. Nordkorea erreicht in allen, außer im Bereich Auftreten von Gewalt, die Maximalpunktzahl, insgesamt 94 von 100. Auf dem Weltverfolgungsindex 2019 erreichen bereits 11 Länder mehr als 80 Punkte.

Der Weltverfolgungsindex (WVI) mit den 50 Ländern, in denen Christen am härtesten verfolgt werden, zeigt seit etwa 2006 eine starke Zunahme der weltweiten Verfolgung von Christen; diese Tendenz hat sich ab 2012 weiter intensiviert. Parallel dazu hat der digitale Fortschritt die Möglichkeiten globaler Kommunikation merklich erweitert und damit konnte die Situation der Christen in mehreren Ländern besser dokumentiert werden, auch weil durch digitale Kommunikation mehr Quellen in diesen Ländern Berichte beitragen konnten. Durch die Zunahme der Christenverfolgung in mehr Ländern sowie vermehrt zugängliche Quellen dokumentiert Open Doors aktuell in 73 von 150 untersuchten Ländern, dass Christen dort stark verfolgt werden. Oft sind dies Länder, die im Bereich „Auftreten von Gewalt“ keine hohe Punktzahl aufweisen, dagegen aber eine deutliche Unterdrückung der Christen in ihrem privaten wie öffentlichen Glaubensleben. Dies weist auf größere strukturelle Einschränkungen hin sowie auf Diskriminierung und Feindseligkeit aus der Mitte der Gesellschaft.

3.1. Totalitäre Herrschaftssysteme setzen Religionsgemeinschaften verstärkt unter Druck

Zum 18. Mal in Folge belegt **Nordkorea** (1) den ersten Platz auf dem Weltverfolgungsindex. Hier herrscht das erdrückendste autoritäre Regime der Welt, für das jede Abweichung von der Verehrung des obersten politischen Führers als Verbrechen gilt.

Mittlerweile ist in vielen Teilen der Welt eine Entwicklung hin zu totalitären Herrschaftssystemen erkennbar. Die wachsende Verbreitung persönlicher digitaler Geräte macht es Regierungen dabei leicht, Menschen durch elektronische Chips oder Gesichtserkennung und ähnliche Software zu kategorisieren und zu überwachen bzw. aufzuspüren.

Am deutlichsten zeigt sich dieser Trend in **China** (27), wo am 1. Februar 2018 neue Vorschriften für religiöse Angelegenheiten in Kraft traten. Seitdem mussten im Rahmen des Verbots der religiösen Unterweisung für Kinder und Jugendliche christliche Kindergärten und Sonntagsschulen schließen; Sommerlager wurden abgesagt und Kirchen gezwungen, Minderjährigen per Verbotsschild den Zutritt zum Gottesdienst zu verwehren.

Im März 2018 wurde das Regierungsmandat von Präsident Xi Jinping auf unbestimmte Zeit verlängert. Seit Mao hatte kein chinesischer Politiker eine solche Machtposition inne. Mit Blick auf die Kirchen kündigte China auch seine „Richtlinie zur Förderung des chinesischen Christentums in China für die nächsten fünf Jahre“ (2018-2022) an.

Die Staatliche Verwaltung für religiöse Angelegenheiten wurde geschlossen. Ihre Funktion hat nun die Vereinigte Arbeitsfront der Kommunistischen Partei übernommen, die damit auch ethnische Angelegenheiten kontrolliert. Davon betroffen ist etwa das mehrheitlich muslimische Volk der Uiguren in Xinjiang einschließlich der dort lebenden Christen.

Ein Regierungsdokument stellt „Aktive Anleitung“ bereit, um die Religion „an die sozialistische Gesellschaft anzupassen“; sie muss der Kommunistischen Partei dienen. Mit der Auflage zur Sinisierung (Anpassung an chinesische Tradition) der Religion soll diese als Instrument der Stabilität genutzt werden – das gleiche Muster finden wir bei anderen autoritären Regierungen wie **Vietnam** (20) oder **Laos** (19). Letztendlich möchte Präsident Xi die Religion instrumentalisieren, um eine sozialistische Gesellschaft mit chinesischen Merkmalen frei von anderen Glaubenssystemen aufzubauen.

So wurden chinesische Kirchengemeinden unter Druck gesetzt, die Nationalflagge in der Kirche aufzuhängen – jedoch höher als das Kreuz – und vor Gottesdiensten die Nationalhymne zu singen. In einer Region wurden einige römisch-katholische Gemeinden angewiesen, Bilder von Jesus durch Bilder von Präsident Xi zu ersetzen.

Im September einigte sich der Vatikan schließlich mit der Regierung auf ein neues Prozedere zur Ernennung von Bischöfen: Dies geschieht künftig durch die chinesischen Behörden, der Papst hat lediglich Vetorecht. (Von Chinas geschätzten 12 Millionen Katholiken gehört die Hälfte zu den staatlich nicht genehmigten „Untergrundkirchen“.) Auf den Websites zweier staatlicher Einrichtungen, die 60 vom Vatikan und Peking anerkannte Bischöfe betreuen, ist ein Eid hinterlegt, mit dem unter anderem gelobt wird, sich an die Prinzipien der „Unabhängigkeit vom Vatikan“ zu halten. Derweil gelten andere katholische Priester weiterhin als „vermisst“. Im Oktober ließen die Behörden zwei beliebte katholische Pilgerstätten abreißen.

Kirchenversammlungen werden in mehreren Provinzen nach wie vor unterbrochen, insbesondere im ländlichen Henan in Zentralchina, wo etwa 60% aller Kirchen geschlossen wurden (drei der großen fünf „Hauskirchen“-Netzwerke begannen hier). In Zhejiang, an der Ostküste, wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Kirchenkreuze im Außenbereich abgerissen. Kreuze sind hier nicht vollständig verboten, allerdings haben die Behörden mittlerweile Auflagen für ihre zulässige Größe, Position und Farbe erlassen.

Kirchen der staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Patriotischen-Bewegung sind am stärksten von den Vorschriften betroffen, zum Beispiel von der Pflicht zur Installation von Überwachungskameras. (Im September wurde Pekings größte Hauskirche, Zion – mit 1.500 Mitgliedern – geschlossen, weil sich die Verantwortlichen weigerten, auf die Gottesdienstbesucher gerichtete Überwachungskameras zu installieren. Als offizieller Grund für die Schließung wurde „illegale Treffen einer nicht autorisierten Kirchengruppe in einem nicht registrierten Gebäude“ angegeben.) Vermieter werden insgesamt unter Druck gesetzt, nicht mehr an Christen zu vermieten.

Die Religionsabteilungen der lokalen Regierungen sind befugt, über Registrierungsanträge sowie über die Zulassung von Veranstaltungsorten für religiöse Versammlungen zu entscheiden. Dadurch fällt die Umsetzung der Vorschriften unterschiedlich aus. Pastoren und Religionslehrer können angewiesen werden, sich alle paar Wochen bei ihrer örtlichen Polizeidienststelle zu melden. In manchen Fällen werden wegen „Übertretungen“ wie „unzureichende Brandschutzvorkehrungen“ unverhältnismäßige Strafen verhängt. Einige Christen werden verhaftet und verhört, aber oft noch am selben Tag freigelassen. Gelegentlich werden Kirchen komplett zerstört.

Die kürzliche Entfernung von Bibeln von Verkaufsplattformen des Online-Buchhandels bedeutet, dass sie nicht heruntergeladen oder verkauft werden können (sie dürfen jedoch gelesen werden). Bibeln sind offiziell nur in staatlich genehmigten, kirchlichen Verkaufsstellen erhältlich, inoffizielle Hauskirchen vertreiben sie jedoch weiterhin über ihre eigenen Kanäle.

In den Jahren 2017-2018 wurden Ausländer in verschiedenen Städten gezwungen, China zu verlassen, weil man sie missionarischer Aktivitäten verdächtigte und sie in einigen Fällen bei der Leitung von Hauskirchen halfen.

Die Weltöffentlichkeit wurde in letzter Zeit auf Umerziehungslager in der autonomen Region Xinjiang aufmerksam, in der Muslime vom Volk der Uiguren 45% der Bevölkerung ausmachen. Von den etwa 6.000 Christen mit muslimischem Hintergrund sind einige in solchen Lagern verschwunden und wurden seitdem nicht mehr gesehen.

Auch Christen in **Vietnam** (20) leiden unter ähnlichen totalitären Vorgehensweisen. Dort trat am 1. Januar 2018 das Gesetz über Glauben und Religion in Kraft. Es ist das erste Religionsgesetz seit der Wiedervereinigung Vietnams unter kommunistischer Herrschaft im Jahr 1975. Das Regime betrachtet Religion als gesellschaftliches Problem und potenzielle Bedrohung der nationalen Sicherheit. Es hat mit dem Ausschuss für religiöse Angelegenheiten eine umfangreiche Bürokratie aufgebaut, die eng ans Innenministerium angebunden ist.

Totalitäre Tendenzen sind auch in **Myanmar** (18) zu beobachten, wo sie sich mit Nationalismus verbinden. Der erste katholische Kardinal des Landes, Charles Bo, sagt: „Das Militär hat in Jahrzehnten des bewaffneten Konflikts die Religion zu einem Werkzeug der [ethnischen] Unterdrückung gemacht.“ Mehr als 100.000 Mitglieder des mehrheitlich christlichen Volksstammes der Karen leben in Flüchtlingslagern unmittelbar hinter der Grenze zu Thailand. Gleichzeitig wurden im mehrheitlich christlichen Kachin-Staat Tausende getötet und mindestens 120.000 Menschen vertrieben. Vor kurzem erklärte die United Wa State Army (UWSA), die größte ethnische Miliz in Myanmar – mit Unterstützung durch das benachbarte China – dass fast alle Kirchen, die nach dem Zusammenbruch der Kommunistischen Partei 1989 gebaut wurden, zerstört werden müssten. Neue Kirchenbauten werden nicht genehmigt. Alle Gemeinden, Missionare, Lehrer und Geistlichen müssten überprüft, der Einsatz ausländischer Mitarbeiter verboten und alle Unterstützer missionarischer Aktivitäten bestraft werden.

3.2. Nationalistische Regierungen und Gesellschaften brandmarken Christen als Anhänger einer „fremden Religion“

In immer mehr Ländern verschärft sich der Nationalismus zu einem Ultranationalismus, der nicht nur gesetzestreue Minderheitengruppen als Bedrohung betrachtet, sondern auch Minderheiten mit Gewalt zwingt, ihre Identität aufzugeben oder gar das Land zu verlassen. Wo Christen in der Minderheit sind – vielleicht aufgrund einer kolonialen Vergangenheit –, werden sie sowohl von der Regierung als auch von der Gesellschaft zunehmend als „westlich“ und „fremd“ gebrandmarkt.

Oftmals sind Gesetze so konzipiert, dass sie einer ultra-nationalistischen Agenda Vorschub leisten. So treibt die von der hindunationalistischen BJP geführte Regierung in **Indien** (10) zunehmend ihre religiös-nationalistische Agenda voran, der zufolge nur ein Hindu ein wahrer Inder sein kann. Acht von 29 Bundesstaaten haben „Anti-Bekehrungs-Gesetze“ erlassen. Sie verpflichten unter anderem jeden, der seine Religion wechseln möchte, die lokalen Behörden einen Monat im Voraus zu informieren und sich einer Befragung zu stellen. (Zwei Staaten haben das Gesetz bislang nicht umgesetzt).

Auf christlicher Basis geführte Einrichtungen wie z.B. Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser und Wohltätigkeitsorganisationen und selbst Kirchen werden als „ausländisch“ stigmatisiert und dadurch zum Ziel von Angriffen. Viele werden mit Hilfe neuer oder überarbeiteter Gesetze geschlossen. Dies geschieht in zahlreichen Ländern, verstärkt jedoch in Indien. In einem Haus der „Missionarinnen der Nächstenliebe“ (gegründet von Mutter Teresa) wurden im vergangenen Jahr eine Nonne und ein Mitarbeiter des Kinderhandels beschuldigt; daraufhin wurden sämtliche von der Organisation geleiteten Kinderheime einer Inspektion unterzogen.

Seit dem Amtsantritt von Narendra Modi im Mai 2014 ist die Verfolgung von Christen dramatisch gestiegen. Die gewalttätigen Vorfälle nehmen Jahr für Jahr zu, vor allem weil Regierungsbehörden wie Polizei und lokale Beamte häufig untätig bleiben, insbesondere wenn ein Mob beteiligt ist. Militante Hindus haben es auf Leiter von Kirchengemeinden abgesehen, schlagen sie zusammen und versuchen, sie aus ihren Dörfern zu vertreiben. Bei den jüngsten Entwicklungen werden nicht nur Kirchenleiter bedroht, sondern auch ihre Frauen und sogar kleine Kinder; dabei kommt es immer wieder zu Vergewaltigungen. Darin spiegelt sich ein weiterer globaler Trend wider: Gezielte Angriffe auf Frauen und Kinder sind immer häufiger Teil der Verfolgungsdynamik.

Militante Hindus sehen die Christen als Bedrohung für die Nation, weil sie zahlenmäßig wachsen und in den Stammesgebieten stark vertreten sind. Das uralte Kastensystem ist eine wesentliche Grundlage für die weit verbreitete Diskriminierung. Das betrifft Christen in ganz Indien, weil die meisten Konvertiten zum Christentum aus den unteren Kasten und der am tiefsten stehenden Gruppe der „Unberührbaren“ (Dalits) kommen.

Im letzten Jahr wurden allein bei dokumentierten Vorfällen mindestens 12.500 Christen und etwa 100 Kirchen angegriffen. Mindestens 200 Menschen wurden wegen ihres Glaubens verhaftet, und mindestens 10 wurden getötet. Viele Vorfälle werden jedoch nicht dokumentiert, die tatsächlichen Zahlen dürften also viel höher liegen.

Auch in Nachbarländern wie **Nepal** (32) und **Bhutan** (33), in denen Hindus und Buddhisten die Bevölkerungsmehrheit stellen, haben Appelle an die national-religiöse Identität Konjunktur. Viele politische und religiöse Führer sehen darin offenbar ein probates Mittel, um die eigene Machtposition zu stärken; insbesondere in ländlichen Regionen.

Auch der Präsident der **Türkei** (26), Recep Tayyip Erdogan, schürt bereits seit einiger Zeit die ultra-nationalistische Stimmung. Der Fall des amerikanischen Pastors Andrew Brunson machte entsprechend Schlagzeilen. Insbesondere Christen außerhalb der historischen armenischen und griechischen Kirche müssen vorsichtig sein.

3.3. Ausbreitung des extremistischen Islam über den Nahen Osten nach Subsahara-Afrika

Der aktuelle Weltverfolgungsindex macht noch eine dritte auffällige Tendenz deutlich. Die gewalttätigen Ausschreitungen des IS und anderer gewaltbereiter Islamisten im **Nahen Osten** füllen nicht mehr die Schlagzeilen. Ihre Gebietsverluste dort haben jedoch dazu geführt, dass sich ehemalige IS-Kämpfer in weiteren Ländern der Region, aber auch zunehmend in Asien und in Afrika südlich der Sahara ausgebreitet haben. Ihre radikale Ideologie hat zahlreiche Splittergruppen inspiriert oder infiltriert, wie z.B. den „Islamischen Staat der Provinz Westafrika“ (ISWAP). Diese todbringende Gruppe hat sich zwar offiziell von Nigerias Boko Haram gelöst, versklavt aber ebenfalls christliche Frauen und Mädchen als Teil ihrer Strategie.

Seit 2017 haben islamisch-militante Gruppen auch in **Ägypten, Somalia, Libyen** und dem **Jemen** an Stärke gewonnen, wo sie weiterhin rekrutieren und Gebiete erobern.

In **Ägypten** (16), das den größten christlichen Bevölkerungsanteil aller Länder im Nahen Osten aufweist (etwa 10% der 100 Millionen Einwohner), droht der „Islamische Staat im Sinai“ den Christen weiterhin mit ihrer Auslöschung. Mehrere der lokalen Kirchen wurden mit gezielten Morden an angesehenen lokalen Christen wie Ärzten terrorisiert. Andere islamistische Gruppen bombardierten Kirchen (so beispielsweise kurz vor Weihnachten 2017) und verübten auf derselben Straße zweimal innerhalb von 18 Monaten Morde an christlichen Pilgern. Die Bitten der Christen um mehr Schutz treffen bei der Regierung weitgehend auf taube Ohren, obwohl einige der Mörder und Angreifer verurteilt wurden.

In **Somalia** (3) hat ein mehr als 200 Mann starker IS-Ableger aus Syrien und dem Irak geflohene Kämpfer rekrutiert. Die Gruppe wird verstärkt durch somalische Islamisten, die vormals der Al Shabaab angehörten; auch diese Miliz ist weiterhin aktiv. Die neu formierte Gruppe hat sich für Somalia entschieden, weil es dort keine zentrale Regierung gibt: „Für sie ist das eine gute Möglichkeit, ihr Streben nach der Errichtung eines islamischen Staates oder zumindest ihre Ideologie ungehindert voranzutreiben“, erläuterte der katholische Bischof von Mogadischu. Unter den 10 Millionen Einwohnern Somalias sind nur einige hundert Christen. Der ausgeprägte Stammescharakter der somalischen Gesellschaft macht es christlichen Konvertiten nahezu unmöglich, ihren neuen Glauben vor Familie und Freunden geheim zu halten. Werden sie entdeckt, droht ihre Ermordung.

Als „gescheiterter“ Staat ohne einheitliche Regierung ist **Libyen** (4) nach wie vor ein lebensgefährliches Umfeld, vor allem für afrikanische Migranten aus den Subsahara-Ländern. Unter ihnen sind viele Christen, die dort aufgrund der strengeren europäische Migrationskontrollen quasi in der Falle sitzen. Vertrauenswürdige Quellen (die anonym bleiben müssen) berichten, dass mindestens 10 Christen allein wegen ihres Glaubens getötet wurden. 2015 hat der IS 21 Christen (davon 20 Kopten) an Libyens Küste enthauptet.

Der **Jemen** (8), am Schnittpunkt von Afrika, dem Nahen Osten und Asien, ist mit 26 Millionen Menschen die ärmste Nation der arabischen Welt. Dort ist die Scharia Gesetz. Der Kampf zwischen den vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen und Regierungstruppen, die von einer Militärkoalition unter der Führung

Saudi-Arabiens unterstützt werden, ist ein „Stellvertreterkrieg“. Er ermöglicht es militanten islamischen Gruppen wie dem IS und Al Kaida, auf der Arabischen Halbinsel bedeutenden Einfluss zu gewinnen. Die meisten christlichen Gastarbeiter und Migranten haben das Land verlassen und damit auch die kleine aber wachsende Gemeinschaft einheimischer Christen mit muslimischem Hintergrund. Experten weisen jedoch darauf hin, dass der Krieg diese Gemeinde nicht wie erwartet zerstreut hat. Während dem Land eine Hungersnot droht, dienen die Christen trotz extremer Gefahr der Gesellschaft.

Von den Ländern, die ein hohes Maß an Verfolgung aufweisen (mindestens 41 Punkte), aber nicht unter die 50 Länder des Weltverfolgungsindex fallen, liegen 18 von 23 in Afrika südlich der Sahara: die **Komoren** (Platz 51) **Dschibuti** (53), die **Demokratische Republik Kongo (DRK** / 54), **Kamerun** (56), **Tansania** (57), **Niger** (58), der **Tschad** (60), **Burkina Faso** (61), **Uganda** (62), **Guinea** (63), **Südsudan** (64) **Mosambik** (65), **Gambia** (66), die **Elfenbeinküste** (67), **Burundi** (68), **Angola** (69), **Togo** (70) und **Ruanda** (73).

Subsahara-Afrika stellt eines der größten Sicherheitsprobleme der Welt dar. In der Region treffen eine schwache Regierungsführung, Armut und der islamische Extremismus zunehmend aufeinander. Hinzu kommen politische Instabilität, Korruption und Arbeitslosigkeit. All das trägt zur Verfolgung der Christen bei, weil Regierungen entweder ineffektiv sind oder aufgrund ethnischer, Stammes- oder politischer Zugehörigkeiten manchmal aktiv an der Verfolgung beteiligt sind.

Das durch den Zusammenbruch Libyens entstandene Chaos führte dazu, dass viele Waffen in die Region gelangten. Dies wiederum hat den – für kriminelle Banden – lukrativen Menschenhandel mit Migranten aus Subsahara-Ländern verstärkt, von denen viele Christen sind. Kartelle der organisierten Kriminalität und der Drogenhändler agieren mit immer ausgefeilteren Methoden in diesen Ländern. Insbesondere junge Männer kehren ihrer Heimat auf der Suche nach einem besseren Leben den Rücken. Dabei wird ihnen dort eine bessere Ausbildung geboten als je zuvor, angesichts korrupter politischer und sozialer Eliten mangelt es jedoch an Arbeitsplätzen sowie wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt.

Fast 30 gewalttätige islamistische Gruppen sind in der Region aktiv: Die meisten von ihnen verüben Gewalttaten in mehreren Ländern. Einige von ihnen halten in Mali, Burkina Faso und anderen Ländern weiterhin ausländische christliche Entwicklungshelfer als Geiseln fest. An Nigerias Boko Haram zeigt sich, wie Gewalt sich übergangslos von der Sahelzone über das Tschadseebecken ausbreitet und zu Angriffen in vier Ländern führt.

Der islamische Extremismus überlagert regionale und lokale Konflikte und führt dazu, dass weiterhin afrikanische Christen im Nordosten **Kenias** (40), in der **Zentralafrikanischen Republik** (21) sowie in **Nord- und Zentralnigeria** (12) ermordet werden.

Unterdessen führt Boko Haram seine tödlichen Angriffe fort - sogar gegen Muslime, die für das Rote Kreuz arbeiten. Damit wird die Behauptung der nigerianischen Armee widerlegt, Boko Haram sei besiegt. Insgesamt hat die Intensität der Christenverfolgung durch diese islamistische Gruppe gegenüber den letzten Jahren etwas abgenommen.

In den 12 Scharia-Staaten im Norden Nigerias berichten die Christen jedoch weiterhin, dass ihnen verfassungsgemäße Rechte, Möglichkeiten, Versorgung sowie Schutz verweigert, Muslimen jedoch gewährt werden. Zu den Verstößen gehören Schwierigkeiten beim Zugang zu Bildung und zu Arbeitsplätzen beispielsweise in den Sicherheitsbehörden und in vielen anderen Sektoren.

In Zentralnigeria haben jahrzehntelanger Klimawandel und schleichende Wüstenbildung bei gleichzeitig schnellem Bevölkerungswachstum fruchtbares Land und Ressourcen knapp werden lassen. Vor diesem Hintergrund haben in dem seit vielen Jahren religiös aufgeladenen Spannungsfeld nomadische, überwiegend muslimische Fulani-Hirten zahlreiche Überfälle gegen die mehrheitlich christlichen Dörfer verübt. Derartige Angriffe haben wesentlich dazu beigetragen, dass in Nigeria weitaus mehr Christen um ihres Glaubens willen ermordet wurden (3.173) als in allen anderen Ländern des Weltverfolgungsindex zusammen (4.136 dokumentierte Fälle).

Würde Nigeria hinsichtlich Verfolgung von Christen allein nach „Auftreten von Gewalt“ beurteilt (mit Maximalpunktzahl 16,7), würde es dieses Jahr mit Pakistan den ersten Platz belegen.

Eine Zunahme des Einsatzes von AK-47 und schwereren Waffen sowie die Ermordung ganzer Familien in ihren Häusern – wie z.B. in den Außenbezirken von Jos im Oktober 2018 – hat viele Christen dazu gebracht, solche Angriffe als ethnisch-religiöse Säuberung zu bezeichnen. Diese Einschätzung wird allerdings durch Regierungsberichte zu diesen Vorfällen nicht unterstützt, in denen oft niedrigere Opferzahlen angegeben werden. So wurden beispielsweise an einem Wochenende im Juni etwa 230 Menschen getötet, die BBC und andere Nachrichtenagenturen zitierten jedoch die offizielle Zahl von 86 und prägten so eine verzerrte internationale Sichtweise auf den Konflikt.

Im ersten Quartal 2018, dem jüngsten, für das vollständige Zahlen vorliegen, wurden 1.061 Todesfälle bei 106 Angriffen der Fulani-Hirten auf Gemeinden in den Bundesstaaten Adamawa, Benue, Süd-Kaduna, Kogi, Nasarawa, Plateau und Taraba dokumentiert. Weitere 17 Menschen kamen bei Angriffen im Süden Nigerias ums Leben.

Nigerias Präsident Muhammadu Buhari traf im April den Erzbischof von Canterbury in London. Dabei beklagte er, ausländische Kämpfer aus Libyen seien über die Sahara gekommen, um den lang anhaltenden Konflikt zwischen Bauern und Hirten weiter zu verschärfen. Experten gehen davon aus, dass durch die Angriffe der Fulani-Viehhirten mehr Menschen getötet wurden als durch Boko Haram.

Laut dem Afrika-Analysten des Weltverfolgungsindex 2019 instrumentalisieren islamistische Milizen bestehende Konflikte, indem sie Allianzen mit Betonung der religiösen Identität schmieden. So wollen sie ihre eigene Machtbasis stärken. Einige Anzeichen sprechen dafür, dass dies in einer Reihe von Ländern geschehen könnte, in denen die Verfolgung von Christen bereits auf einem hohen Niveau ist. Dazu gehören die **Demokratische Republik Kongo (DRK)** (54) – ein ohnehin schon komplexer Konflikt mit zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Faktoren – **Burkina Faso** (61) und das nördliche **Mosambik** (65).

3.4. Wenige positive Entwicklungen

Pakistan

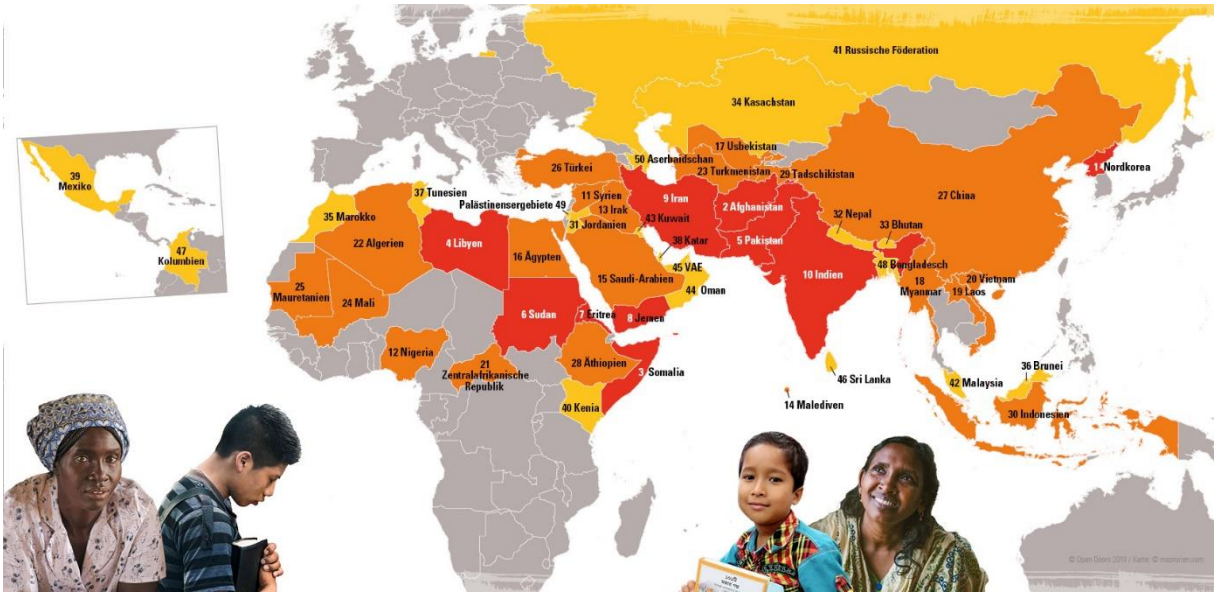
Vor dem höchsten Gericht Pakistans fand im Oktober 2018 der Berufungsprozess der zum Tod verurteilten Christin Asia Bibi statt, geleitet vom obersten Richter des Landes, Mian Saqib Nisar. Er löste damit trotz großer Gefahr für das eigene Leben sein zuvor gemachtes Versprechen ein, bevor er Anfang 2019 in den Ruhestand gehen wird. Nisar und seine beiden Richterkollegen entschieden auf Freispruch mit der Begründung, Asia Bibis Ankläger hätten gelogen und die Verurteilung wegen Blasphemie, wegen der sie acht Jahre in der Todeszelle einsaß, habe auf falschen Anschuldigungen beruht. Das bahnbrechende Urteil wurde jedoch durch tagelange Massenproteste und Unruhen in ganz Pakistan durch islamische Hardliner angefochten, die zur Ermordung der Richter und Asia Bibis aufriefen. Während Asia Bibi rechtlich gesehen frei ist, muss sie weiterhin um ihr Leben bangen. Bis zum Jahresende 2018 konnte sie Pakistan nicht verlassen, um Asyl in einem Land zu finden, wo sie mit ihrer Familie sicher leben kann.

Ägypten

Ein Gesetz aus dem Jahr 2016 hat erstmals die Registrierung bis dahin illegaler Kirchengebäude (weil ihnen die Registrierung von behördlicher Seite verweigert wurde) ermöglicht. Seitdem wurden 3.700 entsprechende Anträge eingereicht, von denen bis Oktober 2018 340 oder 9% positiv beschieden wurden. Bei dieser Geschwindigkeit wird es jedoch 12 Jahre dauern, bis alle Registrierungen abgeschlossen sind.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

4. Informationen zu den einzelnen Ländern



1	Nordkorea	26	Türkei
2	Afghanistan	27	China
3	Somalia	28	Äthiopien
4	Libyen	29	Tadschikistan
5	Pakistan	30	Indonesien
6	Sudan	31	Jordanien
7	Eritrea	32	Nepal
8	Jemen	33	Bhutan
9	Iran	34	Kasachstan
10	Indien	35	Marokko
11	Syrien	36	Brunei
12	Nigeria	37	Tunesien
13	Irak	38	Katar
14	Malediven	39	Mexiko
15	Saudi-Arabien	40	Kenia
16	Ägypten	41	Russische Föderation
17	Usbekistan	42	Malaysia
18	Myanmar	43	Kuwait
19	Laos	44	Oman
20	Vietnam	45	Vereinigte Arabische Emirate
21	Zentralafrikanische Republik	46	Sri Lanka
22	Algerien	47	Kolumbien
23	Turkmenistan	48	Bangladesch
24	Mali	49	Palästinensergebiete
25	Mauretanien	50	Aserbaidschan

zurück zum Inhaltsverzeichnis

Nordkorea: Platz 1

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Kommunistische Unterdrückung: In Nordkorea herrscht eine kommunistische (anti-christliche) Regierungsform vor.

Diktatorische Paranoia: Nordkorea wird seit 1948 nun schon in der dritten Generation von derselben Familie beherrscht. Die gottgleiche Huldigung der Machthaber lässt absolut keinen Raum für andere Religionen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Verfolgung geht hauptsächlich vom nordkoreanischen Staat aus. Seit drei Generationen dreht sich in dem Land alles um die Verehrung der Herrscherfamilie Kim. Die Paranoia des Machthabers Kim Jong Un hat sich mit der wachsenden Isolation des Landes aufgrund der jüngsten Serie von Atom- und Raketentests und den darauf folgenden Sanktionen noch verstärkt. Die Paranoia bleibt unvermindert stark, obwohl sich die Tests weitgehend als erfolgreich erwiesen haben. Christen werden als feindseliges Element in der Gesellschaft angesehen, das beseitigt werden muss. Aufgrund der konstanten Indoktrinierung des Landes sind Nachbarn und sogar Familienmitglieder hochgradig wachsam und melden den Behörden alles, was ihnen verdächtig erscheint. Insbesondere Kinder können durch diese Indoktrinierung so stark beeinflusst werden, dass sie, im Glauben das Richtige zu tun, ihre eigenen Eltern melden. Aus diesem Grund erzählen viele Eltern ihren Kindern nichts von ihrem christlichen Glauben.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Wenn Christen entdeckt werden, ist es unerheblich, ob sie Nachkommen der christlichen Gemeinschaften aus der Zeit vor dem Koreakrieg sind, oder auf andere Weise zum christlichen Glauben gefunden haben (beispielsweise während der großen Hungersnot in den 1990er-Jahren, die zehntausende Nordkoreaner dazu veranlasste, in China nach Hilfe zu suchen, die sie oft bei chinesischen Christen fanden). Werden Christen entdeckt, werden sie in Arbeitslager verschleppt und wie politische Gefangene behandelt oder sogar auf der Stelle getötet. Ihre Familien erwartet dasselbe Schicksal. Christen haben nicht den geringsten Raum in der Gesellschaft – im Gegenteil, es wird sogar öffentlich vor ihnen gewarnt. Es ist für Christen fast unmöglich, sich mit anderen Christen zum Gottesdienst zu versammeln. Wer es dennoch wagt, muss dies in größter Heimlichkeit tun. Die Kirchengebäude, die Besuchern in der Hauptstadt Pjöngjang gezeigt werden, dienen lediglich Propaganda-Zwecken.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Es gibt gegen Christen gerichtete Razzien und Tötungen, doch aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden. Pastor Dong Cheol Kim (festgenommen im Jahr 2015) und zwei koreanisch-amerikanische christliche Dozenten der Universität für Wissenschaft und Technik Pjöngjang (PUST), Tony Kim und Hak Song Kim (festgenommen im April beziehungsweise Mai 2017) wurden der Spionage beschuldigt. Sie wurden im Vorfeld des Gipfeltreffens zwischen den USA und

Nordkorea im Juni 2018 aus der Haft entlassen. Berichten zufolge hat die Universität ihre Einstellungspolitik geändert und beschäftigt nur noch nicht-US-amerikanische Mitarbeiter, eine logische Folge des von den USA verhängten Reiseverbots.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Nordkorea befindet sich seit dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2002 auf dem 1. Platz. Auf dem WVI 2018 folgte Afghanistan knapp dahinter auf Platz 2. Im aktuellen Berichtszeitraum hat sich dies nicht wirklich geändert. Die Situation für Christen in den beiden Ländern ist zwar sehr unterschiedlich, doch die Wertung ist sehr ähnlich. Die Wertung für den Druck auf Christen ist sogar identisch, auch wenn die Verfolgung sehr anders aussieht.

Wie in den vergangenen Jahren sind Christen in Nordkorea von extrem hohem Druck in allen auf dem WVI aufgeführten Lebensbereichen betroffen und erleben ein sehr hohes Maß an Gewalt, der sie schutzlos ausgesetzt sind. Der plötzliche Anstieg diplomatischer Aktivitäten (angefangen im Februar 2018 mit den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang/Südkorea) hat für die Christen nichts geändert. Im Gegenteil: Berichten zufolge haben Razzien zur Identifizierung und Entfernung von andersdenkenden Bürgern weiter zugenommen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Theoretisch ist Nordkorea ein kommunistisches Land, doch praktisch dominiert der Personenkult. Da das Land jedoch weiterhin nach kommunistischer Verwaltungspraxis geführt wird, ist die Haupttriebkraft der Verfolgung weiterhin Kommunistische Unterdrückung. Zudem hat der Machthaber seinen Regierungsschwerpunkt mehr von der Armee weg in Richtung der Koreanischen Arbeiterpartei verlagert.

Hier wird erneut deutlich, wie groß der Einfluss des (Post-)Kommunismus noch immer ist. Die Ergebnisse des siebten Parteikongresses der Koreanischen Arbeiterpartei im Mai 2016 brachten weder wirtschaftlich noch ideologisch Änderungen mit sich. Christen werden weiterhin als gefährlich betrachtet und ihr Glaube als „Opium für das Volk“ eingestuft – wie im klassischen Kommunismus. Laut dem nordkoreanischen Gesellschaftssystem Songbun sind sie zudem Teil der feindlichen Gesellschaftsklasse.

Diktatorische Paranoia

Seit 1948 wird Nordkorea von derselben Familie regiert, nun in der dritten Generation. Wie bereits erwähnt ist die ursprüngliche Ideologie des Kommunismus in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten, obwohl der kommunistische Stil der Gesellschaftskontrolle weiter fortbesteht. Nordkorea ist mittlerweile ein klares Beispiel für ein Land geworden, das von Diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Jeder muss den Herrscher verehren und Kim Jong Un ist aufgrund dieses ausgeprägten Personenkultes in der Gesellschaft unersetzlich – nicht zuletzt, da er auch die Arbeiterpartei, die Armee, die Verwaltung und alle Bereiche der Gesellschaft kontrolliert.

Im aktuellen Berichtszeitraum hat sich ein wachsender Personenkult um Kim Jong Un abgezeichnet. Im November 2018 wurde in Pjöngjang beim Besuch des kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel das erste offizielle Gemälde Kim Jong Uns enthüllt. Beobachter fanden besonders bemerkenswert, dass Kim Jong Un darauf in einem schwarzen Anzug und Krawatte abgebildet wurde und nicht in Uniform.

Seine Macht mag nicht ganz so absolut wie die seines Vaters und Großvaters sein, doch niemand kann seine Autorität in Frage stellen. Zudem hat er seine Macht nicht zuletzt durch den erreichten Status als de-facto-Atommacht noch ausbauen können. Die gottgleiche Verehrung der Kim-Familie erlaubt keinerlei Raum für eine andere Religion. Wer es wagt, jemand oder etwas anderes als die Kim-Dynastie zu verehren, wird als Gefahr für den Staat angesehen. Insbesondere Christen bezeugen, dass sie einer Macht folgen, die höher ist als jede menschliche Autorität. Sie vertrauen darauf, dass Gott Könige und Herrscher ein- und auch wieder absetzt. Sie werden deshalb als Bedrohung angesehen und entsprechend bekämpft. Sie gelten als „feindliche Klasse“ in Nordkoreas Gesellschaftssystem.

Der volle Titel von Kim Jong Un klingt beeindruckend: „Geliebter Genosse Kim Jong Un, Vorsitzender der Koreanischen Arbeiterpartei, Vorsitzender des Komitees für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik von Korea und Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee.“ Kim Jong Un veränderte den National-Eid, indem er Erwähnungen zu den Errungenschaften seines Vaters und Großvaters kürzte und so größeres Gewicht auf seine eigenen Erfolge legte. Damit wird die Festigung seiner Macht deutlich gezeigt. Im Oktober 2017 beförderte Kim Jong Un seine Schwester, Kim Yo Jong, in das Politbüro und machte sie damit zum Teil der politischen Elite, die das Land regiert. Sie besuchte die Olympischen Winterspiele in Südkorea und nahm an zahlreichen Gipfeltreffen teil. Dies verdeutlicht die Lebenswirklichkeit Nordkoreas, in der die Führung des Landes und der Partei ein Familiengeschäft ist. Es bedeutet jedoch nicht, dass sie persönlich Einfluss nehmen bzw. Macht ausüben kann.

3. Verfolger

Kommunistische Unterdrückung

Die Verfolgung in Nordkorea geht vor allem vom Staat aus, durch Regierung und Partei. Die Regierung wird auf Grundlage der kommunistischen Lehre geführt.

Diktatorische Paranoia

Seit drei Generationen ist das Land darauf ausgerichtet, die machthabende Kim-Familie zu verehren. Das hat sich auch mit der jüngeren Generation nicht verändert, seit Kim Jong Un im Dezember 2011 an die Macht gekommen ist. Das höchste Ziel aller Behörden ist das Überleben des Landes und seiner Anführer. Christen werden als feindlicher Teil der Gesellschaft angesehen, der beseitigt werden muss – egal wie.

Aufgrund der permanenten Indoktrinierung, die das gesamte Land durchdringt, sind Nachbarn und Familienmitglieder sehr wachsam. Sie werden dazu angehalten, den Behörden alles zu melden, was ihnen verdächtig vorkommt. Selbst die eigenen Familienmitglieder melden Christen bei den Behörden. Insbesondere Kinder können durch diese Indoktrinierung so stark beeinflusst werden, dass sie ihre eigenen Eltern melden, in dem Glauben, das Richtige zu tun. Aus diesem Grund erzählen viele Eltern ihren Kindern nichts von ihrem christlichen Glauben.

4. Hintergrund

Das politische System des Landes gründet sich auf zwei Ideologien. Die eine wird „Juche“ genannt. Im Wesentlichen besagt sie, dass der Staat vollkommen autark ist. Die andere ist der „Kimilsungismus“. Er steht für die Verehrung der Führer des Landes, die als allmächtige Instanzen die Geschicke Nordkoreas lenken. Jeder Bürger muss an wöchentlichen Versammlungen teilnehmen, bei denen alle Bürger jeder Altersklasse ideologisch geschult und indoktriniert werden. Auch die Teilnahme an Sitzungen, in denen Selbstkritik geübt werden muss, ist Pflicht. Es ist keinem Nordkoreaner erlaubt, abweichende Ideen zu entwickeln, seien sie religiöser oder anderer Natur. Das strenge System gesellschaftlicher Kontrolle führt zu einem hohen Maß an Selbstzensur und Selbstkontrolle bezüglich dessen, was man sagt und zu wem man es sagt, selbst in privatesten und familiären Beziehungen. Ein Sprichwort aus Nordkorea fasst dieses Misstrauen in der Gesellschaft zusammen: „Wo zwei oder drei zusammenkommen, ist einer ein Spion.“

Die Hoffnungen, dass Kim Jong Un nach seiner Machtübernahme im Dezember 2011 Nordkorea für Verbesserungen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und diplomatischen Zustände öffnen würde, wurden enttäuscht.

Das Regime richtete weiterhin alles darauf aus, seine Raketen- und Atomtests fortzuführen und noch mehr Kriegsrhetorik von sich zu geben. Kurz vor den Olympischen Winterspielen in Südkorea hörte dies auf und wurde fortan mit diplomatischen Angeboten und Initiativen ersetzt. Daraus können drei Lehren gezogen werden: Nordkorea war bereit, den Preis schwerer internationaler Sanktionen zu zahlen, die auch von seinem Verbündeten und Nachbarn China durchgesetzt wurden. Zweitens: Das Erreichen des Status einer Atommacht (anerkannt oder nicht) blieb das höchste Ziel. Als das erreicht war, konnten Signale der Entspannung ausgesendet werden, und man konnte sich auf die Entwicklung der Wirtschaft konzentrieren. Drittens: Diese Politik trug überraschende Früchte.

Während des Berichtzeitraums des WVI 2018 hatte Kim Jong Un (in seinem sechsten Jahr als Machthaber) noch immer keinen anderen Staat besucht und auch noch keinen offiziellen Besuch anderer Staatsoberhäupter empfangen. Doch das hat sich mit einer Vielzahl kurz aufeinander folgenden Aktivitäten geändert. Im März 2018 reiste Kim Jong Un nach Peking, um sich mit seinem Hauptverbündeten China zu treffen. In den folgenden vier Monaten reiste er drei weitere Male nach China. Dies ist derselbe Kim Jong Un, der kein Blatt vor dem Mund nahm, als er 2016 bei der Eröffnungsrede des 7. Parteitages Chinas gegenwärtige Entwicklung mit folgenden Worten anprangerte: „Trotz des schmutzigen Windes der bürgerlichen Freiheit und Reform und Offenheit, die aus unserer Nachbarschaft herüberweht, lassen wir im Geist der Songun-Politik (Militär zuerst) Gewehre fliegen und gehen weiter auf dem Pfad des Sozialismus voran, den wir gewählt haben.“ Im April 2018 gab es ein Treffen der beiden koreanischen Präsidenten, bei dem sie die „Panmunjom-Erklärung“ unterzeichneten; ein bemerkenswerter Schritt nach zahlreichen Jahren des Schweigens und der Anfeindungen. Der größte Erfolg war jedoch der Gipfel von Singapur am 12. Juni 2018, bei dem Kim Jong Un zum ersten nordkoreanischen Herrscher wurde, der einen amtierenden US-Präsidenten traf. Obwohl viele Beobachter dieses Treffen als Propagandaerfolg für Kim Jong Un einschätzten und ein erfahrener Nordkorea-Experte darauf hinwies, dass die Gipfelerklärung auffallend nebulös blieb, wird nur die Zeit zeigen, ob von diesem Treffen mehr als ein Bild händeschüttelnder Präsidenten übrig bleibt. Es sind noch keine spürbaren Veränderungen im Land sichtbar geworden. Im Gegenteil: Quellen in Nordkorea sprechen von einem zunehmenden Vorgehen gegen alle „anti-sozialistischen Elemente“ und einer verstärkten Zusammenarbeit mit China in der Rückführung von Landesflüchtigen.

Die Problematik der Menschenrechte wird sowohl von China also auch von Nordkorea als Hindernis des Fortschritts und als unerwünschte Einmischung in innere Angelegenheiten angesehen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass Nordkorea nicht zögerte, Kim Jong Uns Halbbruder Kim Jong Nam im Februar 2017 in Kuala Lumpur in aller Öffentlichkeit zu töten. Daran ist der Aufwand zu erkennen, den das Regime betreibt, um seine Macht auch weiterhin sicherzustellen.

Obwohl die meisten Nordkoreaner nicht mehr vom Verhungern bedroht sind wie noch in den 1990er-Jahren, bleibt die Grundversorgung aufgrund der geografischen Lage des Landes und der Witterungsbedingungen problematisch. Hunger ist ein tagtäglich gegenwärtiger Feind. Ein Großteil der Bevölkerung ist noch immer unter- oder mangelernährt, und der Anteil unterentwickelter Kinder ist weiterhin sehr hoch. Die Situation verschlimmert sich durch die Weigerung des Regimes, mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten und ihnen Zugang zu den am stärksten betroffenen Gebieten zu gewähren. Der seltene Bewertungsbesuch eines hochrangigen UN-Beamten im Juli 2018 (der erste seit 2011) offenbarte die desolaten Lebensbedingungen vieler Bürger.

Einen weiteren Beleg gab ein Soldat, der im November 2017 die demilitarisierte Zone überwand und dabei schwerwiegende Schusswunden erlitt. Bei einer medizinischen Untersuchung fand man im Magen-Darm-Trakt des Überläufers viele Parasiten. Dabei handelte es sich bei ihm um einen Elitesoldaten, der mit der Bewachung der innerkoreanischen Grenze beauftragt war. Seine Ernährungssituation sollte somit eigentlich besser sein als die der Durchschnittsbürger. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen veröffentlichte im Oktober 2018 einen Bericht, in dem Kinder mit Wachstumsstörungen und stark unterernährte Erwachsene in Nordkorea beschrieben wurden.

Andererseits hat sich die wirtschaftliche Situation leicht verbessert, seitdem die Regierung ein gewisses Marktwesen zugelassen hat. Dies kommt nicht annähernd einer Marktwirtschaft gleich, doch es verleiht den Menschen etwas mehr Handlungsspielraum. Ein ausführlicher Bericht der Internetzeitung Daily NK vom August 2017 besagt, dass etwa fünf Millionen Menschen (gut 20 % der Bevölkerung) entweder direkt oder indirekt vom Marktsystem Nordkoreas abhängig sind. Obwohl strengere Kontrollen an der chinesischen Grenze negative Auswirkungen mit sich brachten, schienen sich diese zum Ende des aktuellen Berichtszeitraums wieder zu reduzieren, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass diese Art von Kontrollen durch lokale Behörden durchgeführt werden, die ihre eigenen Interessen häufig an erste Stelle setzen.

Das Projekt „Marktwesen“ brachte positive Ergebnisse, wenn auch begrenzte. Das Regime scheint inzwischen jedoch weniger Gewicht auf die Betonung der Aufgaben des Militärs zu legen, sondern sich verstärkt um die wirtschaftliche Entwicklung zu kümmern, um das Leben der Bürger zu verbessern. Das könnte unter anderem daran liegen, dass Nordkoreaner immer mehr vom westlichen Konsumverhalten mitbekommen, das sie durch illegal eingeführte DVDs südkoreanischer Fernsehserien miterleben. Es gibt eine hohe Nachfrage nach diesen Medien.

Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass sich die beherrschenden Rollen der Ideologie, Partei und des Machthabers in naher Zukunft verändern werden. Wie alle anderen Bürger würden auch Christen von einer verbesserten wirtschaftlichen Situation profitieren. Doch die problematische Grundversorgung beeinträchtigt Christen stärker, da sie eher zu den ärmeren Bevölkerungsschichten gehören. Ein weiteres Problem stellt der allseits gängige Einsatz von Bestechung dar, der mit ihrem christlichen Glauben nicht vereinbar ist.

Eine wichtige Methode, an „harte Währungen“ zu kommen, ist das Aussenden von Arbeitern in andere Länder, sogar nach Europa. Die nordkoreanischen Behörden nötigen diesen Arbeitern fast ihren gesamten Verdienst ab. Wenn so bereits mit den loyalen Bürgern umgegangen wird, denen der Staat genug „vertraut“, um sie ins Ausland zu schicken, ist leicht vorstellbar, wie er mit der „feindlich“ gesinnten Schicht umgeht, zu der auch die Christen zählen. Diese Vorgehensweise stellt jedoch in Zeiten strengerer internationaler Sanktionen eine wachsende Herausforderung für das Regime dar. Die internationalen Sanktionen, die im Jahr 2017 als Reaktion auf die anhaltenden Raketen- und Atomtests eingeführt wurden, haben ernsthaft wehgetan und werden mit zu Nordkoreas jüngster diplomatischer Offensive beigetragen haben. Berichten zufolge hat der Wirbel internationaler Begegnungen 2018 überraschenderweise zu einem strengeren Überwachungsnetz und einem noch härteren Durchgreifen gegen jeden geführt, der als Abweichler erscheint.

Die Flucht aus dem Land selbst wird grundsätzlich schwieriger, weil China seine Grenzen zunehmend mit Zäunen absichert und verstärkt. Laut Berichten ist die Grenze seit Mitte 2018 allerdings wieder durchlässiger geworden. China nimmt weiterhin nordkoreanische Flüchtlinge fest und bringt sie über die Grenze zurück. Diese Maßnahme könnte auch Christen gefährden. Die Preise, die Schlepper verlangen, um Flüchtlinge illegal von Nordkorea nach China zu bringen, sind in den vergangenen Monaten sprunghaft angestiegen. Ende 2016 lag der durchschnittliche Preis pro Person bei etwa 8.900 US-Dollar – 2017 mussten Flüchtlinge bis zu 16.000 US-Dollar zahlen. Die Anzahl von Flüchtlingen aus Nordkorea ist seit der Machtergreifung Kim Jong Uns zurückgegangen. Nach offiziellen Zahlen des südkoreanischen Einheitsministeriums gab es 2017 1.127 Flüchtige, während im Jahr 2011 noch 2.706 gezählt wurden. Aktuelle Zahlen aus dem Jahr 2018 sind noch nicht verfügbar, doch in der ersten Jahreshälfte ist die Anzahl von Flüchtlingen, die es nach Südkorea geschafft haben, um 17,7 % gesunken.

5. Betroffene Christen

Da es in Nordkorea weder Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten noch protestantische Freikirchen gibt, gehören alle Christen zu einer der beiden nachfolgenden Gruppen. Sie alle sind der am stärksten vorstellbaren Verfolgung ausgesetzt:

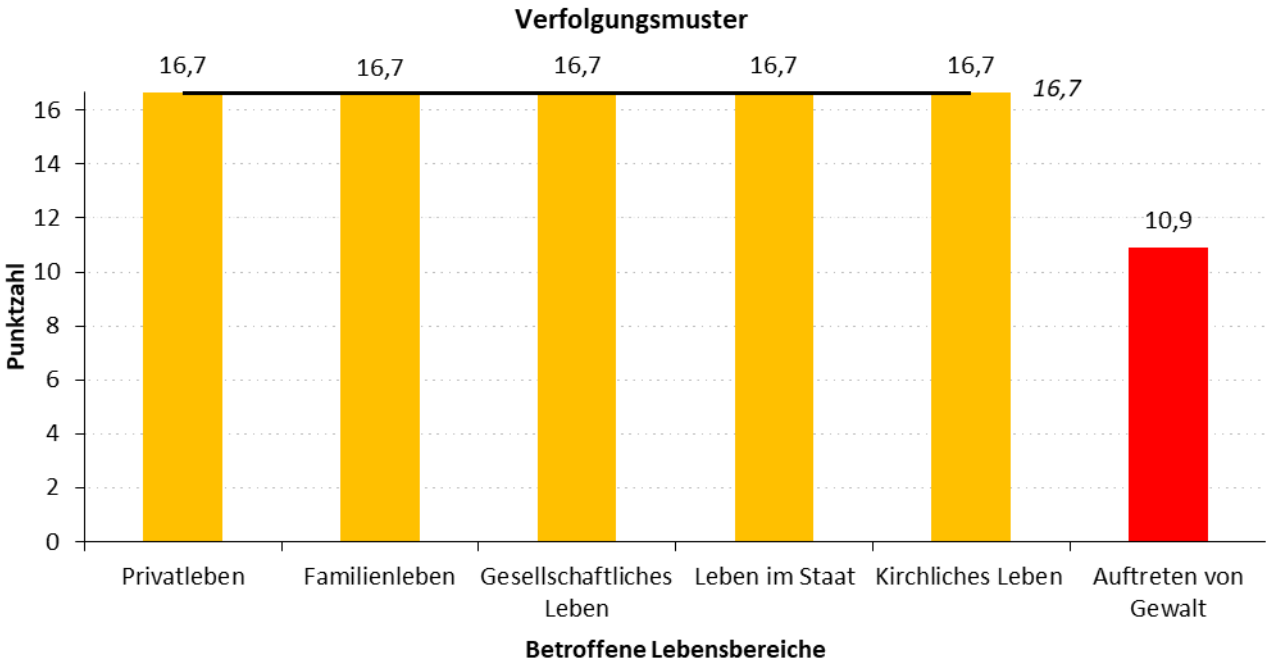
Christen aus traditionellen Kirchen

Sie stammen noch aus der Zeit vor dem Koreakrieg (1950-1953). Viele Christen waren im Krieg umgekommen oder in den Süden geflohen, doch andere waren geblieben. Sie und ihre Nachkommen bilden diese Gemeinden. Jeder Bürger wird in ein Klassensystem eingeordnet, das „Songbun“ genannt wird. Nach dieser Einstufung gehören Christen zur „feindlichen Klasse“ und werden nochmals in zwei Unterklassen unterteilt, die „37“ für protestantische Christen und die „39“ für katholische Christen. Diesen Klassen gehören vor allem Christen an, von denen bekannt ist, dass ihre Eltern oder Großeltern Christen waren. Als Strafe dafür, das falsche „Songbun“ zu haben, wurden die meisten von ihnen in abgelegene Dörfer verbannt. Nur wenigen dieser historisch gewachsenen christlichen Gemeinden ist es gelungen, ihren Glauben zu verbergen und Untergrundkirchen zu bilden. Wegen des Prinzips der Sippenhaft sind die Nachkommen dieser Christen mit unüberwindbaren gesellschaftlichen und anderen Hindernissen konfrontiert und werden misstrauisch beobachtet.

Christliche Konvertiten

Diese Christen haben einen kommunistischen Hintergrund oder verehrten zuvor die ehemaligen Staatsführer Kim Il Sung und Kim Jong Il. Viele von ihnen kamen in den 1990er-Jahren zum Glauben, als während der großen Hungersnot unzählige Nordkoreaner die Grenze zu China überquerten und in chinesischen Kirchen Hilfe fanden. (Auch in den 2000er-Jahren überquerten viele Nordkoreaner die Grenze, ihre Zahl ist jedoch deutlich geringer.) Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neu gefundenen Glauben treu.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nordkorea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Nordkorea ist in allen Lebensbereichen unvermindert extrem stark. Trotz aller diplomatischer Aktivitäten während des Berichtszeitraums wurde in jedem einzelnen Lebensbereich die maximale Punktzahl von 16,7 erreicht. Die Treffen mit internationalen Staatsoberhäuptern im Jahr 2018 haben den Christen im Land keinerlei Erleichterung gebracht.
- Die maximale Punktzahl in allen Lebensbereichen reflektiert die Realität eines Staates, der in allen Bereichen der Gesellschaft von Diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Es gibt wohl kein anderes Land auf der Welt, für das der Begriff Paranoia zutreffender wäre – in Nordkorea ist alles davon betroffen.
- Der Wert für Auftreten von Gewalt ist von 10,6 Punkten im WVI 2018 auf 10,9 angestiegen und bleibt somit sehr hoch. Wird jemand als Christ identifiziert, wird er oder sie verhaftet, verhört und in eines der Lager verbracht. Es gibt auch Berichte von Tötungen.

Privatleben

Angesichts der geschilderten Situation verwundert es nicht, dass die Verfolgung im Bereich „Privatleben“ den Höchstwert erreicht. Es ist äußerst gefährlich, die Bibel zu lesen oder seinen christlichen Glauben auf welche Art auch immer zu zeigen. Bibeln und andere Schriften werden sorgfältig versteckt und nur dann hervorgeholt, wenn man sich absolut sicher sein kann, dass man allein ist. Christliche Literatur wird aufgeteilt oder nach dem Auswendiglernen zerstört, da es zu gefährlich ist, komplette Exemplare aufzubewahren. Treffen mit anderen Christen sind höchst gefährlich. Mit nichtchristlichen Familienmitgliedern oder anderen über den Glauben zu sprechen, ist nahezu unmöglich. Allen wird beigebracht, dass ihre Loyalität zuerst der Kim-Familie gehört. Aufgrund dieser eingeforderten Loyalität und dem großen Druck sind sogar Kinder bereit, ihre Eltern zu verraten (wie es Berichte immer wieder belegen), sodass die meisten Eltern es nicht einmal wagen, ihren Kindern von ihrem Glauben zu erzählen.

Familienleben

Der maximale Wert in diesem Lebensbereich wird durch den folgenden Kommentar sehr gut zusammengefasst: „Kindern wird der Name Kim Il Sung beigebracht, bevor sie die Namen ihrer Eltern lernen.“ Wenn Christen entdeckt werden, verlieren sie alles. Sie werden nicht nur verhört, damit ihre Netzwerke aufgespürt werden können, sondern auch ihre Familien werden aufgrund des Prinzips der Sippenhaft festgenommen und müssen Jahre des Elends in Arbeitslagern erleiden. Familien werden gezielt auseinandergerissen, wenn der christliche Glaube eines der Familienmitglieder entdeckt wird. Wenn beide Ehepartner Christen sind, werden sie beispielsweise in verschiedene Arbeitslager gebracht. Männer und Frauen werden ohnehin sehr häufig getrennt. In einigen Lagern gibt es jedoch Familienbaracken. Jeder, der in verborgene religiöse Aktivitäten involviert ist und entdeckt wird, erlebt Diskriminierung, Gefängnis, willkürliche Verhaftung, Verschleppung, Folter und/oder öffentliche Hinrichtung. Es ist christlichen Eltern schier unmöglich, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Dies wäre nicht nur sehr gefährlich, die Eltern müssten zudem gegen die wöchentliche Indoktrinierung ankämpfen, die bereits im Kleinkindalter beginnt. Christliche Hochzeiten, Beerdigungen oder das Abendmahl öffentlich zu feiern, ist unmöglich, ebenso wie christliche Taufen.

Gesellschaftliches Leben

Jeder Nordkoreaner steht unter strikter sozialer Kontrolle, da sich Nordkorea des alten kommunistischen Systems der Nachbarschaftswache, „Inminban“ genannt, bedient. Im Berichtszeitraum wurde den örtlichen Leitern noch mehr Autorität übertragen. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird den Behörden von speziell ausgebildeten Nachbarn berichtet, sodass keine Aktivität, kein Besuch, keine Abweichung vom Normalen unbemerkt bleibt. Kinder von Christen wissen daher meist nichts vom Glauben ihrer Eltern, da die meisten Eltern ihre Kinder (wenn überhaupt) erst dann einweihen, wenn diese älter sind. Wenn sie davon wissen, müssen sie sehr vorsichtig sein, den Glauben nicht zu zeigen, da dies schnell zu einer Anzeige führt und die ganze Familie betroffen ist. Ähnliche Vorsicht ist am Arbeitsplatz, zu Hause und besonders in allen Selbstkritik-Sitzungen geboten, die sich Berichten zufolge intensiviert haben. Dies zeigt den zunehmenden Druck seitens des Staates, der sein Vertrauen auf die Ideologie setzt.

Leben im Staat

Alles ist in Nordkorea auf die Juche-Ideologie und den Kimilsungismus/Kimjongilismus ausgerichtet. Medienberichte über Christen sind verzerrt, wenn es denn überhaupt Berichte gibt. In den staatlichen Medien werden Christen als Missionare und Terroristen dargestellt und der christliche Glaube als Gefahr für den Staat bezeichnet. Christen können niemals eine faire Gerichtsverhandlung erwarten. Selbst ausländische Christen haben keine Chance auf eine faire Verhandlung, wenn sie von den Behörden verhaftet werden. Folglich bringt es die Kategorie „Leben im Staat“ auf die höchstmögliche Punktzahl. Nordkoreanische Polizeibeamte machen regelrecht Jagd auf Bürger, die sich während ihres Aufenthalts in China zum christlichen Glauben bekehrt haben oder christliche Literatur, vor allem Teile der Bibel, nach Nordkorea zu schmuggeln versuchen. Jeder ertappte und zurück nach Nordkorea gebrachte Flüchtling wird ausführlichen Verhören unterzogen. Allen vorliegenden Berichten zufolge gehören dazu auch Fragen wie: „Hast du in China Christen getroffen?“ und: „Hast du in China eine Kirche besucht?“ Im Bericht des US-Außenministeriums zur Religionsfreiheit 2017 wird das Koreanische Wiedervereinigungsinstitut zitiert: „Die Bürger werden mindestens zweimal jährlich von den Behörden über Methoden aufgeklärt, wie sie Menschen aufspüren und identifizieren können, die den christlichen Glauben verbreiten.“

Kirchliches Leben

Kirchen können in sichtbarer Form nicht existieren. Es gibt vier unter der Kontrolle der Regierung stehende Kirchengebäude (ein katholisches, zwei protestantische und ein russisch-orthodoxes), die jedoch nur dafür da sind, internationalen Gästen vorzugaukeln, dass es Religionsfreiheit gibt. Sie funktionieren nicht als wirkliche christliche Gemeinden, da sie sich nur innerhalb der von der Regierung gesteckten Grenzen bewegen dürfen. Außerhalb dieser Vorführ-Kirchen ist es nicht möglich, auf legalem Weg christliche Schriften zu produzieren oder zu importieren oder christliche Organisationen zu gründen. Berichte über südkoreanische Kirchenleiter, die sich mit ihren nordkoreanischen Kollegen getroffen haben sollen, sind ein Beweis dafür, dass man nicht allen Details, die aus Nordkorea kommen, vertrauen kann. Die offizielle nordkoreanische Kirche – falls eine solche überhaupt existiert – kann kaum stellvertretend für alle Christen in Nordkorea angesehen werden. Einige Beobachter halten diesen Auftritt für reinen Schwindel. Dasselbe gilt für die legale Ausbildung von Kirchenleitern: Es gibt in Pjöngjang eine Art Seminar, doch Kirchen dürfen ihre Leiter nicht frei ausbilden und Jugendarbeit ist generell verboten.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung in Nordkorea bleibt gewalttätig. Es ist zu Razzien und Exekutionen von Christen gekommen, doch aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden. Es ist zudem schwierig, Berichte aus den Arbeitslagern zu erhalten. Pastor Dong Cheol Kim und zwei koreanisch-amerikanische Christen, die an der Universität für Wissenschaft und Technik Pjöngjang (PUST) unterrichteten, wurden vor dem Gipfeltreffen in Singapur im Juni 2018 als Geste des guten Willens freigelassen. Nordkorea beschuldigte sie eines regierungsfeindlichen Verhaltens.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wenn Christen in Nordkorea entdeckt werden, werden sie meistens inhaftiert, verhört, gefoltert und viele schließlich getötet. Im Angesicht dieser erschreckenden Realität werden Männer und Frauen nicht unterschiedlich behandelt. Doch Frauen, die über die Grenze nach China flohen, wurden oft missbraucht und zwangsverheiratet. Da diese Frauen von den chinesischen Behörden nach wie vor als illegale Einwanderinnen angesehen werden, werden sie zurückgeschickt, falls man sie erwischt. Frauen fliehen häufiger als Männer und mehr Frauen nehmen in China den Glauben an Jesus Christus an. Wenn bei diesen Frauen nach ihrer Rückkehr nach Nordkorea eine Schwangerschaft festgestellt wird, werden sie Berichten zufolge mit brutalsten Methoden zur Abtreibung gezwungen. Das betrifft sowohl christliche als auch nichtchristliche Frauen. Der Strom von Flüchtlingen hat jedoch in den letzten Jahren nachgelassen, da die Grenze auf beiden Seiten strenger kontrolliert wird und sich die Ernährungslage in Nordkorea verbessert hat.

„Human Rights Watch“ hat im Oktober 2018 einen Bericht mit dem Titel „Sexuelle Gewalt gegen Frauen durch Funktionäre“ veröffentlich. Obwohl es darin nicht um eine mögliche Religionszugehörigkeit geht, wird darin der weitverbreitete (sexuelle) Missbrauch von Frauen in der nordkoreanischen Gesellschaft betont und aufgezeigt, dass die Ansicht, Frauen seien weniger wert, in der koreanischen Kultur tief verwurzelt ist.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch wenn die Huldigung der nordkoreanischen Herrscher theoretisch keinen Raum für andere Religionen zulässt, soll es Anhänger des Buddhismus und Konfuzianismus im Land geben. Doch diese Religionen gehören zum kulturellen Selbstverständnis und werden meist privat ausgelebt, sodass sie keine Aufmerksamkeit der Behörden auf sich ziehen.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Die diplomatischen Erfolge, die der nordkoreanische Machthaber 2018 erzielen konnte, waren überraschend leicht zu erreichen. Doch diese Gespräche müssen in den kommenden Jahren zu spürbaren Ergebnissen für beide Seiten führen. Während die nukleare Abrüstung für die internationale Gemeinschaft und Südkorea eine der obersten Prioritäten darstellt, ist Pjöngjang vor allem an der Aufhebung der Sanktionen und der Weiterentwicklung des Landes zu eigenen Bedingungen interessiert. Das beinhaltet eine Unzahl an Details, die – sollten die Gespräche tatsächlich weitergeführt werden – jenseits des Rampenlichts der öffentlichen Aufmerksamkeit besprochen werden.

Die Ermordung von Kim Jong Nam am Flughafen in Malaysia sowie die wachsenden Beziehungen zum traditionellen Verbündeten China sind ein weiterer Beleg einer wachsenden Selbstsicherheit. Die größte Herausforderung für Nordkorea bleibt jedoch die Beziehung zu China. Das Land ist von China wirtschaftlich stark abhängig und ist deshalb auf enge Verbindungen zu dem einzigen Land angewiesen, mit dem es eine wichtige Grenze teilt (neben Südkorea). China mag mit dem Verhalten des Regimes nicht besonders glücklich sein, doch zeigte sich seine starke Position, als es Kim Jong Un dazu brachte, China drei Mal innerhalb kurzer Zeit zu besuchen. Es gibt Gründe, warum China

Nordkorea weiterhin unterstützt. Diese Gründe sind: 1. das nicht berechenbare Szenario für den Fall, dass das Kim-Regime kollabieren sollte, 2. die Frage, ob die Atomwaffen Nordkoreas nicht auch eine potentielle Gefahr für China und die regionale Stabilität darstellen und 3. die Tatsache, dass für den Fall jedweder Art von Wiedervereinigung zwischen Nord- und Südkorea das US-amerikanische Militär sehr wahrscheinlich direkt an der Grenze zu China stationiert werden würde.

Kim Jong Un ist weiterhing um eine Erwärmung der nordkoreanisch-chinesischen Freundschaft bemüht, doch bis zur Erstellung dieses Berichts im Dezember 2018 hat Präsident Xi Jinping eine Begegnung mit Kim Jong Un auf nordkoreanischem Boden sorgfältig vermieden. Dennoch scheint sich die Beziehung verbessert zu haben und mit dem aufkommenden US-chinesischen Handelskrieg wird China noch weniger Anreize zur strikten Umsetzung von Sanktionen haben. Hinzu kommt, dass die neue Regierung von Südkorea stark an einer engeren Verbindung mit Nordkorea interessiert ist. Daher wird es für die US-Regierung möglicherweise noch schwieriger, strenge internationale Sanktionen einzuführen.

Ausblick für Christen

Die Verfolgung, die von den Triebkräften Kommunistische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia ausgeht, wird durch die wachsende Ideologie von Autarkie und Selbstsicherheit noch geschürt, besonders da das Regime den (inoffiziellen) Status einer Atommacht gewonnen hat. Kim Jong Un konnte seine Herrschaft im Berichtszeitrum des WVI 2019 weiter stärken und ihm gelang, was keinem seiner Vorfahren möglich war: ein Treffen mit einem amtierenden US-Präsidenten. Ob und wie sich diese Beziehung zwischen den Ländern und ihren Anführern weiterentwickelt, wird sich noch herausstellen. Da jetzt die Details weiterverhandelt werden müssen, sind Enttäuschungen absehbar. Nordkorea sieht den Zustand der Menschenrechte als interne Angelegenheit und könnte dieses Thema sogar nutzen, um weitere Verhandlungen jederzeit zu beenden, sollten sich diese nicht so entwickeln, wie Pjöngjang es sich wünscht. In jedem Fall sind spürbare Verbesserungen für die Christen im Land nicht zu erwarten. Im Gegenteil: China schickt weiterhin jeden Nordkoreaner, dem es gelingt, sich nach China abzusetzen, sofort wieder zurück, ungeachtet der Tatsache, dass China das UN-Flüchtlingsabkommen unterzeichnet hat und es ohne Weiteres möglich wäre, alle Überläufer ohne weitere Kosten und Mühen nach Südkorea zu schicken.

Schlussfolgerung

Es gibt viele Anzeichen dafür, dass sich die Verfolgung der Christen in Nordkorea weiter verschlimmern wird:

- Entführungen und Festnahmen von südkoreanischen und chinesisch-koreanischen Christen und Missionaren in China nehmen zu.
- Die Grenzen werden stärker bewacht und die Bestrafung der nach China geflohenen und zurückgeführten Staatsbürger wird härter.
- Die Anzahl der südkoreanischen Missionare, die aus China ausgewiesen werden, nimmt zu.
- Das nordkoreanische Regime verstärkt seine Bemühungen, alle Kanäle zur Verbreitung des christlichen Glaubens auszumerzen.

zurück zur Länderübersicht

Afghanistan: Platz 2

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Weder erlaubt die Islamische Republik Afghanistan afghanischen Staatsbürgern, Christen zu werden, noch erkennt sie Konvertiten als solche an. Wechselt jemand seine Religion, wird das als Abfall vom Glauben betrachtet. Die Taliban haben ihre Herrschaft über Teile des Landes ausgeweitet und ihr Einfluss nimmt zu.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Menschen sind tief darin verwurzelt, sich um ihre Familien und Stämme zu kümmern. Wagt es jemand, sich von seinem Stamm abzuwenden, um etwas Neues und vielleicht sogar Ausländisches anzunehmen, wird großer Druck ausgeübt, um die betreffende Person dazu zu bringen, wieder zu den traditionellen Normen zurückzukehren.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die Opiumproduktion hat ein Rekordniveau erreicht. Jeder, der den Drogenbossen im Weg steht, wird einfach aus dem Weg geräumt. Dies betrifft zumeist nicht speziell Christen, die ja ohnehin nicht als solche sichtbar sind. Doch sie sind auch betroffen, da sie niemanden haben, an den sie sich hilfesuchend wenden könnten.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Da Afghanistan laut Verfassung ein islamischer Staat ist, werden alle anderen Religionen als dem Land fremd angesehen, und folgerichtig stehen Regierungsbeamte allen Anzeichen des christlichen Glaubens feindlich gegenüber. Das Gleiche gilt für Anführer ethnischer Gruppen, Leiter lokaler Moscheen und gewöhnliche Bürger. Wenn jemand den Islam verlässt, wird das als Verrat an der Stammesgemeinschaft betrachtet. Für die meisten Familien stellt ein Glaubenswechsel eine große Schande dar und die Familienmitglieder werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Konvertiten zum Islam zurückzubringen oder für die Schande büßen zu lassen. Verschiedenste islamische Milizen kämpfen für die Ehre ihrer Religion. Jede – auch nur vermeintliche – Abweichung ist hochgefährlich.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Alle afghanischen Christen sind Konvertiten aus dem Islam und können ihren Glauben nicht offen leben. Sehr oft gibt es nur eine mögliche Folge, wenn Christen enttarnt und gefasst werden: Sie werden getötet. Weder extremistische Milizen noch die eigene (Groß-)Familie zeigen in dieser Hinsicht Gnade. Konvertiten werden als geisteskrank betrachtet, da sie den Islam verlassen haben. Sie können in eine psychiatrische Klinik zwangseingewiesen und ihre Häuser zerstört werden. Die Familie, der Clan oder der Stamm müssen ihre „Ehre“ wahren, indem der Christ beseitigt wird.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Es liegen Berichte vor, dass im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 mehrere Christen muslimischer Herkunft getötet wurden, aber aus Sicherheitsgründen können keine Einzelheiten veröffentlicht werden. Zwar sind im Berichtszeitraum keine ausländischen Christen wegen ihres Glaubens ermordet worden, doch in der jüngeren Vergangenheit wurden christliche Entwicklungshelfer getötet (Mai 2017). Jegliche sichtbaren Äußerungen ihres Glaubenslebens bringen

Christen in Gefahr. Da alle Veränderungen, die die Religion betreffen, beobachtet und weitergegeben werden, bedeutet dies oft, dass Konvertiten umziehen müssen, weil der Druck durch die Nachbarschaft groß und der Einfluss der Taliban und des „Islamischen Staates“ (IS) stark ist. Sich auch nur mit anderen Religionen zu beschäftigen oder den Islam möglicherweise verlassen zu haben, kann mit dem Tod bestraft werden – dies hängt von der Familie ab. Christen werden nur so lange Arbeit bekommen, wie man sie für afghanische Muslime hält. Sobald entdeckt wird, dass sie sich auch nur mit dem christlichen Glauben befassen, etwa indem sie sich im Internet darüber informieren, wird sofort gehandelt, indem man sie indoktriniert, bis sie (und ihre Kontaktpersonen) gehorchen. Das kann Folter einschließen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 erlitten Christen in Afghanistan ein ebenso extremes Maß an Verfolgung wie in Nordkorea. In der Wertung unterscheiden sich die beiden Länder lediglich durch eine etwas niedrigere Punktzahl Afghanistans in Bezug auf das Auftreten von Gewalt. Nichtsdestoweniger spiegelt die sehr hohe Punktzahl für Gewalt eine weitere Zunahme der Aktivitäten aufständischer Gruppen wider. Der „Islamische Staat“ (IS) ist als weitere gewaltsame islamische Miliz in Afghanistan neben den Taliban auf den Plan getreten, letztere kontrollieren auch einen immer größeren Teil des Staatsgebiets. Ein weiterer Grund für die hohe Punktzahl liegt darin, dass (während mindestens der Hälfte des Berichtszeitraums) die Vorbereitungen für die Wahlen im Oktober 2018 zu einer noch instabileren Lage geführt haben, in der die Loyalitäten zu Stamm, Clan und Religion entscheidend sind. Diese angespannte Situation wird sich angesichts der für April 2019 geplanten Präsidentschaftswahlen nicht verändern.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Weder erlaubt die Islamische Republik Afghanistan afghanischen Staatsbürgern, Christen zu werden, noch erkennt sie Konvertiten als solche an. Wechselt jemand seine Religion, wird das als Abfall vom Glauben betrachtet, der Schande über die Familie und die islamische Gemeinschaft bringt. Aus diesem Grund verbergen Konvertiten ihren neugefundenen Glauben so weit wie möglich. Die Taliban und der IS haben ihre Herrschaft über Teile des Landes ausgeweitet. Gemäß einem Bericht vom Juni 2018 des US-Sonderbeobachters für den Wiederaufbau Afghanistans werden von den 407 Bezirken des Landes 178 Bezirke in 12 Provinzen entweder von den Taliban beherrscht (59 Bezirke) oder beeinflusst (119). Ihr Einfluss nimmt also weiter zu, wie auch die hohe Zahl von Anschlägen und Gefechten mit Regierungstruppen im Kampf um die Vorherrschaft in verschiedenen Provinzen zeigt. Die neue Führung der Taliban, die noch mehr zu extremistischen religiösen Ansichten neigt, hat die Anstrengungen erhöht, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch die extreme Gewalt, die durch mit dem IS verbundene Gruppen („Islamischer Staat in der Provinz Khorasan“ = ISKP) verübt wurde, hat dazu geführt, dass die Zahl der vertriebenen oder bei Anschlägen getöteten Menschen sich sogar noch erhöht hat. Nach Angaben der Vereinten Nationen gab es in den ersten sechs Monaten von 2018 5.122 zivile Opfer (1.692 Menschen wurden getötet und 4.430 verletzt). Darüber hinaus droht Pakistan weiterhin damit, noch mehr afghanische Flüchtlinge zurückzuschicken, und auch aus Europa werden Flüchtlinge zurückgeschickt.

Alle afghanischen Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Wenn sie entdeckt werden, drohen ihnen seitens ihrer Familie, Freunde und der Gesellschaft Diskriminierung und Feindseligkeit bis hin zur Ermordung. Höchstwahrscheinlich werden islamische Führungspersönlichkeiten wie Imame die Anstifter sein, und auch die lokalen Behörden können darin verwickelt sein. Laut einer Umfrage, die im November 2017 veröffentlicht wurde, haben die Bürger Afghanistans das stärkste Vertrauen in ihre religiösen Führer und in die Medien – weit stärker als ihr Vertrauen in Politiker. Mehr als 60 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass religiöse Leiter eine größere Rolle in der Politik spielen sollten. In den südwestlichen und östlichen Teilen des Landes betrug der Anteil sogar 75 Prozent.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Der Begriff „Nation“ ist der afghanischen Denkweise fremd. Zuerst kommt die eigene Familie, dann der Clan und dann der Stamm – und all diese sind viel wichtiger als das Land. Die Menschen sind tief darin verwurzelt, sich um ihre Familien, Dörfer und Stämme zu kümmern. Wagt es jemand, sich von seinem Stamm abzuwenden, um etwas Neues und vielleicht sogar Ausländisches anzunehmen, wird großer Druck ausgeübt, um die betreffende Person dazu zu bringen, wieder zu den traditionellen Normen zurückzukehren. Weigert sie sich, wird die Person als Verräter der Gemeinschaft betrachtet und folglich ausgeschlossen. Das trifft auf alle „Abweichungen“ zu, doch ganz besonders, wenn jemand den christlichen Glauben annimmt. Die christliche Religion wird in Afghanistan als westlich betrachtet sowie als feindlich gegenüber der einheimischen Kultur und Gesellschaft und dem Islam. Aus dieser Perspektive gilt ein Glaubenswechsel weg vom Islam als Verrat. Wie der Länderbericht 2017 der US-Kommission zur internationalen Religionsfreiheit (USCIRF) festhält: „Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass die muslimischen Einwohner Entwicklungshilfeprojekten gegenüber argwöhnisch blieben und sie oft als heimliche Bemühungen betrachteten, den christlichen Glauben auszubreiten oder zu missionieren.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Mangel an Exportgütern hat zu einer großen Schieflage in der Handelsbilanz geführt, was das Land in andauernde finanzielle Not gebracht hat. Erstaunliche 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stammen aus der Schattenwirtschaft. Korruption und Kriminalität sind allgegenwärtig. Davon sind auch Christen betroffen, da sie der armen Bevölkerungsmehrheit angehören. Eines der großen wirtschaftlichen Probleme Afghanistans besteht darin, dass der Anbau von Mohn zur Herstellung illegaler Drogen wie Opium viel lukrativer ist als der Anbau praktisch jeder anderen Kulturpflanze. Näheres dazu findet sich in dem im November 2018 veröffentlichten Bericht „A Drop from Peak Opium Cultivation“ der Vereinten Nationen. Die Taliban sind stark in die Drogenproduktion verwickelt; Schätzungen zufolge landen 70-80 Prozent aller Gewinne aus dem Drogenhandel in ihren Taschen. Die Einkünfte aus dem Mohnanbau finanzieren nicht nur bewaffnete Milizen, sondern heizen auch die Korruption an. Jeder, der den Drogenbossen im Weg steht, wird einfach aus dem Weg geräumt, eine Praxis, die sich verstärkt hat.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Da Afghanistan laut Verfassung ein islamischer Staat ist, werden alle anderen Religionen als dem Land fremd angesehen und folgerichtig stehen Regierungsbeamte allen Anzeichen des christlichen Glaubens feindlich gegenüber. Dies gilt umso mehr für die Führungspersönlichkeiten der ethnischen und religiösen Gruppen. Für die meisten Familien stellt ein Glaubenswechsel eine große Schande dar und die Familienmitglieder werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Konvertiten zum Islam zurückzubringen oder für die Schande büßen zu lassen. Das Gleiche gilt für Nachbarn und Freunde. Der sich fortsetzende Aufstand der Taliban und inzwischen auch des IS verstärken den Druck auf die Christen, die sich ohnehin verstecken müssen. Wird ihr Glaube entdeckt, müssen sie fast immer mit dem Tod rechnen.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Die Stammesgemeinschaft ist in Afghanistan sehr viel stärker und wichtiger als der Staat. Wenn jemand diese Gemeinschaft verlässt, beispielsweise indem er seine Religion wechselt und den christlichen Glauben annimmt, gilt er als Abtrünniger, der zurückgebracht werden muss. Gerade diejenigen Verfolger, die bereits in Bezug auf Islamische Unterdrückung genannt wurden, sind auch durch diese Triebkraft motiviert – denn in der afghanischen Kultur werden ethnische und religiöse Identität als ein und dasselbe betrachtet.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Kriminelle Netzwerke, Aufständische und gewaltbereite religiöse Gruppierungen sind allesamt in das äußerst lukrative Geschäft der Drogenproduktion und des Drogenhandels verwickelt. Auch Regierungsbeamte profitieren direkt oder indirekt davon, indem sie Schmiergeld dafür erhalten, dass sie wegsehen. Wer immer als Gefährdung für dieses Geschäft angesehen wird oder ihm einfach im Weg steht, wird mit allen erforderlichen Mitteln aus dem Weg geräumt.

4. Hintergrund

Afghanistan ist schon seit Jahrhunderten eine instabile Region. Bevor es 1709 die Unabhängigkeit erlangte, wurde es von den Persern regiert. Der Nordwesten des Landes ist Teil des alten „Khorasan“, ein Name, der wieder Bedeutung erlangte, als militante Muslime dem IS Treue schworen und die Gründung des „Kalifats von Khorasan“ verkündeten (das historische Khorasan schloss auch Teile des Iran und Pakistans ein). Diese Kämpfer greifen im nordöstlichen Teil des Landes Regierungstruppen an und verfolgen die Strategie, gezielt muslimische Minderheiten wie die schiitischen Hazara anzugreifen, sie zu drangsalieren und religiösen Hass zu säen. Der dreitägige Waffenstillstand zum Fastenbrechen im Juni 2018 wurde vom IS ignoriert, der während dieser Zeit zwei große Anschläge durchführte. Davon abgesehen wurde das Fest des Fastenbrechens weithin gefeiert. Kämpfer der Taliban wurden gesehen, wie sie in die Städte kamen und mit ihren Familien an den Feierlichkeiten teilnahmen. Dies spiegelt wider, wie sehr die Menschen sich nach Frieden sehnen.

Das westliche Konzept eines Nationalstaates ist den Afghanen fremd. Ihre Loyalität gilt der Familie, dem Stamm, der Volksgruppe und der Religion, jedoch nicht dem Staat. Aus diesem Grund muss jede Entscheidung im Land aus diesen vielen Blickwinkeln betrachtet werden. Wenn jemand in Kabul Macht besitzt, bedeutet das nicht, dass er auch in den Provinzen Autorität hat. Dies ist zumindest teilweise

eine Erklärung für die komplizierte Politik des Landes. Die Regierung der Nationalen Einheit sieht sich nicht nur vielen Herausforderungen gegenüber, hinzu kommen immer mehr Spaltungen und Risse. Jedoch gelang es ihr, bis zu den Wahlen im Oktober 2018 intakt zu bleiben. Was danach geschehen mag (angesichts der auf Juli 2019 verschobenen Präsidentschaftswahlen), ist derzeit völlig offen. Eines der umstrittensten Themen – abgesehen von der verheerenden Sicherheitslage – war die Einführung eines elektronischen Personalausweises, der sogenannten „E-Tazkira“. Unter den strittigen Punkten sorgten besonders die Frage, ob der Personalausweis einen Eintrag zur Volkszugehörigkeit enthalten solle, und die Frage, ob er als Nationalität „Afghane" angeben solle, für Spannungen. Auch Vizepräsident Dostum, ein Angehöriger der usbekischen Minderheit, war Auslöser von Diskussionen. Die internen Machtkämpfe innerhalb der Regierung traten im Juli 2017 zutage, als ihm die Rückkehr nach Afghanistan verweigert wurde, nachdem er „medizinische Behandlung“ in der Türkei erhalten hatte. Er kehrte erst am 22. Juli 2018 nach Afghanistan zurück und wurde sofort von einem Selbstmordattentat „begrüßt“, das er jedoch überlebte.

Fünf aufsehenerregende Selbstmordattentate innerhalb von neun Tagen im Januar 2018 bildeten den Auftakt für ein besonders gewaltsames Jahr 2018. Der kriegsmüden Zivilbevölkerung Frieden zu bringen, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein harter Kampf. Gezielt die Anführer der militanten Gruppen zu töten, sei es des IS oder der Taliban, scheint keine vielversprechende Strategie zu sein. Das Gleiche kann von der im September 2017 vorgeschlagenen Einrichtung staatlicher Milizen, um eine neue „Afghanische Territorialarmee“ zu schaffen, gesagt werden. Es gibt eine Vielzahl von verschiedenen extremistischen islamischen Gruppen, die in Afghanistan aktiv sind, seien es der „IS in der Provinz Khorasan“, die Taliban oder kleinere Gruppen wie das Haqqani-Netzwerk. Obwohl sie alle ihre eigene Agenda haben, sind sie in ihren Bemühungen einig, die Regierung zu schädigen und – wenn möglich – zu stürzen. Die Tendenz sunnitischer Milizen (insbesondere des IS in der Provinz Khorasan), bestehende religiöse Gräben auszunutzen, setzt sich fort.

Eine weitere ständige Herausforderung ist, wie sich all die islamistischen Gruppen finanzieren. Global Witness veröffentlichte im Mai 2018 einen Bericht, der beschreibt, wie gewöhnliche Exportgüter (etwa die Mineralien Talk und Chrom) zur Finanzierung islamischer Milizen im Nordosten Afghanistans beitragen. Eine weitere wichtige Einnahmequelle ist der Handel mit Opium, insbesondere für die Taliban. Deshalb bemühten sie sich, so viel Einfluss wie möglich auf die südliche Provinz Helmand zu gewinnen, die als Wiege des Drogenhandels bekannt ist. Die Gewinne werden jedoch nicht nur von den Taliban eingestrichen, sondern auch von Regierungsbeamten.

5. Betroffene Christen

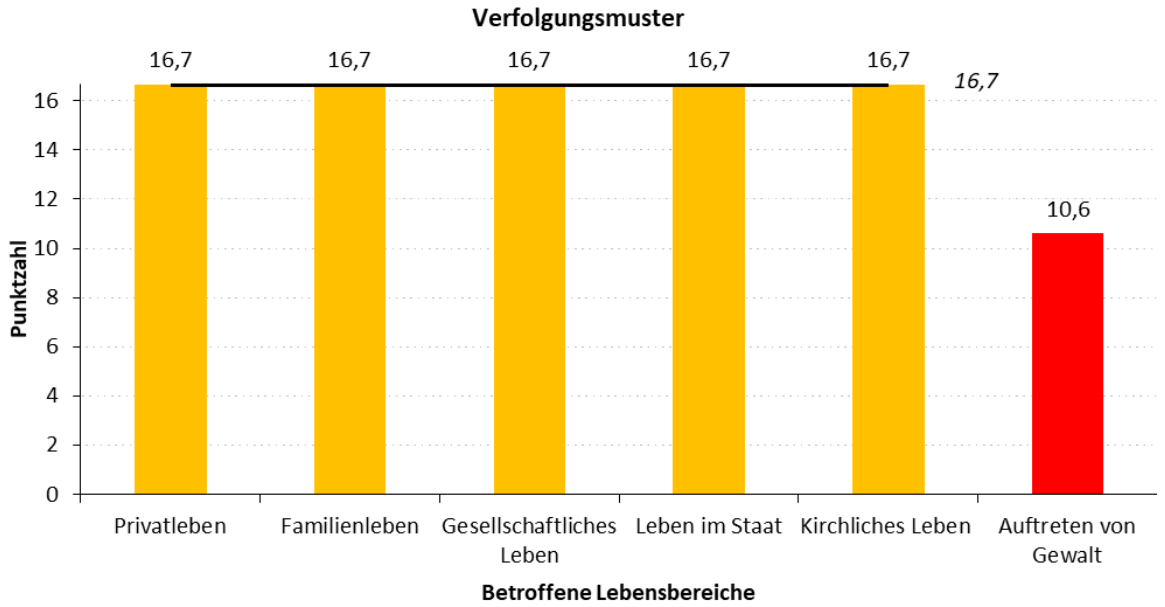
Ausländische Christen

Diese Christen werden für den WVI nicht berücksichtigt, da sie so wenige sind und so geschützt und isoliert leben, dass sie von der Situation im Land kaum beeinflusst werden.

Christen muslimischer Herkunft

Konvertiten zum christlichen Glauben versuchen ihr Äußerstes, um nicht von Familie, Freunden, Nachbarn oder der Gesellschaft erkannt zu werden. Je nach Familie müssen sie sogar um ihr Leben fürchten. Es ist für sie nicht möglich, offen als Christen zu leben. Bereits der bloße Verdacht, jemand könnte Christ sein, führt zu ernsthafter Verfolgung.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Afghanistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Die Wertung für den Druck auf Christen in Afghanistan beträgt weiterhin die Maximalpunktzahl von 16,7 in allen Lebensbereichen. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass es dort unmöglich ist, offen als Christ zu leben. Das Land wird immer mehr von islamischen Extremisten herausgefordert, wobei die Taliban immer mehr Gebiete kontrollieren oder um deren Kontrolle kämpfen und der IS Minderheiten ins Visier nimmt. Die Regierung der Nationalen Einheit wirkt zersplitterter als je zuvor, während die für April 2019 angesetzten Präsidentschaftswahlen näher rücken.
- Während Druck in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ typisch für ein streng islamisches Land ist, weist der Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ auf eine Regierung hin, die islamische Gesetze streng interpretiert (trotz aller Versprechen gegenüber internationalen Gremien, Menschenrechte zu schützen), und darauf, dass in Afghanistan weiterhin eine Stammesgesellschaft besteht.
- Die Wertung für Gewalt stieg von 10,0 Punkten im WVI 2018 auf 10,6 Punkte an, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass ausführlichere Berichte verfügbar waren. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen bleibt sehr hoch, doch die Maßnahmen, die gegen Konvertiten zum christlichen Glauben ergriffen werden, hängen von der betreffenden Familie ab.

Privatleben

Sowohl die Regierung als auch der durchschnittliche Bürger meinen, kein Afghane könne Christ sein und es sei ungesetzlich, einen anderen als den muslimischen Glauben zu haben. Deshalb müssen Christen muslimischer Herkunft sehr vorsichtig sein. Schon der Verdacht, jemand könnte sich einem anderen Glauben zugewandt haben, kann ernste Folgen wie Verhaftung und Zerstörung der Wohnung haben. Oft verheimlichen Eltern ihren Glauben vor ihren eigenen Kindern. Weil Christen muslimischer Herkunft nie wissen können, welche Mitglieder ihres Clans vom IS oder den Taliban rekrutiert wurden, sind sie äußerst vorsichtig, wem sie in Bezug auf ihren Glauben vertrauen. Die soziale Kontrolle ist hoch, sodass es sehr schwierig ist, den neuen Glauben langfristig zu verheimlichen. Das gilt besonders für Familien mit Kindern. Zudem befinden sich Christen muslimischer Herkunft in einer Zwickmühle, weil sie ihre Kinder nicht auf eine Medresse (Koranschule) schicken wollen, ihnen aber auch nichts von ihrem neuen Glauben erzählen können, da es einfach viel zu gefährlich ist. Ein Treffen mit anderen Christen kann nur unter extremen Vorsichtsmaßnahmen stattfinden. Selbst in Städten, in denen sich in den vergangenen Jahren eine gewisse Offenheit entwickelt hat, haben Christen muslimischer Herkunft keinerlei Freiheit.

Familienleben

Man kann sich nur mit islamischer Religionszugehörigkeit registrieren lassen. Jeder Bürger wird folglich als Muslim registriert. Alles andere wäre inakzeptabel und undenkbar. Es ist nicht möglich, eine Konversion eintragen zu lassen. Eine Taufe ist eine Straftat, für die die Todesstrafe droht. Deshalb müssen Taufen heimlich stattfinden. Da die meisten Christen ihren Glauben geheim halten, werden sie nach islamischem Ritus beerdigt. Wenn herauskommt, dass eine Familie sich zu Jesus Christus bekehrt hat, werden ihre Kinder zur Adoption in eine muslimische Familie gegeben. Dort droht ihnen ein Leben voller Übergriffe vonseiten der neuen Familie und in der Schule. Wenn es eine Familie schafft, ihren Glauben geheim zu halten, müssen die Kinder mangels Alternativen dennoch eine Koranschule besuchen. Dies wird wahrscheinlich zu viel Verwirrung führen, wenn sie den Glauben ihrer Eltern kennen. Wird ein Christ muslimischer Herkunft entdeckt, wird der Ehepartner häufig gezwungen, die Scheidung einzureichen. Er verliert das Sorgerecht für die Kinder an den muslimischen Ehepartner und alle Erbschaftsansprüche. Manchmal werden ehemalige Muslime in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, weil die Familien davon überzeugt sind, dass niemand mit gesundem Verstand jemals den Islam verlassen würde.

Gesellschaftliches Leben

Jeder entdeckte Christ muslimischer Herkunft verliert den Zugang zu den gemeinschaftlich genutzten Ressourcen und zur Gesundheitsversorgung. Alle Menschen stehen unter dem Druck, die Moschee zu besuchen, sodass ein Christ muslimischer Herkunft nicht einfach fernbleiben kann, ohne Verdacht zu erregen. Das soziale Umfeld übt erheblichen Druck aus. Um Loyalität und Ordnung sicherzustellen, wird jeder beobachtet. Vermutet man bei jemandem ein Abweichen, wird er dazu genötigt, wieder zur verbreiteten religiösen und politischen Gesinnung zurückzukehren – sei es durch körperliche Folter oder mithilfe okkulter Praktiken, da viele Afghanen abergläubisch sind. Christliche Eltern haben zudem Angst, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil sie sie vor falscher Indoktrinierung schützen wollen und befürchten, ein Kind könnte sie verraten. Dies führt zu einer Vielzahl von Schwierigkeiten. Im Fall einer Entdeckung werden Christen auf jeden Fall zur weiteren Untersuchung und Befragung abgeführt. Diese Verhöre sind hart, ungeachtet dessen, ob die Christen es mit der Regierung, den Taliban oder dem IS zu tun haben.

Leben im Staat

Artikel 3 der Verfassung legt fest, dass kein Gesetz den Lehren und Grundlagen des Islam widersprechen darf. Dies führt zu Einschränkungen in vielen Lebensbereichen. Und da diese Wortwahl einen großen Spielraum lässt, bleibt oft unklar, was als unangemessen oder gegen den Islam verstanden werden kann. Afghanistan ist eine islamische Republik und erlaubt keinerlei Abweichung vom muslimischen Glauben. Abwendung vom Islam kommt der Lästerung des Islam und des Propheten gleich. Weder Christen noch Angehörige anderer religiöser – selbst muslimischer – Minderheiten haben Religionsfreiheit. Jeder muss sich den Anforderungen des Islam, des Stammes und der Kultur fügen. Werden Christen muslimischer Herkunft angeklagt, so offiziell nicht wegen ihres Glaubens, sondern wegen anderer ernster Verbrechen, die sie angeblich begangen haben (z. B. Verrat durch Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, Mord oder Drogenhandel).

Kirchliches Leben

In Afghanistan gibt es keine öffentlich zugängliche Kirche. Die einzige genutzte Kapelle befindet sich im Keller der italienischen Botschaft in Kabul. Sie ist nur für die kleine Zahl ausländischer Christen in Kabul vorgesehen, überwiegend diplomatisches und militärisches Personal, die noch in der Stadt arbeiten. Jede Form einer organisierten Versammlung, von der die Taliban oder staatliche Überwachungsorgane Wind bekommen, erregt starke Aufmerksamkeit. Hauszellen von Christen (wie klein sie auch sein mögen) müssen bei der Wahl ihrer Treffpunkte extrem vorsichtig sein. Sie werden häufig eine Zeit lang beschattet, bis man sie ertappt, wie sie sich mit einer größeren Gruppe treffen oder aktiv werden, etwa indem sie Bibeln verteilen. Dann werden sie zum Verhör abgeführt. Christliche Literatur darf natürlich nicht legal eingeführt werden, das Internet wird genauestens überwacht. In den abgelegenen Teilen des Landes ist das Internet ohnehin nicht zugänglich.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt ist sehr hoch. Es gab Berichte von afghanischen Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, und von Afghanen, die allein aufgrund des Verdachts ermordet wurden, sie könnten Christen sein. Aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Verfolgung betrifft sowohl Männer als auch Frauen in Afghanistan. Jedoch sind Frauen, die den christlichen Glauben annehmen, aufgrund der sehr niedrigen Stellung der Frau in der afghanischen Gesellschaft noch anfälliger für Druck und Schikanen als Männer. Sie können in Sklaverei oder Prostitution verkauft oder zur Heirat mit viel älteren Männern gezwungen werden, man kann ihnen Nahrung und Wasser oder den Zugang zur Gesundheitsversorgung verweigern, sie können in Zimmer eingesperrt, schwer geschlagen, verbrannt oder sexuell missbraucht werden. Da die Annahme des christlichen Glaubens so geheim wie möglich gehalten werden muss, sind Frauen auf der anderen Seite jedoch noch eher in der Lage, ihren neugefundenen Glauben zu leben, ohne erkannt zu werden, vielleicht sogar ihrem Ehemann oder Familienmitgliedern davon zu erzählen. Da dies streng innerhalb der Familie bleibt, ist kein Druck von außen zu erwarten.

Männer

Männer sind die Brotverdiener, ohne die die Familie nicht ernährt werden und gesund erhalten werden kann. Männer und Jungen werden von Milizen ins Visier genommen, die sie als Kämpfer rekrutieren wollen. Jungen sind besonders verletzlich in einer Kultur, in der sexueller Missbrauch junger Männer durch mächtige Männer vielfach akzeptiert ist. Jungen, die einer Miliz beitreten, verpflichten damit ihre Familie zur Treue gegenüber dieser Miliz, was die Mitglieder ihrer Familie und Gemeinschaft verwundbar macht für mögliche Verfolgung aufgrund dieser Entscheidung.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Schiitische Muslime werden von extremistischen sunnitischen Gruppierungen, insbesondere dem IS, angegriffen, um die bereits bestehenden religiösen Klüfte zwischen den islamischen Konfessionen zu verstärken. Auch die muslimische Minderheit der Sufis ist von religiöser Verfolgung betroffen. Der Anschlag auf die Gemeinschaften der Sikhs und Hindus in Dschalalabad im Juli 2018, bei dem 19 Menschen starben (einschließlich des einzigen Sikh, der für das Parlament kandidierte), veranschaulicht, dass religiöse Minderheiten ein besonderes Ziel für die Kämpfer des IS sind.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

- Faktor Wahlen: Afghanistan droht eine instabile und sehr gewaltsame Zukunft, besonders in der Zeit zwischen den Wahlen im Oktober 2018 und den kommenden Präsidentschaftswahlen, die nun auf Juli 2019 verschoben wurden. Auch die kleine christliche Gemeinde steht vor dieser schwierigen Zukunft. Beobachter sehen kaum Anlass zur Hoffnung auf einen Verhandlungsfrieden mit den Taliban, anderen Aufständischen und regionalen Warlords. Die Regierung der Nationalen Einheit ist alles andere als einig, und es ist schwer abzusehen, wie die Wahlergebnisse angesichts der Pattsituation zwischen den verschiedenen Parteien und ethnischen Gruppen in stabile Verhältnisse umgesetzt werden können, geschweige denn, wie sie irgendwelche Lösungen für die Vielzahl der Probleme bringen sollen. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Absetzung zweier Provinzgouverneure tadschikischer bzw. turkmenischer Volkszugehörigkeit Anfang 2018 ergaben, sind eine gute Veranschaulichung dafür.
- Gesellschaftliche Faktoren: Ein im Mai 2018 von UNICEF veröffentlichter Länderbericht zeigte auf, was die schlimme Gesamtsituation für die Zivilbevölkerung bedeutet, insbesondere für Kinder: 44 Prozent aller Kinder im Alter zwischen 7 und 17, von denen 60 Prozent Mädchen sind, besuchen keine Schule. Der Anteil der Kinder, die keine Schule besuchen, stieg erstmals seit 2002. Es ist schwer abzusehen, wie die nächste Generation ohne Bildung irgendeine Perspektive haben wird.
- Militärische Gründe: Aufständische haben ihre Angriffe verstärkt und kontrollieren immer mehr Gebiete im ganzen Land. Dies gilt, obwohl die Vereinigten Staaten und die internationalen Streitkräfte 2018 ihre Truppenstärke erhöht haben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es in Afghanistan weiterhin Angriffe und Blutvergießen geben wird. Die Tatsache, dass sich das Internationale Komitee des Roten Kreuzes vollständig aus zwei nördlichen Provinzen des Landes zurückzieht und seine Präsenz in anderen Provinzen reduziert (wie im Oktober 2017 angekündigt), ist in dieser Hinsicht ein klares und sehr beunruhigendes Zeichen. Die Taliban schockierten sowohl die afghanische Regierung als auch die internationale

Gemeinschaft, indem sie im August 2018 für einige Tage eine weitere Provinzhauptstadt, Ghazni, unter ihre Kontrolle brachten und damit ihre militärische Macht demonstrierten.

- Geostrategische Faktoren: Derzeit ist Pakistan das Land, das die Schlüssel zu einer Gesamtlösung in Afghanistan in der Hand hält (vielleicht noch der Iran). Die 600.000 Flüchtlinge, die 2016 von dort zurückgeschickt wurden und die sich größtenteils in der Provinz Nangrahar niederließen, haben die Möglichkeiten Afghanistans bereits weit überstiegen. Wenn über zwei Millionen weitere Flüchtlinge in das kriegszerrüttete Afghanistan zurückkehren, wird das nicht zur Stabilität des Landes beitragen. Die Frage, was mit den Hunderttausenden von afghanischen Binnenflüchtlingen geschehen wird, ist ein äußerst dringliches Thema und wurde am 9. April 2018 von Irin News als mögliches Pulverfass bezeichnet.

Der Ausblick für Christen

- mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Die kleine christliche Gemeinde leidet ebenfalls unter all den Schwierigkeiten, mit denen das Land konfrontiert ist, und hat sogar eine noch härtere Zukunft vor sich, da die Christen als Anhänger der „Religion des Feindes“ doppelt verwundbar sind. Die Islamische Unterdrückung durch einheimische und ausländische Gruppen wird – neben derjenigen durch Familie und Gesellschaft – zweifellos die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Afghanistan bleiben.
- mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: So lange die Produktion von und der Handel mit Opium einen beträchtlichen Teil des Einkommens der aufständischen Gruppen ausmacht und ebenso die Kassen von Machthabern und Politikern füllt, wird das organisierte Verbrechen blühen und gewaltsam gegen jeden vorgehen, der ihm im Weg zu stehen scheint (einschließlich der Christen).
- mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Afghanistan wird weiterhin eine Gesellschaft bleiben, die auf Stammesstrukturen beruht. Wer immer sich nicht den Traditionen seines Stammes fügt, z. B. indem er neuen (einschließlich religiösen) Ideen folgt, schließt sich damit selbst von der Identität des Stammes aus.

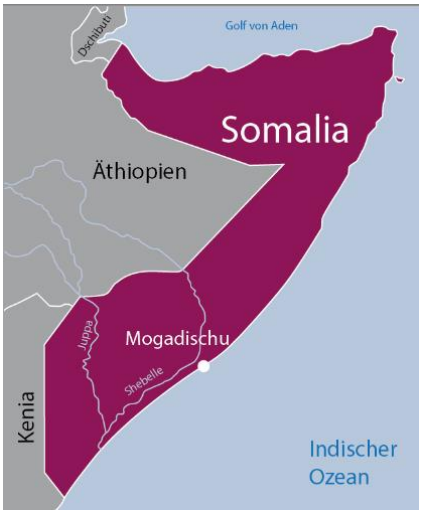
Schlussfolgerung

Ein ermutigendes Zeichen war die öffentliche Erklärung von 3.000 islamischen Geistlichen im Juni 2018 bei einer Konferenz in Kabul, dass die gewaltsamen Taktiken der islamischen Milizen keine Grundlage in der Scharia hätten. Jedoch spricht es Bände, dass ebendiese Versammlung selbst durch einen Selbstmordattentäter angegriffen wurde. Es scheint keinen Ausweg aus dem Teufelskreis von Gewalt, Unsicherheit und Armut in dem Land zu geben. Eine der größten Fragen ist, wie die Regierung nach dem erfolgreichen dreitägigen Waffenstillstand zum Ende des Ramadan im Juni 2018 am besten mit den Taliban umgehen sollte. Die Taliban wollen nicht in eine politische Partei umgewandelt werden. Ihre Priorität ist nicht, mit der afghanischen Regierung zu verhandeln, sondern mit den USA. Aus diesem Grund ist ihr Hauptziel, offiziell als eine Partei des Konflikts anerkannt zu werden. Die Menschen sind der Kämpfe müde. Dies wurde auch durch die überparteiliche „Volksfriedensbewegung“ deutlich, die 2018 die allgemeine Öffentlichkeit viele Monate lang erstaunte und ermutigte, als etwa 120 Afghanen mit unterschiedlichem ethnischen und regionalen Hintergrund einen aufsehenerregenden Marsch über 37 Tage und 770 Kilometer in die Hauptstadt Kabul initiierten. Sowohl im Land als auch international wurde viel darüber berichtet. Es ist jedoch völlig ungewiss – menschlich gesprochen –, woher Hoffnung auf eine Besserung der Lage kommen kann, insbesondere seit der sehr gewaltsame „IS in der Provinz Khorasan“ die Bühne betreten hat und die Taliban in immer

mehr Teilen des Landes um die Herrschaft kämpfen. Dies gilt insbesondere für die kleine christliche Minderheit im Land: Die Verfolgung wird auf absehbare Zeit nicht aufhören.

zurück zur Länderübersicht

Somalia: Platz 3



Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Somalia ist eine vorwiegend muslimische Nation, in der die Gesellschaft erwartet, dass alle Somalier Muslime sind. Imame in den Moscheen und Koranschulen (sowie die Anführer von Al Shabaab) erklären in aller Öffentlichkeit, dass es für Christen keinen Raum gibt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Al Shabaab verlässt sich in Sachen Informationssammlung und Rekrutierung neuer Mitglieder auf die Stammesstruktur. Wenn Somalier im Verdacht stehen, an Jesus Christus zu glauben, werden sie von Familienmitgliedern und Stammesführern schikaniert, eingeschüchtert und sogar getötet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Berichte der UN zeigen deutlich, dass Al Shabaab durch illegalen Handel und illegale Erhebung von Steuern große Gewinne macht, mit denen die Gruppierung ihre Tätigkeiten finanziert.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Hauptverfolger in Somalia sind die extremistisch-militante Gruppierung Al Shabaab sowie das Stammessystem des Landes. Das in der Gesellschaft verwurzelte islamische Stammessystem hat starken Einfluss auf die Struktur der Regierung. Al Shabaab stützt sich auch auf diese Stammesstrukturen, um Informationen zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologie zu verbreiten. Scheichs und Imame werden über diese Strukturen gezwungen, den Dschihad zu lehren – ansonsten drohen ihnen Vertreibung oder Tod. Erschwerend kommt hinzu, dass es organisierte kriminelle Netzwerke gibt, durch die extremistische Gruppen wie Al Shabaab finanziert werden. Die Gesellschaft erwartet, dass alle Somalier Muslime sind. Imame in Moscheen und Koranschulen sowie Al-Shabaab-Anführer erklären öffentlich, es gäbe in Somalia keinen Platz für den christlichen Glauben, Christen und Kirchen. In der Verfassung des Landes ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben und die Regierung verbietet jede Art von Weihnachtsfeierlichkeiten. Die Familie (Kernfamilie und Großfamilie) ist ebenfalls ein Verfolger.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die einzige Gruppe von Christen im Land, die für den WVI in Betracht gezogen wird, sind ehemalige Muslime. Sie werden von Al-Shabaab-Kämpfern als hochrangiges Ziel angesehen, und wenn sie entlarvt werden, tötet man sie oft auf der Stelle. Der gewalttätige nichtstaatliche Akteur Al Shabaab hat sich der Lehre des Wahhabismus verschrieben und befürwortet die Scharia als Grundlage zur Regelung aller Lebensbereiche in Somalia. Diese Gruppierung äußert immer wieder ihr Ziel, alle Christen des Landes auszulöschen. Ausländische islamistische Kämpfer sind ebenfalls im Land präsent, doch die Verfolgung durch die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ ist nicht auf militante Gruppen beschränkt. Christen sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer Familie, (entfernter) Verwandter und ihres ganzen sozialen Umfelds ausgesetzt. Jeder Übertritt zum christlichen Glauben wird als Verrat gegenüber der Familie und dem Stamm betrachtet. Falls demzufolge ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben angenommen zu haben, wird er von Familienmitgliedern und

Stammesführern schikaniert, bedroht oder sogar getötet. Im Lauf der letzten Jahre hat sich die Situation offenbar verschlechtert. Islamistische Kämpfer haben ihre Jagd auf Christen, vor allem auf christliche Leiter, verstärkt. Ein Versuch der Wiedereröffnung einer Kirche in Hargeisa, Somaliland, im August 2017 scheiterte, als die Regierung auf Druck der lokalen muslimischen Bevölkerung gezwungen war, die Kirche wieder zu schließen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum des WVI 2019 sind Christen weiterhin sehr stark Angriffen von islamischen Extremisten ausgesetzt. Aus Sicherheitsgründen können keine Beispiele veröffentlicht werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 91 Punkten steht Somalia auf Platz 3 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019, im Vergleich zum Vorjahr sind Platzierung und Punktzahl unverändert. Versunken in einen endlosen Bürgerkrieg, gesellschaftliche Fragmentierung, Stammeskonflikte und islamischen Extremismus, ist Somalia einmal mehr unter den ersten zehn Ländern des WVI vertreten. Der Druck auf die Christen ist unvermindert stark, und es gibt gegen sie ein sehr hohes Maß an Gewalt. Al Shabaab zeigte seine anhaltende Macht und verübte in der Hauptstadt des Landes mehrere Anschläge.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Somalia ist eine muslimisch dominierte Nation, und die Gesellschaft erwartet, dass alle Somalier Muslime sind. Imame in Moscheen und Koranschulen sowie Al-Shabaab-Anführer erklären öffentlich, dass in Somalia kein Platz für den christlichen Glauben, Christen und Kirchen sei. In der Verfassung des Landes ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben. Die Regierung verbietet Christen, Weihnachten zu feiern. Wer dennoch Weihnachten feiert, muss es heimlich tun. Die militante islamistische Gruppe Al Shabaab, die sich als gewalttätiger nichtstaatlicher Akteur der Lehre des Wahhabismus verschrieben hat und die Scharia als Grundlage zur Regelung aller Lebensbereiche in Somalia befürwortet, tötet gezielt Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein. Es gibt im Land auch ausländische islamistische Kämpfer. Allerdings geht die islamische Unterdrückung nicht allein von den Militanten aus. Christen sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer (Groß-)Familie und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Christ zu sein, insbesondere als ehemaliger Muslim, ist eine enorme Herausforderung und kann dazu führen, von Extremisten brutal ermordet zu werden.

Ethnisch begründete Anfeindungen

In der somalischen Gesellschaft hat der Stamm einen großen Stellenwert; er regelt die Belange des täglichen Lebens und die Beziehungen der Gemeinschaften untereinander. Außerdem hat die Stammesstruktur einen tiefgreifenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung und die Durchführung der Wahlen. Dies zeigte sich bei den somalischen Wahlen 2017: Der Präsident wurde von einem Parlament gewählt, das wiederum von 14.025 Delegierten gewählt worden war, die von den Stammesältesten bestimmt wurden. Auch Al Shabaab stützt sich auf diese Stammesstrukturen, um Informationen zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologie zu verbreiten. Scheichs

und Imame werden über diese Strukturen gezwungen, den Dschihad zu lehren – ansonsten drohen ihnen Vertreibung oder Tod. Nach Ansicht vieler Somalier und Stammesführer muss jeder Somalier Muslim sein, weshalb der Übertritt zum christlichen Glauben als Verrat an Familie und Stamm gilt. Falls demzufolge ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben angenommen zu haben, wird er von Familienmitgliedern und Stammesführern schikaniert, bedroht oder sogar getötet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In Somalia herrschen Unsicherheit und Gesetzlosigkeit. Kriminalität und Korruption greifen ungehindert um sich. Die Regierung kontrolliert nur einige Städte und überlässt Al Shabaab den Großteil der ländlichen Gebiete. Die Miliz erhebt Steuern und finanziert ihre Aktivitäten durch illegalen Handel. Diese Situation hat das Leben für Christen sehr schwierig gemacht, da sie keinerlei Schutz erfahren. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International, der im Februar 2018 veröffentlicht wurde, wird Somalia als schlimmstes Land weltweit aufgeführt (180/180).

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die wesentlichen Verfolger sind im Land aktive Dschihadisten und gewalttätige Gruppierungen. Muslimische Religionsführer erklären öffentlich, dass es für Christen keinen Raum gebe, und Al Shabaab tötet Somalier, die in Verdacht stehen, sich zu Jesus Christus bekehrt zu haben. Diese werden auch von der eigenen Familie und den Menschen aus ihrem sozialen Umfeld massiv verfolgt. Die Gesellschaft im Allgemeinen und auch Familienangehörige dulden nicht einmal die Beschäftigung mit einer möglichen Konversion zum christlichen Glauben.

Ausgehend von ethnisch begründeten Anfeindungen

Die Verfolger mit dem Hintergrund von ethnisch begründeten Anfeindungen und islamischer Unterdrückung kann man nicht voneinander abgrenzen. Selbst die politischen Parteien basieren auf Ethnien und haben sich gleichzeitig der Vorstellung verschrieben, dass Somalia für Somalis ist – und als Somali ist man Muslim. Stammesführer erlauben keine Bekehrungen zu Jesus Christus. Sie dulden im Land keine christlichen Symbole. Familie, Nachbarn und Freunde werden ebenfalls leicht zu Verfolgern.

Ausgehend von organisiertem Verbrechen und Gewalt

Kriminelle Kartelle profitieren von der Gesetzlosigkeit in Somalia, und Al Shabaab beteiligt sich ebenfalls am illegalen Handel und erhebt unerlaubt Steuern als Einnahmequelle. Einsätze gegen Christen im eigenen Land und in Nachbarländern müssen finanziert werden.

4. Hintergrund

Extremistischer Islam ist kein neues Phänomen in Somalia. Im Jahr 1899 schuf Muhammad Abdullah Hassan den Derwisch-Staat (einen sunnitisch-islamischen Staat). Er errichtete ein Kalifat, nachdem er beobachtet hatte, dass sich somalische Waisen mit dem Katholizismus identifizierten, was er als Verrat an der somalischen Kultur und dem islamischen Glauben betrachtete.

In Somalia war der Islam bereits vor der Ankunft des christlichen Glaubens fest etabliert. Die kolonialen Eingriffe Italiens und Großbritanniens lösten heftigen Widerstand gegen das Christentum aus. Aus Sorge vor einem Aufruhr haben die italienischen und britischen Kolonialmächte christliche

missionarische Aktivitäten sogar verhindert. Zudem basiert die somalische Gesellschaft auf Stammeszugehörigkeit. Das Stammessystem ist modernen Regierungsformen gegenüber nicht aufgeschlossen und weitaus stabiler als die offizielle Staatsstruktur. In ihren Anstrengungen, die Sicherheit und ihre Regierungsgewalt auszuweiten und gleichzeitig die Beziehungen zu den somalischen Stämmen beizubehalten, hat die offiziell anerkannte Regierung Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit hintenangestellt. Freedom House hat im Jahr 2018 berichtet, dass Versammlungs-, Religions- und Glaubensfreiheit im Land stark eingeschränkt sind. Die Regierung lässt außerdem zu, dass sich gegen Christen gerichtete Ansichten im Stammessystem verbreiten. Dies spiegelt sich klar in der Verfassung Somalias wider, in der der Islam zur Staatsreligion erhoben wurde und jegliche Werbung für andere Religionen außerhalb des Islam verboten ist.

Nach dem Zusammenbruch der Zentralregierung im Jahr 1991 bildeten sich gewalttätige extremistische Gruppen. Seit dem Sturz von Siad Barre 1991 ist Somalia zu einem Rückzugsort für extremistische Dschihadisten geworden, was dazu geführt hat, dass die Gesellschaft sowohl im Land als auch in der umliegenden Region aggressiver und intoleranter gegenüber Christen geworden ist. In den meisten Fällen würden Christen in von Al Shabaab kontrollierten Gebieten in Somalia keinen einzigen Tag eines Gerichtsprozesses überleben oder eine Chance bekommen, „nur“ zum Arbeitslager verurteilt zu werden. Allein der Verdacht, jemand könne Christ sein, führt zu einer raschen öffentlichen Hinrichtung. In diesem Zusammenhang muss man auch die Angriffe von Al Shabaab auf Christen in Kenia sehen. Zudem hat der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) versucht, in Somalia Fuß zu fassen. Der IS hat Al Shabaab umworben, um die Gruppe dazu zu bewegen, sich von Al Kaida zu lösen und sich dem Kalifat des IS anzuschließen. Im April 2016 bekannte sich der IS zu einem Angriff auf Truppen der Afrikanischen Union (AU). Der Versuch einiger Fraktionen innerhalb von Al Shabaab, sich mit dem IS zu verbinden, ist jedoch bislang fehlgeschlagen. Der UN-Sicherheitsrat hat im Juli 2018 das Mandat der AU-Truppen im Land bis Ende Mai 2019 verlängert.

Die Bundesregierung von Somalia wurde im August 2012 eingesetzt, nachdem das Mandat der Übergangsregierung ausgelaufen war, und wurde durch die militärischen Erfolge der Streitkräfte der Afrikanischen Union gegen Al Shabaab gestärkt. Doch was die Freiheit für Christen betrifft, gibt es keinerlei Fortschritte. Die vorläufige Verfassung schränkt die Religionsfreiheit ein und zeigt einmal mehr, wie rückschrittlich die Situation in Somalia ist. Zum Beispiel wurde Apostasie (der Abfall vom islamischen Glauben) in der vorherigen Übergangscharta nicht als Straftat aufgeführt, wohingegen die jetzige provisorische Verfassung Apostasie explizit verbietet. Um die Stammesführer zu beschwichtigen und ihre Unterstützung zu sichern und zu fördern, hat die Regierung hin und wieder unmissverständliche Anordnungen erlassen; zum Beispiel im Dezember 2015 das Verbot, Weihnachten zu feiern, mit der Erklärung, das christliche Fest habe „nichts mit dem Islam zu tun“. Im Februar 2017 wählte das Land einen neuen Präsidenten, doch trotz eines neu aufgekeimten Optimismus gibt es keine Garantie dafür, dass der Präsident für Minderheiten im Land eintreten wird. Zudem dämpfen die häufigen tödlichen Anschläge von Al Shabaab jeglichen Optimismus. Im Jahr 2018 machte der neue Präsident nur wenige Fortschritte bei der Vertreibung von Al Shabaab, die weiterhin Zivilisten angreift.

Somaliland und die autonome Provinz Puntland sind relativ stabil, doch auch hier haben Christen keinen Raum. Ein Beispiel dafür ist die Schließung einer Kirche in der Hauptstadt von Somaliland, Hargeisa, nachdem sie im Jahr 2017 eine Woche lang offiziell wiedereröffnet war. Auch 2018 blieb die Kirche geschlossen.

5. Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Da sich diese Gruppe auf Militärseelsorger (beispielsweise unter Angehörigen der Militärmission der Afrikanischen Union - AMISOM), ausländische Arbeiter in Mogadischu und einige Flüchtlinge in Hargeisa (Somaliland) beschränkt, wird sie nicht als separate Kategorie für die WVI Analyse aufgeführt.

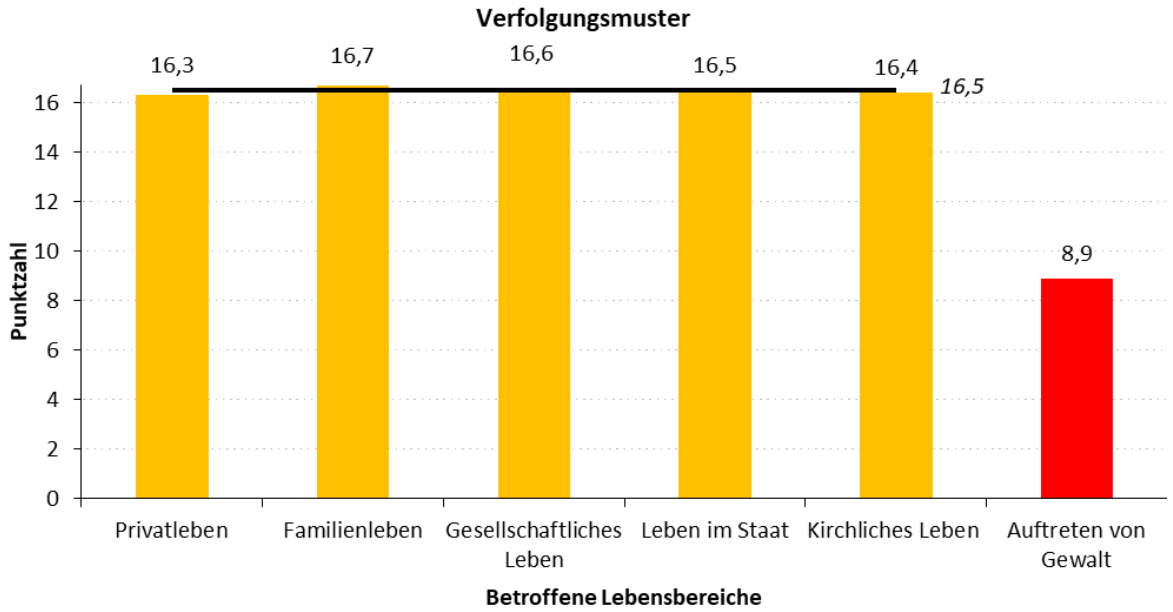
Christen aus traditionellen Kirchen

Sie existieren in diesem Land nicht. Eine der größten römisch-katholischen Kathedralen Afrikas wurde 1928 in Mogadischu erbaut. Doch seit 2008 ist dieses Gebäude nur noch eine Ruine.

Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund sind der schlimmsten Verfolgung ausgesetzt und werden von Al-Shabaab-Kämpfern als hochrangiges Ziel angesehen. In der jüngsten Geschichte des Landes wurden Konvertiten zum christlichen Glauben (oder Menschen, die im Verdacht standen, Konvertiten zu sein) nach der Entdeckung oft auf der Stelle getötet.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Somalia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen in Somalia (16,5 Punkte) ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (16,2 Punkte). Damit wird deutlich, dass der Druck auf Christen insgesamt extrem hoch ist.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen auf einem extrem hohen Niveau und erreicht im Bereich „Familienleben“ die höchste Wertung (16,7), gefolgt vom gesellschaftlichen Leben (16,6). Damit wird klar, wie immens stark der Druck auf ehemalige Muslime ist, der von Familie und Nachbarschaft ausgeht.
- Die Wertung für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist sehr hoch (8,9), doch ist sie im Vergleich zum WVI 2018 (10,4) zurückgegangen.

Privatleben

Christen in Somalia stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, wenn sie versuchen, ihren Glauben zu leben. Sie können nur heimlich beten und keine christlichen Schriften oder Symbole besitzen oder mit sich führen, da diese als Beweismaterial gegen sie verwendet würden, sollten sie gefasst werden. Ihren Übertritt zum christlichen Glauben müssen sie nicht nur vor ihrer erweiterten Familie und den Mitgliedern ihres Stammes verstecken, sondern auch vor ihren engsten Angehörigen. Die Familienmitglieder würden nicht nur verständnislos auf den christlichen Glauben reagieren, sondern auch Angst haben, selbst als Konvertiten verdächtigt zu werden. Einem Experten für Somalia zufolge trauen sich Christen kaum, ihren Glauben in irgendeiner Form auszudrücken: „Es gibt ein weltweites Social-Media-Netzwerk somalischer Christen, und allein einen Post dort zu ‚liken‘, bringt sie ernsthaft in Gefahr.“ In diesem Land reicht allein ein Verdacht, um in Gefahr zu geraten.

Familienleben

Christliche Hochzeiten zu feiern oder christliche Feiertage in der Familie zu begehen, ist nahezu unmöglich. Somalische Kinder sind verpflichtet, am Islamunterricht teilzunehmen, und christliche Eltern halten es oft für zu gefährlich, ihre Kinder im christlichen Glauben zu unterrichten. Ehemalige Muslime, die sich zu Jesus Christus bekehrt haben oder Menschen, die dessen verdächtigt werden, sind allen Arten von Diskriminierung ausgesetzt, wenn es um das Sorgerecht für Kinder, Erbrecht oder Scheidungen geht. Um diesen Problemen zu entgehen, halten christliche Familien ihren Glauben meistens so geheim wie möglich.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft werden von Angehörigen ihrer Gemeinschaft auf verschiedene Weise unter Druck gesetzt. Ein Feldforscher berichtet: „Mutmaßliche Konvertiten erhalten einschüchternde Anrufe von ‚besorgten‘ Mitgliedern der Gemeinschaft oder sogar von Al-Shabaab-Mitgliedern, die sagen, sie hätten Gerüchte über ihren Glaubenswechsel gehört oder ‚abweichendes‘ (dem Koran widersprechendes) Verhalten beobachtet. Sie werden vorgewarnt, sich zu ändern, oder sie würden ihr Leben aufs Spiel setzen.“ Um solche Bedrohungen und ähnliche Probleme zu überleben, müssen somalische Christen ihren Glauben verstecken, auch um Zugang zu sozialen Grundleistungen oder Bildung zu erhalten. Christinnen müssen sich wie Muslimas kleiden, um ihren Glauben geheim zu halten.

Leben im Staat

Dieser Lebensbereich ist entscheidend, wenn es darum geht, die Verfolgung in einem Land zu untersuchen, da Politik und Gesetze auf nationaler oder regionaler Ebene bestimmend dafür sind, wie Dinge auf lokaler Ebene umgesetzt werden. In der Verfassung Somalias ist klar und deutlich dargelegt, dass der Islam die Staatsreligion und dass die Scharia Grundlage aller Gesetze ist. Es gibt keine Bestimmungen, nach denen Nichtmuslime von der Anwendung der Scharia ausgenommen wären. Beamte auf staatlicher und lokaler Ebene setzen Gesetze durch, welche die Freiheit von Christen stark einschränkt, weshalb sie keine andere Wahl haben, als ihren Glauben im Geheimen zu leben. Es ist wichtig anzumerken, dass die somalische Regierung nicht glaubt, es gebe somalische Christen im Land.

Kirchliches Leben

Es gibt keine als solche sichtbaren Kirchengebäude in Somalia. Viele Kirchen wurden in den letzten Jahrzehnten zerstört, wie z.B. die römisch-katholische Kathedrale in Mogadischu, die als eine der schönsten und größten Kathedralen Afrikas galt. Versuche sie wiederzueröffnen sind in der Vergangenheit gescheitert. Eine Kirche in Hargeisa (Somaliland) wurde 2017 (nicht im aktuellen Berichtszeitraum) für eine Woche wiedereröffnet, danach aber wieder geschlossen, nachdem die islamische Gemeinschaft Druck ausgeübt hatte. Kurz gesagt – das kirchliche Leben ist stark eingeschränkt und kann nur im Untergrund stattfinden.

Auftreten von Gewalt

Somalische Christen erleben wegen ihres Glaubens Gewalt vonseiten der Familie, des Stammes, von Behörden und Milizen. Al Shabaab hat bereits bei unzähligen Gelegenheiten durch Worte und Taten verkündet, dass sie Christen sowohl in Somalia als auch in Nachbarländern angreifen werden.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Ein Forscher von Open Doors berichtet: „Frauen und Mädchen werden dazu gedrängt, Duksi-Unterricht zu besuchen (eine Form der religiösen Erziehung), und müssen von Al Shabaab genehmigte Burkas tragen. Manche werden zwangsverheiratet, leiden unter häuslicher Gewalt, werden von ihrem Ehepartner und anderen Familienmitgliedern verprügelt, beschimpft und unter Hausarrest gestellt. Ihnen werden Nahrung und Rechte verweigert, sie verlieren ihre Geschäfte, werden bedroht und sind dazu gezwungen, sich zu verstecken; einige suchen deshalb Zuflucht außerhalb des Landes. Manchen Frauen wird der Kontakt zu ihren Kindern versagt, manche verlieren ihre Ehemänner und einige werden sogar getötet, weil ihr Glaube verdächtig erscheint.“

Männer

Nach Aussage eines Forschers werden Männer und Jungen, die des Übertritts zum christlichen Glauben verdächtigt werden, extrem stark verfolgt: „Männer und Jungen wurden beschimpft, körperlich angegriffen, ihrer Geschäfte enteignet, mit dem Tod bedroht, gefoltert, lebendig verbrannt, und andere wurden erschossen.” Dafür reicht ein einfacher Verdacht aus.

8. Verfolgung religiöser Minderheiten

Keine religiösen Gruppen außerhalb des sunnitischen Islam haben bedeutsame Rechte. In von Al Shabaab kontrollierten Gebieten hat sich die Situation so stark zugespitzt, dass sich sogar schiitische Muslime in Zurückhaltung üben. Man hat es auch auf gemäßigte sunnitische Muslime abgesehen. Die Verbreitung jeder anderen Religion außer dem Islam ist gesetzlich verboten. Muslime dürfen nicht zu einem anderen Glauben konvertieren. Die Verfassung besagt auch, dass die Scharia die Gesetzesgrundlage bildet. Daher werden alle anderen Religionen außer dem sunnitischen Islam sehr starke Probleme haben. Al Shabaab hat Berichten zufolge in früheren Jahren wiederholt auch Objekte, die sich im Besitz von Juden befinden, angegriffen.

9. Ausblick

Politischer Ausblick

Somalia ist ein gescheiterter Staat. Die Internationale Gemeinschaft und die Afrikanische Union (AU) haben mehr als einmal versucht, verschiedene Regierungen einzusetzen. Die derzeitige föderale Regierung wird von der AU militärisch unterstützt und vom UN-Sicherheitsrat gestärkt. Doch trotzdem ist Al Shabaab weiterhin mächtig genug, tödliche Angriffe durchzuführen, sogar in der Hauptstadt Mogadischu, wo sich der Regierungssitz befindet. Die USA führt Luftangriffe gegen Al Shabaab durch – zuletzt im Oktober 2018. Doch Berichte lassen vermuten, dass die Luftangriffe nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt haben.

Sozio-ökonomischer Ausblick

Die unsichere Lage im Land wird auch dadurch verstärkt, dass Millionen von Menschen von Dürre und Hungersnot betroffen sind. Krieg und Hunger haben Hunderttausende aus dem Land fliehen lassen.

Ausblick für Christen

Über 25 Jahre lang diente das Land als sicherer Hafen für militante Islamisten, die es sowohl in Somalia als auch in den Nachbarländern auf Christen abgesehen haben. Es gibt nichts, was Anlass zur Hoffnung gibt, dass sich das Ausmaß an „Islamischer Unterdrückung“, „Ethnisch begründeten Anfeindungen“, „Organisiertem Verbrechen und Korruption“ in den nächsten Monaten und Jahren verringern würde.

Schlussfolgerung

Somalia ist seit 1993 auf dem Weltverfolgungsindex und wird zweifellos auch weiterhin einen vorderen Platz einnehmen. Mit Hilfe der Afrikanischen Union und gesichert durch die UN konnte sich die somalische Regierung im Jahr 2018 halten, allerdings ist sie schwach und wird auch weiterhin zu kämpfen haben. Sollte sich die UN für 2019 gegen eine Verlängerung des Mandats von AMISOM aussprechen, würde Al Shabaab neu gestärkt werden, und das könnte für die Christen im Land und darüber hinaus zu einer noch größeren Bedrohung werden. Nach Lage der Dinge kann davon ausgegangen werden, dass 1.) Al Shabaab weiterhin zum christlichen Glauben Konvertierte angreifen wird und 2.) keines der schwer beschädigten Kirchengebäude in naher Zukunft wiedereröffnet wird.

zurück zur Länderübersicht

Libyen: Platz 4

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Nach dem Sturz Gaddafis haben verschiedenste islamisch-extremistische Gruppen praktisch freie Hand und gewinnen kontinuierlich mehr Einfluss und Kontrolle über die Gesellschaft. In ihrem Denken gibt es keinerlei Raum für Christen. Sowohl christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara als auch Konvertiten sind gefährdet. Leider unterstützt auch die Gesellschaft im Allgemeinen die Christen nicht.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Gesellschaft Libyens ist konservativ und von Stammesdenken geprägt. Migranten aus Ländern südlich der Sahara werden stark diskriminiert. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an Familie und Stamm gesehen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Einige der militanten islamischen Gruppierungen arbeiten als organisierte kriminelle Gruppen, beispielsweise im Menschenhandel. Berichten zufolge werden christliche Migranten aus dem Afrika südlich der Sahara besonders schlecht behandelt.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Militante islamische Gruppen (samt deren kriminellen Aktivitäten) und die Gesellschaft im Allgemeinen sind die Hauptverfolger von Christen in Libyen. Christen sind hier eine sehr kleine Minderheit, die sich hauptsächlich aus Ausländern zusammensetzt, die auf der Suche nach Arbeit sind oder über das Mittelmeer nach Europa gelangen wollen. Christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara sehen sich seitens der allgemeinen Bevölkerung nicht nur mit Intoleranz, sondern auch mit rassistischen Vorurteilen konfrontiert. Extremistische islamische Gruppen, die sich seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes im Jahr 2011 stark ausgebreitet haben, sind eine zusätzliche Gefahrenquelle für Christen in Libyen. Und wer sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwendet, sieht sich außerdem mit sozialem Druck und Verfolgung durch Mitglieder der unmittelbaren und erweiterten Familie konfrontiert. Die herrschende Anarchie und der Bürgerkrieg haben die Lage für die Christen verschlimmert. In dieser Situation können organisierte kriminelle Gruppen, die sich am Menschenhandel beteiligen, und islamische Milizen gewalttätige Angriffe auf Christen verüben, ohne Strafverfolgung fürchten zu müssen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Auf libysche Christen muslimischer Herkunft wird seitens ihrer Familie und der gesamten Gemeinschaft sehr gewaltsamer und intensiver Druck ausgeübt, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Ausländer aus anderen Teilen des Kontinents werden ebenfalls von verschiedenen militanten islamischen Gruppierungen und organisierten kriminellen Gruppen angegriffen. Sie entführen Christen, und es gab auch Fälle, in denen Christen auf sehr brutale und schockierende Weise getötet wurden. Doch selbst wenn ihnen ein solches Schicksal erspart bleibt, werden Christen aus dem Afrika südlich der Sahara schikaniert und von extremistischen Muslimen bedroht. Christen, die in der

Öffentlichkeit ihren Glauben bekennen und versuchen, das Evangelium mit anderen zu teilen, laufen ebenfalls Gefahr, verhaftet und misshandelt zu werden. Das Fehlen einer Zentralregierung, die Recht und Ordnung im Land durchsetzt, hat die Lage für Christen prekär gemacht. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist sehr hoch, und sie sind einer sehr gewalttätigen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung ausgesetzt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Christliche Gastarbeiter, die größtenteils aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara stammen und in libyschen Untersuchungsgefängnissen festgehalten werden, wurden Berichten zufolge vergewaltigt und geschlagen. Obwohl die schlechte Behandlung und Gewalttätigkeit gegenüber den Häftlingen nicht auf christliche Flüchtlinge beschränkt ist, werden Christen noch stärker diskriminiert und brutaler behandelt.

- Libyen geriet in die Schlagzeilen, als im November 2017 der amerikanische Fernsehsender CNN in Videoaufnahmen zeigte, wie Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara versteigert und verkauft wurden. Dem Bericht folgte ein internationaler Aufschrei. Geändert scheint sich jedoch nichts zu haben.
- Angesichts der Sicherheitsprobleme, die mit einer Hinwendung zum christlichen Glauben einhergehen, können die meisten Berichte über Konvertiten in Libyen nicht veröffentlicht werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Bewertung für Libyen ist um einen Punkt auf 87 gestiegen, womit das Land den vierten Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 belegt. Es gab keine signifikanten Änderungen in der allgemeinen Verfolgungssituation. Auf dem WVI des Jahres 2018 war die Punktzahl für Libyen bereits um acht Punkte auf 86 gestiegen, was auf die zunehmende Gewalt gegen Christen zurückzuführen war. Dies stand insbesondere mit durchreisenden Migranten in Verbindung – diese werden im Allgemeinen sehr schlecht behandelt, aber die Christen unter ihnen unterzieht man einer noch schlechteren Behandlung. Die anhaltende Anarchie hat dazu beigetragen, dass Christen im Land insgesamt gefährdet sind.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft äußert sich auf vielfältige Weise. Der Islam ist tief verwurzelt in Libyens Kultur, deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, immensen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Nach dem Sturz Gaddafis haben verschiedenste islamistische Gruppen mehr Einfluss gewonnen und Kontrolle über die Gesellschaft erlangt.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Die Gesellschaft Libyens ist konservativ und von Stammesdenken geprägt. Migranten aus Ländern südlich der Sahara werden stark diskriminiert. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an Familie und Stamm gesehen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption:

Korruption ist so weit verbreitet, dass sie wesentlich zum anhaltenden Verfall der Rechtsstaatlichkeit und zur mangelnden Strafverfolgung beiträgt. Diese Triebkraft ist eng verknüpft mit „Islamischer Unterdrückung“, da einige der militanten islamischen Gruppierungen als organisierte kriminelle Gruppen arbeiten, beispielsweise im Menschenhandel.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Gewöhnliche Bürger, die sich intoleranten und extremistischen Auslegungen des Islam verschrieben haben, tragen zur Verfolgung von Christen insbesondere im „Privatleben“, im „Familienleben“ und im „gesellschaftlichen Leben“ bei. Die Verfolgung wird durch eine Vielzahl militanter islamistischer Gruppen verschärft, die einen beträchtlichen Teil des libyschen Territoriums kontrollieren. Diese Gruppen sind für die gewaltsamsten Formen der Verfolgung verantwortlich und agieren völlig ungestraft, da es keine Zentralregierung gibt, die auch nur den Anschein von Recht und Ordnung im Land sicherzustellen vermag. Hinter diesen Verfolgern steht die Lehre und der Einfluss von extremistischen wahhabitischen Imamen. Diese religiösen Führer sind deshalb ebenfalls als Verfolger von Christen zu betrachten.

Ausgehend von ethnisch begründeten Anfeindungen

Gewalt gegen Christen, die als Migranten aus Ländern südlich der Sahara nach Libyen kamen, wird meist durch islamistisch-extremistische Gruppierungen ausgeübt. Aber auch Regierungsbeamte und andere sind beteiligt. Dagegen geht die größte Gefahr für Christen mit muslimischem Hintergrund von ihren eigenen Familien aus – denn diese betrachten die Hinwendung zum christlichen Glauben als Verrat und als Schande für die Familie und den Stamm.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Kriminelle Gruppen, die Menschenhandel und Entführungen mit Lösegeldforderung betreiben, sind ebenfalls stark an der Verfolgung beteiligt. Diese Gruppen wenden unterschiedlichste Strategien an, um Migranten zu berauben, die versuchen, über Libyen nach Europa zu kommen. Viele werden nicht nur unter Lösegeldforderung als Geiseln genommen, sondern in die Sklaverei verkauft, und viele Frauen werden Opfer von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen.

4. Hintergrund

Libyen ist ein klassischer „failed state“, ein gescheiterter Staat, geworden. Mehr als ein halbes Jahrzehnt nach dem Arabischen Frühling wurden die Träume von einem offenen und demokratischen Land durch ein alptraumhaftes Szenario ersetzt, in dem ein Flickenteppich militanter Gruppen verschiedene Teile des Landes kontrolliert und um die Vorherrschaft kämpft. Jüngste Friedensabkommen, zustande gekommen mit Hilfe von zunächst Italien und dann Frankreich, sind ein

Zeichen der Hoffnung. Die Umsetzung dieser Abkommen hat jedoch noch keine konkreten Formen angenommen.

Der anhaltende Bürgerkrieg zwischen verschiedenen militanten Gruppen, welche mit den drei rivalisierenden Regierungen verbündet sind, hat zur Folge, dass das Land weiterhin ein Zufluchtsort für islamistisch-extremistische Gruppen bleibt, die darauf hinarbeiten, die ganze Region zu destabilisieren. Eine weitere Folge des Bürgerkriegs ist, dass die Ölexporte ausgesetzt wurden und die sozialen Dienste, die vor Ausbruch des Konflikts staatlich subventioniert waren, zusammengebrochen sind. Von den verschiedenen Konfliktparteien werden riesige Geldsummen für deren Bewaffnung ausgegeben, und die Gewalt hat zu weitreichenden Zerstörungen geführt, so dass der Wiederaufbau Jahre dauern wird.

Migranten, die beim Versuch, Europa zu erreichen, abgefangen werden, werden in 24 Haftanstalten in ganz Libyen festgehalten, die von der Abteilung zur Bekämpfung irregulärer Migration (DCIM) betrieben werden, die nominell dem libyschen Innenministerium unterstehen. In der Praxis werden viele der Haftanstalten allerdings von Angehörigen bewaffneter Gruppen geführt, unter denen Gewalt, sexueller Missbrauch und gewissermaßen Sklaverei grassieren. Diese Menschen sind schutzlos, da es in Libyen kein nationales Asylrecht oder -system gibt. Im stark islamisch geprägten Libyen sind christliche Migranten besonders verwundbar.

5. Betroffene Christen

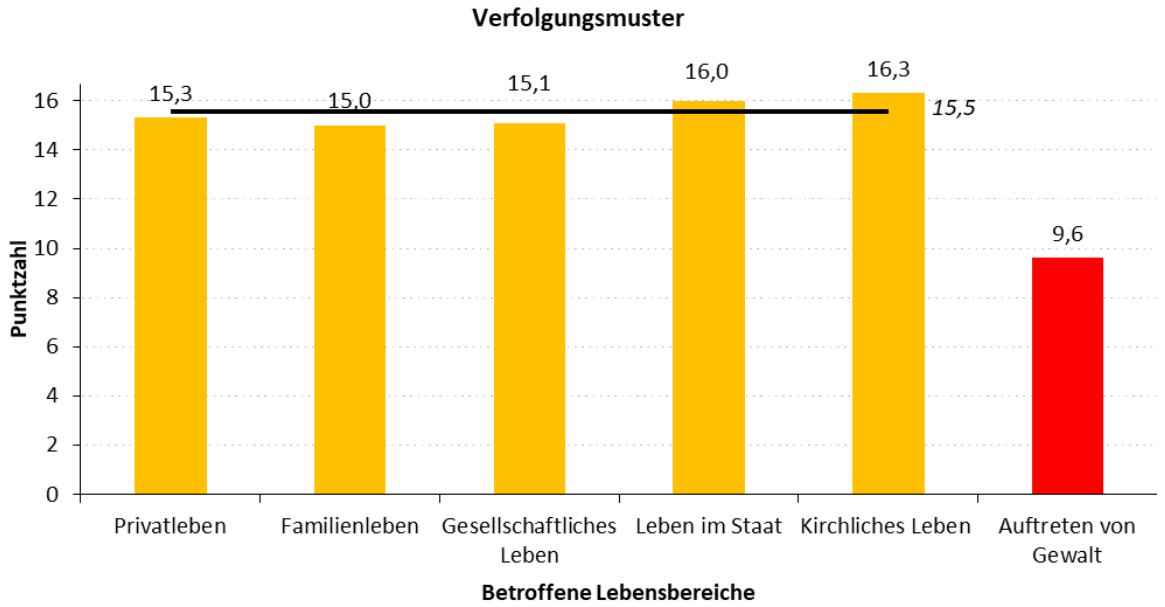
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christliche Gastarbeiter, von denen die meisten aus dem Afrika südlich der Sahara und einige aus Ägypten kommen, dürfen ihre eigenen Kirchen haben; libysche Bürger dürfen an diesen Gottesdiensten jedoch nicht teilnehmen. Bereits unter der despotischen Herrschaft Gaddafis war die Lage der Christen äußerst schwierig. Ausländische Christen, beziehungsweise christliche Gastarbeiter, haben eine gewisse Freiheit, doch nichtarabische Afrikaner erleiden doppelte Verfolgung: aus rassistischen und auch aus religiösen Gründen.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Die sehr kleine Gruppe libyscher Christen hält ihren Glauben geheim. Sie können keine Gottesdienste in offiziellen Kirchen besuchen. Ihre Anzahl ist sehr gering, doch mit dem Aufkommen christlicher Fernseh- und Internetangebote auf Arabisch wächst das Interesse am christlichen Glauben. Wie in den meisten muslimischen Ländern ist die Abkehr vom Islam mit starkem sozialen Druck verbunden. Als Christ muslimischer Herkunft in seiner Familie zu leben, ist risikobehaftet. Die meisten libyschen Christen wagen nicht, sich mit anderen Christen zu treffen, denn alle religiösen Versammlungen – ausgenommen islamische – sind für Libyer verboten.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Libyen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 15,2 Punkten im WVI 2018 auf 15,5 im WVI 2019. Der Grund für diesen Anstieg ist die Anarchie, die weiterhin und aufgrund des Fehlens einer Zentralregierung besteht. Extremistisch-islamische Gruppen, aber auch Mitarbeiter der (in)offiziellen Regierungen, können Christen, die aus Ländern südlich der Sahara kommen oder einen muslimischen Hintergrund haben, ungestraft schaden.
- Auch wenn der Druck in allen Lebensbereichen äußerst hoch ist, die höchste Stufe erreicht er im „kirchlichen Leben“ und im „Leben im Staat“. Darin zeigt sich das Fehlen einer Zentralregierung. Wo Anarchie und islamischer Extremismus Hand in Hand gehen, da gibt es keine Meinungsfreiheit, keine Gleichbehandlung von Christen, keine Anerkennung der christlichen Kirche, noch können Kirchengebäude errichtet werden.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist sehr hoch, doch im Vergleich zum WVI 2018 sank er von 10,4 auf nun 9,6 Punkte. Der Grund für diesen Rückgang ist ein Mangel an verlässlichen inländischen Informationsquellen. Im Vergleich zum Berichtszeitraum für den WVI 2018 gab es weniger Berichte darüber, dass Christen zum Verlassen ihrer Häuser gezwungen wurden. Gleichwohl ist es wahrscheinlich, dass sich die tatsächliche Zahl der Fälle nicht verändert hat.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft werden in dieser konservativen Gesellschaft von ihren Familien abgelehnt. Wegen der Unterdrückung und Intoleranz seitens ihrer Verwandten, der Gesellschaft und islamisch-extremistischer Gruppierungen wagen libysche Christen es kaum, über ihren Glauben zu sprechen. Viele von ihnen sehen sich gezwungen, über eine Flucht aus dem Land nachzudenken. Zum anderen müssen die Christen unter den Migranten, die aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara kommen, ihre christliche Identität verstecken und sollten keinerlei christliche Symbole tragen, da sie

ansonsten wahrscheinlich von ihren Schleusern oder auch von Regierungsbeamten diskriminiert oder sexuell misshandelt werden. Es hat sogar Berichte darüber gegeben, dass Christen aus dem Afrika südlich der Sahara ermordet wurden, nachdem ihr christlicher Glaube entdeckt wurde.

Familienleben

Wer den christlichen Glauben annimmt, wird geächtet in Libyen. Christen mit muslimischem Hintergrund müssen im Verborgenen leben, können offiziell nicht nach christlichem Ritus heiraten und ihre Kinder werden automatisch als Muslime registriert. Auch andere Christen sehen sich diesbezüglich mit Einschränkungen konfrontiert. In Libyen gilt das traditionelle islamische Recht, wonach ein nichtmuslimischer Mann zum Islam konvertieren muss, um eine Muslima heiraten zu können. Dies gilt auch, wenn ein Christ eine Christin muslimischer Herkunft heiraten möchte, denn vor dem Gesetz ist sie weiterhin Muslima. Fast alle ausländischen Christen haben das Land verlassen. Der Großteil der Christen in Libyen besteht aus Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara und einigen ägyptischen Kopten. Ihre Kinder, wenn sie überhaupt zur Schule gehen, müssen dort höchstwahrscheinlich dem islamischen Unterricht folgen und Schikanierungen ertragen.

Gesellschaftliches Leben

Die Lage ist für Christen in Libyen so gefährlich geworden, dass es fraglich ist, ob es auf Dauer noch Christen im Land geben wird. Ein britischer Experte für Libyen ging so weit zu behaupten: „Wir haben die christliche Präsenz im Land verloren, aufgrund des täglichen Drucks, der religiösen Spannungen sowie der Gewalt gegen Christen.“ Wenn Christen ihre religiösen Überzeugungen nicht verbergen, ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im heutigen Libyen gefährlich, da sie einem hohen Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Vor allem in Regionen, die von islamischen Gruppierungen beherrscht werden, aber aller Wahrscheinlichkeit nach auch landesweit, müssen sich insbesondere Christen muslimischer Herkunft an islamische Bräuche wie das Fasten zum Ramadan und an Kleiderordnungen halten.

Leben im Staat

Unter der Herrschaft von Gaddafi ging Verfolgung am stärksten vom Regime und den Geheimdiensten aus. Gegenwärtig sind hauptsächlich islamistische Bewegungen, wie etwa Gruppierungen, die mit dem „Islamischen Staat“ (IS) verbunden sind, für Druck auf und Gewalt gegen Christen verantwortlich in einem Land, dessen Zentralregierung wenig Macht hat und in dem es keine Rechtsstaatlichkeit gibt. Auch kriminelle Banden üben Druck auf Christen aus. Im Land zu reisen ist gefährlich, weil Entführungen ein echtes Risiko darstellen. Dies und eine generelle Feindseligkeit gegenüber Christen hat zur Folge, dass (internationale) Kirchen und (christliche) Nichtregierungsorganisationen nur sehr eingeschränkt Christen und allen anderen Libyern helfen können.

Kirchliches Leben

Ein normales kirchliches Leben ist für Christen kaum möglich. Abhängig von der Region dürfen Gastarbeiter sich zu Gottesdiensten versammeln, jedoch mit erheblichen Sicherheitsrisiken. Es ist strengstens untersagt, christliche Literatur und Bibeln in arabischer Sprache ins Land zu bringen. Muslimen das Evangelium weiterzusagen sowie jede Art von missionarischer Tätigkeit ist offiziell verboten. Auch das erschwert das Wachstum der einheimischen Gemeinden.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist sehr hoch. Aufgrund der politischen Instabilität und des Fehlens von Recht und Ordnung im Land sind Christen einer sehr gewalttätigen, unmenschlichen und entwürdigen Behandlung ausgesetzt. Einen klaren Hinweis darauf, was Christen derzeit durchmachen, gibt ein Bericht von Amnesty International, der bereits 2016 veröffentlicht wurde: Ein 26-Jähriger aus Eritrea, der in einem Gefangenenlager in al-Zawiya festgehalten wurde, wird mit den Worten zitiert: „Sie hassen Christen. Wenn du Christ bist, kann ich nur sagen: Gott helfe dir, wenn sie es herausfinden … Wenn sie ein Kreuz oder eine (religiöse) Tätowierung sehen, schlagen sie dich noch stärker.“ Ein anderer ehemaliger Häftling aus Nigeria sagte, dass Wachen im Gefangenenlager in Misrata die Männer nach Religion getrennt und die Christen dann ausgepeitscht haben. Ein 22-jähriger Mann aus Eritrea, der in der Haft geschlagen wurde, nachdem sein Boot abgefangen worden war, sagte: „Sie schlugen mich, nahmen mein Geld und warfen meine Bibel und das Kreuz, das ich um meinen Hals trug, weg … Zuerst prüfen sie, ob man Geld in den Taschen hat, dann nehmen sie ein elektrisches Kabel und peitschen dich aus.“

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Frauen wird eine niedrigere Position im libyschen Familienleben zugewiesen als Männern. Dies rührt von Stammesgesetzen her, die der islamischen Scharia entsprechen. Von Frauen und Mädchen wird erwartet, dass sie ihre Sexualität strengen Normen unterwerfen und gesagt, sie bringen Schande über die Familie, wenn sie dies nicht tun. Demzufolge sind sie gefährdet, Opfer von sexueller Gewalt zu werden, vor allem dann, wenn sie Entscheidungen treffen, die man nicht von Frauen oder Mädchen erwartet, etwa wenn sie entscheiden, sich dem christlichen Glauben zuzuwenden. So gibt es Berichte darüber, dass Vergewaltigung als Strafe angewendet wird. Solchen Gefahrensituationen zu entkommen, ist für Christinnen mit muslimischem Hintergrund umso schwerer, da es für Frauen unüblich ist, allein zu reisen oder zu leben.

Im Übrigen sind auch (christliche) Migrantinnen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara gefährdet, Opfer von sexuellem Missbrauch zu werden, besonders dann, wenn sie von ihren männlichen Begleitern getrennt werden, wie das in den Haftanstalten für Migranten geschieht. Die traumatischen Erfahrungen, die solche Frauen und Mädchen erleiden, haben zerstörerische Kraft für ihr (zukünftiges) Familienleben.

Frauen sind zudem oft gezwungen, jene Kleiderordnungen einzuhalten, die ihnen von den in ihrer Region herrschenden islamischen Regierungen oder Gruppierungen auferlegt werden.

Männer

Im Allgemeinen stehen Männer in höherer Gefahr, körperliche Gewalt zu erleben. Zwangsarbeit und Versklavung von männlichen Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara sind weitverbreitet. Die häufig jungen Männer reisen ohne ihre Familie, sind aber gleichzeitig körperlich fit und geeignet für harte (landwirtschaftliche) Arbeit, weshalb sie in der Gefahr stehen, entführt zu werden. Andere werden entführt oder verhaftet und nur gegen Zahlung eines Lösegeldes freigelassen. Wenn diese Männer eine Familie in ihren Herkunftsländern haben, dann sind jene Familien finanziell gefährdet, weil sie von ihren Ehemännern und Vätern abhängig sind und Schutz und finanzielle Versorgung erwarten.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Ibadi- und Sufi-Muslime, die nicht zu den sunnitischen oder schiitischen islamischen Traditionen gehören, werden von Gruppen wie dem IS und anderen militanten sunnitischen Gruppierungen mit gewaltsamen Angriffen verfolgt. Auch werden sie allgemein von der Gesellschaft diskriminiert. So erwähnt das US-Außenministerium im „International Religious Freedom Report 2017“ für Libyen, dass zwei geschichtsträchtige Sufi-Moscheen in Tripolis am 20. Oktober und 28. November 2017 von unbekannten Angreifern attackiert und schwer beschädigt wurden.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Ein entscheidender Moment war der Gipfel in Paris im Mai 2018, als es dem französischen Präsidenten gelang, die wichtigsten Konfliktparteien des Bürgerkrieges an einen Tisch zu bringen und sich auf ein Friedensabkommen zu einigen. Eigentlich hätte dies auf eine Wahl im Dezember 2018 zulaufen sollen, doch das Abkommen schien von Beginn an nicht belastbar zu sein, da nicht alle militanten Gruppen daran beteiligt waren; im November 2018 erklärte der UN-Sonderabgesandte dann, dass Anfang 2019 ein Sonderforum stattfinden wird, um schließlich im Frühjahr 2019 die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten. Es ist wahrscheinlich, dass die Wahlen noch weiter verschoben werden, denn Wahlen würden bedeuten, dass die meisten Konfliktparteien, die bisher Teile von Libyen kontrollieren, die Kontrolle an eine Zentralregierung abgeben müssten. Viele dieser Gruppen profitieren aber von der derzeitigen Situation und haben kein wirkliches Interesse an Wahlen. Selbst wenn Wahlen im Jahr 2019 abgehalten würden, ist es unwahrscheinlich, dass alle Konfliktparteien das Wahlergebnis anerkennen würden – der Bürgerkrieg würde weitergehen.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Wohl kaum wird der durch „Islamische Unterdrückung“ verursachte Druck in der nächsten Zeit abnehmen. Obwohl 2019 Wahlen stattfinden sollen, ist es kaum denkbar, dass islamische Extremisten und andere Gruppen die Kontrolle in naher Zukunft an eine neue Zentralregierung übergeben werden. Ihr Einfluss und ihre (willkürliche) Umsetzung der Scharia werden eine gefährliche Bedrohung für die Christen unter ihrer Kontrolle bleiben. Auch wenn islamisch-extremistische Gruppen aus dem Land verdrängt würden, wird die Gesellschaft im Allgemeinen doch konservativ gesinnt bleiben und von der Regierung verlangen, die Scharia einzuhalten.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: „Ethnisch begründete Anfeindungen“ und „Islamische Unterdrückung“ sind eng miteinander verwoben. Das Stammessystem ist vorherrschend und hält sich hartnäckig, weshalb das Land konservativ bleibt. In Kriegssituationen neigen Menschen dazu, sich an ihre Religion und ihre Bräuche zu klammern und nicht offen für neue Ideen, geschweige denn eine neue Religion zu sein. Sich dem Islam ab- und dem christlichen Glauben zuzuwenden, wird weiterhin als Verrat an der Religion, der Familie und dem Stamm gesehen werden. Außerdem wird sich die Behandlung der Migranten, die aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara kommen, in Zukunft wahrscheinlich kaum verbessern, weil diese Migranten mit rassistischen Vorbehalten und als religiös andersartig betrachtet werden. Daher werden ethnisch begründete Anfeindungen weiterhin eine entscheidende Triebkraft der Christenverfolgung sein.

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: So lange es keine Zentralregierung mit wirkungsvoller Autorität im Land gibt, wird die derzeitige Gesetzlosigkeit anhalten. Islamisch-extremistische Gruppen, aber auch Regierungsbeamte werden weiter mit Menschenhandel, Entführung und Erpressung Geld verdienen. Weil sie dafür besonders ins Visier genommen werden, bleiben Christen auch künftig verwundbar.

Schlussfolgerung

Jede Hoffnung auf eine Besserung der Lage in Libyen hängt von der Verbesserung der politischen Bedingungen und der Sicherheitslage des Landes ab. Es ist zu hoffen, dass die „Regierung der nationalen Einheit“ mehr Autorität erlangen und Recht und Ordnung im Land wiederherstellen kann. Wenn dies geschähe (auch wenn dies nicht zwangsläufig Religionsfreiheit für die Christen in Libyen bedeuten würde), wären Christen möglicherweise nicht mehr der Gefahr der entsetzlichsten Formen von Verfolgung ausgesetzt. Langfristig gesehen wird die Art der politischen Ordnung, die aus dem momentanen Friedens- und Übergangsprozess erwächst, ein entscheidender Faktor für die künftige Religionsfreiheit von Christen in Libyen sein.

zurück zur Länderübersicht

Pakistan: Platz 5

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Pakistan leidet unter einer Vielzahl extremistischer islamischer Gruppierungen und einer sich verstärkt islamisierenden Gesellschaft. Den Christen wohlgesinnte Politiker, Richter und religiöse Leiter, die Änderungen an den berüchtigten Blasphemiegesetzen in Betracht ziehen, werden öffentlich von denen bedroht, die eine extremistische, auf dem Wahhabismus beruhende Ausrichtung haben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Korruption zieht sich in Pakistan durch alle Ebenen der Behörden und der Armee, die auch stark an der Wirtschaft des Landes beteiligt ist.

Von wem geht die Verfolgung aus?

In Pakistan existieren extremistische islamische Gruppierungen nicht nur im Hintergrund, sondern erhalten mehr und mehr Einfluss auf das öffentliche Leben. Das liegt daran, dass einige von ihnen von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Besonders die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten“ und „bösen“ Taliban unterscheidet. Dieser Strategie hat sich die Regierung weitestgehend angeschlossen. Bis sich dies ändert, werden extremistische Gruppierungen weiterhin tausende Medressen (Koranschulen) unterhalten, von denen niemand weiß, was genau gelehrt und mit wessen Geldern sie finanziert werden. Außerdem werden sie weiterhin die Bürger des Landes (insbesondere die Jugend) überall im Land dazu aufhetzen, gegen religiöse Minderheiten wie Christen vorzugehen. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich ebenfalls dieser Feindseligkeit ausgesetzt; die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Umfeld angesehen wird.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Traditionelle Kirchen besitzen relativ große Freiheit, Gottesdienste zu feiern. Sie werden jedoch stark überwacht und werden regelmäßig Ziel von Bombenanschlägen, wie der Anschlag in Quetta am 17. Dezember 2017 erneut zeigte. Kirchengemeinden, die sich aktiver nach außen engagieren, sowie Mitarbeiter in der Jugendarbeit sind stärkerer Verfolgung vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt. Alle Christen leiden unter institutioneller Diskriminierung. Dies wird dadurch sichtbar, dass häufig Berufe, die als niedrig, schmutzig und abwertend betrachtet werden, offiziell Christen vorbehalten sind. Viele Christen sind arm und etliche in Schuldknechtschaft gefangen. Auf der anderen Seite gibt es auch viele Christen, die der Mittelschicht angehören – dies schützt sie jedoch nicht davor, marginalisiert oder verfolgt zu werden. Die berüchtigten Blasphemiegesetze Pakistans zielen insbesondere auf religiöse Minderheiten (auch muslimische Minderheiten) ab; am stärksten wirken sie sich auf die christliche Minderheit aus. Davon sind nicht nur Christen der ärmeren Schichten betroffen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 17. Dezember 2017 wurde ein Selbstmordattentat auf die Bethel Memorial Methodist Church in Quetta verübt. Dabei starben elf Christen, viele weitere wurden verwundet.
- Christen werden weiterhin wegen Blasphemie-Anschuldigungen getötet; teilweise ist ihr Tod aber auch auf Vernachlässigung aufgrund ihres Status als Verachtete zurückzuführen. Letzteres zeigte sich etwa in der Art und Weise, wie zwei christliche Arbeiter der Abfallbeseitigung in Abwasseranlagen in Bahawalnagar, Punjab am 23. Mai 2018 zu Tode kamen. Ein weiterer war bereits im Januar 2018 gestorben.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Pakistan ist weiterhin eines der Länder, in denen es Christen am schwersten haben. Dies wird durch die unverändert sehr hohen und extrem hohen Werte für den Druck auf Christen in den einzelnen Lebensbereichen bestätigt. Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist zudem auf dem maximalen Level geblieben. Nur wenige Länder haben jemals diesen Maximalwert für Gewalt beim Weltverfolgungsindex (WVI) erreicht. Der tödliche Anschlag auf eine Kirche im Dezember 2017 war eine düstere Erinnerung daran, wie viel Gewalt Christen und andere religiöse Minderheiten ausgesetzt sind. Die berüchtigten Blasphemiegesetze des Landes fordern weiter ihre Opfer. Am letzten Tag des Berichtszeitraums für den WVI 2019 (31. Oktober 2018) entschied das Höchste Gericht Pakistans in einem mutigen Schritt, die Christin Asia Bibi freizusprechen, nachdem sie mehr als acht Jahre auf die Vollstreckung der Todesstrafe gewartet hatte, zu der sie wegen angeblicher Blasphemie verurteilt worden war. Als Folge davon brachten extremistische islamische Gruppen das öffentliche Leben im Land zu einem vollkommenen Stillstand. Als dieser Bericht Anfang Dezember 2018 verfasst wurde, befand sich Asia Bibi in Schutzhaft an einem nicht bekannten Ort in Pakistan. Die Regierung hielt sie zu diesem Zeitpunkt dort fest. Trotz Freispruchs war es ihr nicht möglich, das Land zu verlassen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Gesellschaft Pakistans islamisiert sich zunehmend und das Land leidet unter der Vielzahl islamisch-extremistischer Gruppen. Im aktuellen Berichtszeitraum nannte ein hinzugezogener Experte Open Doors 65 verschiedene islamistische Gruppierungen von unterschiedlicher Macht, Größe und mit unterschiedlichem Einfluss. Tehreek-e-Labbaik (TLP) ist die jüngste Gruppe davon, von dieser Gruppe wird im Weiteren noch die Rede sein. Die christliche Gemeinschaft fühlt sich sowohl durch diese Gruppierungen als auch durch die islamische Kultur bedrängt. Es gibt Politiker, Richter und religiöse Leiter, die eine Änderung der berüchtigten Blasphemiegesetze in Erwägung ziehen oder sich sogar politisch dafür einsetzen. Jeder, der solche Versuche startet, wird jedoch öffentlich von denen bedroht, die eine extremistische, auf dem Wahhabismus beruhende Ausrichtung haben. Diese identifizieren sich stark mit den Unterstützern des „Islamischen Staates“ (IS) und der Taliban und wollen ein Kalifat errichten, in dem „Ungläubige“ gemäß ihrer Ideologie behandelt werden. Die stärker werdende Präsenz militanter Gruppen, die ausdrücklich Christen zum Angriffsziel erklärt haben, verschlimmert die Situation für Christen in der Region. Trotz einer stärkeren Bekämpfung einiger Gruppen durch das Militär blühen extremistische Gruppierungen auf und werden von verschiedenen politischen Lagern

zu Verbündeten gemacht. Ihre Fähigkeit, hunderttausende, meist junge Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen, ist ein politisches Werkzeug, mit dem sich politische Ziele kraftvoll durchsetzen lassen. Eine der einflussreichsten Gruppen in dieser Hinsicht ist die TLP. Diese Gruppierung war es, die das öffentliche Leben im Land unmittelbar nach dem Freispruch für Asia Bibi zum Stillstand brachte.

Verbotene extremistische Gruppierungen lösen sich zudem nicht einfach in Luft auf. In den meisten Fällen benennen sie sich um, gründen Wohltätigkeitsorganisationen oder beschränken sich auf Onlineaktivitäten. Eine andere Taktik ist, sich für anstehende Wahlen anderen extremistischen Parteien anzuschließen. Diese Gruppierungen umwerben die Bevölkerung mit sozialen Leistungen und versuchen, jungen Menschen die Perspektive zu geben, an der es in Pakistan so sehr fehlt. Der Großteil der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre, fast ein Drittel ist noch nicht 14 Jahre alt. Der Staat sieht sich hier der großen Aufgabe gegenüber, dieser jungen Generation eine Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen. Während die Lebenserwartung mit 68,1 Jahren nicht sehr hoch ist, steht die Fruchtbarkeitsrate bei 2,62. Auch wenn sich diese Zahlen langsam verändern, zeigen sie große gesellschaftliche Herausforderungen auf. Wenn die Fruchtbarkeitsrate weiterhin so hoch bleibt, wird Pakistan bis etwa 2030 das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt sein und Indonesien ablösen. Diese gesellschaftlichen Strukturen führen dazu, dass jedes Jahr eine große Anzahl junger Menschen die Schule voller Träume für ihre Zukunft verlässt. Da das Land jedoch nicht einmal allen gut ausgebildeten jungen Menschen die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz bieten kann, sind soziale Unruhen absehbar. Dies spielt wiederum den extremistischen islamischen Gruppen in die Hände, die den Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln, das sie so noch nie hatten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption zieht sich in Pakistan durch alle Ebenen der Behörden und der Armee. Die Armee ist eng mit der Wirtschaft des Landes verflochten und tritt in vielen Wirtschaftsbereichen als starker Wettbewerber auf. Sie genießt dabei unlautere Vorteile, wie ein populärer Scherz verdeutlicht: „Jedes Land hat eine Armee, aber hier hat eine Armee ein Land.“ Es ist schwer, an detaillierte Daten zu gelangen, doch Schätzungen zufolge verfügt das Militär über ein Vermögen von etwa zehn Milliarden US-Dollar. Dazu kommen etwa fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Die Absetzung von Präsident Nawaz Sharif und seine Verurteilung zu zehn Jahren Haft durch eine Entscheidung des obersten Gerichtshofs aufgrund von Korruption, die durch die Panama-Papiere aufgedeckt wurde, zeigt, dass die Korruption jedoch keinesfalls auf das Militär beschränkt ist.

Unter dem organisierten Verbrechen leiden insbesondere auch Christen, da viele von ihnen arm und schutzlos sind. Dies kommt besonders bei Blasphemiefällen zum Tragen, wie sich erneut im März 2018 gezeigt hat, als 20 Verdächtige im Mordfall an einem christlichen Ehepaar freigesprochen wurden. Das Paar war am 4. November 2014 wegen angeblicher Blasphemie ermordet und in einem Ziegelofen verbrannt worden. Schuldknechtschaft ist eine alte Form der Sklaverei und in einigen Teilen Pakistans weitverbreitet, insbesondere in den ländlichen Gegenden. Arbeiter in dieser Lage sind völlig der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert. Da sie wegen horrender Zinsen ihre Schulden nicht zurückzahlen können, gibt es für sie keinen Ausweg. Sie können nicht gerichtlich gegen die Situation vorgehen und bleiben so ohne Schutz oder Hoffnung auf Veränderung.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Pakistan leidet unter der ethnischen Zersplitterung nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Verwaltung des Landes. So werden beispielsweise die Provinz Belutschistan und die Region Sindh traditionell als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Als Feudalherren herrschende Landbesitzer unterhalten in den ländlichen Regionen von Sindh und Punjab eigene Milizen, Gerichte und Gefängnisse. Korruption ist überall zu finden. All das hat auch Auswirkungen auf die schutzlose christliche Minderheit. Die Rechtsprechung in den föderal verwalteten Stammesgebieten (FATA) ist eingeschränkt und ungerecht. Diese an Afghanistan grenzende Spannungsregion wird noch immer nach dem aus der Kolonialzeit stammenden „Gesetz zu Verbrechen in Grenzgebieten“ von 1901 regiert, welches Polizei und Gerichte aushebelt und die Entfremdung der dort ansässigen Menschen verstärkt. Pakistans Verfassung scheint dort faktisch außer Kraft zu sein. Im aktuellen Berichtszeitraum hat die Regierung jedoch entschieden, die FATA mit der angrenzenden Provinz Khyber Pakhtunkhwa zu vereinen. Da diese Entscheidung erst im Juni 2018 getroffen wurde, ist es noch zu früh, um zu sagen, ob dies nur ein weiterer wirkungsloser Versuch der Regierung war, einen Zugriff auf diese Region zu bekommen. Es ist jedoch bereits klar, dass sie aufgrund von Druck aus der Öffentlichkeit geschehen ist und großen Herausforderungen gegenübersteht.

Diktatorische Paranoia

Die Politik in Pakistan hat schon immer aus einer Mischung aus „Islamischer Unterdrückung“ und „Diktatorischer Paranoia“ bestanden. Jede Regierung musste mit einer Opposition, extremistischen Gruppierungen, einer starken, unabhängigen Armee und Korruptionsvorwürfen kämpfen. In der Folge tut sie alles, was ihr möglich ist, um an der Macht zu bleiben, besonders, da Politik in Pakistan auch Familienpolitik bedeutet: Die Partei PML-N wird von der Familie Sharif geführt (das N im Namen der Partei steht für den ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif), die PPP von der Familie Bhutto. Nachdem Premierminister Nawaz Sharif aufgrund der Korruptionsvorwürfe zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, stellte sich sein Bruder als Kandidat zur Verfügung, um seine Rolle zu übernehmen. Nawaz Sharif und seine Tochter wurden nur zwölf Tage vor den Wahlen verhaftet. Imran Khan, der Vorsitzende der *Pakistan* Tehreek-e-Insaf (PTI), der mit keiner der großen Familien verbunden ist, hatte eine Klage gegen den damaligen Premierminister Sharif eingereicht, da durch die zugespielten Panama-Papiere Unregelmäßigkeiten in den privaten finanziellen Angelegenheiten des Premierministers öffentlich wurden. Imran Khans Wahl zum Premierminister im Juli 2018 verheißt nichts Gutes für die Minderheiten des Landes. Khan hat bereits durch viele Äußerungen klargemacht, dass sie ihm nicht wichtig sind. In der kurzen Zeit seit seiner Ernennung bis zum Ende des Berichtszeitraums hat er bereits zweimal dem Druck islamistischer Gruppierungen nachgegeben.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

In Pakistan bekommen mehrere extremistische islamische Gruppierungen mehr Einfluss und werden größer, da sie von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Einige bilden sogar ihre eigenen Parteien. Besonders die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten“ und „bösen“ Taliban unterscheidet. Diese Strategie wurde inzwischen von der Regierung übernommen. Solange sich dies nicht ändert, werden extremistische Gruppierungen und politische Parteien wie die TLP weiterhin auf die Straßen gehen, um politischen Druck auszuüben (wie im Berichtszeitraum geschehen). Sie werden zudem weiterhin tausende Medressen (Koranschulen)

unterhalten, von denen keine Behörde weiß, was genau gelehrt wird und mit wessen Geldern sie finanziert werden. Außerdem werden sie weiterhin die Bürger des Landes (insbesondere die Jugend) überall im Land dazu aufzuhetzen, gegen religiöse Minderheiten wie Christen vorzugehen. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich ebenfalls dieser Feindseligkeit ausgesetzt; die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Umfeld angesehen wird. Ideologische Interessenverbände, die häufig mit politischen Parteien und islamischen religiösen Gruppen verknüpft sind, üben enormen Druck aus und haben starken Einfluss. Dies zeigte sich auch bei den Wahlen im Juli 2018, obwohl Parteien, die direkt aus islamistischen Gruppen entstanden sind, nicht viele Stimmen bekamen. Multilaterale Organisationen diskriminieren religiöse Minderheiten bei der Einstellung neuer Mitarbeiter.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Als kleine und schwache Gruppe in der Gesellschaft sind Christen doppelt verletzlich angesichts von Organisiertem Verbrechen und Korruption und werden leicht zu Opfern. Tausende Christen leben weiterhin in Schuldknechtschaft ohne Perspektive und sind Ausbeutung ausgesetzt, da sie sehr arm sind. Sie bescheren ihren Dienstherren großen Gewinn. Reiche Großgrundbesitzer arbeiten mit Politikern zusammen und lokale Würdenträger, sowohl aus religiösen als auch aus politischen Kreisen, profitieren stark von diesem System.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Viele Aktivitäten von Politikern, Regierungsbeamten und religiösen Leitern, mit denen sie verbunden sind, entstammen der Motivation, an der Macht zu bleiben. Dies ist auch der Grund für das Werben um extremistische islamische Gruppierungen. Christen werden schnell zu Sündenböcken gemacht oder einfach als Tauschware im politischen System genutzt.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Anführer ethnischer Gruppen verlangen kompromisslosen Gehorsam. Jede Abweichung, etwa der Glaubenswechsel, wird als Verrat angesehen. Da die ethnische Zugehörigkeit sehr wichtig ist und als Mittel zur Identifikation dient, geht mit einem Glaubenswechsel die Aufgabe dieser Zugehörigkeit zum sozialen Gefüge einher.

4. Hintergrund

Im aktuellen Berichtszeitraum gab es viele Veränderungen in Pakistan und es ist noch nicht abzusehen, in welche Richtung sich das Land entwickeln wird. Die ersten Monate der Amtszeit des neuen Premierministers Imran Khan sind nicht allzu vielversprechend. Das Militär wurde beschuldigt, die Fäden im Hintergrund der Wahl gezogen und Imran Khan und seiner PTI so zum Sieg verholfen zu haben. Es unterscheidet zudem nach wie vor zwischen „guten“ und „bösen“ Dschihadisten. Während es letztere bekämpft, werden die erstgenannten umworben (etwa Lashkar-e-Toiba, jetzt Jamaat-du-Dawah und das Haqqani-Netzwerk). Sie werden zur Durchsetzung eigener Ziele stellvertretend in Nachbarländer wie Afghanistan und Indien geschickt. Diese Politik verfolgt die Armee seit Jahrzehnten. Am Tag der Wahl im Juli 2018 zeigte sich an einem vom IS reklamierten Selbstmordattentat einmal mehr, wie gefährlich diese Taktik ist. Auch wenn die Armee gegen die Gruppen kämpft, die sie als „böse“ Dschihadisten betrachtet, wächst deren Einfluss in Pakistan. Die Taliban sind ebenfalls weiter aktiv und führen Angriffe aus. Ob eine Taliban-Gruppierung vom Militär als gut, böse oder patriotisch eingestuft wird, ist dabei unerheblich. Diese Gruppen sind alle gewalttätig und extremistisch, und viele

arbeiten mit der Regierung oder der Armee zusammen. Dies kann nur in weitere Gewalt münden – besonders gegen religiöse Minderheiten.

Eine beispiellose Zahl extremistischer Muslime kandidierte für die nationalen Wahlen. Einige forderten sogar erzwungene Konversionen von religiösen Minderheiten und nannten explizit Christen. Auch wenn die meisten dieser Kandidaten es nicht in das Parlament schafften, konnten sie die politische Bühne erobern und auch moderate Parteien zu radikaleren Positionen drängen. Einige extremistische Kandidaten zogen sogar in Parlamente der Bundesstaaten ein. Beobachter sagen, dass sich religiöse Minderheiten auf härtere Zeiten in Pakistan einstellen müssen.

Eine der wichtigsten Herausforderungen des Landes ist es, einen Weg zu finden, die Medressen zu kontrollieren. Ein endloser Strom von Jugendlichen, die ihre Bildung in diesen Koranschulen erhalten, fließt in die Gesellschaft. Werden die Lehrinhalte in den Medressen nicht kontrolliert, können extremistische Ideen in die Köpfe der jungen Menschen gepflanzt werden. Es gibt schätzungsweise 35.000 Medressen im Land, von denen etwa 11.000 dem konservativen Deobandi-Islam folgen. Kinder und Jugendliche sind dort extremistischen Lehren ausgesetzt, die Hass gegen Minderheiten schüren. Viele Medressen erhalten Gelder aus Ländern im Nahen Osten, etwa aus Katar, Kuwait oder Saudi-Arabien. Allein der Versuch, die Medressen im Land auf einer Karte und in einer Liste zu verzeichnen, wird als Angriff auf den Islam gewertet, von Überwachung und Steuerung gar nicht zu reden. Die Behörden wissen meist nicht, was hinter den Mauern der Koranschulen geschieht, und Hassreden können ungehindert verbreitet werden. Inzwischen haben die Behörden jedoch begonnen, gegen Medressen vorzugehen, die sie als extremistisch einstufen.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese kommen zum Beispiel aus der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirche. Sie erleben zunehmend Anfeindungen. Es wird schwieriger, Genehmigungen für bestimmte Versammlungen zu erhalten. Das Gemeindeleben funktioniert noch, die Christen müssen jedoch starke Kontrolle und Überwachung ertragen.

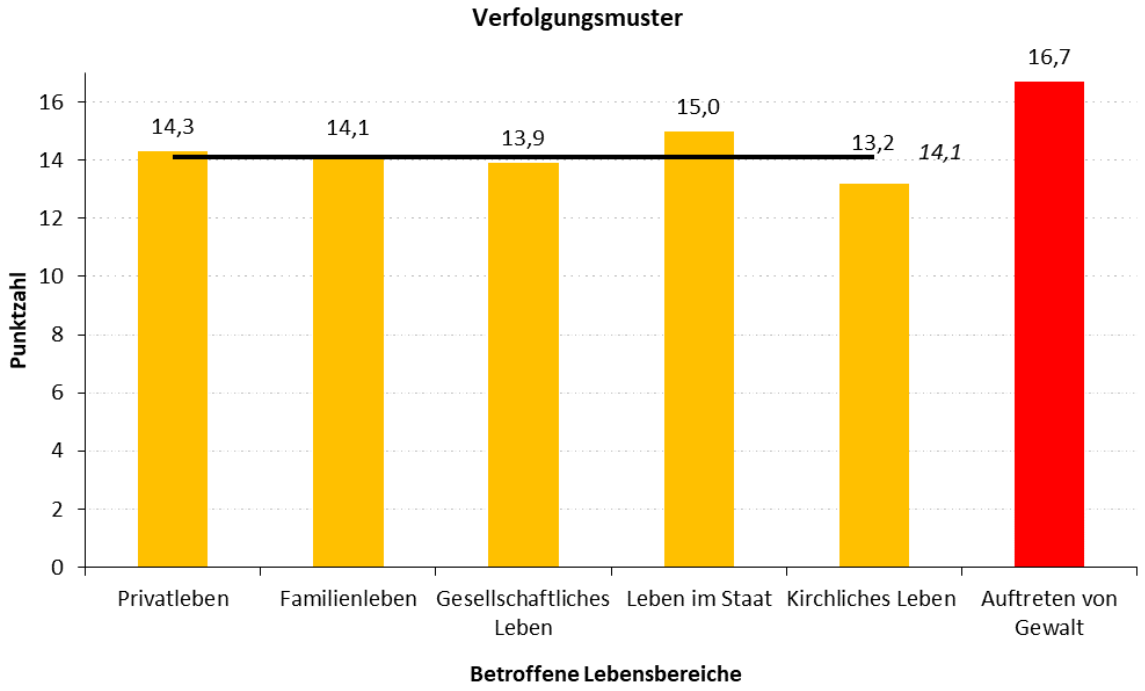
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Diese geht sowohl von extremistischen islamischen Gruppierungen aus (von denen die Christen als Verräter angesehen werden) als auch von Familien und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande für die Familie und das Umfeld betrachten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden werden stärker überwacht und oft drangsaliert und angegriffen, insbesondere, wenn sie aktiv versuchen, Muslime mit dem Evangelium zu erreichen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Pakistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt bleibt der Druck auf Christen in Pakistan sehr hoch (in manchen Lebensbereichen extrem hoch). Der Durchschnittswert ist im aktuellen Berichtszeitraum von 14,0 auf 14,1 Punkte gestiegen.
- In den Lebensbereichen „Leben im Staat“ (extrem hoher Druck) und „Kirchliches Leben“ (sehr hoher Druck) hat sich die Punktzahl nicht verändert. Dies spiegelt unter anderem wider, dass Christen weiterhin stark unter den Blasphemiegesetzen des Landes leiden. Der Druck bleibt in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ auf einem extrem hohen Wert und ist im Bereich „Familienleben“ gestiegen. Den stärksten Druck erfahren Christen muslimischer Herkunft. Generell ist es jedoch normal für viele Christen, als Bürger zweiter Klasse betrachtet, vernachlässigt oder angegriffen zu werden. Die Blasphemiegesetze und islamistische Gruppierungen bleiben eine große Bedrohung für alle Christen.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt gegen Christen erreichte erneut das Maximum von 16,7. Dies ist seit dem WVI 2016 nun durchgehend der Fall gewesen. Neben dem Anschlag in Quetta vom 17. Dezember 2017 gab es viele weitere Angriffe auf Christen: Morde, Entführungen von Frauen, Vergewaltigungen, Zwangsverheiratungen, Zwangsräumungen und Vertreibungen.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft müssen hinsichtlich ihres Glaubenslebens immer sehr auf der Hut sein, besonders wenn sie die Einzigen in der Familie sind, die Jesus nachfolgen. Ihre Bibel oder andere Materialien können ihnen leicht von der Familie, Freunden oder Nachbarn weggenommen werden. Ein Jugendlicher wurde in Punjab der Blasphemie angeklagt, weil er ein Foto auf Facebook geteilt hatte, das von muslimischen Freunden als beleidigend angesehen wurde. Als Folge verließen 800 christliche Familien im Februar 2018 ihre Häuser, da sie Gewalt fürchteten. Beiträge in sozialen Medien werden immer mehr zu einer Gefahr für Christen. Berichte, nach denen Christen auf der Straße, im Verkehr oder auf der Arbeit angespuckt oder aggressiv beleidigt wurden, weil sie ein Kreuz trugen, sind Zeichen dafür, dass die Situation schwieriger wird. Eine Art der Bestrafung für Christen muslimischer Herkunft durch die Familie ist Hausarrest. Eine mildere Form der Strafe ist es, sie unter Beobachtung zu stellen. Manche Christen mit muslimischem Hintergrund müssen auch aus Sicherheitsgründen untertauchen.

Familienleben

Es ist nicht möglich, einen Wechsel zum christlichen Glauben behördlich eintragen zu lassen. Ein Kind wird automatisch als Muslim registriert, wenn der Vater als Muslim eingetragen ist – auch wenn der Vater seinen Glauben tatsächlich längst gewechselt hat. Werden Christen mit muslimischem Hintergrund entdeckt, drohen ihnen die erzwungene Scheidung und der Verlust aller Erbansprüche. Das Organisieren einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder Beerdigung kann problematisch sein und ist manchmal sogar unmöglich. Entscheidet sich ein Konvertit für die Taufe, wird er besonders unter Druck gesetzt, da die Taufe als endgültige Abkehr vom Islam angesehen wird. Auch wenn ein Pakistani mit christlichem Hintergrund getauft wird, sind häufig Schüsse von Hausdächern und aggressive Rufe gegen Christen zu hören. Dies geschieht, obwohl es kein Verbrechen für einen pakistanischen Christen ist, getauft zu werden. Die Taufe wird jedoch als sichtbares Zeichen des Wachstums der christlichen Gemeinde gehasst. In kleinen Dörfern und abgelegenen Orten werden christliche Familien gezwungen, ihre Kinder zum islamischen Unterricht in eine lokale Medresse zu schicken. Der christliche Unterricht dagegen ist auf die Sonntagsschule einmal pro Woche beschränkt. Die meisten Kinder fühlen sich bereits früh dazu gedrängt, zum Islam „zurückzukehren“, weswegen die meisten Eltern ihren Kindern verbieten, mit nichtchristlichen Kindern über ihren Glauben zu reden. Pastoren, die bereit sind, Konvertiten zu taufen, wurden in vielen Fällen bedrängt und bedroht. In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, die gleiche Wasserleitung wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen würden. Mobbing ist an der Tagesordnung. Schulbücher lehren den Hass auf Christen. Christen muslimischer Herkunft werden entweder körperlich angegriffen oder die islamische Gesellschaft und die eigene Familie verfluchen sie mit schwarzer Magie, Zaubertränken, Amuletten und anderen okkulten Praktiken.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden als unrein betrachtet und deshalb wird die gemeinsame Nutzung etwa von Wasserstellen als Verunreinigung der Muslime gewertet. Dies ist ein Erbe des Kastensystems, das viele Christen in Pakistan weiterhin heimsucht. So begann auch der Fall von Asia Bibi. An Arbeitsplätzen ist der Druck auf die christliche Minderheit oftmals so groß, dass viele Christen sich dazu gezwungen sehen, immer wieder ihre Arbeit zu wechseln, um sich einer erzwungenen Konversion zum Islam zu entziehen. Sie müssen beständig Hilfsarbeiten wie Fegen oder Wassertragen verrichten. Aber selbst der Zugang zu diesen Jobs wird laut neuer Berichte für Christen immer schwieriger, da Reinigungsfirmen zunehmend nur Muslime einstellen. Viele Krankenhäuser, Apotheken und andere

Einrichtungen bieten Fürsorgeprogramme an, die Christen vermehrt verweigert werden. Anderen werden horrende Rechnungen für medizinische Behandlungen gestellt. Diese können sie nicht bezahlen und so keine Behandlungen erhalten. Eine Spiegelung dieser Diskriminierung war der Tod von mindestens drei christlichen Arbeitern in Abwasseranlagen im Januar und Mai 2018, die wegen nicht vorhandener Sicherheitsausrüstung starben. In Krankenhäusern, die der Regierung gehören, haben Christen keinen Zugang zu kostenlosen Medikamenten, die der Bevölkerung eigentlich durch ein spezielles Programm bereitgestellt werden sollten. Häufig wollen Patienten die Station nicht mit Christen teilen, sodass diese in Fluren oder Gängen warten müssen.

Christliche Kinder werden in der Schule zur Teilnahme an islamischen Riten und Festen gezwungen sowie beständig dazu aufgefordert, Muslime zu werden. Eltern werden oft besucht und dazu angehalten, ihre Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen. Dies wird unter dem Vorwand vorgeschlagen, dass sich dadurch ihre Noten bessern würden. Das verunsichert die Kinder und erhöht die Gefahr einer unfreiwilligen Konversion.

Leben im Staat

Die Verfassung von 1973 erklärt Pakistan zur Islamischen Republik. Die jüngere Entwicklung der Islamisierung der Gesellschaft begann in den 1980er-Jahren, als General Zia 1986 die berüchtigten Blasphemiegesetze einführte. Schnell wurden diese Gesetze zur schlimmsten Bedrohung für die christliche Minderheit. Einem Pressebericht von 2010 zufolge waren zu diesem Zeitpunkt 801 der 1.031 wegen Blasphemie inhaftierten Personen Muslime (der Großteil dürfte zu muslimischen Minderheiten gehören). Von den weiteren 230 Inhaftierten waren 162 Christen (70,4 %), 15 Sikhs (6,5 %), 28 Buddhisten (12,2 %) und 25 Anhänger anderer Religionen. Somit waren 15,7 % der wegen Blasphemie inhaftierten Personen Christen, obwohl Christen nur etwa 2 % der Bevölkerung ausmachen.

Die Blasphemiegesetze sind zudem dafür bekannt, missbraucht zu werden, um persönliche Streitigkeiten auszutragen, sich zu bereichern oder dem Nachbarn etwas heimzuzahlen. Die internationale Gemeinschaft wurde durch das Todesurteil gegen die Christin Asia Bibi im Jahr 2010 wieder auf die Gesetze aufmerksam. Zum ersten Mal wurde dabei in Pakistan eine Frau zum Tod verurteilt. Da die Blasphemiegesetze immer bedeutender werden, wird es für Gerichte und die Regierung immer schwieriger, die richtige Handhabung zu finden, da die Gesetze politisch instrumentalisiert werden und große symbolische Bedeutung für extremistische islamische Gruppierungen im Land haben. Die Ankündigung des obersten Richters vom April 2018, sich „bald“ mit Asia Bibis Fall zu befassen, trug am 31. Oktober überraschende Früchte, als sie von allen Anschuldigungen freigesprochen wurde. Aus Sicherheitsgründen ist sie jedoch zum Zeitpunkt des Berichts noch immer nicht frei und wird in Schutzhaft gehalten (siehe hierzu auch „Ausblick“).

Christen und andere religiöse Minderheiten sind Diskriminierung und unfairer Behandlung aufgrund ihres Glaubens am Arbeitsplatz ausgesetzt. Im Berichtszeitraum zeigte sich diese Diskriminierung und Einseitigkeit an einer aufgeheizten Debatte zum Budget im Parlament von Punjab: Ein muslimischer Abgeordneter beleidigte den christlichen Abgeordneten Tariq Gill als „Churra“, was etwa mit „schmutzige Person“ übersetzt werden kann und Menschen der unteren Kaste bezeichnet. Diese Beleidigung wird häufig für Mitglieder religiöser Minderheiten und insbesondere Christen benutzt.

Kirchliches Leben

Das Gesetz für Nichtregierungsorganisationen vom 1. Oktober 2015 erlaubt es der Regierung, alle solchen Organisationen zu überwachen und nach Belieben zu schließen. Kirchen, die nicht als Nichtregierungsorganisation registriert sind, werden als illegal eingestuft und stehen in der Gefahr, geschlossen zu werden. Das Gesetz wurde eigentlich zum Schutz des Landes vor Terrororganisationen eingeführt, die sich als gemeinnützige Organisation ausgeben. Doch nun werden Kirchengemeinden und Terrororganisationen gemeinsam aufgeführt. Im Oktober 2018 wies Pakistans Innenminister 18 Nichtregierungsorganisationen an, das Land zu verlassen und alle Programme innerhalb von 60 Tagen einzustellen. Dies betraf unter anderem auch World Vision und Catholic Relief Agency. Aktivitäten von Kirchen werden regelmäßig überwacht. Die Regierung stellt zwar Sicherheitsleute für viele Kirchen ab, diese jedoch beobachten auch genau, was in den Gemeinden geschieht und berichten regelmäßig an die Regierung. Die Berichte sind eine Form der Geheimdienstüberwachung und es wird vermutet, dass sie auch an Extremisten und militante Organisationen weitergegeben werden. Es wurden Vorfälle gemeldet, bei denen sich die Sicherheitsleute aggressiv verhielten und Priester und Pastoren bedrohten oder angriffen. Christliche Kirchen gleichen inzwischen Festungen mit hohen Mauern und schmalen Toren. Obwohl die Regierung den Schutz der Kirchen durch das Wachpersonal versprochen hat, gab es in den vergangenen Jahren mehrere Angriffe mit Dutzenden von Opfern.

Um neue Gebäude bauen zu können, müssen Kirchengemeinden einen langwierigen Registrierungs- und Genehmigungsprozess durchlaufen, der oft mehr als zehn Jahre dauern kann und viele Christen entmutigt, sodass die Pläne für ein neues Gebäude aufgegeben werden. Bestechungsgelder werden erwartet und es sind Briefe von einflussreichen Mitgliedern des Parlaments und von Regierungsbehörden vonnöten. Auch wenn es kein Gesetz gegen den Bau von Kirchen gibt, wird der Prozess erschwert, um Christen zu entmutigen.

Auch wenn der Druck steigt, wenn Kirchengemeinden Jugendliche erreichen wollen, gab es auf diesem Gebiet keine Fälle von offenen Behinderungen. Pastoren und Jugendmitarbeiter wurden jedoch gewarnt, dass ihre Aktivitäten von Behörden und Gruppen aus der Nachbarschaft überwacht würden. Abgesehen von der pakistanischen Bibelgesellschaft wird anderen christlichen Organisationen stark vom Besitz einer Druckerpresse abgeraten. Die Arbeit der Bibelgesellschaft wird zudem stark überwacht: Jede Bibel hat eine Seriennummer, die nachverfolgt werden kann. Im Oktober 2016 wurden elf der dreizehn christlichen Fernsehsender des Landes geschlossen. Die Christen sorgen sich ebenfalls wegen des im August 2016 verabschiedeten Gesetzes zur Einschränkung des Internets, das eine der letzten Möglichkeiten zur Verbreitung des Evangeliums gefährdet. Im Berichtszeitraum wurde die Debatte über das christliche Familienrecht weitergeführt. Christen wurden dazu ermutigt bzw. genötigt, Scheidungen in mehr Fällen als nur aufgrund von Ehebruch zuzulassen.

Auftreten von Gewalt

Christen werden in Pakistan als Bürger zweiter Klasse angesehen und Gewalt gegen sie ist oftmals keine großen Schlagzeilen wert, da sie allgegenwärtig ist. Kirchen werden angegriffen, Christen werden festgenommen (beispielsweise aufgrund der Blasphemiegesetze), entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet (insbesondere Mädchen) und aus dem Land vertrieben. Jedes Jahr werden zudem Christen wegen ihres Glaubens getötet. Aus diesem Grund erreichte die Wertung für Gewalt zum vierten Mal in Folge die maximal erreichbare Punktzahl.

Angriffe auf Kirchen finden mit erschreckender Häufigkeit statt, auch wenn die Gebäude dabei nicht immer zerstört werden oder geschlossen werden müssen. Viele Pastoren berichten von häufiger Brandstiftung, zerbrochenen Fenstern, zerstörter Einrichtung und kleineren Schikanen wie der Abschaltung von Strom oder Wasser für Kirchen. Dieses offenkundige Auftreten von Gewalt überdeckt die alltägliche Gewalt gegen christliche Frauen und Mädchen, die häufig entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet und zur Konversion gezwungen werden. Wird ein Christ der Blasphemie angeklagt, wird häufig sein Zuhause attackiert, sodass die Familie sich verstecken muss.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Christliche Frauen und Mädchen sind sehr verletzlich und werden in der pakistanischen Gesellschaft an den Rand gedrängt, sodass sie einfache Ziele sind. Mädchen werden häufig entführt, vergewaltigt und zur Konversion gezwungen. Die Behörden unternehmen nichts dagegen und unterstützen zumeist sogar die muslimischen Familien, die die Mädchen entführt haben. Deshalb haben viele Eltern solcher Frauen und Mädchen das Gefühl, es sei zwecklos, rechtliche Schritte zu unternehmen. Selbst wenn ein Fall vor das Gericht kommt, werden die Mädchen dazu gezwungen, auszusagen, sie seien freiwillig konvertiert. Der Jahresbericht von Human Rights Watch für 2018 beschreibt: „Laut einem Bericht der Bewegung für Solidarität und Frieden in Pakistan werden jedes Jahr mindestens 1.000 Mädchen aus christlichen und hinduistischen Gemeinschaften dazu gezwungen, muslimische Männer zu heiraten.“ Wenn eine christliche Familie mutig genug ist, die Entführung und Heirat anzufechten, werden sie oft beschuldigt, das „freiwillig konvertierte“ Mädchen und ihre neue Familie zu belästigen.

Männer

Wie ein Experte für das Land sagt, sind christliche Männer und Jungen dazu gezwungen, Arbeitsplätze anzunehmen, die einen geringen Status haben und als unrein angesehen werden. Sie werden häufig als „Churra“ beleidigt. Das Wort kann mit „schmutzig“ übersetzt werden und wird für Straßenkehrer genutzt. Christliche Arbeiter leben in ständiger Angst vor Blasphemieanschuldigungen und haben Minderwertigkeitsgefühle gegenüber ihren muslimischen Kollegen. Obwohl es auch eine christliche Mittelklasse gibt und nicht alle Christen Arbeiten mit niedrigem Status verrichten müssen, sind Diskriminierung und soziale Ungleichheit allgegenwärtig. Islamische Gesetze und Praktiken fördern die Haltung in der Gesellschaft, dass Muslime mehr wert sind. Muslime werden dazu ermutigt, christlichen Männern Beförderungen in wichtige Positionen zu verweigern.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch andere religiöse Minderheiten werden Opfer der Blasphemiegesetze und von Angriffen. Die hinduistische Minderheit leidet unter extremistischen Sunniten, ebenso wie islamische Minderheiten wie Ahmadis, Schiiten und Sufis, die nicht als wahre Muslime, sondern als Sekten angesehen werden. Beispielsweise wurde im Februar 2017 ein Sufi-Schrein in der Provinz Sindh angegriffen. 75 Menschen wurden bei der Attacke ermordet. Wer verdächtigt wird, Atheist zu sein, kann ebenfalls sehr schnell Ziel der Blasphemiegesetze des Landes werden. Dies wurde im April 2017 deutlich, als ein Student in Mardan von einem aufgebrachten Mob gelyncht wurde. In diesem Fall, der in Pakistan für großes Aufsehen sorgte, wurde der Täter im Februar 2018 zum Tode verurteilt. Ein Beispiel für die

Diskriminierung gegen die Ahmadi-Minderheit auf Regierungsebene wird im folgenden Abschnitt „Ausblick“ beschrieben.

9. Ausblick

Die politische Perspektive: Die islamistische Herausforderung

Eines der hartnäckigsten Probleme in Pakistan ist der Umgang mit islamistischen Gruppierungen. Die anfängliche Hoffnung, dass nach dem Angriff auf die Armee-Schule von Peschawar im Dezember 2014 der Schutz seitens der Armee für einige dieser Gruppierungen schwinden würde, hat sich nicht erfüllt. Noch immer wird von Militär und Regierung zwischen „guten“ und „bösen“ Dschihadisten unterschieden, und die religiösen Minderheiten – darunter die Christen – zahlen dafür weiter einen hohen Preis. Die Entscheidung der US-amerikanischen Regierung vom August 2017, ihre militärische Präsenz in Afghanistan zu erhöhen, und die damit verbundene strenge Warnung an den wichtigen Verbündeten Pakistan, keine extremistischen, islamistischen Bewegungen zu unterstützen, hat auch trotz weiterer Warnungen und sogar einer Kürzung von finanziellen Hilfen nichts Sichtbares verändert. Der Einfluss selbst relativ kleiner islamisch-extremistischer Gruppierungen wurde im November 2017 einmal mehr offensichtlich, als etwa 3.000 Menschen eine wichtige Straßenkreuzung in Islamabad besetzten und so den Verkehr der ganzen Hauptstadt zum Erliegen brachten. Die Gruppe forderte den Rücktritt des Justizministers und eine strikte Umsetzung der Blasphemiegesetze, einschließlich der Hinrichtung von Asia Bibi. Ende November 2017 brachte die Gruppe damit den Justizminister zum Rücktritt. Da der neue Premierminister Imran Khan die Blasphemiegesetze ebenfalls unterstützt und extremistische Gruppen zur Mehrheit im Parlament und zur Unterstützung auf den Straßen benötigt, stehen die Zeichen für Christen nicht gut.

Innerhalb der ersten drei Monate nach seinem Amtsantritt hat Khan bereits zweimal dem Druck extremistischer islamischer Gruppen und Parteien nachgegeben, besonders von TLP. Im September 2018 wurde ein Mitglied der Ahmadi-Minderheit von seinem Posten als wichtiger wirtschaftlicher Berater abgezogen. Atif Mian war einer der Topexperten für wirtschaftliche Angelegenheiten in Pakistan, wie auch internationale Experten bescheinigen. Er ist jedoch Mitglied der Ahmadiyya, einer muslimischen Sekte, die in Pakistan nicht als muslimisch anerkannt wird, insbesondere von extremistischen sunnitischen Gruppen. TLP schaffte es einmal mehr, dem Land seine Forderungen aufzuzwingen. Das stärkere Beispiel war jedoch die Lahmlegung des gesamten Landes nach der Entscheidung des obersten Gerichts, Asia Bibi von den Blasphemieanschuldigungen freizusprechen. Extremistische Gruppen und Parteien forderten nicht nur, dass Richter und Anwälte zur Rechenschaft gezogen werden müssten, sie riefen auch zu einem Aufstand gegen das Militär auf, da sie richtigerweise annahmen, dass ein solches Urteil nicht gefällt worden wäre, ohne sich mit der mächtigen pakistanischen Armee beraten zu haben. Diese verhielt sich überraschenderweise still, im Gegensatz zu Premierminister Imran Khan. In einer ersten Reaktion stellte er sich in einer TV-Rede öffentlich gegen die extremistischen Gruppen. Hinter den Kulissen arbeitete sein Minister für religiöse Angelegenheiten jedoch schnell an einem Kompromiss mit diesen Gruppierungen und versprach zu überprüfen, ob Asia Bibi mit einem Flugverbot belegt werden könnte, bis das oberste Gericht über eine außerordentliche Berufung gegen den Freispruch entschieden hat. Als Versuch, wieder die Oberhand zu gewinnen, nahm die Regierung Khadim Hussein Rizvi, einen der Anführer von TLP, am 24. November 2018 in Schutzhaft. Berichten zufolge wurden zudem mehr als 1.000 Mitglieder der Organisation festgenommen.

Obwohl dieses Vorgehen Mut beweist, ist es fraglich, ob es Veränderung bewirkt. In Hinblick auf die Blasphemiegesetze wird sich die Regierung nicht trauen, Änderungen zu durchzusetzen, da sie weiß, dass dies starken Widerstand hervorrufen würde. Die Tatsache, dass Asia Bibi zum Zeitpunkt dieses Berichts trotz Freispruchs noch immer nicht frei ist und in der Zwischenzeit andere Fälle von Blasphemieanschuldigungen gegen Christen aufgekommen sind, zeigt, wie sensibel das Thema bleibt. Angesichts der wachsenden Stärke extremistischer Gruppen, speziell der TLP, kann keine baldige Lockerung dieser Gesetze erwartet werden. Die schwierige Situation hat einen Kommentator dazu veranlasst zu sagen, dass Imran Khan versuche, „den Tiger zu reiten".

Die politische Perspektive: Die sozio-ökonomische Herausforderung

Politische Stabilität ist in Pakistan weiterhin nicht gewährleistet. Das Land zeigte sich erneut instabil, als der Premierminister abgesetzt wurde, und noch stärker, als extremistische islamische Gruppierungen wie TLP mit ihren Blockaden das öffentliche Leben zum Stillstand brachten. Auch wenn sie nicht demokratisch gewählt wurden, genießen sie einen unverhältnismäßig steigenden Einfluss in Gesellschaft und Politik. Eine andere Quelle der Unruhe könnte die Veröffentlichung der Ergebnisse der neuen Volkszählung sein. Die Glaubwürdigkeit der lang erwarteten, seit 20 Jahren ersten Statistiken überhaupt wurde bereits im Vorfeld von oppositionellen Politikern und einigen Behörden der Provinzen öffentlich angezweifelt. Die Tatsache, dass die Bevölkerung Pakistans seit dem letzten Zensus 1998 um mehr als 60 % auf über 200 Millionen gewachsen ist und weiterhin mit einem Wachstum von 2 % jährlich zu rechnen ist, zeigt eine weitere Herausforderung für das Land. Dies gilt insbesondere für die urbanen Regionen, wie am Beispiel von Lahore zu sehen ist, der zweitgrößten Stadt des Landes, deren Bevölkerung in dieser Zeit um 53 % gewachsen ist. Sollte sich dieses Wachstum fortsetzen, könnte sich die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln. Die Statistiken zur Religionszugehörigkeit wurden im Berichtszeitraum nicht veröffentlicht – das zeigt, wie sensibel diese Zahlen sind. Die Veröffentlichung der Zahlen könnte religiöse Minderheiten bei ihrem Kampf um politische Repräsentation unterstützen.

Auch eine zweite Entwicklung ist hierbei zu beachten: Der Anteil der Wähler aus religiösen Minderheiten steigt stärker als der von muslimischen Wählern. Hindus sind die größte Minderheit, anteilsmäßig steigt jedoch die Anzahl von Wählern aus der christlichen Gemeinschaft (der zweitgrößten religiösen Minderheit des Landes) noch stärker. Sie ist um fast ein Drittel auf etwa 1,64 Millionen gestiegen. Auch wenn diese Zahlen nur registrierte Wähler betreffen und nicht von einer steigenden politischen Repräsentation begleitet sind, sind sie dennoch erstaunlich.

Eine weitere Herausforderung für das Land ist der Umgang mit dem angeschlagenen Nachbarn Afghanistan. Aus Berichten vom Juni 2016 geht hervor, dass Pakistan plant, etwa 2-3 Millionen Flüchtlinge nach Afghanistan zurückzuschicken. Dies würde die Probleme in Afghanistan vervielfachen, da die Anziehungskraft von militanten Gruppierungen auf Menschen ohne Perspektive und der Wettbewerb zwischen diesen Gruppierungen verstärkt werden würde. Damit hätten die Maßnahmen wiederum Auswirkungen auf Pakistan selbst. Bis jetzt hat Pakistan jedoch „nur" 600.000 Flüchtlinge nach Afghanistan ausgewiesen und seinem Nachbarland damit schon starke Probleme bereitet.

Der Ausblick für Christen

- mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Der bereits stark schwelende Machtkampf zwischen den Taliban und dem IS erhöht den Druck auf beide Gruppen, mehr Anhänger für sich zu gewinnen. Dies bedeutet ihrer Rekrutierungsstrategie gemäß, sich als näher am Herzen des Islam erweisen zu müssen als die andere Gruppe. In ihrem Bestreben, „islamischer“ zu erscheinen, ist es eine Strategie, „Dhimmis“ (Schutzbefohlene, die als Ungläubige Kopfsteuer zahlen) anzugreifen, die nach der „reinen islamischen Lehre“ als Schwächste gelten. Dieser Wettbewerb beginnt auch die Politik zu beeinflussen, sodass Beobachter zu dem Schluss kommen, dass harte Zeiten auf Christen und andere religiöse Minderheiten zukommen. Das Streben nach einer noch stärkeren islamischen Identität heißt für extremistische islamische Gruppierungen auch, Christen stärker zu verfolgen und ihre Rechte und ihren Bewegungsspielraum noch weiter einzuschränken. Die Regierung ist nicht besonders daran interessiert, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Dies wiederum passt gut zu der negativen Einstellung größerer Teile der Gesellschaft gegen Christen. Islamische Unterdrückung wird in Pakistan anhaltend stark bleiben.
- mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: Christen werden weiterhin diskriminiert und ausgebeutet werden. Es werden zwar immer mehr Informationen über ihre schlimmen Arbeitsbedingungen und die Diskriminierung durch das Kastensystem bekannt, aber dennoch ist kaum eine Verbesserung der Lage zu erwarten.
- mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe wird weiterhin eine große Rolle in der Politik und dem sozialem Gefüge in Pakistan spielen, auch wenn religiöse Motive damit verwoben sind und immer mehr die Oberhand gewinnen.
- mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Obwohl die alten Parteien nicht mehr an der Macht sind und der Einfluss politischer Familien mit der Verurteilung des ehemaligen Premierministers Sharif einen Rückschlag erlitten hat, wird diese Triebkraft der Verfolgung nicht unbedingt schwächer werden. Pakistanische Politiker sind dafür bekannt, sich an Macht zu klammern, und wenn es dafür nötig ist, werden religiöse Minderheiten auch weiterhin dem Ziel des Machterhalts geopfert oder als Sündenböcke missbraucht werden.

Schlussfolgerung

Pakistan stehen unbeständige Zeiten bevor: 2019 wird sich zeigen, ob Premierminister Imran Khan den Tiger reiten – oder gar zähmen – kann oder ob der Tiger ihn verschlingen wird. Ein anderer Faktor, der sich mit der Zeit herauskristallisieren wird, ist die Position der Armee gegenüber extremistischen islamischen Gruppen und Parteien. Werden sie weiterhin als „gute“ Taliban angesehen, auch wenn sie zum Aufruhr aufrufen?

zurück zur Länderübersicht

Sudan: Platz 6

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Historisch ist der Islam tief in der Gesellschaft des Sudan verwurzelt. Die regierende Elite will ein islamisches Regime im Land aufbauen. Apostasie (Abfall vom Islam) ist ein Verbrechen, und die Blasphemiegesetze werden landesweit angewandt, um Christen strafrechtlich zu verfolgen. Präsident Omar al-Bashir hat wiederholt betont, dass der Sudan ein islamischer Staat ist und es keinen Raum für andere Religionen geben sollte, seit der Südsudan seine Unabhängigkeit erklärt hat.

Diktatorische Paranoia: Der Sudan wird seit dem Staatsstreich al-Bashirs im Jahr 1989 von einem autoritären Regime regiert. Die Regierung verfolgt streng die Politik einer einzigen Religion, einer einzigen Sprache und einer einzigen Kultur. Es gibt keinerlei Presse- oder Meinungsfreiheit.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die Regierung hat ethnische Milizen bewaffnet und diese Gruppen benutzt, um auf das Ziel eines islamischen Staates hinzuarbeiten. Dies geschieht auf Kosten der anderen religiösen Gruppen im Land. Diese Milizen werden beschuldigt, schwere Verstöße gegen die Menschenrechte gegenüber der nichtarabischen Bevölkerung des Sudan begangen zu haben, einschließlich Christen.

In dem im Februar 2018 veröffentlichten Jahresbericht von Transparency International, der Korruption in 180 Ländern misst, belegt der Sudan Rang 175.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Verfolgung geht von der Regierung sowie extremistischen Muslimen aus, wird systematisch durchgeführt und erinnert an eine Politik der ethnischen Säuberung. Unter der autoritären Herrschaft von Präsident al-Bashir und seiner Partei gibt es im Sudan keine Rechtsstaatlichkeit. Die Presse- und Mediengesetze sind restriktiv, und die Meinungsfreiheit wurde stark eingeschränkt. Im Bericht für 2018 hält die Organisation Reporter ohne Grenzen fest: „Die Belästigung von Medien hat sich zu Beginn des Jahres 2018 intensiviert. Achtzehn Journalisten, einschließlich ausländischer Korrespondenten, wurden im Januar verhaftet, als sie über die Proteste der Opposition berichteten. Ein unabhängiger Radiosender wurde geschlossen und zwei Journalisten wurden mit einer Berufssperre für ein Jahr belegt.“

Wie äußert sich die Verfolgung?

Der Berichtszeitraum des WVI 2018 war für Christen in vielerlei Hinsicht eine harte Zeit: Sie war schwer, weil Christen ihre Kirchengebäude verloren, in denen sie sich jahrelang versammelt und Gott angebetet hatten. Sie war schwer, weil die Regierung viele christliche Leiter verhaftete oder einschüchterte.

Die ethnisch-kulturelle Landschaft im Sudan ist ebenfalls sehr vielschichtig und kompliziert: Araber stehen ethnischen Afrikanern und Muslime Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudan 2011 hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt besonders für ethnische Afrikaner, denn viele von ihnen sind

Christen und leben weiterhin im Sudan. Alle christlichen Gemeinschaften im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als „Ermutigung zum Glaubensabfall vom Islam“ ausgelegt werden könnte. Das Ausmaß der Verfolgung, mit der Christen muslimischer Herkunft und ethnische Afrikaner konfrontiert sind, ist enorm. Es gab Verhaftungen; viele Kirchengebäude wurden zerstört und weitere stehen auf einer offiziellen Liste von Kirchen, die abgerissen werden sollen; viele Christen werden in Gebieten wie den Nuba-Bergen willkürlich angegriffen, wo es einen andauernden Konflikt zwischen Streitkräften der Regierung und Rebellengruppen gibt.

Christliche Konvertiten geben ihren christlichen Glauben häufig nicht einmal an ihre eigenen Kinder weiter, da dies die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Familie ziehen könnte (weil Kinder versehentlich den Glauben der Eltern offenbaren könnten). Diese Sorge reicht sogar bis hin zu Beerdigungen, wo Christen muslimischer Herkunft nach islamischen Riten auf Friedhöfen für Muslime beerdigt werden, obwohl es eigene Friedhöfe für Christen gibt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Die Regierung hat Kirchengebäude abgerissen oder schließen lassen.
- Christen mit muslimischem Hintergrund sind besonders gefährdet, da das Gesetz den Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion offiziell unter Todesstrafe stellt. Sie verzichten in der Regel darauf, christliches Material zu besitzen oder auf christliches Fernsehen oder Internet zuzugreifen, denn wenn dies entdeckt wird, könnte es von Familienangehörigen oder Beamten als Beweismittel gegen sie verwendet werden.
- Kinder aus christlichen Familien werden wegen des Glaubens ihrer Eltern oft in der Schule oder auf Spielplätzen belästigt.
- Es gibt ein sehr hohes Maß an Gewalt gegen Christen, besonders in den Nuba-Bergen, wo Christen willkürlich von Sicherheitskräften der Regierung angegriffen werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Der Sudan befindet sich auf Platz 6 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Die Wertung von 87 Punkten entspricht der des Vorjahres. Der Sudan ist zu einem Land geworden, in dem Christen als Einzelpersonen und kollektiv mit gravierenden Einschränkungen konfrontiert sind. Die Regierung hat ihre Bemühungen verstärkt, Kirchen abzureißen und Christen zu verhaften. Dies ist ein Ergebnis davon, dass nun vollumfänglich die Scharia umgesetzt wird, was Präsident al-Bashir nach der Abspaltung des Südsudan angekündigt hatte. Die islamistische und diktatorische Regierung hat auch ihre Politik fortgesetzt, Christen in den Nuba-Bergen zu verfolgen. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden mehr als 40 Christen inhaftiert und angeklagt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung speist sich aus der Ideologie der Muslimbruderschaft, die der Gründer der jetzigen Regierungspartei, Hassan al-Turabi, vertrat. Er half dem sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir, durch einen unblutigen Staatsstreich 1989 seine Macht zu festigen. Die sudanesische Regierung bemüht sich nicht nur um die Bildung eines islamischen Staates auf Kosten anderer religiöser Gruppen im Land, sondern steht auch im Verdacht, in den vergangenen drei Jahrzehnten islamische Extremisten unterstützt zu haben. Die USA haben den Sudan am 12. August 1993 zum ersten Mal als einen Staat bezeichnet, der den Terrorismus fördere, weil er wissentlich lokale und internationale Terroristen beherberge und zulasse, dass das Land als Durchgangsstation für Terroristen und Waffen genutzt werde. Das Land bot etwa Osama bin Laden Zuflucht, bevor er nach Afghanistan zog. Historisch ist der Islam – einschließlich extremistischer Ausprägungen – in der sudanesischen Gesellschaft tief verwurzelt. Ein Beispiel dafür ist die Mahdi-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gehört dem sunnitischen Islam an. Die Scharia ist die Grundlage des sudanesischen Rechtssystems, und die Elite des Sudan hat sich zum Ziel gesetzt, ein islamisches Regime im Land zu etablieren. Apostasie (der Abfall vom Islam) wurde zum Verbrechen erklärt und mit der Todesstrafe belegt. Die Blasphemiegesetze werden landesweit angewandt, um Christen strafrechtlich zu verfolgen. Diese Triebkraft hat auch ein nationalistisches Element.

Diktatorische Paranoia

Der Sudan wird seit dem Staatsstreich al-Bashirs im Jahr 1989 von einem autoritären Regime regiert. Der Einfluss, den die Regierung sowohl auf das Privatleben als auch auf das öffentliche Leben hat, ist enorm. Außerdem kämpft das Land gegen tief verwurzelte Probleme: Die Darfur-Krise dauert weiter an und auch im Konflikt mit der aufständischen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung des Nordens (SPLM-N) scheint es keine dauerhafte Lösung zu geben, auch wenn Waffenstillstandsabkommen geschlossen werden konnten. Manche vermuten, dass die Abkommen aufgrund der Sanktionen seitens der US-Regierung vereinbart wurden, und die sudanesische Regierung in der Hoffnung nachgab, dass die Sanktionen gelockert werden könnten. Jedes Mal, wenn sich die Regierung größeren sozioökonomischen und politischen Problemen gegenübersieht, gelingt es al-Bashir, durch Brandreden gegen den Westen Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren. Dies wiederum hat negative Auswirkungen auf die Christen im Land, da diese generell als „Spione des Westens“ angesehen werden.

Obwohl die meisten Sudanesen sunnitische Muslime sind, pflegt die Regierung eine enge Verbindung zum schiitischen Iran. Es scheint eine Symbiose zwischen der „Diktatorischen Paranoia“ und der „Islamischen Unterdrückung“ zu geben. Die führenden Köpfe des Regimes gelten durchweg als extremistische Muslime, die in der regierenden Nationalen Kongresspartei (NCP) ein Mittel sehen, ihre islamische Agenda voranzubringen. Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht nur von totalitären Tendenzen, sondern auch von einer islamistischen Gesinnung angetrieben wird. In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde zunehmend die Bereitschaft des amtierenden Präsidenten offenbar, in opportunistischer Weise Überzeugungen und Versprechen preiszugeben, um an der Macht zu bleiben. Beinahe alle seine Entscheidungen – sei es in Bezug auf die Unterstützung terroristischer Gruppen und bewaffneter Milizen oder die Unterdrückung jeder Form von Widerspruch – beruhen hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, auf dem Wunsch, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Erwähnenswert ist auch, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Präsident Omar al-Bashir für das, was unter seiner Führung im Sudan geschehen ist, wegen

Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermordes angeklagt hat – doch sein Bestreben, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, ist nach wie vor groß. Im Bericht für 2018 der Organisation Freedom House wird der Sudan als „nicht frei" eingestuft und erzielte die geringstmögliche Anzahl von Punkten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die sudanesische Regierung setzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ein, um ihren langfristigen Machterhalt sicherzustellen. Durch gezielte Bemühungen werden lokale Stammesmilizen (einschließlich, aber nicht ausschließlich arabische Milizen), die als Dschandschawid bekannt sind, mobilisiert und ausgerüstet. Diese Gruppen werden instrumentalisiert, um auf Kosten anderer religiöser Gruppen auf einen islamischen Staat hinzuarbeiten. Mehrere Berichte verschiedener Menschenrechtsorganisationen beschuldigen diese Milizen, in Zusammenarbeit mit der Regierung schwere Verstöße gegen die Menschenrechte gegenüber der nichtarabischen Bevölkerung des Sudan begangen zu haben. Christen gehören zu den Minderheiten, die Opfer solcher organisierten Verbrechen sind.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Die sudanesische Bevölkerung besteht aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen und fast 600 Untergruppen. Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ethnisch afrikanischer Herkunft, Araber leben überwiegend in den nördlichen Landesteilen. Religion hat für die sudanesische Bevölkerung große Bedeutung. Die meisten Einwohner bekennen sich zu einer bestimmten Religion – hauptsächlich dem Islam oder dem christlichen Glauben, doch auch Stammesreligionen bestehen fort. Seit vielen Jahren versuchen Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische kulturelle und ethnische Identität als Araber zu verbreiten. Dies führte zu einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg und war letztlich für die Unabhängigkeit des Südsudan verantwortlich. Doch auch heute passiert das noch im ganzen Land.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Imame schüren in Moscheen und Medressen (Koranschulen) eine christenfeindliche Stimmung. Wahhabiten und Befürworter der Scharia als der Grundlage aller Bereiche des Lebens im Sudan engen den Spielraum für ein christliches Leben immer mehr ein. Staatliche Sicherheitskräfte verhaften, belästigen und bedrohen Christen und zerstören Kirchengebäude. Im ganzen Land organisieren sich gewalttätige religiöse Gruppen in Milizen, töten Christen und zerstören ihr Eigentum. Christen muslimischer Herkunft sind schwerer Verfolgung von ihrer (erweiterten) Familie und ihrem Umfeld ausgesetzt. Sie können zum Tode verurteilt werden, wenn sie der Regierung überstellt werden.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Verfolger der Triebkraft Diktatorische Paranoia sind Regierungsbeamte, von der Regierung unterstützte Gruppierungen und die Unterstützer jener islamischen Ideologie, die sich weigert, einen Glaubenswechsel zu akzeptieren und den Christen im Land einen Platz einzuräumen. Was in dieser Hinsicht noch beunruhigender ist, ist die mutmaßliche Verbindung zwischen der Regierung und diesen gewalttätigen religiösen Gruppen. Regierungsbeamte zwingen christliche Kinder, am Sonntag in die

Schule zu gehen. Die regierende Nationale Kongresspartei (die 1996 gegründet wurde und welcher der Staatspräsident vorsteht) hat auch die Umsetzung der Scharia im Land vorangetrieben.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Regierungsbeamte, Anführer ethnischer Gruppen und andere werden für Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen. Sie untergraben die Autorität des Gesetzes. Sie arbeiten zudem Hand in Hand, sodass Christen vor Gericht ihre Kirchengebäude oder ihren Besitz verlieren.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Verfolgung kann in verschiedenen Teilen des Landes auch von Stammesführern ausgehen, die von der Regierung gestützt werden. Diese ethnischen Gruppen und ihre Anführer sehen ihre ethnische Zugehörigkeit und den Islam als ihre Religion als ein und dasselbe an. Deswegen verfolgen sie jedes ihrer Mitglieder, das sich dem christlichen Glauben zuwendet.

4. Hintergrund

Umgeben von Ägypten, Libyen, dem Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, Äthiopien, Eritrea sowie dem Roten Meer, befand sich der Sudan stets im Brennpunkt aufgrund der Kriege und Konflikte, von denen er seit Jahrzehnten umringt ist. Der gegenwärtige Bürgerkrieg im Südsudan lenkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den Verbrechen der al-Bashir-Regierung ab. Während sich al-Bashir als Friedensstifter im Konflikt im Südsudan darstellt, beliefert er tatsächlich beide Seiten mit Waffen.

Die Christenverfolgung im Sudan ist nicht bloß als Verletzung der Religionsfreiheit zu verstehen. Die Verfolgung ist systematisch und erinnert an eine Politik der ethnischen Säuberung. Die Verfolgung stellt nicht nur eine Sammlung isolierter Einzelfälle dar, sondern zeigt ein Muster. Es zeigt, dass die Politik der Regierung von einer christlichenfeindlichen Haltung bestimmt wird. Der Islam ist historisch tief in der Gesellschaft des Sudan verwurzelt, und obwohl das Christentum dort schon Jahrhunderte vor dem Islam Einzug gehalten hatte, gilt es paradoxerweise als der sudanesischen Kultur fremd. Der Sudan ist eines der wenigen afrikanischen Länder, das seit der Einführung des WVI für interne Zwecke im Jahr 1993 konstant auf dem Index vertreten ist. Meist befand sich der Sudan dabei unter den ersten zehn oder zwanzig Ländern. Das stimmt mit Bewertungen durch andere Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Menschenrechte, insbesondere der Religionsfreiheit, überein. Zudem gibt es seit Jahrzehnten keine Rechtsstaatlichkeit im Sudan; Presse- und Mediengesetze wurden verschärft und Meinungs- und Religionsfreiheit stark beschnitten. Und doch bewies Präsident al-Bashir mit seiner Partei bei den Wahlen im April 2015 seine Macht, indem er angeblich über 90 Prozent der Wähler bei einem erdrutschartigen Sieg für sich gewinnen konnte – obwohl Teile der Bevölkerung mit der schwachen Wirtschaftslage unzufrieden sind, die auf die fehlenden Einnahmen durch die Ölvorkommen zurückzuführen ist, welche sich nunmehr im Südsudan befinden. Der sich verschlimmernde Krieg zwischen dem Sudan, der Miliz SPLM-N und dem Südsudan eröffnet eine weitere Dimension von Problemen, mit denen die Minderheiten des Landes konfrontiert sind.

Die ethnisch-kulturelle Landschaft ist sehr vielschichtig und kompliziert: Araber stehen ethnischen Afrikanern und Muslime Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudan hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt besonders für ethnische Afrikaner, denn viele von ihnen sind Christen und leben

weiterhin im Sudan. Die Regierung verfolgt streng die Politik einer einzigen Religion, einer einzigen Sprache und einer einzigen Kultur. Diese Politik wird bereits seit Jahrzehnten praktiziert und wurde von Präsident al-Bashir 2010 erneuert, als er erklärte, dass die Scharia die Hauptquelle der Verfassung sein müsse, der Islam die offizielle Religion und Arabisch die offizielle Sprache des Sudan. Somit unterdrückt al-Bashir die im Sudan verbliebenen afrikanischen Christen weiterhin hart, besonders in den Bundesstaaten Süd-Kordofan und Blauer Nil.

Die Regierung scheint die Strategie aus den 1980er- und 1990er-Jahren zu wiederholen. Damals entschied die Regierung gemäß einer 2017 erschienenen Studie über den Konflikt, „die in den Nuba-Bergen lebenden Völker zu dezimieren, indem man ihnen den Zugang zu Nahrung, medizinischer Versorgung und Wohnraum verwehrt." Die Situation verschlimmert sich noch durch die Tatsache, dass sich der Konflikt mit der Miliz SPLM-N und der Bürgerkrieg im Südsudan in der Grenzregion beider Länder zu einem großen Konflikt zusammengebraut hat.

Der Sudan hat vergeblich alles versucht, die Abspaltung des Südsudan zu verhindern. Und so macht sich al-Bashir mutmaßlich den Konflikt zwischen den beiden größten Stämmen des Südsudan, den Nuer und den Dinka, zunutze und versorgt beide Seiten mit Waffen, in der Hoffnung, dass sich das Land so selbst schwächen wird. Genauso bedeutend ist, dass al-Bashir vorgeworfen wird, diesen Konflikt als Ablenkung von dem auf ihn ausgestellten Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs zu nutzen. Die Tatsache, dass nun zahlreiche afrikanische Staaten den Internationalen Strafgerichtshof verlassen wollen, ist für al-Bashir ein moralischer Sieg. Die Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) erklärte in einer Pressekonferenz vom April 2018 den Sudan als „besonders Besorgnis erregendes Land" und empfahl dies auch dem US-Außenministerium. Dieses hat den Sudan am 22. Dezember 2017 zum 18. Mal in Folge als „besonders Besorgnis erregendes Land" eingestuft, weil er schwere Verletzungen der Religionsfreiheit, wie sie im Internationalen Gesetz zum Schutz der Religionsfreiheit (IRFA) beschrieben werden, toleriert hat oder selbst daran beteiligt war. Zusammengefasst macht die zerstörerische Verbindung zwischen Islamischer Unterdrückung und Diktatorischer Paranoia das Leben für Christen unerträglich.

5. Betroffene Christen

Im Sudan sind alle im WVI unterschiedenen Kategorien von Christen präsent. Sie alle sind mit Verfolgung konfrontiert. Das Ausmaß der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft sowie ethnischen Afrikanern ist jedoch enorm. Viele von ihnen wurden unter der Anklage von Verbrechen wie Spionage inhaftiert; viele Kirchengebäude wurden zerstört und weitere sollen abgerissen werden; viele Christen werden in Gebieten wie den Nuba-Bergen willkürlich angegriffen, wo Streitkräfte der Regierung gegen Rebellengruppen kämpfen. Kirchen werden zur Schließung gedrängt.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie werden gezwungen, ihre Kirchengebäude zu schließen. Diese Christen stammen hauptsächlich aus westlichen Ländern und dem Südsudan. Einige ihrer Kirchen wurden abgerissen, anderen Kirchengemeinden wurde die Registrierung verweigert. Manche Christen wurden ohne ordentlichen Gerichtsprozess inhaftiert.

Christen aus traditionellen Kirchen

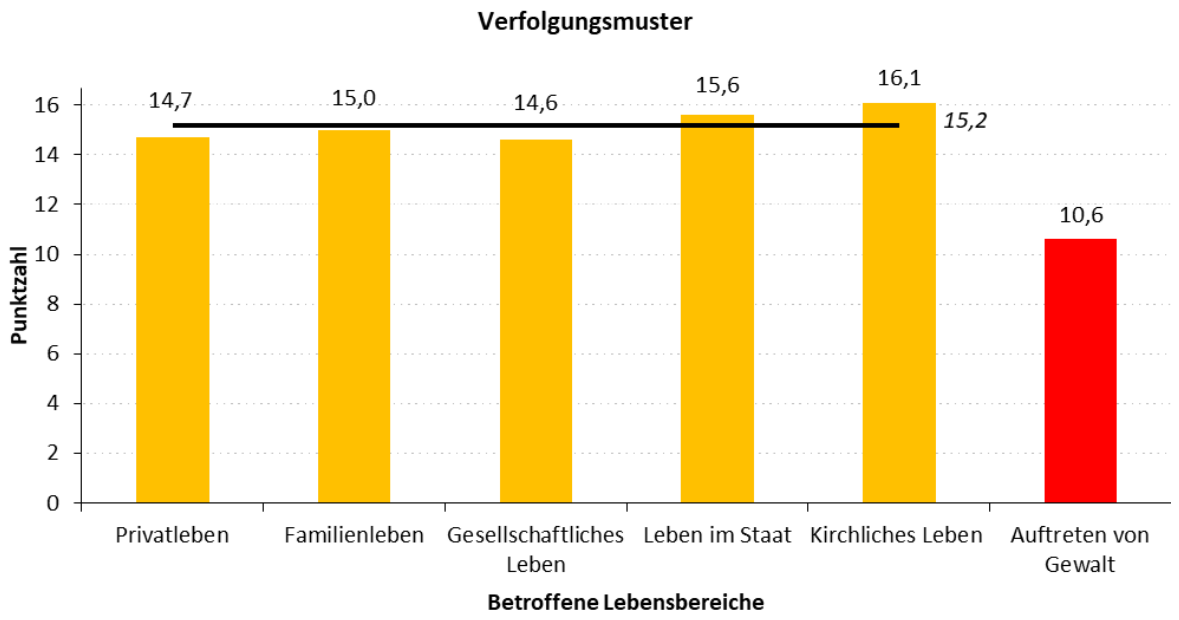
Christen aus traditionellen Kirchen wie der koptisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche erleben Verfolgung sowohl aufgrund von Islamischer Unterdrückung als auch von Diktatorischer Paranoia. Dem Programm zum Abriss von Kirchengebäuden nach zu urteilen, kann man sagen, dass die Regierung vorhat, die meisten, wenn nicht alle Kirchengebäude im Land zu schließen, einschließlich derjenigen der traditionellen Kirchen.

Christen mit anderem religiösen Hintergrund

Christen, die einen anderen religiösen Hintergrund haben – hauptsächlich ehemalige Muslime – erleben die stärkste Verfolgung. Sie erfahren nicht nur Verfolgung in den Bereichen des „Kirchlichen Lebens“ und des „Lebens im Staat“, sondern sind auch starker Verfolgung durch Familie und Nachbarn in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Familienleben“ und „Privatleben“ ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Einheimische Christen, die baptistischen, evangelikalen oder Pfingstgemeinden angehören, erleben Verfolgung durch Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia. Auch dieser Gruppe droht die Schließung ihrer Kirchengebäude im Land.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sudan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Sudan ist extrem hoch (15,2 Punkte) und gegenüber dem WVI 2018 (15,4) nur minimal gesunken.
- Alle Lebensbereiche weisen einen extrem hohen Wert auf, am stärksten im Bereich „Kirchliches Leben" (16,1). Dies spiegelt wider, dass die Regierung das kirchliche Leben im Land auf verschiedenste Weisen angreift.

- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist weiterhin sehr hoch, doch im Vergleich zum WVI 2018 sank er von 12,0 auf 10,6 Punkte.

Privatleben

Ein Experte für das Land erklärt: „Wegen des Risikos, entdeckt zu werden, und weil dies als Beweismaterial von Familien, Gesellschaft und Behörden gegen sie verwendet werden könnte, besitzen christliche Konvertiten grundsätzlich keine christlichen Materialien und vermeiden christliche Fernsehsender oder Internetseiten.“ Es hat Fälle gegeben, in denen Konvertiten nur aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben von ihrer Familie unter Hausarrest gestellt wurden. Es gibt ein eindeutiges Gesetz zur Bestrafung von Christen, besonders solcher mit muslimischem Hintergrund. Artikel 126 des Strafgesetzbuches erklärt: „Jeder, der die Abwendung vom Islam propagiert oder ihn öffentlich ablehnt durch eindeutige Äußerungen oder eine Handlung, die dies deutlich erkennen lässt, begeht damit die Straftat der Apostasie.“ In der Vergangenheit kam es vor, dass Menschen, die den christlichen Glauben angenommen hatten, nur aufgrund bloßer Gespräche, die sie geführt hatten, zum Tode verurteilt wurden. Christen muslimischer Herkunft sind besonders betroffen, da das Gesetz für die Hinwendung vom Islam zu einer anderen Religion die Todesstrafe fordert Aber auch alle anderen christlichen Gemeinschaften im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als „Ermutigung zum Glaubensabfall vom Islam“ ausgelegt werden könnte.

Familienleben

Die Christen im Land sind in diesem Lebensbereich mit verschiedenen Formen von Verfolgung konfrontiert. Der Sudan ist für Christen kein einfacher Ort, um zu heiraten. Bei einer Ehe zwischen einem muslimischen und einem christlichen Partner wird erwartet, dass der Christ zum Islam konvertiert. Während das Gesetz bis zu einem gewissen Grad zulässt, dass Nichtmuslime nicht der Anwendung des islamischen Gesetzes unterworfen werden, welches die Regierung durchsetzen will, wird in der Praxis eine christliche Hochzeit nicht so reibungslos ablaufen wie eine Hochzeit zwischen Muslimen. Kinder aus christlichen Familien werden wegen des Glaubens ihrer Eltern oft in der Schule oder auf Spielplätzen belästigt. Auch im Sorge- und Erbrecht ist die Situation für Christen aufgrund ihres Glaubens sehr kompliziert. Dies ist ein weiterer Lebensbereich, in dem christliche Konvertiten die stärkste Verfolgung erfahren. Für sie ergeben sich selbst bei Begräbnissen ernsthafte Probleme. Christen muslimischer Herkunft werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen beerdigt, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind. Auch geben sie ihren christlichen Glauben häufig nicht einmal an die eigenen Kinder weiter, da dies die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Familie ziehen könnte (weil Kinder versehentlich den Glauben der Eltern offenbaren könnten).

Gesellschaftliches Leben

Über die einfachen Schikanen und Bedrohungen hinaus, denen Christen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, zwischen dem zu unterscheiden, was in den Nuba-Bergen und der Region Blauer Nil vor sich geht, und dem, was in anderen Teilen des Landes, insbesondere in den Städten, geschieht. Seit Juni 2011 führt die sudanesische Regierung Bodenoffensiven und Luftangriffe gegen angebliche „Rebellen“ durch, doch die meisten Kenner der Region wissen, dass die Pläne der sudanesischen Regierung und die Milizen, die diese Angriffe durchführen, ein einziges Ziel haben, nämlich die ethnische Säuberung des Gebietes von ethnischen Minderheiten und vor allem von Christen. Tausende von Christen wurden durch Angriffe von staatlich unterstützten Gruppen getötet,

und viele Tausende wurden aus keinem anderen Grund aus ihren Dörfern vertrieben als dem, dass sie einer anderen Religion angehören als die Führung des Landes.

Gesetze zur öffentlichen Ordnung beruhen weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts vonseiten der Regierung und gelten im Bundesstaat Khartum. Sie verbieten das Tragen „unpassender" Kleidung sowie „Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Moral". Die islamische Moralpolizei belästigt und verhaftet Christen, die sich nicht entsprechend den offiziellen Vorschriften kleiden. Christen werden auch bei der Vergabe öffentlicher Ämter und beim Zugang zu Gemeinschaftsressourcen diskriminiert. Außerdem werden Christen, besonders ehemalige Muslime, durch Behörden und muslimische Leiter überwacht. Sie stehen unter enormem Druck, ihren christlichen Glauben aufzugeben.

Leben im Staat

Auf nationaler Ebene sind die Rahmenbedingungen für Christen nicht günstig. Christen werden als Bürger zweiter Klasse angesehen. Obwohl Artikel 38 der Übergangsverfassung Religionsfreiheit garantiert, ist die regierende Partei der Meinung, dass das Land Muslimen gehört. Demzufolge sind praktisch alle Gesetze von der Scharia abgeleitet und bieten keinen Raum für die Ausübung der Religionsfreiheit. Andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch zusätzliche Rückbezugsklauseln ein. Christen – besonders aus dem Südsudan und westliche Missionare – werden häufig vom staatlichen Sicherheitsdienst überwacht. Die Hinwendung von Muslimen zum christlichen Glauben ist nicht nur per Gesetz verboten, sie kann auch zu Anfeindungen innerhalb der Familie führen. Der Fall von Mariam Yahia Ibrahim Ishag aus dem Jahr 2014, die wegen Abfall vom Islam zum Tode verurteilt, aber später auf Druck der internationalen Gemeinschaft freigelassen wurde, ist ein gutes Beispiel dafür, wie groß das Risiko für jeden ist, der sich entschieden hat, vom Islam zum christlichen Glauben überzutreten.

Ein Experte für das Land erklärt: „Weil im Land das islamische Gesetz gilt, ist es für Nichtmuslime im Vergleich zu muslimischen Geschäftseigentümern sehr schwierig, Genehmigungen zu erhalten, um ein Geschäft zu eröffnen. Zusätzlich zu den rechtlichen Beschränkungen ist zu beachten, dass die meisten christlichen Geschäftseigentümer wegen ihrer Religion von den Kunden benachteiligt werden. In den meisten Fällen ist es für christliche Geschäftsleute sehr schwierig, Aufträge zu bekommen, die von der Regierung ausgeschrieben werden, da die Regierungsbeamten, die für die entsprechenden Regierungsstellen zuständig sind, eine diskriminierende Einstellung haben."

Kirchliches Leben

Im Berichtszeitraum zum WVI 2019 mussten viele Kirchen schließen oder wurden zerstört. Wie ein Experte für das Land berichtet, mischt sich die Regierung zunehmend in die internen Abläufe religiöser Institutionen ein. Aufgrund von Vorschriften seitens des Ministeriums für religiöse Stiftungen und Religionsangelegenheiten sahen sich Pastoren zur Selbstzensur und Einschränkung ihrer Aktivitäten genötigt. In einigen Fällen zwangen sudanesische Sicherheitskräfte Christen, die von ihnen geführten Schulen abzugeben. Auch der Bau neuer Kirchengebäude ist äußerst schwierig, vor allem, weil dazu eine Baugenehmigung der Regierungsbehörden benötigt wird. Selbst wenn diese ausgestellt wird, bekommen Christen von lokalen islamischen Leitern und muslimischen Extremisten täglich Steine in den Weg gelegt. Ein Feldforscher erklärt: „Selbstverständlich gibt es innerhalb des Landes Unterschiede, was den Grad der Überwachung und Einschränkung betrifft. Während Christen in der Hauptstadt und anderen Großstädten hauptsächlich von Regierungskräften überwacht und behindert werden, unterliegen Kirchengemeinden in den entlegenen Teilen des Landes, insbesondere in den vom

Bürgerkrieg betroffenen Gebieten, einer stärkeren Behinderung und Überwachung sowohl durch Regierungs- als auch Nichtregierungsgruppen.“ Darüber hinaus mischt sich die Regierung immer wieder in kirchliche Angelegenheiten ein und spielt eine wichtige Rolle bei der Bildung rivalisierender kirchlicher Gremien, welche die kirchlich gewählten Ausschüsse ersetzen. Die Regierung unterstützt dann diese rivalisierenden Komitees und erlaubt ihnen, Kirchengebäude hinter dem Rücken der Gemeinde zu verkaufen. In einer kürzlich ausgetragenen Auseinandersetzung im August 2018 hat jedoch ein sudanesisches Gericht zugunsten einer Kirche und gegen die Regierung entschieden. Da das Gerichtswesen generell jedoch eine mangelnde Unabhängigkeit aufweist, ist es wahrscheinlich, dass die Regierung ihre zerstörerischen Taten fortführt.

Auftreten von Gewalt

Auch wenn der Wert für „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen niedriger ist als im vergangenen Berichtszeitraum, so ist er mit 10,6 Punkten noch immer sehr hoch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass verschiedene Triebkräfte der Verfolgung zusammenwirken. In den Nuba-Bergen werden Christen willkürlich von staatlichen Sicherheitskräften angegriffen. Die Regierung behauptet dabei, gegen Rebellen vorzugehen. Kirchengebäude und Grundstücke von Christen werden attackiert. Pastoren, die sich gegen Verfolgung aussprechen, werden strafrechtlich verfolgt. Im Berichtszeitraum wurden mehr als 40 Christen für ihren Glauben verhaftet.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Christinnen sind mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Sie sind gezwungen, sich wie Muslimas zu kleiden. Mädchen werden wegen „unanständiger Kleidung“ verhaftet und während des Verhörs oft sexuell belästigt und erniedrigt. Das Verfahren wegen Glaubensabfalls, das Mariam Yahya Ibrahim Ishag durchmachen musste, die im Mai 2014 im Gefängnis sogar ein Kind gebar, ist ein Beispiel dafür, wie eine christliche Frau im Sudan behandelt werden kann. Außerdem erleben Frauen und Mädchen Zwangsverheiratungen, Vergewaltigungen und andere geschlechterspezifische Gewaltanwendungen aufgrund ihres Glaubens.

Männer

Die Regierung konfrontiert männliche Christen mit einer Vielzahl von schwerwiegenden Anschuldigungen. Beispielsweise werfen die Sicherheitskräfte christlichen Männern oft vor, für den Westen zu spionieren. Dies hat das Potenzial, den Zerfall der Familie zu verursachen und die Kirche zu schwächen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten wie die jüdische Gemeinschaft sind im Sudan ebenfalls starken Herausforderungen ausgesetzt. 2017 gab es beispielsweise einen Vorfall, bei dem Fußballfans Adolf Hitler verherrlichten und den Holocaust leugneten. Ein Imam sagte während einer seiner Predigten, dass Juden für alle schlechten Dinge verantwortlich seien. Die Gemeinschaft der Bahai ist im Sudan nicht anerkannt und kann nur im Geheimen arbeiten. Auch Zeugen Jehovas werden belästigt. Schiitische Muslime haben keine Erlaubnis, Gottesdienste zu feiern. Zusammengefasst lässt sich sagen,

dass jede religiöse Gruppe außer sunnitischen Muslimen vor außerordentlichen Herausforderungen steht, ihren Glauben zu leben.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Trotz der Tatsache, dass gegen Präsident al-Bashir zwei internationale Haftbefehle ausgestellt sind, wurde die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Unruhen im Südsudan gelenkt, wo ein Bürgerkrieg zwischen den beiden wichtigsten rivalisierenden ethnischen Gruppen ausgebrochen ist.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die sudanesische Regierung, die für ihre Missachtung der Menschenrechte bekannt ist, verletzt weiterhin die Rechte der Christen im Land. Seit 1999 steht der Sudan auf der Liste der „Countries of Particular Concern (CPC)“ (der „besonders Besorgnis erregenden Länder“) des US-Außenministeriums. Der Druck der internationalen Gemeinschaft half bei der Freilassung einiger Christen, die wegen ihres Glaubens inhaftiert waren; die Regierung hat jedoch ihre grundsätzliche Haltung und ihr Verhalten gegenüber Christen nicht geändert. Die Plünderung und Zerstörung von Kirchengebäuden, Krankenhäusern und Schulen sind alltäglich, besonders in den Nuba-Bergen. Diese Triebkraft der Verfolgung wird weiterhin Bestand haben, zumindest so lange, wie die Regierung von Präsident al-Bashir an der Macht ist.

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Abgesehen von dem autoritären Regime sind Christen im Visier von extremistischen Imamen und bewaffneten Gruppierungen wie der Dschandschawid-Miliz. Diese Milizen werden von der Regierung bezahlt und trainiert. Diese Triebkraft wird auch in den kommenden Jahren für Verfolgung verantwortlich sein.

Schlussfolgerung

Es scheint, selbst mit Blick auf den wachsenden ökonomischen Druck, sehr unwahrscheinlich, dass die sudanesische Regierung nachgibt und mehr Religionsfreiheit gewährt, sodass Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gelockert werden könnten. Wahrscheinlich ist Folgendes:

- Die Verhaftung von Christen wird fortgesetzt.
- Der Abriss von Kirchengebäuden wird weitergehen.
- Christen werden weiterhin Schwierigkeiten haben, Baugenehmigungen für Kirchengebäude zu erhalten.
- Die sudanesische Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin willkürlich gegen die Nuba-Christen vorgehen.

zurück zur Länderübersicht

Eritrea: Platz 7

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Diktatorische Paranoia: Unter der Führung von Präsident Isayas Afewerki übt das autoritäre Regime uneingeschränkte Macht in Eritrea aus. Die Regierung hat Christen verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie sie als „Agenten des Westens“ und damit als eine Bedrohung für den Staat und die Regierung ansieht.

Konfessioneller Protektionismus: Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche (EOC) betrachtet andere christliche Denominationen, inbesondere Pfingstgemeinden, als „gefährliche Neuankömmlinge“.

Islamische Unterdrückung: Besonders gefährdet sind Christen – vor allem ehemalige Muslime – in Regionen des Landes mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Eritrea ist eines der korruptesten Länder der Welt; häufig ist auch das Militär in Korruption verwickelt.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Seit 1993 setzt das Regime unter der Führung von Isayas Afewerki alles daran, seine Machtposition aufrechtzuerhalten und geht hart gegen jegliche Opposition vor. Einheimische Muslime zeigen aufgrund der erhöhten Gewaltbereitschaft von militanten Muslimen in der Region extremistische Tendenzen. Christen in mehrheitlich von Muslimen bewohnten Teilen des Landes sind somit in einer besonders schwierigen Lage, insbesondere, wenn sie muslimischer Herkunft sind. Die EOC hat eine lange Tradition in Eritrea und setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden manchmal unter Druck.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen werden zwangsweise vom Militär eingezogen. Insbesondere Protestanten habe große Probleme, Sozialleistungen vom Staat zu erhalten. Christen, die nicht den traditionellen Kirchen angehören, werden am stärksten durch die Regierung und die EOC verfolgt. Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund als auch Christen, die die EOC verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, werden von ihren Familien und ihrem Umfeld misshandelt. Sicherheitskräfte der Regierung führten viele Durchsuchungen von Häusern durch und verhafteten hunderte Christen. Dieser extreme Druck und die vom Staat gebilligte Gewalt hat einige Christen dazu gebracht, aus dem Land zu fliehen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Sicherheitskräfte der Regierung führten im Berichtszeitraum erneut zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Christen und Hauskirchen durch und verhafteten hunderte Christen. Diese werden von dem Regime unter äußerst schlechten Bedingungen festgehalten, einige von ihnen in Schiffscontainern, die in der Sonne brütend heiß werden. Berichten zufolge wurden im Juli 2018 etwa 30 Christen freigelassen – die beschriebene Praxis setzt sich dennoch fort.

- Der Druck, den die EOC ausübt, geht zum Teil auf theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen zurück, hat aber auch historische Wurzeln. Die gut organisierte EOC mit ihrer langen Tradition betrachtet andere christliche Denominationen als „Neuankömmlinge“. Den geistlichen Leitern der EOC gilt Eritrea als Heimat der orthodoxen Kirche; sie meinen, die christliche Tradition des Landes sei durch die orthodoxe Kirche begründet, und neben ihr hätten andere Denominationen – insbesondere Pfingstkirchen – keinen legitimen Platz.
- Tausende Christen wurden in den vergangenen Jahren verhaftet und eingesperrt. Manche von ihnen sind noch nach mehr als zehn Jahren im Gefängnis. Einige der Gefängnisse und Gefangenenlager sind Mai Sirwa, Adi Abieto, Keren, Assab, Hashferai, Barentu, Mai Idaga, Alla oder befinden sich in den Polizeistationen in der Hauptstadt Asmara. Viele der gefangenen Christen werden gezwungen, stundenlang in kommerziellen Blumenfeldern zu arbeiten. Einige namentlich bekannte Christen, die seit über zehn Jahren inhaftiert sind, heißen: Haile Naigzhi, Leiter der „Eritrea Full Gospel Church“ (inhaftiert seit 2004); Kiflu Gebremeskel, Gründer und Pastor der „Southwest Full Gospel Church“ (seit 2004); Million Gebreselasie, Dr. med. und Pastor der „Massawa Rhema Church“ (seit 2004); Tekleab Menghisteab, Dr. med. und Priester (seit 2004); Gebremedhin Gebregiorsis, Priester (seit November 2004), Kidane Weldou, Pastor der „Full Gospel Church“ (vermisst seit 2005, aber vermutlich inhaftiert) und Abune Antonios, Patriarch der EOC (unter Hausarrest seit 2007). Nach elf Jahren im Gefängnis ohne Anklage wurde Pastor Oqbamichel Haiminot von der „Asmara Word of Life Church“ im Juni 2018 entlassen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 86 Punkten belegt Eritrea den 7. Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Die Punktzahl hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Wie bereits in früheren Berichtszeiträumen führten Sicherheitskräfte der Regierung zahlreiche Razzien gegen Christen durch. Dabei wurden christliche Materialien konfisziert und einige Hauskirchengebäude beschädigt. Hunderte Christen wurden in Gefangenenlager gebracht. Seit mehr als einem Jahrzehnt vegetieren noch immer mehr als zehn christliche Leiter ohne Gerichtsverfahren unter grauenvollen Haftbedingungen dahin. Es wird berichtet, dass es tausende politische Gefangene in Eritrea gibt – unter ihnen befinden sich ebenfalls zahlreiche Christen. Viele hoffen darauf, dass durch die sich bessernde Beziehung zwischen Eritrea und Äthiopien der Druck auf Christen nachlässt und sogar Gefangene entlassen werden könnten. Viele Eritreer nutzten jedoch die Chance, nach Äthiopien zu fliehen, nachdem die Grenzen zwischen den beiden Ländern geöffnet wurden.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Konfessioneller Protektionismus

Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche (EOC) hat eine lange Tradition in Eritrea und setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden häufig unter Druck. Dahinter stehen zum einen theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen, zum anderen aber auch ganz pragmatische Überlegungen. Die gut organisierte EOC mit ihrer langen Tradition betrachtet andere christliche Denominationen als „Neuankömmlinge“. Den geistlichen Leitern der EOC gilt Eritrea als Heimat der orthodoxen Kirche; sie meinen, die christliche Tradition des Landes sei durch die orthodoxe Kirche begründet, und neben ihr

hätten andere Denominationen – insbesondere Pfingstkirchen – keinen legitimen Platz. Ein Feldforscher sagt dazu: „Es gibt große Vorbehalte unter orthodoxen Christen, Mitchristen, die einer anderen Denomination angehören, als Christen zu akzeptieren. Diese Vorbehalte manifestieren sich in unterschiedlichen Formen in verschiedenen Teilen des Landes. Während der Grund hierfür zum großen Teil in theologischen Differenzen besteht, spielt die Angst eine Rolle, der prägende Einfluss, welchen die orthodoxe Kirche seit Jahrhunderten auf das Leben der Bürger des Landes hat, könnte verloren gehen.“ Christen, die der EOC angehören, sind jedoch ebenfalls Verfolgung ausgesetzt – von der Regierung und durch Islamische Unterdrückung.

Diktatorische Paranoia

Seit dem Referendum von 1993 ist Eritrea eine unabhängige Nation. Seither übt die „People's Front for Democracy and Justice“ (PFDJ) unter der Führung von Präsident Isayas Afewerki uneingeschränkte Macht aus. Das Regime ist ein absolut autoritäres System, das alles tut, um seine Macht zu erhalten: Christen wurden verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie als „Agenten des Westens“ und damit als Bedrohung für den Staat und die Regierung gesehen werden. Quellen im Land zufolge bereitet der Präsident seinen Sohn darauf vor, seine Nachfolge anzutreten. Ein Experte für Eritrea sagt: „Nach Jahrzehnten des blutigen Krieges um die Unabhängigkeit, der für zehntausende Tote sowie für tausende Verletzte verantwortlich ist, war das letzte, was die Bevölkerung erwartet hätte, dass die machthabende Partei ein weiteres unterdrückerisches Regime darstellen würde. Dennoch formte die PFDJ entgegen ihrer Versprechungen während des bewaffneten Kampfes ein absolut autoritäres Regime, in dem keine abweichende Meinung geduldet wird. Das wichtigste Ziel der Partei ist, um jeden Preis an der Macht zu bleiben.“ In diesem Kontext verfolgt die Regierung Christen. Einige Analysten glauben, dass sich die eritreische Regierung dafür öffnet, Menschenrechte zu gewähren und eine Demokratie einzuführen. Dieser Glaube beruht jedoch auf einem falschen Verständnis der Natur der eritreischen Regierung. Sie ist trotz der jüngsten Versuche, die Beziehungen mit angrenzenden und westlichen Ländern zu verbessern, nicht bereit, sich im Hinblick auf ihre inneren Angelegenheiten zu verändern.

Islamische Unterdrückung

Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung besteht aus Muslimen. Diese wohnen großteils in den Tiefebenen entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan. Viele von ihnen zeigen eine Tendenz zum Extremismus, zum Teil auch aufgrund der wachsenden Präsenz des militanten Islam in der Region. Christen in diesen Teilen des Landes sind somit in einer besonders schwierigen Lage, insbesondere, wenn sie muslimischer Herkunft sind. Eritreische Muslime verstehen sich zuerst als Muslime, dann als Eritreer. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem islamischen Glauben. Ein Experte stellt fest: „Diese Triebkraft ist in den Hochländern nicht so stark wie in den abgelegenen Teilen des Landes, in denen der Großteil der Bevölkerung muslimisch ist. Obwohl extremistische Gruppen einen islamischen Staat formen wollen, wurde die Verbreitung solcher Vorstellungen durch die Regierung verhindert, die extremistische Gruppierungen nicht duldet, da sie in ihnen eine Gefährdung ihrer Macht sieht. Trotzdem bedrohen einige solcher Gruppen das christliche Leben, insbesondere derer, die in den Tiefebenen des Landes leben. Christen können ihren Glauben dort nicht frei ausüben und sie haben es nicht einfach, für ihre Kinder dort Schulen zu finden, die von den extremistischen Lehren dieser Gruppen frei sind.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Eritrea ist eines der korruptesten Länder der Welt. Laut dem im Februar 2018 veröffentlichten Jahresbericht von „Transparency International“ belegt Eritrea Rang 165 von 180 Ländern. Dies betrifft insbesondere das Militär, das viele Bereiche des Lebens in dem Land kontrolliert. Ein Experte sagt: „Die Armee ist der stärkste Zweig der Regierung, und Korruption und der Missbrauch von Macht greifen auf verschiedenen Ebenen um sich. Ein Beispiel ist, dass von Christen Bestechungsgelder verlangt werden, ertappt man sie bei einem Fluchtversuch. Können sie diese Gelder nicht bezahlen, droht ihnen willkürliche Gefangenschaft oder sogar der Tod.“

3. Verfolger

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

Ein Verfolger ist die EOC. Sie ist die älteste christliche Gemeinschaft im Land, und die meisten Christen des Landes gehören ihr an. Die EOC übt einen großen Einfluss auf viele Bereiche des Lebens aus. Das Problem dabei ist, dass die Kirche neue christliche Gemeinden im Land nicht willkommen heißt, insbesondere Pfingstgemeinden. Es ist nicht zu leugnen, dass die Leiter der EOC aktiv versuchen, die Ausbreitung anderer Glaubensgemeinschaften zu verhindern. Auch eritreisch-orthodoxe Familienmitglieder und Dorfvorsteher sind Verfolger, besonders dort, wo es Christen gibt, die zu einer anderen Denomination als der EOC übergetreten sind.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Eritrea ist keine Demokratie. Die Regierung des Landes ist dafür bekannt, die Freiheit ihrer Bürger zu unterdrücken. Die stärkste Gruppe von Verfolgern stellen in Eritrea Regierungsbeamte dar. Sie belästigen und verhaften Christen, insbesondere solche, die zu Kirchen gehören, die nicht von der Regierung anerkannt sind. Die herrschende Partei PFDJ ist ein weiterer Verfolger, der hinter vielen Schwierigkeiten für Christen in Eritrea steht.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

In den Tiefebenen des Landes (in östlichen und westlichen Regionen) schüren Imame in Moscheen und Medressen (Koranschulen) zum Teil antichristliche Stimmungen. In diesen Gebieten sind Christen mit muslimischem Hintergrund starker Verfolgung von Familienangehörigen und des sozialen Umfelds ausgesetzt.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Regierungsbeamte, insbesondere Sicherheitskräfte, werden für Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen und untergraben die Autorität des Gesetzes in Eritrea. Sie fordern häufig Geld von Christen. Die Existenz dieser Netzwerke von Korruption im Militär und in der regierenden Partei macht das Leben für viele Eritreer und insbesondere für Christen sehr schwer. Sie haben niemanden, der für ihre Rechte eintreten würde.

4. Hintergrund

Auch das „Nordkorea Afrikas“ genannt, befindet sich Eritrea unter den schlimmsten Ländern, was Religions- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und andere Menschenrechte angeht. Seit 2002 ist Eritrea auf dem WVI, seit 2004 unter den ersten 20 und auf dem WVI 2016 nahm es sogar den dritten Platz ein. Auf dem WVI 2017 belegte Eritrea Platz 10 und im vergangenen Jahr Platz 6. Das eritreische Regime ist absolut autoritär und duldet keine nichtregistrierten Organisationen, keine freie Meinungsäußerung und keinen Widerspruch. Kein Ort im ganzen Land kann als sicher bezeichnet werden, wovon die Zahl der Flüchtlinge aus Eritrea in Europa und weltweit zeugt. Der Umstand, dass viele Menschen das Land verlassen, kommt der Regierung sehr gelegen, da die Flüchtenden ansonsten diejenigen sein könnten, die von der Regierung Veränderungen und Reformen einfordern würden; es ist zudem aus finanzieller Sicht von Vorteil für die Regierung, da Eritreer im Ausland eine Auslandssteuer zahlen müssen.

Laut einem Artikel von „Reporter ohne Grenzen“ vom April 2017 befinden sich mindestens elf eritreische Journalisten ohne Anhörung oder Prozess in Haft: „Eritrea missachtet systematisch das Recht auf freie Meinungsäußerung und Information. Für Journalisten ist es das größte Gefängnis Afrikas.“ Der Präsident des Landes steht auf der Liste der „Feinde der Pressefreiheit“ von Reporter ohne Grenzen. In dem Bericht steht, dass Afewerki „seine politischen Gegner eliminiert hat und seit 2001 alle unabhängigen Journalisten inhaftierte.“ Auf der Rangliste für Pressefreiheit liegt Eritrea seit acht Jahren auf dem vorletzten Platz – noch hinter Somalia, dem Sudan, China und dem Iran und nur noch vor Nordkorea.

Die eritreische Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass im Land ausschließlich die offiziell anerkannten Religionsgruppen arbeiten dürfen: der sunnitische Islam, die EOC, die römisch-katholische und die lutherische Kirche. Für andere christliche Konfessionen ist es sehr schwer, im Land aktiv zu sein; daher tragen sie die Hauptlast der Verfolgung. Die Einführung eines Registrierungssystems 1997 machte eine große Zahl christlicher Gemeinden illegal. Außer den obengenannten, offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften mussten alle übrigen einen Antrag stellen, um registriert zu werden. Nach einiger Zeit wurde ihnen mitgeteilt, dass sie die Voraussetzungen erfüllen – eine Lizenz wurde jedoch nie ausgestellt. Der Versuch der Regierung, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, fand seinen Höhepunkt in der Amtsenthebung des Patriarchen der EOC, der seit 2007 unter Hausarrest steht.

Der Machtmissbrauch seitens der Regierung und die daraus resultierenden Nöte führten zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die letztlich 2013 in einem versuchten Staatsstreich gipfelte. Dieser scheiterte jedoch und Präsident Afewerki gab dem Westen und Äthiopien die Schuld für den Putschversuch. Dadurch nahm auch die Verfolgung der Christen stark zu, die von der Regierung als „Agenten des Westens“ bezeichnet wurden. Dieser Vorfall ermöglichte es außerdem Muslimen, sich der Regierung nach dem Motto „Dein Feind ist auch mein Feind“ anzunähern.

Eritrea wird zudem anhaltend beschuldigt, den Aufstieg und die Verbreitung eines extremistischen Islam am Horn von Afrika zu unterstützen, um einen politischen Vorteil daraus zu ziehen. Die Sanktionen der UN gegen Eritrea wegen der Unterstützung islamistischer Kämpfer in der Region – besonders der Aufrüstung von „Al Shabaab“ – zeigen, dass die eritreische Regierung auch ein Komplize der Christenverfolger außerhalb Eritreas ist, indem sie Mittel und Methoden der Verfolgung an extremistische Gruppierungen weitergibt. Zudem pflegt Eritrea enge Verbindungen zur islamischen

Regierung des Sudan und steht Staaten wie Katar, dem Iran und Saudi-Arabien, in denen Christen verfolgt werden, in Bezug auf Kultur, Grundsätze und Geografie nahe. Viele Christen verlassen Eritrea über die Nachbarländer Sudan, Äthiopien und Ägypten und werden zu einer leichten Beute für Menschenhändler, vor allem in der Wüste Sinai. Einige von ihnen wurden gefangen genommen und 2015 in Libyen von Anhängern des „Islamischen Staats" (IS) enthauptet. Tausenden gelang jedoch die gefährliche Reise per Boot über das Mittelmeer nach Europa.

Auf internationaler Ebene ist Eritrea eines der beiden afrikanischen Länder, die vom Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika wegen starken Verstoßes gegen die Religionsfreiheit am 22. Dezember 2017 als „Country of Particular Concern“ (besonders besorgniserregendes Land) eingestuft wurden. In der Pressemitteilung vom 4. Januar 2018 berichtet das Außenministerium, es werden „Regierungen genannt, die systematische, permanente und entsetzliche Verstöße gegen die Religionsfreiheit betreiben oder tolerieren.“ Deshalb stellten Robert P. George und Thomas J. Reese von der „US-Kommission für internationale Religionsfreiheit“ (USCIRF) die Frage, ob „Eritreas Akte in puncto Verbrechen gegen die Menschenrechte und Religionsfreiheit einen Verweis an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag rechtfertigten“. Ein Untersuchungsausschuss des UN-Menschenrechtsausschusses regte ebenfalls an, die eritreische Regierung vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuklagen. Die Regierung vermutet, dass der Bericht des Untersuchungsausschusses nur mit Hilfe von Informanten in Eritrea möglich war.

Der Besuch des neuen äthiopischen Premierministers in Eritrea und die Unterzeichnung eines Friedensvertrags am 9. Juli 2018 waren die größten Überraschungen des Jahrzehnts. Mit dem Friedensvertrag endeten offiziell Jahrzehnte eines diplomatischen und bewaffneten Unfriedens. 1998 war ein zweijähriger Krieg zwischen den beiden Ländern ausgebrochen, in dem mehr als 70.000 Menschen ihr Leben ließen und Familien getrennt wurden. 20 Jahre später nehmen die beiden Länder ihre wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen wieder auf. Die Fluggesellschaft „Ethiopian Airlines“ wird Asmara wieder anfliegen, und Äthiopien den Hafen von Assab erneut nutzen. Diese Nachrichten sind als historisch und vollkommen überraschend zu werten. Allerdings gibt es keinen Hinweis darauf, dass hunderte Christen, die derzeit im Gefängnis sind, davon profitieren und in naher Zukunft entlassen werden.

5. Betroffene Christen

Alle vier im Weltverfolgungsindex erfassten Gruppen von Christen sind in Eritrea vertreten. Die verschiedenen Gruppen sind in unterschiedlichen Ausmaßen und Formen von Verfolgung betroffen.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Aufgrund des von der Regierung ausgeübten Drucks sinkt die Zahl der ausländischen Christen zunehmend. Diese Christen haben Schwierigkeiten, sich im Land frei zu bewegen und sich mit anderen Christen zu treffen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppe ist die größte im Land und umfasst die EOC, die anglikanische, evangelisch-lutherische sowie römisch-katholische Kirche. Die Christen aus traditionellen Kirchen leben hauptsächlich in den überwiegend von Christen bewohnten Gebieten in Zentral- und Süderitrea. Sie erleiden Verfolgung durch Islamische Unterdrückung und die Regierung.

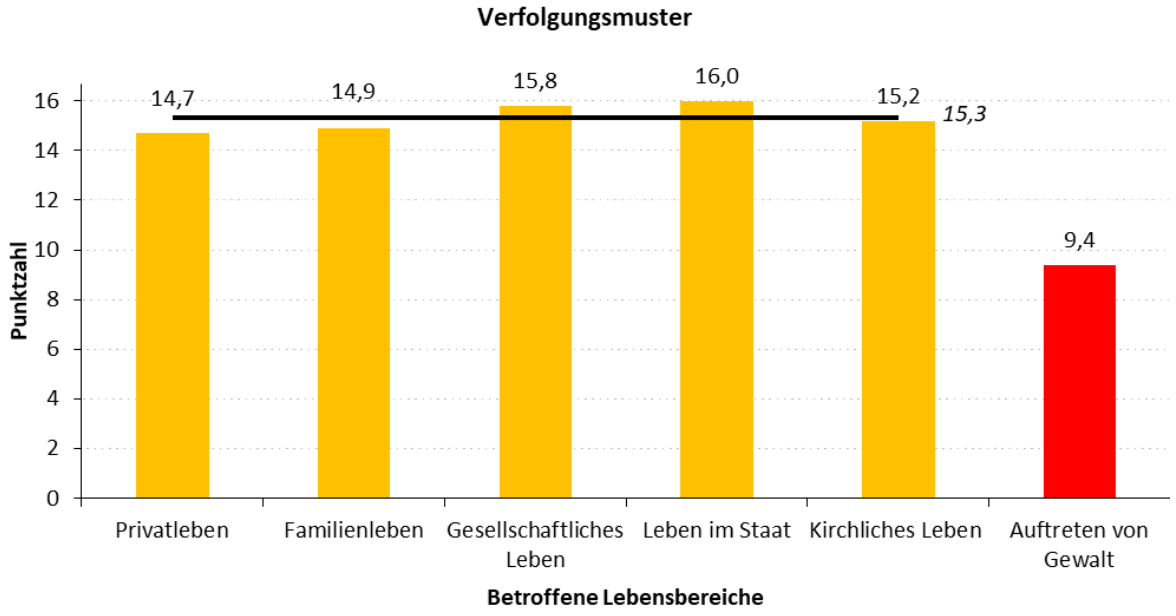
Christliche Konvertiten

Diese Gruppe schließt sowohl Christen ein, die die traditionellen Kirchen (insbesondere die EOC) verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, als auch Christen mit muslimischem Hintergrund. Der ersten Kategorie widerfährt starke Verfolgung durch die EOC, der zweiten Kategorie durch ihre muslimischen Familien und die muslimische Gesellschaft.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe erfährt die stärkste Verfolgung im Land. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden werden als „Agenten des Westens“ angesehen. Pfingstgemeinden werden besonders hart von Regierungsbeamten und der EOC verfolgt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Eritrea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Eritrea ist extrem hoch (15,3 Punkte) und gegenüber dem WVI 2018 (15,4) nur minimal gesunken.
- Es gibt keinen Lebensbereich, in dem der Druck auf Christen nicht auf extrem hohem Niveau wäre. Am stärksten ist der Druck im Bereich „Leben im Staat“ (16,0 Punkte). Dies ist ein Hinweis darauf, dass das Vorgehen der Regierung hauptverantwortlich für die Verfolgung von Christen im Land ist.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ bleibt auf dem sehr hohen Niveau von 9,4 Punkten wie bereits im vergangenen Jahr. Viele Christen müssen aufgrund ihres Glaubens weiter im Gefängnis ausharren.

Privatleben

Die Regierung macht den Alltag für jeden Einzelnen sehr kompliziert und greift stark in das Privatleben ein. Viele Häuser von Christen wurden im Berichtszeitraum Ziel von Durchsuchungen, die zu Verhaftungen und der Beschlagnahmung von christlichem Material führten. Die Einschränkung der Religionsfreiheit gegen Christen geht soweit, dass Beamte Häuser nur aufgrund des Verdachts durchsuchen lassen, der Bewohner gehöre einer der sogenannten „neuen Formen des Christentums“ an. Die regierende Partei strebt danach, den Alltag von Angehörigen der christlichen Minderheiten zu überwachen. Parteikader und Sicherheitskräfte der regierenden PFDJ können Privathäuser ohne richterliche Genehmigung durchsuchen. Das Ziel sind dabei vor allem Christen, die sich im Geheimen zum Gebet treffen. Der private Besitz von christlichen Materialien wie der Bibel, Bibellexika, theologischen Büchern, CDs mit Predigten oder Kleidung mit christlichen Aufdrucken werden von der Partei als Verrat angesehen und führt zu willkürlicher Gefangenschaft für unbestimmte Zeit, ohne dass ein Gericht darüber entscheiden muss.

Familienleben

Für Christen in Eritrea ist auch das Familienleben bedroht. Familien zerfallen, weil Familienmitglieder durch die Regierung verhaftet und verschleppt werden. Manche Familienmitglieder sind gezwungen, aus dem Land zu fliehen und lassen schutzbedürftige Verwandte zurück. Der Konfessionelle Protektionismus führt außerdem zur Verweigerung von Erbschaften und familienbezogenen Rechten für einige Christen. Die Islamische Unterdrückung führt dazu, dass Christen in Regionen, die hauptsächlich von Muslimen dominiert werden, vielfältige Schwierigkeiten erleben. Beispielsweise können Christen muslimischer Herkunft keine öffentliche christliche Heirat durchführen, und im Todesfall werden sie nach muslimischem Ritus begraben. Planen Christen, die der „neuen Religion" folgen (hiermit sind vor allem Christen aus Pfingstgemeinden gemeint), eine Hochzeit, beginnen die Probleme bereits bei der Suche nach einem Veranstaltungsort für die Feier. Die meisten Hallen werden von der Regierung kontrolliert. Weil sie Angst vor Konsequenzen vonseiten der Regierung haben, vermieten Hallenbesitzer nicht an Protestanten; die meisten Besitzer sind jedoch auch aus eigener Überzeugung nicht bereit, ihre Halle für eine protestantische Hochzeitsfeier zur Verfügung zu stellen. Ein anderes Problem ist die Suche nach einem Pastor, der die Trauung durchführt. Es ist zu Vorfällen gekommen, bei denen das Hochzeitspaar, der Pastor und Gäste verhaftet wurden. Pastoren, die nicht der EOC angehören, riskieren ihre Freiheit, wenn sie ein protestantisches Paar trauen. Nach der Hochzeit erkennt das Land die Ehe außerdem nicht an, da nicht registrierte Kirchen nicht die Erlaubnis haben, Hochzeiten durchzuführen.

Gesellschaftliches Leben

Es ist bekannt, dass die Regierung Nachbarn anwirbt, um alle christlichen Aktivitäten im Ort auszuspionieren. Daraus ergeben sich zunehmend eigenartige Allianzen: Im Auftrag der Regierung überwachen beispielsweise Muslime die Aktivitäten protestantischer freikirchlicher Christen in ihrer Region, vor allem jedoch die Missionstätigkeit unter Muslimen. Um ein Geschäft betreiben zu können, müssen Christen einen Nachweis über ihren Militärdienst vorweisen können; außerdem haben Christen keinen Zugang zu weiterführenden Schulen und höherer Bildung, wenn sie nicht für den Militärdienst registriert sind. Aufgrund des stark gemeinschaftsorientierten Lebensstils in Ostafrika, ist es undenkbar, dass der Glaube keinen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und den Alltag eines Christen hat: Weil sie Angst haben, dass ihre Kinder auch Christen werden könnten, erlaubt der Großteil der muslimischen Familien seinen Kindern nicht, mit Kindern von christlichen Konvertiten zu

spielen. Solch eine Ausgrenzung dehnt sich auf Familien und ihre Beziehungen aus. Die Intensität der Drohungen und Hindernisse sind in ländlichen Gegenden höher, denn Toleranz und Akzeptanz sind hier weitaus seltener zu finden als in urbanen Gegenden. In den meisten Fällen offenbaren Christen in ländlichen Gebieten ihren Glaubenswechsel nicht, weil sie Angst vor Diskriminierung haben. In manchen Fällen geht der ausgeübte Druck auf christliche Konvertiten so weit, dass sie dazu gezwungen werden, ihrem neuen Glauben abzuschwören oder die Dorfgemeinschaft zu verlassen. Es gab auch Fälle, in denen christlichen Konvertiten der Zugang zu grundlegenden Bedürfnissen wie Gesundheitsfürsorge, Trinkwasser und Schulen für die Kinder verwehrt wurde.

Leben im Staat

Wie schon erwähnt, wird Eritrea als das „Nordkorea Afrikas“ bezeichnet und vom Außenministerium der Vereinigten Staaten als „Country of Particular Concern“ (besonders besorgniserregendes Land) eingestuft, unter anderem wegen der extrem eingeschränkten Religionsfreiheit. Aus diesem Grund ist der Wert für den Bereich „Leben im Staat“ von allen Lebensbereichen des Weltverfolgungsindex am höchsten. Die Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass nur offiziell anerkannte Religionsgruppen im Land geduldet sind und aktiv sein dürfen. Der Patriarch der EOC wird von der Regierung ernannt und jeder Widerspruch eines religiösen Oberhauptes kann zu dessen Amtsenthebung und Verhaftung führen, wie es im Jahr 2007 geschah. Die Regierung ist dafür bekannt, dass sie Christen zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Gemäß Artikel 6 der Bekanntmachung zum Wehrdienst Nr. 82/1995 aus dem Jahr 1995 ist jeder eritreische Staatsbürger zwischen 18 und 50 Jahren verpflichtet, am Wehrdienst teilzunehmen. Die Bekanntmachung lässt keine Ausnahme für Bürger zu, die sich aus religiösen Gründen nicht einschreiben wollen. Religiöse Gruppen erleben demnach große Schwierigkeiten, wenn sie den Dienst verweigern oder abbrechen.

Der oben beschriebene Druck wird dadurch verstärkt, dass sich der Staat weigert, andere religiöse Gruppen als die vier bisher registrierten (Islam, EOC, lutherische und römisch-katholische Kirche) anzuerkennen. Die Gruppen, welche sich zur Registrierung gemeldet hatten, erhielten einen Erlaubnisstatus. Dieser brachte ihnen zunächst einige Vorteile (zumindest 1997, als die Regierung die Registrierungen anordnete), allerdings wurden diese Vorteile mit der Zeit immer weniger. Diese Verweigerung der Anerkennung wird von lokalen Leitern und der Polizei als Rechtsgrund genutzt, um Christen, die zu nicht registrierten Gemeinschaften gehören, zu belästigen und einzuschüchtern. Es geschieht sehr häufig, dass Parteikader und Polizei solche Bürger verhaften und verhören, die sie verdächtigen, einer nicht registrierten religiösen Gruppe anzugehören. Bestätigt sich der Verdacht, wird er oder sie in den meisten Fällen in eines der Arbeitslager gebracht, die sich in entlegenen Regionen des Landes befinden. Nach der Entlassung aus einer solchen ungerechtfertigten Haft wird der Person befohlen, ihren Glauben zu widerrufen und sich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei zu melden. Versäumt dies die Person, wird sie erneut eingesperrt.

Kirchliches Leben

Religiöse Gruppen müssen sich in Eritrea entweder registrieren lassen oder ihre Tätigkeit einstellen. Eine offizielle Registrierung zu erlangen, ist jedoch nahezu unmöglich. Häufig kommt es zu Razzien bei geheimen Treffen von Christen, was zeigt, dass die Regierung über einen ausgedehnten Geheimdienstapparat verfügt. Christen von nicht offiziell registrierten Gemeinden müssen ständige Beschattung fürchten. Seit der Unabhängigkeit Eritreas konnten Christen aus protestantischen Freikirchen noch nie in Freiheit und ohne das Risiko, verhaftet, eingesperrt oder sogar getötet zu werden, Gottesdienst feiern. Die Regierung mischt sich zudem in die Ernennung religiöser Leiter ein.

Beispielsweise steht der eritreisch-orthodoxe Patriarch, Abune Antonios, seit Mai 2007 unter Hausarrest. Darüber hinaus können religiöse Gruppen keine Dokumente oder andere Materialien drucken oder verteilen, ohne vorher die Erlaubnis der Religionsbehörde erhalten zu haben. Seit 2002 haben die Behörden keiner weiteren Gruppe neben den vier bisher anerkannten religiösen Gruppen die Registrierung zugestanden.

Auftreten von Gewalt

Noch immer sind hunderte Christen inhaftiert. Diese Christen werden von dem Regime unter äußerst schlechten Bedingungen festgehalten, einige von ihnen in Schiffscontainern, die in der Sonne brütend heiß werden. Tausende Christen wurden in den vergangenen Jahren verhaftet und eingesperrt. Manche von ihnen sind noch nach mehr als zehn Jahren im Gefängnis.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Christinnen sind enormen Herausforderungen ausgesetzt. Sowohl Christinnen, die die EOC verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben als auch Christinnen mit muslimischem Hintergrund werden immer wieder zwangsverheiratet und dazu gezwungen, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Frauen werden ebenfalls zum verpflichtenden Militärdienst eingezogen, Männer sind davon jedoch noch stärker betroffen.

Männer

Männliche Christen sind in Eritrea vor allem Opfer des verpflichtenden Militärdienstes. Aus diesem Grund versuchen viele junge Eritreer, aus dem Land zu fliehen. Viele hoffen darauf, dass das Friedensabkommen zwischen Eritrea und Äthiopien diese Situation ändern wird. Das Abkommen könnte bedeuten, dass es nicht mehr nötig ist, Eritreer zum Armeedienst zu zwingen, da einer der Hauptgründe, den die Regierung für den verpflichtenden Dienst anführte, der Erzfeind Äthiopien, nun ein Freund des Landes ist.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Außer Christen erleben auch Angehörige anderer religiöser Minderheiten Verfolgung. Hier sind beispielsweise Muslime zu nennen, die sich gegen die Regierung stellen, sowie die Zeugen Jehovas. Die Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity Worldwide“ berichtete im April 2018, dass zwei Anhänger der Zeugen Jehovas im Gefängnis gestorben seien.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Seit über einem Vierteljahrhundert wird Eritrea von einem Einparteiensystem regiert. Diese hat die fundamentalen Rechte der Bürger stark beschnitten. Das Regime ist immer noch mächtig genug, um den Bürgern seine strenge Herrschaft aufzuzwingen. Isoliert und von der internationalen Gemeinschaft verurteilt, hat Eritrea auch Sanktionen durch die UN auferlegt bekommen. Die Wirtschaft des Landes ist zusammengebrochen, die Lebensqualität gesunken. Durch das Zusammenspiel von verpflichtendem Wehrdienst, Verfolgung und harten, ökonomischen Bedingungen sahen sich

tausende Eritreer gezwungen, aus dem Land zu fliehen. Einige von ihnen sind in den Händen von Menschenhändlern gelandet, etwa in Libyen.

Ungeachtet des Protestes internationaler Menschenrechtsorganisationen und des Berichtes des UN-Menschenrechtsausschusses über Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Regierung Eritreas, musste sich das Regime bisher noch nicht für seinen umfangreichen Katalog an Menschenrechtsverletzungen verantworten, geschweige denn ernsthafte Konsequenzen auf sich nehmen. Stattdessen sucht das Land nach Wegen, wieder stärkere Beziehungen mit westlichen Ländern zu knüpfen. Der Besuch eines ranghohen US-Diplomaten in der Hauptstadt Asmara ist eine Frucht dieser Bemühungen. Wichtiger ist jedoch, dass das Land seine Beziehungen zu Äthiopien wieder aufgenommen hat.

Der Ausblick für Christen

Christen werden weiterhin unter der Regierung leiden – insbesondere solche Christen, die vom Regime als „Agenten des Westens" angesehen werden. Hunderte Christen, die sich im Gefängnis befinden, werden in naher Zukunft nicht entlassen werden. Um freizukommen werden sie weiterhin Erklärungen unterzeichnen müssen, in denen sie ihrem Glauben entsagen. Das gilt weiterhin für die Mehrheit der Gefangenen, auch wenn im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2019 laut Berichten etwa 30 Christen aus dem Gefängnis entlassen wurden. So wie die Regierung werden auch die EOC und extremistische Muslime auch künftig Christen verfolgen, die einen anderen konfessionellen oder muslimischem Hintergrund haben oder Pfingstgemeinden angehören.

Schlussfolgerung

- Unterdrückte und verfolgte Eritreer werden weiterhin aus dem Land fliehen. Da Eritrea einen Friedensvertrag mit Äthiopien unterzeichnet hat, könnte Äthiopien in naher Zukunft als Fluchtweg wegfallen.
- Die eritreische Regierung wird an ihrem autoritären Kurs festhalten. Trotz der positiven Entwicklung zwischen westlichen Ländern und Eritrea wird die Regierung auch künftig Christen aus protestantischen Freikirchen als „Agenten des Westens“ einstufen.
- Die eritreische Regierung wird weiterhin alle Eritreer dazu zwingen, Wehrpflicht zu leisten und für lange Zeit in der Armee zu dienen, ohne das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu achten. Einige Beobachter hoffen, dass sich der Umfang des Wehrdienstes aufgrund des Friedensabkommens zwischen Eritrea und Äthiopien verringern könnte.

zurück zur Länderübersicht

Jemen: Platz 8

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Die Verfassung des Jemen erklärt den Islam zur Staatsreligion und bestimmt die Scharia als Rechtsgrundlage. Missionierung durch andere Religionen als den Islam ist verboten. Muslimen ist es verboten, zu einem anderen Glauben überzutreten. Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. In einigen Gebieten des Jemen agieren militante Gruppen wie Al Kaida und der Islamische Staat (IS) weitgehend straflos oder arbeiten sogar stillschweigend mit dem Staat zusammen, insbesondere in Gebieten, die von Verbündeten der Hadi-Regierung kontrolliert werden.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Das Stammesdenken hat im Jemen eine große Bedeutung. Häufig setzen Stammesälteste Recht und Gesetz gemäß ihren auf dem Islam basierenden Traditionen durch, unabhängig davon, was die staatliche Verfassung oder die Regierung sagen.

Diktatorische Paranoia: Im Zusammenhang mit dem Konflikt haben die kriegführenden Parteien unweigerlich einen starken Überlebensinstinkt. Das trifft sowohl auf die Regierung als auch auf die Huthi-Rebellen zu. Die Berichte aus dem Jahr 2018 deuten darauf hin, dass in Gebieten unter Kontrolle der Huthi-Rebellen immer härtere Mittel gegen Einzelpersonen oder Vereinigungen angewandt werden, die von den Machthabern für eine Bedrohung gehalten werden.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Jemenitische Christen sind mit erheblichem Druck von vielen verschiedenen Seiten konfrontiert. Christen muslimischer Herkunft werden vor allem von ihrer Großfamilie, aber auch von Stammesältesten und lokalen Imamen bedrängt, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Durch den Krieg ist der Einfluss von militanten islamistischen Gruppierungen wie dem „Islamischen Staat“ (IS) und Al Kaida erheblich gewachsen. Die Christenverfolgung geht besonders von diesen Gruppen aus. Regierungsbeamte unterhalten ein streng islamisches System, welches alle Einwohner als Muslime behandelt. Huthi-Rebellen (und andere) haben Christen verhaftet und verhört. In vielen Regionen sind durch die von Saudi-Arabien geführte Militärintervention Machtvakuen entstanden, welche es Gruppierungen wie dem IS und Al-Kaida-Ablegern ermöglichten, ihren Aktionsradius zu vergrößern. Dies hat dazu geführt, dass Christen entführt und ermordet wurden, sowohl jemenitische Christen mit muslimischem Hintergrund als auch ausländische Christen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die Kirche im Jemen besteht hauptsächlich aus jemenitischen Christen muslimischer Herkunft. Sie müssen ihren Glauben im Verborgenen leben. Sie sind mit Verfolgung durch die Behörden konfrontiert (einschließlich Inhaftierung und Verhören) sowie mit Verfolgung durch die Familie und islamisch-extremistische Gruppierungen, die „Abgefallene“ mit dem Tod bedrohen, wenn diese nicht wieder zum Islam zurückkehren. Stammesgesetze verbieten, den Stamm zu verlassen, und die Strafe für die Abkehr vom Islam kann Tod oder Verbannung sein. Sowohl Männern als auch Frauen, die den christlichen Glauben angenommen haben, droht die Scheidung von ihren muslimischen Ehepartnern,

verbunden mit dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Die Christen leiden unter der allgemeinen humanitären Krise im Land; jedoch sind die einheimischen, jemenitischen Christen besonders verwundbar, da die Nothilfe hauptsächlich durch islamische Organisationen und lokale Moscheen verteilt wird, welche mutmaßlich alle benachteiligen, die nicht als fromme Muslime gelten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Seinen Glauben privat zu leben ist für Christen sowohl in den Gebieten, die von den Huthi-Rebellen kontrolliert werden, als auch in den von sunnitischen Streitkräften mit Unterstützung Saudi-Arabiens und deren westlichen Verbündeten „befreiten" Gebieten besonders riskant geworden. „Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel" (AQAP) und der IS können in großen Teilen des Landes frei agieren.
- Mindestens 27 Christen wurden aufgrund ihres Glaubens und des Krieges psychisch oder körperlich misshandelt.
- Mindestens fünf christliche Familien mussten ihre Häuser verlassen und in einen anderen Teil des Landes umsiedeln, sowohl aus Furcht, wegen ihres Glaubens ermordet zu werden, als auch aufgrund des Krieges. Einige kehrten später zu ihren Häusern zurück, andere mussten aus Sicherheitsgründen an einem anderen Ort bleiben. Da eine durchschnittliche Familie im Jemen aus sieben Personen besteht, betrifft dies also mindestens 35 Menschen.
- Ende 2017 wurden eine Hausgemeinde angegriffen und ein katholischer Friedhof geschändet. Kreuze und Grabsteine wurden zerstört, auch bei den Gräbern der vier Nonnen, die im März 2016 bei einem Überfall auf ein Pflegeheim ermordet wurden. Ein Haus und ein Geschäft von Christen wurden den jeweiligen Besitzern weggenommen. Das Haus wurde beschlagnahmt und das Geschäft zur Schließung gezwungen.
- Mehrere Christen wurden wegen ihres Glaubens verhaftet.
- Druck durch Familienangehörige hat eine Handvoll isolierter jemenitischer Christen muslimischer Herkunft dazu bewegt, das Land zu verlassen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 86 Punkten belegt der Jemen Rang 8 auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Dies bedeutet einen Anstieg um einen Punkt im Vergleich zum Vorjahr, als der Jemen mit 85 Punkten Rang 9 auf dem Weltverfolgungsindex 2018 einnahm. Wie andere Zivilisten leiden auch die Christen im Jemen stark unter dem Krieg, der auch den zunehmenden Einfluss islamisch-extremistischer Militanter miteinschließt, was die ohnehin schon verletzliche Lage einheimischer Christen noch verschärft. Die meisten ausländischen Christen und Arbeitsmigranten haben das Land verlassen und hinterlassen nun eine Kirche, die hauptsächlich aus einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund besteht.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Verfassung des Jemen erklärt den Islam zur Staatsreligion und bestimmt die Scharia als Rechtsgrundlage. Missionierung durch andere Religionen als den Islam ist verboten. Muslimen ist es verboten, zu einem anderen Glauben überzutreten. Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. Der anhaltende Konflikt, politische Instabilität und die kaum vorhandene Rechtsstaatlichkeit in vielen Teilen des Landes haben zur Folge, dass der Druck auf Christen im Jemen vor allem von nichtstaatlichen Akteuren ausgeht. Dazu gehören die Familie oder die Stammesgemeinschaft, aber auch extremistische Gruppen. In allen dieser Fälle ist die Anwendung islamischer Werte eine Hauptmotivation – der Islam ist ein wesentlicher Teil der Identität der jemenitischen Stämme, während extremistische Gruppen wie „Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel" (AQAP) und der IS danach streben, eine puristische Form des Islam einzuführen. Sie sind die Hauptakteure der Verfolgung und greifen gezielt Christen an, um sie zu töten.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Das Stammesdenken hat im Jemen weiterhin eine hohe Bedeutung und die Autorität der Regierung ist oft der traditionellen Stammesregierung untergeordnet. Der Islam ist mit der ethnischen Identität verflochten. Es gibt viele Gebiete im Jemen, in denen Stammesälteste Recht und Gesetz gemäß ihren auf dem Islam basierenden Traditionen durchsetzen, unabhängig davon, was die staatliche Verfassung oder Regierung sagen. Die Regierung mischt sich meist nicht in Konflikte zwischen den Stämmen ein, nicht einmal, wenn Menschen dabei verletzt oder gefangen genommen werden. Da die Regierung inzwischen die Kontrolle über große Teile des Landes verloren hat, hat sich ihr Einfluss auf die Stämme weiter verringert. Stammesgesetze und -bräuche verbieten es Stammesmitgliedern, den Stamm zu verlassen. Frauen dürfen nicht außerhalb des Stammes heiraten, insbesondere keinen Christen. Verstöße gegen diese Regeln können mit Tod oder Verbannung bestraft werden. Einige Stammesführer haben ihre eigene Armee. Sie sind extremistisch und christenfeindlich eingestellt. Ein politischer Beobachter fasst die Situation folgendermaßen zusammen: „Der Islam ist die übergreifende Identität aller Stämme im Jemen und es ist der Stamm, der oft die vergeltende ‚Gerechtigkeit' denen gegenüber übt, die den Islam verlassen wollen."

Diktatorische Paranoia

Während des Großteils der vergangenen 35 Jahre wurde der Jemen die meiste Zeit diktatorisch regiert. Wenn auch die Diktatur im Jemen nicht mit so vielen Gräueltaten einherging wie in anderen Ländern, so wurde doch für den Machterhalt massive Gewalt eingesetzt. Während des aktuellen Berichtszeitraums schien dies noch an Intensität zuzunehmen, insbesondere in den Gebieten, die von den Huthi-Rebellen kontrolliert werden. Im Zusammenhang mit dem Konflikt haben die kriegführenden Parteien unweigerlich einen starken Überlebensinstinkt. Berichte aus dem Jahr 2018 deuten darauf hin, dass in Gebieten unter Kontrolle der Huthi-Rebellen immer härtere Mittel gegen Einzelpersonen oder Gruppierungen angewandt wurden, die von den Machthabern für eine Bedrohung gehalten werden. Dies schloss Angehörige religiöser Minderheiten ein, darunter Christen muslimischer Herkunft.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Zu dieser Kategorie zählen Regierungsbeamte, Revolutionäre, nichtchristliche religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen, gewöhnliche Bürger und die Familie. Die Regierungsbehörden inhaftierten jemenitische Christen aufgrund ihres Glaubens, wobei sie oftmals andere Gründe angaben (da sie für sich in Anspruch nehmen, anderen Religionen gegenüber tolerant zu sein). Huthi-Rebellen (und andere) setzen Christen fest, um sie zu verhören. Jedoch sind sie hauptsächlich mit dem Kampf um die Vormacht beschäftigt. Andere Verfolger sind nichtchristliche religiöse Leiter wie Imame und Scheichs, die den Dorfgemeinschaften vorstehen. Sie nutzen häufig den Umstand aus, dass ein hoher Anteil der Dorfbewohner nicht lesen kann. Diese Menschen können somit leichter manipuliert und gegen ein Mitglied der Dorfgemeinschaft aufgewiegelt werden. Wenn ein Dorfbewohner als Christ erkannt wird, kann das zur Folge haben, dass die Dorfgemeinschaft gegen ihn vorgeht und ihn verbannt oder zumindest unter Druck setzt, den Ort zu verlassen. In einigen Gebieten des Jemen agieren militante Gruppen wie AQAP und der IS weitgehend straflos oder arbeiten sogar stillschweigend mit dem Staat zusammen, insbesondere in Gebieten, die von Verbündeten der Hadi-Regierung kontrolliert werden. Die Christen im Land sind durch islamisch-extremistische Gruppen besonders gefährdet, ebenso alle anderen, die von diesen Gruppen als „Abgefallene“ wahrgenommen werden. Feindseligkeit vonseiten der Familie und Gesellschaft (beziehungsweise die Angst davor) ist eine der bedeutendsten Arten, wie jemenitische Christen bedrängt werden. Die weitverbreiteten Werte in Bezug auf die Familie und die Gemeinschaft verlangen, dass jedes Mitglied, das Schande über die Gemeinschaft oder die Familie bringt (beispielsweise, indem sie oder er den Islam verlässt), zur Rechenschaft gezogen werden muss, um die Ehre der Gemeinschaft/Familie wiederherzustellen.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Verfolger dieser Kategorie sind Stammes- und Clanführer oder Stammes- und Familienmitglieder. Stammesgesetze und -gebräuche verbieten es, den Stamm zu verlassen. Die Strafe für Ungehorsam kann Tod oder Verbannung sein. Gleiches gilt für jedes Stammesmitglied, das den Islam verlässt, da sich Ethnisch begründete Anfeindungen mit Islamischer Unterdrückung mischen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Hier sind Regierungsbeamte und Rebellengruppen zu nennen. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg tun Regierungsbeamte, Huthi-Rebellen, Al Kaida und mit dem IS verbundene Gruppen alles dafür, ihr Herrschaftsgebiet auszuweiten. Obwohl die staatlichen Institutionen schwach sind, gab es in jüngerer Zeit Berichte von Unrecht, das Christen vonseiten des Staates erlitten. Insbesondere gibt es Berichte, dass die Huthi-Rebellen Christen sowie Mitglieder anderer religiöser Gemeinschaften wie der Bahai gefangen nahmen. Oftmals gibt es viele Motive für dieses Vorgehen, von denen eines die Ablehnung nichtislamischer Glaubensinhalte ist. Des Weiteren nehmen Kämpfer von AQAP und dem IS in den Gebieten, die durch die von Saudi-Arabien angeführte Koalition „befreit“ wurden, weiterhin Christen ins Visier.

4. Hintergrund

Der traditionell geprägte Nordjemen und der kommunistische Südjemen vereinten sich 1990 nach Jahren des Konflikts. Noch heute ist die separatistische Bewegung im Süden recht stark und kämpft für die Unabhängigkeit. Im nördlichen Teil des Landes gab es in den letzten Jahren viel Gewalt im

Zusammenhang mit Stammeskonflikten. Die Huthi-Rebellen behaupten, gegen Unterdrückung durch die Regierung zu kämpfen, und wollen die schiitische Herrschaft im Norden des mehrheitlich sunnitischen Jemen wiederherstellen. Seit der ehemalige Präsident Ali Abdullah Saleh 2012 aus dem Amt gedrängt wurde, erlebt der Jemen politische Unruhen und Gewalt. Eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition (bestehend aus zehn hauptsächlich sunnitisch-islamischen Nationen) bombardierte den Jemen aus der Luft und zerstörte dabei Wohngebiete, Infrastruktur, Krankenhäuser und Weltkulturerbestätten in dem Bestreben, den Huthi-Rebellen die Herrschaft zu entreißen und die Hadi-Regierung wiederherzustellen. Die Huthis werden angeblich durch den Iran unterstützt.

Der Einfluss islamisch-extremistischer Gruppierungen wie AQAP und mit dem IS verbundener Gruppen nimmt zu. Letztere greifen sowohl schiitische als auch mit der Regierung in Verbindung stehende Ziele an. Kirchengebäude oder medizinische Einrichtungen, in denen ausländische oder eingewanderte Christen arbeiteten, wurden ebenfalls angegriffen. Die monatelange Einstellung der Feindseligkeiten und die Friedensgespräche haben zu keiner Übereinkunft geführt. In der Zwischenzeit setzt sich der Konflikt fort und vertieft die Spaltungen zwischen dem Nord- und dem Südjemen. Mit fortschreitendem Konflikt laufen immer mehr Länder Gefahr, in den Kampf um die regionale Vorherrschaft zwischen Saudi-Arabien und dem Iran verwickelt zu werden, was die religiösen Gräben im Nahen Osten weiter vertiefen würde.

Währenddessen herrscht im Jemen eine schlimme humanitäre Krise. Gemäß neuer Daten, die von der unabhängigen Forschungsgruppe „Armed Conflict Location & Event Data Project“ (ACLED) erhoben wurden und über die das Online-Nachrichtenportal Middle East Eye am 29. Oktober 2018 berichtete, wurden „seit Januar 2016 im Jemen mindestens 56.000 Menschen in bewaffneten Auseinandersetzungen getötet“ – eine viel höhere Zahl als die häufig zitierten mehr als 10.000 getöteten Jemeniten seit Beginn des Krieges im März 2015. In einem am 21. November 2018 veröffentlichten Artikel zitierte die BBC die Hilfsorganisation Save the Children, welche behauptet, dass „während der drei Jahre des Krieges im Jemen geschätzte 85.000 Kinder unter fünf Jahren an akuter Mangelernährung gestorben sein könnten“. In einer Pressemitteilung des United Nations News Center vom 3. Juli 2018 brachte die Direktorin des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) ihre Besorgnis über die schlimme Situation der Kinder zum Ausdruck, die regelmäßig „von der Schule genommen, zum Kämpfen gezwungen oder zwangsverheiratet werden, Hunger leiden und an vermeidbaren Krankheiten sterben“, und fügte hinzu, dass „heute 11 Millionen Kinder im Jemen – mehr als die Gesamtbevölkerung der Schweiz – auf Hilfe angewiesen sind, um Zugang zu Nahrungsmitteln, Fürsorge, Bildung, Wasser und sanitären Anlagen zu erhalten.“ Die Pressemitteilung erwähnt des Weiteren, dass „seit 2015 die Zahl der Gesundheitseinrichtungen um mehr als die Hälfte gesunken ist, 1.500 Schulen durch Luftschläge und Beschuss beschädigt wurden und mindestens 2.200 Kinder getötet sowie etwa 3.400 verletzt wurden.“

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

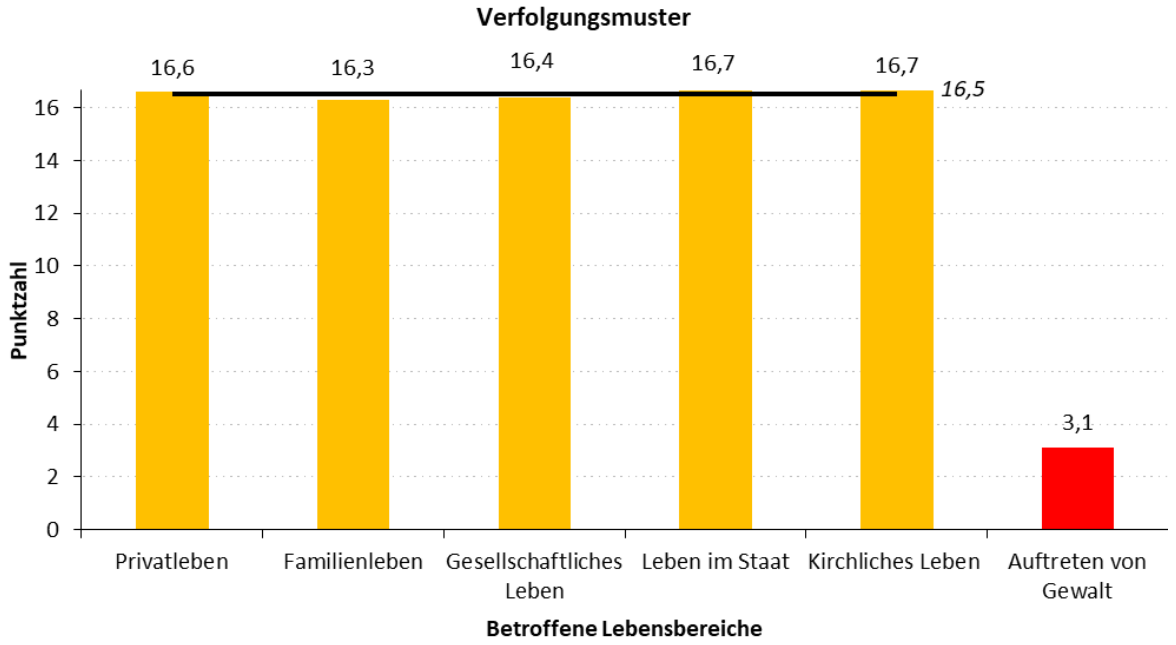
Früher waren die meisten Christen im Jemen ausländische Gastarbeiter (aus Nordafrika, dem Westen, Süd- und Ostasien sowie arabischen Ländern) oder Flüchtlinge (hauptsächlich Äthiopier). Diese Christen waren mehrheitlich römisch-katholisch oder Anglikaner (sowie einige Orthodoxe im Falle der äthiopischen Flüchtlinge). Nahezu alle westlichen Einwanderer haben das Land infolge des verheerenden Krieges aus Sicherheitsgründen verlassen. Christliche Gastarbeiter, vor allem aus Afrika

und auch aus Asien, sind weiterhin im Land, obwohl auch schon viele von ihnen gegangen sind. Christliche Arbeitsmigranten sind auf lokaler und nationaler Ebene mit Schikanen und Diskriminierung und seitens islamisch-extremistischer Bewegungen sogar mit offener Gewalt konfrontiert. Diese Verfolgung ist höchstwahrscheinlich sowohl rassistisch als auch religiös motiviert. Da ihre Zahl beträchtlich gesunken ist und sich die Kirche nun hauptsächlich aus einheimischen Christen zusammensetzt, stehen die ausländischen Christen und Arbeitsmigranten nicht im Fokus der Nachforschungen für den Weltverfolgungsindex.

Christen muslimischer Herkunft

Mindestens 95 Prozent der jemenitischen Kirche machen Konvertiten aus dem Islam aus. Obwohl es nur wenige tausend jemenitische Christen gibt, ist ihre Zahl gewachsen, was bedeutet, dass es für neue Christen mehr Ansprechpartner und Unterstützung im Land gibt als früher. Konvertiten zum christlichen Glauben bleiben im ganzen Land weiterhin sehr verletzbar. Dafür ist eine Kombination verschiedener Faktoren verantwortlich: die traditionellen Einstellungen in Bezug auf Familie, Gemeinschaft und Stamm; die Straflosigkeit, mit der islamisch-extremistische Gruppen agieren können; und die Weigerung der staatlichen oder de facto staatlichen Behörden, abweichende Meinungen zu dulden, aus Furcht vor weiterer Destabilisierung.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jemen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Jemen bleibt extrem hoch (16,5 Punkte) bei einem ganz leichten Rückgang im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2018 (16,6 Punkte). Dieser

extreme Druck resultiert aus dem Krieg und dem Druck auf die einheimische Kirche, die hauptsächlich aus Konvertiten aus dem Islam zum christlichen Glauben besteht.

- Der Druck ist in allen Lebensbereichen extrem hoch. Sowohl im Bereich „Leben im Staat“ als auch für das kirchliche Leben wurde die höchstmögliche Punktzahl (16,7) erreicht, direkt gefolgt von dem Bereich „Privatleben“ mit 16,6 Punkten. Dies ist typisch für eine Situation, in der es vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund gibt, in einem Land, in dem Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung ist und keinen Raum für offene kirchliche Aktivitäten oder private Anbetung lässt.
- Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen hat zugenommen. Die Wertung in diesem Bereich stieg von 2,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2018 auf nunmehr 3,1 Punkte. Mehrere Christen wurden Berichten zufolge wegen ihres Glaubens verhaftet und mehrere Christen muslimischer Herkunft körperlich oder psychisch misshandelt.
- Die allgemeine Verfolgung im Jemen entspricht der gegenwärtigen chaotischen und gesetzlosen Kriegssituation, in der die einheimischen Christen besonders verwundbar sind.

Privatleben

Christen mit muslimischem Hintergrund können ihren Glauben nicht offen praktizieren. Jeder Verdacht, dass sie Christen sein könnten, kann schwerwiegende Folgen haben. Seinen Glauben privat zu leben ist für Christen in Gebieten, die von extremistischen Muslimen kontrolliert werden, oder in Gebieten, die von sunnitischen Truppen „befreit“ wurden, besonders riskant geworden. AQAP und der IS kontrollieren weite Teile des Landes.

Familienleben

Alle Jemeniten gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie bringt es Schande, wenn eines ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Für Konvertiten zum christlichen Glauben besteht höchste Gefahr, einem Ehrenmord oder anderer körperlicher Gewalt zum Opfer zu fallen, wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken. Christliche Hochzeiten können im Jemen nicht öffentlich gefeiert werden und Konvertiten müssen daher nach islamischem Brauch heiraten. Christen muslimischer Herkunft können ihre Kinder nicht als Christen registrieren lassen und in der Schule sind ihre Kinder verpflichtet, islamischen Unterricht zu besuchen. Im Falle einer Scheidung wird Christen mit großer Wahrscheinlichkeit das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen, wenn andere Familienmitglieder Muslime sind.

Gesellschaftliches Leben

Alle Christen sind grundsätzlich bedroht durch die islamische Gesellschaft im Jemen, insbesondere durch AQAP und den IS. Das schreckt die Christen natürlich davon ab, ihren Glauben in irgendeiner Weise öffentlich bekannt werden zu lassen. Da der Glaubenswechsel offiziell als illegal gilt, werden Christen mit muslimischem Hintergrund von der lokalen islamischen Gemeinschaft gezwungen, ihre Bekehrung den Behörden zu melden. Christinnen muslimischer Herkunft gelten nach wie vor als Muslimas und es wird erwartet, dass sie einen Schleier tragen. Sie laufen auch Gefahr, zwangsverheiratet oder unter Hausarrest gestellt zu werden, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. In der gegenwärtigen humanitären Krise sind Konvertiten aus dem Islam in ihrem sozialen Umfeld zusätzlich verwundbar, da die Nothilfe meist über muslimische Mitarbeiter säkularer Organisationen und lokaler Moscheen verteilt wird, die mutmaßlich alle, die nicht als fromme Muslime gelten, diskriminieren. Außerdem ist Vetternwirtschaft stark verbreitet, was eine ernsthafte Bedrohung für das Überleben von Christen und anderen Nichtmuslimen darstellt.

Leben im Staat

Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Das Land hält sich an die strengsten Interpretationen des Islam. Die Abwendung vom Islam, um eine andere Religion anzunehmen, ist durch den Islam selbst und die staatliche Gesetzgebung verboten. Konvertiten droht die Todesstrafe, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird (obwohl sie in der Regel nicht von der Regierung, sondern von extremistischen Muslimen vollstreckt wird, wovor die Regierung die Augen verschließt). Obwohl sie den größten Teil ihrer Aufmerksamkeit auf politische Ereignisse konzentrieren, setzten Regierungsbeamte ihre Bemühungen fort, Christen einzuschüchtern, selbst inmitten der chaotischen Kriegssituation. Unterdrückung ging vor allem von islamischen Kämpfern aus, die in größerer Freiheit agieren konnten. Diese Unsicherheit, die durch islamisch-extremistische Bewegungen verursacht wird, macht den Jemen sehr instabil. Gegenwärtig leiden Christen besonders unter der Gesetzlosigkeit im Land und unter schiitischen Rebellen oder Gruppen, die mit Al Kaida oder dem IS verbunden sind und große Teile des Landes beherrschen. Es wird angenommen, dass alle Christen von extremistischen Muslimen überwacht werden und auch ein spezifisches Angriffsziel für diese militanten islamischen Gruppen werden können.

Kirchliches Leben

Die drei offiziellen Kirchengebäude, die sich alle in Aden befanden und für ausländische Gastarbeiter oder Flüchtlinge (insbesondere aus Äthiopien) gebaut worden waren, wurden während des Kriegs zerstört (teilweise durch gezielte Angriffe). Es gibt keine funktionsfähigen Kirchengebäude mehr. Christen mit muslimischem Hintergrund ist es nicht erlaubt, ihre eigenen Versammlungen abzuhalten, weshalb sie an geheimen Orten zusammenkommen. Muslimen das Evangelium weiterzugeben ist illegal; biblische Schulungen, der Druck und der Import von Bibeln und anderer christlicher Literatur in arabischer Sprache sind nahezu unmöglich.

Auftreten von Gewalt

Mehrere Christen wurden Berichten zufolge verhaftet, Konvertiten zum christlichen Glauben wurden körperlich oder psychisch misshandelt und mehrere christliche Familien mussten in andere Teile des Landes umziehen. Einige von ihnen kehrten später zurück. Einige wenige Christen verließen Berichten zufolge das Land. Die Beweggründe der Christen für die Flucht kann von Angst, wegen ihres Glaubens ermordet zu werden, bis hin zu verschiedenen Ursachen, die mit dem Krieg in Verbindung stehen, reichen. Oft kommen mehrere Gründe zusammen. Die Situation im Jemen ist aufgrund des Bürgerkrieges chaotisch, und aus diesem Grund wird auch über gezielte Übergriffe auf Christen oft nicht berichtet.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

In einer Kultur, in der die Unterdrückung von Frauen normal ist, sind Christinnen mit muslimischem Hintergrund zusätzlich verwundbar. Sie stehen in der Gefahr, vergewaltigt, sexuell belästigt, zwangsverheiratet oder eingesperrt zu werden. Stammesgesetze und -bräuche erlauben es ihnen nicht, einen Christen zu heiraten; die Bestrafung für Ungehorsam kann Tod, Vertreibung oder Hausarrest sein. In einem Fall, über den öffentlich in lokalen Zeitungen berichtet wurde, wurde eine junge Frau, deren Glaube an Christus entdeckt wurde, in ein Heim für psychisch Kranke eingewiesen. Es ist üblich, dass Christinnen muslimischer Herkunft mit Muslimen zwangsverheiratet werden, wenn

ihr Glaube bekannt wird. Die lokale Gemeinschaft von Konvertiten begegnet dieser Situation, indem sie Ehen mit anderen Christen muslimischer Herkunft arrangiert. Es ist üblich, dass minderjährige Frauen heiraten, denn es gibt kein Gesetz, das sie davor schützt. Wenn eine Christin mit einem nichtchristlichen Mann verheiratet ist und die Familien wegen ihres Glaubens auf eine Scheidung drängen, ist es wahrscheinlich, dass das Sorgerecht dem Ehemann oder anderen muslimischen Familienmitgliedern zuerkannt wird, unabhängig vom Alter der Kinder. Für gewöhnlich steht einer Mutter das Sorgerecht zu, bis die Kinder das Alter der Pubertät erreichen, doch die Sicherstellung einer islamischen Erziehung wird in einem solchen Fall als wichtiger erachtet.

Auch drohen Christinnen muslimischer Herkunft Vergewaltigung und sexuelle Belästigung. Aus diesem Grund tragen Christinnen muslimischer Herkunft in der Regel weiterhin die traditionelle muslimische Kleidung zu ihrer eigenen Sicherheit und ihrem Schutz. Im Vergleich zu Männern sind Frauen, die sich für den christlichen Glauben interessieren oder sich neu dem christlichen Glauben zugewandt haben, mit größeren Einschränkungen konfrontiert beim Zugang zu Jüngerschaftstraining, Gemeinschaft mit anderen Christen und bezüglich Gelegenheiten zur Taufe – es sei denn, sie haben einen nahen männlichen Verwandten, der ihnen die Teilnahme an diesen Aktivitäten erleichtern kann. Dies liegt daran, dass die Familien die Aktivitäten der weiblichen Mitglieder des Haushalts außerhalb des Hauses genau beobachten, während Männer kommen und gehen können, ohne Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie ihre Zeit außerhalt des Hauses verbringen. Infolgedessen halten die gesellschaftlichen Konventionen und Verhaltensweisen Frauen in einer untergeordneten Rolle in der Gesellschaft und zu Hause fest. Dies lässt ihnen weniger Möglichkeiten, sich gegen Verfolgung zu wehren, als Männern.

Männer

Während Frauen eingeschränkter sind in Bezug auf Jüngerschaft oder Gemeinschaft mit anderen Christen und es schwieriger für sie ist, sich taufen zu lassen, ist für Männer die Gefahr größer, den Märtytertod zu sterben, inhaftiert, entführt und gefoltert zu werden oder den Arbeitsplatz zu verlieren. Frauen können zwar in der Wohnung eingesperrt, mit einem muslimischen Extremisten zwangsverheiratet, geschlagen oder in ein Heim für psychisch Kranke eingewiesen werden, aber sie werden seltener getötet, wenn ihr Glaube von Familienmitgliedern oder lokalen Behörden entdeckt wird. Dies ist auf die Annahme zurückzuführen, dass Frauen unwissend oder geistig unterlegen sind, so dass sie als weniger verantwortlich für ihren „Irrtum“ angesehen werden. Unterdessen werden Männer eher von islamistischen Gruppierungen angegriffen oder von den lokalen Behörden inhaftiert und sind im Allgemeinen häufiger mit Verfolgung in der Öffentlichkeit konfrontiert. Da Frauen bereits aufgrund ihres Geschlechts von der Teilnahme am Berufsleben ausgeschlossen sind, betrifft Diskriminierung oder Verfolgung am Arbeitsplatz vor allem männliche Konvertiten. Davon sind auch ihre Familien betroffen, da Männer üblicherweise die Alleinverdiener sind. Ein Christ, dessen Ehefrau keine Christin ist, wird seinen Glauben wahrscheinlich weniger mit anderen teilen, da er befürchten muss, dass seine Kinder muslimisch erzogen werden, wenn er aufgrund seines Glaubens getötet werden oder im Falle einer Scheidung das Sorgerecht für seine Kinder verlieren sollte.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die im Jemen Verfolgung erleben, sind Bahai und Juden. Auch ismailitische Muslime klagen über Verfolgung. Extremistische Muslime betrachten Bahai als Ungläubige, andere diskriminieren sie, weil man ihnen unterstellt, dass sie Verbindungen zum Iran haben, wo die Religion im 19. Jahrhundert entstand. Bahai werden im Jemen gelegentlich inhaftiert, misshandelt und gefoltert, vor allem durch die Behörden der Huthi-Rebellen. Sie werden auch unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Mindestens 22 Bahai waren seit Mitte September 2018 in Sana'a von den Behörden festgesetzt. Ihnen droht eine Anklage wegen Apostasie – wegen Abkehr von der staatlich sanktionierten Religion – und wegen Unterweisung im Glauben der Bahai sowie wegen Spionage; auf Letzteres steht die Todesstrafe.

Die jüdische Gemeinschaft ist eine sehr kleine religiöse Minderheit. Vermutlich gibt es nur noch etwa 50 Juden im Land. Die meisten von ihnen leben in der Hauptstadt Sana'a, die von den Huthi-Rebellen beherrscht wird. Gemäß dem jemenitischen Informationsminister Moammer al-Iryani betrachten die Huthi-Rebellen die kleine verbliebene jüdische Gemeinde als einen Feind und betreiben eine ethnische Säuberung mit dem Ziel, dass im Jemen keine Juden mehr leben. Der Minister sagte, dass die jemenitische Regierung keine Kenntnis vom Ergehen der verbliebenen Juden des Landes hat.

Weiterhin werden religiös ausgrenzende Botschaften und judenfeindliche Aussagen gedruckt, wozu auch Schulbücher der Huthi-Behörden gehören. Auch extremistische islamische Lehren wurden in diesen Schulbüchern verbreitet. In einem Buch für Drittklässler zur koranischen Kultur sind die Wörter „Amerika“ und „Israel“ mit den folgenden Worten umgeben: „Unser Feind, das Haupt des Bösen und der größte Satan.“ Schließlich spricht auch die Losung auf der Huthi-Flagge für sich selbst: „Gott ist groß. Tod über Amerika. Tod über Israel. Fluch über die Juden. Sieg dem Islam.“

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Trotz anhaltender Friedensverhandlungen ist unwahrscheinlich, dass zwischen der von Saudi-Arabien angeführten Koalition und den vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen in naher Zukunft ein Friedensabkommen abgeschlossen wird. Einschätzungen der Economist Intelligence Unit (EIU) von 2018 zufolge gibt es kaum einen gemeinsamen Nenner für Verhandlungen: Die Huthi-Rebellen haben wenig Interesse zu verhandeln und Saudi-Arabien akzeptiert keine pro-iranischen Kämpfer an seinen Landesgrenzen. Selbst wenn man sich auf ein Abkommen einigt, ist immer noch Al Kaida präsent, überdies weisen die zunehmenden Forderungen nach einer Unabhängigkeit des Südens auf ein Anhalten des Konfliktes hin.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Angesichts der schlechten Sicherheitslage wird erwartet, dass Al Kaida noch lange eine ernsthafte Gefahr im Land bleiben wird. Da islamische Milizen (wie die Huthi-Rebellen) Hauptakteure der Islamischen Unterdrückung im Jemen sind, bedeutet dies für die Religionsfreiheit für religiöse Minderheiten des Jemen nichts Gutes, namentlich für die Christen des Landes. Weil die Mehrheit der christlichen Gemeinschaft (nachdem die meisten ausländischen Christen das Land verlassen haben) Christen muslimischer Herkunft sind, wird sie in Zukunft mit noch

größerer Gefahr konfrontiert sein. Jedoch wird berichtet, dass inmitten der Unsicherheit des Krieges die Zahl der Konvertiten zum christlichen Glauben zunimmt.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die landesweiten Gräben zwischen Religionen und Stämmen vertiefen sich. Sie sind ein bedeutendes Hindernis für Frieden und Stabilität. Der anhaltende Konflikt wird wahrscheinlich die Menschen dazu zwingen, sich noch mehr auf ihre eigenen Stämme zu verlassen, was im Ergebnis das Ausmaß an Druck auf Christen muslimischer Herkunft wahrscheinlich noch erhöhen wird.

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: In der Situation des Krieges und der Anarchie wird die Korruption der staatlichen Behörden auf allen Ebenen zweifellos fortbestehen und alle ausländische Christen, die noch im Land sind, stehen weiterhin in der Gefahr, für Lösegeld entführt zu werden.

Schlussfolgerung

Nach Angaben eines Leiters einer im Land tätigen Nichtregierungsorganisation wurden in den Gebieten, die durch Truppen der von Saudi-Arabien angeführten Koalition beherrscht oder befreit wurden, in der Folge oft die Christen vor Ort von extremistischen Sunniten angegriffen. Aufgrund des zunehmenden Ausmaßes an Gewalt und Gesetzlosigkeit ist es wahrscheinlich, dass die Unterdrückung von Minderheiten einschließlich der Christen schlimmer werden wird.

zurück zur Länderübersicht

Iran: Platz 9

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Der schiitische Islam ist die offizielle Staatsreligion. Alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen.

Diktatorische Paranoia: Der unbedingte Wille zum Machterhalt zielt darauf ab, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu beschützen. Das Christentum gilt als verwerflicher westlicher Einfluss und als ständige Bedrohung der islamischen Identität der Republik.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Das iranische Regime versucht aktiv, den Einfluss des schiitischen Islam zu erweitern. Dagegen betrachtet die Regierung Christen und andere Minderheiten als ernsthafte Bedrohung. Obwohl manchmal davon berichtet wird, wie Familien und Gemeinschaften auf ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, Druck ausüben, ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als die Staatsführung.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, tragen die Hauptlast der Verfolgung – insbesondere durch die Regierung und in einem geringeren Ausmaß durch ihre Familien und die Gesellschaft. In diesen Christen muslimischer Herkunft sieht die Regierung einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Leiter von Gruppen solcher christlichen Konvertiten wurden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt und geschützt, ihre Mitglieder werden aber als Bürger zweiter Klasse behandelt. Ihnen ist der Kontakt mit (Farsi-sprachigen) Christen muslimischer Herkunft verboten, ihre Gottesdienste dürfen diese Konvertiten nicht besuchen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Berichtszeitraum des WVI 2019 wurden mindestens 67 Christen verhaftet. Viele Christen, besonders Christen mit muslimischem Hintergrund, wurden vor Gericht gestellt und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere warten noch auf ihren Prozess. Ihre Familien sind während dieser Zeit öffentlichen Demütigungen ausgesetzt.
- Mehrere Hauskirchen wurden während des Berichtszeitraums durchsucht. Die meisten von ihnen können nicht weiter als Hauskirche fungieren.
- Berichten zufolge werden Frauen oder Mädchen, die an Gottesdiensten von Hauskirchen teilnehmen, von Sicherheitsbehörden bei ihren Eltern gemeldet und behauptet, sie hätten Umgang mit Männern in einer unangemessenen Weise gehabt. Unverheiratete Frauen öffentlich anzuprangern ist ein wirksames Mittel, um ihren Ruf und sozialen Status zu schädigen. Dies gilt insbesondere für konservativ geprägte Gebiete.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Wertung blieb für den Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 bei 85 Punkten. Dies zeigt, unter welch extremem Druck Christen im Iran stehen. Das Land belegt den 9. Platz und im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem WVI des Vorjahres.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der schiitische Islam ist die offizielle Staatsreligion. Alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Die Verfassung verbietet dem Parlament Gesetze zu verabschieden, die dem Islam widersprechen und erklärt, dass ihre Vorschriften nicht geändert werden dürfen, seien sie auf den „islamischen Charakter“ des politischen Systems, auf das Gerichtswesen oder auf die Festlegung des schiitischen Islam dschafaritischer Prägung (die Dschafariya ist eine schiitische Rechtsschule) bezogen. Um die islamischen Bestimmungen zu schützen und die Vereinbarkeit der vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit dem Islam zu gewährleisten, muss ein Wächterrat, der aus schiitischen Rechtsgelehrten und Geistlichen besteht, alle Gesetzesentwürfe prüfen und genehmigen. Der Wächterrat prüft auch alle Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter wie die Präsidentschaft und das Parlament. Dies erklärt, warum selbst die Reformer innerhalb der Regierung konservativ sind, und warum Christen und andere religiöse Minderheiten von hohen Ämtern und anderen einflussreichen Positionen im System ausgeschlossen werden.

Nach Ansicht der Regierung, und im geringeren Maße auch der allgemeinen Gesellschaft, sind ethnische Perser per definitionem Muslime. Daher gelten persische Christen als Abtrünnige. Das macht fast alle christlichen Aktivitäten illegal, vor allem, wenn sie in Farsi stattfinden: Evangelisation, biblischer Unterricht, die Herausgabe christlicher Bücher oder Verkündigung in Farsi. Allerdings ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weit verbreiteten Einfluss des gemäßigteren und mystischen Sufismus zurückzuführen sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf die vorislamische persische Kultur.

Diktatorische Paranoia

Der unbedingte Wille zum Machterhalt geht mit „Islamischer Unterdrückung“ einher. Das islamische Regime ist vor allem bestrebt, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu beschützen. Das Christentum gilt als verwerflicher westlicher Einfluss und als ständige Bedrohung der islamischen Identität der Republik. Nur die traditionellen Gemeinschaften der Armenier und Assyrer werden vom Regime als christlich angesehen, obwohl auch sie als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Jede andere Form des Christentums wird als gefährlicher westlicher Einfluss behandelt, was erklärt, warum viele Christen, vor allem Christen muslimischer Herkunft, wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ verurteilt werden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Inhaftierten Christen, besonders Christen mit muslimischem Hintergrund, wird manchmal eine Entlassung gegen Kaution angeboten. Dabei geht es oft um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 200.000 US-Dollar liegen. Die betroffenen Christen oder deren Familien müssen für diese Beträge ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken belasten. Kommt die Person auf Kaution frei, ist oftmals unklar, wie lange der Besitz einbehalten wird – eine Unsicherheit, die Christen zum Schweigen bringen kann, da sie den Verlust ihres Familienbesitzes fürchten müssen. Das iranische Regime drängt Christen, die aktiv in ihrer Hauskirche sind und für ihr Engagement dort oder bei evangelistischen Aktivitäten verhaftet wurden, das Land zu verlassen und damit ihre Kaution aufzugeben. Teilweise geht dies auch mit Drohungen einher.

Konfessioneller Protektionismus

Auch wenn der Einfluss dieser Triebkraft von Verfolgung als gering eingestuft wird, bedürfen die zugrundeliegenden Probleme weiterer Ausführung: In den Medien und auf internationaler Ebene unterstreichen die iranischen Behörden gerne die Präsenz von Vertretern der armenischen und assyrischen Kirche, um einen Eindruck religiöser Toleranz des Landes zu vermitteln. Solche Kirchenvertreter äußern sich öffentlich zu „der Freiheit, die alle Christen genießen", auch wenn tatsächlich nur ein kleiner Teil der christlichen Gemeinde ein sehr begrenztes Maß an Freiheit genießt. Derartige Aussagen werden oft benutzt, um anderen christlichen Konfessionen die Legitimation abzusprechen – vor allem protestantischen Christen muslimischer Herkunft, die sich den staatlichen Einschränkungen nicht beugen und ihre Religionsfreiheit in stärkerem Maße ausüben wollen.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Regierungsbeamte sind für die vielen Verhaftungen und Verurteilungen von Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verantwortlich. Alle christlichen Gruppen werden durch die Geheimdienste streng überwacht, selbst die offiziell anerkannten traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen. Durch diese enge Überwachung und die Verhaftungen derer, die das Evangelium weitergeben, übt die Regierung Druck aus, um sicherzustellen, dass Christen nicht unter Muslimen missionieren.

Das derzeitige politische Spektrum im Iran ist im Prinzip zwischen der islamischen Linken (den Reformern) und der islamischen Rechten (den Prinzipalisten) gespalten. Die Reformer dominieren das Parlament, die islamische beratende Versammlung, genannt Madschles. Der wiedergewählte Präsident Rohani kann als Reformer angesehen werden. Allerdings dominieren die Prinzipalisten den Wächterrat, der sein Veto gegen alle Gesetze des Parlaments einlegen kann. Die Ernennungen der Mitglieder des Wächterrats werden vom Obersten Religionsführer des Iran, der die höchste Autorität im Land hat, kontrolliert. Dieser ist selbst Prinzipalist. Auf diese Weise hat das gemäßigte Parlament nicht viel Macht, um Veränderungen herbeizuführen. Solange der rechte Flügel den Iran als islamisches Land für schiitische Muslime betrachtet, das von westlichen (christlichen) Ländern und deren Kultur bedroht ist, werden Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verfolgt.

Die Prinzipalisten stärken ihre Unterstützerbasis zum Beispiel durch die Revolutionsgarde, besonders durch eine Freiwilligen-Miliz, genannt Basidsch. Dies ist eine fanatische paramilitärische Gruppierung der Rechten, die für ihre Loyalität zum Obersten Religionsführer bekannt ist. Die Miliz verfügt über

Büros und Stützpunkte im ganzen Land. Sie sichert die Unterstützung für die Prinzipalisten und, wenn sie dazu aufgefordert wird, übt sie Gewalt gegen alle Feinde des Staates aus, Christen mit einbegriffen.

Nichtchristliche religiöse Leiter, wie muslimische Geistliche, rufen manchmal zu Gewalt gegen Minderheiten auf. Obwohl die iranische Gesellschaft im Vergleich zu ihrer Führung gemäßigt ist, üben Familien oft Druck auf Angehörige aus, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

„Diktatorische Paranoia“ und „Islamische Unterdrückung“ sind im Iran ineinander verschlungen. Andere Ideologien und Religionen zu verdrängen hilft den führenden iranischen Klerikern, ihre Macht zu erhalten. Ihr Ziel ist es, ein nach den Regeln des schiitischen Islam regierten Landes zu schaffen. Laut des Länderberichts zum Iran im Bertelsmann Transformation Index 2018 wird der Iran de facto von „einigen einflussreichen Klerikern und ihren Familienangehörigen gesteuert, die Monopole auf lukrative Wirtschaftsbereiche insbesondere den Import bestimmter Waren halten." In diesem Bericht heißt es auch, dass „der Privatsektor nur etwa 20 Prozent der Gesamtwirtschaft ausmacht", womit die große Rolle des Staates, und die enormen wirtschaftlichen Interessen der Machthaber aufgezeigt werden.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Die Regierung nutzt Kautionszahlungen, um verurteilte Christen vorsätzlich verarmen zu lassen, und drängt sie dazu, das Land zu verlassen. Einige Beamte nutzen das System aus, um sich selbst zu bereichern, wie die britische Zeitung „The Guardian“ im Juli 2018 zum Fall von Mahmoud Sadeghi berichtete.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

Die armenischen und assyrischen Christen verfügen über drei Repräsentanten im iranischen Parlament. Sie stellen den Iran als ein freies Land dar, in dem Minderheiten die gleichen Rechte haben wie alle anderen Bürger. Sie gehen sogar so weit, die iranische Regierung und die Sicherheitsbehörden zu loben, sie würden durch ihr Eingreifen in den Krieg im benachbarten Syrien andere ethnisch-christliche Minderheiten im Ausland schützen, obwohl Christen im eigenen Land zu langen Haftstrafen verurteilt werden. Jedoch ist dies wahrscheinlich der einzige Weg, um als ethnisch-christliche Minderheit inmitten des Drucks der Regierung zu überleben.

4. Hintergrund

Die iranische Regierung geht weiterhin hart gegen Christen mit muslimischem Hintergrund vor, um in Fortführung der Islamischen Revolution von 1979 einen islamischen Staat auf Grundlage des schiitischen Islam zu schaffen. (Es kann jedoch irreführend sein, die Iranische Revolution von 1979 als "Islamische Revolution" zu bezeichnen – auch wenn das sehr gut in die Geschichtsschreibung des Regimes passt. Denn diejenigen, die gegen den Schah putschten, hatten nicht einfach nur islamische oder schiitische Vorstellungen und Absichten - Kommunisten spielten beispielsweise ebenso eine Rolle. Andere Gruppierungen wurden jedoch nach der Revolution verdrängt, viele ihrer Anhänger wurden vom neuen Regime umgebracht.)

Heute versucht die Regierung aktiv, den Einfluss des schiitischen Islam in der Region auszudehnen. Sie nutzt dazu internationale Diplomatie, wirtschaftliche Anreize und sogar Militärinterventionen. Die Anwendung von Gewalt, selbst gegen die Bürger des eigenen Landes, schafft in Verbindung mit einer starken Ideologie einen totalitären Staat.

Im Juli 2015 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Iran und sechs Weltmächten getroffen, die darauf abzielte, das iranische Atomprogramm einzuschränken und im Gegenzug die Sanktionen zu lockern. Diese Vereinbarung wurde während der ersten Amtszeit von Präsident Rohani getroffen, der als gemäßigt bekannt ist. Die Erfolge der Gemäßigten bei den Wahlen zum iranischen Parlament und zum Expertenrat im Februar 2016 sowie die Wiederwahl von Präsident Rohani im Mai 2017 scheinen den Aufstieg der gemäßigten Politik im Iran zu unterstreichen. Allerdings wurde ein anti-westlich eingestellter Hardliner zum Vorsitzenden des Expertenrats gewählt – er steht damit derjenigen Versammlung vor, welche die Aufgabe hat, die höchste Autorität im Iran zu wählen, den Obersten Religionsführer. Das zeigt erneut eindeutig, dass letztlich der Oberste Religionsführer Ajatollah Ali Chamenei, die politischen Strippen im Iran zieht – ungeachtet aller vorgeblichen demokratischen Prozesse. Nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika im Mai 2018 aus dem Atomabkommen ausgestiegen sind und die Sanktionen wiedereingesetzt haben, könnten die konservativen Hardliner künftig weiteren politischen Einfluss im Iran erhalten und die moderaten Reformer dafür verantwortlich machen, dem Erzfeind Amerika überhaupt vertraut zu haben.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören ausländische Christen und Arbeitsmigranten aus Asien (z. B. von den Philippinen oder Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige einer katholischen, lutherischen oder presbyterianischen Kirche. Einige ausländische Gemeinden mussten schließen, nachdem einheimische Christen muslimischer Herkunft an den Gemeindeversammlungen teilgenommen hatten. Gemeinsame jährliche Gebetstreffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit abgesagt, weil der Druck vonseiten des iranischen Sicherheitsapparates zu hoch war.

Christen aus traditionellen Kirchen

Volksgruppen wie die Armenier oder Assyrer sind traditionell mehrheitlich Christen; sie leben als Minderheiten im Land, sind aber relativ frei in der Ausübung ihres Glaubens und dürfen Angehörigen ihres eigenen Volkes in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen. Es ist ihnen jedoch verboten, (Farsi-sprachige) Menschen muslimischer Herkunft miteinzubeziehen oder sie an den armenischen und assyrischen Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Obwohl sie formell anerkannt und gesetzlich geschützt sind, werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt. Zudem riskieren sie Freiheitsentzug, körperliche Misshandlungen, Schikanen und Diskriminierung, wenn sie sich an Muslime wenden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

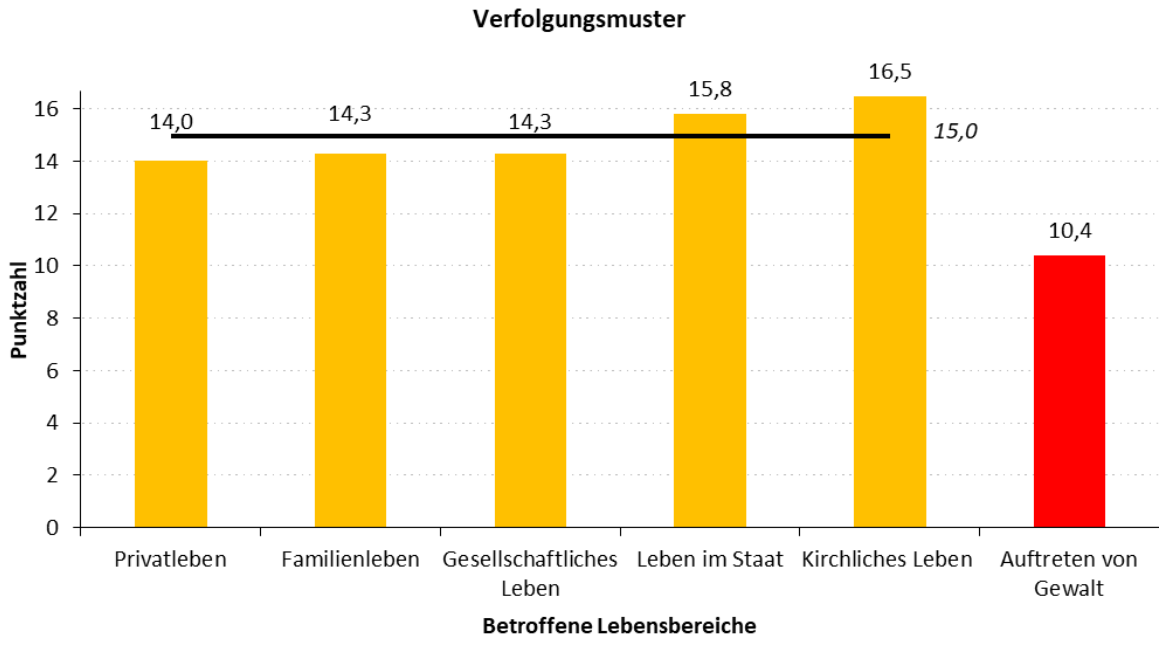
Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, machen die größte Kategorie von Christen im Iran aus. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, insbesondere durch die Regierung und in einem geringeren Ausmaß durch ihre (Groß-)Familien und die Gesellschaft. Im Gegensatz zu den traditionellen Kirchen betrachtet die Regierung sie als einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen des

Übertritts zum Christentum und somit als Angriff auf den Islam gesehen und ist deshalb verboten. Außerdem werden die meisten Kinder von Christen muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert. Besonders die Leiter von Gruppen von Christen muslimischer Herkunft wurden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Ähnliche Strafanzeigen erhielten seit 2014 jedoch vermehrt auch Mitglieder von Hauskirchen, die nicht als Leiter tätig sind. Aufgrund dieses hohen Drucks müssen Christen mit muslimischem Hintergrund sehr vorsichtig sein, und viele von ihnen leben ihren Glauben isoliert, ohne Gemeinschaft mit anderen Christen. Es gibt zudem eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen weltweit, da viele Christen muslimischer Herkunft im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland Christen geworden sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Eine weitere Gruppe von Christen besteht aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden. Zwar ist es schwierig, eine scharfe Trennung zwischen ihnen und den Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft zu ziehen, doch haben die Christen protestantischer Freikirchen oft einen armenischen, assyrischen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund; andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt und werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie sich bei evangelistischen Aktivitäten oder in Hauskirchen engagieren.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Iran

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen bleibt auf dem gleichen extrem hohen Niveau wie im WVI 2018 (15,0 Punkte). Die iranische Regierung übt in großem Umfang Druck auf Christen aus.
- Auch wenn dieser Druck in allen Lebensbereichen äußerst hoch ist, die höchste Stufe erreicht der Druck im „Kirchlichen Leben“ und im „Leben im Staat“. Darin spiegelt sich, dass Druck hauptsächlich von der Regierung ausgeht. Das gesamte kirchliche Leben ist stark eingeschränkt, auch das der offiziell anerkannten armenischen und assyrischen Kirchen, die das Evangelium nicht weitersagen und in ihren Gottesdiensten kein Farsi sprechen dürfen.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist im Vergleich zum WVI 2018 von 10,0 auf 10,4 Punkte gestiegen. Dieser Anstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass berücksichtigt wurde, dass christliche Frauen aus religiösen Gründen zur Heirat gezwungen wurden, etwa wenn Christinnen mit muslimischem Hintergrund einen muslimischen Ehemann heiraten müssen.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft können ihren christlichen Glauben nicht öffentlich leben. Jeder Hinweis für ihr soziales Umfeld, dass sie Christen sein könnten, hätte ernsthafte Folgen. Wenn in ihrer Familie außer ihnen niemand an Jesus Christus glaubt, müssen sie sehr vorsichtig sein, wie sie im privaten Kontext ihren Glauben leben. Für alle Christen kann es gefährlich sein, christliche Literatur in Farsi zu besitzen – besonders in größerer Anzahl, da dies darauf hindeutet, dass sie zur Weitergabe an muslimische Iraner gedacht ist. Christen aus traditionellen Kirchen dürfen christliche Literatur in ihrer Muttersprache (Armenisch oder Assyrisch) besitzen, ohne Schwierigkeiten befürchten zu müssen.

Familienleben

Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn einer ihrer Angehörigen den Islam verlässt. Im Falle einer Erbschaft oder von Sorgerechtsfragen bei einer Scheidung wird häufig zum Nachteil der Christen entschieden, wenn die anderen Familienangehörigen muslimisch sind. Beispielsweise kann jemand, der kein Muslim ist, nicht von einem Muslim erben. Ein muslimischer Mann kann zwar eine nichtmuslimische Frau heiraten, das Gegenteil ist jedoch nicht der Fall – eine Ehe zwischen einem nichtmuslimischen Mann und einer muslimischen Frau wird nicht einmal als solche anerkannt. In der Schule werden Kinder, deren Eltern Christen muslimischer Herkunft sind, zu Muslimen gezählt und verpflichtet, am Islamunterricht teilzunehmen. Bei akademischen Bildungsgängen sind alle Christen gezwungen, islamische Kurse zu belegen. Im Allgemeinen ist das Bildungssystem stark von schiitischen Lehren geprägt.

Gesellschaftliches Leben

Durch ständige Benachteiligung werden alle Christen im Iran mehr oder weniger unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Vor allem in Dörfern, ländlichen Regionen und in konservativ geprägten Städten werden Christen muslimischer Herkunft als unrein angesehen. Extremistische Muslime geben Christen nicht die Hand, berühren sie nicht und nehmen kein von ihnen zubereitetes Essen zu sich. Am Arbeitsplatz, sowohl an staatlichen als auch an privaten Arbeitsstätten, müssen alle Christen mit Schikane und Diskriminierung rechnen, besonders gilt das aber für Christen muslimischer Herkunft, deren christlicher Glaube entdeckt wird.

Leben im Staat

Alle Christen sind von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, mit Ausnahme von drei Sitzen im Parlament, die für Christen der aramäischen und assyrischen ethnischen Minderheit reserviert sind. Es gibt keine Meinungsfreiheit im Iran, und Kritik an der Regierung kann schwerwiegende Folgen haben. Von der Regierung multimedial verbreitete Hetze und Hassreden gegen iranische Christen, vor allem gegen Protestanten, und christenfeindliche Rhetorik von Imamen waren während des Berichtszeitraums zum WVI 2019 weiterhin auf einem hohen Niveau.

Kirchliches Leben

Jedem Muslim, der den Islam verlässt, droht offiziell die Todesstrafe wegen Apostasie. Jedoch war die einzige Person, die im Iran deshalb hingerichtet wurde, Pastor Hossein Soodmand im Jahr 1990. Infolgedessen geriet das Regime unter starken Druck der internationalen Gemeinschaft und führte keine weiteren Hinrichtungen wegen Apostasie durch. Im Fokus der Regierung stehen Christen, die auch auf Konvertiten zugehen; selbst etablierte Kirchen sind nicht vor Schikane gefeit, wenn sie sich um Muslime kümmern: Ihre Mitglieder werden von der Polizei verhört, verhaftet, ins Gefängnis geworfen und geschlagen. Viele, wenn nicht alle, öffentliche Gottesdienste werden geheimdienstlich überwacht. Die Regierung hat ihre Anstrengungen weiter verstärkt, Farsi-sprachige Christen aus dem Land zu vertreiben. In den letzten Jahren wurden viele Kirchen geschlossen, enteignet oder dazu gezwungen, Gottesdienste in Farsi aufzugeben. Auch wurden die Kirchenleiter oft verhaftet. Offiziell gibt es nur noch drei kleine Farsi-sprachige Kirchen im Land. Sie werden genaustens beobachtet, dürfen keine neuen Mitglieder mit muslimischem Hintergrund aufnehmen, und die verbleibenden Gemeinden überaltern. Die strenge Überwachung von Hauskirchen löst bei deren Mitgliedern zunehmend Furcht aus. Evangelisation, biblischer Unterricht sowie die Veröffentlichung oder der Import von Bibeln auf Farsi sind illegal.

Auftreten von Gewalt

Während des Berichtszeitraums des WVI 2019 ging die meiste Gewalt gegen Christen von der Regierung aus; mindestens 82 Christen waren zumindest zeitweise inhaftiert. Die stärkste Verfolgung erlitten Christen mit muslimischem Hintergrund, die daran beteiligt waren, Muslimen aktiv das Evangelium zu verkündigen. Häuser von Christen mit muslimischem Hintergrund wurden durchsucht und viele christliche Konvertiten wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Regierung führte außerdem ihre Praxis fort, inhaftierte Christen unter finanziellen Druck zu setzen, indem sie unverhältnismäßig hohe Kautionssummen verlangte.

Beispiele dazu im Abschnitt "Zusammenfassung".

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Das „Tahirih Justice Center" berichtet, dass Frauen und Mädchen in der iranischen Gesellschaft besonders verwundbar sind, weil sie von ihren Ehemännern und Vormündern abhängig sind. Es gibt kaum Schutz vor (sexuellem) Missbrauch und häuslicher Gewalt. Ferner ist die Thematik von Ehre und Schande ein wichtiger Bestandteil der iranischen Gesellschaft. Die Hinwendung einer Frau zum christlichen Glauben und ihre Verhaftung sind für die Familie deshalb oft noch beschämender, als wenn ein männliches Familienmitglied den Islam verlässt – zumal die Festnahme und Inhaftierung von

Frauen kulturell als besorgniserregender gilt, weil sie möglicherweise Opfer von sexueller Belästigung durch Sicherheitskräfte werden könnten.

Berichten zufolge werden Frauen oder Mädchen, die an Gottesdiensten von Hauskirchen teilnehmen, von Sicherheitsbehörden bei ihren Eltern gemeldet und gesagt, sie hätten Umgang mit Männern in einer unangemessenen Weise gehabt. Unverheiratete Frauen öffentlich anzuprangern, ist ein wirksames Mittel, um ihren Ruf und sozialen Status zu schädigen. Dies gilt insbesondere für konservativ geprägte Gebiete. Da iranische Frauen nicht frei und allein reisen können, wird die Flucht aus einer gefährlichen Situation schwierig, ebenso wie die Suche nach einer sicheren Unterkunft. Damit stehen sie in der Gefahr, ausgebeutet zu werden. Wenn eine Konvertitin Mutter ist, wird ihr meistens auch das Sorgerecht für die Kinder entzogen – was großes Leid für Mutter und Kinder verursacht.

Dennoch nehmen mehr Frauen als Männer im Iran den christlichen Glauben an. Die Zahl von Christinnen mit muslimischem Hintergrund, die verhaftet und festgehalten wurden, ist gestiegen, seitdem die Regierung begonnen hat, nicht nur Leiter von Hauskirchen, sondern auch andere Mitglieder dieser Gemeinden ins Visier zu nehmen. Trotzdem bleibt die Zahl der Verhaftungen von Frauen hinter der von Männern zurück. Ein Grund dafür könnte sein, dass Verurteilungen von Frauen zu Gefängnisstrafen negative internationale Konsequenzen für das iranische Regime haben könnten, da die Öffentlichkeit dazu neigt, mehr Mitgefühl mit weiblichen Häftlingen zu haben. Ein weiterer Grund mag sein, dass weibliche Konvertiten in islamischen Ländern tendenziell für „irregeleitet" erklärt werden, denen man eher den richtigen Weg zeigen, als sie bestrafen müsse. Sie zu zwingen, einen muslimischen Ehemann zu heiraten, ist eine der Methoden, die in dieser Hinsicht angewandt werden, auch wenn dies wohl nicht oft geschieht.

Im Allgemeinen können Frauen keine hohen öffentlichen Ämter, wie zum Beispiel ein Richteramt, einnehmen, da das iranische Zivilrecht im Einklang mit der Scharia steht.

Männer

Im Berichtszeitraum des WVI 2019 wurden mehr Männer durch die Regierung verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt, als Frauen. Ein Grund dafür könnte sein, dass Männer mehr Leitungspositionen innerhalb der verschiedenen (Untergrund-)Kirchen im Iran innehaben, obwohl Kontaktpersonen darauf hinweisen, dass Hauskirchen auch oft von Frauen geleitet werden. In ihren Familien sind sie meist die Hauptverdiener, besonders wenn die Kinder noch klein sind. Wenn sie sich dem christlichen Glauben zuwenden, riskieren sie, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, vor allem wenn sie verhaftet werden. Dies setzt die Familien unter zusätzlichen (finanziellen) Druck. Und wenn alleinstehende christliche Männer durch Überwachung und Bedrängung unter erhöhten Stress geraten, fliehen sie häufig aus dem Land, wodurch ihre Herkunftsfamilien emotional und finanziell in Mitleidenschaft gezogen werden.

Im Gegensatz zu Frauen werden Männer nicht als „irregeleitet" erachtet, sondern als solche, die vorsätzlich falsche Entscheidungen treffen. Daher sind ihre Strafen härter, und sie erleiden mit höherer Wahrscheinlichkeit körperlichen Missbrauch und Folter. Ihnen stehen lange Haftstrafen bevor, und viele sind gezwungen in westliche Länder auszuwandern. Das schwächt die Kirche, denn diese Männer fehlen ihr als erfahrene Gemeindeleiter.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bahai, Sunniten, Sufis (Derwische) und andere religiöse Minderheiten werden im Iran ebenso verfolgt. Seit vielen Jahren wurde kein Christ mehr vom Regime getötet, wahrscheinlich aus Angst vor den daraus resultierenden internationalen Folgen. Jedoch wurden viele Regimekritiker anderer Gruppen hingerichtet – vor allem unter dem Vorwurf des Terrorismus (anstelle von „Apostasie"). Auch ethnische Minderheiten wie Kurden, Belutschen und iranische Araber werden von der Regierung verdächtigt und verfolgt.

Beispiele:

- Im März 2018 berichtete die Bahai-Gemeinde, dass zu diesem Zeitpunkt mindestens 97 ihrer Mitglieder inhaftiert waren.
- Im Juni 2018 berichtete Amnesty International über die Hinrichtung eines Busfahrers, der den sufistischen Derwischen angehörte. Laut diesem Bericht wurde ihm vorgeworfen, mit seinem Bus drei Polizisten überfahren zu haben. Er beteuerte, er sei zum Zeitpunkt des Vorfalls nicht einmal in der Nähe des fraglichen Ortes gewesen.
- Im September 2018 wurden mindestens 20 Anhänger der Bahai von Staatssicherheitsbeamten verhaftet. Auch Computer und Literatur wurden beschlagnahmt. (Quelle: Iran Human Rights Monitor, 27 September 2018).

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die konservativen Kreise innerhalb der iranischen Regierung, die als Prinzipalisten bekannt sind, wollen ihre Stellung wahren und fürchten jegliche Verletzung der Werte der Islamischen Revolution von 1979. Wahrscheinlich werden sie versuchen der derzeitigen, eher gemäßigten Entwicklung, entgegenzutreten, indem sie jeden Versuch, soziale oder politische Reformen einzuführen, blockieren werden. Dass das Atomabkommen nicht das Ende der Werte der Revolution bedeutet, wird auch im scharfen Vorgehen gegen Medien, Menschenrechts- und politische Aktivisten sichtbar. Der Druck auf Iraner mit doppelter Staatsbürgerschaft wurde erhöht, weil sie Verbindungen ins Ausland und zu ausländischen Firmen unterhalten. Auch der Druck auf Dissidenten, einschließlich religiöser Minderheiten, hat aufgrund ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen zugenommen. Sie gelten als Bedrohung für den islamischen Charakter der Republik. Ein Teil dieser Unterdrückung spiegelt sich in der gestiegenen Zahl der Verhaftungen wider, aber auch in Hetzkampagnen gegen religiöse Minderheiten, insbesondere gegen Christen und Anhänger der Bahai.

Die Entwicklung einer moderateren Politik könnte rasch an ihr Ende kommen, da die USA nicht mehr Teil des Atomabkommens sind, und die Sanktionen wieder eingeführt wurden. Dies wird jene wachsende Bevölkerungsgruppe enttäuschen, die ihr Vertrauen in die Regierung und deren islamische Doktrin verloren haben. Die anhaltenden und wachsenden Proteste, sogar in ländlichen und konservativen Gebieten des Landes, sind ein Zeichen dafür, dass die iranische Bevölkerung sich Veränderung wünscht. Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2019 wurden sogar Lehrer nach einem Sitzstreik verhaftet; Stahlarbeiter skandierten Protestrufe, in denen die Regierenden als „Diebe" bezeichnet wurden. Immer mehr Bürger, so scheint es, wollen nicht nur eine moderatere Politik – sie wollen einen Wandel des gesamten politischen Systems. Dies untergräbt die Autorität des

Regimes. Als Reaktion darauf und aus der Angst heraus, die Iraner könnten ihren Glauben an die Prinzipien der Islamischen Revolution verlieren, erhöht die Regierung den Druck auf jede Gruppe, die eine Alternative zur schiitischen islamischen Ideologie unterstützt. Um der sich abzeichnenden Radikalisierung unter den Regimegegnern entgegenzuwirken, entwickelt sich eine Gegenradikalisierung unter den Regimeanhängern. Damit entsteht eine neue Generation kämpferischer Hardliner. In gewisser Weise hat das Atomabkommen den internen politischen Machtkampf im Iran weiter angeheizt. In diesem Konflikt, der voraussichtlich nicht so schnell beigelegt werden wird, scheint der Wahlsieg des gemäßigten amtierenden Präsidenten Rohani im Mai 2017 über den sehr konservativen Kandidaten, der vom Obersten Religionsführer unterstützt wurde, darauf hinzudeuten, dass die Mehrheit der iranischen Gesellschaft die Reformer unterstützt. Diese Unterstützung könnte jedoch nachlassen, wenn Rohanis Politik keinen wirtschaftlichen Fortschritt mit sich bringt.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Solange das gegenwärtige islamische Regime die Kontrolle über alle staatlichen Institutionen behält und die iranische Wirtschaft fest im Griff hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Dinge im Iran grundlegend ändern werden. Positiv ist die Entwicklung in dem Sinne, dass immer mehr Iraner dem Regime nicht mehr vertrauen und offen nach Veränderung rufen. Möglich ist ein Wechsel von der Staatsreligion hin zu einer Form des Säkularismus, dessen Einfluss deutlich zunimmt. Noch ist dieser jedoch zu schwach, um davon in naher Zukunft eine wirkliche Veränderung erwarten zu können.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Da mehr Interaktion mit der übrigen Welt möglich wird – durch das Internet und auch die vielen tausenden Iraner im Ausland – dürften die Sicherheitsdienste ihre Überwachung intensivieren. Infolgedessen könnten religiöse Minderheiten, wie Christen und Anhänger der Bahai, genauer beobachtet werden – insbesondere solche, die Kontakte zu westlichen Glaubensgenossen pflegen. Es wird berichtet, dass christliche Medien und Websites in Farsi besonders genau beobachtet werden.

Schlussfolgerung

Aufgrund der enormen Machtbasis der Konservativen (einschließlich dem Militär und den Revolutionsgarden) und ihrer Verbindungen zur Justiz, ist der Ausgang des internen Machtkampfes ungewiss. Zumindest auf dem Papier könnten sich die aktuellen Entwicklungen langfristig für Christen und andere Minderheiten positiv auswirken; vorerst bleibt der Druck auf sie jedoch extrem hoch.

zurück zur Länderübersicht

Indien: Platz 10

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Religiös motivierter Nationalismus: Die Entschlossenheit und Aggressivität hinduistischer Organisationen haben über die Jahre zugenommen. Sie treten mit dem Anspruch an, Indien gehöre dem Hinduismus und fordern, andere Religionen sollten aus dem Land vertrieben werden. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien – er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus, wie etwa von extremistischen Buddhisten in Ladakh, dem Neobuddhismus in Maharashtra und Uttar Pradesh sowie extremistischen Sikhs im Punjab.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Der zunehmende Einfluss einer intoleranten Form des Hinduismus stellt die Christen in Indien vor enorme Probleme. Die gewalttätigen Angriffe von lokalen extremistischen Hindu-Gruppen sowie wütenden Mobs von Dorfbewohnern, die von hinduistischen Geistlichen aufgestachelt wurden, verhindern die Behörden nicht. Diese lokalen, staatlichen und nationalen Behörden sind oft von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Partei (BJP) dominiert. Das bedeutet, dass Hindu-Extremisten quasi straffrei agieren können.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Alle Christen in Indien sind Verfolgung ausgesetzt, da extremistische Hindus sie als Fremdkörper im Land betrachten. Sie wollen ihr Land von Islam und Christentum reinigen und schrecken auch nicht davor zurück, erhebliche Gewalt einzusetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Christen, die einen hinduistischen Hintergrund haben, tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung. Sie werden beständig unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren, insbesondere durch die Rückbekehrung-Kampagnen „Ghar Wapsi“ (zu Deutsch etwa „Zurück zu den Wurzeln“ oder „Heimkehr“). Oft werden sie auch körperlich angegriffen, manchmal sogar getötet.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Wie die katholische Nachrichtenagentur „UCAN“ berichtete, wurden am 19. Juni 2018 fünf christliche Frauen im Alter von 20 bis 35 Jahren, die im Bundesstaat Jharkhand ein Straßentheaterstück aufgeführt hatten, entführt und anschließend in einem Wald durch eine Gruppe von Männern vergewaltigt. Die Polizei erklärte, der Übergriff sei zudem mit Handys gefilmt worden.
- Gemäß der katholischen Nachrichtenagentur „AsiaNews” und eigenen Recherchen wurde am 20. Januar 2018 der Leichnam von Pastor Gideon Periyaswamy in Adaiyalchary (Kanchipuram Bezirk, Tamil Nadu) gefunden. Er war am Strohdach seines Hauses aufgehängt worden, eine Woche nachdem er sich bei der Polizei über extremistische Hindus beschwerte hatte.
- Am 14. Dezember 2017 wurde eine Gruppe der theologischen Hochschule „St. Ephrem‘s“ in Satna, Madhya Pradesh, von der Polizei festgenommen. Die Gruppe von dreißig Studenten und

zwei Priestern wurde verhaftet, als sie auf dem Weg zu christlichen Einrichtungen in Satna waren und Weihnachtslieder sangen – eine nicht unübliche Aktivität in der Weihnachtszeit. Wie die Menschenrechtsorganisation „International Christian Concern“ berichtete, inhaftierte die Polizei sie aufgrund einer Beschwerde von rechtsgerichteten Hindu-Aktivisten, die sie beschuldigten, an Bekehrungsversuchen beteiligt gewesen zu sein – eine Anklage, die häufig gegen Christen angewandt wird.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Indien erreicht Platz 10 mit 83 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Nach Indiens Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2018 beträchtlich gestiegen war, bestand die Hoffnung, dass die Verfolgung der Christen durch Hindu-Extremisten im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 abnehmen würde. Aber diese Hoffnungen wurden enttäuscht: Hindu-Extremisten führten ihre Angriffe fort und verstärkten sie sogar. Nun stehen im Mai 2019 wieder Wahlen an; es wird erwartet, dass der religiös motivierte Nationalismus einen neuen Höhepunkt erreichen wird und dass Christen und Muslime noch stärker ins Visier geraten als bisher. Es ist also möglich, dass der diesjährige geringfüge Anstieg der Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex nur eine sprichwörtliche „Ruhe vor dem Sturm“ darstellt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die Entschlossenheit und Aggressivität hinduistischer Organisationen haben über die Jahre zugenommen. Sie treten mit dem Anspruch an, Indien gehöre dem Hinduismus und fordern, andere Religionen sollten aus dem Land vertrieben werden. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien – er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus, wie etwa von extremistischen Buddhisten in Ladakh, dem Neobuddhismus in Maharashtra und Uttar Pradesh sowie extremistischen Sikhs im Punjab. Seit 2014 beeinflusst religiös motivierter Nationalismus auch Stammesgruppen und führt dazu, dass sie ihre Religionen als zum Hinduismus zugehörig betrachten.

3. Verfolger

Ausgehend vom religiös motivierten Nationalismus

- Regierungsbeamte auf der lokalen Ebene können großen Druck auf Christen ausüben. Da Religion hauptsächlich eine bundestaatliche Angelegenheit ist, sind es nicht so sehr die zentralen Behörden in Delhi – auch wenn deren Einstellung, bei Gräueltaten wegzuschauen, zu einem wachsenden Maß an Straffreiheit führt. Der meiste Druck kommt vielmehr von Regierungsbeamten auf der lokalen Ebene der Bundesstaaten, die von der BJP regiert werden, und von örtlichen Behörden, die sich unter Umständen mit hindu-extremistischen Gruppen vor Ort verbünden.

- Anführer ethnischer Gruppen üben meistens Druck auf Christen mittels zweier Vorwürfe aus: Verlassen der Kultur der Vorfahren und Beleidigung der Religion der Gruppe, also des Hinduismus.
- Nichtchristliche religiöse Leiter sind großteils dafür verantwortlich, Vorurteile gegen Christen unter der hinduistischen Mehrheit zu verbreiten. Beispiele dafür sind: Yogi Adityanath, der Gründer der „Hindu Yuva Wahini“, eine Miliz, die für die meisten Angriffe in Uttar Pradesh verantwortlich ist; Sakshi Mahraj, Sadhvi Pragya, Sadhwi Prachi, Rajrajeshwaracharya, Narendra Maharaj und viele andere, die für ihre unaufhörlichen und offenen Hassreden gegen Christen bekannt sind. Sie fungieren als Vermittler zwischen religiös-nationalistischen Ideologien und deren Umsetzung vor Ort; sie verbreiten Fehlinformationen über und planen gewalttätige Taten gegen Christen und andere Minderheiten und führen diese aus.
- Verschiedene extremistische Hindu-Gruppen sind in Indien aktiv: BJP, Vishva Hindu Parishad (VHP), Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), Sangh Parivar und andere. Es sind fast immer solche Gruppen, die hinduistisch motivierten Druck auf Christen ausüben. Andere gewalttätige Gruppen sind maoistische Naxaliten und islamische Gruppen, wie etwa der Islamische Staat, obwohl letztere in Indien noch keine Christen angegriffen haben.
- Gewöhnliche Bürger: Auf dörflicher Ebene spielen Mitglieder der Dorfgemeinschaft eine große Rolle bei der Verfolgung von Christen, sowohl von christlichen Konvertiten hinduistischer Herkunft als auch von anderen Christen. Meistens sind es diese Dorfbewohner, die Christen anfeinden, beispielsweise indem sie sie verprügeln, Kirchen niederbrennen oder Friedhöfe schänden.
- Familienmitglieder: Die Art der Verfolgung ähnelt der des vorherigen Punkts, spielt sich aber im Familienkontext ab. Nahe Verwandte christlicher Konvertiten werden eine Bekehrung zum christlichen Glauben als Schande für die Familie betrachten und dementsprechend handeln.
- Politische Parteien: Die BJP hat die Mehrheit in der Zentralregierung Indiens. Die Partei ist der politische Arm des RSS, einer hindu-nationalistischen und paramilitärischen Organisation, die für ihre hinduistisch-extremistische Ideologie bekannt ist. Der RSS ist die Mutterorganisation allerlei Arten des indischen Hindu-Extremismus. Alle führenden Politiker der regierenden BJP haben eine Verbindung zum RSS. Tatsächlich sind BJP-Mitglieder normalerweise auch Mitglieder des RSS oder einer seiner fünfunddreißig Ableger. Die BJP hat militante Flügel des Hindu-Nationalismus, auch „Hindutva“ genannt, im ganzen Land direkt politisch unterstützt. Der „Chief Minister“ (vergleichbar mit einem deutschen Ministerpräsidenten) des Bundesstaats Jharkhand, Raghubar Das, Adityanath als Chief Minister von Uttar Pradesh, Manohar Lal Khattar als Chief Minister von Haryana, Rajnath Singh als Innenminister von Indien und andere Minister der BJP haben sich öffentlich gegen Christen und andere Minderheiten ausgesprochen. Mit der BJP an der politischen Macht fühlen sich extremistische Hindus ermächtigt, Christen zu verfolgen und genießen dabei gewissermaßen Straffreiheit.

4. Hintergrund

Das jahrhundertealte Kastensystem ist so tief in der indischen Seele verwurzelt, dass seine Abschaffung nahezu unmöglich ist. Selbst Religionen, die das Kastensystem nicht anerkennen und eine Lehre der Gleichheit aller Menschen vertreten, sind von dem System geprägt, das sie eigentlich bekämpfen. Der Islam, die Sikh-Religion und selbst das Christentum sind dafür Beispiele. Obwohl die Regierung das Kastensystem verboten hat, kommt die indische Nation nicht davon los; Menschen niederer Kasten

und Unberührbare (Dalits und Adivasi) werden weiterhin schlecht behandelt und als nicht gleichwertig angesehen. Einige Beobachter sprechen sogar von einem „rassistischen“ System.

Seit Mai 2014 wird Indien von der BJP unter Ministerpräsident Narendra Modi regiert. Seitdem hat der extremistische Hinduismus, der bereits unter der Vorgängerregierung vorhanden war, stetig an Einfluss zugenommen. Trotz wachsender Intoleranz und häufiger Angriffe auf Angehörige religiöser Minderheiten ist die Regierung gegenüber den Tätern stumm geblieben. Die Hindu-Extremisten sehen sich dadurch dazu ermutigt, ihre Aktionen auszuweiten. Der Mangel an Strafverfolgung ist größer als je zuvor, und die Anzahl an gewalttätigen Übergriffen auf Christen hat eine alarmierende Höhe erreicht.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 starteten extremistische Hindus die „Zurück-zu-den-Wurzeln-Kampagne“ („Ghar Vapsi“). Auf diesem Weg sollen Muslime und Christen zurück zum Hinduismus geführt werden. Bei großen Massenveranstaltungen kehrten Hunderte zum Hinduismus zurück. Die Kampagne erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2015 und Anfang 2016, wurde aber 2018 fortgeführt.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es existieren mehrere Gruppen ausländischer Christen in Indien. Zu ihnen gehören nicht nur Christen aus der westlichen Welt, die in Indien leben und ihre eigenen Kirchengemeinden haben, sondern auch Flüchtlinge. Ein Beispiel ist eine afghanische Gemeinschaft, die sich in Neu-Delhi versammelt. Diese Arten von Gemeinschaften ziehen nur selten den Zorn extremistischer Hindus auf sich. Dies liegt einerseits daran, dass sie eine sehr homogene ethnische Zusammensetzung aufweisen, andererseits sind diese Gemeinschaften zumeist nicht sehr aktiv darin, das Evangelium an Inder weiterzugeben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele hierfür sind Christen der römisch-katholischen, orthodoxen oder anglikanischen Kirche. Diese Gemeinschaften zeugen davon, dass Christen schon seit vielen Jahrhunderten in Indien vertreten sind. So wurde die orthodoxe Mar-Thoma-Kirche von Kerala im 3. Jahrhundert gegründet. Diese Kirchen wachsen nur sehr langsam, weil sie kaum Außenstehende ansprechen, sondern vor allem innerhalb ihrer Gemeinschaften tätig sind. Trotzdem wird auch diese Gruppe manchmal von extremistischen Hindus angegriffen, indem Kirchen und Grabstätten verwüstet sowie Jesus-Statuen und Kreuze zerstört werden.

Christliche Konvertiten

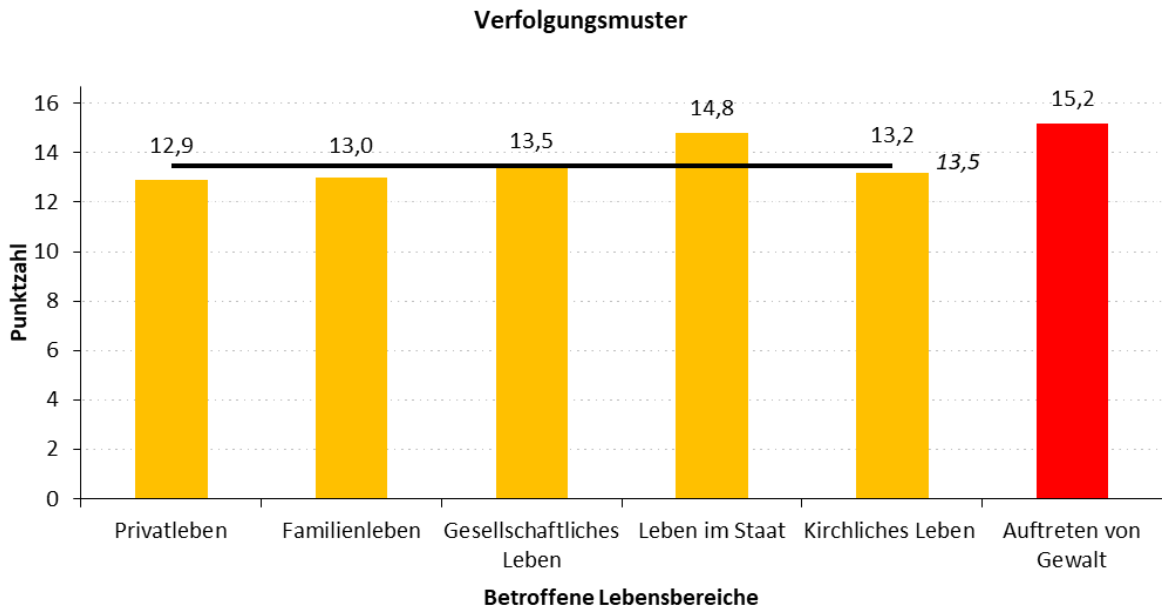
Christen hinduistischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung in Indien zu leiden. Diese Christen werden täglich drangsaliert und stehen konstant unter Druck, zum Hinduismus zurückzukehren. Sie werden oft massiv tätlich angegriffen, manchmal sogar getötet. Sie leben meist in ländlichen Gebieten, wo sie dem Druck von Familie und Freunden, ihrem Umfeld, von lokalen Hindu-Geistlichen sowie Hindu-Extremisten ausgesetzt sind.

Christen anderer religiöser Herkunft (ehemalige Muslime, Buddhisten oder Sikhs) erleben ebenfalls Druck aus ihrem sozialen Umfeld; ihre Zahl ist jedoch deutlich kleiner. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben nur dort Verfolgung, wo Muslime einen großen Teil der Bevölkerung stellen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach Konvertiten gelten Christen aus Freikirchen (etwa Baptisten, Evangelikale oder Pfingstgemeinden) als zweitwichtigstes Ziel der Hindu-Extremisten, da sie aktiv das Evangelium weitergeben. Sie sind regelmäßig Angriffen ausgesetzt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist mit 13,5 Punkten sehr hoch und im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2018 von 13,2 Punkten noch angestiegen. Die Verfolgung durch Hindu-Extremisten hat weiter zugenommen; dies schlägt sich in etwas höheren Punktzahlen in allen fünf Lebensbereichen nieder.
- Obwohl alle Lebensbereiche einen hohen Grad an Druck aufweisen, findet sich der höchste Druck im Bereich „Leben im Staat“. Christen erleben hier zunehmende Einschränkungen. Weiterführende Details finden sich im entsprechenden Abschnitt unten.
- Der Wert für Gewalt ist auf extremem Niveau, mit einem Anstieg von 14,4 im Vorjahr auf 15,2 Punkten auf dem diesjährigen Weltverfolgungsindex. Die Tatsache, dass mehr Christen in Indien umgebracht wurden als im Vorjahr, hat zu diesem Anstieg geführt.

Privatleben

Ein Glaubenswechsel wird nicht nur sozial geächtet, sondern ist auch in sieben Bundesstaaten per Gesetz verboten: in Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh, Jharkhand, Gujarat und Uttarakhand. Wenn Christen in Verdacht geraten, ihren Glauben aktiv weiterzugeben, und dann eine Beschwerde eingereicht wird, werden ihre Häuser häufig sowohl von nichtstaatlichen Akteuren als auch von der Polizei durchsucht. Werden dabei Materialien wie christliche Literatur entdeckt, werden sie vernichtet oder beschlagnahmt. Es kann gefährlich sein, sich als Christ zu erkennen zu geben. Drohungen in sozialen Medien sind an der Tagesordnung. In ländlichen Gebieten lösen sichtbare Zeichen für einen anderen Glauben als den Hinduismus (oder den Islam in Regionen, in denen der Islam dominiert) schnell Aggressionen aus, da die Menschen damit automatisch Bekehrungs- oder Missionierungsversuche verbinden. Auch gottesdienstliche Versammlungen im privaten Rahmen sind nicht sicher. Überall im Land werden christliche Aktivitäten überwacht. Es gibt zudem Beweise für die digitale Überwachung christlicher Leiter durch extremistische Hindus. Der Druck auf Christen ist zwar in ländlichen Gebieten am offenkundigsten, es gibt jedoch auch entsprechende Berichte aus Metropolen wie Delhi oder Mumbai.

Familienleben

Bei der Volkszählung 2011 wurden nicht nur die Kinder ehemaliger Hindus, sondern auch christliche Konvertiten als Hindus registriert. Ehemalige Hindus und Mitglieder protestantischer Freikirchen haben es schwer, eine christliche Hochzeit abzuhalten, wenn vor Ort extremistische Hindu-Gruppierungen aktiv sind. In Dörfern und Kleinstädten und manchmal sogar in größeren Städten sind wiederholt Taufen behindert worden, besonders bei Großveranstaltungen wie Evangelisationen und Heilungsgottesdiensten. Aus Nord- und Zentralindien wird berichtet, dass Beerdigungen von Christen mit hinduistischem Hintergrund durch extremistische Hindus gestört wurden. In manchen Fällen wurden die Familien dazu gezwungen, ihre Angehörigen durch Einäscherung des Leichnams nach hinduistischer Sitte zu beerdigen. Es ist Christen gesetzlich verboten, Kinder zu adoptieren. Christliche Kinder müssen an den meisten großen Schulen Yoga und Surya Namaskar (eine Anbetung der Sonne) praktizieren. Dabei herrscht Anwesenheitspflicht. Einige Christen mit hinduistischem Hintergrund haben Verfolgung durch Familienmitglieder erlebt; einige von ihnen wurden Berichten zufolge sogar von ihren eigenen Eltern angegriffen und getötet. Über diese Vorfälle wird in den Massenmedien des Landes nicht berichtet.

Gesellschaftliches Leben

Drohungen und Schikane aus religiösen Gründen sind durch zahlreiche landesweite Hasskampagnen und die bereits erwähnten „Rückbekehrungs“-Bewegungen intensiver geworden. Diese Diskriminierungen gehören für die unter „Betroffene Christen“ aufgeführten Gruppen mittlerweile zum Alltag. Christen, die in einem hinduistischen Umfeld leben, können sich bestimmten Verpflichtungen oder religiösen Ritualen nicht vollständig entziehen. Der Druck, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, kommt für sie von allen Seiten und ist systematisch: Extremistische Hindus drohen ihnen physische Gewalt an; Hindu-Priester versuchen, sie mit lautem Singen und Beten in den Dorfgemeinschaften zu beeinflussen. Soziale Diskriminierung von christlichen Angestellten ist sowohl in Behörden als auch in der Privatwirtschaft weit verbreitet. So wird ihnen beispielsweise aufgrund von vorgeschobenen Gründen eine Beförderung verwehrt. Die Korruption verschlimmert die Situation.

Leben im Staat

Derzeit wird über die Verabschiedung eines landesweiten Anti-Bekehrungsgesetzes diskutiert. Insbesondere in ländlichen Gebieten ist es nur schwer möglich, eine Hinwendung zum christlichen Glauben offiziell registrieren zu lassen. Im Umgang mit den Behörden werden Christen oft diskriminiert. Einige Christen sind bei Behörden angestellt. Doch ist ihr Vorgesetzter Hindu-Nationalist, werden sie bei möglichen Beförderungen mit großer Wahrscheinlichkeit übergangen. Wendet sich ein Mitarbeiter einer Behörde zum christlichen Glauben, muss er mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle rechnen. Die Medienwelt setzt sich zu über 90 Prozent aus Hindus der höheren Kasten zusammen und ist Christen gegenüber traditionell stark voreingenommen. Politisch-religiöse Hindu-Gruppen nehmen freikirchliche Pastoren und Kirchenaktivisten auf Grundlage der berüchtigten Blasphemiegesetze regelmäßig ins Visier. Verbrechen gegen die christliche Gemeinde werden nur selten bestraft – Straffreiheit ist zur Regel geworden. Der Druck auf Christen ist sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten allgegenwärtig. Der Grad der Gewalt hängt jedoch davon ab, ob ein Christ aktiv den christlichen Glauben weitergibt. Jeder, der mit einem Nichtchristen über den christlichen Glauben redet, wird immer beobachtet und ins Visier genommen werden.

Kirchliches Leben

Hindu-Gruppen überwachen Kirchen und stören regelmäßig Versammlungen. Der Bau neuer Kirchengebäude ist in ländlichen und sogar in städtischen Gebieten oft mit großem Widerstand verbunden. Viele ältere Kirchengebäude können aufgrund hoher Verwaltungsbürokratie und herrschender Korruption nicht renoviert werden. Aktivitäten außerhalb kirchlicher Räumlichkeiten werden fast immer als Missionierungsversuche verstanden. Werden Christen angegriffen, konzentrieren sich die Täter häufig auf die Pastoren und Leiter. Dabei kommt es nicht selten zu schweren körperlichen Misshandlungen, mit denen ein Exempel statuiert werden soll. Das Verteilen von Schriften und Bibeln wird auf dem Land und manchmal sogar in der Stadt von extremistischen Hindus behindert, da es direkt mit christlicher Missionierung verbunden wird. Indien hat seit den späten 1960er-Jahren keine Missionars-Visa mehr ausgestellt. Nicht nur christlichen Missionaren aus dem Ausland wird die Einreise ins Land verwehrt, selbst für Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Journalisten wird es zunehmend schwieriger, Visa zu erhalten. Vandalismus, Schändung und Zerstörung von christlichen Symbolen sind ein häufig auftretendes Problem, insbesondere in ländlichen Regionen und halb-urbanen Gebieten. Missionare und Pastoren, die andere Kirchen besuchen, werden regelmäßig von der Polizei befragt, ebenso wie die Gastgeber und Teilnehmer der Veranstaltungen.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung in Indien ist äußerst gewalttätig. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle ist sehr hoch; es sei jedoch darauf hingewiesen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist – über viele Vorfälle wird in den Medien nicht berichtet, oder sie werden nicht einmal registriert. Im Berichtszeitraum wurden mindestens zehn Christen wegen ihres Glaubens getötet und mindestens 98 (Haus-)Kirchengebäude angegriffen und beschädigt. Etwa 200 Christen wurden in Indien verhaftet und sieben Christen aus dem Distrikt Kandhamal erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe. Nach Informationen von Partnern vor Ort wurden etwa 12.512 Christen körperlich angegriffen. Mindestens sechsundzwanzig Häuser oder Grundstücke von Christen wurden angegriffen und beschädigt. Mindestens 1.932 Christen waren gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen. In allen Fällen dürften die tatsächlichen Zahlen deutlich höher liegen.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Von einigen Arten der Verfolgung sind Frauen und Mädchen im Besonderen betroffen. Dazu gehören Belästigungen, Beleidigungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen und Mordversuche. Viele Frauen und Mädchen werden gezwungen, gegen ihren Willen an Hindu-Ritualen teilzunehmen. Andere werden wegen ihres Glaubens isoliert oder aus ihrem Zuhause, beziehungsweise dem Dorf, ausgestoßen. Indien ist ein religiös vielfältiges Land mit einer demokratischen Gesellschaft und besitzt eine Verfassung, die in der Theorie Gleichberechtigung für alle Einwohner garantiert, unabhängig von Hautfarbe, religiöser Ausrichtung, Geschlecht und Kaste; religiöse Diskriminierung ist verboten. Die Realität sieht jedoch anders aus. Andere Gesetze, die dieser Verfassung widersprechen, sind die gesellschaftlichen Regeln, die seit jeher gelten und von der Bevölkerung akzeptiert werden. Sie sind in ihrer Natur patriarchalisch und nutzen die schwächeren Klassen der Gesellschaft aus. Bajrang Dal, die Jugendbewegung von Vishwa Hindu Parishad, hat die „Bahu Lao, Beti Bachao"-Kampagne angekündigt. Damit sollen „Hindu-Männer geschützt werden, die muslimische oder christliche Frauen heiraten". Außerdem soll bei Hindu-Familien ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, „ihre Mädchen davor zu schützen, sich in einem Muslim oder Christen zu verlieben oder ihn zu heiraten". Die Frauen der unteren Schichten wurden schon immer von den Hindus der höheren Kasten, die heute hauptsächlich an der RSS-Ideologie festhalten, ausgenutzt Viele Frauen dieser unteren Kasten haben sich dem christlichen Glauben zugewandt. Damit werden sie in doppelter Weise zur Zielscheibe von Verfolgung: zum einen, weil sie Dalits sind und somit als „Unberührbare" gelten, zum anderen, weil sie Christen geworden sind.

Männer

Die Formen der Verfolgung, von denen christliche Männer und Jungen im Besonderen betroffen sind, bestehen aus brutalen körperlichen Angriffen bis hin zu versuchtem Mord, aus Verhaftungen wegen falscher Anschuldigungen und sozialer Diskriminierung. Verfolgung äußert sich auch darin, dass christliche Männer aus ihrem Zuhause ausgestoßen und von ihrem Umfeld boykottiert werden, Strafen für ihre Hinwendung zum christlichen Glauben zahlen sollen, ihnen der Zugang zu Wasser verwehrt wird, sie von Regierungsprojekten und Zuschüssen ausgeschlossen werden und sie ihr Vermögen verlieren. Viele werden außerdem fälschlich beschuldigt, andere dazu zwingen zu wollen, zum Christentum zu konvertieren.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Extremistische Hindus haben sowohl den Islam als auch das Christentum als ausländische Religionen bezeichnet, die möglichst aus dem Land vertrieben werden sollten. Daher werden Muslime in einer ähnlichen Weise verfolgt wie die christliche Minderheit. Buddhisten und Sikhs sind für Hindu-Extremisten akzeptabler, da diese Religionen auf indischem Territorium entstanden sind.

Beispiele:

- Drei muslimische Kleriker wurden am 22. November 2017 in einem fahrenden Zug von Hindus angegriffen als sie aus Delhi in ihr Dorf in Baghpat in Uttar Pradesh zurückkehrten.

- Am 25. März 2018 kam es in Assam zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der Partei des Premierministers Narendra Modi und denen der Opposition. Die Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen eskalierten daraufhin. Drei Menschen wurden in den zweitägigen gewaltsamen Unruhen getötet und Dutzende verletzt.
- Am 18. Juni 2018 wurde ein 45-jähriger muslimischer Viehhändler von einem Mob von Hindu-Fanatikern im Dorf Bajera Khurd in Uttar Pradesh zu Tode geprügelt. Eine der selbsternannten Bürgerwehren, die indische Dörfer durchstreifen, um die heiligen Kühe zu beschützen, attackierten den muslimischen Mann wegen des Gerüchts, er schmuggle Rindfleisch in seinem Fahrzeug. Einen Monat später, am 21. Juli 2018, erschlug ein Mob einen 28-jährigen Muslim mit der Behauptung, er schmuggle Kühe, um sie zu schlachten.

9. Ausblick

Der Politische Ausblick

Nachdem im Mai 2014 Hindu-Extremisten die Politik in Indien übernommen haben, konnten sie ihre politische Kontrolle stetig auf andere Gebiete ausweiten. Im Mai 2019 stehen nun erneut Wahlen an. Es ist zu erwarten, dass Premierminister Narendra Modi diese aufgrund seiner großen Popularität gewinnen wird.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf religiös motivierten Nationalismus: Hindu-Extremisten verstärken ständig ihre Gewalt gegen Muslime und Christen. In der Vergangenheit hat die ausgedehnte Verfolgung vielen Muslimen und Christen das Leben gekostet. Militante Hindus werden sich nicht davor scheuen, weiterhin Attacken gegen religiöse Minderheiten zu planen. Bisher war es Hindu-Extremisten möglich, ihre Gräueltaten straffrei auszuführen, und falls Modi die Wahlen im Mai 2019 gewinnt, ist zu erwarten, dass diese Hindus sich ermutigt fühlen, ihre Gewalt noch zu intensivieren.

Schlussfolgerung

Mit den bevorstehenden Wahlen ist zu erwarten, dass religiös motivierter Nationalismus zunehmen wird, und dass Christen und Muslime noch stärker ins Visier geraten.

zurück zur Länderübersicht

Syrien: Platz 11

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Militante islamistische Gruppen bleiben eine Bedrohung für Christen, besonders in Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden. In der zweiten Hälfte des Jahres 2018 umfassten diese Gebiete weniger als 25 % der Fläche Syriens. Doch selbst in Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden, stehen Christen muslimischer Herkunft in der Gefahr, aufgrund ihres Glaubens von ihrer Familie und dem sozialen Umfeld Ablehnung zu erleben.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Besonders Christen mit muslimischem Hintergrund werden Stammeswerte wie Familienehre aufgezwungen. Dies geschieht vor allem in den kurdischen Gebieten im Norden und in der zentral gelegenen Wüstenregion. Wie in vielen Ländern des Nahen Ostens ist die Stammeskultur stark vom Islam geprägt.

Diktatorische Paranoia: Gegenwärtig ist diese Triebkraft in Syrien hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile des Landes kontrollieren und entschlossen sind, mit allen Mitteln ihre Macht zu erhalten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Diese Triebkraft ist in Syrien im Kontext des Bürgerkrieges zu sehen, mit dem Anarchie und Straffreiheit einhergehen. Korruption ist weit verbreitet und betrifft sogar den Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe. Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften werden als Geiseln genommen. Für die Entführung von Christen gibt es finanzielle, aber auch politische und ideologische Motive.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Militante islamistische Gruppen stellen eine Gefahr für alle Christen dar. Die stärkste Verfolgung für Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben geht von der (Groß-) Familie aus. Regierung und Behörden schränken die Aktivitäten von evangelikalen Christen und von Christen muslimischer Herkunft ein, um jegliche Unruhe zu unterbinden, die aus ihrer Sicht durch sie entsteht. Christen dieser Gruppen werden zum Teil verhört und überwacht. Die Initiative dazu geht manchmal von der Familie des Konvertiten oder sogar von traditionellen Kirchen aus. Es gibt Hassreden gegen Christen durch islamische Leiter. In von der Regierung kontrollierten Gebieten sind diese jedoch verboten. Muslimische geistliche Leiter setzen Christen muslimischer Herkunft direkt oder indirekt (durch deren Familien oder durch die Sicherheitskräfte) unter Druck.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Als Personen des öffentlichen Lebens stehen besonders Leiter der traditionellen Kirchen in Gefahr, entführt zu werden. Doch auch Gemeinden von Baptisten, Evangelikalen und Pfingstlern sind in dieser Hinsicht verwundbar. Sie sind bekannt für ihre Nähe zum Westen und verfügen oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaft. Zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der öffentlich für sie eintreten kann.

In den von islamisch-extremistischen Gruppen kontrollierten Gebieten sind die meisten historischen Kirchengebäude entweder zerstört oder zu Islamzentren umfunktioniert. Der christliche Glaube darf nicht öffentlich Ausdruck finden. Kirchen und Klöster dürfen nicht repariert oder wiederaufgebaut werden, unabhängig davon, ob es sich um einen Kollateral- oder absichtlich herbeigeführten Schaden handelt. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gibt es wegen des Krieges wenig Überwachung von Christen. Wofür Denominationen, Kirchengemeinden und lokale Gemeindeleiter jeweils politisch stehen, hat großen Einfluss auf das Maß an Verfolgung und Unterdrückung, die sie von den Gruppen erfahren, die gegen Präsident Assad kämpfen. Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien besonders unter Druck gesetzt, da ihr Abfall vom Islam eine große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo ihnen die Verstoßung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. In den Kurdengebieten ist der von der Familie ausgehende Druck weniger intensiv, da die kurdischen Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Im Regierungsbezirk Nord-Aleppo gibt es sogar anerkannte kurdische christliche Gemeinden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Zunächst muss festgehalten werden, dass in den chaotischen Umständen des Krieges oft nicht klar ersichtlich ist, ob Handlungen gegen Christen religiös motiviert sind oder nicht. Die Motive der Akteure sind häufig gemischt. Deswegen werden hier nur Fälle von Gewalt gegen Christen aufgeführt, von denen die Gemeinden vor Ort der Überzeugung sind, dass sie sich spezifisch gegen Christen richteten. Vorfälle, bei denen Christen oder der Besitz von Christen bei Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Rebellen zu Schaden kamen, werden nicht einbezogen, da man diese Vorfälle als „Kollateralschäden“ ansehen könnte. Eine Ausnahme stellen Fälle dar, in die dschihadistische Kämpfer von mit dem „Islamischen Staat“ (IS) oder „Al Kaida“ verbundenen Gruppen wie „Hai'at Tahrir asch-Sham“ (HTS) involviert waren, beispielsweise Angriffe auf mehrheitlich christliche Dörfer, auch an vorderster Front.

- 7. September 2018: Zwölf Einwohner, darunter sechs Kinder, wurden in Mardeh, einem christlichen Dorf im Nordosten Syriens, bei einem Bombenangriff getötet. Zwanzig weitere wurden bei diesem Angriff verletzt, der Berichten zufolge von einer Oppositionsgruppe, die Al Kaida nahesteht, und der „Freien Syrischen Armee“ verübt wurde.
- Januar bis März 2018: Etwa 150 christliche kurdische Familien muslimischer Herkunft (insgesamt etwa 450 Personen) flohen während der türkischen Offensive gegen die „Volksverteidigungseinheiten“ der Kurden aus Afrin, weil sie befürchteten, von militanten islamischen Gruppen gefangengenommen zu werden. Sie sind in den Flüchtlingslagern um Afrin und Aleppo verstreut.
- Juni 2018: Die Freie Syrische Armee beschlagnahmte die „Alliance Church“ in Afrin am 1. Juni 2018, um sie als Basis zu nutzen. Ebenfalls in Afrin setzten islamische Extremisten die „Good Shepherd Church“ in Brand und schmierten dschihadistische Parolen an die Wände. Aufgrund des Mangels an Priestern blieben alle Kirche in Afrin geschlossen. Eine Hauskirche für Christen muslimischer Herkunft wurde geschlossen. Aus Sicherheitsgründen können keine weiteren Details veröffentlicht werden.
- Laut dem Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit von 2018 werden noch immer 25 Christen vom IS gefangen gehalten, zwei weitere christliche Leiter wurden entführt. In einem weiteren Fall wurden neun christliche Jugendliche im Norden Syriens von

den kurdischen Volksverteidigungseinheiten, dem syrischen Ableger der PKK, entführt, damit sie auf ihrer Seite gegen die türkischen Streitkräfte kämpfen konnten.

- Die HTS zwang Christen in der Provinz Idlib dazu, ihr Ackerland zurückzulassen, womit sie sie zumindest teilweise ihres Einkommens beraubte. Etwa 150 ältere Menschen kamen zurück, um zumindest für einen kleinen Teil der Ernte bezahlt zu werden. Sie erhielten gerade genug für sich selbst, doch der Rest wurde ihnen genommen. Andere wagten es nicht, zurückzukehren. Im Oktober 2018 beanspruchte die HTS alle leeren Häuser in Idlib für sich selbst. Laut der arabischen Zeitung „Asharq al-Awsat“ hatte die HTS „eine Meldung an christliche Landeigner in Idlib gesandt, ihre Besitztümer bis Ende November abzutreten“. Eine ägyptische islamische Institution, die in dem Artikel vom 26. November 2018 zitiert wird, protestierte dagegen und betonte, dass „Christen ins Visier zu nehmen eine der Konstanten von Extremisten und Terroristen ist, die schon immer unter verschiedenen Vorwänden Christen getötet“ und als Kriegsbeute gesehen hätten.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 82 Punkten belegt Syrien Platz 11 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Im Vorjahr belegte Syrien Rang 15 mit 76 Punkten. Der Hauptgrund für diesen starken Anstieg der Punktzahl ist die höhere Wertung im Bereich „Auftreten von Gewalt“. Die Wertungen für Druck auf Christen in den verschiedenen Lebensbereichen haben sich in den meisten Teilen des Landes leicht verringert, da die vom „Islamischen Staat“ (IS) besetzten Gebiete kleiner geworden sind. Die Anzahl an gemeldeten gewaltsamen Übergriffen wie Angriffen, Plünderungen und Schließungen von Kirchen und Klöstern, körperlichen oder seelischen Verletzungen und Konfiskationen von Land, das Christen gehörte, haben zugenommen, besonders in den von Rebellen besetzten Gebieten.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in Syrien ist „Islamische Unterdrückung“. Sie ist für die meisten Handlungen gegen Christen verantwortlich. Militante Anhänger islamisch-extremistischer Gruppen wie der „al-Nusra-Front“, jetzt „Hai'at Tahrir asch-Scham“ (HTS), oder „Dschaisch al-Islam“, sind derzeit die stärksten Verfolger von Christen in Syrien. Im Nordwesten Syriens und über den nördlichen Teil des Landes bis al-Hasaka operieren sie offen. Vor dem Krieg hatten Christen eine relativ große Freiheit, ihren Glauben zu praktizieren. Das änderte sich mit dem Auftreten islamisch-extremistischer Gruppierungen. Das Kalifat des IS schloss Ende 2014 große Teile Syriens und des Irak ein, und eine strenge Version der Schariagesetze wurde eingeführt. Die meisten Christen flohen aus den vom IS kontrollierten Gebieten. Seit Anfang 2016 verlor der IS mehr und mehr Gebiete, im Oktober 2017 sogar die selbsternannte Hauptstadt ar-Raqqa. Die Bedrohung durch Vergeltungsschläge des IS ist jedoch weiter präsent. Im Oktober 2018 wurde ersichtlich, dass militante Islamisten weniger als 25 Prozent der Fläche Syriens kontrollierten. Islamische Unterdrückung ist auch in Gebieten sichtbar, die von der Regierung kontrolliert werden und betrifft insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Sie erfahren Verfolgung vonseiten ihrer Familie und ihres sozialen Umfelds.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Die in Syrien herrschende Stammeskultur ist von der Loyalität dem eigenen Stamm oder der Familie sowie den alten Normen und Werten gegenüber bestimmt. Wie in vielen Ländern des Nahen Ostens ist die Stammeskultur stark vom Islam beeinflusst. Dies wirkt sich besonders auf Christen muslimischer Herkunft aus. Die Stärke dieser Verfolgungstriebkraft variiert je nach Region und Größe einer Stadt. Die kurdischen Gebiete im Norden sowie die Wüstenregion in der Landesmitte sind stärker betroffen. In den kurdischen Gebieten ist die ethnische Herkunft ein wichtiger Faktor im Konflikt zwischen Türken und Kurden. Die türkischen Streitkräfte, die im März 2018 die zumeist kurdischen Gebiete um Afrin im Nordwesten des Landes einnahmen, nutzten laut Berichten dschihadistische Gruppen einschließlich Kämpfern des IS und Al Kaidas, um Kurden und andere ethnische und religiöse Minderheiten entlang der Grenze zu vertreiben. Zu diesen religiösen Minderheiten gehören auch Christen, zumeist Armenier und Assyrer.

Diktatorische Paranoia

Vor dem Bürgerkrieg zeigte sich die Triebkraft „Diktatorische Paranoia“ vor allem in dem Verhalten der Regierungsbeamten. Der Staat überwachte damals beispielsweise Kirchengemeinden, um die Predigten auf politische Aussagen zu prüfen. Die Behörden versuchten auch, den Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen oder zu jedem anderen Glauben zu verhindern, da Glaubenswechsel als Bedrohung für die gesellschaftliche Stabilität und als Quelle für Konflikte zwischen Gruppierungen gesehen wurde. Letzteres ist weiterhin relevant: Das wichtigste Ziel für die Regierung ist es, die gesellschaftliche Stabilität zu sichern, anstatt religiöse Minderheiten wie Christen zu schützen. Die Regierung geht dann gegen Christen (oder jede andere Gruppe) vor, wenn sie oder eine andere lokale Institution sie als Bedrohung für den Status Quo wahrnimmt. Dazu können die Evangelisation von oder der Dienst an Muslimen zählen. Überwachung von Christen durch die Behörden findet derzeit kaum noch statt, da die Regierung vollkommen mit dem Kampf gegen die verschiedenen Oppositionsgruppen beschäftigt ist. Aufgrund der Umstände des Krieges gibt es jedoch auch kaum Anstrengungen, die Glaubensfreiheit von Christen zu schützen. Im heutigen Syrien ist diese Triebkraft weniger bei der Regierung, sondern hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile von Syrien unter ihre Kontrolle gebracht haben und entschlossen sind, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft ist in Syrien im Kontext des Krieges zu sehen, mit dem Anarchie und Straffreiheit einhergehen. Korruption ist weit verbreitet und betrifft sogar den Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe. Menschen nutzen die Gelegenheit, sich selbst zu bereichern, beispielsweise durch Entführungen mit Lösegeldforderungen. Als Geiseln werden Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften genommen. Für die Entführung von Christen gibt es finanzielle, aber auch politische und ideologische Motive. Sie stehen in dem Ruf, wohlhabend und regimetreu zu sein. Hinzu kommt, dass sie Teil einer besonders verwundbaren religiösen Minderheit sind.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

In den immer kleiner werdenden Gebieten, die von oppositionellen islamistischen Gruppierungen kontrolliert werden, verfolgen islamische Leiter typischerweise eine Politik der Marginalisierung von

Christen und anderen Minderheiten. Häufig werden diese auch dazu gezwungen, in andere Regionen zu fliehen. In diesen Gebieten ist es jedoch schwer, zwischen religiösen Leitern und gewalttätigen religiösen Gruppen zu unterscheiden. Doch selbst in Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden, stehen Christen muslimischer Herkunft in der Gefahr, aufgrund ihres Glaubens von Familie und sozialem Umfeld Widerstand zu erleben. Es ist möglich, dass sich auch lokale religiöse Leiter daran beteiligen. Hassreden gegen Christen (und Verhöhnung) durch islamische Leiter kommen ebenfalls vor, doch in von der Regierung kontrollierten Gebieten sind sie verboten und haben auch bereits zur Entziehung der Lizenz zum Predigen in Moscheen geführt. Muslimische geistliche Leiter üben direkt oder indirekt (durch die Familien oder Sicherheitskräfte) Druck auf christliche Konvertiten aus.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Anführer von Stämmen und ethnischen Gruppen sowie die eigenen Familien setzen Christen muslimischer Herkunft unter Druck. Diese Triebkraft ist besonders in den Kurdengebieten im Norden und den Wüstenregionen in der Mitte des Landes stark vertreten. Zudem berichten assyrische Gemeinschaften davon, durch sehr bestimmt auftretende kurdische Behörden marginalisiert zu werden.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Regierung und Behörden schränken die Aktivitäten evangelikaler Christen und Konvertiten ein, um gesellschaftliche Unruhe zu unterbinden, die aus ihrer Sicht durch sie entsteht. Dies kann Verhöre und Überwachung einschließen und geschieht manchmal auf Initiative der Familie des Konvertiten oder sogar von Leitern der historischen Kirchen. Im heutigen Syrien ist diese Triebkraft jedoch weniger bei der Regierung, als vielmehr bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile Syriens unter ihre Kontrolle gebracht haben und entschlossen sind, mit allen Mitteln ihre Macht zu erhalten. Militante islamische Gruppen haben zudem viele Grundstücke von Christen in ihren Besitz gebracht. Ältere Christen, die in ihren Häusern geblieben sind, stehen beständig in der Gefahr, von Kämpfern dieser Gruppen getötet oder entführt zu werden, damit diese ihre Häuser ebenfalls in Besitz nehmen können. Im Nordosten des Landes haben zudem die kurdischen Behörden in vielen Fällen versucht, sich die Häuser von geflohenen Christen anzueignen. Auch in von der Regierung kontrollierten Gebieten gab es Versuche, Besitz von Kirchen zu annektieren, wie etwa das Kloster von Aleppo. Nicht zuletzt berichten einige Christen davon, dass christlichen Soldaten in der syrischen Armee gefährlichere Aufgaben übertragen wurden und dass christliche Beamte schlechter behandelt wurden als ihre Kollegen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Christen wurden Ziel von Entführungen durch Kartelle oder Netzwerke des organisierten Verbrechens. Dies kommt inzwischen jedoch nur noch sporadisch vor. Auch wenn hier ein religiöser Aspekt eine Rolle spielt, ist das eigentliche Motiv zumeist Geld. Christen sind besonders gefährdet, da sie als reich angesehen werden. Korruption ist im Land weit verbreitet und Bestechungsgelder sind Teil des alltäglichen Lebens, wann immer ein Syrer mit den Behörden zu tun hat. Will man etwa einen militärischen Kontrollpunkt passieren, muss man häufig Bestechungsgelder zahlen oder wird ernsthaft bedroht.

4. Hintergrund

Der syrische Bürgerkrieg begann im Jahr 2011 als Volksaufstand, bei dem es um größere politische Freiheiten und wirtschaftliche Reformen ging – ähnlich wie in anderen arabischen Ländern zur selben Zeit. Die Wurzeln dieses Konflikts liegen jedoch tiefer und sind komplexer. Dazu gehören Konflikte verschiedener sozialer Klassen, Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung und die Unterdrückung der politischen Freiheit. Das erklärt zum Teil, warum der Konflikt sich so schnell zu einem extrem gewalttätigen Konflikt religiöser Prägung entwickeln konnte, der mittlerweile ins achte Jahr geht. Der religiöse Aspekt besteht hauptsächlich in der Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Alawiten. Viele Sunniten in von der Regierung kontrollierten Gebieten unterstützen jedoch das Assad-Regime, um sich dem Einfluss gewaltbereiter religiöser Gruppierungen entgegenzustellen. Mit dem Eindringen ausländischer islamisch-extremistischer Kämpfer hat die syrische Opposition eine zunehmende Islamisierung erfahren, und der Bürgerkrieg entwickelt sich mehr und mehr zum Dschihad gegen die syrische Regierung. Durch diesen Konflikt leiden alle Teile der syrischen Bevölkerung enorm, allerdings sind einige verwundbarer als andere.

Ein wesentliches Merkmal der syrischen Christen ist, dass ethnische und religiöse Identität eng miteinander verknüpft sind. Um die Situation der Christen im Zusammenhang des gegenwärtigen Bürgerkrieges zu verstehen, muss man die geografische Konzentration der Christen auf einige strategische Gebiete des Landes berücksichtigen, die für Regierungstruppen und Opposition von größter Bedeutung sind. Dazu gehören etwa die Städte Aleppo und Damaskus mitsamt ihrer Umgebung sowie die südlichen Bereiche der Provinz Homs in der Nähe der libanesischen Grenze. Dieser Aspekt trägt maßgeblich zur erhöhten Verwundbarkeit der Christen bei; ihre angebliche Nähe zur und Unterstützung der Regierung ist ein weiterer Faktor.

5. Betroffene Christen

Christen aus drei der vier im WVI unterschiedenen Kategorien existieren in Syrien und sind von Verfolgung betroffen, die in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg steht.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie sind nicht gezwungen, ihren Glauben isoliert zu leben. Daher wird diese Kategorie nicht bewertet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierbei handelt es sich vor allem um griechisch-orthodoxe und römisch-katholische Christen. Als größte christliche Gruppe im Land werden Angehörige der traditionellen christlichen Gemeinschaften gezielt angegriffen. Sie leben im ganzen Land und damit auch in den Kampfgebieten. Aus dieser Gruppe sind aufgrund ihrer öffentlichen Präsenz besonders die Leiter betroffen. Geistliche der traditionellen Kirchen sind leicht an ihrer Kleidung erkennbar, was sie manchmal zu einem einfachen Angriffsziel macht. Angehörige dieser Konfessionen sind auch wegen der markanten Kirchengebäude oft leichter zu identifizieren als Christen anderer Kategorien. Hinzu kommt, dass viele von ihnen engere wirtschaftliche oder soziale Kontakte zu staatlichen Stellen pflegen. Wofür Denominationen, Kirchengemeinden und lokale Gemeindeleiter jeweils politisch stehen, hat großen Einfluss auf das Maß an Verfolgung und Unterdrückung, die sie von den Gruppen erfahren, die gegen Präsident Assad kämpfen. Entscheidend dafür ist, wie sich eine Gemeinde oder ein Christ in der Vergangenheit in

politischer Hinsicht positioniert hat: Wurde Präsident Assad offen unterstützt, war man um Neutralität bemüht, hat man sich distanziert oder gar gegen ihn opponiert?

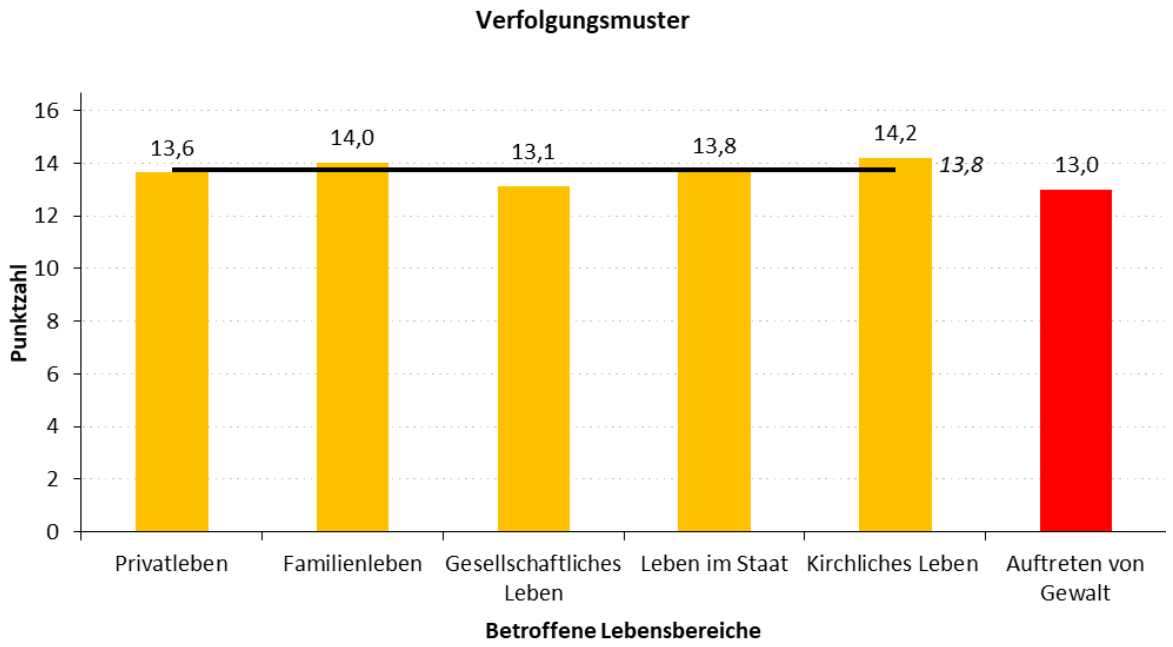
Christen mit anderer religiöser Herkunft

Christen muslimischer oder drusischer Herkunft werden von ihren Familien besonders unter Druck gesetzt, da ihr Abfall von ihrer Religion große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo Konvertiten die Verstoßung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Als Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam ist die Intensität der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft durch die eigene Familie und die Gesellschaft besonders in den von Rebellen kontrollierten Gebieten gestiegen. In den Kurdengebieten ist der Druck durch die Familie weniger intensiv, da die kurdischen Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Da die Behörden gegenwärtig andere Prioritäten zu setzen haben, wird von ihnen anders als in früheren Jahren kaum noch Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten, evangelikale Christen und Christen aus Pfingstgemeinden sind stark gefährdet, da sie für ihre Nähe zum Westen bekannt sind und oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaft verfügen. Zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der öffentlich für sie eintreten kann. Die meisten dieser Gemeinschaften haben keine vollständige offizielle Anerkennung und legalen Status. Protestantische Freikirchen gibt es in verschiedenen Regionen des Landes, vor allem in von der Regierung kontrollierten Gebieten und den Kurdengebieten. Diejenigen, die sich in Gebieten befinden, die von islamistischen Gruppierungen besetzt sind, sind am stärksten von Gewalt betroffen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gibt es gewissen Druck durch die traditionellen Kirchen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Syrien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in allen Lebensbereichen ist auf einem extrem hohen Niveau. Die Wertung hat sich jedoch im Vergleich zum Vorjahr von 14,4 Punkten auf 13,8 Punkte verringert. Diese Verbesserung liegt größtenteils daran, dass das Herrschaftsgebiet des IS kleiner geworden ist. Zudem haben mehr Informationen aus dem Land verantwortlich zu dieser Anpassung beigetragen.
- In drei Lebensbereichen beträgt die Verfolgung ein extremes Maß: Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Kirchliches Leben“ (14,2 Punkte), „Familienleben“ (14,0) und „Leben im Staat“ (13,8). In den Bereichen „Privatleben“ (13,6 Punkte) und „Gesellschaftliches Leben“ (13,1) war der Druck jedoch auch sehr hoch. Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung in Kombination mit Diktatorischer Paranoia die Hauptverfolgungstriebkräfte sind.
- Druck durch Islamische Unterdrückung entsteht hauptsächlich durch das soziale Umfeld in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“.
- Der Wert für Gewalt stieg von 3,7 Punkten im vergangenen Jahr auf 13,0 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Das entspricht einer Differenz von fast 10 Punkten und bringt die Wertung auf ein extrem hohes Level. Die Anzahl von Berichten über Gewalt, die sich gegen Christen richtete, stieg vor allem in den Gebieten an, die von Rebellen besetzt sind.

Privatleben

Der Druck ist besonders groß in den von islamisch-extremistischen Gruppen kontrollierten Teilen des Landes. Christen aller Kategorien sind in ihrem persönlichen Glaubensleben eingeschränkt und können in ihrer persönlichen Anbetung beispielsweise keine christlichen Lieder singen. Unter dem Einfluss radikalisierter Ansichten erleben Christen muslimischer Herkunft im ganzen Land größeren Druck im Bereich ihrer persönlichen Glaubenspraxis. Das gilt besonders für die von extremistischen Gruppen kontrollierten Gebiete, weniger in den Kurdengebieten. Für andere Christen kann jede Tat, die als Versuch, ihren Glauben zu verbreiten, ausgelegt werden kann, eine negative Reaktion auslösen.

Familienleben

Christen muslimischer Herkunft erleben intensive Verfolgung in diesem Lebensbereich, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Dies gilt weniger stark in den Kurdengebieten. Christliche Konvertiten haben zudem keine Möglichkeit, ihre Religionszugehörigkeit in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen. Eine Ausnahme stellen die kurdischen Gebiete dar, in denen dies kürzlich möglich gemacht wurde. Christen mit muslimischem Hintergrund können sich außerdem nicht christlich taufen, trauen oder bestatten lassen. In den Gebieten, die von militanten Islamisten kontrolliert werden, betreffen diese Probleme alle Christen. Im ganzen Land wird christlichen Ehepartnern von Muslimen im Falle einer Scheidung meistens das Sorgerecht für die Kinder entzogen.

Gesellschaftliches Leben

In von islamistischen Rebellen besetzten Gebieten ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Christen extrem eingeschränkt. Wird bekannt, dass sich ein Muslim dem christlichen Glauben zugewandt hat, stößt er im ganzen Land auf diese Schwierigkeiten. Im Herrschaftsbereich der militanten Islamisten gelten die islamischen Kleidervorschriften auch für Christen. Dort werden Christen auch Schutzgeldzahlungen und die Beachtung besonderer Vorschriften für Handel und Ernährung einschließlich eines strikten Alkoholverbots aufgezwungen.

Leben im Staat

Aufgrund der gegenwärtigen Zersplitterung des Landes haben die herrschende Ungerechtigkeit und der Mangel an Strafverfolgung weiter zugenommen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten erleben Christen im öffentlichen Leben generell keine unmittelbare Diskriminierung durch die Behörden. Sie müssen jedoch damit rechnen, im öffentlichen Dienst auf erschwerte berufliche Aufstiegsmöglichkeiten zu stoßen. Christen muslimischer Herkunft werden häufig benachteiligt, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird. Die Weitergabe des Evangeliums und die Abkehr vom Islam sind verboten. In von extremistischen Kräften kontrollierten Gebieten werden alle Nichtmuslime einschließlich der Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Kirchliches Leben

In den von Islamisten beherrschten Gebieten sind die meisten Kirchen entweder zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert worden. Der christliche Glaube darf nicht öffentlich gezeigt werden. Kirchen und Klöster dürfen nicht repariert oder wiederaufgebaut werden, unabhängig davon, ob es sich um einen Kollateral- oder einen absichtlich herbeigeführten Schaden handelt. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gibt es wegen des Krieges wenig Überwachung von Christen. Eheschließungen von Christen muslimischer Herkunft sind im ganzen Land illegal und nicht möglich.

Auftreten von Gewalt

Es gab Berichte von Morden, Angriffen, Plünderungen und Schließungen von Kirchen und Klöstern, körperliche und seelische Verletzungen und Konfiskationen von Ackerland, das Christen gehörte. In den chaotischen Umständen des Krieges ist oft nicht klar ersichtlich, ob Handlungen gegen Christen religiös motiviert sind oder nicht. Die Motive der Akteure sind häufig gemischt. Deswegen werden in der Bewertung nur Fälle von Gewalt gegen Christen aufgeführt, von denen die Gemeinden vor Ort der Überzeugung sind, dass sie sich spezifisch gegen Christen richteten. Vorfälle, bei denen Christen oder der Besitz von Christen bei Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Rebellen zu Schaden kamen, werden im Allgemeinen nicht einbezogen, da diese Vorfälle als „Kollateralschäden“ bezeichnet werden können. Eine Ausnahme stellen Fälle dar, in die dschihadistische Kämpfer von mit dem IS oder Al Kaida verbundenen Gruppen wie HTS involviert waren, beispielsweise Angriffe auf mehrheitlich christliche Dörfer.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Frauen und Mädchen aus religiösen Minderheiten, also auch Christinnen, stehen in Gefahr von sexueller Belästigung und Vergewaltigung. Das kann in von der Regierung kontrollierten Regionen genauso geschehen wie in Rebellengebieten, wobei die Bedrohung dort größer ist. Christinnen muslimischer Herkunft droht in beiden Gebieten Entführung und/oder die Zwangsverheiratung mit einem Muslim. So wurden Christinnen mit IS-Kämpfern verheiratet, manchmal sogar mit mehreren. Der IS hat in seinem Magazin veröffentlicht, dass Christinnen und Jesidinnen als „Kriegsbeute“ zu betrachten seien. Viele von ihnen wurden vergewaltigt. Glaubhaften Berichten zufolge wurde Vergewaltigung gezielt zur Einschüchterung als Kriegswaffe eingesetzt, unabhängig von der Religion des Opfers; obwohl Religion ein weiteres Motiv für Vergewaltigung sein kann.

Gefahr für christliche Frauen und Mädchen kommt jedoch nicht nur von gewaltbereiten islamistischen Gruppen. Christinnen mit muslimischem Hintergrund können bei Bekanntwerden ihres Glaubenswechsels Gewalt auch von der Familie erfahren. Frauen sind wegen der islamischen Kultur von Ehre und Scham besonders gefährdet. Die Abwendung vom Islam ist ein großes Tabu und verletzt die Familienehre schwer. Somit erhöht sich das Risiko von Übergriffen und Ehrenmorden. Außerdem gibt es allgemein für Mädchen und Frauen in der Praxis (oder auch laut Gesetz) nur wenig Schutz vor Gewalt in der Familie. Gemäß der Scharia darf eine Muslima keinen Christen heiraten (wohl aber ein Muslim eine Christin). Das macht eine Heirat zwischen einer Christin muslimischer Herkunft und einem Christen aus einer der anderen Kategorien illegal.

Christinnen mit muslimischem Hintergrund, die mit einem Muslim verheiratet sind, droht die Scheidung, insbesondere wenn die Schwiegereltern von ihrem neuen Glauben erfahren. Sehr wahrscheinlich wird ihnen dann das Sorgerecht für die Kinder entzogen. Im Falle einer Scheidung von einen Muslim stehen auch Christinnen anderer Kategorien in der Gefahr, das Sorgerecht für ihre Kinder zu verlieren. Obwohl es stark auf die Einstellung der muslimischen Familie ankommt, spricht die Scharia dem muslimischen Mann das Sorgerecht für die Kinder zu. Das Risiko, die Kinder an die Verwandten zu verlieren, ist also sehr hoch. Christliche Frauen haben außerdem nur dann Anspruch auf das Erbe ihres muslimischen Ehemannes, wenn sie zum Islam konvertieren. Dies ist besonders problematisch für Christinnen, die mit muslimischen Männern oder Christen muslimischer Herkunft verheiratet sind, da letztere gemäß Scharia noch immer als Muslime gelten. Aufgrund dieser Faktoren ist es für Christinnen muslimischer Herkunft und Christinnen, die mit einen Muslim verheiratet sind, äußerst schwierig, ihre Kinder christlich zu erziehen.

Männer

Für Christen mit muslimischem Hintergrund kommt der meiste Druck gewöhnlich von Familie und Umfeld. Dieser Druck betrifft am stärksten Frauen und Mädchen, danach junge Männer. Am wenigsten sind ältere Männer betroffen. Das spiegelt die unterschiedlichen Stufen von Status und Freiheit innerhalb der islamischen Kultur wider. Eine große Sorge einheimischer Christen ist, dass junge Männer gezwungen werden, der syrischen Armee oder anderen Milizen wie den kurdischen Truppen beizutreten. Diese Sorge gilt nicht nur für Christen, doch einigen Berichten zufolge sind Christen innerhalb der militärischen Strukturen besonderen Gefahren ausgesetzt – sie werden etwa an besonders gefährlichen Positionen eingesetzt. In Syrien sind alle Männer ab dem 18. Lebensjahr zum Militärdienst verpflichtet. Einige Christen verweigern den Wehrdienst aus Gewissensgründen und

ziehen deshalb eine Auswanderung in Betracht. Erleiden christliche Männer Verfolgung, so leidet darunter auch ihre Familie erheblich, besonders wenn sie getötet oder entführt werden. Der Familie fehlen dann Einkommen und Grundversorgung, da der Mann in der syrischen Kultur als Versorger der Familie gilt.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Traditionell besteht die syrische Gesellschaft aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Viele andere religiöse Minderheiten sind ebenfalls Verfolgung in verschiedener Intensität ausgesetzt, etwa Schiiten, Alawiten, Drusen, Juden und Jesiden.

Schiitische, alewitische und drusische Gemeinschaften werden von sunnitischen Dschihadisten nicht nur deswegen verfolgt, weil ihr Glaube als ketzerisch angesehen wird, sondern im Fall der Alawiten auch, weil ihnen Verbindungen zu Präsident Assad vorgeworfen werfen. Insbesondere die drusische Gemeinschaft ist Opfer von Entführungen, Bombenangriffen und Morden durch den IS geworden. Schiiten und Alawiten sind jedoch auch betroffen. Als Teil von Syriens antizionistischem Narrativ wurden Juden während des Großteils der Geschichte des modernen Syriens benachteiligt. Jesiden sind eine von Syriens Regierung nicht anerkannte kurdische Religionsgemeinschaft. Ihre Kinder werden als Sunniten registriert, in der Schule müssen sie am Islamunterricht teilnehmen. Ihre Lage war vor dem Bürgerkrieg wahrscheinlich schwieriger, da ihre Regionen inzwischen mehr und mehr durch die kurdischen Streitkräfte kontrolliert werden, was ihnen mehr Freiheiten gibt.

Beispiele:

- Laut einem Bericht des BBC vom 30. Juli 2018 entführte der IS im Juli mehr als 30 drusische Frauen und Kinder im Südwesten Syriens. Von den Entführungen wurde berichtet, nachdem am 25. Juli eine Serie von Selbstmordattentaten in einem Gebiet stattfand, dass mehrheitlich von der drusischen Minderheit bewohnt wird. Mehr als 200 Menschen wurden getötet.
- Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2018 beschreibt die folgenden Angriffe auf schiitische und ismailitische Muslime im Jahr 2017: „In einem Bericht von September werden zwei Explosionen im März in der Nähe des Bab-as-Saghir-Friedhofs, einer bekannten schiitischen Pilgerstätte, festgehalten. Die Explosionen fanden innerhalb von zehn Minuten auf dem Parkplatz des Friedhofs statt, auf dem Busse für Pilger geparkt waren. Sie töteten 44 Zivilisten und verletzten 120 weitere. Der Großteil von ihnen waren schiitische Pilger aus dem Irak. HTS bekannte sich zu dem Angriff. Laut dem gleichen Bericht explodierte am 14. April eine Bombe in einem Lastwagen in al-Rashidin in der Nähe von Aleppo. Sie tötete Evakuierte aus den vor allem von Schiiten bewohnten Orten al Fu'ah und Kafriya, die glaubten, der Lastwagen würde Lebensmittel liefern. 95 Menschen starben, darunter 68 Kinder und 13 Frauen. 276 weitere wurden verletzt, unter ihnen 42 Kinder und 78 Frauen. Schaulustige beleidigten die Religion der Opfer. Zu dem Angriff bekannte sich niemand, HTS und Ahrar al-Scham dementierten sogar explizit, etwas mit dem Anschlag zu tun zu haben. Im Mai griffen Kämpfer des IS den Ort Aqariv al-Safiyah an und versuchten, das nahegelegene Dorf al-Manbouja anzugreifen. Beide Orte in Hama sind mehrheitlich von ismailitischen Muslimen bewohnt. Die Angreifer töteten 52 Zivilisten, fast alle Ismailiten. Überlebende berichteten, dass sie von den IS-Kämpfern aufgrund ihrer Religion beleidigt worden seien.“

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Politische Lösungen für den Konflikt in Syrien liegen noch immer in weiter Ferne. Die „Economist Intelligence Unit“ (EIU) fasst die gegenwärtige Situation und die Erwartungen für die nächsten Jahre wie folgt zusammen: „Die Position des Präsidenten Bashar al-Assad scheint gefestigt. Das ist größtenteils auf die Unterstützung durch Russland und den Iran zurückzuführen, auch wenn es kürzlich Luftschläge gegen die Truppen der Regierung durch die USA, Großbritannien und Frankreich gegeben hat. Ein Friedensvertrag bleibt trügerisch, da Kämpfe in unregelmäßigen Abständen wieder ausbrechen, wenn auch örtlich begrenzt. So wird sich eine Aufteilung des Landes in eine von der Türkei unterstützte und von Rebellen gehaltene Region im Norden, eine hauptsächlich kurdische und von der USA unterstützte Region im Osten und den von der Regierung kontrollierten Westen etablieren.“

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Die Gebietsverluste des IS bedeuten eine große Befreiung für die in diesen Gebieten lebenden Menschen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Triebkraft Islamische Unterdrückung dadurch entscheidend geschwächt ist. Es ist zu erwarten, dass der IS seine terroristischen Aktivitäten weiterführen wird – im Nahen Osten wie in anderen Regionen – um seine Relevanz als weltpolitischer Faktor zu beweisen. Der IS treibt jedoch nicht allein die Islamische Unterdrückung voran, auch dschihadistische Milizen der sunnitischen Opposition tragen dazu bei. Islamistische Kämpfer, die Afrin kontrollieren, führten etwa ein strengeres islamisches Recht ein, das Christen zögern lässt, zurückzukehren. Der IS will der Welt zudem zeigen, dass er noch immer eine bedeutende Rolle spielt. Das zeigte sich etwa durch die Gräueltaten, die im Sommer 2018 gegen die drusische Gemeinschaft im Süden Syriens verübt wurden. Wenn zudem die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen beschleunigt wird, wie von der libanesischen Regierung vorgesehen, könnten Christen gezwungen werden, in die Gebiete zurückzukehren, in denen sie unter der Kontrolle militanter Islamisten besonders verwundbar sind. Durch die Rückkehr christlicher Gemeinschaften könnten zudem weitere Spannungen entstehen, da zunächst wieder Vertrauen aufgebaut werden muss. Darüber hinaus gibt es Berichte einer steigenden Zahl von Muslimen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Das könnte zu einer steigenden Zahl von Fällen führen, in denen Christen muslimischer Herkunft verfolgt werden.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Während des Bürgerkrieges haben sowohl nationale als auch internationale Kräfte in den ländlichen Regionen gerne die Karte der Stammeszugehörigkeit ausgespielt. Als Folge sind die Stämme zersplittert und haben sich zum Teil als konkurrierende Clans gegeneinander in Stellung gebracht, was die Abhängigkeit des Einzelnen vom eigenen Stamm noch vergrößert. In diesen Umständen bieten Stammeswerte, die sich zumeist auf den Islam gründen, Sicherheit und sind besonders wichtig. In den kurdischen Gebieten ist die ethnische Herkunft ein wichtiger Faktor im Konflikt zwischen Türken und Kurden. Die türkischen Streitkräfte, die im März 2018 die zumeist kurdischen Gebiete um Afrin im Nordwesten des Landes einnahmen, nutzten laut Berichten „dschihadistische Gruppen einschließlich Kämpfern des IS und von Al Kaida, um alle Kurden und andere ethnische und religiöse Minderheiten entlang der Grenze zu eliminieren“. Zu diesen religiösen Minderheiten gehören auch Christen, zumeist Armenier und Assyrer. Die so gestärkte Triebkraft Ethnisch begründete Anfeindungen betrifft alle Christen der Region und wird sicherlich nicht den Druck verringern, den christliche Konvertiten von ihren Familien und ihrem Umfeld erleben. Eine Verbesserung der Situation ist kurzfristig nicht zu erwarten.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Christen werden vom syrischen Regime derzeit nicht stark überwacht, da die Regierung noch immer damit beschäftigt ist, die oppositionellen Gruppen zu bekämpfen. Das könnte sich bald wieder ändern, da das Regime immer mehr Gebiete von den Rebellen zurückerobert. Besonders, wenn neue Sicherheitsrichtlinien eingeführt werden, die die Religionsfreiheit betreffen, würden vor allem Christen muslimischer Herkunft und protestantische Freikirchen betroffen sein. Im Oktober 2018 unterzeichnete Präsident Assad neue Vorschriften zur staatlichen Kontrolle der Islamlehre in Syrien. Die neuen Gesetze erweitern die Autorität des Ministeriums für religiöse Stiftungen (MRE). Damit soll sichergestellt werden, dass muslimische Geistliche die religiöse Bühne nicht nutzen, um politische Ansichten zu verbreiten. Viele dieser Geistlichen werden verdächtigt, die militanten Gruppen zu unterstützen, die gegen die Regierung arbeiten. Dem MRE wird damit bedeutend größerer Einfluss in den Bereichen Bildung und Gesetzgebung gegeben. Auf der einen Seite scheint Assad damit seine Kontrolle über den sunnitischen Teil der Bevölkerung stärken zu wollen, auf der anderen Seite könnte er auch versuchen, den Islam zu nutzen, um das zersplitterte Land wieder zu einen. Trifft letzteres zu, könnte das dazu führen, dass Christen sich in Syrien deutlich weniger willkommen fühlen.

Die stärksten Verfolger ausgehend von der Triebkraft Diktatorische Paranoia sind derzeit die bewaffneten oppositionellen Gruppen in den von ihnen kontrollierten Gebieten. Im Norden des Landes gibt es Bestrebungen, eine nationale Oppositionsarmee zu formieren. Dies könnte zu einem massiven und entscheidenden Zusammenstoß mit der Regierungsarmee führen, woraus sich wiederum ein größerer Druck auf alle religiösen Minderheiten – die Christen eingeschlossen – ergibt – spätestens dann, wenn sie sich für die eine oder andere Seite entscheiden müssen. Die meisten islamistischen Gruppierungen sind besiegt oder in den Nordwesten des Landes verdrängt, und die syrische Regierung hat geschworen, den strategisch wichtigen Ort Idlib im Nordwesten des Landes zu befreien. Christen, die noch in Idlib oder Afrin leben, werden unter enormem Druck stehen und stark betroffen sein, wenn die Kämpfe beginnen. Eine weitere potentiell gefährliche Situation betrifft die kurdischen Gebiete im Nordosten Syriens. Ein bewaffneter Konflikt mit dem Regime über die Kontrolle dieser Gebiete würde von den Christen sehr wahrscheinlich schwere Tribute fordern. Nach der Entfernung der meisten externen Oppositionsgruppen aus den kurdischen Gebieten äußern sich Christen besorgt über die Einführung einer politischen kurdischen Agenda für die ganze Gesellschaft unter kurdischer Administration. Mehrere assyrische und armenische Schulen im Nordosten Syriens wurden im August und September 2018 geschlossen, nachdem sie sich geweigert hatten, einen Unterrichtsplan einzuführen, den die Volksverteidigungseinheiten (YPG) ihnen aufzwingen wollten. Die YPG ist der bewaffnete Arm der Democratic Union Party (PYD), der wiederum ein syrischer Ableger der PKK ist. Die PKK wird von den USA, der EU und der Türkei als terroristische Organisation eingestuft.

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: Der Einfluss des organisierten Verbrechens hat laut inländischen Beobachtern hinsichtlich Entführungen und Lösegelderpressungen von Christen nachgelassen. Dennoch ist er nicht ganz verschwunden. Obwohl die Anzahl der gemeldeten Entführungen rückläufig ist, wird in einem Land mit einer auf Korruption basierenden Gesellschaft und meist fehlender Rechtsstaatlichkeit diese Triebkraft der Verfolgung in naher Zukunft kaum bedeutend an Kraft verlieren.

Schlussfolgerung

Die meisten islamistischen Gruppierungen sind besiegt oder in den Nordwesten des Landes verdrängt, und die syrische Regierung hat geschworen, den strategisch wichtigen Ort Idlib im Nordwesten des Landes zu befreien. Christen, die noch in Idlib oder Afrin leben, werden unter enormem Druck stehen und stark betroffen sein, wenn die Kämpfe beginnen. Eine weitere potentiell gefährliche Situation betrifft die kurdischen Gebiete im Nordosten Syriens. Ein bewaffneter Konflikt mit dem Regime über die Kontrolle dieser Gebiete würde von den Christen sehr wahrscheinlich schwere Tribute fordern. Nach der Entfernung der meisten externen Oppositionsgruppen aus den kurdischen Gebieten äußern sich Christen besorgt über die Einführung einer politischen kurdischen Agenda für die ganze Gesellschaft unter kurdischer Administration.

zurück zur Länderübersicht

Nigeria: Platz 12

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Die Verfolgung von Christen im Norden Nigerias wird meistens mit Boko Haram in Verbindung gebracht. Das Verfolgungsmuster ist insgesamt jedoch viel komplexer und darf nicht auf Ermordungen von Christen seitens militanter islamistischer Gruppen reduziert werden. Das trifft besonders auf die zwölf nördlichen Scharia-Bundesstaaten zu, in denen lokale Behörden und die Gesellschaft Christen kaum Raum für das Leben ihres Glaubens lassen. Gewalt geht zudem von muslimischen Fulani-Viehhirten aus, die im zentralen Gürtel des Landes Überfälle auf christliche Häuser durchführen. Alle Christen sind von dieser Triebkraft betroffen, am stärksten jedoch Christen muslimischer Herkunft. Es kann sehr gefährlich sein, als Christ im Norden Nigerias zu leben. Die Scharia-Gesetzgebung wird in zwölf mehrheitlich muslimischen Staaten angewandt. Dort ist es illegal, vom Islam zu einem anderen Glauben zu wechseln und Christen wird häufig deutlich gezeigt, dass sie nicht willkommen sind.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Nigeria ist eines der korruptesten Länder der Welt. Auf dem Index von Transparency International für 2017 wird Nigeria auf Rang 148 geführt. Eine große Anzahl Regierungsbeamter und privater Gruppen sind an Korruption und kriminellen Aktivitäten beteiligt. Kriminelle Netzwerke sind in Erpressungen und Entführungen verwickelt. Korrupte Beamte sind mitverantwortlich für die schwache und wirkungslose Reaktion nigerianischer Regierungstruppen auf Angriffe gegen Christen durch islamische Gruppen. Der Einfluss krimineller Netzwerke im Land geht über die Landesgrenzen hinaus und hat internationale Auswirkungen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Feindschaft gegenüber Christen wird häufig durch extremistische islamische Lehren und deren Ausübung geschürt. Das wird durch die Tatsache verstärkt, dass der Islam die dominierende Religion im nördlichen Teil Nigerias ist, während im Süden das Christentum vorherrscht. Die Rivalität zwischen ethnischen Gruppen im Süden und Norden ist eine weitere Ursache, die zur Verfolgung von Christen beiträgt. Besonders im nördlichen Nigeria und dem zentralen Gürtel des Landes verfolgen extremistische bewaffnete Gruppen wie Boko Haram und die muslimischen Fulani-Hirten Christen sehr aktiv. Das verstärkte Auftreten von Gewalt auch in zentralen Landesteilen deutet darauf hin, dass sich die gewaltsame Verfolgung im Land südwärts ausbreitet. Weiterhin gibt es Korruption auf allen Regierungsebenen. Kriminelle Gruppen sind häufig nach ethnischen Gesichtspunkten organisiert und in Menschen- und Drogenhandel involviert; beide Gruppen sind für den Anstieg der Verfolgung von Christen verantwortlich. Die Situation wird dadurch erschwert, dass einige Politiker die Gewalt in zentralen Teil des Landes als ressourcenbasierten Konflikt betrachten und dabei die religiöse Komponente ausblenden.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die meisten Christen im südlichen Teil des Landes leben in einem Umfeld, wo ihre Glaubensfreiheit respektiert wird. Christen im Norden und im zentralen Gürtel Nigerias leiden jedoch unter der Gewalt militanter islamischer Gruppen. Durch diese Gewalt kommen Menschen ums Leben, erleiden körperliche Verletzungen und verlieren Eigentum. Damit geht oft auch der Verlust ihres Grundbesitzes und folglich ihrer Erwerbsquellen einher. Im nördlichen Nigeria, besonders in den Scharia-Staaten, werden Christen diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben zudem die Zurückweisung durch ihre eigenen Familien und den Druck, ihren christlichen Glauben aufzugeben.

Korruption hat das Land geschwächt und dazu geführt, dass es schlecht ausgerüstet ist, um Christen vor den Taten gewalttätiger islamistischer Gruppen zu schützen. Manchmal dienen Kirchengemeinden sogar als Instrument zur Geldwäsche. Gemeinden, die in derartige kriminelle Aktivitäten verwickelt sind (indem sie zum Beispiel Spenden zwielichtiger Wohltäter annehmen) werden mitunter zum Ziel gewaltsamer Anschläge mit rein kriminellem Hintergrund.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 24. April 2018 griffen Fulani-Hirten während der Morgenmesse eine katholische Kirche im Bundesstaat Benue an. Dabei wurden zwei Priester und 17 Gemeindemitglieder getötet. Anschließend brannten sie 60 Häuser des Dorfes sowie Ackerland und Scheunen nieder.
- Am 23. Juni 2018 wurden 120 Christen von Fulani-Hirten im Bundesstaat Plateau umgebracht, als sie von einer Beerdigung zurückkehrten. Die Kirchen in diesem Gebiet ließen am Sonntag, dem 24. Juni, aus Furcht vor weiteren Attacken ihre Gottesdienste ausfallen.
- Am 17. Februar 2018 attackierten Kämpfer von Boko Haram ein christliches Dorf im Bundesstaat Borno. Der Angriff, bei dem 106 Menschen umgebracht wurden, hatte besonders männliche Bewohner des christlichen Ortes zum Ziel.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 80 Punkten belegt Nigeria Platz 12 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Im Vorjahr war Nigeria mit einer Punktzahl von 77 Punkten an 14. Stelle platziert. Der durchschnittliche Druck stieg von 12,1 Punkten auf 12,7 Punkte. Damit wird vor allem der steigende Druck im Alltag der Christen beschrieben, die in den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Dörfern im Norden des Landes leben. Der Wert für das Auftreten von Gewalt stieg auf die Maximalpunktzahl 16,7 an. Die Gewalt gegen Christen, die von Boko Haram und Fulani-Hirten verübt wurde, hat großes Leid unter den Christen in den nördlichen und zentralen Teilen des Landes verursacht.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

„Islamische Unterdrückung“ ist zur stärksten Triebkraft der Verfolgung in Nigeria geworden, besonders nachdem sich die durch die islamistische Gruppierung Boko Haram ausgeübte Gewalt intensiviert hat. Die Verfolgung von Christen in Nordnigeria wird meistens mit Boko Haram in Verbindung gebracht. Das Verfolgungsmuster für das Land ist jedoch viel komplexer und darf nicht auf gewaltsame Übergriffe und Ermordungen von Christen (und gemäßigten Muslimen) seitens militanter islamistischer Gruppen reduziert werden. Muslimische Interessengruppen, religiöse Leiter, Nachbarn und Familien sind ebenfalls an der Verfolgung von Christen beteiligt. Das trifft besonders auf die zwölf nördlichen Scharia-Bundesstaaten zu, in denen lokale Behörden und die Gesellschaft Christen kaum Raum zum Leben ihres Glaubens lassen. Die in den 1980er-Jahren begonnene Entwicklung während der gewalttätigen Maitatsine-Aufstände hat sich 2001 mit der Einführung der Scharia, der islamischen Rechtsprechung, fortgesetzt. Christen wurden im Norden Nigerias mehr und mehr Ziel gewalttätiger Übergriffe von Dschihadisten. Boko Haram hat in den vergangenen Jahren daran anknüpfend einen systematischen Kampf gegen den nigerianischen Staat geführt. Ideologie, Rhetorik und Handlungen waren dabei spezifisch gegen Christen gerichtet. Ihr Ziel war und ist die Errichtung eines islamischen Staates. Mit der für den extremistischen Islam typischen Rhetorik hat Boko Haram im August 2014 in Gwoza (Bundesstaat Borno) ein Kalifat ausgerufen. Die Ausweitung des Kalifats wurde zwar von Regierungstruppen gestoppt, doch tausende Menschen leiden noch immer unter der Gewalt von Boko Haram, besonders Christen. Dadurch wächst in der ganzen Region, wenn nicht sogar im ganzen Land, das gegenseitige Misstrauen zwischen Christen und Muslimen.

Andere islamische Angreifer, meist als Fulani-Hirten identifiziert, verüben (häufig nachts) Überfälle auf mehrheitlich christliche Dörfer in zentralen Landesteilen. Auch hier gibt es zahlreiche unschuldige Opfer, darunter auch Frauen und Kinder. Berichten zufolge gibt es Bestrebungen der Regierungen in Benue, Kaduna, Nasarawa und Taraba, Weideplätze für die Fulani einzurichten. Damit würden den einheimischen Christen beträchtliche Ländereien genommen. Viele christliche Kommunen würden ihrer Häuser und Felder und somit ihrer Lebensgrundlage beraubt. Boko Haram agiert jedoch auch in den benachbarten Ländern. Die Gruppe rekrutiert Mitglieder in Nigeria, Niger, dem Tschad, Kamerun und anderen Ländern. Das bedeutet, dass sie sich hier leicht neu formieren können, selbst wenn die Situation in Nigeria für sie schwierig wird.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Mehrere kriminelle Netzwerke operieren in Nigeria. Global Security schrieb im Februar 2016: „Die profitabelste Unternehmung in Nigeria ist der Drogenhandel – die Lieferung von Heroin aus Südost- und Südwestasien nach Europa und in die USA sowie von Kokain aus Südamerika nach Europa und Südafrika." Da diese Netzwerke des organisierten Verbrechens auch Kirchengemeinden erpressen und teilweise durch Entführungen unter Druck setzen, stellen sie für die Christen eine Bedrohung dar. Im Süden Nigerias haben kriminelle Gruppen einzelne Christen gezielt ermordet. Zusätzlich hat die allgegenwärtige Korruption im Land dazu beigetragen, dass nigerianische Sicherheitskräfte nur sehr schwach und uneffektiv auf die Gefahren reagieren, die den Christen von Boko Haram oder den Fulani-Hirten drohen.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Gewalttätige Gruppen, Dorfvorsteher und die eigene (Groß-)Familie sind die häufigsten Verfolger von Christen in Nigeria. Im Norden verübten islamisch-extremistische Gruppen wie Boko Haram in den vergangenen Jahren zahlreiche Angriffe auf Christen, wobei es zu Morden, Folter und Entführungen kam. Einige islamische Interessengruppen beeinflussen die muslimische Gesellschaft und bringen auch sie dazu, Christen anzugreifen und zu verfolgen. Zudem agieren einige Regierungsbeamte als Verfolger aus islamisch-religiösen Motiven.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Korrupte Staatsbeamte und organisierte kriminelle Netzwerke sind im Drogenhandel involviert. In einigen Gegenden im Süden Nigerias versuchen kriminelle Gruppen sogar, mithilfe von Kirchen Geldwäsche zu betreiben. Als Folge davon lassen sich Kirchen und Christen in die Konflikte und Gewalt dieser Gruppierungen verstricken. Auch korrupte Beamte tragen zur Verfolgung von Christen im nördlichen Teil des Landes bei, da sie die Verfolgung durch muslimische Interessengruppen ignorieren oder Gewalttäter nicht bestrafen. In einigen Fällen waren korrupte Beamte sogar aktiv in die Verfolgung von Christen wegen ihres Glaubens involviert.

4. Hintergrund

Am 29. Mai 2015 wurde Muhammadu Buhari als vierter Präsident seit Einführung der neuen nigerianischen Verfassung vereidigt. In seiner Rede zum Amtsantritt versprach er, dem Land zu „wachsendem Wohlstand" zu verhelfen, sowie gegen Korruption und Boko Haram vorzugehen. Diese beschrieb er als „gottlose Gruppe ohne Verstand, die so weit weg vom Islam ist, wie man es sich nur vorstellen kann“. Tatsächlich war die nigerianische Armee relativ erfolgreich darin, die von Boko Haram besetzten Gebiete zurückzuerobern. Trotz des Erfolges im Kampf gegen Boko Haram, welche maßgeblich für die Gewalt gegen Christen in den letzten Jahren verantwortlich war, bleibt die anhaltende Gewalt gegen Christen im mittleren Teil Nigerias ein großer Grund zur Sorge. Wie von der Forschungsabteilung World Watch Research von Open Doors im Jahr 2015 berichtet, hat sich in diesem Gebiet im Schatten von Boko Haram eine Gewaltspirale entwickelt: Angriffe der muslimischen Fulani-Hirten und von Siedlern haben zum Tod tausender Christen und zur Zerstörung hunderter Kirchen und Gemeindegebäude geführt.

Christen erleben jedoch nicht überall in Nigeria Verfolgung durch Islamische Unterdrückung. Unter dem Aspekt „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen kann Nigeria in verschiedene Gebiete eingeteilt werden:

- Der Norden (19 Staaten und das Gebiet der Hauptstadt Abuja) ist überwiegend muslimisch, wobei die Christen in den Staaten im zentralen Gürtel des Landes in der Mehrheit sind. Große Teile des zentralen Gürtels haben sich mittlerweile den zwölf sogenannten „Scharia-Staaten“ des Nordens angeschlossen. Im Bundesstaat Kaduna beispielsweise ist die Mehrheit der Bevölkerung im Norden muslimisch, im Süden mehrheitlich christlich. Die Verwaltung von Kaduna wird allerdings von Muslimen dominiert.
- Der Süden (17 Staaten) ist überwiegend christlich, wobei im Südwesten (Yoruba) zahlreiche Muslime leben.

Mit fast 200 Ethnien und Stammesgruppen sowie 500 Sprachen ist Nigeria eines der komplexesten Länder des Kontinents. Die Verfolgung der Christen geht in einigen Staaten mit Kämpfen um Rohstoffe einher. Laut Berichten von Menschenrechtsaktivisten untersucht die Regierung nur selten Morde und Misshandlungen von Christen durch islamisch-extremistische Gruppen oder Einzeltäter. Damit vernachlässigt die Regierung ihre internationalen Verpflichtungen, wie sie etwa in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte festgelegt sind. Hinzu kommt, dass Boko Haram vielen Berichten zufolge alles versucht, um einen offenen Krieg zwischen Muslimen und Christen auszulösen.

Es ist möglich, dass sich die Spannungen im Angesicht der im Februar 2019 anstehenden Wahlen noch verstärken. Die beiden Rivalen, denen in den Präsidentschaftswahlen die meisten Chancen eingeräumt werden, sind der Amtsinhaber Muhammadu Buhari, der aus dem Norden stammt und dem „All Progressives Congress" (APC) angehört, sowie Atiku Abubakar, ebenfalls aus dem Norden und von der „People's Democratic Party" (PDP). Er hat vier Frauen und 28 Kinder.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören römisch-katholische und protestantische Kirchenmitglieder wie Anglikaner, Methodisten und Lutheraner. Aufgrund der Angriffe von Boko Haram war erwartet worden, dass die Anzahl der Christen abnimmt. Obwohl es zutrifft, dass die meisten der Getöteten, Vertriebenen und Geflohenen Christen sind, gibt es Anzeichen dafür, dass die christliche Bevölkerung dennoch gewachsen ist. So hat die Römisch-Katholische Kirche neue Diözesen gegründet, und die Anzahl protestantischer Christen wächst Untersuchungen zufolge schneller als erwartet.

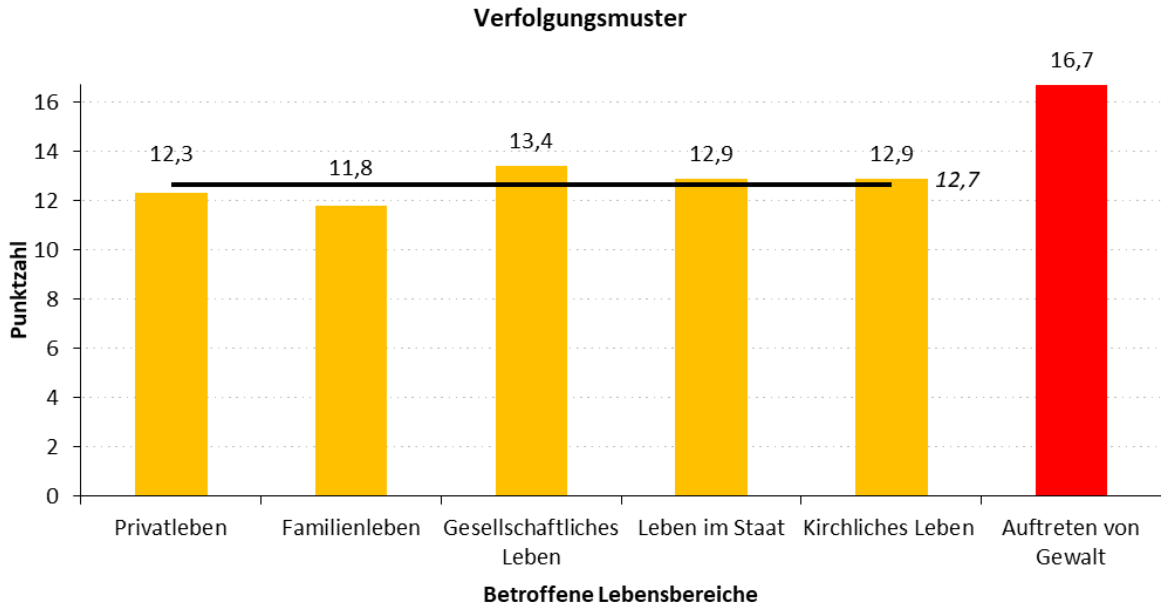
Christen muslimischer Herkunft

In den nördlichen Scharia-Staaten ist es illegal, den Islam zu verlassen. Deswegen ist eine Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben gefährlich und kann viele Schwierigkeiten nach sich ziehen, wie zum Beispiel Morddrohungen, Prügelattacken oder Festnahmen. Wegen dieser Gründe entscheiden sich die meisten Christen muslimischer Herkunft dafür, ihren Glauben nicht öffentlich zu zeigen oder über ihn zu reden. Im Norden gibt es zudem viele Untergrundkirchen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die Anzahl evangelikaler und pfingstkirchlicher Gemeinschaften in Nigeria wächst. Sie machen mittlerweile gut 20 Prozent der nigerianischen Gemeinde aus, Tendenz steigend. In vielen der nördlichen Staaten erleben sie die gleiche Not wie andere Christen, einschließlich gewalttätiger Angriffe auf ihr Leben und Eigentum seitens militanter Gruppierungen und Diskriminierung durch örtliche Behörden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nigeria

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Nigeria liegt bei 12,7 Punkten, was einen Anstieg von 0,6 Punkten gegenüber dem Vorjahr bedeutet.
- Die Wertung übertrifft in allen Lebensbereichen 11 von maximal 16,7 Punkten und zeigt damit ein sehr hohes Niveau von Verfolgung. Am stärksten ist der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben" (13,4 Punkte).
- Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ erhielt Nigeria die Maximalwertung von 16,7 Punkten. Dies stellt einen Anstieg von 0,2 Punkten im Vergleich zum WVI 2018 dar.

Privatleben

Das Privatleben von Christen im Norden und Zentrum des Landes wird besonders durch extremistische islamische Gruppen wie Boko Haram beeinträchtigt. Das gilt besonders für die Staaten Bauchi, Gombe, Yobe und Borno. Immer mehr Christen werden unter Druck gesetzt, Symbole ihres Glaubens oder auch Bibeln nicht offen zu zeigen. In den Gebieten Ganye und Jada sowie weiten Teilen von Borno und Yobe kleiden sich Christen mittlerweile sogar wie Muslime, um christliche Gegenstände oder Schriften, die sie bei sich tragen, zu verbergen und nicht gelyncht zu werden. Christen muslimischer Herkunft leben in den muslimisch geprägten nördlichen Teilen des Landes sogar noch gefährdeter. Von ihnen zeigt fast niemand seinen Glauben öffentlich oder spricht darüber. Sie praktizieren ihren Glauben in aller Regel heimlich.

Familienleben

Das Familienleben wird Christen schwer gemacht und ist in manchen Fällen sogar gefährlich für sie, besonders im nördlichen Teil des Landes. Dort können Christen ihre Verstorbenen nicht auf öffentlichen Friedhöfen beisetzen. Christliche Mädchen stehen in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden. Noch größer sind die Gefahren im familiären Rahmen für Christen muslimischer Herkunft. Im Norden Nigerias vermeiden es diese, mit anderen Personen über ihren Glauben zu reden.

Gesellschaftliches Leben

Der Druck im gesellschaftlichen Leben ist vor allem in den nördlichen Gebieten Nigerias sehr hoch, besonders in den Scharia-Staaten. Dort werden Kinder von Christen in staatlichen Schulen zur Teilnahme am Islamunterricht gezwungen. Christliche Schüler stehen in erhöhter Gefahr, an ihren Schulen entführt zu werden. Einige Eltern haben deshalb sogar ihre Kinder aus der Schule genommen.

Leben im Staat

Auch in diesem Lebensbereich konzentrieren sich die Probleme vor allem auf die nördlichen Regionen. Auf dem Arbeitsmarkt wird selbst gut ausgebildeten Christen die Einstellung verweigert; anderen werden Arbeitsstellen unter der Bedingung angeboten, dass sie ihren christlichen Glauben aufgeben. In den nördlichen Scharia-Staaten leben Christen in ständiger Angst angesichts eines unberechenbaren Umfeldes: Vertreter der örtlichen Behörden setzen sie immer wieder unter Druck, manchmal mithilfe der „Hisba“ (Scharia-Polizei) und Dawa-Komitees (islamische Missionare). In den Nordstaaten, in denen die Scharia nicht eingeführt wurde, ist der Druck vergleichsweise etwas weniger ausgeprägt. Trotzdem erleben Christen auch hier Diskriminierungen und haben Schwierigkeiten, Arbeitsstellen im öffentlichen Bereich zu finden. Christen muslimischer Herkunft sind davon stärker betroffen als alle anderen Christen. In den zwölf Staaten, die der Scharia-Gesetzgebung folgen, ist der Glaubenswechsel illegal. Aus diesem Grund verlassen viele Konvertiten den Norden.

Kirchliches Leben

Für Kirchen im Norden Nigerias wird es immer schwieriger, Gottesdienste zu feiern. Es gab in den vergangenen Jahren zahlreiche Angriffe auf Kirchen. Noch größer ist die Bedrohung, wenn sie offen Christen mit muslimischem Hintergrund aufnehmen. Es besteht immer die Gefahr, dadurch die Aufmerksamkeit der islamischen Gemeinschaft zu erregen, was zu Gewalttaten gegen Kirchen im gesamten Umkreis führen könnte. Wie die Daten für den aktuellen Berichtszeitraum zeigen, wurden hunderte Kirchen im Land angegriffen, vor allem in den nördlichen und den zentralen Bundesstaaten. Islamische Extremisten greifen verstärkt Pastoren an, um das Wachstum der Kirchen zu stoppen.

Auftreten von Gewalt

Wie auch in den letzten Jahren war die Gewalt gegen Christen in Nigeria im Berichtszeitraum äußerst hoch. Boko Haram hat seine Angriffe auf Christen weitergeführt. Inzwischen kommen bei Angriffen muslimischer Fulani-Hirten sogar noch mehr Christen ums Leben als durch Boko Haram. Ihre Überfälle führten zu Tod, Enteignung und der Vertreibung tausender Christen. Beispiele für das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen sind im Abschnitt „Zusammenfassung" aufgelistet.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Häufig werden Frauen und Mädchen entführt und werden Opfer sexueller Übergriffe und Vergewaltigungen. Das ist eine übliche Vorgehensweise von Boko Haram und auch der muslimischen Fulani-Hirtengruppen. Viele der Frauen und Mädchen werden zur Ehe mit Nichtchristen gezwungen. Die Tatsache, dass in einigen Staaten die Eheschließung von Minderjährigen rechtlich zulässig ist, trägt zu diesem Problem bei (ebenso wie kulturelle und religiöse Normen, die Mädchen davon abhalten, in die Schule zu gehen). Die Verfolgung von Frauen und Mädchen hat zerstörerische Auswirkungen auf die christliche Kirche und christliche Familien. Neben der starken emotionalen Belastung und den sozialen Kosten, die diese Verfolgung mit sich bringt, wird dadurch auch das wirtschaftliche Auskommen einiger Gemeinschaften beeinträchtigt. Hiervon sind vor allem solche Gemeinschaften betroffen, in denen Witwen die Hauptverdiener der Familien sind.

Männer

Christliche Männer und Jungen sind besonders im nordöstlichen Teil des Landes, wo Boko Haram aktiv ist, gezielten Angriffen der Extremisten ausgesetzt. Viele wurden angegriffen, entführt und gezwungen, sich der militanten Gruppe anzuschließen. Solche Angriffe haben eine verheerende Wirkung auf die Kirche und christliche Familien.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Außer Christen sind auch schiitische Muslime im Norden Nigerias gewaltsamen Angriffen durch sunnitische Gruppierungen ausgesetzt. Auch die Zeugen Jehovas bilden in Nigeria eine Minderheit, die vor allen Dingen im Norden des Landes Diskriminierung und Gewalt erleben. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass in den nördlichen Bundesstaaten alle religiösen Minderheiten, die nicht der mehrheitlich verbreiteten Form des Islam angehören, auf die eine oder andere Art Druck und Gewalt erleben.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Als eines der komplexesten und korruptesten Länder Westafrikas hat Nigeria mit tiefgreifenden Problemen zu kämpfen. Der Aufstieg Boko Harams im vergangenen Jahrzehnt hat die Situation noch komplizierter werden lassen. Politische Bündnisse reflektieren diese komplexe Realität: Christen und Muslime lassen sich in Wahlen gemeinsam aufstellen, um mehr Wähler anzuziehen. Muslimische Präsidentschaftskandidaten einer großen Partei aus dem Norden bestimmen beispielsweise häufig einen Christen aus dem Süden zu ihrem designierten Vizepräsidenten und andersherum.

In den vergangenen fünf Jahren haben die Christen in Nigeria einige der verheerendsten Angriffe islamischer Extremisten erlebt. Der „Global Terrorism Index 2018" führt Nigeria für das Jahr 2017 auf Platz 3 der Länder, die am stärksten von Terrorismus betroffen sind. Die Reaktionen der Regierung sind offensichtlich unzureichend, da die Täter weiterhin in der Lage sind, Christen ungestraft anzugreifen. Dies wird auch künftig ein ernsthaftes Problem für die Christen und die Regierung Nigerias bleiben. Während die nigerianische Armee in ihrem Kampf gegen Boko Haram zum Teil erfolgreich war,

verüben diese vermehrt Überfälle in benachbarten Ländern wie Niger, dem Tschad und Kamerun. Sollten Nigeria und andere Länder der Region Boko Haram zu früh als besiegt erklären, könnte dies der Gruppe die Möglichkeit verschaffen, sich neu zu formieren und weiterhin Anschläge auf Christen in Nigeria und anderen Ländern der Region auszuüben. Daher ist die Situation von Christen im Norden Nigerias teilweise davon abhängig, ob Nigerias Regierung und die anderen Länder der Region ihren Kampf gegen Boko Haram effektiver und umfassender fortführen werden, ohne nachzulassen.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Die Situation für Christen ist in vielen Teilen Nigerias sehr gefährlich. In einigen Gegenden nimmt die Gewalt gegen Christen das Ausmaß ethnischer Säuberungen an. Die Triebkraft Islamische Unterdrückung wird in der vorhersehbaren Zukunft sehr wahrscheinlich weiterhin in Nigeria bestehen und den Norden des Landes zu einem gefährlichen Ort für Christen machen. Die Regierung war bisher zurückhaltend, was Maßnahmen gegen die Gewalt der muslimischen Fulani-Hirten und Siedler angeht, die um die Kontrolle der zentralen Landesteile kämpfen. Die nächsten Wahlen finden am 16. Februar 2019 statt, einen Monat nach der Veröffentlichung dieses Berichtes. Sie werden sehr wahrscheinlich signifikante Auswirkungen im Land haben. Es besteht die Gefahr, dass Ethnie und Religion für Wahlkampagnen instrumentalisiert werden.

Schlussfolgerung

Seit Präsident Buhari an die Macht gekommen ist, haben militärische Offensiven zwar zur zahlenmäßigen Dezimierung von Boko Haram geführt, die Gruppe hat jedoch ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen, indem sie in schwache Nachbarländer gezogen ist. Es gibt zudem zahlreiche Angriffe im zentralen Gürtel des Landes, und die Regierung hat bisher keinen Plan zur Lösung dieser Krise vorgelegt. Als Ergebnis ist die Zahl der Binnenflüchtlinge sowohl in den zentralen Landesteilen als auch im Norden Nigerias in die Höhe geschnellt. Unter ihnen sind viele Christen. Hilfe von nationalen oder internationalen Hilfsorganisationen gibt es für sie kaum. Sie sind unfreiwillige Zeugen für die Übermacht der Verfolger und die gleichzeitige Schutzlosigkeit der Verfolgten in dieser Region. Diese Situation bei gleichzeitig ausbleibender Strafverfolgung lädt zu weiteren Übergriffen ein und versetzt die christliche Bevölkerung in einen Zustand konstanter Angst. Die Spirale der Gewalt kann nur gestoppt werden, wenn die internationale Weltgemeinschaft mit Nothilfe und anderen Maßnahmen eingreift, und die Regierung einen umfassenden Plan vorlegt, der diese komplexe und todbringende Situation adressiert. Vor diesem Hintergrund finden die anstehenden Wahlen im Februar 2019 statt. Es ist wahrscheinlich, dass Ethnie und Religion für Wahlkampagnen instrumentalisiert werden. Die Wahlen könnten die Regierungspartei und den Präsidenten jedoch dazu bringen, mehr auf die Sorgen und Nöte der Christen einzugehen. Allerdings besteht auch das Risiko, dass eine verstärkte Mobilisierung der Wählerschaft auf Grundlage ethnischer Zugehörigkeit und Religion schon vor der Wahl im Jahr 2019 zur Realität wird, falls der erkrankte Präsident Buhari während seiner Amtszeit versterben sollte.

zurück zur Länderübersicht

Irak: Platz 13

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Islamisch-extremistische Gruppen streben danach, den Irak zu einem rein islamischen Land zu machen. Antiwestliche (und damit auch christenfeindliche) Stimmungen führen zu einem hohen Maß an Gewalt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Stamm und Clan haben große Bedeutung und üben vor allem auf Christen muslimischer Herkunft Druck aus, aber auch auf Christen anderer (nichtarabischer) ethnischer Hintergründe.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Entführungen, Lösegelder und illegale Inbesitznahme der Häuser von Christen sind weitverbreitet. Korruption ist auf allen Ebenen der Gesellschaft normal.

Diktatorische Paranoia: Die politischen Führer konzentrieren sich darauf, an der Macht zu bleiben. Dies verhindert eine pluralistische Gesellschaft.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Gewalttätige religiöse Gruppen wie der Islamische Staat (IS) sind bekannt dafür, gezielt religiöse Minderheiten durch Entführungen und Morde anzugreifen. Obwohl der IS sein Territorium im Irak verloren hat, ist seine Ideologie weiterhin einflussreich und zahlreiche IS-Kämpfer sollen in der Bevölkerung untergetaucht sein. Eine weitere Quelle der gewaltsamen Verfolgung von Christen sind die schiitischen Milizen, die vom Iran unterstützt werden. Verfolgung geht auch von islamischen Leitern auf jeder Ebene aus, meist in Form von Hassreden in Moscheen. Regierungsbeamte auf allen Ebenen bedrohen Berichten zufolge Christen und „ermutigen“ sie auszuwandern. Indem sie es versäumen, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, tragen auch politische Parteien zur Verfolgung von Christen bei. Clanführer, die (Groß-)Familie und „gewöhnliche Bürger“ üben Druck und Gewalt gegenüber Christen muslimischer Herkunft aus, um sie dazu zu bringen, wieder zum Islam zurückzukehren. Leiter von historischen Kirchen haben manchmal die offizielle Anerkennung jüngerer christlicher Konfessionen verhindert und sie auf auch andere Weise behindert. Schließlich ist die Entführung von Christen durch organisierte Kriminalität aus finanziellen und religiösen Motiven bekannt.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die Assyrische Kirche des Ostens, die Syrisch-Orthodoxe Kirche, die Chaldäisch-Katholische Kirche und die Armenisch-Orthodoxe Kirche sind alle stark von Verfolgung betroffen, besonders durch extremistische islamische Bewegungen und nichtchristliche Leiter. Sie werden auch von den Behörden diskriminiert. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie z. B. ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen an Checkpoints, in der Universität oder am Arbeitsplatz sowie in Regierungsgebäuden führen kann. Sogar Christen in den Kurdengebieten des Irak haben Berichten zufolge das Kreuz aus ihren Autos entfernt, um keine unerwünschte Aufmerksamkeit zu erregen. Bereits vor einigen Jahren konnte das katholische Seminar in Bagdad aufgrund von

Androhungen von Entführungen und Angriffen durch islamische Extremisten nicht mehr weiterarbeiten und war gezwungen, in die Kurdengebiete umzuziehen. Evangelikale Gemeinden und Pfingstgemeinden, etwa in Bagdad und Basra, sind ebenfalls erheblich von der Verfolgung durch extremistische islamische Bewegungen und nichtchristliche Leiter betroffen und erleben regelmäßig Diskriminierungen durch die Behörden. Bekennende Christen sind immer wieder zu Zielscheiben im Zentral- und Südirak geworden. Auch Blasphemiegesetze können gegen sie angewendet werden, wenn sie im Verdacht stehen, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten.

Christen muslimischer Herkunft erfahren den größten Druck durch die (Groß-)Familie und halten ihren Glauben oft geheim, da sie in der Gefahr stehen, von Familienmitgliedern, Clanführern und der Gesellschaft um sie herum bedroht zu werden. Als Konvertiten zum christlichen Glauben riskieren sie, Erbrechte zu verlieren, sowie das Recht und die Möglichkeit zu heiraten. Offen den Islam zu verlassen führt im ganzen Land zu schwierigen Situationen. Die Denomination zu wechseln (z. B. aus einer orthodoxen Kirche zu einer freikirchlich-protestantischen Gemeinde) hat ebenfalls häufig Benachteiligungen zur Folge, wie den Verlust des Arbeitsplatzes. Es ist bekannt, dass Leiter orthodoxer und katholischer Kirchen sich weigern, Eheschließungen für Mitglieder durchzuführen, die evangelikale Kirchen besuchen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Fünf Christen wurden aufgrund ihres Glaubens im Berichtszeitraum des WVI 2019 getötet. Eine Familie von drei Christen (ein christlicher Arzt, seine Frau und seine Mutter), wurden am 8. März bei einem Raubüberfall in ihrem Haus in Bagdad erstochen. Im gleichen Monat wurde ein Christ vor seinem Haus in der Hauptstadt erschossen. Auf ersten Blick sieht dieser Fall vielleicht schlicht kriminell aus, aber die Christen vor Ort und führende Politiker des Landes interpretieren diese Morde als gezielt christenfeindlich. Im Nahen Osten sind die Motive oft gemischt. Schließlich wurde ein Christ muslimischer Herkunft von seinem Schwiegervater umgebracht, nachdem dieser im September 2018 von seinem Glaubenswechsel erfuhr.
- Mehr als zehn Christen wurden verhaftet und festgehalten, während sie evangelisierten. Aus Sicherheitsgründen können keine genaueren Informationen weitergegeben werden.
- 48 Christen werden immer noch auf Grund von Verfolgung vermisst: Von 60 vermissten Christen, viele davon Frauen aus Karakosch, die von IS-Kämpfern verschleppt wurden, sind nur 12 zurückgekehrt. Christliche Frauen in Karakosch wurden von Kämpfern schiitischer Milizen, die nach der Befreiung der Stadt dort stationiert waren, sexuell missbraucht und angegriffen. Mehrere Christen, teils mit muslimischem Hintergrund, wurden entweder körperlich angegriffen oder erhielten Todesdrohungen.
- Drei Kirchen oder christliche Gebäude, unter anderem auch Friedhöfe, wurden angegriffen. Im späten November 2017 wurde ein christlicher Friedhof geschändet und eine christliche Schule in dem Dorf Inshke, in der Nähe von Dohuk in den Kurdengebieten, geplündert. Im Juli 2018 überfiel eine Geheimdiensteinheit der irakischen Armee das christliche Zentrum der St.-Gorgis-Kirche in dem christlichen Dorf Bartella unter falschen Behauptungen.
- Mehrere Häuser und Geschäfte von Christen wurden geplündert oder beschlagnahmt. Laut einem Bericht von „Independent Catholic News“ vom 18. November 2018 wurden „mindestens 350 Häuser von Christen, die vor dem IS geflohen waren, illegal von neuen Bewohnern besetzt, die deren Abwesenheit ausgenutzt und gefälschte Dokumente verwendet haben, was die Rücknahme der Häuser sehr schwierig macht.“ Es ist sehr schwer zu sagen, wann genau diese Häuser besetzt wurden, aber dies ist offensichtlich sehr oft passiert.

Ländereien, die Christen gehören, werden in Nav Kandala seit 15 Jahren von Kurden beschädigt. Insgesamt wurden seit 2003 mehr als 750 Morgen Land beeinträchtigt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Im Weltverfolgungsindex 2019 ist die Punktzahl für den Irak von 86 Punkten im Weltverfolgungsindex 2018 auf 79 Punkte gesunken. Damit ist das Land von Platz 8 auf 13 gerückt. Sowohl die Punktzahl für Druck als auch für Gewalt sind mit den territorialen Verlusten des IS gesunken. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alles wieder gut ist: die Ideologie des IS lebt weiter und hat die lokale Bevölkerung beeinflusst. Die Zahl der getöteten Christen ist ein wenig gestiegen und Christen werden weiterhin körperlich und seelisch verletzt, bedroht und sexuell belästigt. Gewalttaten gegen Christen nichtmuslimischer Herkunft wurden hauptsächlich von Kämpfern islamistischer Milizen ausgeübt, während Christen muslimischer Herkunft hauptsächlich mit Gewalt seitens ihrer (Groß-)Familien konfrontiert sind. Obwohl einige christliche Familien in ihre Häuser zurückgekehrt sind, geht die Auswanderung der Christen weiter, weil sie Angst und keine Hoffnung auf eine gute Zukunft haben.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamisch-extremistische Gruppen trachten nach einer religiösen Säuberung des Irak und streben danach, den Irak ganz und gar zu einem islamischen Land zu machen. Seit der US-geführten Invasion im Irak im Jahr 2003 hat sich die Situation kontinuierlich verschlechtert. Anti-westliche (und damit auch christenfeindliche) Stimmungen fördern ein beträchtliches Ausmaß an Gewalt durch islamische Extremisten und Gruppen von Aufständischen. Die Situation verschlimmert sich noch durch mangelnde Strafverfolgung und Gesetzlosigkeit. Darüber hinaus sind die islamistischen Milizen im Norden und im Westen zahlenmäßig gewachsen, beeinflusst durch den Bürgerkrieg in Syrien. Im Juni 2014 rief der IS ein Kalifat in großen Teilen des Nord- und Westirak aus, zusammen mit den Gebieten, die er in Syrien kontrollierte. Der IS führte strenge islamische Regeln ein und war für den Großteil der Gewalt gegen Christen im Irak verantwortlich. Bis Ende 2017 wurden die meisten bislang vom IS gehaltenen Gebiete befreit und durch den IS begangene Gräueltaten wurden öffentlich. Die territoriale Niederlage des IS hat eine wichtige Bedrohungsquelle beseitigt, aber man sagt, dass viele IS-Kämpfer in der Bevölkerung „untergetaucht“ sind und damit weiterhin eine Bedrohung für religiöse Minderheiten darstellen.

Neue islamistische Gruppen sind entstanden wie „Chorasan“, eine Gruppierung, die mutmaßlich aus ehemaligen Mitgliedern von Al Kaida besteht. Unter dem Einfluss islamisch-extremistischer Milizen wurde das islamische Bewusstsein zu einem neuen Faktor im Land, einschließlich des Kurdengebiets im Norden. Bedingt durch regionale Entwicklungen nimmt die Bedeutung des Islam in den irakischen und kurdischen Regierungen zu. Mehrere schiitische Parteien haben gute Beziehungen zur Islamischen Republik Iran und besonders Christen mit muslimischem Hintergrund berichten, dass sie in Gebieten nahe der iranischen Grenze von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Generell scheint die Gesellschaft des Irak islamischer zu werden. Islamische Grundsätze und Rhetorik beherrschen den Alltag und islamische Leiter (vor allem Schiiten) beeinflussen weiterhin das soziale, religiöse und politische Leben durch ihre Lehren, politischen Haltungen und Entscheidungen als Stammesführer.

Dies spiegelt sich dann in den gesellschaftlichen Normen und Praktiken wider, die alle Menschen im Irak betreffen und auch für Nichtmuslime zum Maßstab werden. Die soziale Kontrolle von Frauen nimmt zu und christliche Frauen sind selbst in Bagdad und Basra gezwungen, sich zu verschleiern, damit sie sich sicher außerhalb ihres Zuhauses bewegen können.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Die irakische Gesellschaft ist immer noch sehr durch Stammesdenken geprägt, vor allem in Gegenden, die durch religiöse Spannungen und Gewalt (hauptsächlich in den früher vom IS kontrollierten Gebieten) gespalten sind. Die Zugehörigkeit zu einem Stamm ist oft wichtiger, als dem Gesetz der Regierung zu gehorchen. Uralte Normen und Werte üben einen bestimmenden Einfluss auf die Stammesgesellschaft aus. Wo sich dieses Stammesdenken mit dem Islam vermischt, betrifft es insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Wenn der Stammeshintergrund eines Christen muslimischer Herkunft bekannt ist, kann das andere Christen davon abhalten, ihm oder ihr zu helfen, weil sie dann selbst in Schwierigkeiten geraten könnten. Stammesgruppen haben in einigen Gebieten Einfluss innerhalb von (und manchmal auch auf) Regierungsbehörden.

Das Wort „christlich“ wird im Irak nicht so sehr im Sinne des Glaubens verstanden, sondern mehr im Sinne der Ethnizität. Traditionelle/historische Christen haben eine andere ethnische Herkunft (assyrisch, chaldäisch, syrisch, armenisch usw.) als Muslime. Die Mehrzahl der Muslime (Schiiten und Sunniten) werden als Araber bezeichnet und haben stark nomadische Stammesnormen, die als Standard für die gesamte Gesellschaft dargestellt werden. Wegen der Spaltungen in der irakischen Gesellschaft sind Stämme immer noch der entscheidende Faktor für Zugehörigkeit. In diesem Sinne werden diejenigen, die nicht „Araber“ sind, automatisch als anders gesehen und dementsprechend behandelt. Ihnen werden manche ihrer Rechte verweigert (zum Beispiel leiden sie unter Diskriminierung und Verfolgung). Das ist in städtischen Gegenden jedoch weniger intensiv als in ländlichen Gesellschaften.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist tief in der irakischen Gesellschaft verwurzelt, bis hin zu den höchsten Schichten, und spielt bei der Verfolgung von Christen im Irak eine wichtige Rolle, sowohl in den Gebieten, die von der irakischen Regierung kontrolliert werden, als auch in den Kurdengebieten. In vielen mehrheitlich islamischen Gebieten können Christen ihre Häuser nur zu 60% des Preises verkaufen. Weitere Beispiele: 1. Die Beschlagnahmung von Ländereien, die Christen gehören: In den von der irakischen Regierung kontrollierten Gebieten wurden mindestens 70% der Ländereien von Christen durch organisierte, kriminelle Gruppen, zu denen sehr einflussreiche Politiker und religiöse Leiter gehören, illegal beschlagnahmt. Ähnliche Phänomene können auch in den Kurdengebieten beobachtet werden, wobei die Täter einflussreiche Stammesführer sind, die zu dem herrschenden Klan gehören. Die Verwundbarkeit religiöser Minderheiten wie der Christen wird ausgenutzt. 2. Die Tötung und Entführung von Christen: Seit 2003 ist das immer wieder in Wellen geschehen. Das führt zu großer Unsicherheit. Diese beiden Gründe sind die Hauptursachen für die Auswanderung der irakischen Christen und für die Erschöpfung der christlichen Gesellschaften im Irak.

Diktatorische Paranoia

Das Ziel, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, ist ein wesentliches Thema in der irakischen Zentralregierung und wird von Klientelwesen, Korruption und Vetternwirtschaft verstärkt. Dieser Fokus verhindert, dass eine pluralistische Gesellschaft gefördert wird, in der Christen (und andere religiöse Minderheiten) wirklich willkommen wären. Die neue Regierung, die im Mai 2018 gewählt wurde, ist schiitisch ausgerichtet, aber momentan ist es zu früh, um einen zukünftigen Kurs vorherzusagen. Aus dem Norden gab es jedoch im Juni 2018 neue Berichte, dass die kurdischen Behörden „Assyrische“ Ländereien beschlagnahmen.

Konfessioneller Protektionismus

Konfessioneller Protektionismus war schwächer, als der IS noch Gebiete im Irak kontrollierte und Kirchen vieler verschiedenen Konfessionen mehr dazu bereit waren, sich gegenseitig zu helfen. Im Irak gibt es vierzehn christliche Konfessionen, die vom Staat anerkannt werden, zwei davon sind protestantisch. Wenn sich eine neue Konfession zur Registrierung/Anerkennung bewirbt, werden die offiziell anerkannten Kirchen ersucht, hierzu Stellung zu nehmen. Historische Kirchen versuchen oft, ihre Mitglieder davon abzuhalten neuere Kirchengemeinden zu besuchen. Manche traditionelle katholische Kirchen verbieten den protestantischen Christen, ihre Toten auf katholischen Friedhöfen zu beerdigen. Im Zentralirak und im Süden kommt es vor, dass Christen, die von einer historischen Kirche zu einer Freikirche wechseln, Drohungen und Opposition von Familienmitgliedern, Stammesführern und der Gesellschaft um sie herum erleben. Dies umfasst die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, den Verlust von Erbrechten oder von Ersparnissen für die Hochzeit. Angehörigen traditioneller christlicher Gemeinschaften, die freikirchliche Gemeinden besuchten, wurde verweigert, von ihrem Bischof getraut zu werden. Familien und Gemeinschaften distanzieren sich oft von solchen Christen, die ihre Konfession gewechselt haben.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Christen im Irak leiden unter islamischer Unterdrückung sowohl durch Sunniten als auch Schiiten (d.h. von Kurden, Iranern und Arabern). Druck kann von Regierungsbeamten, islamischen Leitern, Anführern ethnischer Gruppen, gewalttätigen religiösen Gruppen, der Bevölkerung, der Familie, politischen Parteien, paramilitärischen und organisierten kriminellen Gruppen kommen.

Regierungsbeamte, die extremistischen islamischen Gruppen angehören, können es für Christen sehr schwer machen den notwendigen Schriftverkehr zu erledigen. Angesichts der stark konservativen Prägung der Gesellschaft und der engen Zusammenarbeit mancher Sunniten mit islamistischen Aufständischen verschwimmt die Grenze zwischen dem, wer extremistisch ist und wer nicht. Gewalttätige religiöse Gruppen wie der IS und andere extremistische Gruppen (wie schiitische Milizen und dem Iran treue Milizen wie Asaib Ahl al-Haq und die Medhi-Armee) sind dafür bekannt, gezielt Christen und andere religiöse Minderheiten durch Entführungen und Morde anzugreifen. Milizen wie al-Haschd al-Scha'bi (die Volksmobilmachungseinheiten, welche dem Iran treu sind) sind ein Faktor der Unsicherheit und Instabilität für Christen, die historischen Kirchen angehören, und eine gefährliche Quelle der Verfolgung für Christen muslimischer Herkunft. Sie bilden eine Gruppe von vierzig verschiedenen Milizen verschiedener Größe, die (normalerweise) unter der Kontrolle der irakischen Regierung stehen und teilweise sehr extremistisch sind.

Von extremistischen islamischen Leitern, sowohl schiitischen als auch sunnitischen, die direkt die Politik und andere Aspekte des Lebens im Irak beeinflussen, geht ebenfalls Verfolgung aus. Ihr Einfluss spiegelt sich erstens in diskriminierenden Richtlinien, Gesetzen und administrativen Vorgängen gegen Christen wider, und zweitens in andauernden Hassreden von muslimischen Leitern, die Christen ausgrenzen. Christen werden als Ungläubige bezeichnet, was dazu führt, dass sie auf vielfältige Weise schwer verfolgt werden. Dies äußert sich zum einen in Hassreden in Moscheen und beleidigenden Bemerkungen, wie zum Beispiel: „Es ist notwendig, die Christen zu bekämpfen, bis sie aufgeben und sich zum Islam bekehren oder Kopfsteuer zahlen." Regierungsbeamte sind auch dafür bekannt, ähnliche Bemerkungen gemacht zu haben. Zum anderen äußert sich dies in Plakataktionen, welche Muslime dazu auffordern, christliche Feste zu boykottieren, Christen an Weihnachten keine Glückwünsche zu bringen und keine Weihnachtsdekoration zu verwenden. Drittens werden, in von der irakischen Regierung kontrollierten Gebieten, auf Kirchengebäuden Plakate angebracht, die christliche Frauen dazu auffordern, den Hidschab zu tragen, mit dem Slogan: „Die Jungfrau Maria trug einen Hidschab, also warum tut ihr es nicht?"

In den Parlamentswahlen im Mai 2018 haben eine schiitische politische Gruppe und kurdische Parteien die Wahlen manipuliert, um Christen den ihnen zustehenden Anteil an Sitzen zu entziehen. Es gibt fünf Sitze, die im nationalen Parlament für Christen reserviert sind. In der Vergangenheit haben manche schiitische politische Parteien Gesetze vorgeschlagen, die Christen diskriminieren, zum Beispiel das neue nationale Identifikationsgesetz. Dieses Gesetz legt fest, dass die Kinder eines Ehepartners, der sich zum Islam bekehrt, automatisch als Muslime gezählt werden. Abgesehen von islamistischen politischen Parteien haben immer wieder auch ethnische und paramilitärische Gruppen sowie Stammesgruppen Parteien gegründet, die eine exklusive Agenda hatten.

Gewöhnliche Bürger haben mit dem IS zusammengearbeitet oder sind Teil einer Miliz geworden, die Christen verfolgt, zum Beispiel in Mossul. Schließlich gibt es sehr starke Verfolgung in beiden Teilen des Irak, die von Clanführern, der Großfamilie und normalen Bürgern ausgeht, die großen Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausüben, um sie dazu zu bringen, zum Islam zurückzukehren, manchmal bis hin zu Mordversuchen. Christen muslimischer Herkunft befürchten auch körperliche Gewalt und Folter, Inhaftierung, Vertreibung aus ihren Familien, Verbannung aus ihren Stämmen, Familien und Gesellschaften, erzwungene Scheidung (vor allem für Frauen), erzwungene Eheschließung mit einem extremistischen Muslim (vor allem für Frauen) und Verlust des Sorgerechts für Kinder.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Ethnizität bleibt ein Faktor für Verfolgung in den Kurdengebieten und anderswo im Irak. Nach der Rückeroberung der Gebiete vom IS haben die Kurden und vom Iran unterstützte Milizen mehrfach versucht, Christen zu enteignen und dadurch zur Vertreibung von Christen aus dem Irak beigetragen. Kurdische Behörden und Bürger waren in die sogenannte demographische Entwicklungspolitik oder „Kurdifizierung" in der Ninive-Ebene und anderen Teilen der Kurdengebiete verwickelt. Dieser geplante und gezielte Versuch, Land von Christen anzukaufen oder zu konfiszieren, bedroht die Identität der historischen christlichen Enklaven und Ortschaften und ist ein weiterer Schritt, die christliche Minderheit im Irak zu beseitigen. Auch bestimmte andere ethnische Minderheiten (vor allem die Schabak – eine schiitische ethnische Minderheit, die bekanntlich vom Iran unterstützt wird) und vom Iran unterstützte Milizen haben Druck auf Christen ausgeübt, ihre Grundstücke zu verkaufen oder haben Christen gehindert, in ihre Städte oder Dörfer zurückzukehren. Ethnisch begründete Anfeindungen betreffen auch die Auferlegung traditioneller Normen und Werte aus

Stammestraditionen und werden oft mit islamischer Unterdrückung verbunden. In diesem Fall sind die Verfolger vor allem Familien von Konvertiten und Stammesführer, ethnische oder islamische Führungspersonen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Regierungsbeamte auf allen Ebenen bedrohen, Berichten zufolge, Christen und „ermutigen" sie auszuwandern. Auch im Norden haben gewöhnliche Bürger, Berichten zufolge, in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, warum immer noch Christen im Irak sind. Indem sie es versäumen, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, tragen auch politische Parteien zur Verfolgung von Christen bei. Andere Verfolger, die alles tun werden, um an der Macht zu bleiben oder diese zu verstärken, sind Anführer ethnischer Gruppen (z.B. Kurdische Leiter) und gewalttätige religiöse Gruppen wie der IS, Al Kaida und Chorasan.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

Auf einer niedrigeren Ebene der Verfolgung haben Leiter historischer Kirchen manchmal die offizielle Anerkennung neuer christlicher Konfessionen verhindert. In einem Fall hat ein katholischer Leiter seinen Einfluss genutzt, um die Polizei dazu zu motivieren, einen protestantischen Pastor, der in einem traditionell katholischen Dorf tätig war, zu belästigen. Der Pastor und sein Team wurden auf Grund falscher Anschuldigungen festgehalten und der Pastor wurde gezwungen, das Dorf zu verlassen. Manche katholische Kirchen in den Kurdengebieten verbieten den protestantischen Christen, ihre Toten auf christlichen Friedhöfen zu beerdigen. In Bagdad müssen protestantische Denominationen, die (noch) nicht von der zentralen Regierung anerkannt sind, bezahlen, um ihre Toten beerdigen zu können. Das Land wird vom Staat gestellt und der Friedhof wird von der einzigen anerkannten protestantischen Denomination in Bagdad verwaltet. In der Regierung der Kurdengebiete wird die Abteilung für christliche Angelegenheiten von der chaldäischen (katholischen) Kirche dominiert, was manche administrativen Vorgänge beeinflusst oder behindert.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Gewalttätige religiöse Gruppen, paramilitärische Gruppen, Regierungsbeamte, kriminelle Gruppen und normale Bürger waren in Korruption und Kriminalität verwickelt, wobei Christen ausgebeutet wurden. Regierungsbeamte, die mit kriminellen Gruppen verbunden sind, nutzen ihre Arbeit und Macht aus, um Dokumente zu fälschen. Kriminelle Gruppen verbünden sich mit Maklerbüros, um zu betrügen und sich Grundstücke von Christen anzueignen, meistens von Christen, die geflohen sind. Das passiert schon seit Jahren und geht in Bagdad immer noch weiter. Durch diese Triebkraft motivierte Verfolger sind hauptsächlich Menschen, die Beziehungen zu mächtigen Politikern haben, oder schiitische Milizen, die vom Iran unterstützt werden. Die Entführungen von Christen – welche in den letzten Monaten zurückgegangen sind – geschehen auch durch organisierte kriminelle Netzwerke, sowohl aus finanziellen als auch aus religiösen Motiven.

4. Hintergrund

Die Christen im Irak haben eine lange Tradition. Mossul (Iraks zweitgrößte Stadt, seit Mitte 2017 aus der Hand von IS-Milizen befreit) ist der heutige Name der früheren Stadt Ninive, bekannt aus dem biblischen Buch Jona. Schon lange lebten Christen in Städten wie Bagdad, Mossul und Basra. Vor der amerikanischen Invasion im Jahr 2003 war der Irak Heimat einer der größten christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten. Christen leben hier seit zwei Jahrtausenden, stehen aber jetzt am

Rande der Auslöschung. In den letzten Jahren litt der Irak unter struktureller Unsicherheit, Konflikten und Instabilität. Ein Tiefpunkt wurde erreicht, als viele Gebiete im Norden und Westen des Irak Teil des durch den IS ausgerufenen Kalifats wurden. Die irakische Regierung ist weder in der Lage Recht und Gesetz durchzusetzen, noch ein Minimum an Sicherheit zu gewährleisten. Korruption grassiert und die religiös begründete Gewalt scheint nicht aufzuhören.

Der Irak teilt sich in zwei Teile: in die halb-autonome Kurdenregion im Norden, offiziell durch die Kurdische Regionalregierung in Erbil verwaltet, und den größeren arabischen Teil, größtenteils von der irakischen Regierung in Bagdad kontrolliert. Kurden und Araber haben jeweils ihre eigene Kultur und Sprache. Ein Großteil der irakischen Erdölvorkommen befindet sich nahe Kirkuk und Mossul, der Grenzregion zwischen den Kurdengebieten und dem arabischen Irak. Diese Region ist seit langem eines der gewalttätigsten Gebiete des Irak. Die Christen sind hier zwischen die Fronten zweier unterschiedlicher Kriege geraten: der eine um ein unabhängiges Kurdistan und der andere in Form einer religiösen Säuberung durch islamistische Milizen, die ein rein islamisches Land anstreben. Auf der anderen Seite gab es auch Hoffnungsschimmer: Ende 2017 waren alle vom IS gehaltenen Gebiete wieder unter der Kontrolle der Regierung, und der Krieg gegen den IS wurde für beendet erklärt. Die Zusammenarbeit von christlichen Pastoren mit muslimischem Hintergrund hat in einigen Orten im Norden zugenommen. Traditionelle Kirchen und deren Organisationen erreichen Flüchtlinge aus IS-kontrollierten Gebieten und Syrien durch die Verteilung von Decken und Spielzeug. Kirchengemeinden in Erbil und Dohuk leisten zudem in großem Umfang humanitäre Hilfe für Tausende (Binnen-)Flüchtlingsfamilien.

Trotz des Sieges über den IS ist die Situation für Christen im Land immer noch schwierig. Der Krieg hat zwangsläufig eine sehr komplexe Situation geschaffen, in der Christen auch direkt in die Kämpfe involviert sind. Schiitische Gruppen haben auch Milizen gebildet, welche für Christen sowohl Schutz als auch Verfolgung gebracht haben.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen existieren im Irak, sind aber nicht unfreiwillig isoliert von anderen christlichen Gruppen und wurden daher nicht als eigenständige Gruppe in der Bewertung der Situation gezählt.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen wie die Assyrisch-Orthodoxe Kirche, die Chaldäisch-Katholische Kirche, die Syrisch-Orthodoxe Kirche und die Armenische Kirche sind alle erheblich von Verfolgung durch extremistische islamische Gruppierungen und nichtchristliche Leiter betroffen. Sie werden auch von den Behörden diskriminiert. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie z. B. ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen an Checkpoints, in der Universität oder am Arbeitsplatz, sowie in Regierungsgebäuden führen kann. Es wurde berichtet, dass Christen selbst in der Autonomen Region Kurdistan Kreuze an ihren Autos entfernt hätten, um ungewollte Aufmerksamkeit zu vermeiden.

Christliche Konvertiten

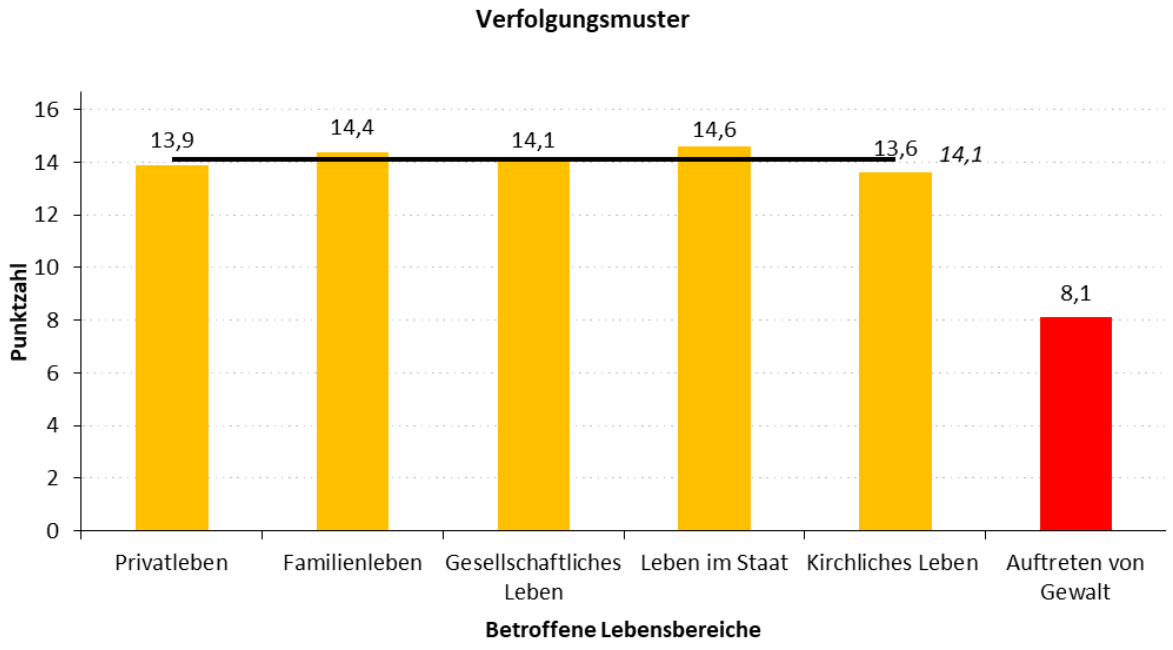
Diese Kategorie besteht aus Christen mit muslimischem Hintergrund sowie Christen, die aus einer traditionellen Kirche stammen und zu einer anderen Denomination übergetreten sind und nun zusammen mit protestantisch-freikirchlichen Christen Gottesdienst feiern. Christen muslimischer

Herkunft erleben den meisten Druck durch die (Groß-)Familie und halten oft ihren neuen Glauben geheim, da sie riskieren, von ihren Familienangehörigen, Stammesführern und den Menschen in ihrem Umfeld bedroht zu werden. Die Kirche zu wechseln (z. B. aus einer orthodoxen Kirche zu einer freikirchlich-protestantischen Gemeinde) wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten oder dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft. Ein Bischof weigerte sich, Trauungen von Mitgliedern seiner Kirche durchzuführen, die freikirchlich-protestantische Gemeinden besucht hatten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale Gemeinden in Bagdad und Basra sind ebenfalls erheblich von der Verfolgung durch islamisch-extremistische Bewegungen und nichtchristliche Leiter betroffen, einschließlich Diskriminierungen durch die Behörden. In gewissem Maße sind freikirchliche Christen außerdem von Widerstand durch die eigene (Groß-)Familie betroffen. Freimütig auftretende Christen sind regelmäßig zu Zielen im Zentral- und Südirak geworden. Auch Blasphemiegesetze können gegen sie angewendet werden, wenn sie im Verdacht stehen, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten. Für evangelikale Christen gibt es keine gesetzliche Grundlage, um Bibelschulen einzurichten oder auswärtige Organisationen zu engagieren, ihnen dabei zu helfen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Irak

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Irak weist immer noch eine extrem hohe Punktzahl auf (14,1), obwohl sie von 14,9 im Berichtszeitraum zum WVI 2018 gesunken ist. Der extreme Druck ist in jedem Lebensbereich ersichtlich, außer im kirchlichen Leben. Dies ist typisch für eine Situation, in der viele verschiedene Triebkräfte der Verfolgung zusammenwirken:

- Der Druck durch Islamische Unterdrückung betrifft alle fünf Lebensbereiche, besonders für Christen muslimischer Herkunft.
- Ethnisch begründete Anfeindungen (verbunden mit Islamischer Unterdrückung) betreffen besonders die Lebensbereiche Familienleben und Privatleben.
- Organisiertes Verbrechen und Korruption werden besonders im Bereich des gesellschaftlichen Lebens und des Lebens im Staat sichtbar.
- Konfessioneller Protektionismus betrifft vor allem Kirchliches Leben, Familien-, und Privatleben.
- Die Gewalt gegen Christen ist immer noch sehr hoch (8,1 Punkte) obwohl die Wertung von 11,3 im Vorjahr gesunken ist. Der Rückgang wird durch eine niedrigere Anzahl an gewaltsamen Übergriffen erklärt. Weniger Kirchen oder christliche Gebäude wurden angegriffen, es gab weniger Entführungen und es wurden etwas weniger Christen gezwungen ihre Häuser zu verlassen.

Privatleben

Die Christen mit muslimischem Hintergrund sind von allen Christen am meisten in der persönlichen Ausübung ihres Glaubens eingeschränkt. Christen muslimischer Herkunft können in einer muslimischen Gegend weder über ihren Glauben sprechen oder christliches Material/Literatur besitzen, weil sie dann mit Feindseligkeit und Gewalt zu kämpfen haben würden. Zusätzlich dazu, dass sie als Abtrünnige gelten, wird es als aktive Missionierung und Verrat gesehen, wenn man über den christlichen Glauben redet. Der Druck war vor allem im Zentral- und im Südirak hoch und ist auch in den Kurdengebieten in einer milderen Form existent. Nach Jahren der religiösen Verfolgung und immer wiederkehrenden Wellen der Gewalt, sowohl durch Nachbarn als auch durch Ausländer, tendieren Christen aus traditionellen Kirchen dazu, ihren persönlichen Glauben aus Angst vor Feindseligkeit zu verbergen. Die freikirchlichen Gemeinden, weil sie ihren Glauben mehr zeigen und aktiver in der Evangelisation sind, riskieren, Opfer von Gewalt durch die muslimische Bevölkerung zu werden. Religiöse Symbole zu zeigen, vor allem außerhalb der Kurdengebiete, geht mit einem Risiko für Belästigung, Entführung und Gewalt einher.

Familienleben

Christen muslimischer Herkunft müssen ihren neuen Glauben meist vor ihrer Familie verstecken, weil dieser Schande über die Familie bringt. Andernfalls riskieren sie bedroht und isoliert zu werden. Christliche Familien ohne muslimischen Hintergrund stehen zwar weniger unter Druck als Christen muslimischer Herkunft, sind aber dennoch auf verschiedene Weise eingeschränkt. Im Zentral- und Südirak werden Kinder aus christlichen Familien in staatlichen Schulen oft diskriminiert. Abgesehen davon, dass sie schlechtere Noten als muslimische Kinder bekommen, werden sie gezwungen, den Koranunterricht zu besuchen und dürfen ihren Glauben nicht erklären, selbst wenn sie danach gefragt werden. Christliche Eltern müssen vorsichtig sein, was sie ihren Kindern von ihrem Glauben mitteilen. Wenn die Kinder in der Schule über ihren Glauben reden würden – vor allem im Islamunterricht – könnte die Familie der Blasphemie beschuldigt werden. Christliche Kinder, die sich weigern, den Islamunterricht zu besuchen, werden oft schikaniert und unter Druck gesetzt, Muslime zu werden. Christen können in Schulen auch gezwungen werden, islamische Kleider zu tragen. Manche christlichen Mädchen mussten in der Universität in Mossul Kopftücher tragen. Christen muslimischer Herkunft wurden gezwungen, ihre Kinder entweder als Muslime registrieren zu lassen, oder „sie undokumentiert zu lassen, was Einfluss auf ihr Recht auf staatliche Förderungen hat“, wie das

Außenministerium der Vereinigten Staaten in seinem internationalen Bericht zur Religionsfreiheit für 2017 bemerkt hat.

Gesellschaftliches Leben

Auch in ihrem gesellschaftlichen Umfeld ist es für Christen muslimischer Herkunft zu gefährlich offen über ihren Glauben zu reden. Wenn ihr Glaube bekannt wird, sind sie – im besten Fall – Diskriminierung ausgesetzt. Aber es kann in den zentralen und südlichen Regionen des Irak auch einem Todesurteil gleichkommen (manchmal auch in den Kurdengebieten, einschließlich Mossuls und der Ninive-Ebene). Auf christliche Frauen aller Kategorien wird in Bagdad und Basra Druck ausgeübt, ein Kopftuch zu tragen. Selbst im Norden des Landes (Dohuk, Zakho und einige Gebiete Erbils) wächst der soziale Druck auf Frauen, ein Kopftuch zu tragen. In den Kurdengebieten stehen die Christen mehr und mehr unter Druck durch die einheimische muslimische Bevölkerung, die sie beschuldigt, ihnen die Arbeitsplätze wegzunehmen. In einem Versuch, Christen zu entfremden, gab es in manchen Städten in den Kurdengebieten eine Plakataktion, um Weihnachtsfeiern zu boykottieren. Poster mit dem Slogan „Nicht Mein Fest“ tauchten vor Weihnachten in den Straßen auf, um Muslime dazu aufzufordern, den christlichen Feiertag zu boykottieren, keine Weihnachtsdekoration aufzuhängen und Christen an Weihnachten keine Glückwünsche zu übermitteln. In den vergangenen Jahren konnte die gleiche Kampagne in manchen von Schiiten dominierten Städten im Süden des Irak beobachtet werden. Schließlich wurde Afram Yakoub, ein Vorstandsmitglied der assyrischen Konföderation in Europa, in einem Artikel von World Watch Monitor am 4 April 2018 zitiert, dass assyrische Christen „täglich, von Bildung und Beschäftigung bis hin zum rechtlichen System vernachlässigt und diskriminiert werden. Assyrer werden nicht in der Regierung angestellt, assyrische Schulen bekommen weder die volle finanzielle Unterstützung, die ihnen zusteht, noch die Schulbücher, die sie benötigen; Wasser und Stromversorgung ist für assyrische Gemeinschaften schlechter; Auslandshilfe, die in den Nordirak fließt, wird nicht von Christen verwaltet und wird irgendwie zu nicht-Assyrern hingelenkt.“

Leben im Staat

Die Scharia ist die Hauptquelle für die Rechtsprechung. Sie verbietet die Konversion von Muslimen hin zu anderen Religionen. Daher werden Christen mit muslimischem Hintergrund auf Ebene des Staates diskriminiert, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Religion in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen, und ihre Kinder werden automatisch als Muslime registriert. Die fortwährende Islamisierung des gesamten Landes, die Kurdengebiete eingeschlossen, zeigte sich auch bei der Umsetzung des Gesetzes zur religiösen Registrierung im Jahr 2015 und dem Verbot des Verkaufs von Alkohol im Oktober 2016. Nachdem letzteres verabschiedet worden war, wurde unmittelbar vor Weihnachten 2016 ein Angriff auf zwei Alkohol verkaufende Läden verübt, die sich im Besitz von Christen befanden und bei denen mindestens drei Christen getötet und zwei weitere verletzt wurden.

Das Registrierungsgesetz zwingt nichtmuslimische Kinder, Muslime zu werden, wenn der Vater zum Islam konvertiert oder ihre Mutter einen Muslim heiratet. Das Gesetz wurde trotz Protesten religiöser Minderheiten verabschiedet. Im nordirakischen Kurdengebiet gibt es Bemühungen, die Gesellschaft zu „kurdifizieren“, indem in einigen vorwiegend von Christen bewohnten Gebieten und Städten Land an kurdische Muslime oder Jesiden verkauft wird. Dieser „demografische Umkehrprozess“ vollzieht sich seit einigen Jahren in vielen mehrheitlich von Christen bewohnten Gebieten in der kurdischen Autonomieregion. Eine neue Entwicklung ist, dass Schiiten auch versuchen, die Bevölkerungsverhältnisse in der Ninive-Ebene zu ändern, wo eine Schule im Unterbezirk Bartella

eröffnet wurde, die vom Iran finanziert und nach Ajatollah Chomeini, dem ersten geistlichen Führer der Islamischen Republik Iran, benannt wurde.

Kirchliches Leben

In Gebieten, die vom IS kontrolliert werden, wurden Kirchen und Klöster entweder zerstört oder zu anderen Zwecken genutzt (Gefängnisse, islamische Zentren, Ställe). Christen, die in ihre Dörfer zurückgekehrt sind, haben angefangen, die Kirchengebäude zu renovieren. Eine sehr beunruhigende Entwicklung im Zentral- und Südirak ist der Mangel an Priestern oder an Gottesdienstbesuchern in manchen Kirchen – aufgrund von Auswanderung oder Gefahr für die Kirchenleiter. Aus diesem Grund mussten manche Kirchengebäude verkauft werden. Kirchenleiter, wie Pastoren und Priester, werden gezielt angegriffen und von islamischen Extremisten getötet, um ein Exempel zu statuieren und andere Christen in Angst zu versetzen, besonders in Bagdad.

Auftreten von Gewalt

Es muss beachtet werden, dass über viele Zwischenfälle nicht berichtet wird. Gewalt gegen traditionelle oder freikirchliche Christen wurde hauptsächlich von islamischen Extremisten ausgeübt, wobei Christen muslimischer Herkunft hauptsächlich der Gewalt ihrer (Groß-)Familien ausgesetzt waren. Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Unter allen im Weltverfolgungsindex untersuchten Kategorien von Christen sind Frauen, die sich vom Islam zum christlichen Glauben bekehrt haben, besonders schutzlos Verfolgung wegen ihres Glaubens ausgesetzt. Aber auch andere christliche Frauen sind mit Ungleichheit konfrontiert, z. B. wenn ihre Ehemänner zum Islam konvertieren. Bei Christinnen muslimischer Herkunft kommt der Druck am häufigsten vonseiten der (Groß-)Familie. Wenn eine Christin mit muslimischem Hintergrund noch bei ihrer Familie wohnt, riskiert sie Misshandlungen in Form von Hausarrest, sexueller Belästigung, Vergewaltigung und sogar Ermordung, wenn ihr Glaube bekannt wird. Christinnen muslimischer Herkunft können offiziell keine christlichen Männer heiraten, da der irakische Staat sie nach wie vor als Muslimas betrachtet und muslimische Frauen keinen Nichtmuslim heiraten dürfen. Wenn eine Frau mit einem muslimischen Ehemann verheiratet ist, riskiert sie Missbrauch und Morddrohungen von ihrem Ehemann oder seiner Familie, was einige zur Flucht veranlasst. Sie sind auch mit Reisebeschränkungen konfrontiert. Reiseverbote können von den Behörden, aber auch von der Familie verhängt werden, um z. B. zu verhindern, dass Christinnen muslimischer Herkunft das Land verlassen. Wird gegen dieses Verbot verstoßen, kann ein Gerichtsverfahren wegen „unerlaubten Reisens“ eingeleitet werden. Auch drohen Christinnen muslimischer Herkunft Zwangsscheidungen. Die Haltung der Familie des Ehepartners ist in dieser Frage von entscheidender Bedeutung.

Der IS ist bekannt für seine geringschätzige Behandlung von Frauen, insbesondere von Frauen aus religiösen Minderheiten. Seit der Einrichtung des sogenannten Kalifats in Teilen des Irak und Syriens im Juni 2014, entführte der IS in großer Zahl jesidische Frauen, aber auch einige Christinnen, um sie zu Ehen mit IS-Kämpfern zu zwingen. Sie erlitten sexuelle Versklavung und wurden verkauft. Obwohl es inzwischen weniger sind, könnten jesidische und christliche Frauen, die immer noch vermisst werden, auch weiterhin mit sexuellem Missbrauch konfrontiert sein. In manchen Gebieten tragen christliche

Frauen und Mädchen jetzt zu ihrer eigenen Sicherheit Schleier. Unverschleierte Frauen in Bagdad und Basra sind in großer Gefahr, belästigt, mit Steinen beworfen, entführt oder getötet zu werden.

Insgesamt ist die irakische Gesellschaft durch weit verbreitete Gesetzlosigkeit gekennzeichnet. Für christliche Frauen wird dies noch dadurch verstärkt, dass Übergriffe auf Christen generell ungestraft bleiben, sei es bei Diebstahl, Entführung, sexuellem Missbrauch oder Korruption. Die besseren Verbindungen und der höhere Status des muslimischen Täters bedeuten, dass er immer den Prozess gewinnen wird, besonders unter dem Stammesjustizsystem, welches die staatliche Justiz außer Kraft setzen kann. Auf kommunaler Ebene werden christliche Mädchen in staatlichen Schulen als schwächer angesehen und oft wegen ihres Glaubens verspottet, wie ein Experte für das Land berichtet. Berichten zufolge stehen sie unter dem Druck, den Islam anzunehmen, und ihre Noten können beeinträchtigt werden, wenn sie Konzepte, die ihrem christlichen Glauben widersprechen, offen in Frage stellen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass christliche Frauen – vor allem solche muslimischer Herkunft – in allen Bereichen der Gesellschaft unter Ungleichbehandlung leiden.

Männer

Christliche Männer sind im Irak Berichten zufolge bei der Arbeit und bei der Ausbildung mit Diskriminierung konfrontiert. Diskriminierung am Arbeitsplatz betrifft alle Kategorien von Christen, besonders diejenigen, die im öffentlichen Dienst stehen. Christen im Zentral- und Südirak wurden unter Druck gesetzt, ihren Arbeitsplatz aufzugeben, insbesondere wenn sie für ausländische Organisationen arbeiten oder auf höheren gesellschaftlichen Ebenen (z. B. bei staatlichen Firmen) beschäftigt sind. Im Norden berichten Christen darüber, wie sie darum kämpfen müssen, überhaupt eine Anstellung zu bekommen. Auch fühlten sie sich verwundbar und anfällig für Ausbeutung an ihrem Arbeitsplatz, wie ein Experte für das Land berichtet. In der sehr traditionellen und stammesbewussten irakischen Gesellschaft sind Männer oft die Hauptverdiener für ihre Familien, und der Verlust ihres Arbeitsplatzes kann erhebliche Auswirkungen auf christliche Familien haben. Dieses Problem betrifft Christen mit muslimischem Hintergrund in allen Bereichen der Gesellschaft. Wenn ihr Glaube bekannt ist, werden sie ernsthafte Probleme haben, Arbeit zu finden und zu behalten.

Christliche Männer mit muslimischem Hintergrund können von ihren Familien verfolgt werden, bis hin zur Ermordung. Auch Christen mit nichtmuslimischem Hintergrund laufen Gefahr, für ihren Glauben getötet zu werden, wobei die Täter meist islamische Extremisten sind. Die Folgen davon können für ihre Familien sehr weitreichend sein, da diese nicht nur ohne Einkommen bleiben, sondern auch oft mit einem emotionalen Trauma konfrontiert sind, wenn der Mann flieht oder getötet wird. Die Familie eines Christen muslimischer Herkunft kann auch Spott und Druck seitens seiner muslimischen Familie ausgesetzt sein. Der Verlust der christlichen Männer betrifft nicht nur ihre direkten Familien, sondern auch die Ortsgemeinde, die infolgedessen mit einem Mangel an potenziellen Leitern konfrontiert ist. Grundsätzlich sind christliche Männer – insbesondere ehemalige Muslime – als solche in einer sehr gefährdeten Position, und tun sich schwer, ihre Familien zu versorgen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten, die im Irak verfolgt werden, sind Jesiden, Kakai, Mandäer, Bahai und Juden. Es ist bekannt, dass insbesondere Jesiden durch den IS Gräueltaten erlitten haben, besonders Frauen und Mädchen, die als Sexsklavinnen missbraucht wurden. Die „Unrepresented Nations and People's Organization (UNPO)“ berichtete am 7. Juni 2018, dass im „August 2014 um die 3.100 Jesiden im Dschabal-Sindschar-Gebiet getötet wurden, während 6.800 entführt wurden, um entweder

Sexsklavinnen oder Kämpfer zu werden.“ Über 3.000 jesidische Frauen und Mädchen werden derzeit immer noch vermisst und sind vermutlich noch immer in Gefangenschaft.

Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit für Christen, Jesiden und Mandäer garantiert, beschützt sie nicht ausdrücklich Anhänger anderer Religionen und Atheisten. Die Praktizierung des Bahai-Glaubens und des Wahhabismus sind gesetzlich verboten. Die Praktizierung des Bahai-Glaubens kann mit einer Gefängnisstrafe bis zu 10 Jahren bestraft werden. Laut dem Strafgesetzbuch dürfen Juden keine Arbeitsstellen im Dienst der Regierung haben (etwa in staatlichen Unternehmen) oder der Armee beitreten. Die weitverbreitete Diskriminierung von Juden führt dazu, dass sie sich nicht öffentlich als solche ausgeben, aus Angst vor Gewalt.

Beispiel: Laut dem internationalen Bericht zur Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2017, hat der IS gezielt schiitische Pilger und Pilgerstätten angegriffen. Am 14. September 2017 hat eine solche Bombardierung in Nasariyah im Südirak mindestens 80 Schiiten getötet.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

die „Economist Intelligence Unit“ (EIU) erwartet, dass der Islamische Staat eine terroristische Bedrohung bleibt, trotz seiner territorialen Verluste. Nachdem der schiitische Leiter Moqtada al-Sadr eine Mehrheit in den Parlamentswahlen im Mai 2018 gewann, hat er im Oktober 2018 Adel Abdul Mahdi als Premierminister eingesetzt. Die EIU sieht eine Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen mit höheren Ölpreisen voraus, obwohl die irakische Wirtschaft weiterhin bei Preisschwankungen verwundbar bleiben wird.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Basierend auf der Prognose der EIU wird nicht erwartet, dass die Verfolgung durch Islamische Unterdrückung abnehmen wird. Die Ideologie des IS ist immer noch sehr lebendig und nicht auf sein Herrschaftsgebiet beschränkt. Um zu beweisen, dass mit ihm immer noch zu rechnen ist, führt der IS weiterhin Angriffe im Westen und im Nahen Osten durch, oder inspiriert sie. Unterdessen sind Tausende von fliehenden IS-Kämpfern „verschwunden“ und in der Zivilbevölkerung der Ninive-Ebene untergetaucht – was das Gefühl der Unsicherheit bei religiösen Minderheiten wie den Christen verstärkt. Außerdem ist der IS nicht der einzige Verfolger, der von dieser Triebkraft motiviert ist. Es gibt immer noch Al-Kaida-Anhänger, ferner schiitische Milizen und andere militante islamistische Gruppen wie die Chorasan-Gruppe, die sich aus ehemaligen Al-Kaida-Mitgliedern zusammensetzt und den Ruf hat, noch grausamer zu sein als der IS. Druck kommt auch von schiitischen Führern und Regierungsbeamten, die beleidigende öffentliche Erklärungen gegen Christen abgeben. Unterdessen erwacht Berichten zufolge in den Kurdengebieten im Norden ein islamisches Bewusstsein. Auch in der Politik und im gesellschaftlichen Leben wird die Rolle des Islam weiterhin stark betont. Dies beschränkt und isoliert Christen in enge gesellschaftlich-politische Grenzen. Folglich wird davon ausgegangen, dass die Islamische Unterdrückung weiterhin eine Bedrohung für die Christen im Irak darstellt, die zu einem hohen Maß an Angst führt und Christen zur Auswanderung ermutigt.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Nach dem Sieg über den IS und dem Rückzug der Peshmerga-Truppen aus Kirkuk, stellten die parlamentarischen Wahlen im Irak im Mai 2018 einen Versuch dar, die ethnischen und religiösen Konflikte zu vermindern. Nichtsdestoweniger wird die Tatsache, dass durch den IS ein gemeinsamer Feind wegfällt, wahrscheinlich die Spaltungen zwischen ethnischen und religiösen Gruppen, ebenso wie das folgende Machtvakuum, vertiefen. Dies könnte den Einfluss der Ethnisch begründeten Anfeindungen verstärken. Der Druck auf alle Christen wird sich daher verstärken, vor allem aber auf Christen muslimischer Herkunft, die am meisten leiden, wenn diese Triebkraft stark ausgeprägt ist.

Mit Hinblick auf diktatorische Paranoia: Inmitten dieser wachsenden Spannungen zwischen verschiedenen Volksgruppen drohen die Christen zwischen die Fronten sich gegenseitig bekämpfender Gruppen zu geraten. Das könnte dazu führen, dass die Christen in sicherere Gebiete umsiedeln werden. Sie könnten auch in den politischen Machtkampf mit hineingezogen oder benutzt werden, eine Entwicklung, welche die Triebkraft Diktatorische Paranoia an Einfluss gewinnen ließe. Die Gefahr, dass ein neuer Krieg zwischen schiitischen Kräften und den Kurden ausbricht, war nach dem Referendum zur kurdischen Unabhängigkeit im September 2017 besonders groß. Doch nach den Parlamentswahlen scheinen die Spannungen zwischen Kurden und Schiiten nachgelassen zu haben. Das Risiko, dass ein potenzieller Konflikt ausbricht, ist jedoch nicht komplett verschwunden. Diktatorische Paranoia ist als Triebkraft der Verfolgung auch da wirksam, wo die irakische Regierung verhindert, dass eine pluralistische Gesellschaft gefördert wird, in der religiöse Minderheiten, wie z.B. Christen, wirklich willkommen wären.

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: Im Falle eines großen Machtkampfes dürfte eine weitere Triebkraft der Verfolgung im Irak an Bedeutung gewinnen: Organisiertes Verbrechen und Korruption. Korruption greift in der Autonomen Region Kurdistan und in Bagdad um sich. Es besteht Hoffnung in der Tatsache, dass der Gewinner der Wahlen, der schiitische Geistliche al-Sadr darauf hingewiesen hat, dass er Korruption bekämpfen will. Aber Korruption ist so tief in der irakischen Gesellschaft verwurzelt, dass es noch ein langer Weg ist. Christliche Vertreter in den Wahlen wurden von schiitischen und kurdischen Parteien unter Druck gesetzt, ihren Interessen zu dienen. Durch diese Triebkraft motivierte Verfolger benachteiligen insbesondere Christen in den Bereichen Arbeitssuche und Registrierung christlicher Unternehmen, aber eignen sich auch Besitz von Christen an.

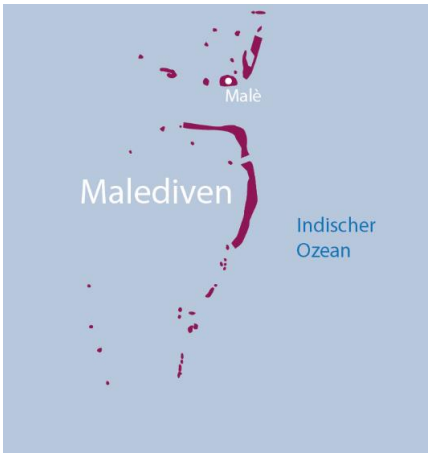
Mit Hinblick auf Konfessionellen Protektionismus: Es ist schwer zu sagen, wie sich die Triebkraft Konfessioneller Protektionismus entwickeln wird. Bis vor kurzem haben Christen vieler verschiedener Denominationen zusammengearbeitet, vor allem im Bereich der Nothilfe. Die Beziehung zwischen Christen aus traditionellen Kirchen und „neuen“ Kirchen bleibt jedoch komplex und manche Berichte deuten auf eine erneute Zunahme der Spannung hin. Nach den kurzfristigen Erwartungen bleibt die Notwendigkeit miteinander zu kooperieren, obwohl die zunehmenden Spaltungen entlang der Stammeslinien und sie Angst um das Überleben auch in die entgegengesetzte Richtung wirken kann. Oft ist Konfessioneller Protektionismus nur ein Faktor in der größeren Diskussion über die Zukunft der Christen im Land und ihre gesellschaftspolitische und nationale Identität.

Schlussfolgerung

Viele Kirchenleiter sagten, dass das Leben unter dem Terror des IS und die Vertreibung aus ihren Häusern die schlimmste Verfolgung war, die die Kirche im Irak jemals erfahren hat. Selbst während früherer Verfolgungswellen war die Ninive-Ebene nie komplett ohne Christen, wie es 2014 der Fall war. Die Niederlage des IS sollte für die Situation der Christen im Irak Verbesserungen bringen. Eine dauerhafte Verbesserung ihrer Lage ist jedoch nur möglich, wenn die christlichen Binnenvertriebenen erfolgreich in ihre Heimatstädte zurückkehren. Wenn die Zentralregierung nicht fähig ist, ihnen eine sichere Rückkehr zu gewährleisten, könnten sie weiterhin ein großes Maß an Verfolgung erleiden und den Irak verlassen. Es ist wichtig, auch diese neue Phase des Staatsaufbaus im Irak im Blick zu behalten. Es besteht die Gefahr, dass jetzt, wo der IS als besiegt betrachtet wird, die Christenverfolgung im Land ignoriert oder als zweitrangiges Problem eingestuft wird. Wie oben beschrieben, hat die Christenverfolgung viele Wurzeln und war nicht nur ein Produkt des Terrorismus. Die demografischen Änderungen in der Ninive-Ebene sind womöglich ein Hinweis auf weitere zukünftige Verfolgung, vor allem, wenn die Regierung weiterhin schwach bleibt und Straflosigkeit um sich greift.

zurück zur Länderübersicht

Malediven: Platz 14



Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Die Regierung betrachtet sich als Beschützer des Islam. Malediver zu sein, bedeutet, Muslim zu sein. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben hat weitreichende Folgen, u.a. den Verlust des Bürgerrechts. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, nur im Land wohnende ausländische Christen.

Diktatorische Paranoia: Der nunmehr ehemalige Präsident Yameen kündigte eipn Programm an, das die islamische Einheit in der Bevölkerung fördern soll. Das lässt erwarten, dass die Behörden gegen jede wahrgenommene Abweichung von ihrem Verständnis des Islam vorgehen werden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Viele kriminelle Banden werden von Regierungsbeamten aller Ebenen kontrolliert und haben es besonders auf Kritiker der Regierung oder der strengen Auslegung des Islam abgesehen. Auch extremistische Muslime, die Christen und Atheisten aufspüren wollen, haben Kontakte und Einfluss bei Gangs und korrupten Netzwerken der Polizei.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Regierung besteht darauf, dass das Land nach konservativen islamischen Prinzipien geführt wird. Deshalb gibt es keine Religionsfreiheit. Ausländische Christen dürfen ihren Glauben jedoch hinter verschlossenen Türen im streng privaten Rahmen praktizieren. Dabei werden sie rigide überwacht. Islamistische Prediger üben strenge sozio-religiöse Kontrolle aus und beeinflussen andere mit ihren extremen Ansichten des Islam. Das macht es Christen (besonders ehemaligen Muslimen) unmöglich, ihren christlichen Glauben in irgendeiner Art und Weise zu zeigen. Zu groß ist die Angst, überwacht oder gar den staatlichen Behörden überstellt zu werden.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die Malediven weisen eine der höchsten Bevölkerungsdichten der Welt auf, besonders auf der Hauptinsel Malé. Die eng verwobenen, zusammenhängenden Gemeinschaften geben so gut aufeinander acht, dass jegliche Veränderungen eines Mitglieds sofort auffallen. Das gilt auch für religiöse Entscheidungen. Eine Hinwendung zu Jesus Christus kann sehr schnell den muslimischen Leitern oder den Behörden mitgeteilt werden. Ausländische Christen, die vor allem in der Tourismusbranche arbeiten und aus Indien oder Sri Lanka stammen, werden ebenfalls intensiv beobachtet, was eine Zusammenkunft unter Christen sehr erschwert.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Um die Sicherheit der sehr wenigen Christen auf den Malediven zu wahren, können keine Beispiele veröffentlicht werden.

Auf den Malediven ist es laut Artikel 9(d) der Verfassung Nichtmuslimen unmöglich, offizieller Staatsbürger zu werden. Wird einem Bürger die Konversion zum christlichen Glauben nachgewiesen, verliert er sein Bürgerrecht und wird gemäß der Scharia bestraft. Angesichts eines solch extremen

Druckes ist es naheliegend, dass sich Konvertiten gut versteckt halten. Einige maledivische Christen haben ihr Land verlassen, um dem enormen Druck zu entfliehen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Der Druck auf Christen hat sich im aktuellen Berichtszeitraum nicht wirklich verändert. Das zeigt sich in der sehr hohen Wertung von 78 Punkten, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist. Damit belegen die Malediven Rang 14. Christen muslimischer Herkunft haben praktisch keine Möglichkeit, ihren Glauben zu leben. Ausländische Christen (häufig Arbeitsmigranten) haben kaum die Möglichkeit, einen gemeinsamen Gottesdienst zu feiern, ohne befürchten zu müssen, abgeschoben oder verhaftet zu werden. Aus diesem Grund sind die Malediven eines der wenigen Länder, das im Bereich „Kirchliches Leben“ die maximal erreichbare Punktzahl aufweist. Die neue Regierung übernahm Mitte November 2018 die Regierungsgeschäfte. Damit hat sie keinen Einfluss auf den Berichtszeitraum. Es ist aber unwahrscheinlich, dass sie Verbesserungen für die Religionsfreiheit bewirken wird.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die islamische Regierung betrachtet sich als Beschützerin des Islam und hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die es einem Malediver grundsätzlich verbieten, sich vom Islam abzuwenden und einer anderen Religion nachzufolgen. Malediver zu sein, bedeutet, Muslim zu sein – Abweichungen sind undenkbar. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben hat weitreichende Folgen, u.a. den Verlust des Bürgerrechts. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, nur im Land wohnende ausländische Christen. Die voranschreitende Islamisierung des Landes wurde im aktuellen Berichtszeitraum durch ein Grundsatzpapier verdeutlicht, das im April 2018 vom Ministerium für islamische Angelegenheiten veröffentlicht wurde. Darin wird unter anderem der Umgang mit Apostaten (vom Islam „Abgefallenen") behandelt. Das Ministerium erklärt in dem Papier, dass es einen Abfall vom Islam unter keinen Umständen tolerieren kann. Etwa zur gleichen Zeit erklärte der Verteidigungsminister mit deutlichen Worten, dass er niemals Religionsfreiheit zulassen werde, da die Malediven ein „Land mit angemessenen islamischen Werten" seien. Darin wird die schwierige Situation deutlich, in der sich die christliche Minderheit auf den Malediven befindet.

Diktatorische Paranoia

Politische Freiheiten sind stark eingeschränkt, wenn sie überhaupt gewährt werden. Während seines Wahlkampfes beschwor der nun ehemalige Präsident Yameen die Gefährdung der zu 100 Prozent islamischen Prägung der Malediven durch internationalen Druck sowie durch oppositionelle Kräfte. Weitere Einschränkungen der Religionsfreiheit erwachsen aus dem Verständnis, beim „Schutz der Religion“ gehe es einzig um den Schutz des Islam. Auch der hoch gehandelte Schutz vor dem Angriff auf die „religiöse Einheit“ ist besorgniserregend, da dieser Wortlaut erkennen lässt, dass die Behörden sich gegen jede wahrgenommene Abweichung von ihrem Verständnis des Islam stellen werden. Diese Gesetze und die Rhetorik zeigen nicht nur, dass der Islam um jeden Preis beschützt wird, sondern dass „Islamische Unterdrückung“ mit „Diktatorischer Paranoia“ verknüpft ist. Der Islam wird benutzt, um politische Freiheiten einzuschränken. (Mehr dazu unter „Hintergrund”.)

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist auf den Malediven auf allen Ebenen der Regierung stark vertreten. Es gibt fast nichts, das nicht mit einem angemessenen Bestechungsgeld, Gefälligkeiten und/oder Drohungen möglich gemacht werden könnte. Verträge und andere Übereinkünfte können willkürlich gebrochen werden. Regierungsbeamte heuern junge Männer aus Straßengangs an, um ihre Ziele mit allen Mitteln zu erreichen (Menschen zusammenschlagen, gezielte Eigentumsdelikte, Handel mit Schmuggelware). Viele kriminelle Banden werden von Regierungsbeamten aller Ebenen kontrolliert und haben es besonders auf Kritiker der Regierung oder der strengen Auslegung des Islam abgesehen. Auch extremistische Muslime, die Christen und Atheisten aufspüren wollen, haben Kontakte und Einfluss bei Gangs und korrupten Netzwerken der Polizei. Hinzu kommen die Aktivitäten krimineller Einzelpersonen oder ganzer Banden, die lediglich den eigenen Vorteil suchen, ohne dabei religiöse oder sonstige übergeordnete Ziele zu verfolgen.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die Regierung der Malediven besteht darauf, dass das Land nach konservativen islamischen Prinzipien geführt wird. Alle Staatsbürger müssen Muslime sein (100% Islam). Das ist eine fundamentale Tatsache, die auch die neue Regierung nach ihrem überraschenden Wahlsieg nicht ändern wird. Demzufolge existiert für die einheimischen Malediver keinerlei Religionsfreiheit; nur in einem sehr eingeschränkten Maß für ausländische Christen, die streng überwacht und eingeschüchtert werden, sodass sie es kaum wagen, sich selbst hinter verschlossenen Türen im privaten Rahmen zu treffen. Extremistische Islamprediger und Geistliche, sowohl einheimische als auch aus dem Nahen Osten, üben strenge sozio-religiöse Kontrolle aus und beeinflussen andere mit ihren extremen Ansichten des Islam. Das macht es für Christen (besonders ehemalige Muslime) unmöglich, ihren christlichen Glauben in irgendeiner Art und Weise erkennen zu lassen. Zu groß ist die Angst, überwacht oder gar den staatlichen Behörden überstellt zu werden. Werden christliche Konvertiten entdeckt, geht Verfolgung auch von der (Groß-)Familie und dem sozialen Umfeld aus.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die Politik auf den Malediven wird seit langer Zeit von Regierungen dominiert, die sich mit aller Kraft an die Macht klammern. Ob der neugewählte Präsident mit dieser Tradition brechen wird, bleibt abzuwarten. Beamte und Behörden werden weiterführen, was sie gewohnt sind, und die Opposition wird jede Gelegenheit nutzen, die neue Regierung als „unislamisch" darzustellen und als Gefahr für die Identität des Landes anzuprangern. Einige Anzeichen deuten sogar auf eine Zunahme Diktatorischer Paranoia hin; dies würde zu Lasten der Minderheiten sowie aller derer gehen, die als Abweichler wahrgenommen werden.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Extremistische Muslime schließen sich mit kriminellen Banden zusammen, um alle Christen und Atheisten aufzuspüren sowie alle, die „unislamischer Handlungen" verdächtigt werden. Angeblich nutzten auch Amtsträger der alten Regierung und verschiedene politische Parteien diese Mittel.

4. Hintergrund

Während des aktuellen Berichtszeitraums hat sich die Unruhe auf den Malediven weiter verstärkt. Ihr internationales Image als Urlaubsparadies beginnt zu verblassen, auch wenn die Touristeninseln von den gesellschaftlichen Entwicklungen abgeschirmt werden. Die Dominanz einer strengen Form des Islam und die politischen Unruhen halten das Land weiter in Atem. Nicht einmal einen Monat nach seiner Festnahme im März 2015 wurde der ehemalige Präsident Mohammed Nasheed ohne faires Gerichtsverfahren zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt. Wer dagegen protestierte, wurde entlassen. Davon waren auch einige hochrangige Politiker betroffen wie der Verteidigungsminister und der Vizepräsident. Im Januar 2016 wurde Ex-Präsident Nasheed gestattet, für eine ärztliche Behandlung nach London zu reisen. Dort erhielt er im Mai 2016 politisches Asyl. Kurz darauf gründete er gemeinsam mit mehreren (hauptsächlich ebenfalls im Exil lebenden) Politikern eine Plattform mit dem Namen „United Maldives Opposition“. Auch wenn diese Plattform nicht in allem geeint ist, so hat sie es doch geschafft, die regierende Partei „Progressive Party of Maldives“ (PPM) weiter zu destabilisieren. Im Juli 2017 traten zehn Parlamentsmitglieder aus der Regierungspartei aus und wechselten zur Opposition. Dieser Schritt wurde jedoch nicht vom Verfassungsgericht anerkannt, das stattdessen die Abgeordneten aus dem Parlament verwies. Der Ausschluss von Politikern aus dem Parlament, die dadurch an der ihnen übertragenen politischen Arbeit gehindert werden (wie im August 2017 geschehen), ist ein klarer Beweis für den brüchigen Zustand der Malediven. Noch deutlicher zeigte sich dies im Februar 2018, als das oberste Gericht der Malediven mehrere im Exil lebende oder inhaftierte Oppositionsmitglieder von allen Vorwürfen des Terrorismus freisprach. Darunter war auch der ehemalige Präsident Nasheed. Die Regierung reagierte umgehend und rief den Ausnahmezustand für das Land aus. Zudem ließ sie zwei Richter des obersten Gerichts verhaften. Obwohl er von einer überwältigenden Mehrheit der Parteimitglieder im Juni 2018 gewählt wurde, entschied sich der im Exil lebende Nasheed dagegen, bei den Präsidentschaftswahlen im September 2018 als Kandidat für die „Maldives Democratic Party" (MDP) anzutreten. Am 26. Oktober 2018 wies das oberste Gericht einstimmig die Klage gegen die Wahlergebnisse durch den amtierenden Präsidenten Abdulla Yameen ab. Daraufhin musste dieser seine Niederlage eingestehen. Er hatte fast 39.000 Stimmen weniger bekommen als sein Gegner Ibrahim Solih. Yameen wurde unverzüglich wegen Korruption angeklagt. Am 1. November 2018 kehrte der ehemalige Präsident Nasheed unter dem Jubel tausender Unterstützer auf die Malediven zurück.

Im Juli 2018 zeigte eine weitere Episode, dass der Schutz des Islam die erste Priorität im Land hat. Eine Hotelanlage wurde angewiesen, Skulpturen einer gerade erst angelegten Unterwassergalerie zu entfernen. Die Skulpturen wurden als „Götzenbilder" und damit als antiislamisch angesehen. Sie wurden wie gefordert entfernt.

Nach Schätzungen der Regierung von August 2016 beheimaten die Malediven mehr als 130.000 ausländische Arbeitnehmer, von denen der größte Teil im Tourismus arbeitet. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (ca. 382.000 im Jahr 2018) ist dies eine überraschend hohe Zahl – vor allem, da die einheimische Nichtregierungsorganisation „Transparency Maldives” die Arbeitsmigranten sogar eher auf 200.000 schätzt. Anhand dieser Zahlen ist es keine Überraschung, dass laut einer offiziellen Berechnung der Regierung im Jahr 2011 der Menschenhandel (die Vermittlung illegaler Arbeiter) nach dem Tourismus den lukrativsten wirtschaftlichen Sektor des Landes ausmacht. Hier wird auch deutlich, dass nicht allein die sehr kleine Anzahl maledivischer Christen von dem Mangel an Religionsfreiheit betroffen ist, sondern auch die Christen unter den ausländischen Arbeitnehmern.

5. Betroffene Christen

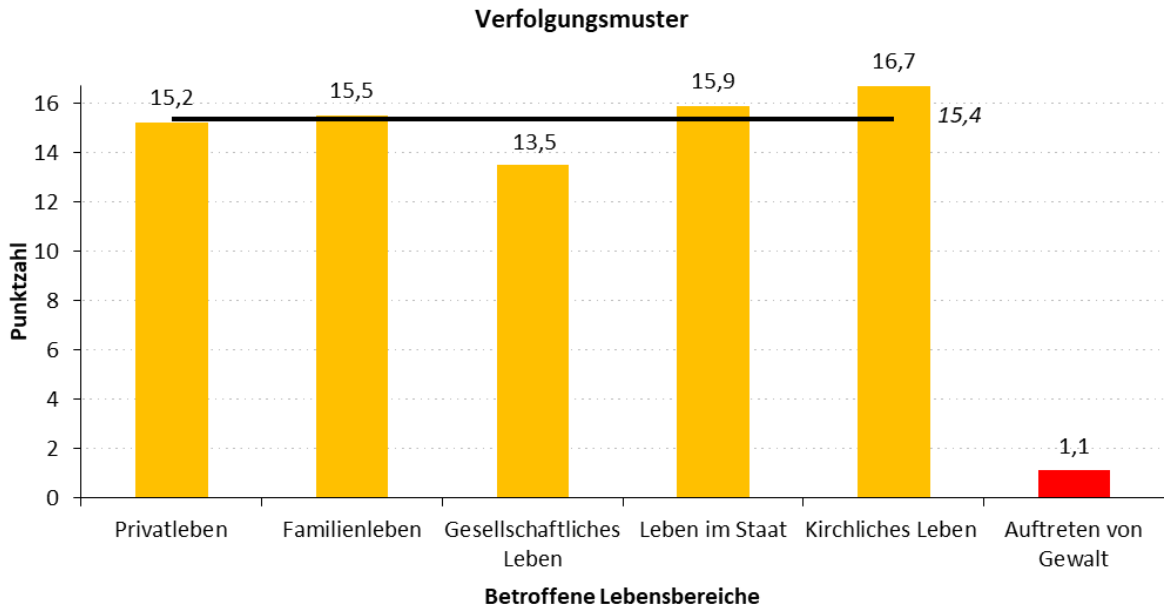
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen stammen häufig aus Indien, Sri Lanka oder Bangladesch. Sie werden engmaschig überwacht. Doch solange sie strikt unter sich bleiben, dürfen sich die meisten von ihnen zu Gottesdiensten versammeln. Ausländische Christen haben keinen Kontakt zu maledivischen Christen muslimischer Herkunft.

Christen muslimischer Herkunft

Sie erleben mit Abstand die stärkste Verfolgung, da sie offiziell gar nicht existieren. Nach allgemeinem Verständnis ist jeder Malediver ein Muslim. Wer den Islam verlässt, verliert seine Staatsbürgerschaft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malediven

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf die Christen auf den Malediven ist in allen Lebensbereichen leicht gestiegen und liegt damit auf einem extrem hohen Durchschnittsniveau. Die Punktzahl stieg von 15,3 auf 15,4.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“, wo die maximale Punktzahl bereits zum zweiten Mal in Folge erreicht wurde. Das liegt an der absoluten Unmöglichkeit für Christen, sich zu treffen. Selbst die meisten ausländischen christlichen Gastarbeiter organisieren aus Furcht vor den Folgen keine Gottesdienste. Auch in den Bereichen „Leben im Staat“, „Familienleben“ und „Privatleben“ ist die Wertung extrem hoch. Der Druck auf ehemalige Muslime ist besonders im „Privatleben“ und „Familienleben“ sehr intensiv. Jeder Politiker betont ohne Unterlass, dass die Malediven zu 100 Prozent muslimisch bleiben sollen.

So bleibt kein Raum für Abweichungen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die neue Regierung, die im November 2018 eingesetzt wurde, diesbezüglich etwas ändern wird.

- Die Wertung für „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen bleibt bei 1,1 Punkten, wie im vergangenen Jahr. Hier bestätigt sich erneut, dass die Verfolgung auf den Malediven nie sehr gewalttätig war.

Privatleben

Jeder Malediver, dessen Lebensstil nicht den von der Regierung festgelegten islamischen Vorgaben entspricht, wird bestraft. Ehemalige Muslime müssen stets äußerste Vorsicht walten lassen, um ihren Glauben möglichst gut zu verbergen. Bibeln und andere christliche Schriften müssen sorgfältig versteckt und können nur heimlich gelesen werden. Die Familien würden den Glauben an Jesus Christus niemals akzeptieren, und der Besitz christlicher Literatur kann mit Gefängnisstrafen geahndet werden. Selbst für christliche Ausländer ist es gefährlich, christliche Schriften zu besitzen – vor allem in der Landessprache Dhivehi oder in größeren Mengen – da dies den Verdacht der Behörden weckt, die Schriften würden zur Evangelisation von Einheimischen verwendet. Tatsächlich werden beim Betreten des Landes alle Einreisenden dazu verpflichtet, alle nichtmuslimischen Schriften anzugeben. Das Gesetz verbietet ausländischen Christen, anderen von ihrem Glauben zu erzählen. Dies ist sogar in den Arbeitsverträgen festgelegt. Unter diesen Umständen ist es eine besondere Herausforderung, sich mit anderen Christen zu treffen. Sowohl die Christen selbst, als auch jegliche geheimen Zusammenkünfte werden dadurch gefährdet. Es hat Fälle gegeben, in denen selbst Ehepartner erst nach Jahren entdeckten, dass beide aktive Christen waren, da sie beide ihren Glauben aus Furcht vor dem Anderen versteckten. Theoretisch sind private Treffen für ausländische Christen erlaubt, doch die Teilnehmer müssen sehr vorsichtig sein, um keinen Verdacht zu wecken. Aufgrund der häufigen Drohungen verzichten viele Christen lieber auf gemeinsame Treffen.

Im November 2016 kam von religiösen Gelehrten die Aussage: „Wer Religionsfreiheit auf den Malediven haben will, sollte in ein anderes Land ziehen, das diese Freiheit gewährt. Es steht Menschen, die einer anderen Religion angehören wollen, frei, das Land zu verlassen. Es ist nur Nichtmuslimen erlaubt, andere Glaubensrichtungen auszuüben. Verlässt ein Muslim den Islam, ist das Gotteslästerung. Tun sie nicht Buße, sollten sie getötet werden." Im Dezember 2016 sagte der Verteidigungsminister: „Die Regierung der Malediven hat alle nötigen Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass die Malediven zu 100 Prozent muslimisch bleiben. Ein wichtiger Schritt zum Schutz der Religion auf den Malediven besteht darin, den Islam als Staatsreligion in der Verfassung zu verankern. Nur wer an Allah glaubt, kann ein Malediver sein. Auf den Malediven dürfen keine Gesetze verabschiedet werden, die dem Islam widersprechen. Deshalb wird der Islam auf den Malediven sehr gut geschützt."

Familienleben

Artikel 9(d) der Verfassung legt fest, dass ein Nichtmuslim kein Staatsbürger der Malediven werden darf. Dementsprechend können Malediver, denen der Glaube an Jesus Christus zur Last gelegt wird, ihre Staatsbürgerschaft verlieren und nach den Gesetzen der Scharia bestraft werden. Da jeder Malediver Muslim sein muss, ist eine Registrierung für Konvertiten gänzlich ausgeschlossen. Ausländischen Christen ist es verboten, religiöse Handlungen in der Öffentlichkeit vorzunehmen. Das betrifft etwa christliche Hochzeiten, Beerdigungen und Taufen, wobei letztere nur unter äußerster Geheimhaltung erfolgen können. In Artikel 36(c) der Verfassung heißt es: „Das Bildungssystem ist darauf angelegt, Gehorsam und Liebe zum Islam zu vermitteln [...].“ Auch für Kinder von ehemaligen

Muslimen ist der Islamunterricht verpflichtend, während Kinder christlicher Ausländer davon befreit sind. Die einheimische Menschenrechtsorganisation „Maldivian Democracy Network" beschrieb 2015 in einem Bericht, dass islamische Schulbücher Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schürten und den „Dschihad“ bzw. den Krieg gegen alle, die angeblich den Islam „behindern“, verherrlichten. Ein Fall aus dem Januar 2018 illustriert das vorherrschende soziale Klima sehr gut. Dabei äußerten Eltern sich besorgt über „gotteslästerliche" Inhalte in Schulbüchern weiterführender Schulen. Kurz darauf wurden in den sozialen Medien Bilder von Schulbüchern der achten Klasse geteilt, in denen Aufgaben zu römischen Göttern gestellt wurden. Ehemalige Muslime entscheiden sich häufig dafür, ihren neuen Glauben nicht mit ihren Kindern zu teilen, aus Angst, diese könnten anderen versehentlich vom Glaubenswechsel der Eltern erzählen. Wenn christliche Konvertiten entdeckt werden, setzt man sie häufig unter Druck, sich scheiden zu lassen; dabei verlieren sie sowohl das Sorgerecht für ihre Kinder als auch ihre Erbrechte. Darüber hinaus werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit von ihren Familien isoliert. Unter diesen Umständen ist es schwer, sich überhaupt ein christliches Familienleben vorzustellen.

Gesellschaftliches Leben

Die gesellschaftliche Kontrolle ist auf den Malediven extrem stark, da die Bevölkerungsdichte zu den höchsten der Welt zählt, besonders in der Hauptstadt Malé. Christlichen Arbeitsmigranten ist es nicht erlaubt, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren, und ausländische Christen muslimischer Herkunft haben praktisch keine Privatsphäre. Stattdessen setzen ihre Arbeitskollegen sie beständig unter Druck, zum Islam zu konvertieren. Sie versuchen, ihnen zu beweisen, dass Jesus nicht der Erlöser ist. Teilweise setzen sie dazu sogar Geld ein oder stellen eine Beförderung in Aussicht. In ihrem Bemühen, ihren Glauben zu verstecken, versuchen Christen muslimischer Herkunft, sich möglichst an die Menschen in ihrem Umfeld anzupassen. Dies betrifft sowohl ihre Kleidung als auch Besuche in der örtlichen Moschee. Jeder Einheimische, der die Moschee nicht besucht, wird zur Rede gestellt. Ausländische Christen haben mehr Freiheit, aber es gibt Zeiten, in denen sie sich ebenfalls anpassen müssen. So dürfen sie zum Beispiel während des Ramadan in der Öffentlichkeit nichts trinken und essen.

Leben im Staat

Die Verfassung und andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit ein, indem sie den sunnitischen Islam zur offiziellen Staatsreligion erklären – mit Verweis darauf, dass das Land zu „100 Prozent“ muslimisch sei. Die Regierungsvorschriften basieren auf dem islamischen Recht. Darauf sind die Malediven sehr stolz. Eine der Vorschriften lautet: „Es ist illegal, eine andere Religion außer den Islam zu verbreiten.“ Strafen für Verstöße bewegen sich von Hausarrest bis hin zu fünf Jahren Gefängnis, abhängig von der Schwere des Vergehens. Ist der Schuldige ein Ausländer, wird er in der Regel abgeschoben. Jegliche Meinungen, die der gängigen Auffassung vom Islam widersprechen (sogar moderate islamische Stimmen) erfahren harsche Kritik und sogar Gewalt. Besonders durch das „Verleumdungsgesetz“, das eine eigene Klausel gegen anti-islamische Äußerungen beinhaltet, ist die Redefreiheit von Christen noch stärker eingeschränkt. Verstöße dagegen können sechs Monate Gefängnis nach sich ziehen. Jemanden wegen seines christlichen Glaubens zu denunzieren – selbst, wenn nur ein Verdacht existiert – oder das Haus oder Geschäft eines Christen zu sabotieren, zieht nicht nur keine Strafe nach sich, es gilt sogar als patriotische Pflicht.

Kirchliches Leben

Für Malediver ist der Übertritt zum christlichen Glauben illegal, umso mehr das Versammeln als Kirchengemeinde. Ausländische Christen haben etwas größere Freiheit, solange sie ihren Glauben nicht öffentlich leben. Es ist vorgekommen, dass öffentliche Versammlungen von Christen rigoros aufgelöst wurden. Ausländische Gemeinden werden überwacht aus Angst, sie könnten das Evangelium an Einheimische weitergeben. Im Dezember 2015 erließ die Regierung ein Verbot, weihnachtliche Feiern in Gästehäusern der bewohnten Inseln abzuhalten mit der Begründung, dass dies gegen den Islam und die maledivische Kultur verstieße. Die „Lokale Regierungsbehörde“ (LGA) unter der Leitung des damaligen Innenministers Umar Naseer wandte sich mit einem Schreiben an die Präsidenten der Insel- und Atollräte und die Bürgermeister von Malé und Addu. Darin werden diese gebeten, die Besitzer von Gästehäusern aufzufordern, keine Weihnachtsfeiern für Touristen abzuhalten. In dem Brief hieß es, dass die Weihnachtszeit eine Hauptsaison für den Tourismus sei und der Behörde bekannt geworden sei, dass „Touristen Aktivitäten abhielten, um Weihnachten auf den Malediven zu feiern“. Nichtislamisches Material wird als Schmuggelware angesehen und muss bei der Einreise am Zoll angegeben werden. Aus diesem Grund können christliche Schriften nicht importiert oder gar innerhalb des Landes produziert werden. Laut dem Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit von 2017 wurden in dem Jahr „13 Berichte von Zollbeamten eingereicht, bei denen es um den Import von religiösen Symbolen und christlichen Kreuzen ging, zumeist von Maledivern. Die Behörden konfiszierten die Gegenstände in neun dieser Fälle und gaben in den anderen vier Fällen Mahnschreiben heraus." Die Ausbildung christlicher Leiter ist undenkbar, und christliche Gemeinschaften dürfen keine ausländischen Gemeindearbeiter empfangen.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Aufgrund der sehr strengen Auslegung des Islam auf den Malediven gibt es keine Unterschiede in der Art, wie Männer und Frauen verfolgt werden: Sobald entdeckt wird, dass sich jemand dem christlichen Glauben zugewendet hat, wird alles unternommen, um die Person zu einer Rückkehr zum Islam zu bewegen. Im Allgemeinen sind Frauen und Mädchen jedoch verwundbarer. Trotz der engmaschigen sozialen Kontrolle in dem Inselstaat sind Missbrauch, Vergewaltigungen und sexuelle Belästigung überraschend alltäglich und fast immer wird die Frau dafür bestraft. Davon sind auch christliche Frauen betroffen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt keine anerkannten religiösen Minderheiten irgendeiner Art auf den Malediven. Alle Staatsbürger sind gesetzlich dem Islam verpflichtet. Wer nachweislich eine andere Religion oder Philosophie als den Islam unterstützt (z. B. Hinduismus, Buddhismus, Atheismus), wird genauso verfolgt wie Christen. So ziehen es die meisten vor, im Ausland zu leben, um keine Gefängnisstrafe oder gar den Tod zu riskieren.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die Malediven haben sich in den vergangenen Jahren im Aufruhr befunden, ausgenommen die Inseln, die als Touristenorte genutzt werden. Gesellschaftliche Freiheiten werden nach und nach eingeschränkt. Dazu gehören auch (soziale) Medien, wie die schockierende Ermordung des bekannten Bloggers Yameen Rasheed im April 2017 in der Hauptstadt Malé zeigte. Die Tatsache, dass auch die neue Regierung den Islam unter Schutz stellt, lässt erwarten, dass sich die Situation religiöser Minderheiten, und besonders die der Christen, weiter verschlechtern wird.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Ein Beobachter bezeichnete die Malediven als ein „an den Terrorismus verlorenes Paradies“. Auch wenn diese Formulierung vielleicht übertrieben ist, so haben die Malediven doch eine der höchsten pro-Kopf-Quoten von Terroristen, die im Ausland kämpfen. Die Regierung ist sich der Bedrohung zwar äußerst bewusst, doch sie setzt weiterhin auf eine schwere Bestrafung derer, die es wagen, interne Staatsangelegenheiten dieser Art zu veröffentlichen – so geschehen im Juni 2017. Zudem betont die Regierung, den Status des Landes als „100 Prozent muslimisch“ weiterhin beschützen zu wollen. Die Tatsache, dass der ehemalige Präsident Yameen während des Wahlkampfes den Kanzler der islamischen Universität als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft auswählte, bestätigt, dass er den Schutz der religiösen Reinheit des Landes als oberste Priorität ansah. Doch auch nach der Wahlniederlage Yameens setzt die neue Regierung darauf, den Islam zu beschützen und zu verteidigen. Auch wenn die Malediven stark vom internationalen Tourismus abhängig sind, steht das Bemühen, sich als attraktive und einzigartige Tourismusdestination darzustellen in immer stärkerem Widerspruch zu der entschiedenen Betonung einer strengen Interpretation des Islam. In einer solchen Atmosphäre müssen ausländische Christen weiterhin sehr vorsichtig sein, und einheimische Christen müssen ihren Glauben weiterhin verstecken.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Ex-Präsident Abdulla Yameen hielt die Malediven in einer stetigen Spannung und rief in einem letzten Versuch, die Macht zu behalten, sogar den Ausnahmezustand aus. Mit der Wahl der Opposition in die Regierung könnte sich diese Triebkraft etwas abschwächen. Das Land hat jedoch eine lange Tradition von Diktatoren und Politikern, die sich an die Macht klammern. Minderheiten und Andersdenkende können keine Verbesserung der Lage der Religionsfreiheit in der nahen Zukunft erwarten.

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die junge Generation der Inselbewohner fühlt sich laut einem Bericht der Weltbank vom Oktober 2014 immer mehr „entrechtet und ausgeschlossen“ und „abgeschnitten vom Gesellschaftsgefüge“. Die wachsende Globalisierung, das Internet und wirtschaftliche Expansion haben „junge Frauen und Männer einer Welt außerhalb des Inselstaats ausgesetzt, die neue Vorstellungen und Werte mit sich bringt und die ihnen sehr stark bewusst macht, was sie alles erreichen können“, so der Report. „Doch sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche sind mit den Fesseln der begrenzten Inselwirtschaft konfrontiert. Sie werden kaum gefördert und es fehlt an gesellschaftlichem Engagement. Sie haben mit strengen Verhaltensnormen und zunehmend konservativeren Werten zu kämpfen und wachsen in einem mangelhaften Bildungs- und Berufsbildungssystem heran, das sie nur unzureichend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet.“ Der Bericht argumentiert, diese Probleme verwehrten vielen jungen Maledivern den „Eintritt ins Erwachsensein“. Diese sozialen Probleme führen zu einer wachsenden

Radikalisierung. Das belegt die Anzahl der Malediver, die sich den Kämpfen im Irak und in Syrien angeschlossen haben. Damit wächst auch die Islamische Unterdrückung. Andere schließen sich Banden an, die eng mit den Machthabern und Politikern des Landes verknüpft sind, und werden als Schläger gegen jeden eingesetzt, der als Feind oder Bedrohung wahrgenommen wird. Solange diese junge Generation keine Perspektive für die Zukunft hat, wird sich daran nichts ändern.

Schlussfolgerung

Es bleibt abzuwarten, ob der neue Präsident Ibrahim Solih, der im September 2018 mit großem Vorsprung gewählt wurde, den Malediven wahre Veränderung bringen kann. Am 16. August 2018 veröffentlichte „Human Rights Watch" einen Bericht mit dem Titel „Ein offener Angriff auf die Demokratie – Wie abweichende Meinungen auf den Malediven zerschlagen werden". Er untersucht die jüngsten Entwicklungen in den Bereichen Politik und Menschenrechte auf der Inselgruppe. Der Bericht kann auch als Beschreibung der Herausforderungen angesehen werden, die auf Solih warten. Es ist jedoch als ermutigender Schritt anzusehen, dass das Verfassungsgericht die Anfechtung der Wahlergebnisse durch den damaligen Präsidenten Yameen einstimmig ablehnte – obwohl die Richter von ihm ausgewählt worden waren.

Sogar mit der kürzlichen Rückkehr des ehemaligen Präsidenten Mohammed Nasheed und seiner Hilfe könnte es der neuen Regierung schwerfallen, das Land zurück in ruhigere Gewässer zu führen. Betrachtet man diese Information zusammen mit den politischen Unruhen (siehe „Hintergrund"), wird deutlich, dass die Triebkräfte Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig beeinflussen. Christen können in absehbarer Zeit keine Verbesserung ihrer Lage erhoffen.

zurück zur Länderübersicht

Saudi-Arabien: Platz 15

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Das Wüstenkönigreich wird durch die Lehre des Wahhabismus bestimmt, einer puristischen und strengen Auslegung des Islam. Andere Religionen dürfen ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren. Die Hinwendung zu einer anderen Religion als dem Islam kann mit dem Tod bestraft werden, sollte der Konvertit seine Bekehrung nicht widerrufen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Das soziale Umfeld übt Druck aus, um die Einhaltung indigener Bräuche durchzusetzen. „Ethnisch begründete Anfeindungen“ stehen im Falle Saudi-Arabiens in deutlicher Verbindung zum Islam. Davon sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen.

Diktatorische Paranoia: Die saudische Monarchie hat die absolute Macht und Autorität im Land. So kann der Monarch jedes Gesetz, das er wünscht, umsetzen, solange es mit der Scharia und dem Koran übereinstimmt. Es wurden Änderungen eingeführt, welche die im Land lebenden ausländischen Arbeitskräfte im Allgemeinen und damit auch ausländische Christen im Speziellen betreffen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die folgenden Personengruppen sind in mittlerem, hohem oder sehr hohem Maß an der Verfolgung von Christen in Saudi-Arabien beteiligt: Regierungsbeamte (lokal bis national), Anführer ethnischer Gruppen, nichtchristliche religiöse Leiter (lokal bis national), gewöhnliche Bürger und (Groß-)Familien. Christen mit muslimischem Hintergrund leiden am meisten unter Verfolgung durch ihre (Groß-)Familien, was auch Morddrohungen, Ehrenmorde und dauerhaften Hausarrest miteinschließen kann. Regierungsbeamte schaffen und erhalten ein strikt islamisches System. In diesem werden Christen als Menschen zweiter Klasse behandelt; christliche Kirchen oder Anbetungsstätten anderer nichtislamischer Religionen sind verboten. Islamische Führer versuchen auch, allen Menschen, die nach Saudi-Arabien kommen, strenge islamische Gesetze aufzuerlegen, Christen eingeschlossen. Islamische Leiter bereiten außerdem Christen muslimischer Herkunft Probleme, die noch immer als Muslime gelten, sowie schlecht bezahlten, ausländischen christlichen Arbeitern, die ständig unter Druck gesetzt werden, zum Islam zu konvertieren – besonders betroffen sind hier diejenigen, die isoliert von anderen Christen leben, weil sie in saudischen Privathäusern arbeiten. Schließlich geht auch von gewöhnlichen Bürgern Druck vor allem auf Christen muslimischer Herkunft aus, da die Gesellschaft im Allgemeinen gegen alles negativ eingestellt ist, was als im Widerspruch zum Islam stehend erachtet wird.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die meisten Christen in Saudi-Arabien leben und arbeiten nur vorübergehend im Land. Der Großteil der ausländischen Christen stammt aus Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen wie Indien, den Philippinen und afrikanischen Ländern, doch manche kommen auch aus der westlichen Welt. Die asiatischen und afrikanischen Arbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig auch verbaler und

körperlicher Gewalt ausgesetzt – dabei kann außerdem ihr christlicher Glaube eine Rolle spielen. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben mit Muslimen zu teilen, extrem eingeschränkt, da Verhaftung und Ausweisung drohen. Die wenigen saudischen Christen muslimischer Herkunft stehen jedoch unter noch stärkerem Druck. Dennoch ist die kleine Zahl dieser Christen gewachsen; außerdem werden sie immer mutiger darin, ihren Glauben weiterzugeben, etwa im Internet oder in christlichen Satelliten-Fernsehprogrammen. Solche öffentlichen Äußerungen haben jedoch schwerwiegende Konsequenzen von saudischen Familien und Behörden nach sich gezogen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Viele Christen muslimischer Herkunft stehen unter enormem Druck vonseiten ihrer Familien und haben Angst vor gewalttätigen Reaktionen, sollte ihr christlicher Glaube bekannt werden. Christen muslimischer Herkunft stehen in der großen Gefahr, wegen Apostasie (Abfall vom Islam) zum Tode verurteilt zu werden. Aus den vergangenen Jahren ist jedoch kein Fall einer Hinrichtung aus diesem Grund bekannt. Die Gefahr einer außergerichtlichen Hinrichtung ist dagegen realer, da die Familie durch einen Mord versuchen könnte, ihre Ehre wiederherzustellen.
- Vergewaltigungen und sexuelle Belästigung bleiben ein gewaltiges Problem in Saudi-Arabien; Christinnen, die als Hauspersonal arbeiten, sind besonders gefährdet.
- Sowohl einheimische als auch ausländische Christen riskieren, aufgrund ihres Glaubens verhaftet, körperlich misshandelt und ernsthaft bedroht zu werden. Wegen ihres Glaubens oder wegen Aktivitäten, die mit ihrem Glauben zu tun hatten, wurden einige Christen laut Berichten gezwungen, das Land zu verlassen.
- Einige Christen wurden verhaftet und kurzzeitig festgehalten, manche von ihnen bei einer Razzia während eines Gottesdienstes.
- Eine saudische Christin wurde im Rahmen einer Art „Korrekturmaßnahme“ zwangsverheiratet.

Aus Sicherheitsgründen können hier keine weiteren Details genannt werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 77 Punkten nimmt Saudi-Arabien Rang 15 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 ein. Das ist ein Rückgang um zwei Punkte gegenüber dem WVI 2018. Dieser Rückgang erklärt sich vor allem durch eine Abnahme gewalttätiger Übergriffe auf Christen. So wurden beispielsweise weniger Christen festgenommen und gezwungen, das Land zu verlassen. Die Gesamtwertung des Drucks auf Christen bleibt aber mehr oder weniger konstant extrem hoch in Saudi-Arabien – einem der wenigen Länder auf der Welt, in denen Kirchengebäude verboten sind.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Das Wüstenkönigreich wird vom Wahhabismus bestimmt. Es kontrolliert die heiligen islamischen Städte Mekka und Medina. Der Koran und die Sunna (wörtlich: „Traditionen“) sind in Saudi-Arabien zur Verfassung erklärt worden und werden von religiösen Führern nach der strengen Lehrrichtung der Hanbaliten interpretiert. Saudi-Arabiens Rechtssystem gründet auf der islamischen Rechtsprechung, der Scharia. Auf dieser Rechtsgrundlage darf nur der offiziell anerkannte wahhabitische Islam öffentlich praktiziert werden; andere Religionen offen auszuüben, ist verboten. Alle saudischen Bürger gelten als Muslime; ausländische Anhänger anderer Religionen dürfen ihren Glauben nur im privaten Rahmen ausüben. Auf Apostasie, den Abfall vom Islam, steht weiterhin die Todesstrafe, auch wenn für die letzten Jahre keine Beispiele von gerichtlich angeordneten Hinrichtungen aus diesem Grund bekannt sind.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Typisch für diese Triebkraft ist, dass sie dazu führt, dass Druck ausgeübt wird, um den fortwährenden Einfluss jahrhundertealter traditioneller Bräuche von Stämmen oder ethnischen Volksgruppen in Gemeinschaften und Haushalten durchzusetzen. „Ethnisch begründete Anfeindungen“ stehen im Falle Saudi-Arabiens in deutlicher Verbindung zum Islam. Davon sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen.

Diktatorische Paranoia

Die saudische Monarchie hat die absolute Macht und Autorität im Land. So kann der Monarch jedes von ihm gewünschte Gesetz umsetzen, solange es mit der Scharia und dem Koran übereinstimmt. In einem unerwarteten Schritt beförderte König Salman seinen Sohn im Juni 2017 zum Kronprinzen. Nach Ansicht von Beobachtern unternahm er diesen Schritt, um die Vorherrschaft seiner Familie im Königshaus zu bewahren und nicht aufgrund einer gezielten Vision für das Land. Ein Hauptziel der Herrscher, vor allem des Königs und des Kronprinzen, ist es, den Status quo zu erhalten, indem sie ihre eigene Macht behaupten und sorgfältig jegliche Strömungen kontrollieren, die als regimekritisch angesehen werden können oder religiöse und soziale Spannungen entfachen könnten. In diesem Zusammenhang stehen die Herrscher des Landes dem christlichen Glauben kritisch gegenüber, vor allem saudischen Christen muslimischer Herkunft, die den Ruf des Landes als Hüter der heiligsten Stätten des Islam gefährden. Die beiden obersten Autoritäten des Landes haben viele Veränderungen vorgenommen, von denen in Saudi-Arabien lebende Ausländer im Allgemeinen betroffen sind. Darunter sind zwar auch Christen, doch die Änderungen zielten nicht speziell auf sie ab. Ein Beispiel dafür ist die Erhöhung der Visagebühren für alle Angehörigen von in Saudi-Arabien lebenden Ausländern.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Dazu zählen Regierungsbeamte, Stammesführer, nichtchristliche religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen, gewöhnliche Bürger und Familien.

Saudi-Arabien möchte als Verteidiger des Islam gesehen werden, als Land mit einer hundertprozentig muslimischen Bürgerschaft. Verfolgung gilt jedem, der dieses Bild schädigt. Wichtige Quellen der Verfolgung sind hochgradig repressive Gesetze, die die Religionsfreiheit einschränken und von staatlichen Behörden aufrechterhalten und umgesetzt werden. Allerdings bleibt der Staat oft verhältnismäßig passiv und verlässt sich auf den noch stärkeren gesellschaftlichen Druck, um sicherzustellen, dass Christen und andere religiöse Minderheiten in Schach gehalten werden. Dies gilt für ausländische Christen: Für die vielen Gruppen, die sich regelmäßig in privaten Räumlichkeiten zum Gottesdienst treffen, geht die größte Gefahr von Nachbarn und dem sozialen Umfeld aus – die staatlichen Behörden schalten sich normalerweise nur dann ein, wenn das soziale Umfeld dies verlangt. Was Christen muslimischer Herkunft betrifft (vor allem wenn sie Saudis sind), können die Behörden zwar ihnen gegenüber hart durchgreifen und tun dies auch, aber in der Praxis oft nur auf Veranlassung von Angehörigen der Familie oder des sozialen Umfelds hin. Die Religionspolizei war früher dafür zuständig, die Einhaltung religiöser Regeln durchzusetzen. Sie bestrafte jeden, der sich nicht an die Kleiderordnungen hielt (etwa Männer in Shorts oder Frauen mit nicht ausreichend bedecktem Haar), und übte Druck auf diejenigen aus, die sich während der Gebetszeiten außerhalb der Moschee aufhielten. In den letzten zwei Jahren hat sich die Macht der Religionspolizei jedoch deutlich verringert. Weitere Verfolger sind Stammesführer, welche den Islam als Teil ihrer jahrhundertealten Stammesnormen durchsetzen. Und schließlich gibt es auch unabhängige Gruppen, die weder vor den Stämmen noch der Regierung Respekt haben, und versuchen, die Gesellschaft zu radikalisieren. Diese zumeist sunnitischen Gruppen charakterisieren sich durch eine starke Gruppenkultur; sie versuchen, schiitische Muslime und Ausländer zu bekehren, und beeinflussen die Menschen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Wenn eine solche Gruppe von christlichen Konvertiten hört, wird sie alles Erdenkliche tun, um diese Christen zu verfolgen.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Zum Teil ist die Verfolgung durch Stammesführer, Regierungsbeamte, nichtchristliche religiöse Leiter, gewöhnliche Bürger und die Familie auch auf Ethnisch begründete Anfeindungen zurückzuführen, vermischt mit „Islamischer Unterdrückung“.

Jeder Stamm geht auf eigene Weise mit Abweichungen um. Wenn der christliche Glaube eines Stammesangehörigen öffentlich wird, dürfen andere Stammesmitglieder auf alle Mittel zurückgreifen, um eine Rückkehr zum Islam zu erzwingen. Die Regierung wird sich normalerweise nicht in solche Glaubensfragen einmischen, es sei denn, die Stammesführer gäben ihre Zustimmung. Verfolgung geht zudem auch von religiösen Leitern wie Imamen oder anderen hochrangigen Persönlichkeiten des sozialen Umfeldes aus, etwa von Universitätsprofessoren oder Ärzten, die es als ihre Aufgabe betrachten, die Gesellschaft von schlechten Einflüssen freizuhalten. Dies ist ähnlich wie in einem Stammessystem und funktioniert vor allem dort, wo der Stamm nicht so einflussreich ist, zum Beispiel in Städten.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die Triebkraft „Diktatorische Paranoia“ führt zu Verfolgung durch Regierungsbeamte.

Die saudischen Herrscher, insbesondere der König und der Kronprinz, setzen alles daran, den Status quo zu erhalten, indem sie ihre eigene Macht behaupten und sorgfältig jegliche Strömungen kontrollieren, die als regimekritisch angesehen werden können oder soziale Spannungen entfachen könnten. Besonders saudische Christen muslimischer Herkunft entehren den stolzen Ruf des Landes als Hüter der beiden heiligen Moscheen, daher wird die Existenz dieser Christen geleugnet.

Staatsbeamte gehen oft als Reaktion auf das Ersuchen von Familienangehörigen oder des sozialen Umfelds gegen Christen vor. Die saudische Regierung bekämpft islamische Militanz von staatlicher Seite, da diese zur Bedrohung für die Herrschaft der Königsfamilie werden könnte. Jedoch unterstützen Privatspender aus Saudi-Arabien militante sunnitisch-islamische Gruppierungen und sind infolgedessen eine der treibenden Kräfte in bewaffneten Konflikten auf der ganzen Welt, beispielsweise in Syrien und im Irak.

4. Hintergrund

Saudi-Arabien hat sich zu einem der größten Erdöl-Exporteure der Welt entwickelt. Das hat eine große Zahl ausländischer Arbeitskräfte ins Land gelockt, darunter auch Christen. Der wirtschaftliche Erfolg schuf eine wechselseitige ökonomische Abhängigkeit mit dem Westen und führte zu soliden politischen und militärischen Beziehungen – so dürfen etwa eine Reihe von US-Militärstützpunkten weiterhin im Land operieren und im Mai 2017 wurde ein umfangreiches Waffengeschäft zwischen Saudi-Arabien und den USA unterzeichnet. Seit 2015 führt Saudi-Arabien die militärische Intervention im Bürgerkrieg im Jemen an, angeblich um eine Stabilisierung der jemenitischen Regierung bemüht. Doch angesichts der saudi-arabischen Luftangriffe auf Flughäfen, Häfen, Krankenhäuser, Schulen und Beerdigungsfeiern, welche zusammengenommen zur aktuell größten humanitären Katastrophe der Welt geführt haben, ist es wahrscheinlicher, dass Saudi-Arabien versucht, mit allen Mitteln zu verhindern, dass sein südlicher Nachbar unter schiitische Kontrolle gerät.

Um seine Abhängigkeit von der Erdölindustrie zu verringern, versucht das Königreich, seine Wirtschaft zu diversifizieren und mehr Arbeitsplätze für Saudis zu schaffen, wie es Kronprinz Mohammed bin Salman in seinem Reformplan „Vision 2030“ dargelegt hat. Dieses Strategiepapier, das im April 2016 veröffentlicht wurde, unterstreicht auch deutlich die stolze islamische Identität des Landes und die Führungsrolle des saudischen Königreichs in der islamischen Welt. Saudi-Arabien durchläuft einen erheblichen gesellschaftlichen Wandel. Das Internet spielt bei dieser Entwicklung eine wichtige Rolle, was auch zu größeren Möglichkeiten für christliche Online-Dienste führen könnte. Allerdings dürfte diese Entwicklung auch mit einer stärkeren Überwachung des Internets in Saudi-Arabien einhergehen. In einem weiteren Versuch, die enttäuschende Wirtschaftsleistung und die Kriegskosten im Jemen zu kompensieren, hat Saudi-Arabien die Visagebühren für Ehepartner und Kinder ausländischer Arbeitskräfte erhöht. Für viele schlechtbezahlte christliche Gastarbeiter wird dies zu teuer – sie verlassen das Land. Etliche Kirchenleiter berichten, dass 20 bis 25 Prozent ihrer Gemeindemitglieder dem Land bereits den Rücken gekehrt haben. Dies wird sich negativ auf die christliche Gemeinschaft im Land auswirken und zu einem Mangel sowohl an Gemeindeleitern als auch an Gemeindemitgliedern führen. Andererseits scheint die Zahl der Christen mit muslimischem oder hinduistischem Hintergrund zu steigen. Sie wiegt jedoch nicht die Zahl der Christen auf, die das Land verlassen.

Unter dem wachsenden Einfluss von Internet, sozialen Medien und Satellitenfernsehen hat sich die Jugendkultur Saudi-Arabiens grundlegend verändert. So wächst die Kluft zwischen der großen jüngeren Generation und dem alternden Monarchen ständig. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre alt und sehnt sich (insbesondere junge Frauen) nach mehr Freiheit, ohne von der Religionspolizei eingeschränkt zu sein. Gesellschaftliche Reformen des jungen Kronprinzen, der 2017 ernannt wurde, sind in dieser Hinsicht ein Schritt nach vorn. Er erlaubte Unterhaltung wie Kino und Konzerte und Frauen das Autofahren, außerdem schränkte er die Befugnisse der Religionspolizei ein. Es gibt ein erhebliches Maß an Jugendarbeitslosigkeit, welche zum Teil auf das schwache Bildungssystem des Landes und eine unterentwickelte Arbeitsethik zurückzuführen ist. Diese Faktoren

haben zu weitverbreiteter gesellschaftlicher Unzufriedenheit geführt, die junge Menschen dazu bringen kann, sich einem extremistischen Islam zuzuwenden. Die Lage wird zusätzlich durch die deutliche Spaltung der Gesellschaft zwischen einer reichen Elite und der in Armut lebenden Bevölkerungsmehrheit verschärft. Auf der anderen Seite ist die gesellschaftliche Unzufriedenheit nichts Neues; in der Vergangenheit wurde die Bevölkerung durch hohe finanzielle Zuwendungen beschwichtigt, etwa für die Wohnungsbaufinanzierung. Seit mindestens zwanzig Jahren herrscht soziale Unzufriedenheit im Land (die sich zum Beispiel auch im zivilen Ungehorsam von Frauen gezeigt hat, die illegal selbst Auto gefahren sind). Darüber hinaus hat die Internetrevolution auch die islamischen Geistlichen erreicht: Mehrere Imame haben eigene Twitter-Profile und zahlreiche Follower. Die Zahl der Christen muslimischer und anderer religiöser Herkunft wächst ebenso wie ihr Mut, ihren neuen Glauben mit anderen zu teilen.

5. Betroffene Christen

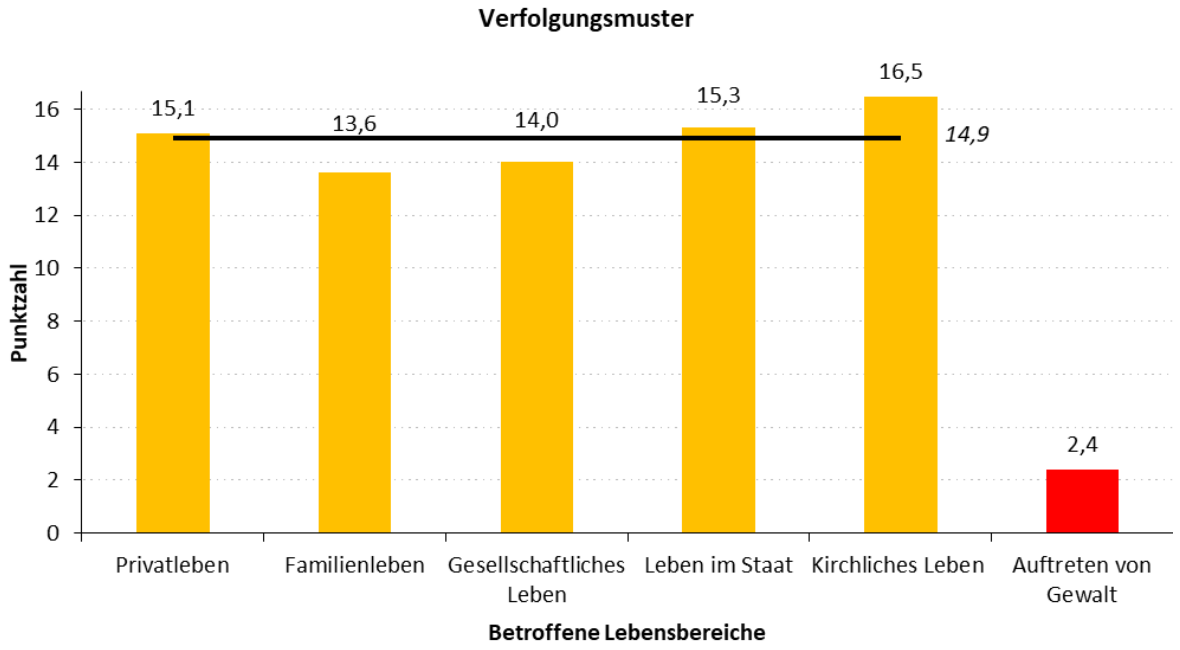
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die meisten Christen, die in Saudi-Arabien leben, sind Ausländer, die nur zeitweise im Land leben und arbeiten. Dabei handelt es sich sowohl um Christen aus Ländern der westlichen Welt und des Nahen Ostens als auch aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wie Indien, den Philippinen oder afrikanischen Ländern. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt; aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig auch verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt und stehen unter ständigem Druck, zum Islam zu konvertieren. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben mit Muslimen zu teilen, extrem eingeschränkt, da Verhaftung und Ausweisung drohen.

Christen muslimischer Herkunft

Christliche Konvertiten haben größtenteils einen muslimischen Hintergrund. Es gibt nur wenige saudische Christen muslimischer Herkunft im Land und meist müssen sie ihren Glauben strengstens geheim halten. Viele von ihnen sind durch christliches Satellitenfernsehen zum Glauben gekommen oder nachdem Jesus Christus sich ihnen in Träumen und Visionen offenbart hatte – in manchen Fällen, während sie sich auf der islamischen Pilgerreise nach Mekka befanden, dem sogenannten Hadsch. Außerdem trägt das Internet dazu bei, dass Einheimische einen Zugang zu christlichem Material erhalten – dieser Zugang ist allerdings beschränkt, da die Nutzung des Internets in Saudi-Arabien von den Behörden streng reglementiert wird. Dennoch ist die kleine Zahl der saudi-arabischen Christen gewachsen und sie sind mutiger geworden und teilen ihren Glauben mit anderen über das Internet oder christliche (Satelliten-)Fernsehprogramme. Ein solches öffentliches Zeugnis hat aber häufig zu ernsthaften Konsequenzen vonseiten ihrer Familien oder der Behörden geführt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Saudi-Arabien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen bleibt mit 14,9 Punkten extrem hoch, wie im vergangenen Jahr.
- Die Wertungen für alle Lebensbereiche sind extrem hoch – mit Ausnahme des Bereichs „Familienleben“, in dem der Druck als sehr hoch, wenn auch an der Grenze zu extrem hoch, eingestuft wird. In diesen Bereich ist die Punktzahl am niedrigsten, weil ausländische Christen im Familienleben kaum oder zumindest weniger Druck erleben, als einheimische Christen muslimischer Herkunft. Der Grund dafür ist, dass die Familien der christlichen Migranten oft nicht mit ihnen in Saudi-Arabien leben.
- Der höchste Druck wird in den Bereichen „Kirchliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Privatleben“ ausgeübt, was typisch für eine Situation ist, bei der Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung darstellt und mit Diktatorischer Paranoia verknüpft ist.
- Die Verfolgung, die von Islamischer Unterdrückung, vermischt mit Ethnisch begründeten Anfeindungen, ausgeht, ist vor allem in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ präsent. Besonders Christen mit muslimischem Hintergrund sind davon betroffen, die Verfolgung durch ihr soziales Umfeld erfahren.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ sank von 4,1 Punkten 2018 auf 2,4 Punkte für den aktuellen Berichtszeitraum, da weniger Berichte von gewalttätigen Übergriffen registriert wurden.

Privatleben

Christen mit muslimischem Hintergrund können ihren Glauben nicht offen praktizieren. Jeder Hinweis auf ihren neuen Glauben gegenüber den Menschen in ihrem Umfeld kann ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen. Viele ausländische Christen haben im Verhältnis mehr Freiheit, ihren Glauben privat zu leben, solange sie nicht mit Muslimen über das Evangelium sprechen. Christen aus Asien und Afrika müssen sich vorsichtig verhalten; ob und wie stark sie verfolgt werden, hängt von der Haltung und der Religion anderer schlecht bezahlter Arbeiter ab, die mit ihnen in den gleichen Arbeiterunterkünften untergebracht sind. Besonders angreifbar sind Christinnen, die als Hausangestellte in saudischen Haushalten leben und arbeiten – sie können keinen Kontakt mit anderen Christen haben und sind ständigen Misshandlungen und Druck ausgesetzt, zum Islam zu konvertieren.

Familienleben

Alle Saudis werden als Muslime betrachtet. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn einer ihrer Angehörigen den Islam verlässt. Für Konvertiten zum christlichen Glauben besteht höchste Gefahr, einem Ehrenmord oder anderer physischer Gewalt zum Opfer zu fallen, wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken. Einige sind deshalb aus dem Land geflüchtet. Christliche Hochzeiten können in Saudi-Arabien nicht öffentlich gefeiert werden; Christen mit muslimischem Hintergrund müssen nach islamischem Ritus heiraten. Sie können ihre Kinder nicht amtlich als Christen registrieren lassen oder ihnen offenkundig christliche Namen geben. In der Schule sind Kinder von Christen muslimischer Herkunft gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen. Im Falle einer Scheidung, in Fragen des Sorgerechts und bei Erbschaften werden Christen muslimischer Herkunft häufig benachteiligt.

Gesellschaftliches Leben

Alle Christen werden durch alle möglichen Formen von Diskriminierung mehr oder weniger unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Christliche Konvertiten werden an ihrem Arbeitsplatz diskriminiert und schikaniert, wenn bekannt ist, dass sie Christen sind. Ein großer Teil der saudischen Gesellschaft hat Vorbehalte gegenüber Anhängern anderer Religionen. Gastarbeiter aus Afrika und Asien, einschließlich Christen, werden durch ihre Arbeitgeber verbal angefeindet, körperlich misshandelt und manchmal sexuell missbraucht. Internationalen Schulen ist es verboten, nichtmuslimische Feiertage wie Weihnachten oder Neujahr zu begehen, sie haben allerdings längere Ferien über die Weihnachtstage. Schulen, die das Verbot missachten, riskieren den Verlust ihrer Lizenz.

Leben im Staat

Religionsfreiheit ist weder in der Verfassung des Königreichs noch in anderen grundlegenden Gesetzen vorgesehen. Das Rechtssystem basiert auf der Scharia; die Abkehr vom Islam zu einer anderen Religion kann mit dem Tod bestraft werden. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck im Umgang mit den Behörden, wenn ihr neuer Glaube bekannt ist. Ausländische Christen bekommen große Probleme in diesem Lebensbereich, wenn sie unter Muslimen missionieren; Verhaftung und Ausweisung können die Folge sein.

Kirchliches Leben

In Saudi-Arabien gibt es keine Kirchengebäude; christliche Gottesdienste finden an geheimen Orten statt. Obwohl die Regierung das Recht von Nichtmuslimen anerkennt, ihren Glauben im privaten Bereich zu leben, respektiert die Religionspolizei (Muttawa) dieses Recht oft nicht. Die Möglichkeiten zum Abhalten christlicher Gottesdienste sind durch die strikte Trennung der Geschlechter stark eingeschränkt, die es Männern und Frauen aus verschiedenen Familien verbietet, gemeinsam im selben Raum Gottesdienste zu feiern. Tun sie es dennoch, riskieren sie Verhaftung, Leibesvisitationen mit Todesdrohungen, Gefängnis, Auspeitschung, Ausweisung und Folter. Der rechtliche Status privater Religionsausübung bleibt unklar, da es hierzu kein formell festgeschriebenes Recht gibt; er wird hauptsächlich aus offiziellen Verlautbarungen in den Medien abgeleitet. Das Bezeugen des christlichen Glaubens gegenüber Muslimen, biblische Schulungen sowie die Herausgabe und der Import von Bibeln (und anderen christlichen Materialien) in arabischer Sprache sind illegal.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2019 gab es weniger Berichte über gewalttätige Übergriffe auf Christen als im Vorjahr. Dies führte zu einer niedrigeren Punktzahl in diesem Bereich. Grundsätzlich verhalten sich Christen äußerst vorsichtig, um ernsthafte Folgen zu vermeiden. Dadurch bleibt der Wert für das Auftreten von Gewalt relativ niedrig.

Viele Christen muslimischer Herkunft stehen unter enormem Druck vonseiten ihrer Familien und haben Angst vor gewalttätigen Reaktionen, sollte ihr christlicher Glaube bekannt werden. Sie stehen in der großen Gefahr, wegen Apostasie (Abfall vom Islam) zum Tode verurteilt zu werden, auch wenn aus den vergangenen Jahren kein Fall einer Hinrichtung aus diesem Grund bekannt ist. Das Risiko einer außergerichtlichen Hinrichtung kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, da die Familie durch einen Mord versuchen könnte, ihre Ehre wiederherzustellen. Wie in den vergangenen Jahren bleiben Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen ein enormes Problem in Saudi-Arabien. Christliche Arbeitsmigranten aus Asien und Afrika, vor allem weibliches Hauspersonal in saudischen Haushalten, sind in dieser Hinsicht besonders gefährdet. Laut Experten leiden „abertausende“ Hausangestellte unter körperlichem und sexuellem Missbrauch. Christen, sowohl Saudis als auch Ausländer, riskieren, aufgrund ihres Glaubens inhaftiert, körperlich misshandelt und ernsthaft bedroht zu werden. Einige Christen wurden laut Berichten dazu gezwungen, aufgrund ihres Glaubens oder wegen Aktivitäten, die mit ihrem Glauben im Zusammenhang standen, das Land zu verlassen. Andere wurden verhaftet und kurzzeitig festgehalten, manche von ihnen bei einer Razzia während eines Gottesdienstes. Außerdem wurde eine saudische Christin im Rahmen des Versuchs einer „Korrekturmaßnahme“ zwangsverheiratet.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Für saudische Christen und andere Christen mit muslimischem Hintergrund geht Verfolgung am häufigsten von der Familie und dem sozialen Umfeld aus – dies bekommen üblicherweise Frauen und Mädchen am stärksten zu spüren (gefolgt von jüngeren und danach älteren Männern), entsprechend dem generellen Status und Grad der Freiheit innerhalb der saudisch-islamischen Kultur.

Frauen

In einem Land, in dem alle Bürger als Muslime gelten, sind Christinnen mit muslimischem Hintergrund besonders verwundbar. Wenn ihre Bekehrung bekannt wird, riskieren sie Gewalt, Hausarrest und

Zwangsverheiratung. In der strikt islamischen Gesellschaft Saudi-Arabiens werden Frauen streng überwacht. Sie müssen den Ruf der Familie wahren – jedes unerwünschte Verhalten kann der Ehre ihrer Familie schaden, was als todeswürdige Sünde angesehen wird. Das Verlassen des Islam ist eines der größten Verbrechen, die ein Muslim begehen kann. Das Rechtssystem Saudi-Arabiens basiert auf der Scharia; auf Apostasie (Abfall vom Islam) steht die Todesstrafe. Ist eine Christin muslimischer Herkunft verheiratet, riskiert sie die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Das bedeutet zudem den Verlust des sozialen Sicherheitsnetzes und von Schutz. In Anbetracht dessen ist es nicht verwunderlich, dass die meisten christlichen Konvertitinnen entweder heimliche Christinnen sind oder schließlich das Land zu ihrer eigenen Sicherheit verlassen.

Es ist bekannt, dass asiatische und afrikanische Arbeiterinnen häufig unter körperlichem und sexuellem Missbrauch vonseiten ihrer Arbeitgeber leiden. Christen und andere nichtmuslimische Arbeiter sind in dieser Hinsicht zusätzlich gefährdet. Unter ihnen sind Frauen noch stärker von Missbrauch bedroht. Dies hängt stark mit der untergeordneten Stellung der Frau in der saudischen Gesellschaft zusammen sowie mit dem ungeschützten Status von Frauen, die auf sich selbst gestellt sind (etwa, wenn sie außerhalb ihres Hauses arbeiten). Saudische Frauen dürfen nicht ohne Begleitung eines männlichen Verwandten ihr Zuhause verlassen.

Männer

Abweichungen vom als normal geltenden Verhalten werden schnell bemerkt und männliche Konvertiten zum christlichen Glauben erfahren Druck von der Familie und der Gesellschaft. Zudem sind Männer in der saudischen Gesellschaft üblicherweise die Ernährer der Familie – wenn also ein männlicher Christ festgehalten, inhaftiert oder von der Verwandtschaft unter Hausarrest gestellt wird, kann dies unter Umständen gravierende wirtschaftliche Folgen für seine Familie haben. Männer und Jungen sind besonders folgenden Arten von Verfolgung ausgesetzt: öffentlicher Bloßstellung, Isolation, körperlicher Misshandlung und Verlust jedweder Hilfe und des Zugangs zum Gemeinschaftsleben. Es werden völlige Rehabilitierung und sogar materielle Belohnungen in Aussicht gestellt, um christliche Konvertiten zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Solche Angebote werden nur so lange gemacht, bis die Familie einsieht, dass der christliche Konvertit seine Meinung nicht ändern wird. Ab diesem Punkt ist die Gefahr, getötet zu werden, für die meisten männlichen Konvertiten sehr real.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Eine größere religiöse Minderheit, die in Saudi-Arabien mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert ist, sind schiitische Muslime, die vor allem in der östlichen Provinz ansässig sind. Von saudischen Herrschern während des größten Teils der Landesgeschichte bis heute als Ketzer angesehen, erleben Schiiten Diskriminierung im Justizsystem, im Bildungswesen, hinsichtlich Anstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst und bei Regierungsämtern sowie bei religiösen Aktivitäten. Schiiten streben nach mehr politischer Partizipation und mehr religiöser Toleranz. Doch nach den konfessionellen Spannungen in der Region, einschließlich des Krieges gegen die vom Iran unterstützten Rebellen im Jemen, schwindet die Hoffnung der Schiiten auf Toleranz und Pluralismus. Schiitische Geistliche und Aktivisten, die sich für die Gleichbehandlung schiitischer Muslime einsetzen, riskieren Verhaftung und sogar Hinrichtung unter dem Vorwurf, sich der Regierung widersetzt zu haben.

Der britische Online-Nachrichtendienst „Middle East Eye“ berichtete beispielsweise: „In einem Bericht von 2017 sprach Amnesty International (zusammen mit Human Rights Watch) davon, dass in den letzten Jahren eine Zunahme von Todesurteilen gegen politisch Andersdenkende in Saudi-Arabien, einschließlich gegen Angehörige der schiitischen muslimischen Minderheit, zu verzeichnen gewesen sei. Die Organisationen gaben an, es seien derzeit mindestens 38 Mitglieder der saudischen Schiiten-Gemeinschaft, die insgesamt zehn bis fünfzehn Prozent der Landesbevölkerung ausmacht, zum Tode verurteilt.“

9. Ausblick

Die politische Perspektive

In ihrer jährlichen Prognose geht die „Economist Intelligence Unit“ davon aus, dass „die zurückbleibenden wirtschaftlichen und geschäftlichen Folgen der diplomatischen Probleme zwischen Saudi-Arabien und westlichen Regierungen aufgrund des Mordes an einem saudischen Journalisten in der Türkei von kurzer Dauer sein werden. Die Innenpolitik wird auch künftig in den Händen des Kronprinzen Mohammed bin Salman sein, der die Öffnung der Wirtschaft für ausländische Investoren weiter vorantreiben wird, auch wenn die politischen Rechte stark eingeschränkt bleiben. Das Wirtschaftswachstum sollte bis zum Jahr 2023 anhalten, befördert durch einen allgemeinen Anstieg der Ölpreise.“

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Kronprinz Mohammed bin Salman hat einige gesellschaftliche Restriktionen gelockert, welche vor allem die Jugend des Landes betreffen. So wurden zum ersten Mal seit 35 Jahren Kinos geöffnet und Frauen dürfen seit Juni 2018 selbst Auto fahren. Dieser scheinbare Wechsel weg von den traditionellen Wurzeln und hin zu einer jüngeren und toleranteren Führung des Landes, ist möglicherweise ein Versuch, die große Zahl saudischer Jugendlicher ernst zu nehmen, die sich nach mehr Freiheit sehnen. Zudem wurde die Macht der Religionspolizei verringert. Überdies verkündigte der Kronprinz im Oktober 2017, das Königreich müsse zu einem „moderaten Islam zurückkehren, der allen Religionen und der ganzen Welt gegenüber offen ist“. Er empfing und besuchte Vertreter des Vatikans sowie der koptischen, anglikanischen und evangelischen Kirchen – Indikatoren für eine größere Offenheit gegenüber einem direkten interreligiösen Engagement. Auch wenn ausländische Christen, die in Saudi-Arabien arbeiten, darauf hoffen, dass dies letztendlich zu mehr Toleranz gegenüber anderen Religionen führen wird, haben die Gespräche noch nicht zu einer wesentlichen Verbesserung in der Behandlung ausländischer Christen geführt und auch nicht die Absicht zu erkennen gegeben, die Religionsfreiheit einheimischer Christen zu erweitern. Kommentatoren warnen davor, diese Reformen seien größtenteils „kosmetischer Natur“. Immerhin war es auch der Kronprinz, der den Krieg im Jemen begann, der zur derzeit größten humanitären Krise der Welt geführt hat (und auch zu einer Zunahme der Christenverfolgung im Jemen). Zudem zeigt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kanada im August 2018, nachdem das kanadische Außenministerium Bedenken hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte geäußert hatte, die Entschlossenheit des saudi-arabischen Regimes, weiterhin seine Agenda ohne Einmischung von außen durchzusetzen.

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung, vermischt mit Ethnisch begründeten Anfeindungen: Die Pläne der „Vision 2030“ wurden durch die Forderungen der Jugend beeinflusst, durch die Notwendigkeit, sich von der Ölabhängigkeit zu lösen, sowie durch die Verschiebung regionaler und globaler Bündnisse. Die Pläne sind zwar nicht neu, doch wenn Mohammed bin Salman sie umsetzen kann, könnten signifikante Veränderungen in der Gesellschaft bevorstehen, die zu mehr Offenheit und einer Bewegung hin zu einer moderateren Form des Islam führen. Soziale und wirtschaftliche Reformen dürften anhaltende Auswirkungen haben, insbesondere wenn sie von den vielen Jugendlichen und vom technologischen Fortschritt getragen werden, da Saudis zu den weltweit aktivsten Nutzern sozialer Medien gehören. Nichtsdestoweniger ist der ultra-konservative Islam in Saudi-Arabien immer noch sehr lebendig und aktiv und wird keine allzu umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen zulassen. Reformen könnten sogar zu einer Polarisierung der Gesellschaft führen, was in einer Zunahme der Verfolgung von Minderheiten, einschließlich Christen, durch ultra-konservative Kräfte wie islamische Leiter und Stammesführer resultieren könnte. In diesem Sinn prognostiziert die Forschungsgruppe „Fitch Solutions“ in ihrem im vierten Quartal 2018 erschienenen Länderrisikobericht für Saudi-Arabien ein erhöhtes Risiko, dass konservative Kräfte versuchen könnten, angesichts fortschreitender Reformen die Oberhand wiederzuerlangen.

Schlussfolgerung

Die allgemeine Erwartung ist, dass einige Teile der saudi-arabischen Gesellschaft künftig größere Freiheit empfinden werden, Toleranz gegenüber Nichtmuslimen zu zeigen. Hingegen werden die schwerwiegenden religiösen Einschränkungen, die typisch sind für Verfolgung durch Islamische Unterdrückung, vermischt mit Ethnisch begründeten Anfeindungen, auch im Jahr 2019 weiterhin zu massivem Druck auf religiöse Minderheiten, einschließlich Christen, führen.

zurück zur Länderübersicht

Ägypten: Platz 16

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Die islamische Kultur der ägyptischen Gesellschaft führt zur Diskriminierung von Christen und schafft zudem ein Umfeld, in dem der Staat zurückhaltend ist, die Grundrechte von Christen anzuerkennen und durchzusetzen. Im Familienleben stehen Christen mit muslimischem Hintergrund unter großem Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Es gab mehrere gewalttätige Angriffe extremistischer islamischer Gruppen, die auf Christen abzielten.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Obwohl nur wenige behaupten, dass es einen ethnischen Unterschied zwischen (christlichen) Kopten und (muslimischen) Arabern gäbe, kann das Stammesdenken wie in vielen anderen arabischen Ländern schnell zu (verbaler) Gewalt zwischen den beiden Gruppen führen. In Ägypten gab es Fälle von Gewalt durch muslimische Mobs, zum Beispiel wenn Christen die offizielle Genehmigung für ein Kirchengebäude in ihrem Ort beantragen. „Islamische Unterdrückung“ und „Ethnisch begründete Anfeindungen“ gehen in diesen Fällen Hand in Hand, was zu einem Klima führt, in dem sich die christliche Minderheit stets vorsichtig bewegen muss.

Diktatorische Paranoia: Grundlegende Menschenrechte und demokratischer Pluralismus haben für die Regierung keine hohe Priorität, was bedeutet, dass Religionsfreiheit für Christen nicht voll garantiert ist. Die Menschenrechtsverletzungen der Regierung anzuprangern würde wahrscheinlich zu negativen Reaktionen führen und die Position der Christen in der Gesellschaft nur weiter verschlechtern.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Christen wurden seit der Ankunft des Islam in der Region als Bürger zweiter Klasse behandelt. Extremistische Imame fachen Feindseligkeit gegen Christen an. Speziell der „Islamische Staat“ (IS) hat geschworen, Krieg gegen Christen in Ägypten zu führen, und hat in den letzten Jahren mehrere gewalttätige Angriffe gegen Christen in verschiedenen Teilen des Landes verübt. Evangelistische Veranstaltungen, die von evangelikalen Gemeinden geplant werden, stoßen nicht nur auf den Widerstand der Muslime, sondern bekommen in ländlichen Gegenden auch Gegenwind von lokalen orthodoxen Kirchen. Allgemein werden christliche Konvertiten muslimischer Herkunft von ihrer (erweiterten) Familie unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen mit muslimischem Hintergrund haben große Schwierigkeiten, ihren Glauben zu leben, da sie enormem Druck vonseiten ihrer (Groß-)Familie ausgesetzt sind, zum Islam zurückzukehren. Der Staat macht es ihnen zudem fast unmöglich, eine offizielle Anerkennung ihres Glaubenswechsels zu erhalten. Alle Christen haben Schwierigkeiten, einen Ort für gemeinsame Gottesdienste zu bauen und manchmal auch, sich zu versammeln. Die Schwierigkeiten resultieren sowohl aus staatlichen Restriktionen als auch aus der Feindseligkeit vonseiten des sozialen Umfeldes und Gewalt durch Mobs. Christen sind an ihrem Arbeitsplatz und im Alltag im öffentlichen Raum mit Diskriminierung und Übergriffen konfrontiert, insbesondere christliche Frauen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Dezember 2017 eröffnete ein bewaffneter Mann in Kairo das Feuer auf eine Kirche und einen nahegelegenen Laden, der Christen gehört. Elf Menschen starben durch diesen Angriff.
- Im Juli 2018 griff ein Mob Christen in einem Dorf in Minya an. Muslimische Dorfbewohner waren wütend über einen Facebook-Post, den sie als blasphemisch ansahen. Der Angriff verwandelte sich in solch einen Aufruhr, dass die Polizei die Versammlung auflösen musste und 90 Menschen festnahm, die versuchten, die Häuser von koptischen Christen anzugreifen.
- Laut Berichten werden viele christliche Frauen und Mädchen Opfer von sexueller Belästigung, Entführung und Vergewaltigung. Allein im April 2018 wurden mindestens sieben Entführungsfälle dokumentiert.
- Tausende von Gemeinden warten immer noch darauf, formal anerkannt zu werden. Der Antrag auf die formelle Anerkennung zieht oft Gewalt durch Mobs nach sich.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 76 Punkten stieg Ägypten um sechs Punkte und steht damit auf dem 16. Platz des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Der Anstieg der Punktzahl ist zum einen auf ein besseres Verständnis der Situation durch mehr Berichte zurückzuführen und zum anderen auf die Tatsache, dass im Berichtszeitraum für den WVI 2019 mehr gewalttätige Übergriffe als noch im Vorjahr registriert wurden, wobei die Zahl der getöteten Christen sank.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ hat in Ägypten viele Gesichter. Die islamische Kultur unterstützt eine Sichtweise in der ägyptischen Gesellschaft, wonach Christen als Bürger zweiter Klasse betrachtet werden. Diese Sichtweise führt zur Diskriminierung von Christen im politischen Bereich und im Umgang mit staatlichen Behörden. Sie schafft zudem ein Umfeld, in dem der Staat zurückhaltend ist, die Grundrechte der Christen anzuerkennen und durchzusetzen. Im Familienleben stehen Christen mit muslimischem Hintergrund unter großem Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Auch vonseiten ihrer Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz leiden Christen im Alltag unter Islamischer Unterdrückung. Es gab zudem mehrere gewalttätige Angriffe extremistischer islamischer Gruppen, die auf Christen abzielten. Während sich die Aktivitäten solcher extremistischer Gruppen früher weitgehend auf die Sinai-Halbinsel konzentrierten, hat sich die Zahl der Angriffe durch diese Gruppen in anderen Teilen des Landes im Berichtszeitraum des WVI 2019 erhöht.

Diktatorische Paranoia

Der traditionell autoritäre Führungsstil ist vielleicht die einzige Konstante in Ägyptens politischem System, das in nur drei Jahren, zwischen 2011 und 2014, drei Regimewechsel erlebte. Die jeweiligen Machthaber glichen sich in ihrem autoritären Regierungsstil. 2011 wurde die langjährige Diktatur Husni Mubaraks durch massive Proteste der Bevölkerung beendet, was schließlich zur umstrittenen Wahl der Muslimbruderschaft führte. Die von Mohammed Mursi geführte Regierung agierte nicht

demokratisch und wurde 2013 durch einen nationalen Aufstand mit Unterstützung des Militärs abgesetzt. Gegenwärtig wird das Land von einer Zivilregierung unter dem früheren General Abd al-Fattah al-Sisi regiert, der bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 an die Macht kam und im März 2018 wiedergewählt wurde. Seine Regierung betrachtet die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und demokratischen Pluralismus offenbar als nachrangig gegenüber den schwerwiegenden Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sicherheit. In diesem Kontext ist Religionsfreiheit für Christen nicht vollständig gewährleistet.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Obwohl nur wenige argumentieren, dass es einen ethnischen Unterschied zwischen (christlichen) Kopten und (muslimischen) Arabern gäbe, scheinen Christen und Muslime zwei verschiedene Gruppen zu sein. Wie in vielen anderen arabischen Ländern beeinflusst das Stammesdenken stark dieses Gruppendenken, was schnell zu (verbaler) Gewalt gegen die andere Gruppe führen kann. In Ägypten kommt es zum Beispiel häufig zu Übergriffen durch Mobs, wenn Christen versuchen, bestimmte Leistungen zu erhalten, wie beispielweise die offizielle Anerkennung eines Kirchengebäudes. Islamische Unterdrückung und Ethnisch begründete Anfeindungen scheinen sich in diesen Fällen zu vermischen, was zu einem Klima führt, in dem sich die christliche Minderheit stets vorsichtig bewegen muss.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Gewöhnliche Bürger, deren Ansichten von intoleranten und extremistischen Imamen geprägt sind, treiben die Verfolgung von Christen maßgeblich voran und sind für den größten Teil des Drucks verantwortlich, dem Christen in ihrem täglichen Leben in ihrer Nachbarschaft und bei der Arbeit ausgesetzt sind. Feindseligkeit aus der Gesellschaft und Vorurteile gegenüber Christen sind in den ärmeren und ländlichen Teilen Ägyptens stärker ausgeprägt. Extremistische islamische Hassprediger spielen eine entscheidende Rolle dabei, die Atmosphäre der Intoleranz aufrechtzuerhalten und Feindseligkeit gegenüber Christen zu schüren. Militante islamische Gruppen wie der „Islamische Staat“ (IS) tragen ebenfalls erheblich zur Verfolgung von Christen bei und sind für viele der gewalttätigsten und grausamsten Taten gegen Christen verantwortlich. Auch Regierungsbeamte wirken als Verfolger, weil sie es versäumen, die Rechte der Christen zu verteidigen, und durch diskriminierende Handlungen die Grundrechte von Christen verletzen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Regierungsbeamte, unter ihnen Justizbeamte, lokale Verwaltungsbeamte sowie Angehörige verschiedener Zweige des Sicherheitsapparates in Ägypten gehören in diesem Zusammenhang zu den Hauptverfolgern. Die Regierung von Präsident Abd al-Fattah al-Sisi versucht, die Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung abzusichern und an der Macht zu bleiben. So hat die Regierung trotz gegenteiliger Versprechen die bestehenden Einschränkungen der Religionsfreiheit ägyptischer Christen beibehalten. Kirchenleiter in Ägypten werden vom Staat ständig überwacht.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Gewalt gegen und Druck auf Christen muslimischer Herkunft durch die Familie müssen als eine Mischung von Islamischer Unterdrückung und Stammesdenken gesehen werden. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird oft nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der eigenen Familie betrachtet. Diese Tendenz wird durch extremistische und intolerante Imame bestärkt, wenn sie die örtliche muslimische Bevölkerung dazu aufrufen, ihren Glauben gegen die andere Gruppe, die Christen, zu schützen.

4. Hintergrund

Im heutigen Ägypten werden die Revolution gegen Präsident Mubarak im Jahr 2011 und der Sturz seines Nachfolgers Präsident Mursi 2013 als entscheidende Momente für die Nation angesehen. Seit dem Machtantritt al-Sisis sind viele der führenden Persönlichkeiten der Muslimbruderschaft, darunter der ehemalige Präsident Mursi, inhaftiert, angeklagt und zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Es wurde jedoch bisher keines der Todesurteile vollstreckt. Diese Maßnahmen haben die ägyptische Gesellschaft stark polarisiert, da die Muslimbruderschaft bei einem großen Teil der ägyptischen Gesellschaft beliebt ist. Die Regierung von Präsident al-Sisi hat einen ehrgeizigen Plan zur Wiederbelebung der ägyptischen Wirtschaft und zur Schaffung von dringend benötigtem Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen auf den Weg gebracht.

Schätzungsweise rund 90 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, und praktisch alle ägyptischen Muslime sind Sunniten. Obwohl das Christentum tiefe Wurzeln in Ägypten hat, die Jahrhunderte vor das Aufkommen des Islam in Nordafrika zurückreichen, werden Christen im modernen Ägypten oft marginalisiert und als Bürger zweiter Klasse behandelt. Präsident al-Sisi hat Wissenschaftler der Al-Azhar-Universität (die sunnitischen Muslimen als das älteste und renommierteste Zentrum für fortgeschrittene islamische Studien gilt) aufgefordert, extremistische Lehren zu bekämpfen und Reformen in der islamischen Lehre einzuleiten. Vor allem in ländlichen und verarmten Gebieten gewinnen extremistische Imame und weniger tolerante Formen des Islam an Bedeutung. Die Regierung bemüht sich, diesem Trend entgegenzuwirken, war aber bisher nicht sehr erfolgreich. Die Atmosphäre gegenüber Christen in Ägypten ist nach wie vor feindselig.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden in Ägypten nicht in die Isolation gedrängt, weshalb diese Kategorie bei der Analyse für den WVI nicht berücksichtigt wird.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die größte Kirche dieser Kategorie ist die koptische Gemeinschaft, deren Mitglieder größtenteils orthodox sind. Es gibt auch etablierte protestantische Gemeinschaften im gesamten Land. Die zahlenmäßig starke koptische Minderheit genießt trotz erheblicher Schwierigkeiten (wie Diskriminierung bei der Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Gesetzgebung, die das Gemeindeleben erheblich einschränkt) ein gewisses Maß an Toleranz seitens des Staates und der muslimischen Mehrheitsbevölkerung aufgrund ihrer historischen Präsenz und ihrer beträchtlichen Größe von mehreren Millionen Mitgliedern. In den letzten Jahren hat sich die Lage jedoch

verschlechtert, da auch Christen traditioneller Kirchen von ihren Nachbarn sowie islamisch-extremistischen Gruppierungen angegriffen wurden.

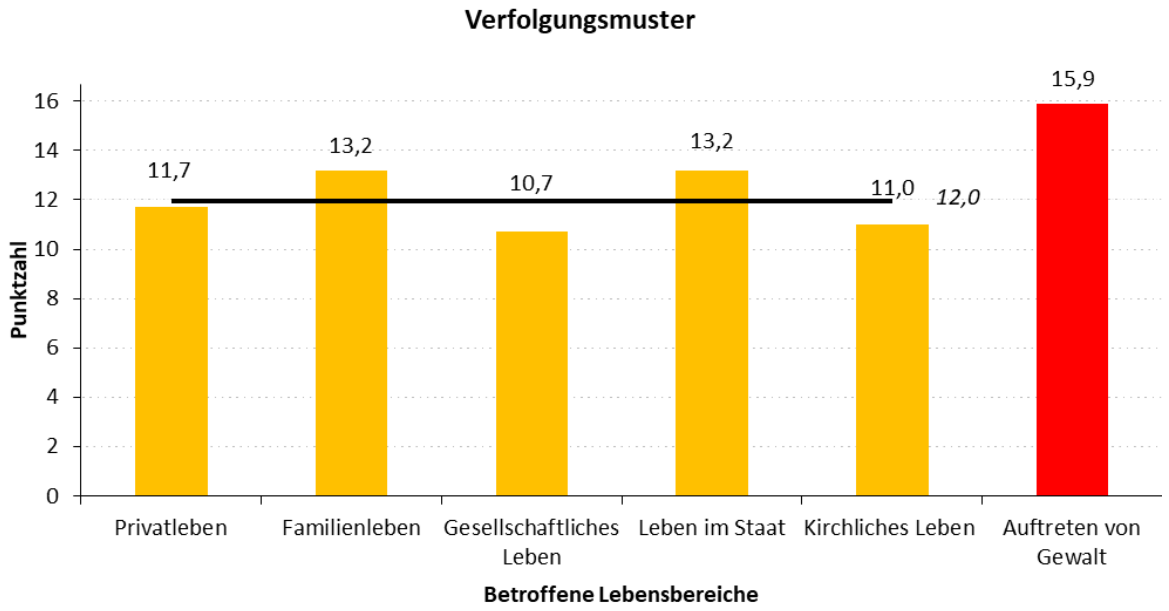
Christen muslimischer Herkunft

Es gibt eine kleine, aber wachsende Zahl von Christen muslimischer Herkunft, die die Hauptlast der Verfolgung tragen, zumeist durch die eigene Familie. Diese bestraft sie dafür, dass sie den Islam verlassen haben, oft durch Schläge oder Vertreibung aus dem Haus.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Es gibt mehrere evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen im Land, manche von ihnen Christen muslimischer Herkunft in der zweiten, dritten oder noch weiter zurückführenden Generation. Andere stammen aus einem orthodoxen Hintergrund. Sie stehen dem Druck sowohl durch die muslimische Gesellschaft als auch – in einem geringeren Maße – durch die koptisch-orthodoxe Kirche gegenüber.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Ägypten

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 11,5 Punkten beim WVI 2018 auf 12,0 für den WVI 2019 an. Der Grund für diesen Anstieg liegt hauptsächlich in einem besseren Verständnis der Situation, das durch mehr Berichte möglich wurde.
- In allen Lebensbereichen ist der Druck sehr hoch, am höchsten in den Bereichen „Familienleben“ und „Leben im Staat“. Die sehr hohe Punktzahl von 13,2 für das Familienleben wird besonders in den Schwierigkeiten sichtbar, mit denen Christen muslimischer Herkunft hinsichtlich christlicher Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen konfrontiert sind. Die sehr hohe Punktzahl für das „Leben im Staat spiegelt“ sich in dem Maß der Diskriminierung von Christen

– insbesondere Christen muslimischer Herkunft – im Umgang mit Behörden wider. Es besteht immer die Gefahr, der Blasphemie beschuldigt zu werden, gefolgt von Gewalt durch Mobs, wobei die Polizei und andere Behörden sich oft auf die Seite der Ankläger und Angreifer stellen, um die öffentliche Ordnung zu bewahren.

- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist von 12,4 beim WVI 2018 auf 15,9 Punkte für den aktuellen Berichtszeitraum gestiegen. Es wurden mehr gewalttätige Übergriffe registriert als im WVI 2018, wobei die Anzahl der getöteten Christen sank.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft erfahren zu Hause starke Einschränkungen. Jegliche Form privaten Gottesdienstes ist für sie riskant und es wird großer Druck auf sie ausgeübt, an den täglichen islamischen Gebeten, am Fasten während des Ramadan und anderen Verpflichtungen der islamischen Religion teilzunehmen. Im Gegensatz zu Christen muslimischer Herkunft sind koptische Christen wenig oder gar keinem Druck in diesem Lebensbereich ausgesetzt.

Familienleben

Besonders in ländlichen Gebieten werden Christen muslimischer Herkunft vonseiten der (Groß-)Familie enorm unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Innerhalb der großen koptischen Gemeinschaft ist der Druck in diesem Lebensbereich sehr viel niedriger, aber der Druck auf Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, kann sogar körperliche Übergriffe und Todesdrohungen beinhalten.

Gesellschaftliches Leben

Ägyptische Christen werden oft vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Experten für das Land berichten, dass Christen konstant Diskriminierung in Bereichen wie Justiz, Bildung und der sozialen Grundversorgung erleben und grundsätzlich stärker von Armut betroffen sind. Darüber hinaus wird Christen Gerechtigkeit verweigert, wenn sie gezwungen sind, Streitfragen nach Gewohnheitsrecht entscheiden zu lassen, in denen meist Zwistigkeiten zwischen Muslimen und Christen verhandelt werden. In dieser alternativen Form der Rechtsprechung werden Christen in der Regel stark benachteiligt.

Leben im Staat

Die Religionsfreiheit wird vom Staat nicht aufrechterhalten, und das ägyptische Rechtssystem ist gegenüber Nichtmuslimen voreingenommen. Es behandelt Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, als Bürger zweiter Klasse und schränkt ihre Möglichkeiten ein, ihren Glauben individuell und in Gemeinschaft zu leben und ihr Leben in Übereinstimmung mit ihrem Glauben zu führen. Die Teilnahme Ägyptens an der Fußballweltmeisterschaft 2018 hat die Diskriminierung von Christen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft aufgezeigt: Es gab keinen einzigen christlichen Spieler in der Nationalmannschaft in den letzten zehn Jahren; Christen werden diskriminiert und ihnen werden Möglichkeiten vorenthalten, in den besten Vereinen des Landes zu spielen.

Kirchliches Leben

Die Autonomie der Koptisch-Orthodoxen Kirche wird weitgehend respektiert. Dennoch erleben Christen Hindernisse im Verwaltungsbereich, etwa wenn es darum geht, Genehmigungen zum Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten. Diese Hürden sind noch schwieriger zu überwinden, seit 2016 ein Gesetz verabschiedet wurde, das Provinzbehörden bei der Ausstellung von

Baugenehmigungen für Kirchen willkürliche Macht einräumt. Zudem warten Tausende von Gemeinden immer noch darauf, formal anerkannt zu werden.

Auftreten von Gewalt

Obwohl sich die Anzahl der Christen, die getötet wurden, massiv verringert hat – von 128 im WVI 2018 auf 17 im WVI 2019 –, ist die Punktzahl für „Gewalt" weiter gestiegen. Dies liegt daran, dass es mehr Berichte von Angriffen auf Kirchengebäude, Häuser und Geschäfte von Christen gegeben hat und eine höhere Zahl von Entführungen gemeldet wurden (damit zusammenhängend stieg auch die Anzahl von Vergewaltigungen und erzwungenen Ehen). Gewalttätige Angriffe durch Islamisten und Mobs in Dörfern bleiben weiterhin an der Tagesordnung.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Frauen in Ägypten sind oft Belästigungen ausgesetzt; manche werden Opfer von Zwangsehen, u. a. nach Entführung und Vergewaltigung. Obwohl solche Missbrauchsfälle weit verbreitet sind und alle Frauen in Ägypten in unterschiedlichem Maße betreffen (auch abhängig von der Region), gibt es Berichte, dass Christinnen ganz gezielt für Ehen durch Entführung ins Visier genommen werden, besonders in den ländlichen Gegenden, Dörfern und südlichen Städten. Viele der christlichen Mädchen, die in eine Ehe gelockt werden, sind minderjährig und stammen aus wehrlosen Familien. Traditionelle Bräuche sind hier nicht hilfreich: Frühes Heiraten ist normal in den ländlicheren und traditionelleren Gemeinschaften. Viele Ehemänner sind für lange Zeit abwesend, da sie im Ausland arbeiten. Es gab Berichte, dass manchmal muslimische Nachbarn die Einsamkeit der christlichen Frauen ausnutzen und eine Affäre beginnen, um sie zur Konversion zum Islam zu bringen. Der psychologische Effekt von Entführungen auf christliche Familien ist hoch, besonders in den ländlichen Gegenden: Weibliche Familienmitglieder können nicht allein das Haus verlassen, sondern müssen immer von männlichen Verwandten begleitet werden, um sie zu schützen.

Christinnen muslimischer Herkunft sind besonders von den Antikonversionsgesetzen, den Familienstandsgesetzen und traditionellen Gebräuchen betroffen. Ihre muslimischen Ehemänner werden sich höchstwahrscheinlich von ihnen scheiden lassen und sie ohne finanzielle Unterstützung zurücklassen. Ihnen kann das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen werden, genauso verlieren sie oft das Erbe. Außerdem geht von ihrer eigenen Familie eine Gefährdung aus, da von Frauen erwartet wird, dass sie der Familienehre keine Schande bereiten. Besonders für Frauen ist es schwierig, aus diesen gefährlichen Situationen zu entkommen, da es nicht üblich für Frauen ist, allein zu reisen oder zu wohnen.

Im Arbeitsleben stehen Christinnen doppelter Diskriminierung gegenüber, da sie Christen und Frauen sind. Die Tatsache, dass sie als Christen bekannt sind, kann dazu führen, dass sie bei Beförderungen übergangen werden.

Männer

Besonders in ländlichen Gegenden ist es für junge christliche Männer schwer, Arbeit zu finden. Manchmal fordern muslimische Geschäftseigentümer ihre muslimischen Kunden offen dazu auf, nicht bei Christen einzukaufen. Einige Muslime mögen glauben, dass es unrein sei, von einem Christen zubereitete Mahlzeiten zu essen. Die Arbeitslosigkeit setzt Männer überall im Land stark unter Druck,

besonders aber in Oberägypten. In Kombination mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt sie die Stabilität von Familien und führt zu mehr häuslicher Gewalt und Scheidungen. Wenn ein Mann sich durch die Angriffe auf seinen Glauben und sein eigenes Unvermögen, seinen christlichen Glauben zu verteidigen, überwältigt fühlt, kommt es zu einer inneren Zerrissenheit, und die Männer verlieren ihr Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl. Eine starke Scham macht sich breit. Dies beeinflusst ihre Sicht auf ihre Rolle in der Familie und führt zu starker Frustration und einem Verlorenheitsgefühl.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die in Ägypten Verfolgung erleben, sind die muslimischen Minderheiten der Schiiten und Sufis, des Weiteren Bahai, Mormonen und Zeugen Jehovas. Besonders schiitische Muslime werden von sunnitischen Kämpfern angegriffen, was es für sie gefährlich macht, ihren Glauben offen zu leben. Mormonen, Bahai und Zeugen Jehovas wird die Anerkennung durch die Behörden verweigert, was es ihnen erschwert, Gotteshäuser zu haben. Der missionarische Eifer und entsprechende Aktivitäten solcher Gruppen gelten als illegal und so sind deren Anhänger sowohl vonseiten der Regierungsbeamten als auch der Gesellschaft, einschließlich Ägyptern mit christlichem Hintergrund, mit Feindseligkeit konfrontiert.

Beispiel: Am 24. November 2017 griffen sunnitische Kämpfer eine volle Sufi-Moschee auf der Sinai-Halbinsel an, wobei mehr als 300 Menschen getötet wurden.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Es ist wahrscheinlich, dass der amtierende Präsident al-Sisi versuchen wird, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass er mehr als zwei Amtszeiten regieren kann. Unterstützer des Präsidenten unterzeichnen angeblich bereits eine Petition, um ihn zu bitten, die Verfassung zu ändern, obwohl es sehr wahrscheinlich ist, dass diese Petition ein abgekartetes Spiel ist, um al-Sisi die demokratische Legitimierung für eine Anpassung der Verfassung zu geben. Wahrscheinlich wird al-Sisi weiterhin scharf gegen die Muslimbruderschaft und andere islamistische Gruppen vorgehen. Ägypten scheint wieder zu den alten Tagen unter Präsident Husni Mubarak zurückgekehrt zu sein, in denen ein autokratischer Führer entscheidet, welche Richtung das Land einschlagen soll.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Wenn die Angriffe islamisch-extremistischer Kämpfer andauern, wird sich der Druck auf die Christen in Ägypten noch erhöhen, und die Fähigkeit der ägyptischen Kirche, diese Belastung zu bewältigen, wird bis an ihre Grenzen geprüft werden.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Es ist unwahrscheinlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung jemals die Christen als gleichwertige Bürger mit gleichen Rechten anerkennen wird. Gemeinhin wird von Ägyptern erwartet, sunnitische Muslime zu sein, und jede Abweichung wird als Verrat betrachtet. Christen muslimischer Herkunft werden weiterhin sehr verwundbar sein.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Obwohl die meisten Christen darüber glücklich sind, dass der aus der Muslimbruderschaft stammende Präsident Mohammed Mursi gestürzt wurde, ist es

unwahrscheinlich, dass der regierende Präsident al-Sisi wirklich willens und in der Lage ist, ihre Situation und ihre Sicherheit maßgeblich zu verbessern.

Schlussfolgerung

Trotz des Ausnahmezustands, den die Regierung zur Bekämpfung der gewalttätigen Angriffe auf Christen ausgerufen hat, wird das Gefühl der Verwundbarkeit und Unsicherheit, das sich unter den Christen in Ägypten verbreitet hat, auf absehbare Zeit anhalten. Das Ausmaß, in dem solche Angriffe weitergehen oder zunehmen werden, wird den Verlauf der Verfolgungsdynamik in Ägypten bestimmen. Die gewaltfreien Formen der Verfolgung, die in verschiedenen Lebensbereichen vorherrschen, werden wahrscheinlich ohne große positive Veränderungen weitergehen.

zurück zur Länderübersicht

Usbekistan: Platz 17

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Diktatorische Paranoia: Außerhalb staatlich geführter und kontrollierter Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Üblicherweise werden Christen protestantischer Gemeinden als Teil einer ausländischen Sekte betrachtet, die die Regierung loswerden will. Daher sieht man sich veranlasst, diese Gemeinden zu kontrollieren und zu beseitigen.

Islamische Unterdrückung: Wenn sich einheimische Muslime dem christlichen Glauben zuwenden, erleben sie Druck und vereinzelt körperliche Gewalt durch Familie, Freunde und Nachbarschaft. Auf diese Weise sollen sie gezwungen werden, zu ihrem vorherigen Glauben zurückzukehren. Manche von ihnen werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen und manchmal am Ende sogar aus ihrem sozialen Umfeld verstoßen. Außerdem predigen Mullahs vor Ort gegen sie.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Verfolgung von Christen in Usbekistan geht hauptsächlich von zwei Akteuren aus: dem Staat und dem muslimischen Umfeld. Die Verfolgung vonseiten des Staates äußert sich darin, dass Polizei, Geheimdienste und örtliche Behörden religiöse Aktivitäten durch verschiedene Methoden überwachen (Häuser verwanzen, Telefonate abhören, Gruppen unterwandern, etc.) und Gottesdienste besuchen. Staatliche Behörden führen regelmäßig Razzien bei nichtregistrierten Gemeinden durch. Die generell islamisch geprägte Gesellschaft macht das Leben für christliche Konvertiten besonders schwierig.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Alle christlichen Gemeinschaften erfahren auf die eine oder andere Art Verfolgung. Russisch-Orthodoxe Kirchen bekommen vonseiten der Regierung am wenigsten Probleme, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakte mit der usbekischen Bevölkerung aufzubauen. Die einheimisch usbekischen Christen mit muslimischem Hintergrund sind am stärksten von Verfolgung betroffen, sowohl durch den Staat als auch durch Familie, Freunde und erweitertes soziales Umfeld. In Kirchen, die nicht registriert sind, werden Christen regelmäßig Polizeirazzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen ausgesetzt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 19. November 2017 stürmten vierzehn Beamte verschiedener staatlicher Behörden das Haus von Stanislav Kim in der Stadt Urganch in der Provinz Choresmien im Nordwesten von Usbekistan. Neun von zehn Erwachsenen, Kim selbst eingeschlossen, wurden verhaftet und zur Polizeistation in Urganch gebracht. Die norwegische Menschenrechtsorganisation „Forum 18" berichtete, dass die Verhafteten für zwei Stunden verhört, bedroht und körperlich misshandelt wurden; außerdem mussten sie schriftliche Aussagen unterschreiben.
- Am 24. Mai 2018 wurde Nabijon Bolikulov in der Stadt Karschi zusammen mit fünf weiteren baptistischen Christen eingesperrt. Als Begründung für die Strafe wurden angegeben, sie hätten sich ohne staatliche Genehmigung zu Gottesdiensten getroffen. Der Richter sagte zu

Bolikulov: „Betet zu Hause. Es ist gegen das Gesetz, sich ohne staatliche Genehmigung zum Gebet zu treffen."

- Die usbekische Regierung hat eine besondere Abteilung, die religiöse Aktivitäten überwacht und religiöse Literatur zensiert.
- Für neue Gemeinden ist es schwierig, sich registrieren zu lassen, und die Registrierungsgesetze für bereits bestehende religiöse Gemeinschaften werden immer restriktiver.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 74 Punkten steht Usbekistan auf Platz 17 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Dies bedeutet einen Anstieg um einen Punkt im Vergleich zum Vorjahr. Obwohl seit dem Tod des Präsidenten Islom Karimov die Regierungsverantwortung in anderen Händen liegt, hat sich für die Christen in Usbekistan nicht viel verändert. Die Verfolgung ist auf einem extrem hohen Niveau, besonders in den Bereichen „Privatleben" und „Leben im Staat". Christen leiden weiterhin unter der straffen Kontrolle durch die autoritäre Regierung.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Außerhalb staatlich geführter und staatlich kontrollierter Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Protestantische Christen werden oft als „Extremisten“ bezeichnet, da sie ihren Glauben nicht innerhalb staatlich sanktionierter Strukturen ausüben. Sie werden üblicherweise als Teil einer ausländischen Sekte betrachtet, die nur ein Ziel hat, nämlich das derzeitige politische System auszuspionieren und zu zerstören. So gesehen, müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern notfalls auch ausgelöscht werden.

Islamische Unterdrückung

Wenn sich einheimische muslimische Bürger zu Jesus Christus bekehren, werden sie sehr wahrscheinlich Druck und vereinzelt körperliche Gewalt von ihrer Familie, Freunden und der Gemeinschaft vor Ort erleben. Auf diese Weise sollen sie gezwungen werden, zu ihrem vorherigen Glauben zurückzukehren. Manche von ihnen werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen und möglicherweise am Ende sogar aus ihrem sozialen Umfeld verstoßen. Mullahs vor Ort predigen gegen sie und erhöhen somit den Druck. Daher setzen die meisten Christen muslimischer Herkunft alles daran, ihren Glauben zu verbergen. So werden sie zu sogenannten „heimlichen Christen“.

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- Regierungsbeamte: Das Gesetz verbietet jegliche nichtregistrierte religiöse Aktivität und Weitergabe religiöser Inhalte jeder Form. Religiöse Literatur kann nur von staatlich registrierten religiösen Vereinigungen auf deren dafür registriertem Gelände verwendet werden. Protestantische Gruppen gelten als verdächtig. Sie werden schikaniert und ihnen wird untersagt, christliche Literatur zu verbreiten. Viele Christen wurden unter dem Vorwurf verhaftet, sie hätten versucht, einheimische Muslime zu bekehren. Christen außerhalb der orthodoxen Kirchen werden inhaftiert, mit Geldstrafen belegt und geschlagen – einfach deshalb, weil sie christliches Material besitzen oder an illegalen Versammlungen (zu denen alle nichtorthodoxen Versammlungen gezählt werden) teilgenommen haben. Behörden konfiszieren (oder stehlen) regelmäßig das Eigentum von Christen. Eine kluge Maßnahme, um die Ausbreitung des Evangeliums zu verhindern, ist das Verbot, in usbekischer Sprache zu predigen; nur Predigten in Russisch sind erlaubt. Russisch wird jedoch nur von der älteren Generation gesprochen. So wird es der christlichen Kirche erschwert zu wachsen.
- Gewöhnliche Bürger (besonders auf örtlicher Ebene): Mobs haben mit Unterstützung von lokalen Beamten immer wieder christliche Feiern und Feiertage gestört.
- Nur wenige politische Parteien sind in Usbekistan zugelassen. Die Regierungspartei, welche die Regierung von Präsident Mirziyoyev kontrolliert, ist naturgemäß Teil der Verfolgung von Christen, da der Großteil der Verfolgung durch die Regierung gebilligt wird.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- Auf örtlicher Ebene gibt es eine Verbindung zwischen dem Druck durch Beamte und dem durch Muslime. Oftmals kennen sich aktive Muslime und Behördenvertreter. Damit stehen Christen muslimischer Herkunft stärker auf örtlicher Ebene unter Druck als auf staatlicher Ebene, wo Beamte für sich in Anspruch nehmen, säkular zu sein.
- Usbekische Stammesführer ermutigen zu allen genannten Formen der Verfolgung und erfahren dabei Unterstützung durch die Behörden. „Mahalla" genannte Selbstverwaltungsorgane dienen der Regierung als verlängerter Arm, um die staatliche Verfolgung von Christen auszuführen, besonders um missionarische Aktivitäten zu unterbinden.
- Muslimische Geistliche stehen vor allem Christen außerhalb der Orthodoxen Kirche, ganz besonders aber Christen muslimischer Herkunft, offen feindlich gegenüber.
- Im Falle des Glaubensübertritts werden Konvertiten auf das Schwerste von ihrem sozialen Umfeld – gewöhnliche Mitbürger wie auch religiöse Leiter – verfolgt.
- Der Druck, unter den Konvertiten von der Großfamilie, Freunden und Nachbarn gesetzt werden, ist vor allem in ländlichen Gebieten extrem hoch. Drohungen, Schläge, Hausarrest und Verbannung sind die Folge.

4. Hintergrund

Usbekistan wird von einer der härtesten Diktaturen in Zentralasien regiert. Das Regime tut alles Erdenkliche, um an der Macht zu bleiben – alle Formen von Opposition und jede Abweichung von der Norm werden unbarmherzig bestraft. Daran hat sich seit dem Tod von Präsident Islam Karimov am 2. September 2016 nichts geändert. Der christliche Glaube wird als ein fremder und destabilisierender Faktor betrachtet. Zusätzlich erfahren Christen mit muslimischem Hintergrund auch noch Druck von ihrem sozialen und kulturellen Umfeld.

Die Regierung nutzt die Existenz von extremistischen islamischen Gruppen, um ihre totale Kontrolle über die Gesellschaft zu rechtfertigen, indem sie erklärt, dass diese eine konstante Bedrohung für das Land seien – eine grob verzerrte Darstellung: Bisher sind nur sehr wenige bis keine Dschihadisten aus den Kriegsgebieten in Syrien, dem Irak und Afghanistan nach Usbekistan zurückgekehrt.

Der Geheimdienst überwacht sehr genau alle religiösen Aktivitäten im Land, und Informanten wurden in alle religiösen Gruppierungen eingeschleust. Oft werden Treffen von Hausgemeinden zum Ziel von Razzien. Die dort Anwesenden werden dann schikaniert, eingesperrt, verhört oder bekommen Geldstrafen. Alles in den Räumlichkeiten gefundene religiöse Material wird konfisziert und zerstört. Christen werden häufig zu kurzen Gefängnisstrafen von bis zu 15 Tagen durch die Polizei verurteilt. Nur selten bekommen Christen lange Gefängnisstrafen.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie sind nicht gezwungen, ihren Glauben isoliert zu leben. Daher wird diese Kategorie nicht in die Analyse des WVI aufgenommen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich an die von der Regierung verhängten Einschränkungen angepasst und bleibt deshalb mehr oder weniger ungestört. Ihre Gottesdienste werden gelegentlich überwacht, können aber ungestört abgehalten werden. Ihre Mitglieder können sich treffen, ohne Angst vor einer Verhaftung haben zu müssen. Das Drucken oder Importieren von christlichem Material ist jedoch beschränkt.

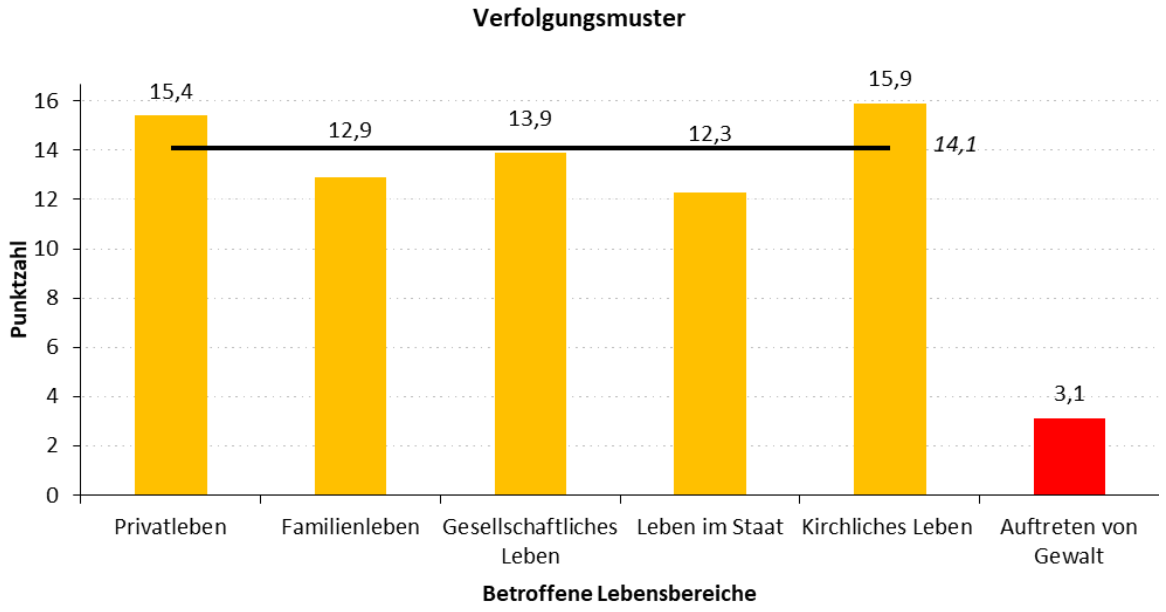
Christliche Konvertiten

Christen muslimischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung in Usbekistan zu leiden. Neben dem Leid, das sie vonseiten des Staates erfahren, werden sie auch durch ihre Familien, Freunde und die Gesellschaft stark unter Druck gesetzt. Die letztgenannten wiegen hierbei für sie am schwersten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Konvertiten ist diese Gruppe von Christen die am zweitstärksten verfolgte – ganz besonders dann, wenn die Gemeinde nicht registriert ist. Baptisten, Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bewegt sich auf einem extrem hohen Niveau und stieg von 13,9 im WVI 2018 auf 14,1 im WVI 2019. Der Druck erhöhte sich in den Bereichen „Familienleben", „Gesellschaftliches Leben" und „Leben im Staat", während er im Bereich „Privatleben" und „Kirchliches Leben" leicht abnahm. Darin zeigt sich der zunehmende Einfluss der Islamischen Unterdrückung als Triebkraft von Verfolgung.
- Zwei Lebensbereiche weisen hohe Werte auf („Familienleben" und „Leben im Staat"), drei erhalten eine extrem hohe Punktzahl („Gesellschaftliches Leben", „Privatleben" und „Kirchliches Leben" – in aufsteigender Reihenfolge). Die Tatsache, dass sich die höchste Wertung im Bereich „Kirchliches Leben" findet, macht deutlich, wie der Staat durch eine Vielzahl von Restriktionen extrem hohen Druck ausübt.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist von 3,5 Punkte im Vorjahr auf 3,2 im WVI 2019 gesunken.

Privatleben

Ein Religionswechsel führt zu den heftigsten Reaktionen des sozialen und kulturellen Umfeldes. Er wird als schändlicher Angriff auf die Ehre einer Familie betrachtet. Da auf diese Art und Weise auch soziale Unruhen entstehen, steht dieses Thema auch ganz oben auf der Beobachtungsliste des Staates und seiner Vertreter. Oft gehen Nachbarn zur Polizei, wenn sie erfahren, dass jemand zum christlichen Glauben gekommen ist und ihn zu Hause praktiziert. In manchen Gegenden ist es illegal, eine Bibel zu besitzen, mancherorts ist nur eine einzige Bibel erlaubt. Sich zum christlichen Glauben zu bekennen, etwa indem man christliche Symbole offen zeigt oder über seinen Glauben spricht, ist gefährlich – nicht nur für Konvertiten, die ihren neuen Glauben mit Familienmitgliedern teilen möchten. Auch für ehemalige Mitglieder traditioneller Kirchen, die einer freikirchlichen Gemeinde beigetreten sind, ist

dies riskant, wenngleich in geringerem Maße. Christen muslimischer Herkunft werden häufig von der eigenen Familie unter Hausarrest gestellt; auf diese Art wird Druck ausgeübt, um die Christen zur Aufgabe ihres neuen Glaubens zu zwingen.

Familienleben

Christen muslimischer Herkunft bekommen immer wieder Probleme, wollen sie bei den örtlichen Behörden Geburten, Todesfälle oder Hochzeiten registrieren; die zuständigen Beamten sind oft Muslime aus dem örtlichen Umfeld. Lokale Behörden haben Christen eine Genehmigung für eine anstehende Beerdigung verweigert. Der Druck auf christliche Konvertiten, sich nicht taufen zu lassen, ist immens, da dies oft als endgültiges Zeichen dafür betrachtet wird, dass jemand den Islam verlassen hat. In usbekischen Familien können Verwandte wie Großväter oder -mütter ein Kind zwingen, zur Moschee zu gehen, auch wenn die Eltern Christen sind. Durch die häufige Propaganda gegen „Sekten" in den Medien, in Schulen und Hochschulen, sind junge Leute oft Kindern von evangelikalen Christen feindlich gesinnt. Es sind Fälle bekannt, in denen ein Ehepartner ins Ausland fliehen musste, während sich der Ehemann oder die Ehefrau in Haft befand. Unter diesen Umständen sind die Familien sehr lange voneinander getrennt. Es kam auch vor, dass der Ehepartner zur Scheidung gedrängt wurde.

Gesellschaftliches Leben

Die Urheber von Bedrohungen und Schikanen gegen Christen sind sehr unterschiedlich. Zuerst kommt der Druck vonseiten der Verwandtschaft und der Gesellschaft; aber auch die örtliche Gemeinschaft, und Behörden können zu einer Bedrohung werden, besonders für diejenigen Christen, die aktiv ihren Glauben weitergeben. Zwei Gruppen sind für die Überwachung von Christen verantwortlich: die Verwandtschaft beziehungsweise das Umfeld als eine Art sozialer Kontrollinstanz, aber auch die Behörden verschiedener Ebenen. Wenn ein Arbeitgeber herausfindet, dass sein Angestellter ein aktiver Christ ist, kann er diesem sofort kündigen. Vom usbekischen Geheimdienst NSS ist bekannt, dass er christliche Ladenbesitzer erpresst. Es gibt eine lange Liste von Anschuldigungen, für die Christen Geldstrafen bekommen können – und auch häufig bekommen: zum Beispiel für illegale Versammlungen, für den Besitz christlicher Literatur oder dafür, dass sie christliche Lieder auf ihrem Handy gespeichert haben. Menschen, die als Christen bekannt sind, müssen sich immer wieder auf der Polizeistation am Ort melden. Damit will man sie einschüchtern.

Leben im Staat

Die Verfassung und einige Gesetze garantieren Religionsfreiheit, allerdings mit erheblichen Einschränkungen. Der Staat überwacht besonders aktive Pastoren. Wenn eine Razzia bei Versammlungen oder in Privathäusern durchgeführt wird, werden alle Anwesenden verhört – oft auf sehr harte Art und Weise. Um Usbekistan zu verlassen, brauchen Bürger ein Ausreisevisum; Christen, deren Glauben bekannt ist, werden solche Visa bisweilen verweigert. Derzeit können diese auch keine Anstellung beim Staat bekommen. Für alle Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, kann das öffentliche Vertreten christlicher Ansichten zu Androhungen von Repressalien sowohl von der Regierung als auch von der örtlichen Bevölkerung führen. Die staatlich kontrollierten Medien produzieren regelmäßig Berichte, in denen evangelikale Christen diffamiert werden. Im Norden des Landes gab es im aktuellen Berichtszeitraum Reklametafeln, Handzettel und andere öffentliche Informationen, die auf die Gefahren von Sekten und Missionaren hinwiesen. In Usbekistan gibt es keine fairen Gerichtsverfahren. Die Justiz ist nicht unabhängig und die internationale Beobachtung von Gerichtsprozessen, in die Christen verwickelt sind, wird durch viele politische Hürden erschwert.

Kirchliches Leben

Christliche Versammlungen werden oft behindert oder es werden Razzien durchgeführt. Es ist fast unmöglich, eine neue Gemeinde registrieren zu lassen – aus den letzten 15 Jahren ist kein einziges Beispiel bekannt. Alle religiösen Aktivitäten werden genauestens überwacht. Ebenso ist es fast unmöglich, eine Genehmigung für den Neubau von Gemeinderäumen zu bekommen. Selbst die Instandhaltung von bereits existierenden Gebäuden wird sehr erschwert (ausgenommen im Falle russisch-orthodoxer Kirchen). Die wenigen registrierten Gemeinden müssen ihre Aktivitäten innerhalb ihrer Gebäude organisieren; Aktivitäten außerhalb sind verboten. Viele Gemeinden vermeiden das Zeigen christlicher Symbole, um Konflikte zu vermeiden. Gemäß dem Religionsgesetz müssen alle religiösen Materialien zur Genehmigung bei der Regierung vorgelegt werden. In der Praxis bedeutet das, jeglicher Import, Druck oder die Verteilung solcher Materialien wird blockiert. Karitative Arbeit ist kaum möglich, nur die Russisch-Orthodoxe Kirche darf entsprechende Projekte organisieren. Ein Gesetz des Ministerkabinetts aus dem Jahr 2003 formuliert neue Registrierungsauflagen für Nichtregierungsorganisationen, mit denen die Aktivitäten von christlichen Körperschaften eingeschränkt werden. Das Religionsgesetz aus dem Jahr 1998 verbietet „Aktionen, die auf den Glaubenswechsel von Anhängern einer Religion zu einer anderen ausgerichtet sind (Konversion), ebenso jegliche andere Form der Missionierung“.

Auftreten von Gewalt

Die Wertung für das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen bewegt sich auf relativ hohem Niveau (3,1 Punkte). Im Berichtszeitraum zum WVI 2019 wurden 39 Christen festgenommen, ein Christ erhielt eine kurze Haftstrafe. Mehr als 25 Christen wurde physische Gewalt angetan, mehr als zehn Immobilien (Häuser etc.) von Christen wurden beschädigt. Mehr als sieben Christen mussten sich in geheimen Wohnungen verstecken – die meisten von ihnen waren Christen mit muslimischem Hintergrund.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung".

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Das tägliche Leben des usbekischen Volks ist stark vom Islam geprägt, weshalb Frauen gegenüber Männern benachteiligt werden. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, wenn sie verheiratet sind, ihren Männern völlig unterwerfen. Sowohl Christinnen als auch als Frauen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen, sind daher besonders angreifbar für Verfolgung. Christliche Frauen und Mädchen erleiden verbalen und physischen Missbrauch, Drohungen, Schläge, Verhaftung, Verhöre, Konfiszierungen, Geldstrafen, Gefängnisstrafen, Verlust des Arbeitsplatzes, Diskriminierungen, Hausarrest, Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Vergewaltigungen, öffentliches Bloßstellen, Scheidung und den Verlust von Besitz.

Männer

Gemeindeleiter sind normalerweise Männer; sie werden gewöhnlicherweise als Familienoberhaupt betrachtet und sind in den meisten Fällen die Hauptverdiener. Wenn ein Christ Verfolgung erfährt, etwa durch eine Geld- oder Gefängnisstrafe, dann leidet seine ganze Familie mit; der Verlust der Arbeitsstelle hat Auswirkungen auf die ganze Familie. Wenn ein männlicher Gemeindeleiter Verfolgung erleidet, kann dies die gesamte Gemeinde in Angst versetzen. Christliche Männer und

Jungen erleiden verbalen und physischen Missbrauch, Drohungen, Schläge, Verhaftung, Verhöre, Konfiszierungen, Geldstrafen, Gefängnisstrafen, Verlust des Arbeitsplatzes, Diskriminierungen, Hausarrest, öffentliches Bloßstellen; sie erhalten Anwaltsschreiben, werden verstoßen, werden zur Scheidung gezwungen oder verlieren ihren Besitz.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Jede Glaubenspraxis oder Ausübung der Religionsfreiheit ohne staatliche Erlaubnis ist illegal. Darunter fallen auch Gespräche über Glaubensinhalte, Versammlungen aus religiösen Gründen oder das Studium heiliger Schriften im privaten Kontext. Selbsternannte „Ordnungshüter" stürmen Versammlungen aller Glaubensrichtungen. Die Angreifer werden dafür nicht von den Behörden belangt. Teilnehmer an solchen Versammlungen werden vielfach bedroht, inhaftiert, gewalttätigen Übergriffen und körperlicher Folter ausgesetzt, mit Geldbußen belegt und ihrer religiösen Schriften beraubt; Bibeln und selbst islamische Texte werden konfisziert und zerstört. Behörden belegen religiöse Literatur mit strenger Zensur. Muslime, die sich zum Koranstudium oder dem Erlernen von Gebeten im privaten Kontext treffen, müssen im Fall ihrer Entdeckung langjährige Haftstrafen fürchten. Strenge Einschränkungen gelten auch für die Einhaltung des Fastenmonats Ramadan oder die Hadsch-Wallfahrt nach Mekka. (Quelle: Forum 18, Religious freedom survey, September 2017). Staatliche Überwachung und Unterdrückung treffen unterschiedlichste religiöse Gruppierungen, ob Muslime oder Christen, Zeugen Jehovas, Juden oder Bahais: Sie alle leiden in hohem Maß darunter.

Beispiele von Verfolgung anderer religiöser Gruppen:

- Die Menschenrechtsorganisation „Forum 18" berichtet über ein Gerichtsverfahren, das am 13. April 2018 stattfand. Darin wurde ein Muslim beschuldigt, seinem Frisör ein – legal publiziertes – islamisches Buch weitergegeben zu haben. Das Gericht der Farghana-Region verurteilte den muslimischen Gelehrten zu drei Jahren Haft.
- Am 23. Juli 2018 berichtete ebenfalls Forum 18 von einem Prozess gegen die beiden Zeugen Jehovas, Yevgeni und Natalya Kupayev. Gegen sie wurde ein Strafverfahren eröffnet, weil sie ihre Glaubensüberzeugungen verbreitet haben sollen.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Nach dem Präsidentenwechsel im Jahr 2016 ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Regierung von Präsident Mirziyaev in naher Zukunft in Frage gestellt werden wird; stattdessen wird das Schlüsselwort vielmehr „Stabilität" lauten.

Der Ausblick für Christen

Diktatorische Paranoia: Die gegenwärtige Regierung übt ein großes Maß an Kontrolle über das Land aus. Beamte auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Usbekistan. Sie haben unterschiedlichste rechtliche Restriktionen verhängt, überwachen alle religiösen Aktivitäten, stürmen Treffen und blockieren die Veröffentlichung religiöser Literatur. Die Chancen sind sehr gering, dass sich diese Situation ändert.

Islamische Unterdrückung: Der Islam ist zwar keine Staatsreligion, er ist aber die traditionelle Religion eines Großteils der Bevölkerung in Usbekistan. Islamisch motivierter Druck auf christliche Konvertiten

kommt hier nicht von islamisch-extremistischen Gruppierungen, sondern von der eigenen Familie, Freunden und dem sozialem Umfeld; sie alle üben weitreichenden Einfluss aus. Dass sich dies ändert, ist so gut wie unmöglich.

Schlussfolgerung

Bedingt durch die hohe Stabilität der beiden wichtigsten Triebkräfte der Verfolgung in Usbekistan, wird sich die Kirche im Land darauf vorbereiten müssen, weiterhin unter einem beachtlichen Maß an Überwachung und Druck zu leben.

zurück zur Länderübersicht

Myanmar: Platz 18

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Religiös motivierter Nationalismus: Extremistische Buddhisten werden von der Regierung zumeist toleriert, auch wenn die Gruppierung Ma Ba Tha im Mai 2017 und 2018 erneut verboten wurde. Jeder, der sich vom buddhistischen Erbe des Landes abwendet, wird als Außenseiter und potenzielle Bedrohung betrachtet.

Diktatorische Paranoia: Die Armee ist sehr mächtig und hat ihren Kampf gegen aufständische Gruppen sowie ethnische Minderheiten, zu denen Christen gehören, intensiviert.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Buddhistische Leiter (Mönche) bringen die Dorfgemeinschaften in mehrheitlich buddhistischen Gemeinschaften dazu, Christen zu verfolgen. Die extremistische buddhistische Bewegung Ma Ba Tha versucht weiterhin, den Buddhismus als nationale Religion Myanmars zu „schützen“. Das jüngste Verbot der Ma Ba Tha ändert daran nichts, da die Gruppe andere Wege findet, ihren Einfluss geltend zu machen. Familien, die stark im Buddhismus, Islam oder in animistischem Stammesdenken verankert sind, verfolgen aktiv Familienmitglieder, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, da eine Abkehr von der traditionellen Religion als Verrat gesehen wird. Lokale Regierungsbeamte sind oftmals parteiisch und auf der Seite buddhistischer Geistlicher, besonders in ländlichen Gebieten. Minderheiten wie Christen, die häufig sowohl zu einer religiösen als auch ethnischen Minderheit gehören, werden so benachteiligt und haben keine Möglichkeit, Gerechtigkeit zu bekommen. Diese Christen leiden zudem unter dem brutalen und fast vergessenen langjährigen Krieg, den die burmesische Armee im Norden des Landes gegen aufständische Gruppen führt. Im aktuellen Berichtszeitraum kam mit dem gewalttätigen Vorgehen gegen Christen durch die kommunistische United Wa State Army, der größten aufständischen Gruppe, ein weiterer Verfolger hinzu.

Wie äußert sich die Verfolgung?

In überwiegend von Christen bewohnten Staaten wie Kachin, Karen oder im Norden des Shan-Staates werden selbst etablierte, traditionelle Kirchen angegriffen. Mehr als 100.000 Christen leben in Flüchtlingslagern im Land und haben keinen Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Die Kämpfe weiteten sich 2018 noch aus, sodass weitere tausende Menschen in die Lager kamen. In einigen Fällen drangen buddhistische Mönche in Grundstücke von Kirchen ein und bauten buddhistische Schreine auf dem Anwesen der Kirche. Christliche Konvertiten erfahren Verfolgung von ihrer buddhistischen, muslimischen oder in traditionellen Stammesreligionen verwurzelten Familie und Gemeinschaft, weil sie ihren Glauben verlassen und sich damit vermeintlich selbst aus dem gemeinschaftlichen Leben ausgeschlossen haben. Gemeinschaften, die rein buddhistisch bleiben wollen, machen das Leben für christliche Familien unmöglich, indem sie ihnen nicht erlauben, die Wasserquellen der Gemeinschaft zu nutzen. Protestantische Freikirchen erleben ebenfalls Gegenwind, besonders, wenn sie sich in ländlichen Gebieten befinden und/oder dafür bekannt sind, das Evangelium aktiv zu verbreiten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im September 2018 befahl die kommunistische Rebellengruppe United Wa State Army (UWSA), die Teile des östlichen Shan-Staates kontrolliert, die Schließung aller Kirchen, die nach 1992 gebaut wurden. Zudem verhaftete sie mehr als 100 Pastoren, Gemeindeleiter und Bibelschüler.
- Laut einem Bericht vom Juli 2018 zerstörte die burmesische Armee mehr als 60 Kirchen innerhalb von 18 Monaten. Unter ihnen waren katholische und protestantische Kirchen und sogar von ihnen geführte Schulen.
- Am 31. Januar 2018 verschwanden zwei Christen in dem Ort Mansi im Kachin-Staat. Zuletzt wurden sie in Gewahrsam der Armee gesehen. Ihre Leichen wurden im März gefunden – es kann als sicher angenommen werden, dass sie von der Armee gefoltert und getötet wurden, selbst wenn die Menschenrechtskommission des Landes zu dem Schluss kam, dass sie Aufständische waren. Angriffe der Armee gegen Christen in Kachin oder Shan sind alltäglich.
- In den meisten Schulen sind alle Schüler dazu verpflichtet, vor dem Unterricht buddhistische Lehren oder Gebete aufzusagen, auch wenn sie keine Buddhisten sind.
- Christliche Konvertiten werden auf verschiedene Arten und Weisen diskriminiert. In einem Fall, der Open Doors 2017 berichtet wurde, verweigerte ein Lehrer einer christlichen Schülerin eine Liste mit Fragen, die er den anderen Schülern ausgehändigt hatte, um sich auf eine Klassenarbeit vorzubereiten. In einem anderen Fall verteilte eine Familie das verdiente Geld von dem Verkauf eines Grundstücks an alle Geschwister bis auf denjenigen, der Christ geworden war.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Myanmar erreicht auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 71 Punkte – 6 Punkte mehr als im vergangenen Jahr – und steigt damit auf Platz 18. Während der Druck auf Christen im Allgemeinen weiter gestiegen ist und christliche Konvertiten mit buddhistischem, muslimischem oder Stammeshintergrund weiterhin starken Druck vonseiten ihrer Familie und ihres Umfelds erleben, hat sich die Situation in der Wa-Region schnell und unerwartet stark verschlechtert, sodass der Wert für „Gewalt“ um über drei Punkte gestiegen ist. Der Wert im Bereich „Kirchliches Leben“ ist um fast einen Punkt gestiegen. Es muss zudem bedacht werden, wie schwierig es ist, Berichte aus den vom Krieg zerrissenen Gebieten der christlichen Minderheit zu erhalten, wie auch andere internationale Organisationen bestätigen und sich durch die Verhaftungen und Verurteilungen von Journalisten zeigt (siehe Abschnitt „Hintergrund“).

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Der Buddhismus ist eng mit der nationalen Identität Myanmars verknüpft, und es gibt buddhistische Gemeinschaften, die rein buddhistisch bleiben wollen. Diese Haltung wird üblicherweise von extremistischen Buddhisten betont und von der Regierung toleriert – und in gewissem Maß sogar unterstützt. Die Bevölkerungsmehrheit in Myanmar (ca. 60 %) ist ethnisch gesehen birmanisch, auch

„bama“ genannt. Bama zu sein, heißt buddhistisch zu sein. Jeder, der von diesem Erbe abweicht, wird als Außenseiter der Gemeinschaft und potentiell gefährlich eingestuft. Druck auf Christen kommt von zwei Seiten: Zum einen von der Gesellschaft, einschließlich der vormals als „969“, jetzt als „Ma Ba Tha“, bezeichneten Bewegung extremistischer buddhistischer Mönche. Das Verbot der Bewegung vom Mai 2017 hatte ebenso wenig Einfluss auf die Realität wie das zweite Verbot aus dem Jahr 2018 (siehe dazu auch Abschnitt „Hintergrund“). Zum anderen von der Regierung, die versucht, Friedensabkommen mit einer Vielzahl von ethnischen Gruppen abzuschließen, von denen viele auch Christen sind. Die Einführung der „Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion“ sind ein Zeichen für den weiterhin starken Einfluss extremistisch-buddhistischer Gruppierungen (siehe Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt“). Das jüngste Aufkommen der „Arakan Rohingya Salvation Army“ (ARSA) und ihre gewalttätigen Angriffe im August 2017 sowie die internationalen Reaktionen auf die Vertreibung der Rohingya werden den „Religiös motivierten Nationalismus“ weiter anheizen (siehe auch Abschnitt „Hintergrund“).

Diktatorische Paranoia

Myanmar blickt auf eine lange Geschichte von Militärregierungen zurück. Während die 2015 gewählte Regierung nicht als paranoid bezeichnet werden kann, ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen nicht die Regierung „Diktatorische Paranoia“ ausübt, sondern das Militär fast diktatorische Macht hat. Gemäß der Verfassung des Landes, die von der „Tatmadaw“, der burmesischen Armee, 2008 geschrieben wurde, werden ein Viertel der Sitze im Parlament von Armeeangehörigen besetzt. Zudem besetzt die Armee die wichtigsten Regierungsstellen, einschließlich des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für Grenzangelegenheiten. Trotz aller Hoffnungen auf Demokratie hat die Armee ihren Kampf gegen aufständische Gruppen und ethnische Minderheiten, zu denen auch Christen gehören, intensiviert. Die Tatsache, dass der Krieg trotz aller Tagungen der Friedenskonferenz nicht nur weitergegangen ist, sondern sich 2018 sogar verschlimmert hat, zeigt, wo die wahre Macht in Myanmar liegt.

Das Militär wird alles tun, um die Macht zu behalten, und sich dabei – falls notwendig – auch auf den buddhistischen Nationalismus oder das ethnische Erbe berufen. Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte Na-Ta-La-Schulen (Schulen in Grenzgebieten zur Entwicklung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen), die für Minderheiten der Bevölkerung attraktiv sind, da sie keine Gebühren erheben. Diese Schulen werden genutzt, um junge Menschen zu beeinflussen und sie in den Buddhismus einzuführen. Das Militär setzt seine Taktik der Schwächung aufständischer ethnischer Minderheiten fort, indem Jugendliche aus diesen Minderheiten drogenabhängig gemacht werden. Diese Praxis betrifft auch die Christen in Kachin. Weite Teile der Region Kachin gehören zu einem der zwei größten Anbaugebiete für Opium in Asien (zusammen mit Regionen in Vietnam, Laos und Thailand). Teile des Landes sind weitgehend in der Hand der Tatmadaw. Da viele Rohstoffe wie Erz, Jade und Edelholz in den hauptsächlich von Christen bewohnten Territorien wie im Shan-Staat oder bei den Chin und Kachin vorkommen, erleben die Christen dort einen großen Druck vonseiten des Militärs – nicht nur aus ökonomischen Interessen. Sie werden schikaniert, attackiert und als Träger missbraucht. Unternehmen werden oftmals vom Militär oder von hochrangigen Politikern geleitet; die Vetternwirtschaft boomt. Es gibt kein Interesse daran, die Reichtümer des Landes mit der Bevölkerung zu teilen. Der gerade begonnene Aufstand der muslimischen Minderheit und die Rohingya-Krise haben das Militär noch kühner werden lassen.

Kommunistische Unterdrückung

Im Berichtszeitraum ging die größte Rebellengruppe des Landes, die kommunistische „United Wa State Army" (UWSA) gewaltsam gegen Christen vor. Die Gruppe, die mutmaßlich von China unterstützt wird, nahm christliche Gruppen ins Visier, die sie als „missionarisch“ einstufte. Dies waren zumeist Baptisten wie die Lahu Baptist Convention oder die Kachin Baptist Convention. Diese Bekämpfung durch eine kommunistische Gruppe ähnelt dem harten Durchgreifen der chinesischen Behörden, die derzeit gegen den christlichen Glauben in China vorgehen. Da die Behörden Myanmars in der de-facto semi-autonomen Wa-Region mit etwa 450.000 Einwohnern im Shan-Staat keine Macht ausüben, fällt diese Art der Verfolgung nicht unter „Religiös motivierten Nationalismus“.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In einigen der Staaten, in denen die meisten Christen leben, wie Kachin oder dem Shan-Staat, gibt es auch die wertvollsten Rohstoffe Myanmars, wie etwa Jade und Edelholz. Zudem ist diese Region Teil des bekannten „Goldenen Dreiecks“, eines der weltweit größten Anbaugebiete für Opium. Regierungsbeamte, die Armee und Rebellengruppen werden beschuldigt, von Drogenproduktion und -handel zu profitieren. Jeder, der dagegen vorgeht oder den Händlern, Ausbeutern und Dealern im Weg steht, ist in ernsthafter Gefahr. Dies gilt auch für die Christen in diesen Regionen.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

Buddhistische Mönche wiegeln die Dorfgemeinschaften in mehrheitlich buddhistischen Gemeinschaften auf, Christen zu verfolgen. Die extremistische buddhistische Bewegung Ma Ba Tha versucht weiterhin, den Buddhismus als nationale Religion Myanmars zu „schützen“. Dieses Ziel ist zudem mit dem Schutz der ethnischen „burmesischen Rasse“ verknüpft. Die beiden Verbote der Ma Ba Tha ändern nichts, da die Gruppe andere Wege findet, ihren Einfluss geltend zu machen. Familien, die stark im Buddhismus, Islam oder im animistischen Stammesdenken verankert sind, verfolgen aktiv Familienmitglieder, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, da eine Abkehr von der traditionellen Religion als Verrat gesehen wird. Lokale Regierungsbeamte sind oftmals parteiisch und auf der Seite buddhistischer Geistlicher, besonders in ländlichen Gebieten. Minderheiten wie Christen, die häufig sowohl zu einer religiösen als auch ethnischen Minderheit gehören, werden so benachteiligt und haben keine Möglichkeit, Gerechtigkeit zu bekommen. Die Armee kämpft weiterhin gegen christliche Aufständische und Minderheiten. Aufständische werden ebenfalls manchmal zu Verfolgern, wenn sie der Meinung sind, dass Kirchen sie nicht genug unterstützen, oder wenn Pastoren jungen Menschen raten, nicht an den Kämpfen teilzunehmen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die Armee wird weiterhin den privilegierten Platz verteidigen, den ihr die Verfassung zugesteht, die sie selbst entworfen hatte, bevor Teile der Macht an eine zivile Regierung abgegeben wurden. Trotz des internationalen Aufschreis aufgrund der Gräueltaten gegenüber der Minderheit der Rohingya klammert sich die Regierung um Aung San Suu Kyi an die Macht und zeigt in der Nichtbeachtung jeglicher Kritik Zeichen von Diktatorischer Paranoia. Diese Vertreibung wurde von nichtchristlichen religiösen Leitern und gewalttätigen religiösen Gruppen unterstützt, die oben unter „Verfolgern ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus“ aufgeführt sind.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Die meisten Ressourcen Myanmars kommen in Staaten vor, die eine überwiegend christliche Bevölkerung haben oder in denen Christen zumindest eine große Minderheit darstellen. Die Armee arbeitet mit lokalen Machthabern und Politikern und sogar Aufständischen zusammen, um von diesem Reichtum zu profitieren. Dies geschieht auf Kosten der Bevölkerung. Auch die Kämpfe gehen weiter, und wenn Christen oder andere in den Weg geraten, werden sie einfach vertrieben. Wagen sie es, ihre Stimme gegen die vorherrschende Ungerechtigkeit zu erheben oder jungen Menschen eine Perspektive zu geben, werden sie sogar aktiv ins Visier genommen. Dies gilt umso mehr für alle Akteure, die vom Drogenhandel profitieren.

Kommunistische Unterdrückung

Revolutionäre und paramilitärische Gruppen wurden zu sehr sichtbaren Verfolgern, als die UWSA, mit etwa 40.000 Kämpfern die größte Rebellengruppe des Landes, dutzende Kirchen schließen und fast einhundert Christen festnehmen ließ. Angeblich wird die UWSA von China unterstützt, und es ist möglich, dass das Vorgehen vom chinesischen Durchgreifen gegen den christlichen Glauben in China inspiriert war, da der Shan-Staat an China angrenzt. Berichten zufolge profitiert auch die UWSA stark vom Drogenhandel. Ihre Taten könnten also gemischte Motive haben.

4. Hintergrund

Im November 2015 weckte der überwältigende Sieg für die Oppositionspartei „National League for Democracy“ (NLD) unter Friedensnobelpreisträgerin und Freiheitsikone Aung San Suu Kyi vielleicht zu große Hoffnung im Land und weltweit. Die NLD ernannte einen baptistischen Christen, der der Volksgruppe der Chin angehört, zum Vizepräsidenten. Auch das Oberhaus des Parlaments führt ein Christ an – zwei Positionen ohne echte Macht. Auch wenn Aung San Suu Kyi eine Vielzahl an Positionen angenommen hat, da die Verfassung es ihr versagt, als Präsidentin zu agieren, zeigten ihr anhaltendes Schweigen zur Vertreibung von Hunderttausenden Mitgliedern der muslimischen Minderheit der Rohingya, wie klein ihr Spielraum wirklich ist, und eventuell auch, wie wenig Interesse sie an Angelegenheiten der Minderheiten hat.

2018 zeigte erneut, dass das Militär weiterhin die stärkste Position im Land behält. Dies basiert auf dem in der Verfassung verankerten Recht der Armee auf drei der wichtigsten Ministerien und 25 Prozent aller Sitze im Parlament. Ohne die Zustimmung der Armee können keine wichtigen Entwicklungen im Land stattfinden, insbesondere in Fragen des Krieges und von Versöhnung. Das Militär führt seine Angriffe gegen ethnische Minderheiten in den Staaten Kachin und Shan unvermindert fort und hat sie sogar ausgeweitet. Christen sind stark betroffen und das Level an Gewalt ist hoch. Aung San Suu Kyi ist in dieser Hinsicht quasi machtlos.

Das Aufkommen eines muslimischen Aufstands mit der organisierten Gruppe ARSA (siehe Abschnitt „Triebkräfte der Verfolgung“) und die Angriffe auf Grenzposten im Oktober 2016 und August 2017 führten zu beispiellosen Angriffen auf die muslimische Minderheit der Rohingya, bei denen dutzende Dörfer zerstört, hunderte Menschen getötet und mehr als 770.000 Rohingya über die Grenze nach Bangladesch vertrieben wurden. Das brachte den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte dazu, von einem „Musterbeispiel für ethnische Säuberung“ zu sprechen.

Ma Ba Tha beschäftigte die Regierung weiterhin, indem sich die Gruppe nach einem zweiten Verbot einfach neu formierte und sich unter einem anderen Namen ein neues Image gab. Das Verbot und jede Bestrafung müssen vom Innenministerium umgesetzt werden. Da dieses jedoch von der Armee kontrolliert wird, die extremistischen buddhistischen Gruppen wie Ma Ba Tha nahesteht, hat es keine ernsthaften Anstrengungen gegeben. Die umformierte Organisation wurde vom leitenden buddhistischen Konzil im Juli 2018 erneut verboten, aber es ist anzunehmen, dass auch dieses Verbot keinen Einfluss haben wird und Ma Ba Tha weiterhin aktiv gegen Minderheiten vorgehen kann – unter welchem Namen auch immer.

Aung San Suu Kyis oberste Priorität ist weiterhin der Versöhnungsprozess mit ethnischen Minderheiten im ganzen Land. Viele der ethnischen Minderheiten wie die Kachin, Chin und Karen sind mehrheitlich Christen. Allerdings ist es allen bisherigen Friedenskonferenzen („21st Century Panglong Conferences“), die alle sechs Monate stattfinden sollen, nicht gelungen, Frieden zu schaffen oder auch nur Schritte zur Vertrauensbildung und Versöhnung zu unternehmen. Im Berichtszeitraum ist es Aung San Suu Kyi gelungen, zwei weitere militante Gruppen dazu zu bewegen, einem Waffenstillstandsabkommen beizutreten: der New Mon State Party und der Lahu Democratic Union. Diese beiden sind jedoch leider eher kleinere Gruppen mit begrenzter Macht. Eine Vielzahl von Fragen sind noch zu klären, darunter die Rückkehr von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, die in China und Thailand Zuflucht gesucht haben (viele von ihnen aus christlichen ethnischen Minderheiten). Noch notwendiger ist jedoch der sofortige Beginn eines Prozesses der Vertrauensbildung, etwa durch die Umsetzung eines sofortigen landesweiten Waffenstillstands. Bislang hat sich nur das Gegenteil ereignet: Die Kämpfe im Shan-Staat und im Kachin-Staat haben zugenommen, die kontinuierlichen Zusammenstöße haben Tausende neuer Binnenvertriebener hervorgebracht. Internationale Organisationen werden daran gehindert, in die Konfliktgebiete zu gelangen, um humanitäre Hilfe in die Flüchtlingslager zu bringen, und selbst dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) wurde im Mai 2017 der Zugang zu einigen Gebieten ethnischer Minderheiten verweigert. Hochrangige Offiziere der Armee, ehemalige Politiker und Beamte aufständischer Gruppen arbeiten zusammen, um im Kachin-Staat große Gewinne zu erzielen. Sie übernehmen große Gebiete landwirtschaftlicher Nutzflächen, die von ihren Eigentümern verlassen wurden – vor allem Christen, die nun gezwungen sind, als Binnenvertriebene in Lagern fernab der Konfliktzonen zu überleben. Währenddessen beginnen Parteien ethnischer Minderheiten, besonders innerhalb der Kachin, Karen, Chin und Mon, ihre politischen und persönlichen Unterschiede hinter sich zu lassen und sich für die 2020 anstehenden nationalen Wahlen zusammenzuschließen.

Bis zum Zeitpunkt des Berichts im Dezember 2018 brachte die jüngste Panglong-Konferenz im Juli 2018 außer einer Erklärung des chinesischen Sonderbeauftragten in Myanmar keine konkreten Ergebnisse. Dieser sagte, dass China „keine eigenen Interessen“ im Friedensprozess des benachbarten Myanmar habe. Dies ist schwer zu glauben, da China verständlicherweise barsch reagierte, als bewaffnete Zusammenstöße sich im Mai 2018 über die Grenze ausweiteten und drei chinesische Bürger töteten. Zudem hat die Regierung Myanmars die Öffnung von drei „Neuen Ökonomischen Zonen“ an der chinesischen Grenze angekündigt. Sie befinden sich in den vom Krieg zerrissenen Staaten Kachin und Shan, die wichtig für China sind, da sie den Zugang zu der chinesischen Binnenprovinz Yunnan bilden. So hat China doch ein konkretes Interesse an der Situation in Myanmar und wird auch beschuldigt, einige aufständische Gruppen in der Grenzregion zu unterstützen, insbesondere die Wa, von denen zwei Drittel in Myanmar und ein Drittel in China leben. Die Wa haben eine bedeutende christliche Minderheit. Wie oben beschrieben ist die United Wa State Army im September 2018 hart gegen „neue Kirchen“ vorgegangen und hat dutzende Kirchen geschlossen und mindestens 100 Christen verhaftet.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie sind nicht gezwungen, ihren Glauben isoliert zu leben. Daher wird diese Kategorie nicht in die Analyse des Weltverfolgungsindex aufgenommen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören beispielsweise die Römisch-Katholische Kirche, aber auch traditionelle Kirchen unter den christlichen Minderheiten wie die Kachin Baptist Church. Diese Christen erleben Verfolgung in Form täglichen Drucks, gelegentlich aber auch gewalttätige Angriffe, sei es vom Militär oder von extremistischen buddhistischen Mönchen. Diese errichten in manchen Gegenden Tempel auf Grundstücken von Kirchen.

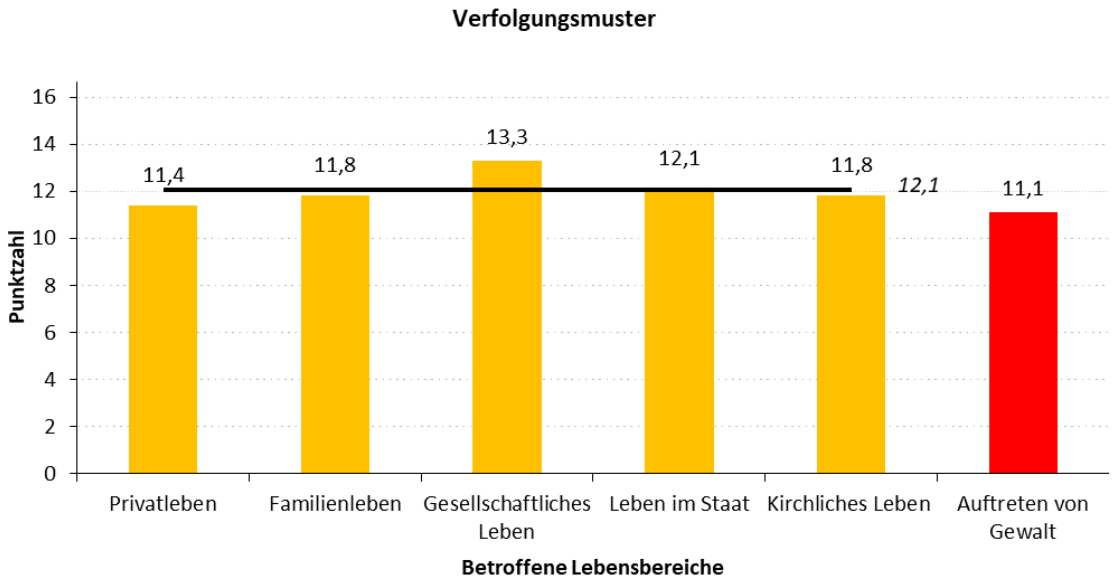
Christen mit anderem religiösen Hintergrund

Christen mit buddhistischem, muslimischem oder animistischem Hintergrund erfahren die stärkste Verfolgung, sowohl vonseiten der Behörden als auch von Familie, Freunden und Nachbarn. Den Buddhismus zu verlassen, ist für Mitglieder des Bama-Volkes nicht akzeptabel. Obwohl viel über die Rohingya und ihre Vertreibung nach Bangladesch berichtet wurde, ist weithin unbekannt, dass es eine kleine Gruppe Christen mit muslimischem Hintergrund unter den Rohingya gibt. Auch sie waren von der plötzlich aufflammenden Gewalt betroffen und mussten fliehen. Diese Christen sind nicht nur wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit Verfolgung ausgesetzt, sondern auch, weil ihre muslimischen Familien und ihr Umfeld sie unter enormen Druck setzen, zum Islam zurückzukehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden sehen sich Verfolgung durch die Gesellschaft, in der sie leben, ausgesetzt, insbesondere in ländlichen Gebieten. Sie werden überwacht und es kommt manchmal vor, dass Zusammenkünfte oder das Abhalten der Sonntagsschule verhindert werden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Myanmar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt

- Der Druck auf Christen in Myanmar ist im Berichtszeitraum weiter gestiegen. Der durchschnittliche Wert stieg von 11,4 Punkten auf 12,1 Punkte an.
- Besonders christliche Konvertiten sind durch den sehr hohen Druck in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Familienleben“ und „Privatleben“ beeinträchtigt. Alle Christen sind sehr hohem Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ausgesetzt. Der Druck geht einerseits von einer Betonung des Buddhismus aus, der alle Minderheiten des Landes ausgrenzt. Dazu kommt auf der anderen Seite der anhaltende Krieg gegen Aufständische, der unter anderem die christlich geprägten Staaten Kachin, Shan und Karen betrifft. Dieser Krieg wird von der Weltöffentlichkeit unter anderem aufgrund der prekären Lage der Rohingya und dem damit verbundenen Medieninteresse kaum wahrgenommen. Die Handlungen der kommunistischen United Wa State Army gegen Kirchen im nördlichen Shan-Staat trugen ebenfalls zu einer Anstieg der Wertung in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Auftreten von Gewalt“ bei.
- Der Wert für „Gewalt“ gegen Christen stieg von 7,8 Punkten auf 11,1 Punkte. Aufgrund von anhaltenden Kämpfen, insbesondere in den Staaten Kachin und Shan, ist es sehr schwer geworden, genaue Berichte von Angriffen auf Christen wegen ihres Glaubens und auf Kirchen in diesen vom Krieg zerrissenen Gebieten zu erhalten.

Privatleben

Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird insbesondere von der Familie und dem Umfeld abgelehnt. Christen buddhistischer Herkunft müssen immer sehr vorsichtig bei der Ausübung ihres Glaubens sein, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrem familiären Umfeld sind und daher nach allgemeiner Ansicht ihrer Familie Schande bringen. Treffen mit anderen Christen sind in der Regel nicht gefährlich, doch für christliche Konvertiten können sie eine besondere Herausforderung darstellen. Christen mit nichtchristlichem Glaubenshintergrund, deren Glaube bekannt geworden ist, werden streng überwacht, geächtet und es kann passieren, dass sie unter Hausarrest gestellt werden. Damit soll verhindert werden, dass sie andere Christen treffen. In streng buddhistischen Dörfern sind Pastoren oft besonders bevorzugte Angriffsziele. Christen mit muslimischem Hintergrund betrifft die Verfolgung noch stärker, da sie nicht nur die oben genannten Schwierigkeiten erleben, sondern zudem zu einer verachteten Minderheit gehören. Es gab Berichte von christlichen Konvertiten, die wegen ihres Glaubens geächtet und bei Mahlzeiten verspottet wurden.

Familienleben

Es ist nicht zwangsläufig so, dass Christen mit anderem religiösen Hintergrund der Verlust des Sorgerechts oder des Erbrechts droht; insbesondere Frauen droht jedoch häufig die Scheidung, falls sie verheiratet sind. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder Beerdigung zu organisieren, ist oft nur schwer möglich. Christen mit buddhistischem oder muslimischem Hintergrund müssen dies im Geheimen tun. Der muslimischen Minderheit wird außerdem die Staatsbürgerschaft verweigert – davon sind auch Christen mit muslimischem Hintergrund betroffen. Muslimische Rohingya, und damit auch die Christen muslimischer Herkunft, werden als Bengalen angesehen und nicht registriert. Die

meisten von ihnen leben inzwischen in Flüchtlingslagern im Nachbarland Bangladesch. Christliche Eltern erleben es als Herausforderung, ihren Kindern christliche Werte beizubringen, weil sie sich dem Druck des buddhistischen Umfelds in ihrer Nachbarschaft ausgesetzt sehen. In den meisten Schulen müssen die Schüler vor Unterrichtsbeginn einen Teil der Lehren Buddhas aufsagen. Dhama-Schulen werden von buddhistischen Mönchen geleitet, die den Kindern buddhistische Prinzipien beibringen. Diese Schulen breiten sich immer mehr im Land aus. Von Kindern wird erwartet, dass sie an buddhistischen Festen teilnehmen und auch finanziell dazu beitragen. In Na-Ta-La-Schulen werden Kindern buddhistische Gebete beigebracht, ihr Kopf wird geschoren, und sie müssen jeden Morgen um Essen betteln. Christliche Kinder werden in der Schule regelmäßig von buddhistischen Kindern gemobbt. Gerade in Dorfschulen ist es normal, dass christlichen Kindern für alles die Schuld gegeben wird. Kinder von Christen erhalten in der Schule zudem weniger Möglichkeiten und werden weder für höhere Schulen noch besondere Ehrungen ausgewählt.

Gesellschaftliches Leben

Es gibt Gemeinschaften, die keine Christen in ihren Dörfern dulden. Entscheidet sich eine Person in einem solchen Dorf für den christlichen Glauben, ist sie starken Schikanen ausgesetzt, bis sie das Dorf verlässt. Doch auch in anderen Dörfern werden Christen schikaniert, zu Spenden für buddhistische Tempel gezwungen und ihnen wird mit Ausschluss aus der Dorfgemeinschaft gedroht, wenn sie aufhören, buddhistischen Mönchen Almosen zu geben, sich nicht finanziell an der Renovierung oder dem Bau von buddhistischen Tempeln beteiligen und nicht an buddhistischen Festen teilnehmen. Besonders Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden beobachtet, von kommunalen Entscheidungen und Ressourcen ausgeschlossen und unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu verleugnen. Dies wirkt sich auch auf das tägliche Leben aus, wenn ihnen etwa Hilfe beim Sammeln von Bambus für die Reparatur ihres Hauses verweigert wird oder ihnen der Zugang zu Wasser untersagt wird. Gebiete, in denen viele Christen leben, werden bewusst durch eine schwache Infrastruktur und Gesundheitsfürsorge benachteiligt. Die Regierung baut hier bevorzugt Na-Ta-La-Schulen, die vom Staat geführt werden, statt normale Schulen. In Konfliktgebieten ist humanitäre Hilfe für Christen nicht oder nur in geringen Maßen erlaubt, und die internationale Überwachung (oder gar der Zugang) wird blockiert.

Kinder von christlichen Konvertiten werden von Lehrern und Mitschülern in der Schule diskriminiert. In einem Fall wurde ein Mädchen wegen ihres Glaubens aus der Klasse geworfen, ein anderes Mädchen durfte sich nicht wie der Rest der Klasse auf einen Test vorbereiten. Kinder von allen Christen (nicht nur Konvertiten) müssen nichtchristlichen Unterricht besuchen und können gezwungen werden, an buddhistischen Gebeten oder Zeremonien teilzunehmen. Besonders, wenn die Familien arm sind und einer ethnischen Minderheit angehören, werden die Kinder auf die bereits erwähnten Na-Ta-La-Schulen geschickt. Diskriminierung bei der Benotung, Schikane und Spott gegen christliche Kinder finden häufig statt. Ein weiteres Problem für Christen sind Gesetze, die in diversen Gemeinschaften und Dörfern mündlich von lokalen buddhistischen Mönchen und Polizisten erlassen werden, mit dem Ziel, Christen einzuschränken („Gamma laws“).

Leben im Staat

Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt, dass „die Union anerkennt, dass der Buddhismus als der Glaube, der von der großen Mehrheit der Bürger der Union praktiziert wird, eine spezielle Stellung einnimmt“. In Abschnitt 362 wird jedoch auch die Existenz des christlichen Glaubens, des Islam, des Hinduismus und Animismus anerkannt. Diese „spezielle Stellung des Buddhismus“ wird

von extremistischen Buddhisten missbraucht. Um zusätzliche Unterstützung von diesen Gruppen und der Mehrheit der Bama zu erlangen, hat die frühere Regierung im August 2015 vier Gesetzesentwürfe gegen Konversionen verabschiedet. Diese Gesetze zielen darauf ab, den Buddhismus durch die Einschränkung von Bekehrungen und interreligiösen Ehen, einem Verbot der Polygamie und die Einführung einer Geburtenkontrolle zu schützen. Laut ihnen müssen buddhistische Frauen eine Erlaubnis ihrer Eltern und der Behörden vorweisen, wenn sie einen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten wollen; der nichtbuddhistische Mann muss zunächst zum Buddhismus konvertieren.

Das Gesetz besagt auch, dass jeder, der die Religion wechseln will, von der „Konversions-Registrierungs-Behörde“ die Erlaubnis dazu einholen muss. Diese Behörde besteht aus örtlichen Religions- und Einwanderungs- sowie einem Verwaltungsbeamten, der Vorsitzenden für Frauenangelegenheiten und einem örtlichen Verantwortlichen für Ausbildung. So weiß die Gemeinschaft, wenn eine Person konvertieren will und gibt ihr drei bis sechs Monate „Bedenkzeit“, um sie davon zu überzeugen, den offiziellen Antrag wieder zurückzuziehen. In erster Linie richtet sich das Gesetz gegen die muslimische Minderheit, andere religiöse Minderheiten sind jedoch genauso betroffen. Die Auswirkungen betreffen nicht nur die Überlegungen, offiziell einen neuen Glauben anzunehmen, sondern auch, diesen vor anderen zu bekennen. Einige Stämme besitzen zusätzliche traditionelle Gesetze, die von einigen Gemeinschaften dazu genutzt werden, Christen aus ihren Dörfern zu vertreiben. Christen haben außerdem einen schlechteren Zugang zu Krediten oder Zuschüssen als nichtchristliche Geschäftspartner oder Kunden.

Die strikte Weigerung, den Vorwürfen des Völkermords an den Rohingya und der christlichen Minderheit der Kachin nachzugehen, in einer Situation, in welcher Beobachter von möglichen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sprechen, zeigt, dass Christen weder eine gerechte Behandlung vor Gericht noch eine internationale Überwachung ihrer Situation erwarten können.

Kirchliches Leben

Obwohl es in verschiedenen Teilen Myanmars Kirchengebäude gibt, bleibt es schwer, eine Genehmigung zum Bau einer neuen Kirche zu erhalten, da es viele Einschränkungen gibt. Es gibt bis zu acht verschiedene Genehmigungen, die eingeholt werden müssen, um eine Kirche legal bauen zu dürfen. Die Anträge müssen verschiedene vom Militär geführte Abteilungen durchlaufen und von regionalen und lokalen Behörden genehmigt werden, die häufig von ehemaligen Armeeoffizieren geleitet werden. So kommt es, dass Anträgen zum Bau von Kirchengebäuden fast nie stattgegeben wird. Das US-Außenministerium hält in seinem Länderbericht 2017 fest: „Christliche Gemeinschaften in Chin und Kachin berichten, dass Anträge zur Registrierung von Grundstücken und zum Bau oder der Renovierung von Kirchen von lokalen Behörden zwar nicht offiziell abgelehnt wurden, die Anträge aber Verzögerungen erlebten, die teilweise mehrere Jahre dauerten oder verloren gingen. Dazu gehören auch Berichte, dass lokale Regierungsbeamte nur mit Verzögerung die Erlaubnis gaben, zuvor zerstörte Kreuze wiederherzustellen und Kirchen im Chin-Staat zu renovieren oder zu bauen. Behörden in Chin schoben auch die Anträge von christlichen Gemeinschaften und Kirchen auf, Land im Namen ihrer Organisation zu kaufen. Die Gemeinschaften gaben an, diese Schikanen umgangen zu haben, indem ein Mitglied das Land privat für die Gruppe kaufte. Diese Praxis wurde von der Regierung toleriert.“

Landraub ist ein weiteres Problem, dem Christen sich gegenübersehen. Deshalb nutzen viele Christen Firmengebäude bzw. Büros oder treffen sich in Hauskirchen, um an Sonntagen einen Ort für den gemeinsamen Gottesdienst zu haben. Besonders in stark buddhistischen Gegenden stehen die Kirchen unter Beobachtung. Kirchenleiter und Pastoren werden von extremistischen Buddhisten besonders ins Visier genommen, da dies eine Methode ist, die Kirche zu lähmen. Ein Pastor berichtete, dass es sich ständig anfühle, als würde nur darauf gewartet werden, dass er einen Fehler begehe. Alle religiösen Publikationen im Land werden vom Ministerium für Religion überprüft und zensiert. Einige Kirchengemeinden haben angefangen, eigene Materialien zu drucken, jedoch wird ihnen der Besitz von Druckmaschinen schwergemacht. Veröffentlichungen in Sprachen der ethnischen Minderheiten kommen außerdem nicht infrage und auch für andere Publikationen gelten strenge Zensurregeln. Christliches Material zu importieren ist sehr schwer und Bücher in Sprachen der ethnischen Minderheiten ins Land einzuführen sogar unmöglich. Die meisten Kirchen dürfen keine Ausländer für religiöse Zwecke einladen. In Gegenden, in denen vorrangig ethnische Minderheiten leben, haben die Gemeinden noch größere Schwierigkeiten. Die Kirchen werden häufig als Orte für regierungsfeindliche Treffen oder als Treffpunkte für Aufständische aus ethnischen Minderheiten angesehen. In Gebieten, die vom Bürgerkrieg betroffen sind, wie den Staaten Kachin und Shan, werden Kirchen oft angegriffen, da die Menschen dort Zuflucht vor den Kämpfen suchen. Im Gebiet der Wa wurden christliche Leiter nur freigelassen, nachdem sie ein Dokument unterzeichnet hatten, in dem sie versprachen, ihre christlichen Aktivitäten streng auf Treffen in Häusern zu beschränken. Kirchengebäude wurden angegriffen und alle christlichen Materialien konfisziert.

Auftreten von Gewalt

Gewalt gegen Christen hat in Myanmar ein sehr hohes Ausmaß. Die United Wa State Army schloss im September 2018 mindestens 62 Kirchen und nahm etwa 100 christliche Leiter und Bibelschüler fest, um das Christentum in der Region zu schwächen. Laut einem Bericht vom Juli 2018 zerstörte die burmesische Armee mehr als 60 Kirchen innerhalb von 18 Monaten. Unter ihnen waren katholische und protestantische Kirchen und sogar Schulen.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Allgemein ist die Verfolgung in Myanmar nicht geschlechterspezifisch. Dennoch deuten unbestätigte Berichte darauf hin, dass Regierungsbeamte wie Polizisten oder hochrangige Armeeangehörige belohnt werden, wenn sie eine christliche Frau heiraten. Die Belohnung besteht entweder aus Geld oder einer Beförderung. Christinnen lassen sich auf eine solche Heirat oft ein, da sie sie als Ausweg aus einem Leben in Armut und Unsicherheit sehen. Aufgrund der patriarchalischen Kultur Myanmars wird von Frauen erwartet, der Religion ihres Ehemanns zu folgen. Heiratet also eine christliche Frau einen nichtchristlichen Mann, wird sie dazu gedrängt, die Religion ihres Mannes anzunehmen. Diese Politik ist darauf ausgelegt, Aufständische zu schwächen, von denen einige von Mitgliedern christlicher Minderheiten angeführt werden.

Männer

Christliche Konvertiten können außerdem gezwungen werden, buddhistische Mönche oder Nonnen zu werden. Die Regierung hat keine Regelung zum Umgang mit christlichen Scheidungen, da die Kirche Scheidungen nicht anerkennt. Christen können im Fall einer Scheidung keinen Anspruch auf irgendetwas stellen. Dies betrifft jedoch sowohl Männer als auch Frauen. Da Männer üblicherweise die Versorger der Familie sind, ist die ganze Familie betroffen, wenn der Mann aufgrund von Verfolgung sein Einkommen verliert. Das Anti-Konversions-Gesetz gibt buddhistischen Frauen in einer Ehe mit einem Mann anderer Religion mehr Rechte und Privilegien. Es ist möglich, dass ein christlicher Mann im Fall einer Scheidung nichts bekommt, da es kein Gesetz gibt, dass seine Rechte schützt.

Na-Ta-La-Schulen konvertieren christliche Kinder – ein effektiver Weg, um den christlichen Glauben an der Ausbreitung auf die nächste Generation zu hindern. Jungen werden zu Mönchen erzogen; wenn sie eine Na-Ta-La-Schule beginnen, wird ihr Kopf geschoren, ihnen wird Kleidung für Mönche gegeben, und sie müssen im Dorf um Essen betteln. Männer und Jungen der Kachin werden häufig verdächtigt, Aufständische zu sein oder sie zumindest zu unterstützen. Üblicherweise entscheidet nur die Armee, was mit solchen Verdächtigen zu tun ist.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auf die Verfolgung der muslimischen Minderheit der Rohingya wurde in diesem Länderprofil bereits mehrfach eingegangen. Es sieht nicht danach aus, als würde Myanmar die nach Bangladesch geflüchteten Rohingya wieder aufnehmen (Stand Dezember 2018). Diese Politik passt zu dem – von der Armee und religiösen Leitern geförderten und von vielen Einwohnern unterstützten – zunehmenden Religiös motivierten Nationalismus. Muslime in anderen Teilen des Landes, die keine Rohingya sind, sind dennoch ebenso starker Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Ansonsten ist nicht bekannt, dass weitere religiöse Gruppen verfolgt werden würden.

9. Ausblick

Politischer Ausblick

Der internationale Blick auf Myanmar war im Berichtszeitraum vollkommen auf die Situation der Rohingya fokussiert, besonders als Flüchtlinge im Nachbarland Bangladesch. Das Land wurde in internationalen Schlagzeilen sehr negativ dargestellt, insbesondere, nachdem der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte mit Blick auf die Rohingya im September 2017 von einem „Lehrbuchbeispiel für ethnische Säuberung“ gesprochen hatte. Laut dem Nationalen Sicherheitsberater Myanmars ist sein Land bereit, alle 700.000 Rohingya-Flüchtlinge wieder aufzunehmen, sollten sie freiwillig zurückkehren wollen. Das scheint jedoch unwahrscheinlich, solange es keine Sicherheitsgarantien gibt. Die Situation der Rohingya, die häufig als „am schlimmsten verfolgte Minderheit der Welt“ bezeichnet werden, könnte ein Weckruf für extremistische Muslime in der Region sein und zu einem bereits steigenden Extremismus beitragen – vor allem wenn man betrachtet, dass hunderte Menschen getötet und etwa 770.000 weitere vertrieben wurden. Bis jetzt haben internationale islamisch-extremistische Gruppen kein Kapital aus der Situation geschlagen. Das könnte sich mit der Ankündigung Bangladeschs vom November 2018 ändern, das Rückführungsprogramm bis nach den Wahlen zu verschieben, sodass es erst 2019 beginnen kann. Doch selbst wenn das Programm 150 Rohingya pro Tag zurückführen sollte (worauf sich eigentlich beide Seiten geeinigt hatten), würde

es bei diesem Tempo 13 Jahre dauern, bis alle im Jahr 2017 Geflüchteten zurück in Myanmar wären. Dies schließt noch nicht die Flüchtlinge ein, die bereits vorher nach Bangladesch gekommen waren.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Religiös motivierten Nationalismus: Im Schatten der Rohingya-Krise steht die Notlage der christlichen Minderheiten. Die Armee hat ihre Angriffe auf sie ausgeweitet und Tausende vertrieben. Im Berichtszeitraum kamen mindestens 7.000 Binnenflüchtlinge zu den bereits mehr als 100.000 Vertriebenen der vergangenen Monate und Jahre. Währenddessen fährt die Regierung mit ihrer Strategie des „Teilen und Herrrschens“ fort. Thein Swe, Minister für Arbeit, Immigration und Bevölkerung, sagte, es sei der Regierung nicht möglich, die Ergebnisse der Volkszählung von 2014 zu veröffentlichen, da es anhaltende Diskussionen gebe, wer zu welcher ethnischen Gruppe gehöre: „Im Fall der Kachin gibt es etwa zwischen sechs und zwölf Unterethnien, je nachdem, mit wem man redet. Andere behaupten, die Chin hätten 53 verschiedene Unterethnien.“ Es war keine Überraschung, dass die Armee den Fortschritt einschränkte, indem sie Gespräche über Rechte ethnischer Minderheiten bei der Panglong-Konferenz im Juli 2018 verweigerte. Sie hat kein Interesse an Frieden, Versöhnung und einem föderalen Myanmar. Extremistische buddhistische Gruppen wie Ma Ba Tha werden von anderen buddhistischen Gruppen und Politikern genau beobachtet, doch ihr Einfluss und ihre Rhetorik gegenüber nichtbuddhistischen Minderheiten bleiben ungebrochen. Laut einem Bericht der Zeitung „The Irrawaddy“ vom 23. Juli 2018 reagierte die Gruppe auf ihr erneutes Verbot, indem sie Formulare an ihre Untergruppierungen im Land verschickte und sie fragte, ob die Vereinigung mit der Kampagne zum „Schutz der Rasse und Religion“ fortfahren solle. Mit den Formularen sollte außerdem herausgefunden werden, ob die Mitglieder dem Verbot Folge leisten wollten. Das geschah, da die Vereinigung konsensbasiert arbeitet. Ihre extremistische Haltung wird wohl am besten durch einen Bericht gezeigt, der Ashin Wirathu zitiert, einen der unverblümtesten und extremistischsten buddhistischen Mönche: „Ich warne die Menschen nur vor Muslimen. Wenn du einen Hund hast, der Fremde anbellt, die in dein Haus kommen, tut er das, um dich zu warnen. Ich bin dieser Hund. Ich belle.“ Religiös motivierter Nationalismus wird ungebrochen weitergehen und könnte sich gegenüber Christen sogar verstärken, da die meisten Muslime aus dem Land vertrieben wurden.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia und Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die Rolle der Armee wird wahrscheinlich sowohl in der Politik als auch im Kampf gegen Aufständische an Bedeutung gewinnen. Ein weiterer Anreiz, die starke Position zu behalten, liegt darin, dass die Armee in großem Maße in legalen und illegalen Handel verwickelt ist. Letzterer betrifft insbesondere die größtenteils von Christen bewohnten Gebiete wie den Kachin-Staat. Die Gewalt ist trotz aller Fortschritte hinsichtlich der Demokratisierung des Landes und Vereinbarungen zur Waffenruhe gestiegen. Es gibt viele Probleme, die friedliche Lösungen erschweren: Armeeangehörige und einige der Aufständischen aus den ethnischen Minderheiten sind in Drogenhandel und den Abbau von Rohstoffen wie Jade und Edelholz involviert. Der Aufbau von Vertrauen wird unmöglich sein, solange die Armee weiterhin die große christliche Minderheit in Kachin angreift und auch die Kämpfe in Karen andauern. Der Versöhnungsprozess ist sehr langsam und es wird befürchtet, dass er zu einem Stillstand kommt, insbesondere da alle Ressourcen der Regierung und des Militärs auf die Minderheit der Rohingya und die ARSA konzentriert sind. Die Aussichten für die Vision eines demokratischen und föderalen Staates sind nicht sehr vielversprechend. Es sollte nicht vergessen werden, dass Aung San Suu Kyi nicht die Kontrolle über das ganze Land hat, und die Armee vollkommen selbstständig handeln kann.

Mit Hinblick auf Kommunistische Unterdrückung: Ende 2018 bleibt es schwierig, abzuschätzen, inwiefern diese Triebkraft weiterhin eine dominante Rolle in der Wa-Region spielen wird. Es wurde durch die Schließung dutzender Kirchen und Bibelschulen und die Verhaftung und Vertreibung christlicher Leiter und Studenten jedoch bereits viel Schaden angerichtet. Soviel scheint sicher: die Wa-Region wird mit Blick auf Religion nie wieder so aussehen wie zuvor.

Zusammenfassung

Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihren Blick über die furchtbare Situation der Rohingya hinaus weitet und Wege findet, mit der Regierung und anderen politisch einflussreichen Akteuren zu reden. Die Regierung zieht sich immer mehr in die Arme Chinas zurück und das verheißt nichts Gutes für die christliche Minderheit Myanmars. Das gilt besonders, wenn sich die Berichte als wahr bestätigen sollten, dass die Kommunistische Partei Chinas hinter dem Vorgehen gegen Christen in Wa steckt.

zurück zur Länderübersicht

Laos: Platz 19

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Kommunistische Unterdrückung: Der christliche Glaube wird als eine westliche Ideologie gesehen, die den Kommunismus in Frage stellt. Staatliche Behörden lehnen jeglichen Einfluss ab, der für westlich gehalten wird, und bemühen sich, die christliche Minderheit zu kontrollieren.

Diktatorische Paranoia: Christen müssen äußerste Vorsicht walten lassen, um negative Reaktionen von Regierungsbeamten zu vermeiden. Lokale Beamte nutzen oft die feindselige Einstellung der Gesellschaft gegenüber Christen, um eine Überwachung zu rechtfertigen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: In Stammesdörfern richtet man sich nach animistischen und anderen Praktiken. Sich von den Stammesriten abzuwenden, wird als Verrat angesehen und kann zum Ausschluss durch Dorfälteste und Familienmitglieder führen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Christen werden regelmäßig von den (kommunistischen) Behörden verfolgt – größtenteils auf der regionalen Ebene – und durch örtliche Mitglieder der Kommunistischen Partei. In manchen Fällen kooperieren Behörden mit lokalen religiösen Führern (meist Dorfältesten in Stammesgebieten, manchmal auch buddhistischen Mönchen), um Christen unter Druck zu setzen, besonders Konvertiten zum christlichen Glauben. Sehr häufig erleben christliche Konvertiten Verfolgung durch ihre eigene Familie. Es gab zudem Versuche, mit der Hilfe bestimmter registrierter Kirchen die Aktivitäten von Hauskirchen zu überwachen. Gewöhnliche Bürger, besonders in den ländlichen Regionen, beobachten Christen misstrauisch und vertreiben sie gelegentlich sogar aus den Dörfern.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die kommunistischen Behörden überwachen streng alle religiösen Aktivitäten und kontrollieren sie, auch die der registrierten Kirchen. Da alle Treffen den Behörden gemeldet werden müssen, sind Hauskirchen gezwungen, im Geheimen zu agieren, da sie als „illegale Versammlungen“ betrachtet werden. Sogar 75 Prozent der offiziell anerkannten evangelischen Kirchen in Laos haben keine festen kirchlichen Strukturen und führen ihre Gottesdienste in Wohnungen durch. Christliche Konvertiten tragen die Hauptlast der Verfolgung. Ihnen wird vorgehalten, sich selbst aus der (buddhistisch-animistischen) Gesellschaft auszuschließen, und sie werden folglich von ihrer eigenen Familie verfolgt (ihrer erweiterten Familie, da der laotische Haushalt meist aus drei Generationen unter einem Dach besteht) und durch lokale Behörden, die die örtliche Gemeinschaft aufhetzen oder dazu örtliche religiöse Führer nutzen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum des WVI 2019 wurde die Schließung von drei Kirchen angeordnet. Aus Sicherheitsgründen kann keine weitere Auskunft dazu gegeben werden. Mindestens 27 Christen wurden verhaftet und mehr als 60 wurden körperlich angegriffen, als sie im März 2018 aus ihren

Häusern vertrieben wurden. Berichte, nach denen Kirchen der Hmong-Minderheit zerstört wurden, konnten nicht bestätigt werden und sind daher nicht in der Wertung berücksichtigt.

Das Gesetz zu Vereinigungen trat am 1. November 2017 in Kraft und hat seitdem das kirchliche Leben verkompliziert. Als eine direkte Folge wurde der Druck auf Christen in der Provinz Luang Prabang durch die Polizei erhöht, ihre Treffen einzustellen. Das neue Gesetz schreibt für einen registrierten Ort der Anbetung vor, dass er der Kirche gehört und einen gemeldeten Kirchenmitarbeiter hat, damit er als legal angesehen wird. Allerdings ist es nahezu unmöglich, dies zu erreichen. Zunächst ist niemand willens, Land an eine Kirche zu verkaufen. Zweitens bestimmt das neue Gesetz, dass die Errichtung einer Kirche durch den Premierminister genehmigt werden muss.

Im August 2016 verabschiedete Premierminister Thongloun Sisoulith eine neue Vorschrift: Das Dekret 315 zur Lenkung und zum Schutz religiöser Aktivitäten. Dekret 315 definiert die Rolle der Regierung als den finalen Entscheider über rechtmäßige religiöse Aktivitäten. Die Regierung veröffentlichte im August 2017 eine Aktualisierung, welche noch mehr Einschränkungen für Christen im Berichtszeitraum des WVI 2019 brachte.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 71 Punkten steht Laos auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 auf Platz 19. Der Anstieg um 4 Punkte im Vergleich zum WVI 2018 folgt dem Trend der letzten Jahre und spiegelt den weiterhin hohen Druck auf Christen durch die Behörden und einen sehr hohen Druck auf christliche Konvertiten durch Familie, Freunde, Nachbarn und lokale Behörden wider. Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt stieg um einen Punkt. Ein weiterer Anstieg muss im Bereich „Leben im Staat“ verzeichnet werden, bedingt durch Berichte, dass die Regierung aktiv die Gemeinden „ermutigt“, nicht über Verfolgung zu sprechen, und die Inkraftsetzung des neuen Gesetzes für Organisationen, dessen Auswirkungen ebenfalls für die Gemeinden spürbar geworden sind. Indem es den Druck auf Christen erhöht, folgt Laos dem Beispiel anderer Länder, die immer noch von kommunistischen Parteien regiert werden – besonders seinem großen Nachbarn, China.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Laos ist eines der fünf letzten marxistisch-leninistischen Länder der Welt. Es hält auch standhaft an seiner kommunistischen Ideologie fest und widersetzt sich folglich jedem Einfluss, der als fremd oder westlich angesehen wird. Um die Kontrolle zu behalten, baut die kommunistische Regierung einen enormen Druck auf die Gesellschaft auf, einschließlich auf die kleine christliche Minderheit. Die Regierung hat eine negative Sicht auf Christen und betrachtet sie als Agenten des Auslands und Feinde. Der christliche Glaube wird als eine westliche Ideologie gesehen, die den Kommunismus in Frage stellt. Die laotische Regierung kontrolliert alle Informationsquellen, inklusive Zeitungen und Radio, und ist so effektiv in der Lage, das Land genau zu kontrollieren.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Animistische und andere Stammesriten werden in den Stammesdörfern befolgt, besonders in den ländlichen Gebieten (die mindestens 60 Prozent des Landes ausmachen). Sich von den Stammesriten abzuwenden, wird als Verrat betrachtet. Dorfälteste und Familienmitglieder sehen es als notwendig an, Christen des Dorfes zu verweisen, da sie fürchten, dass dieser fremde Glaube die Schutzgeister des Dorfes verärgern könnte. Lokale Beamte sind zudem bekannt dafür, Christen dazu zu zwingen, ihrem Glauben abzuschwören, und Dorfälteste schalten manchmal die lokalen Behörden ein, um Christen zu verhaften.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung ist verschwiegen und niemand außerhalb des innersten Zirkels der Regierung scheint zu wissen, was wirklich vor sich geht. Nicht ein einzelner Herrscher, sondern die Partei wird alles tun, um an der Macht zu bleiben. Christen müssen äußerste Vorsicht walten lassen, wenn sie über ihren Glauben reden. Sie müssen immer innerhalb stillschweigend angenommener Richtlinien bleiben und es gibt Grenzen, welche die Christen nicht überschreiten sollten, wenn sie negative Reaktionen vonseiten der Behörden vermeiden wollen. Lokale Beamte nutzen oft die feindselige Einstellung der Gesellschaft gegenüber Christen, um eine Überwachung zu rechtfertigen.

Religiös motivierter Nationalismus

Laos ist eines der fünf Länder, die der Theravada-Tradition des Buddhismus folgen, der ältesten der buddhistischen Traditionen. Der buddhistische Glaube ist tief in der Gesellschaft verankert. Weithin herrscht die Überzeugung, dass Laos und der Buddhismus untrennbar miteinander verbunden seien und dass der Buddhismus immer die führende Position im Lande einnehmen solle. Das Ziel der lokalen buddhistischen Führer, ihr Land „rein“ zu halten, und das Ziel der kommunistischen Machthaber, die Kontrolle zu behalten, ergänzen sich gegenseitig sehr gut. Beide wollen die Gesellschaft bestimmen und Abweichungen von der Norm verhindern.

Konfessioneller Protektionismus

Die Lao Evangelical Church (LEC) ist die vorherrschende Kirchengruppe im Land und hat bis vor kurzem die Ansiedlung anderer Denominationen blockiert. Jetzt, wo andere Denominationen ins Land kommen, besonders protestantische, benutzt die Regierung die LEC, um Informationen zu sammeln, und hin und wieder, um die anderen Denominationen unter Kontrolle zu halten.

3. Verfolger

Ausgehend von Kommunistischer Unterdrückung

Christen werden regelmäßig durch Behörden der kommunistischen Regierung verfolgt – zumeist auf provinzieller Ebene – und durch örtliche Mitglieder der Kommunistischen Partei. In manchen Fällen kooperieren Behörden mit lokalen religiösen Führern (meist Dorfältesten in Stammesgebieten, manchmal auch buddhistischen Mönchen), um Christen unter Druck zu setzen, besonders Konvertiten zum christlichen Glauben.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Konvertiten erleben sehr regelmäßig Verfolgung durch ihre eigene Familie, die meist von lokalen Anführern ethnischer Gruppen aufgehetzt wird, zum Teil zusammen mit den Dorfältesten. Da der

Entschluss, die Geister nicht mehr zu verehren, das ganze soziale Umfeld beeinflusst, beobachten gewöhnliche Bürger, besonders in den ländlichen Gegenden, die Christen misstrauisch und vertreiben sie teilweise sogar aus ihren Dörfern.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die Behörden der kommunistischen Regierung und die Kommunistische Partei werden alles tun, was sie für notwendig erachten, um an der Macht zu bleiben. Da die Anführer ethnischer und religiöser Gruppen einen Vorteil darin sehen, dass die Regierung und die Partei an der Macht bleiben, unterstützen sie diese.

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

Wo der Buddhismus stark vertreten ist, stellen nichtchristliche Leiter (in Zusammenarbeit mit dem sozialen Umfeld und der Familie) sicher, dass die Christen nicht in der Lage sind, im Dorf Fuß zu fassen, und dass Christen buddhistischer Herkunft unter Druck gesetzt werden, zum Buddhismus zurückzukehren.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

Es gab Versuche von Behörden, mithilfe bestimmter registrierter Kirchen die Aktivitäten von Hauskirchen zu überwachen – mit einigem Erfolg.

4. Hintergrund

Laos befindet sich seit 1975 im festen Griff der Laotischen Revolutionären Volkspartei. Ihre exklusiven Netzwerke von Familien und engen Freunden von Parteimitgliedern erhöhen den ohnehin schon hohen Druck, den jeder Bürger zu spüren bekommt, aber besonders Minderheiten. Im Land gibt es weder Meinungsfreiheit noch eine freie Presse, welche die Aufmerksamkeit auf die zahlreichen Fälle von Korruption lenken könnte. Jede organisierte Gruppe, besonders all jene, die nicht mit der Ideologie der Regierung übereinstimmen, wird als eine Bedrohung für den Fortbestand des Kommunismus im Land angesehen.

Die Abhängigkeit des Landes von seinem gigantischen Nachbarn China behindert die Entwicklung des Landes, macht es verwundbar und führt zu erheblichen Schulden. China ist mit Abstand der größte ausländische Investor im Land. Dennoch führten wachsende Belastungen für Umwelt und Gesellschaft im Berichtszeitraum dazu, dass die Behörden eingriffen, beispielsweise im Juni 2018 bei einem bewaffneten Angriff auf zwei chinesische Zementfabriken. Laotische Mädchen werden weiterhin nach China verkauft, da es dort aufgrund der langjährigen Ein-Kind-Politik zu wenige potentielle Ehefrauen gibt.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Diese Gemeinden vermischen sich nicht mit den lokalen Gemeinden, außer in seltenen Fällen in den Städten. Zu ihnen gehören Gemeinschaften von Mitarbeitern im diplomatischen Dienst, die zum Beispiel Druck durch das Überwachungssystem der Polizei erleben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind Gemeinschaften wie die Römisch-Katholische Kirche, die Lao Evangelical Church (LEC) und die Siebenten-Tags-Adventisten. Obwohl diese Kirchen offiziell von den Behörden anerkannt sind, werden sie überwacht, und im Falle der LEC stehen sie Beschränkungen bei der Auswahl ihrer Leiter und beim Drucken christlicher Literatur gegenüber. Teilweise zwingt die Regierung sie dazu, nicht registrierte Kirchen zu überwachen.

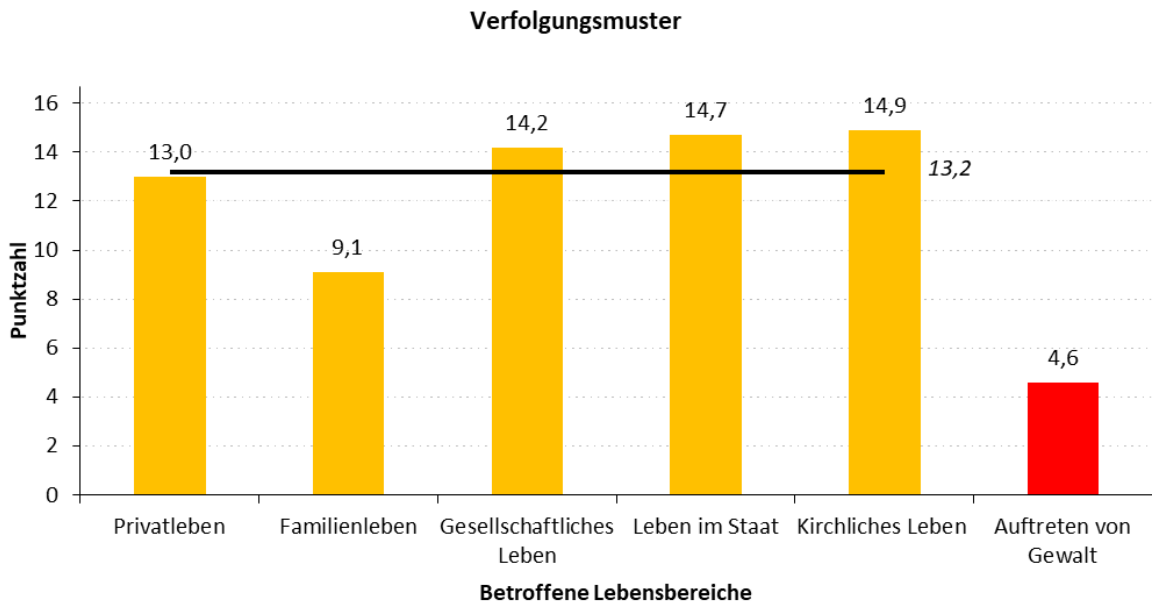
Christen buddhistischer oder animistischer Herkunft

Christliche Konvertiten stammen aus einem buddhistischen oder ethnisch-animistischen Hintergrund und erleben die stärkste Verfolgung, sowohl durch lokale Behörden als auch durch Familie, Freunde und Nachbarn. Da jede Konversion ein Indikator dafür ist, dass der christliche Glaube wächst, ist die Regierung wachsam, was Bekehrungen angeht.

Christen aus protestantischen Freikirchen

In Laos existieren evangelikale, baptistische und Pfingstgemeinden, Methodisten, Lutheraner, die Assemblies of God und viele andere Denominationen. Da die Regierung keine „illegalen“ Versammlungen erlaubt, müssen die zuvor genannten Gruppen sich unter einer der drei von der Regierung anerkannten Kirchen registrieren. Gemeinden, die dies nicht tun, müssen sich heimlich treffen. Mitglieder dieser Gemeinden erleben Diskriminierungen auf den unterschiedlichsten Ebenen der Gesellschaft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Laos

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in allen Lebensbereichen ist sehr hoch; er stieg von 12,8 Punkten beim WVI 2018 auf 13,2 beim WVI 2019.
- Der Druck ist in den Bereichen „Kirchliches Leben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“ am stärksten (extrem hoch). Der Druck auf christliche Konvertiten ist besonders intensiv in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“, während alle Christen wachsendem Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ausgesetzt sind. Dieser Druck ist ein Resultat des Bestrebens der Behörden, die kommunistischen Werte wieder hochzuhalten und die Anzahl der Glaubensübertritte dagegen kleinzuhalten. Er spiegelt auch die Versuche der Regierung wider, an der Macht zu bleiben und alle Kräfte zu bekämpfen, die als fremd wahrgenommen werden.
- Die Zunahme des Drucks fällt mit einem leichten Anstieg der Gewalt gegen Christen zusammen: Der Punktwert für das Auftreten von Gewalt stieg von 3,5 (WVI 2018) auf 4,1 beim WVI 2019. Es gelang, mehr Berichte aus Laos zu bekommen, was half, die Situation der Christen im Land besser zu beurteilen, was wiederum zum Anstieg der Punktzahlen beitrug.

Privatleben

Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund müssen immer vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben, besonders, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. In abgelegenen Gebieten haben die Häuser nur einen Raum und an vielen Orten leben drei Generationen unter einem Dach. Das macht es schwierig, einen Platz zu finden, um die Bibel zu lesen, zu beten oder Gottesdienst zu feiern, ohne bemerkt und unterbrochen zu werden. Christliche Konvertiten werden beschimpft und körperlich misshandelt und können aus ihren Häusern verjagt werden. Da alle Versammlungen von der Regierung als potentiell gefährlich angesehen werden, muss jedes Treffen von den Behörden genehmigt werden, die allerdings derartige Treffen verhindern oder als illegal erklären. Die meisten Dörfer werden durch einen Dorfvorsteher geleitet (pho ban oder nai ban). Ihm zur Seite stehen ein oder zwei von den Dorfbewohnern gewählte Assistenten, die alle Aktivitäten im Dorf überwachen und den Frieden wahren sollen. Distrikt- und Provinzvorsteher nutzen manchmal ihre Position aus und bedrohen Christen mit dem Ausschluss aus dem Dorf wegen ihrer christlichen Aktivitäten wie Lobpreis, Gebet und Bibellesen. Viele Laoten glauben, dass sie von phi (Geistern) beschützt werden. Die Angst davor, diese Geister zu beleidigen, führt dazu, dass sich Familienmitglieder gegen Christen wenden. Oft hindern sie Christen daran, sich mit anderen Christen zu treffen oder das Haus zu verlassen. Bibeln und andere christliche Literatur müssen sorgfältig versteckt werden und können nur mit äußerster Vorsicht gelesen werden. Alle Christen werden streng überwacht und hin und wieder werden die registrierten Kirchen benutzt, um Christen im Auge zu behalten.

Familienleben

Teilweise werden Christen ihre Familiendokumente weggenommen, was die Registrierung von Familienereignissen (Geburten, Hochzeiten, Todesfällen) unmöglich macht. In stark buddhistischen Gebieten wurden Hochzeiten und Beerdigungen, die traditionell mit der Besänftigung der Geister verbunden sind, behindert und Taufen müssen mit äußerster Vorsicht durchgeführt werden. Buddhistische Lehren werden oftmals als Teil der laotischen „kulturellen Erziehung“ betrachtet und sind daher Teil des Lehrplans in den Schulen. In einem Fall mussten christliche Schüler an einem buddhistischen Tempelritual teilnehmen, das ihrem Glauben zuwiderlief. Kindern aus christlichen Familien wurde sogar wegen ihres Glaubens die Aufnahme in bestimmte Schulen verweigert und ihnen wurde vom Lernen abgeraten, da sie ohnehin keine Aussicht hätten, in Zukunft als Christ eine Arbeit

zu finden. Zwei Dinge, die Familien nutzen, um Druck auf christliche Konvertiten aufzubauen, sind die Androhung der Ehescheidung (wenn sie verheiratet sind) und der Verlust des Erbes.

Gesellschaftliches Leben

Provinzen wie Luang Namtha, Phongsaly und Houphan im Norden und Savannakhet im Süden sind für Christen traditionell schwierige Orte, da hier die lokalen Behörden fest entschlossen zu sein scheinen, das christliche Zeugnis auszulöschen. Fortwährend belästigen und verhaften sie Christen und verbannen sie aus ihren Häusern. Der christliche Glaube wird als westlich angesehen, als eine gefährliche Abweichung von der kommunistischen Ideologie und daher als eine Gefahr für den Staat. Lokale Gemeinschaften helfen häufig bei der Überwachung christlicher Aktivitäten. Familienmitglieder, Dorfbewohner und lokale Behörden bedrohen oder schlagen Christen bei den Versuchen, sie dazu zu bringen, ihren Glauben zu widerrufen. Das soziale Umfeld erwartet, dass Christen an buddhistischen und animistischen Zeremonien teilnehmen. Die baci-Zeremonie ist ein dörfliches Ereignis, um die Geister herbeizurufen und denen Wohlwollen, Glück und Gesundheit zuzusprechen, die in dieser Zeremonie geehrt werden. Die Zeremonie ist dazu da, die Geister zur Heimkehr zu bewegen und das Gleichgewicht wiederherzustellen. Ein weißer Faden um das Handgelenk soll den Schutz vor Geistern sicherstellen. Die Christen bevorzugen es, sich von Zeremonien in Zusammenhang mit der Geisterwelt fernzuhalten. Ihre Weigerung, daran teilzunehmen, erzeugt oft Spannungen im Dorf. Lokale Leiter und Nachbarn erwarten von jedem, dass er an buddhistischen Zeremonien teilnimmt. Sie fürchten Flüche durch die Geister, sollte nicht jeder mitmachen. Wenn sie es nicht schaffen, die Christen zur Teilnahme zu zwingen, bitten sie einen Mönch oder einen geistlichen Leiter, die Christen zu verfluchen.

Christen werden meist als Abweichler von der Norm gesehen. Familien, die aus ihren Dörfern verbannt wurden, sagten, dass ihre Nachbarn auch Christen werden wollten, aber zögerten, da sie den christlichen Glauben als nachteilig für ihr Leben in der Gemeinschaft ansahen. Auch kommunistische Führer fürchten die Ausbreitung des christlichen Glaubens und bezeichnen ihn als westliche Ideologie, die die Nation schwächen würde. Diese negative Sicht auf den christlichen Glauben führt dazu, dass Unterstützung verzögert wird, Drohungen ausgesprochen und Restriktionen durch die Gesellschaft und die örtlichen Behörden auferlegt werden. Christen werden oft eingeschränkt, was die Nutzung der örtlichen Ressourcen angeht. In einem Fall wurde einer schwangeren Christin der Zugang zu einem Krankenhaus für die Geburt verwehrt. Im Berichtszeitraum gab es Fälle, in denen Christen aufgrund ihres Glaubens eine Arbeitsstelle verweigert wurde und christliche Geschäftsleute diskriminiert wurden. Lokale Behörden erlegen Christen für illegale Treffen Geldstrafen auf. In einigen Fällen wurden die Besitztümer von Christen (z. B. Autos und technische Ausrüstung) beschlagnahmt.

Leben im Staat

Artikel 9 der geänderten Verfassung von 2003 betont die Pflicht des Staates, alle Religionen zu respektieren und zu schützen, insbesondere Buddhisten und Mönche, während Artikel 43 besagt, dass laotische Bürger das Recht und die Freiheit haben, an eine Religion zu glauben oder auch nicht. Dennoch wurden seit der Veröffentlichung des Dekrets 92 im Jahr 2002 diese Zugeständnisse zur Religionsausübung missbraucht, um die tatsächliche Ausübung von Religionsfreiheit schwieriger zu machen. Das Dekret verlangt eine vorherige Zustimmung der Regierung zu jeder Form religiöser Aktivität. Ohne diese Zustimmung wird jegliche Aktivität als illegal betrachtet. Der Übertritt zu einem neuen Glauben, christliche Verkündigung und kirchliche Aktivitäten erfordern alle die Zustimmung der Regierung. Basierend auf den Erfahrungen von christlichen Leitern erteilt die Regierung diese

Zustimmung äußerst selten. Das Dekret 92 wurde dann im August 2016 durch das Dekret 315 ersetzt, welches die Rolle der Regierung als den finalen Entscheider bei der Zulässigkeit von religiösen Aktivitäten definiert. Anschließend veröffentlichte die Regierung im August 2017 eine Aktualisierung, genannt das „Gesetz für Vereinigungen“, welches am 15. November 2017 in Kraft gesetzt wurde und weitere Restriktionen und Ärger für Christen mit sich brachte. Das neue Gesetz – welches auch für Hilfsorganisationen gilt – schreibt für einen registrierten Ort der Anbetung vor, dass er der Kirche gehört und einen gemeldeten Kirchenmitarbeiter hat, damit er als legal angesehen wird. Allerdings ist es nahezu unmöglich, dies zu erreichen.

Eine andere Provinz zu besuchen setzt eine Genehmigung des Leiters der eigenen Provinz und der Provinz voraus, die man besuchen möchte. Zudem muss der Dorfälteste in dieser Provinz zustimmen. Solch eine Genehmigung für Gemeindetätigkeiten zu bekommen, ist nahezu unmöglich, und folglich müssen Christen diese Besuche ohne Genehmigungen durchführen, was das Risiko mit sich bringt, mit Geldstrafen belegt, verhaftet oder vertrieben zu werden. Die internationale Überwachung von Gerichtsverfahren wurden behindert. Dem vom US-Außenministerium herausgegebenen Bericht zur internationalen Religionsfreiheit für 2017 zufolge gab es weitere Einschränkungen: „Religiöse Gruppen gaben an, dass Beamte der Provinzregierung ihre Leiter aufforderten, keine Beschwerden an Ausländer weiterzugeben, im Austausch gegen mehr Religionsfreiheit. Religiösen Gruppen zufolge hat die Zentralregierung ihre Bemühungen fortgesetzt, Individuen, die verhaftet, ausgewiesen, bestraft, benachteiligt oder auf andere Weise Opfer von Missbrauch wegen ihrer religiösen Ansichten geworden waren, aus dem Blickfeld internationaler Beobachter herauszuhalten.“ Dieser aktive Beitrag zur Behinderung internationaler Überwachung hat zu einem Anstieg der Punktzahl im Bereich „Leben im Staat“ beigetragen, wie auch das neue Gesetz für Vereinigungen, welches im November 2017 in Kraft trat und das kirchliche Leben weiter verkompliziert.

Der christliche Glaube wird als eine Beleidigung des Buddhismus angesehen, der als ein zentraler Teil der laotischen Kultur und damit der nationalen Identität gilt. Zudem wird Christen auch immer wieder von Dorfältesten vorgeworfen, die Geister verärgert zu haben, etwa wenn sich Krankheit im Dorf ausbreitet. Regelmäßig werden ihnen unethische Bekehrungen vorgeworfen und im Berichtszeitraum wurden einige deswegen inhaftiert. Wenn Christen oder Kirchen angegriffen werden, kommen die Täter nahezu immer ungeschoren davon. Christen können keine faire Behandlung und Gerechtigkeit von der Polizei, den Behörden oder den Gerichten erwarten. Die Medien stellen die Christen weiterhin als Überbleibsel der Kolonialzeit und ein Ärgernis für die Geister da.

Kirchliches Leben

Der Druck im kirchlichen Leben ist extrem hoch. Alle Gemeindeaktivitäten werden streng überwacht. Die Regierung bedroht Gemeindeleiter, die sie der Missionierung verdächtigt, und schüchtert sie ein. In städtischen Gebieten ist sie etwas toleranter, was die Religionsausübung betrifft, hat aber in ländlichen Gebieten oft hart durchgegriffen. So griffen lokale Behörden und die Polizei häufig an mehreren Orten in das Recht ein, Gottesdienst zu feiern, und sind gut darüber informiert, welche Gruppen sich zum Lobpreis treffen. Sie stürmten Kirchen und konfiszierten Bibeln und andere christliche Literatur. Christen wurde auch mit Gefängnisstrafen gedroht, sollten sie nicht ihren Glauben widerrufen. Die Kirchen der LEC versuchen bisweilen, die Aktivitäten der Hausgemeinden für die Behörden zu überwachen. Die Regierung wird auf jede Aussage reagieren, die sich gegen die kommunistische Ideologie richtet. Gemeinden müssen detaillierte Berichte übermitteln, damit sie Genehmigungen erhalten, sich zu treffen und Gottesdienst zu feiern. Dorfgemeinschaften hindern Gemeinden oft daran, Gottesdiensträume zu bauen und einzurichten. Hin und wieder setzen sie auch

Gewalt ein, um die Errichtung einer Kirche zu verhindern. Unglaublich umfangreiche Verwaltungsvorgaben müssen erfüllt werden, bevor eine Kirche gebaut werden kann. Dies gilt besonders für die nördlichen Provinzen. In einigen ländlichen Gebieten ist sogar ein lokaler Offizier verpflichtet, an Gottesdiensten teilzunehmen, um die Christen zu überwachen. Alle christliche Literatur, die veröffentlicht (oder legal importiert) wird, muss sowohl von der Regierung als auch der LEC genehmigt werden. Sogar 75 Prozent der offiziell anerkannten LEC-Kirchen in Laos besitzen keine festen kirchlichen Strukturen und führen ihre Gottesdienste laut dem Landesbericht 2017 des US-Außenministeriums in Wohnungen durch. Beamte, in Begleitung der Polizei, sind bekannt dafür, Bibeln und andere christliche Materialien von Hauskirchen zu beschlagnahmen. Seit Inkrafttreten des Gesetzes für Nichtregierungsorganisationen im Jahr 2014 hat die Regierung angefangen, die gemeinnützigen Aktivitäten der christlichen Dienste im Land zu überwachen. Das „Gesetz zu Vereinigungen“, in Kraft seit November 2017, gibt der Regierung mehr Möglichkeiten, Kirchen und besonders ihr Engagement, das Umfeld zu erreichen, einzuschränken.

Auftreten von Gewalt

Es gab im Berichtszeitraum mehrere Fälle, in denen Christen aus ihren Dorfgemeinschaften verbannt wurden, weil sie das Evangelium verkündigt haben. Ein Pastor wurde inhaftiert, weil er Weihnachten 2017 einen Film über Jesus gezeigt hatte. Außerdem gab es Berichte von Hmong-Christen, die verhaftet und inhaftiert worden sind. Drei Kirchen wurde von den Behörden verordnet, die Gottesdienste einzustellen.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Männer und Frauen werden in Laos im Allgemeinen gleich behandelt. Auch Verfolgung betrifft sie auf die gleiche Weise, wenn es zu sozialer Ächtung kommt oder sie das Dorf wegen ihres Glaubens verlassen müssen. Nichtsdestoweniger haben Frauen eine größere Last zu tragen, da sie sich traditionellerweise um die Kinder kümmern. Zusätzlich, und wie bereits erwähnt, stehen Frauen und Mädchen in der Gefahr, aufgrund ihrer Armut verkauft zu werden. Damit einhergehend drohen ihnen Vergewaltigung und sexuelle Belästigung. Dies betrifft jedoch nicht nur Christen.

Männer

In Laos sind Männer die Haupternährer der Familie; wenn sie ihre Arbeit verlieren oder aus dem Dorf verbannt werden, betrifft das die ganze Familie. Wenn Männer und Jungen inhaftiert werden, muss die Familie im Normalfall eine beträchtliche Summe bezahlen, damit sie freigelassen werden. Im Falle von Gemeindeleitern betrifft dies nicht nur die Familie, sondern auch die Kirchengemeinden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Dekret 315, von der laotischen Regierung umgesetzt (siehe „Leben im Staat“), wird auch für andere religiöse Gruppen wie Buddhisten oder Animisten Konsequenzen haben, nicht nur für Christen. Buddhisten stehen teilweise Problemen bei der Registrierung von Mönchen gegenüber, besonders wenn sie sich außerhalb der Mainstream-Lehren des Buddhismus bewegen. Unter den ethnischen Gemeinschaften sind es die Hmong (welche entweder Christen oder Animisten sind), die dem größten Widerstand der Regierung gegenüberstehen. Muslime, Hindus und Bahai stellen winzig kleine Minderheiten in dem Land dar. Es waren keine Berichte zur Verfolgung dieser Religionen verfügbar.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Laos verschwand wieder aus dem internationalen Rampenlicht, als es Ende 2016 seinen Vorsitz des „Verbands Südostasiatischen Nationen“ (ASEAN) beendete. Dies bedeutet nicht, dass die Herausforderungen, denen das Land gegenübersteht, kleiner werden. Die größte Herausforderung bleibt die Beziehung des Landes zu seinem gigantischen Nachbarn China.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Kommunistische Unterdrückung, vermischt mit Diktatorischer Paranoia: Es werden keine Initiativen geduldet, die nicht durch die kommunistischen Behörden kontrolliert werden können. Dies wird auch in Zukunft weiterhin für die christliche Minderheit gelten und spiegelt die ungebrochene Macht der Kommunistischen Partei wider. Die Behörden gehen weiterhin harsch gegen jede wahrgenommene Abweichung vor (was auch den christlichen Glauben betrifft).

Mit Hinblick auf Religiös motivierten Nationalismus: Laos ist eines der wenigen buddhistischen Länder auf der Welt. Den Glauben zu verlassen bedeutet, die Gemeinschaft zu verlassen und sich zu isolieren. Dies wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Angst vor den Geistern durchdringt und dominiert das Leben der meisten Laoten, besonders in den ländlichen Gegenden. Wer auch immer nicht an ihrer Verehrung mitwirkt, schließt sich nicht nur selbst aus der Gemeinschaft aus, sondern wird auch beschuldigt, Unheil und die Rache der Geister über die ganze Gemeinschaft zu bringen. Dieser Glaube und die daraus resultierende Verfolgung von christlichen Konvertiten werden sich in absehbarer Zeit nicht ändern.

Schlussfolgerung

Internationale Medien reagierten positiv auf die Ankündigung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC), die wirtschaftliche Entwicklung des Landes anzuerkennen, indem er den wirtschaftlichen Status von Laos bis 2024 zu erhöhen und es damit aus der Kategorie „Am wenigsten entwickelte Länder“ zu lösen beabsichtigt, wenn Laos weiterhin in dem bestehenden Grad wächst. Dennoch könnte sich das Land in nicht allzu ferner Zukunft in einem Dilemma wiederfinden: Auslandsinvestitionen sind zwar in Zusammenarbeit mit China möglich, ohne die Wirtschaft gegenüber Marktkräften zu öffnen, doch der Preis ist eine immer größere Abhängigkeit von China. Dementsprechend hat eine Hochstufung durch den ECOSOC keine Bedeutung für die Frage nach den Menschenrechten, für Minderheiten und für die Religionsfreiheit. Dass dieses Wachstum seinen Preis hat, konnte schon im Juli 2018 beobachtet werden: In seinem Bestreben, eine Energiequelle für ganz Südostasien zu werden, hat Laos internationalen Unternehmen gestattet, mehrere Dämme zu bauen, um aus dem Potential des Landes in der Wasserenergiegewinnung Nutzen zu ziehen. Im Juli 2018 brach einer dieser Dämme, der sich noch im Bau befand, und dutzende Menschen starben. Fragen danach, wer genau von Projekten wie diesen profitiert, werden immer häufiger gestellt. Wenn die Verbindungen nach China wachsen, werden Christen weiterhin an den Rand gedrängt und diskriminiert werden und es ist sogar möglich, dass Chinas strikte Regeln gegen Religionen in Zukunft als ein Vorbild für die Regierung von Laos dienen.

zurück zur Länderübersicht

Vietnam: Platz 20

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Kommunistische Unterdrückung: Die kommunistische Regierung überwacht christliche Aktivitäten und übt einen hohen Druck auf alle Christen aus. Besonders misstrauisch ist die Regierung gegenüber den Minderheiten, die im zentralen und nördlichen Hochland leben, von denen viele evangelische Christen sind.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Einige Schätzungen besagen, dass 80 Prozent der protestantischen Christen aus einer ethnischen Minderheit stammen. Stammesführer sehen Christen und neue Gläubige oft als Verräter ihrer Kultur und Identität und stoßen sie aus den Gemeinschaften aus.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Regierung verfolgt die christliche Minderheit von der nationalen Ebene bis hinunter zur lokalen Ebene durch Gesetze. Das aktuellste wurde am 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Stammesführer sehen Christen als Verräter ihrer Kultur und Identität. Dorfbewohner arbeiten zudem mit den lokalen Behörden zusammen, indem sie christliche Treffen stören, Christen zusammenschlagen und sie aus ihren Dörfern vertreiben. Nichtchristliche Verwandte werden ebenfalls zu starken Verfolgern, indem sie die Familienbande kappen oder Erbschaften verweigern, in einigen Fällen den christlichen Partner zur Scheidung zwingen und einem christlichen Elternteil das Sorgerecht für die Kinder verweigern.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Historische christliche Gemeinschaften wie Katholiken genießen ein gewisses Maß an Freiheit, es sei denn, sie werden politisch aktiv, was zu Verhaftungen führen kann. Immer wieder werden große Grundstücke von katholischen Gemeinden durch staatliche Stellen konfisziert, um dort zu bauen. Sowohl Christen aus Freikirchen als auch Christen mit einem Hintergrund in den Stammesreligionen werden stärker verfolgt, besonders, wenn sie in den dörflichen Regionen in Zentral- und Nordvietnam leben. Die meisten von ihnen gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes, wie den Hmong und stehen sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und gewalttätigen Angriffen gegenüber. Immer wieder werden ihre Häuser zerstört und sie werden anschließend gezwungen, ihr Dorf zu verlassen. In mehreren Fällen flohen Christen ins Ausland und beantragten Asyl, beispielsweise im benachbarten Kambodscha, wurden aber auf Druck Vietnams wieder zurückgeschickt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- 2018 verurteilten Vietnams Gerichte eine Anzahl von katholischen Aktivisten, Bloggern und protestantischen Pastoren, zum Beispiel im August 2018 Le Dinh Luong, zu einer 20-jährigen Strafe für den angeblichen Versuch des „Sturzes der Regierung“. Dem beispiellosen Schritt, 2017 einen katholischen Professor nach Frankreich und einen evangelischen Pastor in die USA abzuschieben, folgte nun die Abschiebung des prominenten Menschenrechtsanwalts Nguyen Van Dai und seines Mitgefangenen Le Thu Ha der „Brotherhood of Democracy“ (beide Christen) nach Deutschland im Juni 2018. Zuletzt wurde im Oktober 2018 die bekannte katholische Bloggerin Nguyen Ngoc Nhu Quynh, besser bekannt als „Mother Mushroom“, aus

der Haft entlassen, nachdem sie zwei Jahre ihrer 10-jährigen Haftstrafe abgesessen hatte. Die Entlassung folgte jedoch nur unter der Bedingung, dass sie ins Exil in die USA gehe.

- In mehreren Fällen wurden katholische Pfarreien und Klöster in Hanoi, Hue und Ho-Chi-Minh-Stadt angegriffen und unter Druck gesetzt, einem Abriss und einer Enteignung zuzustimmen, teilweise durch von der Regierung bezahlte Schläger.
- Christliche Kinder ethnischer Minderheiten werden in Schulen diskriminiert und bekommen nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie andere; außerdem werden ihre medizinischen Bedürfnisse oft ignoriert. Einige können wegen ihres christlichen Glaubens noch nicht einmal eine Schule besuchen. Als Schüler aus einem Stamm im zentralen Hochland zum christlichen Glauben kamen, drohte ihnen ihr Schuldirektor damit, sie der Schule zu verweisen. Lehrer versuchen auch, christliche Schüler zu entmutigen, indem sie ihnen sagen, dass sie als Christen nach ihrem Abschluss ohnehin keine Anstellung fänden; daher sei es besser, dass sie ihren Glauben aufgäben.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 70 Punkten steht Vietnam auf dem 20. Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019, nur einen Punkt höher als 2018. Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist 1,6 Punkte höher als im Vorjahr, was widerspiegelt, dass die Behörden auf verschiedene Formen der Gewalt zurückgreifen und willens scheinen, das negative internationale Echo hinzunehmen: Kirchen wurden geschlossen und Christen wurden dazu gezwungen, das Land zu verlassen. Die neuen Regulierungen zur Religion, seit dem 1. Januar 2018 umgesetzt, haben nichts Substantielles geändert, obwohl sie auf dem Papier wie eine Verbesserung aussehen. Strengere Regulierungen der Online-Kommunikation werden dazu beitragen, die Freiheiten von Christen weiter einzuschränken. Druck und Gewalt gegen Christen aus ethnischen Minderheiten gehen unvermindert weiter.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Vietnam – oder wie es der offizielle Name besagt: die „Sozialistische Republik Vietnam“ – ist eines der fünf Länder, die immer noch von einer kommunistischen Partei regiert werden. Der vietnamesische Kommunismus ist mehr als nur Schein, wie ein Beobachter anmerkte, als er sagte, dass die marxistisch-leninistische Ho-Chi-Minh-Ideologie „quasi-religiös“ befolgt werde. Die Regierung überwacht christliche Aktivitäten und übt einen hohen Druck auf alle Christen aus. Die Katholische Kirche ist mit Abstand die größte christliche Gemeinschaft im Land. Die Regierung hat eine angespannte Beziehung zu ihr, da Katholiken mit einer fremden Macht, dem Vatikan, verbunden sind, und zudem oft als Erbe der französischen Kolonialzeit gesehen werden. Vorurteile wie „Katholiken sind französisch und Protestanten amerikanisch“ halten sich weiterhin, besonders in den dörflichen Regionen. 2017 zeigte sich diese Einstellung ganz besonders, als zwei Christen mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft des Landes verwiesen wurden und ins Exil nach Frankreich und in die USA gehen mussten. Besonders misstrauisch ist die Regierung gegenüber den Minderheiten, die im zentralen und nördlichen Hochland leben und als „Montagnards“ bekannt sind. Viele von ihnen sind evangelische Christen und Berichten zufolge hat sich dort der christliche Glaube weiter ausgebreitet. Anzumerken ist, dass sich alle

nichtkatholischen Christen in Vietnam als „evangelikal“ bezeichnen, viele von ihnen gehen in charismatische oder Pfingstgemeinden.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Niemand kennt genaue Zahlen, aber die Mehrheit der Christen hat einen Stammeshintergrund und einige Schätzungen besagen, dass 80 Prozent der protestantischen Christen aus einer ethnischen Minderheit stammen, viele von ihnen von den Hmong oder den Bru. Wenn Dorfbewohner oder Dorfälteste herausfinden, dass jemand Christ geworden ist, zwingen sie ihn dazu, den jahrhundertealten Werten und Normen der Gemeinschaft wieder zu folgen. Um die Kultur des Stammes zu bewahren, verstoßen Stammesführer oft die Christen aus den Gemeinschaften, da sie diese als Verräter ihrer Kultur und Identität sehen. Die Gemeinschaft selbst reagiert ebenfalls oft gewalttätig auf diese Christen und schließt sie aus den Dörfern aus. Die Behörden arbeiten mit den lokalen Stammesführern zum Nachteil dieser Konvertiten zusammen.

3. Verfolger

Ausgehend von Kommunistischer Unterdrückung

Die Regierung verfolgt Christen auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene. Die Kommunistische Partei tut dies oft, indem sie die Ideologie stärkt und diejenigen belohnt, die den Kommunismus hochhalten. Gesetze werden erlassen, dann lokal angewendet und nicht selten missinterpretiert. Wenn die Regierung Gewalt einsetzt, heuert sie oft lokale Schläger an, die nicht direkt zu ihr zurückzuverfolgen sind. Sie sind vor Ort meist als „Red Flag groups“ bekannt. Hin und wieder können Stammesführer, gewöhnliche Bürger und selbst die eigene Familie zu weiteren Verfolgern werden.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Anführer ethnischer Gruppen sehen Christen als Verräter ihrer Identität an. Um die Stammeskultur zu schützen, schneiden sie die Christen von der Versorgung ab oder werfen diese aus dem Dorf, zerstören ihre Felder und Ähnliches. Dorfbewohner verfolgen Christen auch in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, indem sie Christen verprügeln, sie aus ihren Dörfern vertreiben oder christliche Versammlungen stören, indem sie beispielsweise Steine auf die Versammlungsorte werfen. Nichtchristliche Verwandte agieren ebenfalls als Verfolger, indem sie die Familienbande kappen und Erbschaften verweigern; in manchen Fällen werden christliche Ehepartner zur Scheidung gezwungen und ihnen wird das Sorgerecht für die Kinder vorenthalten.

4. Hintergrund

Vietnam folgt weiterhin der „Doi Moi“-Politik (wörtlich übersetzt: „Erneuerung“), die im Jahr 1986 mit der Absicht eingeführt wurde, den Wirtschaftssektor zu reformieren und zu verbessern. Dadurch wurden gute Ergebnisse erzielt: Das Bruttoinlandsprodukt hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppelt, außerdem wurden Armut und Arbeitslosigkeit verringert. Vietnam geht es wirtschaftlich gut, doch diese Politik hat auch ihren Preis. Viele der kommunistischen Führer aus Politik und Militär leben in großem Wohlstand, was die Ideologie des Landes in eine Krise stürzte. Gerade in den Städten ist der Kommunismus mehr zu einer bloßen Phrase geworden und hat wenig mit der Lebenswirklichkeit zu tun. Viele junge Leute haben begonnen, Fragen zu stellen. Um diesem Verfall entgegenzuwirken, wird die kommunistische Ideologie noch stärker betont, und die Behörden gehen

noch stärker gegen alle vor, die von der Norm abweichen – ganz besonders gegen Menschenrechtsaktivisten. Eine wachsende Zahl von ihnen, viele davon Christen, wurden schikaniert, zusammengeschlagen, inhaftiert und verurteilt oder abgeschoben, im Juni 2018 zwei von ihnen nach Deutschland.

Eine zusätzliche Herausforderung stellen die weiter angespannten Beziehungen zu dem großen Nachbarn China dar. Obwohl auch dieses Land dem Namen nach kommunistisch ist und die Mehrheit der Vietnamesen (Kinh) grundsätzlich ethnische Chinesen sind (Viet Nam bedeutet wörtlich „Land im Süden“, von China im Norden aus gesehen), werden die Beziehungen immer angespannter. Der Hauptstreitpunkt sind Chinas Aktionen im Südchinesischen Meer, welches China allein für sich beansprucht, und dabei Ansprüche aller anderen Staaten außer Acht lässt, obwohl manche davon durch internationales Recht gedeckt sind. China hat in der Vergangenheit nicht nur vietnamesische Schiffe in Gewässern angegriffen, die es für sich selbst beansprucht, es hat auch damit begonnen, auf Riffen und Felsen Gebäude zu errichten, um seinen Anspruch zu unterstreichen. Nach gewalttätigen Reaktionen und der Stationierung von modernen Kurzstreckenraketen auf seinen Inseln im Meer, kamen China und Vietnam im Mai 2017 zu der Übereinkunft, die Spannungen nicht weiter anzuheizen. Ob dies bedeutet, dass sich die Beziehungen wieder verbessern, bleibt abzuwarten. Interessanterweise hat sich die wachsende Verbundenheit zu dem früheren Erzfeind USA nicht vertieft. Ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung ist die Einrichtung spezieller Wirtschaftszonen, die langfristig an China vermietet werden. Die Regierung hat alle Proteste gegen dieses Vorhaben hart unterdrückt.

Während des 12. Parteikongresses im Januar 2016 wurde eine neue Führung ernannt. Der wichtigste und einflussreichste Posten des Generalsekretärs blieb jedoch unverändert. Es ist deutlich geworden, dass die Kommunistische Partei ihre Politik nicht in dem Maße reformieren wird, wie sie die Wirtschaft vor mehr als 30 Jahren umgestaltet hat, obwohl diese Reformpolitik ein beachtlicher Erfolg war. Menschenrechte und Religionsfreiheit bleiben ein schwieriges Thema und wenig überraschend haben Christen kein Wachstum an Freiheiten oder tatsächlichen Vorteilen durch das neue Religionsgesetz gesehen. Im Oktober 2018 wurde der Vorsitzende der Kommunistischen Partei auch zum Präsidenten gewählt, damit er das Amt von seinem Vorgänger Tran Dai Quang übernimmt, der im September 2018 im Alter von 61 Jahren starb. Dies zeigt die Bedeutung der Ideologie für die Regierung und dass die Führung versucht, die Reihen zu schließen.

5. Betroffene Christen

Gemeinschaften ausländischer Christen

Da sie keine lokale Gemeinde besuchen können, sind ausländische und eingewanderte Christen unfreiwillig isoliert. Diese Gruppe beinhaltet Gastarbeiter aus Taiwan, Korea und den Philippinen. Sie erleben Druck in Form von Überwachung.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind besonders Christen der Römisch-Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche Vietnams (ECVN). Während es ersterer 2016 gelang, eine katholische Universität zu eröffnen, haben Probleme mit der zunehmenden Beschlagnahmung von Land durch Behörden und die Verhaftung von katholischen Aktivisten gezeigt, dass Christen aus traditionellen Kirchen weiterhin massiven Widerständen gegenüberstehen.

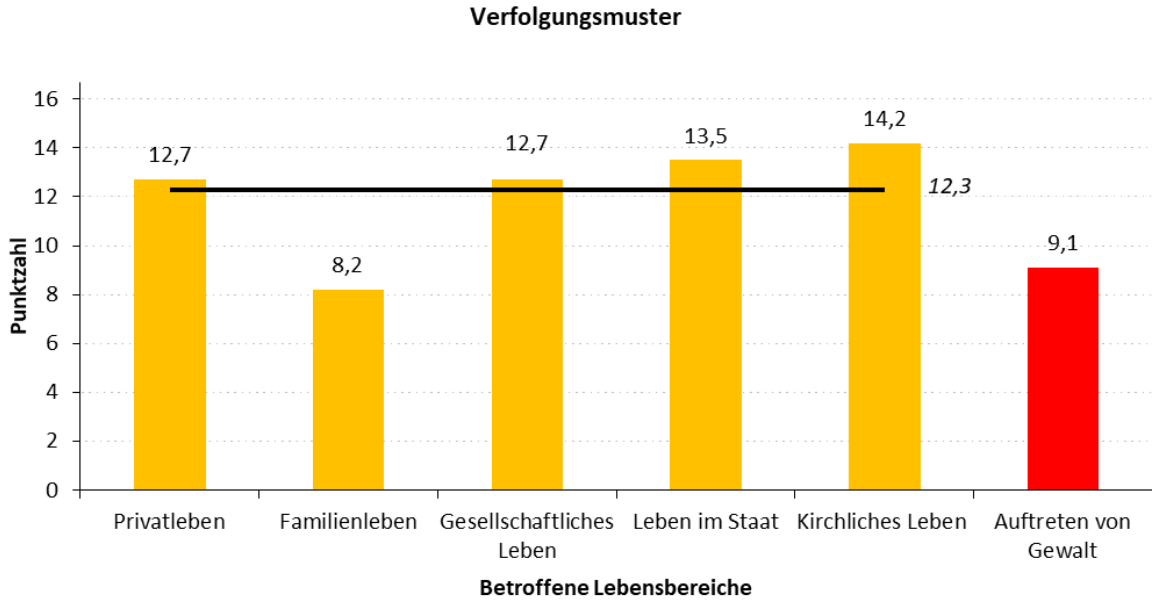
Christen mit anderem religiösen Hintergrund

Christliche Konvertiten haben entweder einen buddhistischen oder einen animistischen Hintergrund und stehen der stärksten Verfolgung gegenüber, nicht nur durch die Behörden, sondern auch durch ihre Familien, Freunde und Nachbarn. Da die meisten von ihnen aus den ethnischen Minderheiten stammen, sind die Behörden ganz besonders argwöhnisch.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Kategorie besteht größtenteils aus evangelikalen und Pfingstgemeinden. Baptisten, Mennoniten und viele andere versammeln sich in Hauskirchen. Sie werden streng überwacht und auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft diskriminiert.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vietnam

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf Christen in Vietnam verbleibt in allen Lebensbereichen auf einem sehr hohen Niveau, so bleibt der durchschnittliche Wert für Druck bei 12,3 Punkten.
- Der höchste Druck ist im Bereich „Leben im Staat“ zu finden (extrem hoch), gefolgt von „Kirchliches Leben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Der Druck auf christliche Konvertiten ist besonders in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ präsent; aber alle Christen stehen einem wachsenden Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ gegenüber. Dieser Druck wird durch eine vermehrte Verwendung der kommunistischen Rhetorik bestärkt, durch das neue Religionsgesetz mit seinen umständlichen Auflagen und das fortgesetzte Misstrauen gegenüber Konvertiten sowie allen ethnischen und religiösen Minderheiten.

- Die Punktzahl für das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen erhöhte sich von 7,4 Punkten im Vorjahr auf 9,1 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Es wurden zwar keine Ermordungen von Christen gemeldet, aber viele Kirchen wurden angegriffen. Im Berichtszeitraum setzte Vietnam seine Methode des Verhaftens und Deportierens christlicher Andersdenkender in die USA und nach Deutschland fort.

Privatleben

Da Familien in Vietnam, besonders in ländlichen Gebieten, üblicherweise mit drei Generationen unter einem Dach leben, müssen christliche Konvertiten ganz besonders vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben und mit wem sie ihn teilen. Der christliche Glaube wird von Familienmitgliedern, die ihre Ahnen verehren, als Gefahr gesehen, da sie fürchten, dass sich in ihrem jenseitigen Leben niemand um sie kümmern wird. In einigen Fällen warfen Verwandte christliche Familienmitglieder aus der Gemeinschaft und verbannten sie. Außerdem müssen Konvertiten aufpassen, wie sie christliche Literatur aufbewahren. Unter diesen Umständen kann es sehr schwierig sein, andere Christen zu treffen, und in vielen Fällen hindern Familienmitglieder Konvertiten daran, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Dies gilt nicht nur für Christen buddhistischer oder animistischer Herkunft, sondern auch für Christen aus Familien mit starken Bindungen an die Kommunistische Partei.

Familienleben

Es gab Berichte, wonach Christen aus Minderheiten ihre Geburtsurkunden vorenthalten wurden und dass in anderen Fällen Beamte sie gezwungen hätten, ihre Nachnamen in „Ho“ (nach dem kommunistischen Revolutionsführer Ho Chi Minh) zu ändern. Taufen müssen in ländlichen Gebieten im Geheimen durchgeführt werden, wenn Konvertiten unter den Täuflingen sind, und Begräbnisse dürfen nur nach traditionellem Ritus durchgeführt werden, besonders bei Christen mit Stammeshintergrund. Verheirateten Konvertiten kann die Scheidung drohen und es ist üblich für Familien, diejenigen zu enteignen, auszuschließen und ihnen die Unterstützung zu versagen, die zum christlichen Glauben übertreten.

Es gab viele Berichte, bei denen Christen um die Beglaubigung von Dokumenten für Ausbildung, Schule und Beruf baten. Als die lokalen Behörden aber herausfanden, dass die Antragssteller Christen waren, weigerten sie sich, die Dokumente zu beglaubigen – besonders, wenn diese Christen in der Vergangenheit Warnungen ignoriert hatten, keine christlichen Versammlungen mehr zu besuchen.

Christliche Kinder sind in der Schule Unterricht im Kommunismus ausgesetzt und zu Hause werden christliche Familien unter Druck gesetzt, an der Verehrung der Ahnen teilzunehmen. Aber damit nicht genug: Im zentralen Hochland wurden erwachsene Pastorenkinder unter Druck gesetzt, ihre Eltern dazu zu bringen, nicht mehr zu lehren und zu predigen. Sollten sie dies nicht schaffen, würden sie ihren Job verlieren. Kindern aus christlichen Familien wird wegen ihres Glaubens oder dem ihrer Eltern manchmal der Besuch einer Schule verweigert. Kindern von Christen aus Minderheiten werden oftmals wegen ihres Glaubens Stipendien verweigert, die eigentlich für Kinder aus armen Familien aus Minderheiten vorgesehen sind. Sie werden von den Lehrern oft schroff behandelt und sind einfache Ziele für Belästigungen.

Gesellschaftliches Leben

Menschen im Umfeld helfen regelmäßig den Behörden in der Überwachung christlicher Aktivitäten. Örtliche Behörden ermutigen die Gemeinschaften, christliche Gruppen in ihrer Tätigkeit zu beschränken, da sie als fremd und gefährlich angesehen werden. Auch das Internet wird massiv überwacht, wie auch die Telefonleitungen einiger Kirchenleiter. Es gibt viele Berichte, wonach Christen, besonders aus den ethnischen Minderheiten, staatliche Förderung verweigert wird, sei es in Form von Nothilfe, landwirtschaftlichen Mikrokrediten oder Stipendien. In den Schulen müssen Schüler einem Foto von Ho Chi Minh Respekt zollen. In den dörflichen Regionen müssen sie an Stammesriten teilnehmen. Es wurde von Fällen berichtet, in denen Schulleiter christlichen Konvertiten mit einem Schulverweis drohten. Christlichen Schülern wird regelmäßig gesagt, sie sollten ihre Ausbildung aufgeben, da nach ihrem Abschluss sowieso niemand Christen einstellen werde. Es ist üblich, dass Pastoren und Gemeindeleiter von der Polizei vorgeladen und verhört werden. In Nordvietnam drohte die Polizei Gemeindemitgliedern damit, ihnen ihre Krankenversorgung zu streichen, wenn sie sich weiter als Gemeinde treffen würden. In einem anderen Fall wurden drei Familien aus ihrem Haus vertrieben, das im Anschluss zerstört wurde. Ihre Äcker wurden konfisziert.

Leben im Staat

Vietnam folgt seiner kommunistischen Ideologie und verehrt den Staatsgründer Ho Chi Minh, oder „Onkel Ho“, wie er liebevoll genannt wird. Dies ist jedoch nicht vergleichbar mit der Verehrung der Führer in Nordkorea. Gegen jedweden Glauben außerhalb der kommunistischen Ideologie wird vorgegangen und Religion wird durch ein Gesetz namens „Dekret 92“ unter Kontrolle gehalten.

Das neue, umfassende „Gesetz zu Religion und Weltanschauung“ wurde im Januar 2018 in Kraft gesetzt. Eine Analyse des Gesetzes im Jahre 2017 im „International Religious Freedom Report“ des US-Außenministeriums (Länderbericht Vietnam) besagt: „Das neue Gesetz reduziert die Wartezeit von religiösen Gruppen und deren angeschlossenen Gruppen auf eine Anerkennung von 23 Jahren auf fünf Jahre, verringert die Anzahl der auf religiöse Angelegenheiten bezogenen Vorgänge, die eine vorherige Genehmigung der Behörden benötigen, bemüht sich um eine Klärung des Prozesses, durch den religiöse Organisationen ihre Aktivitäten registrieren und anerkennen lassen können, und spezifiziert zum allerersten Mal das Recht auf einen rechtlichen Status von religiösen Gruppen und ihren zugehörigen Gruppen. Das Gesetz legt zudem fest, dass es religiösen Gruppen erlaubt ist, Aktivitäten im Bereich der Bildung, der Gesundheit, des Sozialen und des Humanitären in Einklang mit den entsprechenden Gesetzen durchzuführen, spezifiziert aber nicht, welches Gesetz in Fällen überwiegt, bei denen dieses Gesetz anderen Gesetzen widerspricht oder an Stellen, an denen dieses Gesetz keine klaren Regelungen hat, wie z. B. das Gesetz zur Bildung.“

Während es also einige Abschnitte im neuen Gesetz gibt, die als eine Verbesserung für Christen gesehen werden können, zeigte die praktische Umsetzung vorerst keine Erleichterung für Kirchen. Besonders die Regularien zur Registrierung bereiten den Kirchen weiterhin große Schwierigkeiten; der bürokratische Albtraum geht für sie weiter. Die nationalen Personalausweise (wie auch die Familienbücher) enthalten einen Abschnitt zur religiösen Zugehörigkeit. Christliche Konvertiten haben es schwer, ihre religiöse Zugehörigkeit ändern zu lassen, und die, die es versucht haben, bekamen oft den Eintrag „nicht religiös“ oder gar keine Dokumente.

Bewegungen von christlichen Leitern werden überwacht, und der Zugang zu Dörfern im Norden und in Zentralvietnam ist eingeschränkt. Die Medien berichten vorurteilsbehaftet und es gibt häufig Hetze gegen Christen; beispielsweise werden Christen als Werkzeug dargestellt, die kolonialistische Ideologie

wiedereinzuführen. Täter von Angriffen auf Christen werden nahezu nie vor Gericht gebracht und lokale Behörden heuern oft sogar Verbrecher an, um Gewalt gegen Christen auszuüben. Christen, die vor Gericht gingen, bekamen kein faires Verfahren. Ein Beispiel dafür ist die Vielzahl an katholischen Bloggern, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden oder die Proteste, die durch den Formosa-Zwischenfall hervorgerufen wurden, bei dem ein taiwanesisches Stahlwerk eine Naturkatastrophe auslöste und (hauptsächlich katholische) Fischer und Aktivisten auf die Straße gingen, um gegen die Vertuschung durch die Regierung zu protestieren. Als sie versuchten, Gerechtigkeit zu bekommen, schlugen die Behörden zu. Sie wurden Opfer von Schmierkampagnen in lokalen Medien und beschuldigt, zerstörerische und regierungsfeindliche Aktionen ausgeführt zu haben.

Kirchliches Leben

Kirchen werden streng überwacht und hin und wieder werden Versammlungen behindert oder gestört. Die Registrierung einer Gemeinde verlangt einen enormen administrativen Aufwand und es gibt keine Garantie dafür, tatsächlich eine Genehmigung zu erhalten. Dies ist einer der Wege, mit dem die Regierung das Wachstum der Gemeinden kontrolliert und sie so unter der Herrschaft des Kommunismus hält. Selbst Partnergemeinden registrierter Kirchen haben Schwierigkeiten, durch die Regierung und lokale Behörden anerkannt zu werden. Die Vergabe von Baugenehmigungen für Kirchen wird durch die Behörden äußerst restriktiv gehandhabt. Die Beschlagnahmung von Land durch die Behörden geht weiter und besonders die Katholische Kirche hat Probleme, ihren Besitz zu behalten, wie mehrere Vorfälle im Mai und Juli 2018 zeigten. Sie besitzt verschiedene große Grundstücke (Kirchengebäude, Schulen und Krankenhäuser), besonders in den größeren Städten, und es gab mehr als nur einen Konflikt, als Behörden wiederholt versuchten, diesen Besitz zu beschlagnahmen, vorgeblich zur Stadtentwicklung. Das neue Religionsgesetz verlangt von jeder Kirchengemeinde, dass sie Unterlagen anlegt, die beweisen, dass sie als anerkannte christliche Gruppe registriert ist, die Mitglieder das Recht haben, sich zu versammeln, und dass das Grundstück im Besitz der Kirche ist. Dies wird zur Bestätigung an die Behörden geschickt. Dies ist ein extrem langwieriger Prozess und die Behörden können die Zustimmung verweigern, indem sie angeben, dass das Grundstück nicht für religiöse Zwecke gedacht oder ein Wohngebiet sei, oder dass die Gemeinde keine registrierte religiöse Gruppe sei.

Es gab Berichte, wonach Jugendtreffen gestürmt wurden. Die Veröffentlichung und Verbreitung christlicher Literatur ist möglich, aber hochgradig eingeschränkt. Jedwedes „illegale“ Material wird durch die Polizei konfisziert. Außerdem ist es sehr schwierig, eine Genehmigung zu erhalten, um Ausbildungskurse anzubieten. Zudem müssen jeweils im Oktober alle registrierten Kirchen eine Liste der Themen für ihre Gottesdienste des gesamten kommenden Jahres vorlegen. Das überarbeitete Gesetz zu Glaube und Weltanschauung wird diese Dinge sehr wahrscheinlich nicht grundlegend ändern, da das allumfassende Ziel der Regierung bleibt, die Kontrolle zu behalten.

Auftreten von Gewalt

Der prominente Menschenrechtsanwalt Nguyen Van Dai und sein Mitgefangener Le Thu Ha, Mitglied der „Brotherhood for Democracy“ (beide Christen), wurden zu 15 Jahren Haft verurteilt für den „Versuch, die kommunistische Regierung zu stürzen“. Am 7. Juni 2018 wurden sie freigelassen und aus ihrem Heimatland ausgewiesen. Sie bestiegen ein Flugzeug nach Frankfurt in Deutschland. Le Dinh Luong wurde im August 2018 sogar zu einer 20-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt, ebenfalls für den angeblichen Versuch, „die Regierung zu stürzen“.

Weitere Beispiele für das Auftreten von Gewalt gegen Christen finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Generell unterscheidet sich die Verfolgung in Vietnam für die einzelnen Geschlechter nicht. Allerdings befinden sich Frauen und Mädchen sozial gesehen in einer schwächeren Position und sind daher auch einem höheren Risiko ausgesetzt, in Polizeigewahrsam vergewaltigt zu werden. Es ist allerdings sehr schwierig, zu bestimmen, wie viele Frauen Opfer von sexueller Belästigung und Angriffen geworden sind, bedingt durch die besonders sensible Natur dieses Verbrechens. In den ärmeren Regionen Vietnams stehen Frauen in der Gefahr, Opfer von Menschenhandel zu werden, damit sie an chinesische Männer verheiratet werden können. Dies steht aber nicht in Verbindung zu ihrem Glauben. In den meisten Fällen sind die Männer die Hauptverdiener der Familie, daher betrifft der Verlust der Arbeit oder die Vertreibung eines Christen aus dem Dorf die ganze Familie. Die meisten Pastoren sind Männer und gerade sie werden Ziel der Behörden, wenn eine Kirchengemeinde unter Druck gesetzt wird, zu schließen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die kommunistische Regierung geht außer gegen Christen auch gegen Anhänger aller anderen Religionen Vietnams vor: Buddhisten, Caodaisten, Hoa-Hao-Buddhisten und Muslime. Dies beginnt bei Belästigungen und kann mit Gefängnisstrafen und Vertreibungen aus Häusern, Dörfern oder, im Berichtszeitraum des WVI 2019, sogar mit der Vertreibung aus dem Land, enden. Besonders Mitglieder der ethnischen Minderheiten stehen im Fokus der Behörden. Wie von allen kommunistischen Regierungen bekannt, bemühen sich die Behörden darum, alle religiösen Gruppen unter Kontrolle zu halten. Solange sie sich in regierungskontrollierten Gremien und damit mit Wissen der Regierung treffen, werden sie in Ruhe gelassen, allerdings wird der Inhalt der Predigten kontrolliert. Unabhängige Gruppen jedoch, besonders ihre Leiter, geraten unter ernstzunehmenden Druck durch die Regierung. Dies kann zu schweren gesundheitlichen Problemen führen und sogar mit der Verhaftung von widerspenstigen Mönchen einer der vielen buddhistischen Sekten enden.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Die wirtschaftliche „Doi Moi“-Politik hat sich nicht auf die sozialen und politischen Bereiche der Gesellschaft ausgeweitet und dies wird auch nicht für die absehbare Zukunft erwartet. Im Gegenteil: Die Behörden bedienen sich zunehmend kommunistischer Rhetorik und Ideologie und werden gegen Dissidenten und alle Bewegungen aktiv, die ihrer Herrschaft gefährlich werden könnten. Träume von einer offenen Zivilgesellschaft in Vietnam mit öffentlichen Debatten zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Themen (wie es in einer demokratischen Gesellschaft üblich ist) sind immer noch weit davon entfernt, Realität zu werden. Ein weiteres Beispiel dafür ist ein Gesetz vom Juni 2017, dass den Behörden die Möglichkeit gibt, Anwälte dazu zu zwingen, Klienten zu melden, die „Verbrechen gegen den Staat“ begangen haben. Wenn man sich vor Augen führt, wie breit dieser Begriff in kommunistischen Ländern ausgelegt wird, können Christen und andere Religionen ganz leicht ins Fadenkreuz dieses Gesetzes geraten. Ein weiteres Anzeichen ist das „Gesetz zur Online-

Privatsphäre“, das die Freiheit im Land weiter einschränkt. Dass vertrauliche Nutzerdaten an die Behörden übermittelt werden müssen, zeigt, wie wichtig es der Regierung ist, die Kontrolle zu behalten. Vietnams Gesetz zur Cybersicherheit aus dem Juni 2018 zwingt Internetfirmen wie Facebook und Google dazu, Büros im Land zu eröffnen und die Daten dort zu speichern, was der besonders aktiven christlichen Gemeinschaft (besonders den Katholiken) nicht mehr viel Raum lässt.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Kommunistische Unterdrückung: Es ist nicht überraschend, dass das neue „Gesetz zu Religion und Weltanschauung“ keine greifbaren positiven Veränderungen gebracht hat. Die Registrierung und der Betrieb von christlichen Kirchen wird mindestens so umständlich bleiben wie heute schon und über den eigenen Glauben zu sprechen, wird gefährlich bleiben. Bürgerrechte und Religionsfreiheit werden schwierige Themen bleiben und „Kommunistische Unterdrückung“ wird für Christen weiterhin deutlich zu spüren sein. Dieser Druck könnte sich sogar noch erhöhen, da sich die Beziehungen zum großen Nachbarn China verbessern. Im Berichtszeitraum 2019 gab es deutlich sichtbare Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern, was den wachsenden Druck auf Christen und die Betonung der Ideologie betrifft.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die meisten Vietnamesen folgen uralten Traditionen der Geister- und Ahnenverehrung. Wer sich entscheidet, bei diesen Traditionen nicht mitzuwirken, schließt sich selbst aus der Familie und dem sozialen Umfeld aus und wird unter starken Druck gesetzt, wieder Teil der Gemeinschaft zu werden. Da Familienbande besonders in ländlichen Gegenden immer noch stark sind, wird dieser Druck auf Christen mit diesem Hintergrund nicht abnehmen.

Schlussfolgerung

In einem überraschenden Schritt führte Vietnam entgegen der Empfehlungen von Experten den chinesischen Yuan im September 2018 in sieben Grenzregionen mit China als Parallelwährung ein, um die Wirtschaft anzukurbeln. Im Gegensatz zu China hat Vietnam Schwierigkeiten, abweichende Meinungen im Internet unter Kontrolle zu halten, denn das Land gehört zu den zehn Ländern mit den meisten Facebook Nutzern (59 Millionen). Die Regierung wird dennoch weiter danach streben, abweichende Blogger schwer zu bestrafen, wie die Verurteilung der katholischen Bloggerin „Mother Mushroom“ zu zehn Jahren Haft im Juni 2017 zeigt. Die Tatsache, dass die vietnamesische Regierung im August 2017 ein früheres hochrangiges Mitglied der Kommunistischen Partei, den jetzigen Geschäftsmann Trinh Xuan Thanh, ehemals Mitarbeiter der staatlichen Ölgesellschaft Petro Vietnam, in Deutschland kidnappte, zeigt den Wagemut der vietnamesischen Führung. Er wurde im Februar 2018 zu lebenslanger Haft verurteilt, trotz aller Proteste und Ermittlungen gegen jene, die bei der Entführung halfen. Das sind keine guten Nachrichten für irgendeine Form öffentlichen Widerspruchs.

zurück zur Länderübersicht

Zentralafrikanische Republik: Platz 21

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Die aus verschiedenen Gruppen bestehende bewaffnete Séléka-Koalition erhält die meiste Unterstützung durch muslimische Stämme aus dem Norden des Landes, wo die Bevölkerung beeinflusst wurde, sich gegen Christen zu stellen. Die Séléka-Miliz hat sich in mehrere Fraktionen gespalten. Die meisten der Kämpfer sind Muslime und greifen regelmäßig Kirchen und Häuser von Christen an. Während die Séléka behauptet, aufgrund der unfairen Behandlung von Muslimen durch die Regierung zu kämpfen, halten animistische und christliche Stämme aus dem Süden dagegen, dass die Séléka die muslimische Vorrangstellung stärken und eine Regierung unter dem „Haus des Islam“ errichten wolle. Zudem besteht die Gefahr von Angriffen anderer militanter islamistischer Gruppen aus der Region.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Anti-Balaka-Gruppen wurden zunächst als Bürgerwehren gegründet, die Zivilisten vor der Gewalt der Séléka beschützen sollten. Zuerst behaupteten sie, Christen zu beschützen, doch die Kirche distanzierte sich vehement von ihnen. Als Folge gibt es inzwischen viele Berichte von Angriffen auf Kirchen durch Anti-Balaka-Milizen. Mittlerweile haben sich die Milizen zu kriminellen Gangs entwickelt, besonders in Bangui. Die fehlende Stabilität im Land hat sich zusammen mit den geografischen Gegebenheiten (dichte Wälder, die ein ideales Versteck bieten) als hervorragend für kriminelle Vorhaben geeignet erwiesen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Christen werden sowohl von Séléka-Kämpfern als auch von Anti-Balaka-Milizen angegriffen und bedroht. Während die Séléka Christen angreift, um Einfluss und Unterstützung in der muslimischen Gemeinschaft zu gewinnen und die Bevölkerung durch Gewalt zu islamisieren, nehmen die Anti-Balaka-Gruppen Kirchen ins Visier, die sich weigern, sie zu unterstützen. Kirchen und Pastoren sind Hauptziele der Übergriffe. In einem Vorfall vom November 2018 (außerhalb des Berichtszeitraums für den WVI 2019) führte der Angriff einer ehemals mit der Séléka verbündeten Gruppe namens „Unité pour la Paix en Centrafrique“ (UPC) zum Tod von 40 Christen. Zudem erleben Christen muslimischer Herkunft Druck von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christliche Leiter, die sich öffentlich gegen die Gewalt ausgesprochen haben, wurden bedroht, Kirchen demoliert und geplündert. Infolge des Konflikts sind tausende Christen von ihrem Grund und Boden vertrieben worden, haben ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage verloren und wurden gezwungen, in Lagern zu leben. Zusätzlich zu der herrschenden Unsicherheit und Gewalt, unter der alle Christen leiden, werden christliche Konvertiten auch von ihren Angehörigen verfolgt. Auch das soziale Umfeld grenzt sie oftmals aus und versucht sie zum Teil mit Gewalt dazu zu zwingen, ihren christlichen Glauben zu widerrufen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 29. Juni 2018 wurde ein römisch-katholischer Priester in der Stadt Bambari von Unbekannten getötet, die auf das Grundstück der Kirche eindrangen und anscheinend versuchten, die Kirche auszurauben.
- Am 1. Mai 2018 führte eine bewaffnete Gruppe einen Angriff auf die Kirche „Notre-Dame de Fatima“ in Bangui durch, tötete 15 Christen und verletzte 99 weitere.
- Am 4. Januar 2018 wurde ein bekannter katholischer Priester bei einem offensichtlichen Mordanschlag in Tokoyo von unbekannten Angreifern niedergestochen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 70 Punkten belegt die Zentralafrikanische Republik den 21. Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Der Anstieg um neun Punkte im Vergleich zum Vorjahr liegt hauptsächlich im immer stärker werdenden Konflikt zwischen den Séléka-Gruppen und den Anti-Balaka-Milizen begründet. Vor allem zahlreiche Splittergruppen der Séléka sind für Morde an Christen verantwortlich. Die Punktzahl für „Auftreten von Gewalt“ blieb extrem hoch, was sich nun auch auf den Druck in allen Lebensbereichen ausgewirkt hat. Der durchschnittliche Druck auf Christen stieg im Vergleich zum WVI 2018 um 1,7 Punkte.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Séléka-Miliz bleibt auch nach ihrer Aufspaltung in mehrere Gruppen einer der Hauptakteure in dem Bürgerkrieg, der die Zentralafrikanische Republik überzieht. Die Kämpfer stammen aus dem überwiegend muslimischen Norden des Landes. Die aus der Séléka hervorgegangenen Gruppen sind von ähnlicher Zusammensetzung und bestehen größtenteils aus Muslimen. Zusätzlich zu der Gewalt, die von militanten Gruppen wie der „Union demokratischer Kräfte für die Einheit“, der „Konferenz der Patrioten für Gerechtigkeit und Frieden“, der „Patriotischen Konferenz für die Rettung Kodros“, der „Union republikanischer Kräfte“ und der „Allianz für Neugeburt und Wiederaufbau“ verübt wird (die alle Ableger der Séléka sind), zeigt sich „Islamische Unterdrückung“ auch dort als Triebkraft der Verfolgung, wo gewöhnliche Bürger Christen in überwiegend muslimischen Landesteilen verfolgen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

„Organisiertes Verbrechen und Korruption“ ist eine weitere bedeutsame Triebkraft der Christenverfolgung in der Zentralafrikanischen Republik. Sie zeigt sich insbesondere dort, wo Anti-Balaka-Milizen Christen und Kirchen angreifen. Diese Gruppen begannen als lokale Bürgerwehren, wurden später einer der Hauptakteure im Bürgerkrieg und haben sich mittlerweile zu kriminellen Gangs entwickelt. Ihre kriminellen Aktivitäten führen zur Verfolgung von Christen in Bangui, da sie – zusätzlich zu ihren brutalen Anschlägen auf Muslime – häufig Kirchen und geistliche Leiter angreifen.

Ethnisch begründete Anfeindungen

„Ethnisch begründete Anfeindungen" in der Zentralafrikanischen Republik sind ein komplexes Thema mit zwei Dimensionen: Animismus bzw. traditionelle afrikanische Religionen (religiös und kulturell) und Stammeskonflikte. Ein Experte für das Land schreibt dazu: „Beides ist in der Zentralafrikanischen Republik verbreitet, wobei ethnische und religiöse Motive häufig miteinander Hand in Hand gehen. Es wird Druck ausgeübt, an kulturellen religiösen Praktiken teilzunehmen, wie etwa Initiationsriten, Riten und Bräuchen bei Meilensteinen wie Geburt, Heirat und Tod, aber auch zum Schutz im Kampf. (wofür Anti-Balaka bekannt sind). Einige ethnische Minderheiten werden besonders ins Visier genommen, etwa die Baka-Pygmäen, die zur Zwangsarbeit missbraucht werden. Die Anti-Balaka bestehen zum Großteil aus Animisten und greifen vor allem Muslime an, häufig aber auch Christen. Manchmal zwingen sie Christen dazu, sich ihnen anzuschließen.“

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die wichtigsten Verfolger von Christen in der Zentralafrikanischen Republik sind muslimische militante und paramilitärische Gruppen, die als Ex-Séléka-Gruppen angesehen werden können. Zwei von ihnen sind die „Volksfront für die Renaissance der Zentralafrikanischen Republik“ (FPRC) und die „Union für Frieden in der Zentralafrikanischen Republik“ (UPC). Diese Gruppen können als gewalttätige religiöse Gruppierungen bezeichnet werden. Sie können allerdings gleichzeitig als politische Parteien und paramilitärische Organisationen charakterisiert werden. Diese Rebellengruppen haben zahlreiche Angriffe auf Kirchen und Privateigentum von Christen verübt. In den überwiegend muslimischen Landesteilen zählen auch gewöhnliche Bürger zu den Verfolgern, die von den Lehren extremistischer und intoleranter Imame beeinflusst sind. Stammesführer oder ethnische Leiter spielen ebenfalls eine Rolle in diesem Prozess, da sie den Druck auf Konvertiten zum christlichen Glauben verstärken.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Einige Splittergruppen der oben genannten militanten Zusammenschlüsse treten als organisierte kriminelle Gangs auf, plündern viel und greifen häufig Kirchen und kirchliche Einrichtungen an. Zusätzlich zu den Kämpfern aus den Reihen der ehemaligen Séléka verüben auch Anti-Balaka-Kämpfer derartige Angriffe. Das herrschende Ausmaß an Gesetzlosigkeit und die Unfähigkeit des Staates, für Recht und Ordnung zu sorgen, bedeuten, dass sowohl die Christen als auch die Gesellschaft insgesamt kaum Schutz vor den kriminellen Machenschaften dieser Gruppierungen erhalten.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Die Verfolger in diesem Bereich sind Anführer ethnischer Gruppen und lokaler Gemeinschaften und ihre Mitglieder. Ein Experte für das Land sagt dazu: „Ethnisch begründete Anfeindungen in Form von durch den Stamm ausgeübten Druck sind vor allem deshalb im Land präsent, weil muslimische Leiter aus bestimmten Stämmen (wie den Fulani) stammen, die Christen verfolgen.“

4. Hintergrund

Seit ihrer Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 hat die Zentralafrikanische Republik zahlreiche Konflikte und fünf Staatsstreiche erlebt. Die Instabilität und Schwäche der aufeinanderfolgenden Regierungen (zusammen mit ihrer mangelnden Legitimation) haben dazu geführt, dass Frankreich als

ehemalige Kolonialmacht weiterhin eine entscheidende Rolle spielt. Es gab schon eine ganze Reihe direkter französischer Militärinterventionen zur Unterstützung der jeweiligen Regierung und manchmal auch zum Schutz französischer Staatsbürger und anderer in der Zentralafrikanischen Republik lebender Ausländer. Das Land ist mehrheitlich von Christen bewohnt und die Unzufriedenheit unter den im Norden des Landes lebenden Muslimen war eine der Hauptursachen für den Putsch im März 2013.

Der bereits im Dezember 2012 ausgebrochene Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik hat tausende Menschenleben gekostet, Hunderttausende vertrieben und massive Zerstörungen von Besitztümern zur Folge gehabt. Im September 2014 ordnete die Chefanklägerin am Internationalen Strafgerichtshof eine zweite Untersuchung an. Experten betonen, dass die Formierung der (hauptsächlich aus Muslimen bestehenden) Séléka-Truppen unter anderem auf die Unfähigkeit der Regierung zurückzuführen ist, soziale Probleme zu lösen und den Staat verantwortungsvoll zu führen. Die gezielten Angriffe der Séléka-Milizen auf Christen haben dem Konflikt jedoch eine religiöse Komponente hinzugefügt. Die größtenteils animistisch geprägten Anti-Balaka-Truppen griffen in den südlichen Landesteilen gezielt Muslime an und verübten Gräueltaten, wodurch der Konflikt weiter verschärft wurde. Vor diesem Hintergrund weiterhin bedeutsam ist die Bangui-Deklaration, die mehrere christliche Organisationen im Februar 2014 verfassten. Darin betonten sie: „Die Auseinandersetzung zwischen Séléka und Anti-Balaka hat einen Kreislauf der Vergeltung in Gang gesetzt, der die Zivilbevölkerung zum Opfer gefallen ist. Wir verurteilen diese Gewalt, gleichgültig welchen Ursprungs. Darüber hinaus weisen wir die irreführende Bezeichnung der Anti-Balaka als ‚christliche' Miliz zurück."

Obwohl die Séléka mittlerweile aus vielen Landesteilen vertrieben wurde, bleiben große Herausforderungen. In Bangui steht das Stadtviertel „PK5" weiterhin unter der Kontrolle einer wachsenden Gruppe extremistischer Muslime, die dort eine Herrschaft des Terrors führen. Im Nordosten des Landes, wo hauptsächlich Muslime leben, werden viele Christen aus ihren Dörfern vertrieben und können ihre Felder nicht bewirtschaften. Große Gruppen von Christen leben unter äußerst prekären Bedingungen in Flüchtlingslagern. Obwohl die 2016 durchgeführten Wahlen Anlass zu einigem Optimismus bezüglich der Chancen auf Frieden in der Zentralafrikanischen Republik gaben, kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen militanten Gruppierungen, bei denen Anfang 2017 innerhalb von drei Monaten 45 Zivilisten starben und mindestens 11.000 Menschen vertrieben wurden. Dieses erneute Aufflammen von Gewalt in den zentralen Landesteilen der Zentralafrikanischen Republik stellt ein großes Risiko sowohl für Christen als auch für Muslime und Animisten im Land dar. Falls die UN-Friedenstruppen im Land nicht entschlossen gegen derartige Zusammenstöße vorgehen und sie unterbinden, besteht die Gefahr, dass die Zentralafrikanische Republik wieder in den Zustand von Instabilität und Kämpfen abgleitet, der das Land in den vergangenen Jahren bereits geplagt hat. Die UN-Friedensmission war bisher nicht in der Lage, Frieden und Stabilität im Land herzustellen.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden in der Analyse und Wertung für den WVI 2019 nicht berücksichtigt, da sie nicht unfreiwillig isoliert sind.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie besteht aus römisch-katholischen und traditionellen protestantischen Kirchen. Die Römisch-Katholische Kirche ist die größte Konfession des Landes und verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk von Kirchen, Krankenhäusern und Schulen. Während des Aufstiegs der Séléka wurden Autos, Computer und andere Wertgegenstände aus Kirchengebäuden und anderen kirchlichen Einrichtungen geraubt. Die Katholische Kirche und ihre Leitung in der Zentralafrikanischen Republik haben sich gemeinsam mit anderen religiösen Führern als starke Fürsprecher für Frieden und Versöhnung eingesetzt. Darüber hinaus haben sie sowohl muslimischen als auch christlichen Zivilisten Zuflucht geboten, die von Milizen angegriffen wurden. Infolgedessen werden katholische Kirchen immer wieder zum Ziel von Übergriffen.

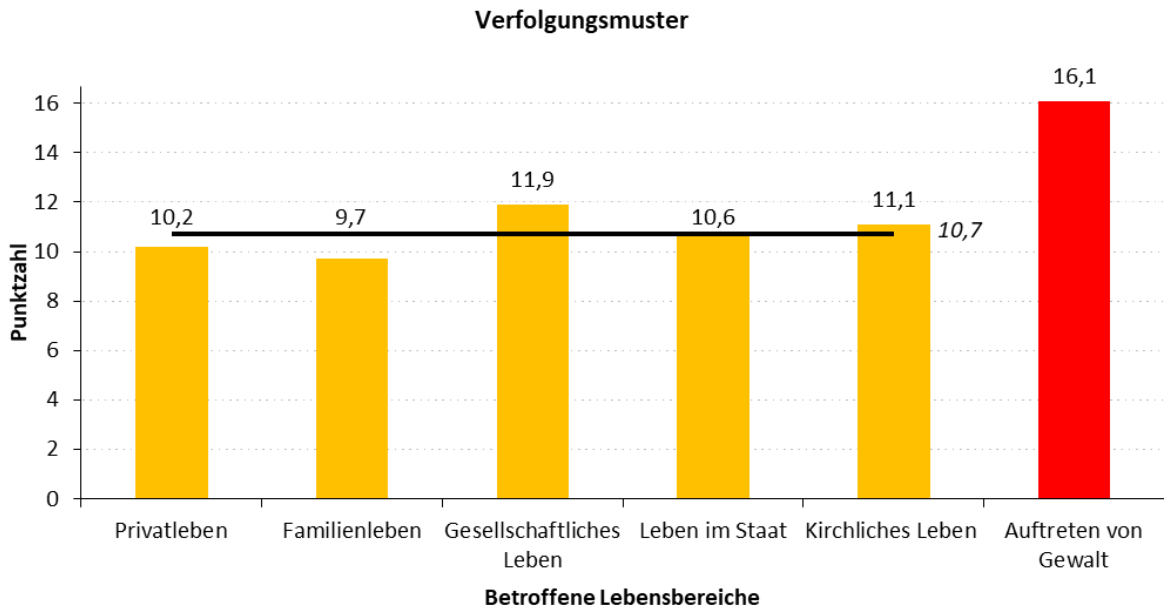
Christen muslimischer Herkunft

Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, erleben Christen muslimischer Herkunft Widerstand von Familienmitgliedern und werden von ihnen unter Druck gesetzt, sich von ihrem christlichen Glauben loszusagen. Ihre Möglichkeiten, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben und gemeinsam Gottesdienst zu feiern, sind sehr begrenzt. Die meisten Christen muslimischer Herkunft leben ihren Glauben nicht in der Öffentlichkeit, da sie Angst vor Angriffen muslimischer Aufrührer haben. Das gilt besonders in den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gebieten im Norden des Landes.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus baptistischen, evangelikalen und Pfingstgemeinden werden, ähnlich wie Christen aus traditionellen Kirchen, immer wieder von Kämpfern der ehemaligen Séléka angegriffen. In letzter Zeit ist die Anzahl der Menschen, die sich diesen Gemeinden anschließen, sehr stark gewachsen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Zentralafrikanische Republik

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in der Zentralafrikanischen Republik ist an der Grenze zwischen hoch und sehr hoch. Die Wertung ist von 9,0 Punkten auf 10,7 Punkte gestiegen.
- Außer im Bereich „Familienleben“ liegt die Punktzahl für den Druck in den jeweiligen Lebensbereichen bei durchgehend über 10 Punkten. Am stärksten ist der Druck im „Gesellschaftlichen Leben“ (11,9 Punkte).
- Die Punktzahl für „Auftreten von Gewalt“ bleibt extrem hoch (16,1 Punkte wie im vergangenen Jahr).

Privatleben

Da die Zentralafrikanische Republik ein mehrheitlich christliches Land ist, genießen Katholiken wie auch alle Protestanten ein relativ hohes Maß an Freiheit im Privatleben, besonders in den Landesteilen mit christlicher Bevölkerungsmehrheit. Christen muslimischer Herkunft erleben jedoch Einmischung vonseiten ihrer Familienangehörigen, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Diese Gruppe von Christen wird von allen am stärksten verfolgt. Die größte Herausforderung in der Zentralafrikanischen Republik ist die Spaltung der Landesbevölkerung anhand von Glaubensüberzeugungen. Deshalb ist es für einen christlichen Gastgeber sehr riskant, seinen Glauben an einen muslimischen Gast weiterzugeben. Im nördlichen Teil des Landes (wo hauptsächlich Muslime leben und Séléka-Splittergruppen aktiv sind) riskiert ein Christ muslimischer Herkunft sein Leben, wenn er christliche Materialien besitzt. Wenn ehemalige Séléka-Kämpfer in ein Haus kommen und jemanden beim Lesen der Bibel antreffen, töten sie ihn oder sie häufig auf der Stelle.

Familienleben

Angesichts der weiterhin sehr unsicheren Lage im Land ist es sehr schwierig für Christen (insbesondere Christen muslimischer Herkunft) in den nordöstlichen Provinzen, Geburten, Hochzeiten oder Todesfälle registrieren zu lassen, vor allem da dies ungewollte Aufmerksamkeit erregen würde. In einem Land, in dem sich verschiedene Gruppen aus religiösen Motiven gegenseitig ins Visier nehmen, ist es auch schwer, Taufen durchzuführen. Christliche Konvertiten verlieren nahezu automatisch ihre Erbansprüche.

Gesellschaftliches Leben

Aus Dörfern, die von ehemaligen Séléka-Kämpfern angegriffen wurden, sind oftmals junge Mädchen entführt worden. Christen haben häufig Zuflucht in Städten wie Kaga-Bandoro, Bambari und Bria gesucht, nachdem sie gezwungen wurden, aus ihren Dörfern zu fliehen. Verjagt wurden sie in vielen Fällen durch muslimische Fulani-Hirten, die den Christen das Ackerland weggenommen haben, um darauf ihr Vieh weiden zu lassen. Christen muslimischer Herkunft leiden bei solchen Angriffen von Muslimen am stärksten. In den Dörfern wollen Muslime gemeinschaftlich genutzte Ressourcen (wie die Gesundheitsversorgung) in der Regel nicht mit christlichen Konvertiten teilen, besonders in den abgelegenen nördlichen Teilen des Landes.

Leben im Staat

Die Verfassung und die Gesetze des Landes erklären die Zentralafrikanische Republik klar als säkularen Staat. Dennoch erleben Christen Diskriminierung durch Regierungsbeamte, die mit den Séléka-Rebellengruppen oder anderen islamistischen Gruppierungen sympathisieren. An einigen Orten sind christliche Mitarbeiter von lokalen Behörden entlassen und durch Muslime ersetzt worden. Dies trifft

hauptsächlich auf nordöstliche Provinzen zu, in denen die lokalen Behörden von ehemaligen Séléka-Milizen dominiert werden.

Kirchliches Leben

Das kirchliche Leben ist durch den anhaltenden Konflikt bedroht. Séléka-Gruppen greifen Kirchen in den mehrheitlich muslimischen Teilen des Landes an und konzentrieren sich dabei vor allem auf Kirchen, die offen Christen muslimischer Herkunft integrieren. Auch Anti-Balaka-Gruppen greifen Kirchen und Christen an, die sich ihrem Tun entgegenstellen. Beide Rebellengruppen sind in kriminelle Aktivitäten verwickelt. Ein reguläres Gemeindeleben ist kaum möglich, da bei Zusammenkünften von Christen jederzeit mit Angriffen zu rechnen ist. Dies gilt besonders in Bangui in der Nähe des Stadtviertels PK5 und in den nordöstlichen Landesteilen, wo Christen in den großen Städten bedrängt und zur Flucht gezwungen werden.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum für den WVI 2019 blieb das Ausmaß der Gewalt extrem hoch. Gezielte Morde, Verletzungen und die Zerstörung von Kirchen sind alltäglich. Beispiele für das „Auftreten von Gewal“t gegen Christen finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Frauen und Mädchen sind in der Zentralafrikanischen Republik vielfach Vergewaltigung und anderer sexueller Gewalt ausgesetzt, besonders wenn Milizen zivile Siedlungen angreifen. Häufig werden sie unter Gewaltandrohung zur Eheschließung gezwungen. Polygamie scheint eine akzeptierte Praxis zu sein. Demzufolge sind Frauen und Mädchen oftmals von sexuell übertragbaren Krankheiten und ungewollten Schwangerschaften betroffen. Junge Mädchen, die infolge sexuellen Missbrauchs schwanger geworden sind, müssen mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Schulausbildung abbrechen.

Männer

Jungen und Männer werden gelegentlich dazu gezwungen, sich militanten islamischen Gruppierungen anzuschließen, werden aber auch Opfer von Folter und anderen Übergriffen. Darüber hinaus werden viele als Zwangsarbeiter in der Bergbauindustrie ausgebeutet.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische Zivilisten sind in den südlichen Teilen des Landes, wo sie eine Minderheit darstellen, von Angriffen durch die überwiegend animistischen Anti-Balaka-Milizen betroffen.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Der Konflikt der letzten Jahre hat die Beziehung zwischen Christen und Muslimen nachhaltig verändert. Sollten die Bemühungen um Versöhnung sowie die Einrichtung einer funktionierenden Strafverfolgung in der Zentralafrikanischen Republik fehlschlagen, besteht die große Gefahr, dass sich die Polarisierung zwischen Muslimen und Christen fortsetzt und den religiösen Konflikt weiter verschärft. Trotz der

Wahlen in den Jahren 2015 und 2016 (die viele mit der Hoffnung auf Versöhnung verbunden haben) scheinen die aus der Séléka hervorgegangenen Milizen nicht bereit, ihre Waffen niederzulegen. Es besteht weiterhin die Gefahr eines Rückfalls in einen gewaltsamen Konflikt mit religiösem Beiklang. Kirchenleiter der größten Konfessionen haben die Gewalt der Anti-Balaka verurteilt. Obwohl Präsident Touadéra Frieden und Versöhnung seit seinem Amtsantritt 2016 an die Spitze seiner Agenda stellt, sind weiterhin militante Gruppen im Land aktiv, und die UN hat einen Bericht herausgegeben, in dem das steigende Risiko eines tödlichen Bürgerkrieges bis hin zum Völkermord skizziert wird. In der weiterhin instabilen Situation wird die Lage zunehmend komplexer, da mehrere kriminelle Splittergruppen aus den Séléka- und Anti-Balaka-Milizen hervorgegangen sind und sich teilweise sogar zusammengeschlossen haben. Diese Situation wird von der „International Crisis Group" folgendermaßen zusammengefasst: „Die Zentralafrikanische Republik befindet sich seit einer gewaltsamen Machtergreifung 2013 in Aufruhr. Als Folge breitete sich Gewalt im Land aus, da sich bewaffnete Milizen gegenseitig bekämpften und Rache an der Bevölkerung übten. Die Wahl von Präsident Faustin Archange Touadéra im März 2016 brachte eine anfängliche Ruhe mit sich; darauf folgten jedoch Ende 2016 und Anfang 2017 mehr Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen einschließlich ehemaliger Séléka-Fraktionen und Anti-Balaka-Milizen, die beide große Gebiete des Landes kontrollieren. Anhaltender Frieden liegt noch immer in weiter Ferne, da weder die neue Regierung noch die zahlreichen UN-Truppen über die Mittel verfügen, die bewaffneten Gruppen zu Verhandlungen und zur Entwaffnung zu zwingen."

Der Ausblick für Christen

Die Situation für Christen in der Zentralafrikanischen Republik wird immer komplexer. Der Konflikt zwischen zwei miteinander rivalisierenden bewaffneten Streitkräften (Séléka und Anti-Balaka) ist zu einem Konflikt zwischen verschiedenen militanten Ablegern geworden. Sie alle greifen Christen an, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Dies hat zu enormem Druck auf Christen in allen Bereichen des Lebens geführt. Morde und Zerstörungen von Besitz und Kirchen sind zum Alltag geworden. Ändert sich die Situation nicht grundlegend, werden Christen weiterhin unter Verfolgung leiden.

Schlussfolgerung

Die vergangenen fünf Jahre sind sowohl für die Bevölkerung als auch für die Regierung der Zentralafrikanischen Republik eine der herausforderndsten Zeiten gewesen. Die Hoffnungen, dass die Wahlen von 2016 Lösungen für viele der wichtigsten Probleme bringen würden, wurden nicht erfüllt. Weigern sich die Parteien des Konflikts weiterhin, sich zu einem Waffenstillstand zu verpflichten und abzurüsten,

- könnte sich das Land bald in einem ausgewachsenen Bürgerkrieg wiederfinden.
- würden sich auch benachbarte Länder wahrscheinlich in die Bewaffnung und Ausbildung von Gruppen einmischen, basierend auf ihren nationalen Interessen.
- werden Christen wahrscheinlich weiterhin durch ehemalige Séléka und andere Milizen Verfolgung erleiden.

zurück zur Länderübersicht

Algerien: Platz 22

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Islamistische Bewegungen beeinflussen die Regierung und die Gesellschaft. Zusammen mit dem Druck vonseiten der Familienmitglieder auf Christen muslimischer Herkunft hat das zu einer permanenten, wenn auch weniger offenkundigen Verfolgungssituation geführt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Themen wie ethnische Identität, Kultur und Sprache spielen eine bedeutende Rolle in der schwierigen Beziehung zwischen der Regierung und der Region Kabylei, in der die meisten Christen leben.

Diktatorische Paranoia: Der autokratische Regierungsstil von Präsident Bouteflika ist für viele Einschränkungen von Christen verantwortlich.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Eine der Hauptursachen für die Verfolgung in Algerien ist die Intoleranz, mit der Angehörige und Nachbarn Christen muslimischer Herkunft begegnen. Sie üben Druck auf diese Christen aus und erschweren ihnen, ihren Glauben zu leben. Der Staat verstärkt diesen Druck durch Gesetze und Verwaltungsbürokratie, welche die Religionsfreiheit einschränken. Die Verfolgung, der Christen ausgesetzt sind, wird zudem durch die ethnischen Spannungen verstärkt, die zwischen Arabern und Amazighs (Berbern) herrschen – unter den Amazighs in der Kabylei-Region wächst die algerische Kirche am stärksten. Der Einfluss und die Aktivitäten von islamischen Extremistengruppen in dieser Region sind ebenfalls für die Verfolgung und Bedrohung von algerischen Christen verantwortlich.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Es gibt Gesetze, die Gottesdienste von Nicht-Muslimen regeln. Außerdem machen Blasphemiegesetze es den Christen schwer, von ihrem Glauben zu reden, da sie Angst haben, ihre Worte könnten als blasphemisch aufgefasst werden. Den Glauben eines Muslims zu „erschüttern“ oder ihn zu versuchen zu „verführen“, eine andere Religion anzunehmen, ist gesetzlich verboten. Christen leiden auch im Alltag unter Schikanen und Diskriminierung. Mitglieder der weiteren Verwandtschaft und Nachbarn versuchen Christen muslimischer Herkunft dazu zu zwingen, islamische Verhaltensnormen und Riten zu befolgen. Der Druck und die Gefahr, denen Christen ausgesetzt sind, sind in ländlichen und religiös eher konservativen Regionen des Landes besonders hoch. Diese Regionen waren in den 1990er-Jahren eine Hochburg für islamistische Aufständische im Kampf gegen die Regierung.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Juli 2018 wurde ein algerischer Christ muslimischer Herkunft freigesprochen, nachdem er zunächst verurteilt worden war, weil er eine Bibel und andere christliche Gegenstände mit sich geführt hatte. Zuvor hatte er die Höchststrafe für dieses „Verbrechen“ erhalten: sechs Monate Gefängnis und eine Geldstrafe.

- Im April 2018 wurde ein Christ muslimischer Herkunft nach 18 Monaten aus dem Gefängnis entlassen. Er war zu fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er auf seiner Facebookseite Beiträge veröffentlicht hatte, die als Beleidigung gegenüber dem Islam interpretiert wurden. Das Strafmaß wurde nach einer Amnestie durch den Präsidenten herabgesetzt.
- Während des Berichtszeitraums 2019 ging die algerische Regierung weiterhin gegen protestantische Gemeinden vor. Zahlreiche Kirchen wurden durch die algerischen Behörden geschlossen. Einige durften nach ein paar Monaten wieder öffnen, andere sind weiterhin geschlossen. Dieses Vorgehen verunsichert die algerischen Christen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Algerien erhielt eine Wertung von 70 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2019, d. h. das Land stieg um 12 Punkte im Vergleich zum Vorjahr. Der Druck auf Christen wurde für alle Lebensbereiche außer einem als „sehr hoch“ (oder darüber) eingestuft. Die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ stieg hauptsächlich aufgrund der Schließung mehrerer Kirchen und der daraus folgenden Zunahme der Angst unter algerischen Christen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Je mehr Einfluss der Islam in den vergangenen Jahren auf die Regierung Algeriens gewann, desto stärker wurde die Freiheit der Christen eingeschränkt. Druck von islamistischen Bewegungen auf die Regierung und die Gesellschaft in Verbindung mit Druck von Familienmitgliedern auf Christen muslimischer Herkunft hat zu andauernden Schwierigkeiten für Christen geführt. Angespornt durch den „Arabischen Frühling“ in anderen nordafrikanischen Ländern üben islamistische Gruppierungen Druck auf eine Regierung aus, die dazu gezwungen ist, mit islamischen Parteien zusammenzuarbeiten. Trotz dieser Zusammenarbeit ist die Partei „Islamische Heilsfront“ (FIS) jedoch noch immer verboten. Islamisten treten immer offensichtlicher in Erscheinung und überwachen die Aktivitäten von Christen und anderen nichtmuslimischen Minderheiten (wie die kleinen jüdischen oder Bahai-Gemeinden).

Ethnisch begründete Anfeindungen

Die meisten algerischen Christen leben in der Kabylei, einer Region im Norden des Landes. Zwischen dieser Region und der Zentralregierung gibt es seit der Unabhängigkeit Algeriens politische Spannungen. In der schwierigen Beziehung zwischen der algerischen Regierung und den Bewohnern der Kabylei spielen unter anderem ethnische Identität, Kultur und Sprache eine bedeutende Rolle. Die meisten Bewohner der Kabylei gehören zum Volk der Berber, wohingegen die vorherrschende ethnische Identität des Landes Arabisch ist. Die ethnisch begründeten Spannungen und Anfeindungen weiten sich auch auf den religiösen Bereich aus und tragen so zur Christenverfolgung in der Kabylei bei.

Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft der Verfolgung zeigt sich in der autokratischen Regierung von Präsident Bouteflika, welche Christen Restriktionen auferlegt. Obwohl die Regierung Christen nicht zwangsläufig als Bedrohung ihrer Macht ansieht, kann sie dennoch keinen soliden Schutz der Rechte von Christen gewährleisten, da dies ihr Ansehen bei den muslimisch-konservativeren Teilen der Bevölkerung schädigen würde. Dementsprechend können einige Maßnahmen der Regierung als Versuche betrachtet werden, diese Bevölkerungsgruppen zu beschwichtigen. Des weiteren bieten die anti-kolonialistischen und revolutionären Wurzeln der regierenden Partei, die seit der Unabhängigkeit an der Macht ist, einen ideologischen Blickwinkel, von dem aus sie christliche Missionstätigkeiten misstrauisch beäugt, insbesondere dann, wenn diese in Verbindung mit Kirchen und christlichen Gruppen aus dem Westen durchgeführt werden.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Wie in den meisten anderen Ländern in dieser Region sind die Hauptverfolger auch in Algerien die Gesellschaft, extremistische islamische Lehrer und Regierungsbeamte, die den Sichtweisen dieser Lehrer anhängen. Algerische Christen, von denen die meisten Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind, erfahren vor allem von Familienmitgliedern und der erweiterten Verwandtschaft Verfolgung. So sind vor allem die Familie und das soziale Umfeld – einschließlich traditioneller (ethnischer) Anführer und Ältester – maßgeblich für die Verfolgung verantwortlich. Regierungsbeamte auf verschiedenen Ebenen der Verwaltungshierarchie üben ebenfalls Druck auf Christen aus, ihren Glauben aufzugeben. Sie schränken die Freiheit der Christen ein, ihre Meinung zu äußern und ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu praktizieren. Einige islamische Lehrer unterstützen aktiv die Verfolgung von Christen und sind damit ebenfalls Verfolger.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Regierungsbeamte und die regierende Partei spielen als Verfolger eine bedeutende Rolle. Ihre Feindseligkeit gegenüber den kulturellen, sprachlichen und politischen Forderungen nicht-arabischer Gruppen und ihre daraus resultierenden Bemühungen, diese Forderungen zu unterdrücken, bedeuten auch für christliche Gemeinden in der Kabylei, dass sie Einschränkungen und Verfolgung ausgesetzt sind. Das Wachstum der Kirche, speziell in dieser Region, wird als Bedrohung gegenüber der überwiegend arabischen und islamischen Identität des Landes wahrgenommen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Algerien ist eines der wenigen Länder Nordafrikas, in dem sich das Regime dauerhaft an der Macht halten und weitreichende demokratische Reformen umgehen konnte. Seit der Unabhängigkeit ist die Partei „Nationale Befreiungsfront“ trotz mehrerer Präsidentenwechsel an der Macht geblieben. Die Nationale Befreiungsfront wurde oft durch politische Islamistenbewegungen herausgefordert. Um Befürworter aus den Reihen der Islamistenbewegungen für sich zu gewinnen und ihre eigene Legitimität zu unterstreichen, schränkt die Regierung die Freiheit von Christen ein.

4. Hintergrund

2014 wurde Präsident Bouteflika für eine vierte Amtsperiode wiedergewählt. Die algerische Verfassung erlaubt nur zwei Amtsperioden, doch mit Unterstützung islamistischer Parteien konnte er eine Verfassungsänderung vornehmen. Seitdem er 2013 einen Schlaganfall erlitt, ist der Präsident kaum in der Öffentlichkeit aufgetreten. Er führte nicht einmal eine Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl 2014 durch. Die Zukunft Algeriens hängt eng damit zusammen, wer den angeschlagenen kränklichen Präsidenten ablösen wird.

Algerien belegt auf dem „Index der menschlichen Entwicklung“ der Vereinten Nationen den Rang 83 von 188 Ländern. Mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 76,2 Jahren und einer Alphabetisierungsrate von 80 Prozent scheint es Algerien besser zu gelingen, für soziale Güter und Leistungen zu sorgen, als den meisten afrikanischen und arabischen Ländern. Algerien ist relativ stabil, doch das könnte sich ändern. Ein Problem ist der wachsende wirtschaftliche Druck auf die Regierung, die mit steigender Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Unzufriedenheit und sinkenden Einnahmen durch natürliche Gasvorkommen zu kämpfen hat. Besorgniserregend ist auch die Möglichkeit eines Kampfes zwischen Offizieren der Armee um die Nachfolge. Es besteht auch die Gefahr, dass die Gesetzlosigkeit, die in Libyen herrscht, nach Algerien überschwappen könnte. Je näher die Präsidentschaftswahlen 2019 rücken, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit einer möglichen Instabilität des Landes. Trotz seines Alters und seines gesundheitlichen Zustands hat Präsident Bouteflika angekündigt, bei der Wahl 2019 wieder anzutreten.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Neben einigen westlichen ausländischen Christen gehören zu dieser Kategorie hauptsächlich christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Diese Minderheit erfährt Diskriminierung an Universitäten und im städtischen Alltagsleben.

Christen aus traditionellen Kirchen

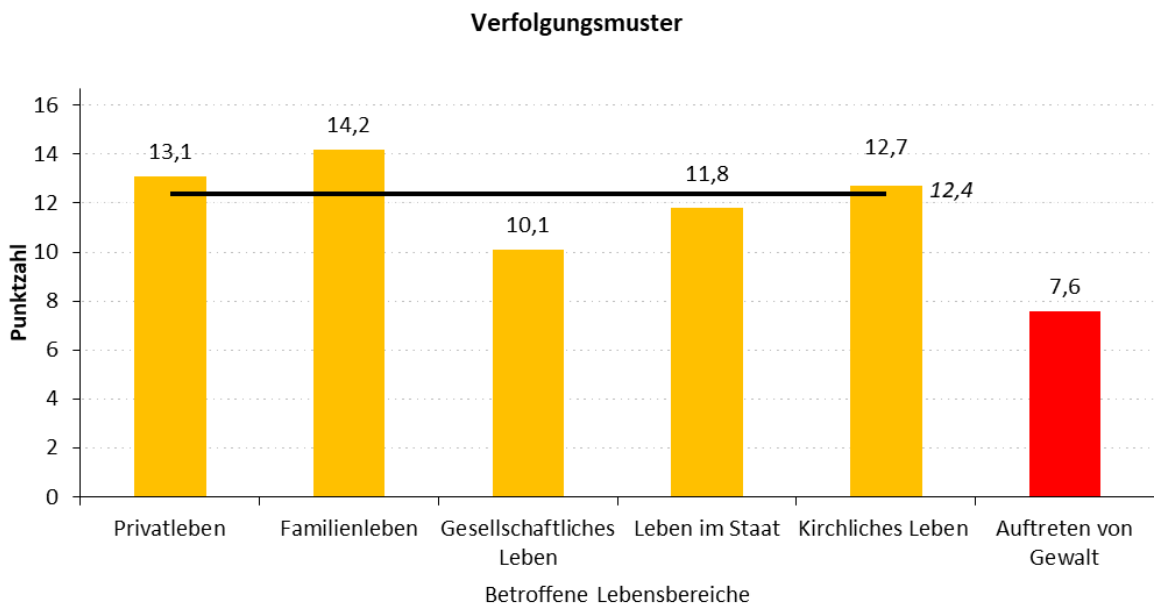
Die einzige Kirche, die zu dieser Kategorie gezählt werden kann, ist die Römisch-Katholische Kirche. Protestantischen Kirchen bestehen heutzutage vollständig aus Christen mit muslimischem Hintergrund (siehe nächster Abschnitt). Katholische Gemeinden sehen sich außerhalb ihrer Gottesdiensträume mit Einschränkungen konfrontiert, sind aber zugelassen, sofern sie registriert sind. In katholischen Kirchen (einschließlich der Kathedrale in Algier, dem Sitz des Erzbischofs) werden Gottesdienste ohne staatliche Einmischung durchgeführt.

Christen muslimischer Herkunft

Die meisten Christen in Algerien sind Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie stehen unter anhaltendem Druck. Das Gesetz verbietet alle öffentlichen Versammlungen, bei denen ein anderer Glaube als der Islam praktiziert wird; davon ausgenommen sind die registrierten Kirchen. Eine solche Registrierung wird unabhängigen christlichen Gemeinden jedoch häufig verwehrt. In den Gebieten der Berber gibt es eine große Zahl inoffizieller Gruppen, die sich regelmäßig treffen; Nichtmuslime versammeln sich zum Gottesdienst meist in Privathäusern. Die sehr junge einheimische algerische Kirche, die zumeist aus Christen der ersten Generation besteht, ist Diskriminierungen in vielfältiger Form durch den Staat und Familienmitglieder ausgesetzt. Obwohl einige protestantische Kirchen unter

dem Dachverband der Protestantischen Kirche Algeriens (EPA) bereits zur Kolonialzeit entstanden, gehören heute dazu vorwiegend Gemeinden von Christen muslimischer Herkunft.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Algerien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen blieb sehr hoch und stieg von 11,1 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2018 auf 12,4 beim Weltverfolgungsindex 2019. Dieser Anstieg ist vor allem auf den erhöhten Druck vonseiten der Regierung zurückzuführen.
- Die Verfolgung ist im Familienleben (14,2 Punkte), Privatleben (13,1) und im Leben im Staat (12,7) am stärksten. Dies zeigt, unter welch hohem Druck christliche Konvertiten stehen: Sie leben in ständiger Gefahr, von ihren Familien als Christen entdeckt und ausgegrenzt zu werden, und sehen sich Widerstand vonseiten der Gesellschaft und der Regierung gegenüber.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 2,0 auf nun 7,6 Punkte gestiegen. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf die Schließung mehrerer Kirchen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 zurückzuführen.

Privatleben

In Algerien ist jeder Versuch, einen Muslim von einem anderen Glauben zu überzeugen und ihn zum Verlassen des Islam zu ermutigen, gesetzlich verboten. Allerdings gilt die Konversion vom Islam weg an sich nicht als Straftat, d. h. Apostasie ist kein Verbrechen. Juristisch sind es also diejenigen, die die Konversion verursachen oder versuchen, jemanden zur Konversion zu bewegen, die strafrechtlich verfolgt werden – und nicht der Konvertit selbst. Das Hauptproblem für Christen muslimischer Herkunft ist daher die Verfolgung innerhalb der Familie, die sehr schlimm sein kann. Kirchenleiter berichten, dass vor allem Christinnen muslimischer Herkunft manchmal von ihren muslimischen

Familien zu Hause eingesperrt werden. Sie dürfen keinerlei Kontakt zu anderen Christen haben, geschweige denn sich mit ihnen treffen. Da es christliche Sender gibt, die nach Algerien ausstrahlen, werden ihnen Fernsehen und Radio verboten. Im arabischen Teil des Landes ist die Verfolgung noch schwerwiegender und Christen mit muslimischem Hintergrund stehen in der Gefahr, getötet zu werden. Vielen Christen ist es nicht möglich, anderen Familienmitgliedern oder Gästen von ihrem Glauben zu erzählen oder schriftlich darüber zu berichten. Oft sind sie häuslicher Gewalt schutzlos ausgesetzt.

Familienleben

Für die algerische Regierung ist jeder Bürger ein Muslim. Es gibt Fälle, in denen muslimische Dorfbewohner Christen verwehrt haben, ihre verstorbenen Angehörigen zu beerdigen. Christliche Eheschließungen sind nur innerhalb der Kirche gültig, werden aber nicht vom Staat anerkannt – die Behörden registrieren diese Ehen als muslimisch.

Gesellschaftliches Leben

Algerische Christen reden meist nur von „Dorfbewohnern, die nicht mit uns sprechen“, wohingegen christliche Menschenrechtsorganisationen regelmäßig von verbalen und körperlichen Übergriffen berichten. Der „International Religious Freedom Report 2017“ (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) besagt, dass „einige muslimische Bürger, die sich dem christlichen Glauben zugewandt hatten, berichteten, sie und andere in ihren Gemeinschaften würden versuchen, unauffällig zu bleiben, weil sie sich um ihre persönliche Sicherheit sorgten und die möglichen rechtlichen, familiären, beruflichen und sozialen Konsequenzen fürchteten. Andere muslimische Bürger, die sich dem christlichen Glauben zugewandt hatten, praktizierten ihre neue Religion dagegen offen.“ Inwiefern Letzteres möglich ist, hängt von der Region ab, in der ein Konvertit lebt. Die Gebiete der Berber sind tendenziell offener als arabische Regionen.

Die Regierung ist besonders beunruhigt über Berichte von Missionstätigkeiten von Christen, vor allem in konservativerer muslimischer Umgebung wie beispielsweise in Gebieten, die als Basis von islamisch-extremistischen Gruppierungen dienten, die im Bürgerkrieg (1991–1999) gegen die Regierung kämpften. Kinder von Christen, die in diesen Gebieten leben, müssen ihren Glauben geheim halten, weil sie sonst von Lehrern diskriminiert werden und keinen Zugang zu Universitäten erhalten.

Leben im Staat

Die konsequente Umsetzung der sehr restriktiven Verordnung 06-03 schränkt die Freiheit von Christen im Bereich „Leben im Staat“ besonders ein. Diese Verordnung wurde im März 2006 verabschiedet und trat im Februar 2008 in Kraft – es war ein Wendepunkt für die algerische Kirche und ein Rückschritt in Sachen Religionsfreiheit.

Die Verordnung 06-03, ein Antikonversionsgesetz, verbietet jede Handlung, welche „einen Muslim zum Übertritt zu einer anderen Religion anstiftet, nötigt oder entsprechende Verführungsmethoden einsetzt oder hierfür Unterrichts-, Bildungs-, Gesundheitseinrichtungen oder Einrichtungen gesellschaftlicher oder kultureller Natur oder Schulungsinstitutionen oder irgendeine andere Einrichtung oder finanzielle Mittel nutzt.“ Die Zuwiderhandlung wird mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis und einem Bußgeld geahndet. Zudem sind alle christlichen Aktivitäten außerhalb staatlich anerkannter Kirchengebäude verboten. Besonders problematisch ist der vage Wortlaut der Verordnung 06-03, aufgrund dessen sie willkürlich ausgelegt und angewendet werden kann.

Kirchliches Leben

Der scheinbar positiven Nachricht, dass die Protestantische Kirche Algeriens (EPA) nach jahrelangen Bemühungen im Jahr 2011 endlich die offizielle Registrierung erhielt, folgte eine Enttäuschung. Es wurde keine wirkliche Freiheit gewährt, da die Ortsgemeinden weiterhin verpflichtet sind, eine eigene Registrierung zu beantragen. Auf lokaler Ebene hat sich die Unterdrückung noch verschärft und keine Ortskirchen, die der EPA angehören, wurden registriert. Die Regierung hat seit der Durchsetzung der Verordnung 06-03 im Februar 2008 keine neuen Kirchen mehr registriert, sodass sich viele Christen weiterhin in inoffiziellen Hauskirchen treffen, die oft Privathäuser oder Büroräume von Gemeindemitgliedern sind. Aus rechtlicher Sicht legt die Verordnung 06-03 Vorschriften für kirchliche Bauten fest, sodass eine Versammlung zuhause verboten ist. Die Strafe kann bis zu drei Jahren Gefängnis und eine Geldstrafe von 300.000 Algerischen Dinar (etwa 3.000 Euro) betragen. Derzeit sind keine Christen aus diesem Grund im Gefängnis und die Christen treffen sich weiterhin in ihren Häusern. Dennoch hängt das Gesetz wie ein Damoklesschwert über ihnen. Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2019 wurden mehrere Kirchen, die der EPA angehören, geschlossen; einige von diesen durften später wieder geöffnet werden.

Auftreten von Gewalt

Gewaltsame Verfolgung von einzelnen Christen geht in Algerien weiterhin in erster Linie von nahen Familienangehörigen und Verwandten aus. Das erweiterte Umfeld trägt unter dem Einfluss extremistischer islamischer Lehrer ebenfalls zur gewaltsamen Christenverfolgung in Algerien bei. Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Rechtlich und in der Gesellschaft werden Frauen stärker benachteiligt, wodurch sich für sie die Intensität der Verfolgung zusätzlich verstärkt. Sehr wahrscheinlich werden sich muslimische Ehemänner von Frauen mit christlichem Glauben scheiden lassen – die Frauen bleiben dann ohne finanzielle Unterstützung zurück und ohne eigenes Einkommen besteht die Gefahr, dass sie obdachlos werden. Ihnen kann das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen werden, genauso verlieren sie oft ihr Erbe. Christinnen muslimischer Herkunft müssen Hausarrest, körperliche Misshandlung, Beschimpfungen und Beleidigungen oder sogar sexuellen Missbrauch fürchten. Es gab Fälle, bei denen die Familien christlicher Konvertitinnen es ihnen nicht erlaubten, an Gottesdiensten teilzunehmen. Wenn sie einem Beruf nachgehen und ihr christlicher Glaube entdeckt wird, stehen sie in der Gefahr, entlassen zu werden. Ein Experte für Algerien schrieb: „Wir beobachten, dass viele Christinnen traumatische Erfahrungen gemacht haben und dies direkte Auswirkungen sowohl auf sie selbst als auch auf ihre Familien hat.“

Männer

Im Gegensatz zu Frauen werden Männer, die den christlichen Glauben angenommen haben, eher aus dem Haus gejagt und daraufhin von ihren Familien geächtet. Sie sehen sich zudem mit physischer Gewalt, Belästigungen im Beruf oder in der Schule und dem Verlust der Arbeitsstelle konfrontiert. Letzteres betrifft nicht nur die Männer selbst, sondern auch ihre Familien, weil in den meisten Fällen ihre Arbeit die Haupteinnahmequelle für die Familie ist. So kommen ganze Familien in finanzielle Schwierigkeiten.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen sind algerische Juden und Ahmadiyya-Muslime in unterschiedlichem Ausmaß Verfolgung ausgesetzt. Algerische Juden müssen aufgrund von Gewaltandrohungen extremistischer Muslime um ihre Sicherheit fürchten und es gab Vorfälle von Grabschändung auf jüdischen Friedhöfen. Ahmadiyya-Muslime sehen sich mit stärkerer Verfolgung konfrontiert, einschließlich Strafanzeigen wegen „Verunglimpfung von Dogmen und Grundsätzen des Islam“. Regierungsbeamte begegnen ihnen mit Feindseligkeit und ihnen wird das Recht verwehrt, Vereinigungen zu bilden. Laut dem „International Religious Freedom Report“ des US-Außenministeriums von 2017 über Algerien „leitete die Regierung Ermittlungen gegen mindestens 205 Ahmadi-Muslime ein und nahm dutzende fest.“

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die große Zahl von Wählern, die die Präsidentschaftswahl 2014 boykottierten, ist ein stummer Ausdruck der in der Bevölkerung weitverbreiteten Unzufriedenheit angesichts der Arbeitslosigkeit, der Wohnungskrise und der politischen Stagnation. Sollte Präsident Bouteflika im Amt sterben, ist die Wahrscheinlichkeit recht hoch, dass unter dem Druck einer jüngeren Generation, die sich verzweifelt nach Veränderung sehnt, soziale Unruhen ausbrechen – 70 Prozent der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt.

Der Ausblick für Christen

mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Der extremistische Islam gewinnt in Nordafrika eindeutig an Einfluss und die Zukunft Algeriens hängt zum Teil von den Entwicklungen in den Nachbarländern ab. Zu den Hauptsorgen gehört, dass extremistische Muslime die Ermordung von Sicherheitskräften, Zivilisten und Christen mit ihrer Interpretation des Islam unerbittlich zu rechtfertigen suchen. Dass der Einfluss dieser extremistischen Muslime zurückgeht, ist genauso unwahrscheinlich wie die Annahme, dass die algerische Gesellschaft ihre Sichtweise zu Konversion und Konvertiten ändern könnte.

mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die meisten algerischen Christen sind Berber und stammen aus der Kabylei-Region im Nordwesten des Landes. Die politischen Spannungen zwischen dieser Region und der Zentralregierung Algeriens werden vermutlich nicht nachlassen; dieser ethnische Konflikt wird auch künftig alle Beziehungen zur Regierung erschweren.

mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die Regierung wird wahrscheinlich Christen, insbesondere solche mit muslimischem Hintergrund, weiterhin diskriminieren, um so die Gesellschaft und muslimisch-extremistische Bewegungen zu beschwichtigen.

Schlussfolgerung

Die Frage ist, ob das, was nach Bouteflikas Herrschaft kommt, für die Christen des Landes eine Verbesserung bringt. In der gegenwärtigen Lage steht die christliche Gemeinde zwar unter großem Druck, hat aber dennoch Wege gefunden, zu überleben und sogar zu wachsen. Die Kirche könnte in einer neuen politischen Konstellation viel schlechter dastehen, wenn Islamisten aus der gesellschaftlichen Unzufriedenheit Kapital schlagen, wie sie es in Tunesien und Ägypten getan haben. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im April 2019 ist von hoher Wichtigkeit.

zurück zur Länderübersicht

Turkmenistan: Platz 23

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Diktatorische Paranoia: Außerhalb staatlich geführter und staatlich kontrollierter Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Üblicherweise werden Mitglieder protestantischer Gemeinden als Teil einer ausländischen Sekte betrachtet, welche die Regierung stürzen will. Aus diesem Grund sollen diese Gemeinden kontrolliert und beseitigt werden.

Islamische Unterdrückung: Wenn sich einheimische Muslime zu Jesus Christus bekehren, erleben sie Druck und vereinzelt körperliche Gewalt von ihrer Familie, ihren Freunden und der örtlichen Gemeinschaft, die auf diese Weise versuchen, sie zur Rückkehr zu ihrem vorherigen Glauben zu zwingen. Manche werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt und geschlagen und können schließlich sogar von der Gesellschaft ausgestoßen werden.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Es gibt zwei Hauptursachen für die Verfolgung von Christen in Turkmenistan – den Staat und das muslimische Umfeld. Staatliche Verfolgung geht von der Polizei, den Geheimdiensten und örtlichen Behörden aus, die religiöse Aktivitäten überwachen und regelmäßig Gottesdienste aufsuchen. Staatliche Behörden führen häufig Razzien bei nichtregistrierten Gemeinden durch. Die islamisch geprägte Gesellschaft insgesamt macht das Leben für Christen muslimischer Herkunft besonders schwierig.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Es kommt vor, dass sogar die Gottesdienste der Russisch-Orthodoxen und Armenisch-Apostolischen Kirchen überwacht werden. Das Drucken oder die Einfuhr christlicher Schriften ist eingeschränkt. Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl durch den Staat als auch durch Familie, Freunde und Lebensumfeld. Wenn Kirchen nicht registriert sind, sind Christen regelmäßig Polizeirazzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen ausgesetzt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im April 2018 wurde ein Hauskreistreffen von Christen muslimischer Herkunft gestürmt und alle Anwesenden wurden verhaftet, zur Polizeistation gebracht und für mehrere Stunden verhört. Nach dem Verhör wurden alle wieder freigelassen, aber seitdem stehen die Mitglieder der Gruppe unter strenger Überwachung durch die Polizei.
- Die Familien von Christen muslimischer Herkunft, die örtliche muslimische Gemeinschaft und die Behörden mischen sich häufig in Kirchenaktivitäten ein und behindern diese.
- Seit der Einführung des neuen Religionsgesetzes vom 12. April 2016 hat die Kontrolle des kirchlichen Lebens zugenommen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 69 Punkten steht Turkmenistan auf Platz 23 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019, im Vergleich zum WVI 2018 entspricht dies einer Steigerung um einen Punkt. Die Christen in Turkmenistan leiden unter einem hohen Maß an Kontrolle durch die autoritäre Regierung, dies trifft sie besonders in den Lebensbereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Leben“.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Außerhalb staatlich geführter und staatlich kontrollierter Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Mitglieder protestantischer Gemeinden werden regelmäßig als „Extremisten” beschimpft, weil ihre religiösen Aktivitäten außerhalb der staatlich genehmigten Strukturen stattfinden. Protestanten werden oft als Anhänger einer fremden Sekte angesehen, die nur ein Ziel hat: das gegenwärtige politische System auszuspionieren und zu zerstören. Aus dieser Perspektive heraus müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern, wenn erforderlich, auch ausgelöscht werden.

Islamische Unterdrückung

Wenn sich einheimische muslimische Bürger zu Jesus Christus bekehren, sehen sie sich häufig Druck und vereinzelt körperlicher Gewalt von ihrer Familie, ihren Freunden und der örtlichen Gemeinschaft ausgesetzt, die auf diese Weise versuchen, sie zur Rückkehr zu ihrem vorherigen Glauben zu zwingen. Manche von ihnen werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen und eventuell sogar von der Gesellschaft ausgestoßen. Mullahs vor Ort predigen gegen sie und erhöhen somit den Druck. Daher tun diese Christen alles, um ihren Glauben zu verbergen. So werden sie zu sogenannten „geheimen Christen“.

3. Verfolger

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

- Beamte auf allen Ebenen sind Religion gegenüber sehr feindlich eingestellt. Alle religiösen Aktivitäten werden genauestens überwacht, um festzustellen, ob sie genehmigt sind. Wenn dies nicht der Fall ist, sind Razzien, Festnahme und Beschlagnahmungen in Turkmenistan üblich.
- Normale Bürger werden religiöse Aktivitäten beobachten und bei den Behörden anzeigen, vor allem auf lokaler Ebene.
- Nur wenige politische Parteien sind in Turkmenistan zugelassen. Die Regierungspartei, welche die Regierung von Präsident Berdimuhamedow stellt, beteiligt sich per Definition an der Verfolgung von Christen, da der Großteil der Verfolgung durch die Regierung gebilligt wird.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- Auf kommunaler Ebene gibt es eine Verbindung zwischen dem Druck durch Beamte und durch Muslime. Oft kennen sich die aktiven Muslime und die Behördenvertreter. Aus diesem Grund ist der Druck auf Christen muslimischer Herkunft auf der Ebene des sozialen Umfelds stärker als auf der staatlichen Ebene, auf der die Beamten behaupten, säkular zu sein.
- Turkmenische Stammesführer ermutigen mit Unterstützung der Behörden zu allen genannten Formen der Verfolgung. Versammlungen der Mahalla (eine Art Ortschaftsrat) erhielten in vielen Fällen die behördliche Befugnis, im Namen des Staates Christen zu verfolgen, besonders um missionarische Aktivitäten zu unterbinden.
- Muslimische Geistliche stehen besonders nichtorthodoxen Christen und ganz besonders Christen muslimischer Herkunft offen feindlich gegenüber.
- Normale Bürger üben auf der Ebene des sozialen Umfelds zusätzlichen Druck auf die Konvertiten aus, zum Islam zurückzukehren. Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, werden auf das Schwerste vom sozialen Umfeld und religiösen Leitern verfolgt.
- Muslimische Familienmitglieder, besonders auf dem Land, üben großen Druck auf Konvertiten aus. Dazu gehören Drohungen, Schläge, Hausarrest und Ausgrenzung.

4. Hintergrund

Turkmenistan ist ein sich schnell entwickelndes Land, was vor allem durch die großen Vorkommen an Öl und Erdgas möglich wird. Doch hat diese Medaille zwei Seiten: Einerseits erlaubt dies die Investitionen großer Geldsummen, was unter anderem in den Berichten über die Pläne, die Hauptstadt Aschgabat in eine „Marmorstadt“ zu verwandeln, sichtbar wird. Doch die Kehrseite ist die Tatsache, dass das Land immer abhängiger von Öl- und Gasexporten wird und – unter Berücksichtigung der hohen Korruption und Geheimniskrämerei – nur eine kleine Gruppe davon einen Nutzen haben wird. Der starke Preissturz für Öl im Berichtszeitraum des WVI 2018 hat Turkmenistan ernsthaft getroffen.

Turkmenen leben in vielen verschiedenen Ländern, von Turkmenistan, Afghanistan, dem Iran, dem Norden Pakistans, Syrien und dem Irak bis in den Nordkaukasus (in der Region Stawropol). Diese Gruppen stehen miteinander in Kontakt. Sunnitische Muslime aus Turkmenistan sind in den Konflikten islamistischer Milizen im Nahen Osten („Islamischer Staat“ (IS)) und auf dem indischen Subkontinent (Al Kaida) aktiv. Das Regime in Aschgabat fürchtet den Einfluss heimkehrender Dschihadisten und überwacht daher jede religiöse Aktivität.

Turkmenistan gilt als eines der restriktivsten Länder der Welt. Es besteht keinerlei Informations- oder Pressefreiheit. Der Zugang zum Land wird Ausländern extrem erschwert. Um den Präsidenten Berdimuhamedow gibt es einen großen Personenkult. Hinzu kommen ein hohes Maß an Überwachung aller gesellschaftlichen Gruppen (einschließlich Christen) sowie starke Zugangsbeschränkungen zu ausländischen Medien und anderen Informationsquellen. Folglich ist es auch schwierig, Informationen außer Landes zu bringen. Am 12. April 2016 wurde ein neues Religionsgesetz verabschiedet, welches das kirchliche Leben von Christen noch stärker einschränkt. Seither bleibt das Leben für Christen schwierig.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich mit den Einschränkungen durch die Regierung arrangiert und wird daher mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Sonntagsgottesdienste mögen zwar überwacht werden, aber sie können ungehindert stattfinden und die Mitglieder können sich versammeln. Das Drucken und Einführen christlicher Literatur ist eingeschränkt.

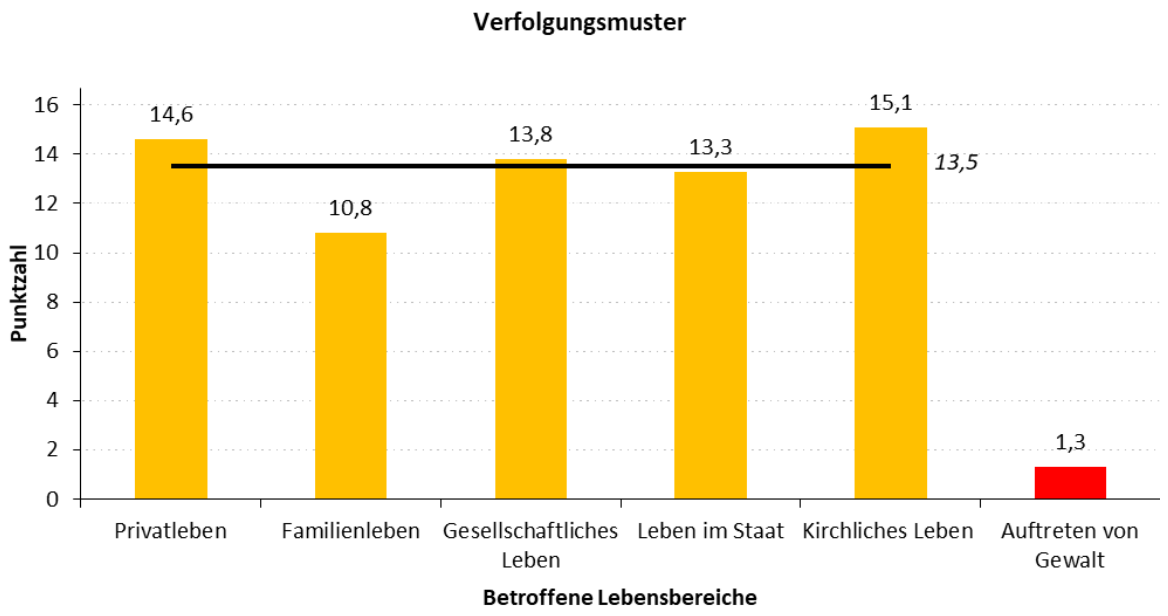
Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen in Turkmenistan die Hauptlast der Verfolgung. Außer vom Staat werden sie auch von ihren eigenen Familien, ihren Freunden und ihrem sozialen Umfeld stark unter Druck gesetzt. Der Druck durch das Umfeld ist am schwerwiegendsten, weil er ihr alltägliches Leben bestimmt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den Christen muslimischer Herkunft ist diese Gruppe von Christen die am zweitstärksten verfolgte – ganz besonders dann, wenn die Gemeinde nicht registriert ist. Baptisten, Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Turkmenistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 13,3 im Vorjahr auf 13,5 auf dem WVI 2019. Der Druck erhöhte sich in den Bereichen „Familienleben“, „gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“, während er leicht abnahm in den Bereichen „Privatleben“ und „kirchliches Leben“. Dies mag widerspiegeln, dass die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ an Einfluss gewinnt.
- Extrem hoch sind die Punktzahlen für „kirchliches Leben“ (15,1), „Privatleben“ (14,6) und „gesellschaftliches Leben“ (13,8). Die höchste Wertung im Bereich des „kirchlichen Lebens“ spiegelt die vielen Restriktionen wider, denen Christen vom Staat gegenüberstehen.
- Die Punktzahl für „Auftreten von Gewalt“ ist sehr gering, sie verringert sich im WVI 2019 von 1,9 auf 1,3. Es wurden nur wenige gewaltsame Zwischenfälle gemeldet.

Privatleben

Ein Religionswechsel führt zu den heftigsten Reaktionen des sozialen und kulturellen Umfelds. Er wird als Beleidigung der Familienehre betrachtet. Auch der Staat und seine Vertreter nehmen das Thema Glaubenswechsel sehr ernst. Nicht nur Christen muslimischer Herkunft sind in diesem Punkt unter Druck, sondern auch Christen, die ihren Glauben aktiv weitergeben. Die Regierung bezahlt für Informationen über christliche Gottesdienste in Privathäusern. Es gab Berichte über Christen, die gezwungen wurden, ihrem Glauben in der Öffentlichkeit abzuschwören. Alle öffentlichen Medien, einschließlich des Internets, sind unter staatlicher Kontrolle. Christen können sie nutzen, jedoch nicht, um ihren Glauben zu verbreiten. Außerdem hat die Regierung die Verwendung von Satellitenschüsseln verboten. Es ist sehr riskant für einen Christen muslimischer Herkunft, über seinen neu gewonnenen Glauben mit Familienmitgliedern oder nichtchristlichen Gästen zu sprechen. Das Ausmaß der Überwachung in Turkmenistan ist enorm hoch und sogar private Treffen von Christen werden regelmäßig überwacht.

Familienleben

Die Religionszugehörigkeit ist in amtlichen Dokumenten wie dem Reisepass oder dem Ausweis nicht vermerkt. Die örtlichen Behörden, in denen meistens Muslime aus der Nachbarschaft arbeiten, können Registrierungen von Hochzeiten, Geburten und Beerdigungen verhindern. Islamische Geistliche in Türkmenabat und Mary erklärten, dass Christen muslimischer Herkunft nicht auf islamischen Friedhöfen beerdigt werden dürften. Taufen von Christen muslimischer Herkunft verursachen ebenfalls soziale Spannungen. In Schulen werden in Zusammenarbeit mit lokalen muslimischen Geistlichen christenfeindliche Unterrichtseinheiten veranstaltet, und alle Schüler sind gezwungen, an Feierlichkeiten zu islamischen Festtagen teilzunehmen. Kinder aus christlichen Familien werden oft von der Gemeinschaft mit anderen Kindern ausgeschlossen. Sie werden in der Schule häufig vor allen Kindern gedemütigt. Wird ein Familienmitglied Christ, üben Familie, Freunde und Gemeinschaft Druck auf den Ehepartner aus, sich scheiden zu lassen. Besonders Christen muslimischer Herkunft droht der Verlust ihres Erbes.

Gesellschaftliches Leben

Berichten zufolge werden Christen Opfer von Bedrohungen, Belästigungen, sexuellen Übergriffen, Inhaftierungen, Razzien der Geheimpolizei und willkürlichen Verhaftungen. Turkmenistan ist eines der repressivsten Regime der ehemaligen Sowjetunion und setzt auf Überwachung und Kontrolle. Christen werden von unterschiedlichen Organisationen des Staates einschließlich der Geheimpolizei dauerhaft

beobachtet. Christinnen mit muslimischem Hintergrund, die in konservativ geprägten Regionen leben, laufen Gefahr, entführt und mit einem Muslim zwangsverheiratet zu werden. Viele Christen werden verhöhnt und manchmal von höherer Bildung ausgeschlossen. Aktive Christen stehen in großer Gefahr, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Viele Privathäuser wurden Ziel von Razzien, bei denen die Christen Geldstrafen zahlen mussten, weil sie religiöse Treffen abgehalten hatten – auch dann, wenn dies gar nicht der Fall war. Werden Versammlungen in Turkmenistan gestürmt, was auch bei registrierten Gruppen vorkommt, werden alle Anwesenden verhört; viele werden festgehalten, vielen werden Bußgelder auferlegt und alle gefundenen Materialien werden beschlagnahmt.

Leben im Staat

Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, ist Turkmenistan eines der Länder, in denen die Religionsfreiheit am stärksten verletzt wird. Christen im Land berichten von Festnahmen, Gefängnisaufenthalten, Drohungen und Beleidigungen, Schlägen, Beschlagnahmungen und sexuellen Übergriffen. Alle Aktivitäten religiöser Gruppen stehen unter strenger Kontrolle. In den vergangenen Jahren wurde bekannten Christen die Ausreise am Flughafen verweigert. Viele christliche Gruppen können sich nicht registrieren lassen und selbst registrierte Gruppen stehen unter andauerndem Druck – ihre Mitglieder riskieren täglich Strafverfolgung. Die staatlich kontrollierten Medien bezeichnen die christlichen Kirchen als „Sekten“ und verzerren die Fakten, wenn sie über Christen berichten. Vor Gericht werden Christen unfair behandelt. Die internationale Beobachtung von Gerichtsverhandlungen wird nicht zugelassen, erst recht nicht bei Fällen, die Christen betreffen.

Kirchliches Leben

Das 2003 erlassene Religionsgesetz untersagt Hausgottesdienste und verbietet religiöse Aktivitäten von nichtregistrierten Organisationen. Die Regierung behindert die Registrierung neuer Kirchen. Es werden kaum Registrierungen erteilt, obwohl sich einzelne Gemeinden schon länger als ein Jahrzehnt darum bemühen. Gottesdienste werden weiterhin gestört und Razzien durchgeführt. Arbeit unter Jugendlichen ist verboten. Die Veröffentlichung von christlichen religiösen Materialien ist in Turkmenistan gesetzlich strengstens verboten. Der Import solcher Materialien ist nur einigen registrierten Gruppen, wie der Russisch-Orthodoxen Kirche gestattet, steht aber unter strengster staatlicher Beobachtung. Der Verkauf von christlichen Materialien in der Öffentlichkeit ist verboten. Bei Razzien in Kirchen und Wohnhäusern werden Materialien regelmäßig beschlagnahmt. Der Staat gestattet keine christlichen Organisationen, Institutionen oder Schulen, noch erlaubt er christliche gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Vereinigungen. Da die Behörden die größten Verfolger im Land sind, ist es sehr gefährlich (und nutzlos), sich dagegen auszusprechen.

Auftreten von Gewalt

Es gibt kaum Berichte von gewalttätigen Übergriffen, denn die Christen in Turkmenistan wagen nicht, mit Ausländern über diese Art von Dingen zu reden. Sie haben Angst, man könnte die Informationen zu ihnen zurückverfolgen. Im Berichtszeitraum des WVI 2019 wurden nach den vorliegenden Berichten sieben Christen von der Polizei kurzfristig festgehalten und 25 Christen wurden geschlagen. Zwei Häuser wurden während Hausdurchsuchungen durch die Polizei beschädigt.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Der Alltag der einheimischen Bewohner Turkmenistans ist von der islamischen Kultur geprägt, in der Frauen eine geringere Position als Männer haben. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, wenn sie verheiratet sind, ihren Männern unterwerfen. Dies macht sie im Verfolgungsfall verletzlicher – sowohl als Christinnen als auch als Frauen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen. Christinnen mit muslimischem Hintergrund sind besonders durch die Verpflichtung betroffen, eine arrangierte Ehe, die noch vor ihrer Bekehrung zu Jesus Christus von den Eltern vereinbart wurde, auch tatsächlich einzugehen. Sie laufen ebenfalls Gefahr, verschleppt, zu Hause eingesperrt, geschlagen, zwangsverheiratet und vergewaltigt zu werden. Christinnen ohne muslimische Herkunft drohen ebenfalls Beschimpfungen, Bedrohungen und Arbeitsverlust.

Männer

Gemeindeleiter sind üblicherweise Männer; sie sind normalerweise auch die Familienoberhäupter und die Hauptverdiener. Wenn ein Christ Verfolgung erfährt – durch Geld- oder Gefängnisstrafe – dann leidet seine ganze Familie mit. Der Verlust der Arbeitsstelle hat Auswirkungen auf die ganze Familie. Wenn ein Mann der Leiter einer Gemeinde ist und Verfolgung erlebt, dann hat das Einfluss auf die gesamte Gemeinde und erzeugt Angst. Ein problematischer Bereich für Männer ist die fehlende Alternative zum Militärdienst. Die nachfolgende Aufzählung betrifft vor allem christliche Männer und Jungen muslimischer Herkunft: Sie können verbale und körperliche Gewalt, Drohungen, Schläge, Verhaftungen, Verhöre, Beschlagnahmungen, Strafgelder, Gefängnisstrafen, Verlust der Arbeit, Diskriminierungen, Vertreibung, Hausarrest, Schmähungen, Scheidung und Enteignung erleben.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Verschiedene Gruppen versuchen bislang vergeblich, einen legalen Status zu erlangen. Viele religiöse Gemeinschaften haben damit aufgehört, einen Antrag auf Anerkennung zu stellen und haben sich entschieden, still und ohne formellen Status weiterzumachen. Es gibt keinen Fokus auf eine spezielle religiöse Gruppierung – alle, Muslime, Christen, Juden, Bahais usw., leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.

Beispiele

- Drei Zeugen Jehovas wurden im Juli 2018 für ein Jahr verhaftet, da sie aus religiösen Gründen den verbindlichen Militärdienst verweigert hatten. Sie gehören zu mindestens fünf Wehrdienstverweigerern im Jahr 2018, alle von ihnen Zeugen Jehovas. Weitere Fälle stehen noch unter Ermittlung des Staatsanwalts.
- Am 11. Juli 2018 bestätigte das Oberste Gericht in der Hauptstadt Aschgabat die 12-jährige Gefängnisstrafe für fünf Muslime in der Balkan-Region im August 2017, die sich mit anderen getroffen hatten, um die Werke des verstorbenen türkischen islamischen Theologen Said Nursi zu studieren.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Das Regime von Präsident Berdimuhamedow sieht sich keinerlei nennenswerter Opposition gegenüber. Dies bedeutet, dass die politische Stabilität in Turkmenistan sehr hoch ist.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die gegenwärtige Regierung übt einen großes Maß von Kontrolle über das Land aus. Beamte auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Turkmenistan. Sie haben alle Arten von rechtlichen Restriktionen aufgestellt, überwachen alle religiösen Aktivitäten, stürmen Treffen und verhindern die Verbreitung religiöser Literatur. Die Chancen sind sehr gering, dass sich diese Situation ändert.

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Der Islam ist keine Staatsreligion und wird durch die Behörden auf die gleiche Weise behandelt wie die anderen Religionen. Dennoch ist der Islam die traditionelle Religion eines Großteils der Bevölkerung und der muslimische Druck auf Christen in Turkmenistan kommt vom tiefgreifenden Einfluss von Familie, Freunden und sozialem Umfeld auf Konvertiten. Die Chancen stind sehr gering, dass sich diese Situation ändert.

Schlussfolgerung

Bedingt durch die hohe Stabilität der beiden wichtigsten Triebkräfte der Verfolgung in Turkmenistan, wird sich die Kirche im Land darauf vorbereiten müssen, weiterhin unter einem beachtlichen Maß an Überwachung und Druck zu leben.

zurück zur Länderübersicht

Mali: Platz 24

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Im April 2012 etablierten wahhabitische Kämpfer ein islamisches Staatssystem mit strenger Durchsetzung der Scharia im Norden des Landes. Die meisten Christen flohen, doch sind auch Kirchen im südlichen Teil Malis von der verstärkten Sichtbarkeit verschiedener wahhabitischer Gruppen betroffen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Obwohl die Menschen in Mali traditionell einer eher gemäßigten Form des Islam folgen, hat in den letzten Jahren besonders im Norden des Landes eine Version des gewaltbereiten und intoleranten Islam an Einfluss gewonnen. Das hat zu einer intensiven Verfolgung von Christen geführt. Militante islamistische Gruppen nahmen 2012 mit Unterstützung von Al Kaida nahestehenden, ausländischen Dschihadisten weite Teile des Nordens ein. Obwohl diese Gruppen aus den meisten Gebieten wieder verdrängt wurden, ist ihr Einfluss noch immer zu spüren. Zum einen haben sie die dort lebende muslimische Bevölkerung radikalisiert, zum anderen stellt ihr fortwährender Aufstand eine Bedrohung für die Christen im Land dar.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Als islamisch-extremistische Gruppen 2012 weite Teile des Nordens Malis unter ihre Kontrolle brachten, brannten sie Kirchen nieder und zwangen Christen zur Flucht. Die Auswirkungen der Vertreibung sowie der Verlust ihrer Häuser und Kirchen beeinträchtigen die Christen noch heute. Obwohl einige Christen und Gemeinden in den Norden zurückgekehrt sind und Polizeischutz erhalten, leben sie doch mit der ständigen Bedrohung von Angriffen durch militante Islamisten. Evangelistische Aktionen im Norden sind besonders riskant und können Angriffe extremistischer Muslime auslösen. Christliche Missionare in Mali leben ebenfalls in ständiger Gefahr, Opfer von Geiselnahmen zu werden; einige von ihnen wurden bereits durch Dschihadisten entführt. Christen mit muslimischem Hintergrund droht Gewalt (besonders im Norden) und Druck durch die Familie und Verwandte, wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Christen stehen in der Gefahr, entführt zu werden. Ein amerikanischer Missionar, der im Oktober 2016 entführt wurde, war während des gesamten Berichtszeitraums immer noch in der Gewalt militanter Islamisten. Eine kolumbianische Nonne wurde im Februar 2017 aus einem Gesundheitszentrum in Karangasso entführt und ebenfalls bisher nicht wieder freigelassen.
- Christen in Mali leben unter der konstanten Gefahr, die von islamistischen Milizen ausgeht, welche auch die Friedenstruppen der UN beziehungsweise aus Frankreich angreifen. Ein malischer Christ aus dem Zentrum des Landes beispielsweise versteckt sich nach Todesdrohungen einer extremistischen islamischen Gruppe im April 2017 immer noch.

- Laut dem Generalsekretär der Bischofskonferenz Malis wurden während des Berichtszeitraums mindestens drei Kirchen des Bistums Mopti im nördlichen Teil des Landes von islamistischen Milizen angegriffen. Die Kämpfer hielten die Christen davon ab, sich zum Gottesdienst zu versammeln und zerstörten Mobiliar, Bilder, Kreuze und Statuen. Im Dorf Dobara wurden selbige auf dem Grundstück der Kirche verbrannt. In Bodwal wurden Christen von bewaffneten Männern aus der Kirche vertrieben und bedroht, sie würden getötet, beteten sie erneut in der Kirche.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 68 Punkten belegt Mali Platz 24 auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Im vergangenen Jahr hatte Mali 59 Punkte. Der Punktezuwachs liegt hauptsächlich an einer gestiegenen Anzahl von gewalttätigen Vorfällen gegen Christen. Die meisten von ihnen wurden in den Massenmedien nicht berichtet. Dazu kommt ein steigender Druck auf Christen, selbst in der Hauptstadt Bamako.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Mali war lange Zeit ein typisch westafrikanisches Land, das vom Islam in einer zumeist gemäßigten Form dominiert wurde, und einem säkularen politischen System folgte, das religiöse Parteien verbot. Abgesehen vom nördlichen Teil des Landes, der schon immer problematisch für Christen war, genossen diese in der malischen Gesellschaft immer eine recht große Freiheit. Auch ausländische christliche Missionare konnten in Mali arbeiten. Die Situation veränderte sich, als im April 2012 der unabhängige Staat Azawad im Norden Malis ausgerufen wurde. Die Islamisten, die größtenteils Wahhabiten sind, führten sehr bald im Norden das System eines islamischen Staates mit strenger Durchsetzung der Scharia ein. Die meisten Christen flohen aus dem Gebiet, bevor es von den Islamisten eingenommen wurde. Während der Besetzung zerstörten diese Kirchen und andere Gebäude von Christen. Die Kirche im Süden Malis wurde ebenfalls negativ durch die stärker werdende Präsenz verschiedener wahhabitischer Gruppierungen beeinflusst. Obwohl Rebellen und Regierung einen Friedensvertrag unterzeichnet haben und auch internationale Friedenstruppen vor Ort sind, wird die Tendenz zur islamischen Radikalisierung in der malischen Bevölkerung wahrscheinlich anhalten – das erhöht den Druck auf die Christen, führt aber auch zu gewaltsamen Angriffen auf Kirchen und Christen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Das Land befindet sich in der Sahelzone Westafrikas, wo es eine weitläufige Wüste und Trockengebiete schwer machen, das Gebiet zu kontrollieren. Kriminelle Banden nutzen dies als Gelegenheit, ihre Aktivitäten auszuweiten und Drogen nach Westeuropa zu transportieren. Die meisten kriminellen Organisationen sind Bündnisse mit extremistischen islamischen Gruppen eingegangen und verfolgen Christen. Auch die ehemaligen Rebellentruppen der Tuareg haben sich zu kriminellen Gruppen entwickelt.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Obwohl der Großteil der malischen Bevölkerung muslimisch ist, ist ihr islamischer Glaube häufig mit verschiedenen Formen von Zauberei vermischt. Die wahhabitische Bewegung versucht, den Islam von solchen traditionellen Praktiken zu „reinigen“. Auch viele malische Christen vermischen diese Praktiken mit ihrem christlichen Glauben. Die meisten Stammes- oder ethnischen Anführer in den abgelegenen Teilen des Landes stehen den Muslimen und Christen feindselig gegenüber, die solche Praktiken ablehnen. Aus diesem Grund hat es in einigen Fällen Zusammenstöße zwischen Stammesführern und Christen gegeben.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die stärksten durch die Triebkraft Islamische Unterdrückung motivierten Verfolger in Mali sind militante islamistische Gruppen wie „Al Kaida im Maghreb“ (AQIM), die vor allem im nördlichen Teil des Landes aktiv sind, aber auch in den südlichen Regionen für Angriffe und Entführungen verantwortlich sind. Teile der Bevölkerung wurden von den extremistischen und intoleranten Lehren des Wahhabismus beeinflusst und sind daher auch zu Verfolgern geworden. Dies betrifft vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund. Allgemein ausgedrückt sind extremistisch-islamische Bewegungen und Lehrer die stärksten Verfolger in Mali, und aufgrund ihrer Bündnisse mit solchen Bewegungen können auch die Rebellen, die im Norden tätig sind, als Verfolger bezeichnet werden.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Es gibt mehrere kriminelle Organisationen, die in Mali aktiv sind. Die geografischen Gegebenheiten des Landes mit der weitläufigen Wüste und den Trockenzonen haben die Ausbreitung dieser Organisationen begünstigt. Diese kriminellen Organisationen sind mit extremistischen Gruppierungen wie AQIM verbündet und verfolgen Christen. Korrupte Regierungsbeamte tragen ebenfalls zur Verfolgung bei, indem sie Angriffe auf Christen ignorieren.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Die meisten Anführer ethnischer Gruppen, wie die Stammesführer der Tuareg, sind an der Verfolgung von Christen beteiligt. Auch Anführer von traditionell animistischen Stämmen im Süden sind dem christlichen Glauben gegenüber feindselig eingestellt und versuchen, eine Ausbreitung dieses Glaubens zu verhindern. Sie haben vor allem christliche Gruppen im Visier, die versuchen, den christlichen Glauben klar von traditionellen afrikanischen Glaubensvorstellungen zu trennen.

4. Hintergrund

Mali ist eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt, es hat jedoch auch reiche Vorkommen an Gold und Mineralien. Das Land ist stark auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen, beispielsweise von der Weltbank und weiteren internationalen Geldgebern. Frankreich ist der wichtigste Wirtschaftspartner des Landes.

Nach der islamistischen Machtübernahme im Norden Malis im April 2012 und den folgenden, Anfang 2013 von Frankreich angeführten, Anstrengungen, die Souveränität der Regierung über das gesamte Land wiederherzustellen, ist die Situation der bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte weder

im Norden noch im Süden des Landes wieder auf dem Stand wie vor 2012. Die Behörden Malis unterzeichneten am 18. Juni 2013 einen Vertrag mit den Tuareg-Rebellen, um die nördlich gelegene Stadt Kidal wieder der malischen Verwaltung und Armee zu unterstellen. Sie war bis dahin von Milizen der „Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad“ (MNLA) kontrolliert worden. Allerdings war dies kein umfassender Friedensvertrag, der zur Beendigung der Rebellion geführt hätte. Seit Mai 2013 sind die Regionen im Norden wieder unter Kontrolle der Regierung, ausgenommen die nordöstlichste Region Kidal.

Der Konflikt zwischen der Regierung und militanten Oppositionskräften ist nicht neu. Unter ihnen stellt die MNLA die größte Bedrohung für Malis Regierung dar. Sie repräsentiert die seit 2011 für die Unabhängigkeit kämpfenden Milizen der Tuareg, deren Vermächtnis bis 1916 zurückreicht. Seit damals gab es mindestens fünf Aufstände der Tuareg im Norden Malis, sowohl unter französischer Herrschaft als auch nach der Unabhängigkeit Malis im Jahr 1960. Ziel der Aufstände war immer ein von der Regierung in der Hauptstadt Bamako unabhängiger Staat namens „Azawad“ im Norden Malis. Im Juni 2015 stimmten die Tuareg-Rebellen der Azawad-Bewegung einem Friedensvertrag mit der Regierung zu. Die Sicherheitslage in Mali ist jedoch weiterhin brüchig und militante islamische Gruppen führen weiterhin Angriffe aus.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Sie gehören römisch-katholischen und zahlreichen verschiedenen protestantischen Kirchen an. Von den knapp fünf Prozent der Malier, die Christen sind, gehört die Mehrheit diesen traditionellen Kirchen an. Christen in den südlichen Landesteilen erfreuen sich, verglichen mit dem Norden, einer relativen Glaubensfreiheit. Die Schwere und Intensität der Bedrohung durch Angriffe auf Christen ist im Norden wesentlich höher, doch auch im Süden sind Christen Angriffen und Entführungen ausgesetzt.

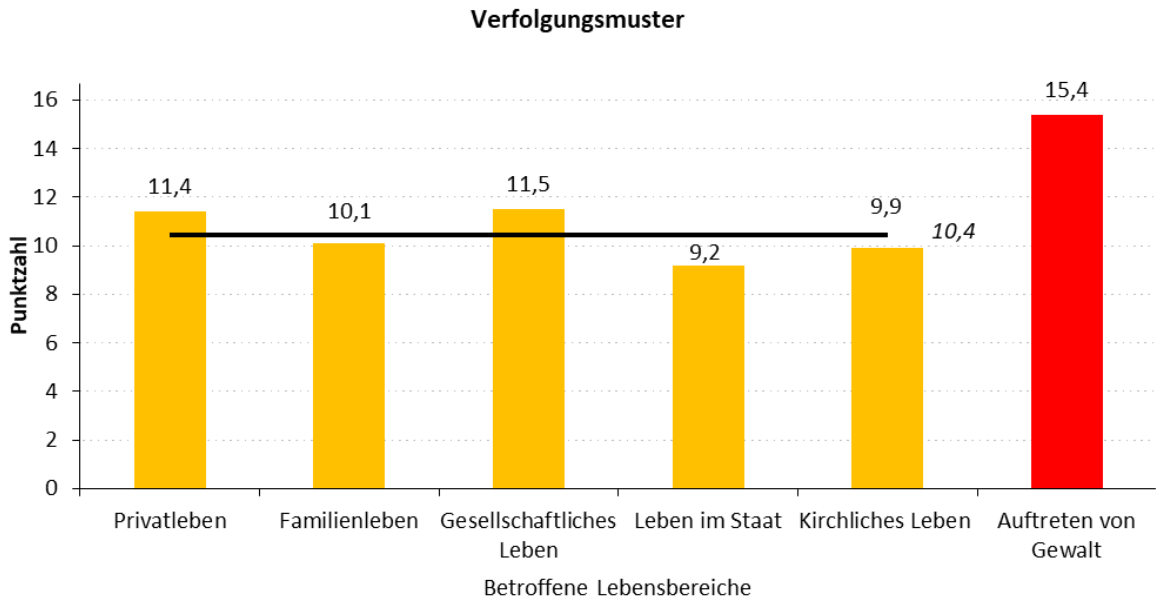
Christen muslimischer Herkunft

Vor allem unter den Volksgruppen der Bozo und Dogon gibt es Christen mit muslimischem Hintergrund, doch auch in anderen Teilen des Landes leben christliche Konvertiten. Zusätzlich zur Gefahr, die von islamischen Kämpfern ausgeht, werden sie durch ihre Familien, Verwandten und Nachbarn unter Druck gesetzt, ihrem christlichen Glauben abzuschwören.

Christen aus protestantischen Freikirchen

In Mali gibt es eine kleine Anzahl von charismatischen und pfingstlichen Gemeinden, die überwiegend im Süden des Landes zu finden sind. Wegen ihrer Art, Gottesdienst zu feiern, und ihrem größeren Engagement in Evangelisation, ziehen diese Gemeinschaften eher den Zorn und die Feindseligkeit der Gesellschaft auf sich.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mali

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- In allen Lebensbereichen beträgt der Druck auf Christen ein hohes oder sehr hohes Maß. Kein Lebensbereich erreichte weniger als 9 Punkte. Der durchschnittliche Druck auf Christen in Mali liegt bei 10,4 Punkten. 2018 hatte der Wert 9,9 Punkte betragen.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“ (11,5 Punkte) und „Privatleben“ (11,4).
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt gegen Christen ist extrem hoch und stieg von 9,6 Punkten im vergangenen Jahr auf 15,4 Punkte an.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft erleben im Vergleich zu anderen Christen in diesem Lebensbereich die größten Herausforderungen. Sie können ihren christlichen Glauben weder öffentlich noch privat praktizieren. Aufgrund der üblichen Wohnungssituation würde jede Abweichung von islamischen Riten leicht entdeckt werden und zu Verfolgung führen. Im Norden Malis werden auch Christen, die keinen muslimischen Hintergrund haben, in ihrem alltäglichen Leben stark behindert und stehen immer mehr in Gefahr, Angriffe zu erleben, selbst wenn sie im privaten Kontext beten.

Familienleben

Besonders im Norden des Landes ist es wahrscheinlich, dass Angehörige der Großfamilie einen Christen muslimischer Herkunft unter Druck setzen, seinen Glauben wieder aufzugeben. Aufgrund des Konzepts der Familienehre befürchtet die Familie, dass die Hinwendung eines Familienmitglieds zum christlichen Glauben zur Ausgrenzung der gesamten Großfamilie aus der Gemeinschaft führen könnte.

Gesellschaftliches Leben

Wegen des Einflusses islamistischer Gruppen nehmen vor allem im Norden des Landes Christen aus Sorge um ihre Sicherheit deutlich weniger am öffentlichen Leben teil als in der Vergangenheit. Obwohl die islamisch-extremistischen Gruppen zurückgedrängt wurden, gibt es sie weiterhin und die Angst vor einem neuen Aufstand bleibt bestehen. Auch die Muslime vor Ort sind oft von ihren extremistischen Ideen beeinflusst und wollen nicht, dass die Christen zurückkehren. Häuser und Grundstücke von Christen wurden in ihrer Abwesenheit vielfach von anderen in Besitz genommen.

Leben im Staat

Christen im Norden des Landes fühlen sich durch den anhaltenden Einfluss islamistischer Gruppen bedroht und zeigen christliche Symbole aus Furcht nicht öffentlich. Regierungsbeamte sympathisieren im Norden teilweise mit dem extremistischen Islam und gehen nicht gegen Täter vor, die Christen angreifen. Christen muslimischer Herkunft sind die Gruppe von Christen, die am stärksten betroffen ist. Obwohl es nicht verboten ist, als Muslim seinen Glauben zu wechseln, behandeln muslimische Behörden sie nicht gerecht.

Kirchliches Leben

Das Kirchenleben ist im südlichen Teil des Landes stabiler, wo die muslimische Gemeinschaft Christen toleranter gegenübersteht. Dass in jüngster Zeit allerdings wahhabitische Lehren auch Muslime im Süden erreichen, bewirkt eine Abkehr von dieser Toleranz. Im Norden ist kirchliches Leben gefährlicher, da dort verschiedene islamisch-extremistische Gruppierungen den Alltag der Gesellschaft kontrollieren. Die meisten Christen, die im Norden leben, feiern keine öffentlichen Gottesdienste.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß an Gewalt gegen Christen ist im Berichtszeitraum signifikant angestiegen: Es gab Berichte von getöteten Christen, Angriffen auf Kirchen, Entführungen mit Lösegeldforderungen und Vergewaltigungen. Beispiele für das Auftreten von Gewalt gegen Christen finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Viele christliche Mädchen und Frauen wurden Opfer von sexueller Gewalt, Zwangsehen sowie Verheiratungen von Minderjährigen. Der Zugang zu moderner Erziehung wird ihnen verwehrt. Dies gilt besonders für den Norden Malis. Obwohl die nationale Gesetzgebung Mädchen und Frauen generell schützt, sind sie durch traditionelle und kulturelle Praktiken und Normen besonders gefährdet, etwa in Form von Verheiratungen Minderjähriger, Zwangsehen, Polygamie und Beschneidung der weiblichen Genitalien. Diese Praktiken wirken traumatisierend auch auf Christinnen, die so das Vertrauen in die Obrigkeit des Landes verlieren; zuweilen steht dadurch auch ihr Glaube in Gefahr.

Männer

Junge Männer werden Opfer von Entführungen, Zwangsbekehrungen sowie von Zwangsrekrutierung durch Milizen im Norden des Landes. Dies hat eine zerstörerische Auswirkung auf ihre Familien und christlichen Freunde; Traumata sind häufig die Folge.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen gibt es auch Anhänger einheimischer traditioneller Glaubenssysteme als religiöse Minderheiten in Mali. Auch wenn diese Glaubensvorstellungen historisch neben dem Islam existiert haben, wurden Animisten mit dem Aufstieg eines militanteren und intoleranteren Islam im Norden des Landes auch zum Opfer gewalttätiger Angriffe.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Mali hat hauptsächlich mit dem wachsenden Einfluss eines militanten Islam und des Wahhabismus zu kämpfen. Es wird lange dauern, bis sich christliche Gemeinschaften im Norden des Landes wieder etablieren können. Ungeachtet des 2015 unterzeichneten Friedensabkommens sind militante Islamisten nach wie vor im Land aktiv und werden auch künftig eine Bedrohung darstellen. Der Friedensvertrag ist fragil und die Regierung und die Friedenstruppen der UN sind noch immer nicht in der Lage, die Autorität der Regierung in einigen Teilen des Landes wiederaufzurichten. Trotz aller Herausforderungen der vergangenen fünf Jahre konnte 2018 eine relativ friedliche und erfolgreiche Präsidentschaftswahl abgehalten werden.

Der Ausblick für Christen

Christen in Mali leiden unter dem Chaos und der Instabilität im Land. Islamische Milizen bemühen sich, jegliche christliche Präsenz im nördlichen Teil Malis zu eliminieren. Die Wiederherstellung von Recht, Ordnung und Autorität der Regierungsbehörden im Norden sind eine notwendige Voraussetzung für die Verbesserung der Situation für die Christen. Das Land ist für Christen nicht sicher, selbst in der Hauptstadt Bamako. Zusammengefasst bleibt Mali ein sehr gefährlicher Ort für Christen.

Schlussfolgerung

Da Mali in einer Region liegt, die als Brutstätte für Dschihadisten bekannt ist, kann die Situation im Land nicht isoliert betrachtet werden – sie ist Teil des Anwachsens eines gewaltbereiten Islam und Wahhabismus in der gesamten Region. Deshalb ist die weitere Entwicklung der politischen Lage und Sicherheitssituation in der gesamten Region entscheidend für die Zukunft Malis. Selbst wenn es der Regierung von Mali und anderen Staaten der Region gelingen sollte, bewaffnete islamische Gruppierungen wie AQIM zu zerschlagen, so bleibt doch die Radikalisierung der Jugend und von Teilen der Bevölkerung ein schwer zu bewältigendes Problem. Dies wird für die Christen auf Jahre hinaus ein feindseliges Umfeld schaffen. Auch wenn das Land es im Juli/August 2018 erfolgreich geschafft hat, Präsidentschaftswahlen abzuhalten, ist es noch ein weiter Weg bis zu dem Mali, das einst als „Musterbeispiel für afrikanische Demokratie“ galt.

zurück zur Länderübersicht

Mauretanien: Platz 25

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Der Islamismus ist die vorherrschende politische Ideologie im Land. Nichtmuslime erleben Einschüchterung und Verfolgung, insbesondere seitens islamischer Gruppierungen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Korruption ist auf allen Ebenen vorhanden und es gibt keine demokratische Kultur, welche die Rechte der Bürger respektiert.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Es werden Versuche unternommen, Christen muslimischer Herkunft zur Einhaltung der Stammestraditionen, die von islamischen Werten geprägt sind, zu zwingen (beispielsweise in Bezug auf Familien- und Stammesehre).

Diktatorische Paranoia: Die derzeitige Regierung ist entschlossen, an der Macht zu bleiben, und versucht, ihre Legitimität bei islamischen Gruppen zu untermauern, indem sie Christen verfolgt und finanzielle Mittel für wahhabitische und andere extremistische islamische Bewegungen zur Verfügung stellt.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Der Einfluss der extremistisch-islamischen Ideologie nimmt zu. Dazu gehören Maßnahmen der Regierung, die momentan ruhenden Scharia-Gesetze umzusetzen. Extremistische islamische Prediger tragen in einem hohen Maß zur Radikalisierung der Gesellschaft bei und schüren Hass auf Nichtmuslime. Der Druck durch Familie und Gesellschaft ist besonders massiv für Christen mit muslimischem Hintergrund. Christen sind auch mit der Gefahr von Anschlägen durch militante Gruppen wie „Al Kaida im Maghreb“ konfrontiert.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Gemeinsam Gott anzubeten, ist besonders schwierig angesichts der restriktiven Umgebung, die es für Christen (insbesondere für Christen muslimischer Herkunft) unmöglich macht, sich offen zu treffen und Gottesdienste zu feiern. Jegliche Glaubensäußerung seitens nichtmauretanischer Christen (beispielsweise Migranten aus Afrika südlich der Sahara oder Entwicklungshelfer) birgt die Gefahr, als versuchte Missionierung aufgefasst zu werden, was zu einer Anklage führen kann.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Taufen können nur im Geheimen durchgeführt werden, und viele Christen muslimischer Herkunft zögern, sich taufen zu lassen, weil sie fürchten, entdeckt und wegen Apostasie angeklagt zu werden.
- Während die Katholische Kirche die Erlaubnis hat, die Innenräume von Kirchen zu renovieren, ist die Renovierung der Außenseite sowie der Bau von Kirchen anderer Denominationen verboten.

- Alle Kirchen einschließlich der Katholischen Kirche müssen bei ihrem Dienst vorsichtig sein, um Beschuldigungen wegen Missionierung zu vermeiden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mauretaniens Punktzahl stieg von 57 Punkten im Weltverfolgungsindex 2018 auf 67 Punkte im Weltverfolgungsindex 2019. Zu dem Anstieg der Punktzahl hat neben einer Zunahme der Verfolgung, welche etwa durch die Verschärfung des Blasphemie- und des Apostasiegesetzes sichtbar wird, auch die Verfügbarkeit von mehr Informationen geführt. Daneben ist Mauretaniens Punktzahl im Bereich Gewalt von 0 auf 0,5 Punkte gestiegen. Jedoch kann diese geringe Punktzahl darauf zurückzuführen sein, dass nicht alle Übergriffe gemeldet wurden.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Dies ist die bedeutendste Triebkraft der Verfolgung, die in Mauretanien wirksam ist. Mauretanien ist eine selbsternannte Islamische Republik und der Islamismus ist die vorherrschende politische Ideologie im Land. Nichtmuslime erleben Einschüchterung und Verfolgung, insbesondere seitens islamischer Gruppierungen. Eine große Zahl von Mauretaniern hat sich islamischen Milizen angeschlossen, sowohl in Nordafrika, als auch in Syrien und dem Irak. Während die Regierung auf der einen Seite versucht, islamische Milizen zu bekämpfen, stellt sie auf der anderen Seite finanzielle Mittel für Wahhabiten und andere extremistische islamische Bewegungen wie die Muslimbruderschaft zur Verfügung.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Spannungen zwischen Stämmen und Ethnien sind in dieses sehr konservative und traditionelle Land eingeflochten, in dem Urbanisierung eine relativ neue Erscheinung ist. Wenn ein Muslim Christ wird, macht er oder sie sich nicht nur Sorgen über Druck durch die Familie und die Regierung, sondern auch seitens der Stammes- und Volksgruppe kann diese Entscheidung als Schande empfunden werden und Verfolgung nach sich ziehen. Das Thema Sklaverei, welches mit der ethnischen Herkunft verknüpft ist, hat in Mauretanien ebenfalls zur Verfolgung beigetragen, da die Befürworter der Sklaverei argumentieren, dass diese vom Islam erlaubt werde. Die Kampagne gegen Sklaverei hat eine feindliche Reaktion der Islamisten im Land provoziert.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Stammeszugehörigkeit und religiöse und/oder persönliche Beziehungen sind in der Gesellschaft Mauretaniens sehr wichtig. Vetternwirtschaft, Klientelwesen und andere Formen von Korruption sind weitverbreitet, auch in der Regierung. Anti-Korruptions-Kampagnen haben sich bislang lediglich auf weniger bedeutende Personen konzentriert. Journalisten, die spezielle Fälle von Korruption durch staatliche Behörden oder Firmen in Staatsbesitz untersucht haben, wurden eingeschüchtert, verhaftet und wegen Verleumdung angeklagt. Mächtige Personen mit Verbindungen zur Armee und dem Präsidenten können sich selbst bereichern und straflos agieren.

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung ist entschlossen, an der Macht zu bleiben, und versucht, ihre Legitimität bei islamischen Gruppen zu untermauern, indem sie Christen verfolgt.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Der Staat und Regierungsbeamte gehören zu den bedeutendsten Verfolgern, da der Staat den Islam zu seiner Ideologie gemacht hat. Darüber hinaus spielen auch extremistische Imame und islamische Lehrer eine entscheidende Rolle, indem sie Vorurteile und Hass gegen Christen schüren. Gewöhnliche Bürger, die durch die Lehren solcher Imame beeinflusst sind, können ebenfalls als durch diese Triebkraft motivierte Verfolger betrachtet werden.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Während in Mauretanien Sklaverei verbreitet ist und eine Art Kastensystem vorherrscht, wird die gegenwärtige Lage durch die Religion verschärft und mit ihr vermischt. Die Ansichten extremistischer islamischer Prediger werden auch von Stammesführern unterstützt. Infolgedessen gehören in Mauretanien auch Stammesführer, welche die ethnische Hierarchie und Gesellschaftsordnung aufrechterhalten wollen, zu den Verfolgern.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Regierungsbeamte und Menschen in einflussreichen Positionen nutzen das System, um sich selbst zu bereichern. Das organisierte Verbrechen und die Rolle der Regierung sind manchmal schwer zu unterscheiden. Aber zusammen kontrollieren sie den größten Teil der Wirtschaft, verbreiten im Land ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit und erhalten ein hohes Maß an Armut aufrecht. Diese Armut und die vorherrschende Korruption tragen insofern zur Verfolgung bei, als es keine Rechtsstaatlichkeit gibt und Christen wenig Hoffnung auf eine feste Anstellung haben, um ein ehrliches Einkommen zu verdienen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die Regierung versucht um jeden Preis, an der Macht zu bleiben, selbst wenn das bedeutet, extremistischen Muslimen entgegenzukommen, indem man Christen verfolgt. Das verschärfte Apostasiegesetz ist ein klares Beispiel für dieses Muster.

4. Hintergrund

Mauretanien wird seit über 30 Jahren vom Militär beherrscht, mit nur einer kurzen demokratischen Unterbrechung im Jahr 2007. Versprechungen, die Demokratie im Land wiedereinzuführen, wurden nur in Form von manipulierten Wahlen umgesetzt. Die politische Situation Mauretaniens wurde von aufeinanderfolgenden Staatsstreichen geprägt und die Streitkräfte sind die beherrschende politische Institution des Landes. Der Staat ist formell eine Mehrparteiendemokratie, doch sein Parlament wird vollkommen von der herrschenden Partei dominiert. Es gibt mehrere islamistische Gruppen, die auf der politischen Bühne des Landes aktiv sind, und der Islamismus ist die vorherrschende politische Ideologie. Auch Ethnizität ist ein bedeutender Faktor in der Politik Mauretaniens. Die ethnisch-

afrikanischen Bevölkerungsgruppen in den südlichen Landesteilen fühlen sich benachteiligt, da sie von den arabisch-berberischen Volksgruppen des Nordens marginalisiert werden.

Mauretanien ist eines der ärmsten Länder der Welt. Ein Drittel der Kinder ist unterernährt. Selbst wenn es genug Nahrungsmittel gibt, sind sie oftmals zu teuer für viele Familien. Nur 4% des Landes ist urbar und das reicht kaum, um Nahrungsmittelsicherheit und Selbstversorgung zu gewährleisten. Zwar führte das Eingehen der Regierung auf die Maßnahmen der Weltbank zur wirtschaftlichen Liberalisierung zu einem gewissen Wirtschaftswachstum, doch zog dieses Wachstum für die meisten Mauretanier keine Verbesserung ihrer Lebensumstände nach sich. In diesem ausgedehnten, trockenen Land mit hauptsächlich nomadischer Bevölkerung war der Staat bislang nicht in der Lage, seine Präsenz im ganzen Land sicherzustellen. Informelle Institutionen wie Familien- und Stammesbindungen oder persönliche Beziehungen scheinen einflussreicher zu sein als der Staat. Dies erweist sich darin, dass im Land immer noch die Sklaverei fortbesteht, trotz aller Anstrengungen der Regierung, diese Praxis zu beenden.

„Al Kaida im islamischen Maghreb“ (AQIM) war für die Regierung Mauretaniens seit 2005 eine Herausforderung. Die Armee hat die Gruppierung jedoch recht erfolgreich bekämpft. Es besteht eine wirkliche Gefahr, dass Mauretanien sich radikalisiert, da die Sympathien für einen extremistischen Islam wachsen. Verschiedene islamistische Gruppen versuchen, aus der im Volk verbreiteten Ablehnung der korrupten politischen Elite und dem Ärger darüber, dass die Regierung den Demokratisierungsprozess abgebrochen hat, Kapital zu schlagen. Wenn der Arabische Frühling in Mauretanien auch nicht die gleiche Wirkung hatte wie in vielen anderen Ländern der Region, so gab es 2016 doch einige zuvor nie da gewesene Proteste, die von der islamistischen Partei organisiert wurden. Ihr Ziel war, ein Ende der Zusammenarbeit zwischen mauretanischen und französischen Streitkräften im Kampf gegen AQIM zu erzwingen. Es gab auch Proteste in Bezug auf sozioökonomische Probleme wie die enormen Lebenshaltungskosten und die Diskriminierung ethnisch-afrikanischer Minderheiten – dies alles zusätzlich zu den ernsthaften Spannungen und der politischen Instabilität, die seit einigen Jahren bestehen.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen

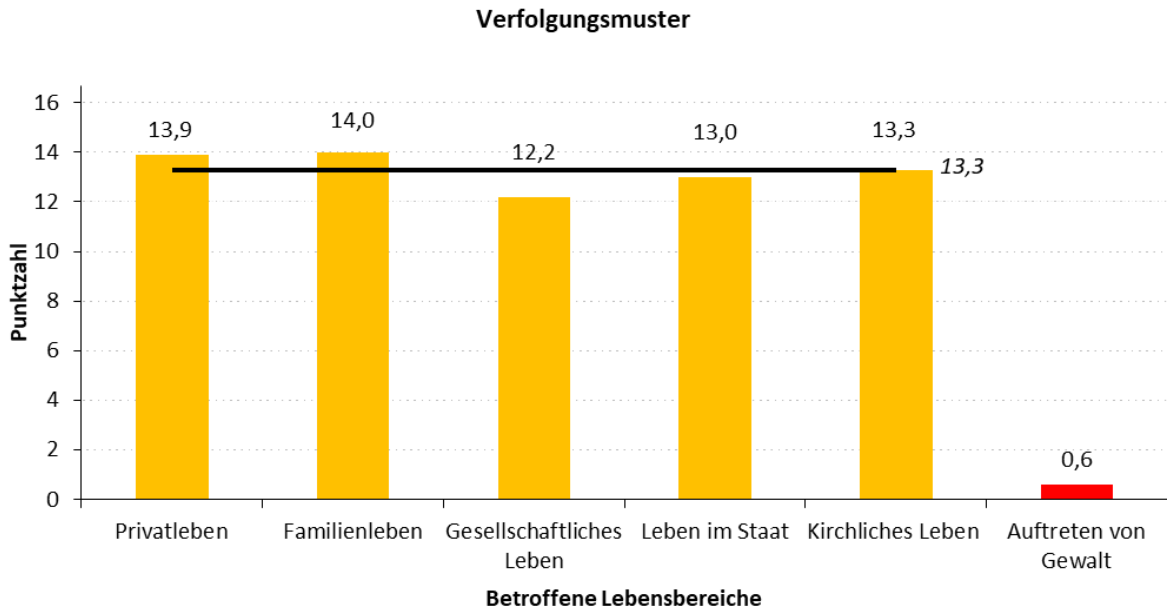
Römisch-katholische Christen aus dem Afrika südlich der Sahara machen die größte Gruppe aus, gefolgt von Protestanten und Evangelikalen, ebenfalls aus Ländern südlich von Mauretanien. Es gibt auch eine kleine Zahl von Christen aus westlichen Ländern, doch sie machen nur einen sehr kleinen Teil der christlichen Bevölkerung des Landes aus. Ethnisch-afrikanische Christen führen eine prekäre Existenz im Land, da sie rassistischen Vorurteilen ausgesetzt, und zusätzlich mit Verfolgung im Zusammenhang mit dem wachsenden Islamismus im Land konfrontiert sind.

Christen muslimischer Herkunft

Konvertiten zum christlichen Glauben, die einen muslimischen Hintergrund haben, sind der Verfolgung am stärksten ausgesetzt. Sie erfahren enorm viel Druck durch ihre Familie und Großfamilie. In dieser nomadischen Gesellschaft, in der gegenseitige Abhängigkeit innerhalb der Großfamilie und des Gemeinwesens herrschen und für das Überleben des Einzelnen notwendig sind, ist es für christliche Konvertiten eine enorme Herausforderung, ihren christlichen Glauben verborgen zu halten. Der Hass und die verleumderischen Klischees, die von islamischen Gruppierungen in Bezug auf Christen

verbreitet werden, betreffen die meisten Christen muslimischer Herkunft. Sie verlieren nicht nur ihre Stellung in der Gesellschaft, sondern auch ihr Bürgerrecht, wenn ihre Hinwendung zum christlichen Glauben öffentlich bekannt wird.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mauretanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 11,4 Punkten im vergangenen Jahr auf 13,3 Punkte. Grund für diesen Anstieg ist die Zunahme des Drucks in allen Lebensbereichen, was an der Verschärfung der Blasphemie- und Apostasiegesetze deutlich wird. Zugleich sind mehr Informationen verfügbar, was ebenfalls zu der höheren Wertung beiträgt.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein sehr hohes oder extremes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung im Privatleben und im Familienleben am höchsten. Dies zeigt, mit welch enormem Druck Christen muslimischer Herkunft umgehen müssen. In der Stammesgesellschaft Mauretaniens den Islam zu verlassen, bedeutet nicht nur Verrat an der Religion, sondern auch am Stamm und an der Familie. Verständlicherweise gibt es in solch einer Kultur keinen Platz für Taufen oder christliche Hochzeiten oder Beerdigungen.
- Die Wertung für den Bereich Gewalt stieg von 0 Punkten 2018 auf 0,5 Punkte für den aktuellen Berichtszeitraum. Jedoch ist diese Punktzahl wahrscheinlich zu niedrig, da es schwierig ist, Berichte von Übergriffen aus dem Land zu bekommen.

Privatleben

Nichtmauretanische Christen, die bereits einen christlichen Hintergrund haben, genießen relative Freiheit, ihren Glauben privat zu leben. Einheimischen Christen muslimischer Herkunft dagegen droht schwere Verfolgung, wenn entdeckt wird, dass sie privat ihren christlichen Glauben leben und somit ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Der Besitz christlicher Materialien und jegliche Äußerungen ihres christlichen Glaubens können eine feindselige Reaktion von Mitgliedern ihrer direkten Familie oder der Gesellschaft zur Folge haben. Dies gilt besonders für christliche Konvertiten, die außerhalb der Hauptstadt leben. Die Abwendung vom Islam ist gesetzlich verboten und jedwede Ansichten, die als Kritik gegenüber dem Islam wahrgenommen werden, können nach dem Gesetz mit der Todesstrafe belegt werden. Zwar wurde dieses Gesetz bisher nicht angewendet, doch es bleibt für Christen mit muslimischem Hintergrund eine große Bedrohung.

Familienleben

Für christliche Eltern ist es schwierig, ihre Kinder gemäß ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen. Dies ist sowohl für einheimische Konvertiten, als auch für ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara ein Problem. Kinder christlicher Eltern müssen in der Schule Islamunterricht belegen und es ist wahrscheinlich, dass sie von ihren Mitschülern diskriminiert und schikaniert werden. Solche Schikanen sind auch rassistisch gefärbt. Für Christen muslimischer Herkunft ist es auch sehr schwierig, wichtige Ereignisse in ihrem Leben auf christliche Weise zu feiern. Sie werden häufig gedrängt, an islamischen Riten teilzunehmen. Ausländische Christen haben in dieser Hinsicht relative Freiheit (im Vergleich zu einheimischen Konvertiten), da sie Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen nach christlichem Brauch durchführen können.

Gesellschaftliches Leben

Christen mit muslimischem Hintergrund werden vielfach von den Vorteilen des Gemeinschaftslebens ausgeschlossen, welche in Mauretanien überlebenswichtig sind, besonders in ländlichen Gebieten. Christlichen Konvertiten wird verschiedentlich die Hilfe und Zusammenarbeit seitens der Gemeinschaft verweigert. Sie werden auch von gemeinschaftlich genutzten Ressourcen und Foren ausgeschlossen. Diese Situation verschlimmert sich, wenn sie mit der rassistischen Diskriminierung einhergeht, die im Land tief verwurzelt ist. In dieser Hinsicht sind Kinder von Arbeitsmigranten am meisten betroffen, da ihnen der Zugang zu einigen Schulen verwehrt wird. Weil der einheimische Unterricht meist sehr islamisch ausgerichtet ist, sind Kinder von Christen muslimischer Herkunft darüber hinaus ohnehin grundsätzlich im Nachteil, wenn sie ihren Glauben zu erkennen geben. Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch christliche Migranten leiden auch unter Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz. Diese Verfolgung wird durch „Ethnisch begründete Anfeindungen“ und Vorurteile verschlimmert.

Leben im Staat

Obwohl Mauretanien bedeutende internationale Menschenrechtsvereinbarungen unterzeichnet hat, die Religionsfreiheit einschließen, hat es immer noch ein Strafrecht, das für Apostasie (Abfall vom Islam) die Todesstrafe vorsieht. Der Staat erkennt Christen muslimischer Herkunft nicht an, die es wagen, ihren Glaubenswechsel bekannt zu machen, und duldet sie kaum. Jeder, der für die Regierung arbeitet, muss sich zum Islam bekennen und an staatlichen religiösen Feierlichkeiten teilnehmen. Christliche Einwanderer sind regelmäßig offener Benachteiligung ausgesetzt. In jüngerer Zeit gab es eine massive Kampagne gegen Einwanderung. Diese rassistischen und fremdenfeindlichen Angriffe

schließen oftmals auch christenfeindliche Themen ein. Die allgemeine Atmosphäre auf landesweiter Ebene zwingt viele Christen muslimischer Herkunft, ihren Glauben geheim zu halten. Es ist geradezu unmöglich für Christen, als solche sichtbar zu sein und offen an staatlichen Angelegenheiten teilzunehmen.

Kirchliches Leben

Christen muslimischer Herkunft müssen fürchten, überwacht zu werden, und sich im Geheimen versammeln. Ausländische Christen dürfen sich nur in bestimmten öffentlichen Gottesdiensträumen treffen. Dennoch kommen Christen häufig auch in Privaträumen zusammen. Diese Treffen werden nicht verhindert, außer wenn Musik und Verkündigung laut sind und Aufmerksamkeit erregen. Aufgrund des Erbes der französischen Kolonialherrschaft ist nur die Römisch-Katholische Kirche gesetzlich anerkannt. Allen anderen Formen des christlichen Glaubens wird jegliche gesetzliche Anerkennung verweigert. Doch die Katholische Kirche erlaubt evangelikalen Christen in der Diözese Nouakchott, einen Raum auf dem Gelände der Hauptkirche für Gottesdienste zu nutzen. Jeder weiß, dass keine öffentlichen christlichen Aktivitäten außerhalb des sehr begrenzten Kirchengeländes erlaubt sind. Mit Ausnahme sehr weniger Ereignisse, wie des Ostermorgengottesdienstes außerhalb der Stadt, gibt es keine bekannten Gemeindeveranstaltungen außerhalb der Kirchenmauern. Folglich ist die Kirche in Mauretanien gezwungen, unsichtbar zu sein und im Verborgenen zu wirken.

Auftreten von Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen bleibt weiterhin sehr niedrig. Hierfür gibt es zwei Gründe: Erstens wissen alle Konvertiten zum christlichen Glauben, welche Konsequenzen es hat, wenn ihr Glaube entdeckt wird. Das Gleiche gilt auch für andere Christen, wenn sie nicht sehr vorsichtig sind (und beispielsweise darauf verzichten, zu evangelisieren). Insofern vermeiden Christen, Opfer von Gewalt zu werden, indem sie sich bedeckt halten. Zweitens ist Mauretanien ein verschlossenes Land. Während Christen muslimischer Herkunft in Mauretanien sehr wahrscheinlich gewaltsame Verfolgung durch Mitglieder ihrer eigenen (Groß-)Familie, durch Nachbarn und die Gesellschaft insgesamt erleiden, ist es schwierig, bestätigte Berichte über solche Vorfälle aus dem Land zu bekommen.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Innerhalb der Stammesgesellschaft sind Frauen der Autorität ihrer Väter und Ehemänner untergeordnet. Wenn sie den Islam verlassen, bedeutet dies, dass sie diese nicht achten und die Familienehre verletzen. Dies wird ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen, zumal die meisten Frauen und Mädchen (finanziell) völlig von ihren Familien abhängig sind. Grundsätzlich ist es sehr einfach, sich von einer Frau scheiden zu lassen, und Polygamie wird immer noch praktiziert. Verheiratete Frauen, die sich vom Islam abgewandt und den christlichen Glauben angenommen haben, können leicht verstoßen werden und haben dann keine Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Im Allgemeinen haben Frauen keine Wahl in der Ehe. Unverheiratete Christinnen muslimischer Herkunft können zu einer Ehe mit einem Muslim gezwungen werden, damit sie unter dem Einfluss einer islamischen Familie bleiben. Ihnen drohen auch sexueller Missbrauch und Belästigung.

Männer

Wenn die Regierung die Entwicklungen der letzten Jahre, dass ethnische Afrikaner vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden und Arbeitsmigranten große Geldsummen zahlen müssen, um im Land zu bleiben, nicht umkehrt, werden viele Christen aus Afrika südlich der Sahara gezwungen sein, Mauretanien zu verlassen oder unter sehr schwierigen Umständen leben müssen. Das ist ein großes Thema in Bezug auf Rassismus und Menschenrechte, betrifft aber auch das Thema Christenverfolgung, da viele Christen in Mauretanien ethnische Afrikaner und nicht arabischer Herkunft sind.

Männer, die den Islam verlassen haben und Christen geworden sind, bringen damit Schande über ihre (Groß-)Familie und werden höchstwahrscheinlich verstoßen, womit sie auch Respekt und Status in der Gesellschaft vollkommen verlieren. Sie können auch körperlich misshandelt werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Abgesehen von der christlichen Minderheit gibt es in Mauretanien auch eine sehr kleine aber wachsende Minderheit schiitischer Muslime. Während die Regierung gute Verbindungen mit dem Iran pflegt und diese Religionsgruppe nicht behelligt, brandmarken sunnitische religiöse Leiter diese Minderheit und fordern restriktive Maßnahmen gegen Schiiten. Gemäß dem Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit 2017 des US-Außenministeriums zu Mauretanien „wiederholte während des jährlichen Opferfestes Imam Ahmedou Ould Lemrabott Ould Habibou Rahman, der Imam der Großen Moschee von Nouakchott, am 1. September erneut seine Warnung vor der in seinen Worten ‚sich ausbreitenden und wachsenden Bedrohung durch den schiitischen Islam im Land'. Der Imam erklärte auch zum zweiten Mal in Folge, dass die Regierungsbehörden die Beziehungen zum Iran abbrechen sollten, um die Ausbreitung des iranischen schiitischen Islam zu stoppen."

9. Ausblick

Politischer Ausblick

Das Fehlen jedweder starker Institutionen und demokratischer Kultur, welche die Rechte der Bürger respektieren, bedeutet, dass die Chancen auf irgendeine Verbesserung der Situation für Christen sehr gering sind. Die Unruhe und die politische Instabilität, welche die Geschichte des Landes kennzeichnen, lassen nichts Gutes für die Zukunft ahnen. Die Armut des Landes sowie die zunehmende Spaltung angesichts des Themas Sklaverei könnten die Lage verschärfen. Die Instabilität in der Region (besonders in Nachbarländern wie Mali), die durch das Aufkommen islamischer Milizen wie AQIM angeheizt wird, ist ebenfalls Anlass zur Sorge um die Zukunft für die Christen in Mauretanien.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Die „Islamische Unterdrückung" wird wahrscheinlich die Haupttriebkraft der Verfolgung in Mauretanien bleiben. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich dies in naher Zukunft verbessern könnte. Die Verschärfung des Blasphemiegesetzes legt eher eine Verschlechterung nahe, obwohl sie in der Praxis wahrscheinlich keine Änderung der Situation bringen wird. Der Einfluss extremistisch-islamischer Gruppen wächst, was die Situation langfristig ernsthaft verschlimmern könnte.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Obwohl die Urbanisierung, das Internet und soziale Medien Veränderungen gebracht haben, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Einstellungen der Stämme bald verändern werden. Rassismus und Ethnisch begründete Anfeindungen werden höchstwahrscheinlich fortbestehen, insbesondere da die Regierung nunmehr aktiv auf eine Arabisierung der Arbeitnehmerschaft hinarbeitet.

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die Kirche der Arbeitsmigranten befindet sich in einer Krise. Neue Gesetze machen es schwer, im Land zu bleiben; nur wenige christliche Migranten können Arbeit finden. Auch haben wenige von ihnen die notwendigen Ressourcen, um legal im Land zu bleiben. Manche haben entschieden, zu bleiben und besondere Schmiergelder zu bezahlen, während sich andere entschlossen haben, das Land zu verlassen.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die derzeitige Regierung ist entschlossen, an der Macht zu bleiben, und versucht, ihre Legitimität bei islamischen Gruppen zu untermauern, indem sie Christen verfolgt. Es ist unwahrscheinlich, dass sich diese Einstellung ändert.

Schlussfolgerung

Insgesamt deutet sich an, dass Christen wahrscheinlich in Zukunft noch stärker verfolgt werden. Die Lage für Christen muslimischer Herkunft wird sich nicht verbessern, während Migranten aus Afrika südlich der Sahara durch die Arabisierung der Arbeitnehmerschaft dazu gezwungen werden könnten, das Land zu verlassen. Die kleine Zahl der Christen wird höchstwahrscheinlich in den nächsten Jahren klein bleiben.

zurück zur Länderübersicht

Türkei: Platz 26

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Alle Christen in der Türkei sind durch fanatischen Nationalismus beeinträchtigt, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund. Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch andere Christen, die überwiegend ethnischen Minderheiten angehören (z.B. Griechen, Armenier, Syrer). Sie werden selten als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Syrische Christen im Südosten stecken zwischen kurdischen Clans, der Regierung und der kurdischen militanten Gruppe PKK fest.

Diktatorische Paranoia: Seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 hat die Regierung von Präsident Erdogan ihre Maske der Unterstützung der Demokratie fallen lassen und schränkt nun offen die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft ein.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Es herrscht generell die Meinung, dass ein wahrer Türke ein sunnitischer Muslim sein muss. Dieser religiöse Nationalismus hat sich nach dem gescheiterten Putsch vom 15. Juli 2016 noch weiter verstärkt. Präsident Erdogan hat die Situation genutzt, um seine Macht und Position auszubauen, wobei sein diktatorisches Verhalten nicht zu einer direkten Verfolgung von Christen geführt hat. Stattdessen trägt er indirekt dazu bei, indem er versucht, die Türkei von einem säkularen Staat in einen sunnitisch-muslimischen zu verwandeln und dabei wenig Raum für Minderheiten lässt. Auf lokaler Ebene gibt es starken Widerstand von Familien gegen ehemalige Muslime, die zum Christentum konvertieren, da das Verlassen des Islam als Verrat an der türkischen Identität, dem Islam und der Familie angesehen wird. Diese Art von Unterdrückung wird als „normal“ angesehen. Sie wird kaum gemeldet oder dokumentiert, es sei denn, es kommt zu körperlicher Gewalt.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Der sehr starke religiöse Nationalismus in der Gesellschaft sorgt für starken Druck auf die Christen. Die Regierung wendet sich nicht speziell gegen Christen, aber der Nationalismus in der Gesellschaft lässt den Christen fast keinen Raum, eine andere Botschaft zu verbreiten. Insbesondere jene, die sich vom Islam zu Jesus Christus bekehren, werden in der Gesellschaft abgelehnt, obwohl ein Glaubenswechsel vom Islam zum Christentum nicht gesetzlich verboten ist. Ehemalige Muslime werden von ihren Familien und ihrem Lebensumfeld unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Selbst der Wechsel von einer christlichen Konfession zu einer anderen kann problematisch sein. Daher führen Christen manchmal ein Doppelleben und halten ihre Bekehrung geheim. Obwohl ehemalige Muslime ihre Religionszugehörigkeit auf dem Personalausweis legal zum Christentum ändern können, kann dies ein schwieriger und belastender Vorgang sein. Einmal entdeckt, können einem Christen mit muslimischem Hintergrund die Scheidung und der Verlust von Erbrechten drohen.

Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch Christen, die keinen muslimischen Hintergrund haben. Diese gehören meist ethnischen Minderheiten an (z.B. Griechen, Armenier, Syrer). Sie werden selten als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse. Christen bekommen keine Anstellung im öffentlichen Dienst und werden in der privaten Wirtschaft diskriminiert, insbesondere da, wo Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung haben. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Personalausweis vermerkt ist, ist es sehr einfach, christliche Bewerber zu benachteiligen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Während des Berichtszeitraums des WVI 2019 wurde mehreren Kirchen die Schließung angedroht und einige wurden geschlossen. Darüber hinaus wurden mehrere Kirchen zerstört und beschädigt. Es gibt auch Berichte eines fehlgeschlagenen Bombenanschlags vom Februar 2018.
- Im Berichtszeitraum des WVI 2019 wurden mehrere Christen wegen ihres Glaubens schikaniert. In zwei Fällen wurden ehemalige Muslime misshandelt und schwer verletzt. Mehrere ehemalige Muslime wurden durch ihre Familien gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen. Mehrere ausländische Christen mussten das Land verlassen. Ein Fall ereignete sich gerade erst im November 2018.
- Im Juli 2018 wurde der US-amerikanische Pastor Andrew Brunson aus dem Staatsgefängnis entlassen (wo er seit Oktober 2016 einsaß), stand aber bis zu seinem vierten Prozess im Oktober 2018 unter Hausarrest. Dann wurde er entlassen und durfte in die USA zurückkehren. Es scheint, dass er zwei Jahre lang als Geisel festgehalten wurde, um den USA politische Zugeständnisse abzunötigen.
- Im Mai 2018 wurden 55 Besitzurkunden von Kircheneigentum in syrische Verwahrung zurückgegeben. 55 weitere Besitzurkunden verbleiben beim türkischen Staat. Laut Berichten des christlichen Nachrichtendienstes World Watch Monitor vom Juli 2017 wurde das rechtmäßige Eigentum an mindestens 100 alten syrisch-christlichen Besitztümern im Südosten der Türkei in den letzten fünf Jahren beschlagnahmt und in türkischen Staatsbesitz überführt. Zu den von der Regierung beschlagnahmten Gütern gehörten zwei im Betrieb befindliche Klöster und Land des Klosters Mor Gabriel, welches seit dem 4. Jahrhundert besteht.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Türkei belegt im Weltverfolgungsindex 2019 Platz 26 mit 66 Punkten, was einem Anstieg von vier Punkten gegenüber dem WVI 2018 entspricht. Die Türkei ist das einzige Land der Welt, in dem die Hauptreligion, der Islam, vollständig mit einem starken Nationalismus vermischt ist. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 befindet sich das Land in einer angespannten Situation. Die scharfe Rhetorik der Regierung hat weniger Spielraum für andere Stimmen gelassen, einschließlich der christlichen. Es gibt mehr Misstrauen gegen Christen, was die Verkündigung des Evangeliums erschwert. Das hat zu einem allgemeinen Anstieg der Punktzahl beigetragen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung / Religiöser Nationalismus

Der starke und oftmals fanatische Nationalismus beeinträchtigt alle Christen in der Türkei. Dem größten Druck sind ehemalige Muslime ausgesetzt. Familie, Freunde und Gemeinschaft üben oft starken Druck auf sie aus, damit sie zum Islam, dem Glauben der Väter, zurückkehren. Allgemein herrscht die Meinung, dass ein wahrer Türke ein Muslim ist. Eine Bekehrung zu Jesus Christus verletzt nicht nur die Familienehre, sondern sie wird als Beleidigung des Türkentums verstanden. Dies kann Gerichtsverfahren und Haftstrafen nach sich ziehen. Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch Christen, die überwiegend ethnischen Minderheiten angehören (z.B. Griechen, Armenier, Syrer). Sie werden kaum als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Ethnisch begründete Anfeindungen haben sich im Berichtszeitraum des WVI 2019 im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt weiter verstärkt. Syrische Christen in der südöstlichen Region spüren besonders den Druck des syrischen Bürgerkriegs und sind zwischen den kurdischen Clans, der Regierung und der kurdischen militanten Gruppe PKK gefangen. Die Stammesführer nutzen ihr Gewaltmonopol, um die Syrer aus ihrer Heimat im Südosten zu vertreiben. Dies betrifft jedoch nur die christliche Landbevölkerung. Die meisten Christen in der Türkei leben in Großstädten und sind nicht stark von ethnisch begründeten Anfeindungen betroffen. Darüber hinaus spielen Stammesrecht und -bräuche nach wie vor eine wichtige Rolle, insbesondere in den östlichen Provinzen der Türkei. Christen muslimischer Herkunft droht dort noch härtere Verfolgung, da die Bekehrung zum Christentum nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Clan angesehen wird. Nicht zuletzt ist die Geschichte der Türkei von der Betonung auf Volkszugehörigkeit und Religion geprägt. Diese Ausrichtung führte zunächst zu dem Völkermord an Armeniern, Syrern und griechisch-orthodoxen Christen, der vom Ersten Weltkrieg bis in die 1920er-Jahre andauerte und seither die weitere Ausgrenzung von Minderheiten bewirkt hat.

Diktatorische Paranoia

Seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 hat die Regierung von Präsident Erdogan ihre Maske der Unterstützung der Demokratie fallen lassen und schränkt unverblümt die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft ein.

Die Medien wurden eingeschränkt und alle Formen der Opposition werden verfolgt. Erdogan hat außerdem erklärt, dass „Demokratie und freie Presse unvereinbar sind“, was angesichts der vielen inhaftierten Journalisten nicht verwundert. Obwohl Christen im Moment nicht direkt von der Regierung angegriffen werden, hat das Regime den sunnitischen Islam offen zur religiösen Norm im Land erklärt und damit das Christentum klar ausgegrenzt.

3. Verfolger

Ausgehend von islamischer Unterdrückung und religiösem Nationalismus

Regierungsbeamte: Es ist kein Geheimnis, dass Präsident Erdogan die Türkei von einem säkularen zu einem sunnitisch-muslimischen Staat machen will. Bisher wurden die Änderungen nur schrittweise umgesetzt. Einer dieser Schritte war die Verfassungsänderung nach dem Referendum im April 2017, die dem Präsidenten mehr Macht gab und ihm den Weg frei machte, sich bei zwei weiteren Wahlen zu stellen. Bis auf eine kleine Anzahl ausländischer Christen hat die Regierung Christen noch nicht besonders ins Visier genommen. Allerdings gab es Probleme mit kirchlichem Eigentum, insbesondere in der unruhigen südöstlichen Region. Dort schloss und beschlagnahmte die Regierung aus verschiedenen Gründen Kirchengebäude. In einigen Fällen sagte die Regierung, dass dies wegen des reformierten Grundbuchrechts und der Reorganisation der Stadtverwaltung geschehen sei, in anderen Fällen ergriff die Regierung aus Sicherheitsgründen die Kontrolle über die Kirchen. Obwohl es schwierig ist zu beweisen, ob die Regierung absichtlich christliche Gemeinschaften behindert oder nicht, ist ein Experte für das Land überzeugt, dass die Regierung versucht, die bereits geschwächten traditionellen christlichen Gemeinschaften aus der Türkei zu vertreiben.

Großfamilie, nichtchristliche religiöse Leiter und Bürger: Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und Gemeinschaften unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Einmal entdeckt, kann ein Christ mit muslimischem Hintergrund von Scheidung und dem Verlust von Erbrechten bedroht sein.

Ausgehend von ethnisch begründeten Anfeindungen

Anführer ethnischen Gruppen: In den ländlicheren Gebieten werden konservative Normen und Werte von ethnischen Leitern aufrechterhalten. Im Südosten scheint es, dass kurdische Oberhäupter versuchen, die historisch verwurzelte syrische Gemeinschaft aus dem traditionell christlichen Gebiet zu verdrängen. Die kurdische PKK versucht zudem, die Syrer aus nationalistischen Gründen bewusst in ihren Konflikt mit der türkischen Regierung hinein zu ziehen.

Ausgehend von diktatorischer Paranoia

Regierungsbeamte: Die Gegenreaktion auf den Putschversuch vom Juli 2016 hat zu einer verstärkten Polarisierung geführt und jeder wurde öffentlich zum Sündenbock gemacht, der (angeblich) die Türkei oder Erdogans Vision für die Türkei nicht unterstützt. Die Tatsache, dass der angebliche Urheber des Putschs, Fethullah Gülen, in Pennsylvania ansässig ist und dass die USA ihn bisher nicht ausgeliefert haben (mangels Beweisen, den besagten Staatsstreich in die Wege geleitet zu haben), hat die Spannungen zwischen der Türkei und den USA verstärkt. Vor allem die Protestanten haben die Verschlechterung der Beziehungen gespürt. Da die USA als christlich angesehen werden, bezeichnet man Christen in der Türkei als Spione des Westens. Hassreden und Drohungen gegen protestantische Kirchen haben zugenommen. Noch hat sich dies nicht in offener Gewalt niedergeschlagen, aber die allgemeine Atmosphäre ist angespannt.

4. Hintergrund

Seit 2002 versucht die Türkei, ihr Selbstverständnis und ihre Außendarstellung neu zu definieren. Das Konzept, ein westlich-säkulares Land zu sein, ist nicht mehr das Leitprinzip. Stattdessen wird der Islam als das Element gesehen, das die türkische Gesellschaft festigt. Die Notwendigkeit, sich an die westliche Welt zu halten, erübrigte sich, nachdem die UdSSR 1991 zusammengebrochen war und sich die Türkei entschieden dem Nahen Osten zuwandte. Ziel der Regierung ist es seither, die Türkei zu einem wichtigen Akteur in der Region und zu einem Vorbild für andere Länder zu machen. Aber regional und international ist die Verwirklichung dieser Ziele in den letzten Jahren ins Stocken geraten.

Im Jahr 2003 wurde Erdogan Premierminister und 2014 zum Präsidenten der Türkei gewählt. Bei den Wahlen im Juni 2015 verlor die AKP ihre absolute Mehrheit im Parlament und Koalitionsverhandlungen scheiterten. Bei den Neuwahlen vom 1. November 2015 gewann die AKP ihre absolute Mehrheit zurück. Am 15. Juli 2016 kam es zu einem Putsch, der jedoch scheiterte, worauf das Regime heftig zurückschlug. Es beschuldigte den islamischen Prediger und ehemaligen Verbündeten Fethullah Gülen (im selbst gewählten Exil in den USA), hinter dem gescheiterten Putsch zu stehen.

Nach dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 veränderte sich die Entwicklung in der Türkei dramatisch. Die Regierung wurde zunehmend diktatorischer und sowohl der Nationalismus als auch die Islamisierung nahmen zu. In den Schulen wurden viele Lehrer wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung entlassen, Schulleiter wurden durch Kollegen ersetzt, die der islamischen AKP-Partei treu sind, und es gibt immer mehr islamische Imam-Hatip-Schulen. Der Kampf gegen die militante kurdische Minderheit verschärfte sich, und die Türkei nahm auf der internationalen Bühne eine viel entschiedenere Haltung ein; sie wurde im benachbarten Syrien und Irak militärisch aktiv (vor allem gegen kurdische Streitkräfte). Aufgrund der neuen strengen Regierungspolitik hat sich die Intoleranz gegenüber all denen, die sich nicht auf die Seite Erdogans stellen, verstärkt. Nichtsunnitische Bürger (einschließlich der kleinen christlichen Minderheit) stehen unter wachsendem Druck, was sich zunehmend in gewaltsamen Vorfällen niederschlägt.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt ausländische Christen im Land, aber sie sind nicht unfreiwillig von anderen christlichen Gemeinschaften isoliert. Da diese ausländischen Christen frei mit anderen christlichen Gemeinschaften in Verbindung treten können, werden sie bei den Analysen zum Weltverfolgungsindex zu den anderen christlichen Gemeinschaften gezählt und nicht als eine separate Kategorie betrachtet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dazu gehören armenisch-apostolisch orthodoxe und griechisch-orthodoxe Kirchen (die einzigen Kirchen, die 1923 im Vertrag von Lausanne „anerkannt“ wurden) sowie die assyrische, syrisch-orthodoxe und syrisch-katholische Kirche, die alle regelmäßig überwacht und von der Regierung kontrolliert und eingeschränkt werden; ihre Mitglieder gelten in vielen offiziellen Angelegenheiten sowie in der Öffentlichkeit als „fremdländisch“. Sie werden kaum als Vollmitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse. So benötigen zum Beispiel die armenische und griechisch-orthodoxe Kirche die Erlaubnis der türkischen Regierung, neue Kirchenführer auszuwählen.

Es gibt auch ausländische Christen, die traditionellen Kirchen angehören. Es gibt russisch-orthodoxe Christen, die eine Aufenthaltsgenehmigung haben, und auch römisch-katholische Christen, hauptsächlich Einwanderer aus Afrika und den Philippinen. In den letzten Jahren ist ihre Zahl um Zehntausende von christlichen Flüchtlingen gewachsen, die aus Syrien und dem Irak kamen, um dem Krieg in ihren Heimatländern zu entkommen.

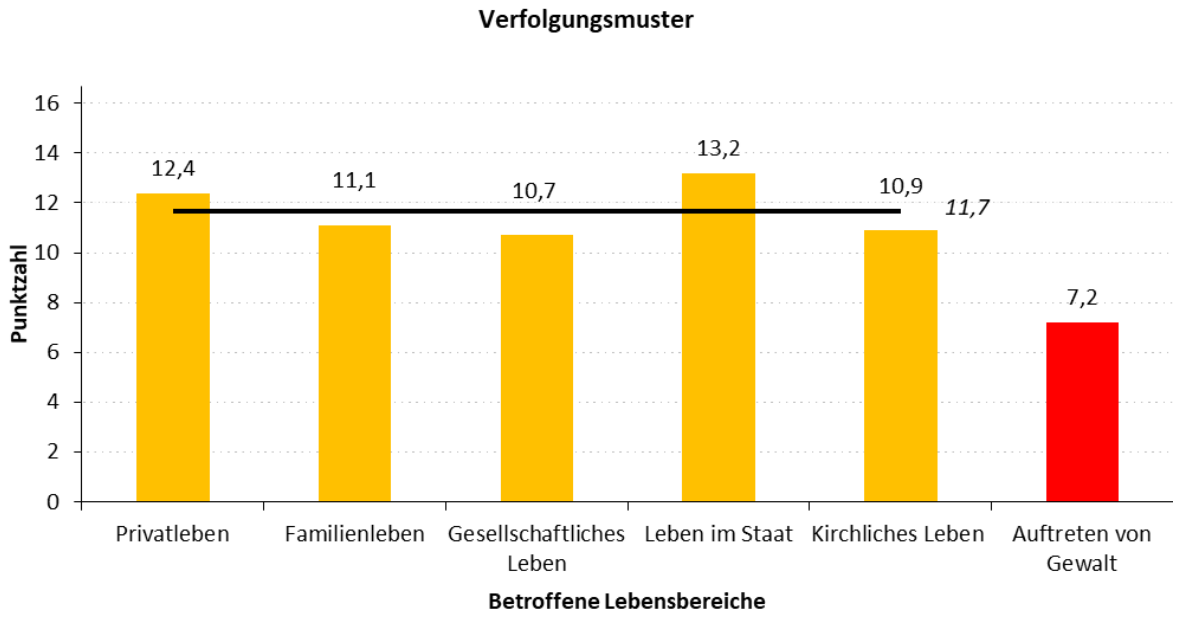
Christen muslimischer Herkunft

Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung in der Türkei. Der Druck kommt von Familie, Freunden, dem Lebensumfeld und sogar von den lokalen Behörden. Sie gelten als Verräter der türkischen Identität. Neben Christen muslimischer Herkunft, die aus der Türkei stammen, gibt es auch Gemeinschaften von ehemaligen Muslimen, die aus anderen Ländern wie dem Iran stammen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptisten-, evangelikale und Pfingstgemeinden bestehen meist aus kleinen Gruppen. Für sie ist es schwer, ein Gemeindeleben zu gestalten, und einige können sich nicht leisten, Räumlichkeiten für Gottesdienste zu mieten. Viele von ihnen treffen sich in Privathäusern, was zu Widerstand bei den Nachbarn führen kann.

6. Betroffene Lebensbereiche und Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Türkei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,7) und die Wertung im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2018 (10,7) um einen Punkt gestiegen. Grund für den Anstieg ist, dass der Druck insgesamt zugenommen hat, besonders in den Lebensbereichen „Leben im Staat“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Familienleben“. Dies steht in direktem Zusammenhang

mit der wachsenden Feindseligkeit gegen Christen (verursacht sowohl durch nationalistische Gefühle als auch durch die Aufregung um den US-Pastor Brunson).

- Obwohl alle Lebensbereiche sehr hohen Druck aufweisen, ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“ und „Leben im Staat“ am größten. Die Punktzahl für das Privatleben zeigt sowohl die Schwierigkeit für ehemalige Muslime, ihren Glauben inmitten ihrer Familienmitglieder offen zu leben, als auch den wachsenden Druck auf alle Christen, vorsichtig zu sein, wie man spricht und mit wem man in einem dem christlichen Glauben gegenüber feindlichen Klima über seinen Glauben sprechen kann. Die sehr hohe Punktzahl für das Leben im Staat zeigt, wie schwierig es für Christen und christliche Organisationen ist, in der Türkei zu arbeiten. Die Medienberichterstattung über Christen ist sehr voreingenommen und Christen erfahren regelmäßig Diskriminierung, wenn sie mit den Behörden zu tun haben.
- Die Wertung für Gewalt sank von 8,7 im WVI 2018 auf 7,2 im WVI 2019. Im Berichtszeitraum des WVI 2019 wurden keine Morde gemeldet, was den Punkterückgang erklärt.

Privatleben

Die Konversion zum christlichen Glauben ist nicht gesetzlich verboten. Doch ist es wahrscheinlich, dass ein Übertritt vom muslimischen zum christlichen Glauben familiär und gesellschaftlich Auswirkungen hat. Wenn sich auch das Ausmaß und die Art der Unterdrückung je nach Hintergrund der Familie erheblich unterscheiden können, wird die Bekehrung zum Christentum weithin als unannehmbar angesehen. Christen führen manchmal ein Doppelleben und verbergen ihre Bekehrung, was bedeutet, dass sie nur versteckt beten, Bibel lesen und christliche Webseiten besuchen. Diese Art von Unterdrückung wird als „normal“ angesehen und kaum berichtet oder dokumentiert, es sei denn, es kommt zu körperlicher Gewalt. Es gibt auch familiären und kirchlichen Druck auf diejenigen, die von einer traditionellen Kirche zu einer freikirchlichen Gemeinde wechseln. Auch dies wird nicht dokumentiert oder gemeldet. Diejenigen, die ihre christliche Identität verbergen, haben oft zu große Angst, sich mit anderen Christen zu treffen.

Familienleben

Obwohl ehemalige Muslime ihre Religionszugehörigkeit auf dem Personalausweis legal zum Christentum ändern können, kann dies ein schwieriger und aufreibender Prozess sein. Wenn im Ausweis »Muslim« eingetragen ist, sind die Kinder von Christen muslimischer Herkunft verpflichtet, in der Schule Islamkurse zu besuchen. Sofern Konvertiten zum christlichen Glauben nicht die Religionszugehörigkeit in ihren Ausweisen geändert haben, werden ihre Kinder automatisch als sunnitische Muslime registriert. Sobald ihre Konversion zum christlichen Glauben bekannt wird, kann Christen die Scheidung und der Verlust ihrer Erbrechte drohen. Sie können auch Schwierigkeiten bei der Organisation einer christlichen Hochzeit oder Beerdigung haben (wobei die letzten Wünsche eines ehemaligen Muslims nicht respektiert werden und die Beerdigung nach islamischen Riten durchgeführt wird). Anträge auf christliche Friedhöfe wurden in einigen Teilen des Landes abgelehnt. Wo dies geschehen ist, können Christen nur in Bereichen, die allen Nichtmuslimen vorbehalten sind, nach christlichen Riten begraben werden, oder auf einem historisch christlichen Friedhof.

Es ist für Christen fast unmöglich, ein muslimisches Kind zu adoptieren. Kinder von Christen, und insbesondere von Christen muslimischer Herkunft, werden oft schikaniert, entweder wegen der religiösen Intoleranz der Gesellschaft oder aus nationalistischem Eifer. Ehepartner von ehemaligen Muslimen werden gelegentlich unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck ihrer Familie, Freunde und Nachbarn, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. Im Schulsystem gibt es verbindlichen Islamunterricht, obwohl nichtmuslimische Kinder sich davon abmelden können. Es gibt jedoch Berichte über Diskriminierung der Kinder, die sich abgemeldet haben, seitens der Gesellschaft und der Lehrer. Christliche Schulkinder werden im Unterricht regelmäßig diskriminiert, sowohl von Lehrern als auch von anderen Schülern. Es gibt Christen, die an türkischen Universitäten studieren, aber es ist ihnen nicht möglich, höhere Positionen oder Professuren auf Universitätsniveau zu erreichen. Christen haben keinen Zugang zu staatlichen Arbeitsstellen und erfahren Diskriminierung in der Privatwirtschaft, insbesondere wenn Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung haben. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Personalausweis vermerkt ist, ist es sehr einfach, christliche Bewerber zu diskriminieren. Es besteht zwar die Möglichkeit, das Feld Religionszugehörigkeit leer zu lassen, aber das könnte Verdacht erregen. Christen werden in der Türkei ausgegrenzt und von der Gesellschaft als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Leben im Staat

Die türkische Verfassung ist in ihrer Haltung gegenüber den Rechten religiöser Minderheiten sehr restriktiv. Christen muslimischer Herkunft (insbesondere solche, die im Südosten oder in ländlichen Gebieten Gemeinden leiten) werden von Polizei und Sicherheitskräften wegen ihrer offen christlichen Identität mitunter respektlos behandelt. Christen haben Schwierigkeiten, Genehmigungen für den Bau von Kirchen oder die Registrierung eines Versammlungsorts als Gotteshaus zu erhalten. Der Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, dem Sicherheitsapparat des Staates und den Ordnungskräften wird den Christen verweigert, ebenso wie die Beförderung in der Armee, trotz Wehrpflicht. Obwohl die eigene Religionszugehörigkeit auf den neuen Personalausweisen nicht mehr sichtbar vermerkt wird, ist sie dennoch auf dem Chip in der Karte registriert. Der Aufstieg des Nationalismus im Land verursachte Probleme für nichtmuslimische Geschäftsleute, da Berichten zufolge Vetternwirtschaft unter der regierenden AKP-Partei weit verbreitet ist. Vor allem die lokalen Medien und Kolumnisten sind gegenüber Christen voreingenommen. Es gibt mehrere Berichte über Intoleranz und Vorurteile gegen Christen. Es bestehen Bedenken hinsichtlich der Unparteilichkeit der Justiz in Gerichtsverfahren, an denen christliche Minderheiten beteiligt sind, insbesondere nachdem die Regierung mehr als 4000 Mitglieder der Justiz wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung entlassen hat.

Kirchliches Leben

Es ist nicht möglich, sich als Religionsgemeinschaft neu zu registrieren. Obwohl sich Kirchen als „Verein“ registrieren können, ist dies ebenfalls ein schwieriger Prozess und einige Anträge wurden abgelehnt. Auch die Gründung von Stiftungen zur Unterstützung einer neuen Religionsgemeinschaft ist verboten. Der türkische Geheimdienst (MIT) beobachtet christliche Gruppen und ihre Aktivitäten aufmerksam, obwohl Kirchen auch von den Sicherheitsdiensten während der Gottesdienste (sichtbar) geschützt werden, insbesondere nach Drohungen durch den „Islamischen Staat“ (IS). Es ist sehr schwierig, behördliche Genehmigungen für die Reparatur oder Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten. Viele Kirchengebäude, Seminare oder Schulen, die in der Vergangenheit beschlagnahmt wurden, wurden nicht zurückgegeben.

Die Durchführung von Aktivitäten außerhalb der dafür vorgesehenen kirchlichen Einrichtungen wird allgemein als Missionierung angesehen und daher sowohl von den örtlichen Amtsträgern als auch von der Bevölkerung behindert. Besonders schwierig ist dies nach dem Putsch und dem anschließenden

Ausnahmezustand geworden, weil jedes vermeintlich verdächtige Verhalten zu Verhaftungen führen kann. Die offene Integration von ehemaligen Muslimen in bestehende Kirchen wird erschwert, hauptsächlich durch die Gemeinschaft selbst. Leitungswechsel in der griechisch-orthodoxen und armenisch-apostolischen Kirche müssen von der Regierung genehmigt werden, auch wenn es sich dabei um Leiter von Religionsgemeinschaften handelt, die es im Gesetz nicht gibt und deren persönliche Positionen im Gesetz nicht anerkannt sind. Die Ausbildung von christlichen Leitern ist rechtlich unmöglich. Christliche Schriften sind in türkischer Sprache verfügbar, aber ihre Verteilung bleibt heikel, da sie automatisch als Missionierung angesehen wird.

Es ist für Kirchenleiter schwierig, ein Visum zu erhalten. Vielen ausländischen Mitarbeitern religiöser Organisationen wird entweder ein Visum verweigert oder ihre Aufenthaltserlaubnis wird einfach nicht verlängert.

Gewalt

Christen in der Türkei sind regelmäßig mit Gewalt konfrontiert.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Die Bekehrung zu Jesus Christus ist für Frauen wahrscheinlich schwieriger, da sie in einer islamischen Gesellschaft, in der sie eine untergeordnete Stellung einnehmen, stärker von Verfolgung bedroht sind. Muslimische Führer erniedrigen Frauen regelmäßig und wollen sie von allen Formen des öffentlichen Lebens ausschließen. Das gilt insbesondere für Frauen aus Minderheiten und noch mehr in ländlichen Gebieten. Der Druck auf ehemalige Muslimas, einen muslimischen Mann zu heiraten, kann ein instabiles Familienumfeld schaffen. Von Frauen wird erwartet, dass sie ihren Familien mit ihrer Berufswahl, ihren Freundschaften und der Wahl des Ehepartners Ehre erweisen. Christin zu werden oder einen Christen zu heiraten, gilt als Bedrohung dieser Erwartung. Angesichts des derzeitigen Wiederaufblühens des Islam werden Frauen wahrscheinlich wachsendem Druck ausgesetzt sein, die islamischen Erwartungen an Kleidung und Verhalten zu erfüllen.

Männer

Die Verfolgung durch Medien, Polizei, Behörden und das gesellschaftliche Umfeld richtet sich sowohl gegen Männer als auch gegen Frauen. Von Männern wird jedoch erwartet, dass sie Verteidiger des Islam und des Türkentums sind (die in der öffentlichen Wahrnehmung eng miteinander verbunden sind), so dass die Nichterfüllung dieser Erwartung Druck auf die Männer ausübt, der sie daran hindern kann, jemals in eine Kirche zu gehen. Quellen zufolge werden Männer und Jungen eher von den Behörden verhaftet und misshandelt.

Im Militärdienst befinden sich die Männer in einer Umgebung, in der sie, wenn ihre christliche Konfession in ihrem Ausweis vermerkt ist, von ihren Vorgesetzten mit Argwohn betrachtet und von ihren Altersgenossen tyrannisiert werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Sowohl Regierung als auch Gesellschaft greifen religiöse Gruppen wie Aleviten und Juden und ethnische Gruppen wie die Kurden verbal an. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen. Die

Türkei ist ein Unterstützer von Einrichtungen der Muslimbruderschaft wie der Hamas und ist daher zum Gegner Israels geworden. Der öffentliche Diskurs hat sich infolgedessen von anti-israelisch zu antisemitisch entwickelt. Präsident Erdogan hat diese Haltung sogar gefördert. Dies hat die wenigen verbliebenen Juden in der Türkei selbstverständlich sehr ängstlich gemacht, und einige hundert sind kürzlich nach Israel ausgewandert, so dass die im Land Verbliebenen noch gefährdeter sind. In der Türkei können junge nationalistische Türken auf Hassreden mit gewalttätigen Handlungen reagieren, weil sie denken, dass sie die Zustimmung des Staates und der Öffentlichkeit haben.

Darüber hinaus wurde die Gülen-Bewegung seit dem Putsch 2016 schwer verfolgt. Die Jesiden im Südosten der Türkei stehen vor ähnlichen Problemen wie die syrischen Christen. Nusayri-Flüchtlinge (Alawiten) aus Syrien stehen unter enormem Druck, das Land zu verlassen. Auch die Aleviten werden diskriminiert (offiziell existieren sie nicht als eigene Gruppe und können keine Gotteshäuser betreiben) sowie allgemein die Kurden.

Das US-Außenministerium berichtet in seinem International Religous Freedom Report for Turkey 2017 (S. 6-7): „Die Regierung hat die Rechte nichtmuslimischer Minderheiten weiter eingeschränkt, besonders die, die sie nicht im Lausanner Vertrag von 1923 als geschützt anerkannt hat. Sie bezeichnet das Alevitentum weiterhin als eine heterodoxe muslimische Gruppe und erkennt weiterhin keine alevitischen Gotteshäuser (Cemevis) an. Als Teil einer umfassenderen Schließung per Regierungserlass von Organisationen, die angeblich terroristische Propaganda verbreiten, schloss die Regierung im Januar zwei schiitische Fernsehsender im Besitz von Shia Jaferi. [...] Aleviten äußerten sich besorgt um ihre Sicherheit und sagten, dass die Regierung ihre Forderungen nach religiösen Reformen nicht erfüllt habe. Nichtsunnitische Muslime erhielten nicht den gleichen Schutz wie anerkannte nichtmuslimische Minderheiten, obwohl beide Schwierigkeiten hatten, Gotteshäuser zu betreiben oder zu eröffnen, Land- und andere Eigentumsansprüche anzufechten oder Ausnahmen vom vorgeschriebenen Religionsunterricht zu erhalten. Die Regierung setzte die Ausbildung sunnitischer muslimischer Geistlicher fort, während sie andere religiöse Gruppen daran hinderte, ihre Geistlichen auszubilden, und finanzierte weiterhin den Bau sunnitischer Moscheen, während sie die Grundstücksnutzung anderer religiöser Gruppen einschränkte.“

Im Dezember 2018 entschied das Berufungsgericht, dass die Regierung die Stromkosten für Cemevis (alevitische Gotteshäuser) übernehmen sollte, wie die Regierung es auch für Moscheen tut. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EMRK) hat jedoch 2016 ein ähnliches Urteil gefällt, das von der Regierung ignoriert wurde. Wenn die Regierung diesem Urteil folgt, könnte das den Kirchen die Möglichkeit eröffnen, ebenfalls Gleichbehandlung zu fordern.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Die wirtschaftliche Zukunft der Türkei sieht nicht gut aus. Der Wert der türkischen Lira befindet sich in einer Abwärtsspirale, die Jugendarbeitslosigkeit bleibt hoch (±20%) und die instabile politische Situation schreckt Investoren ab. Obwohl das Land seit dem Jahr 2000 ein enormes Wirtschaftswachstum verzeichnet hat, herrscht heute große Unsicherheit über die Zukunft. Der Ausnahmezustand ist offiziell beendet, aber die Sicherheitsdienste setzen die Opposition immer wieder unter Druck. Menschenrechtsorganisationen erklären, dass der Ausnahmezustand mit neuen Gesetzen nun tatsächlich auf Dauer gesichert ist. Gleichzeitig scheint Erdogan die Türkei von Europa, den Vereinigten Staaten und den arabischen Staaten zu isolieren. Der Konflikt mit der kurdischen PKK

hat sich verschärft, und das Land ist in den letzten Jahren häufiger Ziel von Angriffen und Bombenattentaten kurdischer und anderer Gruppen geworden.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung/Religiösen Nationalismus: Es ist ein Anstieg von Hassreden in der Presse (oft in der Lokalpresse) zu verzeichnen, die sich gegen Kirchen und ausländische christliche Kirchenmitarbeiter richten. Dies hat dazu geführt, dass Stadtverwaltungen und Kommunalbeamte versuchten, Kirchen zu schließen. Nun, da der Fall des US-Pastors Brunson abgeschlossen ist, könnte sich die Stimmung insgesamt wieder entspannen. Allerdings erfahren christliche Flüchtlinge immer mehr Einschränkungen durch die Behörden und werden mit Abschiebung bedroht. Auch Gewalttaten gegen christliche Flüchtlinge nehmen zu – von Angriffen durch Mobs auf Kirchen bis hin zu Angriffen auf Einzelpersonen. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Situation verbessern wird. Die Islamisierung des Landes dauert an und der Druck auf die christliche Gemeinschaft hat seit dem Putschversuch 2016 massiv zugenommen – und wächst weiter.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die christliche Bevölkerung ist winzig und macht nur 0,2% der Bevölkerung aus. In Anbetracht der Tatsache, dass noch vor einem Jahrhundert die Christen 20% ausmachten, ist die Angst vor dem totalen Verschwinden nicht unbegründet, insbesondere nicht für die traditionellen christlichen Gemeinschaften. Die allgemeine Atmosphäre gegen Christen ist feindselig, weil das Christentum als etwas Fremdes angesehen wird. Solange „Armenisch“ als Beleidigung benutzt wird, anstatt eine respektierte und legitime Minderheit zu bezeichnen, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Einstellung gegenüber Christen ändern wird.

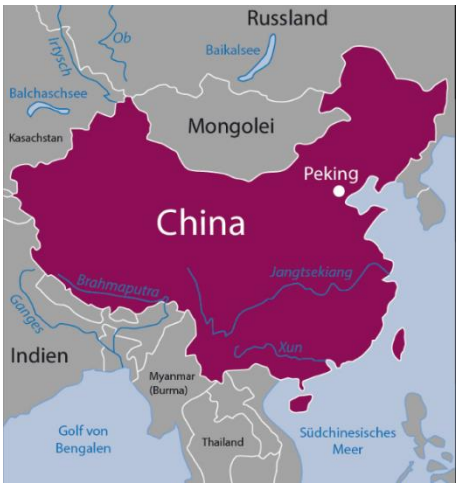
Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die Verhaftung und Inhaftierung von Pastor Andrew Brunson hat dazu geführt, dass viele ausländische Familien das Land verlassen haben und weniger neue Arbeitnehmer erwägen, eine Stelle in der Türkei anzunehmen. Es gibt eine Regierungskampagne, um zu verhindern, dass ausländischen Kirchenmitarbeitern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird – insbesondere in Ostanatolien und in ländlicheren Provinzen. Die Regierung scheint diese „Beseitigung“ ausländischer Christen dadurch weniger offensichtlich aussehen zu lassen, indem sie beispielsweise verhindert, dass Arbeitnehmer Bankkonten eröffnen – eine Voraussetzung für den Erhalt eines Wohnsitzes. Obwohl Erdogan den Ausnahmezustand im Juli 2018 nach zwei Jahren mit seinen neuen Befugnissen als Präsident in einem Präsidialsystem beendete, braucht er die Notstandsgesetze nicht, um das Land mit eiserner Faust zu kontrollieren.

Schlussfolgerung

Christen scheinen keine direkten Ziele für staatliche Verfolgung zu sein, aber die allgemeine Situation für Christen verschlechtert sich. Die Situation für die traditionellen christlichen Gemeinschaften im Südosten der Türkei ist besonders beunruhigend. Ein Großteil ihres Eigentums wurde in den letzten Jahren von der türkischen Regierung weggenommen, und ihre alte Kultur verschwindet allmählich. Darüber hinaus zeigt die Verhaftung und Anklage von US-Pastor Andrew Brunson, der zwei Jahre lang als politische Geisel festgehalten wurde, deutlich, dass sich die türkische Regierung unter Erdogan zu einem skrupellosen Regime entwickelt hat. Insgesamt müssen Christen vorsichtig handeln, vor allem in der Öffentlichkeit.

zurück zur Länderübersicht

China: Platz 27



Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Kommunistische Unterdrückung: Die Kommunistische Partei versucht, ihre Macht zu erhalten, indem sie äußere Einflüsse einschränkt und alle Formen der Religion kontrolliert, einschließlich des weiterhin wachsenden Christentums.

Islamische Unterdrückung: Christen muslimischer Herkunft aus der Minderheit der Uiguren in Xinjiang leiden unter dem verstärkten Druck durch die Regierung und sehen sich Verfolgung durch Familie und ihr soziales Umfeld gegenüber.

Religiös motivierter Nationalismus: Tibetische Christen mit buddhistischer Herkunft sehen sich mit starkem Widerstand vonseiten ihrer Familie, Freunde, Nachbarn und ihres sozialen Umfelds konfrontiert.

Diktatorische Paranoia: Präsident Xi Jinping stärkt seine persönliche Machtposition und Christen werden als mögliche Gefahr gesehen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die kleinen Minderheiten von Christen mit muslimischer oder buddhistischer Herkunft sind starker Verfolgung ausgesetzt. Verantwortlich dafür sind nichtchristliche religiöse Leiter, das soziale Umfeld und die eigene Familie. Der Glaubenswechsel wird als Verrat angesehen. Die kommunistischen Behörden sind für die Einschränkung der Freiheit in ganz China verantwortlich, da sie große Anstrengungen unternehmen, die Gesellschaft zu kontrollieren und die eigene Macht zu erhalten. Seit die kommunistische Partei auch die Regulierung der Religion übernahm, hat sich die Behandlung von religiösen Gruppen und besonders Christen im gesamten Land stark verschlechtert. Christen sind die größte gesellschaftliche Kraft in China, die nicht vom Staat kontrolliert wird. Deswegen stehen sie besonders im Blickpunkt der Partei.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Wenn in muslimischen oder buddhistisch geprägten Teilen Chinas bekannt wird, dass jemand von der Mehrheitsreligion zum christlichen Glauben gewechselt ist, wird dieser Christ in der Regel von Mitgliedern der Gesellschaft oder der eigenen Familie bedroht, körperlich angegriffen und den lokalen Behörden gemeldet. All dies soll dazu führen, dass er zu seinem ursprünglichen Glauben zurückkehrt. Es kommt vor, dass Ehepartner zur Scheidung gezwungen werden oder Kinder ihren christlichen Eltern weggenommen werden. Alle Kirchen werden als Bedrohung wahrgenommen, sobald sie zu groß oder zu politisch werden oder ausländische Gäste einladen. In Bezug auf die Kirchen gewinnt die „Sinisierung“ (gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse) zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig baut die kommunistische Partei stark auf die kulturelle Identität Chinas, um an der Macht zu bleiben. Die neuen Begrenzungen in Bezug auf das Internet und soziale Medien, das neue Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen und die neue Religionsverordnung bedeuten ernstzunehmende Beschränkungen der Freiheit. Es werden

jedoch nicht nur neue Gesetze verabschiedet, auch die Umsetzung bereits bestehender Gesetze wird strenger. Ein Beispiel dafür ist das Verbot des Online-Handels von Bibeln im Internet, das im März 2018 Schlagzeilen machte.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- In den ländlichen Gebieten Tibets haben Lamas einen großen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen (beispielsweise durch die Kontrolle des Gesundheitswesens), weil viele von ihnen gleichzeitig Mitarbeiter lokaler Regierungsbehörden sind. In ihren Händen liegt die Verwaltung der Grundversorgung, einschließlich der Verteilung staatlicher Hilfsgüter an einzelne Familien. Dabei werden christliche Konvertiten von der Versorgung ausgeschlossen.
- Wenig überraschend lässt die kommunistische Partei keine anderen Parteien zu. Einige Parteien existieren zwar offiziell weiter – jedoch nur ihrem Namen nach (wie etwa die Kuomintang-Partei). Zivilgesellschaftliche Organisationen sind zwar erlaubt. Allerdings werden in diesem Bereich keine christlichen Organisationen genehmigt, es sei denn, sie arbeiten unter der Schirmherrschaft registrierter Kirchen. Damit ist der größte Teil der chinesischen Christen davon ausgeschlossen, sich in organisierter Form sozial engagieren zu können.
- Im Berichtszeitraum für den WVI 2019 wurden keine Ermordungen von Christen wegen ihres Glaubens gemeldet. Viele Angriffe auf Kirchen gingen jedoch Hand in Hand mit der Verhaftung von christlichen Leitern und körperlichen Angriffen auf Christen. Solche Vorfälle gab es in mehreren Provinzen, besonders stark jedoch in Henan, einer bevölkerungsreichen Provinz, in der es eine beachtliche christliche Minderheit gibt. Die Angriffe wurden zumeist durch Mitglieder der Sicherheitsdienste oder der Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront der Kommunistischen Partei durchgeführt. Manchmal wurden vor Ort auch Mobs angeheuert.
- Es gab viele Fälle, in denen Kreuze außerhalb von Kirchengebäuden zerstört wurden, sowohl von Hauskirchen als auch von der offiziell anerkannten Drei-Selbst-Bewegung. Die Häufigkeit erinnerte an die Kampagne gegen Kreuze in Zhejiang von 2014 bis 2016. Es kam zudem häufig vor, dass Vermieter von den Behörden dazu gedrängt wurden, Mietverträge mit Kirchen aufzulösen. Zwei Fälle, die für großes Aufsehen sorgten, waren die Störung und Schließung des Zion-Hauskirchennetzwerks in Peking und die Zerstörung der Golden Lampstand Church in Shanxi. Das Ausmaß und die Tiefe der Kampagne kann auch an der ungewöhnlichen Reaktion der nicht registrierten Hauskirchen in Peking gemessen werden, die eine gemeinsame Erklärung verfassten, in der sie die Behörden dazu aufriefen, die Religionsfreiheit zu respektieren, wie sie die chinesische Verfassung gewährt. Die Erklärung wurde im Juli 2018 veröffentlicht und zum Zeitpunkt dieses Berichts im November 2018 bereits von mehr als 600 Pastoren von Hauskirchen aus ganz China unterzeichnet.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 65 Punkten ist China im Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 auf Platz 27 gesprungen. Im Vorjahr belegte China mit 57 Punkten Platz 43. Der Anstieg der Wertung für „Auftreten von Gewalt“ sorgte nur zu einem kleinen Teil für den Anstieg der Gesamtwertung. Die Wertungen in den Lebensbereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ stiegen an, was auf die deutlich stärkere Betonung der kommunistischen Ideologie hinweist. Noch stärker stiegen sie jedoch in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Das spiegelt die strenge Durchsetzung der

Religionsverordnung wider, die am 1. Februar 2018 in Kraft getreten ist. Diese wird nicht durch die Regierung durchgesetzt, sondern durch die Kommunistische Partei, die viel stärker ideologisch denkt. Christen haben nun noch mehr Herausforderungen durch die Behörden, und dieser Druck macht sich besonders im Bereich des kirchlichen Lebens bemerkbar. In Bezug auf die Situation der Christen im gesamten Land muss man die enorme flächenmäßige Ausdehnung Chinas berücksichtigen; dadurch ist die Lage der Christen in verschiedenen Teilen des Landes sehr unterschiedlich. Es kann jedoch ohne Zweifel festgehalten werden, dass sich die Situation für Christen im gesamten Land verschlechtert hat, wie Berichte aus vielen verschiedenen Provinzen zeigen.

Chinas Punktzahl ist um acht gestiegen – das ist einer der größten Anstiege, die das Land auf dem WVI je gemacht hat. Die große Zahl an Vorfällen und den stark steigenden Druck, den alle Kirchen empfinden (egal ob sie der Regierung nahestehen oder nicht), belegen diesen Anstieg jedoch. Einige Beobachter werden sich wundern, warum die Punktzahl nicht sogar noch weiter angestiegen ist. Dies hat einerseits mit der großen Fläche des Landes und der Größe der Kirche in China zu tun. Es gibt tatsächlich weiterhin viele Kirchen, die bisher nicht von der Kampagne der Kommunistischen Partei betroffen sind. Bedeutsamer ist jedoch vermutlich die überraschende Widerstandskraft der chinesischen Gemeinde. Viele Kirchen sind nicht einfach verschwunden, nachdem sie Razzien und Schließung erlebten. Sie organisierten sich neu und teilten sich bewusst in kleinere Gruppen auf.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung

Das alles überspannende Ziel der Kommunistischen Partei ist der Machterhalt, den sie durch nationale Einheit und die Minimierung ausländischer Einflüsse zu sichern versucht. Die Regierenden werden alles aus ihrer Sicht Nötige tun, um in diesem Bestreben Erfolg zu haben. In den vergangenen Jahren berief sich China zunehmend auf seine ideologischen Wurzeln und betonte die kommunistische Herrschaft. Auf dem 19. Parteikongress im Oktober 2017 wurden Präsident Xis Name und sein Gedankengut unter dem Titel „Xi Jinpings Gedanken über den Sozialismus chinesischer Prägung für eine neue Ära“ offiziell in die Statuten der Kommunistischen Partei übernommen. Der Konfuzianismus wird als chinesisch gepriesen; wenn jemand unbedingt religiös sein müsse, dann solle er dem Konfuzianismus folgen. Präsident Xi Jinping ist wohl der stärkste Parteiführer seit Mao Zedong. Unterdessen gewinnen Parteiorgane wie die Zentralkommission zur Kontrolle der Disziplin an Macht. So ermittelten sie gegen hochrangige Parteimitglieder, denen man auf dem 19. Parteikongress eine Beförderung auf die Ebene der nationalen Führung zutraute. Der Parteikongress selbst zeigte, wie sehr sich die Partei wieder stark auf die kommunistische Ideologie fokussiert. Dabei wurde unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Partei diese Fokussierung auch von sämtlichen Regierungsvertretern und zivilgesellschaftlichen Beteiligten erwartet. In weiterem Bestreben, alle Parteimitglieder wieder zurück zu den Grundlagen der kommunistischen und marxistischen Lehre zu bringen, ordnete Präsident Xi Jinping im April 2018 Unterrichtseinheiten zum kommunistischen Manifest an. Gemäß den weiterentwickelten Regeln der Kommunistischen Partei werden alle Mitglieder, die sich selbst nach „verstärkter Erziehung der Gedanken“ weiterhin an religiöse Überzeugungen klammern, „aufgefordert, die Partei zu verlassen“. Interessanterweise hält sich der Parteikongress zurück, einen designierten Nachfolger für den Regierungsführung zu nominieren.

Um seine eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen, darunter auch die wachsende christliche Minderheit. Dies gilt vor allem für die instabilen

Minderheitsregionen Tibet und das muslimische Xinjiang. Die Regierung hat die Kontrolle in diesen Gebieten verstärkt, was nicht nur ethnische Gruppen zu spüren bekommen, die um die Unabhängigkeit kämpfen, sondern auch die jeweiligen Gruppen von christlichen Konvertiten und sogar Han-Christen. In vielen Regionen Chinas werden christliche Aktivitäten immer mehr kontrolliert statt nur beobachtet. Hauskirchen sind in der Ausübung ihrer Aktivitäten am stärksten eingeschränkt, besonders im Bereich der Arbeit unter Kindern und Jugendlichen, doch auch die der Regierung nahestehenden Kirchen wurden kontrolliert und eingeschränkt. In Bezug auf von Han-Chinesen besuchte Kirchen sprechen Beobachter von drei Arten von Kirchen: den illegalen und vom Staat bekämpften „schwarzen“ Kirchen (wie beispielsweise dem Vatikan gegenüber loyale Katholiken), den staatlich anerkannten und kontrollierten „roten“ Kirchen, und den „grauen“, die trotz fehlender Genehmigung toleriert werden und der die Mehrheit der chinesischen Christen angehört. Da der Druck auf alle Kirchen wächst, wird die Unterscheidung jedoch immer unschärfer. Die Art und die Prioritäten der Verfolgung verschieben sich dabei, wie im Abschnitt „Kirchliches Leben“ beschrieben wird.

Islamische Unterdrückung

Die Provinzen Xinjiang und Tibet sind spärlich besiedelt; zusammen machen sie nur etwa zwei Prozent der chinesischen Bevölkerung aus. Deswegen sind die Triebkräfte „Islamische Unterdrückung“ und „Religiöser Nationalismus“ mit Sicht auf ganz China nicht stark ausgeprägt. Für die christlichen Konvertiten in den beiden Provinzen verschlechtert sie die Situation jedoch sehr deutlich.

Der nordwestliche Staat Xinjiang, in dem die muslimische Minderheit der Uiguren lebt, ist im Berichtszeitraum noch stärker kontrolliert worden. Beobachter sprechen bereits von einem Polizeistaat, vor allem, seitdem Umerziehungslager für mehrere tausend Menschen geschaffen wurden. Ausländische militante Islamisten drangen in die Provinz ein. Bei der Belagerung der philippinischen Stadt Marawi im Mai 2017 kämpften Berichten zufolge islamistische Kämpfer aus Xinjiang. All das hat dazu geführt, dass die Regierung ihr Vorgehen gegen die Kämpfer wie auch die Kontrolle der Religionen in Xinjiang weiter intensiviert.

Die Lage der wenigen Christen muslimischer Herkunft – höchstwahrscheinlich einige Tausend – ist extrem schwierig. Sie erleben den bereits beschriebenen allgemein erhöhten Druck vonseiten der Regierung und müssen zusätzlich mit Verfolgung durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde rechnen. Jede Abweichung von muslimischen Bekenntnissen und Traditionen wird als Schande und sogar Verrat gesehen, da von jedem Uiguren erwartet wird, dass er Muslim ist. Auch wenn es schwierig ist, Berichte über die Situation von Christen muslimischer Herkunft zu erhalten, so weisen doch alle vorliegenden Informationen auf eine Verschlechterung hin. Gelegentlich kommt es sogar zu physischer Gewalt durch Familienangehörige.

Religiös motivierter Nationalismus

Ähnliche Entwicklungen wie im Einflussbereich der „Islamischen Unterdrückung“ betreffen auch die noch kleinere Gruppe tibetischer Christen buddhistischer Herkunft in der chinesischen Region Tibet (Westchina). Druck und Gewalt nehmen zu, und die Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die tibetischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden. Tibetische Christen sind starkem Widerstand vonseiten ihrer Familie, Freunde und ihres Umfelds ausgesetzt. In dieser Region einen „abweichenden“ Glauben zu haben, kann einen hohen Preis kosten, da ein christlicher Konvertit quasi von der Gemeinschaft ausgeschlossen wird.

Säkulare Intoleranz

Die Bemühungen, Religionen aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, haben sich verstärkt. Das wurde beispielsweise deutlich durch Einschränkungen im Bereich religiöser Veranstaltungen auf dem Gelände von Universitäten und im Blick auf Veröffentlichungen religiöser Schriften. Über das Verbot vom März 2018, Bibeln im Internet zu handeln, wurde in internationalen Medien ausführlich berichtet. Dieses Verbot besteht bereits seit vielen Jahren, es wurde bisher jedoch nicht durchgesetzt. In manchen Regionen wird von einer Intensivierung atheistischer Unterweisung berichtet. Der Kommunismus ist seinem Wesen nach atheistisch und lehnt alle Religionen ab.

Diktatorische Paranoia

Präsident Xi Jinping hat seine Macht in einer Weise gefestigt, wie man es seit Mao Zedong nicht mehr erlebt hat. Unter seiner Führung wirkt die kommunistische Partei schon fast militant hinsichtlich ihrer Bemühungen, jegliche vermeintliche Bedrohung, welche die Autorität der Partei anzweifeln könnte, anzugreifen. Das Hauptziel der Partei ist der Machterhalt. In gewisser Hinsicht stellt die Ideologie ein Werkzeug dar, das eher als Mittel zum Zweck dient, statt das eigentliche Ziel zu sein. So wird zum Beispiel der christliche Glaube nicht unbedingt aufgrund seiner theologischen Inhalte als mögliche Bedrohung gesehen, sondern weil sich Menschen im Namen einer Sache versammeln und organisieren, die außerhalb der Kontrolle der Partei liegt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Lokale Regierungsbeamte können sehr korrupt sein. Streitigkeiten um Grundstücke, bei denen Christen betroffen sind, führten im vergangenen Jahr zu einer beachtlichen Anzahl von Verfolgungsfällen. Allerdings hat die kommunistische Partei eine große Anti-Korruptions-Kampagne ins Leben gerufen, sodass es möglich ist, dass diese Triebkraft der Verfolgung künftig in den Hintergrund tritt. Örtliche Behörden engagieren häufig Schlägertrupps, um unbeliebte Maßnahmen durchzusetzen oder illegales Handeln zu erzwingen. Das betrifft auch religiöse Gruppen und insbesondere Hausgemeinden.

3. Verfolger

Ausgehend von Kommunistischer Unterdrückung

In ihrem Bestreben, alle Religionen zu kontrollieren, sind die Kommunistische Partei und die Regierungsbehörden die stärksten Verfolger von Christen in China. In stark kommunistisch geprägten Familien können auch Familienmitglieder zu Verfolgern werden, da niemand, der Mitglied der Partei werden möchte oder eine Karriere im öffentlichen Dienst oder einem Arbeitszweig, der dem Staat nahesteht, anstrebt, religiös sein darf. Die Kommunistische Partei schränkt Christen immer stärker ein, indem sie sie kontrolliert und gegen sie vorgeht. Das liegt vor allem daran, dass Christen die größte gesellschaftliche Kraft in China sind, die (noch) nicht vom Staat kontrolliert wird.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

In ihrem Bestreben, an der Macht zu bleiben, haben die Kommunistische Partei und die Regierungsbehörden genau untersucht, was in anderen Ländern zum Niedergang des Kommunismus geführt hat. Ein Faktor ist deshalb die Kontrolle gesellschaftlicher Gruppen wie Christen, besonders, da sie als ausländischer Einfluss gesehen werden, der mit ausländischen Kräften in Kontakt steht.

Ausgehend von Säkularer Intoleranz

Laut der kommunistischen Ideologie, die seit der Machtergreifung von Präsident Xi Jinping eine viel stärkere Betonung gefunden hat, ist Religion das Opium des Volkes. Deswegen sind die Kommunistische Partei und die Regierungsbehörden gegen alle Formen von Religion. Einheimische Religionen und moralisch-philosophische Systeme wie der Konfuzianismus werden jedoch eher akzeptiert als „fremde“ Religionen wie der christliche Glaube.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung und religiös motiviertem Nationalismus

Die kleinen Minderheiten von Christen mit muslimischer oder buddhistischer Herkunft sind starker Verfolgung ausgesetzt. Verantwortlich dafür sind nichtchristliche religiöse Leiter (die in Xinjiang und Tibet weiterhin großen Einfluss haben), das soziale Umfeld und die eigene Familie. Ein Glaubenswechsel ist mehr als nur ein Wechsel der Religion; er wird als Schande für die Familie und als Verrat an der Gesellschaft angesehen. Auch die kommunistischen Behörden fördern die Verfolgung, denn sie sind verantwortlich für die Einschränkung der Freiheiten in den oben genannten Provinzen.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Lokale Beamte und Parteikader heuern manchmal Mobs und Gangs an, um eine Kirche zu schließen, setzen Vermieter unter Druck oder vertreiben christliche Gemeinschaften von einem Stück Land. In Fällen von Landraub kann die Forderung auch von Firmen kommen, die Grundstücke erschließen wollen.

4. Hintergrund

China bleibt eines der kompliziertesten Länder auf dem WVI, da die Verfolgung von Christen so facettenreich und vielfältig ist. Die Kampagne, Kreuze in der Provinz Zhejiang zu zerstören, endete 2016; 2018 begannen jedoch neue, noch aggressivere Maßnahmen. Tausende Kreuze wurden seitdem von Behörden entfernt und hunderte Kirchen wurden geschlossen – die meisten in den Provinzen Zhejiang und Henan. Auch in Peking, Shanxi und Chengdu mussten 2018 große, einflussreiche Kirchen schließen. Aus vielen Provinzen gab es Berichte, nach denen Gemeindeversammlungen gestört oder unterbunden wurden. Christen wurden mit Strafen belegt, verhaftet und inhaftiert. Kirchengemeinden wurde nachdrücklich davon abgeraten oder sie wurden daran gehindert, Jugendfreizeiten abzuhalten. Kirchen werden besonders ins Visier genommen und in ihren Aktivitäten beeinträchtigt, wenn die Behörden dies aus einem oder mehreren der folgenden Gründe für nötig halten: 1. Teilnahme von Ausländern an Zusammenkünften, 2. Die Beteiligung ausländischer Medien, 3. Eine als zu groß empfundene Teilnehmerzahl oder 4. Die Aussendung von Missionaren ins Ausland. Es gibt jedoch keine Garantie mehr, dass Kirchen in Ruhe gelassen werden, wenn sie sich an diese Regeln halten.

Die Kommunistische Partei setzt ihre Kampagne gegen Korruption unverändert fort, um ihre Macht durch nationale Einheit und die Begrenzung ausländischer Einflüsse zu sichern. Aber es gibt noch eine Vielzahl anderer Themen, die die Führung des Landes stark beschäftigen. Eines ist die Wirtschaft – die Gesellschaft hat sich an einen stetigen Anstieg des Wohlstandes gewöhnt. Ein weiterer Punkt betrifft die Wahrung der allgemeinen Sicherheit – hier konzentriert sich das Regime derzeit darauf, extremistische Kämpfer auf die Provinzen Xinjiang und Tibet zu begrenzen. Eine weitere große Herausforderung sind die schlechten Qualitätskontrollen der im Land vertriebenen Waren. Dies wurde im Juli 2018 im Skandal um 250.000 Dosen mangelhafter Impfstoffe besonders deutlich. Auf lange Sicht könnten sich solche Skandale negativer für die Stabilität der Kommunistischen Partei auswirken als

eine sich verlangsamende Wirtschaft. Die bisherigen Antworten der Regierung waren von Vorsicht geprägt und streng ideologisch. Die Lockerung der Ein-Kind-Politik hat noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Zudem ist sie ein zweischneidiges Schwert: Einerseits kann diese Maßnahme zur Lösung einiger sozialer Probleme der alternden Bevölkerung beitragen, andererseits setzt sie notwendigerweise ein höheres Wirtschaftswachstum voraus.

Um seine eigene Macht zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen. Die Frage des kirchlichen Wachstums und seiner Regulierung gewinnt zunehmend an Gewicht. Die Ausführung der neuen Religionsgesetze begann am 1. Februar 2018. Diese Regulierungen sind strenger als vorherige Entwürfe: Die ersten Monate ihrer Realisierung zeigen eine deutlich stärkere Kontrolle von Christen und Kirchen durch die Behörden. Die Regierung schaffte das staatliche Amt für religiöse Angelegenheiten (SARA) ab. Die Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront wird sich nun direkt mit allen religiösen Organisationen befassen. Dieser Behördenwechsel bedeutet, dass sich nicht länger die Regierung mit religiösen Gruppen befasst, sondern die Kommunistische Partei. Dementsprechend kann mit weniger Pragmatismus und mehr Ideologie beim Umgang mit Gemeinden gerechnet werden. Die Rolle der Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront besteht darin, die kommunistische Ideologie durchzusetzen und die absolute Position der Kommunistischen Partei zu sichern. Ein Bericht beschreibt es so: „Die Zentralabteilung der Kommunistischen Partei muss im Hintergrund dafür sorgen, dass religiöse Chinesen die Partei als höchste Instanz betrachten.“ Dies beinhaltet, dass der christliche Anspruch, Gott stehe über allem, hinterfragt und angefochten wird.

Auf dem 19. Parteikongress im Oktober 2017 sind Präsident Xis Name und sein Gedankengut unter dem Titel „Xi Jinpings Gedanken über den Sozialismus chinesischer Prägung für eine neue Ära“ offiziell in die Statuten der Kommunistischen Partei übernommen worden. Obwohl erst die Zeit zeigen wird, wie sich dies in der Praxis auswirken wird, gibt es dennoch drei wichtige Punkte, die man aus diesem Parteikongress lernen kann: 1) Seit Mao Zedong ist Präsident Xi Jinping der erste Parteiführer, dessen Gedanken zu seinen Lebzeiten in die Statuten der Partei aufgenommen werden. Das verdeutlicht, wie stark seine Position wirklich ist. 2) Im Gegensatz zu vorherigen Kongressen deutete die Parteiführung keinen designierten Nachfolger an, der das Amt von Präsident Xi beim nächsten Parteikongress im Jahr 2022 übernehmen könnte. Ob das bedeutet, dass er eine dritte Amtsperiode in Erwägung zieht oder ob er lediglich Einfluss hinter den Kulissen ausüben will, bleibt abzuwarten. 3) In Präsident Xis mehr als dreistündiger Rede spielte das Thema Religion eine prominente Rolle. Er betonte die Notwendigkeit, Religionen staatlich zu kontrollieren und gleichzeitig die „Sinisierung“ (gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse) voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang steht auch ein weiteres brisantes Thema: das Wachstum der Kirche. Offizielle Schätzungen zur Anzahl der Christen in China fallen niedrig aus. Andere gehen davon aus, dass ihre Zahl – einschließlich der registrierten Drei-Selbst-Bewegung, des protestantischen Hauskirchennetzwerks, der Katholisch-Patriotischen Vereinigung und der dem Vatikan verbundenen Römisch-Katholischen Kirche – die Anzahl der Mitglieder der kommunistischen Partei zahlenmäßig übertrifft. Diese beläuft sich auf rund 88 Millionen. Einige Schätzungen gehen sogar von etwa 130 Millionen Christen oder mehr aus. Allein die Diskussion und die große Bandbreite der Schätzungen zeigen, dass die Gesamtsituation in China komplex ist. Sie verdeutlichen außerdem, dass sich Verfolgung und ein starkes Wachstum der christlichen Gemeinde nicht gegenseitig ausschließen, sondern möglicherweise sogar miteinander verflochten sind. Vor allem aber erklären sie, warum die Kommunistische Partei so nervös über das Wachstum des christlichen Glaubens ist und alles tut, um es zu schmälern. In seinem richtungsweisendem Buch „The Souls of China“ („Die Seelen Chinas“)

beschreibt Ian Johnson, dass es für die Partei auch noch einen anderen Grund zur Sorge gibt: Obwohl China es geschafft hat, Millionen von Bürgern aus der Armut zu befreien, sind die Menschen immer noch unglücklich und suchen nach Sinn und Bedeutung in ihrem Leben. Somit ist Religion ein sehr wichtiger Faktor in der chinesischen Gesellschaft, mit dem gerechnet werden muss. Der christliche Glaube ist die größte gesellschaftliche Kraft, die nicht von der Kommunistischen Partei kontrolliert wird.

Offiziell wird die Anzahl der Christen in China von den Behörden deutlich niedriger eingestuft. Am 3. April 2018 veröffentlichte das chinesische Gremium für Informationen ein zehnseitiges Dokument mit dem Titel „Die Strategien und Praktiken Chinas zur Verteidigung der Religions- und Glaubensfreiheit". Darin wird erklärt, in China gäbe es 200 Millionen Gläubige, von denen 36 Millionen Christen wären. Obwohl diese Zahl doppelt so hoch ist wie im vorangegangenen Bericht aus dem Jahr 1997 und eine offizielle Bestätigung des bedeutenden Anstiegs von Christen darstellt, werden dennoch nicht die Millionen Christen einberechnet, die Mitglieder nichtregistrierter katholischer und protestantischer Kirchen sind. Chen Zongrong, der den Bericht vorstellte und ehemaliger Mitarbeiter der SARA ist, beharrte darauf, dass Religion nur in registrierten und genehmigten Einrichtungen praktiziert werden kann.

Die Christen in China verlieren immer mehr Freiheit und werden zunehmend verfolgt, auch die Mehrheit der Han-Chinesen. Dazu gibt es Bemühungen der Partei, ein enges Sicherheitsnetz über das ganze Land zu spannen, um normale Bürger zu überwachen. Das geplante Sozialkreditsystem (mehr dazu im Abschnitt „Ausblick") kann außerdem ausländische Unternehmen beeinflussen. Ein Regierungsprogramm für 2019 sieht vor, alle Fahrzeuge mit RFID-Chips zu verfolgen. In einem weiteren Versuch, mehr Kontrolle und Überwachung über alle Bürger zu erlangen, haben in fast jeder chinesischen Provinz Polizeistationen Geräte, mit denen sie Smartphones überwachen und Daten entnehmen können, wie ein Bericht vom August 2018 nahelegt. Das wird für den Staat immer wichtiger, da 2018 die Schwelle von 800 Millionen Chinesen überschritten wurde, die Internetzugang haben.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Im Vergleich zu den weiter unten genannten Kategorien von Christen genießt diese Gruppe mehr Freiheiten. Allerdings wird sie überwacht und unterliegt Einschränkungen bei ihren Kontakten zu lokalen chinesischen Kirchen. Chinesische Behörden versuchen jedoch, ausländische christliche Missionare ausfindig zu machen, insbesondere jene aus Südkorea. Stand Dezember 2018 wurde eine beachtliche Anzahl ausländischer Missionare gezwungen, das Land aufgrund von nachgewiesener oder mutmaßlicher missionarischer Aktivität zu verlassen. Anderen wurden einfach die Erneuerung ihres jährlichen Visums ohne Erklärung verweigert. Die Regierung hat offenbar viel Arbeit aufgewendet, um Missionare zu identifizieren, die der gleichen Sendeorganisation angehören, indem sie sie aufspürt und aus dem Land ausweist, selbst wenn sie in unterschiedlichen Provinzen des Landes wohnen.

Christen aus traditionellen Kirchen und von der Regierung kontrollierten Kirchen

Diese Kategorie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Besonderheit der chinesischen Christenheit. Es gibt registrierte und von der Regierung anerkannte Kirchen – die protestantische Drei-Selbst-Bewegung und die Katholisch-Patriotische Vereinigung – und nicht registrierte, unabhängige Kirchen. Auf

katholischer Seite sind dies die vatikantreuen Gemeinden. Kirchen der protestantischen Drei-Selbst-Bewegung und der Katholisch-Patriotischen Vereinigung werden von der Regierung kontrolliert. Obwohl es keine unmittelbare Zensur gibt, sind sie mit ihren Äußerungen sehr vorsichtig. Die Wahl der Leiter wird vom Staat beeinflusst. Die Kirchen haben jeweils einen 5-Jahres-Plan zur Sinisierung veröffentlicht, d.h. wie sie sich der Kultur Chinas anpassen können. In einer unerwarteten Entwicklung hat der Heilige Stuhl in Rom im September 2018 als kleinster souveräner Staat der Welt und offizielle Administration der Römisch-Katholischen Kirche eine „provisorische Vereinbarung" mit China über die Ernennung Römisch-Katholischer Bischöfe geschlossen. Da der Inhalt der Vereinbarung nicht öffentlich bekannt gemacht wurde, bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen das Abkommen hat. Erste Berichte sind nicht positiv.

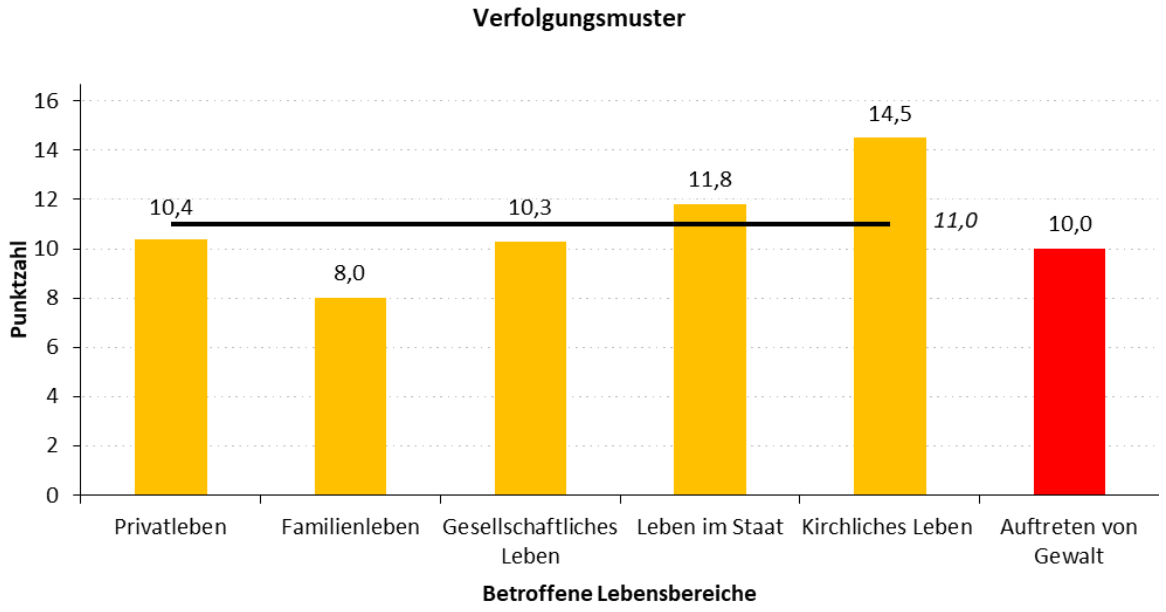
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten haben entweder eine muslimische oder buddhistische (tibetische) Herkunft. Während Christen in China im Vergleich zu den 1980er-Jahren grundsätzlich mehr Freiheiten haben (auch wenn diese wieder abnehmen), gilt dies nicht für die kleinen Gemeinschaften von Christen mit anderem religiösen Hintergrund. Da sie in Regionen ethnischer Minderheiten leben, die aufgrund von Unabhängigkeitsbestrebungen immer instabiler werden, erleben christliche Konvertiten Druck aus zwei Richtungen: einerseits vonseiten der Regierung, die jegliche vermeintlich politischen oder gefährlichen Aktivitäten unterbindet. Andererseits setzen Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn diese Christen unter Druck, zum „wahren Glauben" zurückzukehren, denn bei den fraglichen ethnischen Gruppen stellt die Religion einen wichtigen Faktor dar.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe von Christen zählen evangelikale Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden sowie eine Vielzahl von Gemeinden mit verschiedensten Namen. Auf der protestantischen Seite sind hier die sogenannten Hauskirchen gemeint, auch wenn dieser Begriff missverständlich ist. Einige dieser Gemeinden haben mehrere tausend Mitglieder und treffen sich nicht heimlich, sondern offen in Geschäftsgebäuden. Wie bereits im Bereich „Triebkräfte der Verfolgung" beschrieben, ist das Hauptziel der Regierung, die Kontrolle über die Gesellschaft zu behalten. Dadurch sind alle Christen in unterschiedlichem Maß betroffen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster China

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Wert für Druck auf Christen in China ist im Berichtszeitraum von 9,7 Punkten auf 11,0 Punkte gestiegen. Der Druck verstärkte sich in allen Lebensbereichen, was zeigt, dass die Einführung des Religionsgesetzes streng durchgesetzt wurde und dass dies nicht durch die Regierung, sondern die Kommunistische Partei geschieht. Die gesetzliche und administrative Umgebung wurde schwieriger für Christen, nicht nur für die sogenannten Hauskirchen, sondern auch für Kirchen, die zu der Drei-Selbst-Bewegung gehören.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“ mit Werten von 14,5 und 11,8 Punkten. Beide Bereiche sind dabei im Berichtszeitraum um mehr als einen Punkt angestiegen. Druck in diesen Bereichen ist typisch für Länder, in denen „Kommunistische Unterdrückung“ eine Triebkraft der Verfolgung ist. Der starke Druck im Bereich „Privatleben“ (10,4 Punkte) deutet auf die Probleme hin, die Christen mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund haben. Druck durch „Islamische Unterdrückung“ und „Religiös motivierten Nationalismus“ ist auch in den Bereichen „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ zu beobachten. Doch auch der Druck, der von der Kommunistischen Unterdrückung ausgeht, kann in diesen Lebensbereichen gespürt werden, etwa wenn es um Bildung oder Arbeitsplätze für Lehrer oder medizinisches Personal geht. Der Anstieg im Bereich „Leben im Staat“ auf einem ohnehin hohen Niveau ist auch dadurch begründet, dass unter anderem älteren Christen damit gedroht wurde, ihre Sozial- und Rentenleistungen zu kürzen.

- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen ist von 9,1 Punkten im vergangenen WVI auf 10,0 Punkte gestiegen. Das ist auf die höhere Anzahl an Kirchengemeinden zurückzuführen, die im gesamten Land geschlossen wurden. Es gab keine Berichte über Morde an Christen, aber eine steigende Anzahl von Christen wurde verhaftet, zum Teil, um „umerzogen“ zu werden. Die Behörden, insbesondere die Kommunistische Partei, scheinen sich nicht stark um negative internationale Schlagzeilen zu kümmern, wie deutlich an der Situation in Xinjiang abzulesen ist.

Privatleben

Christen uigurisch-muslimischer oder tibetisch-buddhistischer Herkunft müssen ihren Glauben sehr vorsichtig praktizieren. Besonders davon betroffen sind diejenigen, die in ihrer Familie die einzigen Christen sind. Sie müssen Bibeln und andere christliche Literatur sorgfältig verstecken und können darin nur mit großer Vorsicht lesen, da strenggläubige muslimische oder buddhistische Familien dies nicht akzeptieren. Sich mit anderen Christen zu treffen, stellt unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung dar: Es ist nicht nur für die Konvertiten selbst gefährlich, sondern kann auch ganze christliche Versammlungen in Gefahr bringen. Es ist praktisch unmöglich, den neuen Glauben anderen Menschen mitzuteilen. Falls ein Christ es dennoch wagt und den Behörden gemeldet wird, so wird er verwarnt und – je nach Lage des Falls – eventuell sogar für einige Tage in Haft genommen. Bekannte christliche Konvertiten werden genauestens überwacht, bedroht und erleben in einigen Fällen auch körperlichen oder psychischen Missbrauch. Auch in streng kommunistischen Familien leiden Christen unter Einschränkungen.

Familienleben

In Tibet und Xinjiang ist die Situation sehr angespannt. Je mehr Druck die Regierung auf die Gesellschaft in diesen Provinzen ausübt, desto stärker wird jeder Glaubenswechsel als Schande für die Familie und Verrat an der Gesellschaft angesehen. Daher sind Christen mit muslimischer oder buddhistischer Herkunft sehr darauf bedacht, ihren neu gewonnenen Glauben geheim zu halten. Wird jemand als Christ entdeckt, drohen Scheidung und der Verlust des Erbrechts. Taufen, christliche Trauungen oder Beerdigungen zu organisieren, erweist sich als äußerst schwierig. Von christlichen Konvertiten wird erwartet, dass sie traditionelle Hochzeitsriten befolgen. Deshalb kann eine christliche Trauung, wenn überhaupt, nur im Geheimen stattfinden. Werden sie in Xinjiang oder Tibet bei der Planung einer Taufe entdeckt, können christliche Konvertiten von den Behörden für mehrere Monate inhaftiert werden. Alle Kinder von Christen werden gezwungen, der Bibel widersprechende Inhalte zu lernen. Das atheistische Bildungssystem richtet sich gegen Glaubensinhalte (diese Kampagne wurde während des Berichtszeitraums neu gestartet). Christliche Konvertiten werden von ihren Familien unter Druck gesetzt, ihre Kinder im Sinne der traditionellen Werte und Religion ihrer Vorfahren zu erziehen. In verschiedenen Teilen des Landes wurden Kinder von Christen von Behörden dazu gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, dass sie „nicht religiös“ seien. Zudem wurden sie unter Druck gesetzt, den Glauben ihrer Eltern aufzudecken.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft werden durch ihre Familie, Freunde und Nachbarn unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Ihre Kinder werden in der Schule diskriminiert und sind mit Vorurteilen von muslimischen oder buddhistischen Lehrern und Mitschülern konfrontiert. Überwachungsmaßnahmen (z. B. durch Schulbehörden und Nachbarschaftskomitees) sind im ganzen Land verbreitet; Christen sind davon ebenso betroffen wie alle anderen Bürger.

Dennoch stehen bekanntere Christen häufig unter besonderer Beobachtung. Für Christen ist es eine Herausforderung, sich gesellschaftlich zu engagieren, da die meisten Organisationen auch politische Elemente beinhalten. In den ländlichen Gebieten Tibets haben Lamas (buddhistische Lehrer) einen großen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen (beispielsweise durch die Kontrolle des Gesundheitswesens), weil viele von ihnen Mitarbeiter lokaler Regierungsbehörden sind. In ihren Händen liegt die Verwaltung der Grundversorgung, einschließlich der Verteilung staatlicher Hilfsgüter an einzelne Familien. Dabei werden christliche Konvertiten häufig diskriminiert oder sogar ganz von der Versorgung ausgeschlossen. Alle Anhänger von Religionen sind von Regierungsposten ausgeschlossen, die eine Parteimitgliedschaft voraussetzt. Zwar werden Christen nicht offen von der Polizei überwacht und erleben keine brutalen Razzien, sie erhalten jedoch Einladungen von den Behörden „gemeinsam eine Tasse Tee zu trinken“, wann immer jene es für nötig halten. Die Behörden vor Ort scheuen nicht davor zurück, ihre Arbeitsweise vom reinen Beobachten auf hartes Durchgreifen umzustellen, um die neue Politik der Partei im Umgang mit Religionen umzusetzen. Das kann damit zu tun haben, dass sich nicht weiter die Regierung, sondern die Kommunistische Partei um alle religiösen Angelegenheiten kümmert.

Leben im Staat

Während China Religionsfreiheit in seiner Verfassung anerkennt, gibt es bei der Umsetzung dieser Freiheit große Defizite. Die Regierung propagiert weiterhin ihre kommunistische und atheistische Ideologie. Auf Ersuchen der chinesischen Behörden entschloss sich die Cambridge University Press (CUP) im August 2017 dazu, Hunderte akademische Papiere, die zur Veröffentlichung in China vorbereitet worden waren, zu zensieren, da viele dieser Dokumente als politisch brisant angesehen wurden. Obwohl die CUP nach einem internationalen Aufschrei diese Entscheidung wieder zurücknahm, zeigt dieser Vorfall, dass es im Bereich „Leben im Staat“ eine Schlüsselrolle spielt, was gesagt und worüber berichtet wird – sei es in der akademischen Welt oder auf anderen Gebieten. Da die Medien vom Staat gesteuert werden und der Zugang zu nicht vom Staat kontrollierten Nachrichten immer schwieriger wird, sind sie allen Religionen gegenüber voreingenommen, was sich auch auf die Berichterstattung über Christen auswirkt.

Das Verbot von Religion im öffentlichen Leben in China hat sich auf Schulen und medizinisches Personal ausgeweitet. In einigen Schulen der ostchinesischen Provinz Zhejiang forderten die Behörden, dass Lehrer von weiterführenden Schulen eine Erklärung unterschreiben müssten, dass sie keine religiösen Überzeugungen haben. Laut Berichten aus anderen Regionen wurden Schulkinder, Studenten und medizinisches Personal in Krankenhäusern aufgefordert, ähnliche Erklärungen zu unterschreiben.

In den Provinzen Xinjiang und Tibet ist das öffentliche Zeigen religiöser Symbole für alle Christen problematisch. Ein im März 2018 veröffentlichtes Papier stellt klar: „Religionen aktiv zur Einarbeitung der sozialistischen Gesellschaft anzuleiten“ bedeutet nicht nur „gläubige Menschen anzuleiten, ihr Land und seine Patrioten zu lieben und die nationale Einheit und den ethnischen Zusammenhalt zu bewahren“. Es erwartet ebenso von allen religiösen Gruppierungen, sich „unterzuordnen und den übergeordneten nationalen Interessen und dem chinesischen Volk zu dienen. Weiterhin sollen sie die führenden Parteimitglieder und das sozialistische System unterstützen; dem sozialistischen Pfad und dessen chinesischen Charakteristika folgen; Religionen auf chinesische Weise gestalten; die sozialistischen Kernwerte hochhalten; Chinas ausgezeichnete Traditionen fortführen; die chinesische Kultur in ihre religiösen Lehren und Grundsätze integrieren; der Rechtsstaatlichkeit gehorchen und die Landesverwaltung und deren Gesetze akzeptieren.“

Zudem haben Behörden in mehreren Provinzen älteren Christen damit gedroht, ihre Zuschüsse zur Altersversorgung zu kürzen, sollten sie ihren christlichen Glauben nicht widerrufen. Diese Drohung wurde auch gegenüber Kindern und Enkelkindern ausgesprochen. Es gibt in China kaum ein Sozialversicherungssystem. Viele alte oder mittellose Menschen sind auf die Gelder der Regierung angewiesen. Laut einem im November 2017 veröffentlichten Bericht rissen Mitarbeiter der Behörden in einem mehrheitlich von Christen bewohnten Dorf in der Provinz Jiangxi Jesus-Bilder sowie Poster mit Bibelversen von Wänden herunter und sagten den Bewohnern, dass die Kommunistische Partei sie versorge. Sie sollten an Xi Jinping glauben anstatt an Jesus Christus. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich laut Berichten auch in anderen Teilen des Landes.

Kirchliches Leben

Die Regierung ist daran interessiert, eine „harmonische Gesellschaft“ aufrechtzuerhalten. In Bezug auf Religion bedeutet dies nicht mehr nur, Kirchen zu „verwalten“, ob sie nun registriert oder nicht registriert und „schwarz“, „rot“ oder „grau“ sind, sondern sie aktiv zu „leiten“. Die nie veröffentlichten und dennoch allseits wohlbekannten Regeln für christliche Kirchen sind: 1. Regelmäßige Berichterstattung an die Behörden über jüngste Aktivitäten, 2. Keine Mitwirkung von oder Unterstützung durch ausländische Christen, auch nicht in Form von Geldmitteln, 3. Keine hochgradig öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, 4. Nur „reguläre“ christliche Aktivitäten während sensibler Phasen. Die Befolgung dieser Regeln bedeutet jedoch keine Garantie, dass Kirchen in Ruhe gelassen werden. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es zwei Trends, die für den Anstieg der Wertung in den Bereichen des „Lebens im Staat“ und des „kirchlichen Lebens“ verantwortlich sind: Zunächst hat die Kommunistische Partei versucht, alle Hauskirchen (die als „grau“ angesehen werden) in die von der Regierung kontrollierten Drei-Selbst-Kirchen zu integrieren, entweder durch das Versprechen von Vorteilen oder durch gewaltsame Mittel. Viele Hauskirchen in ganz China wurden geschlossen, insbesondere jedoch in Henan, einer der Provinzen des Landes, in der besonders viele Christen angesiedelt sind. Die andere Entwicklung ist das offensichtliche Ziel der Partei, die Verbreitung der Drei-Selbst-Kirchen zu begrenzen, was erklärt, warum eine so unerwartet hohe Anzahl dieser Kirchen ins Visier genommen wurde. Es gibt Anstrengungen, die Anzahl der Drei-Selbst-Kirchen in einer bestimmten Region auf einem gewissen Level zu halten, in der Regel zwischen 2 und 5 Gemeinden in einem abgegrenzten Gebiet. In einigen Städten oder Distrikten gibt es jedoch mehr als einhundert Drei-Selbst-Kirchen und Treffpunkte, was für die Partei viel zu viele darstellt.

Die Religionsverordnung wird sehr streng durchgesetzt und bedeutet für Kirchen verstärkte Überwachung, Kontrolle und Maßnahmen gegen ihre Aktivitäten. Es ist nicht überraschend, dass dies die stärksten Auswirkungen auf den Bereich des kirchlichen Lebens hat. Hinweise, nach denen die Behörden den tausenden Hauskirchen des Landes eine Art von Registrierung anbieten könnte, haben sich bisher nicht bestätigt. Es gibt keine Sicherheit, wie solch ein Angebot tatsächlich aussehen könnte und welche Bedingungen daran geknüpft wären. Dieser Prozess würde zudem nicht schnell vonstattengehen. Nichtregistrierte Kirchen werden noch immer von den örtlichen Behörden dazu gedrängt, sich staatlich registrierten Kirchen anzuschließen. Eine wachsende Anzahl von Hauskirchen hat zudem Schwierigkeiten, ihre Mietverträge zu verlängern, weil die Vermieter den Druck der Behörden zu spüren bekommen, vor allen Dingen nach der Veröffentlichung der Neufassung religiöser Verordnungen. Nicht registrierte Kirchen (aber auch einige Drei-Selbst-Kirchen) mussten in den Provinzen Anhui, Peking, Fujian, Gansu, Guangdong, Guizhou, Hebei, Henan, Hunan, Heilongjiang, Jiangxi, Jilin, Liaoning, Innere Mongolei, Qinghai, Shaanxi, Shandong, Shanghai, Shanxi, Sichuan, Xinjiang, Yunnan, und Zhejiang (in alphabetischer Reihenfolge) schließen. Die Provinz Henan

beobachtet die Regierung dabei mit am stärksten, da es dort eine relativ hohe Anzahl von Christen gibt und drei große Netzwerke von Hauskirchen dort ihren Ursprung haben. Es ist Kindern unter 18 Jahren streng verboten, zur Kirche zu gehen, und dieses Verbot wurde in Henan und auch anderen Orten wie der Provinz Gansu eingeführt. Laut Berichten gibt es Kontrolllisten, mit denen gemessen werden soll, wie effektiv die Kommunistische Partei und Regierungseinrichtungen im Umgang mit Religion sind. In einem Beispiel aus Hebei nennt eine Kontrollliste 65 mögliche Vorgehensweisen, um religiöse Aktivitäten zu bekämpfen. Am wichtigsten sind dabei Handlungen gegen Kirchen, die sich gegen eine Führung durch den Staat wehren und unabhängig bleiben wollen sowie gegen Kirchen, die Verbindungen ins Ausland haben.

Die chinesischen Behörden haben im September 2018 Entwürfe für neue Richtlinien erstellt, um „chaotische“ Informationen im Internet zu Religionen einzudämmen. Online verfügbare Materialien waren immer eine große Quelle der Ermutigungen und der Lehre für Christen in ganz China, besonders in ländlichen und abgelegenen Gebieten. Der Onlineaustausch von Materialien wird nun nur noch erlaubt sein, wenn die lokale Behörde für religiöse Angelegenheiten eine Lizenz dafür ausstellt. Einige Medien wie die Liveübertragung von Predigten werden gar nicht mehr erlaubt sein.

Es ist zudem zu bedenken, dass die Umsetzung der neuen Verordnung hauptsächlich Sache der lokalen Behörden ist, was zu einer Verstärkung von Vorurteilen und Kontrollen vor Ort führen könnte. Da nun die Partei die Verantwortung für religiöse Angelegenheiten hat, ist jedoch ein stärker einheitlicher und rigoroser Ansatz zu erwarten. Christen erleben in China zwar noch immer verschiedene Grade an Freiheit, doch die meisten Beobachter sind sich einig, dass diese Freiheiten schnell schrumpfen. Das bedeutet allerdings nicht, dass die christlichen Gemeinden Angst vor der Zukunft haben. Ein chinesischer Pastor sagt hierzu: „Unserer Erfahrung nach führt stärkere Verfolgung zu Erweckung und Wachstum in der Kirche. Schon früher haben wir harte Verfolgung überstanden, wir werden auch überstehen, was jetzt auf uns zukommt.“ Andere christliche Leiter erwarten sogar, dass die Gemeinden profitieren werden, wenn sie sich wieder als kleinere, „familienartige“ Gruppen formieren müssen. Kirchen werden überwacht und geschlossen, wenn es als nötig angesehen wird. Dies gilt nicht nur für große, einflussreiche Gemeinden, die häufig als politisch aktiv wahrgenommen werden. Dennoch schwebt ein Damoklesschwert über allen nichtregistrierten Kirchen Chinas, und der Faden, der dieses Schwert hält, wird immer dünner. Wenn Peking es fordert, wird man sie zur Registrierung unter dem Dach der Drei-Selbst-Bewegung auffordern und verlangen, dass sie entsprechend den oben genannten Richtlinien handeln; andernfalls müssen sie die Konsequenzen tragen.

Trotz allem gibt es für die Kirchen auch großartige Chancen. Im Februar 2018 veröffentlichte das Staatliche Amt für Statistik eine alarmierende Statistik über die alternde Bevölkerung Chinas. In mehreren Provinzen helfen Christen dabei, Pflegeheime für ältere Menschen zu gründen und beteiligen sich an der sozialen Betreuung, die von den wenigen staatlich geleiteten Pflegeheimen angeboten wird.

Auftreten von Gewalt

Viele Angriffe auf Kirchen gingen Hand in Hand mit der Verhaftung von christlichen Leitern und körperlichen Angriffen auf Christen. Solche Vorfälle gab es in mehreren Provinzen, besonders stark jedoch in Henan, einer bevölkerungsreichen Provinz, in der es eine beachtliche christliche Minderheit gibt. Die Angriffe wurden zumeist durch Mitglieder des Sicherheitsdienstes oder der Zentralabteilung Vereinigte Arbeitsfront durchgeführt. Manchmal wurden auch Mobs lokal angeheuert.

In vielen Fällen wurden Kreuze von Kirchen zerstört. Dies geschah sowohl bei Hauskirchen als auch bei Kirchen der Drei-Selbst-Bewegung. Diese Fälle erinnerten an eine Kampagne, die in der Provinz Zhejiang von 2014 bis 2016 gefahren wurde. Hunderte Kirchen wurden geschlossen. Einige Berichte sprechen von etwa 7.000 zerstörten Kreuzen. Es kam zudem häufig vor, dass Vermieter von den Behörden dazu gedrängt wurden, Mietverträge mit Kirchen aufzulösen. Zwei Fälle, die für großes Aufsehen sorgten, waren die Störung und Schließung des Zion-Hauskirchennetzwerks in Peking und die Zerstörung der Golden Lampstand Church in Shanxi. Das Ausmaß und die Tiefe der Kampagne kann auch an der ungewöhnlichen Reaktion der nicht registrierten Hauskirchen in Peking gemessen werden, die eine gemeinsame Erklärung verfassten, in der sie die Behörden dazu aufriefen, die Religionsfreiheit zu respektieren, wie es die chinesische Verfassung verlangt. Die Erklärung wurde im Juli 2018 veröffentlicht und zum Zeitpunkt dieses Berichts im November 2018 bereits von mehr als 600 Pastoren von Hauskirchen aus ganz China unterzeichnet. Außerdem wurden weitere südkoreanische Christen ausgewiesen, die in der Grenzregion nahe Nordkorea lebten.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Es gibt keine Informationen über geschlechterspezifische Verfolgung von Christen in China. Viele Gemeinden in China, insbesondere Hauskirchen, werden jedoch von Frauen geführt. Allgemein sind Kirchenleiter das Hauptziel, und Frauen sind daher ebenso stark wie Männer von Verfolgung betroffen. Letztere sind jedoch für gewöhnlich die Hauptversorger der Familie. Wenn diese dann festgenommen oder bedroht werden, ihre Arbeit zu verlieren, belastet das die finanzielle Situation der ganzen Familie. In vielen Fällen hinterlassen die Untersuchungshaft von mehreren Wochen oder Monaten und die harsche Behandlung körperliche und seelische Verletzungen. Die Arbeitsfähigkeit ist in manchen Fällen nicht mehr vorhanden. In extremen Fällen muss die Person selbst im Anschluss gepflegt werden. Dies trifft sowohl auf Frauen als auch auf Männer zu. Eine Ausnahme dieser Regel der Gleichbehandlung in der Verfolgung ist die Situation von Christen muslimischer oder tibetischer Herkunft. Frauen sind nach ihrem Glaubenswechsel verletzlicher, da sie das Sorgerecht für ihre Kinder und das Erbrecht leichter verlieren können. Auch kann durch Androhung von Scheidung wegen ihres neuen Glaubens zusätzlicher Druck auf sie ausgeübt werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen werden auch Muslime in Xinjiang, tibetische Buddhisten und Anhänger des Falun Gong von der Regierung unterdrückt. China verteidigt währenddessen öffentlich seine Politik der Festsetzung von bis zu einer Million muslimischer Uiguren und ethnischer Kasachen in Gefangenenlagern in Xinjiang mit dem Vorwand, der Kampf gegen den extremistischen Islam mache diese Maßnahmen nötig.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

In der ersten Amtsperiode der Regierung von Präsident Xi Jinping kam es in allen Bereichen der Gesellschaft zu (in jüngster Zeit beispiellosen) Freiheitseinschränkungen. Die bevorzugte Denkrichtung wurde dadurch unterstrichen, dass Präsident Xi Jinpings eigener politischer Denkansatz auf dem 19. Parteikongress Eingang in die Parteistatuten fand. Einem noch lebenden Präsidenten ist dies nunmehr das erste Mal seit Mao Zedong gelungen. Dieser Schwerpunkt wurde auch dadurch verdeutlicht, dass Präsident Xi Jinping einen neuen Titel erhielt, der ihn als „Kern der Parteiführung“ bezeichnet – ein Titel, den man in den vergangenen 15 Jahren nicht mehr gehört hatte. Auch wenn die chinesischen Medien Xi Jinpings Ideologie in einer komplexen Struktur mit 30 verschiedenen Elementen mit jeweils eigenen Unterkategorien erklären, ist sie in Wahrheit viel einfacher: Wer nicht eng der Linie der Partei folgt, geht ein großes Risiko ein, ersetzt zu werden. Welche Gruppe zudem nicht die kommunistische Ideologie annimmt (so wie die meisten Kirchen), riskiert es, unterschiedlich schwer verfolgt zu werden.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Kommunistische Unterdrückung: Dass die Religionsgesetze nicht durch die Regierung, sondern durch die Partei selbst umgesetzt werden, lässt nichts Gutes für Christen ahnen. Die Partei setzt ihre Ziele rücksichtsloser um und wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die nationale Ideologie zu bewahren. Es gibt Gründe anzunehmen, dass die Betonung der Ideologie Präsident Xis und ein wachsender Persönlichkeitskult um seine Person die Kirche in der nahen Zukunft weiter unter Druck der Sinisierung setzen wird, denn bereits jetzt scheinen die lokalen Behörden restriktiver zu handeln. Dies geschieht noch immer auf indirekte Weise, zum Beispiel durch die Rückbesinnung auf kommunistische Ideologie und Rhetorik und durch eine Einschränkung des Bewegungsspielraums für Kirchen. Dadurch werden sie unter Druck gesetzt, ihren kirchlichen Dienst entsprechend anzupassen. Doch zunehmend werden auch offen Einschränkungen und Gewalt genutzt. In die gleiche Richtung weisen Einschränkungen des Internetzugangs und des Nachrichtenangebots durch das Verbot von VPN-Dienstleistungen. Diese ermöglichen einen Zugang zu Informationen, die andernfalls durch „Chinas Große Schutzmauer“ („Great Firewall“) blockiert werden. Dies ist ein umfassendes Kontrollsystem zur Überwachung des Internets und dessen Inhalte, das Menschen in China daran hindert, bestimmte Webseiten aufzurufen, einschließlich Google, Facebook und Twitter. In China gibt es mit etwa 802 Millionen Nutzern die höchste Anzahl an Internetnutzern weltweit. Die meisten greifen über mobile Endgeräte auf das Internet zu. Es scheint, als ob „aktive Richtlinien“ das neue Schlüsselwort wird. Wie der Langzeit-Beobachter „China Source“ sagt, ist das für Christen das „neue Normal“ (The „new normal“).

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Es gibt Pläne zur Einführung eines chinesischen Sozialkredit-Systems („Social Credit System, SCS“). Die Behörden planen, jeden Bürger bis zum Jahr 2020 mit diesem System zu bewerten. Während diese Entwicklung für ein Land, das Online- und Mobil-Bezahlsysteme entwickelt, logisch erscheinen mag, hat ein solches Bewertungssystem sehr ernsthafte Konsequenzen. Es ergeben sich nicht nur Fragen hinsichtlich möglichen Betrugs oder dem Erkaufen einer besseren Bewertung. Was geschieht, wenn Bürger ein gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten an den Tag legen, wie etwa das Ausüben einer Religion – zum Beispiel des christlichen Glaubens? Wie werden die Konsequenzen aussehen?

Mit Hinblick auf Säkulare Intoleranz: Im gleichen Atemzug wie die Betonung der kommunistischen Ideologie steigt die säkulare Intoleranz. Die sozialistische Theorie, dass Religion Opium für das Volk ist, die seit vielen Jahren nicht in der Praxis umgesetzt wurde, hat im aktuellen Berichtszeitraum einen starken Aufschwung erlebt. Die Kommunistische Partei verdammt nicht unbedingt jede Glaubensrichtung, jedoch jeden Glauben, den sie nicht kontrollieren oder mit kommunistischem Gedankengut durchdringen kann. Zeichen dafür sind Berichte, dass Schulkinder, Lehrer und medizinisches Personal gezwungen wurden, Dokumente zu unterschreiben, in denen sie bestätigen, dass sie „nicht religiös“ sind, und Berichte über alte Christen, denen damit gedroht wurde, sie von Sozialleistungen auszuschließen, und denen gesagt wurde, sie sollten die Kommunistische Partei oder sogar den Vorsitzenden verehren anstatt eines Gottes.

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung und Religiös motivierten Nationalismus: Verfolger dieser Triebkräfte sind hauptsächlich Familie, Gesellschaft und religiöse Leiter. Sie beschränken sich auf die wenigen tausend Christen muslimischer bzw. buddhistischer Herkunft. Der Druck auf diese christlichen Konvertiten wird weiterhin hoch bleiben und möglicherweise sogar ansteigen, da diese Minderheiten eine neue Dringlichkeit der inneren Einheit sehen, da auch sie immer stärker durch die Regierung unter Druck geraten.

Schlussfolgerung

Auch Chinas Ansprüche auf das Südchinesische Meer sorgen international für Unruhe. Erst im August 2018 gab der Außenminister Chinas die „durch äußere Umstände erzwungene“ Militarisierung dieser Gewässer zu. China schaffte es zudem, das widerspenstige Nachbarland Nordkorea zu beeinflussen, sodass Kim Jong Un Peking und Dandong mindestens drei Mal vor und nach dem historischen Treffen mit US-Präsident Trump im Juni 2018 besuchte. Die militärische Pattsituation mit dem Nachbarland Indien bei der wegen ihrer Form auch „Hühnerhals“ genannten Landbrücke in der Nähe von Bhutan scheint sich ebenfalls beruhigt zu haben. Während hier für beide Seiten eine gesichtswahrende Lösung gefunden werden konnte, diente dieser Vorfall als Mahnung dafür, dass es in der Region Potential zu weitreichenden Konflikten gibt. Die gegenwärtig größte Herausforderung der Regierung ist die einseitige Steuer, die die USA auf viele Exportgüter erhebt. Dieser „Handelskrieg“ lässt China in der unbequemen und unerwarteten Lage, den Freihandel voranzubringen, der für das Wirtschaftswachstum des Landes lebenswichtig ist. Natürlich wird all das keine unmittelbaren Konsequenzen für chinesische Christen haben, aber in einer immer unsicherer werdenden Welt wird die chinesische Regierung ihre ideologischen Anstrengungen verstärken, noch konservativer werden und – trotz Freihandel – stärker einen nationalistischen Weg beschreiten. Während Berichte vom August 2018 übertrieben scheinen, die Macht von Präsident Xi hätte seinen Zenit überschritten, scheint China in seinen Beziehungen zum Ausland für den Moment etwas bescheidener aufzutreten. Die Politik der „aktiven Führung“ für Christen wird davon jedoch nicht beeinflusst werden. Hier ist eher eine Verschärfung zu erwarten.

In dieser Fülle an Herausforderungen versucht Chinas Regierung, alles unter Kontrolle zu halten. Um die eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu bewahren, kontrolliert sie alle Religionen, so auch die stark wachsende christliche Minderheit. Die entscheidende Frage für die Zukunft der Christen in China wird sein, ob die Regierungsbehörden beginnen, sie als eine positive Kraft für die Gesellschaft wahrzunehmen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die lokalen Gemeinden als ein Gewinn wahrgenommen und geschätzt oder als Bedrohung abgelehnt werden. Die wachsenden Einschränkungen und der zunehmende Personenkult um Präsident Xi während des Berichtszeitraums deuten stark auf Letzteres hin, sodass Christen vermutlich weiterhin von Kommunistischer

Unterdrückung betroffen sein werden. Dennoch gibt es Spielraum für eine Entwicklung in beide Richtungen, da einige Kirchen noch immer einen gewissen Freiraum genießen. Der Handlungsspielraum für Kirchen wird jedoch immer kleiner. Ein chinesischer Blogger sagt dazu: „Egal, an welche Religion Sie glauben, es gibt nur eine Regel: Sie müssen den Befehlen der Partei folgen und anerkennen, dass die Kommunistische Partei über alle Kirchen gestellt ist. Wenn Sie Christ sind, ist die Kommunistische Partei der Gott Ihres Gottes; wenn Sie an den Buddhismus glauben, ist die Kommunistische Partei der Buddha Ihres Buddha; für Muslime ist die Kommunistische Partei der Allah Ihres Allah; für den lebenden Buddha kann nur die Kommunistische Partei bestätigen, wer der lebende Buddha sein wird. Die Partei will, dass Sie sagen, was die Partei von Ihnen hören möchte; die Partei will, dass Sie tun, was die Partei wünscht. Gläubige verschiedener Religionen sollten ihren Glauben aufrechterhalten, um dem Willen der Partei zu folgen. Wenn Sie dies nicht tun, werden Sie durch die Diktatur unterdrückt.“ Mit der Einführung des Sozialkredit-Systems, das oben beschrieben wurde, haben die Behörden die nötigen Mittel, ihre Pläne zu verwirklichen. Christen und Gemeinden in China sehen unabsehbaren schweren Zeiten entgegen.

zurück zur Länderübersicht

Äthiopien: Platz 28

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Der extremistische Islam nimmt auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene zu. Besonders in ländlichen Gebieten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung werden Christen oft belästigt; häufig wird ihnen der Zugang zu kommunalen Ressourcen verweigert. Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben werden geächtet und Familienrechte werden ihnen oft verweigert.

Konfessioneller Protektionismus: Die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) leistet den Aktivitäten evangelikaler Christen Widerstand; diese werden von der EOC als Nachfolger einer westlichen Religion betrachtet, welche die äthiopische Kultur bedroht.

Diktatorische Paranoia: In den letzten Jahren ist die äthiopische Regierung autoritärer geworden und hat die Rechte der Zivilgesellschaft und religiöser Institutionen weiter beschränkt. Der Stellenwert dieser Triebkraft von Verfolgung könnte sich jedoch angesichts der momentanen politischen Entwicklung im Land ändern.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Regierung hat in den vergangenen Jahren bei manchen ethnischen Gruppen Ressentiments gegenüber Christen geschürt. Manche Stämme verlangen zudem, dass Christen sich an Stammeskämpfen beteiligen, und rächen sich, falls sie dies nicht tun.

Von wem geht die Verfolgung aus?

In Äthiopien ist die Situation in vielerlei Hinsicht komplex für Christen, wobei sich verschiedene Arten von Verfolgung überschneiden: 1) Verordnungen der Regierung schränken die Religionsfreiheit ein. 2) In manchen Teilen des Landes stellen konservative Muslime eine Herausforderung dar, vor allem für Christen mit muslimischem Hintergrund. Säkularismus bereitet den Christen im Land ebenfalls Schwierigkeiten. Ein Experte für das Land meint: „Das Verbot der Einrichtung von Rundfunkdiensten zu religiösen Zwecken und das Verbot von religiösen Aktivitäten in Bildungseinrichtungen beschränken die Freiheit, Gottesdienst zu feiern, die Freiheit zu lehren und seine Religion zu predigen.“ 4) In Gegenden, die von der EOC dominiert werden, werden Christen verfolgt, die diese Denomination verlassen und sich einer anderen zuwenden; Verfolger sind in diesem Falle die Familie, Gesellschaft und Regierungsbeamte, sofern diese Teil der EOC sind. Es ist demnach möglich, dass die Verfolgten im gleichen Land auch als Verfolger auftreten.

Wie äußert sich die Verfolgung?

In Äthiopien sind alle christlichen Gemeinschaften von Verfolgung betroffen, einige Denominationen mehr als andere. Christen aus protestantischen Freikirchen erleben die härteste Verfolgung, sowohl von der Regierung als auch von der EOC. Christen mit muslimischem Hintergrund (vor allem im Osten und Südosten des Landes) und Christen, die ihre orthodoxe Denomination verlassen und sich einer anderen zugewandt haben, haben mit schwerer Misshandlung durch ihre Familien und Gemeinschaften zu kämpfen. In manchen Gegenden wird Christen der Zugang zu gemeinschaftlich

genutzten Ressourcen verweigert beziehungsweise sie werden aus der Gesellschaft ausgestoßen. An manchen Orten greifen Mobs Kirchen an.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Konvertiten in Gebieten, die von orthodoxen Christen und Muslimen dominiert werden, stehen unter enormem Druck, ihrem neuen Glauben wieder abschwören.
- Am 4. August 2018 kam es zu einem zwei Tage anhaltenden Ausbruch von Gewalt, in welchem muslimische Mobs gegen die christliche Minderheit in Äthiopiens Somali-Region (Ogaden) vorgingen. Unter den Getöteten waren auch fünfzehn orthodoxe Priester; zehn orthodoxe Kirchen wurden in Brand gesteckt und neun evangelische Freikirchen verwüstet oder geplündert.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 65 und einer Zunahme um drei Punkte im Vergleich zum Vorjahr belegt Äthiopien Platz 28 auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Der Hauptgrund für den Punktanstieg ist die Verschlechterung im Bereich "Auftreten von Gewalt" – bedingt wurde dies durch den zwei Tage anhaltenden Gewaltausbruch im August 2018, der sich gegen Christen in der Ogaden-Region richtete.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung stellt eine echte Bedrohung für Christen dar, insbesondere in den von Muslimen dominierten Gebieten. Ein Experte für das Land berichtet: „Der islamische Extremismus ist in Äthiopien nach wie vor ein Problem. Da die islamischen Länder darum wetteifern, die Oberhand in Afrika zu gewinnen, investieren sie beträchtliche Mittel in die Ausbreitung des Islam. Sie werden zur Einrichtung von Schulen, für religiösen Unterricht sowie für direkte Hilfe an Bedürftige verwendet, wobei die Bekehrung zum Islam als Bedingung festgelegt wird.“ Mit dem Aufkommen des Extremismus in der Region und darüber hinaus nimmt der extremistische (oder politische) Islam auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu. Dabei sind verschiedene Gruppen von Christen in fast allen Lebensbereichen zunehmend anfällig für Druck geworden. Vor allem in ländlichen Gebieten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung belästigen diese Christen und verweigern ihnen häufig den Zugang zu kommunalen Ressourcen. Darüber hinaus werden Christen Opfer von Gewalt. Konvertiten vom Islam zum Christentum werden geächtet, Familienrechte wie das Erbrecht und das Sorgerecht werden ihnen häufig verweigert. Es ist auch wichtig festzustellen, dass die Ausbreitung des extremistischen Islam in den Nachbarländern Somalia und Sudan auf Äthiopien übergreift. Ein Experte für das Land sagte: „Die Präsenz der Triebkräfte der Verfolgung variiert von Region zu Region, vor allem in Abhängigkeit von der Anzahl der Muslime in einer bestimmten Region. Der nordöstliche Teil des Landes, hauptsächlich die Afar-Region, die östlichen Regionen einschließlich Somali, Dire Adwa und Harer und bestimmte Teile der Oromia-Region, werden von Muslimen dominiert, dazu mit eingeschlossen der zentralstädtische Teil des Landes, aber nicht beschränkt auf Addis Abeba. In diesen Gebieten herrscht ein höheres Niveau der Verfolgung als in anderen Landesteilen. Bei Konflikten, die durch die Übergriffe islamischer und extremistisch-islamischer Gruppen in bestimmten Teilen des

Landes entstanden sind, wurden Christen getötet und viele weitere verletzt. Viele mussten aus ihrer Heimat fliehen. In den letzten Jahren ist die Verbreitung islamisch-extremistischer Ansichten zu einem wachsenden Trend geworden. Die Verhaftung einiger Führer der muslimischen Gemeinschaft durch die Regierung macht die Situation noch schlimmer.“

Konfessioneller Protektionismus

Dies ist eine weitere Haupttriebkraft der Christenverfolgung im Land mit der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (EOC) als wichtigster Akteurin. Ein Landesexperte berichtet: „Die EOC sieht sich als die einzig ‚wahre‘ christliche Konfession. Sie wehrt sich insbesondere gegen evangelikale Christen; die EOC betrachtet sie als Anhänger einer westlichen Religion, die eine Bedrohung für den äthiopischen Nationalismus und die äthiopische Kultur darstellt; diese beiden zu bewahren, sieht die EOC seit langer Zeit als wichtige Aufgabe. Predigten und Lieder, in denen evangelikale Christen stark kritisieren werden, sind weit verbreitet. Priester und andere Lehrer in der EOC verurteilen offen jeden, der Kontakt mit Evangelikalen pflegt. Sie gehen manchmal so weit, ihren Mitgliedern zu verbieten, mit ‚den Heiden‘ auch nur zu sprechen. Auf der anderen Seite nehmen die Anfeindungen vonseiten der evangelikalen Kirchen gegen die EOC ebenfalls zu. So findet zwischen beiden ein hasserfüllter Schlagabtausch statt.“ Einige ehemalige EOC-Mitglieder haben diese verlassen, meistens um protestantischen Kirchen beizutreten oder um sich einer der Erneuerungsbewegungen innerhalb der EOC anzuschließen. Sie sind massiver Verfolgung vonseiten ihrer ehemaligen Kirche ausgesetzt, die unterschiedliche Formen annimmt. Eine Variante sind tätliche Angriffe auf Christen anderer Konfessionen. Die EOC nutzt auch ihre Beziehungen zur Regierung, um das Wachstum nichtorthodoxer Kirchen zu hemmen. Zudem nehmen sie Einfluss auf die Regierung, damit Gesetze gegen die Ausbreitung des protestantischen christlichen Glaubens verabschiedet werden. Ein Beispiel hierfür ist das Gesetz zur Registrierung aller Kirchen, von dem die EOC ausgenommen ist. Ein anderes Mittel ist die Nutzung der einflussreichen EOC-eigenen Medien, um Protestanten und Unterstützer der Erneuerungsbewegung zu verteufeln. Ein Experte für das Land fügt hinzu: "Wieder einmal kommt Verfolgung von der christlichen Mehrheitskonfession des Landes, der Orthodoxen Kirche. Es ist jedoch anzumerken, dass nicht alle orthodoxen Gläubigen diese Meinung teilen. Von der Verfolgung betroffen sind hauptsächlich Anhänger christlicher Konfessionen, die erst seit relativ kurzer Zeit im Land existieren und vorwiegend protestantisch sind. Diese Form der Verfolgung ist am stärksten im Norden und Zentrum des Landes verbreitet, wo die Mehrheit der Bevölkerung zur Orthodoxen Kirche gehört. In diesem Zusammenhang sei außerdem erwähnt, dass diese Verfolgung extremer wird, je weiter man sich aus städtischen in ländlichere Gebiete des Landes bewegt."

Diktatorische Paranoia

Unter der neuen Führung scheint es echten Reformwillen zu geben, eine Bereitschaft, sich als Land in Richtung einer Demokratie zu bewegen. Die Punktzahl für diese Triebkraft der Verfolgung ist daher gesunken. Sie wird in der Analytik des Weltverfolgungsindex nun nicht mehr als "stark" sondern als "durchschnittlich" eingestuft. In den Jahren vor der Wahl hatte die äthiopische Regierung immer stärkere autoritäre Züge entwickelt und dabei die Rechte der Zivilgesellschaft und religiöser Institutionen zunehmend eingeschränkt. Dahinter stand zum einen die Überzeugung, dass religiöse Gruppen die Menschen äußerst wirksam organisieren und sammeln können. Dies wiederum führte zur Sorge, derartige Aktivitäten könnten theoretisch auch für einen Umsturz genutzt werden. Zum anderen hielt die Regierung Protestanten im Allgemeinen, und freikirchliche Protestanten im Besonderen, für gefährlich. Sie hegte den Verdacht, diese seien ausländische Spione, die einen Regimewechsel anstrebten. Es existierten allerdings keinerlei Beweise, um diesen Verdacht zu stützen.

Zum Dritten vermutete die Regierung in den Reihen der EOC eine beträchtliche Anzahl von Leitern, die oppositionelle Gruppen unterstützten. Demzufolge verabschiedete die Regierung diverse Gesetze, um die Betätigungsmöglichkeiten für religiöse Gruppen spürbar einzuschränken. Dazu zählen etwa das Verbot Sendeanstalten für religiöse Zwecke zu betreiben, und das Verbot Religionsunterricht oder andere Aktivitäten an Schulen anzubieten. Solche Verbote schränken die Freiheit der Christen ein, zu beten, zu predigen und zu unterrichten. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ stuft das Land in seinem Bericht von 2018 daher als „nicht frei“ ein.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Im letzten Vierteljahrhundert hat ethnisch orientierte Politik große Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens im Land gehabt. Dieser politische Diskurs propagiert die Suche nach „Wurzeln und Identität“. Dies führte zu einer feindseligen Haltung einzelner und ganzer Gruppierungen gegenüber Christen. Bis 1974 stand die EOC für die Staatsreligion. Ab 1974 befand sich das Land unter kommunistischer Herrschaft, die nach einem 17-jährigen Bürgerkrieg schließlich im Jahr 1991 von einem Bündnis mehrerer ethnischer Gruppen entmachtet wurde. Damals wurden den ethnischen Gruppen Anerkennung und Schutz ihrer eigenen Kultur und Identität zugesichert. Dies geschah im Rahmen der äthiopischen Übergangsverfassung, einer Reihe von Statuten, die nach dem Fall des kommunistischen Regimes eingesetzt wurden. Was anfangs politisch sinnvoll und richtig erschien, mündete schließlich darin, dass die Regierung unter einigen ethnischen Gruppen Ressentiments gegen Christen schürte. In Regionen wie Afar oder Somali (Ogaden) sind Islam und Stammeszugehörigkeit untrennbar miteinander verbunden. Manche Stämme verlangen zudem, dass Christen sich an Stammeskämpfen beteiligen und rächen sich, falls sie dies nicht tun. So berichtet ein Länderexperte: „Obwohl die Bevölkerung mehrheitlich einer der beiden Hauptreligionen (Christentum oder Islam) angehört, werden in manchen Landesteilen traditionelle Religionen praktiziert. Von hier lebenden Menschen wird erwartet, sich an allen religiösen und kulturellen Riten der Gemeinschaft zu beteiligen. Wer dem nicht nachkommt, wird vertrieben. Doch auch unter Christen und Muslimen ist die Ausübung schwarzer Magie weit verbreitet. So werden Neugeborene üblicherweise dem örtlichen Zauberer geweiht.“

3. Verfolger

Hinter der Verfolgung von Christen in Äthiopien stehen viele verschiedene Akteure.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Viele muslimische religiöse Leiter stimmen stillschweigend oder ausdrücklich, etwa durch ihre Predigten, der Diskriminierung von Christen zu. In diesem Bereich sind auch Familien und gewöhnliche Bürger zu nennen. Berichten zufolge haben einige muslimische Leiter zur Gewalt gegen Christen aufgerufen.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

Zu den Verfolgern gehören Priester, ultra-konservative Gruppen innerhalb der EOC, Familien und gewöhnliche Bürger. In Bezug auf die Beteiligung von orthodoxen Kirchenleitern und deren Mitgliedern berichtet ein Forscher: „Es gibt einen deutlichen Wandel in der religiösen Zusammensetzung des Landes wegen des rapiden Wachstums neuer christlicher Glaubensrichtungen, besonders der protestantischen Kirche. Solch ein starkes Wachstum wird von den Leitern und Anhängern der Orthodoxen Kirche nicht gutgeheißen. Widerstand gegen diese neuen Formen des

christlichen Glaubens zeigt sich in unterschiedlicher Ausprägung auf verschiedenen Ebenen – sowohl darin wie Leiter, als auch Anhänger der Orthodoxen Kirche sich zu ihnen verhalten. Die Vereinigung mit dem Namen 'Mahibere Kidusan' veröffentlicht seit Jahren Brandschriften und abfällige Artikel gegen protestantische Christen. In der Hauptstadt und in anderen großen Städten und Gebieten wie im Süden und Südwesten des Landes, wo die neuen Formen der christlichen Kirchen stärker wachsen, hat sich die Situation etwas gebessert."

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Verfolger in diesem Bereich sind die Regierung und Regierungsbeamte, wenngleich ihre Beteiligung an der Verfolgung von Region zu Region stark variiert. Besonders Beamte der mittleren und niedrigen Ebene gehen gegen die sogenannten neuen Formen des christlichen Glaubens vor. Örtliche Amtsträger haben besonders viel Einfluss auf Alltagsaktivitäten und sind somit stärker an der Verfolgung von Christen beteiligt. Dazu gehört unter anderem auch das Verwehren von Genehmigungen für Gottesdienste und andere christliche Treffen.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Verfolger sind hier lokale Verantwortungsträger und gewöhnliche Bürger. Diese Triebkraft der Verfolgung entfaltet seine Wirkung vor allem in ländlichen Gebieten und verbindet sich mit der Triebkraft der Islamischen Unterdrückung – einige Verfolger lassen sich daher beiden Triebkräften zuordnen. So ist in der Afar- oder Somali-Region beispielsweise der islamische Glaube Voraussetzung für die gesellschaftliche Zugehörigkeit.

4. Hintergrund

Proteste, Ausnahmezustand und neuer Premierminister: Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 und Weltverfolgungsindex 2018 war Äthiopien von zahlreichen politischen Turbulenzen heimgesucht worden. Dies setzte sich im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 fort, bis im April 2018 Abiy Ahmed zum neuen Premierminister ernannt wurde. Er folgte auf den bisherigen Premierminister Hailemariam Desalegn, weil dieser auf Verlangen des Volkes zurücktreten musste. Besonders in den Gebieten Oromia und Amhara hatte es anhaltende und massive Proteste gegeben, die von der Regierung mit Gewalt beantwortet wurden. Allerdings gingen Sicherheitskräfte dabei nicht gezielt gegen eine religiöse Gruppierung vor und verhielten sich neutral, zumindest was die Religion der Demonstranten betraf. Gleich mehrfach kam es im vergangenen Jahr zu Angriffen muslimischer Mobs auf Kirchen, bei denen Christen ums Leben kamen. Unter der neuen Führung bereitet sich das Land nun auf Neuwahlen im Jahr 2019 vor. Viele politische Parteien, die bisher verboten waren, kehren jetzt ins Land zurück, um in den friedlichen Wettstreit einzutreten und an den Wahlen teilzunehmen.

Historische Perspektive: Äthiopiens Vergangenheit ist schon lange sowohl vom christlichen Glauben, als auch vom Islam geprägt. Im Lauf der Zeit haben beide Religionen versucht, ihren Einfluss auszuweiten und deswegen viele blutige Konflikte ausgetragen. Dabei waren auch ausländische Akteure wie die Türkei, Portugal und Ägypten involviert. Außerdem gibt es in Äthiopien viele Stämme. Sie sind dem christlichen Glauben nicht sehr wohlgesonnen; in manchen Regionen wie Afar und Somali ist ihre Identität sogar eng mit dem Islam verbunden. Zudem hat die herrschende Partei in der Vergangenheit alle Möglichkeiten der Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterbunden. Gleichzeitig hat sie versucht, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren und dadurch jegliches so

wahrgenommene Aufbegehren zu unterbinden. 2009 erließ die Regierung ein Gesetz, das die Religions-, Vereinigungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit einschränkt. Christlichen Wohlfahrtsorganisationen ist es seitdem gesetzlich verboten, Gelder aus dem Ausland entgegenzunehmen, und sich für Menschenrechte, Konfliktlösung und demokratische Ziele einzusetzen. Die regierende Partei verstärkte ihren Machterhalt zusätzlich mit der Behauptung, bei den Wahlen im Mai 2015 hundert Prozent der Sitze im Parlament gewonnen zu haben. Augenscheinlich ignorierte Premierminister Hailemariam Desalegn alle Aufforderungen der internationalen Gemeinschaft, die Zivilgesellschaft und die Pressefreiheit zu stärken. Infolge der Proteste und der Gewalt, die das Land ab 2015 und bis hinein ins Jahr 2018 erschütterte, löste Desalegn das Kabinett auf. Viele Investoren verließen das Land wegen der herrschenden Unsicherheit. Dennoch bleibt Äthiopien ein Hauptempfänger für internationale Hilfsprogramme.

Die anhaltenden Probleme mit der EOC: Die EOC geht gegen Protestanten und reformwillige Gruppen innerhalb der EOC vor. Dahinter stehen vor allem fanatische Gruppen in der EOC. In ihren Magazinen, auf ihren Websites und Zeitungen greifen diese Gruppen protestantische Freikirchen mit hetzerischer Rhetorik an. Sie bezeichnen diese etwa als „Neulinge“, „falsche Propheten“, „Menafikan“ (Leugner der Jungfrau Maria und der Heiligen) oder verwenden andere Ausdrücke, um diese Christen als Ungläubige oder Irrgläubige zu bezeichnen. Es wird geschätzt, dass die protestantischen Freikirchen in Äthiopien um etwa 6,7% pro Jahr wachsen. Ein Blick auf den Zensus von 1994 setzt diese Zahlen in Relation: Laut dieser Volkszählung gab es schätzungsweise 62,5% Christen, 32,8% Muslime und 4,6% Animisten im Land. Damals war die Hälfte aller Äthiopier christlich-orthodox und nur etwa 10% waren Protestanten. Gemäß dem Zensus von 2007 waren nur noch 43,5% der Bevölkerung orthodoxe Kirchengänger, Protestanten stellten 18,6% der Bevölkerung und Muslime 33,9%. Diese rasche Veränderung führte zu Feindseligkeiten zwischen Protestanten und der EOC aber auch vonseiten der Muslime. Die meisten Protestanten haben einen orthodoxen Hintergrund und gehörten früher der EOC an.

5. Betroffene Christen

Alle Christen, die in Äthiopien leben, sind von Verfolgung betroffen, doch das Ausmaß der Verfolgung variiert von Gruppe zu Gruppe.

Ausländische Christen

Diese Christen sind in die bestehenden Kirchengemeinden integriert und wurden daher nicht gesondert untersucht.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) ist dafür ein typisches Beispiel. Sie ist im Land stark vertreten. An ihr lässt sich die Komplexität der Verfolgungsdynamik gut aufzeigen, denn sie ist selbst von Verfolgung betroffen und spielt gleichzeitig eine maßgebliche Rolle als Verfolger. Christen aus traditionellen Kirchen erfahren Verfolgung durch die Regierung und islamische Extremisten. Auch in Stammesgebieten ist der Druck auf EOC-Mitglieder hoch. Orthodoxe Christen sind vor allem in Nord- und Zentraläthiopien angesiedelt. Schwierigkeiten aufgrund ihres christlichen Glaubens erleben viele EOC Mitglieder, die in den muslimisch dominierten Regionen (Harar, Somali, Afar) oder in örtlichen Gemeinschaften (beispielsweise unter den Silt‘e) leben.

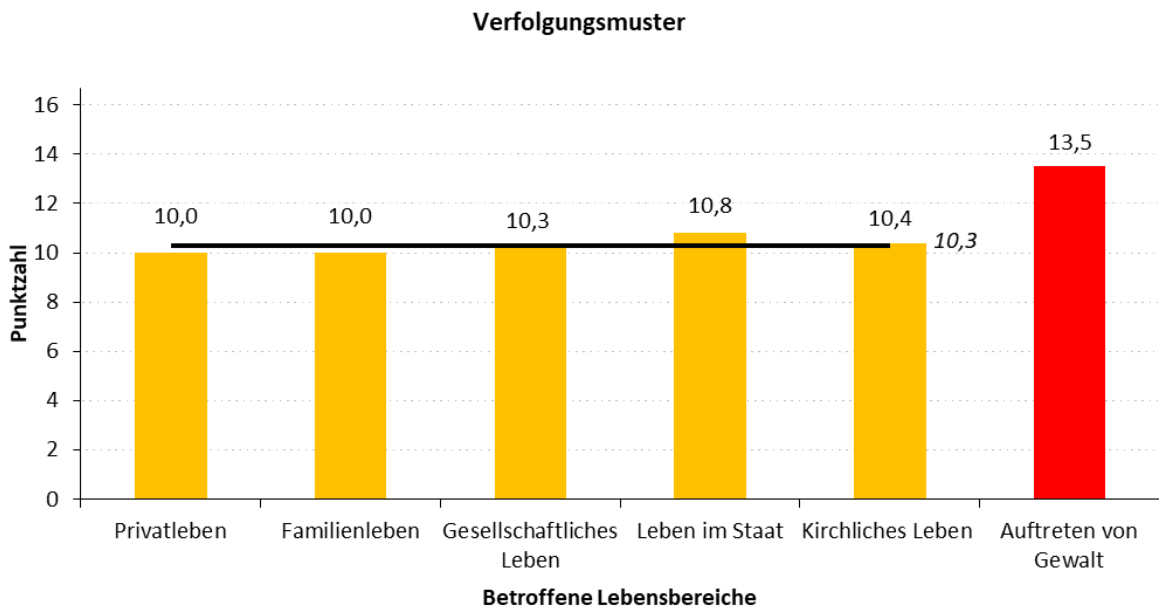
Christen mit muslimischem, animistischem oder orthodoxem Hintergrund (Konvertiten)

Konvertiten sind 1) ehemalige Muslime, 2) Christen, die sich einer christlichen Konfession zu- und von einer anderen abgewandt haben und 3) Menschen, die früher einer Stammesreligion angehörten und jetzt Jesus Christus nachfolgen. Diese Christen sind unterschiedlichen Triebkräften der Verfolgung ausgesetzt. In muslimisch dominierten Gebieten werden ehemalige Muslime besonders von Familie, Großfamilie, Leitern der örtlichen Gemeinschaft und nichtchristlichen religiösen Leitern verfolgt. In Gebieten, die stark von der EOC geprägt ist, geht die Verfolgung hauptsächlich von den Anhängern der EOC aus. Diese Gruppe von Christen erfährt auch Verfolgung durch die Regierung, und zwar in allen Landesteilen. In Gebieten, in denen es verstärkt zu ethnisch begründete Anfeindungen kommt, droht christlichen Konvertiten Verfolgung vonseiten der Anhänger traditioneller Glaubenssysteme; hinzu kommen Muslime, die versuchen, Konvertiten zur Teilnahme an verschiedenen religiösen Aktivitäten zu zwingen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu zählen beispielsweise evangelikale Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden, die im Land stark vertreten sind. Sie erleiden vielfältige Verfolgung durch die Regierung, die EOC und islamische Gruppen. Im Vergleich zu anderen Ausdrucksformen des christlichen Glaubens wachsen sie sehr schnell. Ein Länderexperte berichtet: „Viele Gebiete Südäthiopiens und Teile von Oromia sind von Evangelikalen/Protestanten dominiert. Da sie die Mehrheit der dortigen Bevölkerung bilden, werden sie nicht (ernsthaft) verfolgt. Doch Protestanten, die in den mehrheitlich muslimischen oder christlich-orthodoxen Landesteilen leben, müssen viele Arten der Verfolgung ertragen.“ Die Gruppe von Christen wird aufgrund ihrer wachsenden Größe und ihres zunehmenden Einflusses von vielen als Bedrohung gesehen. Die Folge: Sie werden von vielen Seiten angefeindet.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Äthiopien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Äthiopien ist auf einem hohen Niveau (10,3 Punkte) – dieser Wert ist ähnlich dem des Weltverfolgungsindex 2018, als das Land 10,4 Punkte erreichte.
- Es gibt keinen Lebensbereich, in dem der Wert unter 10 Punkten liegt. Das zeigt: Obwohl Äthiopien ein mehrheitlich christliches Land ist, leben Christen dort unter hohem Druck.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt stieg im Berichtszeitraum um drei Punkte an, von 10,4 Punkte im Vorjahr auf nunmehr 13,5 Punkte. Der Grund für diesen Anstieg waren die gewaltsamen Übergriffe auf Christen und Kirchen in der Region Ogaden im August 2018.

Privatleben

In diesem Bereich leiden besonders Konvertiten. Ein Länderexperte berichtet: „Ein entscheidender Faktor ist die Frage, ob es sich um ein städtisches oder ländliches Gebiet handelt. In den vereinzelten (relativ) großen Städten zieht der Wechsel von einer christlichen Konfession zur anderen weniger gravierende Folgen nach sich; häufig gibt es nur Widerstand von einigen Familienmitgliedern. Doch in ländlichen Gebieten ist die soziale Bindung so stark, dass ein Konfessionswechsel sehr wahrscheinlich große Empörung und Verfolgung auslöst.“ Die Situation unterscheidet sich zudem je nach Region: Der Norden Äthiopiens beispielsweise ist die Hochburg der EOC. Wenn dort jemand von der orthodoxen Konfession zu einer protestantischen übertritt, wird diese Person oft vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt oder gar gezwungen, die Ortsgemeinschaft ganz zu verlassen. Wo aber der Protestantismus die Norm ist, wie in Südäthiopien und in Teilen von Oromia, müssen Konvertiten keine Verfolgung in diesem Ausmaß befürchten.

Für Konvertiten sind der Besitz von christlichen Schriften, der Zugang zu christlichen Medien und die Begegnung mit anderen Christen schwierig. Verlässt ein orthodoxer Christ die EOC und tritt einer protestantischen Freikirche bei (im Land "Pentay" genannt), werden Familienmitglieder, Priester und fanatische Gruppen innerhalb der EOC diese Person unter Druck setzen, zu ihrem alten Glauben zurückzukehren. Manchmal werden diese Menschen gar dazu gezwungen, „heiliges Wasser“ zu trinken, weil man glaubt, der Konvertit sei vom Teufel besessen.

Familienleben

Auch hier sind christliche Konvertiten unterschiedlich stark von Verfolgung betroffen. In muslimisch und orthodox dominierten Gebieten haben es nichtorthodoxe Christen schwer, eine Grabstätte zu bekommen. In muslimisch geprägten Regionen müssen Kinder islamische Schulen besuchen. In vielen Teilen des Landes werden Kinder aus christlichen Familien aufgrund ihres Glaubens drangsaliert. Selbst bei Hochzeitsfeiern gibt es Schwierigkeiten. Ein Forscher gibt ein Beispiel: „Wenn ein Christ eine muslimische Partnerin heiraten möchte oder die Brautleute aus unterschiedlichen christlichen Konfessionen stammen und die Hochzeit in seiner/ihrer Kirche stattfinden soll, kann es zu Protesten durch die Familie des Partners kommen. Ein weiteres Problem ist das Vortragen nichtchristlicher Musik auf Hochzeiten: Da die meisten Protestanten in Äthiopien nichtchristliche Musik für Sünde halten, kann es auch in diesem Bereich zu Konflikten zwischen den Familienmitgliedern kommen."

Gesellschaftliches Leben

Dieser Lebensbereich ist für Christen aufgrund von Konfessionellem Protektionismus und Islamischer Unterdrückung mit besonders schwerwiegenden Problemen behaftet. In einer durch dörfliche Strukturen geprägten Gesellschaft wie Äthiopien spielen religiöse Unterschiede in vielerlei Hinsicht

eine entscheidende Rolle. In von der EOC geprägten Regionen üben Familie, Ortsgemeinschaft und Kirchenleiter erheblichen Druck auf Anhänger protestantischer Freikirchen und auf Christen aus, die die EOC verlassen haben. So berichtet ein Länderexperte: „In mehrheitlich orthodoxen Gebieten sind evangelikale Christen und Christen aus Pfingstgemeinden mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Sie dürfen nicht an gemeinschaftlichen Ereignissen oder gesellschaftlichen Zusammenkünften teilnehmen. Sie haben Probleme, für ihre Kinder sichere Schulen zu finden. Es kann auch zu weiteren Behinderungen des Alltags kommen, etwa bei Marktbesuchen; besonders während der großen Fastenzeiten der EOC ist es mitunter nahezu unmöglich, von den Fastenregeln ausgenommene Lebensmittel zu finden. In extremen Fällen bleibt ihnen nur die Möglichkeit, das Gebiet zu verlassen."

Imame, Lehrern aus Koranschulen und andere lokale Verantwortungsträger machen Christen mit muslimischem Hintergrund das Leben beständig schwer. Mancherorts wird ihnen die Nutzung kommunaler Ressourcen verwehrt. In anderen Gegenden werden Christen an ihrem Arbeitsplatz bewusst übergangen oder diskriminiert. Christen dort sind daran gewöhnt, innerhalb ihres Lebensumfelds als unerwünscht wahrgenommen zu werden. Manchmal wird Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, in der Erntezeit jegliche Hilfe verweigert, während sich andere Dorfbewohner gegenseitig beim Einholen der Ernte unterstützen.

Leben im Staat

Auf staatlicher Ebene war die Regierung unter Hailemariam Desalegn bemüht, jeden Bereich der Gesellschaft zu kontrollieren. Die Religionsfreiheit wurde konsequent unterdrückt. Dazu wurden entsprechende Gesetze erlassen, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Zivilgesellschaft als Ganzes einzuschränken. Sicherheits- und Verwaltungsauflagen wurden als Vorwand genutzt, um missionarische Aktivitäten im Land zu stören. Es gab Berichte, denen zufolge Regierungsbehörden bei der Strafverfolgung von Gewalttaten gegen Christen bewusst nachlässig agierten. Direkt vor Beginn des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2018 rief die Regierung zum ersten Mal seit 26 Jahren den Ausnahmezustand aus. Für Christen wurde es schwieriger, sich in der Öffentlichkeit zu versammeln. Kirchen reagierten auf die Situation teilweise mit umfassender Selbstzensur, um mögliche Anklagen wegen Übertretung des weitreichenden Ausnahmezustands zu vermeiden. Die nationalen Gesetze schränkten auch die Ausstrahlung von religiösen Inhalten im Rundfunk ein. Außerdem wurde ein Verbot religiöser Veranstaltungen, einschließlich Gebetsgruppen in Bildungseinrichtungen verhängt. Ein Länderexperte berichtet davon, dass Christen Opfer von Hetzkampagnen wurden: „Diese sind eine verbreitete Praxis, insbesondere von religiösen Leitern. Es gibt Vorträge und in Umlauf gebrachte Aufnahmen von muslimischen Predigern, die Hass gegen Christen predigen. Auch unter Christen kommt das vor. Es ist an der Tagesordnung, Priester des EOC zu hören, die Hetzkampagnen gegen charismatische Gemeinden und Evangelikale anführen. Sie sprechen in herabwürdigender Weise über diese Christen und stellen sie als Menschen dar, die Religiosität vortäuschten, um Hilfe aus dem Ausland zu erhalten. Manche Prediger der Pfingstbewegung sprechen sich wiederum gegen die Orthodoxen aus und stellen sie als rückständig dar." Aufgrund der veränderten politischen Situation glauben viele, dass sich die christlichen Konfessionen und andere Glaubensrichtungen künftig um mehr gegenseitige Toleranz bemühen werden.

Kirchliches Leben

In diesem Lebensbereich nimmt der Druck viele unterschiedliche Formen an: Zum einen ist es schwierig, eine Kirche zu registrieren. Die Regierung verlangt das nicht von der EOC (oder der muslimischen Gemeinschaft), doch andere Christen benötigen eine Registrierung, um als Gemeinde legal operieren zu können. Einige Regierungsbeamte, die der EOC nahestehen, überwachen nichtorthodoxe Gemeinden und benutzen ihre amtliche Befugnis, um ihnen die Registrierung zu verweigern. In muslimischen Regionen ist es mittlerweile riskant, sich öffentlich gegen Verfolger zu stellen. Deshalb vermeiden Gemeindeleiter in der Regel das öffentliche Anprangern der entsprechenden Personen. In überwiegend muslimischen Regionen verbergen Christen muslimischer Herkunft aus Angst vor Übergriffen häufig ihren Glauben und wagen es oft nicht einmal, eine Kirche zu besuchen. Ein Forscher fügt hinzu: „In Gebieten, in denen Pfingstgemeinden die Minderheit darstellen, werden die jeweiligen Leiter vor allem beschuldigt, die gesellschaftlichen Werte zu korrumpieren. Sie werden oftmals sogar stärker verfolgt als die Konvertiten von anderen Konfessionen. Leiter der örtlichen Gemeinschaften bedienen sich verschiedenartiger Mittel, um solche christlichen Leiter zu vertreiben, bevor sie noch mehr 'Schaden anrichten' können; häufig müssen sie versteckt leben.“ Die neue Regierung unter der Führung von Abiy Ahmed ist bemüht, einige dieser Einschränkungen zu lockern, die von der Vorgängerregierung durchgesetzt wurden. So wird beispielsweise über Erleichterungen für die Zivilgesellschaft debattiert.

Auftreten von Gewalt

Der aktuelle Berichtszeitraum war einer der gewalttätigsten für die Christen in Äthiopien. Ungeachtet dessen, dass der neue Premierminister ein evangelikaler Christ ist und dass es Hoffnung auf Veränderung im Land gibt, wurden viele Christen wegen ihres Glaubens von islamischen Gruppen angegriffen. In der Region Somali (auch als „Ogaden“ bekannt), eine der neun Staaten des Landes, wurden im August 2018 über zwanzig Christen getötet, darunter 15 orthodoxe Priester; zahlreiche Kirchen wurden dabei geplündert und bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt gegen Christen finden sich im Abschnitt "Zusammenfassung".

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Frauen werden vor allem Opfer von Verschleppung, Vergewaltigung und Ehescheidung. Ein Landesforscher berichtet: „Manche Christen müssen ehelos leben. Kirchenleiter erklären, dass die Mehrheit der Kirchenmitglieder weiblich ist. Doch diese Frauen finden keine Ehemänner und sie werden von ihrem Umfeld und ihren Verwandten unter Druck gesetzt und beleidigt.“

Männer

Ein Länderexperte berichtet: „Körperliche Angriffe gegen Männer und Jungen sind weitaus schwerwiegender als gegen Frauen und Mädchen. Im Bereich Ethnisch begründeter Anfeindungen stehen sie stärker unter Beobachtung.“

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt einige wenige religiöse Minderheiten im Land. Doch auch sie betrifft die Gesetzgebung bezüglich des Rundfunks, der Rolle von Religion in der Bildung und der Zivilgesellschaft. Im Allgemeinen

verlangen die Regelungen zur Zivilgesellschaft einen Antrag auf Registrierung von jeder religiösen Gruppe mit Ausnahme orthodoxer, katholischer, christlicher, muslimischer und jüdischer Gemeinschaften. Darüber hinaus sieht das Registrierungsgesetz eine Mindestzahl von 50 Personen für die Registrierung als Religionsgemeinschaft vor und mindestens fünfzehn Personen für die Registrierung eines Dienstes oder Vereins. Diese Anforderungen haben in ihrer jetzigen Form keine Auswirkungen auf christliche Konfessionen – im Gegensatz zu religiösen Minderheiten, vor allem der jüngeren Gemeinschaften: Mormonen und Zeugen Jehovas ringen in einigen Gegenden, wo ihre Zahl unter 50 bleibt, um einen eigenen Versammlungsort.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die jüngsten politischen Entwicklungen in Äthiopien sind faszinierend. Die Geschwindigkeit, mit der das Land sich politisch reformiert, hat weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens öffnete das Land seine Grenzen zu Eritrea. Tausende politischer Gefangener wurden freigelassen. Oppositionellen Parteien, die zuvor verboten waren, wurde die Rückkehr nach Äthiopien erlaubt. Das Land hat sich verpflichtet, seine Wahlgesetze und unter anderem seinen Justizsektor zu reformieren. Der neue Premierminister wurde sowohl im In- als auch im Ausland für sein mutiges Vorgehen gelobt. Wenn diese Entwicklungen anhalten, hat das Land eine echte Chance, seine Menschenrechtsbilanz, aber auch die Sicherheitslage zu verbessern. Gleichzeitig dürfen nicht die Herausforderungen übersehen werden, vor denen das Land steht: Es wird immer sehr schwierig sein, innerhalb der komplexen Gegebenheiten des Landes zu navigieren – die politischen Akteure haben stark voneinander abweichende Sichtweisen und benachbarte Staaten könnten ein Interesse haben, in das Geschehen einzugreifen.

Der Ausblick für Christen

Äthiopien hat fortlaufend Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Konfessionen erlebt. Das schmälert die Möglichkeit einer einheitlichen christlichen Antwort auf die Herausforderung der Verfolgung. In dieser Hinsicht beschuldigt und verfolgt die EOC rücksichtslos protestantische Christen. Nach Ansicht einiger Hardliner, arbeitet der Protestantismus daran, die EOC zu demontieren. Zudem sind die Christen durch extremistische Vertreter der muslimischen Gemeinschaft herausgefordert, die beispielsweise für die Zerstörung von Kirchen und den Tod von Christen in der Ogaden-Region verantwortlich sind – und es ist wahrscheinlich, dass sie auch in der Zukunft eine Herausforderung darstellen werden.

Schlussfolgerung

Die zukünftige Perspektive der Christen in Äthiopien wird sich vermutlich wie folgt darstellen:

- Die Verfolgung von Christen im Allgemeinen und die von Konvertiten und Protestanten im Speziellen wird sich fortsetzen, vor allem durch extremistische Muslime und Kreise der EOC.
- Islamische Unterdrückung wird weiterhin zunehmen und eine Gefahr für die Situation der Christen darstellen.
- Diktatorische Paranoia könnte nach einer Weile aufhören, eine Triebkraft der Verfolgung zu sein. Zunächst wird die neue Regierung wahrscheinlich damit beginnen, einige der vielen Beschränkungen zu lockern, mit denen die christliche Gemeinde durch Vorgängerregierungen belegt wurde.

zurück zur Länderübersicht

Tadschikistan: Platz 29

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Diktatorische Paranoia: Außerhalb der vom Staat genehmigten und beaufsichtigten Einrichtungen ist keine religiöse Aktivität erlaubt. Es gab Razzien bei Versammlungen und Verhöre. Es kommt sehr häufig vor, dass Mitglieder protestantischer Kirchengemeinden pauschal als Anhänger einer fremdartigen Sekte angesehen werden, die das bestehende politische System untergraben wollen.

Islamische Unterdrückung: Wenn einheimische Muslime den christlichen Glauben annehmen, erfahren sie nahezu immer Druck und gelegentlich auch körperliche Gewalt von ihren Familien, Freunden und der örtlichen Gemeinschaft, die eine Rückkehr zum ursprünglichen Glauben erzwingen wollen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt und geschlagen und es kommt vor, dass sie schließlich von ihrer örtlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die stärkste Verfolgung von Christen geht in Tadschikistan von Regierungsbeamten aus, die im Auftrag der Zentralregierung dafür sorgen, dass die strengen Gesetze von den örtlichen Behörden und der Polizei umgesetzt werden. Sie führen Razzien bei Gottesdiensten durch, nehmen Christen fest und konfiszieren christliche Schriften. Verfolgung geht auch vom muslimischen Umfeld aus (Familie, Freunde, soziales Umfeld und örtliche Imame), das gegen Christen vorgeht, die das Evangelium mit Muslimen teilen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Durch die Verschärfung bereits existierender Gesetze und deren strikte Umsetzung setzt die Regierung alle „Abweichler“ schwer unter Druck. Einheimische Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl durch den Staat als auch durch Familie, Freunde und soziales Umfeld. Die geringsten Probleme haben russisch-orthodoxe Kirchen, da sie selten versuchen, in Kontakt mit der tadschikischen Bevölkerung zu treten. Besonders das Jugendgesetz hat Christen (und andere betroffene religiöse Minderheiten) in einen rechtlichen Schwebezustand versetzt, da nicht klar daraus hervorgeht, was noch erlaubt ist.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Juni 2018 erklärte ein junger ehemaliger Muslim seiner Mutter den christlichen Glauben und seine muslimischen Verwandten erfuhren davon. Der ältere Bruder des Christen schlug ihn schwer und forderte ihn auf, zu seiner ursprünglichen Religion zurückzukehren. Er benutzte ein heißes Eisen, um seine Hände zu verbrennen. Der junge Christ floh und ist jetzt bei seiner Familie nicht mehr sicher.
- Im August 2018 wurde eine Gruppe von neun Christen im Süden Tadschikistans verhaftet. Die Polizei nahm Dokumente und Handys mit und verhörte sie brutal.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Tadschikistan belegt mit 65 Punkten den 29. Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Nachdem sich im Berichtszeitraum zum WVI 2018 die Situation für Christen deutlich verschlechtert hatte, gab es im aktuellen Berichtszeitraum keine größeren Veränderungen. Die Gesamtpunktzahl ist somit gleich geblieben.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Außerhalb der vom Staat genehmigten und beaufsichtigten Einrichtungen ist keine religiöse Aktivität erlaubt. Seit 2015 erhöhten die Behörden den Druck noch weiter; es gab mehr Razzien bei Versammlungen und Christen wurden verhört. Es kommt sehr häufig vor, dass Mitglieder protestantischer Kirchen pauschal als Anhänger einer fremdartigen Sekte angesehen werden, deren einziges Ziel es ist, die bestehende Regierungsform auszuspionieren und zu zerstören. Aus dieser Sicht müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern nötigenfalls ausgerottet werden. Die Überwachung betrifft auch den Religionsunterricht, ungeachtet der Religion.

Islamische Unterdrückung

Wenn Einheimische (muslimischer Zugehörigkeit) den christlichen Glauben annehmen, erleben sie nahezu immer Druck und gelegentlich auch körperliche Gewalt durch ihre Familien, Freunde und das soziale Umfeld, die eine Rückkehr zum ursprünglichen Glauben erzwingen wollen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt und geschlagen und können schließlich von der örtlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs predigen gegen Christen, was den Druck noch verstärkt. Deshalb setzten Christen muslimischer Herkunft alles daran, ihren Glauben geheim zu halten. Sie werden zu sogenannten „geheimen Christen“.

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- Polizei, Regierungsbeamte: Die Polizei durchsucht Häuser und Kirchen und beschlagnahmt christliche Bücher, DVDs und Computer. Es folgen Verhaftungen, Verhöre und Bußgelder für Christen. Kirchenleiter werden regelmäßig zum Verhör vorgeladen und unter Druck gesetzt, Informanten zu werden. Dieser Druck richtet sich vor allem gegen tadschikische Gemeindeleiter.
- Gewöhnliche Bürger gehören zur muslimischen Mehrheit; auch sie melden christliche Aktivitäten an die Behörden.
- In Tadschikistan sind nur wenige politische Parteien erlaubt. Die Regierungspartei, die die von Präsident Rahmon geführte Regierung kontrolliert, ist dadurch an der Verfolgung beteiligt, dass ein Großteil der Verfolgung von der Regierung genehmigt wird.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- Auf lokaler Ebene haben Regierungsbeamte Verbindungen zur muslimischen Gemeinschaft. Dies führt zu Problemen für Christen muslimischer Herkunft und Protestanten.
- Die Anführer ethnisch-tadschikischer Gruppen sehen im Wechsel zum christlichen Glauben einen Angriff auf die tadschikische Identität.
- Muslimische Geistliche greifen teilweise zu körperlicher Gewalt, um Christen muslimischer Herkunft dazu zu bringen, ihren neuen Glauben zu widerrufen.
- Gewöhnliche Bürger auf kommunaler Ebene üben zusätzlichen Druck auf ehemalige Muslime aus, zum Islam zurückzukehren. Wenn sie den christlichen Glauben annehmen, werden ehemalige Muslime von der lokalen Gemeinschaft und religiösen Führern schwer verfolgt.
- Muslimische Familienangehörige, insbesondere auf dem Land, üben hohen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, was oft mit Drohungen, Schlägen, Hausarrest und Ausgrenzung verbunden ist.

4. Hintergrund

Tadschikistan ist das einzige zentralasiatische Land mit einer persischen Landessprache. Kulturell gesehen hat das Land größere Ähnlichkeit mit dem Iran und Afghanistan als die anderen Länder Zentralasiens. Tadschikistan ist eines der ärmsten Länder dieser Region und sehr abhängig von den Geldzuwendungen derer, die im Ausland arbeiten. Geschätzte 20 Prozent der Bevölkerung arbeiten in Russland oder Kasachstan. Einerseits stellt die finanzielle Unterstützung der Arbeitsmigranten sicher, dass etwa 60 Prozent der Bevölkerung mit diesem Geld ihren Alltag bewältigen können. Andererseits kostet dies einen hohen gesellschaftlichen Preis – Familien werden auseinandergerissen und Kinder wachsen mit wenigen männlichen Verwandten auf.

Die Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan ist 1.200 Kilometer lang, was zahlreiche negative Auswirkungen mit sich bringt: es gibt einen florierenden Drogenhandel von Afghanistan über Tadschikistan in den Westen; Tadschiken (die auch in Afghanistan leben) sind in islamistische Kämpfe verwickelt; was jenseits dieser Grenze passiert, hat große Auswirkungen auf Tadschikistan. Da die meisten westlichen Truppen Afghanistan verlassen haben, ersucht Tadschikistan Russland um Hilfe. Das Land hat Militärstützpunkte als Gegenleistung für Grenzkontrollen durch russische Soldaten angeboten.

Am 1. März 2015 fanden in Tadschikistan Parlamentswahlen statt. Schon bald nach den Wahlen, die wie erwartet von Präsident Emomalij Rahmon gewonnen wurden, traten deutliche Veränderungen im Land ein. Innerhalb weniger Monate wurde die Oppositionspartei verboten. Immer mehr restriktive Gesetze wurden erlassen – auch im Bereich Religion. Die Regierung Tadschikistans ist dadurch inzwischen viel mehr auf einer Linie mit den anderen diktatorischen Regimes in Zentralasien.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gemeinschaften, von denen die größte die Russisch-Orthodoxe Kirche bildet, verbreiten das Evangelium nicht unter Tadschiken. Sie werden nur wenig behelligt, da sie von der Regierung nicht für

bedrohlich gehalten werden. Darüber hinaus hat die tadschikische Regierung kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie die Russisch-Orthodoxe Kirche angreift.

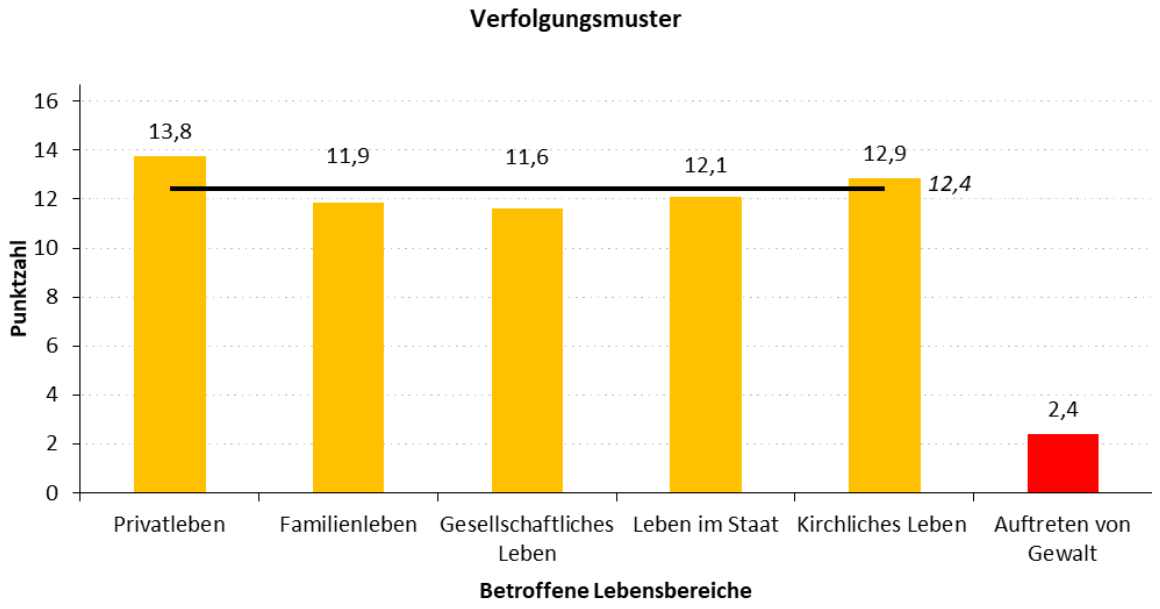
Christen muslimischer Herkunft

Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung in Tadschikistan. Neben einigen staatlichen Einschränkungen stehen sie zusätzlich unter enormem Druck durch Familie, Freunde und Gesellschaft, wobei für sie der gesellschaftliche Druck wohl der schlimmste ist. Übertritte zum christlichen Glauben werden als Verrat am Volk, am Staat und an der Religion der Väter angesehen und gelten als Schande für die Familie.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach Christen muslimischer Herkunft ist diese Gruppe die am zweitstärksten verfolgte Gruppe von Christen (besonders, weil sie aktiv evangelisiert). Baptisten, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinschaften leiden unter häufigen Razzien, Bedrohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tadschikistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen beträgt ein sehr hohes Maß und die Punktzahl (12,4) ist gegenüber dem WVI 2018 (12,2) noch angestiegen. Der Druck nahm im Privat- und Familienleben sowie im „Leben im Staat“ zu, während er im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ leicht abnahm. Der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“ blieb gleich. Insgesamt zeigt das Diagramm, dass sich der Druck nicht wesentlich verändert hat.

- Vier Lebensbereiche weisen sehr hohen Druck auf, aber der Druck im Privatleben ist extrem hoch. Dies zeigt, wie das muslimische Umfeld Christen muslimischer Herkunft viele Einschränkungen auferlegt.
- Der Wert für Gewalt sank von 4,3 Punkten im Vorjahr auf 2,4 Punkte.

Privatleben

Ein Glaubenswechsel ist gesetzlich nicht verboten. Trotzdem bleibt eine Bestrafung für christliche Konvertiten, besonders durch Familienmitglieder, unvermeidbar. Für Christen muslimischer Herkunft ist es äußerst riskant, in ihrer Privatsphäre christliche Handlungen durchzuführen, und es ist bekannt, dass christliche Konvertiten geschlagen und dazu gezwungen wurden, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Ehemalige Muslime halten christliche Schriften und Symbole meist versteckt, da sie Repressalien durch ihre Familie befürchten müssen. Doch auch andere Christen bringen sich dadurch in Gefahr, da der Besitz christlicher Literatur und das Zeigen christlicher Symbole als Form der Evangelisation angesehen werden können. Christliche Konvertiten müssen auch bei der Nutzung von christlichem Radio, Fernsehen oder christlichen Webseiten große Vorsicht walten lassen, um nicht von ihren Familien, Freunden oder ihrem sozialen Umfeld entdeckt zu werden. Christen muslimischer Herkunft, die mit Familienmitgliedern oder anderen Personen über ihren neuen Glauben sprechen, müssen befürchten, dass die Familie alles daransetzen wird (zum Beispiel in Form von Hausarrest), den Konvertiten zum alten Glauben zurückzubringen.

Familienleben

Die Religionszugehörigkeit einer Person wird in offiziellen Urkunden nicht aufgeführt, doch gelegentlich behindern lokale Behörden, die von ortsansässigen Muslimen geführt werden, die Registrierung von Geburten, Hochzeiten oder Todesfällen von Christen muslimischer Herkunft. Auch die Familie und das soziale Umfeld stellen sich gegen Hochzeiten oder Taufen von ehemaligen Muslimen. Seit August 2011 ist jede religiöse Aktivität für Jugendliche unter 18 Jahren streng verboten. Christliche Jugendarbeit kann nur noch im Geheimen stattfinden und es gab Razzien während Kinderfreizeiten im Sommer. Kinder und Teenager dürfen nicht zur Sonntagsschule gehen oder am Religionsunterricht teilnehmen. Islamische Themen hingegen sind Teil des Lehrplans und alle Kinder sind verpflichtet, diesen Unterricht zu besuchen. Oft werden Kinder von Christen in der Schule vor den anderen Kindern gedemütigt. In einigen Fällen zwang man die Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft durch Drohungen zur Trennung. Diese stehen zudem in der Gefahr, ihr Erbrecht zu verlieren.

Gesellschaftliches Leben

Auf gesellschaftlicher Ebene werden Christen muslimischer Herkunft und Protestanten konstant überwacht. Christen muslimischer Herkunft stehen durch Bedrohungen und Belästigungen unter starkem Druck, ihren neuen Glauben aufzugeben. Protestanten müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie evangelisieren, da dies zu gewaltsamem Widerstand führen kann. Für gewöhnlich werden Ehen von den Eltern des Brautpaares arrangiert und ehemalige Muslimas laufen Gefahr, entführt und mit einem muslimischen Mann zwangsverheiratet zu werden. Alle Christen muslimischer Herkunft stehen unter dem Druck, an islamischen Zeremonien und Festen teilnehmen zu müssen. Kinder von Christen muslimischer Herkunft sind in der Schule gesellschaftlichem Druck ausgesetzt, da sie oft von ihren Lehrern und Mitschülern lächerlich gemacht werden. Christen, deren Glaube bekannt ist, haben geringere Karrieremöglichkeiten, und eine Anstellung bei lokalen Behörden ist undenkbar. Lokale Einrichtungen und Behörden verhindern, dass Christen (allen voran Christen muslimischer Herkunft) ein eigenes Geschäft betreiben können. Viele müssen in Tadschikistan Bestechungsgelder und

Schutzgelder zahlen, wobei dies nicht ausschließlich Christen betrifft. Die lokalen Polizeibehörden verhören Christen regelmäßig.

Leben im Staat

Der Staat stellt sich selbst als säkular dar. Die Verfassung schützt zwar die Religionsfreiheit, doch in Wirklichkeit schränkt die Regierung mit ihrer Politik die Religionsfreiheit ein. Einige lokale und regionale Führungskräfte schaffen bürokratische Hürden für Christen, welche die Registrierung von Kirchengemeinden beeinträchtigen können. Es gibt keine Alternative zum Militärdienst, Verweigerer werden inhaftiert. Ein im Juli 2012 erlassenes Gesetz verbietet es tadschikischen Bürgern, ins Ausland zu gehen, um dort eine religiöse Ausbildung zu erhalten, selbst zu unterrichten oder Beziehungen zu ausländischen religiösen Organisationen aufzubauen. Protestantischen Christen werden Posten im öffentlichen Dienst verweigert, da sie als ausländischer Einfluss angesehen werden, der nicht vertrauenswürdig sei und die tadschikische Gesellschaft bedrohe. Seit März 2015 wird gegen alle Nichtregierungsorganisationen hart durchgegriffen. Tätigkeiten, die mit Gemeindearbeit, Jugendarbeit und der Veröffentlichung von religiösen Schriften zu tun haben, sind von der Regierung eingeschränkt und zensiert worden. Regierungsangestellte und alle Mitglieder der Gesellschaft können Christen belästigen, festnehmen oder verhören, ohne dafür strafrechtlich belangt zu werden. Christen werden vor Gericht ungerecht behandelt.

Kirchliches Leben

Alle christlichen Aktivitäten werden überwacht. Nur registrierte Gruppen dürfen existieren, Gebäude besitzen, Versammlungen abhalten, religiöses Material besitzen etc. Eine Registrierung zu erhalten ist extrem schwierig, doch ohne sie gilt die Gruppe als illegal und wird polizeilich verfolgt. Die Gesetze vom August 2011 verbieten jegliche Art von Jugendarbeit. Da ca. 50 Prozent aller Christen in Tadschikistan Jugendliche sind, hat dies weitreichende Konsequenzen. Der „Rat für religiöse Angelegenheiten“ muss alle Predigten sowie christliches Material genehmigen. Schulungen für religiöse Leiter können ebenfalls nur von registrierten Gruppen, von denen es nur sehr wenige gibt, durchgeführt werden. Manchmal können nichtregistrierte Gruppen solche Schulungen unter dem Schirm registrierter Gruppen durchführen. Die Medien in Tadschikistan werden vom Staat kontrolliert und sind somit für christliche Inhalte unzugänglich. Zugang zum Internet ist nur über staatliche Anbieter möglich. Die Regierung erlaubt Christen weder, ihre eigenen Schulen, Organisationen oder Einrichtungen zu gründen, noch gemeinnützige, humanitäre, medizinische oder kulturelle Vereine zu gründen. Sämtliche ausländischen Kontakte zu einheimischen religiösen Gruppen sind als Teil des harten Durchgreifens gegen extremistische Religionsausübung verboten.

Auftreten von Gewalt

Mindestens eine Hauskirche wurde im Berichtszeitraum von den Behörden durchsucht. Zweifellos hat es noch mehr dieser Vorfälle gegeben, doch es bleibt schwierig, Informationen aus dem Land zu erhalten. Mindestens zehn Christen sind für kurze Zeit inhaftiert worden, weil sie Schriften verteilt hatten. Mindestens 17 Christen wurden angegriffen und geschlagen. 15 Christen muslimischer Herkunft mussten sich vor ihren muslimischen Ehepartnern und Familien oder der Polizei versteckt halten, allerdings wurde kein Christ zur Ausreise aus Tadschikistan gezwungen.

Weitere Beispiele finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

In Tadschikistan basiert der Alltag der Einheimischen auf einer islamischen Kultur, die Frauen im Vergleich zu Männern eine geringere Stellung zuweist. Von Frauen wird die völlige Unterordnung gegenüber ihrer Familie und, falls verheiratet, ihrem Ehemann vorausgesetzt. Dadurch sind sie verwundbarer für Verfolgung, sowohl als Christinnen als auch generell als Frauen, die die bestehende Ordnung hinterfragen. Die staatlichen Behörden verbieten das Tragen religiöser Kleidung und Symbole, auch für Christinnen. Ebenso ist es auch Muslimas nicht gestattet, einen Hidschab zu tragen. Bei einigen Baptisten- und Pfingstgemeinden ist es für verheiratete Frauen traditionell üblich, ein Kopftuch zu tragen. Dieses Kopftuch unterscheidet sich von dem muslimischer Frauen, doch birgt es für sie die potentielle Gefahr, festgenommen zu werden. Es wurde jedoch noch von keinem Fall berichtet.

Männer

Gemeindeleiter sind in Tadschikistan meist Männer. Männer sind außerdem normalerweise das Oberhaupt ihrer Familie und Hauptverdiener. Wird ein christlicher Mann zur Zielscheibe von Verfolgung (z. B. durch Geldstrafe oder Gefängnis), leidet die ganze Familie darunter. Der Verlust der Arbeit oder des Einkommens zieht ebenfalls die ganze Familie in Mitleidenschaft. Ist der Mann Gemeindeleiter, hat seine Verfolgung zudem negative Auswirkungen auf die Gemeinde und verursacht steigende Ängste. Verfolgung durch den Staat beinhaltet Razzien, Durchsuchungen, Inhaftierungen, Verhöre, Beschlagnahmungen, Geldstrafen und Gefängnis. In Polizeigewahrsam erleiden Männer verbale und körperliche Gewalt und sie werden unter Druck gesetzt, als Informant zu arbeiten. Durch die örtliche Gemeinschaft können christliche Männer ihren Arbeitsplatz verlieren und Schläge, Drohungen, Beschimpfungen und körperliche Misshandlungen, Diskriminierung, Ausgrenzung und Druck auf ihre Familienmitglieder erleiden. Durch seine eigene muslimische Familie kann ein zum Christ muslimischer Herkunft mit Schlägen, Drohungen, Hausarrest, verbalem und körperlichem Missbrauch, Demütigung und Scheidung konfrontiert werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Tadschikistan hat die Religions- und Glaubensfreiheit und damit verbundene Menschenrechte wie die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit verletzt. Zu den von der Menschenrechtsorganisation Forum 18 dokumentierten Verstößen gehören: ein Verbot der Ausübung der Religions- oder Glaubensfreiheit ohne staatliche Erlaubnis; starke Beschränkung der Anzahl der genehmigten Moscheen und Veranstaltungen in diesen Moscheen; willkürliche behördliche Maßnahmen, einschließlich der Verhaftungen von Zeugen Jehovas und der Verbote der Zeugen Jehovas sowie einiger islamischer und protestantischer Bewegungen; das Verbot der einzigen legal gegründeten politischen Partei Zentralasiens, der Partei der islamischen Wiedergeburt, und die Verhaftung ihrer leitenden Funktionsträger als politische Gefangene; der Zwang von Imamen in staatlich kontrollierten Moscheen (die als einzige erlaubt sind), vom Staat verfasste Predigten zu halten; die gewaltsame Schließung aller Koranschulen; ein Verbot der öffentlichen Ausübung der Religions- oder Glaubensfreiheit, mit Ausnahme von Beerdigungen, für Menschen unter 18 Jahren; und staatliche Zensur und Verbote einiger religiöser Literatur und Webseiten. Es gibt keinen Fokus auf eine bestimmte religiöse Gruppe – alle (Muslime, Christen, Zeugen Jehovas, Juden, Bahais usw.) leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.

Beispiele:

- Im Januar 2018 schlossen die lokalen Behörden laut Berichten der Jamestown Foundation fast 100 Moscheen im nördlichen Teil Tadschikistans.
- Nach Berichten von Forum 18 bereitete sich im Februar 2018 der Zeuge Jehovas Daniil Islamov darauf vor, zum letzten Mal vor dem Obersten Gerichtshof Tadschikistans gegen eine im Oktober 2017 verhängte sechsmonatige Haftstrafe wegen Kriegsdienstverweigerung zu klagen.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Seit 2015 hat das Regime des tadschikischen Präsidenten Rahmon seine Kontrolle über das Land erfolgreich ausgebaut. Jegliche politische Opposition – allen voran seitens der Partei der islamischen Wiedergeburt – wurde aufgelöst. Das bedeutet, dass politische Veränderungen in Tadschikistan unwahrscheinlich sind.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die derzeitige Regierung übt ein sehr hohes Maß an Kontrolle über das Land aus. Regierungsvertreter auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Tadschikistan. Sie haben alle Arten von gesetzlichen Beschränkungen erlassen, alle religiösen Aktivitäten überwacht, Versammlungen durchsucht und religiöse Literatur verboten. Dies wird sich voraussichtlich fortsetzen.

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Der Islam ist nicht die Staatsreligion, er ist die traditionelle Religion des Großteils der Bevölkerung. Der von Muslimen ausgehende Druck auf Christen in Tadschikistan kommt nicht von islamisch-extremistischen Bewegungen, sondern von dem weitreichenden Einfluss von Familie, Freunden und sozialem Umfeld auf Christen muslimischer Herkunft. Chancen, dass sich das bald ändert, sind so gut wie nicht vorhanden.

Schlussfolgerung

Aufgrund der sehr hohen Stabilität der beiden wichtigsten Triebkräfte der Verfolgung in Tadschikistan wird sich die Kirche in diesem Land darauf einstellen müssen, unter einem anhaltenden, erheblichen Maß an Überwachung und Druck zu leben.

zurück zur Länderübersicht

Indonesien: Platz 30

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Obwohl die Verfassung Indonesiens Religionsfreiheit gewährt, gelten in verschiedenen Regionen und Territorien Indonesiens verschiedene islamische Gesetzesergänzungen, inklusive der Scharia in der Provinz Aceh. Extremistische Gruppen haben mehr und mehr Einfluss gewonnen, indem sie strenge religiöse Auslegungen benutzen, um Rechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten zu rechtfertigen.

Religiös motivierter Nationalismus: In Regionen und auf Inseln, in denen andere Religionen vorherrschend sind (wie zum Beispiel der Hinduismus auf Bali), kommt es zu Verfolgung, wenn Menschen die vorherrschende Religion verlassen und sich dem christlichen Glauben zuwenden.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Einige islamische Leiter schüren in ihren Predigten in den Moscheen Hass gegen Christen und andere religiöse Minderheiten. Auch in den Massenmedien und durch Politiker wie den neuen Gouverneur von Jakarta geschieht dies, wenn auch nicht offen. Konservative muslimische Parteien, wie z. B. die „Partai Keadilan Sejahtera“ (PKS), sind bekannt dafür, ihr Ziel einer islamischen Nation zu verfolgen. Oft sind es ihre Vertreter, die hinter den Entwürfen und der Verabschiedung Scharia-inspirierter Vorschriften, inklusive für das Feld der Bildung, stehen. Dennoch haben extremistisch-islamische Interessengruppen wie die „Front Pembela Islam“ („Islamische Verteidigungsfront“, FPI) größeren Einfluss. Sie sind in der Lage, hunderttausende Menschen auf die Straßen zu bringen, was auch im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im April 2019 passieren könnte. Dennoch treten die meisten Probleme lokal bei Konfrontationen mit radikalislamischen Interessengruppen auf.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Viele Christen muslimischer Herkunft erleben Verfolgung durch ihre Familie. Die Intensität der Verfolgung variiert jedoch und besteht meist aus Isolation, verbalen Angriffen usw. Nur ein kleiner Teil der Konvertiten muss körperliche Gewalt für seinen christlichen Glauben erleiden. Außerdem hängt der Grad der Verfolgung davon ab, in welcher Region Indonesiens sich all dies abspielt. Es gibt bestimmte Brennpunkte wie Westjava oder Aceh, in denen radikalislamische Gruppen stark sind und einen starken Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausüben.

Sobald entdeckt wird, dass eine Kirche das Evangelium verkündigt, wie es viele evangelische und Pfingstgemeinden tun, bekommt diese Probleme mit extremistischen islamischen Gruppen. Üblicherweise haben freikirchliche Gruppen Probleme bei der Beantragung von Baugenehmigungen für Kirchengebäude. Selbst wenn sie es schaffen, alle rechtlichen Vorgaben zu erfüllen (inklusive gewonnener Gerichtsprozesse), ignorieren lokale Behörden sie. Es gab Berichte von katholischen Kirchen, die ebenfalls Schwierigkeiten hatten, Baugenehmigungen zu erhalten. Alles in allem hat sich die Situation der Christen in den letzten Jahren langsam, aber beständig verschlechtert.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 13. Mai 2018 wurden drei Kirchen in Surabaya, der Hauptstadt Ostjavas, durch Selbstmordattentäter angegriffen. 18 Christen wurden getötet, unzählige mehr wurden verwundet. Was die Nation schockierte, war die Tatsache, dass die Angriffe in einem hohen Maß koordiniert abliefen, ausgeführt durch eine ganze Familie, sogar mit zwei Mädchen im Alter von 9 und 12 Jahren. Diese Angriffe waren die größten seit dem Attentat auf Bali aus dem Jahr 2005 und der größte Anschlag auf Christen seit dem Jahr 2000.
- Im Mai 2018 verhängte ein Bezirksgericht in Tangerang eine vierjährige Gefängnisstrafe und eine Geldstrafe gegen einen christlichen Pastor muslimischer Herkunft, denn er habe „bewusst Informationen verbreitet, um Hass gegen eine Einzelperson, eine Gruppe und die Gesellschaft aufgrund von Religion zu schüren“, als er mit einem Taxifahrer über das Evangelium sprach.
- Das ganze Jahr 2018 über blieb der Christ und frühere Gouverneur von Jakarta im Gefängnis, nachdem er am 9. Mai 2017 zu zwei Jahren Haft verurteilt worden war. Der angebliche Fall von Blasphemie ereignete sich während einer Rede im September 2016. Das Video, das die Rede zeigt, war manipuliert worden und die Person, die dafür verantwortlich war, wurde ebenfalls verurteilt. Seine vorzeitige Freilassung ist auf den 24. Januar 2019 terminiert.
- Es gab mehrere Berichte aus verschiedenen Teilen des Landes, bei denen christliche Konvertiten von ihrer Familie festgehalten und ihre Mobiltelefone weggenommen wurden. Die meisten werden für mehrere Wochen isoliert und können aus dem Haus geworfen werden, sobald klar ist, dass ihr Glaubensübertritt ernst ist.
- Kinder von Christen werden oft ausgegrenzt und beschimpft. In einigen Regionen verbieten muslimische Familien ihren Kindern regelmäßig, mit christlichen Freunden zu spielen. Sie werden als Ungläubige bezeichnet und werden manchmal von muslimischen Religionslehrern gehänselt und gezwungen, im Klassenraum in der hintersten Reihe zu sitzen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 62 Punkten steht Indonesien auf dem 30. Platz des Weltverfolgungsindex 2019, ein Anstieg von 6 Punkten gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2018. Dieser Anstieg an Punkten ist Teil eines Trends, der seit einigen Jahren andauert. Der Druck auf Christen ist in allen Lebensbereichen stärker geworden und betrifft alle Kategorien von Christen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 hat sich jedoch vor allem die Wertung für Gewalt nahezu verdoppelt: Die Bombenanschläge auf drei Kirchen in Surabaya zeigten, dass extremistische Gruppen nicht nur reden – sie fangen an, zu handeln. Ein Angriff mit einem Schwert auf einen katholischen Priester am 11. Februar 2018 in Yogyakarta illustriert ebenfalls die wachsende Gewalt. Der Schock der christlichen Gemeinschaft, als der ehemalige christliche Gouverneur Jakartas verhaftet und im Mai 2017 wegen angeblicher Blasphemie verurteilt wurde, ist immer noch deutlich zu spüren.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Indonesien ist ein Land, das durch seine Vielfalt sowohl gesegnet als auch herausgefordert ist. Es beheimatet die größte muslimische Bevölkerung der Welt, deren vorherrschende Ausprägung des Glaubens traditionell eher tolerant ist, was Minderheiten gewisse Freiheiten einräumt. Oft wird der Glaube als „Islam Nusantara“ oder „Inselislam“ bezeichnet, ein Begriff, der von der größten muslimischen Organisation „Nahdlatul Ulama“ geprägt wurde und sich auf die einmalige Topographie des Archipels mit seinen 17.000 Inseln und seine Vielfalt bezieht. Sowohl hinsichtlich seiner Geografie als auch seiner Religion ist Indonesien eines der am stärksten dezentralisierten Länder der Erde. Obwohl die Verfassung Indonesiens Religionsfreiheit zusichert, gelten in verschiedenen Regionen und Territorien des Landes unterschiedlichste islamische Gesetzesergänzungen, inklusive der Scharia in der Provinz Aceh. Extremistische Gruppen haben einen so starken Einfluss gewonnen, dass die Regierung sich dazu entschieden hat, zwei von ihnen zu verbieten: „Hizb ut-Tahrir Indonesia“ im Mai 2017 und im Juli 2018 „Jemaah Anshorut Daulah“. Dennoch üben solche Gruppen, die „Front Pembela Islam“ („Islamische Verteidigungsfront“, FPI) eingeschlossen, einen wachsenden Einfluss auf Politik und Gesellschaft aus. Diese Organisationen benutzen öffentlich strikte religiöse Auslegungen, um die Einführung der Scharia und die Verletzung von Rechten der religiösen Minderheiten zu rechtfertigen. Indonesiens Universitäten sind bekannt dafür, Brutstätten für islamische Radikalisierung zu sein, und so ist es nicht überraschend, dass eine von der indonesischen Regierung im Mai 2018 veröffentlichte Studie zeigte, dass eine wachsende Anzahl von Studenten islamistische Ansichten hegt: 24 % aller Studenten stimmten solchen Ansichten zu und 39 % waren solchen Ansichten schon ausgesetzt. Geld aus Saudi-Arabien strömt ins Land und wird für Bildungszwecke genutzt, hat aber den Effekt, dass es die wahhabitische Ideologie mit sich ins Land bringt. Die schwere Aufgabe, intoleranten und manchmal absolut christenfeindlichen Einstellungen zu begegnen, wurde zuletzt durch ein Forschungspapier deutlich, das am 1. Juni 2018 von der Online-Plattform „New Mandala“ vorgestellt wurde. In dem Papier werden Unterschiede der 34 Provinzen Indonesiens diskutiert. In der Studie wurden Stellungnahmen zu fünf Aussagen erfragt wie „Indonesien wäre ein besserer Ort, wenn es keine Christen im Land gäbe“ oder „Christen muss es erlaubt sein, Demonstrationen gegen die Diskriminierung ihrer Religion zu organisieren“. Trotz einiger Bedenken hinsichtlich der verwendeten Methodik sind die Resultate deutlich genug: „Generell gesprochen, ist Aceh am wenigsten tolerant, am tolerantesten ist Nordkalimantan. Unter den Provinzen auf Java ist Banten am wenigsten tolerant, gefolgt von Jakarta, Westjava, Ostjava und Yogyakarta.“ Der neu gewählte Gouverneur von Jakarta, Anies Baswedan, ein früherer Bildungsminister, verwendete in seiner Antrittsrede rassistische Untertöne, als er sagte: „Wir Einheimischen sind alle unterdrückt worden, man hat uns zur Seite gedrängt. Jetzt ist die Zeit, dass wir die Herrscher der Landes Indonesien werden.“ Das passt genau in dieses Bild. Extremistische Ideologie verbreitet ihre Wurzeln und nicht nur Christen sind davon betroffen; muslimische Minderheiten wie die Ahmadiyya leiden ebenfalls darunter.

Religiös motivierter Nationalismus

Wie bereits erwähnt, ist Indonesien eines der vielfältigsten Länder der Erde, sei es in Bezug auf Sprache, Ethnie oder Religion. Ein weiteres Beispiel dafür ist die vorwiegend hinduistische Insel Bali. Wenn ein Hindu Christ wird, steht er oder sie einem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn gegenüber, zum Glauben der Vorväter zurückzukehren.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Verfolgung geht von extremistischen islamischen Leitern aus, die durch ihre Predigten in Moscheen und auch in Massenmedien Hass gegen Christen und andere religiöse Minderheiten schüren, und manchmal sogar als Planer hinter Anschlägen stecken. Mehrere konservative muslimische Parteien, wie z. B. die „Partai Keadilan Sejahtera“ (PKS), sind bekannt dafür, ihr Ziel einer islamischen Nation zu verfolgen. Oft sind es ihre Vertreter, die hinter den Entwürfen und der Verabschiedung Scharia-inspirierter Vorschriften, inklusive für das Feld der Bildung, stehen, obwohl nur relativ wenige Wähler hinter ihnen stehen. Größeren Einfluss haben radikalislamische Interessengruppen wie die FPI. Sie sind in der Lage, hunderttausende Menschen für Demonstrationen auf die Straßen zu bringen, zudem werden sie von manchen Politikern und Parteien benutzt, um einen Vorteil in den Wahlen zu erlangen. Die Regierung an sich ist auf der nationalen Ebene kein Verfolger, obwohl sie sich auch nicht zu sehr um die Situation der religiösen Minderheiten bemüht. Schwierigkeiten treten eher auf, wenn Vorschriften auf lokaler Ebene umgesetzt werden und es zu Konfrontationen mit extremistischen islamischen Interessengruppen kommt.

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

Christen hinduistischer Herkunft stehen unter dem Druck ihrer religiösen Leiter, der stärkste Druck kommt jedoch durch ihre eigene Familie, Nachbarn, Freunde und das soziale Umfeld, zu ihrem alten Glauben zurückzukehren. Der Druck ist sehr von den persönlichen Umständen des Konvertiten abhängig.

4. Hintergrund

Präsident Joko Widodo (bekannt als „Jokowi“) bereitet sich auf die Wahlen im April 2019 vor, die wie schon 2014 einen „Titanenkampf“ darstellen werden, da er erneut vom früheren General Prabowo Subianto herausgefordert wird. Der Sturz des christlichen Gouverneurs von Jakarta, „Ahok“, war ein Warnschuss für Ahoks langjährigen Alliierten Jokowi und deutet auf eine aufgeheizte politische Atmosphäre hin. Umfragen von 2018 zufolge bleibt Jokowi deutlich populärer als Prabowo jemals war. Dennoch brachten die Regionalwahlen am 27. Juni 2018 für Präsident Jokowi gemischte Ergebnisse, obwohl sie größtenteils friedlich und ohne hasserfüllte Rhetorik stattfanden. Es ging den Islamisten in den Wahlen nicht darum, ihre eigenen Kandidaten in Stellung zu bringen, sondern die Wahlen in ihrem Sinn zu beeinflussen und die Kandidaten der anderen großen Parteien zu unterstützen, um Präsident Jokowi zu bekämpfen. Die Partei des Präsidenten („PDI-P“) war in der Lage, mehrere Provinzen und Städte zu gewinnen, doch zwei der bevölkerungsreichsten Provinzen gingen an die Opposition, Westjava und Nordsumatra. Der Verlust letzterer ist besonders ärgerlich für den Präsidenten, da sein vorheriger Wahlkampfgefährte und Vize-Gouverneur von Jakarta, Djarot Saiful Hidayat, bei den Gouverneurswahlen besiegt wurde. Der Muslim Hidayat hatte sich in Nordsumatra mit einem christlichen Kandidaten als Vize der Wahl gestellt.

Indonesien kämpft immer noch mit der drohenden Gewalt, die von islamistischen Gruppen ausgeht. Im Mai 2018 begannen extremistische Islamisten einen Gefängnisaufstand in einem Hochsicherheitsgefängnis in Depok, nahe Jakarta, bei dem mehrere Polizeibeamte getötet wurden. Nur fünf Tage später, am Sonntag, den 13. Mai 2018, fanden drei Selbstmordanschläge auf Kirchen in Surabaya statt, der zweitgrößten Stadt des Landes und Hauptstadt von Westjava. Der Angriff wurde

durch eine ganze Familie ausgeführt, unter ihnen Mädchen von neun und zwölf Jahren. Für Indonesien war dies ein Novum und brachte die Behörden dazu, die extremistische Gruppe Jemaah Anshorut Daulah im Juli 2018 zu verbieten. Allein extremistische Bewegungen zu verbieten, wird jedoch nicht genug sein, besonders da die benachbarten Philippinen einen anderen Ort bieten, an dem sich islamistische Gruppierungen versammeln und neue Angriffe planen können.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Sie sind nicht gezwungen, ihren Glauben isoliert zu leben. Daher wird diese Kategorie nicht separat bewertet.

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind Gruppen wie die römisch-katholische Kirche, aber auch Kirchen, die in Verbindung mit verschiedenen Ethnien stehen (wie die „Batak Christian Protestant Church“). Sie werden überwacht und erleben Verfolgung, wenn wahrgenommen wird, dass sie wachsen. Die traditionellen Kirchen in ärmeren Regionen wie Papua, Nusa Tenggara Timur und Mentawai erleben aggressive Islamisierungsversuche, besonders unter Kindern, da muslimische Missionierungsversuche kühner werden.

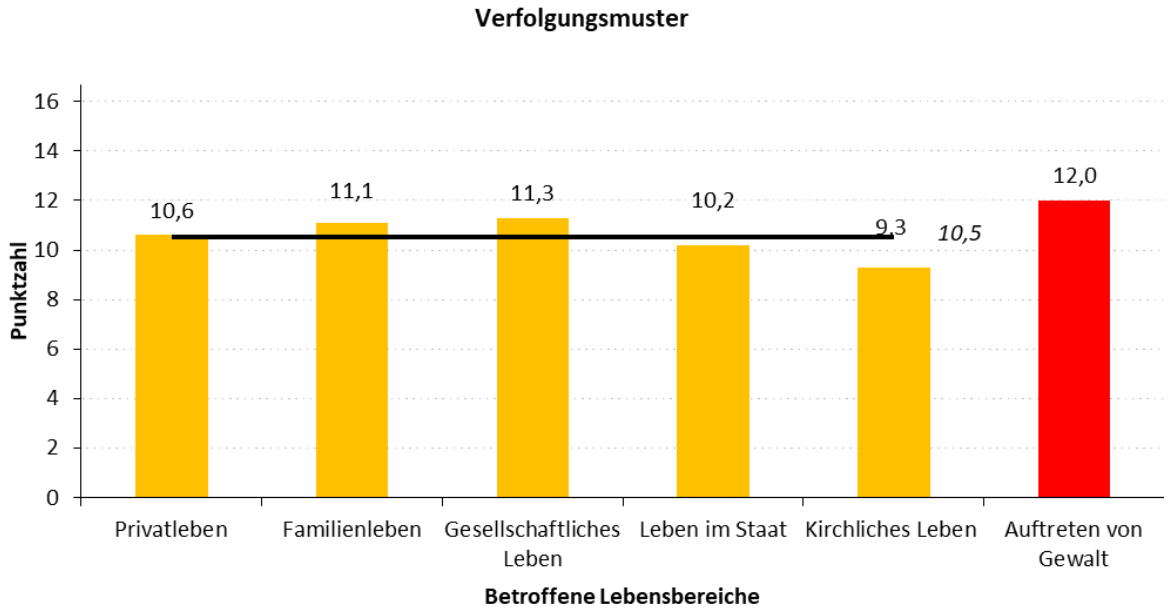
Christen anderer religiöser Herkunft

Die meisten Konvertiten kommen aus einem muslimischen Hintergrund und stehen der schwersten Verfolgung gegenüber, besonders in den Brennpunkten. Dort werden sie streng überwacht und versuchen, in ihrem Umfeld nicht aufzufallen. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, werden sie unter Druck gesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben. Ähnlich verhält es sich auf der mehrheitlich hinduistischen Insel Bali: Wenn ein Hindu Christ wird, steht er oder sie einem starken Druck gegenüber. Der Druck auf christliche Konvertiten erfolgt zumeist von Familie, Freunden, dem sozialen Umfeld und den lokalen Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Darunter fallen hauptsächlich Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden. Sie fallen zumeist durch ihre oft leidenschaftliche Verkündigung der christlichen Botschaft auf, was dazu führt, dass sie ins Fadenkreuz des sozialen Umfelds und extremistisch-islamischer Gruppierungen geraten. Eine Kirche zu bauen oder zu renovieren, kann sehr kompliziert sein: Die Behörden müssen eine Genehmigung erteilen und islamistische Gruppen und Nachbarn versuchen oft, den eigentlichen Bauprozess zu behindern. Zu diesem Problem ist anzumerken, dass katholische Kirchen ebenso denselben Problemen gegenüberstehen können, wenn es um Neubau oder Renovierung von Kirchengebäuden geht.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indonesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Indonesien beträgt ein hohes Maß und stieg von 10,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2018 auf 10,5 auf dem Weltverfolgungsindex 2019.
- Der Druck ist im Bereich des gesellschaftlichen Lebens und des Familienlebens am höchsten, gefolgt vom Privatleben. Dieses Muster ist typisch für eine Situation, in der Christen muslimischer Herkunft die stärkste Verfolgung erleben.
- Die Gewalt gegen Christen hat sich nahezu verdoppelt, sie steigt von 6,9 Punkten im Vorjahr auf 12,0 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Dies liegt an den Selbstmordattentaten im Mai 2018 auf drei Kirchen in Surabaya, der Anzahl der Urteile wegen Blasphemie gegen Christen sowie der Anzahl der Kirchen, die geschlossen, beschädigt und/oder zerstört wurden.

Privatleben

Während Christen aus traditionellen Kirchen ihr christliches Leben frei von Angst leben können, sieht die Situation für Christen muslimischer Herkunft anders aus. Die Konvertiten müssen jederzeit vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Literatur müssen sorgfältig versteckt werden und können nur im Geheimen gelesen werden, um Konflikte zu vermeiden. Gemeinschaft mit anderen Christen kann unter diesen Umständen herausfordernd werden, da sie sich und die Menschen um sich herum in Gefahr bringen. Anders sieht die Situation in großen Städten oder den christlichen Enklaven aus. Auf der anderen Seite erleben auch andere Kategorien von Christen in den Brennpunkten Indonesiens Einschränkungen, wie sie Gottesdienst feiern oder ihren Glauben ausdrücken können. In diesen Gebieten werden Christen genauestens überwacht, ebenso bekannte Konvertiten, welche Opfer von

Hausarrest, körperlichen und psychischen Angriffen werden. Dies passiert besonders in den Hotspots wie Aceh, Ostjava, Banten, Westjava und Sumatera Barat.

Familienleben

Christliche Konvertiten müssen manchmal ihre Kinder mit der Mehrheitsreligion registrieren. Wenn sie ihre Religion öffentlich wechseln, bringt dies oft Fragen, Verdächtigungen und Druck durch das soziale Umfeld und manchmal auch durch lokale Behörden mit sich. Es setzt sie auch den wachsenden islamistischen Gruppen aus. Oft stehen Christen muslimischer Herkunft, sobald sie entdeckt werden, der Drohung von Scheidung gegenüber und können ihr Erbe verlieren, was auch Christen hinduistischer Herkunft passiert. Das Organisieren einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder Beerdigung kann in den Hotspots schwierig bis unmöglich sein, besonders für Konvertiten. Christen, die in den Enklaven oder in großen Städten wie Jakarta und Surabaya leben, können eine christliche Erziehung für ihre Kinder bekommen. In den Provinzen, in denen Christen die Minderheit darstellen, gibt es dabei jedoch mehr Schwierigkeiten. Kinder christlicher Eltern sind generell gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen und werden in diesem Fach auch geprüft; manchmal schlicht durch ein Fehlen an christlichen Lehrern. Christliche Schüler und Studenten werden regelmäßig diskriminiert. Viele muslimische Familien verbieten ihren Kindern, mit christlichen Kindern zu spielen. Christen muslimischer Herkunft können von ihren Familien isoliert und sogar von ihnen verstoßen werden.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer Familie, ihren Freunden und ihren Nachbarn, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, obwohl ein Glaubenswechsel per Gesetz nicht verboten ist. Besonders in Gegenden wie Aceh und anderen Hotspots werden Christen sowohl in ihrem Privatleben als auch im geschäftlichen Leben diskriminiert und werden gedrängt, sich an das Gesetz der Scharia zu halten. In solchen Gegenden werden die Aktivitäten von Christen sorgfältig von Nachbarn und islamistischen Gruppen überwacht. In einigen Teilen Indonesiens bauen Investoren Wohnkomplexe nur für Muslime und Nichtmuslimen ist es verboten, ein Haus in diesen Komplexen zu mieten oder zu kaufen. Kinder christlicher Eltern berichten, dass sie durch Lehrer und Mitschüler diskriminiert werden, dass ihnen sogar Stipendien vorenthalten werden und sie schlechtere Noten im Religionsunterricht erhalten. Dies geschieht, um diese Schüler daran zu hindern, die Mindestnoten für eine Beamtenlaufbahn zu erreichen. Folglich schaffen es nur wenige Christen in den öffentlichen Dienst und viele erleben Diskriminierung in ihrem Geschäftsleben. Einige Kirchen in Zentraljava berichten weiterhin, dass sie gezwungen sind, „uang keamanan“ (Sicherheitsgeld) an extremistische Gruppen zu bezahlen, um sonntags Gottesdienste abhalten zu können. Generelle Vorurteile gegenüber Christen wurden in einem Forschungspapier deutlich, das im Mai 2018 veröffentlicht wurde und zeigte, wie intolerante und manchmal absolut christenfeindliche Einstellungen in den 34 Provinzen Indonesiens verbreitet sind. Es gab Berichte von Fällen, in denen es Christen nicht erlaubt wurde, in Komitees der Schule ihrer Kinder aktiv zu werden oder Positionen in sozialen Organisationen einzunehmen.

Leben im Staat

Die Verfassung schränkt die Freiheit von Christen nicht ein, aber sie erkennt nur sechs Glaubensrichtungen an: Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und den Konfuzianismus. Dennoch erklärte das Verfassungsgericht in einem Urteilsspruch vom 7. November 2017 klar, dass alle Religionen gleichwertig behandelt werden müssen, die Religionen der Ureinwohner mit eingeschlossen. Die Umsetzung jedoch lässt noch auf sich warten und in Hinblick auf den

Widerstand, dem diese gegenübersteht, ist es sehr unwahrscheinlich, dass irgendein Fortschritt in dieser Wahlperiode gemacht wird. Die Gesetzgebung auf lokaler Ebene beschneidet die Religionsfreiheit meist nur noch weiter. Die Einstellung gegenüber Christen ist oft negativ und selbst in den toleranter eingestellten Städten wie Jakarta werden Beamte wegen ihres Glaubens diskriminiert. Christliche Nichtregierungsorganisationen können frei gegründet werden, aber einige islamische Organisationen versuchen, sie in einem schlechten Licht darzustellen. Obwohl das Land eine freie und vielfältige Presse genießt, haben verschiedene islamische Medienhäuser Schmierkampagnen gegen Christen gefahren und schüren Angst und Hass. Ein Beispiel ist die Kampagne gegen Chinesen. Dies zeigte sich als besonders wirksam gegen Ahok, den chinesischstämmigen christlichen Gouverneur von Jakarta, was die Christen mit der Frage zurückließ: Wenn selbst ein hochrangiger und mit guten Verbindungen ausgestatteter Politiker wie Ahok solchen falschen Anschuldigungen nicht entkommen kann, wie soll es dann erst dem durchschnittlichen Christen gehen? Wachsende Reichweite durch soziale Medien wie WhatsApp, Instagram, Facebook und Twitter haben die Effektivität solcher Kampagnen um ein Vielfaches gesteigert und es Minderheiten nahezu unmöglich gemacht, dem zu begegnen.

Kirchliches Leben

Kirchen kämpfen mit massiven Problemen bei der Registrierung von Versammlungen und beim Bau von Kirchengebäuden. Basierend auf dem überarbeiteten „Joint Ministerial Decree“ von 2006 kann eine Kirche nur dann bestehen wenn: 1.) Die Versammlung mindestens 90 Mitglieder hat, 2.) sie die Zustimmung von 60 Nachbarn eines anderen Glaubens hat und 3.) sie sowohl die Genehmigung des Regency Chiefs (eine administrative Untereinheit der Provinz) und des interreligiösen Harmonieforums hat. Viele Kirchen haben Schwierigkeiten, diese Zustimmungen zu bekommen, selbst wenn sie alle Auflagen erfüllen. Und selbst wenn sie es schaffen, eine Genehmigung zu erhalten, haben sie keine Garantie, dass die Regierung oder die lokale Polizei sie schützen werden oder die Genehmigung durchsetzen werden. In einem Fall übermittelte eine Gemeinde ihren Antrag auf Anerkennung bereits vor fünf Jahren und hat seitdem nie wieder etwas von den Behörden gehört. In anderen Fällen blockieren extremistische Gruppierungen einfach die Eingänge der Kirchengebäude. Basierend auf einer Studie der Nationalen Kommission für Menschenrechte (Komnas HAM) haben 85 % aller für Religionszwecke genutzten Gebäude in Indonesien keine korrekte Genehmigung, besonders in ländlichen Gebieten. Das beinhaltet Moscheen, Kirchen und die Gebäude anderer Religionen. Bevor eine Kirche gebaut werden darf, verlangt die Lokalregierung von Aceh, dass die Gemeinde 150 Unterschriften von Nachbarn eines anderen Glaubens einsammelt. In der Provinz Banten gibt es eine provinzielle Verordnung, ausgestellt vom Gouverneur, welche die Präsenz von Kirchen verbietet und verlangt, dass christliche Treffen nur in der Hauptstadt Serang stattfinden dürfen. Generell ist es kein Problem, religiöse Literatur und Bibeln herzustellen und zu verteilen, aber es gibt Ausnahmen in den Brennpunkten, wo die Verteilung von Bibeln an Nichtchristen als Missionierung gesehen werden kann.

Auftreten von Gewalt

Der Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 wurde überschattet von den Bombenanschlägen auf drei Kirchen in Surabaya am 13. Mai 2018, bei denen 18 Christen getötet und viele weitere verletzt wurden. Diese Angriffe waren die ersten in Südostasien, die von weiblichen Selbstmordattentätern ausgeführt wurden und besonders von Kindern, von denen eines gerade einmal neun Jahre alt war. Und sie waren möglicherweise die ersten, die von einer ganzen Familie ausgeführt wurden. Ihre Ziele waren eine katholische Kirche, eine evangelische Kirche und eine Pfingstgemeinde.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Es gibt keine spezifischen Formen von Verfolgung, denen Christen aufgrund ihres Geschlechts ausgesetzt sind. In seltenen Fällen wurden Christinnen muslimischer Herkunft mit Scheidung und Verlust der finanziellen Versorgung bedroht.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die unter Verfolgung leiden, sind die Minderheiten der Ahmadiyya und der Schiiten. Sie stehen unter genauer Überwachung sowohl der Behörden als auch sunnitischer Gruppen. Anhänger traditioneller einheimischer Religionen wurden bisher von den Behörden nicht anerkannt. Das Urteil des Verfassungsgerichts vom November 2017 wurde noch nicht umgesetzt, da Gruppen wie der indonesische „Ulama Council“ nicht wollen, dass die traditionellen Religionen auf die gleiche Stufe gestellt werden wie der Islam, z. B. wenn es um den Vermerk der Religion auf dem Ausweis geht.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Indonesien sieht entscheidenden Zeiten entgegen. Die Tatsache, dass ethnische und religiöse Zugehörigkeit ohne Rücksicht auf Konsequenzen zur politischen Vorteilsnahme genutzt wurden, hat viele Indonesier schockiert und maßgeblich dem internationalen Ansehen des Landes als Fürsprecher eines toleranten Islam geschadet. Die Radikalisierung setzt sich fort und findet vermehrt online statt. Behörden, Schulen und Universitäten haben Schwierigkeiten, Maßnahmen dagegen zu finden. Anies Rasyid Baswedan wurde nach einer sehr schmutzigen Wahlkampagne, die seinen christlichen Vorgänger und Gegner ins Gefängnis brachte, am 16. Oktober 2017 als Gouverneur von Jakarta eingesetzt. Er entschied sich in seiner Antrittsrede dazu, weiterhin die rassistische und religiöse Karte zu spielen.

Rizieq Shihab, der in Saudi Arabien studiert hat und Leiter der FPI ist, einer der radikalsten und einflussreichsten islamistischen Gruppen des Landes, wurde der Verwicklung in einen Fall von Pornografie beschuldigt und bevorzugte es, in Saudi Arabien zu bleiben, bis die Regierung ihn im Juni 2018 von den Anschuldigungen freisprach. Indonesiens größte islamische Organisation, Nahdlatul Ulama (NU), ist in einen Streit über ihre theologische Ausrichtung verstrickt. Viele der jüngeren islamischen Geistlichen sehen die relativ liberale Art des „Islam Nusantara“ (auch bekannt als „Inselislam“) als nicht passend zu der klassischen islamischen Theologie und den islamischen Werten an. Einige dieser jungen islamischen Geistlichen haben eine Gruppe innerhalb der NU gegründet, die sich der „Wahre Pfad“ nennt. Über Jahrzehnte folgte die NU einem moderaten Kurs, kombiniert mit politischer Neutralität. Wie ein Beobachter anmerkt, ist sie in den vergangenen Jahren jedoch vermehrt islamistisch und politisch aktiv geworden. Viele Mitglieder der zweitgrößten islamischen Organisation „Muhammadiyah“ stimmen ihrem Führer nicht zu und entscheiden sich ebenfalls, radikaleren Gruppen beizutreten. Die Tatsache, dass die jungen Mitglieder der Muhammadiyah sich vermehrt für ein radikales Verständnis des Islam interessieren, wird Konsequenzen für alle zukünftige Wahlen haben. Dies alles zeigt, dass Indonesien in der Gefahr steht, seinen Ruf als ein Land zu verlieren, das einem toleranten Islam folgt.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Beide Präsidentschaftskandidaten haben überraschende Kandidaten für die Vizepräsidentschaft ausgewählt: Präsident Widodo hat sich den 75 Jahre alten Ma'ruf Amin ausgesucht, einen islamischen Geistlichen, der sowohl den Vorsitz im indonesischen „Ulema Council" (MUI) hat, als auch dem Beirat des Nahdlatul Ulama vorsitzt. Dieser äußerst konservative, aber berühmte Geistliche mag eine clevere Wahl sein, wird religiösen Minderheiten wie Christen aber vermutlich mehr Probleme bereiten, wenn man seine Vergangenheit betrachtet. Amin hat nicht nur Aktionen gegen muslimische Minderheiten wie Ahmadiyya und Schiiten befürwortet, sondern er veröffentlichte auch einen Bericht, in dem er behauptete, der christliche Ex-Gouverneur von Jakarta Ahok habe tatsächlich Blasphemie begangen. Zudem hat er alle Vorhaben unterstützt, den Bau von nichtmuslimischen Gotteshäusern in ganz Indonesien einzuschränken.

Dennoch scheint dies zur zunehmend konservativen Haltung der Gesellschaft zu passen, wie zwei Umfragen von 2018 zeigten. Die großen Proteste gegen Ahok haben zu einer vermehrt intoleranten Einstellung in der Gesellschaft geführt, wie ein Forschungspapier zeigte. Während 2016 in einer Umfrage des „Indonesia Survey Institute" noch 48 % der Befragten angaben, sie wären gegen einen nichtmuslimischen Präsidenten, stieg diese Zahl 2018 auf 59 %. Ein ähnlicher Anstieg macht sich bemerkbar, wenn die Frage hinsichtlich des Vizepräsidenten, der Gouverneure und der Bürgermeister gestellt wird. Auf der anderen Seite zeigt die Befragung, dass die Anzahl der Personen, die den Bau eines nichtmuslimischen Gotteshauses in ihrer Nachbarschaft ablehnen, von 64% auf 52% gefallen ist. Das stellt jedoch immer noch mehr als die Hälfte der Befragten dar. Eine im Oktober 2018 veröffentlichte Studie ergab, dass 57 % aller Lehrer anderen Religionen intolerant gegenüberstehen. Das Zentrum für Studien des Islam und der Gesellschaft an der staatlichen islamischen Universität „Syarif Hidayatullah" fand in seiner Studie heraus, dass mehr als 37 % seiner Lehrer angaben, dass sie Intoleranz ausgeübt haben oder dies planten. 56 % von ihnen missfiel die Errichtung von Gotteshäusern durch Nichtmuslime in ihrer Nachbarschaft und 21 % lehnten religiöse Feste andersgläubiger Nachbarn ab. Angesichts der Tatsache, dass diese Personengruppe den Auftrag hat, Indonesiens nächste Generation zu unterrichten und auszubilden, sieht dies für die Zukunft des Landes nicht sehr vielversprechend aus und die Triebkraft Islamische Unterdrückung wird weiterhin an Kraft gewinnen.

Religiös motivierter Nationalismus: Hinsichtlich der Situation der Christen hinduistischer Herkunft wird sich nichts Grundlegendes ändern. Sie werden weiterhin Druck von ihrer Familie, von Kollegen und dem sozialen Umfeld erfahren, zum Hinduismus zurückzukehren.

Schlussfolgerung

Die Tatsache, dass Präsident Jokowi sein Versprechen erfüllte und dem lang gehegten Wunsch der meisten Indonesier nachkam, indem er die größte Gold- und Kupfermine des Landes (Grasberg in Papua) im Juli 2018 verstaatlichte, könnte ihm einen weiteren Popularitätsschub bringen. Ob sich dies jedoch zu einer Verbesserung der Lebensumstände der Einwohner Papuas entwickeln wird, bleibt eine offene Frage. Angesichts der kommenden Präsidentschaftswahlen im April 2019 bleibt abzuwarten, ob die Politiker der Versuchung widerstehen können, extremistische Muslime zu umwerben, um ihre Stimmen zu erhalten. Moderate islamische Organisationen wie Nahdlatul Ulama oder Muhammadiyah müssen aktiv werden, um diese Versuchung einzudämmen, aber die Frage ist, ob sie noch ausreichenden Einfluss dafür haben. Indonesische Christen stehen wohl vor unsicheren Zeiten, egal, welches Ergebnis die Wahlen vom April 2019 haben werden.

zurück zur Länderübersicht

Jordanien: Platz 31

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Christen wird der Eindruck von Freiheit vorgetäuscht, aber in Wirklichkeit schränken die in die Gesellschaft eingebetteten islamischen Traditionen das christliche Leben ein, und staatliche Überwachung ist weitverbreitet. Christen muslimischer Herkunft kämpfen häufig mit Ausgrenzung und Gewalt durch ihre Familien. Immer mehr Jordanier werden von der Ideologie des Islamischen Staats (IS) radikalisiert, was besonders für Christen mehr Gefahren mit sich bringt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Gesellschaft Jordaniens ist geprägt von Stammesstrukturen. Diese sind vor allem außerhalb der Großstädte zu finden und in den jordanischen Nationalismus integriert. Nach dem Krieg mit Israel 1967 wurde die Bevölkerung in eigentliche Jordanier („Eastbanker“) und jordanische Palästinenser („Westbanker“) unterteilt. Christen aus Palästina sind daher eigentlich in doppelter Weise benachteiligt: als Palästinenser und als Christen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Familien und Regierungsbeamte üben Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, zum Islam zurückzukehren. Der größte Druck kommt von der Familie, was sogar zu schwerer Gewalt und Mord führen kann. Da das Stammesdenken in Jordanien sehr ausgeprägt ist, sind es auch die Anführer ethnischer Gruppen, die versuchen, Christen muslimischer Herkunft zur Aufgabe ihres neuen Glaubens zu zwingen. Dasselbe gilt für islamische Führer, die Konvertiten immer noch als Muslime betrachten. Extremistische islamische Bewegungen sind eine weitere Ursache für die Verfolgung von Christen und auch von Jordaniern, die anderen Religionsgemeinschaften angehören (einschließlich Muslime). Regierungsbeamte überwachen die Kirchen sowie Organisationen von Christen, die missionarisch tätig sind und setzen sie unter Druck, diese Aktivitäten einzustellen. Traditionelle Kirchen befürchten, dass jede Form von Missionstätigkeit zu einem Gegenschlag führen wird, der dann alle Christen trifft.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die meisten Christen in Jordanien gehören der orthodoxen und römisch-katholischen Kirche an. Sie erfahren ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, allerdings auch Diskriminierung im Berufsleben sowie Einschränkungen bei öffentlichen Predigten. Das offene Glaubenszeugnis eines Christen mit muslimischem Hintergrund kann zu Prügel, Verhaftung und Mord führen. Missionarisch aktive Christen sowie Christen, die Konvertiten helfen, können im täglichen Leben Bedrohungen und Unterdrückung ausgesetzt sein.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Berichten zufolge wurden einige Christen muslimischer Herkunft körperlich misshandelt oder von Familienmitgliedern mit dem Tod bedroht.

- Einige Christen mussten das Land verlassen, entweder nachdem ihnen vorgeworfen wurde, sie würden versuchen, Menschen zu bekehren oder aus Sicherheitsgründen.
- Einige Kirchengemeinden oder Gemeindezentren wurden geschlossen, weil diese öffentliche evangelistische Aktionen durchgeführt hatten.

Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Angaben gemacht werden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 65 Punkten belegt Jordanien auf dem Weltverfolgungsindex 2019 Platz 31, das ist ein Punkt weniger als auf dem WVI 2018. Ausschlaggebend dafür war vor allem eine geringere Anzahl von gemeldeten Vorfällen gewalttätiger Art. Gewalttaten ereigneten sich vor allem gegen Christen mit muslimischem Hintergrund, aber auch andere, in der Mission tätige, Christen waren betroffen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist eine der Haupttriebkräfte der Verfolgung in Jordanien, verläuft aber größtenteils gewaltfrei. Die Regierung hat der Gesellschaft zwar verstärkt islamische Werte und Gesetze auferlegt, fördert jedoch noch immer Toleranz und das friedliche Zusammenleben mit anderen Religionen. Hinsichtlich Privatleben sind Christen muslimischer Herkunft mit der stärksten Verfolgung konfrontiert. Ihre Familien und ihr soziales Umfeld grenzen sie unter Umständen aus oder begehen sogar Gewalttaten gegen sie. Alle Christen in Jordanien können in verschiedenen Formen staatlich überwacht werden oder sogar dem Scharia-Recht unterliegen, wenn sie einen muslimischen Ehepartner haben oder einen Rechtsstreit mit einem Muslim. Islamische Unterdrückung findet jedoch auch durch Gewalttaten statt, die von islamischen Militanten begangen werden. Die Unterdrückung durch extremistische Muslime ist dabei viel schwerwiegender als Unterdrückung durch den Staat. Immer mehr Jordanier werden von der Ideologie des Islamischen Staat (IS) radikalisiert, was die Christen zunehmend einem hohen Risiko aussetzt.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft zeigt, wie die innerhalb einer Stammesgesellschaft geformten uralten Normen und Werte weiter Einfluss haben und durchgesetzt werden. Ethnisch begründete Anfeindungen können in Form einer traditionellen Religion auftreten, die im Falle Jordaniens der Islam ist und deshalb insbesondere Christen mit einem muslimischen Hintergrund betrifft. Die Gesellschaft Jordaniens ist von Stammesstrukturen geprägt. Diese sind vor allem außerhalb der Großstädte zu finden und in den jordanischen Nationalismus integriert. Nach dem Massenzustrom von Palästinensern nach dem Israel-Krieg 1967 unterteilte sich Jordanien in eigentliche Jordanier („Eastbanker"), die aus der Region östlich des Jordan stammen und palästinensische Jordanier („Westbanker"), die ihre Wurzeln westlich des Jordan haben. Diese ethnische Spaltung tritt durch das Stammesdenken deutlicher hervor und fungiert als sozioökonomisches Sicherheitsnetz. Familien-, Clan- und Stammesverbindungen ermöglichen es den „Eastbankern“ weiterhin, erfolgreich in Regierungs-, Wirtschafts- und Sozialbereichen zu agieren, wozu automatisch auch Erwerbstätigkeit und die politische und soziale Stellung gehören. Durch diesen gesellschaftlichen Vorteil der eigentlichen oder „reinen“ Jordanier hat das Stammesdenken einen noch

größeren Stellenwert im jordanischen Konzept des Nationalismus erlangt. So hat ein Christ mit palästinensischem Hintergrund in der Regel nicht so viele Vorteile wie ein jordanischer Christ, der zu den „Eastbankern“ gezählt wird. Dieses Thema erfordert weitere detailliertere Recherche.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die Verfolgung geht aus von Regierungsbeamten, Anführern ethnischer Gruppen, nichtchristlichen religiösen Führern, gewalttätigen religiösen Gruppen, gewöhnlichen Bürgern und der (Groß-)Familie.

Die Regierung ist bestrebt, die traditionellen Kirchen Jordaniens zu stärken und die Sicherheit aller Kirchen zu gewährleisten. Dennoch sind Regierungspersonal und deren Politik die Ursache für den starken Druck auf alle Christen und insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft. Dieser Druck wird durch die Familien ausgeübt, und auch von Amts wegen, z.B. durch Personenstandsgerichte. Darüber hinaus können ethnische Führer Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausüben, weil sie die Ehre des Stammes bewahren wollen. Diese Christen fürchten außerdem feindselige Äußerungen oder Handlungen islamischer Führer. Diese Angst trägt zu dem Gefühl der Unterdrückung und Ausgrenzung bei, das von jordanischen Christen empfunden wird, wodurch sich wiederum Christen muslimischer Herkunft zu einem hohen Maß an Vorsicht gezwungen sehen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 waren die einheimischen christlichen Gemeinschaften besonders beunruhigt über unkontrollierte Hassreden, die ein einflussreicher islamischer Leiter in den sozialen Medien verbreitet hat. Im Allgemeinen ist die Regierung recht erfolgreich darin, terroristische und gewalttätige religiöse Gruppen in Schach zu halten. Die Bedrohung durch gewalttätige religiöse Gruppen ist nicht konstant, aber es besteht die Möglichkeit, dass schwelende gesellschaftliche Spannungen religiös-extremistische Ausdrucksformen hervorrufen. Christen muslimischer Herkunft sind besonders gefährdet durch extremistisch-islamische Gruppen, wenn ihre Bekehrung zu Jesus Christus bekannt wird.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Die (Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen oder islamische Leiter und Regierungsbeamte sind die Triebkräfte von ethnisch begründeten Anfeindungen.

Ethnisch begründete Anfeindungen beinhalten die Auferlegung jahrhundertealter Normen und Werte, die im Stammeskontext geformt wurden; diese Anfeindungen vermischen sich häufig mit islamischer Unterdrückung. In diesem Fall sind die Triebkräfte Stammes-, ethnische oder islamische Führer, vor allem aber die Familien der Christen muslimischer Herkunft: Es wurde berichtet, dass einige Regierungsbeamte, die zunächst von der Familie eines christlichen Konvertiten informiert worden waren, Druck auf jene ausgeübt haben, zum Islam zurückzukehren. Der massive Druck der Familie kann sogar zu schwerer Gewalt und Mord führen. Stammesdenken ist in Jordanien sehr ausgeprägt; auch die Anführer der ethnischen Gruppen werden mit großer Wahrscheinlichkeit die Christen mit muslimischem Hintergrund beeinflussen, ihren neuen Glauben zu widerrufen, um die Ehre des Stammes zu schützen. Dasselbe gilt für islamische Leiter, die diese Christen immer noch als Muslime betrachten.

4. Hintergrund

Die jordanische Gesellschaft ist ethnisch gemischt. Die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Palästinensern, von denen die meisten nach den arabisch-israelischen Kriegen von 1948 und 1967 flohen. Palästinensische Jordanier ("Westbanker") werden im Vergleich zu den meisten anderen Staatsangehörigen, die von Beduinen abstammen ("Eastbanker") und seit Jahrhunderten in der Region leben, nicht gleichbehandelt. Jordanien beherbergt große Gruppen von Flüchtlingen, hauptsächlich aus dem Irak und Syrien. Im Juni 2018 schätzte der UNHCR, dass es im Land mehr als 666.500 registrierte Flüchtlinge aus Syrien und fast 67.000 aus dem Irak gab. Damit nahm Jordanien die weltweit zweithöchste Zahl von Flüchtlingen pro tausend Einwohner auf. Aufgrund der Präsenz vieler verschiedener Nationalitäten im Königreich herrscht Unklarheit, was die nationale Identität eines jordanischen Bürgers ausmacht. Die hohe Zahl der Flüchtlinge führt zudem zu wirtschaftlichem, politischem und religiösem Druck und ist ein potentiell destabilisierender Faktor.

Seit der Unabhängigkeit des Landes 1946 ist die Gesamtzahl der Christen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist vor allem auf niedrigere Geburten- und hohe Auswanderungsraten zurückzuführen. Die Ankunft einer großen Zahl muslimischer Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, verbunden mit den zunehmenden Ängsten vor dem extremistischen Islam und den derzeit schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, übte zusätzlich Druck auf die Christen aus, insbesondere auf Christen protestantischer Denominationen und Christen muslimischer Herkunft. Infolgedessen bleiben viele christliche Gemeinden unter sich und wirken wenig in ihr Umfeld hinein.

Jordanien war lange Zeit eines der liberalsten Länder der Region in Bezug auf Religionsfreiheit. Allerdings wendet sich das Blatt, zum Nachteil der christlichen Gemeinden. Christen, die den traditionellen Kirchen angehören, genießen noch immer relativ viel Religionsfreiheit, Christen mit muslimischem Hintergrund dagegen spüren die Auswirkungen eines zunehmenden extremistisch-islamischen Einflusses auf die Gesellschaft. Auch Christen, die in der Evangelisation oder im Dienst an christlichen Konvertiten tätig sind, leiden unter zunehmendem Druck und Überwachung.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt in Jordanien christliche Arbeitsmigranten, aber nicht als Gruppe, die unfreiwillig von anderen Kategorien christlicher Gemeinschaften isoliert ist. Diese Kategorie ist daher nicht in der Bewertung und Analyse des Weltverfolgungsindex enthalten.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie bildet die größte Gruppe von Christen in Jordanien, von denen die meisten der orthodoxen und römisch-katholischen Konfession angehören. Es gibt aber auch anglikanische und lutherische Kirchen. Insgesamt genießen sie ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, können aber diskriminiert werden, zum Beispiel im Berufsleben.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

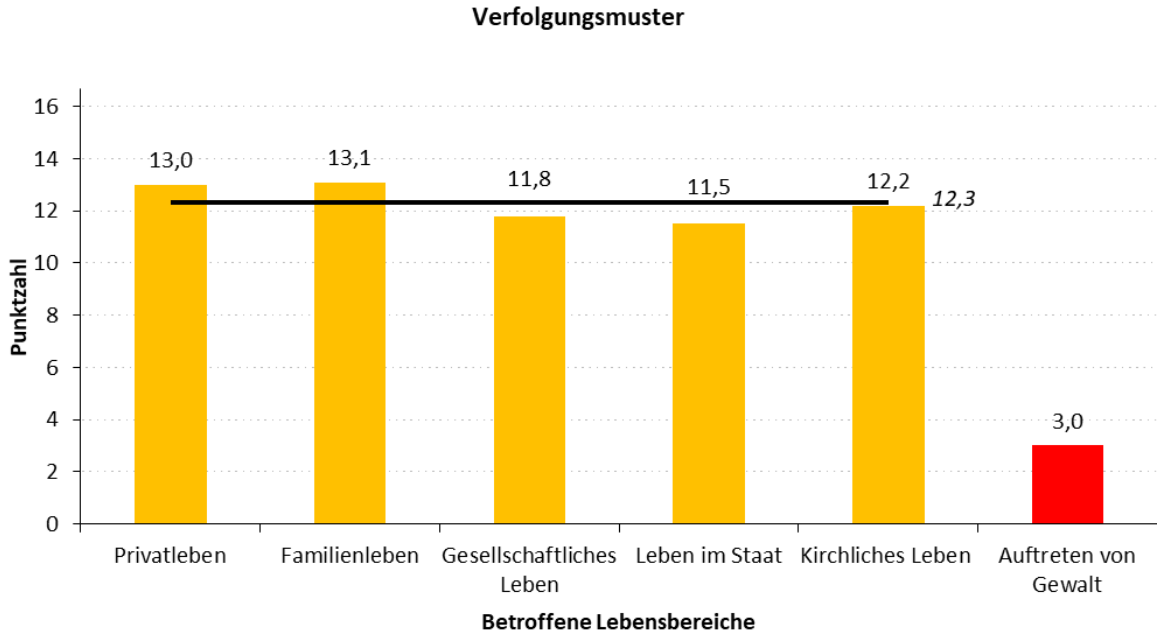
Von allen Christen in Jordanien werden Konvertiten am meisten für ihren Glauben verfolgt. Wenn ihr neuer Glaube bekannt ist, werden sie häufig mit Unterdrückung aus einer ganzen Reihe von Quellen zu kämpfen haben: das sind Regierungsbeamte, Anführer ethnischer Gruppen, nichtchristliche

religiöse Leiter, gewalttätige religiöse Gruppen, gewöhnliche Bürger und die eigene (Groß-)Familie. Die Situation für Christen muslimischer Herkunft, deren Zahl nur gering ist, hat sich in den letzten Jahren verschärft, vor allem aufgrund des Drucks durch ihre Familien und der zunehmenden Aktivität extremistisch-islamischer Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

An zweiter Stelle stoßen Christen aus evangelikalen, baptistischen und pfingstlerischen Gemeinden auf den größten Widerstand, vor allem durch Regierungsbeamte. Evangelikale Kirchen werden von der jordanischen Regierung nicht anerkannt. In einigen Fällen kann die Regierung als Triebkraft der Verfolgung angesehen werden, da Gewalt gegen diese Christen meist ungestraft bleibt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jordanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt ist der Druck auf die Christen in Jordanien, vor allem auf Christen muslimischer Herkunft, auf einem sehr hohen Niveau; der Durchschnittswert (12,3) ging gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2018 mit 12,4 nur leicht zurück.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen auf einem sehr hohen Niveau, am höchsten in den Bereichen „Familien-“, „Privat-“ und „Kirchliches Leben“. Das ist typisch, wenn Islamische Unterdrückung in Verbindung mit ethnisch begründeten Anfeindungen die stärkste Verfolgungstriebkraft ist.
- Der Wert für Gewalt sank von 4,3 im Vorjahr auf 3,0 im Weltverfolgungsindex 2019.

Privatleben

Im Bereich privater christlicher Glaubensausübung sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen, da sie ihren Glauben nicht offen leben können. Sollten sie bei Menschen in ihrem Umfeld den Verdacht erregen, dass sie Christen sind, kann dies schwerwiegende Folgen haben. Alle anderen Kategorien von Christen haben mehr Freiraum, ihren Glauben privat auszuüben, solange sie nicht unter Muslimen missionarisch tätig werden.

Familienleben

Vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren vonseiten ihrer Familien Druck, der sogar zu schwerer Gewalt und Tod führen kann. Es ist bekannt, dass Familien Druck dadurch auszuüben, dass sie die Behörden über Konvertiten in ihren eigenen Reihen informieren, was oft zur Verhaftung führt. Konvertiten werden dann wegen ihres christlichen Glaubens sehr wahrscheinlich auch das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Der Staat spielt dabei jedoch keine aktive Rolle.

Gesellschaftliches Leben

Auch in diesem Lebensbereich sind es vor allem Christen muslimischer Herkunft, die unter Druck stehen, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Aber auch andere Kategorien von Christen können in diesem Bereich unter Druck geraten, zum Beispiel durch Diskriminierung bei öffentlichen und privatwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, wo sie beispielsweise bei Beförderungen benachteiligt werden. Vor allem Christen, die christliche Konvertiten unterstützen (dazu gehören praktische Anleitung, Seelsorge und biblischer Unterricht), sehen sich im täglichen Leben Bedrohungen und Behinderungen ausgesetzt und werden auch von ihrem sozialen Umfeld überwacht.

Leben im Staat

Hier können alle Arten von Christen mit Druck konfrontiert werden, obwohl Christen muslimischer Herkunft besonders gezielt ins Visier genommen werden. Der Islam ist die Staatsreligion, und die jordanische Verfassung gibt dem Scharia-Recht Vorrang. Angelegenheiten, die den persönlichen oder familiären Status betreffen, werden vor religiösen Gerichten entschieden. Muslime unterstehen den Scharia-Gerichten, und es gibt auch religiöse Gerichte für Anhänger traditioneller Kirchen, wie etwa für Orthodoxe, Katholiken und Anglikaner. In Fällen, in denen eine Konfliktpartei muslimisch und die andere nichtmuslimisch ist, wird der Fall vor dem Scharia-Gericht verhandelt. Scharia-Gerichte erkennen den Wechsel eines Muslims zum Christentum nicht an und betrachten ihn immer noch als (abtrünnigen) Muslim. Auch Kinder unter 18 Jahren, deren Vater zum Islam übergetreten ist, gelten vor dem Staat als muslimisch. In Fragen des Erbrechts gilt das islamische Recht für alle Bürger, unabhängig von ihrem Glauben und Christen können nicht von einer muslimischen Familie erben. Der Glaubenswechsel weg vom Islam ist nicht offiziell anerkannt. Das öffentliche Evangelisieren von Muslimen verstößt gegen die Richtlinien der Regierung. Muslime, die Christen werden, fallen immer noch unter die Zuständigkeit der Scharia-Gerichte. Ihre Ehen können annulliert werden; sie können das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren; sie werden ihr Erbrecht verlieren und können auch anderer Bürgerrechte beraubt werden. Berichten zufolge haben Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden christliche Konvertiten zu ihren Überzeugungen vernommen, mit Gerichtsverfahren gedroht und Belohnungen für die Rückkehr zum Islam versprochen, wie zum Beispiel Arbeitsmöglichkeiten. Die Behörden haben Berichten zufolge auch Führungszeugnisse zurückgehalten, die für Bewerbungen oder für die Gründung eines Unternehmens erforderlich sind, und haben Arbeitgeber aufgefordert,

christliche Konvertiten zu entlassen. Diejenigen, die einem Christen mit muslimischem Hintergrund Schaden zufügen, kommen de facto ungestraft davon.

Kirchliches Leben

In diesem Lebensbereich sind es wieder die Christen muslimischer Herkunft, die dem größten Druck ausgesetzt sind, während alle anderen Kategorien des Christentums (insbesondere freikirchliche Gruppen) gewisse Einschränkungen erfahren. Eine offene oder legale Form des kirchlichen Lebens für Christen muslimischer Herkunft ist ausgeschlossen. Im Vergleich zu anderen Ländern der Region ist das kirchliche Leben im Allgemeinen jedoch weniger eingeschränkt - insbesondere für Christen, die zu traditionellen Kirchen gehören -, da es eine Reihe von anerkannten Kirchen gibt. Evangelikale Gemeinden haben Probleme bei der Registrierung; Baugenehmigungen für Kirchengebäude sind schwer zu erhalten und es kommt zu anderen subtilen Formen der Diskriminierung. Berichten zufolge werden die Aktivitäten evangelikaler Kirchen und Untergrundkirchen, in denen sich Christen muslimischer Herkunft versammeln, von der Geheimpolizei ausgespäht. Christliche Materialien dürfen nicht frei verteilt und nur an anerkannten Orten verkauft werden.

Gewalt

Gewaltsame Vorfälle ereigneten sich vor allem gegen Christen muslimischer Herkunft, obwohl auch Christen, die sich an Missionstätigkeiten beteiligten, betroffen waren. Die geringere Anzahl gemeldeter Gewalttaten ist der Hauptgrund für den Rückgang der Gesamtpunktzahl Jordaniens um einen Punkt auf dem Weltverfolgungsindex 2019.

Eine Zusammenfassung der Vorkommnisse über Gewalt finden Sie im Kurzprofil.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

In Jordanien sind von allen Kategorien von Christen vor allem Christinnen muslimischer Herkunft besonders stark von der Verfolgung wegen ihres Glaubens betroffen. Aber auch andere christliche Frauen sind mit Ungleichbehandlung konfrontiert, zum Beispiel, wenn ihre Männer zum Islam übertreten. Bei Christinnen mit muslimischem Hintergrund kommt der Druck meist von der eigenen Familie. Wenn sie noch bei ihrer Familie lebt, riskiert eine Christin muslimischer Herkunft Hausarrest und sogar sexuelle Übergriffe oder Vergewaltigung, wenn ihr Glaube bekannt wird. Obwohl arrangierte Ehen in Jordanien keine Seltenheit sind, droht ihnen darüber hinaus wegen ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben eine Zwangsheirat, damit die Familienehre erhalten und die Tochter wieder auf den „rechten Weg“ gebracht wird.

Christinnen muslimischer Herkunft dürfen nicht offiziell christliche Männer heiraten. Selbst wenn sie im Ausland heiraten, erkennt der Staat die Ehe nicht an. Christliche Frauen können im Allgemeinen erst dann muslimische Männer heiraten, wenn sie zum Islam konvertieren, wie es das religiöse Meldewesen vorschreibt. Dies ist besonders kompliziert für gebürtige christliche Frauen, die einen Konvertiten heiraten wollen, da ihre zukünftigen Ehemänner immer noch als Muslime gelten. Wenn sie mit nichtchristlichen Ehemännern verheiratet sind, stehen Christinnen muslimischer Herkunft in der Gefahr, missbraucht und mit dem Tod bedroht zu werden, was einige zur Flucht zwingt. Sie sind auch mit Reisebeschränkungen konfrontiert. Reiseverbote können von den Behörden, aber auch von Familienmitgliedern verhängt werden, um etwa zu verhindern, dass die Christin muslimischer Herkunft

das Land verlässt. Wird gegen dieses Verbot verstoßen, kann ein Gerichtsverfahren wegen „Reisen ohne Genehmigung“ eingeleitet werden. Auch sind Christinnen muslimischer Herkunft von Zwangsscheidungen bedroht. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Einstellung der Familie des Ehepartners.

Im „International Religious Freedom Report 2017“ des US-Außenministeriums heißt es: „Jedes Mitglied der Gesellschaft kann eine Glaubensabfall-Klage gegen diese Personen vor der neu gegründeten Scharia-Staatsanwaltschaft einreichen.“ In Fällen, die von einem Scharia-Gericht entschieden werden, können Richter die Ehe einer Christin muslimischer Herkunft annullieren, das Sorgerecht an ein nichtelterliches muslimisches Familienmitglied übertragen oder die Kinder zu „Staatsmündeln“ erklären und die Eigentumsrechte einer Person an muslimische Familienmitglieder übertragen. Wenn ein muslimischer Ehemann und eine nichtmuslimische Frau geschieden werden, verliert die Ehefrau im Gegensatz zu muslimischen Frauen (wie von Al-Jazeera im Dezember 2015 berichtet) automatisch das Sorgerecht für die Kinder, wenn sie sieben Jahre alt sind. Wenn eine geschiedene Christin Muslimin wird, kann sie das Sorgerecht für die Kinder und von ihrem Mann ein Erbe erhalten. Dies übt großen Druck auf geschiedene christliche Frauen aus, zum Islam zu konvertieren.

Männer

Diskriminierung am Arbeitsplatz betrifft alle Christen, insbesondere wenn sie im öffentlichen Sektor arbeiten. In der zumeist traditionell und von Stammesstrukturen geprägten jordanischen Gesellschaft gelten Männer als „Ernährer der Familie“, wie Forscher des „Research Gate“ im Januar 2015 analysierten. Dies kann erhebliche Auswirkungen auf christliche Familien haben.

Nach dem Scharia-Gesetz sind Ehen zwischen muslimischen Frauen und nichtmuslimischen Männern verboten. Damit die Ehe legal ist, muss der Mann zum Islam konvertieren. Eine Eheschließung zwischen einem christlichen Mann (ohne muslimischen Hintergrund) und einer christlichen Frau (mit muslimischen Hintergrund) ist rechtlich nicht möglich. Das Scharia-Gesetz legt auch fest, dass, wenn eine christliche Frau zum Islam konvertiert, auch ihr Mann konvertieren muss, damit ihre Ehe legal bleibt.

Wenn der Druck auf christliche Familien zur Auswanderung führt, hat dies potenziell negative Auswirkungen auf zukünftige Kirchen- und Gemeindeleitungen, da den Kirchen dann weniger Erwachsene für die Ausbildung und Übernahme von Führungsaufgaben zur Verfügung stehen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere Religionen, die in Jordanien Einschränkungen unterliegen, sind Schiiten, Drusen, Bahai und irakische Mandäer. Es ist Berichten zufolge schwieriger für einen Sunniten, sich zum schiitischen Islam zu bekehren, als zum Christentum. Die meisten Bahai-Anhänger dürfen zwar ihre Religion ausüben, die Bahai-Religion ist jedoch nicht offiziell anerkannt, und daher können Aktivitäten ihrer Anhänger verboten werden. Heiratsurkunden der Bahais werden von der Behörde für Familienstand und Passwesen nicht anerkannt. Drusen erleben soziale Ausgrenzung und leben in speziellen Gebieten. Wie die Bahai-Religion, ist auch der drusische Glaube nicht offiziell von der jordanischen Regierung anerkannt, und da sie keine eigenen religiösen Gebäude haben, beten sie weiterhin in den Moscheen der Sunniten. Desweiteren gab es unter den irakischen Flüchtlingen, die in das Land kamen, einige Mandäer. Auch diese werden nicht anerkannt; sie üben ihre Bräuche ohne offizielle Genehmigung durch, was ihnen manchmal deshalb untersagt wird.

Beispiel: Der „International Religious Freedom Report 2017“ des US-Außenministeriums nennt einen Vorfall, bei welchem der Gouverneur von Amman eine von den Bahai ausgerichtete Veranstaltung zur Würdigung der „Harmonie der Religionen“ im Oktober 2017 abgesagt hat, weil er befürchtete, dass die Veranstaltung zu einem extremistisch-islamischen Angriff führen könnte.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Nach Angaben der britischen „Economist Intelligence Unit“ (EIU) ist zu erwarten, dass König Abdullah II. in den nächsten Jahren an der Macht bleiben wird und „es schaffen wird, jede abweichende Meinung zu bekämpfen, unterstützt von seinen treuen Streitkräften und der Regierung. Die Regierung wird die Steuerreformen aus Angst vor sozialen Unruhen mit Bedacht umsetzen. Dadurch bleiben das Haushalts- und Außenhandelsdefizit weiterhin hoch. Die Anwesenheit syrischer Flüchtlinge wird den Druck auf die öffentlichen Finanzen erhöhen. Jordanien wird weiterhin auf ausländische Unterstützung angewiesen sein. Das tatsächliche BIP-Wachstum wird sich allmählich beschleunigen, aber die Arbeitslosenquote wird hoch bleiben.“ Die Wirtschaft befindet sich in Schwierigkeiten, und Jordanien wurde ein Darlehen des „Internationalen Währungsfonds“ gewährt, sofern die Regierung Sparmaßnahmen einführt und die Steuern erhöht. Diese Maßnahmen führten zu massiven Protesten, was zur Folge hatte, dass der König Premierminister Hani Al-Mulki entließ. Dieser Schritt beruhigte die jordanische Öffentlichkeit, aber es müssen noch Wege gefunden werden, die Wirtschaft anzukurbeln. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Jordaniens könnten zu mehr sozialen und politischen Unruhen führen, die sich negativ auf Christen und andere Minderheiten auswirken.

Der Ausblick für Christen

Mit Hiblick auf Islamische Unterdrückung: Es ist bekannt, dass der Salafismus in Jordanien stetig zunimmt, und mittelfristig könnte dies zu einem bedeutenden Wandel der religiösen Einstellung in der Gesellschaft führen. Eine strengere Auslegung des Islam könnte das öffentliche Leben der Christen ernsthaft beeinträchtigen. Darüber hinaus wird mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit gerechnet. Eine hohe Arbeitslosenquote, insbesondere unter Jugendlichen, ist ein fruchtbarer Boden für die Rekrutierung durch extremistisch-islamische Gruppen. Dies wurde durch den Bombenanschlag auf ein Polizeiauto im August 2018 bestätigt; die Polizisten sollten ein Musikfestival in der mehrheitlich christlichen Stadt Fuheis schützen. Die Täter waren angeblich Anhänger des „IS“, die weitere Angriffe planten. Außerdem könnten kampferprobte jordanische Extremisten bald nach Hause zurückkehren, da der Krieg in Syrien anscheinend kurz vor seinem Ende steht. Ihre Präsenz könnte eine massive Gefahr für die Bevölkerung und insbesondere für gefährdete Minderheiten wie Christen darstellen. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass Islamische Unterdrückung als Triebkraft der Verfolgung in Zukunft an Einfluss gewinnen dürfte.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Diese Verfolgungstriebkraft scheint derzeit keine große Veränderung zu erleben. Laut dem „Arab Youth Survey 2018“ werden jordanische Jugendliche jedoch mehr von ihren Altersgenossen und den Medien beeinflusst als von ihren Familien oder religiösen Autoritäten. Infolgedessen versucht die Regierung, den Einfluss islamisch-extremistischer Gruppen abzuwehren und zu verhindern. Wenn diese Lockerung der Verbundenheit von Jugendlichen zu Familien oder Religionsführern anhält, könnte dies langfristig zu einer Schwächung der ethnisch begründeten Anfeindungen führen.

Schlussfolgerung

Im Allgemeinen sind viele Christen in Jordanien überzeugt, dass ihre Sicherheit vom haschemitischen König abhängt, der bekräftigt hat, dass er „die Existenz und Identität der arabischen Christen“ im Königreich schützen will. Er will die Gesellschaft Schritt für Schritt modernisieren und versucht, Maßnahmen umzusetzen, die für religiöse Minderheiten von Vorteil sind. Dazu gehören auch die Überwachung islamischer Predigten und der Aktivitäten von Salafisten, die eine erhebliche Bedrohung für die zukünftige Stabilität darstellen.

zurück zur Länderübersicht

Nepal: Platz 32

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Religiös motivierter Nationalismus: Extremistische Hindus streben eine Rückkehr zu einer hinduistischen Nation an. 2015 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die die Religionsfreiheit einschränkt. Am 8. August 2017 verabschiedete das nepalesische Parlament ein Antibekehrungsgesetz.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Es gibt Versuche, Christen Normen und Werte ethnischer Gruppen (z. B. die Familienehre) aufzuzwingen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Christen erfahren Verfolgung durch extremistische Hindus auf verschiedene Weise: Lokale und nationale Behörden erlegen ihnen rechtliche und andere Beschränkungen auf, lokale Hindu-Priester und extremistisch-hinduistische Bewegungen verüben gewalttätige Angriffe auf Christen, das lokale soziale Umfeld schafft häufig eine feindliche Umgebung im Dorf.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen hinduistischer Herkunft stehen unter dem größten Druck, da ihnen vorgeworfen wird, vom Glauben ihrer Vorfahren abzuweichen. Konvertiten (und protestantische Kirchen) stehen dem Druck von Familien, Freunden, dem sozialen Umfeld und den Behörden gegenüber. Römisch-katholische Kirchen und Kirchen, in denen sich Ausländer versammeln, erleben die wenigsten Schwierigkeiten. Hin und wieder nutzen extremistische Hindus die anhaltende politische Instabilität, um Christen anzugreifen – meistens ungestraft. Es gab Berichte von Angriffen auf Kirchen sowie von Christen, die geschlagen, verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Zudem mussten einige Christen ihre Häuser und Dörfer fluchtartig verlassen, da sie bedroht wurden. Des Weiteren gibt es einige rechtliche Einschränkungen auf der nationalen Ebene.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Laut Berichten wurde die katholische St.-Josephs-Kirche in Kohalpur in Banke in der Nacht des 5. Mai 2018 durch Unbekannte in Brand gesteckt.
- Am 7. Juni 2018 wurde der 63-jährige Pastor Govinda Prasad Dhakal wegen angeblicher „regelmäßiger Vergewaltigung einer Minderjährigen“, die er und seine Frau 2016 adoptiert hatten, verurteilt. Er wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt, obwohl die Klägerin, die Mutter der mittlerweile Zwölfjährigen, vor dem Gericht gestand, dass sie den Vergewaltigungsvorwurf aus Ärger über die Weigerung des Pastors erfunden hatte, die Schulgebühren des Mädchens weiter zu bezahlen, nachdem er sie in die Obhut der Mutter zurückgebracht hatte. Die Behörden hatten Pastor Dhakal am 12. Dezember 2017 verhaftet, basierend auf der ursprünglichen Aussage der Mutter.

- Am 19. Juli 2018 wurden der Sekretär der „Föderation Nationaler Christen in Nepal“ (FNCN) und der Pastor Sagar Baiju von einer sieben Personen umfassenden Gruppe angegriffen. Sie wurden zusammengeschlagen und die Gruppe drohte ihnen an, Pastor Baijus Kirche niederzubrennen und ihn zu ermorden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Nepal den 32. Platz auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Die Punktzahl ist die gleiche wie auf dem Weltverfolgungsindex 2018, als das Land Platz 25 belegte. Die Verfolgung geht zumeist von extremistischen Hindus aus, wobei im Hintergrund auch ethnische Spannungen zum Druck beitragen. Zudem gab es im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 eine Zunahme von gewalttätigen Übergriffen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Der Großteil der Verfolgung von Christen in Nepal geht von extremistischen Hindugruppen aus, die Nepal wieder in einen hinduistischen Staat verwandeln wollen. Diese Gruppierungen haben enge Verbindungen zu Hindutva-Gruppen im benachbarten Indien. Die Verfolgung ging bisher nicht von der Regierung aus, aber seit 2015 gilt eine neue Verfassung, welche die Religionsfreiheit einschränkt. Am 8. August 2017 verabschiedete das nepalesische Parlament zudem ein Antibekehrungsgesetz, das am 16. Oktober 2017 vom Präsidenten unterzeichnet wurde – ein weiteres Zeichen einer sich verschlechternden Situation für Christen.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Von Zeit zu Zeit gibt es Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Nepal. Meist ist dies mit Religiös motiviertem Nationalismus verbunden.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

- Nicht so sehr auf der staatlichen Ebene, aber auf der lokalen Ebene (und vielleicht auch auf der Provinzebene) haben Regierungsbeamte Verbindungen zur Hindugemeinschaft. Sie können die Religionsfreiheit einschränken, was zur Verhaftung und Belästigung von Christen führen kann.
- Anführer ethnischer Gruppen, besonders in den nördlichen und den extrem südlichen Regionen Nepals, zeigen religiöse Intoleranz. Dies führte zu mehreren Vorfällen, die darauf abzielten, christliche Evangelisten, Pastoren und neu gegründete Gemeinden zu verfolgen.
- Hinduistische Leiter versuchen auf allen Ebenen (lokal, provinziell und national), Einfluss auszuüben und andere Religionen einzuschränken. Als eine Folge davon hat die Gewalt in Nepal in den letzten Jahren zugenommen.

- Gewalttätige religiöse Gruppen: Es gibt mehrere extremistische Hindugruppen und -parteien, die durch die Taktiken ihrer Kollegen in Indien beeinflusst werden. Ihre Aktivitäten und ihr Einfluss nehmen zu.
- Gewöhnliche Bürger: Besonders auf der lokalen Ebene üben Hindus Druck auf Christen hinduistischer Herkunft und andere Christen aus.
- (Groß-)Familie: Christen hinduistischer Herkunft stehen oft unter enormem Druck vonseiten ihrer eigenen Familien, zum Glauben ihrer Vorfahren zurückzukehren.
- Politische Parteien: Es gibt mindestens zwei hinduistische Parteien im Parlament, die befürworten, Nepal wieder zu einer Hindu-Nation zu machen.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

- Anführer ethnischer Gruppen, besonders in den nördlichen und den extrem südlichen Regionen Nepals, zeigen religiöse Intoleranz. Dies führte zu mehreren Vorfällen, die darauf abzielten, christliche Evangelisten, Pastoren und neu gegründete Gemeinden zu verfolgen.
- Es gibt mehrere extremistische Hindugruppen und -parteien, die durch die Taktiken ihrer Kollegen in Indien beeinflusst werden. In ihren Augen ist der christliche Glaube eine Religion, die in Nepal nicht existieren sollte.

4. Hintergrund

Der christliche Glaube breitet sich in Nepal aus, seitdem die Regierung im Jahr 2008 die Form einer säkularen Demokratie annahm. Der Trend setzt sich anscheinend weiter fort, angetrieben durch Naturkatastrophen und gesellschaftlichen Veränderungen. Bis zum Ende der absoluten Monarchie im Jahr 2008 war es christlichen Missionaren verboten, das Land zu betreten, aber nun beheimatet es mehr als 8.000 christliche Kirchen und über eine Million Christen hinduistischer Herkunft. Minderheiten wie die Dalits und die Kirats wurden vom christlichen Glauben angezogen. Der „Föderation Nationaler Christen in Nepal“ zufolge machen die Dalits 60 % aller Christen im Land aus.

Die politische Landschaft Nepals war der christlichen Minderheit in Nepal sehr hilfreich. Zunächst schwanden die Befürchtungen, dass die neue Verfassung Nepals das Land offiziell wieder zu einem hinduistischen Staat machen würde, als sie im September 2015 veröffentlicht wurde. Zweitens entdecken viele politische Parteien das große Potential der Christen (einer stark wachsenden Gemeinschaft in Nepal) für ihre eigene Stellung. Im Mai 2017 wurden Christen als Repräsentanten einiger lokaler Einheiten in der ersten Phase der lokalen Wahlen ausgewählt, die zum ersten Mal in Nepals Geschichte abgehalten wurden.

Ein Überbleibsel der Zeiten, in denen der Hinduismus die Staatsreligion war, ist das Kastensystem – eine jahrhundertealte hierarchische Einteilung der Gesellschaft. Es kann bis zu einem gewissen Grad mit dem Klassensystem Europas vor ungefähr 700 Jahren verglichen werden. Jeder Mensch wird in eine spezifische Kaste geboren und kann niemals aus dieser Kaste entkommen. Gemäß der „varna“-Tradition gibt es vier Kasten (Brahmanen, Kshatriyas, Vaishyas und Shudras) und eine Anzahl von Gruppen, die heute als Dalits bekannt sind, die historisch aus dem varna-System ausgeschlossen waren und immer noch als Unberührbare geächtet sind. Viele Christen in Nepal sind ursprünglich Dalits, auf die beim christlichen Glauben besonders die Annahme, die sie von ihren Mitchristen erfahren, Anziehungskraft ausübt. Die meisten Christen in Nepal gehören zu den niederen sozialen Schichten und haben geringe Einkommen.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen in Nepal halten überwiegend ihre eigenen, isolierten Versammlungen ab. Sie sind kaum darin aktiv, das Evangelium zu verkünden. Diese Kirchen wurden in der Vergangenheit weniger durch Hindu-Nationalismus beeinträchtigt, aber wenn die neue Verfassung des Landes umgesetzt wird, werden sie Einschränkungen erfahren.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die bei weitem größte und wichtigste traditionelle Kirche ist die Römisch-Katholische Kirche; dazu kommen einige wenige orthodoxe Gemeinschaften. Sie sind tendenziell mehr nach innen gerichtet und führen keine evangelistischen Aktivitäten durch. Daher werden diese Gemeinschaften auch selten von extremistischen Hindus angefeindet.

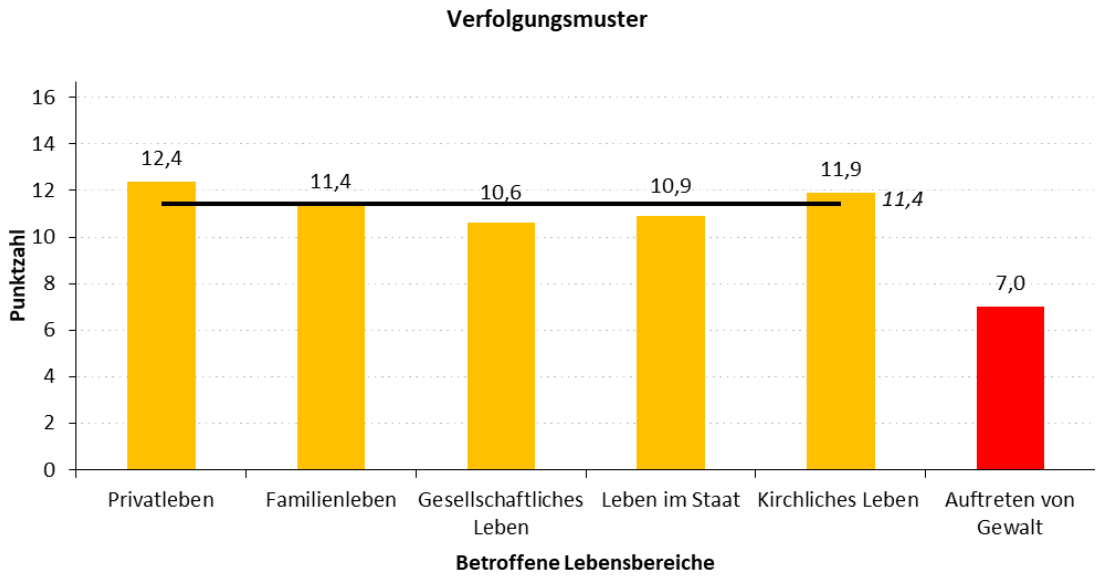
Christen hinduistischer Herkunft

Christen hinduistischer Herkunft sind die größte Gruppe der Christen in Nepal und ihre Anzahl ist in den letzten Jahren weiterhin stark gewachsen. Sie stehen von allen Christen in Nepal der stärksten Verfolgung gegenüber, wobei viel Druck von lokalen Regierungsbeamten, Hindu-Priestern, der eigenen Familie und dem sozialen Umfeld ausgeht.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe besteht meist aus unabhängigen Kirchen. Christen hinduistischer Herkunft gehen normalerweise in Kirchen dieser Kategorie. Da diese Gemeinden auch die aktivsten im Bereich der Evangelisation sind, erleben sie ein hohes Maß an Verfolgung.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nepal

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,4 Punkte), nahm jedoch im Vergleich zum Vorjahr (11,8) leicht ab.
- In allen Lebensbereichen ist der Druck sehr hoch, außer im gesellschaftlichen Leben, wo die Wertung knapp unter dem Schwellenwert für sehr hohen Druck steht. Der Druck ist im Privatleben am höchsten, was die Tatsache widerspiegelt, dass die hinduistische Umgebung besonders christliche Konvertiten auf vielerlei Weise einschränkt.
- Die Punktzahl für Gewalt ist sehr hoch und von 4,6 Punkten auf 7,0 Punkte gestiegen. Die Gewalt hat zugenommen, wie Berichte von Angriffen auf Kirchen zeigen sowie von Christen, die geschlagen, verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Zudem mussten einige Christen ihre Häuser und Dörfer fluchtartig verlassen, da sie bedroht wurden.

Privatleben

Christen hinduistischer Herkunft müssen jederzeit vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Anfeindungen durch die Familie und das soziale Umfeld machen es gefährlich, christliches Material zu besitzen, besonders in abgelegenen Gebieten. Wenn christliche Konvertiten in streng hinduistischen Familien leben, müssen Bibeln und andere christliche Literatur sorgfältig versteckt werden und können nur mit äußerster Vorsicht gelesen werden. Es gibt starken Widerstand dagegen, dass der christliche Glaube an Familie und Freunde weitergegeben wird. Der christliche Glaube wird als eine fremde Religion angesehen, der besonders für Angehörige der niedrigen Kasten attraktiv sei. Menschen, deren Glaubenswechsel bekannt ist, werden oft streng überwacht und es gab Berichte, dass Jugendliche, die während ihres Studiums in Kathmandu den christlichen Glauben angenommen hatten, von ihren Familien in ihre Heimatdörfer zurückgerufen wurden.

Familienleben

Eine Taufe zu organisieren, ist deutlich riskanter geworden, da Christen, die an ihr teilnehmen, gemäß der neuen Verfassung der Mission beschuldigt werden. Beim Feiern christlicher Hochzeiten besteht die Gefahr, dass sie abgebrochen werden. Hochzeiten von Christen hinduistischer Herkunft stoßen regelmäßig auf Widerstand vonseiten der Familien der Konvertiten, da eine christliche Hochzeit den neuen Glauben des Konvertiten stärken könnte. Christliche Begräbnisse sind unmöglich, da den Kirchen keine Friedhöfe zugestanden werden. Daher sind Christen gezwungen, ihre Toten entweder heimlich zu beerdigen oder sie zu verbrennen. Christen hinduistischer Herkunft stehen Anfeindungen gegenüber, wenn sie versuchen, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Die Feindseligkeit geht oft von ihrem eigenen nichtchristlichen Ehepartner und auch Familienmitgliedern aus. Kinder von Christen, nicht nur von Konvertiten, sind dazu gezwungen, nichtchristliche Inhalte zu lernen, und werden von anderen Kindern gemobbt. Christen mit hinduistischem Hintergrund können von ihren Familien isoliert werden und Berichte aus dem Westen Nepals zeigen, dass sie zum Teil gezwungen werden, das Haus der Familie zu verlassen.

Gesellschaftliches Leben

Seit 2017 stellt sich die nepalesische Gesellschaft mehr und mehr gegen Christen. Christen werden mit Abscheu angesehen, daher werden sie in ihrem Alltag bedroht und behindert. Besonders in ländlichen Gegenden stehen Christen hinduistischer Herkunft dem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn gegenüber, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Dies wird oft durch einen intensiven sozialen Boykott begleitet, der sowohl das Privat- als auch das geschäftliche Leben beeinträchtigt. Kinder von christlichen Konvertiten müssen oft Diskriminierungen von Lehrern und Mitschülern ertragen, besonders wenn sie sich weigern, an der Puja teilzunehmen, der Anbetung hinduistischer Götter und Göttinnen.

Leben im Staat

Die neue Verfassung besagt in Teil III zu den fundamentalen Rechten im Abschnitt zu Religion: „5. Religion: Jeder Bürger darf, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Traditionen, seine Religion ausüben und bekennen, so wie sie aus der Vorzeit überliefert ist, solange keine Person dazu verleitet wird, seine Religionszugehörigkeit zu ändern.“ Es gibt immer noch Pläne, die Religionszugehörigkeit auf dem neuen Personalausweis einzutragen, aber die Regierung musste sich zunächst um andere, wichtigere Themen kümmern. Die Medien stellen die Anwesenheit und das fortdauernde Wachstum des Christentums regelmäßig als ein Ergebnis von Bestechungen durch Ausländer dar. Christen sind regelmäßig Opfer von Schmierkampagnen, und extremistische Hindugruppen verbreiten falsche Informationen und steigern so das Misstrauen der Gesellschaft gegenüber Christen. Täter von Angriffen gegen Christen kamen regelmäßig ungestraft davon, während Christen, die fälschlicherweise Verbrechen beschuldigt wurden, kein faires Gerichtsverfahren erhielten.

Kirchliches Leben

Es gibt keine rechtliche Anerkennung von Kirchen. Grundstücke von Kirchen sind nur auf Namen von Privatpersonen registriert. Es gibt kein Verfahren, um Kirchen zu registrieren. Gemäß Berichten von Einheimischen aus unterschiedlichen Quellen versprach die Regierung nach dem Erdbeben vom April 2015, dass sie helfen würde, Tempel, Moscheen und buddhistische Schreine wieder aufzubauen, aber nahm Kirchen davon aus, was die Vorbehalte gegenüber dem christlichen Glauben zeigt. Versammlungen und Gottesdienste wurden gestört, zum Beispiel im Distrikt Dhading. Aktivitäten von Kirchen werden zunehmend beobachtet, um zu prüfen, ob Kirchen Menschen zum Glaubensübertritt bewegen und ob daher Behörden und/oder extremistische Gruppen gegen sie vorgehen können. Der Bericht eines kanadischen Satiremagazins im Jahr 2015, dass der „Gideonbund“ Bibeln anstatt Nothilfe nach Nepal verschiffen würde, wurde von extremistischen Hindugruppen sowohl in Indien als auch in Nepal ernst genommen, was zeigt, dass es zunehmend riskanter wird, Bibeln und andere christliche Materialien zu verteilen.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung in Nepal nimmt zu, da Hindu-Nationalisten ihren Druck auf Andersgläubige erhöhen. Das Ausmaß der Gewalt ist zwar deutlich geringer als in Indien, aber sie hat seit dem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 deutlich zugenommen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 wurde beispielsweise gemeldet, dass 74 Christen schwer geschlagen und sieben Kirchen bei Angriffen beschädigt wurden. Am 6. Juli 2018 wurde ein christliches Ehepaar offiziell von Nepal aus in ihre Heimatländer Philippinen und Indonesien deportiert.

Weitere Beispiele finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Nepal ist eine patriarchalische Gesellschaft, in der Mädchen weniger Chancen haben. Sie haben kaum Zugang zu Bildung und zur weiteren Gesellschaft, da sie innerhalb der Grenzen ihres Zuhauses bleiben müssen und von ihnen erwartet wird, dass sie sich um die große Anzahl an Haushaltspflichten kümmern. Diejenigen, die Christen werden, haben meist Heilungen und Wunder in ihrem eigenen Leben oder der engsten Familie erlebt. Christliche Frauen und Mädchen sind körperlicher Gewalt ausgesetzt, doch zunächst werden sie meist durch ihre direkten Familienmitglieder emotional unter Druck gesetzt (z. B. Ehemänner, Schwiegereltern, Eltern). Der körperliche Missbrauch beginnt allmählich, bis sie schließlich von der Familie und dem sozialen Umfeld als Ausgestoßene betrachtet werden. Dies macht sie verwundbar und häufig zu Opfern sexueller Unterdrückung.

Männer

Die meisten christlichen Männer haben leiden körperlich, psychisch und auf der gesellschaftlichen Ebene, da sie zumeist von Familie und Gesellschaft verstoßen werden. Zudem werden ihnen durch Familienmitglieder und dörflichen Behörden das Erbe und sogar grundlegende Menschenrechte wie z. B. das Bürgerrecht vorenthalten. Christliche Männer ziehen meist in andere Städte oder Regionen und leben für die erste Phase ihres Lebens in Verfolgung unter einer neuen Identität und in Armut.

In vielen Fällen sind christliche Männer und Jungen die Versorger der Familie. Wenn sie Verfolgung erlebt haben, leidet ihre Familie oft durch das reduzierte Einkommen, da Männer und Jungen schwer geschlagen und sozial ausgegrenzt werden. Oft nimmt die örtliche Polizei die männlichen Christen mit, um sie lange und intensiv zu verhören. Daher steht die gesamte Familie wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenüber, wenn Männer und Jungen so für ihren Glauben leiden müssen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Angehörige aller Religionen außer dem Hinduismus erleben zu einem gewissen Grad Verfolgung – z. B. Buddhisten, Muslime, Bahai, Zeugen Jehovas und Sikhs. Alle diese Gruppen haben sich zusammengeschlossen, um in einer Bewegung namens „Dharmik Chautari“ für Religionsfreiheit zu werben. Aber es gibt auch Diskriminierungen gegenüber Hindus der niedrigen Kasten.

Beispiele:

- Im Mai 2018 erhielt die „Asian Human Rights Commission“ (AHRC) Informationen von der „Terai Human Rights Defenders Alliance“ (THRDA), dass 50 Dalit-Haushalte davon abgehalten wurden, den lokalen Shiva-Tempel in Jhawani in Bara zu betreten, obwohl sie mit Geldspenden und ihrer Arbeitskraft zu seinem Bau beigetragen hatten.
- Wie die „Kathmandu Post“ berichtete, brachte die Lokalregierung der Provinz 2 im Oktober 2018 einen Gesetzesentwurf ein, der die ausländische Förderung von Medressen (Koranschulen) offiziell möglich und sichtbar macht. Einige hinduistische Politiker sehen darin einen Widerspruch zur Verfassung und einen Weg, die muslimische Radikalisierung zu fördern, mit massiven Auswirkungen auf die nationale Sicherheit.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Es ist zu erwarten, dass das Maß der politischen Instabilität erhalten bleibt. Die Regierung von Premierminister Khadga Prasad Oli regiert das Land, seitdem sie am 15. Februar 2018 an die Macht kam. Unter dieser Regierung trat das Antibekehrungsgesetz in Kraft.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Religiös motivierten Nationalismus: Der Druck, die Geschichte zurückzudrehen und Nepal wieder zu einem hinduistischen Land zu machen, wächst. Unter der derzeitigen Regierung trat bereits ein Antibekehrungsgesetz in Kraft. In den letzten zwei Jahren haben extremistische Hindus ihre Aktivitäten gegen Nichthindus verstärkt – auch mit der Unterstützung von extremistischen Hindubewegungen aus Indien. Es ist zu erwarten, dass sie ihre Aktivitäten in Nepal noch erweitern. Der Einfluss dieser Triebkraft der Verfolgung wird daher wachsen.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Es ist zu erwarten, dass die ethnischen Spannungen in Nepal (eng verbunden mit Religiös motiviertem Nationalismus) weiterhin die nationale Politik beeinflussen werden.

Schlussfolgerung

Unter den gegebenen Umständen sind extremistische Hindus in der Lage gewesen, ihre Angriffe gegen Nichthindus ungestraft durchzuführen und auszuweiten. Bis jetzt hat die Regierung Nepals fast nichts unternommen, um sie aufzuhalten. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass Christen einer wachsenden Unterdrückung entgegensehen müssen.

zurück zur Länderübersicht

Bhutan: Platz 33

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Religiös motivierter Nationalismus: Der Buddhismus ist Teil des sozialen Gefüges und es wurde bis heute keiner christlichen Kirche erlaubt, eine ortsgemeindliche Struktur aufzubauen. Alle christlichen Gemeinschaften müssen im Geheimen arbeiten. Besonders in ländlichen Gegenden stellen sich buddhistische Mönche gegen die Präsenz von Christen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: In einigen Gegenden herrscht der traditionelle Bön-Glaube vor. Das Zusammenwirken von Stammesglauben und Buddhismus sorgt insbesondere in den zentralen und östlichen Regionen des Landes für Verfolgung.

Konfessioneller Protektionismus: Der Wechsel zu einer anderen christlichen Denomination ist sehr schwer, egal aus welchem Grund er geschieht – christliche Leiter und die eigene Familie üben dann Druck aus.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Regierung und Behörden versuchen, die nationale Identität und Einheit Bhutans zu bewahren und unterdrücken oder eliminieren Elemente, die sie als „ausländisch“ wahrnehmen. Dazu gehört auch der christliche Glaube. Die Regierung hält den buddhistischen Glauben als „geistiges Erbe“ des Landes aufrecht, wie es in der Verfassung festgelegt ist. Die Trennung von Religion und Staat wird nicht anerkannt. Man könnte sagen, die Regierung arbeitet auf zwei Ebenen: Einerseits sind Regierungsbeamte Verfolger, da sie die Staatsgewalt ausüben, andererseits versuchen sie, dem Buddhismus und dem spirituellen Erbe des Landes wahrhaft zu folgen. Buddhistische und teilweise auch hinduistische Leiter treten ebenfalls als Verfolger auf. Die Verschmelzung ethnischer Überzeugungen mit dem Buddhismus kann zu weiterer Verfolgung führen: Christen, die sich sowohl dem buddhistischen Glauben als auch traditionellen Riten verweigern, geraten noch leichter in Schwierigkeiten; dies gilt besonders für Christen in den zentralen und östlichen Regionen des Landes. Christen mit buddhistischem oder hinduistischem Hintergrund werden zudem stark von Familienangehörigen verfolgt.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Es wird von allen Bhutanern erwartet, dem Buddhismus zu folgen. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird mit Misstrauen beobachtet; in den meisten Fällen wird jedoch versucht, die Person dazu zu bewegen, wieder ihrer alten Religion zu folgen. Religiöse Leiter, das soziale Umfeld und Familienangehörige wirken hier häufig zusammen. Es gibt keine Kirche, die offiziell vom Staat anerkannt ist. Das bedeutet, dass Christen sich eigentlich im Bereich der Illegalität bewegen, wenn sie sich zum Gottesdienst versammeln. Lokale Behörden verweigern Christen häufig sogenannte „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“. Diese werden für Kredite, die Registrierung von Besitztümern, Bewerbungen und die Erneuerung von Ausweisen benötigt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Die Verfolgung war in Bhutan nie besonders gewalttätig. Aus Sicherheitsgründen werden keine Einzelheiten beschrieben.

- Eine Hauskirche musste schließen und ihre Treffen einstellen, da sie Warnungen und Drohungen von den Behörden erhalten hatte. Zwei Pastoren wurden zur Befragung festgehalten.
- Berichten zufolge wurden christliche Studenten dazu gezwungen, morgens und abends an buddhistischen Ritualen teilzunehmen und in einem Fall sogar dazu, buddhistische Schreine zu säubern.
- Traditionell werden in Bhutan Aussaat und Ernte als Dorfgemeinschaft durchgeführt. Mehrere Landwirte teilen sich die Arbeitslast und helfen einander. Christliche Landwirte werden von dieser Praxis üblicherweise ausgeschlossen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Bhutan Platz 33 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Die Gesamtpunktzahl ist im Vergleich zum Vorjahr um zwei Punkte gestiegen, der Wert für Gewalt ist jedoch gesunken. Der Druck auf Christen ist in nahezu allen Lebensbereichen sehr hoch. Das spiegelt insbesondere die Schwierigkeiten wider, die Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund erfahren. Sie werden in der Gesellschaft nicht anerkannt und daher vernachlässigt; häufig werden sie von anderen Farmern gemieden, bekommen bestimmte Dokumente von den Behörden nicht ausgestellt oder erleben Diskriminierung in der Schule.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die beständige Betonung des Buddhismus der Mahayana-Ausrichtung als spirituelles Erbe des Landes macht der christlichen Minderheit das Leben schwer. Bhutan ist seit Jahrhunderten ein buddhistisches Königreich. Selbst nach der Bildung einer konstitutionellen Monarchie im Jahr 2001 und der Einführung demokratischer Wahlen im Zuge der neuen Verfassung im Jahr 2008, wird dem Buddhismus weiterhin eine dominierende Rolle im Land eingeräumt. Gemäß Artikel 3(1) der Verfassung ist der Buddhismus „das spirituelle Erbe Bhutans“, das unter anderem „die Grundsätze und Werte des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Mitgefühls und der Toleranz“ fördert. Zusätzlich ist es „die Verantwortung aller religiösen Institutionen und Persönlichkeiten, das spirituelle Erbe des Landes zu fördern“. Folglich ist der Buddhismus offiziell nicht ausdrücklich als Staatsreligion definiert. Stattdessen definiert die Verfassung Bhutan als säkularen Staat und bejaht religiöse Toleranz. Dies sieht in der Realität jedoch oft anders aus. Der Buddhismus ist stark in den Alltag der Menschen eingeflochten und in politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sogar wirtschaftlichen Dynamiken des Landes deutlich sichtbar. Dies wird beispielsweise an den sogenannten „Dzongs“ deutlich. Diese sind administrative Zentren mit einer Abteilung für politische Verwaltung und einer weiteren für religiöse Autoritäten, zu der häufig auch buddhistische Tempel und Unterkünfte für Mönche gehören. Bis heute wurde es keiner einzigen Kirche erlaubt, eine ortsgemeindliche Struktur aufzubauen. Alle christlichen Gemeinschaften müssen

im Geheimen arbeiten. Besonders in ländlichen Gegenden stellen sich buddhistische Mönche gegen die Anwesenheit von Christen, während die Behörden nichts unternehmen, um Christen zu schützen. Stattdessen stehen sie meist eher auf der Seite der Mönche.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Auch Schamanen des traditionellen animistischen Bön-Glaubens üben Druck auf Christen aus. Obwohl die meisten Bürger nicht ausschließlich diesem Glauben anhängen, halten sie besonders in ländlichen Gebieten an bestimmten Riten und Traditionen fest. Christliche Konvertiten, die sich weigern, daran teilzunehmen, werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Auch die Vermischung von Stammesglauben und Buddhismus führt besonders in den zentralen und östlichen Teilen des Landes zur Verfolgung von Christen.

3. Verfolger

Ausgehend von religiös motiviertem Nationalismus

Regierung und Behörden versuchen, die nationale Identität und Einheit Bhutans zu bewahren, und unterdrücken oder eliminieren Elemente, die sie als „ausländisch“ wahrnehmen. Dazu gehört auch der christliche Glaube. Die Regierung hält den buddhistischen Glauben als „spirituelles Erbe“ des Landes aufrecht, wie es in der Verfassung festgelegt ist. Die Trennung von Religion und Staat wird nicht anerkannt. Als Vollstrecker der Staatsgewalt sind daher Regierungsbeamte Verfolger. Buddhistische und teilweise auch hinduistische geistliche Leiter handeln ebenfalls als Verfolger. Für Christen mit anderem religiösen Hintergrund sind die Mitglieder der eigenen Familie starke Verfolger.

Ausgehend von ethnisch begründeten Anfeindungen

Die Verschmelzung ethnischer Überzeugungen mit dem Buddhismus kann zu weiterer Verfolgung führen. Christen, die sich sowohl dem buddhistischen Glauben als auch traditionellen Riten verweigern, geraten noch leichter in Schwierigkeiten. Die stärkste Verfolgung geht hier von geistlichen Leitern des traditionellen Glaubens sowie Familie und sozialem Umfeld aus. Dies gilt besonders für Christen in den zentralen und östlichen Regionen des Landes.

4. Hintergrund

Bhutan ist eingezwängt zwischen den zwei großen Nachbarn Indien im Süden und China im Norden. Das Land taucht nicht sehr oft in den internationalen Schlagzeilen auf, es sei denn die beiden Nachbarstaaten beschließen, ihre militärischen Kräfte an ihrer viel umstrittenen Grenze zu messen, wie von Juni bis August 2017 geschehen. Damals wies auch Bhutan Chinas Anspruch auf das Doklam-Plateau ab. Das Land erlangte einige Berühmtheit für die Einführung des Bruttonationalglücks, das den Grad der Zufriedenheit aller Staatsbürger misst. Die Demokratie wird mehr und mehr gefestigt, allerdings geschieht dies in einem Umfeld, in dem alle Parteien die Vorherrschaft des Buddhismus anerkennen und dem König gegenüber loyal sind. Die Situation von Christen, die unter den Bhutanern eine kleine Minderheit darstellen, blieb dabei unverändert: Sie haben noch immer keine formale Anerkennung erhalten.

Bhutan sieht sich wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber und muss Wege finden, der jungen Generation des Landes gute Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Dies hat sich im aktuellen Berichtszeitraum erneut als dringend erwiesen, besonders nachdem im Mai 2018 ein Bericht erschien,

in dem die Weltgesundheitsorganisation WHO die bhutanische Stadt Pasakha als die am zweitstärksten verschmutzte Stadt der Welt benannte. Das Land ist stark vom Tourismus abhängig und Umweltverschmutzung sorgt für negative Schlagzeilen. Obwohl die Anzahl der Touristen und die Einnahmen, die durch ausländische Währungen erwirtschaftet werden, sich zu stabilisiert haben scheinen, wird es immer schwieriger, jungen Erwachsenen eine Karriereperspektive im Tourismusbereich zu bieten. Eine weitere Herausforderung, die nicht zu dem Bild einer glücklichen Nation passt, ist die Frage, wie man sich um die einem Bericht zufolge relativ große Zahl psychisch kranker Menschen kümmern kann.

Je nachdem, wie sich die Wirtschaft weiterentwickelt, könnte sich dies entsprechend auf die christliche Minderheit auswirken. Sollte sich das Land in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten wiederfinden, könnte es das buddhistische Kulturerbe noch stärker betonen und damit die Anerkennung der wachsenden christlichen Minderheit in weite Ferne rücken lassen. Wenn sich die wirtschaftliche Lage aber positiv entwickelt, könnte dies die Betonung des buddhistischen Erbes Bhutans abmildern und die Anerkennung der christlichen Gemeinschaft möglich machen. Die neue Regierung, die im Oktober 2018 gewählt wurde, verspricht keine weitreichenden Änderungen, besonders nicht, was Grundrechte und Religionsfreiheit angeht. Das zeigte sich bereits im August 2018, als ein Journalist zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er Buthans Bekenntnis zur Meinungsfreiheit infrage stellte.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Im 19. Jahrhundert existierte eine kleine römisch-katholische Gemeinde in Bhutan unter der indischen Diözese von Darjeeling, die es auch heute noch gibt. Sie werden zu einem gewissen Grad toleriert, da sie eher unter sich bleiben. Doch auch sie haben keine offizielle Anerkennung und sind Diskriminierungen ausgesetzt, wie alle anderen christlichen Denominationen.

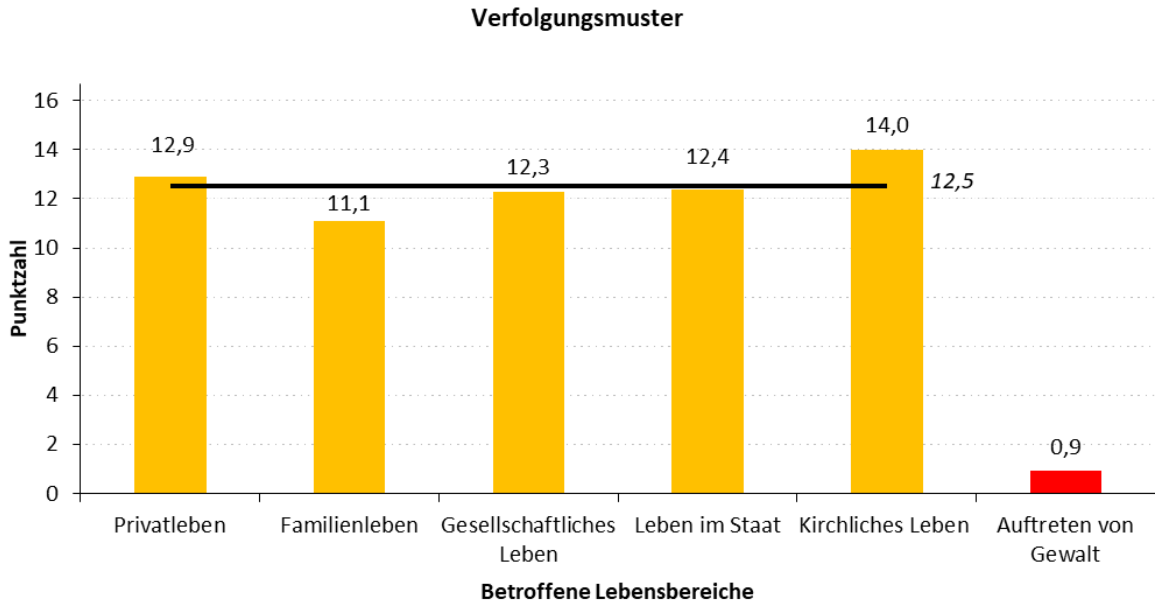
Christen mit anderem religiösen Hintergrund

Christen mit buddhistischem, hinduistischem oder Bön-Hintergrund erleben starken Druck vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarn, zu ihrem jeweiligen alten Glauben zurückzukehren. Sie sind nicht nur der gleichen Diskriminierung ausgesetzt wie alle Christen im Land, sondern müssen zudem mit dem konstanten Druck umgehen, der auf sie ausgeübt wird, damit sie zu dem Glauben ihrer Familie zurückkehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Kategorie schließt Christen aus evangelikalen und pfingstlichen Gemeinden ein, ferner auch Gemeinschaften wie Brüdergemeinden und „El Shaddai“. Sie sind jedoch nicht anerkannt und können daher von den Behörden unter Druck gesetzt werden. Dies kann sich in Überwachung, Durchsuchungen oder sogar Festnahmen und Inhaftierungen äußern.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bhutan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt blieb der Druck auf Christen in Bhutan auf einem sehr hohen Niveau. Der durchschnittliche Wert stieg von 12,1 Punkten im Vorjahr auf 12,5 Punkte an.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Privatleben“, doch auch in den anderen drei Kategorien ist er auf einem sehr hohen Niveau. Der Druck auf christliche Konvertiten ist besonders hoch in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“, während alle Christen Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ausgesetzt sind. Das rührt daher, dass die christliche Minderheit weiterhin im alltäglichen Leben ausgegrenzt und nicht als religiöse Gemeinschaft anerkannt wird.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen sank von 1,1 Punkten auf 0,9 Punkte.

Privatleben

Jeder Glaubenswechsel führt zu Widerstand. Sogenannte „Zwangskonversion“ ist eine Straftat, wobei der Begriff „Zwang“ Interpretationsspielraum bietet. In der Praxis ist der Glaubenswechsel in den meisten Fällen einfach verboten. In Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuchs wird festgelegt, dass ein Glaubenswechsel aus Nötigung oder anderen Anreizen eine Straftat darstellt. „Nötigung“ und „andere Anreize“ sind dabei jedoch nicht eindeutig definiert. Der Übertritt zu einer anderen Religion wird sowohl von der Familie und dem sozialen Umfeld als auch von religiösen Obrigkeiten und dem Staat strikt abgelehnt. Sogar das bloße Verteilen von Traktaten mit dem Evangelium, ohne darüber zu sprechen oder jemanden in die Kirche einzuladen, kann zu einer Verhaftung führen. Christliche Konvertiten müssen daher sehr vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben, vor allem, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Dann kann es für sie bereits gefährlich sein, zuhause christliche Symbole zu zeigen. Christen treffen sich meist in gemieteten Räumlichkeiten – das kann zu

Schwierigkeiten führen, wenn der Hausbesitzer Buddhist ist. Sie tragen oder zeigen zudem sehr selten zuhause christliche Symbole. In ländlichen Gebieten werden Konvertiten, von denen bekannt ist, dass sie dem christlichen Glauben folgen, oft genauestens beobachtet. Im Berichtszeitraum gab es mehrere Fälle, in denen Christen von ihren Familien in Isolation gehalten oder aus dem Haus geworfen wurden.

Familienleben

Im Falle einer Entdeckung ihres neuen Glaubens drohen Konvertiten die Scheidung (wenn sie verheiratet sind) und der Verlust des Erbrechts. Es kann auch vorkommen, dass sie von ihrer eigenen Familie als geisteskrank erklärt werden. Öffentliche Taufen sind illegal und daher nicht durchführbar. Eine christliche Beerdigung zu organisieren, ist ebenfalls sehr schwierig oder oftmals gar unmöglich. Üblicherweise beerdigen Christen ihre verstorbenen Familienmitglieder daher im benachbarten Indien. Vielen Christen wurde aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit die Ausstellung eines elektronischen Personalausweises verwehrt. Dieses Problem betrifft besonders Christen mit buddhistischem Hintergrund. Für den Alltag benötigen alle Bürger eine sogenannte "Unbedenklichkeitsbescheinigung", die von den örtlichen Behörden ausgestellt wird, um zu zeigen, dass die Person keine Probleme im Dorf verursacht hat. Dieses Dokument wird benötigt, um Kredite zu beantragen, Besitz zu registrieren, sich auf Arbeitsplätze zu bewerben und Ausweise zu erneuern. Christen wird manchmal keine Bescheinigung ausgestellt oder es wird ihnen sehr schwergemacht, eine zu erhalten.

Kinder von Christen müssen in der Schule die Lehren des Buddhismus lernen und praktizieren. Sie erleben Druck vonseiten der Lehrer und Mitschüler und erleben häufig Mobbing. Sie werden sogar dazu gezwungen, unter strenger Aufsicht morgens und abends an den täglichen buddhistischen Gebeten und an bestimmten jährlichen Ritualen teilzunehmen. Oft wird ihnen Essen gegeben, das zuvor Götzenbildern geopfert wurde. Jede Schule und jede Universität in Bhutan hat einen buddhistischen Schrein, eine Gebetsmühle und eine Ort zum Gebet. In einem Fall wurde eine christliche Schülerin mehr als ein Jahr lang dazu gezwungen, den Schrein und alle seine Statuen zu säubern und sich vor ihnen zu verneigen.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten erfahren starken Druck vonseiten ihrer Familie, Freunden und Nachbarn, die oft damit drohen, sie den lokalen Behörden zu melden, wenn sie ihren christlichen Glauben nicht widerrufen. Traditionell werden in Bhutan Aussaat und Ernte als Dorfgemeinschaft durchgeführt. Christen sind von dieser Praxis allerdings ausgeschlossen und können mit keinerlei Hilfe rechnen. Die anderen Dorfbewohner machen es Christen oft sehr schwer: Wenn sie nicht an religiösen Feierlichkeiten teilnehmen und zu ihnen beitragen, setzen sie sich damit noch größeren Schikanen aus. Um zur Schule zugelassen zu werden, benötigen Kinder ein Empfehlungsschreiben des Dorfoberhauptes oder der lokalen Regierungsbehörde; solch ein Schreiben zu erhalten, ist oft schwierig für Christen. Wenn sie es erhalten, werden ihre Kinder in der Schule diskriminiert. Sie erhalten schlechtere Noten, was ihnen wiederum den Zugang zu höherer Bildung erschwert. In den Schulen muss jeder an buddhistischen Ritualen teilnehmen. Christen werden zudem immer wieder dazu aufgefordert, an traditionellen religiösen Festen in ihrer Gemeinschaft mitzuwirken. Außerdem sind Christen, die ein Geschäft eröffnen wollen, oft von staatlichen Subventionen ausgeschlossen.

Leben im Staat

Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als „spirituelles Erbe“ der Nation. So wird der Buddhismus als Staatsreligion behandelt und alle religiösen Institutionen haben die Pflicht, dieses spirituelle Erbe Bhutans zu fördern. Am 24. Mai 2011 erließ die Regierung einen Gesetzesnachtrag und fügte eine Anti-Konversions-Klausel ins Strafgesetzbuch ein, um Artikel 7(4) der Verfassung des Königreichs Bhutan zu erfüllen. Dieser besagt, dass „ein bhutanischer Staatsbürger das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“ haben soll. „Niemand soll durch Nötigung oder Anreize dazu gezwungen werden, einem anderen Glauben anzugehören.“ Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches (Zusatz) von Bhutan 2011 sagt aus: „Ein Angeklagter ist schuldig des Vergehens, andere zu einem anderen Glauben bewegt zu haben, wenn er sich dabei der Nötigung oder einer anderen Art der Beeinflussung bedient hat, um die Bekehrung zu einem anderen Glauben zu erreichen.“ Abschnitt 463 (B) fügt hinzu: „Das Vergehen, andere zu einem anderen Glauben zu zwingen, wird als Ordnungswidrigkeit behandelt.“ Das kann in Bhutan mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Es ist Christen nicht erlaubt, öffentlich christliche Symbole zu zeigen. Es sind keine christlichen Zivilgesellschaftsorganisationen erlaubt. Christen werden vor Gericht oft zu schweren Strafen verurteilt, auch dann, wenn es kaum Beweise gibt, die die Anklage gegen sie stützen. Die wenigen christlichen Beamten stehen unter starkem Druck, an buddhistischen Riten teilzunehmen und zu Festen beizutragen. Weigern sie sich, werden sie unter Druck gesetzt, zurückzutreten. Wird ein Christ einer „unethischen Konversion“ für schuldig befunden, hat er keine Chance, eine der oben beschriebenen Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu erhalten.

Auch in sozialen Medien wird der christliche Glaube verunglimpft. In einem Facebookeintrag vom 25. März 2018 heißt es: „Der christliche Glaube in Bhutan muss mit vereinten patriotischen Kräften zerquetscht werden: Externe Bedrohungen können erkannt und identifiziert werden. Anschließend ist es möglich, entsprechende Wege der Gegenwehr auf Regierungsebene auszuarbeiten. Versuche, unsere Kultur und Religion zu beschädigen, die bereits unsere Gesellschaft infiltriert haben, müssen identifiziert und über soziale Medien bekanntgemacht werden, insbesondere ihre Hochburgen und Stützpunkte für wöchentliche Treffen und ihre heiligen christlichen Tage. Das Heimat- und Kulturministerium, sowie die königliche Polizei müssen aktiv werden, sobald die Privathäuser, die für solche Treffen mit Gebeten und Gesängen wie Kirchen genutzt werden, der Regierung bekanntgemacht worden sind. Der individuelle Glaube darf laut Gesetz ausgelebt werden. Aber er darf nicht durch neue Einrichtungen wie Kirchen oder Moscheen praktiziert werden, die genutzt werden, um zu predigen, zu lehren, Gebete zu sprechen, Messen zu feiern oder Hymnen zu singen. Das war in unserer Geschichte noch nie erlaubt. Jeder Leser, der Wissen von solchen Treffen und Predigern hat, nenne in den Kommentaren bitte folgende Punkte: 1. Name des Ortes. 2. Name der Straße. 3. Hausnummer. 4. Name des Vermieters. 5. Name des Anführers / Priesters. Nennt nicht die Anhänger; diese sollten als unschuldig gelten, da sie nur dem Geld hinterher sind. Wenn wir die Haupttäter erst einmal dingfest gemacht haben, werden sie schon nach und nach zum Glauben der Väter zurückkommen. Wenn du deine Kultur und Religion liebst, werde jetzt aktiv, um das Gesetz unseres Landes zu aktivieren, damit es gegen diese illegalen Treffen und Lehren vorgeht, in welcher Ecke des Landes sie auch sein mögen. Stoppt ihr Wachstum, bevor es zu spät ist. Jetzt oder nie.“

Kirchliches Leben

Das Thema Registrierung bleibt für die Christen in Bhutan das größte Problem. Ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Zwar erklärt die Landesregierung, dass Christen sich treffen dürfen, ihre Versammlungen werden jedoch zum Teil von Dorfbewohnern gestört oder ihre Legalität wird auf Dorf- oder Bezirksebene infrage gestellt. Christen, die sich in religiösen Angelegenheiten mit den Behörden in Verbindung setzen, werden regelmäßig diskriminiert. Christliche Gemeinschaften, die sich bei der „Kommission für religiöse Angelegenheiten“ (CRO) registrieren lassen wollen, bekommen zumeist keine Antwort. Bis heute wird keine christliche Gemeinschaft im Land offiziell anerkannt.

Die Regierung hält die Treffen weiterhin auf Privathaushalte beschränkt, um das Wachstum des christlichen Glaubens beschneiden und die Gruppen in Abhängigkeit vom Vermieter zu halten. Manchen Christen ist es gelungen, einen größeren Versammlungsort zu mieten, aber alle laufen Gefahr, entdeckt zu werden, und manche wurden bereits von den Behörden aufgesucht. Es gab Vorfälle, bei denen Christen mit ernsthaften Konsequenzen gedroht wurde, wenn sie sich weiterhin träfen. Dementsprechend treffen sich viele Christen entweder sehr früh am Morgen oder sehr spät abends und lassen dabei die Lichter im Haus aus, um keinen Verdacht zu erregen. Bibeln und anderes christliches Material können nicht in Bhutan produziert werden. Der Import ist nicht erlaubt, außer er geschieht in kleinen Mengen und nur für den privaten Gebrauch.

Auftreten von Gewalt

Die Verfolgung in Bhutan ist nicht sehr gewalttätig. Die Behörden bevorzugen es, weniger stark sichtbare Mittel zu nutzen. Im Berichtszeitraum war jedoch eine Hauskirche aufgrund von Druck durch die Regierung gezwungen, zu schließen. Beispiele dazu im Abschnitt "Zusammenfassung".

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Es sind weiterhin keine Informationen zur geschlechtsspezifischen Verfolgung in Bhutan verfügbar. Wenn männliche Christen jedoch ihre Arbeit verlieren, von der traditionellen Art der Landwirtschaft ausgeschlossen, oder (in seltenen Fällen) verhaftet werden, betrifft dies die gesamte Familie, da Männer üblicherweise die Hauptversorger der Familie sind.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben der christlichen Gemeinschaft ist auch die winzige muslimische Minderheit in Bhutan nicht anerkannt. Hindus (die der nepalesischen Ethnie angehören) genießen zwar eine gewisse Form der Anerkennung, werden aber als Bürger zweiter Klasse behandelt und erleben demnach ebenfalls Diskriminierung.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Die Entscheidung Bhutans, sich während des militärischen Kräftemessens Chinas und Indiens zwischen Juni und August 2017 ruhig zu verhalten und nicht den Anschein zu erwecken, das Land schlage sich auf eine Seite, muss als weise Entscheidung gesehen werden. Das Überleben Bhutans könnte davon abhängen, die Wünsche und Bedürfnisse Chinas und Indiens in Einklang zu bringen. Dies könnte dazu

führen, dass die Behörden den ausländischen Beziehungen mehr Beachtung schenken als der Innenpolitik. Die Wahlen des Nationalrats im April 2018 verliefen reibungslos und spiegeln die Tatsache wider, dass es deutlich wichtigere Institutionen im Land gibt als das Parlament.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Religiös motivierten Nationalismus: In einer Situation, in der Bhutan seinen einzigartigen Platz in der Region zeigen muss, ist es sehr wahrscheinlich, dass das Land dies tut, indem es sich auf sein außergewöhnliches religiöses und kulturelles Erbe beruft. Dies gilt auch für die neue Regierung, die im Oktober 2018 gewählt wurde. Mit Blick auf Bürgerrechte deutet die Verurteilung eines Journalisten im August 2018 (siehe Abschnitt „Hintergrund“) ebenfalls nicht auf eine offenere Politik hin.

Schlussfolgerung

Es sieht nicht danach aus, als würde die christliche Gemeinschaft in Bhutan in den kommenden Monaten den Schutz und den Raum bekommen, den sie benötigt. Die Zukunft der christlichen Minderheit wird weiterhin dadurch bestimmt, wie sich der Religiös motivierte Nationalismus, die Haupttriebkraft der Verfolgung pin Bhutan, entwickelt.

zurück zur Länderübersicht

Kasachstan: Platz 34

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Diktatorische Paranoia: Außerhalb der staatlich geleiteten und vom Regime kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Es ist üblich, Mitglieder protestantischer Kirchen als Angehörige einer fremdartigen Sekte zu betrachten, welche die Regierung stürzen will. Aus dieser Sicht müssen sie kontrolliert oder sogar ausgemerzt werden.

Islamische Unterdrückung: Wenn muslimische Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft starken Druck bis hin zu körperlicher Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die beiden bedeutendsten Verfolger von Christen in Kasachstan sind der Staat und die muslimische Umgebung. Die Verfolgung durch den Staat zeigt sich in Form von Überwachung religiöser Aktivitäten sowie dem Beobachten von Gottesdiensten durch Polizei, Geheimdienste und lokale Behörden. In regelmäßigen Abständen finden in nichtregistrierten Kirchen Razzien durch staatliche Behörden statt. Die allgemein vorherrschende islamische Kultur erschwert insbesondere das Leben von Christen mit muslimischem Hintergrund.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die Religionsfreiheit wird bereits durch Gesetze aus dem September 2011 beschnitten und die Regierung in Kasachstan arbeitet beständig daran, mehr Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erlangen. Dies äußert sich in einer Zunahme der Überwachung, Razzien bei Veranstaltungen und Festnahmen von Christen. Die Regierung nutzt die Bedrohung durch den extremistischen Islam als Vorwand, um immer mehr Freiheiten einzuschränken. Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche erfahren vonseiten der Regierung die wenigsten Schwierigkeiten, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakt mit der ethnisch kasachischen Bevölkerung aufzunehmen. Christen muslimischer Herkunft (vor allem Kasachen und Angehörige anderer muslimisch geprägter Völker) tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl vonseiten des Staates als auch durch Familie, Freunde und die Gesellschaft. Manche Christen werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am Sonntag, den 25. Februar 2018, unterbrachen Beamte des staatlichen Geheimdienstes Kasachstans einen Gottesdienst und verhafteten den Pastor, seine Frau und die Leiter der Kirche. Letztere wurden in Gefängniszellen gebracht und drei Stunden lang befragt, bevor sie wieder gehen durften. Dem Pastor wurde „religiöser Extremismus“ vorgeworfen und es wurden über hundert Kilogramm christliche Bücher und Bibeln in seiner Wohnung beschlagnahmt.

- Anfang April 2018 wurde das Auto eines Christen (und Pastors) mit muslimischem Hintergrund nachts gestohlen und zerstört.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 63 Punkten steht Kasachstan auf Platz 34 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Die Gesamtpunktzahl ist im Vergleich zum Vorjahr 2018 gleichgeblieben. Obwohl die Punktzahl im Bereich Gewalt niedriger ist, bleibt der Druck auf die Christen in allen Lebensbereichen hoch beziehungsweise sehr hoch, besonders in den Bereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Leben“.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Außerhalb der staatlich geleiteten und vom Regime kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Seit dem Jahr 2015 hat sich der Druck der Behörden verstärkt und es gab weiterhin Razzien bei Veranstaltungen sowie Befragungen und Festnahmen von Christen während des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2019. Besonders Mitglieder protestantischer Kirchen werden angegriffen, da sie als ausländischer Einfluss betrachtet werden, mit dem Ziel, das gegenwärtige politische System zu zerstören. Diese Sichtweise erklärt, warum sie streng kontrolliert werden.

Islamische Unterdrückung

Wenn Kasachen oder Angehörige anderer muslimisch geprägter Völker sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft in der Regel starken Druck bis hin zu körperlicher Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und üben so zusätzlichen Druck auf sie aus. Dies alles führt dazu, dass Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben möglichst geheim halten.

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- Regierungsbeamte: Die Regierung unterdrückt alle religiösen Aktivitäten, die keiner staatlichen Kontrolle unterliegen. Mitglieder protestantischer Kirchen wurden mit Geldstrafen belegt, verhaftet und in ihren Kirchen wurden Razzien durchgeführt. Seit Jahren wird einigen christlichen Gruppen die Registrierung verweigert, jedoch ist es nichtregistrierten Kirchen verboten, Versammlungen abzuhalten. Dies führt dazu, dass sie sich im Geheimen treffen und dass während ihrer Gottesdienste Razzien stattfinden. Religiöse Literatur muss von der Regierung genehmigt werden. Nicht genehmigte Treffen religiöser Art können zu Geldstrafen, Verhaftungen und Verhören führen.

- Gewöhnliche Bürger: Die meisten Bürger Kasachstans sind muslimischen Glaubens. Gegen Glaubenswechsel zum christlichen Glauben begehren sie auf und melden den Behörden vor Ort christliche Aktivitäten.
- Die Regierungspartei von Präsident Nasarbajew treibt ebenfalls die Christenverfolgung voran, indem die Verfolgung zum großen Teil von der Regierung zugelassen wird.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- Regierungsbeamte vor Ort haben Verbindungen zur muslimischen Gemeinschaft, das beeinflusst ihr Verhalten gegenüber Christen.
- Kasachische Führungspersönlichkeiten betrachten eine Hinwendung zum christlichen Glauben als Angriff auf die kasachische Identität; die Behörden unterstützen diese Sichtweise.
- Muslimische Geistliche äußern offen ihre Feindseligkeit gegenüber Christen, die nicht der russisch-orthodoxen Kirche angehören und besonders gegen Christen, die einen muslimischen Hintergrund haben.
- Auf lokaler Ebene sind die meisten Bürger Muslime. Sie lehnen die Hinwendung zu einem anderen Glauben ab und haben eine negative Einstellung gegenüber christlichen Aktivitäten.
- Wenn muslimische Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft starken Druck bis hin zu körperlicher Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren.

4. Hintergrund

Präsident Nasarbajew altert zusehends (er wurde am 6. Juli 1940 geboren). Bislang ist unklar, wer seine Nachfolge antreten wird. Vermutlich wird der künftige Präsident einen ähnlichen Hintergrund wie Nasarbajew haben, so dass keine große Veränderung zu erwarten ist.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die große russische Minderheit im Norden des Landes. Laut der Volkszählung aus dem Jahre 2009 sind 23,7 Prozent der Gesamtbevölkerung Kasachstans russischer Herkunft. Diese Tatsache bereitet dem Regime ebenfalls einige Kopfschmerzen angesichts der machtbewussten Politik der russischen Regierung unter Präsident Putin. Die Geschehnisse auf der Krim und in der Ostukraine zeigen, dass die Sorgen Kasachstans nicht unbegründet sind.

Eine kleine, aber wachsende Gruppe islamischer Extremisten, die in der Vergangenheit kleinere Bombenanschläge verübt hat, verstärkt die Sorgen des Landes zusätzlich. Behördenangaben zufolge kämpfen im Ausland mindestens 300 kasachische Dschihadisten an der Seite des „Islamischen Staates“ (IS). Inoffizielle Quellen sprechen von deutlich höheren Zahlen. Das Regime nutzt diese Informationen und übertreibt sogar die Gefahren, um die zunehmende Kontrolle der Gesellschaft und weitere Einschränkungen von Freiheiten zu rechtfertigen.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppen, von denen die russisch-orthodoxe Kirche mit Abstand die größte Gruppe darstellt, sind nicht an Missionsaktivitäten unter Kasachen beteiligt. Da das kasachische Regime sie nicht als Gefahr einstuft, können sie weitgehend ungestört agieren. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein

Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie gegen die russisch-orthodoxe Kirche vorgeht. Die Vorkommnisse im Osten der Ukraine dienen als warnendes Beispiel.

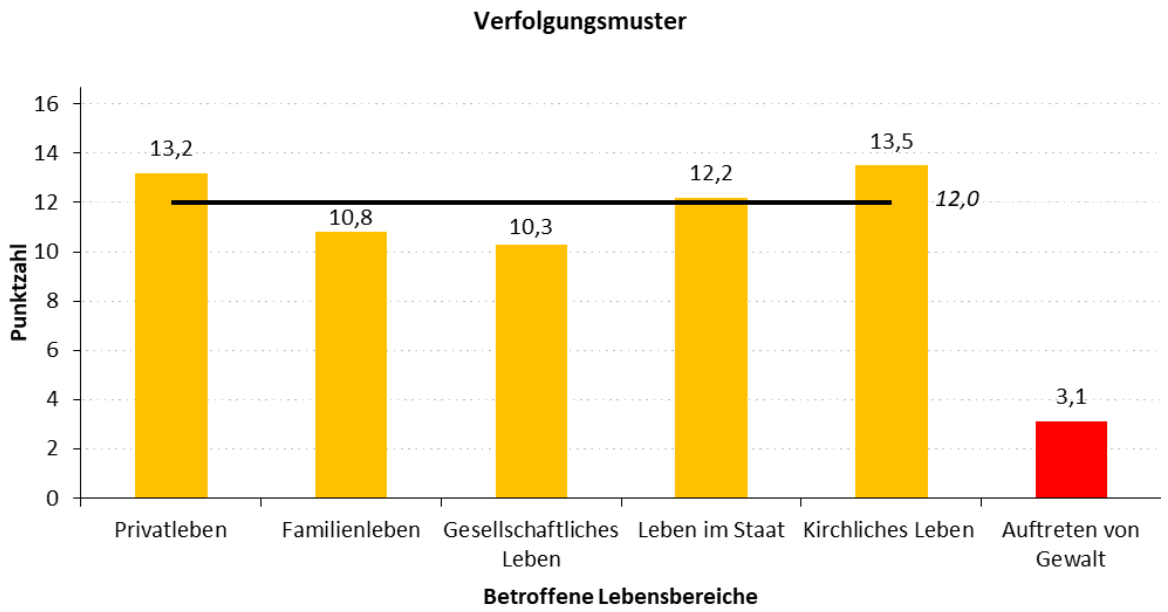
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung in Kasachstan. Abgesehen von Beeinträchtigungen seitens des Staates werden sie auch von Familie, Freunden und Gesellschaft unter starken Druck gesetzt, was für sie bei weitem das Schlimmere ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Besonders Mitglieder protestantischer Freikirchen (beispielsweise Baptisten, evangelikale Christen und Pfingstgemeinden) erleben eine stärker werdende Verfolgung. Vor allem die nichtregistrierten Gruppen, die aktiv das Evangelium verbreiten, sind betroffen; doch alle Christen aus dieser Kategorie leiden unter Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kasachstan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen beträgt ein sehr hohes Maß (12,0 Punkte) und ist im Vergleich zum Wert auf dem Weltverfolgungsindex 2018 (11,8) leicht angestiegen. Der Anstieg betrifft nahezu alle Lebensbereiche.
- In allen Lebensbereichen ist der Druck hoch bzw. sehr hoch. Die höchsten Wertungen finden sich in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Privatleben“.
- Die Punktzahl für Gewalt ist immer noch recht hoch, obwohl sie von 3,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2018 auf 3,1 Punkte gesunken ist. So wie in allen anderen Ländern Zentralasiens gibt es nur wenige Berichte über gewaltsame Zwischenfälle.

Privatleben

Die Hinwendung von Menschen zum christlichen Glauben löst in Kasachstan oft heftige Reaktionen aus. Christen mit muslimischem Hintergrund vermeiden, ihren Glauben oder christliche Symbole öffentlich zu zeigen, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Der Staat ist außerordentlich empfindlich, was die Ausbreitung „nichttraditioneller" Religionen ohne staatliche Anerkennung angeht. Protestantische Christen sind das Hauptziel der staatlichen Überwachung und Durchsuchungen. Die Beschlagnahmung christlicher Materialien und Bücher sowie Geldstrafen für christliche Aktivitäten sind nicht unüblich. Wenn Christen muslimischer Herkunft in ihrem Verwandtenkreis oder sozialen Umfeld Glaubensthemen ansprechen, entstehen dadurch fast immer Konflikte. Da sie von der Gemeinschaft genau beobachtet werden, ist es für Christen muslimischer Herkunft schwierig, sich mit anderen Christen zu treffen. Sie laufen Gefahr, von ihrer Familie zu Hause eingesperrt zu werden. Damit sollen sie dazu gezwungen werden, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Der kasachische Geheimdienst (KNB) überwacht alle Christen, die nicht der russisch-orthodoxen Kirche angehören.

Familienleben

Ein äußerst wichtiger Schritt für kasachische Christen muslimischer Herkunft ist die Taufe, die sehr häufig zu Konflikten mit muslimischen Verwandten führt. Auf islamischen Friedhöfen ist zwar die Beerdigung von Christen erlaubt, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Bestattung nach islamischen Riten abgehalten wird. Die Religionsfreiheit im Land wird immer weiter eingeschränkt und die Überwachung durch Sicherheitskräfte nimmt immer stärker zu. Für protestantische Christen wurde die Situation besonders durch ein Gesetz aus dem Jahr 2011 erschwert, das Aktivitäten von staatlich nicht anerkannten religiösen Gruppen einschränkt. Kinder protestantischer Christen werden aufgrund des christlichen Glaubens ihrer Eltern oftmals belästigt oder diskriminiert. Schulen und Institutionen verwenden staatliche Gelder für die Organisation von Propagandaveranstaltungen zur Bekämpfung von „Sekten", was evangelikale Gemeinden einschließt. Angeblich ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings wird jeder Bürger nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert. Wenn Christen mit muslimischem Hintergrund sich weigern, ihren neuen Glauben zu widerrufen, kann es passieren, dass die Familien versuchen, eine Scheidung zu erzwingen oder ihnen das Sorgerecht für die Kinder zu entziehen. Es gab Gerichtsverfahren, bei denen christlichen Konvertiten das Erbrecht entzogen wurde.

Gesellschaftliches Leben

In ländlichen Gegenden überwacht die örtliche Gemeinschaft bekannte Christen muslimischer Herkunft; in lokalen Institutionen werden nur Muslime akzeptiert. Damit sie zum „Glauben ihrer Väter" zurückkehren, wird zeitweise immenser Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt. Es kommt vor, dass christliche Kinder und Jugendliche in der Schule Beleidigungen und Propaganda ausgesetzt sind; bislang wurde jedoch niemand allein aufgrund seines christlichen Glaubens von einer Schule verwiesen. Während es bei einfachen Schulabschlüssen im Allgemeinen keine Probleme gibt, kann es für aktive Christen schwierig sein, Zugang zu beruflicher Bildung oder höheren Bildungswegen zu erlangen. Auch unter staatlichen Angestellten werden Christen verstärkt diskriminiert, was vor allem ethnische Kasachen betrifft. So kann es beispielsweise passieren, dass Lehrern gekündigt wird, wenn sie eine protestantische Kirche besuchen. Solche Vorfälle sind bei Exekutivorganen an der Tagesordnung. Im Januar 2015 wurden Änderungen des Strafgesetzbuches wirksam, durch die neue

Bußgelder und Strafen eingeführt wurden, welche unter anderem Strafen bis zu sechs Jahren Gefängnis beinhalten.

Leben im Staat

Die Regierung macht durch ihre Praxis deutlich, dass sie den Islam für die kasachische Bevölkerung und den orthodoxen Glauben für die Slawen als richtig betrachtet und alle anderen Glaubensrichtungen für überflüssig hält. Obwohl die Religionsfreiheit durch die Verfassung geschützt ist, wird dieser Schutz faktisch nur den Religionen und religiösen Gruppen gewährt, die durch das Gesetz von 2011 als „traditionell“ anerkannt werden. Zu diesen Gruppen gehören Sunniten der hanafitischen Schule, die russisch-orthodoxe Kirche, die römisch-katholische Kirche, Lutheraner und Juden. Protestantische Freikirchen gehören nicht dazu und laufen Gefahr, verfolgt zu werden, wenn sie öffentliche Aktivitäten im Zusammenhang mit ihrem Glauben durchführen. Durch das Gesetz von 2011 ist es kleineren religiösen Gruppen deutlich erschwert worden, sich registrieren zu lassen. Die kasachischen Medien sind Christen gegenüber generell negativ eingestellt. Es gab einige Veröffentlichungen, die speziell gegen protestantische Freikirchen und Christen muslimischer Herkunft gerichtet waren. Protestantischen Christen wurde vorgeworfen, sie seien keine Kasachen und ihr Glaube sei sowohl anti-islamisch als auch anti-christlich. Infolgedessen beschuldigten Vertreter der religiösen und ethnischen Gemeinschaften, denen die christlichen Konvertiten früher angehört hatten, ihre ehemaligen Weggefährten der Blasphemie.

Kirchliches Leben

Zur Registrierung einer religiösen Vereinigung sind fünfzig Mitglieder mit kasachischer Staatsangehörigkeit erforderlich. Nichtregistrierte Kirchen sind streng verboten. Zusätzlich gibt es spezielle Anforderungen für kirchliche Gebäude und das Land, auf dem sie gebaut werden. In der Vergangenheit wurden die Gottesdienste oder Versammlungen von Christen protestantischer Freikirchen häufig gestört und sie mussten Bußgelder zahlen, da ihre Gotteshäuser nicht offiziell vom Staat anerkannt waren. Gerichte interpretieren alle Arten von religiösen Tätigkeiten als illegale Missionstätigkeit, sobald sie außerhalb eines registrierten kirchlichen Gebäudes stattfinden. Das Gesetz verlangt von registrierten Kirchen, das Einverständnis beider Elternteile von Kindern unter 18 Jahren vorzulegen, damit diese an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen dürfen. Das Drucken, Importieren, Verteilen und Verkaufen aller religiösen Materialien bedarf einer Erlaubnis des Staatlichen Religionsausschusses. Eine solche Erlaubnis können nur registrierte Kirchen beantragen. Nach dem Gesetz dürfen Organisationen, Einrichtungen oder Schulen nicht auf religiöser Grundlage agieren. Religiösen Gruppen ist es generell untersagt, gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Einrichtungen beziehungsweise Vereine zu gründen.

Auftreten von Gewalt

Während des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2019 wurden drei Kirchen beschädigt. Mehr als zehn Christen wurden während Razzien in Kirchen schikaniert. Mindestens zehn Christen wurden festgenommen. Beispiele finden Sie weiter oben in der Zusammenfassung.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

In Kasachstan ist die islamische Kultur Grundlage für das alltägliche Leben der einheimischen Bevölkerung, und diese weist Frauen im Vergleich zu Männern eine untergeordnete Position zu. Von Frauen wird die totale Unterordnung gegenüber ihren Eltern oder, wenn sie verheiratet sind, gegenüber ihren Männern erwartet. Das macht sie angreifbarer für Verfolgung – als Christinnen, aber auch als Frauen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen. Konvertitinnen, die den christlichen Glauben annehmen, stehen in größerer Gefahr, körperliche und verbale Übergriffe sowie Belästigungen, Drohungen, Hausarrest, Diskriminierung und Ablehnung durch die Familie oder das muslimische Umfeld zu erfahren, als andere Christinnen. Bei Christen nichtmuslimischer Herkunft gibt es in der Verfolgung keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

Männer

In Kasachstan sind normalerweise Männer die Leiter von Kirchen; ebenso sind sie in den meisten Fällen das Familienoberhaupt und Hauptverdiener für die Familienmitglieder. Wenn ein christlicher Mann von Verfolgung betroffen ist und zum Beispiel eine Geldstrafe erhält oder inhaftiert wird, leidet darunter seine ganze Familie. Auch der Verlust des Arbeitsplatzes und des Einkommens betrifft immer die gesamte Familie. Wenn ein christlicher Mann Leiter einer Kirche ist, hat seine Verfolgung ebenfalls Auswirkungen auf die Kirche und verursacht Angst. Der verpflichtende Militärdienst für junge Männer bedeutet ein besonders hohes Risiko für Verfolgung. Das Risiko für körperliche und verbale Übergriffe sowie Belästigungen, Drohungen, Diskriminierung und Ablehnung durch die Familie und das muslimische Umfeld ist für christliche Jungen und Männer mit muslimischem Hintergrund höher als für andere christliche Männer.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Gemäß Forum 18, einer norwegischen Menschenrechtsorganisation, die sich für Religionsfreiheit einsetzt, wurden im Jahr 2017 von den kasachischen Behörden Verwaltungsklagen gegen 279 Personen, religiöse Gemeinschaften, Hilfsorganisationen und Unternehmen eingereicht. Gründe dafür waren die Teilnahme an Gottesdiensten, das Anbieten oder Importieren religiöser Literatur oder Bilder, Gespräche über den Glauben oder Glaubensunterweisung, die Bereitstellung von religiösen Inhalten im Internet, das Beten in nicht gebilligter Art und Weise in Moscheen, die Mitnahme von Kindern zu religiösen Veranstaltungen, unzulängliche Sicherheitsmaßnahmen in Gotteshäusern oder Gebetstätten oder die Nichtbezahlung vorheriger Geldstrafen. Von diesen Angeklagten erhielten 259 Strafen in Form von Geldstrafen, Freiheitsstrafen, Verbote religiöser Tätigkeiten, Abschiebungen und Beschlagnahmung religiöser Literatur. Dem „International Religious Freedom Report“ des US-Außenministeriums zufolge verurteilte die Regierung 23 Personen aufgrund der Ausübung ihrer Religion. Von diesen Personen waren 20 sunnitische Muslime, zwei Zeugen Jehovas, und eine Person Baptist.

Forum 18 berichtet auch über folgende Beispiele für Verfolgung anderer religiöser Gruppen:

- Ein 61-jähriger Zeuge Jehovas, der an Krebs leidet, muss in Pavlodar, einer Stadt im Norden des Landes, eine fünfjährige Gefängnisstrafe aufgrund einer Anklage wegen „Extremismus“ verbüßen. Bereits zwei Gremien der Vereinten Nationen haben seine Freilassung verlangt, aber Kasachstans Behörden haben diese Aufrufe ignoriert.
- Im März 2018 verurteilte ein Gericht in Kasachstans Süden in der Region Almaty einen Muslim zu einer einjährigen Haftstrafe. Er wurde angeklagt, da er Mitglied der verbotenen islamischen missionarischen Bewegung „Tablighi Jamaat“ ist.
- Am 20. Februar 2018 verurteilte ein Gericht im Bezirk Karkaraly in der Region Karaganda den Muslim Dastan Abdrachmanow zu einer Geldstrafe, weil er Jugendlichen in seinem Heimatdorf Borlybulak Islamunterricht erteilt hatte.

9. Ausblick

Politischer Ausblick

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass der derzeitige kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew plant, in naher Zukunft zurückzutreten und keine Hinweise, dass Vorbereitungen für einen Nachfolger getroffen werden.

Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die gegenwärtige Regierung übt ein hohes Maß an Überwachung im Land aus. Regierungsbeamte auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Kasachstan. Sie legen ihnen alle Arten gesetzlicher Beschränkungen auf, kontrollieren alle religiösen Tätigkeiten, stürmen Versammlungen und blockieren die Verbreitung religiöser Materialien. Dies wird sich vermutlich auch nicht in unmittelbarer Zukunft ändern.

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Der Islam ist nicht die Staatsreligion. Er ist die traditionelle Religion eines Großteils der Bevölkerung. Muslime werden auf die gleiche Art behandelt wie andere Religionszugehörige. Der Druck von Muslimen auf Christen in Kasachstan wird nicht von extremistischen muslimischen Gruppen ausgeübt, sondern er resultiert vielmehr aus dem weitreichenden Einfluss von Familie, Freunden und der Gesellschaft. Chancen, dass sich dies bald ändern wird, sind praktisch nicht vorhanden.

Schlussfolgerung

Aufgrund der sehr hohen Beständigkeit der zwei Haupttriebkräfte der Verfolgung in Kasachstan, wird sich die Kirche in diesem Land darauf gefasst machen müssen, unter einem beträchtlichen und fortwährenden Ausmaß von Druck und Überwachung leben zu müssen.

zurück zur Länderübersicht

Marokko: Platz 35

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Christen sind verschiedenen Einschränkungen ausgesetzt. Dazu gehören unter anderem die Konfiszierung von christlicher Literatur in arabischer Sprache, das Verbot, Kooperationen mit ausländischen Christen einzugehen, und starke Herausforderungen dabei, staatliche Anerkennung und Räumlichkeiten zum Gottesdienst für Christen muslimischer Herkunft zu finden. Reden Letztgenannte über ihren Glauben, wird dies als Versuch angesehen, das Evangelium zu verkündigen.

Diktatorische Paranoia: Die marokkanische Regierung betrachtet die Kirche mit Misstrauen, insbesondere Gemeinden von Christen muslimischer Herkunft. Von Marokkanern wird erwartet, dass sie dem Islam, dem König und dem Land gegenüber treu sind. Der christliche Glaube könnte diese Vorherrschaft bedrohen. Zusätzlich überwacht die Regierung Christen streng, um extremistische islamische Gruppierungen zu besänftigen, die der Regierung vorwerfen, islamische Gesetze nur zögerlich umzusetzen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Obwohl das mehrheitlich muslimische Marokko als recht tolerantes Land gilt, erleiden Christen sowohl von staatlicher Seite als auch von der Gesellschaft Verfolgung. Auch wenn die Verfolgung im Vergleich zu anderen Ländern der Region weniger intensiv ist und es seltener zu Übergriffen kommt, gibt es Einschränkungen, die der Staat Christen auferlegt. Extremistische Muslime innerhalb der Bevölkerung setzen Christen ebenfalls unter Druck. In ländlichen Gegenden kann zudem erheblicher Druck von der Großfamilie und dem sozialen Umfeld ausgehen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Artikel 220 des Strafgesetzbuches stellt ein wiederkehrendes Problem für Christen dar, die offen über ihren Glauben reden. Dort wird es unter Strafe gestellt, den Glauben eines Muslims zu „erschüttern“. Somit stehen viele Christen, die über ihren Glauben reden, in der Gefahr, strafrechtlich verfolgt und verhaftet zu werden. Fürsprecher für die Rechte von Christen wurden Opfer von gewalttätigen Angriffen militanter Muslime. Obwohl das Gesetz nur die Verkündigung des Evangeliums bestraft, können Christen mit muslimischem Hintergrund auf andere Weise bestraft werden, zum Beispiel indem sie ihre Erbansprüche oder das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Während des Berichtszeitraums für den WVI 2019 wurden Christen muslimischer Herkunft verhaftet und von Sicherheitskräften über den Besitz von Bibeln und Kontakte zu ausländischen Christen befragt.
- Christen mit muslimischem Hintergrund werden zudem häufig Opfer von physischer Gewalt oder sogar sexuellem Missbrauch durch Mitglieder ihrer eigenen (erweiterten) Familie.

- Mindestens eine christliche Konvertitin wurde gezwungen, einen muslimischen Mann zu heiraten.
- Im April 2018 wurde dem Pastor einer britischen Pfingstgemeinde die Einreise in das Land verwehrt. Colin Dye ist als Lehrer im Programm des arabischen Fernsehsenders „Kingdom Sat“ bekannt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 63 Punkten steht Marokko auf Platz 35 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Im vergangenen Berichtszeitraum erreichte das Land 51 Punkte und lag damit außerhalb der ersten 50 Länder. Der Anstieg der Punktzahl ergibt sich aus einem erweiterten Verständnis der Situation aufgrund der Verfügbarkeit neuer Informationen, welche zu höheren Werten für Druck und Gewalt führten.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ äußert sich in Marokko etwas gemäßigter als in anderen Ländern der Region. Zu den Einschränkungen, welche die islamischen Behörden auferlegt haben, gehören unter anderem die Konfiszierung von christlicher Literatur in arabischer Sprache (einschließlich Bibeln), das Verbot, Kooperationen mit ausländischen Christen einzugehen (besonders, wenn Evangelisationen geplant sind), und starke Herausforderungen dabei, Räumlichkeiten zum Gottesdienst für Christen muslimischer Herkunft zu finden. Christen muslimischer Herkunft stehen wegen ihres Glaubenswechsels unter Druck vonseiten ihrer Familie, ihrer Freunde und ihres Umfelds, wenn die Verkündung ihres Glaubens als Missionierungsversuch wahrgenommen wird.

Diktatorische Paranoia

Die marokkanische Regierung betrachtet die Kirche mit Misstrauen, insbesondere Gemeinden von Christen muslimischer Herkunft. Von Marokkanern wird erwartet, dass sie dem Islam, dem König und dem Land gegenüber treu sind. Der christliche Glaube könnte diese Vorherrschaft bedrohen. In vergangenen Jahren haben die marokkanischen Behörden Christen beschuldigt, dem König gegenüber nicht loyal zu sein. Viele ausländische Christen wurden ohne Prozess aus dem Land ausgewiesen. Einer der Gründe für diese Vorgehensweise könnte die Furcht vor extremistischen islamischen Gruppen sein: Die Regierung versucht, Unruhen vorzubeugen, indem sie diese Gruppen besänftigt. Für Christen muslimischer Herkunft bedeutet das, regelmäßig festgehalten und über ihre Motive und Kontakte befragt zu werden.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Zu den stärksten Verfolgern im Rahmen von Islamischer Unterdrückung zählen in Marokko Regierungsbeamte und Leiter politischer Parteien. Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) ist neben der Königsfamilie vermutlich die wichtigste politische Kraft des Landes. Auch wenn sie sich

nicht für ein Verbot des christlichen Glaubens ausspricht, haben ihre Wortführer gezeigt, dass sie dem christlichen Glauben nicht tolerant gegenüberstehen und Christen die Glaubens- und Gottesdienstfreiheit nicht voll zugestehen wollen. Regierungsbeamte sind ebenfalls nicht bereit, Christen muslimischer Herkunft offiziell anzuerkennen und zu registrieren und ihnen zu erlauben, sich frei zu versammeln und das Evangelium weiterzugeben. Abdelaziz Aftati, ein kontroverser früherer Politiker der Regierungspartei, hat sich Berichten zufolge darüber lustig gemacht, dass Christen in Marokko Rechte haben sollten. Auch die erweiterte Familie von Christen muslimischer Herkunft und die Gesellschaft treten, besonders in ländlichen Gebieten, als Verfolger der Triebkraft Islamische Unterdrückung auf. Sie tun dies, indem sie Druck auf diese Christen ausüben, ihren Glauben an Jesus zu widerrufen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die marokkanischen Behörden und Sicherheitskräfte überwachen alles kirchliche Leben im Land. Christen mit muslimischem Hintergrund werden beobachtet und manchmal verhört. Zudem besteht die Befürchtung, dass Sicherheitskräfte die Bewegung von Christen muslimischer Herkunft unterwandern könnten.

4. Hintergrund

Marokko ist ein ehemaliges französisches Protektorat. Die überwältigende muslimische Bevölkerungsmehrheit wird auf etwa 99,7 % geschätzt. Politisch gesehen ist Marokko eine parlamentarische Monarchie, in der dem König umfangreiche Exekutivkompetenzen zustehen und er sowohl als politischer als auch als religiöser Leiter des Landes agiert. Während des Arabischen Frühlings 2011 gab es Demonstrationen und die Regierung organisierte ein Referendum zu Reformen, das am 1. Juli 2011 abgehalten wurde. So konnte das Land den politischen Aufstand abwenden, in den ein großer Teil der Arabischen Welt gestürzt wurde.

Nichtmuslimische ausländische Gemeinschaften können ihren Glauben offen ausleben. Die Verkündigung des Evangeliums an Muslime ist jedoch illegal. Marokko hat international das Image eines fortschrittlichen, toleranten und wirtschaftlich dynamischen Landes. Das spiegelt jedoch nicht das ganze Bild des Landes wider, wenn es um die Rechte religiöser Minderheiten geht. Die Situation von Christen muslimischer Herkunft etwa ist heikel.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen, die in einer Vielzahl von Berufszweigen tätig sind, stehen häufig unter Beobachtung und riskieren, des Landes verwiesen zu werden, wenn vermutet wird, sie würden das Evangelium weitergeben. Im Vergleich zu anderen Christen, insbesondere einheimischen Christen muslimischer Herkunft, genießen ausländische Christen aus westlichen Ländern jedoch recht große Religionsfreiheit. Anerkannte Kirchen für Ausländer gibt es nur in großen Städten. Die Römisch-Katholische Kirche, die Koptisch-Orthodoxe Kirche, die Anglikanische Kirche und die Französisch-Protestantische Kirche existierten bereits vor der Unabhängigkeit 1956. Die meisten dieser Kirchen besitzen eigene Gebäude, das Grundstück gehört jedoch der Regierung. Solange das Gebäude regelmäßig für Gottesdienste genutzt wird, behält die Kirche Kontrolle über das Gebäude. Wird es nicht mehr genutzt, verwendet die Regierung es für andere Zwecke. Für diese Kirchen ist es schwer,

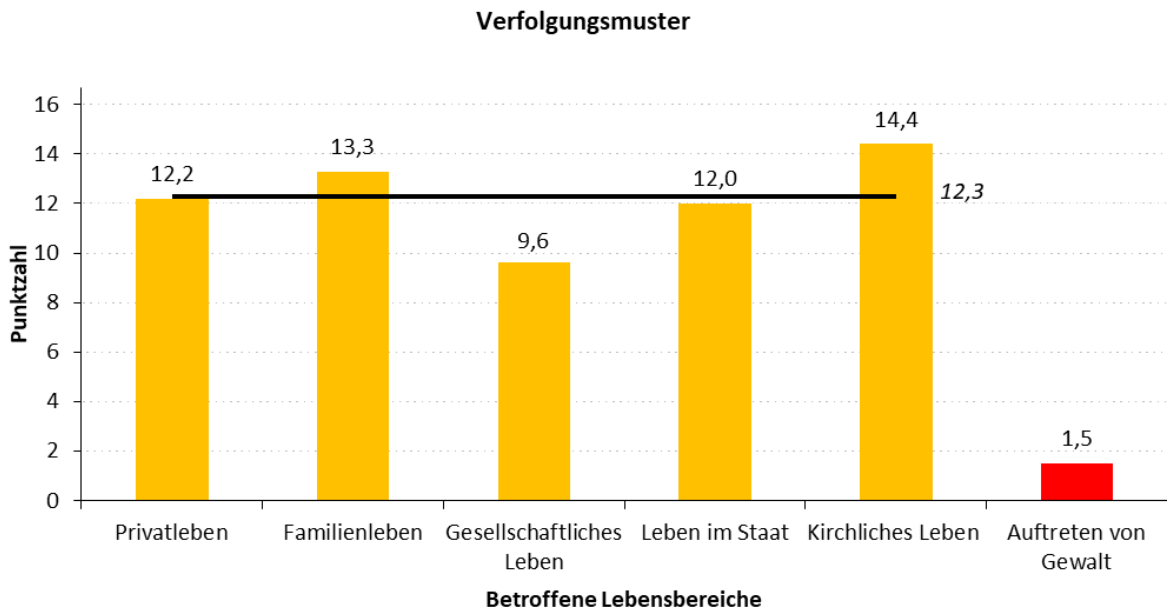
neue Mitglieder zu gewinnen. Es ist unmöglich für marokkanische Christen muslimischer Herkunft, diesen Kirchen beizutreten. Deshalb ist es für diese traditionellen Gemeinschaften sehr schwer, aktiv und präsent zu bleiben.

Ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara gehören häufig Pfingstgemeinden an und werden gewöhnlich marginalisiert und diskriminiert.

Christen muslimischer Herkunft

Marokkanische Christen erhalten keine Erlaubnis oder offizielle Anerkennung, um sich öffentlich zu treffen – deshalb treffen sie sich in Hauskirchen. Sie müssen ihre Versammlungsorte regelmäßig wechseln und haben nicht die Geschichte oder Struktur, dass man sie als eigenständige Denomination bezeichnen könnte. Das Maß der Toleranz, das die Gesellschaft in urbanen Zentren sowie die öffentlichen Behörden Christen muslimischer Herkunft entgegenbringen, ist größer als in den meisten anderen Ländern der Region. Dennoch sehen sich Christen muslimischer Herkunft Druck vonseiten ihrer Familie und der Gesellschaft ausgesetzt, ihren Glauben zu widerrufen. Sie werden zudem beobachtet und riskieren Verfolgung, besonders, wenn sie aktiv das Evangelium weitergeben.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Marokko

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 10,1 Punkten beim WVI 2018 auf 12,3 beim WVI 2019. Der Grund für diesen Anstieg ist die Verfügbarkeit von detaillierteren Informationen, die die Beurteilung beeinflussen.
- Im Bereich „Kirchliches Leben“ ist der Druck sogar extrem hoch (14,4 Punkte). Dies zeigt die Einschränkungen, die ausländische Christen erfahren, wenn sie versuchen, ihren Glauben an

andere weiterzugeben. Die Regierung hat es effektiv geschafft, die Gemeinschaft zwischen Christen muslimischer Herkunft zu unterbinden. Die zweithöchste Wertung wurde im Bereich „Familienleben“ erzielt (13,3 Punkte), was den Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund widerspiegelt, den sie erleben, wenn sie ihren neuen Glauben öffentlich ausleben wollen. Es ist für sie sehr schwer, sich taufen zu lassen, christlich zu heiraten oder eine christliche Beerdigung durchzuführen. Sie sind Druck von der Familie, der Gesellschaft und der Regierung ausgesetzt, besonders in ländlichen Gebieten.

- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum WVI 2018 von 0,6 auf 1,5 Punkte gestiegen. Der Grund dafür liegt darin, dass neue Informationen verfügbar waren und dadurch mehr Berichte von Übergriffen eingingen.

Privatleben

Auch wenn der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben illegal ist und nach marokkanischem Recht bestraft werden kann (und obwohl islamische Leiter in Marokko schon oft darüber gestritten haben, ob Konversion nicht sogar mit dem Tod bestraft werden sollte), wird die Übertretung des Gesetzes meist nicht geahndet. Im Allgemeinen erleben christliche Konvertiten stattdessen Druck von Verwandten, Familienmitgliedern und ihrem Umfeld, besonders in ländlichen Gebieten. Für einige Christen muslimischer Herkunft ist es daher sehr riskant, ihren Glauben zu offenbaren. Auch privates Gebet und Andachten, die den Wechsel zum christlichen Glauben zeigen könnten, sind riskant. Dennoch muss festgehalten werden, dass das Risiko im Vergleich zu anderen Ländern der Region eher gemäßigt ist.

Familienleben

Der Wechsel zum christlichen Glauben kann eine feindselige Reaktion von der engen und erweiterten Familie hervorrufen. Der Staat sieht alle Marokkaner als Muslime an und marokkanische Christen können heiraten, ohne gefragt zu werden, ob sie Muslime sind (da einfach angenommen wird, dass sie Muslime sind). Will jedoch ein ausländischer Christ eine marokkanische Frau heiraten, müsste er sich als Muslim ausgeben, weil er danach gefragt würde. Alle Kinder sind gezwungen, in der Schule am Islamunterricht teilzunehmen. Einige Privatschulen erlauben es Kindern einheimischer Christen, den Islamunterricht auszulassen, dies ist jedoch nicht die Regel. Der verpflichtende Islamunterricht in Schulen ist üblicherweise sehr gemäßigt. Diese Eingriffe in die Religionsfreiheit und das Familienleben von Christen muslimischer Herkunft sind weniger problematisch als in anderen nordafrikanischen Ländern.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft erleben Ausgrenzung, besonders in ländlichen Gegenden. Sie empfinden zudem einen starken gesellschaftlichen Druck, sich an islamischen religiösen Aktivitäten und Ritualen zu beteiligen. Dieser Druck macht es Christen mit muslimischem Hintergrund zudem sehr schwer, ihre Kinder christlich zu erziehen; er kann sich in Form von Mobbing in der Schule oder islamischer Unterweisung ohne das Einverständnis der Eltern äußern. In städtischen Gebieten haben Christen mehr Freiheiten, doch jeglicher Ausdruck des christlichen Glaubens kann immer als Versuch angesehen werden, Evangelisation zu betreiben, und negative Folgen nach sich ziehen.

Leben im Staat

Auch wenn in Marokko vergleichsweise Religionsfreiheit herrscht, unterliegen Christen in der Öffentlichkeit dennoch beachtlichen Einschränkungen. Während des Ramadan ist etwa Essen in der Öffentlichkeit verboten. Christliche Evangelisation ist verboten; christliche Literatur weiterzugeben oder jemanden zur Annahme des christlichen Glaubens zu bewegen, ist illegal. Die höchste religiöse Instanz des Landes hat sein Urteil aus dem Jahr 2012 zurückgezogen, nach dem Apostasie (der Abfall vom Islam) mit dem Tod zu bestrafen ist, und scheint sich demzufolge entschieden zu haben, Muslimen zu erlauben, ihren Glauben zu wechseln. Christen, die ihren Glauben weitergeben, können beschuldigt werden, „den islamischen Glauben zu erschüttern", was eine strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht. Regierungsbeamte überwachen Christen und beobachten ihre Aktivitäten, um das Verbot der Evangelisation durchzusetzen. Christen mit muslimischem Hintergrund wird zudem die Anerkennung vom Staat verweigert.

Kirchliches Leben

Kirchen von ausländischen Christen werden immer überwacht, um sicherzustellen, dass keine Marokkaner an den Gottesdiensten teilnehmen. Gemeinden werden daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren, da diese als Evangelisation angesehen werden. Dies gilt sowohl für Christen muslimischer Herkunft als auch für andere Christen. Die Einschränkung der Gemeinschaft zwischen ausländischen Christen und anderen Kirchen betrifft beide Seiten. Die Regierung erlaubt weiterhin den Verkauf von Bibeln auf Französisch, Englisch und Spanisch. In wenigen Buchhandlungen war zur Verwendung in Universitätskursen auch eine begrenzte Anzahl an Bibeln auf Arabisch erhältlich. Die Behörden konfiszieren Bibeln, von denen sie glauben, dass sie zur Evangelisation bestimmt sind. Kirchen werden nicht daran gehindert, Schulen, wohltätige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Organisationen zu gründen und zu führen; diese Organisationen müssen jedoch jede Aktivität unterlassen, die als Evangelisation angesehen werden könnte. Jede Annahme, dass das Evangelium weitergegeben wird, führt zu Problemen. Auch wenn sie also mehr Freiheit genießen als die Kirchen in anderen Ländern, sind die Kirchen in Marokko bedeutenden Einschränkungen ausgesetzt.

Auftreten von Gewalt

Wendet sich ein Muslim dem christlichen Glauben zu, kann er Misshandlungen durch seine eigene Familie erleben und steht in der Gefahr, von der Regierung verhaftet und befragt zu werden. Christinnen sind besonders der Gefahr sexuellen Missbrauchs ausgesetzt und können sogar zwangsverheiratet werden. Ausländische Christen werden aus dem Land ausgewiesen oder erhalten nicht die Möglichkeit, einzureisen, wenn sie in Verdacht stehen, Evangelisation zu betreiben.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Auch wenn sich die Rechte für Frauen in Marokko in den vergangenen 15 Jahren positiv entwickelt haben und sie vor dem Gesetz mehr Gleichheit erfahren, sind sie generell in einer weniger vorteilhaften Position als Männer. Dies gilt besonders für christliche Konvertitinnen. Ausländische Christinnen erleben keine geschlechterspezifische Verfolgung oder zumindest nicht in einem Ausmaß wie Christinnen mit muslimischem Hintergrund. Allgemein haben Frauen weniger Freiheiten als Männer und es wird erwartet, dass sie stärker an den Haushalt gebunden sind – dies gilt besonders für

ländliche Gebiete. Einige Christinnen muslimischer Herkunft werden zu Hause eingesperrt, wenn ihr Glaube an Jesus entdeckt wird. Es wird ihnen nicht erlaubt, sich ohne Aufsicht mit anderen zu treffen. Manche christlichen Konvertitinnen werden von ihren Familien dazu gezwungen, einen muslimischen Mann zu heiraten. Ist sie verheiratet, riskiert eine Christin mit muslimischem Hintergrund die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder sowie aller Erbansprüche. Im Familienstandsrecht folgt das Land der sunnitischen Interpretation der Scharia gemäß der malikitischen Rechtsschule. Ein Experte für das Land schreibt: „Solange sich das Familienstandsrecht nicht ändert, wird sich diese Art der Verfolgung fortsetzen."

Männer

Junge männliche Konvertiten zum christlichen Glauben, die noch bei ihren Eltern leben, können aus ihrem Zuhause weggeschickt werden und die (finanzielle) Unterstützung ihrer Familie verlieren. Sie bringen mit ihrer Abwendung vom Islam Schande über ihre Familie und werden deshalb ausgestoßen. Männer sind meist die Versorger der Familie, deshalb leidet meist die gesamte Familie darunter, wenn ein christlicher Mann etwa seine Arbeitsstelle und seinen Ruf verliert. Wie hart die Konsequenzen einer Hinwendung zum christlichen Glauben sind, hängt jedoch von seiner gesellschaftlichen Position und seinem Ansehen in seinem sozialen Umfeld ab.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das Judentum ist die einzige religiöse Minderheit, die von der Verfassung offiziell anerkannt wird. Juden haben ihre eigenen Gerichte für Familienangelegenheiten. Auch wenn der Islam die offizielle Staatsreligion ist, ist eigentlich nur der sunnitische (malikitische) Islam akzeptiert. Schiitische Muslime und Bahai sind religiöse Minderheiten, denen es Einschränkungen vonseiten der Regierung fast unmöglich machen, öffentlich anzubeten. Im „International Religious Freedom Report" für Marokko von 2017 wird berichtet: „Schiitische Muslime geben weiterhin an, dass Angst vor Belästigung durch die Regierung einer der Gründe war, warum sie sich nicht öffentlich zur Anbetung, sondern stattdessen heimlich in Häusern von Mitgliedern trafen."

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die Entwicklung Marokkos hängt von mehreren Faktoren ab. Dazu gehört der Ausgang des Machtkampfes zwischen der Monarchie und der islamistischen politischen Partei, die in den vergangenen Jahren die Regierung angeführt hat. Das Ausmaß, in dem die wirtschaftliche Marginalisierung und die politische Unzufriedenheit einiger Gruppen fortbestehen, könnte von Islamisten ausgenutzt werden. Wenn sich jedoch die bisherige Entwicklung fortsetzt, wird Marokko sehr wahrscheinlich weiterhin eine Oase der Stabilität und relativen Freiheit für Christen in einer unstabilen Region sein. Marokko scheint zudem darauf bedacht zu sein, sein Image als tolerantes und fortschrittliches modernes Land aufrechtzuerhalten, und wird die religiösen Freiheiten wahrscheinlich nicht weiter beschneiden.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Christen muslimischer Herkunft werden weiterhin Druck erleben, vor allem vonseiten ihrer Familien und der Gesellschaft. Die Modernisierung der urbanen Gebiete könnte die Einstellung gegenüber christlichen Konvertiten auf lange Sicht ändern. Es ist unwahrscheinlich, dass die Regierung ihre Einstellung gegenüber Konvertiten ändert, insbesondere, solange der König der „Kommandant der Gläubigen, der auf den Respekt für den Islam achtet", bleibt (Artikel 41 der Verfassung Marokkos).

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Marokko blieb im Arabischen Frühling 2011 eines der friedlichsten Länder. Der starke Sicherheitsapparat spielt eine große Rolle dabei, den Frieden im Land zu bewahren. Er wird weiterhin alle Aktivitäten beobachten, die Unruhen verursachen könnten, und insbesondere auf Evangelisation von Christen achten. Er hat in der Vergangenheit gezeigt, dass er die (Konvertiten-)Gemeinde effektiv lähmen kann. Wahrscheinlich wird er damit fortfahren, auch um Islamisten zu besänftigen, die andernfalls Unruhen auslösen könnten.

Schlussfolgerung

Der christliche Glaube bleibt weiterhin eine fremde Religion in Marokko. Artikel 4 der Verfassung besagt, dass „das Motto des Königreichs ‚Gott, das Land und der König' ist", und viele Marokkaner empfinden das auch so. Solange „Gott" als Gott des Islam interpretiert wird, werden Christen Außenseiter bleiben, selbst wenn sie marokkanischer Abstammung sind.

zurück zur Länderübersicht

Brunei: Platz 36

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Brunei ist eine islamische Nation. Das Scharia-Recht wurde schon vor der Unabhängigkeit des Landes 1984 eingeführt. Die Regierung verfolgt eine Strategie der Islamisierung unter der teils christlichen, teils animistischen Stammesbevölkerung, indem sie die islamische Missionierung unterstützt.

Diktatorische Paranoia: Alle wichtigen politischen Posten werden vom regierenden Sultan selbst bekleidet. Der vom Sultan unterstützte konservative Islam macht die Christen im Land zu Bürgern zweiter Klasse und lässt sie mit Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft zurück.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Vorschriften, die Muslime gegenüber Angehörigen anderer Religionen bevorzugen, sind Gesetz und werden von allen Beamten im ganzen Land umgesetzt. Muslimische religiöse Leiter und Anführer ethnischer Gruppen können auf die christliche Minderheit Druck aufbauen, indem sie ihren bedeutenden Einfluss auf den Sultan nutzen, der als der Beschützer und Verteidiger des malaiischen Volkes und des Islam gilt. Familienmitglieder und Nachbarn können christlichen Konvertiten und Kirchen leicht Probleme bereiten, indem sie sie dem staatlichen Sicherheitsamt melden. Die Behörden überwachen alle Kirchen und belegen sie mit Restriktionen, auch die registrierten Kirchen. Die lang erwartete Einführung der zweiten Phase des Scharia-Strafrechts im März 2018 verstärkt die Unsicherheit der Christen. Bis jetzt ist jedoch unklar, inwieweit Christen hiervon betroffen sein werden.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen muslimischer Herkunft leiden unter Verfolgung, da der Glaubenswechsel weg vom Islam als illegal angesehen wird und alles unternommen wird, um diese Personen zurück zu ihrem ursprünglichen Glauben zu bringen. Protestantische Freikirchen können nicht als Kirchen registriert werden, sondern müssen als Firmen, Gesellschaften oder Familienzentren angemeldet werden. Daher werden sie auch wie säkulare Organisationen behandelt und müssen jedes Jahr Finanz- und Geschäftsberichte an die Regierung übermitteln. Die gesamte Gesellschaft (Christen mit eingeschlossen) ist von der schrittweisen Einführung der Scharia betroffen sowie von der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage, die die Behörden daran hindert, weiterhin großzügig mit Zuwendungen zu sein, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung verhindern sollen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Da der Glaubenswechsel weg vom Islam durch die Gesetze Bruneis streng verboten ist, werden Christen muslimischer Herkunft von ihren Partnern und Kindern getrennt und der/die Partner/in wird dazu gezwungen, sich scheiden zu lassen. Wenn der Sicherheitsdienst Konvertiten zum christlichen Glauben entdeckt, werden diese bedroht, damit sie ihren Glauben widerrufen.

- Einigen Christen und Angehörigen anderer Minderheiten wird die Staatsbürgerschaft vorenthalten. Dies führt zu einer großen Anzahl von staatenlosen Bewohnern, die an vielen Stellen benachteiligt werden.
- Besonders junge Leute verlassen das Land, da sie keine Perspektive für die Zukunft sehen. Dies betrifft auch die Kirchen: Die nächste Generation an (potenziellen) Leitern wird zahlenmäßig immer kleiner.
- Die Verfolgung von Christen in Brunei äußert sich selten in Form von Gewalt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Punktzahl von 63 Punkten steht Brunei auf Platz 36 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Die Punktzahl ist um einen Punkt gegenüber dem WVI 2018 gesunken, was die stabile, aber immer noch schwierige Situation für Christen im Land widerspiegelt. Der durchschnittliche Druck ist sehr hoch, die Punktzahl für physische Gewalt aber sehr niedrig. Die Kontrolle, Überwachung und das Ausspionieren von Christen werden als wichtiger angesehen als das Verüben von Gewalt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Brunei ist eine islamische Nation, die auf der Ideologie der „Malaiisch-islamischen Monarchie“ oder MIB („Melayu Islam Beraja“) basiert. Diese Regierungsform wird im Land als die fairste für alle Menschen bezeichnet, ob sie Muslime sind oder nicht. Der Sultan hat eine gewisse Demokratisierung gefördert (wobei Brunei von einer wirklichen Demokratie noch weit entfernt ist) und ernannte sich selbst zum Premierminister und Präsidenten. Brunei will ein vorbildliches Zentrum des Islam sein: Das Scharia-Recht wurde für zivile und religiöse Angelegenheiten schon vor der Unabhängigkeit 1984 für alle Muslime eingeführt und die Regierung verfolgt eine Strategie der Islamisierung unter der teils christlichen, teils animistischen Stammesbevölkerung, indem sie die sogenannte „dawah“-Bewegung (islamische Missionierung) unterstützt.

Eine Aussage aus dem Länderbericht des US-Außenministeriums für das Jahr 2017 lautet wie folgt: „Die Regierung bot Menschen, die sich für eine Konversion zum Islam und für die schafiitische Rechtsschule interessierten, Anreize an. Besonders angesprochen wurden Menschen indigener Gemeinschaften in ländlichen Gegenden. Zu den Anreizen gehörten Hilfen in Bezug auf Wohnraum, Sozialleistungen oder Hilfe bei der Durchführung des Hadsch, der Pilgerfahrt nach Mekka. Während des Jahres erhielten Menschen, die zum Hadsch aufbrachen, Designer-Reisegepäck von der Regierung. In den staatlich beeinflussten Medien gab es eine umfangreiche Berichterstattung über die Vorteile einer Konversion zum Islam, die von der Regierung präsentiert wurden.“

Durch einen Erlass sind der Import von Bibeln und das öffentliche Feiern von Weihnachten verboten. Christliche Pastoren und Mitarbeiter stehen einer Vielzahl von Beschränkungen gegenüber, bedingt durch die Islamisierung und die vorherrschende MIB-Ideologie, und sowohl einheimische als auch ausländische Christen wurden zum Ziel aggressiver Islamisierungsbemühungen.

Statistiken des „Islamic Dawah Centre“ zufolge konvertierten 2017 landesweit 409 Menschen zum Islam. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2018 nahmen 200 Menschen den Islam an. Statistiken über Menschen, die zum Islam konvertieren sowie Berichte über individuelle Fälle nehmen in den Medien großen Raum ein.

Diktatorische Paranoia

Seit über 600 Jahren liegt die absolute Macht im Land bei den Sultanen. Alle wichtigen Positionen werden vom Sultan selbst bekleidet: Premierminister, Finanzminister, Innenminister, Außenminister, Handelsminister, Verteidigungsminister und religiöses Oberhaupt. Die Menschen verehren ihn von Herzen und respektieren den Sultan, jedwede Kritik ist undenkbar und in der Tat sehr unwahrscheinlich, da die Menschen ihn sehr schätzen und ihn nicht für die momentan schwierige wirtschaftliche Lage verantwortlich machen. Seine Regentschaft hat bisher keine Gefahr für die Christen dargestellt, aber seine konservative islamische Einstellung zeigte sich 2016, als er die Behörden kritisierte, die Einführung der zweiten Phase der Scharia, des Strafrechts, die sich bis zum März 2018 verzögert hat, immer noch nicht umgesetzt zu haben. Daher scheint der konservative Islam gestützt vom Herrscher als eine Art Staatsideologie zu dienen, und auch ein Mittel zu sein, um die Menschen unter Kontrolle zu halten. Das lässt Christen im besten Falle als Bürger zweiter Klasse und mit Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft zurück.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Da alle MIB-Vorschriften (die Muslime gegenüber Angehörigen anderer Religionen bevorzugen) rechtlich durchgesetzt und durch die Behörden in allen Bereichen des Landes umgesetzt werden, sind Regierungsbeamte die Hauptverfolger. Religiöse muslimische und malaiische Leiter üben einen großen Einfluss auf den Sultan aus, der als der Beschützer des Islam und des malaiischen Volkes gesehen wird, und setzen die christliche Minderheit so unter Druck. Familienmitglieder und Nachbarn können Christen muslimischer Herkunft und Kirchen leicht Probleme bereiten, indem sie sie dem staatlichen Sicherheitsdienst KDN melden, was regelmäßig geschieht.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Sowohl die Anführer ethnischer Gruppen, religiöse Leiter, Regierungsbehörden als auch die große Mehrheit der Bevölkerung würden es niemals in Betracht ziehen, den Sultan nicht zu unterstützen. Wegen wachsender wirtschaftlicher Herausforderungen und Einsparungen im sozialen Bereich wächst die Paranoia der Führung dennoch.

4. Hintergrund

Am 1. Mai 2014 stellte Sultan Hassanal die erste von drei Phasen zur Einführung eines Strafrechts vor, das auf dem islamischen Recht, der Scharia, beruht. Der erste Satz an Regulierungen beinhaltet Geldstrafen und Gefängnisstrafen für „Verbrechen“ wie außereheliche Schwangerschaften, die Verbreitung anderer Religionen als den Islam und das Versäumen des verbindlichen Freitagsgebets. Die zweite Phase, die härtere Strafen wie Prügel und Amputationen für Eigentumsdelikte enthält, sollte eigentlich im Mai 2015 eingeführt werden, verzögerte sich aber, was Sultan Hassanal veranlasste, dies bei einem Treffen mit dem Islamischen Rat als „inakzeptabel“ zu bezeichnen. Die Einführung der

zweiten Phase des Scharia-Strafrechts wurde im März 2018 bekannt gegeben. Bis jetzt ist jedoch unklar, was das genau für die Bürger des Landes bedeutet – insbesondere, inwieweit Nichtmuslime hiervon betroffen sein werden. Es scheint so, als ob die Androhung der Einführung schon ausreicht, um Angst unter den nichtmuslimischen Bürgern hervorzurufen und sie so unter Kontrolle zu halten.

Als 1929 riesige Vorräte an Öl und Gas in Brunei entdeckt wurden, nutzte der Sultan die enorm großen Einnahmen, um sein winziges Sultanat zu einer der wirtschaftlich reichsten und sozial sichersten Gesellschaften der Welt zu machen. Die Bürger erhalten kostenlose medizinische Versorgung, Bildung, Wohngeld, niedrig verzinste Wohndarlehen und sind von der Einkommenssteuer befreit. Fast 96 % der Exporte Bruneis sind Öl, Gas und verwandte Produkte. Bei der derzeitigen Fördergeschwindigkeit hat Brunei noch Ölreserven für die nächsten 22 Jahre, abhängig von der Entwicklung des Ölpreises. Selbst wenn die Vorräte länger halten, nehmen die Kosten für die Ausbeutung der Reserven zu. Brunei ist derzeit das einzige südostasiatische Land, das einem wirtschaftlichen Niedergang entgegenblickt. In einem Versuch, wirtschaftlich zu diversifizieren, stellte der Sultan 2008 die „Vision Brunei 2035“ vor, welche darauf abzielt, die Abhängigkeit von Öl- und Gasexporten zu reduzieren und die Beschäftigung im Privatsektor anzukurbeln. Darüber hinaus beginnt das Sultanat mit Versuchen, eine Diversifizierung der Wirtschaft durch große internationale Handelsabkommen herbeizuführen, doch bis jetzt nur mit bestenfalls gemischtem Erfolg. Dennoch scheint das Land durch Steuerüberschüsse und Rücklagen vorerst gut gepolstert zu sein. Die Vision Brunei 2035 plant, das Land in ein „islamisches Singapur“ zu verwandeln, in dem die Errungenschaften Bruneis gut ausgebildeter Bürger internationale Anerkennung erfahren. Nichtsdestoweniger wird befürchtet, dass viele der besser ausgebildeten Bewohner Bruneis sich entscheiden werden, das Land zu verlassen, da Teile des Scharia-Rechts auch für Nichtmuslime gelten (die ungefähr 33 % der Bevölkerung Bruneis ausmachen). Da es zudem bereits Orte wie Dubai gibt, dürfte es kaum Bedarf an einem weiteren „islamischen Singapur“ geben.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gemeinschaften wie die Römisch-Katholische Kirche und die Anglikanische Kirche stehen zunehmenden Anfeindungen gegenüber und müssen mehr und mehr Vorsicht walten lassen, da sie streng überwacht werden. Dennoch sind sie immer noch weniger von Verfolgung betroffen, als die neueren protestantischen Gemeinden und Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft.

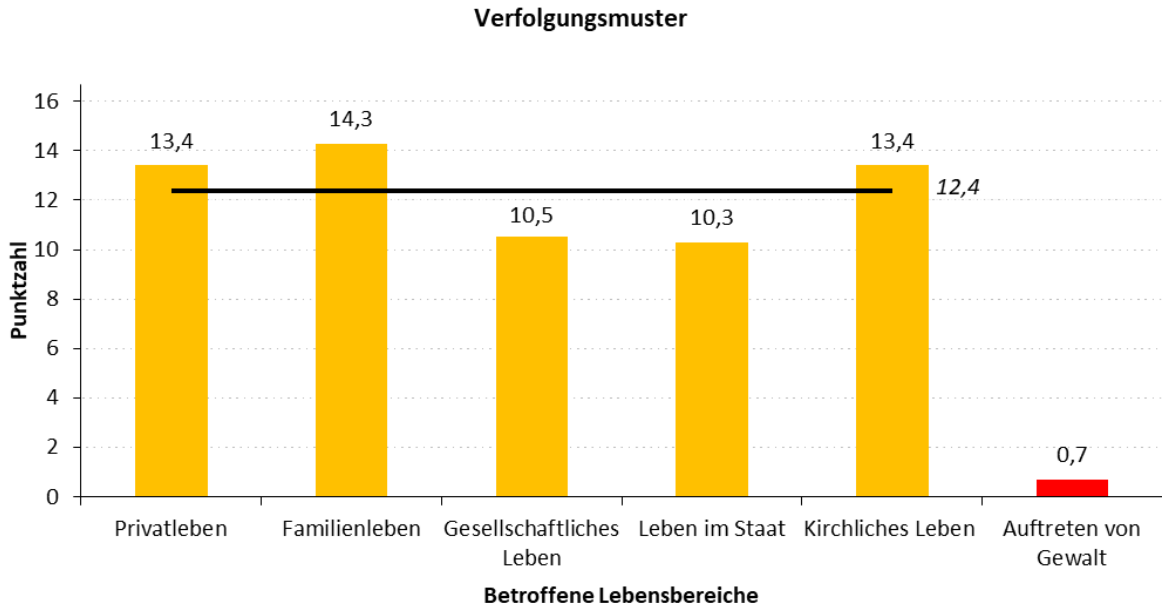
Christen muslimischer Herkunft

Christen muslimischer Herkunft leiden unter starkem Druck durch Familie und Freunde, da die Abwendung vom Islam als illegal angesehen wird.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Mitglieder evangelikaler und Pfingstgemeinden wissen, dass sie und ihre Treffen sowohl in ihrem Privatleben als auch im kirchlichen Leben von den Behörden und ihrem Umfeld genau beobachtet werden. Dementsprechend vorsichtig leben sie ihren christlichen Glauben.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Brunei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Brunei bleibt auf einem sehr hohen Niveau. Er fiel nur leicht von 12,6 Punkten im Vorjahr auf 12,4 Punkte.
- Der stärkste Druck findet sich im Bereich des Familienlebens, aber er ist auch in den Bereichen des Privatlebens und des kirchlichen Lebens sehr hoch. Der Druck auf christliche Konvertiten findet besonders im Bereich des Privat- und Familienlebens statt, während alle Christen Druck im Bereich des Lebens im Staat und im kirchlichen Leben gegenüberstehen. Dieser Druck wird angeheizt durch die Einführung der Scharia und die drohende Umsetzung des Scharia-Strafrechts. Da nun die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung geschaffen wurden, spitzt sich die Problematik zu.
- Die Punktzahl für die Gewalt gegen Christen verringerte sich von 0,9 Punkten weiter auf 0,7 Punkte. Die Verfolgung von Christen in Brunei war noch nie sehr gewalttätig.

Privatleben

Die Gesetze Bruneis erlauben es malaiischen Muslimen nicht, ihren Glauben zu verlassen. Diejenigen, die es tun, erwarten harte Strafen. Abschnitt 112(1) der Scharia-Strafprozessordnung Bruneis besagt, dass ein Muslim, der dem Islam den Rücken kehrt, mit dem Tode bestraft werden kann oder mit einer Gefängnisstrafe von nicht mehr als 30 Jahren und einer Prügelstrafe, abhängig von der Art der Beweise. Wenn das Scharia-Gericht überzeugt ist, dass der Beschuldigte sein „Vergehen“ bereut, muss das Gericht eine Freilassung anordnen. Jedwede private Aussage über den christlichen Glauben kann als christliche Mission ausgelegt werden. Aufgrund dieser Gesetzeslage wird inzwischen selbst das Tragen eines Kreuzes um den Hals viel vorsichtiger gehandhabt als früher. Berichten zufolge ist es sogar üblich, die Logos von Autos der Marke Chevrolet (die einem Kreuz ähneln) mit schwarzer Farbe zu übermalen.

Für einen Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, christliche Literatur und Materialien zu besitzen, da dies seine christliche Identität offenlegen könnte. Vor diesem Hintergrund ist es ganz besonders schwierig für diese Christen, sich mit anderen Christen zu treffen, da es zum einen gefährlich für die christlichen Konvertiten selbst ist und zum anderen das christliche Treffen verraten und gefährden kann. Das gilt aber auch für andere Christen, da sie überwacht werden. Christliche „Propaganda“ unter Andersgläubigen oder Stammesangehörigen, die meist einer ethnischen Religion folgen, zu verbreiten, ist verboten und kann mit einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 20.000 Brunei-Dollar oder beidem geahndet werden. Christen und besonders Gemeindeleiter sind unter permanenter Überwachung der Behörden. Zudem gibt es in Brunei ein Gesetz, das die unerlaubte Versammlung von mehr als fünf Personen verbietet.

Familienleben

Christliche Eltern mit muslimischem Hintergrund befinden sich in einem Dilemma, da sie nicht wagen, ihre Kinder in ihrem Glauben zu erziehen, weil die Kinder aus Versehen den Glauben der Familie an Jesus Christus offenbaren könnten. Keine Schule, weder privat noch öffentlich, darf christliche Themen unterrichten, und alle Schüler in Primär- und Sekundarschulen müssen per Gesetz den Islam (oder genauer die MIB-Philosophie) studieren. Ein Pastor merkte an, dass einige Schüler besser die MIB-Prinzipien wiedergeben können als die Zehn Gebote. Der Sultan befasste sich in einer Ansprache im Juli 2018 mit dem Thema Erziehung. Er sagte, dass islamische Geschichte zu einem Pflichtfach in allen Schulen und Bildungszentren werden solle. Weiter sagte er, dass das Bildungssystem die Religion nicht außer Acht lassen dürfe, und Religion die Achse des Bildungssystems sein müsse. „Verstehe unsere Religion gut, so dass du sie lieben lernst. Der Weg zum Verständnis der Religion ist natürlich das Studium der Religion, insbesondere ihrer Geschichte.“ Dies gilt für alle Schüler, nicht nur für Muslime. Wenn Christen muslimischer Herkunft entdeckt werden, isoliert man sie und setzt sie unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft verheiratet ist, wird er/sie von seinem/ihrem Partner/in getrennt, der/die wiederum dazu gezwungen wird, die Scheidung einzureichen.

Gesellschaftliches Leben

Christen mit muslimischem Hintergrund stehen immer unter dem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Besonders die Malaiisch sprechenden Gemeinden sind ernsthaft bedroht und werden unablässig überwacht, was zu einem hohen Maß an Furcht unter den Gemeindeleitern führt. Jeder weiß von der Überwachung, die stattfindet. Immer wieder sind selbst in den Kirchen Informanten (manchmal andere Christen), die von den Behörden geschickt werden. Die Behörden besorgen sich zudem von Einwohnern Informationen über die Aktivitäten der Kirchen. Darüber hinaus werden Christen im Geschäftsleben benachteiligt. Mit der Scharia-Gesetzgebung fängt die Regierung an, mehr und mehr Regeln und Restriktionen einzuführen. Seit 2014 ist das öffentliche Feiern von Weihnachten verboten. Zudem gibt es strikte Vorgaben und Strafen für und über das Einhalten der muslimischen Gebetszeiten während des Ramadan, sowohl für Muslime als auch für Nichtmuslime.

Das Bildungsministerium verpflichtet zu Islam- und MIB-Unterricht in allen Schulen. Dabei sind Nichtmuslime von einigen religiösen Anforderungen befreit. Die Regierung meldete, dass viele nichtmuslimische Kinder sich dazu entschlossen, Islamkurse zu belegen. Berichten zufolge glaubten diejenigen, die sich für staatlich geförderte Stipendien bewarben, dass die Belegung der Islamkurse ihnen Vorteile verschaffen könnte (gemäß des bereits erwähnten Länderberichtes über

Religionsfreiheit des US-Außenministeriums). Aufgrund wirtschaftlicher Einschränkungen hat sich die Anzahl der Stipendien für Universitäten verringert. Dieser Rückgang der Stipendienplätze bewirkt, dass viele Christen das Gefühl haben, nun noch weniger Chancen auf einen Studienplatz an einer Universität in Brunei zu haben.

Ungefähr die Hälfte der Konversionen zum Islam geschehen unter Einwanderern und dies wird landesweit in den Zeitungen gefeiert. Den Konvertiten werden viele Anreize geboten, einschließlich Geldsummen. Aber in vielen Fällen wird auch Druck auf die Menschen ausgeübt, so werden z. B. katholische Filipinos Muslime, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten; indische Arbeiter werden dazu gedrängt, Muslime zu werden, um ebenfalls Arbeitserlaubnisse und Sozialleistungen zu bekommen.

Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation gibt es nun mehr Einschränkungen für Firmeninhaber, die nicht aus Brunei stammen. Im Berichtszeitraum für den WVI 2019 wurde bei 80 ausländischen Staatsangehörigen die Einwanderungserlaubnis zurückgenommen, bei weiteren 54 Personen wird die Situation noch geprüft.

Leben im Staat

Wie bereits erwähnt stellte Brunei das Scharia-Strafrecht im Mai 2014 vor. Dies regelt nicht nur die Bestrafung von Mord und Diebstahl, sondern betrifft auch das öffentliche Zeigen von christlichen Symbolen. Die Einführung des Gesetzes wurde im März 2018 angekündigt. Im Länderbericht des US-Außenministeriums für 2017 wird jedoch Folgendes angemerkt: „Die zweite Phase des Scharia-Strafrechts, die das Amputieren der Hände von Dieben einschließen würde, soll erst ein Jahr nach der Veröffentlichung der Scharia-Strafprozessordnung in Kraft treten. Bis heute hat die Regierung diese Strafprozessordnung nicht veröffentlicht. Die dritte Phase des Scharia-Strafrechts – die Strafen einschließt, wie Steinigung bis zum Tod für Vergewaltigung, Ehebruch oder Sodomie und Hinrichtung für Apostasie, Geringschätzung des Propheten Mohammed oder Beleidigung des Koran – soll erst zwei Jahre nach Bekanntgabe der Scharia-Strafprozessordnung in Kraft treten.“ Solange die Scharia-Strafprozessordnung nicht veröffentlicht wird, ist das Strafgesetz noch ausstehend. Ein Entwurf der Strafprozessordnung wurde im März 2018 veröffentlicht.

Einen Glaubenswechsel offiziell bestätigen zu lassen, ist undenkbar. Christen werden oft diskriminiert, wenn sie mit den Behörden zu tun haben. Wenn Einwohner chinesischer, christlicher oder buddhistischer Herkunft einen Antrag auf Staatsbürgerschaft stellen, erleben sie in vielen Fällen eine Ablehnung oder Verzögerung, ohne eine offizielle Begründung der Behörden zu bekommen. Die Aktivitäten des Landes zur Islamisierung, besonders unter Christen, werden breit publiziert und Übertritte vom christlichen Glauben zum Islam werden in den Medien in den höchsten Tönen gelobt. Jeden Donnerstagmorgen von 8:00 – 9:30 Uhr ist in allen Regierungsstellen Zeit für das islamische Gebet und Lesungen des Korans vorgesehen. Die Teilnahme ist verpflichtend. Untergrundgemeinden zeigen niemals christliche Symbole, aber selbst Christen aus anerkannten Kirchen sind vorsichtig darin, nichts in der Öffentlichkeit zu zeigen, da dies als Verbreitung des christlichen Glaubens mit der Absicht ausgelegt werden könnte, Muslime zu konvertieren. Das würde einen Verstoß gegen die neue Scharia-Gesetzgebung darstellen. Daher haben Christen auch Angst, öffentlich etwas zu tragen, das ihrem Glauben Ausdruck verleiht, wie ein Kreuz an einer Kette.

Kirchliches Leben

Alle Aktivitäten von Kirchen werden überwacht, aber vor allem registrierte Gemeinden sind davon betroffen, dass die Regierung Spitzel schickt. Diese Informanten sind teilweise selbst Christen, denen Bestechungsgeld angeboten wurde. Diese Kirchen, die bereits während der Kolonialzeit registriert wurden, besitzen immer noch einen offiziellen Status. Die Regierung erlaubt es jedoch nicht, dass weitere Kirchen registriert werden. Und selbst registrierte Kirchen stehen Problemen gegenüber: In der Hauptstadt Bandar Seri Begawan setzt die Regierung an Sonntagen Zugangsbeschränkungen um und alle Straßen, die zu der katholischen und der anglikanischen Kirche führen, werden aus „Erholungsgründen“ zwischen 6 Uhr morgens und 13 Uhr gesperrt. Nur Besitzer einer gültigen Bescheinigung dürfen das Gebiet um die beiden großen Kirchen betreten. Es gibt eine Fatwa, stillschweigend vom Sultan befürwortet, die es verbietet, dass nichtmuslimische religiöse Gebäude renoviert oder gebaut werden dürfen. Daher verfallen die Kirchen mehr und mehr. Einige Gemeinden haben ihre Gebäude jedoch ohne Genehmigung renoviert. Trotz all dieser Herausforderungen stehen die Gemeinden fest in ihrem christlichen Glauben. Dabei bleibt das Problem, dass viele junge Christen das Land verlassen und Sorgen um zukünftige Leiter entstehen.

Gemeinschaften christlicher Konvertiten und freikirchliche Gemeinschaften können sich nicht registrieren lassen und manchmal werden ihre Treffen von der Polizei unterbrochen. Die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien ist nach den Gesetzen der Scharia strafbar. Personen, die Publikationen an Muslime (oder Personen ohne Religion) senden oder liefern, die andere Religionen als den Islam betreffen, und die nicht von derjenigen Person angefordert wurden, können zu einer Haftstrafe von bis zu sechs Monaten verurteilt werden und/oder mit einer Geldstrafe von bis zu 2.000 Brunei-Dollar belegt werden. Kirchen ist es erlaubt, christliche Materialien an Mitglieder ihrer Gemeinden privat zu verkaufen. Die Nutzung von Massenmedien zur Verbreitung eines anderen Glaubens als des Islam ist verboten: Jeder, der eine andere Religion außer dem Islam verbreitet, muss mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 20.000 Brunei-Dollar rechnen.

Alle christlichen Aktivitäten in der Öffentlichkeit sind verboten. Im Dezember 2014 warnte die Regierung alle christlichen Gemeinschaften davor, öffentliche Weihnachtsfeierlichkeiten abzuhalten. Dieses Verbot von Weihnachtsfeiern ist immer noch in Kraft. Sonntägliche Gottesdienste werden von Beamten der Regierung genau überwacht und Pastoren (besonders Malaiisch sprechende Pastoren) sind sehr darauf bedacht, die Regierung oder die königliche Familie in ihren wöchentlichen Predigten nicht zu verärgern. Veröffentlichte Materialien unterliegen der Überprüfung der Behörden und das Importieren christlichen Materials ist verboten. Die Bewegungen und Aktivitäten von christlichen Leitern werden überwacht und es ist schwierig, Kirchenmitglieder auszubilden oder eine theologische Ausbildung anzubieten.

Auftreten von Gewalt

Die Wertung für physische Gewalt ist auf einem sehr niedrigen Niveau, was widerspiegelt, dass die Verfolgung in Brunei nie sehr gewalttätig war. Dennoch ist sie Anlass genug, dass einige Christen das Land verlassen und christliche Konvertiten sich verstecken. Es kommt gelegentlich vor, dass christliche Frauen zu einer Ehe gezwungen werden. Einen kurzen Überblick und Beispiele für das Auftreten von Gewalt im aktuellen Berichtszeitraum finden sich in Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

In Brunei gibt es keine Unterschiede bei der Verfolgung von Frauen und Männern. Jedoch werden Frauen aufgrund der strengen Umsetzung der islamischen Gesetze gezwungen, einen Hidschab (Kopftuch) zu tragen und sie werden von den religiösen Obrigkeiten bestraft, wenn sie sich weigern, einen solchen zu tragen. Das gilt nicht für bekannte christliche Familien, jedoch für Christen mit muslimischem Hintergrund. Es ist üblich, dass Frauen oder Mädchen von ihrer Familie verstoßen werden, wenn sie den christlichen Glauben annehmen. Sie werden dann von der Familie isoliert und Imame werden herbeigerufen, die sie dazu bringen sollen, ihren neuen Glauben zu widerrufen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische Gruppen, die als Abweichler gesehen werden, wie Schiiten und Ahmadiyya, sind verboten und werden verfolgt. Atheismus ist ebenfalls verboten. Die Tätigkeiten von Hindus sind eingeschränkt worden. Der einzige hinduistische Tempel im Land steht auf dem Gelände der britischen Kaserne des Gurkha-Regiments. Auch Sikhs und buddhistische Gemeinschaften besuchen diesen Tempel, um dort zu beten. Chinesischen Staatsangehörigen wurde untersagt, ihr Neujahrsfest mit dem Drachentanz zu feiern.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Die Regierung Bruneis muss einige schwierige Entscheidungen treffen. Die komfortable Zeit, in der der Sultan für all seine Untertanen sorgte, wird bald vorbei sein, auch wenn der Ölpreis sich wieder erholen sollte. Bis jetzt stellt die Regierung kostenlose medizinische Versorgung bereit sowie subventionierte Lebensmittel und vergünstigtes Wohnen. An den staatlichen Schulen gibt es keine Schulgebühren und die Bürger Bruneis müssen keine Einkommenssteuer bezahlen. Aber da die Öl- und Gasreserven wohl nur noch eine Generation oder weniger halten werden, muss die Regierung anfangen, über Alternativen nachzudenken. Bis jetzt war sie dabei nicht sehr erfolgreich, da es scheint, dass die Welt kein „islamisches Singapur“ braucht (oder bereits eines in Dubai oder Doha hat). Der vergleichsweise hohe Ölpreis während des Berichtszeitraums hat Brunei geholfen, den stärksten wirtschaftlichen Druck zu überbrücken.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia: Der wachsende wirtschaftliche Druck kann zu wachsender Unsicherheit und sogar Unruhen führen, besonders weil die Regierung kein weiteres Personal einstellt. Es sieht danach aus, dass der Sultan, indem er auf die Einführung der Scharia-Gesetzgebung pocht und christliche Feste verbietet, sich auf eine konservative Form des Islam verlässt – sicherlich einerseits aus Überzeugung, aber auch als ein Mittel, sein Volk unter Kontrolle zu halten. Dies wird zu einer Verstärkung der beiden Haupttriebkräfte der Verfolgung des Landes führen, der „Islamischen Unterdrückung“ und der „Diktatorischen Paranoia“.

Schlussfolgerung

Die Tatsache, dass der Sultan im November 2016 entschied, die beliebte englischsprachige Zeitung „Brunei Times“ schließen zu lassen, zeigt, dass er (erfolgreich) versucht, seine Kontrolle über die Medien und die öffentliche Berichterstattung auszuweiten. Es könnte sein, dass er diese Anstrengungen noch verstärkt, denn der Sultan verlässt sich immer stärker auf chinesische Investitionen bei der Verbesserung der Infrastruktur und Diversifizierung der Wirtschaft. Dies hat jedoch seinen Preis. Brunei ist im Jahr 2018 das erste Mitgliedsland der ASEAN-Staaten gewesen, das seine Ansprüche im Südchinesischen Meer aufgab, damit die Investitionen aus China weiter fließen.

Christen sehen sich zudem einer Veränderung der kirchlichen Situation gegenüber: Junge Christen verlassen das Land in großer Zahl. Auch die geplante Einführung des Scharia-Strafgesetzes und die Entwicklung der Islamischen Unterdrückung und Diktatorischen Paranoia sorgen für eine immer größer werdende Unsicherheit.

zurück zur Länderübersicht

Tunesien: Platz 37

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Besonders in ländlichen Gebieten sehen sich Christen muslimischer Herkunft mit großen Gefahren konfrontiert: Es sind Fälle bekannt, in denen christliche Konvertiten von ihren eigenen Familien zu Hause eingesperrt wurden. Auf der politischen Ebene sind islamistische Parteien weiterhin einflussreich. Gleichwohl ist Tunesien an einem Scheidepunkt angelangt. Das Land muss sich entscheiden, ob es strikt islamisch geprägt bleiben oder sich für eine moderatere Form des Islam verbunden mit säkularen Prinzipien öffnen möchte. Der urbanere Norden neigt zu Letzterem, während der ländlichere Süden eher konservativ bleibt. Militante Islamisten verbreiten Angst im gesamten Land und sind häufig mit organisierter Kriminalität verbunden.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Verfolgung in Tunesien liegt hauptsächlich in der allgemeinen Feindseligkeit gegenüber Christen begründet, die sich in der islamischen Gesellschaft offen zeigt. Auch wenn der Staat seit den Aufständen des „Arabischen Frühlings“ 2011 Christen gegenüber etwas toleranter geworden ist, so ist doch ein zunehmender Einfluss extremistischer islamischer Lehren erkennbar. Ausländer in Tunesien genießen beträchtliche Religionsfreiheit, sind aber darin beschränkt, offen ihren Glauben zu bezeugen und zu evangelisieren. Tunesische Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren Verfolgung durch Familienangehörige, Verwandte und das soziale Umfeld. Außerdem haben diese Christen Schwierigkeiten, ihren Glaubenswechsel durch staatliche Behörden offiziell anerkennen zu lassen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Eine Journalistin, die die Situation tunesischer Christen genau untersucht hat, erklärt: „Tunesische Christen werden auf eine Weise diskriminiert, die oft vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen bleibt. Es beeinträchtigt ihr tägliches Leben. Aufgrund ihrer Identität als Christen leben viele von ihnen in unsicheren Arbeitsverhältnissen, sie werden von Familie, Freunden und sogar Verlobten verlassen und sind Opfer verbaler, psychischer und körperlicher Misshandlungen.“

Aufgrund der oben genannten Faktoren entscheiden sich die meisten tunesischen christlichen Konvertiten dafür, ihren Glauben zu verbergen – sie können nicht offen beten und ihren Glauben ausleben. Die Feindseligkeit und der Druck, die sie vonseiten der Gesellschaft im Allgemeinen erfahren, machen es gefährlich, mit Familienangehörigen, Verwandten, Nachbarn, Freunden oder Kollegen über ihren Glauben zu sprechen. Aufgrund der Risiken, die eine Entdeckung ihres Glaubens mit sich brächte, ist es für diese Christen schwer, sich zu Gottesdiensten zu versammeln und christliche Gemeinschaft zu pflegen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Kirchliche Einrichtungen und Gebäude werden überwacht, vordergründig aus Sicherheitsgründen, aber auch zum Zweck der Kontrolle.
- Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zu Glaubens- und Religionsfreiheit erstattete im April 2018 seinen Bericht über Tunesien. Er folgerte, dass „alte Gesetze und gesellschaftlicher Druck die größten Herausforderungen für die Religionsfreiheit in Tunesien sind. Eine Reihe alter Gesetze, etwa ‚Leitbilder öffentlicher Moral' und ‚Bestimmungen zur öffentlichen Ordnung', werden genutzt, um Beschränkungen durchzusetzen, etwa zum Nahrungsmittelkonsum während des Ramadan."
- Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2019 wurden einige Christen inhaftiert und verhört, weil sie christliche Literatur besaßen. Sie wurden bezichtigt, Bekehrungsversuche unternommen zu haben.
- Während des aktuellen Berichtszeitraums mussten mehrere Christen, vor allem Christinnen muslimischer Herkunft, innerhalb des Landes umziehen, weil sie von ihren Familien unter Druck gesetzt und bedroht worden waren. Es wurde zudem berichtet, dass Christen muslimischer Herkunft körperlich beziehungsweise sexuell missbraucht wurden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 63 Punkten belegt Tunesien Platz 37 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Der Anstieg von einem Punkt im Vergleich zum Vorjahr ist in der Rundung begründet – der eigentliche Anstieg beträgt 0,2 Punkte. Zwar sind die Werte in einigen Lebensbereichen angestiegen, doch wurden diese dadurch ausgeglichen, dass es weniger Berichte über gewalttätige Übergriffe auf Christen gegeben hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft der Verfolgung wirkt auf unterschiedlichen Ebenen: Innerhalb der Familie erhalten Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben oftmals keinerlei Unterstützung für ihre Entscheidung zum Glaubenswechsel. Dagegen gibt es Fälle, bei denen Christen mit muslimischem Hintergrund von ihren eigenen Familien zu Hause eingesperrt wurden. Auf gesellschaftlicher Ebene verbreiten islamisch-extremistische Kämpfer Angst im ganzen Land. Auf der politischen Ebene sind islamistische Parteien weiterhin einflussreich. Die Verbindungen zwischen einigen islamistischen Bewegungen und dem organisierten Verbrechen sollten nicht unterschätzt werden. Sie sorgen für viel Unruhe in der tunesischen Gesellschaft und tragen dazu bei, dass die ohnehin schon große Angst unter Christen zunimmt. Der Premierminister hat im Juni 2017 die Verbindung zwischen Terrorismus und organisiertem Verbrechen und Korruption mit folgenden Worten hervorgehoben: „Wir sind überzeugt, dass es einen Zusammenhang zwischen Schmuggel, Terrorfinanzierung, grenzüberschreitenden Aktivitäten und auch Kapitalflucht gibt."

Ethnisch begründete Anfeindungen

Aspekte der Stammesgesellschaft erhalten sich vor allem außerhalb der Großstädte – mit Folgen besonders für Christen mit muslimischem Hintergrund. Den Islam zu verlassen, gilt nicht nur als Verrat an der Religion, sondern auch an der eigenen (Groß-)Familie. Trotzdem ist das Stammesdenken weniger stark ausgeprägt als in Tunesiens Nachbarstaaten. Eine Kampagne der Regierung bekämpfte den Einfluss dieses Denkens bereits in den 1950er- und 60er-Jahren.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die Verfolgung für tunesische Christen, die einen muslimischen Hintergrund haben, geht hauptsächlich von ihren eigenen (Groß-)Familien aus. Gewöhnliche Bürger, wie etwa die Nachbarn, können ebenfalls zu Verfolgern werden, vor allem außerhalb der urbanen Zentren. Außerdem gibt es die Gefahr gewalttätiger religiöser Gruppen, besonders islamistischer Milizen, und deren Aktivitäten, die alle Christen im Land betreffen. Obwohl Tunesien den Ruf einer Erfolgsgeschichte des „Arabischen Frühlings“ genießt, sind extremistische islamische Lehren und Militanz weit verbreitet, vor allem unter der Jugend. Extremistische Gruppen, deren Anhängerzahl mit den Rückkehrern von den Kämpfen in Syrien und im Irak zunimmt, gehören zu den stärksten Verfolgern. Auch die Regierung und der Staatsapparat können als Verfolger betrachtet werden, da sie Gemeinden von Christen mit muslimischem Hintergrund die Registrierung und offizielle Anerkennung verweigern.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Auch in Bezug auf Ethnisch begründete Anfeindungen geht die Verfolgung am stärksten von den (Groß-)Familien aus. Vor allem in ländlichen Gebieten fördert die Gesellschaft die Aufrechterhaltung traditioneller Werte und Bräuche, die es Konvertiten erschweren, sich vom Islam abzuwenden. Wie Katia Boissevain in dem Buch „Christianity in North Africa and West Asia“ über Tunesien schreibt (S. 47): „Wenn ein Glaubenswechsel bekannt gegeben oder entdeckt wird, haben die Familien das Gefühl, verraten oder verlassen worden zu sein. Auszuscheren und den christlichen Glauben anzunehmen, ist nicht nur ein Bruch mit der Gesellschaft als Ganzem, sondern auch ein Bruch mit dem gesellschaftlichen Lebensrhythmus, der von islamischen Traditionen bestimmt wird. Christ zu werden wird von den anderen als eine Entscheidung interpretiert, die allem entgegensteht, wozu man erzogen wurde.“

4. Hintergrund

Große gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit führte in Tunesien zur „Jasminrevolution“ (Arabischer Frühling). Am 14. Januar 2011 flohen Präsident Zine el-Abidine Ben Ali und sein engster Kreis nach Saudi-Arabien. Das Regime fiel und eine Übergangsregierung wurde gebildet. Die politische Landschaft in Tunesien hat sich seither verändert. Am 26. Januar 2014 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Anschließend führte Tunesien im Dezember 2014 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durch, die das Ende der Übergangsphase markierten. Die Präsidentschaftswahlen gingen in eine zweite Runde und in dieser Stichwahl wurde Beji Caid Essebsi zum Wahlsieger erklärt.

Aufgrund der Tatsache, dass keine einzelne Partei eine Mehrheit im Parlament gewinnen konnte, und aufgrund der Schwierigkeiten, die tunesische Wirtschaft anzukurbeln, scheint es seit den Parlamentswahlen 2014 in Tunesien einen ständigen Wechsel der Premierminister und Regierungen zu geben. Die wesentlichen Herausforderungen, mit denen sich diese aufeinanderfolgenden nationalen Einheitsregierungen auseinandersetzen müssen, sind die wachsende Bedrohung durch militante islamische Gruppen in der Region und die Wirtschaftskrisen, die vor allem durch den Rückgang des Tourismus verursacht wurden, der eine der tragenden Säulen der tunesischen Wirtschaft war. Derzeit führt Premierminister Youssef Chahed eine Einheitsregierung, geformt aus einer Koalition säkularer, islamistischer und linker Parteien, unterstützt von Unabhängigen und einer Gewerkschaft.

Trotz der Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft bleibt Tunesien das einzige Land, in dem der Arabische Frühling zur Bildung einer demokratischeren und besser legitimierten Regierung geführt hat, in der säkulare und islamistische Parteien auf der Grundlage von Konsens und Kompromissen miteinander regieren können. Eine interessante Entwicklung in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass „Ennahda“, die ehemals größte und bedeutendste islamistische Partei Tunesiens, offiziell zu einer säkularen Partei geworden ist. Gleichzeitig gibt es islamisch-extremistische Parteien wie „Hizb ut-Tahrir“, die die tunesische Regierung als Bedrohung der öffentlichen Ordnung zu verbieten versucht. Tunesien hat sich außerdem als das Land herausgestellt, aus dem die meisten ausländischen Kämpfer in Syrien stammen. Viele von ihnen kehren nach Tunesien zurück, nachdem sie vom „Islamischen Staat“ (IS) radikalisiert wurden.

5. Betroffene Christen

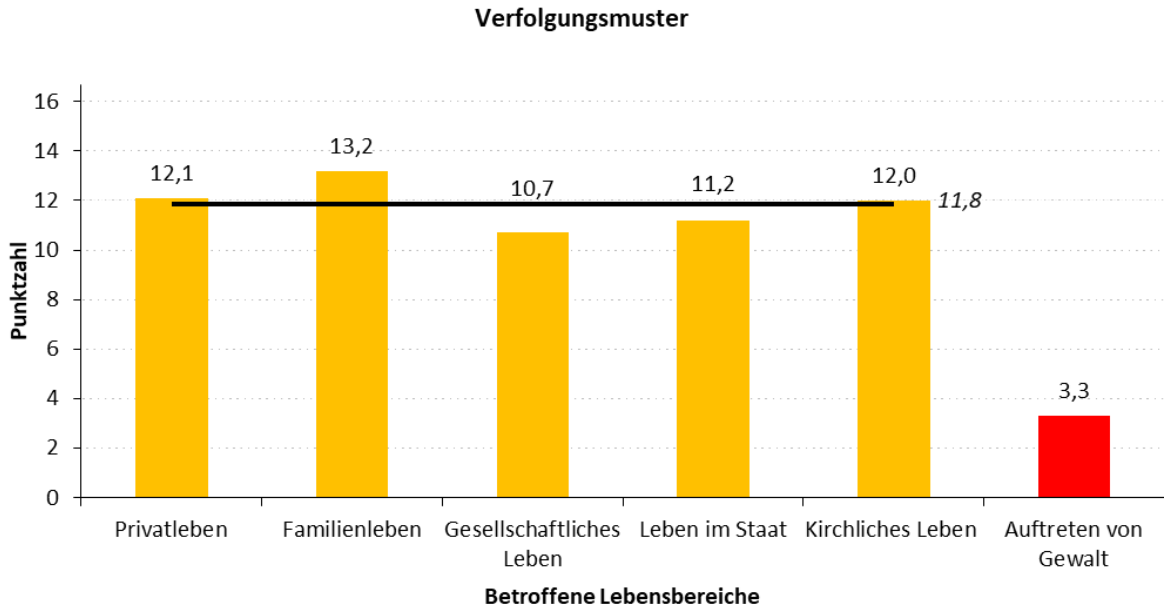
Ausländische Christen

Diese Christen genießen relative Religionsfreiheit, auch wenn die öffentliche Weitergabe des Glaubens nicht toleriert wird. Ausländische Christen, die in den wenigen internationalen Kirchen Gottesdienste abhalten, stoßen kaum auf Probleme.

Christen muslimischer Herkunft

Konvertiten sind verschiedenen Formen der Verfolgung ausgesetzt, zum Beispiel durch ihre Familienangehörigen. Allerdings steht es ihnen und anderen mehr oder weniger frei, Informationen über den christlichen Glauben zu suchen und zu erhalten, insbesondere Inhalte, die online zur Verfügung gestellt werden.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tunesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen beträgt ein sehr hohes Maß; der Wert stieg von 11,7 Punkten im Vorjahr auf 11,8 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein sehr hohes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ am höchsten. Darin spiegeln sich die Schwierigkeiten wieder, mit denen sich Christen muslimischer Herkunft sowohl innerhalb ihrer eigenen Familien als auch im eher öffentlichen Leben konfrontiert sehen, etwa wenn sie getauft werden oder eine christliche Hochzeit oder Beerdigung feiern wollen.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 3,9 auf nun 3,3 Punkte gesunken. Der Grund dafür ist die Tatsache, dass im Gegensatz zum Vorjahr keine Gebäude von Christen angegriffen wurden.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft werden unter Druck gesetzt, wenn ihr Glaubenswechsel im privaten Umfeld bekannt wird. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den ländlichen Gebieten und der Hauptstadt Tunis, wo die Situation vergleichsweise besser ist. Die meisten Christen mit muslimischem Hintergrund und vor allem junge Menschen erleben in irgendeiner Form Widerstand, Ablehnung beziehungsweise Verfolgung wegen ihres Glaubenswechsels. Vor allem für junge Konvertiten ist es riskant, regelmäßig in der Bibel zu lesen und einen Ort zu finden, an dem sie beten können.

Familienleben

Die Freiheit einer christlichen Familie, ihr Familienleben auf christliche Weise zu führen, ist begrenzt. Jeder Tunesier wird automatisch als Muslim registriert. Ausländer bekommen keine Probleme, solange ihre Kinder ihre ausländische Staatsbürgerschaft behalten. Christen muslimischer Herkunft müssen akzeptieren, dass ihre offiziellen Dokumente sie als Muslime ausweisen. Jeder Versuch, dies zu ändern, ist zum Scheitern verurteilt und zieht Konsequenzen nach sich. Kinder christlicher Konvertiten müssen am schulischen Islamunterricht teilnehmen und werden möglicherweise schikaniert, wenn der christliche Glaube ihrer Eltern bekannt wird.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft erhalten Drohungen von ihren Familien oder aus ihrem Umfeld, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Besonders in ländlichen Gegenden des Landes haben junge Christinnen mit muslimischem Hintergrund Angst davor, zur Ehe mit einem Muslim gezwungen zu werden. Es gibt Fälle von christlichen Konvertiten, die ihrer Universität verwiesen wurden oder die nicht zur Schule gehen konnten, weil sie von zu Hause vertrieben worden waren. Manchmal werden Kunden aufgefordert, nicht in Geschäften einzukaufen, die von einem Christen geführt werden.

Leben im Staat

Im Umgang mit den Behörden werden Christen in der Regel benachteiligt. Was deren Verletzbarkeit noch unterstreicht, ist die Tatsache, dass christliche Konvertiten selten Gleichbehandlung vor dem Richterstuhl erfahren, vor allem dann nicht, wenn es sich um Streitfragen im Bereich des Familienrechts handelt. Christen stehen außerdem in der Gefahr, Opfer von Missbrauch zu werden, da ihre Familien in einigen Fällen und vor allem in ländlichen Gebieten ungestraft gegen sie vorgehen können. Kirchen von ausländischen Christen sind die einzigen Kirchen, die christliche Symbole zeigen dürfen.

Kirchliches Leben

Obwohl die derzeitige tunesische Verfassung Religionsfreiheit respektiert und die Abkehr vom Islam nicht verboten ist, gehen Regierungsvertreter in der Praxis oft nach ganz anderen Maßstäben vor. Der Import christlicher Bücher in arabischer Sprache wird von den Behörden behindert. Tunesische Christen muslimischer Herkunft können ihre Gemeinden nicht registrieren lassen und seit Tunesien im Jahr 1956 die Unabhängigkeit erlangte, wurde keine neue Kirche mehr offiziell registriert. Dies steht im krassen Gegensatz zu dem Gesetz, das den Bau und den Betrieb von Moscheen reguliert. Registrierte Gemeinden können frei agieren, sehen sich aber mit praktischen Problemen konfrontiert, besonders hinsichtlich der Instandhaltung ihrer Immobilien, der Einstellung von Mitarbeitern sowie bei dem Erhalt von Genehmigungen für die Veröffentlichung und Verbreitung christlicher Texte in arabischer Sprache.

Auftreten von Gewalt

Der recht hohe Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist Vorfällen geschuldet wie etwa körperlichen Misshandlungen von Christen muslimischer Herkunft, Zwangsheirat, Vergewaltigungen und sexueller Belästigungen. Außerdem mussten mehrere Christen innerhalb des Landes umziehen, weil sie von ihren Familien unter Druck gesetzt worden waren. Gleichwohl ist die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt nicht so hoch ist wie in anderen Ländern der Region, etwa in Ägypten und Libyen. Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Der Großteil der Verfolgung geht für Christinnen in Tunesien von den dominierenden Männerfiguren ihrer Familie aus: Für alleinstehende Frauen wäre das der Vater, der Bruder oder ein Familienmitglied, welches diesen im Rang nachfolgt (ein Onkel, o. ä.); für eine verheiratete Frau wäre das der Ehemann. Verfolger einer Christin muslimischer Herkunft kann auch die gesamte Großfamilie sein, wenn sie sich gegen die Frau verbündet, sie ausfragt, anklagt oder Gerüchte verbreitet – eine Form der Verfolgung, die jahrelang anhalten kann.

Unverheiratete Konvertitinnen können von ihren Familien zu Hause eingesperrt und sogar von der Schule genommen oder der Arbeitsstelle ferngehalten werden. Es kann passieren, dass eine unverheiratete Christin muslimischer Herkunft gezwungen wird, einen Muslim zu heiraten – oft handelt es sich dann dabei um einen älteren Mann, da es keine Priorität mehr hat, einen „guten" Ehemann für sie zu finden. Eine Quelle drückt es so aus: „Im Allgemeinen herrscht das Denken vor, Frauen hätten kein Gehirn und bräuchten einen Mann, der sich um sie kümmert, Frauen hätten weniger Weisheit und eine geringere Kapazität zum Glauben und bräuchten daher jemanden, der ihnen hilft, Glauben und Weisheit zu erlangen." Das erklärt, warum es für Frauen mit größeren Risiken behaftet ist, mit Familienangehörigen über ihren neuen Glauben zu sprechen, bei Männern dagegen würde in so einem Fall manchmal angenommen, sie probierten einfach etwas Neues aus.

Verheiratete Konvertitinnen müssen mit Scheidung rechnen, verlieren unter Umständen das Sorgerecht für ihre Kinder und bleiben folglich schutzlos und verletzbar, da es gesellschaftlich inakzeptabel für Frauen ist, allein und unabhängig zu leben. Kommt eine Mutter zum Glauben, muss sie fürchten, dass die Kinder ihren neuen Glauben (versehentlich) den Verwandten verraten; die Familie würde daraufhin den Ehemann unter Druck setzen, sich von ihr scheiden zu lassen.

Der Länderbericht zu Tunesien im „Bertelsmann Transformation Index" 2018 attestiert: „Tunesien kann auf eine Erfolgsgeschichte in Sachen Gleichstellung der Geschlechter zurückblicken. Doch die Diskriminierung von Frauen hält an. Auf dem ‚Index der geschlechterspezifischen Ungleichheiten' von 2014 belegt Tunesien Platz 48 unter 188 Ländern." Diese Platzierung stellt nichtsdestotrotz eine gewichtige Verbesserung im Vergleich zu anderen Ländern in der Region dar, „da Nachbarländer wie Algerien auf Platz 83, Libyen auf Platz 94 und Marokko auf Platz 126 schlechter abschnitten."

Männer

Junge männliche Konvertiten, die noch bei ihren Eltern leben, können aus ihrem Zuhause verbannt werden und verlieren die (finanzielle) Unterstützung ihrer Familie. Die Ächtung durch ihre Familie ist deshalb wahrscheinlich, weil die Konvertiten mit ihrer Abwendung vom Islam Schande über ihre Familie bringen. Männer sind meist die Versorger der Familie; deshalb leidet die gesamte Familie darunter, wenn ein christlicher Mann etwa seine Arbeitsstelle und seinen Ruf verliert. In manchen Fällen verlassen auch die Ehefrauen ihre Männer, wenn diese sich dem christlichen Glauben zugewandt haben. Männliche Konvertiten können in ihrer eigenen Familie isoliert werden. Gleichzeitig ist die Heftigkeit der Gegenreaktion auf einen Glaubenswechsel dadurch bedingt, welche gesellschaftliche Stellung und welches politische Ansehen ein Konvertit innerhalb seines sozialen Umfeldes bis dato genossen hat.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Dem vom US-Außenministerium 2017 herausgegebenen „International Religious Freedom Report“ zufolge berichteten Anhänger der Bahai-Religion von Schwierigkeiten, ihren Glauben auszuüben, weil sie nicht offiziell registriert sind und keine Bahai-Tempel errichten können. Sie hätten in jüngster Vergangenheit jedoch konstruktive Gespräche mit Regierungsvertretern geführt. Darüber hinaus „gaben Salafisten an, während des anhaltenden Ausnahmezustandes zähle die Polizei sie aufgrund ihrer Kleidung und langen Bärte zum gängigen Täterprofil und verdächtige sie des Terrorismus.“

Bezüglich jüdischer Gemeinschaften wird gesagt: „Die Regierung erlaubt der jüdischen Gemeinde, frei zu beten und bezahlt das Gehalt des Großrabbiners. Außerdem sorgte sie für die Sicherheit der Synagogen und subventionierte teilweise die Kosten für deren Restaurierung und Instandhaltung. Angestellte der Regierung unterhielten den jüdischen Friedhof in Tunis. Die Regierung erlaubte der jüdischen Gemeinde den Betrieb privater religiöser Schulen und gestattete es jüdischen Kindern, ihren Schultag zwischen öffentlichen und privaten religiösen Schulen aufzuteilen.“

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 wurde über keine Probleme im Zusammenhang mit der sunnitisch-schiitischen Spaltung berichtet, obgleich Schiiten generell Diskriminierung erfahren und Personen des öffentlichen Lebens sich in der Vergangenheit gegen den schiitischen Islam ausgesprochen haben.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Obwohl sich die politische Lage in Tunesien stabilisiert zu haben scheint, bedeutet dies nicht, dass zu erwarten ist, dass der Druck auf Christen abnehmen wird. Sowohl auf gesellschaftlicher als auch politischer Ebene findet zwischen islamistischen Hardlinern und moderaten Liberalen ein Wettstreit statt. Die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende 2019 werden einen Scheidepunkt darstellen, an dem die Richtung, die Tunesien einschlägt, bestimmt werden wird.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Gesellschaft und Kultur, insbesondere in ländlichen Gebieten, sind nach wie vor gegen Christen eingestellt; politische Veränderungen haben darauf (bisher) keinen Einfluss. Die Verfassung Tunesiens mag als positiver Schritt nach vorn erscheinen, allerdings ist ihre Formulierung allgemein genug gehalten, um restriktive Interpretationen zu ermöglichen. Dies wird stark von der Art der Regierung, die an der Macht ist, und ihrer Haltung gegenüber religiösen Minderheiten abhängen. Gewännen die Hardliner mehr Einfluss im Land, könnte dies das Leben der Christen sehr viel schwerer machen. Zusätzlich sieht sich Tunesien einer echten Bedrohung durch Instabilität und Konflikte ausgesetzt, die aus der zunehmenden Aktivität islamischer Milizen im Land resultieren. Die Situation wird noch beunruhigender, da viele tunesische islamische Kämpfer, die an der Seite des IS in Libyen gekämpft haben, nun mit dem offenbaren Niedergang des IS in Libyen nach Hause zurückkehren. Falls Gruppen wie Hizb ut-Tahrir mehr Einfluss in Tunesien gewinnen, wird sich die Situation für Christen im Land wesentlich verschlechtern und die Verfolgung von Christen könnte noch stärker und gewalttätiger werden.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die positiven Entwicklungen in puncto Frauenrechte und die positivere Einstellung zu religiösen Minderheiten unter den gemäßigten Liberalen könnten eine Gegenbewegung konservativerer Gesellschaftselemente hervorrufen, die ihre traditionellen Bräuche und Praktiken beibehalten wollen.

Schlussfolgerung

Es gibt durchaus positive Entwicklungen in Tunesien zu vermerken. Diese könnten zur Entwicklung einer offeneren Gesellschaft beitragen und es Christen erlauben, ihren Glauben in größerer Freiheit auszuüben. Gleichzeitig muss abgewartet werden, ob Tunesien dieser, in der arabischen Welt einzigartigen, Entwicklungsrichtung folgen oder zu einer strikteren Interpretation des Islam zurückkehren will. Die bevorstehenden Wahlen Ende 2019 werden ein entscheidender Augenblick sein, um zu sehen, ob die derzeitige Regierungspolitik auch vom tunesischen Volk unterstützt wird.

zurück zur Länderübersicht

Katar: Platz 38

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Die Staatsreligion Katars ist ein streng wahhabitischer Islam. Nichtmuslimische religiöse Gruppen wie Christen können ihren Glauben nur in Privathäusern oder einem dafür ausgewiesenen Grundstück ausüben. Evangelisation ist gesetzlich verboten und wird mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Werte und Normen der Stammeskulturen sind mit dem Islam verflochten und werden Christen aufgezwungen. Dies betrifft besonders Christen mit muslimischem Hintergrund.

Diktatorische Paranoia: Katar ist eine absolute Monarchie. Die Regierung hat einen Wohlfahrtsstaat mit vielen finanziellen Vorteilen für katarische Staatsbürger geschaffen. Die Regierung erwartet im Gegenzug Gehorsam und lässt keinen Widerspruch zu. Obwohl ausländische Christen relativ frei darin sind, ihren Glauben auszuüben, überwacht die Regierung all ihre Aktivitäten.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Stammeskultur spielt in der katarischen Gesellschaft trotz moderner Technologien und Architektur noch immer eine sehr große Rolle. Alte Normen und Werte haben weiterhin großen Einfluss und werden strikt durchgesetzt.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Christen erleben Verfolgung auf allen Ebenen der Gesellschaft: Die Regierung, das soziale Umfeld und selbst die eigene Familie können für Christen gefährlich sein, insbesondere für Christen muslimischer Herkunft. Keine andere Religion wird neben dem Islam akzeptiert, und die Gesetze der Scharia schreiben viele Regeln für das persönliche, familiäre und gesellschaftliche Leben vor. Die Gesellschaft Katars ist konservativen islamischen Werten verpflichtet, die von den Bürgern und der Regierung durchgesetzt werden. Die Staatsreligion ist der strikt konservative wahhabitische Islam.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Es gibt zwei Gruppen von Christen in Katar, die streng voneinander getrennt sind und sehr vorsichtig sein müssen, wenn sie Kontakt miteinander haben. Die größere Gruppe stellen die Gemeinschaften ausländischer christlicher Gastarbeiter dar. Muslimen das Evangelium zu verkünden, ist streng verboten und kann zu Strafverfolgung und Ausweisung aus dem Land führen. Es wurde ihnen jedoch in der jüngeren Vergangenheit erlaubt, Gottesdienste mit vielen Teilnehmern zu feiern. Viele dieser Gastarbeiter leben und arbeiten unter ärmlichen Bedingungen. Ihr christlicher Glaube macht sie zusätzlich verletzlich. Trotz dieser Lebensbedingungen wachsen diese christlichen Gemeinschaften.

Die andere Gruppe besteht aus Christen mit muslimischem Hintergrund. Diese Konvertiten tragen die Hauptlast der Verfolgung, egal, ob sie aus Katar stammen oder eingewandert sind. Die meisten einheimischen Christen haben den Glauben an Jesus im Ausland angenommen. Sie sind sowohl dem Druck von Familienmitgliedern, als auch von ihrem sozialen Umfeld ausgesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Konvertiten mit Migrationshintergrund stehen unter hohem Druck und werden von ihrem sozialen Umfeld in den Arbeitsunterkünften, in denen sie leben, kontrolliert. Selbst

ihre Arbeitgeber können als Verfolger auftreten. Sowohl einheimische als auch ausländische Christen muslimischer Herkunft riskieren Diskriminierung, Belästigung, polizeiliche Überwachung und alle Arten von Einschüchterung durch gewalttätige Gruppen. Ein Religionswechsel weg vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Personenstands- und Eigentumsfragen. Dennoch gibt es kaum Berichte darüber, dass Christen wegen ihres Glaubens verhaftet, verletzt oder getötet wurden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

Gewalttätige Vorfälle gegen Christen werden kaum berichtet. Das Land wird streng überwacht und ist im Allgemeinen friedlich. Vorkommnisse, bei denen christliche Arbeitsmigranten ins Visier genommen werden, werden wahrscheinlich deshalb nicht gemeldet, weil es in niemandes Interesse liegt, mit Details an die Öffentlichkeit zu gehen: das Opfer will seinen Arbeitsplatz behalten und andere Akteure (wie die Regierung) sind nicht daran interessiert, solche Vorfälle aufzuzeichnen. Zudem ist es manchmal schwer zu unterscheiden, ob eine Misshandlung aufgrund des Glaubens des christlichen Arbeiters geschieht. Im Allgemeinen kann jedoch angenommen werden, dass der Glaube nichtmuslimischer Arbeitsmigranten, einschließlich Christen, zu größerer Gefährdung führt.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegt Katar Platz 38 auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Trotz eines Rückgangs um einen Punkt im Vergleich zum Vorjahr sind Christen in Katar (besonders Christen muslimischer Herkunft) weiterhin sehr starkem Druck vonseiten der katarischen Regierung und der katarischen Gesellschaft ausgesetzt. Die geringfügige Verbesserung kam dadurch zustande, dass der Druck auf ausländische und Christen muslimischer Herkunft, die keine Katarer sind, etwas nachgelassen hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Staatsreligion ist der strikt konservative wahhabitische Islam. Während Muslime die Freiheit haben, ihren Glauben öffentlich zu leben, dürfen nichtmuslimische Gruppen wie Christen ihren Glauben nur in Privathäusern oder einem dafür ausgewiesenen Grundstück ausüben. Evangelisation ist gesetzlich verboten und wird mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Kritik am Islam wird bestraft. Die Abwendung vom Islam zu einer anderen Religion wird als Abfall vom Islam verstanden, was verboten und gesellschaftlich nicht akzeptabel ist. Das Familienrecht wird durch die Scharia, die islamische Gesetzgebung, bestimmt. Nahezu alle Staatsbürger Katars sind per Definition entweder sunnitische oder schiitische Muslime.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Die Stammeskultur spielt in der katarischen Gesellschaft trotz moderner Technologien und Architektur noch immer eine sehr große Rolle. Alte Normen und Werte haben weiterhin großen Einfluss und werden strikt durchgesetzt. Diese Stammeskultur ist stark mit dem Islam vermischt und Anfeindungen betreffen besonders Christen mit muslimischem Hintergrund. Wie im gesamten Nahen Osten ist die

Religion stark mit der Familienidentität verknüpft. Daher wird es als Verrat an der Familie betrachtet, wenn jemand den Islam verlässt. Generell üben Familien starken sozialen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, um sie dazu zu bewegen, zum Islam zurückzukehren, die Region zu verlassen oder nicht über ihren neuen Glauben zu sprechen. In vielen Fällen entfremden sich christliche Konvertiten durch ihren neuen Glauben von ihrer Familie.

Diktatorische Paranoia

Katar ist eine absolute Monarchie und wird vom Emir regiert. Die Regierung hat einen Wohlfahrtsstaat mit vielen finanziellen Vorteilen für katarische Staatsbürger geschaffen. Im Gegenzug erwartet sie Gehorsam und lässt keinen Widerspruch zu. Außerdem macht sie es wegen der geringen Zahl von Staatsangehörigen im Vergleich zu einer sehr hohen Zahl von ausländischen Gastarbeitern zur Priorität, das Land streng islamisch zu halten. Obwohl ausländische Christen relativ frei darin sind, ihren Glauben auszuüben, überwacht die Regierung all ihre Aktivitäten. Das Land wird streng kontrolliert; die vielen Gastarbeiter müssen sich vorsichtig verhalten, da sie leicht des Landes verwiesen werden können.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die konservative islamische Gesellschaft ist die größte Gefahr für Christen in Katar. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden und daher wehrlos gegenüber den Forderungen ihrer Chefs. Diese können ausländische Christen leicht diskriminieren, demütigen oder missbrauchen, insbesondere die armen und nicht gut ausgebildeten Arbeiter aus Südostasien und Nordafrika. Christliche Gastarbeiter sind außerdem Diskriminierungen und Misshandlungen durch muslimische Gastarbeiter ausgesetzt.

Als Muslim den christlichen Glauben anzunehmen, ist in Katar gesellschaftlich nicht akzeptabel. Die Regierung geht gegen jeden Christen vor, der versucht, das Evangelium mit Muslimen zu teilen, da Missionierung illegal ist und strafrechtlich verfolgt werden kann. Es wurden zwar keine Christen offiziell wegen Missionierung belangt, aber einige wurden in den vergangenen Jahren ohne ordentliches Verfahren des Landes verwiesen.

Katar ist bekannt dafür, den Wahhabismus ausbreiten zu wollen, der eine ultrakonservative Form des Islam darstellt. Auch wenn das Land versucht, offen und modern zu sein, hat diese strikte Interpretation des Islam Katar fest im Griff. Sowohl Gesellschaft als auch Regierung setzen die Lehren des Wahhabismus in der Öffentlichkeit durch, indem beispielsweise Kleiderordnungen festgelegt werden, der Konsum von Alkohol verboten ist, die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird (Verbot der Kritik am Islam) und andere Religionsgemeinschaften dazu gezwungen werden, ihren Glauben nur privat zu leben.

Das Nachrichtennetzwerk Al Jazeera ist in Katar angesiedelt. Konservative islamische Prediger wie Yusuf al-Qaradawi haben über Al Jazeera ein Millionenpublikum. Auch wenn al-Qaradawi nicht den Wahhabismus vertritt, wird er als wichtige intellektuelle Stimme der Muslimbruderschaft angesehen und hat klar ausgedrückt, dass Apostasie (der Abfall vom Islam) seiner Meinung nach mit dem Tod bestraft werden sollte.

Ausgehend von ethnisch begründeten Anfeindungen

Im Fall von Christen muslimischer Herkunft ist die eigene Familie des Konvertiten der größte Verfolger. Alte Normen wie der Schutz der Familienehre sind noch immer intakt. Die Beschmutzung dieser Ehre durch den Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist in der katarischen Gesellschaft nicht akzeptabel. Christliche Konvertiten riskieren es, von ihren Familien ausgestoßen oder sogar getötet zu werden.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die Regierung Katars erlaubt keine Kritik von Staatsangelegenheiten. Das Land ist gut überwacht und Sicherheitskräfte kontrollieren alle Aktivitäten im Land. Gastarbeiter, die sich negativ gegenüber der Regierung äußern, werden sehr wahrscheinlich abgeschoben.

4. Hintergrund

Bis Juni 2017 schien Katar eine stabile Nation zu sein, die freundschaftliche Beziehungen zu den USA und Saudi-Arabien, aber auch dem Iran, der Hamas und der Hisbollah unterhielt. Abgesehen von einigen Protesten im Internet schien der Arabische Frühling für keine Unruhen in Katar zu sorgen, trotz der aktiven Rolle, die das Land in den Bewegungen des Arabischen Frühlings in anderen Ländern einnahm. Dies änderte sich plötzlich, als einige Golfstaaten und Ägypten, angeführt von Saudi-Arabien, im Juni 2017 alle diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Katar abbrachen. Seitdem sind alle Land- und Seegrenzen zwischen Katar und Saudi-Arabien, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten geschlossen. Die offizielle Begründung für den Boykott Katars ist die angebliche Unterstützung von terroristischen Gruppen durch das Land.

Die konservativen und mehrheitlich wahhabitischen Katarer stehen der Demokratie nicht positiv gegenüber. Sie nehmen sie als westliches Konzept wahr, das nur zu schwierigen Situationen führt, wie in mehreren demokratisierten arabischen Ländern zu beobachten war. Ungewöhnlich für die Region ist, dass sich keine soziale oder wirtschaftliche Unzufriedenheit zeigt, da der Staat seinen Reichtum großzügig verteilt. Diese materialistische Sättigung führt zu politischer Apathie.

Die große Anzahl ausländischer Arbeitskräfte spielt eine große Rolle in Katar. Sie machen mehr als 80 Prozent der Einwohner des Landes aus, was die weltweit höchste Rate von Zuwanderern im Verhältnis zu Einheimischen darstellt. Die in Katar lebenden Ausländer werden von Katarern im Allgemeinen als Sklaven betrachtet und behandelt, insbesondere diejenigen aus Afrika und Asien. Die Arbeitsbedingungen für die Arbeitsmigranten sind mitunter unmenschlich und gefährlich; viele von ihnen werden unterbezahlt, leben in unzureichenden Behausungen (u.a. in unhygienischen und überfüllten Lagern für Arbeiter) und sind häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Es kommt durchaus vor, dass sie bei ihrer Arbeit auch ums Leben kommen. Zwangsarbeit und Menschenhandel sind bedeutende Probleme.

5. Betroffene Christen

Zwei der vier im Weltverfolgungsindex untersuchten Kategorien von Christen existieren in Katar:

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

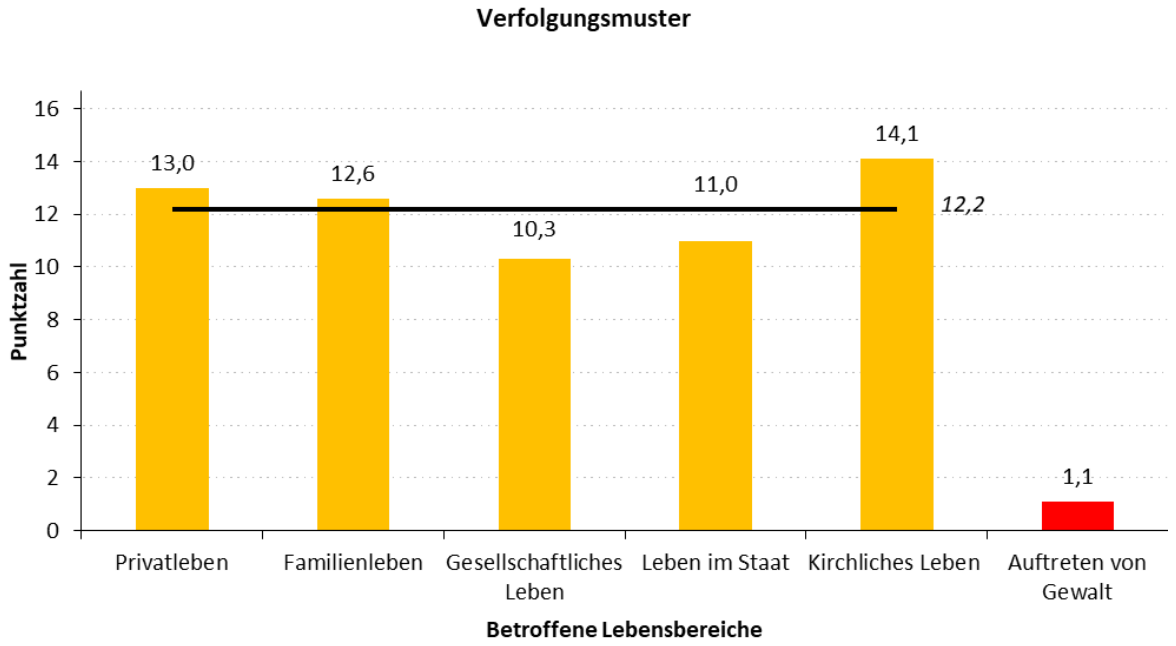
Die Intensität der Verfolgung ist innerhalb dieser Kategorie unterschiedlich. So haben ungebildete Arbeitsmigranten aus Entwicklungsländern (z. B. Bauarbeiter) einen niedrigeren sozialen Status und werden meist schlechter behandelt als Ausländer aus dem Westen, die als Facharbeiter beschäftigt sind. Daher werden Migranten aus Asien und Afrika ungeachtet ihrer Religion generell schlecht behandelt. Ist ein solcher Arbeitsmigrant Christ, muss er mitunter zusätzliche Diskriminierungen erdulden. Dazu gehört massiver Druck, zum Islam zu konvertieren. Nichtmuslimische Migranten dürfen ihren Glauben nicht öffentlich ausüben. Viele von ihnen haben keine Möglichkeit, einen Gottesdienst in dem speziellen Komplex zu besuchen, der von der Regierung in der Wüste außerhalb der Hauptstadt Doha zur Verfügung gestellt wurde. Am Kirchenstandort herrschen bereits Verkehrsstaus und Parkplatznot. Viele Christen gehen davon aus, dass der Komplex bald zu klein sein wird, um alle Christen in Katar aufnehmen zu können, die sich zu den Gottesdiensten versammeln. Eine positive Entwicklung war 2015 die Vergabe von Grundstücken an die kürzlich registrierten Kirchen der libanesischen Maroniten und die philippinische evangelikale Gemeinschaft, damit Kirchen gebaut werden können.

Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund werden in Katar stark verfolgt. Sie gelten als vom Islam Abgefallene, sind Diskriminierungen und Belästigungen vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt und riskieren sogar, für ihren Glauben von ihrer Familie getötet zu werden. Apostasie ist zudem laut Strafgesetz ein Verbrechen. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 wurden allerdings keine Exekutionen oder andere offizielle Strafen für die Abkehr vom islamischen Glauben registriert. Fast alle Katarer, die sich für den christlichen Glauben entschieden haben, sind im Ausland zu diesem Glauben gekommen. Die meisten kehren aus Furcht nicht in ihr Land zurück. Einheimische christliche Konvertiten stehen stark unter der Kontrolle ihrer Familien. Sie sind sowohl Druck von Familienmitgliedern als auch von ihrem sozialen Umfeld ausgesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Der Großteil der Christen mit muslimischem Hintergrund sind jedoch Arbeitsmigranten. Der Druck auf beide Gruppen (einheimische und ausländische Christen muslimischer Herkunft) ist sehr hoch. Konvertiten mit Migrationshintergrund sind hohem Druck von ihrem sozialen Umfeld in den Unterkünften für Gastarbeiter ausgesetzt und werden von ihm kontrolliert. Auch ihre muslimischen Arbeitgeber können als Verfolger auftreten.

Diese starke Reaktion auf christliche Konvertiten muss im Kontext der Stammeskultur gesehen werden. Der familiäre und Stammeszusammenhalt sind sehr stark. Religion ist dabei keine Privatsache. Sie ist Teil der Identität der (Groß-)Familie und des Stammes. Den Islam zu verlassen und einen anderen Glauben anzunehmen, ist damit nicht nur ein Glaubenswechsel, sondern bedeutet auch, die Familie zu verlassen. Das stellt eine Bedrohung für die Loyalität der Gruppe dar. Als schwach angesehen zu werden, ist eine große Schande für die Familie. Das erklärt die Strenge, mit der Familien mit Konvertiten umgehen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Katar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist auf einem sehr hohen Niveau (12,2 Punkte), fiel jedoch im Vergleich zum Vorjahr leicht, als er bei 12,7 Punkten lag. Das liegt daran, dass weniger von Druck auf ausländische Christen berichtet wurde.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein hohes oder sehr hohes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung im Bereich "Kirchliches Leben" und "Privatleben" am höchsten. Das spiegelt die Schwierigkeiten wider, die Christen muslimischer Herkunft erleben, ihren Glauben zu praktizieren und mit ihren Familienmitgliedern zu teilen. Der extrem hohe Wert für das kirchliche Leben zeigt, wie schwierig es für Kirchen ist, etwa ein neues Gebäude zu bauen, und wie sie darin eingeschränkt sind, Muslimen das Evangelium zu verkünden.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 0,0 auf nun 1,1 Punkte gestiegen. Dieser Anstieg ist mit mehr Informationen zur Situation von Hausangestellten in katarischen Haushalten zu begründen. Ihr christlicher Glaube steigerte laut den Berichten ihre Gefährdung in Bezug auf (sexuellen) Missbrauch.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft – egal ob einheimisch oder eingewandert – können ihren Glauben nicht öffentlich leben. Jeder Hinweis, dass sie Christen sein könnten, kann ernsthafte Folgen haben. Ausländische Christen aus dem Westen haben mehr Freiheiten, ihren Glauben privat zu leben, solange sie das Evangelium nicht an Muslime weitergeben. Weniger qualifizierte christliche Arbeitsmigranten müssen ihren Glauben mit Vorsicht leben. Die Freiheit im Bereich „Privatleben“ hängt für sie von der Einstellung und Religion ihrer Arbeitskollegen ab, mit denen sie zusammen in den gleichen

Unterkünften leben, in denen es häufig so gut wie keine Privatsphäre gibt. Im Fall von Hausangestellten, zumeist Frauen, kommt es zudem auf die Einstellung ihres Arbeitgebers an.

Familienleben

Alle Katarer gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn einer ihrer Angehörigen den Islam verlässt. Christen muslimischer Herkunft stehen in erheblicher Gefahr, zur Wiederherstellung der Familienehre ermordet zu werden. Wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken, drohen ihnen körperliche Gewalt oder die Verbannung. Daher bleiben viele Christen muslimischer Herkunft aus Angst vor Gerüchten oder Verrat anonym. Für ausländische Christen ist es schwierig, in einem zum Großteil islamisch geprägten Umfeld in Übereinstimmung mit ihrem Glauben zu leben und ihre Kinder aufzuziehen.

Gesellschaftliches Leben

Alle Christen werden mehr oder weniger durch Diskriminierung unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Weniger qualifizierte christliche Arbeitsmigranten können an ihrem Arbeitsplatz und in ihrem sozialen Umfeld schikaniert und diskriminiert werden; Christen muslimischer Herkunft werden es in jedem Fall, wenn ihr Glaube bekannt wird. Diskriminierung vonseiten der Behörden betrifft alle Christen. Christlichen Eltern ist es erlaubt, ihre Kinder zu Hause ihrem Glauben entsprechend zu erziehen, aber sowohl in öffentlichen als auch privaten Schulen ist nichtmuslimischer religiöser Unterricht verboten.

Leben im Staat

Das Rechtssystem basiert auf der Scharia und der Glaubenswechsel zu einer anderen Religion als dem Islam ist illegal. Nichtmuslime stehen bei Fällen, in denen es um das Sorgerecht geht, unter dem Recht der Scharia. Andere Fälle, die den persönlichen Status betreffen, wie Scheidungen und Erbfälle, werden jedoch gemäß Zivilrecht behandelt. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck seitens der Behörden, wenn ihr christlicher Glaube bekannt wird. Ausländische Christen bekommen Probleme, wenn sie aktiv das Evangelium mit Muslimen teilen. Dies kann zu ihrer Verhaftung und Ausweisung führen.

Die Regierung hat ein Zentrum für interreligiösen Dialog finanziert, das aktiv religiöse Toleranz fördert. Diese Politik scheint jedoch keinen wirklichen Unterschied für Christen in Katar zu machen. Während des Ramadan betont die Regierung die Wichtigkeit des Fastens und anderer religiöser Pflichten, auch für Nichtmuslime. Jeder, der dabei gesehen wird, wie er am Tag isst oder trinkt, kann verhaftet werden.

Kirchliches Leben

Ausländische Christen können sich nur privat oder an dafür ausgewiesenen Orten versammeln. Äußere Zeichen des Glaubens, wie Kreuze an Kirchengebäuden, sind verboten. Es gibt in Katar acht registrierte und viele nicht registrierte Gemeinden, die die große Gruppe der Arbeitsmigranten betreuen. Eine offizielle Registrierung zu erhalten, ist sehr schwierig. Die meisten Kirchen befinden sich in einem Außenbezirk der Hauptstadt Doha. Dies führt zur Bildung eines Ghettos. Unter dem Vorwand, ihre Sicherheit gewährleisten zu wollen, werden die Kirchen zudem streng überwacht. Laut Berichten versucht die Regierung mithilfe der Sicherheitsleute auch zu überwachen, ob Muslime versuchen, die Gottesdienste zu besuchen. Die Veröffentlichung, der Import und die Verteilung von religiösem Material werden stark reguliert. Die Kirchengemeinden dürfen selbst kein Material importieren, sondern sind auf säkulare Buchhandlungen angewiesen. Ein positives Signal für die Christen vonseiten

der katarischen Behörden war die Erteilung von Baugenehmigungen für Kirchen der libanesischen maronitischen Gemeinde und der philippinischen evangelikalen Gemeinschaft im Jahr 2015. Es wurde jedoch bisher keine Kirche gebaut. Positiv ist auch, dass nicht registrierte Kirchen zumeist nicht am Gottesdienst gehindert werden.

Auftreten von Gewalt

Der Anstieg der Wertung für Gewalt hat mit der Situation von Hausangestellten und anderen verletzlichen Arbeitsmigranten zu tun, die eingehender untersucht werden konnte. Es ist weithin bekannt, dass vor allem weibliche Hausangestellte leicht Opfer von (sexuellem) Missbrauch werden können. Es sind jedoch kaum Statistiken verfügbar, da alle involvierten Personen, Organisationen und Staaten kein Interesse daran haben, die Realität abzubilden: Katar braucht die Hausangestellten, hat aber eine Schamkultur und will keinen schlechten Ruf riskieren. Die Heimatländer der Hausangestellten brauchen das Geld, das von den tausenden Arbeitsmigranten in den Golfstaaten kommt und wollen ihre ökonomischen Interessen nicht gefährden (obwohl der philippinische Präsident Duterte eine temporäre Reisesperre nach Kuwait verhängt hat, nachdem die Leiche eines philippinischen Hausmädchen in einer Gefriertruhe entdeckt worden war). Die Arbeitgeber missbrauchter Hausangestellten sind entweder die Täter oder haben kein wahres Interesse an ihrem Wohlergehen. Die Hausangestellten schämen sich häufig aufgrund des Missbrauchs und wollen nicht als "schmutzig" angesehen werden, sowohl in Katar als auch von ihrer Familie in ihrer Heimat. Zudem versorgen viele ihre Familien mit dringend benötigtem Einkommen. Diese sind stolz auf ihre Arbeit in Katar und die Hausangestellten wollen ihre Familien nicht enttäuschen. Daher ist es sehr schwer, Statistiken und Beweise für sexuellen Missbrauch zu erhalten. Es ist zudem schwierig, zu überprüfen, ob der sexuelle Missbrauch aufgrund der Religion des Opfers geschieht. Dennoch kann aufgrund der hohen Anzahl christlicher Arbeitsmigranten davon ausgegangen werden, dass christliche Hausangestellte aufgrund ihres Glaubens (sexuellen) Missbrauch erleben.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt gegen Christen finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Frauen werden in Katar allgemein schlechter behandelt als Männer. Christinnen sind besonders gefährdet und stehen in dem Risiko, entführt, vergewaltigt oder anders missbraucht zu werden. Die Stammeskultur beeinflusst ebenfalls, wie stark Christinnen muslimischer Herkunft verfolgt werden. Der Druck des Stammes wird von Frauen und Mädchen besonders stark erlebt. Das reflektiert auch ihren Status innerhalb der Kultur. Katarische Frauen und Mädchen unterliegen der Vormundschaft ihrer männlichen Familienmitglieder. Die Kultur akzeptiert ein bestimmtes Level an Privatsphäre, das die Autorität der lokalen Behörden einschränkt. So haben die Behörden kein Recht, sich in die Angelegenheiten katarischer Familien einzumischen. Das betrifft besonders Arbeitsmigranten, die als Besitz der Arbeitgeber gelten und Opfer von sexueller Belästigung oder faktischer Sklaverei werden können. Laut dem Koran darf ein muslimischer Mann mit jeder Frau schlafen, „die seine rechte Hand besitzt“. Dies schließt seine Frauen und Sklavinnen mit ein. Frauen, die in Katar als Hausangestellte arbeiten, werden oft als Teil dieser Kategorie gesehen. In vielen katarischen Haushalten gibt es Hausangestellte, von denen viele Christen sind. Dadurch sind sie in den Augen vieler Katarer noch weniger wert und sind so noch mehr dem Risiko sexuellen Missbrauchs ausgesetzt. Dies führt zu tiefen traumatischen Erfahrungen vieler Christinnen in Katar.

Christinnen muslimischer Herkunft sind einer weiteren Einschränkung ausgesetzt, da sie keinen Nichtmuslim heiraten dürfen. Zudem stehen sie in der Gefahr, durch ihre Familie mit einem konservativen muslimischen Onkel oder Neffen verheiratet zu werden, oft als Zweitfrau. Offiziell soll das dazu beitragen, dass sie ihren christlichen Glauben widerrufen und als anständige muslimische Frauen leben. In der Realität ist es jedoch wahrscheinlich, dass sie dazu gezwungen werden, als (Sex-) Sklavinnen zu leben und jeder Würde beraubt werden.

Entscheidet sich eine verheiratete Muslima, Christin zu werden, wird sie wahrscheinlich zur Scheidung gezwungen und verliert das Sorgerecht für ihre Kinder. Das kann Hoffnungslosigkeit und Depressionen auslösen.

Männer

Meist sind christliche Männer die Versorger ihrer Familien und tragen daher am Arbeitsplatz die Hauptlast der Diskriminierungen. Männer können in den Unterkünften für ausländische Arbeiter schnell Opfer von Diskriminierungen werden. Verliert ein Mann seinen Arbeitsplatz, leidet die ganze Familie darunter.

Christlichen Männern mit muslimischem Hintergrund wird häufig gedroht, dass ihre Frauen und Kinder weggenommen werden, sollten sie nicht ihren Glauben widerrufen. Je nach Situation kann es passieren, dass die Ehefrau einwilligt, weiterhin mit dem Mann zusammenzuleben, solange die Kinder nichts von seinem christlichen Glauben erfahren.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Nur der Islam, das Christentum und das Judentum sind in Katar als Religionen anerkannt. Laut dem Bericht zur Religionsfreiheit 2017 des US-Außenministeriums sind nur sunnitische und schiitische Muslime und acht christliche Denominationen als religiöse Gruppen offiziell registriert. Andere religiöse Gemeinschaften, wie die zahlenmäßig beträchtliche hinduistische und buddhistische Gemeinschaft, sind nicht offiziell anerkannt. Ihre Treffen werden jedoch wie die von Hauskirchen üblicherweise toleriert und können ohne Störungen stattfinden. Katarer sind mehrheitlich Sunniten. Es kann angenommen werden, dass die kleine schiitische Gemeinschaft im Alltag ebenfalls mit Diskriminierungen leben muss.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Trotz der gegenwärtigen politischen Krise mit Saudi-Arabien und seinen Verbündeten scheint die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Katars nicht instabil zu sein – auch wegen der reichlichen finanziellen Reserven. In mancherlei Hinsicht scheint die Krise mehr ein Machtspiel zu sein, das nicht darauf hinzielt, zu einem bewaffneten Konflikt zu werden. Auf der anderen Seite wird die Blockade Katars Wirtschaft auf lange Sicht schaden, was sich auf die wirtschaftliche Situation aller ausländischen Arbeitskräfte auswirken könnte, zu denen auch viele Christen gehören.

Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Auch wenn Katar an der Oberfläche sehr modern aussieht, bleibt es ein wahhabitisches Land mit einer strengen Auslegung der Scharia. Es ist nicht wahrscheinlich, dass sich dies in naher Zukunft bedeutend ändert, auch wenn Materialismus und Modernisierung auf lange Sicht zu mehr Offenheit und Freiheit führen könnten. Zudem könnte die Krise mit Saudi-Arabien, das sich als wichtigstes wahhabitisches Land sieht, Katar dazu bringen, sich vom Wahhabismus abzuwenden. Das könnte wiederum zu weniger Druck auf Christen führen.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Es ist eine große Herausforderung für das Land, seine kulturellen und religiösen Standards inmitten rapider Modernisierung zu halten. Auch wenn der Einfluss der Stammeskultur noch sehr dominant ist, wird sich die junge Generation in einer globalisierten Gesellschaft, mit mehr individuellen Entscheidungen als noch vor einem Jahrzehnt, wohl nicht diesen Regeln unterwerfen wollen. Katar hat sich in den vergangenen 15 Jahren stark von einer Gesellschaft ähnlich der Saudi-Arabiens zu einer Gesellschaft besser vergleichbar mit der Dubais entwickelt. Es bleibt jedoch unklar, ob sich solche Entwicklungen hin zu einem Individualismus wirklich positiv auf die Situation der Christen im Land auswirken. Es könnte auch bedeuten, dass sich konservative Elemente der Gesellschaft zu Protest formieren und fordern, dass der katarische Lebensstil zu einer reinen Form des Islam zurückkehrt.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Während der Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2022 hat die beklagenswerte Behandlung von Arbeitsmigranten in Katar mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt. Durch Druck aus dem Westen führt das Land kleine Reformen in den Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeiter durch. Es werden jedoch keine bedeutenden Verbesserungen in dem streng islamischen Land erwartet, das für die umfassende Kontrolle seiner Gesellschaft bekannt ist. Demnach können in naher Zukunft auch keine bedeutenden Veränderungen in der Religionsfreiheit für Christen erwartet werden.

Schlussfolgerung

Sollte die Anzahl katarischer Christen mit muslimischem Hintergrund steigen (und sei es auch nur langsam), könnte dies zu einer höheren Anzahl an Vorfällen von Verfolgung gegen Konvertiten führen. Ansonsten gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Verfolgung in Zukunft verschlimmern sollte. Die politische Situation in der Region bleibt jedoch unbeständig. Die anhaltende Blockade durch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Ägypten, die zum Teil wegen der wahrgenommenen Nähe Katars zum Iran verhängt wurde, hat ironischerweise nur dazu geführt, dass die Verbindungen zum Iran zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht gestärkt wurden, genauso wie mit der Türkei. Die weiterhin harte Linie gegen Christen im Iran und die schlechter werdende Situation für Christen in der Türkei könnten darauf hinweisen, dass auch Katar von seinen neuen Verbündeten unter Druck gesetzt wird, christliche Aktivitäten weiter einzuschränken. Dies ist jedoch auf kurze Sicht keine ernste Gefahr.

zurück zur Länderübersicht

Mexiko: Platz 39

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Viele Christen werden von kriminellen Gangs als Hindernis angesehen, besonders, wenn sie sich in der Jugendarbeit und/oder Drogenrehabilitation engagieren. Christen werden angegriffen, erpresst und sogar ermordet. Das passiert besonders dort, wo es geheime Absprachen zwischen Behörden und kriminellen Banden gibt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Nach einem Zensus im Jahr 2015 gehören etwa 21,5 Prozent der mexikanischen Bevölkerung indigenen Volksgruppen an. In ihren Gemeinschaften herrschen traditionelle Gesetze und Gebräuche, in die sich der Staat nur minimal einmischt. Wer Jesus Christus nachfolgt (meist Protestanten) erleidet starken Druck und wird häufig gewalttätig angegriffen, wenn er sich von den religiösen Praktiken seiner Volksgruppe abwendet.

Säkulare Intoleranz: Gesetzgebungen zugunsten liberaler Ideologien werden immer weiter vorangebracht, besonders bei Themen wie ausführliche Sexualkunde, Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe. Der von Christen geförderte Schutz von Leben und Familie steht regelmäßig in der Kritik. Zudem wurde einigen Kirchenleitern mit Sanktionen gedroht, sollten sie ihre politische Meinung öffentlich äußern.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die gewaltsame Verfolgung geht von kriminellen Gruppen aus, ist gegen Priester und Pastoren gerichtet und wird durch Korruption und mangelnde Strafverfolgung direkt oder indirekt gebilligt von den Behörden. Leiter und Mitglieder indigener Volksgemeinschaften (und deren eigenen Familien) greifen Menschen, die beschlossen haben, dem christlichen Glauben zu folgen, durch die Erhebung von Strafgebühren, Isolation, die Verweigerung der Grundversorgung und Gefängnis an. Außerdem wächst der Einfluss von säkularer Ideologie, weil ideologische Interessengruppen wie die LGBTI-Gemeinschaft und radikale Feministen-Gruppen Druck ausüben. Politische Parteien und internationale Organisationen treiben die säkulare Ideologie weiter voran, indem sie alle christlichen Werte aus der Öffentlichkeit ausmerzen wollen (besonders in Bezug auf das ungeborene Leben, Ehe und Elternrechte).

Wie äußert sich die Verfolgung?

Insbesondere christliche Leiter und auch Kirchengebäude sind Zielscheibe für Angriffe, Drohungen und Erpressungen gewesen. Mittlerweise geschieht dies mit zunehmender Regelmäßigkeit nicht nur in den als sehr gewalttätig bekannten Staaten, sondern überall im Land. Es scheint jetzt eine hohe Präsenz von kriminellen Zellen in viel mehr Regionen zu geben als je zuvor. In Bezug auf säkulare Intoleranz sind Christen und jene, die zu ihren christlichen Überzeugungen stehen, Opfer von Schikane, Kritik und Spott geworden, besonders bei öffentlichen Debatten zum Thema Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe und umfassende Sexualkunde. Es ist auch für christliche Familien in indigenen Kommunen nicht

ungewöhnlich, für die Abkehr von Stammesgebräuchen bestraft zu werden; häufig werden sie dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Oktober 2018 wurde Marcelino Carrillo, ein indigener Wixarika aus der nördlichen Region Jalisco, von wixarikanischen Behörden („Tupiles“) entführt und auf Grundlage ihrer „internen Gesetze“ für unbestimmte Zeit inhaftiert. Vor einem Jahr wurde Carrillo aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, weil er den christlichen Glauben angenommen hatte.
- Im April 2018 beschlossen die katholischen Kirchenobersten der Staaten Mexiko, Hidalgo und Tlaxcala, ihre Gottesdienstzeiten aufgrund der zunehmenden Unsicherheit zu verschieben. Weitere Maßnahmen waren z. B. die Anweisung, dass Priester sich nicht mehr allein auf den Weg zur Verrichtung kirchlicher Pflichten machen und Kirchenmitglieder keine Wertsachen mehr mit sich in die Kirche bringen sollten.
- Im April 2018 wurden drei römisch-katholische Priester getötet. Einer wurde in Cuernavaca verschleppt und starb während des Rettungsversuchs. Ein anderer wurde in seinem Gemeindebüro in Jalisco erschossen und ein Dritter wurde in einer Kirche in Mexiko-Stadt erstochen.
- Im Februar 2018 deutete der Generalstaatsanwalt von Guerrero an, dass römisch-katholische Priester, die von kriminellen Banden getötet wurden, selbst in Verbrechen verstrickt seien. Der Bischof der Diözese von Chilpancingo-Chilapa hat diese Behauptung öffentlich zurückgewiesen. Daraufhin wurde er vom Innenminister angewiesen, sich zu dieser Sache nicht weiter öffentlich zu äußern, was dazu führte, dass der Ruf der ermordeten Priester nicht wiederhergestellt werden konnte.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 61 Punkten steht Mexiko auf Platz 39 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Wertung um zwei Punkte gestiegen, die Platzierung hat sich nicht geändert. Der Anstieg der Punktzahl liegt fast ausschließlich an der zunehmenden Wertung im Bereich „Auftreten von Gewalt“. Die Zeit im Vorfeld der Wahlen in der ersten Jahreshälfte 2018 führte zu einer Zunahme von Angriffen gegen Christen und besonders gegen Kirchen- und Gemeindeleiter. Es sind auch mehr gewaltsame Übergriffe gegen Christen aus indigenen Gemeinschaften gemeldet worden.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Das organisierte Verbrechen ist eines der größten Probleme Mexikos, weil die Regierung keine wirksamen Maßnahmen dagegen einsetzt. Außerdem gibt es aufgrund von Korruption auf allen Ebenen keine konsequente Strafverfolgung. Nicht nur in den sogenannten „Narcostaaten“ (Drogenstaaten) ballen sich die kriminellen Banden, solche Netzwerke etablieren sich in zahlreichen weiteren Staaten in ganz Mexiko. In manchen mexikanischen Städten haben sich in Kommunen Selbstverteidigungs-Gruppen gebildet, um kriminelle Banden und korrupte Polizisten fernzuhalten. Christen, die in Gebieten mit aktiver Bandenkriminalität leben, werden Opfer von Gewalt, da ihre

Einstellung und ihr Dienst häufig als Bedrohung angesehen werden: Dazu kommt es, wenn sie sich weigern, an illegalen Aktivitäten teilzunehmen und wenn ihre Arbeit mit Jugendlichen versucht, Jugendlichen eine andere Perspektive als den Drogenhandel zu geben. Diese Christen werden überwacht, bedroht, erpresst, entführt und beraubt, ganz zu schweigen von der Anzahl an Christen, die im Berichtszeitraum des WVI 2019 ermordet wurden. All das hat zu immer mehr Angst in Kirchengemeinden geführt und ihre Freiheit stark eingeschränkt.

Auch in der Politik wird diese Verfolgungstriebkraft immer stärker sichtbar. Kriminelle Organisationen versuchten, den tödlichen und gewalttätigen Wahlkampf, einen der schlimmsten der letzten Jahre, entweder durch Einsatz von Gewalt zu beeinflussen oder indem sie unerwünschte, häufig christliche Kandidaten, unter Druck setzten, ihre politische Karriere zu beenden. So versuchten sie, das gegenwärtige Ausmaß an Korruption weiter aufrechtzuerhalten, um so ihre illegalen Geschäfte weiter zu betreiben und die Opposition (auch die Christen) weiterhin zu kontrollieren.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Nach einem Zensus im Jahr 2015 gehören etwa 21,5 Prozent der mexikanischen Bevölkerung indigenen Volksgruppen an. Sie leben hauptsächlich entlang der südlichen Landesgrenze (Oaxaca, Yucatan und Chiapas) sowie im mittleren Westen (Hidalgo, Guerrero, Puebla und Jalisco). Der Staat erkennt ihr Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie an und lässt diese Gemeinschaften ihre indigenen, traditionellen Gesetze und Gebräuche praktizieren, die keine anderen religiösen Gebräuche, wie den christlichen Glauben erlauben. Der Stammesführer ist die wichtigste und häufig einzige Autorität, deshalb ist die Einmischung des Staates nur minimal. Einige Gemeinschaften haben sogar Abgeordnete, die nicht zu ihrer Volksgruppe gehören, nicht anerkannt und Kommunalwahlen durch blockierten Zutritt zu Wahlurnen oder Wahlzetteln behindert. In diesen Gemeinschaften versuchen Stammesführer häufig, einen Lebensstil zu erzwingen, der sich nach den Gebräuchen der Vorfahren richtet. Werden diese Stammesbräuche abgelehnt (z. B. von protestantischen Christen) wird dies als schwerer Angriff auf die indigene Weltsicht und ihr Wohlergehen betrachtet. So werden besonders Christen mit einem solchen religiösen Hintergrund durch Geldstrafen, Isolation, Verweigerung sozialer Grundversorgung, Gefängnis, Schläge, Zerstörung von ihrem Besitz und sogar Zwangsumsiedlung dazu gedrängt, ihren neu gefundenen christlichen Glauben zu widerrufen. In den meisten Fällen ist eine Intervention durch staatliche Behörden wirkungslos; die besprochenen Maßnahmen zur Lösung des Konflikts werden im Allgemeinen nicht von den Gemeinschaften umgesetzt und die Durchführung von den Behörden auch nicht überprüft.

Säkulare Intoleranz

Wo Kandidaten im Wahlkampf 2018 Themen wie Schutz des Lebens, Familie und Ehe ansprachen, wurden sie heftig kritisiert und als diskriminierend dargestellt. Ein weiterer Grund, Christen von der politischen Bühne fernzuhalten, ist das Ausmaß an Korruption, von dem viele öffentliche Vertreter profitieren. In anderen Worten: Christen gelten überall da als Bedrohung, wo Straflosigkeit und Korruption vorherrschen. Indem sie von politischen Ämtern ferngehalten wurden, konnte das korrupte System die illegalen wirtschaftlichen und politischen Interessen weiter wahren.

Einige Autoritäten des Landes haben im letzten Wahlprozess die Rolle, die christliche Gemeinschaften spielen, stärker anerkannt. Dies geschah jedoch meist nur, um Wählerstimmen zu gewinnen. Die neue Regierung von Manuel López Obrador plant bereits eine politische Agenda, die im Gegensatz zu christlichen Werten steht, besonders bei Themen wie Abtreibung und Sterbehilfe. Es ist die Reaktion auf den Druck, der von Interessenverbänden und internationalen Stellen ausgeht. Christen, die sich gegen diese Maßnahmen aussprechen, werden kritisiert, beleidigt und der Diskriminierung beschuldigt.

3. Verfolger

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Gewalt

Einige der gewalttätigsten kriminellen Banden Mexikos sind das Sinaloa-Kartell, das Golfo-Kartell, das Juarez-Kartell, die Gruppe Los Zetas und die Michoacana-Familie. Auch andere kleinere Zellen erstarken landesweit, nicht nur in den traditionellen „Narcostaaten“ (Drogenstaaten). Kriminelle Banden üben Gewalt gegen Christen aus, wenn sich Kirchenleiter gegen sie aussprechen oder wenn sie die Menschen dazu ermutigen, sich nicht an illegalen Handlungen zu beteiligen. Manchmal werden gewöhnliche Bürger zur Zusammenarbeit gezwungen oder dazu, sich nicht zu den Angriffen auf Christen zu äußern. Diese Art der Verfolgung wird durch Beamte auf allen Ebenen ermöglicht, weil sie bestochen werden und keine Strafverfolgung aufnehmen. Wenn sich also Christen bei den Behörden über illegale Aktivitäten einer Gruppierung beschweren, werden sie oft Opfer von Vergeltungsmaßnahmen.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Stammesführer und indigene religiöse Leiter lehnen jede Art von religiöser Manifestation ab, die von den Ahnenbräuchen der jeweiligen Gemeinschaft abweichen. Christlicher Gottesdienst wird daher als Verrat und Affront gegen die indigene Kultur und Identität erachtet. Aufgrund dieser Einstellung sprechen sich auch andere Stammes- und Familienmitglieder gegen die Ausübung des christlichen Glaubens aus: Sie sehen das als Teil ihrer Verpflichtung gegenüber ihrer ethnischen Gruppe an. Aufgrund des synkretistischen Wesens der indigenen Religionen fördern katholische Leiter manchmal ebenfalls den Druck auf Christen, die sich evangelikalen Gruppen angeschlossen haben, sollten diese an Feierlichkeiten der indigenen Gemeinschaft nicht teilnehmen. Regierungsbeamte auf örtlicher und auch staatlicher Ebene erlauben dieses Verhalten, weil sie das Konzept von „indigener Autonomie“ fehlinterpretieren und es nicht schaffen, das Recht auf Religionsfreiheit für Christen wirksam zu schützen. Über dieses Problem wird wenig berichtet, doch es ist ein großes Problem in Ejido von San Miguel Chiptic in Chiapas, San Sebastian Teponahuaxtlan, Bolaños y Mezquitic in Jalisco und San Jose Quianitas in Oaxaca.

Ausgehend von Säkularer Intoleranz

Regierungsbeamte aller Ebenen (und einige Mitglieder von politischen Parteien, die eine sehr fundamentalistische Einstellung zum Thema Trennung von Kirche und Staat haben) bestehen darauf, dass sich Christen nicht an öffentlichen Debatten zu beteiligen haben. Im jüngsten Wahlkampf gab es Behauptungen wie die, dass „christliche Kirchen zu einem Sprungbrett für potenziell kriminelle Politiker oder Komplizen dieser Politiker geworden sind“. Neben dieser Verleumdung kommt es ständig zu Spott und Schikane gegen Christen, sobald sie ihre auf ihrem Glauben basierte Weltanschauung zu Themen wie Leben, Ehe und Familie äußern. In Bezug auf die Redefreiheit könnte

behauptet werden, dass LGBTI-Gruppen „mehr Rechte“ haben als christliche Gruppen, da sie ihre Meinung veröffentlichen können, ohne dass ihnen Hassrede oder Diskriminierung vorgeworfen werden. Außerdem haben ideologische Interessengruppen, Bürger und einige internationale Organisationen gefordert, dass Gesetze, die das Recht auf Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen schützen, abgeschafft werden (z. B. die Möglichkeit für Krankenhausangestellte, die Mitarbeit bei Schwangerschaftsabbrüchen zu verweigern). Weitere Triebkräfte von säkularer Intoleranz sind kriminelle Banden, intolerante Bürger und Mitglieder von Interessenverbänden, die Kirchengebäude und -grundstücke verwüsten und entweihen.

4. Hintergrund

Die jüngste mexikanische Geschichte zeigt eine schwächelnde Demokratie, den Verlust der Legitimität ihrer Regierungsbehörden und -institutionen, eine zunehmende Unsicherheit infolge der organisierten Kriminalität, eine versagende Wirtschaft und (für viele) einen mangelnden Zugang zu sozialen Diensten. In dieser Situation sticht die bloße Entschlossenheit der Kirchen hervor, sich körperlich und geistlich um die Bedürftigsten zu kümmern.

Bei den Wahlen 2018 entschieden sich die Bürger für einen Präsidenten, der nicht aus dem traditionellen politischen Parteiensystem kommt. Für Christen bietet diese neue Regierung die Gelegenheit, bei der weiteren Entwicklung des Landes mitzuhelfen, indem die Menschenrechte hochgehalten werden – trotz aller Probleme durch Gewalt, der Intoleranz, der Christen durch Interessenverbände und kriminelle Banden noch immer ausgesetzt sind, und der unklaren ideologischen Ausrichtung des neuen Präsidenten, die entweder den Weg der Christen für aktives Mitgestalten vereinfachen kann – oder aber die Kirchen komplett ausschließt. Dazu kommt die Aufgabe der Kirchen inmitten der zentralamerikanischen Flüchtlingskrise: Die mexikanische Bischofskonferenz hat mehr als einmal auf ein humanitäres Eingreifen des Staates und der Bundesregierung gepocht. Sie hat jegliche Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegen die Migrantenkarawanen verurteilt, die sich auf dem Weg zu US-Grenze befinden.

Schließlich gibt es neben den sozialen und politischen Dimensionen noch ein weiteres Problem auf der wirtschaftlichen Ebene. Faktoren wie wachsende Unsicherheit, eine aggressivere Einreisekontrolle und die Unsicherheit in den Verhandlungen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) haben private Investitionen negativ beeinflusst und somit das Wirtschaftswachstum von Mexiko beeinträchtigt.

5. Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie besteht aus der Römisch-Katholischen Kirche (die weiterhin die größte Konfession ausmacht) und kleinen orthodoxen, presbyterianischen und anglikanischen Gemeinden. Sie sind insbesondere betroffen durch die Aktivitäten krimineller Banden, korrupter Ortsbehörden und durch die Intoleranz von Gesellschaft und Regierung im Umgang mit dem öffentlichen Ausdruck des christlichen Glaubens. Christen dieser Kategorie leiden oft unter Verfolgung aufgrund von ethnisch begründeten Anfeindungen, wenn sie in indigenen Ortsgemeinschaften leben.

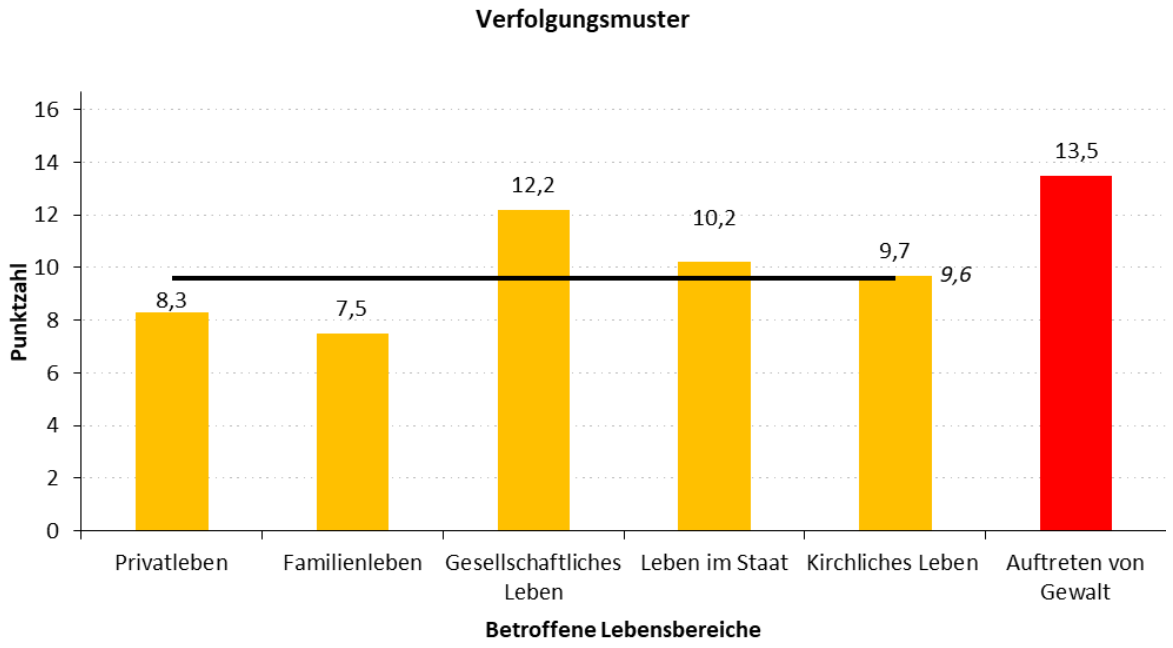
Christen mit anderem (religiösen) Hintergrund

Zu dieser Kategorie gehören Christen, die ehemals einer traditionellen Kirche angehörten und zu einer anderen Denomination gewechselt sind, Christen mit kriminellem Hintergrund und Christen, die die religiösen Praktiken ihrer indigenen Volksgemeinschaft abgelegt haben. In diesen Fällen werden sie dazu genötigt, ihren neuen Glauben und ihre neue Lebensart abzulegen. Dieser Druck wird durch Androhung von Gewalt, Vertreibung und sogar Mord ausgeübt, sollte den Forderungen der Anführer der ethnischen Gruppe oder der Mafia-Anführer nicht nachgekommen werden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie zählen Baptisten, Evangelikale, Pfingstgemeinden und die katholische Erneuerungsbewegung. Sie leiden insbesondere unter dem fehlenden Respekt der Gesellschaft für religiöse Vielfalt, weshalb besonders die neueren christlichen Gemeinschaften angegriffen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn sich diese Gemeinden in Gegenden engagieren, die vom organisierten Verbrechen betroffen sind oder wenn sie sich in Stammesgebieten engagieren, die die Gegenwart anderer religiöser Denominationen ablehnen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mexiko

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Mexiko bleibt unverändert auf einem hohen Level und hat sich im Berichtszeitraum des WVI 2019 nur sehr geringfügig vermindert, von 9,7 Punkten (WVI 2018) auf 9,6 Punkte.

- Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Druck in den Bereichen „Familienleben“ und „Leben im Staat“ verringert. Im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ bleibt er jedoch unverändert sehr hoch; in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ hoch.
- Die Punktzahl für das „Auftreten von Gewalt“ ist mit 13,5 extrem hoch. 2018 waren es noch 10,4 Punkte. Dieser Anstieg liegt vor allem an der Tatsache, dass sich die Anzahl von Morden an Christen (insbesondere Kirchenleitern) nahezu verdoppelt hat.

Privatleben

Christen (insbesondere christliche Konvertiten), die in indigenen Volksgemeinschaften leben, müssen ihren Glauben im Geheimen ausüben. Der christliche Glaube wird als Verrat angesehen; Versammlungen, der Besitz von christlicher Literatur und sogar der Gebrauch von religiösen Symbolen wird als Missachtung angesehen. Christen werden häufig mit verbaler und körperlicher Gewalt bestraft, isoliert, eingesperrt, gefoltert oder vertrieben.

Christen, die in von kriminellen Banden kontrollierten Gebieten leben, leiden unter dem Druck und den Drohungen, die von der Drogenmafia und den Kartellen ausgehen, für die die Nachfolge des christlichen Glaubens ein Behinderung ihrer Interessen dargestellt. Zusätzlich können Christen in städtischen Gebieten nicht ihre christlich geprägte Meinung äußern, ohne damit den Vorwurf zu riskieren, Hassreden zu verbreiten. Daher zensieren sie sich selbst und sehen sich nicht in der Lage, ihre Ansichten selbst in privatesten Kreisen auszusprechen.

Familienleben

Christliche Konvertiten aus indigenen Volksgemeinschaften können ihren Glauben nicht ungehindert leben, da sie von ihren eigenen Verwandten verfolgt werden. Christliche Familien können ihr Familienleben nicht auf christliche Weise führen. Im Allgemeinen lehnen indigene Leiter den christlichen Glauben ab und deshalb sind christliche Praktiken wie Taufen, Hochzeiten, Bestattungen und andere verboten. Die meisten Christen – insbesondere christliche Konvertiten – müssen ihre Dörfer verlassen, um christliche Zeremonien durchzuführen. Christlichen Eltern ist es verboten, ihren christlichen Glauben an ihre Kinder weiterzugeben, da dies der „indigenen Identität“ des Kindes schaden würde. Eltern, die sich nicht daran halten, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit von ihren Kindern getrennt.

Auch das organisierte Verbrechen ist eine Ursache für die Trennung von Familien. Dies geschieht, wenn die Gefahr eines Angriffs durch kriminelle Gruppen hoch ist und einige Mitglieder einer christlichen Familie gezwungen sind, anderswo nach einem sicheren Wohnort zu suchen, oder, wenn kriminelle Gruppen Kinder und Jugendliche für Verbrechen rekrutieren und sie somit von ihren Eltern und Familien trennen.

In den städtischen Gebieten unterstützt der Staat den Sexualkundeunterricht in der Schule in einer Weise, die im Widerspruch zu christlichen Werten steht, obwohl er von christlichen Eltern abgelehnt wird. Letztere konnten sich jedoch Gehör gegen eine Politik verschaffen, die das Recht der Eltern auf Bildung ihrer Kinder nach ihren eigenen Überzeugungen und Überzeugungen behindert.

Gesellschaftliches Leben

In den indigenen Gemeinschaften sind es vor allem christliche Konvertiten, die überwacht werden und deren tägliche Aktivitäten behindert werden, da die Ausübung ihres Glaubens nicht erlaubt ist. Sie können die gemeinschaftlich genutzten Ressourcen wie Wasserversorgung, Strom, Gesundheitsversorgung usw. nicht nutzen. Auch wenn Christen sich weigern, an den religiösen Riten der Gemeinschaft teilzunehmen, werden sie oft mit Geldstrafen belegt, ihnen wird die Bestellung des Ackerbodens verboten, ihnen werden Arbeitsplätze verweigert und Boykotte und Kreditbeschränkungen auferlegt. Selbst ihre Kinder werden manchmal aus der örtlichen Schule ausgeschlossen.

In Gebieten, die vom organisierten Verbrechen beherrscht werden, gelten Christen als diejenigen, die die „Autorität" der Banden hinterfragen. Kriminelle Gruppen zwingen Christen dazu, Komplizen zu werden, zu schweigen oder „Steuern" zu zahlen, um in Frieden zu leben und kirchliche Aktivitäten frei ausüben zu können. Wer sich diesen Gruppen widersetzt, leidet unter Belästigungen, Drohungen sowie verbaler und physischer Gewalt. Auch dank der Korruption von Regierungsbeamten haben solche Christen größere Schwierigkeiten, eine Geschäftserlaubnis zu erhalten. Boykotte sind ebenfalls üblich. Wie man an den Hunderten von Morden an Politikern in der letzten Wahlkampfperiode erkennen kann, wollen kriminelle Gruppen bestimmten, wer regiert. Somit sind die lokalen Gemeinschaften von ihren politischen Allianzen und Protegés geprägt.

Christen stehen zudem unter Druck, ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu verbergen, um nicht der Intoleranz und Hassrede beschuldigt zu werden, insbesondere in der Diskussionen über Abtreibung, Familie, Ehe und Religionsfreiheit. Einige LGBTI- und radikale feministische Gruppen haben systematisch versucht, die christliche Beteiligung in verschiedenen Foren zu diskreditieren.

Leben im Staat

Der Staat garantiert den indigenen Gemeinschaften Autonomie. Diese lässt den indigenen Anführern freie Hand, um die Menschenrechte von Christen zu verletzen und Mitglieder von religiösen Minderheiten zu schikanieren. Stammesführer können Beschränkungen, Sanktionen oder Geldbußen verhängen, ganz zu schweigen von dem Mangel an gerechtem Zugang zur Justiz, zu einem ordentlichen Verfahren und zur Gleichheit vor dem Gesetz. Andererseits wird die religiöse Motivation hinter dem Konflikt häufig nicht berücksichtigt, wenn ein Verfahren gegen Christen an die staatlichen Behörden weitergereicht wird, welches dann als reiner kultureller Konflikt innerhalb der ethnischen Gruppe betrachtet wird.

Christen, die in Gebieten leben, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, sind häufig gezwungen, illegale Aktivitäten zu finanzieren, an ihnen teilzunehmen oder davon abzusehen, sie den Behörden zu melden. Im Allgemeinen werden Christen, die sich gegen kriminelle Aktivitäten in der Öffentlichkeit aussprechen, Opfer von Drohungen, Angriffen und sogar Mord – oft im Einverständnis mit Regierungsbeamten. Der Staat hat sich außerdem geweigert, christlichen Leitern zu antworten, die in Frage stellten, auf welche Art und Weise Verbrechen an Christen untersucht werden.

Christliche Leiter werden daran gehindert, eine politische Karriere zu verfolgen. Angesichts der Präsenz religiöser Intoleranz gilt jede Art von religiöser Äußerung von politischen Anführern oder Regierungsvertretern als Angriff auf die weltlichen Prinzipien des Staates.

Kirchliches Leben

Kirchengemeinden leiden vor allem unter der zunehmenden Gewalt durch kriminelle Gruppen. Generell wollen kriminelle Gruppen beweisen, dass sie die Kontrolle über ganze Kommunen haben, nicht nur in der wirtschaftlichen oder sozialen Dimension, sondern auch im politischen Bereich. Gewalttaten gegen Kirchen und kirchliche Leiter (z. B. Morde, Entführungen, Erpressungen, Drohungen, Ausgangssperren usw.) haben die normalen Aktivitäten der Kirchengemeinden behindert und insbesondere die Arbeit unter Jugendlichen bedroht. Einige Gemeindeleiter haben Sicherheitsstrategien entwickelt und einen direkten Dialog mit den Anführern krimineller Gruppen begonnen.

Wo Gemeinden innerhalb indigener Gemeinschaften erlaubt sind, sind Christen gezwungen, ihre Aktivitäten so weit zu beschränken, dass sie verborgen bleiben. In einigen Gemeinschaften ist es verboten, Kirchengebäude zu bauen, zu predigen und den christlichen Glauben zu lehren.

Während des Wahlkampfes wurden Predigten und christliche Aktivitäten in der Öffentlichkeit von ideologischen Interessengruppen und den Behörden überwacht, die versuchen, Gemeindeleiter der Einmischung in die Politik zu beschuldigen. Präsidentschaftskandidaten wurden dafür kritisiert, dass sie an Foren teilnahmen, die von der mexikanischen Bischofskonferenz organisiert wurden, was als Verletzung des säkularen Staates angesehen wurde. Darüber hinaus gab und gibt es häufig Schikanen, bei denen bestimmte Verantwortliche der Gesellschaft versuchen, christliche Leiter zu diffamieren, indem sie ihnen Pädophilie, Geldwäsche, Korruption und Verbindungen zum Drogenhandel vorwerfen.

Auftreten von Gewalt

Die Gewalt in Mexiko nimmt zu und Christen sind ein häufiges Ziel von Angriffen. Sie sind viel einfacher vom Rest der Bevölkerung zu unterscheiden – zum Beispiel ist bekannt, in welcher Kirche sie sich regelmäßig treffen. Das Risiko eines Angriffs ist für Pastoren und Priester größer. Mexiko hat in Lateinamerika den schlechtesten Ruf für die Ermordung römisch-katholischer Priester durch kriminelle Gruppen. Es gab auch gewalttätige Vorfälle gegen Christen im Süden des Landes (Chiapas), die den religiösen Praktiken der indigenen Gemeinschaften nicht folgten. Diese Christen wurden von den Stammesführern unter hohen Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben, und in einigen Fällen wurden sie ohne Grund inhaftiert und psychisch misshandelt.

Beispiele finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Es gibt kein besonderes nationales Gesetz, das Frauen und Mädchen in besondere Gefahr bringt. In der Praxis stehen christliche Frauen jedoch vor verschiedenen Herausforderungen in ihren Familien und Gemeinschaften. In indigenen Gemeinschaften ist Zwangsverheiratung nach wie vor eine kulturelle Tradition, trotz der Bemühungen der Regierung, sie zu beenden. Christliche Frauen werden dazu gezwungen, nichtchristliche indigene Männer zu heiraten, weil die Stammesführung dies als eine Möglichkeit betrachtet, ihren Glauben zu brechen und sie zu zwingen, ihn aufzugeben. Verbaler und körperlicher Missbrauch (einschließlich sexueller Gewalt) wird eingesetzt, um sie dazu zu bringen, der Stammesreligion zu folgen.

In den von Drogenhändlern kontrollierten Gebieten sind Frauen dem Missbrauch durch Mitglieder des organisierten Verbrechens ausgesetzt. Frauen, die den christlichen Glauben annehmen und solche Gruppen verlassen, können erleben, dass ihre Familien zur Strafe mit Vergewaltigung, Morddrohungen und ständiger Überwachung konfrontiert sind.

In diesem Zusammenhang tragen christliche Frauen, die vergewaltigt und dadurch schwanger werden, ihre Kinder in der Regel aus. Sie laufen jedoch Gefahr, getötet zu werden, weil es Fälle gibt, in denen diese Gruppen die Frauen im letzten Monat der Schwangerschaft töten und ihre Babys wegnehmen, um diese im Organhandel oder an illegale Adoptionsagenturen zu verkaufen.

Männer

Es gibt kein Gesetz, durch das christliche Männer stärker verfolgt werden. In den von kriminellen Banden oder Drogenkartellen kontrollierten Gebieten sind junge Männer jedoch einer Indoktrination und Zwangsrekrutierung ausgesetzt. In einigen Fällen akzeptieren junge Männer dies aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Hintergrundes als ihr unentrinnbares Schicksal. Diejenigen, die sich weigern, der Gruppe beizutreten (aus christlichen oder anderen Gründen), werden (zusammen mit ihren Familien) verfolgt und bedroht und manchmal entführt und getötet.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut Daten der „World Christian Database“ für 2018 gehören Muslime, Hindus, Bahai und Juden zu den religiösen Minderheiten im Mexiko. Des Weiteren gibt es Zeugen Jehovas. Laut dem „International Freedom Report“ für 2017 ging es bei Beschwerden über religiöse Diskriminierung um islamische religiöse Kleidung, anti-muslimische Kommentare und die Weigerung einiger Krankenhäuser, Zeugen Jehovas zu behandeln, weil diese keine Bluttransfusionen zulassen. Was das antisemitische Verhalten betrifft, so handelt die Regierung, um Hassreden und Vorfälle von Diskriminierung anzugehen.

Im Juni 2018 wurde berichtet, dass den Zeugen Jehovas nicht mehr erlaubt sei, Haus-zu-Haus-Missionierungen durchzuführen, da viele Bürger Angst hatten, von Menschen ausgeraubt zu werden, die zu ihren Häusern kamen.

9. Ausblick

Politischer Ausblick

Die neue Regierung sieht sich mit Problemen wie einer schwachen Wirtschaft, einer steigenden Staatsverschuldung, geringen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie dem gesamten Thema Migration und einem hohen Maß an Gewalt und Unsicherheit konfrontiert. Es scheint, dass dieses Szenario kurzfristig anhalten wird, zumal unsicher ist, welche Maßnahmen die neue Regierung ergreifen wird und ob diese Erfolg haben. Selbst der Föderalismus im Land ist in Gefahr.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: Aufgrund von Korruptionsskandalen und Absprachen mit kriminellen Gruppen besteht ein hohes Maß an Misstrauen der Bürger in politische, gesetzgebende und rechtliche Angelegenheiten. Wenn trotz der neuen Regierung die politische Instabilität anhält, wird dies kriminelle Aktivitäten begünstigen, und Christen werden weiterhin ins Visier genommen. Ein wichtiges Thema wird sein, die Strafverfolgung wieder zu stärken, damit keiner

mehr Angst davor haben muss, kriminelle Aktivitäten anzuzeigen und Urteile zu erwirken. Es wird auch wichtig sein, darauf zu achten, wie sich die Migrationspolitik der US-Regierung entwickelt. Die Abschiebung mexikanischer Christen, die aufgrund von Drohungen krimineller Organisationen aus dem Land flohen, dürfte für sie ein erhöhtes Risiko bedeuten.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Grenzen der indigenen Autonomie in Mexiko sind nicht vollständig klar, insbesondere in Bezug auf den Schutz der individuellen Rechte. So werden Sanktionen oder Angriffe auf christliche Konvertiten innerhalb indigener Gemeinschaften erst dann aufhören, wenn die Behörden ihre Pflicht verstehen, Einzelpersonen im Fall von Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Das mangelnde Verständnis über die volle Bedeutung der Religionsfreiheit als Menschenrecht ist nicht nur Sache der mexikanischen Behörden, sondern auch der internationalen Menschenrechtsinstitutionen (z. B. UNO und OAS), die die Situation für Einzelpersonen und Familien innerhalb indigener Gemeinschaften nicht vollständig berücksichtigen.

Mit Hinblick auf Säkulare Intoleranz: Der neu gewählte Präsident versucht, Minister zu ernennen, die für ihre Unterstützung der öffentlichen Politik in Bezug auf Abtreibung, Sterbehilfe und Einschränkungen des Rechts der Eltern, ihre Kinder ihrem Glauben entsprechend zu erziehen, bekannt sind. Diese Maßnahmen widersprechen zum einen seinem Wahlkampf, in dem er sich als Christ ausgegeben hat, und zum anderen den Idealen der konservativen Parteimitglieder seines Wahlbündnisses. Darüber hinaus ist der Mangel an Klarheit über die zukünftige Ausrichtung seiner Regierung eine Quelle der Sorge und Unsicherheit für Christen und andere.

Schlussfolgerung

Es ist nicht sicher, wie der neue Präsident tatsächlich regieren wird. Einige Beobachter glauben, dass dies die Rückkehr des rechten Flügels nach Lateinamerika darstellen könnte. Aber auch wenn die sozialistische Ader des Präsidenten vorherrscht, könnten Christen in Zukunft ebenfalls in großer Gefahr sein. Von besonderer Bedeutung wird sein, wie die neue Regierung mit Korruption umgeht, denn sie trifft Christen in vielen Bereichen besonders und bestimmt, inwieweit sie ihren Glauben ohne Angst und Gefahr leben können.

zurück zur Länderübersicht

Kenia: Platz 40

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Inspiriert von islamisch-extremistischen Einflüssen aus Somalia, streben eine Reihe von Politikern aus mehrheitlich muslimischen Gebieten die Verdrängung aller Kirchen aus ihren Wahlkreisen an. Al Shabaab führt Selbstmordattentate und andere gewaltsame Aktionen gegen diejenigen durch, die sie als Feinde des Islam wahrnehmen. Die Gruppe soll Verbindungen zu anderen militanten Gruppen wie Al Kaida in Algerien und Boko Haram in Nigeria haben. Die Angriffe der Gruppe auf Kenia gelten als strategisches Bemühen, Zuspruch für ihre Bewegung zu gewinnen. Davon ist besonders der nordöstliche Teil des Landes betroffen.

Organisierte Korruption und Kriminalität: In Kenia grassiert die Korruption. Diejenigen, die gegen Christen agieren, genießen oft Straffreiheit, was wiederum weitere Verfolgung fördert. Im Jahr 2017 stand Kenia auf Platz 143 des weltweiten Korruptionsindex (CPI).

Von wem geht Verfolgung aus?

Die Verfolgung in Kenia hat verschiedene Ursachen:

Der dominante Akteur in dieser Hinsicht ist die islamische militante Gruppe Al Shabaab. Diese Gruppe ist zwar in Somalia ansässig, hat aber zahlreiche Angriffe auf Christen im mehrheitlich christlichen Kenia durchgeführt. Die muslimische Minderheit (deutlich unter 10 % der Gesamtbevölkerung) lebt hauptsächlich im Nordosten und an der Küste Kenias, und genau in diesem Gebiet wurden die meisten Angriffe durchgeführt. Viele Christen in den genannten Regionen sind von dort geflohen und an andere Orte umgezogen.

Einige der Stammesführer, insbesondere im Nordosten des Landes, zeigen eine christenfeindliche Einstellung, gerade auch dort, wo sich Islam und Stammesdenken miteinander verbinden.

Die Anstrengungen der Regierung, den Säkularismus durchzusetzen, bringt für die Kirchen und einzelne Christen große Herausforderungen mit sich: Sie werden aufgefordert Dinge zu tun, die ihrem Glauben widersprechen.

Korruption ist in Kenia weit verbreitet. Insbesondere korrumpierte Beamte verschließen die Augen vor den Aktivitäten von Verfolgern.

Wie äußert sich die Verfolgung?

In Kenia sind alle christlichen Gemeinschaften von Verfolgung betroffen. Vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund im Nordosten und an der Küste leben unter ständiger Bedrohung durch Angriffe, auch von ihren engsten Angehörigen. Im Berichtszeitraum des WVI 2019 wurden Christen angegriffen und zur Flucht aus ihren Dörfern gezwungen. Es wurde berichtet, dass Al Shabaab die lokale Bevölkerung infiltriert hat, um die Aktivitäten der Christen in diesen Gebieten zu überwachen. Aber auch Organisiertes Verbrechen und Korruption sind ein ernstes Problem. Korrumpierte Beamte

ergreifen keine Maßnahmen gegen diejenigen, die Christen verfolgen, und das wiederum fördert weitere Verfolgung.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- In einigen Teilen des Nordostens und der Küstenregionen werden Christen oft geächtet und vom Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen ausgeschlossen.
- Am 16. Februar 2018 wurden drei christliche Mitarbeiter in der Nacht vermutlich von Al-Shabaab-Kämpfern in einer Grundschule in Kenia ermordet, 100 Meilen von der somalischen Grenze entfernt.
- Am 4. Mai 2018 wurden in Mandera vier Christen von Al-Shabaab-Kämpfern in dem Steinbruch, in dem sie arbeiteten, brutal ermordet.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Kenia belegt mit 61 Punkten Platz 40 auf dem WVI 2019; das entspricht einem Rückgang um einen Punkt gegenüber dem WVI 2018. Die Verfolgung von Christen in Kenia beträgt nach wie vor ein sehr hohes Maß. Der Hauptgrund für den Rückgang der Punktzahl war eine geringere Wertung im Bereich Auftreten von Gewalt, bedingt durch einen leichten Rückgang der Anzahl der Angriffe von Al Shabaab und deren Unterstützern.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Obwohl Kenia ein mehrheitlich christliches Land ist (etwa 81,7 % der Bevölkerung sind Christen), ist Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung. Die World Christian Database schätzt den muslimischen Anteil an der kenianischen Bevölkerung auf 7,9 %; die Mehrheit von ihnen sind Sunniten. Die muslimische Bevölkerung lebt hauptsächlich im Nordosten und an der Küste Kenias, hat sich aber auch in anderen Teilen des Landes ausgebreitet und begonnen, auf die von ihnen wahrgenommene Benachteiligung in der kenianischen Gesellschaft zu reagieren. Inspiriert von islamisch-extremistischen Einflüssen aus Somalia, streben eine Reihe von Politikern aus mehrheitlich muslimischen Gebieten die Verdrängung aller Kirchen aus ihren Wahlkreisen an. Auch der nordöstliche Teil des Landes ist stark von der islamischen Unterdrückung betroffen. Extremistische Muslime, die in Kenia leben, und Militante, die die Grenze von Somalia kommend überschreiten, verfolgen Christen schwer und haben in den letzten Jahren Hunderte von Christen allein wegen ihres Glaubens ermordet. Um die Herausforderung für Christen im Nordosten und an der Küste zu unterstreichen, berichtete ein Experte für das Land: „Die östlichen Bezirke an der Küste standen historisch betrachtet lange Zeit unter starkem islamischem Einfluss – hier sind Muslime zuerst gelandet (lange vor den christlichen Missionaren in Kenia), wie generell entlang der Ostküste Afrikas. Zu den Bezirken, in denen mittlere bis sehr schwere durch diese Triebkraft motivierte Übergriffe verübt werden, gehören Mandera, Wajir, Garissa, Lamu, Kilifi und Kwale.“

Organisierte Korruption und Kriminalität

In Kenia ist Korruption weit verbreitet und betrifft sowohl das öffentliche als auch das private Leben. Nach dem Korruptionsindex von Transparency International vom Februar 2018 rangiert Kenia auf Platz 143 von 180 Ländern auf der Liste der korruptesten Länder. Das Vorhandensein von Korruption in Kenia führt zu einer unzureichenden Bestrafung von Verfolgern. Viele Institutionen, darunter das Parlament, die Justiz und insbesondere die Exekutive, sind betroffen. Dies wiederum wirkt sich auf den Zugang der christlichen Gemeinschaften zu Recht und Schutz durch die Polizei aus, wenn dies erforderlich ist. Es gibt lokale Berichte, die darauf hindeuten, dass Al Shabaab die tödlichen Angriffe auf die Garissa University im April 2014 durchführen konnte, weil Bestechungsgelder an Sicherheitsbeamte für das Einschmuggeln von Waffen und Munition gezahlt wurden. Darüber hinaus gibt es in der nordöstlichen Region Berichte über Al Shabaab und ihre Anhänger, die ein Vermögen verdienen, indem sie große Geldsummen an Beamte zahlen, um ungestört Zucker und andere Waren über den Hafen von Kismayo importieren zu können. In diesem Zusammenhang ist die Verfolgung von Christen zu sehen. Korrumpierte Beamte ergreifen keine Maßnahmen gegen diejenigen, die Christen verfolgen, und das wiederum fördert weitere Verfolgung.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die extremistisch-militante Gruppe Al Shabaab ist der Hauptakteur der Verfolgung in Kenia. Die Gruppe stammt aus Somalia; ihr Hauptziel ist die Gründung eines islamischen Staates in ihrem Heimatland. Ihre Präsenz in Kenia begann mit einem Vergeltungsschlag als Reaktion auf die bewaffnete Intervention Kenias in Somalia. Dabei hatten kenianische Soldanten in den Reihen der Friedenstruppen der Afrikanischen Union gekämpft, um den Aufstand in Somalia zu unterdrücken. Al Shabaab verübt Selbstmordattentate und andere gewaltsame Aktionen gegen alle, die sie als Feinde des Islam einordnet. Die Gruppe soll Verbindungen zu militanten Gruppen in Algerien und Nigeria haben. Auch muslimische Leiter von Familien und Kommunen gehören zu den Verfolgern; insbesondere in Bezug auf Konvertiten aus dem Islam. Weitere Verfolger sind bis zu einem gewissen Grad Regierungsbeamte und einige ethnische Leiter.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Die hohe Verbreitung der organisierten Korruption im Land hat auch die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit erschwert. In diesem Zusammenhang werden Christen Opfer von Verfolgung und haben nur begrenzte Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Zu den Verfolgern gehören gewalttätige Gruppen, kriminelle Kartelle und Regierungsbeamte.

4. Hintergrund

Die Analyse der Situation in Kenia wäre unvollständig, ohne die Präsidentschaftswahlen 2017 und die Rolle des Obersten Gerichtshofs in Kenia zu erwähnen. Kenias Oberster Gerichtshof hat die Präsidentschaftswahlen im August 2017 für ungültig erklärt, eine Wahl, die von internationalen Beobachtern für „ziemlich frei und fair“ erklärt wurde, darunter vom ehemaligen US-Außenminister John Kerry. Das Gericht entschied, dass die Durchführung der Wahl nicht den in der Verfassung festgelegten Standards genügt habe. Während der Vorbereitung auf die neuen Wahlen entstand ein

Sicherheitsvakuum, das Al Shabaab ausnutzte und Nichtmuslime in den Grenzgebieten zu Somalia enthauptete.

Die Verfolgung in Kenia aufgrund islamischer Unterdrückung weist teilweise Züge von ethnischen Säuberungen auf. Hinzu kommen weitere Faktoren, die für das Verständnis der Verfolgungsdynamik im Hintergrund der kenianischen Gesellschaft relevant sind. Zunächst einmal hat Kenia eine sehr komplexe ethnische Zusammensetzung, die im politischen Alltag des Landes immer eine Rolle spielt. Zweitens ist Kenia ein Land mit einer christlichen Mehrheit und einem deutlich kleineren muslimischen Bevölkerungsanteil. Diese muslimische Minderheit ist in vielen Bereichen des Landes politisch aktiv und mächtig geworden. Darüber hinaus leidet Kenia unter periodischen Ausbrüchen gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Ethnien und Stämmen. Dies hat oft eine politische Dimension; die gewalttätigen Folgen der Wahlen in den Jahren 2007-2008 (von denen allgemein angenommen wurde, dass sie manipuliert waren) sind dafür ein gutes Beispiel.

Ein weiterer Faktor für das Verständnis der aktuellen Verfolgungsdynamik in Kenia ist die Rolle der Religion. Bis vor kurzem existierten in Kenia keine interreligiösen Konflikte. Christen und Muslime schienen in relativem Frieden zusammenzuleben. Das hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Vor allem der Nordosten und die Küstenregionen sind zu Brennpunkten extremistisch-islamischer Aktivitäten geworden, was ein wesentlicher Faktor für religiöse Gewalt ist. Kenia hat eine lange Grenze zu Somalia und wird von der dortigen instabilen Sicherheitslage beeinflusst. Darüber hinaus führen kenianische Streitkräfte Kämpfe in Somalia. Eine große Zahl von Flüchtlingen aus verschiedenen Nachbarländern, darunter Somalia, findet derzeit Zuflucht in Kenia. Im Kontext der islamischen Unterdrückung ist die militante Gruppe Al Shabaab die größte Bedrohung und treibt die Verfolgung in Kenia voran. Die Gruppe konzentriert ihre Angriffe besonders auf die Gebiete von Mombasa, Mandera, Garissa, Wajir, Lamu und Tana River. Andere Bedrohungen, die zur Verfolgung von Christen führen, sind extremistische muslimische Gemeinschaften, die durch den Einfluss von Al Shabaab indoktriniert sind. Diese greifen besonders Konvertiten aus dem Islam an.

Kenia führte 2010 ein Referendum durch, bei dem eine neue Verfassung mit einer neuen Regierungsstruktur verabschiedet wurde. Im vergangenen Jahr hat die Regierung auch die Umsetzung ihres Programms des Säkularismus intensiviert, das die Freiheit der Christen einschränkt. In diesem Zusammenhang entwickelt die Regierung Richtlinien und setzt sie um, auch wenn einige davon im Widerspruch zu christlichen Überzeugungen stehen. Beispiele sind neue Schulcurricula, die Gender-Themen enthalten, wie auch andere Richtlinien, die die Kirchen zur Anpassung an andere Standpunkte zwingen. Wichtig ist auch das Ausmaß der Korruption in Kenia. Die Korruption in öffentlichen Einrichtungen ist weit verbreitet und schwächt den Schutz der Bürger ernsthaft. Nicht zuletzt wurde der Mombasa Republican Council (MRC, eine Gruppe, die auf die Abspaltung des Nordostens und der Küstenregion hinarbeitet) von den kenianischen Behörden mit terroristischen Gruppen wie Al Shabaab in Verbindung gebracht. Zahlreiche Kirchen wurden im Laufe der Jahre in der Küstenregion zerstört, und viele Christen wurden gezwungen, das Gebiet zu verlassen.

5. Betroffene Christen

Alle christlichen Gemeinschaften im Land sind mit Verfolgung konfrontiert, auch wenn das Ausmaß der Verfolgung davon abhängt, wo sie leben und zu welchen christlichen Gruppen sie gehören. So ist beispielsweise im Nordosten und in den Küstenregionen das Ausmaß der Verfolgung so stark, dass einige Christen ihren Glauben mit dem Leben bezahlen müssen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen dieser Kategorie gibt es in vielen Teilen des Landes. Die Art und Intensität der Verfolgung, der sie ausgesetzt sind, variieren von Region zu Region. In islamisch dominierten Gebieten ist die vorherrschende Triebkraft der Verfolgung Islamische Unterdrückung und die Intensität ist sehr hoch.

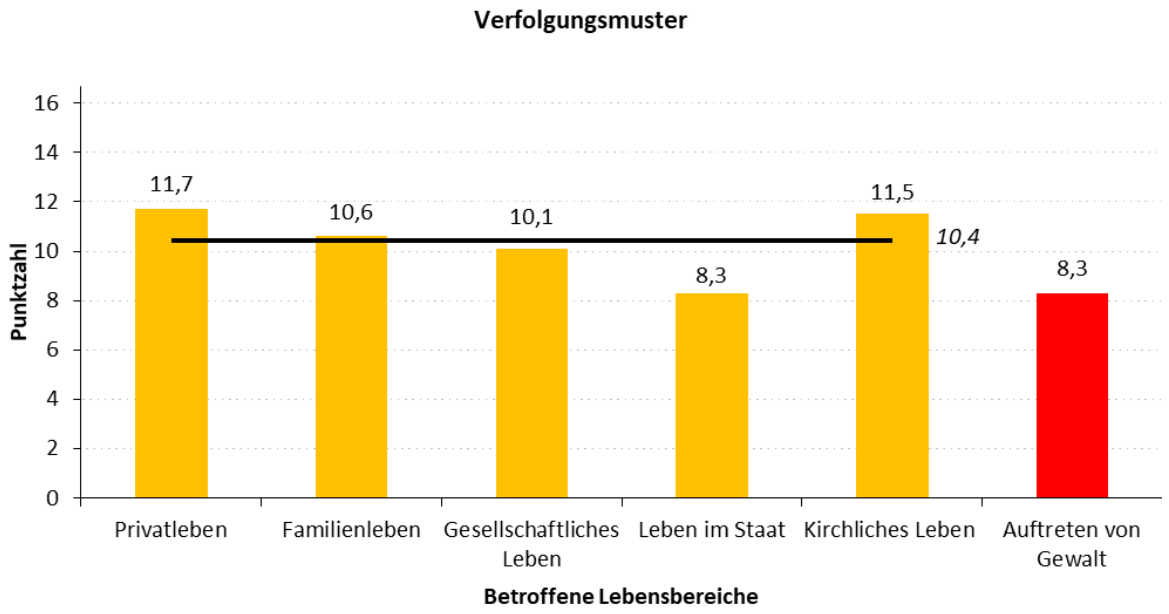
Christen muslimischer Herkunft

Christen mit muslimischem Hintergrund sind hauptsächlich in muslimisch dominierten Gebieten im Nordosten und an der Küste (einschließlich Mombasa) anzutreffen. Im Allgemeinen erleben Konvertiten eine andere Verfolgungsdynamik als Christen ohne muslimischen Hintergrund. Sie stehen unter starkem Druck durch Familie und Freunde, und wenn sie von Gruppen wie Al Shabaab entdeckt werden, droht ihnen die Ermordung. Christliche Konvertiten werden auch von Mobs oder kleineren Gruppen aus den lokalen islamischen Gemeinschaften ins Visier genommen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Kategorie umfasst baptistische, evangelische, pfingstliche und charismatische Gemeinden. Sie sind im ganzen Land zu finden. Diese Gruppe praktiziert ihren christlichen Glauben am aktivsten und ist daher schweren Formen der Verfolgung ausgesetzt.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kenia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Kenia bleibt hoch. Die Wertung sinkt von 10,5 Punkten im WVI 2018 auf 10,4 im WVI 2019.
- Der Druck auf Christen liegt in allen Lebensbereichen, außer im Bereich „Leben im Staat“, über 10 Punkten und ist am höchsten (11,7) im Bereich „Privatleben“, was den sehr hohen Druck

auf die Konvertiten im Nordosten widerspiegelt. Danach folgt „Kirchliches Leben“ (11,5), ein Hinweis darauf, dass das kirchliche Leben im Nordosten aufgrund von Drohungen von Al Shabaab und ihren Anhängern sehr schwierig ist.

- Der Wert für Gewalt ist nach wie vor sehr hoch, sank aber von 9,4 Punkten im WVI 2018 auf 8,3 im WVI 2019.

Privatleben

Im Kontext der Islamischen Unterdrückung stehen Christen mit muslimischem Hintergrund vor allem, aber nicht ausschließlich, in ihrem Privatleben unter Druck. So besteht beispielsweise im überwiegend muslimischen Nordostosten und in den Küstenregionen Kenias für Konvertiten die Gefahr tödlicher Angriffe, wenn sie ihre Bekehrung öffentlich machen. Diese Angriffe werden häufig von Familienmitgliedern oder von Mitgliedern der lokalen Gemeinschaft verübt.

Familienleben

Dies ist ein weiterer Lebensbereich, in dem Konvertiten mit ernsthaften Problemen konfrontiert sind. Die Verweigerung von Land für Bestattungen, Zwangsehen und Schikanen gegen Kinder aus christlichen Familien sind einige der häufigsten Formen des Drucks. Christliche Konvertiten laufen Gefahr, ihr Erbrecht zu verlieren und von ihren Familien verstoßen werden. Frauen mit muslimischem Hintergrund stehen vor großen Herausforderungen, wenn sie heiraten und eine Familie gründen möchten. Es drohen Zwangsheirat und sogar Vergewaltigung.

Gesellschaftliches Leben

Christen im Nordosten und in den Küstenregionen Kenias stehen unter hohem Druck, und in letzter Zeit mehren sich Bedenken, dass Al Shabaab die lokale Bevölkerung infiltriert. Dadurch würde es für Al-Shabaab-Mitglieder leicht, christliche Häuser zu identifizieren. In diesen Gebieten werden sehr häufig Weideflächen und Trinkwasser gemeinsam genutzt. Diese Teilhabe wird Christen in mehrheitlich muslimischen Gebieten jedoch besonders erschwert. Verfolgung geschieht zumeist durch Mitglieder der Familie oder Großfamilie (im Fall von Konvertiten), aber auch durch nichtchristliche religiöse Leiter und Leiter ethnischer Gruppen.

Leben im Staat

Christen aller Kategorien erfahren auf der nationalen Ebene den gleichen Druck. Verfolger sind Regierungsbeamte, politische Parteien muslimischer Prägung und religiöse Leiter im Zusammenspiel mit ihrer Anhängerschaft (d.h. islamistische Bewegungen, denen sich gewöhnliche Bürger anschließen). Die Rolle des organisierten Verbrechens und der Korruption zeigt sich auch in diesem Lebensbereich. Die in den letzten sieben Jahren unternommenen Schritte zur Dezentralisierung wirken sich auch auf die Christen aus. Muslimische Politiker betrachten Christen als für ihre politischen Zwecke unwichtig.

Kirchliches Leben

Der Druck in diesem Bereich ist eng verknüpft mit den Auswirkungen der Gewalt, die islamische Kämpfer in der Region verüben. Diese gezielte Gewalt hat ein Klima der Angst unter den Christen geschaffen. Infolgedessen sind der Bau einer Kirche oder Versammlungen für Aktivitäten in einer Kirche an einigen Orten gefährlich geworden. Das Zusammenwirken von Islamischer Unterdrückung mit Organisiertem Verbrechen und Korruption hat das Kirchenleben komplizierter gemacht als in den Vorjahren. Die Korruption hat die Behörden in ihrer Pflicht, alle Bürger zu schützen, behindert; in den

meisten Fällen gewaltsamer Übergriffe gegen Christen wurden keine ordnungsgemäßen Ermittlungen durch die Polizei durchgeführt.

Auftreten von Gewalt

Die Gewalt gegen Christen ist nach wie vor sehr hoch, obwohl es im Vergleich zum WVI 2018 weniger Angriffe von Al Shabaab auf Christen und Unternehmen von Christen gab. Beispiele sind in der Zusammenfassung oben aufgeführt.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Laut einem Experten für das Land sind „Christliche Mädchen und Frauen in [muslimisch dominierten] Regionen häufiger mit verbaler Gewalt und sozialer Ablehnung konfrontiert. Sie sind auch gezwungen, sehr vorsichtig zu sein, um nicht von Muslimen überfallen und vergewaltigt zu werden. Lehrerinnen in muslimisch dominierten Gebieten beschwerten sich über die ungezügelte sexuelle Belästigung durch ihre muslimischen Schüler und muslimische Männer in der Gesellschaft. Sie sind aber auch in Lebensgefahr, wenn sie von Al Shabaab gefunden werden.“ Ein anderer Experte wies auf bekannt gewordene Berichte hin, denen zufolge Frauen „in Al-Shabaab-Lager im Boni-Wald oder in Somalia gelockt oder entführt und dort als Sexsklaven festgehalten wurden. Sie wurden gezwungen, der Miliz als Ehefrauen oder auch nur als ‚Gebärerinnen der nächsten Generation von Kämpfern‘ zu dienen“.

Männer

Jungen und Männer im Nordosten Kenias und in der Region Lamu sind am stärksten gefährdet, durch Al-Shabaab-Milizen getötet zu werden. So kam es in der Vergangenheit zu gezielten Angriffen auf Christen in Dörfern, bei denen ausschließlich Männer getötet wurden.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Berichte über die Verfolgung anderer religiöser Gruppen im Land liegen nicht vor. Einige Analysten vermuten, dass Al Shabaab alle Gruppen außer sunnitischen Muslimen im Visier hat, ihr Hauptziel sind jedoch Christen. Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums für 2017 heißt es: „Muslimische Minderheitengruppen, insbesondere solche somalischer Abstammung, wurden Berichten zufolge weiterhin von Nichtmuslimen schikaniert. .... Nach Angaben von Religionsführern reagierten einige muslimische Jugendliche auf angebliche Misshandlungen durch nichtmuslimische Polizisten, die aus anderen Regionen kamen, indem sie die Besitztümer lokaler Christen zerstörten.“

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die kenianische Politik ist voller Dramatik, Unvorhersehbarkeit und Verrat. Gewinner sind oft diejenigen, die es schaffen, die größeren ethnischen Gruppen zu vereinen. In der Nachwahl 2007/8 stand William Ruto, der zu den Kalenjin gehört, auf der Seite von Raila Odinga von den Luo. Im Laufe des Jahres 2013 und danach wechselte Ruto jedoch die Seiten und wurde Vizepräsident für Uhuru Kenyatta von den Kukuyu. Jetzt gibt es Berichte, dass Ruto vom Präsidenten kaltgestellt wird. Diese Vermutung wurde durch eine offizielle Vereinbarung sowie eine gemeinsame Pressekonferenz von

Kenyatta und Odinga im Jahr 2018 verstärkt. Sollte Ruto aus dem Amt gedrängt werden, stünde Kenia in den kommenden zwei Jahren eine weitere Runde politischer Auseinandersetzungen mit vergifteter politischer Rhetorik bevor. Im Moment scheint das Land jedoch stabil zu sein, obwohl es nicht in der Lage ist, seine Grenze zu Somalia zu kontrollieren, durch die Al-Shabaab-Kämpfer eindringen und Christen angreifen.

Der Ausblick für Christen

Im Berichtszeitraum des WVI 2019 war Al Shabaab weiterhin aktiv. Es besteht wenig Hoffnung, dass Kenias Regierung die Sicherheit der kenianischen Christen gewährleisten kann. Dies hängt stark mit der institutionalisierten Korruption im Land und der unverändert dramatischen Situation in Somalia zusammen. Ermittlungen wegen Gewalt gegen Christen wurden von der Polizei nicht ordnungsgemäß durchgeführt. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass Christen aufgrund der überwältigenden christlichen Mehrheit in der Bevölkerung politisch und wirtschaftlich dominant bleiben.

Schlussfolgerung

- Das Ausmaß der Verfolgung in Kenia wird wahrscheinlich auf dem derzeitigen Niveau bleiben – es sei denn, Al Shabaab wird besiegt. Vorerst wird Al Shabaab wahrscheinlich weiterhin junge kenianische Muslime rekrutieren (es sei denn, dies würde durch die Entwicklung einer kohärenten Strategie eingedämmt).
- Die Tatsache, dass einige Fälle von Korruption auf hoher Ebene aufgedeckt wurden und es bei Führungskräften eine Bereitschaft zur Transparenz gibt, führt zu einer geringen Verbesserung der Korruptionsrate. Dies könnte ausländische Organisationen ermutigen, Hilfe für eine große Zahl von Gemeinschaften bereitzustellen, die von Armut betroffenen sind (die Korruption hat auch das Vertrauen der Geber untereinander beeinträchtigt).
- Sollte es zu politischen Spannungen im Land kommen, könnte Al Shabaab diese Gelegenheit nutzen, um Angriffe zu starten.

zurück zur Länderübersicht

Russische Föderation: Platz 41

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Im Kaukasus kämpfen islamische Milizen gegen das russische Militär, um ein muslimisches Emirat zu errichten. Der Islam gewinnt auch in Tatarstan immer mehr an Einfluss und bedroht das kirchliche Leben.

Diktatorische Paranoia: Die Gesetzgebung in der Russischen Föderation wird ständig angepasst und um weitere Einschränkungen ergänzt. Die Regierung begünstigt weiterhin die Russisch-Orthodoxe Kirche zulasten anderer christlicher Gruppen.

Konfessioneller Protektionismus: Wenn nichtorthodoxe Denominationen ihren Glauben weitergeben wollen, wird das mit Misstrauen beobachtet. Diese christlichen Gruppen werden als fremd in Russland angesehen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Christenverfolgung geht in der Russischen Föderation hauptsächlich vom muslimischen Umfeld aus. Familie und Freunde von Christen muslimischer Herkunft, das weitere soziale Umfeld und muslimische Lehrer lehnen die Evangelisation unter Muslimen gerade in Regionen mit muslimischer Mehrheit ab (d. h. im Nordkaukasus und dem Gebiet um die Stadt Kasan in Zentralrussland). Auch Regierungsbeamte üben Druck auf Christen aus, vor allem durch die Einführung und Durchsetzung von einschränkenden Gesetzen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Viele ethnische Russen aus den Republiken Dagestan, Tschetschenien, Kabardino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessien verließen wegen der Kämpfe ihr Zuhause. Die Mitgliederzahlen der Kirchen sanken dementsprechend. Russisch-orthodoxe Kirchen bekommen vonseiten der Regierung die wenigsten Probleme. Nichtregistrierte Kirchen, die das Evangelium aktiv weitergeben, können mit Hindernissen wie Überwachung und Verhören rechnen. Die einheimischen Christen muslimischer Herkunft in den mehrheitlich muslimischen Regionen sind am stärksten von Verfolgung betroffen, durch Familie, Freunde und Gesellschaft. In einigen Gebieten müssen sie ihren Glauben aus Angst, getötet zu werden, geheim halten.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 18. Februar 2018 griff ein militanter Muslim eine Gruppe russisch-orthodoxer Christen in Kizlyar (Dagestan) an. Fünf Christinnen wurden getötet und weitere fünf verletzt. Der „Islamische Staat“ (IS) bekannte sich in einer von Amaq (der Nachrichtenagentur der Gruppe) veröffentlichten Meldung zu dem Anschlag. Die Meldung gab keine Belege an, um diese Behauptung zu untermauern.

- Am 20. Mai 2018 griffen militante Muslime die russisch-orthodoxe Erzengel-Michael-Kirche in Grosny (Tschetschenien) an und töteten einen Christen. Der Priester der Kirche, Pater Sergiy, sagte, die Gottesdienstbesucher hätten Schüsse von außerhalb und Allahu-Akbar-Rufe gehört.
- Die Strafverfolgungsbehörden erhöhen den Druck auf die Protestanten in der Region Nischni Nowgorod. Sie nutzen sowohl die sogenannte „anti-missionarische" Ergänzung eines Gesetzes als auch das Einwanderungsgesetz, um Kirchen und ihre Mitglieder für solche Aktivitäten wie das Einladen von Studenten zu Partys und das Veröffentlichen von Videos mit Anbetungsmusik in sozialen Netzwerken zu bestrafen. Die Richter verhängten Geldstrafen und ordneten die Abschiebung zweier afrikanischer Christen aus Russland an, die an der medizinischen Hochschule in Nischni Nowgorod studierten, weil sie in Videos auf dem sozialen Netzwerk VK zu sehen gewesen waren oder Videos dort geteilt hatten. Die zwei abgeschobenen Studenten durften bis zum Abschluss ihres letzten Examens bleiben, mussten aber zum 30. Juni 2018 das Land verlassen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Zum ersten Mal seit 2011 ist die Russische Föderation wieder auf dem Weltverfolgungsindex (WVI). Mit 60 Punkten belegt das Land Platz 41. Im Vorjahr war die Wertung um 9 Punkte geringer und das Land damit nicht unter den 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden, sondern als „Land unter Beobachtung" gelistet.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Im Kaukasus ist dies die wichtigste Triebkraft der Verfolgung. In den verschiedenen Republiken in den nördlichen Ausläufern des Kaukasus (Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien und Karatschai-Tscherkessien) kämpfen militante Muslime gegen das russische Militär, um ein muslimisches Emirat zu errichten. Viele ethnische Russen haben die Region aufgrund der Gewalt verlassen. Die Mitgliederzahlen der Kirchen sanken ebenso. Christen muslimischer Herkunft müssen ihren Glauben aus Angst, getötet zu werden, geheim halten. Auch in Tatarstan (dessen Hauptstadt Kasan an der Wolga ist) ist diese Triebkraft wirksam. In dieser Region, etwa 800 Kilometer östlich von Moskau, wächst der Einfluss des Islam.

Diktatorische Paranoia

Die Gesetzgebung in der Russischen Föderation wird ständig angepasst und um weitere Einschränkungen ergänzt. Die Regierung begünstigt weiterhin die Russisch-Orthodoxe Kirche zulasten anderer christlicher Gruppen.

Konfessioneller Protektionismus

Die Russisch-Orthodoxe Kirche wird als genuin russisch angesehen; wohingegen der römisch-katholische und besonders der protestantische Glaube als westlich und fremd gelten. Straßenevangelisation von nichtorthodoxen Konfessionen ist nicht willkommen. Besonders nichttraditionelle christliche Gemeinschaften gerieten wegen sogenannten „Schafestehlens" (des

Abwerbens von Mitgliedern der orthodoxen Kirche) und „falscher Lehre“ ins Visier der Russisch-Orthodoxen Kirche.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- Anführer ethnischer Gruppen: Es gibt eine enge Verbindung zwischen Religion und Nationalismus in den muslimisch geprägten Regionen Russlands; die Annahme des christlichen Glaubens wird ernsthaft bekämpft.
- Muslimische religiöse Leiter gehen ebenso gegen Konversion zum christlichen Glauben vor.
- Die eigene (Groß-)Familie: Diese tritt insbesondere in den muslimisch geprägten Gebieten (Nordkaukasus und an der mittleren Wolga) als Verfolger auf, wobei vor allem Konvertiten zum christlichen Glauben betroffen sind.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- Regierungsbeamte: Staatliche Vertreter auf verschiedenen Ebenen überwachen bestimmte christliche Gruppen und erlegen Restriktionen auf. Die Gesetzgebung in der Russischen Föderation wird ständig angepasst und um weitere Einschränkungen ergänzt.
- Bürger in ganz Russland begegnen offen evangelistischen Aktivitäten protestantischer Christen mit Widerstand.
- Politische Parteien: Obwohl die Russische Föderation ein (gewähltes) Parlament hat, wird sie völlig von der Partei Einiges Russland von Präsident Putin beherrscht. Ihre Vertreter verschärfen die existierenden Gesetze und ergänzen diese um neue Restriktionen.

Ausgehend von Konfessionellem Protektionismus

- Christliche religiöse Leiter: Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat eine negative Einstellung gegenüber anderen Denominationen und beschuldigt sie des „Schafestehlens“. Jedoch hat sie nicht den Status einer Staatskirche.
- Gewöhnliche Bürger: Bisweilen ermutigen orthodoxe Priester die Bürger, gegen Protestanten vorzugehen.
- Die eigene (Groß-)Familie: Russisch-orthodoxe Christen begegnen einer Hinwendung zum protestantischen Glauben mit Widerstand.
- Politische Parteien: Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat eine besondere Stellung bei den Politikern in der Russischen Föderation.

4. Hintergrund

Die Russische Föderation ist flächenmäßig das größte Land der Erde. Sie umfasst von Europa im Westen bis hin zur Beringstraße im Osten elf Zeitzonen. Nach fast 80 Jahren unter kommunistischer Ideologie ist sie heute ein säkulares Land, in dem Religion eine vergleichsweise kleine Rolle spielt.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wird zunehmend als immenser Schlag gegen das russische Prestige gesehen. Die Russische Föderation versucht ihre frühere Position als Weltmacht wieder einzunehmen. Um den Einfluss über ehemalige „Kolonien“ im Kaukasus und in Zentralasien wiederzugewinnen, nutzt das Land verschiedene Taktiken. Beispiele dafür sind die wirtschaftliche

Unterstützung der ärmsten Ländern Zentralasiens (Kirgisistan und Tadschikistan) und im Kaukasus (Armenien); militärische Unterstützung von Tadschikistan; spezielle Öl- und Gasabkommen mit Weißrussland und der Ukraine; der russisch-nationalistische Einfluss in Moldawien, der Ukraine und Kasachstan; Militärmanöver im Kaukasus und der Abschluss verschiedener Abkommen mit China, um die eigene Abhängigkeit von der EU und den USA zu verringern.

Für Christen – besonders solche, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören – ist die Situation im Land seit der Einführung einer ganzen Reihe von Gesetzen seit 2012 immer schwieriger geworden.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 verlor der Staat seinen atheistischen Eifer, und Christen wurden nicht mehr so massiv verfolgt. Häftlinge, die aufgrund ihres Glaubens im Gefängnis waren, wurden entlassen und die meisten Gemeinden, die traditionellen christlichen Kirchen angehören, konnten mehr oder weniger frei agieren. Das hatte ein Aufleben des christlichen Glaubens in Russland zur Folge, wobei der Staat die Russisch-Orthodoxe Kirche bevorzugte. (Andere christliche Denominationen erfahren größere Schwierigkeiten. Beispielsweise wird es im Vergleich mehr Energie, Mittel und Zeit erfordern, eine protestantische Kirche zu registrieren, da Christen durch den Geheimdienst auf mögliche Kontakte zum Westen überprüft werden. Wenn Beziehungen zum Westen entdeckt werden, kann der Registrierungsantrag einer protestantischen Kirche sehr wohl abgelehnt werden.)

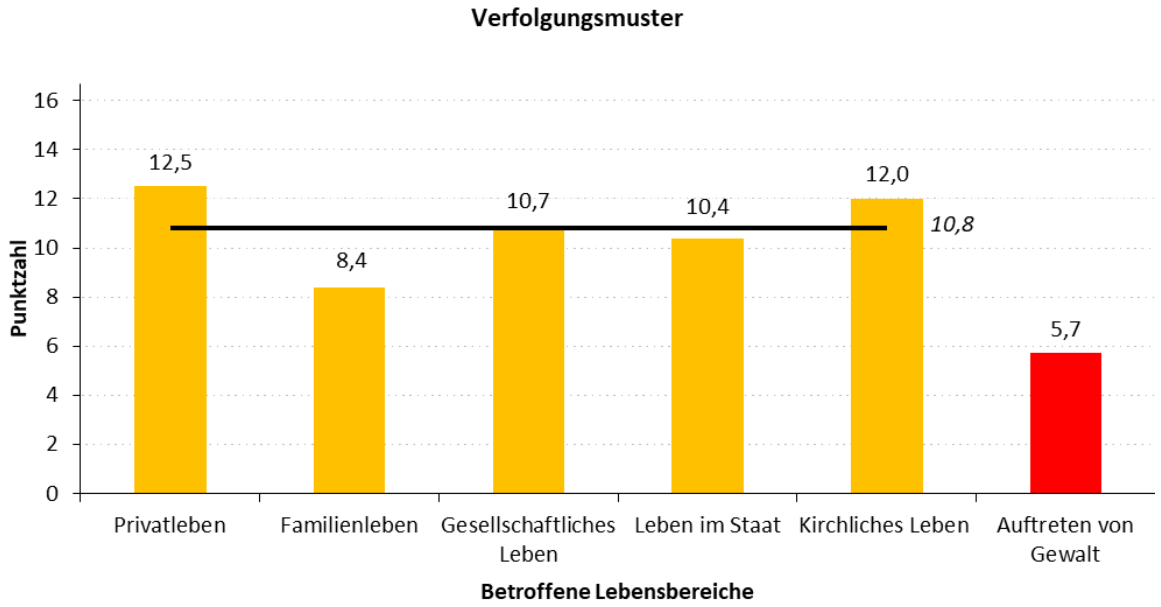
Christen muslimischer Herkunft

Diese Christen werden am meisten von Muslimen im Kaukasus unterdrückt. In dieser Gegend sind alle Christen mit Gewalt und Druck konfrontiert, doch ehemalige Muslime tragen die Hauptlast. Christen muslimischer Herkunft aus Tschetschenien oder Dagestan beispielsweise werden als Verräter der nationalen Identität betrachtet. Der christliche Glaube wird mit den russischen Besetzern verbunden, die in dem Guerilla-Krieg bekämpft werden, der nun schon Jahrzehnte anhält. In den vergangenen Jahren mussten Dutzende Christen muslimischer Herkunft ihre Häuser verlassen und in sogenannten Zufluchtshäusern unterkommen. Es gestaltet sich als sehr schwierig für sie, nach Hause zurückzukehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese christlichen Gemeinschaften gerieten häufig wegen angeblichen Abwerbens von Mitgliedern ins Visier der Russisch-Orthodoxen Kirche. Jene betrachtet protestantische Gemeinschaften oft als Sekten, die falsche Lehren verbreiten. Der Staat sieht diese Gruppen als nichtrussische, westliche Spione an. In muslimischen Gegenden werden Christen häufig Ziel von Anfeindungen, da sie verdächtigt werden, das Evangelium aktiv weiterzugeben.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Russische Föderation

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen erreicht ein hohes Maß und stieg von 9,9 Punkten im Vorjahr auf 10,8 Punkte beim WVI 2019. Der Anstieg betrifft alle Lebensbereiche außer dem Familienleben. Dies weist darauf hin, dass der Druck sowohl durch die Regierung (bezogen auf die Bereiche „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“) als auch durch die muslimische Gemeinschaft (bezogen auf die Bereiche „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“) in der Russischen Föderation gestiegen ist.
- Der Lebensbereich mit dem größten Druck ist das Privatleben, was den sehr hohen Druck auf Christen muslimischer Herkunft widerspiegelt, der durch ihr muslimisches Umfeld ausgeübt wird.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt hat nun die Kategorie „sehr hoch“ erreicht, nachdem sie von 2,0 Punkten beim WVI 2018 auf 5,7 Punkte beim WVI 2019 gestiegen ist. Der starke Anstieg ist hauptsächlich auf zwei Anschläge gegen Christen im Nordkaukasus zurückzuführen, bei denen sechs Christen getötet und zwei Kirchengebäude zerstört wurden.

Privatleben

In Russland gibt es eine Region, in der ein sehr konservativer Islam dominiert: der Nordkaukasus. Hier ist der Druck auf alle Christen sehr hoch, besonders aber auf jene muslimischer Herkunft. Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird stark abgelehnt. Viele Christen muslimischer Herkunft haben in den letzten Jahrzehnten diese Region verlassen, während die, die geblieben sind, extrem vorsichtig sein müssen, nicht auf ihren christlichen Glauben aufmerksam zu machen – z. B. indem sie offen christliche Symbole tragen, christliche Materialien nutzen oder christliche Medien konsumieren. Es ist sehr gefährlich, mit der Familie oder Gästen über den christlichen Glauben zu reden oder sich mit anderen Christen zu treffen. Christen werden sowohl durch den Staat (den russischen

Inlandsgeheimdienst FSB) als auch – in Regionen mit muslimischer Mehrheit – durch das persönliche Umfeld überwacht. Wenn jemandes Hinwendung zum christlichen Glauben entdeckt wird, wird die Familie Druck auf diese Person ausüben, ihren neuen Glauben aufzugeben. Zunächst wird die Familie die Person einsperren und sehr starken Druck auf sie ausüben, den Glauben zu widerrufen – wenn das nicht hilft, könnte die Person sogar getötet werden.

Familienleben

Für ehemalige Muslime sind im Nordkaukasus jegliche christlichen Zeremonien (einschließlich der Taufe) unmöglich. Es gab bisher keine Probleme, Christen muslimischer Herkunft zu beerdigen. Dies liegt jedoch daran, dass das Umfeld nicht wusste, dass die Verstorbenen Christen geworden waren. Kinder gemäß dem christlichen Glauben zu erziehen ist für ehemalige Muslime im Nordkaukasus mit Schwierigkeiten verbunden, da von allen Kindern erwartet wird, den Islam kennenzulernen. Kinder von für ihren Glaubenswechsel bekannten Christen muslimischer Herkunft müssen einen Prozess der „Umerziehung“ durch die erweiterte Verwandtschaft durchlaufen, damit sie den „richtigen“ Weg, ein Tschetschene (und somit ein Muslim) zu sein, kennenlernen. Im Nordkaukasus gab es Fälle, bei denen Christen mit muslimischem Hintergrund von ihren Familien unter Hausarrest gestellt wurden, um sie dazu zu bringen, ihren neuen christlichen Glauben zu widerrufen. Ehepartner von Konvertiten zum christlichen Glauben werden unter Druck gesetzt, die Scheidung einzureichen. Auch die Kinder können Christen muslimischer Herkunft weggenommen werden. Christliche Konvertiten können zudem ihre Erbrechte verlieren.

Gesellschaftliches Leben

Im Nordkaukasus werden Christen (besonders jene muslimischer Herkunft) in Geschäften, am Arbeitsplatz, in Schulen und an Universitäten häufig mit Misstrauen behandelt. Neuere protestantische Gruppen werden durch die Behörden streng überwacht, doch im Nordkaukasus werden Christen muslimischer Herkunft noch dazu von ihren Familien kontrolliert. Ihnen droht Entführung. Sie werden als Verräter behandelt. Außerdem ist es ihnen nicht erlaubt, an gemeinschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen. Sie sehen sich oft Problemen an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt. Wenn bekannt wird, dass ein Muslim den christlichen Glauben angenommen hat, werden die Familie, Freunde und das soziale Umfeld maximalen Druck auf diese Person ausüben, damit sie ihren Glauben widerruft. Dies schließt Todesdrohungen mit ein. Es gibt Berichte über christliche Studenten, die von muslimischen Studentengruppen bedroht und geschlagen wurden. Christen wurden gezwungen, sich zum Verhör bei der Polizei zu melden. Diese Verhöre führten zuweilen zu Geld- oder anderen Strafen, die mit dem Glauben der Christen und den religiösen Aktivitäten, an denen sie teilnahmen, begründet wurden.

Leben im Staat

Offiziell ist die Russische Föderation ein säkularer Staat, doch in den muslimisch geprägten Regionen biedern sich politische Führer offen dem sunnitischen Islam an. Im Nordkaukasus können Christen kein öffentliches Amt innehaben. Seit 2012 hat eine neue Gesetzgebung die Kirchen beeinträchtigt – vor allem die nichtorthodoxen Kirchen – und es ist offensichtlich, dass die Regierung die Russisch-Orthodoxe Kirche bevorzugt, zum Nachteil anderer Denominationen (die oftmals als fremd angesehen werden). In russischen Fernsehsendern und in den Printmedien gibt es eine andauernde Kampagne gegen Sekten und Evangelikale, die zusammen mit Satanisten und Scientologen kritisiert werden.

Kirchliches Leben

Christen muslimischer Herkunft müssen ihren Glauben vollständig geheim halten und werden durchgehend daran gehindert, sich zu treffen. In der Russischen Föderation insgesamt ist es derzeit nicht besonders problematisch, sich als Kirche zu registrieren. Gemeinden, die sich nicht registrieren lassen, tun dies bewusst nicht, um sich dadurch dem Einfluss des Staates zu entziehen. Alle Christen im Nordkaukasus werden davon abgehalten, christliche Veranstaltungen innerhalb und außerhalb ihrer Gebäude zu organisieren. Der FSB (als Inlandsgeheimdienst die Nachfolgeorganisation des KGB) überwacht die Aktivitäten der Kirchen (sowohl der registrierten als auch der nichtregistrierten). Religiöse Materialien, die als „extremistisch" angesehen werden, werden nicht nur überprüft, sondern auch konfisziert. Pastoren und andere christliche Leiter haben den Nordkaukasus verlassen, da sie zur Zielscheibe geworden sind. Im Nordkaukasus ist es unmöglich, christliche Literatur zu drucken, auch kann diese nicht in die Region importiert werden. Des Weiteren ist es in dieser Region für christliche Gruppen nicht möglich, wohltätige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Institutionen oder Vereine zu gründen.

Auftreten von Gewalt

Für gewöhnlich ist die Zahl der gewaltsamen Übergriffe in der Russischen Föderation relativ gering und wenige Christen (wenn überhaupt) werden getötet. Der Berichtszeitraum zum WVI 2019 erwies sich als anders. Neben weiteren Vorfällen wurden sechs russisch-orthodoxe Christen bei Anschlägen militanter Islamisten auf Kirchen in Dagestan und Tschetschenien getötet und zwei afrikanische Christen wurden im Juni 2018 aus der Russischen Föderation abgeschoben.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

In den muslimischen Regionen Russlands basiert der Alltag auf der islamischen Kultur, die Frauen einen untergeordneten Status zuordnet. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern oder ihrem Ehemann (wenn sie verheiratet sind) vollständig unterordnen. Dies macht sie im Verfolgungsfall verletzlicher – sowohl als wegen ihres christlichen Glaubens als auch als Frauen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen.

Männer

Aufgrund des wachsenden Patriotismus in Russland (der zum Teil auf dem Militarismus und der Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg aufbaut – das ist die russische Bezeichnung für den Zweiten Weltkrieg) wird es für junge Männer immer populärer, in der Armee zu dienen. Christen, die sich anstelle des Militärdienstes für einen Zivildienst entscheiden, riskieren es, diskriminiert zu werden.

Männer sind die Familienoberhäupter und für gewöhnlich die Haupternährer. Wenn ein Christ Verfolgung erfährt – durch Geld- oder Gefängnisstrafe – leidet seine ganze Familie mit. Der Verlust der Arbeitsstelle hat ebenfalls Auswirkungen auf die ganze Familie. Kirchenleiter sind zudem normalerweise Männer – wenn diese auf irgendeine Weise verfolgt werden, hat dies oft eine negative Auswirkung auf die Kirche und verbreitet Angst unter den Kirchenmitgliedern.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, gleiche Rechte unabhängig von der religiösen Überzeugung sowie das Recht, seine Religion auszuüben und zu bekennen. Das Gesetz erklärt, dass Regierungsbeamte die Aktivitäten einer religiösen Vereinigung verbieten können, wenn diese die öffentliche Ordnung verletzt oder an „extremistischen Aktivitäten“ beteiligt ist. Das Gesetz bezeichnet das Christentum, den Islam, das Judentum und den Buddhismus als die vier „traditionellen“ Religionen des Landes und erkennt die besondere Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche an. Es unterscheidet zwischen „religiösen Gruppen“, welche das Recht haben, Gottesdienste abzuhalten, aber viele andere Aktivitäten nicht durchführen dürfen, und zwei Kategorien von „religiösen Organisationen“, welche durch die Registrierung bei der Regierung einen legalen Status erlangen, der ihnen die Erfüllung verschiedener religiöser und ziviler Funktionen gewährt. Der Oberste Gerichtshof entschied, die Aktivitäten der Zeugen Jehovas als „extremistisch“ zu kriminalisieren, wodurch er ihre Aktivitäten und Schriften faktisch verbot, und ordnete die Auflösung ihres Hauptquartiers an. Die Behörden setzten ihre Praxis fort, Menschen wegen angeblichen „Extremismus“ zu verhaften und mit Geldstrafen zu belegen, die kleineren religiösen Gruppen oder Organisationen angehören.

Beispiele

- Im Februar 2018 berichtete Asia News, dass der Bau einer Mormonenkirche in Novosibirsk entgegen eines Urteils des Obersten Gerichtshofs verboten wurde.
- Im April 2018 berichtete Forum 18, dass die Zeugen Jehovas sich einer Welle von Gerichtsverfahren gegenübersahen; ein Jahr, nachdem der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation entschied, ihre Aktivitäten zu verbieten.
- Im Mai 2018 veranlassten Beamte 28 Razzien in Wohnungen von Zeugen Jehovas, wobei sie oft den Einlass erzwangen, die Bewohner mit Waffen bedrohten sowie Literatur und andere Gegenstände beschlagnahmten.
- Im Oktober 2018 belegte ein Gericht in Krasnoyarsk einen 24-jährigen Muslim mit einer hohen Geldstrafe, weil er sich mit anderen getroffen hatte, um die Werke des verstorbenen türkischen islamischen Theologen Said Nursi zu studieren.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die Regierung von Präsident Wladimir Putin hatte in den vergangenen Jahren keine bedeutende Opposition. Die verfassungsgemäßen Beschränkungen der Zahl der Amtsperioden eines Präsidenten wurden beseitigt. In absehbarer Zeit werden keine politischen Veränderungen erwartet.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Es besteht die Gefahr, dass sich die Aktivitäten militanter Islamisten in Tschetschenien und Dagestan, den Republiken des nördlichen Kaukasus, fortsetzen.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Da es keinen Regierungswechsel geben wird, kann das, was in den vergangenen fünf Jahren geschehen ist, als Richtschnur dafür betrachtet werden, was in Zukunft erwartet werden kann: namentlich weitere gesetzliche Restriktionen und ein wachsender Nationalismus.

Mit Hinblick auf Konfessionellen Protektionismus: Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat unter der gegenwärtigen Gesetzgebung eine besondere Stellung inne. Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Patriarchat von Konstantinopel über die Autorität über die orthodoxe Kirche in der Ukraine werden die Russisch-Orthodoxe Kirche noch näher zur Regierung von Präsident Putin treiben. Die Abneigung gegen alle nichtorthodoxen religiösen Aktivitäten in der Russischen Föderation wird wahrscheinlich zunehmen.

Schlussfolgerung

In den Regionen der Russischen Föderation mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit wird der Druck von Muslimen auf Christen muslimischer Herkunft und Protestanten, die ihren Glauben aktiv weitergeben, sehr hoch bleiben. Die Regierung Russlands wird voraussichtlich die Religionsfreiheit weiter einschränken. Widerstand dagegen ist kaum zu erwarten – und definitiv nicht von der Russisch-Orthodoxen Kirche.

zurück zur Länderübersicht

Malaysia: Platz 42

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Nach den Wahlen im Mai 2018 forderte die konservative muslimische Partei PAS, die den Staat Kelantan regiert, die sofortige Einführung des Scharia-Strafrechts in besagtem Staat. Laut Verfassung ist das Scharia-Recht nicht mit dem Zivilrecht gleichgestellt, aber in der Praxis dominiert die Scharia, wie man insbesondere in Fällen von Scheidung und Sorgerechtsstreit sehen kann.

Diktatorische Paranoia: Trotz eines Regierungswechsels im Jahr 2018 verfolgt die Regierung weiterhin eine Politik der Vorzugsbehandlung der malaiischen Bevölkerung. Premierminister Mahathir war ursprünglich für die Entwicklung dieser Idee der Vorzugsbehandlung verantwortlich, und wenn seine derzeitige Politik den Wählern nicht schnell genug die gewünschten Ergebnisse liefert, könnte er sich, um an der Macht zu bleiben, mit der radikalen Panmalaysischen Islamischen Partei (PAS) zusammenschließen, was die christliche Minderheit ernsthaft treffen würde.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Verfassung verbietet Malaien den Wechsel zu anderen Religionen und schränkt die Verbreitung nichtmuslimischer Religionen ein. Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien fördern den Islam, und Regierungsbeamte bemühen sich daher, den islamischen Einfluss auf die Gesellschaft zum Nachteil nichtmuslimischer Minderheiten beizubehalten oder zu verstärken. Verschiedene muslimische NGOs verstehen sich als „Meister und Verteidiger des Islam“ und haben die Unterstützung der Regierung. Sie schüren ethnische Konflikte und religiöse Diskriminierung. Für Christen muslimischer Herkunft geht die stärkste Verfolgung von Familienangehörigen aus.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen muslimischer Herkunft werden am stärksten verfolgt, da von jedem ethnischen Malaien erwartet wird, muslimisch zu sein. Wer davon abweicht, richtet sich nicht nur gegen die Verfassung, sondern auch gegen die Gesellschaft insgesamt und natürlich gegen Familie und Nachbarschaft. Katholiken und Methodisten werden von den Behörden und NGOs beobachtet, aber protestantische Freikirchen werden häufiger ins Visier genommen, da diese dazu neigen, aktiver ihren Glauben zu bezeugen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- In einem lang erwarteten Urteil hat das Bundesgericht entschieden, dass die Konversion von Kindern unter 18 Jahren der Zustimmung beider Eltern bedarf. Die vorherige Regierung beschloss jedoch, eine spezielle Abteilung namens „Syariah und Rechtsangleichung“ einzurichten, um Fragen des Islam und der Scharia (Syariah) zu behandeln, die sich auf Bundes- und internationaler Ebene stellen. Wie die neue Regierung mit dieser hochpolitischen Frage umgehen wird, kann einen ersten Hinweis darauf geben, welche Richtung sie in Bezug auf Minderheiten einschlagen wird.

- Wenn eine Bekehrung zu Jesus Christus bekannt wird, wird der Christ in der Regel entweder den islamischen Behörden gemeldet oder einfach aus der Gemeinschaft vertrieben. Wer sich zu Jesus Christus bekehrt, wird von der Erbschaft ausgeschlossen, und die Beanspruchung des Sorgerechts ist für nichtmuslimische Ehepartner weiterhin ein Problem. Es gibt aber auch Fälle, in denen Christen muslimischer Herkunft von ihren Familien akzeptiert werden und diese auch Christen werden. Was Christen mit hinduistischem oder buddhistischem Hintergrund betrifft, so geht der Druck eher von den Familien aus, da die Regierung nur über die Konversion von Muslimen besorgt ist.
- Alle Kinder in staatlichen Kindergärten und Grundschulen sind zur Teilnahme an der islamischen Erziehung verpflichtet. In staatlichen Schulen sind nur muslimische Schüler (einschließlich Christen mit muslimischem Hintergrund) zur Teilnahme am Islamunterricht verpflichtet. Auf Universitätsebene gibt es ein Pflichtfach für alle, das „Islamische und Asiatische Zivilisation“ heißt und als staatliches Instrument zur Förderung der Islamisierung angesehen wird.
- Die neue Regierung erlaubt es der malaysischen Menschenrechtskommission SUHAKAM, als Beratungsorgan zu fungieren und einen Bericht über den immer noch vermissten Pastor Raymond Koh zu erstellen, der am 13. Februar 2017 am helllichten Tag von unbekannten Angreifern entführt wurde. (Medienberichten zufolge könnte diese Entführung mit dem Vorwurf verbunden sein, dass er an der Bekehrung von Muslimen zum christlichen Glauben beteiligt war. Ein Informant der Polizei weigerte sich jedoch, öffentlich auszusagen, nachdem er im Mai 2018 behauptet hatte, dass eine Sondereinheit der Polizei die Entführung durchgeführt habe.)

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 60 Punkten belegt Malaysia auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2019 Platz 42. Der Rückgang um 5 Punkte gegenüber dem WVI 2018 spiegelt zum Teil das überraschende Ergebnis der politischen Wahlen 2018 wider. Am deutlichsten sanken die Werte für die Lebensbereiche „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“, aber auch im Bereich „Auftreten von Gewalt“. Während Christen und andere Minderheiten noch immer ein Gefühl der Unsicherheit haben, seit im November 2016 und Februar 2017 drei christliche Gemeindemitarbeiter und ein muslimischer Sozialaktivist spurlos verschwunden sind, besteht die Hoffnung, dass die neue Regierung positive Veränderungen bringen wird. Allerdings lassen sich Gesetze schneller ändern als Denkweisen, so dass eine echte Veränderung für Christen in der Gesellschaft nur langsam oder gar nicht zu erkennen sein wird. Die bereits bestehende Kluft zwischen Ost- und Westmalaysia wurde vertieft, insbesondere im Falle des Staates Sarawak, der eine relative christliche Mehrheit hat.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Malaysia hat den Ruf, das wahrscheinlich beste Vorbild für ein liberales und tolerantes islamisches Land zu sein. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahren jedoch verflüchtigt, ein Trend, der sich im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 bestätigt hat. Ein Beispiel dafür sind die fortgesetzten Bemühungen der Regierung, das Scharia-Strafrecht (Hudud) im Bundesstaat Kelantan

einzuführen. Die konservative muslimische PAS-Partei, die den Staat Kelantan regiert, forderte erneut die sofortige Einsetzung des Scharia-Strafrechts unmittelbar nach den Wahlen im Mai 2018. Nach der Verfassung ist das Scharia-Recht nicht dem Zivilrecht gleichgestellt, aber in der Praxis gilt dies nicht mehr. Dies zeigt sich vor allem in Fällen von Scheidung und Sorgerechtsstreit: Zivilgerichte entscheiden häufig zugunsten der nichtmuslimischen Mutter des Kindes, weshalb Väter manchmal zum Islam übertreten, denn wenn sie nun das Sorgerecht vor Scharia-Gerichten einfordern, wird es ihnen gewährt. Die Polizei zieht es vor, die Entscheidungen der Scharia-Gerichte umzusetzen, da dies weniger Probleme verursacht. Dies wirft die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit in Malaysia auf, obwohl es Bemühungen gegeben hat, solche Probleme zu lösen, indem ein Ausschuss eingesetzt wurde, der an Lösungen arbeitet. In einem lang erwarteten Urteil sagte das Bundesgericht, dass die Konversion von Kindern unter 18 Jahren der Zustimmung beider Eltern bedarf. Die vorherige Regierung beschloss jedoch, eine spezielle Abteilung namens „Syariah und Rechtsangleichung“ einzurichten, um Fragen im Zusammenhang mit dem Islam und dem Scharia-Recht (Syariah) zu klären. Wie die neue Regierung mit dieser hochpolitischen Frage umgehen wird, kann einen ersten Hinweis darauf geben, welche Richtung sie in Bezug auf Minderheiten einschlagen wird.

Es gibt ein Verbot der Verwendung des Wortes „Allah“, des normalen Wortes für „Gott“ auf Malaiisch, nachdem das Oberste Gericht im Januar 2015 das Urteil gegen eine katholische Zeitung bestätigt hat. Dem folgen nun weitere Gerichtsverfahren, z. B. im Bundesstaat Sabah. Dieser Fall ist noch offen, da zuerst die Frage des Zugangs zu Regierungsdokumenten geklärt werden muss. Verunglimpfungen aus religiösen Gründen sind nach wie vor üblich. Im Wahlkampf 2018 wurde einer christlichen Politikerin vorgeworfen, eine „rein missionarische Agenda“ zu haben. Ein weiteres Zeichen dafür, dass die Gesellschaft immer islamischer und empfindlicher wird, ist, wie viele Geschäfte beschlossen haben, keine Bilder von Hunden in Dekorationen zum chinesischen Neujahrsfest zu zeigen. Nach dem chinesischen Kalender begann im Februar 2018 das Jahr des Hundes.

Diktatorische Paranoia

Während die Diktatorische Paranoia in Malaysia sicherlich nur eine sekundäre Triebkraft der Verfolgung ist, ist sie dennoch relevant, um die Situation des Landes zu verstehen. Sie traf auf jeden Fall zu, solange die Barisan-Nasional-Koalition das Land bis zu den Wahlen 2018 regierte. Diese Koalition bestand aus der großen muslimischen UMNO-Partei im Bündnis mit kleineren chinesischen und indischen Parteien und musste sich jahrelang mit keiner Opposition auseinandersetzen. So betonte die UMNO erneut seine Politik der Bevorzugung des malaiischen Volkes (anstatt einer Politik der Gleichberechtigung) und spielte zunehmend religiöse und rassistische Karten, um die Macht zu behalten. Diese Triebkraft der Verfolgung kann jedoch durchaus fortbestehen, da Premierminister Mahathir ursprünglich für die Entwicklung der gesamten Idee der Vorzugsbehandlung verantwortlich war. Wenn seine aktuelle Politik nicht schnell genug die Ergebnisse liefert, die die Wähler sehen wollen, kann die Diktatorische Paranoia wiederaufleben.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die Verfassung verbietet Malaien den Wechsel zu anderen Religionen und begrenzt die Verbreitung nichtmuslimischer Religionen. Regierungsbeamte streben daher danach, die islamischen Richtlinien zum Nachteil nichtmuslimischer Minderheiten aufrechtzuerhalten und wenn möglich auszubauen. Verschiedene muslimische NGOs sehen sich als „Meister und Verteidiger des Islam“, und ihnen war

die Unterstützung der ehemaligen Regierung sicher. Manchmal schüren sie mit ihren Aussagen und Handlungen ethnische Konflikte und religiöse Diskriminierung. Politische Parteien wie UMNO und PAS verteidigen und schützen den Islam. Es war zum Beispiel die PAS, die die Einführung des Hudud-Gesetzes in Kelantan vorschlug. Im Januar 2016 wurde PAS-Chef Hadi Awang zitiert, der behauptete, dass Christen Muslime mit Geld zur Konversion bewegen würden. Auf diese Weise werden Zwietracht und Hass gegen Christen gesät. UMNO und PAS nutzen die Religion, um die Unterstützung der Malaien zu gewinnen, und von den Oppositionsbänken aus jetzt noch mehr. Ob die neue Regierung Pakatan Harapan in der Lage und bereit ist, Veränderungen für ethnische und religiöse Minderheiten herbeizuführen, bleibt abzuwarten. Für Christen muslimischer Herkunft geht nach wie vor von Familienangehörigen die stärkste Verfolgung aus.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Während mehr als sechs Monaten des Berichtszeitraums war die Diktatorische Paranoia eine starke Triebkraft der Verfolgung, insbesondere im Bereich von Regierung und Verwaltung. Mit der neu gewählten Regierung kann sich dies langsam ändern. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die islamische PAS in einigen Staaten Malaysias eine Mehrheit hat, und obwohl die Administration jetzt einer neuen Regierung dient, bedeutet das nicht, dass die Behörden ihr Denken schnell ändern. Dies gilt insbesondere für die Verwaltungsbehörden für religiöse Angelegenheiten. Wie bereits erwähnt, ist die Diktatorische Paranoia schwächer geworden, aber ihre Ideologie und die durch sie motivierten Verfolger sind immer noch aktiv.

4. Hintergrund

Die malaysische Gesellschaft spaltet sich zunehmend ethnisch zwischen einer malaiischen Mehrheit (die von der Regierung klar bevorzugt wird) und den chinesischen und indischen Minderheiten (sowie der hauptsächlich im östlichen Teil Malaysias lebenden indigenen Stammesbevölkerung), die diskriminiert werden. Rassismus ist eine alltägliche Erfahrung für ethnische Minderheiten in Malaysia. In den letzten Jahren hatte die Regierung – die im Mai 2018 abgelöst wurde – zunehmend die rassistische und religiöse Karte gespielt, um an der Macht zu bleiben und die Unterstützung der Mehrheit von ethnischen Malaien zu gewinnen, die rund 60 % der Bevölkerung ausmachen. Die Kritik der Opposition wurde (fälschlich) als Bedrohung der malaiischen Dominanz oder sogar als Verschwörung dargestellt, den Islam aus Malaysia verdrängen zu wollen. Christen sind von dieser Spannung besonders betroffen, da die meisten Christen entweder indigenen Stammesgruppen angehören oder chinesischer oder indischer Herkunft sind.

Pastor Raymond Koh wurde am 13. Februar 2017 am helllichten Tag entführt, als sein Auto in Petaling Jaya von drei schwarzen SUVs angehalten und er an einen unbekannten Ort gebracht wurde. Dies löste Schockwellen unter den Christen und anderen Minderheiten aus, besonders nachdem sich herausgestellt hatte, dass ein Pastorenpaar, Joshua und Ruth Hilmy, bereits im November 2016 verschwunden war. Die Tatsache, dass die Polizei bei der Entführung von Pastor Koh immer noch keine greifbaren Fortschritte gemacht und mehr Interesse an Pastor Kohs angeblicher Beteiligung an missionarischen Aktivitäten gezeigt hat, zeigte den Christen, dass Regierung und Behörden wenig Interesse daran haben, die Wahrheit herauszufinden. Nicht nur Christen sind Ziel solcher Entführungen – auch ein zivilgesellschaftlicher Aktivist schiitischen Glaubens wurde entführt.

Der Korruptionsskandal (siehe nächster Absatz) war der letzte Anstoß, welcher der UMNO das Genick brach. Alle Bemühungen, den Skandal zu vertuschen und alle Ermittlungen einzustellen, trugen nicht

dazu bei, die Sorgen der Öffentlichkeit zu mildern, und Premierminister Razak wurde zunehmend als arrogant und rücksichtslos gegenüber den Bedürfnissen der Menschen angesehen. Die unter Spaltungen leidende Opposition gründete eine neue Partei und wurde in einer erdrutschartigen Abstimmung gewählt, wodurch die UMNO zum ersten Mal seit der Gründung Malaysias im Jahr 1957 aus der Regierung gedrängt wurde. Die Versöhnung zwischen dem langjährigen Premierminister Mahathir bin Mohamad (genannt Dr. M. und jetzt 93 Jahre alt) und dem ehemaligen stellvertretenden Premierminister Anwar Ibrahim hat den Oppositionskräften neue Hoffnung gegeben, und eine der ersten Entscheidungen der neuen Regierung war die Haftentlassung von Anwar Ibrahim. Er wird höchstwahrscheinlich der neue Premierminister werden, wenn er sich von seiner Zeit im Gefängnis erholt hat. In einem ersten Schritt wurde er in einem erdrutschartigen Sieg per Nachwahl in das Parlament gewählt, kündigte aber an, dass er vorerst nicht in die Regierung eintreten werde.

Der große Korruptionsskandal um den Entwicklungsfonds „1MDB“ hing seit Jahren wie ein Damoklesschwert über dem Kopf des Premierministers, zumal die internationalen Ermittlungen in der Schweiz und den USA noch nicht abgeschlossen sind. Nach den Wahlen 2018 wurden die Inlandsuntersuchungen sofort wieder aufgenommen und mehrere von Razak entlassene Staatsbeamte wiedereingesetzt. Bei Durchsuchungen zur Sicherung von Beweisen wurden auf verschiedenen Grundstücken von Razak Waren und Barmittel im Wert von rund 273 Mio. US-Dollar gefunden. Im Zuge der weiteren internationalen Ermittlungen werden immer mehr Details bekannt, und die US-amerikanischen Behörden haben mehrere Personen angeklagt, darunter einen ehemaligen hochrangigen Angestellten der Investmentbank Goldman Sachs.

Malaysia verfolgt eine Politik der Bevorzugung bestimmter ethnischer Gruppen, bei der Bumiputra (die „Söhne des Bodens“ – also malaiische und indigene Bürger) staatliche Leistungen erhalten, wenn es um Wohnungen, Schulen und andere staatliche Maßnahmen geht. Während theoretisch auch die (christliche) indigene Bevölkerung in Ostmalaysia von dieser Politik profitieren sollte, ist dies in der Praxis selten der Fall. Wie ein Christ es ausdrückte: „Wir sind die Bumi (= Erde), sie sind die Putra (= Söhne oder Prinzen)“.

5. Betroffene Christen

Um das Christentum in Malaysia besser zu verstehen, ist an dieser Stelle eine zusätzliche Erklärung erforderlich. Im Fall von Malaysia kann es hilfreich sein, nach geografischer Verteilung und Herkunft zu unterscheiden. Die Mehrheit der Christen kommt aus einem Bumiputra-Hintergrund, was wörtlich übersetzt „Söhne des Bodens“ bedeutet und womit gemeint ist, dass sie zum Land gehören und von den Ureinwohnern abstammen. Aus Sicht der Regierung kommen die Bumiputra für die Förderpolitik in Form von vergünstigten Häusern, Stipendien usw. infrage, aber in der Praxis gilt dies nur, solange sie keine Christen sind. Wenn sie Christen werden, werden ihnen ihre Privilegien schnell entzogen. Nicht-Bumiputra-Christen kommen hauptsächlich aus den ethnischen Minderheiten der Chinesen und Inder und gehören zu einer Vielzahl verschiedener Konfessionen, deren Gemeinden von kleinen Hauskirchen bis hin zu Megakirchen reichen. Schließlich ist auch die geografische Verteilung wichtig. Die meisten Bumiputra-Christen leben in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak; letzterer hat immer noch eine relative christliche Bevölkerungsmehrheit. Diese Staaten bilden Ostmalaysia und befinden sich auf der Insel Borneo (die mit Brunei und Indonesien geteilt wird). Um diese Lage noch komplexer zu machen: Viele Bumiputra wandern aus Bildungsgründen oder wirtschaftlichen Gründen nach Westmalaysia ab, wo es für sie besonders schwer ist, ihrem christlichen Glauben treu zu bleiben. Christen mit muslimisch-malaiischem Hintergrund vervollständigen das Bild der malaysischen Kirche.

Diese Christen sind einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt, da sie nicht nur ihren Glauben verlassen haben, sondern diese Entscheidung auch als ein Handeln gegen ihre eigene Ethnie und Nation angesehen wird.

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt viele Nationalitäten, die ihre eigenen christlichen Gemeinden haben und sich selbst tragen. Sie kämpfen manchmal um einen rechtlichen Status, sind aber grundsätzlich frei, ihren Glauben zu leben, solange sie innerhalb ihrer Mauern bleiben. Nepalesische und vietnamesische Christen schließen sich in den meisten Fällen den traditionellen Kirchen an.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele sind römisch-katholische, anglikanische, methodistische oder lutherische Kirchen und die evangelische Kirche in Sabah. Diese sind weniger von Verfolgung betroffen als protestantische Freikirchen oder Christen muslimischer Herkunft, aber beide erleiden Diskriminierung.

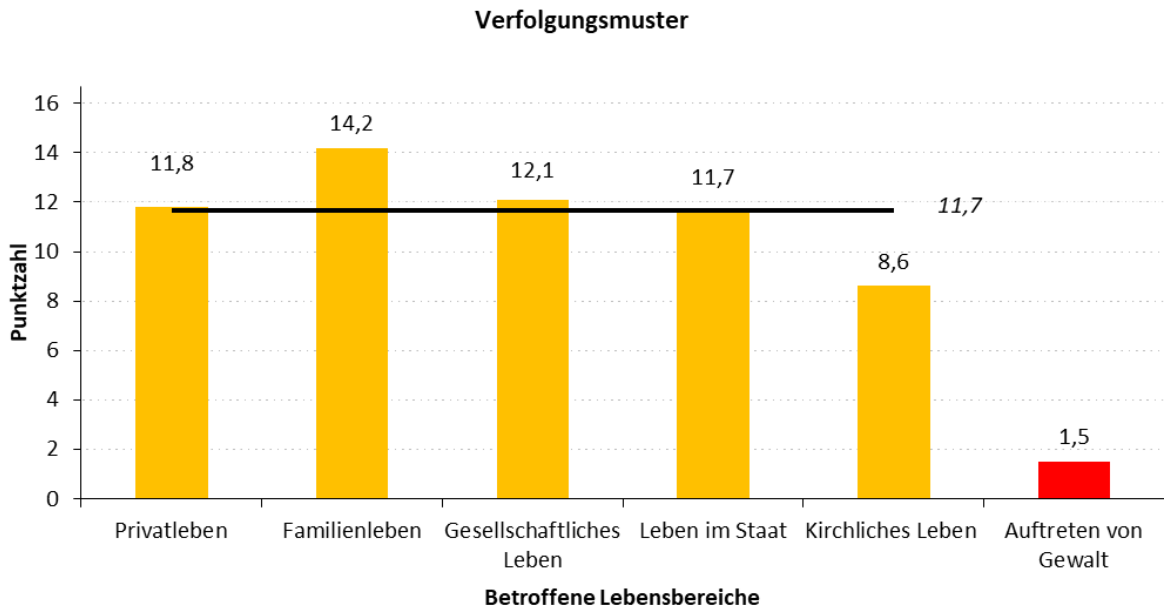
Christen muslimischer Herkunft

Christen muslimischer Herkunft leiden am meisten unter Verfolgung, nämlich durch Familie, Freunde, Nachbarn und Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Beispiele sind evangelikale, baptistische und pfingstlerische Gemeinden, Assemblies of God, die Heilsarmee, Sabah Injil Borneo und andere. Sie leiden oft unter Überwachung, Diskriminierung, Einschüchterung und Belästigung.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malaysia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt nahm der Druck auf die Christen in Malaysia in allen Lebensbereichen ab, so dass die Punktzahl für den durchschnittlichen Druck von 12,3 beim Weltverfolgungsindex 2018 auf 11,7 beim WVI 2019 zurückging.
- Der Druck ist extrem und am stärksten im Bereich „Familienleben"; im gesellschaftlichen Leben, Leben im Staat sowie im Privatleben ist er sehr hoch. Der Druck im Bereich „Leben im Staat" wurde von der Wertung für den Bereich „Privatleben" knapp überholt, was die Tatsache widerspiegelt, dass im Mai 2018 eine Regierung mit geringer ausgeprägter Diktatorischer Paranoia die Macht übernahm. Der Druck im Familienleben, gesellschaftlichen Leben und Privatleben verdeutlicht die Probleme der Konvertiten aus dem Islam und anderen Religionen, die auch von der Islamisierungspolitik des Landes ausgehen. Der Druck, der von der Triebkraft Islamische Unterdrückung ausgeht, ist in allen Bereichen vorhanden. Konservative islamische Gruppen und Parteien sind in Malaysia nach wie vor stark.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen hat sich von 3,9 beim Weltverfolgungsindex 2018 auf 1,5 für den WVI 2019 mehr als halbiert. Abgesehen von der Entführung einiger Christen in den letzten Jahren war die Verfolgung in Malaysia selten gewalttätig.

Privatleben

Nach dem Gesetz dürfen sich malaiische Muslime in keinem Staat außer in Sarawak vom Islam abwenden, um einen anderen Glauben anzunehmen. Die Panmalaysische Islamische Partei (PAS) will, dass Abtrünnige mit dem Tod bestraft werden, war aber bisher bei ihren Bemühungen nicht erfolgreich. Christen muslimischer Herkunft können keine öffentlichen kirchlichen Veranstaltungen besuchen. Tun sie es doch, laufen sie Gefahr, von den Behörden erwischt zu werden, und die besuchte Kirche wird mit ernsthaften Konsequenzen rechnen müssen, da sie diese Menschen willkommen geheißen hat. Deshalb versammeln sich Christen muslimischer Herkunft für all ihre christlichen Aktivitäten heimlich in Wohnungen, fernab von den neugierigen Blicken von Regierung, Gesellschaft und den registrierten Kirchen. Folglich müssen sie sehr vorsichtig in der Art und Weise sein, wie sie Gottesdienst feiern, besonders wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Schriften müssen sorgfältig versteckt werden und können nur mit großer Vorsicht verwendet werden, da gläubige muslimische Familien dies nicht tolerieren. Da ehemalige Muslime, die Jesus Christus nachfolgen, als Abtrünnige gelten, ist es für sie sehr riskant, ihren Glauben zu offenbaren, da sie bestraft werden oder in ein islamisches Läuterungszentrum geschickt werden können, wo sie unter Druck gesetzt werden, zum Islam zurückzukehren. Es ist bekannt, dass Christen muslimischer Herkunft von einem Tag auf den anderen verschwinden, ohne dass jemand ihren Aufenthaltsort kennt. Nach einer Richtlinie der Fatwa-Abteilung dürfen Weihnachtsbäume und andere Dekorationen, die als Symbol für Weihnachten gelten, nicht verwendet werden, wenn ein Muslim plant, an einer Weihnachtsveranstaltung teilzunehmen. Sie verbietet Muslimen auch, an Weihnachtsfeiern teilzunehmen, die religiöse Lieder oder die Verwendung des Kreuzes oder „Sprache oder Gesten in Form eines Lobes für die nichtmuslimische Religion" enthalten. Es wurde jedoch nicht erwähnt, welche Folgen eine Nichtbeachtung der Vorschriften haben würde.

Familienleben

Nach dem Gesetz werden Kinder von Paaren mit einem muslimischen Elternteil (entweder durch Geburt oder Konversion) automatisch als Muslime registriert. Es gab in Sabah viele solcher Fälle unter indigenen Christen. Als Bumiputras haben die meisten von ihnen das Wort „bin“ oder „binti“ in ihrem Namen, was die Beamten dazu veranlasst, zu glauben, sie seien Muslime, und so tragen sie den Islam als Religionszugehörigkeit in die MyKads (Ausweispapiere) ein. Dies war eines der Hauptprobleme, mit denen Bumiputra-Christen konfrontiert waren, aber einige von ihnen entschieden sich, nicht darüber zu „streiten“, da der Prozess lang und mühsam ist und es nur sehr wenige positive Ergebnisse gegeben hat. Jeder Malaysier hat einen Personalausweis und seine Religion wird von der bundesstaatlichen Registrierungsstelle auf dieser Karte vermerkt. Ist ein Bürger einmal als Muslim registriert, kann dies nur nach langen Gerichtsverfahren geändert werden – ohne große Erfolgsaussichten. In einem richtungsweisenden Urteil vom Januar 2018 erklärte das Bundesgericht, dass für den Glaubenswechsel eines Minderjährigen die Zustimmung beider Elternteile erforderlich sei, so dass der einseitige Glaubenswechsel von Kindern nicht mehr zulässig sei (Fall Indira Gandhi). Diese Entscheidung wurde im Oktober 2018 in einem weiteren Fall bekräftigt und erhöht den Druck auf die neue Regierung, Gesetzeslücken trotz des Drucks islamisch-extremistischer Gruppen und Parteien zu schließen.

Malaysia scheint das einzige Land der Welt zu sein, in dem ein Glaubenswechsel auch die ethnische Zugehörigkeit verändert. Es gibt Berichte über Fälle, in denen Kinder von konvertierten Einheimischen plötzlich „bekannten“, muslimische Malaien zu sein, obwohl ihre tatsächliche Ethnie Iban ist. Auf die Frage, warum, antworteten sie: „Weil unsere (muslimischen) Lehrer es uns gesagt haben!“ Die Meldebehörde stellt auch Sterbeurkunden aus. Wenn Aufzeichnungen zeigen, dass die verstorbene Person als Muslim registriert wurde, werden die Behörden die islamische Religionsbehörde informieren. Wenn die Bestattungsrituale nicht gemäß dem Islam gefeiert werden, hat diese islamische Behörde das Recht, der nichtmuslimischen Familie den Leichnam wegzunehmen, damit islamische Riten für den Verstorbenen durchgeführt werden können.

Christen mit muslimischem Hintergrund können auch zur Scheidung gezwungen werden (wenn sie verheiratet sind) und ihre Erbrechte verlieren, sollten sie entdeckt werden. Die Durchführung einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder eines Begräbnisses kann schwierig oder sogar unmöglich werden. Christen muslimischer Herkunft können von ihren Familien isoliert, aus dem Haus der Familie vertrieben oder sogar in islamische Läuterungslager (Umerziehungslager) geschickt werden, obwohl dies selten vorkommt. Kinder von Christen muslimischer Herkunft müssen an Schulen islamischen Unterricht besuchen, und es gibt Berichte, dass christliche Kinder unter Druck gesetzt werden, zum Islam zu konvertieren. Manchmal müssen Eltern, die zum christlichen Glauben übergetreten sind, ihr Kind von der Schule nehmen, da es unbeabsichtigt über den Glauben seiner Eltern sprechen könnte.

Einige Christen aus indigenen Volksstämmen, besonders in Sabah, werden durch Tricks dazu gebracht, zum Islam zu konvertieren. Um finanzielle Hilfe von der Regierung anzunehmen, reichten einige von ihnen ihren Personalausweis ein und unterschrieben ein Formular, ohne zu wissen, dass es sich um eine Erklärung zur Konversion zum Islam handelt. Als sie ihren Ausweis wieder zurückbekommen hatten, stellten sie fest, dass ihre Religion zum Islam geändert wurde. Als sie versuchten, dies rückgängig zu machen, wurde ihnen von der bundesstaatlichen Registrierungsstelle mitgeteilt, dass ihr religiöser Status nur geändert werden könne, wenn die Scharia-Gerichte ihre Zustimmung erteilten, was unmöglich zu erreichen ist.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden von staatlichen Behörden sowie von lokalen muslimischen Gemeinschaften und Vereinigungen zur Wahrung malaiischer und islamischer Rechte (z. B. Perkasa und ISMA) überwacht. In abgelegenen Gebieten in Sabah und Sarawak haben malaiische Gemeinden Zugang zu Wasser und Strom, aber einigen bekannten christlichen einheimischen Gemeinschaften wird dieser Zugang verweigert. Um sich für eine Hochschulausbildung und Stipendien zu qualifizieren, müssen Christen aufgrund der Politik der Bevorzugung von Malaien weitaus höhere Hürden überwinden als Muslime. Ein weiterer Teil dieser Politik ist, dass ethnische Malaien einen Preisnachlass von 10 % erhalten, wenn sie Immobilien kaufen, während andere den vollen Preis zahlen müssen. Dies kann als indirekte Dschizya-Steuer angesehen werden, soweit chinesische und indische Christen betroffen sind, da sie keinen Anspruch auf solche Leistungen haben. Muslime sind von bestimmten Steuern befreit, weil sie den Zakat (nach islamischem Recht erforderliches Almosen) und eine reduzierte Einkommensteuer zahlen, während andere die volle Einkommensteuer zahlen. Was private Unternehmen (z. B. im Besitz chinesischer Christen) betrifft, so ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die Eigentümer Bumiputra-Partner haben müssen, um staatliche Aufträge zu erhalten. Um das zu umgehen, haben einige Unternehmen „Bumiputra-Partner“ nur auf dem Papier. Christen muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck von Familie, Freunden und Nachbarn, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Christen erleben Diskriminierung auch in ihrem Geschäftsleben und werden keine höheren Positionen im Staatsdienst erreichen. Für Nichtmalaien ist der Zugang zu einer Reihe von Universitäten eingeschränkt. In einem Presseartikel vom Februar 2018 unterstützte nur ein einziger Student der UiTM (eine staatliche Universität, die Bumiputras vorbehalten ist) in einer Umfrage offen die Idee, die Universitäten für Nicht-Bumiputras zu öffnen. Er äußerte die Meinung, dass auch Nicht-Bumiputras ein Recht auf Bildung hätten, wurde aber von seinen Klassenkameraden mit wütenden und rassistischen Bemerkungen konfrontiert. Der Leiter der Klasse sagte sogar: „Glauben Sie, dass Sie hier wären, wenn die UiTM seine Türen für Nicht-Bumiputras öffnete? Wenn die Inder und Chinesen in die UiTM einsteigen, werdet ihr euer Studium nie abschließen können.“

Leben im Staat

Die Verfassung definiert ethnische Malaien als Muslime. Deshalb haben die Malaien nicht die Freiheit, den Islam zu verlassen und eine andere Religion anzunehmen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 entschied das Bundesgericht, dass die Zuständigkeit für die Rechtmäßigkeit einer Konversion bei den Schariagerichten und nicht bei den Zivilgerichten liegt, so dass Konvertiten zum christlichen Glauben vorerst keine rechtliche Unterstützung haben. Die Verfassung verbietet es auch Anhängern anderer Religionen, ihre Religion unter malaiischen Muslimen zu verbreiten. Demgegenüber ist es Muslimen gestattet, den Islam im ganzen Land zu verbreiten. Darüber hinaus gilt die Scharia in Verbindung mit dem Zivilrecht, und das vorgeschlagene Hudud-Gesetz, das eine islamische Prügelstrafe im Bundesstaat Kelantan vorsieht, steht im Parlament noch aus. Auf Websites malaiischer islamischer Rechtsverbände und in staatlichen Medien werden Christen häufig verleumdet, indem beispielsweise Gerüchte verbreitet werden, dass Christen und Juden Malaysia übernehmen wollten. „Christliche Missionare“ werden beschuldigt, soziale Unruhen geschürt zu haben, und der prominenten christlichen Politikerin Hannah Yeoh wurde öffentlich vorgeworfen, bei Wahlen für das Christentum gekämpft zu haben. Der ehemalige Minister für die Bundesgebiete, Tengku Adnan Tengku Mansor, forderte die Kirchen auf, in ihren Predigten keine Unwahrheiten zu verkünden. Er behauptete auch, dass Christen ein „Kastensystem“ praktizieren würden, in dem der Geistliche als heilig angesehen wird.

Die harten Gesetze des Landes gegen Volksverhetzung („sedition laws“) haben bei internationalen Beobachtern heftige Kritik ausgelöst. Obwohl das Gesetz jede Handlung, Rede oder Veröffentlichung verbietet, die Verachtung gegenüber der Regierung oder den neun königlichen Sultanen Malaysias hervorruft, und es Menschen verbietet, Hass zwischen verschiedenen Rassen und Religionen zu schüren, wird es einseitig umgesetzt. Diejenigen, die Hass anstiften und rassistische und religiöse Stimmung gegen Christen schüren, werden niemals wegen Aufruhr angeklagt. Die Frage nach der besonderen Stellung der Mehrheit der ethnischen Malaien und der Einheimischen von Sabah und Sarawak fällt ebenfalls unter Volksaufruhr. Diejenigen, die sich gegen die Regierung ausgesprochen haben, mussten meist auch mit Anklagen wegen Aufruhr rechnen. Die neue Regierung versuchte, diese Gesetze aufzuheben, wurde aber von der Opposition gestoppt, die immer noch die Mehrheit in der zweiten Kammer des Parlaments hält. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die neue Regierung das Gesetz nicht strikt umsetzen wird. Indigene Völker werden mit aggressiven Mitteln zur Annahme des Islam gedrängt, insbesondere diejenigen, die nach Westmalaysia abwandern, da es leicht ist, ihre soziale Entwurzelung und ihre wirtschaftliche Verwundbarkeit zu nutzen. Langfristig könnte die christliche Bevölkerung dadurch schrumpfen, insbesondere in Ostmalaysia.

In einem weiteren überraschenden Schritt berief die neue Regierung Nicht-Malaien und Nichtmuslime in das Amt des Justizministers, des Generalstaatsanwalts und ins Oberste Gericht. Dies hat zu Vorwürfen geführt, dass die muslimische Sache verloren gehe und Malaysia nun „christianisiert“ werde. Ein Mitglied der Opposition behauptete sogar, dass Premierminister Mahathir „in den Händen der christlichen DAP“ sei. Die neue Regierung setzte ein weiteres Zeichen für Reformen und kündigte im Oktober 2018 an, internationale Menschenrechtskonventionen zu ratifizieren und damit verbindlich zu machen.

Kirchliches Leben

Die meisten protestantischen Freikirchen sind nicht als Kirchen registriert, sondern sind formell Vereine oder Begegnungsstätten. Sie kaufen Geschäfte oder Fabrikgebäude, in denen die Gemeindearbeit stattfindet. Während die meisten Kirchen überwacht werden, gibt es für sie keine Einschränkungen bei ihren Versammlungen. Eine offene Integration von Christen muslimischer Herkunft ist jedoch unmöglich. Der Druck von christlichen Schriften bedarf der Genehmigung durch die Regierung. Die Einfuhr von Schriften in malaiischer Sprache wird eingeschränkt, und die Bibel und christlich-malaiische Bücher aus Indonesien sind verboten. Im Jahr 2015 hat die Regierung eine SOP (Standard Operating Procedure) herausgegeben, nach der alle importierten christlichen Publikationen (einschließlich der malaiischen Bibel) von der Koran-Abteilung des Innenministeriums kontrolliert werden sollen. Trotz der Einwände von Kirchenführern führte die Regierung die Umsetzung fort. Darüber hinaus ist den Christen die Verwendung des Wortes „Allah“ praktisch verboten, nachdem das Oberste Gericht in einem Urteil gegen eine katholische Zeitung die christliche Verwendung des Begriffs „Allah“ für Gott verboten hat (ungeachtet der Tatsache, dass dieser Begriff seit Hunderten von Jahren in Bibeln und anderen christlichen Publikationen verwendet wird und ohne Probleme auch in der indonesischen Bibel verwendet wird). Ein Antrag, der während der Jill-Ireland-Verhandlung im November 2017 gestellt wurde, forderte das (islamische) Sprachinstitut des Landes auf, eine neue Bibelübersetzung ohne das Wort „Allah“ herauszugeben. Es zeigte auch die Denkweise der islamischen Behörden, als sie vorschlugen, die staatlichen Behörden damit zu beauftragen, die Übersetzung der Bibel zu übernehmen – und nicht die Christen. Ein weiterer „Allah-Fall“, der von der Kirche in Sabah eingebracht wurde, ist vor Gericht noch ausstehend.

Auftreten von Gewalt

Der Wert für Gewalt ist niedrig und schließt die laufenden Fälle von Entführung ein. Pastor Joshua Hilmy und seine Frau Ruth werden seit mehr als zwei Jahren vermisst, nachdem sie aus ihrem Haus im Bundesstaat Selangor verschwunden sind. Pastor Raymond Koh wurde auf einer belebten Straße in Petaling Jaya entführt und wird seit Februar 2017 vermisst. Sein Aufenthaltsort ist noch unbekannt, und es wird eine Beteiligung der Regierung vermutet.

Beispiele finden Sie unter „Zusammenfassung".

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Wenn eine Frau oder ein Mädchen anfängt, Jesus Christus nachzufolgen, und die Familie oder das soziale Umfeld davon erfahren, wird sie in der Regel mit Vergewaltigung bedroht und/oder zur Ehe mit einem Muslim gezwungen. Für Muslime beträgt das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung in den islamischen Familiengesetzen 18 Jahre für einen Mann und 16 Jahre für eine Frau, aber auch Personen unterhalb dieser Altersgrenze können heiraten, wenn sie die Zustimmung eines Scharia-Richters einholen. So ist es möglich, dass Kinder in Malaysia heiraten können, wenn ein Scharia-Richter die Erlaubnis dazu erteilt. Dieses Gesetz macht Frauen/Kinder, die sich zu Jesus Christus bekehren, verwundbarer. Im Berichtszeitraum des WVI 2019 führte der Fall eines elfjährigen thailändischen Mädchens (keine Christin), das mit einem 41-jährigen malaysischen Mann verheiratet war, zu einem öffentlichen Aufschrei. Dies verdeutlicht, dass Eheschließungen Minderjähriger noch immer in beträchtlicher Zahl stattfinden, auch wenn Änderungen zur Anhebung des Heiratsalters auf 18 Jahre im Gange sind – doch auch nach einer möglichen Änderung gibt es immer noch Sonderbestimmungen in diesem Gesetz, die den Scharia-Gerichten ein eigenes Ermessen einräumen.

In einem CEDAW-Bericht von zivilgesellschaftlichen Organisationen vom Februar 2018 heißt es: „Muslimische Frauen haben heute weitaus weniger Rechte bei Ehe, Scheidung, Vormundschaft für ihre Kinder und Erbschaft als nichtmuslimische Frauen." In dem Bericht heißt es auch: „Andere Bereiche der schwerwiegenden Diskriminierung von Frauen nach dem islamischen Familienrecht sind Scheidung, Polygamie und Kinderehe." Dieses Gesetz kann zu Jesus Christus bekehrte Frauen/Kinder angreifbarer machen; wenn ihr christlicher Glaube entdeckt wird, können sie zur Ehe mit einem Muslim gezwungen werden.

8. Verfolgung anderer religiöser Minderheiten

Die muslimische Minderheit der Schiiten wird auch in Malaysia schwer verfolgt, wie die Entführung eines ihrer Aktivisten (im April 2017) zeigt. Hindus, Anhänger traditioneller chinesischer Religionen und Buddhisten sind ebenfalls von der Vorzugsbehandlung der Regierung gegenüber ethnischen Malaien betroffen.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die neue Regierung steht vor Herausforderungen an mehreren Fronten, und ihre größte Aufgabe wird es wohl sein, die wirtschaftlichen Erwartungen trotz eines begrenzten Budgets zu erfüllen. Da die neue Regierung mehr Nichtmuslime (einschließlich Christen) als je zuvor in ihre Reihen berufen hat, könnten

diese in schwierigen Zeiten als Sündenböcke dienen. UMNO und PAS, beide jetzt in der Opposition, werden alles, was sie als Bedrohung für den Islam oder die vorherrschende Position der Malaien wahrnehmen, verurteilen. Schließlich bleibt abzuwarten, ob, wann und wie reibungslos der Machtwechsel von Dr. M. zu Anwar Ibrahim erfolgen wird und in welche Richtung die neue Regierung steuert.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Die anhaltende Geschichte der Einführung des Scharia-Rechts im Bundesstaat Kelantan zeigt, dass der von der UMNO eingeschlagene Weg gescheitert ist. Die UMNO warb um konservative Muslime, überbrückte die Kluft zur konservativen muslimischen PAS und versuchte, die bereits große ethnische und religiöse Kluft auszunutzen, unter der das Land leidet. Bei den Wahlen 2018 wurde die UMNO abgewählt und PAS erzielte nur moderate Gewinne. Dennoch bedeutet die Niederlage der UMNO nicht, dass konservative islamische Parteien für immer aus dem Spiel sind. Das Spannungsfeld, in dem sich die neue Regierung bewegt, wird durch die folgenden Punkte deutlich: Auf der 73. UN-Generalversammlung im Oktober 2018 verpflichtete sich der Premierminister, „alle verbleibenden grundlegenden UN-Verträge im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte zu ratifizieren“. Dies ist das erste Mal, dass ein „Versprechen“ bezüglich der Verpflichtung Malaysias zur Unterzeichnung internationaler Menschenrechtsabkommen gegeben wurde, zu denen unter anderem das Abkommen über bürgerliche und politische Rechte gehören würde. Konservative muslimische Politiker erinnerten die Regierung jedoch an den Artikel 153 der Bundesverfassung, der einer ethnischen Gruppe (nämlich den Malaien und den Bumiputra) den Vorzug gibt, was im Widerspruch zu Artikel 2 der UN-Konvention stehen könnte, welche volle und gleiche Rechte und Freiheiten fordert. In einem ersten Rückschritt kündigte die Regierung am 23. November 2018 an, dass sie das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung von Rassendiskriminierung nicht ratifizieren werde – mit den Worten: „Die Regierung wird die Bundesverfassung mit dem Sozialvertrag, der von Vertretern aller Rassen bei der Gründung dieses Landes vereinbart wurde, weiterhin verteidigen.“

Ein Wandel hin zu einer rigoroseren und politischeren Praxis des Islam vollzieht sich mit einem Zustrom von extremistisch-islamischen Gelehrten, die aus Ägypten und Saudi-Arabien zurückkehren. Viele dieser malaysischen Gelehrten haben sich der alten Regierung als Mitglieder des „Ministeriums für die Islamische Fortentwicklung Malaysias“ angeschlossen, um in Moscheen zu predigen und den Islam zu verbreiten. Die Islamisierung der einheimischen Christen aus Sabah und Sarawak (Ostmalaysia) erfolgt in rasantem Tempo. Sarawak genießt noch immer ein höheres Maß an Religionsfreiheit als Westmalaysia (es ist der einzige Ort, an dem der Islam nicht Staatsreligion ist). Aber sobald sich die demografischen Verhältnisse dem Islam zuneigen, werden zweifellos mehr islamische Gesetze erlassen. Es gibt Berichte aus abgelegenen Gebieten, in denen ungebildete indigene Menschen in Sabah und Sarawak „unter Drogen gesetzt“ oder Menschen betrunken gemacht und gezwungen werden, Dokumente zu unterschreiben, durch die sie Muslime werden. Ob sich diese Praxis bald ändern wird, muss sich erst zeigen. Der malaysische Führer der Gruppierung Islamischer Staat (IS) in Syrien wurde im April 2017 durch einen Drohnenangriff getötet, wodurch die Rekrutierungsbemühungen des IS gebremst wurden. Die militante Gruppe führte im Juni 2016 einen ersten Angriff in Malaysia durch, indem sie eine Granate in Selangor zündete und acht Menschen verletzte. Es gibt jedoch Dutzende und vielleicht Hunderte von anderen Verdächtigen mit Verbindungen zum IS. Die Tatsache, dass es in den benachbarten Philippinen IS-nahen Gruppen gelang, im Mai 2017 die Stadt Marawi zu erobern, sandte Schockwellen durch die Region und setzte alle

Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft. Einer der Führer des Aufstands, der bei den Kämpfen getötet wurde, war malaysischer Staatsbürger. Malaysia startete gemeinsame Seepatrouillen mit Indonesien und den Philippinen, um Aktivitäten militanter Islamisten in der Sulu-See entgegenzuwirken, aber die Bedrohung wächst und es muss mehr getan werden. Folglich wird die Situation in Malaysia unbeständig bleiben, da die Haupttriebkraft der Verfolgung, Islamische Unterdrückung, weiterhin besteht, was zu anhaltenden Problemen und Bedrohungen für die christliche Minderheit führt.

Mit Hinblick auf Diktatorischer Paranoia: Obwohl im Mai 2018 eine teilweise völlig neue Koalition von Parteien die Regierung übernommen hat, gibt es auch viele alte Gesichter. Dr. M. selbst, aber auch Anwar Ibrahim, haben nachweislich Eigenschaften, die gut in die Definition von Diktatorischer Paranoia passen. Die ersten Signale, die die Regierung sendet, sind positiv und daher kann man hoffen, dass die Zeit des Festhaltens an Macht um jeden Preis vorbei ist. Dies wird sich jedoch erst langfristig zeigen. Minderheiten werden die Ankündigungen und Gesetzgebungen der neuen Regierung, insbesondere deren Umsetzung, aufmerksam verfolgen.

Schlussfolgerung

2018 wird immer als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem die Wähler in Malaysia ihre Macht entdeckten. Es gibt jedoch mindestens drei Gründe, warum sich für die christliche Minderheit mit der neuen Regierung wenig ändern wird: Erstens, obwohl er die radikalen PAS-Politiker (die sich bemüht haben, das Scharia-Gesetz im Staat Kelantan einzuführen) als Taliban bezeichnet und sich ihnen widersetzt, war Mahathir selbst für die Einführung der Vorzugsbehandlung von Malaien verantwortlich und er wird sie auch nicht ändern. Zweitens hat er angekündigt, dass er den wirtschaftlichen Einfluss Chinas begrenzen will, was wahrscheinlich auch die christliche Bevölkerung betreffen wird. Drittens beabsichtigt er, eine Kommission zur Untersuchung des großen Korruptionsfalls von 1MDB einzusetzen, hat aber nicht die Wiederaufnahme von Regierungsermittlungen im Fall der Entführung von Pastor Raymond Koh (und anderen) erwähnt, insbesondere was die angebliche Komplizenschaft von staatlichen Sicherheitsbehörden betrifft.

Eine weitere Herausforderung für die Zukunft könnte von einer neu organisierten UMNO ausgehen, die in Zukunft möglicherweise auf eine eher religiöse Rhetorik zurückgreifen wird. Ein Vorgeschmack darauf zeigte sich bereits, als ein Mitglied der Opposition Premierminister Mahathir beschuldigte, „in den Händen des christlichen DAP“ zu sein. Dass der neue Justizminister, der neue Generalstaatsanwalt und der neue Richter am Obersten Gerichtshof alle Nichtmalaien und Nichtmuslime sind, hat zu der Behauptung geführt, dass die muslimische Sache verloren gehe und Malaysia nun „christianisiert“ würde. Natürlich ist das keineswegs wahr, aber es ist wahrscheinlich, dass das Land mehr von dieser Rhetorik hören wird. Interessanterweise hat Wan Salim Wan Mohd Noor, der Mufti des Staates Penang, gesagt, dass der Islam die Ernennung von Nichtmuslimen in Ministerien oder Justizbehörden nicht verbietet, was von extremistischeren Muslimen entschieden abgelehnt wird. Im Juli 2018, nur zwei Monate nach den Wahlen und zu einer Zeit, als sich die neue Regierung noch etablierte, behauptete ein Bündnis von mehr als 300 NGOs, dass sich die malaysische Mehrheit bereits ausgegrenzt vorkomme. Dies zeigt die Richtung, in die sich die Opposition nun zu bewegen scheint. Es ist zu erwarten, mehr solcher Behauptungen sowie ethnisch und religiös polarisierende Reden zu hören.

Aber Beobachter sehen nicht nur Probleme in der Opposition. Alle aktuellen positiven Signale und Entwicklungen in der Regierungskoalition müssen kritisch betrachtet werden. Malaysia hat in der Tat eine historische Chance, das Land neu aufzubauen und zu einer wirklich solidarischen Gesellschaft zum Wohle aller Bürger zu machen, unabhängig davon, welchen ethnischen oder religiösen Minderheiten oder Mehrheiten sie angehören. Der wahrscheinliche neue Premierminister Anwar Ibrahim, der durch Nachwahlen in einer erdrutschartigen Abstimmung im Oktober 2018 (nach seiner Haftentlassung erst im Frühjahr 2018) wieder auf die politische Bühne kam, ist jedoch ein Politiker mit vielen Facetten. Dies hat die Beobachter dazu veranlasst zu fragen: „Ist er echt?“ Als er früher ein wichtiger Minister war, förderte Ibrahim Aktionen gegen alle Arten von Minderheiten und unterstützte stets die Politik der Vorzugsbehandlung. So könnte sich die Welle des Optimismus und der Hoffnung auf Veränderung nach dem Wahlergebnis vom Mai 2018 als verfrüht erweisen. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass die islamisch-konservative PAS in mehreren Staaten regiert und nicht wirklich geschwächt wurde. Christen und andere Minderheiten scheinen somit in eine unbeständige Zukunft zu blicken.

zurück zur Länderübersicht

Kuwait: Platz 43

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Der Islam ist Staatsreligion und die Scharia eine wichtige Quelle der Rechtsprechung. Die Regierung schreibt für alle Schüler die Teilnahme am islamischen Religionsunterricht vor, sowohl in staatlichen als auch in privaten Schulen. Christlicher Unterricht ist in öffentlichen Sekundarschulen verboten – auch für rechtlich anerkannte christliche Gruppen. Viele Kuwaitis sind für den "Islamischen Staat" (IS) im Ausland in den Kampf gezogen.

Diktatorische Paranoia: Die sunnitische Herrscherfamilie diktiert alle Bereiche des täglichen Lebens. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Islamische Traditionen, Normen und Werte, die sich in einem Stammeskontext herausgebildet haben, gelten auch für Christen, beispielsweise die Familienehre. Das betrifft im besonderen Christen mit einem muslimischen Hintergrund (Konvertiten).

Von wem geht die Verfolgung aus?

Christen erleben Verfolgung auf allen Ebenen der Gesellschaft: Die Regierung, das soziale Umfeld und besonders die eigene Familie können für Christen gefährlich sein, insbesondere für Christen muslimischer Herkunft. Die Gesellschaft Kuwaits ist konservativen islamischen Werten verpflichtet. Diese werden von ihr willig befolgt, aber auch durchgesetzt, sowohl von der Bevölkerung, islamisch-extremistischen Gruppen als auch von der Regierung, die sich den Forderungen der Extremisten beugt, so lange ihr Machtstatus nicht bedroht ist.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten haben relative Freiheit, sich zu Gottesdiensten zu versammeln. Allerdings sind die vorhandenen Räumlichkeiten, die als Orte für gottesdienstliche Versammlungen registriert sind, im Verhältnis zur Anzahl der Gottesdienstbesucher sehr klein. Laut einer anonymen Quelle kommt es sogar zu Konflikten zwischen verschiedenen christlichen Gruppen über die Nutzung der überfrequentierten Kirchengebäude. Es ist äußerst schwierig, Räumlichkeiten für eine christliche Versammlung zu erhalten.

Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da sie sowohl von Familienmitgliedern als auch vom weiteren sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihrem christlichen Glauben abzusagen. Sie stehen in der Gefahr, diskriminiert, belästigt, von der Polizei überwacht und von Bürgerwehren auf verschiedene Arten eingeschüchtert zu werden. Eine Abkehr vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Belangen des persönlichen Standes und Besitzes. Dennoch gibt es sehr selten Berichte, dass Christen wegen ihres Glaubens verhaftet, verletzt oder getötet wurden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Mehrere Christen mussten innerhalb des Landes umziehen, weil sie von der Gesellschaft unter Druck gesetzt worden waren.
- Missbrauch ausländischer (weiblicher) Hausangestellter ist ein weitverbreitetes Phänomen. Der Fall eines philippinischen Hausmädchens, das im Februar 2018 tot in einer Gefriertruhe aufgefunden wurden, ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Angesichts der hohen Anzahl von Christen unter den Arbeitsmigranten, ist davon auszugehen, dass die zahlreichen Fälle von sexuellem Missbrauch bei Hausangestellten nicht nur mit ihrem ethnischen Hintergrund, sondern auch mit ihrem Glauben zu tun haben. Mit anderen Worten: Es ist wahrscheinlich, dass ihr christlicher Glaube (sie gelten als Ungläubige) zu ihrer Gefährdung beiträgt.
- Die Regierung verlangt islamischen Religionsunterricht für alle Schüler in staatlichen und privaten Schulen. Christlicher Unterricht ist in öffentlichen Sekundarschulen verboten – selbst wenn die Schüler anerkannten christlichen Gruppen angehören.
- Laut dem Jahresbericht 2017/18 der Menschenrechtsorganisation "Amnesty International" "haben die Behörden das Recht auf Meinungsfreiheit weiterhin übermäßig eingeschränkt. Sie verfolgen und inhaftieren Regierungskritiker und Onlineaktivisten aufgrund von Äußerungen, die mittels strafrechtlicher Bestimmungen kriminalisiert wurden; sie seien beleidigend gegen den Emir oder für die Beziehung zu Nachbarstaaten schädlich gewesen." Das gibt einen Hinweis darauf, in welch einem restriktiven Umfeld die Christen in Kuwait leben müssen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 69 Punkten steht Kuwait auf Platz 43 des Weltverfolgungsindex 2019. Das entspricht einem Rückgang um einen Punkt im Vergleich zum Vorjahr. Der Druck bleibt auf einem sehr hohen Niveau, wobei Christen muslimischer Herkunft am stärksten betroffen sind; sie erleben Verfolgung sowohl von der Familie als auch von der örtlichen Kommune.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Wie in vielen Ländern der Region ist Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen in Kuwait. Sie wirkt sowohl auf nationaler wie auch auf lokaler gesellschaftlicher Ebene. Angesichts der sehr unsicheren Lage in der gesamten Region ist die Gesellschaft generell sehr konservativ geworden. Vor diesem Hintergrund ist auch die Situation in Kuwait zu verstehen: Die Gesetze und die Verfassung bestätigen den konservativen Charakter der kuwaitischen Gesellschaft. Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion und das islamische Recht (Scharia) ist eine wichtige Quelle der Gesetzgebung. Die Regierung schreibt für alle Schüler die Teilnahme am islamischen Religionsunterricht vor, sowohl in staatlichen als auch in privaten Schulen. Christlicher Unterricht in öffentlichen Sekundarschulen ist verboten – auch für rechtlich anerkannte christliche Gruppen. In der Vergangenheit waren viele Kuwaitis gegenüber nichtmuslimischen Einwohnern tolerant eingestellt; aufgrund des wachsenden Einflusses extremistischer Muslime, die keine Christen im Land haben wollen, hat sich dies jedoch merklich geändert. Auch wenn der „Islamische Staat“ (IS) weitgehend besiegt ist, wirkt sein Einfluss weiter fort und ist unter der beachtlichen Zahl sunnitischer Extremisten

auf nennenswerte Resonanz gestoßen. Einige kuwaitische Bürger haben im Irak und in Syrien an der Seite des IS gekämpft.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung Kuwaits ist in vieler Hinsicht sehr restriktiv. Obwohl das Land eines der stärksten Parlamente in der Region hat, wird das tägliche Leben immer noch durch die herrschende königliche sunnitische Familie bestimmt. Im Jahr 2016 wurden zwei ehemalige Parlamentsmitglieder, die der Regierung und ihren Verbündeten kritisch gegenüberstanden, zu Gefängnisstrafen verurteilt. Hinter den meisten Einschränkungen durch die Regierung steht die Triebkraft der Diktatorischen Paranoia. Der Regent des Landes lässt keinerlei Bedrohung seiner Macht zu. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Eine Kirche registrieren zu lassen, ist eine sehr komplizierte und langwierige Prozedur. Nicht nur Christen sind der Unterdrückung durch die Regierung ausgesetzt, auch andere Minderheiten wie Schiiten werden diskriminiert und müssen sich vorsichtig verhalten.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Typisch für diese Triebkraft der Verfolgung sind Situationen, in denen jahrhundertealte Normen und Werte, die sich in einem Stammeskontext herausgebildet haben (beispielsweise die Familienehre), Christen aufgezwungen werden. In Kuwait verbinden sich „Ethnisch begründete Anfeindungen“ mit dem Islam. Das betrifft im Besonderen kuwaitische Konvertiten, also Christen muslimischer Herkunft, da sie starke familiäre Bindungen haben. Den Islam zu verlassen, gilt nicht nur als Verrat an der Religion, sondern auch an der Familie und am Stamm. Ein solcher Schritt gilt als Respektlosigkeit gegenüber den eigenen Vorvätern und ist gesellschaftlich absolut inakzeptabel. Generell üben Familien starken sozialen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen oder dass sie nicht über ihren neuen Glauben sprechen. In vielen Fällen entfremden sich christliche Konvertiten durch ihren neuen Glauben von ihren Familien.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Trotz ihrer strengen Herrschaft ist nicht in erster Linie die Regierung für den starken Druck auf Christen verantwortlich. Die haben vor allem Teile der konservativen kuwaitischen Gesellschaft zu fürchten. Es gibt im Land eine deutliche Trennung zwischen Kuwaitis (die per definitionem Muslime sind) und den vielen Arbeitsmigranten, umso mehr, wenn letztere Christen sind. Dementsprechend sind Christen angesichts der bereits bestehenden Diskriminierung und Schikane seitens der Gesellschaft häufig aus Sicherheitsgründen sehr zurückhaltend.

Ausländische christliche Arbeiter müssen sich vorsichtig verhalten, doch Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung. Es gibt zwar keine strafrechtliche Sanktion für einen Glaubenswechsel, er ist aber gesellschaftlich inakzeptabel. Eine Abkehr vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Belangen des persönlichen Standes und Besitzes. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird durch Familienmitglieder höchstwahrscheinlich aus dem Haus vertrieben, da diese den Glaubenswechsel nicht nur als Angriff auf den Islam, sondern auch auf die Familienehre betrachten.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die kuwaitische Regierung duldet keine Kritik, vor allem nicht von (ausländischen) Christen. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ berichtet: „Journalisten und Social-Media-Nutzer, die den Emir oder Saudi-Arabien beleidigt haben sollen, werden oft strafrechtlich verfolgt, und die Regierung unternimmt weiterhin Anstrengungen, um Kritik an ihren Handlungen und ihrer Politik zu ersticken.“

Das Land ist gut überwacht und die Sicherheitskräfte beobachten alle Aktivitäten im Land sehr genau. Ausländische Christen, die etwas gegen die Regierung sagen, müssen mit ihrer Ausweisung rechnen.

Ausgehend von ethnisch begründeten Anfeindungen

Das Stammessystem hat in Kuwait weitreichenden Einfluss. Konvertiten, die den Islam verlassen und sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, werden als illoyal gegenüber ihrem Stamm und ihrer Familie gesehen. Mitglieder der (Groß-)Familie setzen sie unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen, oder verhängen sogar Strafen, weil die Familienehre beschädigt wurde.

4. Hintergrund

Kuwait ist einer der Golfstaaten mit engen Verbindungen zum Westen. Obwohl Kuwait eines der kleinsten Länder im Nahen Osten ist, hat es eine starke, auf Ölexport basierende Wirtschaft und ist eines der reichsten Länder der arabischen Welt. Von den ungefähr vier Millionen Einwohnern sind mehr als die Hälfte Einwanderer. Kuwait ist eine konstitutionelle Monarchie, deren Staatsoberhaupt der Emir der al-Sabah-Familie ist. Es war das erste arabische Land am Golf mit einem gewählten Parlament.

Die Gesellschaft Kuwaits ist konservativ. Das islamische Recht (Scharia) umfasst ein breites Spektrum von Regeln für das persönliche, familiäre und gesellschaftliche Leben. Obwohl Kuwait einige der wichtigsten Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen unterzeichnet hat, ist die Verfassung in Bezug auf die Religionsfreiheit voller Widersprüche. Einerseits gewährt sie Religionsfreiheit, gleichzeitig hält sie jedoch fest, dass die Inanspruchnahme der Religionsfreiheit nicht gegen bestehende Bräuche, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral verstoßen darf.

In den letzten Jahren hat der IS ein feindliches Umfeld für religiöse Minderheiten in der Region geschaffen. Einige Kuwaitis haben sich der Gruppe angeschlossen. Der IS hat zwar in Syrien und im Irak Gebietsverluste erlitten, allerdings ist ihm gelungen, die Jugend und andere zu radikalisieren – eine Situation, die noch Jahre Auswirkung zeigen wird.

5. Betroffene Christen

Zwei der vier im Weltverfolgungsindex definierten Kategorien von Christen sind in Kuwait präsent:

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

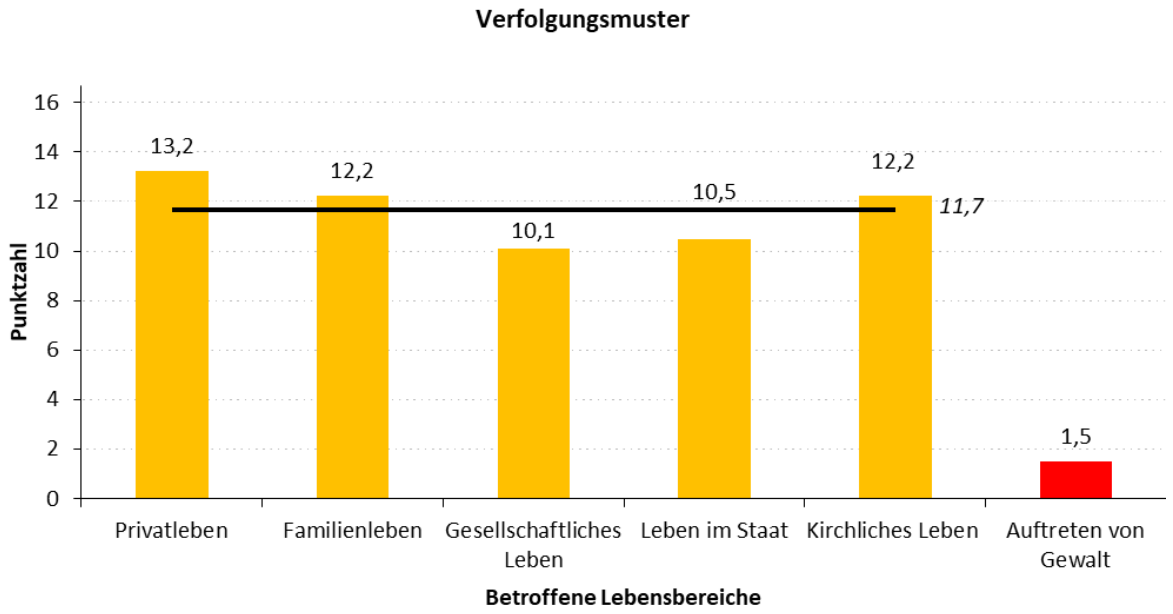
Den größten Teil der in Kuwait lebenden Christen machen Ausländer und Arbeitsmigranten aus. Sie haben gewisse Freiheiten, Gottesdienste zu feiern. Allerdings sind die bestehenden Gottesdiensträume für die Anzahl der sich dort versammelnden Christen zu klein. Es ist äußerst schwierig, Grundstücke für Gottesdiensträume zu erhalten.

Laut dem "International Religious Freedom Report" des US-amerikanischen Außenministeriums zu Kuwait gibt es sieben offiziell anerkannte christliche Kirchen: Die Nationale Evangelische, die Römisch-Katholische, die Griechisch-Katholische, die Koptisch-Orthodoxe, die Armenisch-Orthodoxe, die Griechisch-Orthodoxe und die Anglikanische. Einige religiöse Gemeinschaften ohne offiziell registriertem Gottesdienstraum gaben an, dass sie ohne Einmischung der Regierung Gottesdienste durchführen konnten, vorausgesetzt, dass sie ihre Nachbarn nicht störten und keine Gesetze in Bezug auf Versammlung und Missionierung verletzten. Die Regierung gestattet solchen Gruppen, in gemieteten Villen, Privathäusern oder Einrichtungen genehmigter Kirchen zu arbeiten.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)

Diese Christen stehen vielen bedrohlichen Herausforderungen gegenüber. Die Hauptverfolger dieser Gruppe sind die eigene Familie, Mitglieder der örtlichen Kommune, extremistische Muslime und zu einem geringeren Anteil die Behörden. Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, diskriminiert, belästigt, von der Polizei überwacht und von gewalttätigen Gruppen auf verschiedene Arten eingeschüchtert zu werden. Eine Abkehr vom Islam wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Belangen des persönlichen Status und Besitzes.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kuwait

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist auf einem sehr hohen Niveau (11,7 Punkte), nahm jedoch gegenüber dem Vorjahr (12,2 Punkte) etwas ab. Diese leichte Verbesserung ist vor allem auf Berichte von geringerem Druck zurückzuführen, dem Konvertiten ausgesetzt sind, die keine Kuwaitis sind.

- Auch wenn alle Lebensbereiche ein sehr hohes Niveau von Druck aufweisen, ist der Druck am stärksten in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“. Darin spiegelt sich zum einen die schwierige Situation von Christen muslimischer Herkunft wider, die sehr starken Druck vonseiten der (Groß-)Familie erleben und beispielsweise keine christlichen Hochzeiten oder Beerdigungen feiern können. Zum anderen ist es sowohl für solche Konvertiten als auch für ausländische Christen schwierig, kirchliches Leben zu gestalten. Missionstätigkeiten und die Integration von Christen muslimischer Herkunft sind gesellschaftlich nicht akzeptiert.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 0,4 auf nun 1,5 Punkte gestiegen. Dieser Anstieg spiegelt Übergriffe auf (weibliches) Hauspersonal wider.

Privatleben

In einer sehr konservativen Gesellschaft, die das Verlassen des Islam als Verrat an den Familienwerten betrachtet, ist eine Hinwendung zum christlichen Glauben immer schwierig. Obwohl das Gesetz den Glaubenswechsel formell nicht verbietet, legen sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung denjenigen, die konvertieren möchten, Steine in den Weg. Zum Beispiel können sie kein offizielles Dokument erhalten, in dem ihr neuer Glaube eingetragen ist. Daneben wird sämtliche (religiöse) Literatur verboten, die als beleidigend gegenüber dem Islam erachtet wird. Für Konvertiten zum christlichen Glauben, die mit ihren Familien zusammenleben, sei es die Kernfamilie oder die erweiterte Familie, ist es schwierig, zu beten oder christliche Materialien zu besitzen – sie müssen darauf achten, dass solche Materialien nicht entdeckt werden.

Familienleben

Besonders für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr herausfordernd, als christliche Familie zu leben. Die im Land vorherrschenden Umstände erlegen auch den Familien von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten Einschränkungen auf; sie müssen in der Öffentlichkeit sehr vorsichtig agieren. Es ist für sie schwierig und sogar gefährlich, über ihren Glauben zu sprechen, da dies als Missionstätigkeit gesehen werden kann, was streng verboten ist. Christen muslimischer Herkunft tragen in Bezug auf das familiäre Leben die Hauptlast der Verfolgung. Verstorbene Christen mit muslimischem Hintergrund werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen begraben; es gibt nur sehr wenige Begräbnisstätten für Ausländer. Taufen müssen sehr diskret durchgeführt werden, da öffentliche Taufen schwere Beschimpfungen und Belästigungen sowohl vonseiten der Familie als auch des gesellschaftlichen Umfelds nach sich ziehen können. Das Gesetz schränkt auch ein, wer wen heiraten darf – eine Muslima darf keinen Nichtmuslimen heiraten, es sei denn er konvertiert zum Islam. Diese Gesetze haben bedeutende Auswirkungen auf Fragen des Sorgerechts und des Erbrechts: Christen muslimischer Herkunft erhalten oft überhaupt keinen Anteil am Erbe ihrer verstorbenen Eltern, da ihre Abkehr vom Islam der Familie Schande gebracht hat.

Gesellschaftliches Leben

In kuwaitischen Kommunen werden Christen als Fremde und Ungläubige angesehen und oft direkt oder indirekt von gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen. Während des Ramadan spüren sie die überdeutliche Erwartung von Regierung und Gesellschaft, am Fasten teilzunehmen. Christen muslimischer Herkunft stehen beständig unter Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Auch im Bildungsbereich sind Christen herausgefordert: Die Regierung schreibt für alle Schüler die Teilnahme am islamischen Religionsunterricht vor, sowohl in staatlichen als auch in privaten Schulen (sofern sie einen oder mehrere muslimische Schüler haben). Gleichzeitig verbietet das Gesetz jedoch Religionsunterricht für andere Glaubensrichtungen als den Islam.

Leben im Staat

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion. Die Religionsfreiheit, wie sie in der Verfassung verankert ist, entspricht nicht den internationalen Standards: Sie konzentriert sich lediglich auf die Beachtung religiöser Riten, die nicht im Widerspruch zu kuwaitischen Sitten und damit dem Islam stehen. Es gibt Gesetze gegen Missionierung, die von der Regierung auch durchgesetzt werden. Davon abgesehen folgt die Regierung dem Kurs, den sunnitischen Islam zu fördern, indem sie sunnitische Moscheen und Imame sowie sunnitische Ausbildung und Lehre finanziert. Auch wenn Kuwait demokratische Wahlen abhält, ist es undenkbar, dass ein Nichtmuslim sich um ein öffentliches Amt bewerben könnte. Verschiedene extremistische Gruppen sowie streng konservative Parlamentsmitglieder möchten jeden nichtmuslimischen Einfluss, wie etwa Weihnachtsfeiern ausländischer Christen, aus dem Land tilgen.

Kirchliches Leben

Das kirchliche Leben ist in Kuwait sehr eingeschränkt. Wer zum Beispiel ein Stück Land kaufen möchte, um dort eine Kirche zu errichten, muss ein Bürger Kuwaits sein. Für Christen muslimischer Herkunft wäre es sehr gefährlich, ein Stück Land zum Bau einer Kirche zu kaufen, da ihr Glaubenswechsel dadurch öffentlich bekannt werden würde. Gemeinden, die eine Baugenehmigung für eine Kirche beantragten, mussten meist Jahre darauf warten. Ein Experte für das Land bemerkt: „Die meisten der anerkannten christlichen Kirchen sehen ihre Gebäude als unzureichend für ihre Gemeinden an; gleichzeitig haben sie erhebliche Probleme, amtliche Baugenehmigungen der städtischen Behörden für ein neues Gebäude zu bekommen. Die städtischen Behörden haben in einigen Fällen religiöse Versammlungen in Privatgebäuden unterbunden und Vermieter unter Druck gesetzt, die Räumlichkeiten an nicht registrierte Kirchengemeinden vermietet hatten.“ Die Regierung gestattet Kirchen, religiöse Materialien zu importieren, doch nur unter der Bedingung, dass deren Inhalt den Islam nicht beleidigt. Christliche Zeichen und Symbole dürfen nicht von außen sichtbar an Kirchengebäuden angebracht werden. Die Regierung verbietet Missionaren, im Land zu arbeiten und Christen, ihren Glauben an Muslime weiterzugeben.

Auftreten von Gewalt

In Kuwait, wie auch in anderen Golfstaaten, kommt es nur selten zu gewaltsamen Übergriffen gegen Christen. Die Regierung braucht gar nicht gegen Christen vorzugehen, da der gesellschaftliche Druck sehr hoch ist und die Christen Selbstzensur üben. Es ist nicht einfach, gesicherte Berichte über Gewalt aus dem Land zu erhalten. Jedoch berücksichtigt Open Doors auch die schwierige Situation der Arbeitsmigranten, die in niedrigqualifizierten Berufen tätig sind. Laut "Amnesty International" sind diese Arbeiter „weiterhin mit Ausbeutung und Missbrauch im Rahmen des offiziellen ‚Kafala‘-Systems der Bürgschaft konfrontiert.“ Open Doors befürchtet, dass christliche Arbeitsmigranten zusätzlich wegen ihres Glaubens, Frauen noch einmal mehr, gefährdet sind, diskriminiert zu werden.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt gegen Christen finden sich im Abschnitt "Zusammenfassung".

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Nach Angaben des „Tahirih Justice Center“ ist häusliche Gewalt, insbesondere gegenüber Frauen, in Kuwait weit verbreitet. Häusliche Gewalt wird als Familienangelegenheit betrachtet; es gibt keine spezifischen Gesetze dazu, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Behörden dagegen vorgehen. Außerdem ist die Rolle der Frau in der Gesellschaft sehr eingeschränkt und Frauen dürfen ihren Ehepartner oft nicht selbst wählen. Man sich leicht vorzustellen, welche Gefahren christlichen weiblichen Hausangestellten in einer solchen Atmosphäre drohen. Im März 2017 wurde ein schockierendes Video veröffentlicht, in dem ein äthiopisches Hausmädchen aus dem Fenster fällt; die Frau, die sie filmt, versucht nicht, sie zu retten. Die Misshandlung von Arbeitsmigranten, einschließlich deren sexuellen Missbrauch, muss daher mit größter Aufmerksamkeit weiter beobachtet werden. Obwohl dies nicht in erster Linie ein religiöses Problem ist, sehen Beobachter, dass die nahezu ausschließlich weiblichen, nichtmuslimischen Arbeitsmigranten in größerer Gefahr stehen, Opfer eines solchen Missbrauchs zu werden, als Muslimas.

Christliche Frauen sind insgesamt gefährdeter als Männer, da Männer generell gegenüber Frauen bevorzugt behandelt werden. Stammesstrukturen beeinflussen, wie stark Konvertiten die Verfolgung zu spüren bekommen. Auch da sind Frauen und Mädchen stärker betroffen als Männer. Kulturell bedingte Abstufungen von Status und Freiheit sorgen dafür, dass junge und ältere Männer weniger gefährdet sind. Laut Gesetz können Christinnen muslimischer Herkunft keinen Nichtmuslim heiraten.

Männer

Männer sind besonders an ihrem Arbeitsplatz Diskriminierung und Feindseligkeiten ausgesetzt. Arbeitsmigranten sind durch das "Kafala" genannte System der Bürgschaft an ihre Arbeitgeber gebunden, das sowohl Männer als auch Frauen in die Gefahr bringt, regelrecht versklavt zu werden.

Männliche Christen muslimischer Herkunft werden häufig von ihren Familien verstoßen, womit sie Respekt und die (finanzielle) Unterstützung ihrer Familien verlieren. Ohne letztere ist es schwer, eine Arbeitsstelle zu finden oder zu behalten, und die Möglichkeit einer Ehe rückt in schier unerreichbare Ferne. Verheiratete Christen muslimischer Herkunft müssen damit rechnen, dass ihre Ehefrauen sich scheiden lassen und sie das Sorgerecht für ihre Kinder und jeglichen Anspruch auf ihr Erbe verlieren.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Nicht nur Christen sind der Unterdrückung durch die Regierung ausgesetzt, auch andere Minderheiten wie Schiiten werden diskriminiert und müssen sich vorsichtig verhalten. Obwohl die große schiitische Gemeinde in Kuwait traditionell eine höhere Akzeptanz genießt als in anderen Ländern der Region, haben die Einschränkungen der Religionsfreiheit auch für sie zugenommen. Dies lässt sich vor allem auf die politisch veränderten Beziehungen zwischen Kuwait und Saudi-Arabien beziehungsweise dem Iran zurückführen.

Religiöse Gruppen wie Hindus, Buddhisten und Sikhs sind relativ frei, ihren Glauben im privaten Umfeld zu praktizieren; ihnen fehlen jedoch oft Versammlungs- und Gebetsräume. Konservative Gruppen im Parlament beäugen alle nicht-muslimischen religiösen Aktivitäten mit Argwohn und beziehen regelmäßig gegen sie Stellung.

Laut "International Religious Freedom Report 2017" des US-Außenministeriums "gaben Mitglieder nicht-abrahamitischer Religionen an, dass sie ihre Religion privat ausüben konnten, aber mit Belästigungen und möglicher Strafverfolgung konfrontiert wurden, wenn sie ihren Glauben öffentlich praktizierten. Diese ausländischen Anhänger nicht-abrahamitischer Religionen konnten keine eigenen Gotteshäuser haben, nicht in Kuwait heiraten und blieben der Scharia unterworfen, wenn Familienstreitigkeiten vor Gericht gebracht wurden. Die meisten Mitglieder dieser religiösen Gemeinschaften gaben an, dass sie ihren Glauben unter sich praktizieren konnten, aber auch, dass sie eine diskrete Form der Selbstzensur übten, um Konflikte mit Behörden zu vermeiden. In vielen Fällen gaben sie an, dass sie gruppeninterne Streitigkeiten unter sich lösten, statt gerichtliche Schritte einzuleiten, durch die sie dann der Scharia ausgesetzt wären."

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Die Zukunft Kuwaits ist, wie die anderer Golfstaaten, untrennbar mit der politischen Situation in der Region verbunden – der Nahe Osten und die Golfregion aber bleiben unberechenbar.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Falls die Behörden sich etwa aus politischen Erwägungen gezwungen sehen, sich gegenüber dem Iran abzugrenzen und Saudi-Arabien anzunähern, könnten sunnitische Konservative größeren politischen Einfluss gewinnen – möglicherweise mit der Folge, dass das politische Klima für Christen (einschließlich ausländischer) rauer und feindseliger werden könnte. Hinzu kommt der weiterhin bestehende Einfluss des IS, auch wenn er aus militärischer Sicht vor einer Niederlage steht. Der Aufstieg des sunnitischen Extremismus hat nicht nur die Christen in der Region, sondern auch die einzelnen Staatsoberhäupter und die internationale Gemeinschaft vor Probleme gestellt. Länder mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit, einschließlich Kuwait, wachen sorgfältig darüber, dass solche extremistischen militanten Gruppen nicht ihre Netzwerke in ihrem Land aufbauen.

Diktatorische Paranoia: Die kuwaitische Regierung wird auch in Zukunft alles daransetzen, jede abweichende Meinung auszurotten und öffentliche Unruhen zu vermeiden.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Obwohl Urbanisierung, Modernisierung und die Bedeutung des Internets die junge Generation massiv beeinflussen, werden voraussichtlich auch die Stammesstrukturen weiterhin ihren Einfluss behalten. Die Globalisierung könnte sogar das Stammesdenken weiter stärken, da sich Kuwaitis dadurch bedroht sehen und versuchen könnten, ihre Identität umso mehr zu schützen. In dieser Atmosphäre wird der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben ein heikles Thema bleiben.

Zusammenfassung

Solange Kuwait seine Offenheit für die Weltwirtschaft bewahrt, werden ungeachtet des bestehenden Drucks voraussichtlich weiterhin christliche Arbeiter in das Land kommen. Trotz der Unruhen in der Region, wie der Katar-Krise und des anhaltenden Bürgerkriegs im Jemen, war Kuwait im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 politisch stabil und es gab keinen massiven Anstieg der Verfolgung. Die Angst unter Christen, vor allem unter Christen muslimischer Herkunft, wird jedoch bleiben, da sie weiterhin einem feindseligen Umfeld ausgesetzt sind. Die Gesellschaft wird

wahrscheinlich noch konservativer werden; und solange die Regierung ihre Macht nicht bedroht sieht, wird sie vermutlich zulassen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Ihr Ziel wird sein, die islamisch-extremistischen Gruppen in der Gesellschaft zu beschwichtigen. Christliche Arbeitsmigranten werden dennoch auch weiterhin auf Arbeitssuche ins Land kommen.

zurück zur Länderübersicht

Oman: Platz 44

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Der Islam ist die Staatsreligion und die Rechtsprechung basiert überwiegend auf dem islamischen Recht. Die Regierung beschränkt Gottesdienste auf Kirchen, die auf speziell vom Sultan für diesen Zweck gespendeten Land gebaut worden sind. Die öffentliche Verkündigung des Evangeliums ist verboten.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Gesellschaft und die Familie meiden diejenigen, die den Islam verlassen. Stammestraditionen (z. B. die Familienehre) werden, vermischt mit islamischen Werten, Christen muslimischer Herkunft aufgezwungen. Die Identität der Familie und die Religion sind eng miteinander verbunden; den Islam zu verlassen, wird daher als Verrat an der Familie gesehen.

Diktatorische Paranoia: Der Oman ist eine absolutistische Monarchie, regiert durch Sultan Qabus. Das Regime beschränkt nahezu alle politischen und bürgerlichen Rechte und reagiert besonders harsch auf Kritik und Widerspruch. Es erwartet von seinen Bürgern Gehorsam und lässt keine Art von Opposition zu. Obwohl ausländische Christen relativ frei darin sind, ihren Glauben auszuüben, überwacht die Regierung all ihre Aktivitäten.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die omanische Gesellschaft ist konservativ und Stammesbeziehungen sind wichtig. Den Islam zu verlassen, wird daher als Verrat an Stamm und Familie gesehen und beide werden auf den Konvertiten Druck ausüben, zum Islam zurückzukehren. Die omanische Regierung fördert aktiv religiöse Toleranz. Dennoch ändert dies nicht die Tatsache, dass das öffentliche Recht auf der Scharia, dem islamischen Recht, basiert und Religionsfreiheit nur so weit gewährt, wie diese nicht die etablierten islamischen Bräuche, Vorschriften und die öffentliche Moral verletzt. Darüber hinaus überwacht die nichtdemokratische Regierung ihre Bevölkerung, besonders die Minderheiten, streng.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen muslimischer Herkunft werden von Familie und Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen. Sie können von zu Hause verbannt werden, ihren Job verlieren, Sorgerechtsprobleme bekommen und beim Erbe benachteiligt werden. Ausländische Gemeinden werden toleriert, aber ihre Einrichtungen sind zugangsbeschränkt und christliche Treffen werden überwacht, um jede politische Botschaft aufzunehmen und festzuhalten, ob Einheimische teilnehmen. Alle religiösen Organisationen müssen sich bei den Behörden anmelden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Öffentliches Evangelisieren ist verboten; es kann nur im Privaten erfolgen. Nach einigen Berichten wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 einige Christen muslimischer Herkunft und ausländische Christen, die in der Mission involviert waren, zu Befragungen vorgeladen.

- Nichtmuslimische Gruppen müssen sich bei der Regierung registrieren, welche dann die Vermietung von Gebäuden an diese Gruppen genehmigt und überwacht.
- Im Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit für 2017 des US-Außenministeriums steht zum Oman: „Hassan al-Basham, der wegen seiner Kommentare in sozialen Medien 2016 zu drei Jahren Gefängnis wegen Blasphemie und Verletzung religiöser Werte verurteilt wurde, blieb weiterhin inhaftiert.“ Dies zeigt das politische Klima, in dem sich Christen im Oman bewegen müssen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 59 Punkten belegt der Oman Platz 44 auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Der Anstieg um 2 Punkte gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2018 ist bedingt durch eine größere Anzahl an Berichten über Gewalt gegen Christen.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist die Staatsreligion und die Rechtsprechung basiert überwiegend auf dem islamischen Recht. Der Lehrplan aller staatlichen Schulen beinhaltet den islamischen Religionsunterricht. Der Abfall vom Islam ist kein kriminelles Vergehen, wird aber vom Rechtssystem auch nicht berücksichtigt, da dieses alle Bürger als Muslime einstuft. Christen muslimischer Herkunft haben Probleme im Familienrecht, welches zum Beispiel dem Vater verbietet, das Sorgerecht für seine Kinder zu behalten, wenn er den Islam verlässt.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Stammeswerte, in denen die Familienehre eine große Rolle spielt, sind mit islamischen Werten vermischt. Omani zu sein bedeutet Muslim zu sein. Es liegt Stolz darin, Omani zu sein, und oft ist die Feier der Tradition wichtiger als die Bedeutung hinter der Tradition. Mit der Tradition zu brechen oder die Gründe der Tradition zu hinterfragen, ist für die Bevölkerung undenkbar. Die Gesellschaft meidet diejenigen, die den Islam verlassen, auch wenn nicht zur Gewalt ermutigt wird.

Diktatorische Paranoia

Der Oman wurde bisher von einer Dynastie regiert, die den Willen der Bevölkerung nicht respektiert. Es gibt Unzufriedenheit unter den Omanis, die ihre Regierung generell als autoritär ansehen, auch wenn sie zustimmen, dass kürzlich erfolgte wirtschaftliche Reformen vorteilhaft waren. In ihrem Bericht von 2018 stufte die Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ das Land als „nicht frei“ ein. Der Bericht gibt an: „Das Regime beschränkt nahezu alle politischen und bürgerlichen Rechte und reagiert besonders harsch auf Kritik und Widerspruch.“ Auch die Medien kämpfen mit Schikane und Einschüchterung.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Einheimische omanische Christen wurden von Regierungsbeamten verhört, die ihnen befahlen, Treffen einzustellen, und ihnen drohten, sie würden Jobs und Häuser verlieren. Viele haben Verfolgung von ihren Familien erlebt. Ausländische Christen wurden verhört und angewiesen, nicht über ihren Glauben zu sprechen, oder sie würden riskieren, ihre Visa zu verlieren. So ergänzen Regierung und Gesellschaft einander. Die Regierung beschränkt den christlichen Glauben von oben, entsprechend der Wünsche der Bürger nach einem islamischen Land. Auf der anderen Seite zwingt die Gesellschaft sowohl die einheimischen als auch die ausländischen Christen dazu, die islamischen Regeln zu befolgen, was vonseiten der Regierung keine gewalttätigen Aktionen gegen Christen notwendig macht. So kann sie ein freundliches Gesicht vor der Welt, besonders dem Westen, wahren.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Für Omanis ist Omani zu sein die Nationalität, aber ihre wahre Identität liegt in ihrer Stammeszugehörigkeit. Da die Gesellschaft in lokalen Gemeinschaften organisiert ist, bringt ein christlicher Konvertit große Schande auf seinen ganzen Stamm. Die Stammesführer und Vorsteher der Familie tragen dann die Last, die Ehre des Stammes wiederherzustellen. Dies kann nur erfolgen, wenn die betroffene Person zum Islam zurückkehrt, die Gemeinschaft verlässt oder stirbt. Die Verfolgung erfolgt meist durch beständigen Druck, zum Islam zurückzukehren, oder durch den vollständigen Ausschluss des Einzelnen durch die Gemeinschaft.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Obwohl der Sultan wegen des Fortschritts und des Wohlstands, die sein Land unter seiner Herrschaft erlangt hat, sehr beliebt ist, ist er gleichzeitig ein Diktator. Viele Christen fürchten die Überwachung ihrer Telefone und ihrer Aktivitäten in den sozialen Medien, doch wird die Technik hauptsächlich gegen Omanis eingesetzt und benutzt, um jedes Anzeichen von Widerspruch und Kritik an der Regierung zu unterbinden.

4. Hintergrund

Am Zusammenfluss des Persischen Golfs und des Arabischen Meers gelegen, war der Oman im Mittelalter ein einflussreiches Sultanat. Arabisch ist die offizielle Sprache und mehr als die Hälfte der omanischen Bevölkerung sind Araber. Im Jahr 1971 trat Oman der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen bei. Der Oman hat generell gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern. Dem derzeitigen Sultan wird zugerechnet, einige demokratische Reformen eingeführt zu haben. Trotz aller Modernisierung und des Verbots der Sklaverei vor vielen Jahren sind bestimmte Einstellungen zur Sklaverei immer noch vorhanden und die strikte Kontrolle des Sultans über das Land ist immer noch präsent. Die politische Opposition ist schwach. Zugleich hat der Oman eine freie und konkurrenzfähige Wirtschaft. Der Reichtum aus Öl und Gas hat eine massive soziale Veränderung seit 1970 herbeigeführt. Der Bildungsstand hat sich deutlich verbessert. Schulbildung für Frauen hat den Analphabetismus dramatisch reduziert. Die jüngeren Generationen sind an neuen Ideen interessiert – sichtbar auch an der Kleidung der jungen Leute. Mehr noch: Es findet eine kulturelle Verschiebung von einem ländlichen, nomadischen Lebensstil hin zu einem eher urbanen Lebensstil statt.

5. Betroffene Christen

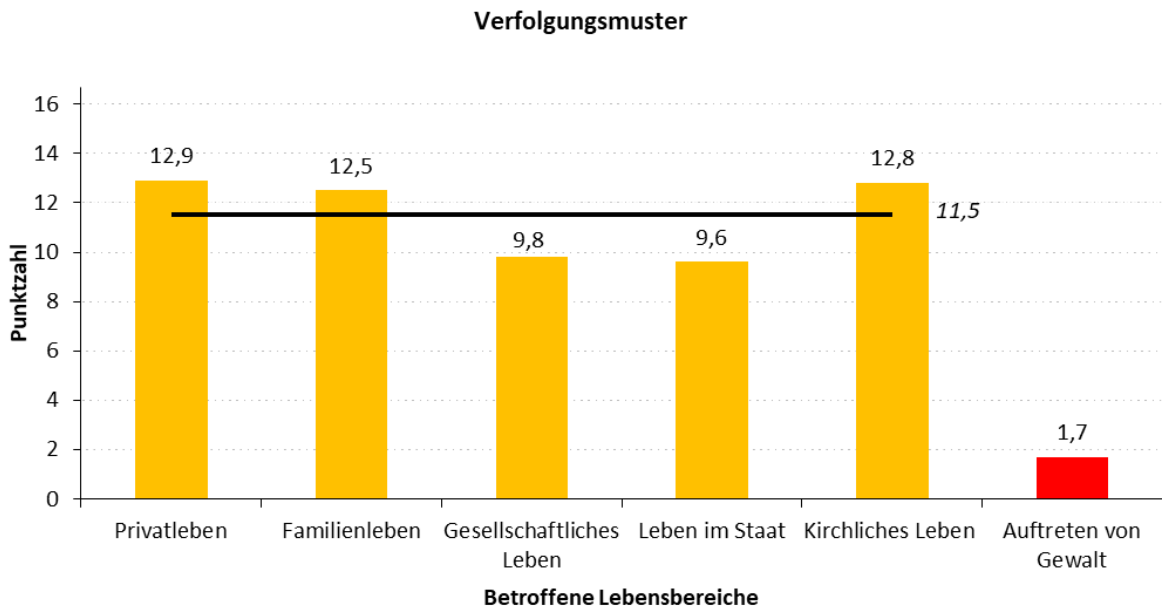
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt eine gewisse Anzahl von ausländischen Gemeinschaften im Oman, größtenteils in den städtischen Gebieten von Muskat, Suhar und Salalah. Dies umfasst römisch-katholische, orthodoxe und evangelische Gemeinschaften. Es gibt mehr als 60 verschiedene christliche Gruppen, Gemeinden und Versammlungen, die in der Hauptstadt Muskat aktiv sind. Alle religiösen Organisationen müssen sich bei den Behörden anmelden und christliche Treffen werden überwacht. Es ist ausländischen Christen erlaubt, diskret in Privathäusern und auf Geschäftsgeländen Gottesdienste zu feiern. Ihre Einrichtungen sind zugangsbeschränkt, damit Einheimische nicht verärgert werden.

Christen muslimischer Herkunft

Christliche Konvertiten riskieren Verfolgung durch Familie und Gesellschaft, zumeist in Form von Druck, ihren Glauben zu widerrufen und dem Vorenthalten von Gemeinschaft. Sie können ihre Familie verlieren, da das Gesetz Vätern, die den Islam verlassen, verbietet, das Sorgerecht für ihre Kinder zu behalten.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Oman

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch und stieg von 11,2 Punkten im WVI 2018 auf 11,5 Punkte im WVI 2019.
- Obwohl alle Lebensbereiche ein hohes oder sehr hohes Maß an Druck aufweisen, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“ am höchsten. Dies spiegelt auf der einen Seite die schwierige Situation der Christen muslimischer

Herkunft wider, die einem sehr hohen Druck durch ihre eigene (Groß-)Familie ausgesetzt sind; auf der anderen Seite ist das kirchliche Leben sowohl für christliche Konvertiten als auch für ausländische Christen schwierig, da die Verkündigung des Evangeliums und die Integration von Christen muslimischer Herkunft sozial inakzeptabel sind.

- Der Wert für das Auftreten von Gewalt bleibt niedrig, trotz eines Anstiegs von 1,1 Punkten im Vorjahr auf 1,7 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Dieser Anstieg ist größtenteils durch die Bewertung der Situation von Hausmädchen in omanischen Haushalten bedingt. Berichten zufolge führt ihr Glaube zu einer höheren Verwundbarkeit für (sexuellen) Missbrauch.

Privatleben

Der Oman ist eines der wenigen Länder, in denen der Islam die Staatsreligion ist, aber der Glaubenswechsel weg vom Islam kein Verbrechen ist, solange er nicht öffentlich vollzogen wird. Dennoch hat dieser Konsequenzen, besonders bei Familienangelegenheiten. Vor allem Christen muslimischer Herkunft erleben Verfolgung in ihrem Privatleben. Dem vom US-Außenministerium 2017 herausgegebenen „International Religious Freedom Report“ zufolge „wurde der Wechsel weg vom Islam von der muslimischen Gesellschaft als extrem negativ gesehen“, was erklärt, warum christliche Konvertiten von der Familie verstoßen werden. Vor dem Hintergrund der Stammeskultur bedeutet das den Verlust aller sozialen Sicherheiten, die normalerweise durch die Familie gewährt werden.

Familienleben

Rechtlich werden christliche Konvertiten weiterhin als Muslime betrachtet. Sie können nur nach islamischem Ritus heiraten. Eine christliche Hochzeit oder Beerdigung zu feiern, ist schwierig. Ein Experte für das Land ergänzt: „Ein christlicher Ehemann mit muslimischem Hintergrund wird das Sorgerecht bei der Scheidung verlieren. Das sagt das Familienrecht eindeutig.“ (Dies wäre bei einer christlichen Ehefrau muslimischer Herkunft nicht anders, aber Frauen haben allgemein kein Sorgerecht.) Zudem werden Ehepartner unter Druck gesetzt, sich von ihrem christlichen Ehepartner zu trennen, während die Familie den Konvertiten enterben wird.

Gesellschaftliches Leben

In ihrem sozialen Umfeld, besonders in Schulen, müssen vor allem Christen muslimischer Herkunft Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen und Schikane zu vermeiden. Ein Experte für das Land hält fest: „Der Lehrplan öffentlicher Schulen beinhaltet islamische Lehren. Es ist Pflicht für muslimische Schüler, den Islamunterricht zu besuchen. Christen und andere Nichtmuslime müssen diesen Unterricht nicht besuchen. Allerdings müssen Christen muslimischer Herkunft, die ihren christlichen Glauben nicht offenbaren wollen, zu ihrer eigenen Sicherheit weiter am Islamunterricht teilnehmen. Darüber hinaus gibt es keinen gleichwertigen christlichen Religionsunterricht im Lehrplan für christliche Schüler.“

Christen werden generell nicht nur durch die Regierung, sondern auch durch die Gesellschaft überwacht. Christliche Symbole wie ein Kreuz zu tragen, kann zu Fragen führen. Auch in diesem Bereich erleben christliche Konvertiten den stärksten Druck, da sie generell durch die Gesellschaft ausgegrenzt werden, wenn ihr Glaube bekannt wird. Ein Christ muslimischer Herkunft kann beispielsweise sehr leicht seine Arbeitsstelle verlieren.

Leben im Staat

Der Druck in diesem Bereich hat meist einen massiven Einfluss darauf, wie sich die Triebkräfte der Verfolgung im jeweiligen Land ausbilden. Der Islam ist die Staatsreligion des Oman und die Rechtsprechung basiert überwiegend auf dem islamischen Recht. Dies bedeutet, dass Christen unter diesen Regeln und Gesetzen leben müssen, die im Einklang mit dem Islam erlassen wurden. Dennoch schreibt ein Experte für das Land: „In den letzten Jahren haben omanische Behörden lokalen Christen zu verstehen gegeben, dass sie glauben können, was sie wollen, solange sie sich nicht an ungenehmigten Versammlungsorten treffen oder ihren christlichen Glauben in irgendeiner Weise publik machen.“ Dies zeigt, dass die Regierung nicht aktiv wird, solange ein Konvertit kein öffentliches Ärgernis verursacht.

Kirchliches Leben

Es gibt viele offiziell anerkannte Gemeinden und Kirchen im Oman. Dennoch ist es schwer, ein Kirchengebäude anzumelden und zu bauen. Zudem muss die Regierung der Vermietung von Gebäuden an religiöse Gruppen zustimmen. Das Gesetz verbietet allen religiösen Gruppen öffentliche Missionierung, allerdings toleriert die Regierung private Evangelisation innerhalb der rechtlich registrierten Gebäude. Diese Toleranz gegenüber der privaten Evangelisation ist charakteristisch für den Oman, da dies in den Nachbarländern unmöglich und sogar gefährlich ist. Auf diesem Weg will die Regierung ihr Land als islamisch gegenüber seinen Nachbarn darstellen, während sie gleichzeitig tolerant gegenüber den Minderheiten ist.

Auftreten von Gewalt

Der Anstieg der Wertung für das Auftreten von Gewalt ist größtenteils in der Bewertung der Situation (weiblicher) Hausangestellter begründet. Im offiziellen „kafala“-Bürgschaftssystem sind Haushaltsangestellte eng an ihre Arbeitgeber gebunden, die ihre Pässe an sich nehmen und sie zwingen können, massive Überstunden zu machen. Dies sorgt für eine Verwundbarkeit der Hausangestellten, wie Amnesty International in seinem Jahresbericht 2017/18 berichtet. Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Generell sind Frauen im Oman in einer verwundbaren Position. Die Gesellschaft ist sehr konservativ und das Leben von Frauen und Mädchen wird von ihrem Vater, Ehemann oder Vormund kontrolliert. Innerhalb der omanisch-muslimischen Kultur werden Frauen als weniger wertvoll als Männer betrachtet, sogar in Gerichtsverhandlungen. Meistens bleiben Frauen zuhause bei ihren Kindern. Dies schafft eine Denkweise, in der Frauen in vielerlei Hinsicht als weniger fähig betrachtet werden. Das hat auch einen Einfluss auf ihren Glauben, da von Frauen nicht erwartet wird, eine religiöse Meinung zu haben. Diese Umgebung macht es besonders für Frauen schwierig, den Islam für den christlichen Glauben zu verlassen. Normalerweise erleben Frauen und Mädchen den Druck vonseiten der Familie am stärksten, gefolgt von jüngeren und älteren Männern, was die unterschiedlichen Status- und Freiheitsebenen innerhalb der Kultur widerspiegelt. Zusammen mit der sozialen Kontrolle innerhalb dieses Systems ist zu sehen, wie viele Barrieren Frauen davon abhalten, ihren Glauben zu wechseln und sich mit Christen zu treffen.

Die Misshandlung von Arbeitsmigranten, einschließlich deren sexueller Missbrauch, bleibt ein wichtiges Thema. Obwohl dies nicht in erster Linie ein religiöses Problem ist, gibt es Anzeichen, dass nichtmuslimische Arbeitsmigranten, von denen fast alle weiblich sind, in größerer Gefahr stehen, Opfer eines solchen Missbrauchs zu werden als Muslime.

Männer

Männliche Christen aus dem Ausland erleben Druck wegen ihres Glaubens höchstwahrscheinlich im Bereich ihrer Arbeit. Für männliche Konvertiten ist der Einfluss ihres neuen Glaubens viel weitreichender. Höchstwahrscheinlich werden sie von ihren Familien verstoßen, was eine größere soziale Ausgrenzung nach sich zieht: 1.) Ihre Familien unterstützen sie nicht mehr; 2.) Sie verlieren den Zugang zu alltäglichen Notwendigkeiten, die sie von der Familie erhalten haben; 3.) Eine Arbeit in der omanischen, auf Netzwerken basierenden Kultur zu finden, wird schwieriger; und 4.) Keine Familie wird ihrer Tochter erlauben, einen Mann zu heiraten, der seine Familie nicht respektiert.

Wenn ein Christ muslimischer Herkunft zum Zeitpunkt seines Glaubensübertritts Familie und Arbeit hat, riskiert er, alles zu verlieren. Wenn ein Mann den Islam verlässt, verliert er per Gesetz automatisch das Sorgerecht für seine Kinder, seine Frau kann sich von ihm scheiden lassen und er kann leicht seine Arbeit verlieren, was schwere Folgen für alle seine Familienmitglieder hat, da Männer traditionell die Versorger in ihren Familien sind.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Hindus, Buddhisten und nichtibaditische Muslime sind relativ frei darin, ihren Glauben zu praktizieren. Der „International Religious Freedom Report“ des US-Außenministeriums für 2017 hält für den Oman fest, dass „Nichtmuslime, die in Privathäusern anbeteten, weiterhin angaben, dass Christen, Buddhisten, Hindus und andere religiöse Gruppen keine Eingriffe durch die Regierung erlebten, trotz weiterhin bestehender rechtlicher Verbote von Gottesdiensten außerhalb von der Regierung anerkannter Räumlichkeiten. Nichtmuslimische Minderheiten berichten weiterhin von übervollen Versammlungsorten. Beengter Platz sorgte auch in einigen Privathäusern, die für nichtislamische Gottesdienste genutzt wurden, für Platzprobleme.“

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Die Zukunft der Christen im Oman wird von sozialen, politischen und regionalen Faktoren bestimmt. Betrachtet man die Situation vieler Länder im Nahen Osten und am Golf, ist es schwer, sich positive Entwicklungen vorzustellen. Der Oman ist hierbei keine Ausnahme. Sollte es zu sozialen Unruhen kommen, die das Regime schwächen, könnte dies in der Tat zu einer weiteren Islamisierung der politischen Institutionen des Landes und zu einer strikteren Anwendung der Scharia führen. Der Sultan gilt als die treibende Kraft hinter der Sicherheit und Stabilität des Landes; er altert jedoch zusehends und Berichten zufolge wird seine Gesundheit schlechter. Wenn sein Einfluss sinkt, könnte das Land in die Hände extremistischer Muslime fallen. Des Weiteren scheint es zwar, als ob ein Waffenstillstand zwischen den Parteien im Nachbarland Jemen erreicht werden konnte, doch das Land bleibt weiterhin instabil und sowohl Flüchtlinge als auch militante Islamisten könnten versuchen, in den Oman zu gelangen, wenn sich die Situation nicht verbessert. Dies würde dem Ansehen Omans als neutraler Zufluchtsort schaden. Hinzu kommt, dass, obwohl der Oman sich bisher in der Katar-Krise auf keine

Seite geschlagen hat, er von Saudi-Arabien dazu gezwungen werden könnte, was wiederum Einfluss auf die Politik der Regierung und die Wirtschaft haben könnte.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Obwohl die Gefahr einer zukünftigen Islamisierung besteht, gibt es den positiven Trend im Land, dass die Regierung versucht, eine Kultur der religiösen Harmonie zu schaffen. Das „Al Amana Centre“, eine evangelische Initiative mit Unterstützung durch die Regierung, arbeitet an einem Dialog und dem Verständnis zwischen Muslimen und Christen unter dem Motto: „Kein Frieden zwischen den Nationen ohne Frieden zwischen den Religionen“ und „Kein Friede zwischen den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen“. Nichtsdestotrotz bleibt der Glaubenswechsel ein sehr sensibles und kontroverses Thema und Gemeinden bleiben weiterhin in ihren Aktivitäten eingeschränkt, besonders in Bezug auf Evangelisation.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Obwohl Urbanisierung und Modernisierung die kommenden Generationen beeinflussen, werden Familie und Stamm sehr wahrscheinlich weiterhin eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen. Solange die religiöse und die Stammesidentität miteinander verwoben bleiben, wird der Glaubenswechsel hin zum christlichen Glauben als Verrat an der Familie betrachtet werden, was diese Entscheidung schwierig macht.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Sollte der Sultan an der Macht bleiben, werden ausländische Christen die relative Freiheit behalten, ihren Glauben zu leben. Die Regierung wird auch weiterhin Christen daraufhin überwachen, ob sie verbotenen Aktivitäten nachgehen, die zu öffentlichen Unruhen führen könnten (Mission). Sie zeigt aber keine Anzeichen, Christen aggressiv zu verfolgen. Dies kann sich jedoch ändern, sollte der Sultan sterben oder abdanken.

Schlussfolgerung

Wenn der Sultan stirbt, könnte sich die Übergangsphase als eine Zeit der Unsicherheit und des Konflikts erweisen. Dies gilt auch für den Bürgerkrieg im Jemen: Wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, könnte er einen Einfluss auf den Oman haben, indem militante Islamisten und Flüchtlinge die Grenze vom Jemen her überqueren. Obwohl der Oman nicht direkt in die Katar-Krise involviert ist, könnte er betroffen sein, wenn sich die regionalen Spannungen unvermindert fortsetzen oder sogar verschlimmern, da diese bereits die Zusammenarbeit der Golfstaaten im Golf-Kooperationsrat beeinflussen. Derzeit bleibt der Oman ein friedliches Land, aber seine Zukunft ist unsicher und einige Entwicklungen könnten einen negativen Effekt auf die christliche Minderheit haben.

zurück zur Länderübersicht

Vereinigte Arabische Emirate: Platz 45

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Der Islam beherrscht das private und öffentliche Leben genauso wie den politischen Diskurs im Königreich. Um die Todesstrafe, gesellschaftliche Stigmatisierung und andere Strafen zu vermeiden, sind Christen muslimischer Herkunft manchmal dazu gezwungen, sich wie Muslime zu verhalten und ihren Glauben zu verbergen oder in ein anderes Land auszureisen, in dem ein Glaubenswechsel gestattet ist. Evangelisation ist verboten, jedoch können nichtmuslimische Gruppen sich in dafür vorgesehenen Gebäuden oder in Privathäusern zum Gottesdienst treffen.

Diktatorische Paranoia: Das Land wird von einer Dynastie regiert, die Druck auf die Gesellschaft ausübt und keine abweichende Meinung zulässt. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Vereinigungsfreiheit sind eingeschränkt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Islamische Normen und Werte, die sich in einem Stammeskontext herausgebildet haben, wie etwa die Familienehre, werden Christen aufgezwungen. Das betrifft besonders Christen mit muslimischem Hintergrund.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Gesellschaft der Emirate ist relativ tolerant gegenüber Gemeinschaften von ausländischen Christen und diese sind auch recht frei darin, Gottesdienste in dafür vorgesehenen Gebäuden oder Privathäusern durchzuführen. Im Gegensatz dazu stehen Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben unter großem Druck. Sie werden hauptsächlich von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld verfolgt, sodass es für die Regierung überflüssig ist, gegen sie vorzugehen. Auf diese Weise kann die Regierung aktiv religiöse Toleranz fördern, während sie gleichzeitig den Islam als einzig wahre Religion aufrechterhält.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Auch wenn ausländische Christen und Arbeitsmigranten frei in der privaten Ausübung ihres Glaubens sind, erlaubt die Regierung es ihnen nicht, zu evangelisieren oder in der Öffentlichkeit zu beten. Weil die Gesellschaft konservativ ist, sind Christen vorsichtig darin, was sie in der Öffentlichkeit sagen und tun. Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da sie sowohl von Familienmitgliedern als auch vom weiteren sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. Dieser starke Druck macht es Christen muslimischer Herkunft so gut wie unmöglich, ihren Glaubenswechsel bekannt zu machen. Aus diesem Grund gibt es kaum Berichte über Christen, die wegen ihres Glaubens angegriffen oder getötet wurden.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Christen muslimischer Herkunft, sowohl einheimische als auch ausländische Arbeiter, erleben hohen Druck vonseiten ihrer (Groß-)Familien, Arbeitgeber und der Gesellschaft. Es gab Fälle, bei denen solche Christen ihre Erbansprüche verloren, ihnen das Sorgerecht entzogen wurde,

sie zwangsverheiratet wurden, ihre Arbeitsstelle verloren oder sie unter Druck gesetzt wurden, ohne Entlohnung zu arbeiten. Viele von ihnen suchen Asyl in anderen Ländern.

- Während des Berichtszeitraums wurde mindestens einer Christin mit muslimischem Hintergrund eine Zwangsehe angedroht. Einige christliche Konvertiten mussten aufgrund des Drucks in ein anderes Emirat fliehen, einige weitere wurden finanziell unter Druck gesetzt und dazu gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen.
- Es gibt in den Vereinigten Arabischen Emiraten zu wenige Kirchengebäude, um dem Bedarf gerecht zu werden – vor allem, weil es seit Kurzem schwieriger geworden ist, nicht für Gottesdienste vorgesehene Gebäude wie Hotels und Schulen für Versammlungen zu nutzen, was zuvor toleriert worden war. Obwohl die regierenden Familien der Emirate Land für den Bau von Kirchen gestiftet haben, ist es nach wie vor schwierig, neue Kirchen zu gründen. Religiöse Organisationen sind nicht dazu verpflichtet, sich bei der Regierung registrieren zu lassen, aber es fehlt ihnen eine eindeutige rechtliche Zuordnung. Das führt für viele Gruppen zu einem unklaren Rechtsstatus und zu Schwierigkeiten bei der Ausführung bestimmter administrativer Funktionen, einschließlich von Bankgeschäften oder der Unterzeichnung von Mietverträgen.
- Es werden nur selten Fälle von Gewalt gegen Christen berichtet. Das Land wird polizeilich gut überwacht und ist im Allgemeinen friedlich. Zwischenfälle, von denen christliche Arbeitsmigranten betroffen sind, werden jedoch meist nicht berichtet, da niemand ein Interesse daran hat, dass diese an die Öffentlichkeit geraten: Das Opfer will seinen Job behalten und die anderen Akteure (etwa die Regierung) zeigt kein Interesse an solchen Angelegenheiten. Zudem ist es manchmal schwer zu erkennen, ob eine Misshandlung allein aufgrund des Glaubens des christlichen Arbeiters geschieht. Im Allgemeinen kann jedoch angenommen werden, dass der Glaube nichtmuslimischer Arbeitsmigranten, einschließlich Christen, zu größerer Verwundbarkeit führt.
- Laut dem „International Religious Freedom Report“ des US-Außenministeriums für 2017 blockieren die beiden größten Internetdienstanbieter, die beide mehrheitlich im Besitz der Regierung sind, weiterhin islamkritische und von der Regierung als extremistisch angesehene Webseiten, einschließlich muslimischer Webseiten; auch blockieren die Dienstanbieter weiterhin Webseiten zu religiösen Themen, unter anderem mit Informationen über den jüdischen und den christlichen Glauben und atheistische Vorstellungen sowie mit Berichten ehemaliger Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben. Auf diese Weise wird das Internet von der Regierung aktiv zensiert – dies zwingt Christen dazu, dabei vorsichtig zu sein, ihren Glauben online zum Ausdruck zu bringen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegen die Vereinigten Arabischen Emirate Platz 45 auf dem Weltverfolgungsindex 2019. Im Vorjahr hatte das Land ebenfalls 58 Punkte. Darin zeigt sich die Stabilität der derzeitigen Situation für Christen im Land.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Der Islam beherrscht das private und öffentliche Leben genauso wie den politischen Diskurs im Königreich. Folglich werden alle Bürger als Muslime gesehen. Das Gesetz des Königreiches erkennt einen Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben nicht an und offiziell ist die gesetzliche Strafe dafür der Tod. Christen muslimischer Herkunft sehen sich manchmal dazu genötigt, sich wie Muslime zu verhalten und ihren Glauben zu verbergen. Auch wenn es keine Berichte dazu gibt, dass die Todesstrafe gegen christliche Konvertiten je vollzogen wurde, ist allein die Existenz des Gesetzes eine wirkungsvolle Methode der Abschreckung. Die Stammeskultur ist stark mit dem Islam vermischt und so wird das Verlassen des Islam als Verrat an der Familie verstanden. Generell üben Familien starken sozialen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, um sie dazu zu bewegen, zum Islam zurückzukehren, die Region zu verlassen oder nicht über ihren neuen Glauben zu sprechen. Zudem betrachten einige ethnische Araber ausländische Christen als Bedrohung für ihre Sprache, da Arabisch als heilige Sprache des Koran gesehen wird, und auch für ihre Religion und Kultur.

Diktatorische Paranoia

Die Vereinigten Arabischen Emirate sind keine Demokratie. Das Land wird von einer Dynastie regiert, die verschiedene grundlegende Menschenrechte nicht anerkennt. Die Machthaber üben Druck auf die Gesellschaft aus und lassen keine abweichende Meinung zu. Da sich die Triebkräfte Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia zu einem gewissen Grad überschneiden, weist das Regime auch Merkmale Islamischer Unterdrückung auf, indem es die Rechte von Christen gegenüber Muslimen einschränkt, insbesondere was das kirchliche Leben angeht.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die konservative islamische Gesellschaft ist die größte Bedrohung für Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Bürger erwarten von ihren Machthabern eine islamische Regierungsführung, wobei die Scharia die Grundlage der Gesetzgebung ist. Die Regierung geht gegen jeden Christen vor, der versucht, das Evangelium weiterzugeben, da Missionierung illegal ist und strafrechtlich verfolgt werden kann. Der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist gesellschaftlich völlig inakzeptabel. Wer als Muslim dennoch den christlichen Glauben annimmt, riskiert, von der Familie ausgestoßen oder sogar getötet zu werden, weil er Schande über sie gebracht hat. Darüber hinaus bilden die Bürger arabischer Herkunft die oberste soziale Schicht und schauen auf Ausländer herab, vor allem auf die armen und gering qualifizierten Arbeitskräfte aus Südostasien und Afrika. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden und daher wehrlos gegenüber den Forderungen ihrer Chefs. Ausländische christliche Gastarbeiter werden so leicht Opfer von Diskriminierungen, Demütigungen und Misshandlungen durch ihre Arbeitgeber; aber auch von ihren muslimischen Gastarbeiter-Kollegen werden sie diskriminiert und schlecht behandelt.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die Regierung der Emirate duldet keine Kritik, vor allem nicht von (ausländischen) Christen. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ berichtete 2017: „[…] die lokale Medienlandschaft wird streng kontrolliert. Nahezu alle Medien, die das emiratische Publikum

erreichen, sind entweder im Besitz der Behörden oder stark von ihnen beeinflusst. Personen, die Onlineplattformen gebrauchen, um abweichende Ansichten oder sensible Informationen zu veröffentlichen, sind seit Jahren willkürlich und ohne gesetzliche Grundlage inhaftiert oder mit kaum ordentlichen Gerichtsverfahren strafrechtlich verfolgt worden.“ In diesem Umfeld müssen Christen immer vorsichtig vorgehen.

4. Hintergrund

Die Vereinigten Arabischen Emirate bestehen aus sieben Emiraten, die eigene Herrscher haben und Anfang der 1970er-Jahre in einer Föderation vereint wurden. Jedes Emirat hat einen Sitz im Obersten Herrscherrat – der obersten Autorität in Bezug auf Verfassung, Exekutive und Gesetzgebung. Die Emirate sind keine Demokratie; die Machthaber üben Druck auf die Bevölkerung aus und lassen keine abweichende Meinung zu. Alle politischen Entscheidungen liegen bei den dynastischen Herrschern der sieben Emirate und es gibt keinen Raum für die Stimme des Volkes. Die Religions-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit sind im Königreich stark eingeschränkt.

Im Gegensatz zum Golfstaat Bahrain scheint die Welle der Aufstände des „Arabischen Frühlings“ von 2011 die Vereinigten Arabischen Emirate kaum beeinflusst zu haben. Dies ist bemerkenswert, da die emiratische Gesellschaft mehr auf Stammesloyalität als auf demokratischen Normen beruht. Die Bevölkerung scheint jedoch der Regierung zu vertrauen – deren großzügige Verteilung des Ölreichtums spielt dabei offensichtlich eine bedeutende Rolle. Die Emirate sind pro Kopf gemessen der viertreichste Staat der Welt und besitzen die sechstgrößten Ölreserven der Welt. Das hat zu einer großen Zahl von Einwanderern geführt. Nur 15 Prozent der Bevölkerung sind Staatsbürger. Das Land hat Strategien zur wirtschaftlichen Strukturdiversifikation entwickelt und umgesetzt, um eine zu starke Abhängigkeit vom Öl zu vermeiden.

5. Betroffene Christen

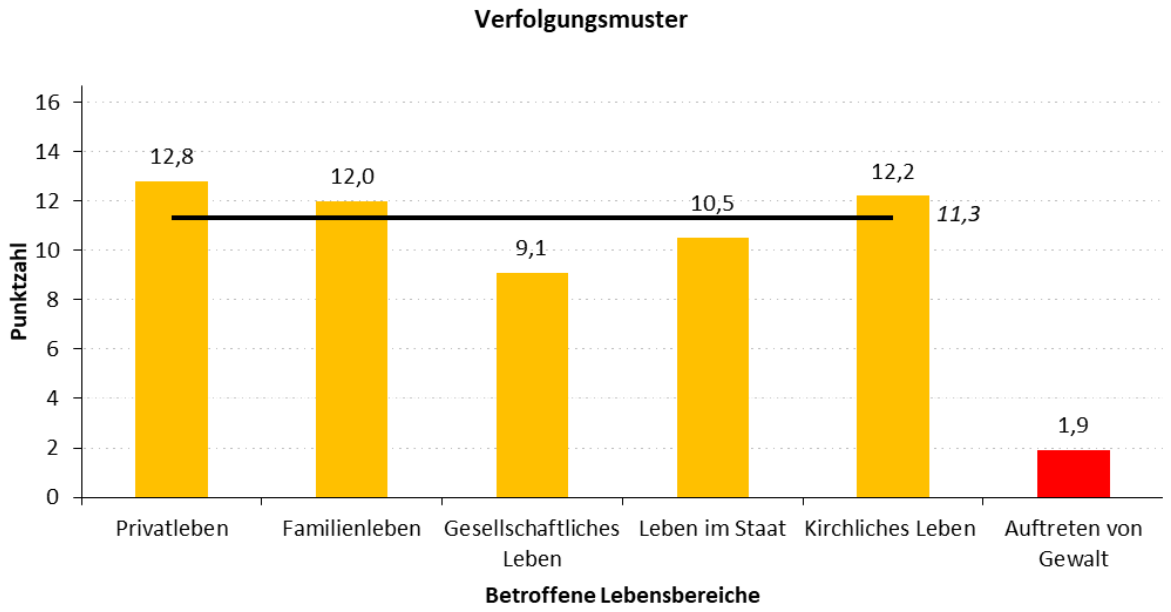
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die Mehrheit der Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten gehört dieser Gruppe an, welche einige Freiheiten genießt, aber auch mit gewissen Einschränkungen konfrontiert ist. Afrikanische und asiatische Migranten haben vergleichsweise weniger Freiheit als westliche, aber mehr Freiheit als christliche Konvertiten, solange sie nicht unter Muslimen evangelisieren.

Christen muslimischer Herkunft

Christliche Konvertiten sind die Gruppe im Land, die gegen Verfolgung am schutzlosesten ist. Sie stehen unter starkem Druck von Verwandten, Familie und der muslimischen Gesellschaft, da Regierung, Gesetze und Kultur islamisch geprägt sind.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vereinigte Arabische Emirate

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,3 Punkte), ging jedoch gegenüber 11,6 Punkten im vergangenen Jahr etwas zurück. Der Hauptgrund für diese Verbesserung ist, dass laut Berichten der Druck auf nichteinheimische Christen muslimischer Herkunft etwas geringer war.
- Obwohl alle Lebensbereiche hohen und sehr hohen Druck zeigen, ist dieser am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“, wo er überall bei 12,0 Punkten oder mehr liegt. Dies spiegelt auf der einen Seite die schwierige Situation der christlichen Konvertiten wider, die einem sehr hohen Druck durch ihre (Groß-)Familie ausgesetzt sind. Zum anderen ist es sowohl für solche Konvertiten als auch für ausländische Christen schwierig, kirchliches Leben zu gestalten, da Missionstätigkeit und die Integration von Christen muslimischer Herkunft in die Gemeinde gesellschaftlich nicht akzeptiert sind.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von 0,2 auf nun 1,9 Punkte gestiegen. Es gab mehr Berichte über Vorfälle, und die Situation von (weiblichen) Hausangestellten konnte präziser bewertet werden. Auch wenn dies zu einem Anstieg der Wertung führte, ist es möglich, dass das Auftreten von Gewalt in den vergangenen Jahren unvollkommen erfasst wurde.

Privatleben

Der Druck auf Christen, insbesondere solche muslimischer Herkunft, ist in diesem Lebensbereich am stärksten. Der Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion ist verboten. Aufgrund der gravierenden gesellschaftlichen Diskriminierung und Stigmatisierung von Christen ist der Besitz von christlichen Materialien besonders für Muslime gefährlich, die sich für den christlichen Glauben interessieren oder sich bereits bekehrt haben, aber aus Sicherheitsgründen ihren Glauben geheim halten.

Familienleben

Der Druck ist in diesem Lebensbereich ebenfalls sehr stark und wird vor allem bei Angelegenheiten wie Ehe, Kindererziehung, Erbrecht und Sorgerecht sichtbar. Interreligiöse Ehen sind nur zwischen einem muslimischen Mann und einer nichtmuslimischen Frau erlaubt. Im Falle einer Scheidung gewährt das Gesetz das Sorgerecht für alle Kinder nichtmuslimischer Frauen, die nicht zum Islam konvertieren, dem muslimischen Vater. Nach dem Gesetz ist eine nichtmuslimische Frau, die nicht konvertiert, auch nicht zum Erwerb der Staatsbürgerschaft berechtigt und kann das Eigentum ihres Mannes nicht erben, es sei denn, sie wird in seinem Testament als Begünstigte genannt.

Gesellschaftliches Leben

Für Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist das Leben in der Gesellschaft nicht einfach. Der ethnische Hintergrund kann jedoch genauso wichtig sein wie die religiösen Überzeugungen. In einer sehr konservativen und islamischen Gesellschaft ist es herausfordernd, Christ zu sein. Ein Experte für das Land berichtet: „Es gibt keine spezifischen Gesetze oder gebräuchliche Verfahren, die es Christen verwehren, kommunale oder ähnliche Einrichtungen zu nutzen. Allerdings schränken sich Christen häufig aus Sicherheitsgründen selbst ein. Dies hat zur Folge, dass der bereits existierende gesellschaftliche Missbrauch und die Diskriminierung Christen und andere Nichtmuslime daran hindern, öffentliche Einrichtungen und Foren zu nutzen, weil sie sich nicht sicher fühlen."

Zudem werden christliche Konvertiten aller Voraussicht nach aus der Gesellschaft ausgeschlossen, wenn ihr Glaube bekannt wird.

Leben im Staat

Der Islam ist die Staatsreligion der Vereinigten Arabischen Emirate und die Gesetzgebung basiert überwiegend auf der Scharia. Gerichte wenden daher ebenfalls Gesetze an, die auf islamischem Recht basieren. Christen müssen daher ihr Leben auf eine Weise führen, die von anderen bestimmt wird – zum Beispiel dürfen sie währen des Ramadan nicht in der Öffentlichkeit essen oder trinken. Christen ist es auch nicht erlaubt zu missionieren, während Muslime dazu ermutigt werden, dies zu tun. Generell sind (soziale) Medien dem Islam gegenüber positiv eingestellt und gegenüber Christen voreingenommen.

Kirchliches Leben

Da es eine beträchtliche Zahl ausländischer Christen im Land gibt, bestehen mehr als zwei Dutzend offizielle Kirchen. Die Zahl der bestehenden Kirchen reicht für die große Zahl der Christen im Land jedoch nicht aus. Außerdem erlaubt es die Regierung den Gemeinden nicht, in der Öffentlichkeit Gottesdienst zu feiern, zu predigen oder zu beten. Darüber hinaus ist die Gesellschaft der Emirate konservativ und zwingt Kirchen, sich im öffentlichen Ausdruck ihres Glaubens zurückzuhalten. Sie müssen auch im Kontakt mit der muslimischen Bevölkerung sehr vorsichtig sein, vor allem weil alles,

was als Missionierung von Muslimen ausgelegt werden könnte, strengstens verboten ist. Kirchen von ausländischen Christen müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie Christen muslimischer Herkunft in ihre Gemeinden aufnehmen.

Im Gegensatz zu vorherigen Jahren ist die Regierung in Dubai im aktuellen Berichtszeitraum gegen Versammlungen in nicht dafür vorgesehenen Gebäuden wie Hotels oder Tagungsstätten vorgegangen. Auch wenn Quellen angeben, dass diese Vorgehensweise nicht religiös motiviert war, sondern in Übereinstimmung mit Gesetzen der öffentlichen Ordnung geschah, ist das Fehlen von Kirchengebäuden und Orten für Gottesdienste das tieferliegende Problem, das die Regierung aber nicht zu beschäftigen scheint.

Auftreten von Gewalt

Das geringe Ausmaß der Gewalt gegen Christen ist typisch für die Golfstaaten. Die Regierung braucht gar nicht gegen Christen vorzugehen, da der gesellschaftliche Druck so hoch ist und Christen Selbstzensur üben. Beispiele für das Auftreten von Gewalt gegen Christen finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Christliche Frauen sind in den Vereinigten Arabischen Emiraten nach wie vor besonders verwundbar, da Frauen allgemein als minderwertig gegenüber Männern behandelt werden. Stammesstrukturen beeinflussen, wie stark christliche Konvertiten die Verfolgung zu spüren bekommen: Diese Verfolgung betrifft Frauen und Mädchen stärker, entsprechend ihres niedrigeren Status und ihrer geringeren Freiheiten innerhalb der Kultur. Eine wichtige Einschränkung, der Christinnen muslimischer Herkunft ausgesetzt sind, ist, dass sie keinen Nichtmuslim heiraten dürfen. Amnesty International berichtete auch, dass einige Gesetze zur Verbesserung der Rechte ausländischer Arbeiter die zumeist weiblichen Hausangestellten ausdrücklich davon ausgeschlossen haben. Die Misshandlung und der sexuelle Missbrauch von Arbeitsmigranten wurde daher zu einem auch international wichtigen Thema. Obwohl nicht in erster Linie religiös motiviert, gibt es Anzeichen dafür, dass nichtmuslimische Arbeitsmigranten, von denen sehr viele weiblich sind, in größerer Gefahr stehen, Opfer eines solchen Missbrauchs zu werden, als Muslime.

Männer

Männliche Christen aus dem Ausland erleben Druck wegen ihres Glaubens vor allem im Bereich ihrer Arbeit. Für männliche Konvertiten ist der Einfluss ihres Glaubens viel weitgehender; höchstwahrscheinlich werden sie von ihren Familien verstoßen, was eine größere soziale Ausgrenzung nach sich zieht: 1.) Ihre Familien werden sie nicht mehr unterstützen; 2.) sie verlieren den Zugang zu Gütern des täglichen Bedarfs, die sie von der Familie erhalten haben; 3.) eine Arbeit in der beziehungsorientierten Kultur der Vereinigten Arabischen Emirate zu finden wird schwieriger; und 4.) keine Familie wird ihrer Tochter erlauben, einen Mann zu heiraten, der seine Familie nicht respektiert.

Hat ein christlicher Konvertit eine Familie und einen Arbeitsplatz, bevor er seinen Glauben wechselt, ist es wahrscheinlich, dass er seine Arbeitsstelle verliert. Das hat starke Auswirkungen auf seine Familienmitglieder, da Männer fast immer die Hauptverdiener der Familie sind. Ein Experte für das Land erklärt: „Meistens sind Männer und Jungen die Alleinverdiener, und deshalb tragen sie die

Hauptlast der Diskriminierung, um ihren Familien zu helfen.“ Es ist aber auch nicht unwahrscheinlich, dass ein Konvertit auch das Sorgerecht für seine Kinder und seine Frau durch Scheidung verliert.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Unter den Gemeinschaften von Ausländern haben andere religiöse Minderheiten ein ähnlich hohes Maß an Freiheit wie ausländische Christen. Bemerkenswert ist beispielsweise, dass der Bau des ersten Hindu-Tempels im Nahen Osten genehmigt wurde, der 2020 in Abu Dhabi fertiggestellt werden soll. Analysten stellen vor allem heraus, wie stark man einer polytheistischen Religion entgegenkommt. Schiitische Muslime sind sowohl aus politischen als auch aus religiösen Gründen mit Herausforderungen konfrontiert. Sie erhalten keine vergleichbare Unterstützung durch den Staat wie die Gemeinschaften der sunnitischen Mehrheit (etwa in Form von Gehältern ihrer religiösen Leiter). Der „International Religious Freedom Report“ für 2017 des US-Außenministeriums meint: „Die Regierung erlaubte weiterhin das private Leben des Glaubens [...] und erteilte im Einzelfall Genehmigungen, Gotteshäuser zu bauen.“

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Es kann politische Stabilität erwartet werden, da die Herrscher der Emirate sich gegenseitig unterstützen. Es gibt keine nationalen Wahlen und politische Parteien sind verboten, weshalb die Bürger keine Möglichkeit haben, ihre Regierung zu ändern. Regierungsposten werden hauptsächlich nach Stammesloyalitäten besetzt. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint nicht sehr politisch interessiert oder engagiert zu sein. Eine großzügige Verteilung des Wohlstands scheint die Bevölkerung derzeit zu beschwichtigen, auch wenn die historisch bedingt ärmeren nördlichen Emirate mit ihren Forderungen nach politischen Veränderungen ein gewisses Risiko darstellen. Im Allgemeinen scheinen die Vereinigten Arabischen Emirate im Vergleich zu ihren regionalen und direkten Nachbarstaaten stabil und liberal zu sein. Ein liberalisierender Trend in der Einstellung der Gesellschaft scheint sich insbesondere unter der jüngeren Generation fortzusetzen. Dazu betonen weiterhin die Rhetorik und auch gewisse Handlungen der Bundesbehörden, dass die Emirate ein Land religiöser Toleranz sind.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Die Behandlung nicht genehmigter Kirchen durch die Behörden in Dubai ist besorgniserregend. Obwohl Quellen darauf hinweisen, dass das jüngste Vorgehen nicht religiös motiviert war, wurde es als „unbarmherzig und gefühllos“ beschrieben. Die fortwährende Weigerung der Regierung Dubais, Anträge für den Bau neuer Kirchengebäude zu prüfen, ist ein Grund zur Sorge und wird sich vermutlich auch in anderen Emiraten fortsetzen.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate ihre misstrauische Haltung gegenüber allen Arten von Vereinigungen und Versammlungen, einschließlich Gottesdiensten, ändert. Es wird weiterhin Überwachungen geben und die Regierung wird voraussichtlich auch in Zukunft alles, was öffentlichen Aufruhr verursachen könnte, einschließlich die Weitergabe des Evangeliums, streng kontrollieren.

Schlussfolgerung

Die Vereinigten Arabischen Emirate genießen trotz der zunehmend unruhigen Situation in der Region Stabilität. Es bleibt abzuwarten, ob die selbstbewusstere Positionierung des Landes in der Region (etwa in Bezug auf die Politik gegenüber Somalia, dem Jemen, Katar und anderen) dazu führt, dass der Einfluss der Emirate als progressive islamische Nation gesichert wird, oder ob solche Vorstöße sich als nicht erfolgreich erweisen und damit die Form des Islam, den die Emirate abbilden wollen, beschädigt wird. Sollten sie nicht erfolgreich sein oder das Land in regionalen Konflikten versanden, könnten die Emirate einer steigenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung entgegenblicken. Daraus könnte ein steigender Einfluss konservativerer religiöser Fraktionen erwachsen. Dieses Szenario scheint jedoch momentan nicht sehr wahrscheinlich zu sein. Dringender sind die wirtschaftlichen Herausforderungen, besonders für Dubai. Die Notwendigkeit, weitere internationale Investoren anzulocken, könnte die Offenheit und Toleranz gegenüber religiöser und kultureller Vielfaltsicherstellen. Eine Quelle beschreibt es so: „Wir können uns an einer guten Portion Religionsfreiheit erfreuen. Das Land ist der Welt gegenüber offen. Das ist gleichzeitig das Geheimnis der Entwicklung dieses Landes.“

zurück zur Länderübersicht

Sri Lanka: Platz 46

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Religiös motivierter Nationalismus: Von allen Singhalesen wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Deswegen werden nicht nur Christen aus der ethnischen Minderheit der Tamilen als Bürger zweiter Klasse behandelt, sondern auch singhalesische Christen misstrauisch beäugt und regelmäßig beleidigt und angegriffen. Das gilt noch stärker für Mitglieder protestantischer Freikirchen und vor allem für christliche Konvertiten. Christen aus traditionellen Kirchen wie der Römisch-Katholischen Kirche werden bis zu einem gewissen Grad mehr akzeptiert, da sie sich eher innerhalb der unausgesprochenen Grenzen der Gesellschaft bewegen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie nicht auch von Diskriminierungen oder gelegentlichen Angriffen betroffen sind.

Konfessioneller Protektionismus: Ein Vorfall wie der im Jahr 2017, als ein römisch-katholischer Bischof behauptete, es habe keine Angriffe auf Kirchen in Sri Lanka gegeben, und damit dutzende protestantische Kirchen herabsetzte, die attackiert worden waren, hat sich im aktuellen Berichtszeitraum nicht wiederholt. Solche Ansichten herrschen jedoch weiterhin bei vielen vor, die sich im Kreis der Regierung bewegen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die Verfolgung geht hauptsächlich von extremistischen buddhistischen Gruppen aus, die manchmal von (lokalen) Beamten unterstützt werden. Während die Wahl einer neuen Regierung im Jahr 2015 zu einem leichten Rückgang der Aktivitäten der Gruppierung „Bodu Bala Sena“ (BBS) geführt hat, sind andere Bewegungen wie „Sinha Le“ aktiv geworden und haben an Stärke gewonnen. Sie beanspruchen Sri Lanka als buddhistische, singhalesische Nation. Diese Ideologie propagieren sie unter anderem mit einer groß angelegten Aufkleber-Kampagne. BBS hat sich in eine politische Partei umgewandelt, die aber bis jetzt nicht besonders erfolgreich war. Obwohl sich BBS eher darauf konzentriert, die muslimische Minderheit zu attackieren, werden Christen und ihre Kirchen ebenfalls häufig angegriffen. Die Regierung setzte ein starkes Signal gegen solche Gewalt, als ein führender Mönch der BBS im August 2018 zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren verurteilt wurde (mehr dazu im Abschnitt „Hintergrund“). Einige buddhistische Geistliche nutzen soziale Medien aktiv dazu, Hass gegen religiöse Minderheiten im Land zu schüren. Im Berichtszeitraum haben verschiedene buddhistische Gruppierungen an Prominenz gewonnen, etwa die „Mahason Balakaya“, die aus buddhistischen Mönchen besteht.

Neben solchen extremistischen Bewegungen beschimpfen Familienangehörige und Dorfvorsteher in ländlichen Gegenden Christen und verlangen von ihnen, das Dorf zu verlassen.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen buddhistischer oder hinduistischer Herkunft leiden unter der stärksten Verfolgung. Von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld werden sie schikaniert, diskriminiert und ausgegrenzt. Sie werden unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, da ihr Glaubenswechsel als Verrat

betrachtet wird: Von allen Singhalesen (der Mehrheit der Bevölkerung in Sri Lanka) wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Ebenso wird unter der tamilischen Minderheit im Nordosten des Landes erwartet, dass jeder Tamile Hindu ist. Ausgenommen sind hiervon die Mitglieder der traditionellen Kirchen. Die christliche Minderheit wird teilweise toleriert, aber christliche Konvertiten nicht. Zudem geraten protestantische Freikirchen häufig ins Visier von Nachbarn – denen sich oftmals buddhistische Mönche und lokale Beamte anschließen –, die sie auffordern, die Kirchengebäude, die sie als illegal ansehen, zu schließen. Immer wieder führt dies schließlich dazu, dass sich Mobs bilden, die gegen die Kirchen protestieren und sie angreifen, besonders in ländlichen Gebieten. Solche Berichte gibt es aus allen Regionen des Inselstaats.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Am 9. September 2018 stoppte eine Gruppe von etwa 100 Menschen den Gottesdienst der „Assemblies-of-God"-Gemeinde in Beliatta im Bezirk Hambantota. Die Angreifer beschädigten ein Fenster sowie zwei vor der Kirche geparkte Motorräder und entfernten religiöse Symbole, die an der Eingangstür angebracht waren. Einige drangen in das Grundstück ein und drohten, den Pastor und seine Familie zu töten. Sie verlangten, dass die Christen aufhören sollten, Menschen zum Gottesdienst zusammenzubringen, und forderten sie auf, das Dorf zu verlassen. Zudem beschimpften sie die Frauen in der Gemeinde obszön und verlangten, dass der Pastor die versammelte Gemeinde wegschicken sollte. Als ein buddhistischer Mönch erschien, wiederholte er die Forderung des Mobs und verschärfte die Situation, indem er behauptete, den Pastor bereits zuvor gewarnt zu haben. Es gelang der Polizei nur mit großer Mühe, die Situation zu beruhigen und den Pastor und seine Familie zu schützen.
- An den meisten staatlichen Schulen gibt es keinen christlichen Religionsunterricht und so sind christliche Schüler gezwungen, am buddhistischen oder hinduistischen Unterricht teilzunehmen. Es gab zudem Berichte, nach denen Kinder gezwungen wurden, an buddhistischen Ritualen teilzunehmen.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 58 Punkten steht Sri Lanka auf dem 46. Platz des Weltverfolgungsindex 2019, das entspricht einem Anstieg von einem Punkt gegenüber dem Vorjahr. Weder der Wert für Gewalt noch die Wertung für den Druck auf Christen sind signifikant angestiegen. Der Druck war am stärksten in den Bereichen „Privatleben" (für Christen mit buddhistischem, muslimischem und hinduistischem Hintergrund) und „Leben im Staat" (besonders für Christen, die nicht zu traditionellen Kirchen gehören) spürbar.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus

Die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka ist ein säkularer Staat. Dennoch stellt die Verfassung den Buddhismus an die erste Stelle und sieht ihn offensichtlich als Staatsreligion an. Kapitel 2 der Verfassung verlangt: „Die Republik Sri Lanka soll dem Buddhismus den obersten Platz einräumen und dementsprechend soll es die Pflicht des Staates sein, die Buddha Sasana (buddhistische Lehre) zu schützen und zu fördern, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass allen Religionen die Rechte der Artikel 10 und 14(1)(e) zugestanden werden." Diese Vorschrift aus Artikel 9 wurde sowohl in der 19.

Verfassungsänderung von 2015 als auch in der 2017 vorgeschlagenen 20. Verfassungsänderung unverändert stehen gelassen. Die Rechte in Bezug auf Religions- und Glaubensfreiheit, die in den Artikeln 10 und 14 zugesichert werden, können allerdings eingeschränkt werden, was auch auf subtile Weise geschieht, wie im Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt“ aufgezeigt wird.

Die Idee einer Vorherrschaft des Buddhismus ist immer noch eine weitverbreitete Vorstellung im Land. Von allen Singhalesen wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Deswegen werden nicht nur tamilische Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt, sondern auch singhalesische Christen misstrauisch beäugt und regelmäßig beleidigt und angegriffen. Täter sind nicht nur staatliche Behörden, was schon der Name „Ministerium für religiöse Angelegenheiten und buddhistische Sasana“ vermuten lässt, sondern auch buddhistische Mönche und lokale Behörden. Extremistische buddhistische Gruppen, wie die „Bodu Bala Sena“ (BBS, übersetzt: „buddhistische Streitkräfte“) und die „Sinhala Ravaya“ (SR), werden durch buddhistische Mönche angeführt und sind bekannt dafür, Mobs zu Angriffen auf die muslimische Minderheit sowie – zu einem geringeren Maß – auf Christen anzustacheln. Obwohl sie nicht mehr so präsent sind, wie sie es vor dem Regierungswechsel im Januar 2015 waren, ist ihr extremistischer Einfluss noch immer spürbar und die Angriffe auf christliche Gemeinden gehen im selben Maße weiter. Die Vorrangstellung des Buddhismus ist im Alltag religiöser Minderheiten wie Muslimen und Christen weiterhin sehr stark spürbar, aber es sind nicht mehr die BBS oder SR, die hier führend sind, sondern einfache Mönche und Dorfbewohner.

3. Verfolger

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus

Die Hauptverfolger sind extremistische buddhistische Gruppen und Regierungsbeamte, häufig auf der lokalen Ebene. Obwohl die Wahl einer neuen Regierung im Jahr 2015 zu einer Reduzierung der Aktivitäten der BBS geführt hat, haben andere Bewegungen wie SR an Stärke gewonnen. Sie beanspruchen Sri Lanka als buddhistische, singhalesische Nation und konzentrieren sich derzeit vor allem auf ihren Kampf gegen die muslimische Minderheit. BBS hat sich in eine politische Partei umgewandelt, die bis jetzt aber auf politischem Gebiet nicht viel Einfluss erlangen konnte. Anführer der ethnischen Singhalesen, die häufig mit extremistischen Gruppen verknüpft sind, fordern ebenfalls den Schutz der singhalesischen Mehrheit. Häufig sind auch religiöse Leiter wie Mönche an der Verfolgung beteiligt. Familienangehörige sowie Dorfvorsteher in ländlichen Gegenden beschimpfen christliche Konvertiten oftmals und verlangen von ihnen, das Dorf zu verlassen. Politische Parteien neigen dazu, sich Rufen zum Schutz des buddhistischen Erbes des Landes anzuschließen, da dies Stimmen sichert. Junge buddhistische Leiter nutzen soziale Medien, um Hass gegen die religiösen Minderheiten des Landes zu schüren. Extremistische buddhistische Gruppen gewinnen zudem an Einfluss, wie etwa die „Mahason Balakaya“, die aus Mönchen besteht. In jüngster Vergangenheit gewannen zudem auch extremistische hinduistische Gruppen im hauptsächlich von Hindus bewohnten Nordosten des Landes an Einfluss, welche sich der RSS-Bewegung zurechnen, die in Indien als starker Verfolger bekannt ist.

4. Hintergrund

Um den Buddhismus Sri Lankas zu verstehen, ist es hilfreich, das traditionelle Dreieck Sri Lankas zu verstehen: Das singhalesische Leben hat drei Bezugspunkte, nämlich den Tempel, das Dorf und den See (als Symbol für Bewässerung und Landwirtschaft). Nichts sollte in dieses Dreieck eindringen; daher wird alles, was von außerhalb kommt, mit Misstrauen betrachtet. Die buddhistischen Gruppen Sri Lankas beschäftigen sich daher weniger mit den philosophischen Themen des Buddhismus, die im Westen so populär sind, sondern eher mit dem für sie sehr realen Kampf darum, dieses traditionelle Dreieck zu bewahren. Alle Aktivitäten der BBS und SR können vor diesem Hintergrund als Versuche gesehen werden, Angriffe auf diese Sicht der Gesellschaft abzuwehren. Selbst gewalttätige Zusammenstöße und Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit (wie sie sich im Jahr 2014 ereigneten und, in geringerem Maße, im März 2018) sowie Angriffe gegen Christen können mit diesem Wunsch nach der Erhaltung des Dreiecks erklärt werden. Muslimische und christliche Minderheiten werden als Bedrohung wahrgenommen. Dies zeigte sich ebenso bei einem anderen Vorfall im Mai 2017: In einer an den Minister für nationales Zusammenleben gerichteten Rede kritisierte der leitende Mönch der BBS, Galagoda Aththe Gnanasera Thero, die Anwesenheit von „christlichen Missionaren“ und erklärte sie gewissermaßen zu legitimen Zielen. Dieser Mönch wurde im Juni 2018 nach der Einschüchterung der Ehefrau eines entführten Journalisten zu zwei Gefängnisstrafen von jeweils sechs Monaten und im Juli 2018 aufgrund von Missachtung des Gerichts in einem überraschend harten Urteil zu sechs Jahren im Gefängnis verurteilt. Auch wenn das Urteil angefochten wird, sendet es ein starkes Signal an extremistische buddhistische Gruppen, dass sie nun darauf achten müssen, was sie tun.

Sri Lankas jüngste Geschichte ist geprägt durch einen 26-jährigen Bürgerkrieg, der erst 2009 blutig beendet wurde. In diesem Bürgerkrieg kämpfte die überwiegend hinduistische Minderheit der Tamilen, größtenteils in den nördlichen und östlichen Provinzen des Landes beheimatet, um Unabhängigkeit. Die „Tamil Tigers“ (LTTE) erlangten weltweite Bekanntheit. Sowohl die Truppen der Regierung als auch die LTTE begingen Kriegsverbrechen und eine der größten Herausforderungen ist nun, wie mit diesem Erbe umgegangen werden soll. Eine Versöhnung, sei es durch nur innerstaatliche Bemühungen oder mit internationaler Hilfe, ist immer noch in weiter Ferne. Es hat seit mehreren Jahren keinen Fortschritt gegeben. Eine weitere wichtige Frage, die mit diesem Thema verbunden ist, ist die der Demilitarisierung des Landes. Durch den langen Bürgerkrieg und die ständig zunehmenden geschäftlichen Aktivitäten der Armee bestehen die Streitkräfte derzeit aus ungefähr 260.000 Soldaten. Der Prozess geht nur langsam voran und es wird schwierig sein, diese Soldaten wieder in das zivile Leben zu integrieren. Dazu kommt, dass die Armee sich nicht die lukrativen Möglichkeiten entgehen lassen will, die durch diese Geschäfte entstehen.

Schließlich bleibt die Frage, wie extremistische buddhistische Gruppen wie die BBS und die SR in der Zukunft handeln werden. Es sah aus, als ob sie aus dem Nichts gekommen wären, und sie wuchsen in kürzester Zeit (die BBS hielt ihre erste nationale Versammlung im Juli 2012 ab). Während die meisten ihrer Führer bereits vorher politisch aktiv waren, war der Einfluss der Gruppen und ihre Radikalität gegenüber religiösen Minderheiten beispiellos. Ihre Aktivitäten blieben bis vor Kurzem unbehindert, sodass der Vorwurf, die vorherige Regierung – besonders der Verteidigungsminister – habe diese Gruppen zumindest stillschweigend unterstützt, an Glaubwürdigkeit gewinnt. Die Verurteilung eines leitenden Mönchs der BBS zu sechs Jahren im Gefängnis aufgrund von Missachtung des Gerichts könnte zu einer echten Veränderung führen. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie das Gericht auf seinen Einspruch reagiert – und inwiefern Proteste und mögliche Vergeltungsmaßnahmen zu Gewalt führen. In einer schockierenden Entwicklung, die für große Unruhe sorgte, entließ Präsident Sirisena Ende

Oktober 2018 Premierminister Wickremesinghe, suspendierte das Parlament und setzte den früheren Präsidenten Mahinda Rajapaksa als neuen Premierminister ein. Nachdem das Parlament zwei Misstrauensvoten gegen ihn gefasst hatte, entschied das Verfassungsgericht im Dezember 2018, dass das Handeln von Präsident Sirisena gegen die Verfassung verstieß. Da inzwischen mehrere Parlamentsmitglieder, die zur Partei von Rajapaksa gehört hatten, zur Partei des verdrängten Premierministers gewechselt waren, wurde das Urteil überraschenderweise akzeptiert.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Dies sind Gruppen wie die Römisch-Katholische Kirche und die acht Denominationen, die zum Nationalrat der Christen gehören. Sie erleben weniger Verfolgung oder Gewalt, sind aber von der Gesamtatmosphäre der buddhistischen Vorherrschaft betroffen und werden manchmal daran gehindert, Kirchengebäude zu errichten.

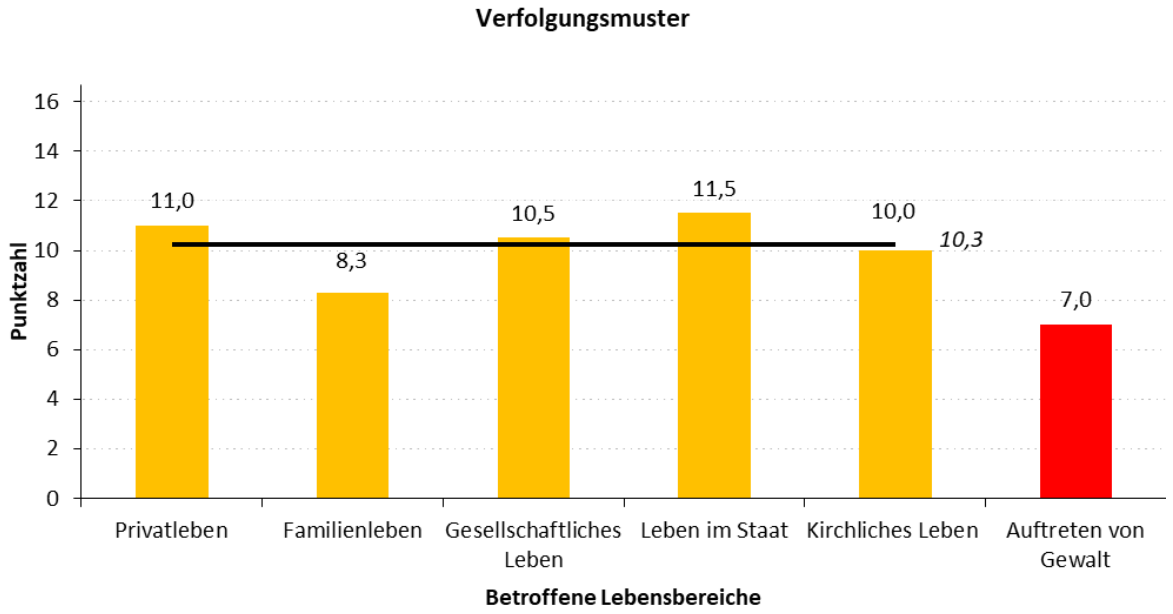
Christen buddhistischer/muslimischer/hinduistischer Herkunft

Christen mit buddhistischem, muslimischem oder hinduistischem Hintergrund sind mit häufigen Anfeindungen und auch gewalttätigen Angriffen konfrontiert. Konvertiten, die erst vor kurzer Zeit Christen geworden sind, werden meist als Verräter angesehen und daher von den Menschen in ihrem sozialen Umfeld bedrängt, verbal und körperlich angegriffen und gemieden. Dies passiert zumeist in ländlichen Gebieten und war in der Vergangenheit nur in den südlichen Provinzen und in den nördlichen Zentralprovinzen des Landes deutlich sichtbar. Mit dem Ende des Bürgerkriegs breitete sich diese Tendenz aber auch in die nördlichen und östlichen Provinzen Sri Lankas aus.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten- und Pfingstgemeinden sind oft von gewalttätigen Angriffen betroffen, doch seit den Wahlen von 2015 gehen diese von anderen Tätern aus. Während zuvor die meisten Angriffe von den großen buddhistisch-extremistischen Gruppen ausgingen, werden die Angriffe jetzt meist von buddhistischen Mönchen des Dorfes und lokalen Regierungsbeamten angeführt, die Christen rechtliche Beschränkungen auferlegen oder gewalttätige Vorfälle gegen sie vertuschen. Zwar haben sich die Verfolger geändert, aber die grundsätzliche Situation bleibt im Großen und Ganzen dieselbe.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sri Lanka

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Insgesamt ist der Druck auf Christen in Sri Lanka hoch geblieben und von 10,1 Punkten im vergangenen Jahr auf 10,3 Punkte angestiegen.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Leben im Staat“, „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Während der Druck im Leben im Staat typisch für Länder ist, die von der Triebkraft des Religiös motivierten Nationalismus betroffen sind, weist der Druck im Privatleben und gesellschaftlichen Leben auf die Schwierigkeiten hin, die Christen mit anderem religiösen Hintergrund erleben. Auch im Bereich des kirchlichen Lebens ist der Druck hoch, was mehrere Vorfälle wiederspiegelt, bei denen Mobs (meist angeführt von buddhistischen Mönchen und häufig unterstützt von lokalen Beamten) vor Kirchen auftauchten, Gottesdienste störten und verlangten, dass Kirchen geschlossen werden sollten.
- Die Punktzahl für Gewalt gegen Christen erhöhte sich von 6,9 Punkten im Vorjahr auf 7,0 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum.

Privatleben

Christen buddhistischer Herkunft erleben Widerstand von ihren Familien und Verwandten. Auch andere Menschen aus ihrem sozialen Umfeld wenden sich gegen sie. Christen muslimischer und hinduistischer Herkunft erleben ebenfalls diese Art von Widerstand. Deshalb stellt selbst die persönliche Anbetung ein Risiko für die Konvertiten dar und viele fürchten Anfeindungen aus der eigenen Familie. Es kann für Christen, die mit nichtchristlichen Familienangehörigen zusammenleben, gefährlich sein, christliche Materialien zu besitzen, besonders wenn sie in Gebieten leben, in denen Buddhisten sehr auf den Schutz ihrer Religion bedacht sind. Für christliche Konvertiten ist es riskant, mit anderen über ihren neuen Glauben zu sprechen, besonders für Christen muslimischer Herkunft.

Treffen von Konvertiten (und auch von anderen Christen) stehen in der Gefahr, unterbrochen zu werden. Dorfbewohner, Polizeibeamte und lokale buddhistische Mönche überwachen die Aktivitäten der Christen in ihren Dörfern, um herauszufinden, wann sie Angriffe gegen sie starten können, oder um Fehler zu finden, die sie den Christen vorwerfen können.

Familienleben

Evangelikalen und unabhängigen Kirchen wird die Möglichkeit verweigert, Trauungen in ihren Kirchengebäuden abzuhalten – was den Kirchen Sri Lankas traditionell erlaubt ist. Christliche Konvertiten erleben Diskriminierung und Schikanen, werden aber normalerweise nicht dazu gedrängt, sich scheiden zu lassen. Die Änderung der Religion im Personalausweis oder im Reisepass stellt meist ebenfalls kein Problem dar. Daher ist die Punktzahl für diesen Lebensbereich vergleichsweise gering. Taufen von Erwachsenen stoßen auf Widerstand, besonders wenn sie öffentlich abgehalten werden. In ländlichen Gegenden dürfen Christen nicht auf dem öffentlichen Friedhof beerdigt werden. Christliche Bestattungen wurden im Berichtszeitraum von buddhistischen Mönchen, hinduistischen Dorfbewohnern und sogar von Regierungsbeamten verweigert. In einem Fall verhinderte ein Mob die Beerdigung eines Christen in seinem Dorf und zwang die trauernde Familie dazu, einen Platz für die Bestattung zu finden, der 15 Kilometer entfernt war. In einem anderen Vorfall vom Januar 2018 sorgte ein Mob für die Störung einer Beerdigung auf einem öffentlichen Friedhof – er wurde vom Sohn des Verstorbenen angeführt. Er verlangte, dass seine Mutter zum Hinduismus zurückkehren solle, sodass sein Vater eine angemessene Beerdigung haben könne. Dies zeigt, mit welchem Druck durch Familie und Gesellschaft christliche Konvertiten umgehen müssen.

Christliche Kinder an staatlichen Schulen werden üblicherweise dazu gezwungen, buddhistischen und hinduistischen Ritualen beizuwohnen. Zudem wurden christliche Kinder von Lehrern und Direktoren bestraft, in manchen Fällen sogar mit einer Geldstrafe, wenn Ritualen der Mehrheitsreligion nicht beigewohnt wurde. An den Schulen ist Religion ein Pflichtfach. Obwohl es sogar per Gesetz vorgeschrieben ist, dass Schulen für jede Religion, der mehr als 15 Schüler angehören, einen Lehrer für den Religionsunterricht dieses Glaubens beschäftigen müssen, wird dies von staatlichen Schulen nicht umgesetzt. Teilweise dem Grund geschuldet, dass es wenig christliche Lehrer gibt und es kaum Geldmittel gibt, sie zu beschäftigen, sind christliche Kinder meist gezwungen, am Buddhismus- oder Hinduismusunterricht teilzunehmen, was zu Schikanen, Mobbing und schlechten Noten führt. In einem Fall verweigerte ein Direktor einem protestantischen Schüler nicht nur die Aufnahme in seine Schule, sondern gab den Eltern den Rat, ihr Kind zu Hause zu behalten, obwohl die Eltern ihm sagten, dass es sonst keine andere staatliche Schule in der Nähe ihres Dorfes gäbe. Und es gab noch mehrere Fälle, in denen protestantischen Kindern die Aufnahme an Schulen verweigert wurde.

Gesellschaftliches Leben

Gewöhnlich sind es buddhistische Mönche, die in der Gesellschaft die Ansicht fördern, dass Christen „nicht hierhergehören“. Diese Mönche sind selbst von der Ideologie extremistischer Gruppen beeinflusst und wollen die Reinheit des lokalen buddhistischen Dreiecks bewahren (siehe Abschnitt „Hintergrund“). In Gegenden, in denen Hindus und Buddhisten in der Mehrheit sind, werden Christen oft zum Ziel von Einschüchterung und sozialer Ausgrenzung. Häufig wird ihnen der Zugang zu kommunalen Ressourcen wie Brunnen und elektrischem Strom verweigert oder nur verzögerter Zugang gewährt. Zu Zeiten hinduistischer Feierlichkeiten werden Christen von Hindus geächtet, weil sie nicht an den Aktivitäten teilnehmen. Oft werden Christen von den Dorfbewohnern überwacht und behindert und bisweilen sogar gewaltsam angegriffen. Wie bereits in vielen der vorangegangenen

Jahre gab es im aktuellen Berichtszeitraum mehrere Vorfälle, bei denen sich Dorfbewohner, buddhistische Mönche oder Nachbarn bei der Polizei oder lokalen Regierungsbeamten über die Aktivitäten von Pastoren und Gemeinden in ländlichen Gebieten beschwerten. Meistens begannen dann die Polizisten damit, die Kirche für eine gewisse Zeit regelmäßig zu besuchen oder die Pastoren über ihre Aktivitäten zu befragen. Im Dezember 2017 fand in einer Stadt eine Posterkampagne gegen die Mitarbeiterin einer christlichen Gemeinde statt, in der sie mit dem Tod bedroht wurde – genauso wie jeder Christ sonst, der sich zum Gottesdienst treffen würde, solange sie nicht ihren Dienst einstellte. Christen werden häufig unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen, und gelegentlich kommt es zu Boykotts gegen von Christen betriebene Geschäfte. Es wurde von mehreren Vorfällen berichtet, bei denen Christen in ländlichen Gegenden die Mitgliedschaft in Bestattungsgesellschaften entzogen wurde. Diese Gesellschaften werden auf Dorfebene gebildet und sind wichtig, um Beerdigungen durchzuführen.

Leben im Staat

Obwohl die im Januar 2015 gewählte Regierung die extremistischen buddhistischen Gruppen nicht mehr offen unterstützt, bleibt der Druck in diesem Lebensbereich erheblich, besonders da die Regierung dazu tendiert, den Buddhismus zu unterstützen. Dem Buddhismus wird eine religiöse Vorrangstellung in der Verfassung eingeräumt, und die wenigen Christen in Regierungspositionen (oder die mit der Regierung zusammenarbeiten) erleben Diskriminierung von Nationalisten. Christen werden in den Medien negativ dargestellt. Angriffe gegen Christen bleiben ungestraft.

Es gibt ein übliches Muster vor gewaltsamen Angriffen: Der Angreifer veröffentlicht falsche Anschuldigungen in den Medien (z. B. ein Pastor erzwinge Glaubenswechsel), welche wiederum den Angriff rechtfertigen. Die Täter bleiben ungestraft und in den meisten Fällen werden die Christen gezwungen, die Gerichtsverfahren gütlich zu lösen. In vielen Fällen werden Christen und christliche Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, „soziale Unruhe“ zu stiften (man erinnere sich zum Verständnis an das „buddhistische Dreieck“). Positiv ist, dass Pastoren sich weiterhin trauen, Klagen einzureichen und ihre verfassungsmäßigen Rechte einzufordern. Das Ergebnis hat jedoch meist keinen großen Wert.

Kirchliches Leben

Mobs, Mönche, Dorfbewohner, Polizei und lokale Behörden unterbrechen weiterhin die Treffen von Christen, stellen die Rechtmäßigkeit ihrer Aktivitäten infrage und bringen diese Fälle vor die höheren Autoritäten. Oft werden christliche Dorfbewohner aufgefordert, all ihre Aktivitäten einzustellen und/oder das Dorf zu verlassen. Die Registrierung wird oft als Druckmittel gegen christliche Kirchen benutzt.

Generell bleibt es schwierig, ein Kirchengebäude in einer ländlichen Gegend zu bauen oder zu renovieren, da es das sri-lankische Dreieck stört (welches im Abschnitt „Hintergrund“ beschrieben wurde). Ein 2008 veröffentlichtes Rundschreiben des „Ministeriums für Buddha Sasana und religiöse Angelegenheiten“ findet immer noch Anwendung. Es verlangt von religiösen Gemeinschaften, Gotteshäuser registrieren zu lassen, und fordert eine vorherige Genehmigung für alle Neubauten. Obwohl dieses Rundschreiben keine Rechtsgültigkeit besitzt und nur für Kirchen gelten würde, die nach 2008 eröffnet wurden, benutzen lokale Behörden, buddhistische Mönche und Mobs dieses Schreiben, um ihre manchmal sehr gewalttätigen Aktionen gegen Christen zu rechtfertigen. In der derzeitigen Situation schenken lokale Behörden und Gerichte Pastoren auch dann kein Gehör, wenn diese sich über die Anwendung des Rundschreibens beschweren. In einer besorgniserregenden

Entwicklung hat das Oberste Gericht die Religionsfreiheit noch weiter eingeschränkt. Im Fall SCFR 92/2016 vom Juni 2017 entschied es: „Das Rundschreiben kann als Gesetz angesehen werden und gilt daher für alle Gemeinschaften im Land.“ Im Juli 2018 entschied das Gericht in Fall 241/14: „Dieses Gericht muss in jedem Fall die Verfassung des Landes achten und ihr Wirkung verleihen und unsere Verfassung besagt, dass Bürger des Landes kein von der Verfassung geschütztes Recht haben, ihre Religion oder ihren Glauben zu ‚propagieren‘.“ Dies scheint eine langjährige Praxis rechtlich zu untermauern (unter Missachtung internationaler Menschenrechtsstandards).

Auftreten von Gewalt

Kirchen und Grundstücke von Pastoren wurden angegriffen. Es gab zudem Berichte von Christen, die physisch angegriffen wurden. Mindestens eine Mitarbeiterin einer Kirche war mit einer Kampagne gegen sich konfrontiert. Beispiele dazu finden sich im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Aus kulturellen Gründen ist es für christliche Konvertitinnen schwieriger, ihren Glauben zu leben, als für männliche Konvertiten. Frauen und Mädchen unterliegen zudem häufig einer Kleiderordnung und bestimmten Traditionen (beispielsweise in der Kultur der Hindus), weiter bestimmte religiöse Symbole zu tragen. Wenn eine Christin einen muslimischen Hintergrund hat, ist es wahrscheinlicher, dass sie zur Ehe mit einem Muslim gezwungen wird, als bei einem männlichen Christen muslimischer Herkunft. Ist eine christliche Frau oder ein christliches Mädchen bereits Opfer von Verfolgung geworden (egal, ob Konvertitin oder nicht), wird ihre Familie ihr nur zögerlich erlauben, weiter in der Gemeinde zu dienen. Wurde sie durch im Rahmen der Verfolgung sexuell missbraucht, wird dies meist als Schande für die gesamte Familie gesehen. Das beeinflusst auch die Chancen auf eine Heirat im Dorf der Frau.

Männer

Die Verfolgung von Männern und Jungen beeinflusst vor allem den Lebensunterhalt christlicher Familien. Besonders in ländlichen Gebieten sind Männer gewöhnlich die Hauptverdiener der Familie. Die Arbeitsstelle oder die Lebensgrundlage zu verlieren, trifft die gesamte Familie. Die Auswirkungen können selbst Jahre nach dem eigentlichen Vorfall noch spürbar sein. Da vor allem Männer, besonders Pastoren und Gemeindeleiter, Ziel von Einschüchterung und Gewalt werden, sind sie häufig gezwungen, zu fliehen oder sich zu verstecken. Das führt teilweise zu einer langen Zeit der Trennung von ihrer Familie.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Wie bereits erwähnt stellen sich buddhistische, nationalistische Mönche nicht nur gegen Christen, sondern auch stark gegen die muslimische Minderheit des Landes. Im März 2018 kam es in der zentral gelegenen Stadt Kandy zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen. Die religiöse Komponente dieser Gewalt ist besorgniserregend. Extremistische singhalesisch-buddhistische Mobs führten eine Welle von gewalttätigen Angriffen gegen Geschäfte von Muslimen, Privathäuser und Moscheen im Bezirk Kandy aus. Dabei wurden 49 Läden, 132 Häuser und vier Moscheen beschädigt oder zerstört. 51 Menschen wurden verletzt und zwei Todesopfer gemeldet.

Berichten zufolge suchen die muslimischen Gemeinschaften zunehmend nach Schutz in der arabischen Welt.

Die hinduistische Minderheit wird ebenfalls weiterhin mit Misstrauen beobachtet. Dies liegt zum Teil an religiösen Vorurteilen, zum Teil an der Geschichte des Landes, in der die hauptsächlich hinduistische Minderheit der Tamilen im Norden und Osten des Landes um Unabhängigkeit kämpfte. Diese hinduistischen Gemeinschaften werden jedoch auch zunehmend selbst zu Verfolgern – sie verfolgen Christen mit hinduistischem Hintergrund und greifen Kirchen in ihrer Mitte an.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Wieder einmal hat Sri Lanka es verpasst, eines der positiven Beispiele des Weltverfolgungsindex zu werden. Die Regierung hat darin versagt, Schritte zu unternehmen, die die religiösen Minderheiten der Christen und Muslime in ihre Politik einbinden, und entschieden gegen diejenigen vorzugehen, die religiösen Hass verbreiten. Die Verurteilung eines führenden extremistischen Buddhisten zu sechs Jahren Gefängnis im Juli 2018 wird sehr wahrscheinlich die vorherrschende Meinung in der Gesellschaft nicht ändern, insbesondere angesichts des Aufruhrs in der Politik, der zum Ende des Berichtszeitraums aufkam. Buddhistische Organisationen werden weiterhin ihr Land beschützen wollen, das sie durch die christliche und muslimische Minderheit bedroht sehen.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Religiös motivierten Nationalismus: Diese Triebkraft der Verfolgung wird weiterhin eine große Rolle spielen – nicht nur in der Politik Sri Lankas, sondern auch in Gesellschaft und Familien. Die Regierung steht vor der Herausforderung, die Wirtschaft am Laufen zu halten, und das Land bereitet sich bereits auf die Präsidentschaftswahlen vor, die für 2020 angesetzt sind. Ein Warnzeichen konnte bereits im erdrutschartigen Sieg der neuen Partei des früheren Präsidenten Rajapaksa („Sri Lanka Podujana Peramuna“, SLPP) bei den lokalen Wahlen im März 2018 gesehen werden. Er zeigte auf, wie unzufrieden die Wähler mit der Politik der aktuellen Regierung sind. Auch die Art, in der Präsident Sirisena im Oktober 2018 behauptete, er solle ermordet werden, und Premierminister Wickremesinghe absetzte, lässt nichts Gutes für die Entwicklung des Landes und die Situation der christlichen Minderheit hoffen. Der Präsident suspendierte das Parlament und setzte den früheren Präsidenten Mahinda Rajapaksa als neuen Premierminister ein. Auch wenn dieser Plan vom Verfassungsgericht nach Ende des Berichtszeitraums für den WVI 2019 im Dezember 2018 gestoppt wurde, zeigt dieses Geschehen doch, dass Rajapaksa immer noch politisch aktiv und einflussreich ist. Laut Experten für Religionsfreiheit haben sich die Angriffe gegen religiöse Minderheiten während seiner zehn Jahre als Präsident fast verdoppelt. Früher unterstützte er extremistische buddhistische Gruppen wie BBS und trug zu ihrer Blüte bei. Somit scheint es, als bleibe die Versöhnung des Landes und ein friedliches Miteinander aller Bürger, einschließlich Minderheiten wie Christen, weiter ein ferner Traum. Es ist wahrscheinlicher, dass Religiös motivierter Nationalismus wieder stärker wird und Diktatorische Paranoia als Triebkraft der Verfolgung dazukommt.

Schlussfolgerung

Die nationale Versöhnung bleibt eine der größten Herausforderungen des Landes. Da die meisten sozialen Netzwerke auf religiöser wie auch ethnischer Zugehörigkeit basieren, ist die Herausforderung groß, da die ethnischen und religiösen Gruppen ihr Misstrauen überwinden und Wege für die Zukunft finden müssen. Es ist nicht klar, wer diesen Prozess anführen könnte. Die Politik der buddhistischen Vorrangstellung ist in dieser Hinsicht nicht sehr hilfreich gewesen. Christen sind eine der sehr wenigen gesellschaftlichen Gruppen, welche die große ethnische Spaltung der Insel überbrücken können. Viele protestantische Kirchen haben sowohl singhalesische als auch tamilische Mitglieder. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, um Brücken zu bauen und als Vorbild zu dienen. Dennoch bereiten ethnische Spannungen auch den Kirchen manchmal Schwierigkeiten.

zurück zur Länderübersicht

Kolumbien: Platz 47

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Das Fehlen von staatlichem Schutz in den am stärksten vernachlässigten Regionen des Landes eröffnet Spielräume für kriminelle Gruppen, die im Drogenhandel aktiv sind; sie verüben Erpressungen und Morde. Davon sind häufig Christen betroffen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Gemäß der Nationalen Statistikbehörde (2005) sehen sich 3,4 % der kolumbianischen Bevölkerung selbst als Indigene. Mitglieder der indigenen Gemeinschaften, die ihre traditionellen religiösen Riten abgelegt haben, um Christen zu werden, sind oftmals heftiger Verfolgung ausgesetzt.

Säkulare Intoleranz: Trotz des derzeitigen Einflusses von Christen in der Politik (besonders evangelischen Christen), versuchen Regierungsstellen, Religion aus dem öffentlichen Leben zu verbannen und Werte zu etablieren, die dem christlichen Glauben zuwiderlaufen (z. B. die LGBTI-Agenda).

Von wem geht die Verfolgung aus?

Anführer krimineller Gruppen und regierungskritische Guerillas sind die Hauptverfolger. Sie genießen oft Straffreiheit, bedingt durch die Korruption der lokalen Behörden. Genauso arbeiten Drogenschmuggler und kriminelle Netzwerke mit Regierungsvertretern gegen Christen zusammen, die offen ihre illegalen Handlungen anprangern. In einigen indigenen Gemeinschaften verdächtigen die Anführer Christen, der Gemeinschaft ihre Weltsicht aufzwingen und ihnen das Territorium streitig machen zu wollen. Diese Wahrnehmung führt zur Verfolgung von Christen (mit Unterstützung durch die örtlichen Behörden). Auch politische Parteien, gewöhnliche Bürger und Interessengruppen lehnen auf Glaubensüberzeugungen basierende Standpunkte ab und treiben im Gegenzug ihre Agenda voran, die christlichen Werten widerspricht.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Als Resultat der Gewalt durch die Guerillas oder andere kriminelle Gruppen werden Gemeindeleiter bedroht, belästigt, erpresst und sogar ermordet. In einigen Fällen ist diese Gewalt eine direkte Folge der Gemeindearbeit unter Jugendlichen und früheren Bandenmitgliedern. Auf Grundlage der Säkularen Intoleranz werden christliche Werte kritisiert und Christen lächerlich gemacht, wenn sie versuchen, an öffentlichen Debatten teilzunehmen – besonders zu Themen bezüglich Gender, Ehe und ungeborenem Leben. Schließlich führen Strafmaßnahmen gegen Christen indigener Herkunft sowie ihre Familien und gegen Missionare mitunter zu Inhaftierungen, körperlichen Misshandlungen und der Beschlagnahmung von Eigentum.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Mai 2018 griff „eine Gruppe von Atheisten“ eine römisch-katholische Kirche in Bogota an. Sie warfen Steine, beschädigten Fenster und Gegenstände innerhalb der Kirche. Diese Gruppe ist bekannt dafür, die katholische Diözese über Wochen belästigt zu haben. Während des Angriffs suchte der verantwortliche Priester Zuflucht im Hause eines Verwandten, da er bedroht worden war.
- Im Juli 2018 wurde in Medellin ein 50 Jahre alter, römisch-katholischer Priester ermordet in seiner Wohnung aufgefunden. Er war in seinem ganzen Umfeld für seine Sozialarbeit bekannt.
- In der Ortschaft Embera Katio, Stadt Guaranini, Cordoba, verbannten die Behörden der indigenen Gemeinschaft im Juli 2018 dort lebende Pastoren, um zu verhindern, dass diese ihre Bemühungen zur Ausbreitung des Evangeliums fortführten.
- Im September 2018 wurde in Antioquia der Pastor der New-Philadelphia-Kirche von einer bewaffneten kriminellen Gruppe erschossen, nachdem er sich geweigert hatte, sie am Sonntag mit seinem Kanu zu befördern.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Kolumbien steht auf Platz 47 des Weltverfolgungsindex 2019. Die Wertung des Landes ist um zwei Punkte auf jetzt 58 Punkte gestiegen. Die Gewalt gegen Christen hat besonders in den ländlichen Gegenden zugenommen, hauptsächlich durch Angriffe von kriminellen Gruppen und abtrünnigen Fraktionen der FARC-Guerilla. Zu Angriffe kam es vermehrt dort, wo Christen sozio-politische Ansichten äußerten, die den Interessen der kriminellen Gangs zuwiderliefen. Diese Art der Anfeindungen betraf auch die städtischen Regionen, was zu einem Anstieg des Drucks im Bereich „Leben im Staat“ führte.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Corruption Perception Index 2017 platziert Kolumbien auf dem 96. Rang von 180, mit einer Punktzahl von 37/100 (0 = maximal korrupt und 100 = absolut integer). Trotz der Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC kontrollieren kriminelle Gruppen und Guerillas weiterhin ganze Regionen. Abtrünnige der FARC, Mitglieder der ELN und andere Guerilla-Gruppen (oft bezeichnet als „BACRIM“) kontrollieren die kriminellen Aktivitäten in verschiedenen Landesteilen. Dass sie derzeit weder über eine Struktur noch über eine Strategie verfügen, sorgt für noch größere Unsicherheit und Angst unter der Bevölkerung als zur Zeit der FARC. Gemeindeleiter und Gruppen, die den Handlungen der Guerillas widersprechen, sie ablehnen und versuchen, junge Leute von einem Beitritt zu diesen Gruppen abzuhalten, oder Mitglieder der Guerilla zum christlichen Glauben führen, müssen mit Belästigungen, Verschleppungen, Entführungen und Erpressungen rechnen oder stehen gar in der Gefahr, ermordet zu werden. All das wird durch die herrschende Korruption und die Straffreiheit begünstigt, die sich aufgrund von Allianzen zwischen den Führern dieser Gruppen und Behörden entwickelt haben. Das wurde im Zuge der letzten Wahlen deutlich: Kriminelle Gruppen versuchten, die

Bevölkerung, inklusive Christen und der Kirche, zu zwingen, für Kandidaten zu stimmen, die eine Fortführung des korrupten Regimes befürworteten.

Oft sind indigene Gemeinschaften am meisten vom organisierten Verbrechen betroffen, weil Drogenschmuggler und Guerillas häufig deren Gebiete für ihre Aktivitäten nutzen. Gleichzeitig kooperieren manche indigenen Führer jedoch mit Gangmitgliedern, um Christen aus ihrer Gemeinschaft einzuschüchtern und dazu zu bringen, dass sie ihren Glauben widerrufen. Das Ausmaß der Gewalt an solchen Orten ist sehr hoch, auch bedingt durch Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und kriminellen Gruppen oder die Kämpfe krimineller Gruppen untereinander. Aufgrund dieser Gewalt zählt Kolumbien zu den Ländern mit den meisten Binnenflüchtlingen in der Region (38.490 zwischen Januar und August 2018), wie die „Consultancy for Human Rights and Displacement“ (COHDES) 2018 bekannt gab. Teilweise werden ganze indigene Familien von paramilitärischen Gruppen kontrolliert.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Dies ist eine der Haupttriebkräfte der Verfolgung in den indigenen Gemeinschaften im Norden des Landes (Arauca, Norte de Santander, Magdalena, Cordoba). Gemäß der Nationalen Statistikbehörde (2005) betrachten sich 3,4 % der kolumbianischen Bevölkerung selbst als Indigene; in ihren Gemeinschaften ist Religion eine wichtige Komponente ihrer Kultur und ihrer Identität und bestimmt ihre Beziehungen zu anderen Menschen und selbst den Umgang mit natürlichen Ressourcen. Wie in den meisten indigenen Gemeinschaften in Lateinamerika sind okkulte religiöse Praktiken zumeist mit dem Katholizismus vermischt. Obwohl sie nicht als römisch-katholisch (im engeren Wortsinn) bezeichnet werden können, weisen die Führer dieser Gemeinschaften eine größere Toleranz gegenüber der römisch-katholischen Kirche als gegenüber Christen anderer Kirchen auf. Dennoch sind auch indigene Katholiken, die solche okkulten Praktiken aufgeben (im Sinne eines Religionswechsels), Verfolgung und Ethnisch begründeten Anfeindungen ausgesetzt.

Die Religion ist in diesen Gemeinschaften sehr präsent, bedingt durch den Einfluss der indigenen Weltanschauung auf das tägliche Leben sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Bereich. Deshalb wird die Einführung einer Idee oder eines Brauchs, der diesen althergebrachten Ansichten widerspricht, als Bedrohung ihrer (kulturellen oder religiösen) Traditionen aufgefasst und folglich von den örtlichen Behörden und den meisten indigenen Führern verboten. Maßnahmen gegen Christen indigener Herkunft (wie auch gegen ihre Familien und gegen Missionare) reichen von der Inhaftierung, körperlichem Missbrauch oder dem Ausschluss von der Grundversorgung bis zur Beschlagnahmung von Besitz.

Säkulare Intoleranz

Christen haben gezeigt, dass sie trotz umfassender Anstrengungen, die Religion aus dem öffentlichen Leben zu entfernen, erheblichen Einfluss auf das politische Leben in ihrem Land nehmen können. Sie sind ihrer christlichen Ansichten wegen verbalen Angriffen und Diskriminierung ausgesetzt, besonders bei Themen wie Lebensschutz, Familie, Ehe und Religionsfreiheit. Die Einschüchterung entspringt nicht etwa dem Bemühen um Neutralität, sondern der Intention, dem christlichen Glauben widersprechende Werte zu etablieren (z. B. die LGBTI-Agenda und die Agenda radikaler Feministinnen).

In ihrem Bemühen, allen religiösen Denominationen, einschließlich von Minderheiten, größere Anerkennung zu verschaffen, hat die Regierung wichtige Fortschritte erzielt. Dazu zählt die

Verabschiedung verschiedener politischer Initiativen im Bereich der Religionsfreiheit, nicht zu vergessen die Einrichtung die „Koordinierungsstelle für religiöse Angelegenheiten“. Derzeit lässt sich noch nicht beurteilen, wie effektiv die neuen Regelungen in Hinsicht auf den Schutz der verschiedenen Religionen im Land sein werden. Dennoch ist religiöse Intoleranz in privaten Einrichtungen und unter gewöhnlichen Bürgern, die jeden verspotten und kritisieren, der offen seinen christlichen Glauben bekennt, ein schwerwiegendes Problem im Land.

3. Verfolger

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption

Trotz des Friedensabkommens mit der FARC gibt es immer noch isolierte Gebiete, in denen paramilitärische Einheiten und Guerillas, die nicht zur FARC gehören (z. B. die ELN und kleinere kriminelle Gruppen, bekannt als „BACRIM“), ganze Dorfgemeinschaften übernommen haben, die von der Regierung vernachlässigt wurden. Diese Gruppen zögern nicht, gegen Christen aktiv zu werden, deren Werte offen ihren eigenen widersprechen. Aufgrund der herrschende Korruption und Straffreiheit erfuhren kriminelle Netzwerke (besonders im Bereich des Drogenschmuggels) Unterstützung und Schutz von Regierungsbeamten (auf verschiedenen Ebenen) und politischen Parteien, wie bei der letzten Wahl zu beobachten war. In den von kriminellen Gruppen beherrschten Gebieten werden immer wieder Bürger zur Mithilfe (oder zum Wegschauen) gezwungen, wenn Gemeindeleiter oder christliche Gruppen angegriffen werden. Das betrifft teilweise Mitglieder der eigenen Familie.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Die Hauptverfolger in dieser Kategorie sind Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter in den indigenen Gemeinschaften. Sie bleiben meist dem Glauben ihrer Ahnen treu und verbieten jedwede Verbreitung des christlichen Glaubens in ihren Stämmen. Dabei kommt es zu Belästigungen, Drohungen (teilweise durch Hexerei), Gewalt oder zur Denunzierung von Christen bei den örtlichen Behörden. Diese spielen oftmals auch eine aktive Rolle als Verfolger, indem sie Diskriminierungen von und Gewalt gegen Christen erlauben oder diese ignorieren. In Fällen von Glaubenswechseln ist es sehr wahrscheinlich, dass Mitbürger (und manchmal selbst die eigene Familie des Konvertiten) die Entscheidung als Verrat an der Familie, der Gemeinschaft und an den Stammestraditionen betrachten. Wenn ein Konvertit körperlich misshandelt oder verbannt wird, geschieht dies folglich mit der Zustimmung sowohl der Familie als auch des sozialen Umfeldes. Darüber hinaus bedrohen auch Mitglieder krimineller Gruppe die Christen in den lokalen Gemeinschaften – auf Bitten der Stammesführer.

Ausgehend von Säkularer Intoleranz

Vertreter der Regierung, ideologische Interessengruppen, Bürgerbewegungen und multilaterale Organisationen (wie die UN und die OAS) haben die Regierung gedrängt, ihrer Agenda und ihren Forderungen (z. B. bezüglich der LGBTI-Philosophie sowie sexuellen und reproduktiven Rechten) nachzugeben. Hinzu kommt die konstante Belästigung und Häme gegenüber politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsträgern, wenn sie es wagen, ihren christlichen Glauben öffentlich zu bekennen. Einige politische Parteien – besonders die progressiven – haben stetig versucht, Vorhaben christlicher Politiker oder politischer Unterstützer christlicher Gruppen zu behindern. Oft werden die

nationalen Medien für diesen Zweck benutzt, um durch Schmutzkampagnen oder die Verbreitung einseitiger Informationen die Christen und ihren Glauben generell zu diskreditieren.

4. Hintergrund

Kolumbien geht derzeit durch eine Zeit der Veränderung. Der neue Präsident steht einer ganzen Liste von großen Herausforderungen gegenüber, zu denen zuerst die Umsetzung des Friedensabkommens zählt. Hinzu kommen die Einführung effektiver Maßnahmen zur Beseitigung der Korruption, die Bewältigung der derzeitigen Wirtschaftskrise, die Gewährleistung der Menschenrechte für alle Einwohner (insbesondere der indigenen Gemeinschaften) und die Regelungen für die Religionsfreiheit. Eines der drängendsten Probleme ist das Ausmaß an Gewalt und Unsicherheit, das durch die Aktivitäten von Guerillas und kriminellen Gruppen – besonders der ELN – besteht. Diese Gruppen versuchen, Geschäfte und ehemalige Territorien der FARC zu übernehmen. Es besteht die reelle Möglichkeit, dass die FARC (oder wenigstens viele ihrer früheren Mitglieder) anderen Guerillagruppen beitreten, da der Staat nur unzureichende Mittel für ihre Wiedereingliederung in die kolumbianische Gesellschaft bereitstellt. Die Eskalation der Gewalt bewirkt eine zusätzliche Verschlechterung der Situation von Christen, die in den von diesen Gruppen kontrollierten Gegenden leben. Hinzu kommt, dass viele politische Leiter durch Korruption in Allianzen mit kriminellen Gruppen verstrickt sind. Dadurch droht Christen, die sich gegen die Entwicklungen in ihrem Umfeld aussprechen, weitere Gefahr. Trotz all dieser Schwierigkeiten haben sich die Christen nicht davon abbringen lassen, sich in der Öffentlichkeit bis hinein in die Politik deutlich zu Wort zu melden.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie besteht hauptsächlich aus römisch-katholischen Kirchen, kleinen orthodoxen sowie evangelischen Gemeinschaften. Diese Gruppen sind in Regionen, die von Drogenkartellen und anderen organisierten Kriminellen kontrolliert werden, von Angriffen bedroht. Sie haben außerdem mit dem wachsenden Säkularismus und der religiösen Intoleranz zu kämpfen. Hinzu kommen die Risiken und Hindernisse, die mit der Gemeindearbeit in indigenen Gemeinschaften einhergehen.

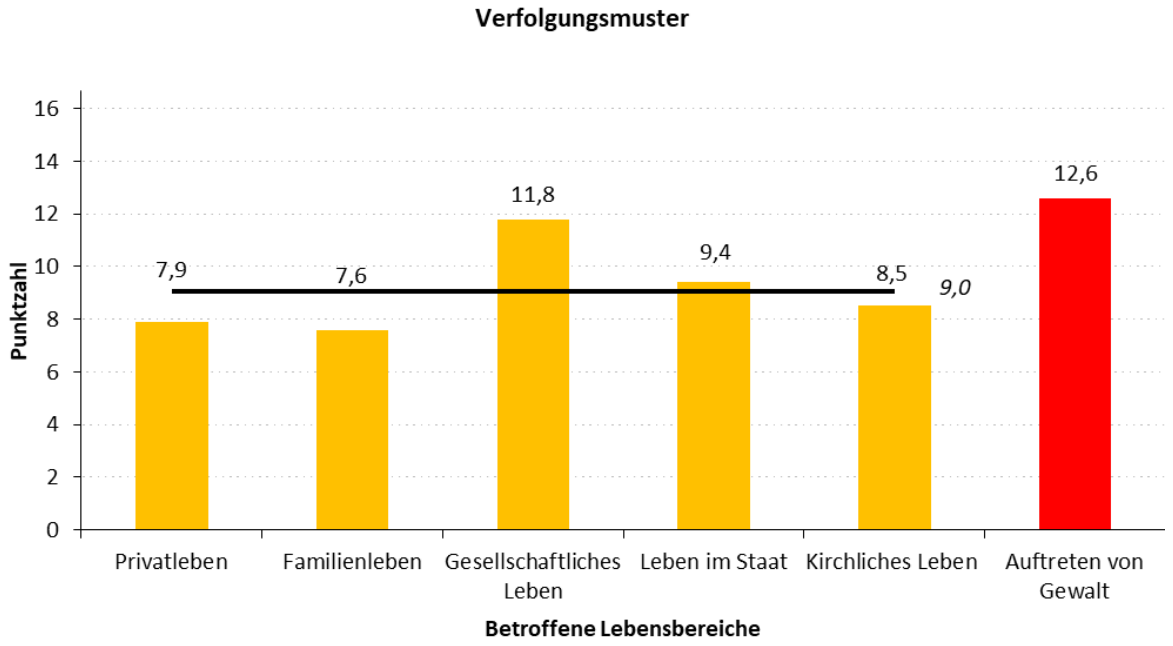
Christliche Konvertiten

Diese Kategorie schließt Christen aus ursprünglich traditionellen Kirchen, aber auch Christen indigener Herkunft, ehemalige Guerillas und frühere Mitglieder krimineller Organisationen ein, die Christen geworden sind. Sie erleiden Belästigungen, Vertreibung, Todesdrohungen sowie andere körperliche und seelische Formen von Gewalt, weil sie das Glaubenssystem der Mehrheit ihrer ursprünglichen Gemeinschaft verlassen haben. Die Aktivitäten krimineller Netzwerke betreffen sie ebenso wie die Christen aus den traditionellen Kirchen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Kategorie besteht größtenteils aus evangelikalen, baptistischen und Pfingstgemeinden. Sie erhalten nicht die gleichen Vergünstigungen durch die Regierung wie die traditionellen Kirchen des Landes. Die Aktivitäten krimineller Netzwerke betreffen sie ebenso wie die Christen aus den traditionellen Kirchen.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kolumbien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kolumbien bleibt hoch und stieg von 8,9 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2018 auf 9,0 beim WVI 2019.
- Der Druck ist im gesellschaftlichen Leben mit einer Wertung von 11,8 Punkten am stärksten, begründet durch den Einfluss der Triebkräfte Organisiertes Verbrechen und Korruption sowie Ethnisch begründete Anfeindungen; hinzu kommt die unzureichende Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC. Die beiden genannten Triebkräfte wirken oft zusammen, z. B. wenn sich kriminelle Gruppen mit Stammesführern gegen Christen verbünden. Das geschieht meist auf der kommunalen Ebene, was den Druck im gesellschaftlichen Leben erhöht.
- Der Anstieg des Drucks im Bereich „Leben im Staat“ (von 8,6 Punkten beim WVI 2018 auf 9,4 beim WVI 2019) resultiert nicht nur aus dem Versagen der Regierungsbehörden beim Schutz der christlichen Minderheiten, sondern spiegelt auch die wachsende Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben und seinen Werten im öffentlichen Raum wider.
- Die Punktzahl für Gewalt ist extrem hoch (12,6), ein Anstieg gegenüber den 11,9 Punkten beim Weltverfolgungsindex 2018. Dieser Anstieg ist hauptsächlich durch die hohe Anzahl von gewalttätigen Vorfällen gegen Christen in indigenen Gemeinschaften begründet und spiegelt zudem die Aktivitäten der im Land aktiven kriminellen Gruppen wider.

Privatleben

Die meisten Punkte in diesem Lebensbereich wurden im Kontext der indigenen Gemeinschaften und in von kriminellen Netzwerken besetzten Gebieten erzielt, wobei christliche Konvertiten oft besonders unter Druck stehen. Diese Christen müssen ihren Glauben im Geheimen leben, da christliche Literatur, Symbole und Werte für die Stammesangehörigen nicht akzeptabel sind. Die Familie eines Konvertiten zum christlichen Glauben ist zumeist der Hauptverfolger, bedingt durch ihre Loyalität zur lokalen Gemeinschaft. Wegen des Einflusses krimineller Netzwerke in diesen Gegenden kommt es zu Ausgangssperren und Drohungen gegen Christen. Ihre Freiheit, den eigenen Glauben mit anderen zu teilen (selbst im Privaten), wird dadurch stark eingeschränkt. Wer seine persönliche Glaubensüberzeugung und darauf basierende Standpunkte offen vertritt, bekommt die wachsende Ablehnung individueller religiöser Praktiken durch die Gesellschaft zu spüren, wird kritisiert, beleidigt und schikaniert.

Familienleben

Besonders in den indigenen Gemeinschaften ist die oberste Priorität der Familie, Teil der Gemeinschaft zu sein, zum „Clan“ zu gehören und vor allem anderen die Sitten der Gemeinschaft zu respektieren. Daher ist jede religiöse Praxis, die der Stammestradition fremd ist, verboten. Christliche Familien und christliche Konvertiten haben Schwierigkeiten, ihren Glauben frei zu praktizieren. Um Taufen, christliche Hochzeiten und Begräbnisse durchzuführen, müssen Christen die indigenen Territorien verlassen. Wenn sie es nicht tun, laufen sie Gefahr, inhaftiert, körperlich misshandelt, vom Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (inklusive Friedhöfen) ausgeschlossen und – im Falle konfessionell gemischter Ehen – zur Scheidung gezwungen zu werden. Es kommt oft vor, dass Eltern bedroht werden, wenn man entdeckt, dass sie ihre Kinder im christlichen Glauben erziehen. Als Konsequenz drohen ihnen Geldstrafen, Inhaftierung und der mögliche Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder.

In den von kriminellen Organisationen bestimmten Regionen leiden sowohl Jungen als auch Mädchen unter krimineller Indoktrinierung. Jedweder Widerstand von christlichen Eltern dagegen kann zu ihrer Ermordung führen. Die Regierung versuchte zudem Maßnahmen einzuführen, die im Widerspruch zu christlichen Werten stehen; ein Beispiel dafür ist die Absicht, Kinder-Euthanasie zu erlauben. Dank des Einsatzes christlicher Eltern hat sich die Situation in diesem Bereich wenigstens nicht verschlechtert.

Gesellschaftliches Leben

In indigenen Gemeinschaften lebende Christen, die sich weigern, an religiösen Riten der Gemeinschaft teilzunehmen, werden bedroht und bei ihren täglichen Aktivitäten schikaniert. Christlichen Konvertiten wird das Wahlrecht vorenthalten und der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verwehrt, manchmal einschließlich staatlicher Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftsförderungsprogramme. Mitgliedern der Gemeinschaft wird zudem verboten, indigene Christen einzustellen. Das letztendliche Ziel vieler Stammesführer besteht darin, Christen zum Widerruf ihres Glaubens und zu einer Rückkehr zu den religiösen Praktiken ihrer ethnischen Gruppe zu bewegen.

Kriminelle Gruppen nehmen Christen in den von ihnen kontrollierten Gebieten als eine Gefahr für die eigene Autorität wahr. Als Reaktion darauf sprechen sie Drohungen aus und wenden Gewalt in den Bereichen an, wo ihren illegalen Interessen offen entgegengetreten wird. Diese Gruppen haben Einfluss darauf, wer Arbeit findet oder wer seine Arbeit verliert. Sie erwarten von der Bevölkerung Mithilfe bei ihren Verbrechen, durch Mitarbeit und die Finanzierung ihrer Aktivitäten.

Zudem gibt es Bemühungen, Christen auszugrenzen, die öffentlich ihre Stimme gegen säkulare und ideologische Agenden erheben. Personen des öffentlichen Lebens, die sich auf Basis ihrer christlichen Ansichten und Werte zu Themen äußern, werden oftmals von Mobs, ideologischen Interessensgruppen und den Medien bedrängt. Es kommt sogar vor, dass gewöhnliche Bürger Intoleranz zeigen, indem sie Kirchen oder christliche Ansichten zum Schutz des Lebens, der Familie und von Ehen angreifen.

Leben im Staat

Die kolumbianische Verfassung garantiert und schützt die Rechte auf Religionsfreiheit und Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Der Staat hat seine Achtung des religiösen Pluralismus durch die Schaffung einer Behörde für religiöse Angelegenheiten unterstrichen. In der Praxis ist es jedoch noch ein langer Weg. Bis heute akzeptiert der Staat nicht in jedem Fall die Verweigerung des Wehrdienstes aus religiösen Gründen. Manche Personen im medizinischen Dienst müssen Eingriffe durchführen (oder zu diesem Zweck an andere Mediziner verweisen), die nicht im Einklang mit ihrem Glauben sind. Zudem sehen traditionelle evangelische und freikirchliche Gemeinden ihre pastorale Arbeit im Bereich der Armee, der Polizei und anderer öffentlicher Einrichtungen massiv eingeschränkt. Und schließlich sind Stammesregeln in den indigenen Gemeinschaften gültiges „Gesetz“. Dies bedeutet normalerweise, dass Christen zensiert werden oder dass ihnen der Zutritt zu den bzw. das Verlassen der indigenen Gebiete verweigert wird. Die Gemeinschaft erwartet von ihnen, dass sie an den traditionellen religiösen Riten teilnehmen. Es ist für Christen kaum möglich, die Regierung um Schutz zu bitten, da die indigenen Behörden – die nahezu immer gegen Christen eingestellt sind – die einzigen autorisierten Behörden in den Stammesgebieten sind.

In den Regionen, wo kriminelle Netzwerke aktiv sind, werden Christen teilweise mit einer Ausgangssperre belegt. Dadurch ist es ihnen unmöglich, öffentliche oder private Anstellungen zu bekommen (besonders wenn diese Positionen die illegalen Aktivitäten dieser Gruppen gefährden). Mitunter werden sie auch dazu gezwungen, bei Wahlen für Kandidaten zu stimmen, die für ihre Unterstützung krimineller Gruppen bekannt sind. Während der Wahlen von 2018 gab es Anschuldigungen, dass aufgrund der geheimen Zusammenarbeit von Behörden und kriminellen Gruppen eine erhebliche Anzahl von Stimmen nicht gezählt wurde.

Weitere Beispiele für Herausforderungen von Christen im Bereich „Leben im Staat“ sind: 1.) Kirchen wurden wegen zu hoher Lautstärke in ihren Gottesdiensten mit Geldstrafen belegt. 2.) Es gab Versuche, anti-christliche Werte zu fördern: In mehreren Fällen betonten Stadtverwaltungen ihre vollständige Neutralität, hissten jedoch die LGBTI-Fahnen als Zeichen der Unterstützung dieser Bewegung. 3.) Das Verfassungsgericht zwingt Gemeindeleiter dazu, bürgerliche Pflichten (wie die Mitarbeit in einer Wahlkommission) zum Nachteil ihrer Gemeindeverpflichtungen wahrzunehmen. 4.) Der Kongress weigerte sich, ein Referendum zu Adoptionsgesetzen für gleichgeschlechtliche Paare abzuhalten. Christen werden oft davon abgehalten, ihre glaubensbasierten Ansichten in die öffentliche Diskussion einzubringen, und stehen Diskriminierung bei Fragen des Lebensrechts, der Familie und der Ehe gegenüber.

Kirchliches Leben

In indigenen Gemeinschaften sind Kirchen nahezu immer dazu gezwungen, ihre Gottesdienste im Geheimen abzuhalten. In der Regel ist es unmöglich, Kirchen oder christliche Versammlungsstätten zu bauen. Das macht es schwierig, christliche Aktivitäten zu organisieren. Darüber hinaus waren die

ersten Schritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC nicht ausreichend, um landesweit die freie und sichere Wahrnehmung der Religionsfreiheit zu gewährleisten. Im Gegenteil, der Beitritt einiger früherer FARC-Mitglieder zu anderen Guerillagruppen und ihre Neubewaffnung hat eine noch größere Unsicherheit in den Gebieten unter der Kontrolle der Guerillas geschaffen: Mehr Kirchenleiter als je zuvor müssen Strafzahlungen leisten und sind Erpressungen, Drohungen und Morden ausgesetzt. Besonders die Jugendarbeit der Kirchen wird konstant überwacht. Zudem werden Christen in politischen Debatten immer wieder beschuldigt, „politischen Proselytismus" zu betreiben. Man unterstellt ihnen, mithilfe der Religion Menschen zu manipulieren, und betrachtet sie deshalb oft als nicht vertrauenswürdig, politische Angelegenheiten gut zu regeln.

Erwähnt werden muss auch die Rolle der Kirche im Zusammenhang mit der venezolanischen Krise: Besonders in den Grenzregionen sind Gemeinden oft die einzige Hilfe für verzweifelte Migranten, die vor der Regierungskrise in Venezuela oder vor kriminellen Gruppen im Grenzgebiet von Ecuador oder Venezuela fliehen.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 haben religiöse Intoleranz, kriminelle Gewalt, Korruption und Unsicherheit im Land zu der Ermordung von katholischen Priestern, der Plünderung von Kirchen und Morddrohungen gegen Christen beigetragen. In den indigenen Gemeinschaften hat die Gewalt zugenommen. Hier leiden Christen unter Diskriminierung, Beschlagnahmungen, Belästigungen, Freiheitsberaubung, dem Entzug von Nahrung und Gütern des täglichen Bedarfs sowie körperlichen Misshandlungen.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Es gibt kein landesweit einheitliches Gesetz oder Handlungsvorgaben, die Mädchen und Frauen besonders in Gefahr bringen. Dennoch gibt es in der Praxis herausfordernde Situationen für Christinnen, dies es ihnen erschweren, ihren Glauben ohne Angst zu leben. So ist es zum Beispiel in indigenen Gemeinschaften üblich, dass die Stammesführer den christlichen Glauben nicht akzeptieren. Christliche Frauen werden entweder zur Ehe mit einem nichtchristlichen indigenen Mann gezwungen oder von ihren Männern verlassen, was die Trennung von ihren Kindern und die Ausgrenzung aus der Gemeinschaft zur Folge hat. In einer solchen Situation sind sie sehr verletzlich, da sie möglicherweise zum Umzug gezwungen sind oder der Willkür krimineller Gruppen zum Opfer fallen, die in Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung involviert sind. In Fällen, wo die christlichen Frauen in der Gemeinschaft bleiben können, müssen sie trotz ihres Glaubens an den Praktiken der Gemeinschaft teilnehmen. So wird in den indigenen Gemeinschaften der Embera in den Kommunen Pueblo Rico und Mistrató in Risaralda und der Kommune Trujillo im Valle del Cauca weibliche Genitalverstümmelung praktiziert.

In Gegenden unter Kontrolle krimineller Gruppen sind christliche Mädchen stärker von der Indoktrinierung von Kindern durch Guerillas betroffen als Jungen, da sie nicht nur die gewaltsamen Ideologien akzeptieren müssen, die ihrem Glauben widersprechen, sondern es auch sehr wahrscheinlich ist, dass sie Opfer von Vergewaltigung und sexueller Belästigung werden. Ein weiterer Aspekt sind von multilateralen Organisationen gesponserte Regierungsprogramme, die in den vernachlässigten Regionen des Landes durchgeführt werden. Häufig beinhalten sie die Verpflichtung,

Methoden zur „Familienplanung“ zu nutzen, was auch Verhütungsmittel und Abtreibungen umfasst. Dabei werden den Frauen häufig nur diese „Optionen“ zum Schutz ihrer Gesundheit aufgezeigt und sie werden dadurch indirekt unter Druck setzt, ihre Glaubensüberzeugungen aufzugeben, da ihnen keine andere Option aufgezeigt wird.

Zuletzt ist es für christliche Frauen in einigen Berufen schwerer, eine Anstellung oder eine Beförderung zu bekommen, da bekannt ist, dass sie wahrscheinlich mehr Kinder haben werden und damit häufiger schwanger sein werden als nichtchristliche Frauen. Arbeitgeber sehen dies oft als eine Unannehmlichkeit, die sie nicht tragen wollen.

Männer

Es gibt kein Gesetz, die Verfolgung christliche Männer begünstigen würde. In den von kriminellen Gruppen oder Drogenkartellen kontrollierten Gebieten sind junge Männer jedoch der Indoktrinierung durch diese Gruppen ausgesetzt und stehen unter hohem Druck, ihnen beizutreten. Bedingt durch den ökonomischen und sozialen Kontext, geben einige der jungen Männer diesem Druck nach. Andere weigern sich jedoch, entweder wegen ihres Glaubens oder aus anderen Gründen. Sie werden häufig bedroht, verfolgt und zusammen mit ihren Familien entführt.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Gemäß der World Christian Database lebten 2018 verschiedene religiöse Minderheiten in Kolumbien, wie Muslime (0,051 %), Hindus (0,024 %), Bahai (0,16 %) und Juden (0,02 %). In einem Fall wurde von der Entlassung einer jüdischen Frau berichtet, weil sie nicht bereit war, sich in einer Live-TV-Show zu bekreuzigen.

9. Ausblick

Die politische Perspektive

Die Unsicherheit um den begonnenen Friedensprozess im Land könnte nicht nur dazu führen, dass ehemalige Mitglieder der FARC sich wieder zusammenschließen oder anderen Guerillagruppen beitreten. Sie kann auch den Fortschritt bei den Verhandlungen mit anderen wichtigen Guerillagruppen wie der ELN blockieren. Diese Unsicherheit wird einen negativen Effekt auf die Wirtschaft und die gesellschaftliche Situation haben und dazu beitragen, dass die Korruption unter den Behörden des Landes unvermindert weiterbesteht.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Organisiertes Verbrechen und Korruption: Der Staat muss effektive Maßnahmen einführen, um der wachsenden Gewalt in den Gegenden zu begegnen, wo die neuformierten Guerillagruppen und Netzwerke organisierter Kriminalität sowie des Drogenhandels agieren. Wenn dies nicht geschieht, ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Gegenden zu einer Brutstätte von Verfolgung religiöser Gemeinschaften werden, besonders von Christen.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Solange der Staat weiterhin die Misshandlung von Christen indigener Herkunft ignoriert und sogar verteidigt, wird sich die Verfolgung in diesem Bereich nicht verringern. Wenn der Staat nicht in der Lage ist, die Gewalt in diesen Gegenden unter

Kontrolle zu bringen, laufen die meisten indigenen Gemeinschaften Gefahr, zusammen mit ihrer Kultur zu verschwinden.

Mit Hinblick auf Säkulare Intoleranz: Trotz des aktuell wachsenden Einflusses von Christen in politischen Angelegenheiten ist es sehr wahrscheinlich, dass die Intoleranz gegen den christlichen Glauben im Land zunehmen wird. Wie bereits in anderen Ländern der Region geschehen, werden christliche Gruppen als Mehrheitsbeschaffer in politischen Kampagnen benutzt, um nach der Wahl von dem neuen Machthaber ignoriert zu werden.

Schlussfolgerung

Die Sicherheitskrise wird mutmaßlich die Lebensbedingungen der meisten Christen in wachsendem Maß gefährden. Das gilt umso mehr, da die Regierung sie bislang nicht als besonders schutzbedürftige Gruppe anerkannt hat.

zurück zur Länderübersicht

Bangladesch: Platz 48

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Islamische Unterdrückung: Die Regierung gibt immer häufiger den Forderungen örtlicher islamischer Gruppen nach, die Minderheiten beobachten, insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Diese Gruppen erzeugen Ängste und viele von ihnen werden von internationalen islamischen Gruppierungen inspiriert, wie z. B. dem „Islamischen Staat“ (IS).

Religiös motivierter Nationalismus: Die Anzahl der Buddhisten in Bangladesch ist doppelt so hoch wie die Zahl der Christen. Die meisten von ihnen sind Stammesangehörige und leben in den Regionen an der Grenze zu Indien und Myanmar. Christen mit buddhistischem Hintergrund werden unter Druck gesetzt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Stammesangehörige, die sich dem christlichen Glauben zugewendet haben, werden von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, den alten Traditionen und Werten der Gemeinschaft zu folgen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Während die Zahl von Christen muslimischer Herkunft zunimmt, sind diese Konvertiten immer mehr mit Beschränkungen und Schwierigkeiten durch islamistische Gruppen, lokale religiöse Leiter und ihre eigenen Familien konfrontiert. Überall im Land werden „Fatwas“ umgesetzt, besonders in ländlichen Gegenden. Gleichzeitig werden Rufe nach der Einführung des Scharia-Rechts laut, um die Zugehörigkeit zum „Haus des Islam“ nach außen deutlich zu machen. Bisher bleiben diese Rufe ungehört. Beamte von Lokalbehörden legen Christen verschiedenste Hindernisse in den Weg. Die zwischenzeitlich gehäuften Angriffe des IS im Land wurden jedoch durch striktere Kontrollen der Behörden und ein Durchgreifen der Sicherheitsbehörden gegen solche Gruppen eingedämmt.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Christen muslimischer, hinduistischer, buddhistischer oder ethnischer Herkunft erleiden die schwerste Verfolgung in Bangladesch. Sie versammeln sich oft in kleinen Hausgemeinden oder in geheimen Gruppen aus Angst vor Angriffen. Evangelistisch gesinnte Gemeinden, die unter der muslimischen Mehrheit arbeiten – viele von ihnen Pfingstgemeinden – sind Verfolgung ausgesetzt, aber selbst traditionelle Kirchen wie die Römisch-Katholische Kirche erleiden zunehmend Angriffe und Morddrohungen. Christen aus indigenen Volksgruppen wie den Santal sind doppelt verwundbar, da sie sowohl zu einer ethnischen als auch zu einer religiösen Minderheit gehören. Sie leiden unter Landraub und Gewalt. Christen unter den muslimischen Rohingya, die in Bangladesch Zuflucht gesucht haben, sind ebenfalls Schikanen und starkem Druck aus ihrer Gemeinschaft ausgesetzt.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Im Mai 2018 wurde ein christlicher Jugendlicher getötet und im August 2018 wurde berichtet, dass eine junge Katholikin Selbstmord beging, nachdem sie gezwungen wurde, sich vor

laufender Kamera auszuziehen. Obwohl der letztgenannte Vorfall nicht als Tötung in die Bewertung für den Weltverfolgungsindex eingeflossen ist, zeigt er doch die Verletzlichkeit von Christen, insbesondere Frauen. Aufgrund verletzter Schamgefühle der Opfer werden solche Fälle häufig nicht bekannt.

- Sechs Kirchen (oder Orte, an denen sich Christen treffen) wurden angegriffen, beispielsweise die katholische Kirche in Gopalganj am 20. Januar 2018 und eine Kirche in den Chittagong Hill Tracts im September 2018. Bei dem Angriff im September wurden mehrere Christen verletzt.
- Mindestens elf Christen wurden festgenommen, einer von ihnen musste mehrere Monate im Gefängnis bleiben. Aus Sicherheitsgründen können hierüber keine weiteren Details genannt werden.
- Christen aus dem Volk der Santal sehen sich weiterhin dem Landraub ausgesetzt und ca. 1.500 Personen sind deshalb zu Binnenflüchtlingen geworden.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 58 Punkten steht Bangladesch wie im Vorjahr auf Platz 48 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2019. Die Situation vor Ort hat sich jedoch geändert. Obwohl die Wertung für Gewalt um mehr als zwei Punkte gesunken ist, bleibt sie dennoch auf einem sehr hohen Niveau. Gleichzeitig ist der Druck in allen Lebensbereichen gestiegen. Darin spiegelt sich vor allem die schwierige Situation der Christen wider, die einen anderen religiösen Hintergrund haben. Besonders sind hier die wenigen Rohingya-Christen zu nennen (Flüchtlinge aus Myanmar, die sich momentan im Land aufhalten). Im Allgemeinen leidet die christliche Minderheit weiterhin unter Diskriminierungen, Vernachlässigung und Gewalt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft betrifft alle Christen in Bangladesch, obwohl das Land gemäß seiner Verfassung weiterhin sowohl ein säkulares als auch ein islamisches Land ist. Es wird immer schwerer vorstellbar, wie dieses duale System in der Praxis funktionieren soll, besonders da die Regierung zunehmend den Forderungen einheimischer islamischer Gruppen ohne Verbindungen zur Opposition nachgibt. Diese Gruppen überwachen die Minderheiten, ganz besonders Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie verbreiten Angst und viele von ihnen sind inspiriert durch internationale islamistische Gruppen wie den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), obwohl die Behörden derartige Verbindungen weiterhin bestreiten. Allen Aussagen der Regierung zum Trotz werden diese Verbindungen weithin als real angesehen, was die Furcht in der Bevölkerung nur noch erhöht. Die Regierung entschloss sich im Oktober 2017, Kapitel über den Dschihad in Schulbüchern für die Sekundarstufe zu verbieten. Neben den islamischen Gruppen sind es immer noch die Familien und die Menschen im Umfeld der Christen muslimischer Herkunft, von denen die meiste Verfolgung ausgeht. Besonders in ländlichen Gegenden beobachten und überwachen sie alle Aktivitäten christlicher Konvertiten genau. Das schränkt das Alltagsleben dieser Christen wesentlich mehr ein, als dies momentan durch extremistische Gruppen geschieht. Diese unsichere politische Situation wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die Regierung islamische Gruppen mit Verbindungen zur Oppositionspartei bekämpft.

Religiös motivierter Nationalismus

In Bangladesch leben mehr als doppelt so viele Buddhisten wie Christen. Die meisten von ihnen gehören zu den einheimischen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts an der Grenze zu Indien und Myanmar. Unter diesen Gruppen ist der Stamm der Chakma der bekannteste. In den letzten Jahren ist eine wachsende Zahl von Chakma Christen geworden. Aus diesem Grund haben buddhistische Leiter und Stammesführer begonnen, verstärkt Druck auf diese christlichen Konvertiten auszuüben. Dies geschieht nicht nur durch die Familie, Freunde und das Umfeld, sondern auch durch extremistische Buddhisten, die lokale Buddhisten und Stammesgruppen stärken wollen, dem christlichen Glauben zu „widerstehen". Die Region wird durch den anhaltenden Zufluss von muslimischen Rohingya-Flüchtlingen über die Grenze von Myanmar immer instabiler – Schätzungen gehen von 770.000 Menschen aus. Da bereits im Vorfeld ca. 300.000 Rohingya in Bangladesch lebten, wird ihre Zahl nun auf über eine Million geschätzt. Diese Menschen leben in desolaten Zuständen und sind eine große Herausforderung für Bangladesch, da das Land immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt gehört. Es gibt Berichte darüber, dass die Widerstandsgruppe „Arakan Rohingya Salvation Army" (ARSA), die Angriffe auf Grenzposten in Myanmar verübt hat, in Flüchtlingslagern in Bangladesch aktiv ist. Somit könnte das Flüchtlingsproblem den islamisch-extremistischen Gruppen in Bangladesch weiteren Zulauf bescheren, was die Nervosität der Regierung noch steigert. Trotz aller Versprechen ist es wenig wahrscheinlich, dass die Flüchtlinge in naher Zukunft nach Myanmar zurückkehren werden. Als Konsequenz kündigte Bangladesch im November 2018 an, dass die geplante und vereinbarte Repatriierung im Jahr 2019 beginnen soll, und zwar nach den Wahlen des Landes im Dezember 2018.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Da die Chakma, Tripura und Marma Stammesgruppen sind, vermischt sich „Religiös motivierter Nationalismus" mit „Ethnisch begründeten Anfeindungen". Das bedeutet, dass neue Christen in Stammesgebieten dazu gezwungen werden, althergebrachten Normen und Werten ihrer Gemeinschaft zu folgen, gleichgültig ob sie religiöse Aspekte enthalten oder nicht.

Diktatorische Paranoia

In Bezug auf Politik geht es in Bangladesch wie in einen Familienbetrieb zu und im Moment herrscht ein Wettbewerb zwischen zwei Frauen. Premierministerin Sheikh Hasina der Partei „Awami-Liga" machte deutlich, dass sie alle notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um an der Macht zu bleiben. Dazu gehört, ihre Rivalin Khaleda Zia von der „Bangladesh National Party" (BNP) wegen Bestechung anzuklagen. Die Opposition hat sich dazu entschlossen, ein Bündnis einzugehen, durch das die Parteichefin der (größtenteils säkularen) BNP ihre Verbindung zu islamischen Kräften gestärkt und damit begonnen hat, die islamischen Grundlagen des Landes zu betonen. Obwohl Christen und andere religiöse Minderheiten mehr Freiheit genießen als in vielen anderen islamischen Ländern, kann man sie ohne weiteres als Sündenböcke nutzen, insbesondere da in Zeiten des Wahlkampfes und der Wahlen die Situation in Bangladesch sehr brisant und von Gewalt geprägt ist.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Muslimische Führungspersönlichkeiten zählen in Bangladesch zu den Hauptakteuren im Bereich der Verfolgung von Christen. Während die Zahl der Christen mit einem muslimischen Hintergrund stetig

wächst, nehmen auch die Einschränkungen und Schwierigkeiten durch islamistische Gruppen, lokale religiöse Leiter und die eigenen Familien zu. Extremistische Gruppen fordern die Einführung der Scharia, um zu zeigen, dass das Land zum „Haus des Islam“ gehört. Lokale Beamte schaffen verschiedene Hürden für Christen, besonders für christliche Konvertiten. Ein merklicher Trend ist die Zunahme von Gräueltaten des IS im Land, die sich hauptsächlich gegen Freidenker und religiöse Minderheiten richten, einschließlich Christen (besonders gegen Leiter und Evangelisten) und besonders christliche Konvertiten. Einige politische Parteien arbeiten mit islamistischen Gruppierungen zusammen, wie z. B. mit „Jamaat-e-Islami“. Darüber hinaus setzt die Oppositionspartei, die Bangladesh National Party, religiöse Minderheiten (einschließlich Christen) unter Druck, da sie als Unterstützer der Regierungspartei angesehen werden. Christen muslimischer Herkunft erleben durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde den stärksten Druck.

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus und Ethnisch begründeten Anfeindungen

Buddhistische Leiter und Stammesführer sowie die Familien von christlichen Konvertiten agieren in ihren Regionen ebenfalls als Verfolger, besonders im Norden des Landes. Auch lokale Regierungsbeamte treten als Verfolger auf: Es ist ihr Ziel, alles unter Kontrolle zu halten; deshalb empfinden sie christliche Konvertiten als potenzielle Bedrohung.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Die politischen Parteien tun alles, um an der Macht zu bleiben bzw. an die Macht zu kommen. Diesem Ziel wird alles andere untergeordnet. Regierungsbeamte leisten hierbei Unterstützung, sofern sie daraus einen persönlichen Nutzen ziehen können.

4. Hintergrund

In Bangladesch schwelt seit Langem ein politischer Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition (und da Politik größtenteils eine Familienangelegenheit ist, auch zwischen den entsprechenden Familien). Dies hält das Land in einem derartigen politischen Schwebezustand, dass die sehr reale Gefahr durch den extremistischen Islam manchmal weniger bedeutsam zu sein scheint. Der tödliche Ernst dieser Lage zeigte sich in einer Mordserie unter religiösen Minderheiten (auch Christen), Säkularisten und politischen Aktivisten im Jahr 2016. Ob diese Morde – wie die Regierung hartnäckig behauptet – nichts mit dem IS zu tun haben und lokalen militanten Gruppen zugeschrieben werden müssen, ist nicht entscheidend. Die größten dieser lokalen Gruppen, „Jamaat-ul-Mujahideen“ (JMB) und das „Ansarullah Bangla Team“ (ABT), haben dem IS die Treue geschworen, und so kann man sagen, dass es dem IS gelungen ist, in Bangladesch Fuß zu fassen.

Die Kämpfe gegen Islamisten haben sich während des Berichtszeitraums fortgesetzt. Bei einem Vorfall am 11. Juni 2018 haben extremistische Muslime einen säkularen Blogger getötet, der extremistische religiöse Gruppen kritisiert hatte. Die Tatsache, dass Gesellschaft und Politik in dieser kritischen Zeit politisch gespalten sind, verstärkt die Probleme, denen Bangladesch gegenübersteht und erschwert das dringend notwendige Vorgehen gegen den militanten Islam.

Besonders problematisch erscheint, dass die Regierung Forderungen von Islamisten immer mehr Raum im Land gibt, höchstwahrscheinlich um Wählerstimmen zu gewinnen. Dies zeigte sich unter anderem in der Entscheidung der Regierung im Januar 2017, die Schulbücher den Wünschen konservativ-islamischer Gruppen anzupassen. Ein Beispiel (unter vielen) für diese Anpassung findet sich in den

Büchern der ersten Klasse: Der Buchstabe „o“ wird dort neuerdings mit der Darstellung der „orna“ (ein Schleier, der zu Beginn der Pubertät getragen wird) erklärt. In einem Schulbuch für Sechstklässler wurde ein Reisebericht in den Norden Indiens (eines der Nachbarländer) durch einen Bericht über den Nil in Ägypten ersetzt. Andere Bücher wurden ebenfalls geändert. So werden zum Beispiel keine hinduistisch oder christlich klingenden Vornamen mehr verwendet. Andererseits unterstützen diese Bemühungen keinerlei Gewalt: Die Regierung entschied, Kapitel über den Dschihad in Büchern der weiterführenden Schulen zu verbieten. Im Mai 2018 nahm die Regierungspartei Awami-Liga eine Spende über 1 Milliarde US-Dollar aus Saudi-Arabien entgegen, die für den Bau von 560 Moscheen im ganzen Land vorgesehen ist.

Als Minderheit sind Christen inmitten dieser unsicheren Situation des zunehmenden Islamismus gefangen, da sie sich nicht auf eine der Seiten schlagen. Sie sind von allen Entscheidungen der Regierung ebenso betroffen wie von allen Aktivitäten der islamischen Opposition. Christen gelten als Sympathisanten der Regierung und werden dementsprechend behandelt.

Im Februar 2018 wurden die Chefin der Oppositionspartei, Khaleda Zia, und ihr Sohn aufgrund von Bestechungsanklagen zu fünf Jahren Haft verurteilt. Es ist bemerkenswert, dass es nach dem Urteil nicht zu großen Demonstrationen oder Aufrufen zum Nationalstreik kam. Im Vergleich zu den letzten Jahren waren die Proteste gegen das Urteil des Gerichts mit nur wenigen Verletzten verhältnismäßig friedlich. Ein ganz anderes Bild zeigte sich jedoch nach einem Vorfall, bei dem zwei Schüler einer High-School von einem nicht lizensierten Bus überfahren wurden und zu Tode kamen. Die Rufe nach Gerechtigkeit aus der Bevölkerung wurden von der Regierung zunächst ignoriert. Dies führte zu tagelangen, immer lautstärkeren Protesten durch Schüler, was die Regierung zu dem Vorwurf in Richtung der Opposition veranlasste, sie versuche, aus den Unruhen Kapital zu schlagen. Ein anderes Anzeichen für die Nervosität der Regierungspartei besteht darin, dass angeblich gegen Tausende von Oppositionsanhängern strafrechtlich ermittelt wird.

Der ehemalige oberste Richter des Landes, Surendra Kumar Sinha, berichtet in „A broken dream: Human rights, rule of law and democracy“ davon, dass Agenten der Staatssicherheit Richter beeinflusst und eingeschüchtert haben, damit sie Urteile zugunsten der Regierung sprechen – ein weiteres Indiz dafür, wie problembehaftet die Politik in Bangladesch ist.

5. Betroffene Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Diese Gruppe umfasst Botschaftsangehörige und ausländische Arbeiter im wichtigen Textilsektor. Sie sind Überwachungen und Drohungen durch islamistische Gruppen ausgesetzt.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu dieser Gruppe gehören die Römisch-Katholische Kirche und die Anglikanische Kirche von Bangladesch. Sie werden regelmäßig bedroht und überwacht.

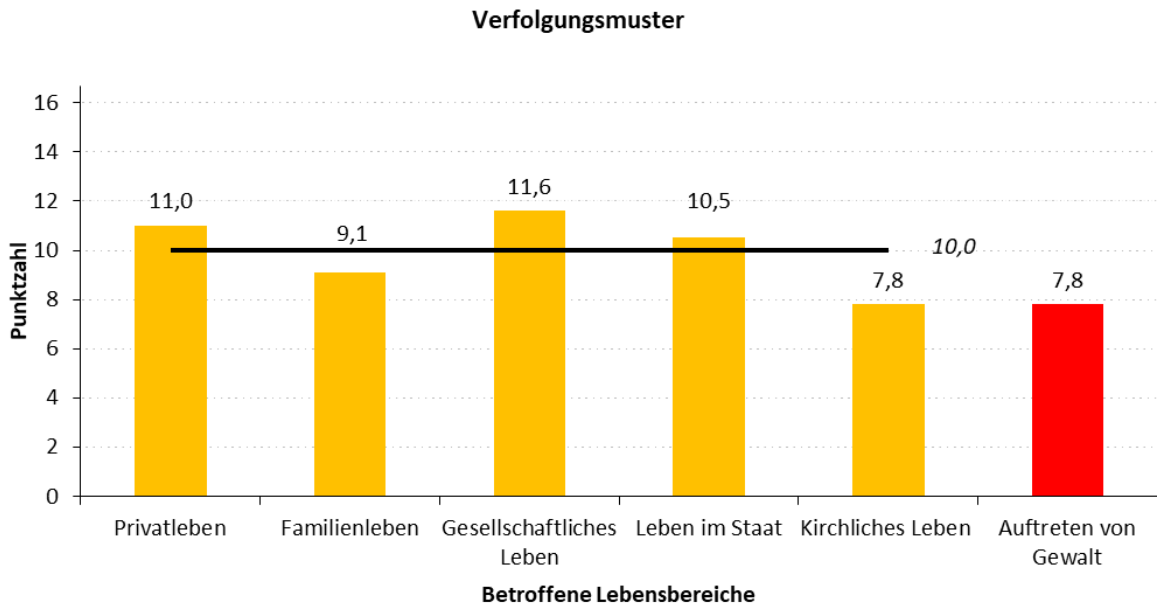
Christliche Konvertiten

Diese Kategorie umfasst Christen muslimischer, hinduistischer und buddhistischer Herkunft. Sie erleiden die stärkste Verfolgung, nicht zuletzt durch ihre Familien und ihr Umfeld, und kommen aus Angst nur in geheimen Treffen zusammen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe beinhaltet evangelikale, baptistische und Pfingstgemeinden. Ein Beispiel dafür sind die „Assemblies of God“, deren Mitglieder sich hauptsächlich in Hauskirchen versammeln, um Gottesdienst zu feiern. Sie werden regelmäßig bedroht und immer wieder gewaltsam attackiert.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bangladesch

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Generell hat sich der Druck auf Christen in Bangladesch in allen Lebensbereichen leicht erhöht: Der durchschnittliche Wert von 9,5 Punkten im Vorjahr ist auf 10,0 Punkte für den aktuellen Berichtszeitraum angestiegen. Dieser Wert spiegelt den zunehmenden Druck auf christliche Konvertiten wider, einschließlich der Rohingya-Flüchtlinge, die im Jahr 2017 aus Myanmar geflohen sind.
- Der stärkste Druck herrscht im Privatleben und im gesellschaftlichen Leben, wo christliche Konvertiten besonders betroffen sind. Generell sind jedoch alle Christen in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ Verfolgung ausgesetzt.
- Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist die Punktzahl von 10,0 im Vorjahr auf 7,8 gesunken, da es weniger Berichte über Morde und Angriffe auf Kirchen gab.

Privatleben

Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, trifft dies auf Christen nur in beschränktem Maß zu. Am verwundbarsten sind Christen mit anderem religiösen Hintergrund. Wenn sie ihren neuen Glauben offenbaren, ist es für sie nahezu unmöglich, am gleichen Ort weiterzuleben, da ihre Familie, Nachbarn und religiöse Leiter sie massiv unter Druck setzen. Menschen, die im Verdacht stehen, das Evangelium weiterzugeben, werden mitunter festgenommen und krimineller Vergehen bezichtigt – so

geschehen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019. Konvertiten werden von allen Seiten überwacht und mit teilweise großem Aufwand daran gehindert, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Das kann so weit gehen, dass Häuser und Straßen versperrt werden. Der Besitz christlicher Literatur (z. B. einer Bibel) ist ebenfalls riskant. Christen, die aus christlichen Familien stammen, haben allerdings in ihrem Privatleben mehr Freiheiten.

Familienleben

Sobald christliche Konvertiten entdeckt werden, droht den Verheirateten unter ihnen die Scheidung und sie können ihr Erbe verlieren. Das trifft besonders in ländlichen Gegenden zu. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder ein Begräbnis zu organisieren, kann schwierig bis unmöglich sein. Kinder von Christen, nicht nur von Konvertiten, werden gezwungen, nichtchristliche Lehren zu studieren und die wie oben beschrieben geänderten islamischen Schulbücher in der Schule zu benutzen. Konvertiten werden oft von ihren Familien isoliert und es kann passieren, dass sie gezwungen werden, das Haus zu verlassen.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden auch im geschäftlichen Leben diskriminiert. Manche Christen mussten wegen des Drucks der muslimischen Mehrheit und aufgrund von Boykotten ihre Läden oder andere Geschäfte aufgeben. Kinder von christlichen Konvertiten werden oft von Lehrern und Mitschülern in der Schule diskriminiert. Das kann so weit gehen, dass sie sich weigern, zur Schule zu gehen oder das Haus zu verlassen. Der Druck, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, kann so unerträglich hoch werden, dass Konvertiten die Gemeinschaft, in der sie leben, verlassen müssen.

Leben im Staat

Bangladesch hat eine säkulare Regierung und Säkularismus ist sogar in der Verfassung des Landes verankert. Dort wird jedoch gleichzeitig der Islam als Staatsreligion festgeschrieben. Christen erfahren üblicherweise durchweg Diskriminierung, wenn sie mit Behörden zu tun haben, und werden regelmäßig beschimpft, besonders in ländlichen Gegenden. Die Berichterstattung von Medien über Christen ist oft einseitig, besonders von islamischen Fernsehsendern. Christen und andere (wie z. B. säkulare Blogger) wurden beschuldigt, den Islam beleidigt zu haben; einige wurden sogar getötet. Wenn Christen angegriffen wurden, erlebten sie oft in hohem Maße unwillige Behörden, die kaum bereit waren, ordnungsgemäße Ermittlungen aufzunehmen. Christliche Schulen und Einrichtungen werden durch regelmäßige Drohungen von islamistischen Gruppen behindert. Und selbst wenn die Behörden Schutz gewähren, werden die Einrichtungen oft in ihren Aktivitäten eingeschränkt, da sie überwacht werden oder für eine Weile schließen müssen.

Kirchliches Leben

Generell sind Kirchen in der Lage, ein Gemeindeleben zu führen. Dennoch sind sie mit einem wachsenden Maß an Überwachung konfrontiert, sowohl von Behörden als auch von islamischen Gruppen, die sich besonders auf protestantische Freikirchen konzentrieren. Gottesdienste wurden durch beide Gruppen behindert, ebenso durch Anführer ethnischer Gruppen. Die offene Integration von christlichen Konvertiten in Gemeinden ist unmöglich. Auch die Durchführung von Schulungen ist einigen Berichten zufolge schwieriger geworden, da die Teilnehmer an solchen Schulungen misstrauischen Nachbarn Auskunft darüber geben müssen, wo sie gewesen sind und was für eine Art Schulung sie besucht haben. Das offene Verteilen von Bibeln wurde behindert und in einem Fall wurden drei Pastoren dafür verhaftet.

Auftreten von Gewalt

Ein kurzer Überblick und Beispiele für das Auftreten von Gewalt im aktuellen Berichtszeitraum finden sich weiter oben im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Obwohl die politische Führung seit vielen Jahren in den Händen von Politikerinnen liegt, sind Frauen in Bangladesch immer noch besonderen Gefahren und Schwierigkeiten ausgesetzt. Frauen und Mädchen werden am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft und sogar Zuhause diskriminiert. In zunehmendem Maß gibt es Berichte über Vergewaltigungen und sexuelle Belästigung, sogar in staatlichen Schulen. Dabei dürfte die Dunkelziffer aufgrund des sozialen Stigmas sogar noch höher liegen. Auf der anderen Seite werden immer mehr Frauen dazu ermutigt, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen – so sind zum Beispiel 80 % aller Arbeitnehmer in der wichtigen Bekleidungsbranche Frauen – und dadurch gewinnen Frauen nach und nach eine größere Unabhängigkeit. In Bezug auf das Thema Verfolgung sind Frauen jedoch in einer konservativen (islamischen) Gesellschaft verwundbarer als Männer. Wenn Frauen den christlichen Glauben annehmen, werden sie isoliert und stark unter Druck gesetzt, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Im Blick auf solche Konvertiten werden Frauen und Männer in gleichem Maß sozial geächtet. Dieser Zustand kann über viele Jahre anhalten und am Ende sogar dazu führen, dass sie gezwungen werden, ihr Dorf zu verlassen. Bis jetzt sind Männer in den meisten Familien immer noch die Hauptverdiener. Wenn sie also aufgrund ihres Glaubens ihre Arbeit verlieren oder ihnen als Geschäftseigentümer durch Boykotte der Gesellschaft ihre Lebensgrundlage entzogen wird, ist die ganze Familie davon betroffen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Alle religiösen Minderheiten stehen in der Gefahr, Diskriminierung und Gewalt zu erleben. Das betrifft islamische Glaubensgemeinschaften wie Schiiten und Ahmadiyya sowie hinduistische und buddhistische Minderheiten. Nach den sunnitischen Muslimen sind Hindus die zweitgrößte religiöse Gruppe im Land. Hindus sind von Diskriminierungen, Gräueltaten und Gewalt betroffen; einige Frauen und Mädchen sind gewaltsam dazu gezwungen worden, zum Islam zu konvertieren. Es gibt Fälle, bei denen Muslime hinduistischen Familien ihren Besitz genommen haben und diese somit zu Flüchtlingen wurden. Indigene Menschen und religiöse Minderheiten sind unverhältnismäßig stark von Gewalt betroffen, die sich aus Landraub und der damit verbundenen Vertreibung ergibt.

Viele Hindus waren außer Stande, Landbesitz wiederzuerlangen, den sie durch ein Gesetz namens „Vested Property Act“ verloren hatten. Obwohl das Gesetz im Jahr 2001 durch die damals regierende Partei Awami-Liga wieder abgeschafft wurde, ergriff die Regierung damals keine konkreten Maßnahmen, die Beschlagnahmungen von Eigentum, die während der Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes erfolgten, rückgängig zu machen. Der Vested Property Act war ein Gesetz in Bangladesch aus der ostpakistanischen Ära, das es der Regierung ermöglichte, Eigentum von Personen zu konfiszieren, die es als Staatsfeinde betrachtete (hierbei handelte es sich in der Praxis meist um Hindus). Während das Gesetz in Kraft war, beschlagnahmte die Regierung etwa 1,05 Millionen Hektar Land (entspricht ca. 10.500 km^2). Fast alle Hindus im Land waren davon betroffen. Nach der Untersuchung eines Professors der Universität von Dhaka verloren seit 2001 fast 200.000 hinduistische Familien etwa 16.400 Hektar Land, trotz der Aufhebung des Gesetzes im gleichen Jahr.

9. Ausblick

Politischer Ausblick

Die Regierung hat bei der Eindämmung islamistischer Gruppen nur begrenzte Fortschritte gemacht. Sie verliert nicht nur die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung, sondern muss auch das Einsickern internationaler Islamisten unter Kontrolle bekommen und sich mit deren lokalen Verbündeten auseinandersetzen. Solange die Regierungspartei alle islamischen Gewaltakte der Oppositionspartei zuschreibt und gleichzeitig islamistische Gruppen umwirbt, um Stimmen zu gewinnen, wird eine Lösung schwer zu finden sein.

Mit der Verurteilung der Oppositionsführerin Khaleda Zia und ihres Sohnes und potenziellen Nachfolgers Tarique Rahman, scheint das Land immer stärker auf eine Einparteienherrschaft zuzusteuern – zumal Rahman derzeit in London im Exil lebt. Derartige Vermutungen erhielten zuletzt neue Nahrung durch die überraschende Ankündigung des ehemaligen Justizministers Kamal Hossain im Oktober 2018: Eine Koalition aus 19 Parteien (die später auf 23 Parteien erweitert wurde) trat bei der Wahl am 30. Dezember 2018 gegen die Regierungspartei an. Auch die extremistisch-islamische Partei Jamaat-e-Islami war Mitglied dieser Koalition. Diese Partei ist ein langjähriger Verbündeter der BNP.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Solange Bangladesch mit einheimischen und aus dem Ausland eingesickerten extremistischen islamischen Gruppen zu kämpfen hat, wird die christliche Minderheit weiterhin schwierige Zeiten erleben. Besonders christliche Konvertiten sind verwundbar und werden immer wieder zum Ziel von Angriffen. Die Tatsache, dass die Regierung einerseits militante islamische Bewegungen bekämpft, gleichzeitig aber andere islamistische Gruppen umwirbt, lässt die christlichen Gemeinschaften sorgenvoll in die Zukunft blicken. Zusätzlich steht Bangladesch ernsten Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Medressen-System des Landes bevor. Unabhängig davon, ob die offiziell genannte Zahl dieser Koranschulen von 22.000 stimmt oder die von anderer Seite geschätzte Zahl von 70.000 zutrifft, bleiben die Probleme bestehen. In offiziell registrierten Medressen werden ungefähr zwei Millionen Schüler unterrichtet, wohingegen man vermutet, dass die „privaten“ Medressen von mehr als vier Millionen Schülern besucht werden. Ähnlich wie in Pakistan sind diese Medressen potenzielle Nährböden für Hass und Gewalt. Ein deutlicher Hinweis darauf war der tödliche Angriff auf ein Restaurant in Dhaka vom Juli 2016, bei dem neun der Täter Medressen-Schüler waren. Extremistische Muslime nehmen Christen ins Visier, weil sie als Verbündete der Regierung gesehen werden, denn sie ziehen es vor, dass der Säkularismus des Landes beibehalten wird. Die Politik bedient sich immer wieder gewaltsamer Methoden, wobei immer wieder Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen werden oder sogar getötet werden.

Mit Hinblick auf Religiös motivierten Nationalismus und Ethnisch begründete Anfeindungen: Neben den Christen gibt es in Bangladesch große Minderheitsgruppen von Hindus und Buddhisten. Da der Druck der Mehrheitsgesellschaft auf die Politik zunimmt und dabei Religion als identitätsstiftender Faktor beständig an Bedeutung gewinnt, werden Christen mit hinduistischen oder buddhistischen Hintergrund auch künftig großen Widerstand ihrer Familien, Nachbarn und religiösen Leiter erleben.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Scheich Hasina von der Awami-Liga feierte bei den Wahlen am 30. Dezember 2018 einen Erdrutschsieg. Damit wird die Politikerin zur am längsten regierenden Premierministerin der Geschichte Bangladeschs. Die Opposition und internationale Beobachter

zweifelten jedoch an der Gerechtigkeit der Wahlen. Das weist auf ein Fortbestehen der Triebkraft hin. Es könnte sein, dass sich Christen als Minderheit im Fadenkreuz politischer Kämpfe wiederfinden werden.

Schlussfolgerung

Es ist kein gutes Zeichen, dass die alte und neue Premierministerin Sheikh Hasina es für notwendig erachtete, folgende Aussage zu machen: „Jeder, der beleidigende Anmerkungen gegen [den Islam] oder gegen den Propheten Mohammed ausspricht, wird gemäß dem Gesetz verfolgt.“ Damit unterstreicht sie die Stellung des Islam als Staatsreligion. Das ist eine eher entmutigende Nachricht für die Zukunft der christlichen Minderheit in Bangladesch.

zurück zur Länderübersicht

Palästinensergebiete: Platz 49

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Religiös motivierter Nationalismus: Die Vorherrschaft Israels im Westjordanland und sein fester Griff auf den Gazastreifen bereitet den palästinensischen Christen große Schwierigkeiten und ist ein wichtiger Faktor für Auswanderung.

Islamische Unterdrückung: Islamische Milizen, die extremistischer sind als die Hamas, sind in Gaza aktiv und auch im Westjordanland präsent, was die Christen Angriffe befürchten lässt.

Diktatorische Paranoia: Fatah und Hamas versuchen, ihre Macht um jeden Preis zu erhalten. Es kann gefährlich sein, sie in ihrem jeweiligen Territorium zu kritisieren.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die palästinensische Gesellschaft ist konservativ, wobei Stammesdenken eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielt. Dies ist ein wesentlicher Faktor, der Muslime daran hindert, Jesus Christus nachzufolgen.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Die palästinensische Gesellschaft ist konservativ und der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben oder der Wechsel von einer Denomination zur anderen ist aufgrund der engen Verbindung zwischen Familie und Religion inakzeptabel oder gesellschaftlich unerwünscht. Im Allgemeinen schützen Gesetze die Religionsfreiheit im Westjordanland, während sie im Gazastreifen eingeschränkt ist. Palästinensische Christen leiden täglich unter dem anhaltenden palästinensisch-israelischen Konflikt. Ihre Volkszugehörigkeit führt zu vielen Einschränkungen vonseiten Israels. Wie andere Palästinenser erleben Christen diese Einschränkungen täglich, und sie bilden einen wichtigen Anreiz auszuwandern. Ihre Religion bringt Christen auch in eine Minderheitenposition innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft, die mehrheitlich muslimisch ist.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Alle christlichen Gruppierungen haben Probleme mit Reise- und anderen Einschränkungen, die von den israelischen Behörden auferlegt werden. Ehemalige Muslime tragen die Hauptlast der Verfolgung, und es ist schwierig für sie, sich in bestehende Kirchen zu integrieren. Der Einfluss der islamisch-extremistischen Ideologie wächst, und traditionelle Kirchen müssen im Kontakt mit Muslimen diplomatisch sein. Es kommt auch zu Schikanen gegen Kirchenführer durch extremistische Juden. Christen, die nicht den größeren traditionellen Kirchen angehören, stoßen manchmal auf Widerstand von größeren Kirchen in theologischen Fragen oder weil man ihnen vorwirft, „Schafe zu stehlen“. Aber solche Probleme treten selbst unter den freikirchlichen Gemeinden auf.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Die Evangelisation von Muslimen ist nicht gesetzlich verboten, bleibt aber wegen des gesellschaftlichen Drucks schwierig. Einige Christen haben Angst davor, ihre Beziehungen zu ihren muslimischen Nachbarn zu gefährden, wenn sie zu aktiv an Evangelisation beteiligt sind.

- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 wurde mindestens eine ehemalige Muslima für einige Zeit im Heim der Familie festgehalten. Es wurden mehrere Zwangsverheiratungen von ehemaligen Muslimas mit muslimischen Männern gemeldet, und eine Reihe von Christen muslimischer Herkunft musste aufgrund des Drucks aus Familie und Gesellschaft ihren Wohnsitz innerhalb des Landes verlegen.
- Der Bericht des US-Außenministeriums über Israel und die Palästinensergebiete im Jahr 2017 hält fest (S. 39): „Eine Kombination von Faktoren gab auch weiterhin den Anstoß für eine zunehmende Auswanderung von Christen aus Jerusalem und dem Westjordanland. Dazu gehören politische Instabilität; die begrenzte Möglichkeit christlicher Gemeinden im Gebiet von Jerusalem, sich aufgrund von Baubeschränkungen durch Jerusalems Stadtverwaltung oder israelische Behörden im Gebiet C zu erweitern; die Schwierigkeiten christlicher Geistlicher bei der Erlangung israelischer Visa und Aufenthaltserlaubnisse; Beschränkungen der Familienzusammenführung durch die israelische Regierung; Vertrauensverlust in den Friedensprozess; und wirtschaftliche Schwierigkeiten, die durch die Errichtung der Sicherheitsabsperrung und die Einführung von Reisebeschränkungen entstehen“.

---

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 57 Punkten belegten die Palästinensergebiete im Weltverfolgungsindex 2019 Platz 49. Im Vergleich zum WVI 2018 sank die Punktzahl um drei Punkte. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass von weniger Druck in bestimmten Lebensbereichen berichtet wird.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung

Generell sind Christen in den gesamten Palästinensergebieten von Islamischer Unterdrückung betroffen, obwohl der Druck im Gazastreifen deutlich höher ist als im Westjordanland, da es aktive islamisch-extremistische Bewegungen gibt. Militante Islamisten, die noch extremistischer sind als die Hamas, waren in Gaza aktiv und sind auch im Westjordanland präsent. Dazu gehören Zellen des Islamischen Staats (IS) – bei denen es sich entweder um aktive oder um Schläferzellen handelt. Trotz der Tatsache, dass diese Gruppen noch keine große Macht haben, kann ihr Einfluss nicht ignoriert werden.

Darüber hinaus haben traditionelle Normen und Werte anhaltenden Einfluss und werden nach wie vor angewandt. Das ist in den Palästinensergebieten sehr stark mit dem Islam vermischt und betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Wie im übrigen Nahen Osten sind Religion und Familienidentität miteinander verwoben. Daher wird das Verlassen des Islam als Verrat an der eigenen Familie bewertet. Im Allgemeinen üben Familien starken sozialen Druck auf ehemalige Muslime aus, damit sie zum Islam zurückkehren, die Region verlassen oder den neuen Glauben geheim halten. In vielen Fällen werden Christen muslimischer Herkunft aufgrund ihres neuen Glaubens von ihren Familien vertrieben.

Diktatorische Paranoia

Diktatorische Paranoia ist mit schlichter Gier und der Wahrung der Interessen einer kleinen Gruppe verbunden. Vetternwirtschaft ist in der clanbasierten Gesellschaft weit verbreitet, und Menschen mit Beziehungen zu den Machthabern sind meistens wohlhabend. Christen sind traditionell mit der Fatah und der nationalistischen Bewegung verbunden. Die meisten Christen unterstützen diese Fraktionen in ihrem Kampf gegen die israelischen Behörden und stoßen auf keine Schwierigkeiten. Doch ohne Wahlen ist die demokratische Legitimität der Regierung seit vielen Jahren schwach. Beide Parteien innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde, Fatah und Hamas, versuchen, die Macht mit allen erforderlichen Mitteln zu erhalten. Meinungsfreiheit und damit auch die Religionsfreiheit sind eingeschränkt; wenn Kirchenführer die palästinensischen Behörden oder ihre islamische Regierung kritisieren, kann dies negative Folgen haben, insbesondere in Gaza. Christen sind auch dem Druck der israelischen Regierungskontrolle ausgesetzt; zum Beispiel müssen Kirchenführer in Jerusalem vorsichtig vorgehen, um Privilegien wie den erleichterten Zugang zum Erhalt von Visa und Genehmigungen nicht zu verlieren.

Religiöser Nationalismus

Palästinensische Christen berichten, dass es die Kontrolle Israels über das Westjordanland und der feste Griff auf den Gazastreifen ist, der den größten Druck in ihrem Leben verursacht. Dieser Druck kommt: 1. von der externen Kontrolle Israels – d.h. der Kontrolle sämtlicher Grenzen (mit Ausnahme der Gaza-Grenze zu Ägypten), in Verbindung mit einem Zulassungssystem für die Einreise nach Israel und für die Reise zwischen Gaza und dem Westjordanland, wodurch die Möglichkeit, beispielsweise heilige Stätten in Jerusalem zu besuchen, eingeschränkt wird; und 2. von der internen Kontrolle Israels über etwa 60% des Westjordanlandes (Gebiete, die zum Gebiet C im Rahmen des Osloer Abkommens gehören) – ein Gebiet, das alle von der palästinensischen Behörde kontrollierten Regionen trennt. Interne Kontrollpunkte innerhalb des Westjordanlandes dienen der Kontrolle des Gebiets und dem Schutz der israelischen Siedlungen im Westjordanland. Diese Kontrolle schafft Unsicherheit, begrenzt die wirtschaftliche Entwicklung und schränkt die Bewegungsfreiheit ein und isoliert so die christlichen Gemeinschaften im Westjordanland.

Ohne Hoffnung auf eine politische Lösung sehen viele Christen in den Palästinensergebieten keine Zukunft für sich und wandern in andere Teile der Welt aus. Die israelische Kontrolle über das Westjordanland ist mit der Ansicht verbunden, dass das Westjordanland Teil des biblischen Israel ist, das nur Juden gehört. Das allgemeine Gefühl unter Nichtjuden (einschließlich palästinensischer Christen) ist, dass ihnen kein Raum gelassen wird, um ein menschenwürdiges Leben im Westjordanland zu führen.

Ethnisch begründete Anfeindungen

Die palästinensische Gesellschaft ist konservativ, wobei Stammesdenken eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielt. Dies hat direkten Einfluss auf die Möglichkeiten für Muslime, sich dem Christentum zuzuwenden. Die Abkehr vom Islam wird nicht nur als Wechsel der Religion, sondern auch als Wechsel zu einer neuen Identität angesehen. Daher wird ein Glaubenswechsel als eine Abkehr von der eigenen (erweiterten) Familie und von den Werten, mit denen man aufgewachsen ist, betrachtet. Konversion ist also ein Akt der Respektlosigkeit in einer Gesellschaft, in der die Familienehre eines ihrer Kernelemente ist.

3. Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

Die Zahl der palästinensischen Christen ist im Vergleich zur muslimischen Mehrheit sehr gering (0,9 % laut World Christian Database 2018). In diesem Kontext ist der größte Druck der subtile Druck der Normalbürger. Dies ist bei den Bekleidungsregeln für Frauen zu sehen, die durch missbilligende Blicke oder Kommentare durchgesetzt werden. Die palästinensische Gesellschaft ist konservativ, mit mehr Freiheit in den Städten als in den ländlichen Gebieten. Die meisten Christen gehören zu den traditionellen christlichen Kirchen. Sie müssen umsichtig handeln, da sie von der muslimischen Gesellschaft als „anders“ angesehen werden. Ein Experte für das Land sagte: „Die Mehrheit verspeist hier die Minderheit. Die Christen isolieren sich selbst, aus Angst, die Gesellschaft auf die eine oder andere Weise zu verärgern“.

Mitglieder der (erweiterten) Familie werden viel Druck auf einen Konvertiten ausüben, seinen christlichen Glauben aufzugeben. Für sie zerstören Konvertiten zum christlichen Glauben die Ehre der Familie. Vor allem ehemalige Muslime werden von ihren Familien vertrieben und schikaniert. Die Situation ist für sie in Gaza noch schlimmer, da die christliche Gemeinschaft klein ist und es kaum Verstecke gibt.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

Auch von palästinensischen Regierungsbeamten und andere Personen, die mit einer der beiden politischen Parteien innerhalb der palästinensischen Behörde verbunden sind, geht manchmal Verfolgung aus. Die Kritik an den palästinensischen Behörden oder ihrer islamischen Regierung kann negative Folgen haben, insbesondere in Gaza. Christen stehen auch unter dem Druck der israelischen Regierung, da Kirchenführer in Jerusalem vorsichtig vorgehen müssen, um Visa- und Einreiserechte nicht zu verlieren.

Ausgehend von Religiösem Nationalismus

Palästinensische Christen stehen in ihrem Alltag meist unter dem Druck von israelischen Regierungsbeamten, vor allem der israelischen Sicherheitskräfte. Auch die Auseinandersetzungen mit den israelischen Bewohnern des Westjordanlandes, den Siedlern, können einschüchternd sein. Sowohl die Sicherheitskräfte als auch die Siedler sind gut bewaffnet. Aber letztere sind für ihren größeren Eifer bekannt als gewöhnliche israelische Soldaten.

Ausgehend von Ethnisch begründeten Anfeindungen

Das Stammesdenken wird hauptsächlich von der Gesellschaft im Allgemeinen getragen, aber es wird auch von den Regierungsbehörden gefördert, wenn sie Stammesbräuchen und „Versöhnungstreffen“ Vorrang vor staatlich festgelegten Gesetzen und der Rechtsstaatlichkeit geben. In diesem System sind Minderheiten wie Christen meist im Nachteil. Mitglieder der (erweiterten) Familie verfolgen ehemalige Muslime, weil sie gegen Stammesbräuche, z.B. die Familienehre, verstoßen haben.

4. Hintergrund

Die Palästinensergebiete werden von drei verschiedenen Regierungen regiert oder beeinflusst:

- Die Fatah-Partei regiert im Westjordanland und basiert formal auf säkularen Prinzipien, ist also nicht islamistisch, obwohl das Grundgesetz besagt, dass die Prinzipien des islamischen Scharia-Rechts die Hauptquelle für die Gesetzgebung sein sollen. Christen haben etliche Rechte und sind sogar auf den höchsten Regierungsebenen aktiv.
- Die islamistische Hamas beherrscht de facto den Gazastreifen. Sie orientiert sich bei ihrer Amtsführung an den Gesetzen des Islam und der Scharia. Christen werden weitgehend toleriert, da ihre Zahl gering ist.
- Das israelische Militärrecht gilt in den meisten Teilen des Westjordanlandes und führt zu großen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit aller Palästinenser, einschließlich der Christen.

Seit 2007 gibt es innerhalb der Palästinensischen Behörde zwei rivalisierende Regierungen. Die Beziehung zwischen der Hamas in Gaza und der Fatah im Westjordanland ist von gegenseitigem Misstrauen geprägt, woran der Einfluss von Stammesdenken und Clanrivalitäten innerhalb der palästinensisch-arabischen Gesellschaft deutlich wird. Im Oktober 2017 erzielten beide Parteien eine Vereinbarung, in der die Verwaltungsbehörden in Gaza an die Palästinensische Autonomiebehörde übertragen wurden. Auch die Grenzkontrolle wurde an die Palästinensische Autonomiebehörde übergeben. Die Hamas behält jedoch ihren militärischen Flügel und hat de facto den Gazastreifen weiterhin unter ihrer Kontrolle. Die Gesamtzahl der Christen ist in beiden Teilen der Palästinensergebiete aufgrund von Auswanderung und niedrigen Geburtenraten zurückgegangen.

Im Mai 2018 fanden an der Gaza-Grenze Demonstrationen statt, bei denen Tausende von Palästinensern durch israelische Sicherheitskräfte verwundet und Hunderte getötet wurden. Im Sommer 2018 nahmen Hamas und andere Gruppen ihre Granatwerferangriffe auf Israel wieder auf, worauf israelische Streitkräfte als Reaktion aus der Luft zurückschlugen.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Die beiden größten Konfessionen in dieser Kategorie sind griechisch-orthodox und römisch-katholisch. Sie sind offiziell registriert und haben mehrere Kirchengemeinden im Westjordanland und jeweils eine im Gazastreifen. In Gaza stehen Christen aus diesen Kirchen in der Gefahr, dem Druck nachzugeben und angesichts von Drohungen zum Islam zu konvertieren. Zudem lockt man sie mit verschiedenen Versprechungen. Im Westjordanland haben sie die Freiheit, Gottesdienste zu feiern, solange sie nicht unter Muslimen missionieren. Diese Kirchen haben einen bedeutenden Einfluss auf die Gesellschaft. Sowohl die römisch-katholischen als auch die griechisch-orthodoxen Kirchen betreiben Privatschulen, die auch von vielen Muslimen besucht werden. Der Religionsunterricht wird jedoch separat abgehalten.

Christliche Konvertiten

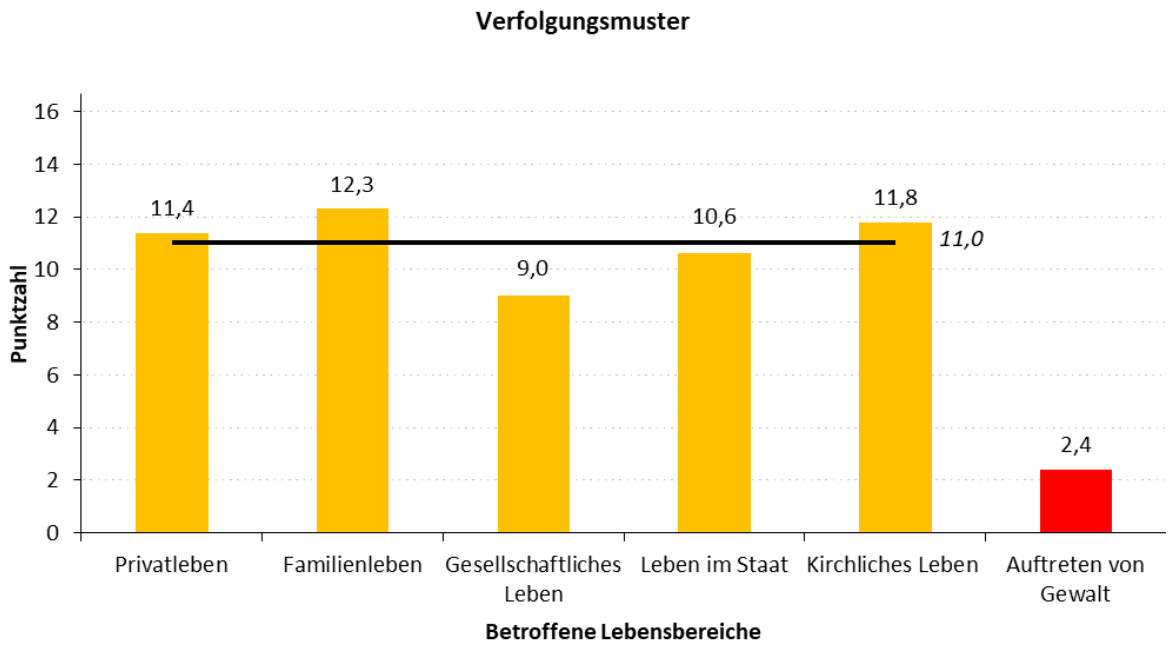
Die meisten Konvertiten haben einen muslimischen Hintergrund, aber auch Christen, die ihre Denomination gewechselt haben, gehören zu dieser Kategorie. Je nach Familie erfahren beide Gruppen Druck von Familienmitgliedern, ihren neuen Glauben aufzugeben. Wenn Christen z.B. von

einer traditionellen Kirche zu einer Freikirche wechseln, bereitet das oft Schwierigkeiten mit ihren Familien. Allerdings sind ehemalige Muslime definitiv der schwersten Verfolgung aller Kategorien von Christen ausgesetzt. Im Westjordanland werden sie bedroht und unter großen Druck gesetzt, im Gazastreifen ist ihre Situation so gefährlich, dass sie ihren christlichen Glauben unter größter Geheimhaltung leben. Dennoch wächst langsam die Zahl der Christen mit muslimischem Hintergrund.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Im Westjordanland gibt es mehrere evangelikale Kirchen und in Gaza eine Baptistenkirche. Leiter der traditionellen Kirchen sehen die Existenz evangelikaler Kirchen oft als Bedrohung.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Palästinensergebiete

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen beträgt ein sehr hohes Maß (11,0 Punkte), die Punktzahl ging aber gegenüber 11,7 im Weltverfolgungsindex 2018 zurück. Der Grund für diesen Rückgang ist der geringere Druck auf ehemalige Muslime, insbesondere im gesellschaftlichen Leben.
- Obwohl alle Lebensbereiche einen hohen oder sehr hohen Druck aufweisen, ist der Druck in den Bereichen „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“ am größten. Der Druck im Familienleben spiegelt die Schwierigkeiten wider, mit denen Christen muslimischer Herkunft konfrontiert sind, wenn sie zum Beispiel eine christliche Hochzeit oder Beerdigung wünschen. Der Druck im Bereich des Kirchlichen Lebens zeigt die Grenzen, die die Kirchen bei der Evangelisierung und Integration von Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren.
- Der Wert für Gewalt stieg von 1,1 im Weltverfolgungsindex 2018 auf 2,4 im WVI 2019.

Privatleben

Sowohl ehemalige Muslime als auch Christen, die ihre Denomination gewechselt haben, erfahren Druck in diesem Lebensbereich. In Gaza ist die Situation für Christen mit muslimischem Hintergrund sehr ernst. Das Zeigen christlicher Symbole (z. B. Kreuze) ist für sie gefährlich. Auch im Westjordanland können ehemalige Muslime ihren christlichen Glauben nicht offen ausüben. Wenn sie den Menschen in ihrer Umgebung den Eindruck vermitteln, dass sie Christen sein könnten, kann das schwerwiegende Folgen haben. Alle anderen Kategorien von Christen haben mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuüben, solange sie nicht unter Muslimen evangelisieren.

Familienleben

Wenn ihr Glaube entdeckt wird, werden Konvertiten von ihren Familien unter Druck gesetzt, vor allem im Gazastreifen, aber auch – in geringerem Maße – im Westjordanland. Die Kinder von bekannten Christen muslimischer Herkunft werden häufig schikaniert oder diskriminiert, insbesondere in Gaza. In Gaza werden auch Kinder aus traditionellen christlichen Kirchen in Schulen diskriminiert. Mit Ausnahme von Konvertiten sind die meisten Christen in der Regel frei, ihre christlichen Überzeugungen im Kreis der Familie zu leben. Wenn jedoch ein christlicher Ehemann und Vater zum Islam konvertiert und sich von seiner christlichen Frau scheiden lässt, würden ihre Kinder (wenn sie unter 18 Jahre alt sind) automatisch zu Muslimen werden. Auch erhält nie der christliche Partner das Sorgerecht, wenn eine Ehe zwischen einem christlichen und einem muslimischen Partner geschieden wird. Dies erklärt sich daraus, dass ein großer Teil des Familienrechts von der Scharia geregelt wird, welche Christen nicht gleichberechtigt mit Muslimen behandelt.

Gesellschaftliches Leben

Im Gazastreifen – und in mehrheitlich muslimischen Orten im Westjordanland – herrscht Druck auf die gesamte lokale christliche Gemeinschaft. Hinzu kommen der allgemeine Kontext der politischen Unruhen und der wachsende Einfluss des extremistischen Islam im Nahen Osten, insbesondere in Gaza. Christliche Frauen könnten sich unter Druck gesetzt fühlen, sich zu verhüllen, wenn sie hinausgehen – z.B. in der Öffentlichkeit lange Ärmel zu tragen. Wenn sie es nicht tun, riskieren sie, Opfer von Belästigungen zu werden. Die Zahl der Christen nimmt ab und der Einfluss des extremistischen Islam wächst. Aus Sicherheitsgründen müssen die meisten Christen muslimischer Herkunft ihren neuen Glauben vor ihrem Lebensumfeld verbergen.

Leben im Staat

Die Gesetze im Westjordanland schützen im Allgemeinen die Religionsfreiheit, während die im Gazastreifen restriktiv sind. Das palästinensische Grundgesetz – das als vorläufige Verfassung fungiert – bezeichnet den Islam als offizielle Religion und die Scharia (das islamische Recht) als wichtigste Quelle der Gesetzgebung. Die Behörden versäumen es manchmal, die Rechte einzelner Christen zu wahren und zu schützen, und in einigen Fällen müssen Christen – meist ehemalige Muslime – an sichere Orte woanders in der Region fliehen. Im Umgang mit den Behörden gibt es in den gesamten Palästinensergebieten, insbesondere in Gaza, eine unterschwellige Diskriminierung, die allerdings in Gebieten mit einer großen christlichen Bevölkerung (wie in der Region Bethlehem) weniger verbreitet ist. Dennoch haben Christen innerhalb der Regierung Ämter inne. Während des Ramadans ist es sozial inakzeptabel, tagsüber in der Öffentlichkeit Lebensmittel zu sich zu nehmen. Als religiöse Minderheit in einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft – und einer, die oft mit dem („christlichen“) Westen identifiziert wird – müssen Christen vorsichtig sein, wenn sie ihre Meinung äußern und deshalb

praktizieren sie Selbstzensur. Ehemalige Muslime können sich nicht offen als Christen zu erkennen geben, wenn sie mit den Behörden zu tun haben.

Kirchliches Leben

Christen muslimischer Herkunft können sich weder offiziell als Gemeinde versammeln, noch können sie offen in bestehende Kirchen im Gazastreifen und im Westjordanland eintreten. Für nicht registrierte protestantische Kirchen ist es schwierig, die Erlaubnis zum Bau einer Kirche im Westjordanland zu erhalten. In Gaza ist dies für alle Formen des Christentums praktisch unmöglich. Der Import von Materialien (einschließlich christlicher Literatur oder Bibeln) in das Westjordanland kann problematisch sein und ist für Gaza aufgrund der israelischen Kontrolle und Bürokratie schwierig.

Innerhalb der palästinensischen Gebiete gibt es einige Reibungspunkte zwischen den verschiedenen christlichen Konfessionen. Im 19. und 20. Jahrhundert fanden hauptsächlich Streitigkeiten zwischen der „alten“ griechisch-orthodoxen und der „neuen“ römisch-katholischen Kirche statt. Heutzutage sind es die Evangelikalen, die neu sind und von den traditionellen Kirchen mit Argwohn aufgenommen werden. Dies wird zum Teil durch unterschiedliche theologische Ansichten verursacht, insbesondere wenn es um den Status Israels geht, wo die traditionellen Kirchen die Evangelikalen als westlich oder zionistisch und mehr auf der Seite Israels sehen. Leiter aller Kirchengemeinden versuchen, ihre eigene Herde zu schützen. Daher erfahren Christen, die ihre Kirchenzugehörigkeit gewechselt haben, manchmal Druck von ihrer (Groß-)Familie oder dem Lebensumfeld.

Gewalt

Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen ist im Allgemeinen gering. Es gibt islamische Extremisten, aber deren Hauptanliegen ist der Kampf gegen israelische Streitkräfte. Wenn es Gewalt gegen Christen gibt, geschieht dies im familiären Bereich, und die Verursacher dieser Gewalt sind Familienmitglieder. Mehr ehemalige Muslime als zuvor haben im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 Informationen beigesteuert, was dazu geführt hat, dass mehr gewalttätige Vorfälle erfasst wurden und damit eine höhere Punktzahl erreicht wurde.

Beispiele dazu im Abschnitt „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Manchmal werden christliche Mädchen und Frauen von ihren muslimischen Nachbarn verachtet, weil sie offensichtlich keine Muslime sind (z.B. verschleiern sie sich nicht). Obwohl nicht von der Regierung aufgezwungen, gibt es eine gesellschaftlich vorgeschriebene Kleiderordnung für christliche Frauen, die sie verpflichtet, sich bis auf ihre Köpfe in der Öffentlichkeit zu bedecken.

Eine Bekehrung aus dem Islam zu Jesus Christus wird als große Schande empfunden, und das betrifft insbesondere Frauen und Mädchen, da sie stärker von der Familie abhängig sind. Dadurch werden sie stärker von der Familie oder dem unmittelbaren Lebensumfeld verfolgt. Familienmitglieder können fast immer ungestraft gegen ehemalige Muslimas vorgehen. Es gibt auch bekannte Fälle von Hausarrest durch die Familie. Wenn eine ehemalige Muslima verheiratet ist, kann sie von ihrem Mann geschieden werden und das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Es gibt auch das Problem der Ehrenmorde, eine akzeptierte Praxis, die Mädchen und Frauen angreifbar macht, obwohl bekannte Fälle selten sind.

Männer

Die Diskriminierung am Arbeitsplatz betrifft vor allem Männer – und ihre Familien, da sie in der Regel die Haupternährer der Familie sind. Die israelische Vorherrschaft und die katastrophale wirtschaftliche Situation lassen die palästinensischen Männer sich machtlos fühlen. Ein Experte für das Land schreibt: „Die ständige Demütigung der Besatzung, die Kontrolle an den Grenzübergängen, trifft die Menschen in ihrer Würde. Männer (bzw. Jungen) schämen sich und sind nicht in der Lage zu reagieren. Das könnte sich auf die Familie zu Hause auswirken, besonders auf die Frauen.“ Immer mehr Männer bleiben Single, weil sie nicht genug verdienen, um für eine Ehe oder für eine Familie zu sorgen. Viele christliche Männer wollen die Palästinensergebiete verlassen, um im Ausland einen Job zu finden. Eine solche Auswanderung schwächt die palästinensische christliche Gemeinschaft ernsthaft, da nur die leistungsfähigeren Männer über die notwendigen Qualifikationen und finanziellen Mittel verfügen, um im Ausland einen Arbeitsplatz zu finden.

Junge ehemalige Muslime sind in der Regel gezwungen, ihre Familien zu verlassen, haben dann aber oft Probleme bei der Integration in bestehende Kirchen. Die christliche Gemeinschaft hat Schwierigkeiten, diese bedürftigen und oft einsamen Menschen aufzufangen.

8. Die Verfolgung von anderen religiösen Minderheiten

Minderheiten wie die Beduinen und die Samaritaner in Nablus werden nicht besonders verfolgt, obwohl die Lebensbedingungen der Ersteren schwierig sind. Vor allem die Beduinen, die im Gebiet C des Westjordanlandes leben, haben viele Probleme mit den israelischen Militär- und Zivilbehörden.

Es gibt keine anderen nennenswerten Minderheiten in den Palästinensergebieten, die einer Diskriminierung ausgesetzt sein könnten.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Ohne jegliche Hoffnung auf eine nachhaltige politische Lösung des sich zuspitzenden Konflikts mit Israel dürften in den nächsten Jahren weiterhin Ausbrüche israelisch-palästinensischer Unruhen im Gazastreifen und im Westjordanland zu verzeichnen sein. Eine Nationenbildung und Reformen werden unter anderem durch die Spaltungen zwischen Hamas und Fatah behindert. Versöhnungsversuche zwischen beiden Parteien sind wiederholt gescheitert, und es gibt keine Garantien dafür, dass die jüngste Einigung vom Oktober 2017 aus der Sackgasse führt. Eines der dringlichsten Probleme im Moment ist die Nachfolge des amtierenden Präsidenten Abbas. Er altert zusehends und hat angeblich gesundheitliche Probleme, und es scheint keinen klaren Fahrplan für seine Nachfolge zu geben. Wenn er stirbt, sind die möglichen Folgen unvorhersehbar und können leicht zu weiteren internen Konflikten führen.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Die Beziehungen zwischen den Regierungsbehörden und den christlichen Gemeinden sind im Allgemeinen gut. Angeblich machen auch die evangelikalen Kirchen Schritte zu einer offiziellen Anerkennung durch die palästinensische Behörde. Dennoch bleibt die Gesellschaft konservativ und der Islam ist die Norm. Ehemalige Muslime werden zweifellos weiterhin der Hauptlast der Verfolgung ausgesetzt sein. Weder wird es jemals zu einer offiziellen

Anerkennung ihrer Bekehrung zum christlichen Glauben kommen, noch wird ein solcher Schritt von Familien und Gesellschaft akzeptiert. Auf der einen Seite könnte sich der Extremismus verringern, wenn Gruppen wie der Islamische Staat im nahen Syrien und Irak an Macht verlieren. Gleichzeitig werden junge Männer jedoch wahrscheinlich extremistischer, wenn sie verzweifelt sind und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verloren haben.

Mit Hinblick auf Religiös motivierten Nationalismus: Seit die US-Botschaft nach Jerusalem verlegt wurde, befindet sich die Hoffnung auf eine Lösung des Konflikts auf einem neuen Tiefpunkt. Es ist unwahrscheinlich, dass die israelischen Wahlen im Jahr 2019 zu einer Regierung führen werden, die das tägliche Leben in den Palästinensergebieten effektiv verbessern wird. Es ist wahrscheinlicher, dass eine neue rechte Regierung gewählt wird, die weiterhin israelische Siedlungen im Westjordanland baut und die wachsende palästinensische Bevölkerung immer weiter zurückdrängt. Es ist daher unwahrscheinlich, dass beispielsweise Reisebeschränkungen aufgehoben werden. Solange sich die wirtschaftliche Situation nicht verbessert, werden die Christen weiter in andere Länder auswandern und damit zur weiteren Ausgrenzung der schrumpfenden christlichen Gemeinschaft beitragen.

Mit Hinblick auf Ethnisch begründete Anfeindungen: Die neue Generation in den Palästinensergebieten will ihre Familien und traditionellen Bräuche ehren, aber sie will auch ein modernes (westliches) Leben. Auf lange Sicht könnte dies zu einer offeneren und liberaleren Gesellschaft führen, aber vorerst bleibt die Gesellschaft konservativ. Die Ehre der Familie durch Bekehrung zu Jesus Christus zu beleidigen, wird ein großes Problem bleiben.

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Sowohl Hamas als auch Fatah unterbinden kritische Stimmen. Christen und Kirchen müssen in dieser Hinsicht behutsam vorgehen, obwohl die meisten Kirchen nicht beabsichtigen, die Behörden zu kritisieren, da sie Beziehungen zu den Behörden haben, selbst in Gaza. Einige Christen sind in die Fatah-Bewegung involviert oder arbeiten für die Palästinensische Autonomiebehörde.

Schlussfolgerung

Da der Friedensprozess wahrscheinlich stagnieren wird, bleibt das Risiko für neue Gewaltausbrüche hoch. Insbesondere in Gaza ist die sozioökonomische Situation schlecht: Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Jugendarbeitslosigkeit noch höher, es gibt nur wenige Stunden am Tag Strom und das Gebiet ist überbevölkert. Die winzige christliche Minderheit hat fast keine Zukunftsperspektiven. Die sozioökonomische Situation im Westjordanland verbessert sich, aber auch dort ist die Arbeitslosigkeit ein großes Problem. Die größte Herausforderung für alle Bewohner der Palästinensergebiete ist jedoch der Mangel an Hoffnung auf eine politische Lösung des Konflikts. So könnte die aktuelle Situation leicht zu einem Ausbruch von Gewalt führen. Diese Unsicherheit beeinträchtigt die Lebensqualität aller Palästinenser, einschließlich der Christen, negativ, was zu einer kontinuierlichen Abwanderung der Palästinenser führt. Nach Ansicht einiger palästinensischer Christen wird es, wenn die gegenwärtige Situation anhält, innerhalb einer Generation keine Christen mehr geben.

zurück zur Länderübersicht

Aserbaidschan: Platz 50

Zusammenfassung

Welche Triebkräfte sind für die Verfolgung verantwortlich?

Diktatorische Paranoia: Religiöse Aktivitäten außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen sind nicht erlaubt. Es wird berichtet, dass staatliche Beauftragte alle religiösen Versammlungen infiltriert haben. Pastoren und andere Gemeindeleiter werden regelmäßig zu Gesprächen mit der Polizei gebeten.

Islamische Unterdrückung: Wenn sich Einheimische entschließen, dem christlichen Glauben zu folgen, erfahren sie von ihren Familien, Freunden und der lokalen Gemeinschaft Druck und gelegentlich körperliche Gewalt, mit der sie gezwungen werden sollen, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren.

Von wem geht die Verfolgung aus?

Der Großteil der Verfolgung von Christen in Aserbaidschan geht von Regierungsbeamten auf verschiedenen Ebenen aus – von der Zentralregierung des Landes, die restriktive Gesetze erlässt, bis hin zu lokalen Behörden und der Polizei, die religiöse Versammlungen durchsuchen, Gläubige festhalten und religiöse Schriften beschlagnahmen. Verfolgung kommt auch aus dem muslimischen Umfeld (Familie, Freunde, Umfeld und lokale Imame), das die Weitergabe des Evangeliums unter Muslimen ablehnt.

Wie äußert sich die Verfolgung?

Die Regierung von Aserbaidschan überwacht die Aktivitäten religiöser Gruppen sehr genau. Offiziell ist das Land säkular und Religion wird toleriert. Das Überwachungssystem ist jedoch so stark, dass die Christen in Aserbaidschan nicht mehr wissen, wem sie vertrauen können. Die russisch-orthodoxen Kirchen haben die geringsten Probleme mit der Regierung, da sie normalerweise keinen Kontakt mit der aserbaidschanischen Bevölkerung aufnehmen. Es sind die einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund, die die Hauptlast der Verfolgung sowohl durch den Staat als auch durch Familie, Freunde und Umfeld tragen.

Beispiele aus dem aktuellen Berichtszeitraum

- Wie die Menschenrechtsorganisation Forum 18 berichtet, führte die Polizei im Bezirk Nizami in Gyanja am 28. Januar 2018 im Sonntagsgottesdienst der Pfingstgemeinde „Stern im Osten“, der im Haus eines Kirchenmitglieds stattfand, eine Razzia durch. Etwa 100 Personen – 40 davon Kinder – waren dort anwesend, als die Polizei kam. Polizisten filmten alle Anwesenden und nahmen ihre persönlichen Daten auf, einschließlich die der Kinder. Nach der Razzia erhielten die von den Kindern besuchten Schulen Anrufe von der Polizei.
- Forum 18 berichtete auch von einem Schreiben des Leiters der Rechtsabteilung des Staatskomitees vom November 2017 an die Baptistengemeinde in Aliabad, in dem er sie warnte, sich nicht ohne staatliche Zulassung zum Gottesdienst zu treffen. Die Kirche, die seit 1994 vergeblich die offizielle Anerkennung anstrebt, wurde nach einem Polizeieinsatz im November 2016 offiziell geschlossen.

1. Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 57 Punkten belegt Aserbaidschan auf dem Weltverfolgungsindex 2019 den 50. Platz. Die Punktzahl ist im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben und es gab keine wesentlichen Veränderungen in Bezug auf Religionsfreiheit und Verfolgung von Christen. Die Regierung hat ihre diktatorische Kontrolle über das Land fortgesetzt.

2. Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia

Religiöse Aktivitäten außerhalb staatlicher und staatlich kontrollierter Institutionen sind nicht erlaubt. Es wird berichtet, dass staatliche Akteure alle Religionsgemeinschaften infiltriert haben. Pastoren und andere Gemeindeleiter werden regelmäßig zu Gesprächen mit der Polizei gebeten. Das hat große Angst verursacht – niemand weiß mehr, wem er vertrauen kann. Infolgedessen wagen es nur wenige, mit Ausländern zu sprechen, und außerhalb des Landes sind nur sehr wenige Informationen über Verfolgung bekannt. Es wurden restriktive Gesetze erlassen, die eine Zulassung vorschreiben. Von Zeit zu Zeit müssen sich alle registrierten Gruppen um eine Neuregistrierung bewerben, ein Prozess, bei dem es immer weniger Gemeinden schaffen, diese Hürde zu nehmen. Das Ausmaß der Unterdrückung in Aserbaidschan ist so hoch, dass es für aserbaidschanische Christen einfacher ist, ihren Glauben im Iran weiterzugeben als im eigenen Land.

Islamische Unterdrückung

Der Druck auf Christen durch islamische Kreise richtet sich insbesondere gegen Christen mit muslimischem Hintergrund. Wenn sich Einheimische entschließen, Jesus nachzufolgen, erfahren sie von ihren Familien, Freunden und dem sozialen Umfeld Druck und gelegentlich körperliche Gewalt, die sie zur Umkehr und Rückkehr zu ihrem früheren Glauben bringen sollen. Einige christliche Konvertiten werden für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Lokale Mullahs predigen gegen sie und sie können schließlich aus ihren Dorfgemeinschaften vertrieben werden. Infolgedessen tun Christen muslimischer Herkunft alles, um ihren neuen Glauben zu verbergen – sie werden zu sogenannten geheimen Gläubigen.

3. Verfolger

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia

- Regierungsvertreter auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Aserbaidschan. Sie haben alle Kirchen infiltriert. Sie laden Pastoren und andere Kirchenführer ein, „auf eine Tasse Tee zur Polizei zu kommen“. Sie überwachen alle religiösen Aktivitäten, führen Razzien bei Versammlungen durch und beschlagnahmen religiöse Schriften.
- Gewöhnliche Bürger (insbesondere auf lokaler Ebene) überwachen religiöse Aktivitäten und erstatten den Behörden Bericht.

- In Aserbaidschan sind nur wenige politische Parteien erlaubt. Die Opposition wird ständig unterdrückt. Die Regierungspartei unter Präsident Alijew spielt eine Hauptrolle bei der Unterdrückung der Religionsfreiheit im Land.

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung

- Muslimische Familienmitglieder üben starken Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus. Sie betrachten einen Glaubenswechsel als Verrat, was zu Hausarrest und Schlägen führen kann.
- Gewöhnliche Bürger auf kommunaler Ebene üben zusätzlichen Druck auf ehemalige Muslime aus, zum Islam zurückzukehren.
- Muslimische Führer sprechen sich gegen die Hinwendung von Aserbaidschanern zum christlichen Glauben aus. Auch auf kommunaler Ebene besteht ein Zusammenhang zwischen Regierungsbeamten und Druck durch Muslime. Oftmals sind sich aktive Muslime und lokale Beamte gegenseitig bekannt. Deshalb ist der Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund auf kommunaler Ebene stärker als auf der staatlichen, wo Beamte sich als säkular bezeichnen.

4. Hintergrund

Aserbaidschan grenzt an Russland, Georgien, Armenien, die Türkei und den Iran. Das Land ist offiziell ein säkularer Staat. Die Mehrheit der Bevölkerung ist muslimisch. Aserbaidschan ist einzigartig unter den ehemaligen Sowjetrepubliken mit einer großen Mehrheit von Schiiten (85 % der Muslime des Landes) und einer kleinen Minderheit von sunnitischen Muslimen. Die Regierung hat eine negative Haltung gegenüber jeder Form von religiösem „Fanatismus“. Dies gilt auch für die Haltung gegenüber Christen. Der radikale Islam wird als destabilisierender Faktor wahrgenommen.

Die Regierung von Aserbaidschan verwendet viel Mühe darauf, das Land nach außen hin in positivem Licht zu präsentieren. Bei internationalen Treffen zeigen Vertreter Aserbaidschans Propaganda über „das Land der Toleranz“. Kritische Organisationen werden angesprochen, ihre Berichterstattung zu korrigieren. Ausländische Institutionen werden eingeladen, nach Aserbaidschan zu kommen, um sich selbst davon zu überzeugen, wie gut alles ist. Diese Menschen können jedoch nur sorgfältig ausgewählte Aserbaidschaner treffen, die ihnen sagen, dass alles in Ordnung ist und es keine Verfolgung gibt. Gleichzeitig berichten internationale Menschenrechts- und Presseorganisationen weiterhin, dass in Aserbaidschan nach wie vor jede Form von unabhängigem und kritischem Verhalten rücksichtslos geahndet wird.

Aserbaidschan hat eine sehr effektive Taktik zur Kontrolle von Religion: Alle sechs bis sieben Jahre müssen alle religiösen Gruppen eine Neuregistrierung beantragen. Es kann kaum als Zufall bezeichnet werden, dass es jedes Mal weniger Kirchen gelingt, eine Registrierung zu erhalten.

5. Betroffene Christen

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppen geben das Evangelium nicht an Aserbaidschaner weiter und können ihren Glauben daher ohne allzu große staatliche Eingriffe leben. Sie werden auch dazu benutzt, die Propaganda des Regimes zu bestätigen, dass Aserbaidschan das „Land der Toleranz“ ist.

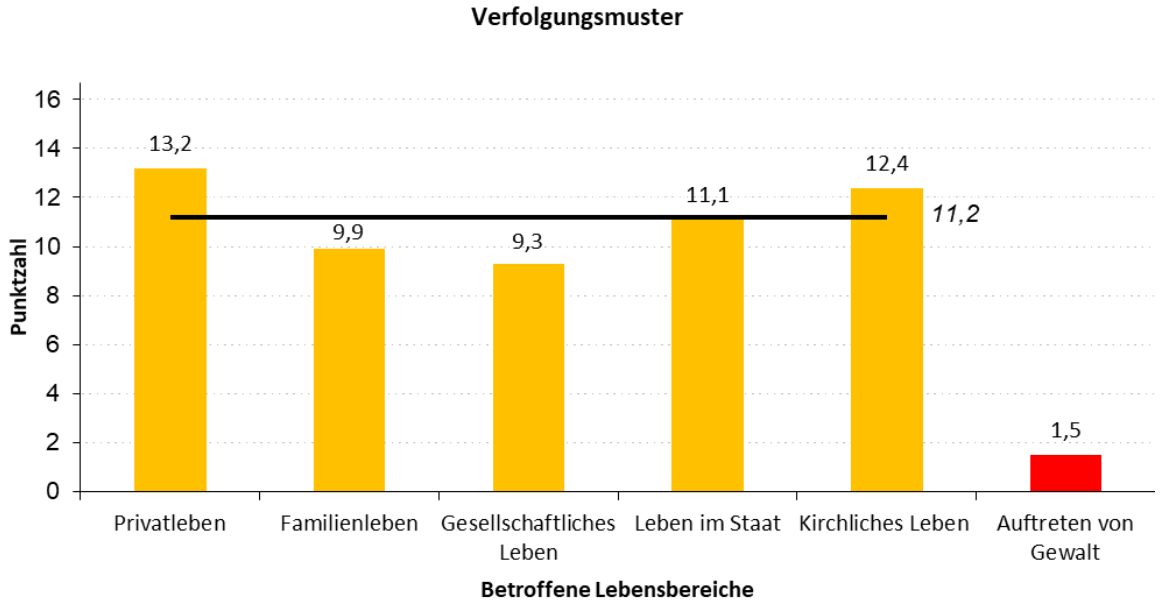
Christen muslimischer Herkunft

Ehemalige Muslime tragen die Hauptlast der Verfolgung in Aserbaidschan. Neben den Einschränkungen des Staates stehen sie auch unter starkem Druck von Familie, Freunden und sozialem Umfeld. Die letztgenannten sind für sie bei weitem die mächtigeren Einflüsse.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppen stehen ganz oben auf der Agenda der Regierung. Sie wurden von Spionen infiltriert und ihre Aktivitäten werden ständig überwacht. Pastoren und Gemeindeleiter sind verpflichtet, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden. Aufgrund der wiederholten Zyklen zur obligatorischen Neuregistrierung alle sechs bis sieben Jahre gibt es immer weniger Gemeinden dieser Art.

6. Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Aserbaidschan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,2 Punkte). Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (11,0) einen Anstieg um 0,2 Punkte. Der Anstieg erfolgte vor allem im Privat- und Familienleben, ein Hinweis darauf, dass der Druck der muslimischen Gemeinschaft zugenommen hat. Die Indikatoren für den Einfluss des Staates („Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“) sind unverändert geblieben.
- Der Lebensbereich mit dem höchsten Druck ist das Privatleben. Dies spiegelt die Intensität des Drucks auf Christen muslimischer Herkunft wider.
- Der Wert für Gewalt ist gering und sinkt von 2,4 Punkten im vergangenen Berichtszeitraum auf 1,5 Punkte im Weltverfolgungsindex 2019. Nur wenige Menschen wagen es, ihre Meinung zu äußern, und so werden aus Aserbaidschan nur sehr wenige gewalttätige Vorfälle gemeldet.

Privatleben

Glaubenswechsel stoßen auf Widerstand von Familie, Freunden und sozialem Umfeld. Christen muslimischer Herkunft müssen vorsichtig sein, wenn sie beten oder Gottesdienst feiern, da sie von ihrer Umgebung ständig überwacht werden. Da der Staat die Verwendung religiöser Schriften im Land mehr oder weniger verbietet, wird der Besitz dieser Materialien zu Problemen führen, wenn sie entdeckt werden. Es ist für christliche Konvertiten riskant, zu zeigen, dass sie Christen sind, da dies entweder vom Staat oder von Familie und Umfeld unerwünschte Aufmerksamkeit erregt. Mit Familienmitgliedern oder einem größeren Personenkreis über den Glauben zu sprechen, ist ein Risikofaktor. Dies gilt ebenfalls vor allem für ehemalige Muslime, aber auch protestantische Christen müssen vorsichtig sein, damit ihre Worte nicht als Evangelisation angesehen werden. Die Familie oder Gemeinschaft kann einen Christen mit muslimischem Hintergrund unter Hausarrest stellen, um den Druck auf ihn zu erhöhen, zum Islam zurückzukehren. In einigen Fällen wird auch körperliche Gewalt angewendet.

Familienleben

Lokale Behörden können die Registrierung von Geburt, Hochzeit und Tod von Christen muslimischer Herkunft behindern, weil sie enge Verbindungen zur örtlichen muslimischen Gemeinschaft haben. Taufen sind immer mit Evangelisation und Bekehrung verbunden und gegen beides gehen der Staat und das soziale Umfeld vor. Der Staat hindert christliche Familien daran, Pflegekinder aufzunehmen. In Aserbaidschan gibt es keinen Religionsunterricht. Alle Erziehung ist streng säkular. Eltern können ihren Glauben nur zu Hause mit ihren Kindern teilen, aber es gibt keine Materialien, die legal erhältlich wären. Trotz der Tatsache, dass Aserbaidschan säkular ist, ist Islamunterricht Teil des Lehrplans, an dem alle Schüler teilnehmen müssen. Christliche Kinder wurden von der Gemeinschaft verleumdet, die auch ihr Bestes tut, um muslimische Kinder davon abzuhalten, mit christlichen Kindern in Kontakt zu treten. Wenn bekannt wird, dass sich jemand entschieden hat, Jesus Christus nachzufolgen, kann es vorkommen, dass die Familie den Christen unter Hausarrest stellt. Wenn eine Person den christlichen Glauben annimmt, werden Familie, Freunde und soziales Umfeld Druck auf den Ehepartner ausüben, sich scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben

Christen mit muslimischem Hintergrund werden von Familie, Freunden und sozialem Umfeld (einschließlich des lokalen Imams) bedroht, und der Staat droht nicht registrierten Gläubigen fortwährend. Christliche Konvertiten werden von ihrem Umfeld überwacht und können gezwungen werden, an islamischen Zeremonien und Feiern teilzunehmen. Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus ihrer Gemeinschaft, ihren neuen Glauben zu widerrufen, ist in der Regel sehr stark. Vor allem in ländlichen Gebieten werden verschiedene Taktiken angewendet, wie z. B. Schläge, Hausarrest, Zwangsehen und Ausgrenzung. Auf lokaler Ebene können Kinder von ehemaligen Muslimen in ihrer Ausbildung benachteiligt werden. Protestanten werden bei der Betreibung von Geschäften erheblich behindert. Die Verhängung von Bußgeldern ist bei protestantischen Kirchen weit verbreitet. Dies ist die bevorzugte Verfolgungsmethode, mit der die Behörden gegen diese Kirchen vorgehen, bevor sie zu schwereren Formen der Bestrafung (Razzien, Inhaftierungen, Schließung von Kirchen) übergehen. Von Zeit zu Zeit wurden Christen für eine Befragung zur Polizeistation gerufen.

Leben im Staat

Die Verfassung sieht Religionsfreiheit vor, andere Gesetze und Richtlinien schränken diese jedoch in der Praxis ein, insbesondere für Mitglieder einiger religiöser Minderheiten. Die Religionszugehörigkeit wird nicht in offiziellen Dokumenten wie Reisepässen und Personalausweisen festgehalten. Obwohl Christen in der Regel ohne allzu viele Hindernisse ins Ausland reisen können, werden die Repräsentanten für internationale Konferenzen sorgfältig ausgewählt – sie müssen Aserbaidschan als „Land der Toleranz“ präsentieren. Christen werden im Umgang mit Behörden auf allen Ebenen nicht fair behandelt. Wenn bekannt ist, dass eine Person Christ ist, wird sie große Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, ganz zu schweigen von einer staatlichen Stelle. Die Ansichten eines Christen in der Öffentlichkeit werden wahrscheinlich von der Regierung und der umgebenden islamischen Gesellschaft als „fremd“ und potenziell destabilisierend wahrgenommen. Behörden, die Christen verfolgen, tun dies mit völliger Straffreiheit. Da die aserbaidschanische Justiz nicht unabhängig von der Regierung ist, können Christen keinen fairen Prozess erwarten.

Kirchliches Leben

Aserbaidschan hat eine Methode gefunden, um Kirchen loszuwerden: einfach eine neue Runde der obligatorischen Wiederregistrierungen starten. Immer weniger Kirchen bestehen diese Prüfung. Der Staat überwacht alle religiösen Aktivitäten und hat insbesondere nichtregistrierte Gruppen im Visier. Während sich registrierte Kirchen in ihren Gebäuden treffen können, ist für die Organisation von Veranstaltungen außerhalb dieser Gebäude eine besondere Genehmigung erforderlich. Die Jugendarbeit ist sehr eingeschränkt und alle christlichen Schriften müssen vom Ausschuss für religiöse Angelegenheiten vorab freigegeben werden. In der Praxis bedeutet dies, dass der gesamte Import, Druck und die Verteilung blockiert ist. Ausbildungseinrichtungen für Christen gibt es nicht. Alle Medien sind staatlich kontrolliert und daher für Christen nicht zugänglich. Christen können etwas Sozialarbeit leisten – z. B. in Gefängnissen, in denen es meist eine Kapelle gibt. Nach dem Gesetz ist es Ausländern nicht erlaubt, im Land zu predigen.

Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2019 wurden einige Mitglieder nichtregistrierter Kirchen ohne Prozess festgehalten und verhört, weil sie sich zum Gottesdienst als nichtregistrierte Kirche versammelt hatten. Mindestens 17 Christen wurden von der Polizei bei Razzien in Kirchen oder im Fall von Christen mit muslimischem Hintergrund durch die Familie körperlich drangsaliert.

Eine Übersicht über die wichtigsten Vorfälle finden sich in der „Zusammenfassung“.

7. Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen

Christliche Mädchen und Frauen mit muslimischem Hintergrund sind einem größeren Risiko ausgesetzt, körperliche und verbale Gewalt, Belästigungen, Drohungen, Hausarrest, Diskriminierung und Ablehnung durch Familie und die muslimische Gemeinschaft zu erleben als andere Christinnen. Für Christen anderer Kategorien gibt es keinen Unterschied in der Verfolgung von Männern und Frauen.

In Aserbaidschan basiert das tägliche Leben der einheimischen Bevölkerung auf der islamischen Kultur, in der Frauen im Vergleich zu Männern eine minderwertigere Stellung haben. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, wenn sie verheiratet sind, ihren Ehemännern vollständig unterordnen. Aserbaidschan ist auch ein Kaukasusland, in dem Familientraditionen und -regeln streng sind und Ungehorsam gegenüber älteren Familienmitgliedern nicht akzeptabel ist. Dies macht Christinnen mit muslimischem Hintergrund anfälliger für Verfolgung – sowohl als Christen als auch als Frauen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen.

Männer

Christliche Männer muslimischer Herkunft sind einem größeren Risiko ausgesetzt, körperliche und verbale Gewalt, Belästigungen, Drohungen, Diskriminierung und Ablehnung durch die Familie und die muslimische Gemeinschaft zu erleben als andere Christen. Männer sind in der Regel das Oberhaupt ihrer Familie und die Hauptverdiener. Wenn ein Christ zur Zielscheibe von Verfolgung (etwa durch Verlust seines Arbeitsplatzes) wird, leidet seine ganze Familie darunter. Wenn er Kirchenleiter ist, die in der Regel Männer sind, wird die Tatsache, dass er Verfolgung erleidet, seine Gemeinde beeinträchtigen und kann zu zunehmender Angst unter den Gemeindegliedern führen.

8. Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Aserbaidschan schränkt die Religions- und Glaubensfreiheit ein, die mit Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit verknüpft ist. Beamte verhalten sich so, als ob die Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der veröffentlichten Gesetze, ihr Handeln nicht einschränkt – zum Beispiel bei der Misshandlung von Personen. Gerichtsverfahren aufgrund angeblicher Straftaten sind oft eklatant mangelhaft, auch finden Gerichtsverhandlungen statt, ohne dass die Angeklagten davon in Kenntnis gesetzt werden. Die Amtsträger erlauben keine rechtlich oder politisch verbindlichen internationalen Menschenrechtsstandards (zu denen Aserbaidschan eine Vertragspartei ist), durch die ihr Handeln eingeschränkt würde. Aserbaidschan hat ein komplexes Labyrinth von „legalen“ Einschränkungen aller Freiheitsrechte aufgebaut, das größtenteils im Geheimen ohne öffentliche Beratung vorbereitet und durch das Parlament geschleust wurde. Ziel scheint es zu sein, alle Aktivitäten in der Gesellschaft staatlich zu kontrollieren und die Ausübung der Menschenrechte von staatlicher Erlaubnis abhängig zu machen. Wie die Menschenrechtsorganisation Forum 18 in einem Bericht vom November 2018 schreibt, hat jede maßgebliche Änderung des Religionsgesetzes, des Strafgesetzbuches und des Verwaltungsgesetzbuches die Religions- und Glaubensfreiheit und andere Freiheiten stärker eingeschränkt. Es gibt keinen Fokus auf eine bestimmte religiöse Gruppe – alle (sunnitischen) Muslime, Christen, Zeugen Jehovas, Juden, Bahai usw. leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.

Beispiele:

- Laut Berichten wurde ein Muslim im Februar 2018 wegen des Verkaufs von Büchern und Broschüren in einer Moschee im nördlichen Zaqatala-Distrikt bestraft, weil keines davon die Zwangszensur des Staates durchlaufen hatte.
- Ein anderer Bericht beschreibt, dass die Polizei im April 2018 eine Moschee in einem Wohnhaus im Bezirk Qaradag von Baku durchsuchte und eine große Menge religiöser Literatur beschlagnahmte, die angeblich „Unfrieden stiften“ würde. Beamte befahlen dann die Schließung der Moschee.

- Im August 2018 wurde laut eines weiteren Berichts ein 18-jähriger Zeuge Jehovas von einem Amtsgericht zu einer einjährigen Bewährungsstrafe verurteilt, weil er den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert hatte.
- Laut Berichten wurden drei Muslime im September 2018 nach einer Hausdurchsuchung verhaftet und wegen religiöser Versammlung in einem Privathaushalt in Agsu bestraft.

9. Ausblick

Der politische Ausblick

Im April 2018 sicherte sich Präsident Alijew eine vierte Amtszeit, während die Opposition die Wahlen boykottierte. Aufgrund des hohen Ausmaßes an staatlicher Kontrolle und der Schwäche der Opposition besteht in naher Zukunft kaum eine Chance auf einen Regierungswechsel.

Der Ausblick für Christen

Mit Hinblick auf Diktatorische Paranoia: Die derzeitige Regierung übt ein sehr hohes Maß an Kontrolle über das Land aus. Regierungsbeamte auf allen Ebenen sind die stärksten Verfolger von Christen in Aserbaidschan und haben alle Kirchen infiltriert. Pastoren und andere Gemeindeleiter werden regelmäßig zur Polizeistation gebeten, um „eine Tasse Tee zu trinken“. Alle religiösen Aktivitäten werden überwacht, Treffen durchsucht und die Verbreitung religiöser Inhalte verhindert. Die Chancen, dass sich diese Situation in naher Zukunft ändert, sind tatsächlich sehr gering.

Mit Hinblick auf Islamische Unterdrückung: Der Islam ist nicht die Staatsreligion in Aserbaidschan, aber er ist die traditionelle Religion der großen Mehrheit der Bevölkerung, wobei die meisten Aserbaidschaner Schiiten sind. Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft zeigt sich im weitreichenden Einfluss von Familie, Freunden und sozialem Umfeld. Die Chancen, dass sich das in naher Zukunft ändern wird, sind ebenfalls so gut wie nicht vorhanden.

Schlussfolgerung

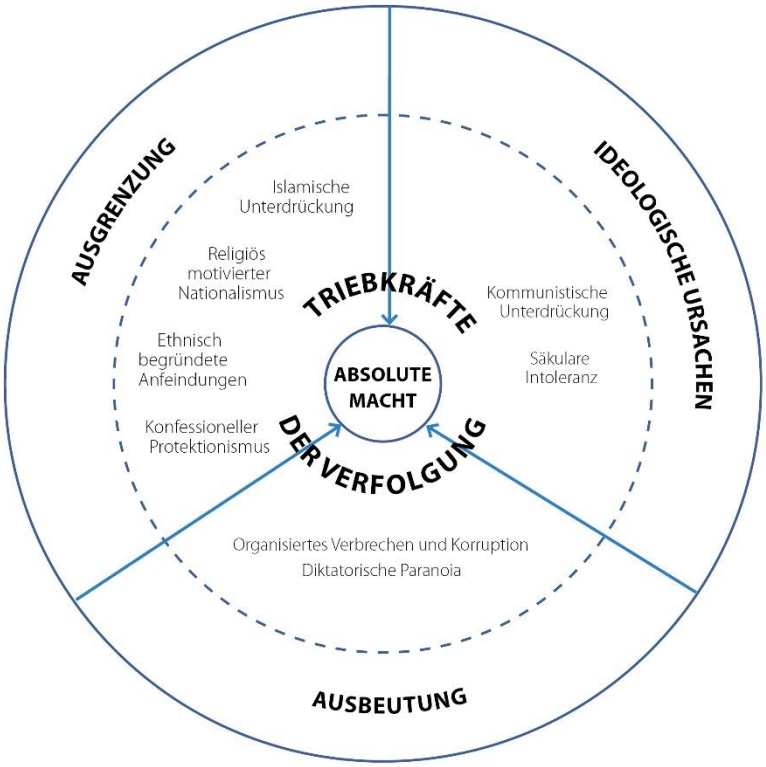
Aufgrund der sehr hohen Stabilität der beiden stärksten Triebkräfte der Verfolgung in Aserbaidschan wird sich die Kirche in diesem Land darauf einstellen müssen, unter anhaltender und erheblicher Überwachung und Druck zu leben.

zurück zur Länderübersicht

5. Die Methodik hinter dem Index

5.1. Grundannahmen hinter dem WVI

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit zerstörerischen Denkweisen, Religionen oder Ideologien, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die acht verschiedenen „Triebkräfte“ speisen (vgl. Anhang 4).



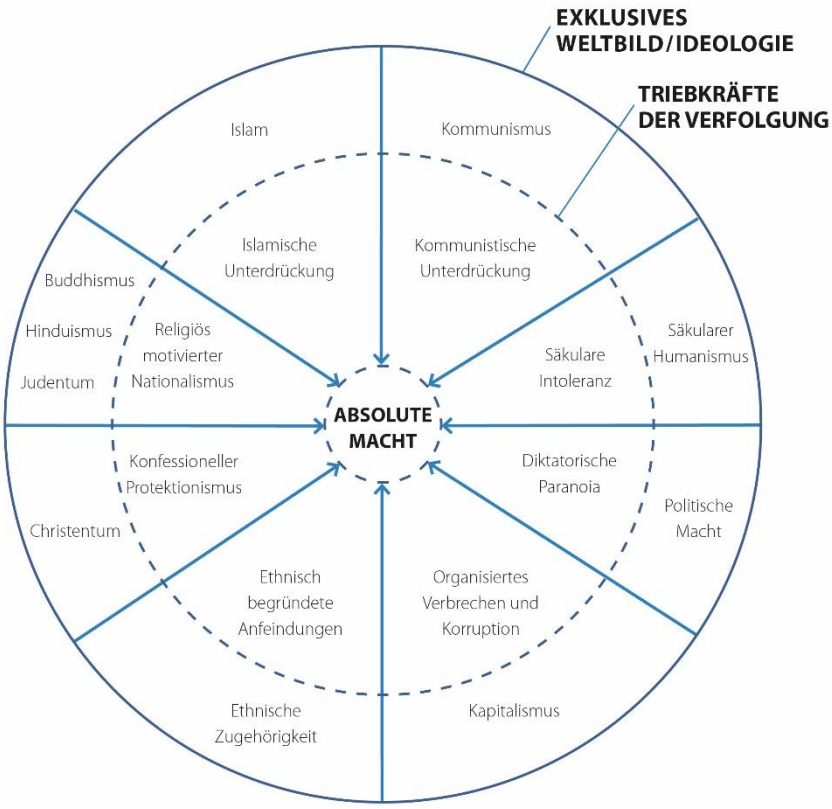
Grafik © Open Doors

Grafik 1: Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrunde liegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht.

Die Open Doors Forschungsabteilung „World Watch Research“ (WWR) verwendet den Begriff „Triebkräfte der Verfolgung“ zur Beschreibung bestimmter Situationen, die zur gewaltsamen oder gewaltlosen Verfolgung von Christen führen. Eine solche Verfolgungssituation kann auf ein exklusives Weltbild bzw. eine exklusive Ideologie der Gesellschaft zurückgeführt werden. Ein solches exklusives Weltbild repräsentiert in der Regel eine Weltsicht, die sich selbst als überlegen gegenüber anderen Sichtweisen betrachtet. Das ist an sich kein Problem, solange diese Wahrnehmung mit einem wirklichen Pluralismus einhergeht. Fehlt dieser Aspekt jedoch, so werden Vertreter des jeweiligen exklusiven Weltbildes die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter ihre Sichtweise anstreben.

Die handelnden Kräfte sind dabei oftmals kleinere (extremistische) Gruppen innerhalb der großen Gruppe von Anhängern, die diese Weltsicht teilen. Sie stehen in der Regel nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, ihnen wird jedoch ausreichend Raum gegeben, ihre Ziele auf ihre Art zu verfolgen. Beispiele für solche exklusiven Weltbilder und Ideologien sind säkularer Humanismus, der Islam und der Kommunismus.

Insgesamt hat WWR acht verschiedene Triebkräfte definiert, jeweils in Entsprechung zu den zugrundliegenden exklusiven Weltbildern bzw. Ideologien (vgl. Grafik 2). Jede dieser Triebkräfte entwickelt ihre eigene Art von Aggression gegen Christen und spielt damit eine zentrale Rolle bei der Bewertung anhand der WVI-Fragebögen sowie für die Analyse der herrschenden Verfolgungssituation von Christen und ihren Gemeinschaften.



Grafik © Open Doors

Grafik 2: Die acht Triebkräfte der Verfolgung und die zugrunde liegenden exklusiven Weltbilder bzw. Ideologien

5.2. Definition von Verfolgung

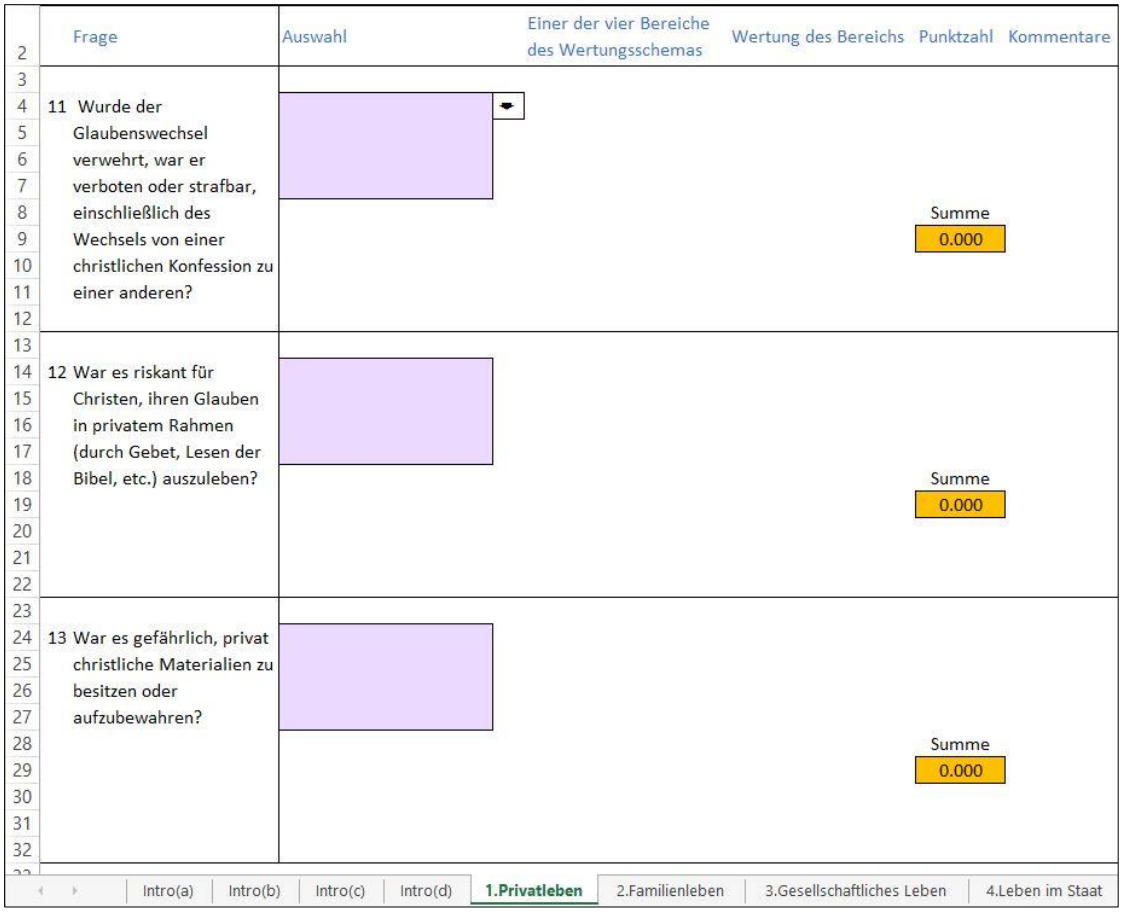
Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“ Des Weiteren lehnt sich Open Doors an die Definition von Verfolgung des UNHCR an. Die von World Watch Research verwendete Definition von „Christ“ und den „Kategorien von Christen“ sind in Anhang 2 nachzulesen.

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex

Open Doors beobachtet die weltweite Verfolgung von Christen seit den späten 1970er-Jahren. Die WVI-Methodik wurde während der 1980er- und 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 durch „World Watch Research“ (WWR), die Forschungsabteilung von Open Doors, umfassend überarbeitet. Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Weitere Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei Haupterscheinungsformen von Verfolgung: „squeeze“ (der konstante Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und „smash“ (gewaltsame Übergriffe).

Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 3). Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen an Feldmitarbeiter von Open Doors und an lokale Netzwerke von Christen, die Verfolgung erleben, verschickt (bezogen auf den Berichtszeitraum 1. November – 31. Oktober). Einen kurzen Einblick in den Fragebogen liefert der hier abgebildete Ausschnitt des ersten Blockes.



2	Frage	Auswahl	Einer der vier Bereiche des Wertungsschemas	Wertung des Bereichs	Punktzahl	Kommentare
4–11	11 Wurde der Glaubenswechsel verwehrt, war er verboten oder strafbar, einschließlich des Wechsels von einer christlichen Konfession zu einer anderen?				Summe 0.000	
14–18	12 War es riskant für Christen, ihren Glauben in privatem Rahmen (durch Gebet, Lesen der Bibel, etc.) auszuleben?				Summe 0.000	
24–27	13 War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?				Summe 0.000	

Intro(a) | Intro(b) | Intro(c) | Intro(d) | 1.Privatleben | 2.Familienleben | 3.Gesellschaftliches Leben | 4.Leben im Staat

Grafik 3: Das abgebildete Beispiel zeigt einen Ausschnitt aus Block 1 des Fragebogens zum WVI

Die ausgefüllten Fragebögen werden mit den Einschätzungen externer Experten[1] und öffentlich zugänglichen Sekundärquellen[2] abgeglichen. Anschließend werden die Punktzahlen für jeden Lebensbereich anhand eines Wertungsschemas ermittelt.[3] Damit können beispielsweise unterschiedliche Kategorien von Christen oder Regionen innerhalb eines Landes gemeint sein, zwischen denen große Unterschiede hinsichtlich der auftretenden Verfolgung bestehen. Auch die Intensität und Häufigkeit von Verfolgung fließt in die Bewertung ein. Verschiedene Triebkräfte von Verfolgung (s. Anhang 4), Verfolger (s. Anhang 5) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 6) werden im Rahmen dieser Analyse ermittelt. Zusätzlich wird das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF)[4] für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.

Aus den so erhaltenen Antworten ergeben sich die Gesamtpunktzahlen für jedes einzelne Land, aus denen die Rangfolge der Länder auf den Plätzen 1-50 des jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex hervorgeht.

---

[1] Externe Experten sind unter anderem in oder für das jeweilige Land tätige christliche Journalisten, Anwälte, Menschenrechtler oder auch langjährige Missionare

[2] U.a. die Berichte der „United States Commission on International Religious Freedom“ (USCIRF), die Jahresberichte zur Religionsfreiheit des US Außenministeriums, des Pew Institute und von Amnesty International, außerdem Meldungen von Nachrichtenagenturen wie Reuters, CNN, Radio Free Asia, aber auch auf Religionsfreiheit spezialisierte Quellen wie UCANews oder Forum 18

[3] Ein detailliertes Wertungsbeispiel ist als Anhang 1 beigefügt. Die ausführliche Version der WVI-Methodik (englisch) liefert weitere Einzelheiten zu diesem Thema.

[4] International Institute for Religious Freedom, http://www.iirf.eu

Die WVI-Punktzahlen sind keine absoluten Zahlen, sondern Vergleichswerte, die für die aufgeführten Länder eine differenzierte Gegenüberstellung der Situation von Christen in verschiedenen Lebensbereichen ermöglichen. Die nachfolgende Abbildung zeigt beispielhaft die Abschlusswertungen der höchstplatzierten Länder auf dem WVI 2018.

Platz WVI 2018	Land	Privat-leben	Familien-leben	Soziales Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Physische Gewalt	Summe Punkte WVI 2018
1	Nordkorea	16,667	16,667	16,667	16,667	16,667	10,556	94
2	Afghanistan	16,667	16,667	16,667	16,667	16,667	10,000	93
3	Somalia	16,042	16,233	16,059	16,341	16,354	10,370	91
4	Sudan	14,167	14,503	14,263	15,625	16,042	12,037	87
5	Pakistan	14,375	13,542	13,782	14,974	13,125	16,667	87

Grafik 4: Ausschnitt aus der Rangliste des WVI 2018 (Die höchstmögliche Punktzahl pro Bereich beträgt 16,667)

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die WVI-Platzierungen sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen[5] zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

5.4. Der Weltverfolgungsindex im Vergleich zu anderen Erhebungen

Die Methodik des Weltverfolgungsindex orientiert sich maßgeblich an den Lebensumständen verfolgter Christen hinsichtlich ihrer Religionsfreiheit. Deshalb basieren die Ergebnisse im Wesentlichen auf Informationen aus erster Hand (Primärquellen) und berücksichtigen die Situation von Christen aller Denominationen, einschließlich christlicher Konvertiten. Damit unterscheidet sich der Open Doors Weltverfolgungsindex deutlich von anderen Erhebungen zu diesem Thema.

Eine weitere Studie, die sich dieser Thematik widmet, ist die vom US-amerikanischen Pew Forum[6] veröffentlichte „Jährliche Studie zu globalen Einschränkungen der Religion“. Das Institut setzt dabei einen 33 Fragen umfassenden Katalog ein. Die erhobenen Daten entstammen 18 Sekundärquellen (Verfassungen der Länder, Profile zur Religionsfreiheit des US-Außenministeriums, Angaben von Menschenrechtsorganisationen u.a.). Dabei werden hauptsächlich zwei Bereiche untersucht: Die Einschränkungen der Religionsfreiheit durch Regierungen (government restriction index) und gesellschaftliche Feindseligkeiten (social hostilities index). Der letzte, im April 2017 erschienene Bericht, bezieht sich auf den Zeitraum 2014-2015.

Ebenfalls mit der vorliegenden Thematik befasst sich der von den beiden deutschen Großkirchen gemeinsam erstellte „Ökumenische Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“. Der alle vier Jahre erscheinende Bericht wurde in seiner zweiten Ausgabe zuletzt am 15.12.2017 in Berlin vorgestellt. Der 72-seitige Bericht ist eine in Auftrag gegebene Auswertung von Sekundärmaterial und beinhaltet überwiegend die Ergebnisse der US-amerikanischen PEW-Studie und deren Quellen.

[5] https://www.opendoors.de/laenderprofile
[6] Das Pew Forum ist eine Abteilung des nichtstaatlichen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center, die sich unter anderem mit weltweit existierenden Einschränkungen der Religionsfreiheit beschäftigt. www.pewforum.org

Anhang 1: WVI-Wertungsbeispiel

Wie die Länderwertungen und -platzierungen für die jährliche Neuauflage des Weltverfolgungsindex errechnet werden

Inhalt

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6

7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

Zu Beginn werden für jedes Land die vorliegenden Triebkräfte sowie die Verfolger von Christen und christlichen Gemeinschaften ermittelt.

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

Ein Analyst von World Watch Research wertet alle Informationen der vorliegenden Fragebögen aus, die von Feldforschern (in enger Abstimmung u.a. mit lokalen Kirchenleitern) und externen Experten ausgefüllt wurden. Auf dieser Basis erstellt er für jedes Land Antworten und Wertungen für die sechs Frageblöcke. Insgesamt sind für 84 Fragen Antworten und Punktzahlen zu ermitteln. (Zusätzliche Fragen helfen dabei, Hintergrundinformationen für Block 7 zu gewinnen; diese fließen allerdings nicht in den Wertungsprozess ein.)

Block 1: Privatleben (10 Fragen)

Block 2: Familienleben (13 Fragen)

Block 3: Gesellschaftliches Leben (13 Fragen)

Block 4: Leben im Staat (16 Fragen)

Block 5: Kirchliches Leben (20 Fragen)

Block 6: Physische Gewalt (12 Fragen)

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5

Die Wertung für jede Frage bewegt sich zwischen 0 und 16 Punkten. Für Erklärungszwecke haben wir die dritte Frage aus Block 1 (Privatleben) ausgewählt:

„1.3 Waren der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien gefährlich?“

Bitte die zutreffendste Antwort anklicken

◉ Ja ○ Nein ○ N/A ○ Nicht bekannt

„Nein“ = 0 Punkte.
„Ja“ = diese Antwort führt zu einer Punktwertung, für deren Ermittlung vier weitere Bereiche in Betracht gezogen werden müssen. In jedem Bereich werden maximal vier Punkte vergeben, wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist:

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der betroffenen Kategorien von Christen	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4	3 von 4	4 von 4
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0% – 25%	26% – 50%	51% - 75%	76% - 100%
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

In diesem fiktiven Musterland setzen wir als Antwort „Ja“ ein – ergänzt durch die folgenden Wertungen:

(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften

In dem gegebenen Musterland sind der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien besonders für drei Kategorien von christlichen Gemeinschaften gefährlich: Christen aus traditionellen Kirchen, Gemeinschaften von christlichen Konvertiten und protestantische Freikirchen:
„3 von 4 Kategorien betroffen“ = 3 Punkte.

(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet

In dem angenommenen Musterland besteht die Gefahr für alle im Gebiet lebenden Christen, daher liegt der betroffene Bevölkerungsanteil hier bei 100%:
“76-100% der christlichen Bevölkerung” = 4 Punkte.

(3) Intensität = der Grad der Verfolgung (oder das Maß des Drucks), der von den Verfolgern ausgeht.

1 Punkt - gering:	Die vorliegende Problematik kann leicht behoben oder bewältigt werden
2 Punkte - mittel:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings mit mehr Aufwand als bei geringer Intensität
3 Punkte - hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings nur mit einigen Schwierigkeiten.
4 Punkte - sehr hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, dafür sind jedoch immense Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Konsequenzen einer Entdeckung in dem gegebenen Musterland des WVI sind schwerwiegend: "hohe Intensität" = 3 Punkte.

(4) Häufigkeit = die Häufigkeit von Vorfällen, die dem Bereich Verfolgung zuzuordnen sind.

1 Punkt - sporadisch:	Die vorliegende Problematik tritt nur vereinzelt auf.
2 Punkte - regelmäßig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Ausnahme als die Regel, tritt jedoch erkennbar häufiger auf als im Bereich „sporadisch".
3 Punkte - häufig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Regel als eine Ausnahme, tritt jedoch nicht in allen Fällen auf.
4 Punkte - permanent:	Die vorliegende Problematik tritt generell auf mit Ausnahme weniger Einzelfälle.

In dem WVI-Musterland tritt die Gefahr häufig auf, ist jedoch nicht als permanent einzustufen. „häufig" = 3 Punkte.

Die Gesamtpunktzahl für diese Frage setzt sich damit wie folgt zusammen: 3 + 4 + 3 + 3 = 13 (von maximal 16 Punkten).

Die Durchschnittswertung für diese Frage ist = $\frac{13}{4}$ = 3,250. (Ergebnisse werden auf drei Nachkommastellen gerundet)

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

Der oben beispielhaft dargestellte Prozess wird auf alle Fragen des Frageblocks angewendet, wobei jeweils die Punktzahl und Durchschnittswertung festgehalten werden. Die untenstehende Tabelle zeigt die daraus resultierenden Ergebnisse für unser fiktives WVI-Musterland.

Fragen	Punkte	Durchschnittswertung je Frage	Gesamtwertung für den Frageblock (maximal 16,667 Punkte)
1.1	13	3,250	
1.2	13	3,250	
1.3	13	3,250	
1.4	11	2,750	
1.5	11	2,750	
1.6	10	2,500	
1.7	12	3,000	
1.8	15	3,750	
1.9	13	3,250	
1.10	10	2,500	
Total	**121**	**30,250**	**12,604**

In dem oben dargestellten Beispiel beträgt die Durchschnittswertung für alle zehn Fragen des Blocks 1 = 30,250 Punkte (von maximal 40,000).

Block 1 ist einer von sechs Frageblöcken, aus deren Beantwortung sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten für die Summe aller Blöcke ergibt. Um jeden Block gleich zu gewichten, werden in jedem Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Da die Anzahl von Fragen pro Block variiert, wird die Gesamtwertung jedes Blocks mit Hilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG EINES BLOCKS} = \frac{\text{Summe der Durchschnittswertungen pro Frage}}{\text{maximal mögliche Durchschnittswertung pro Frage}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{30{,}250}{40{,}000} \times \frac{100}{6} = 12{,}604$$

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)

Die Blöcke 1 bis 5 betreffen den ´squeeze‘-Bereich des Fragebogens. Derselbe Bewertungsprozess wie oben für Block 1 dargestellt wird für die Blöcke 2 bis 5 durchgeführt. Die daraus resultierende Ergebnistabelle für unser fiktives WVI-Musterland sieht wie folgt aus:

Fragen	**Wertungen der Blöcke**
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Gesamtwertung Blöcke 1-5	**55,736**

Das Maß der Verfolgung in unserem WVI-Musterland im Bereich „squeeze“ (gleichbedeutend mit dem herrschenden Druck in den fünf untersuchten Lebensbereichen) beträgt damit = 55,736 Punkte

Als nächstes muss der Bereich „smash“ (physische Gewalt) dazu addiert werden.

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6 im Berichtszeitraum

Die Länderwertung wird komplettiert durch das Hinzuaddieren der Punktzahl aus Block 6, in dem es um die zahlreichen Formen physischer Gewalt geht, die im Berichtszeitraum (1. November bis 31. Oktober) vorgefallen sind.

Um die verschiedenen Formen physischer Gewalt zu ermitteln, ist ein anderer Bewertungsansatz als in den Blöcken 1-5 erforderlich.

Die ersten beiden Fragen behandeln Morde und Angriffe auf Kirchen. Jede Antwort erhält maximal 30 Punkte; jeder Mord und jeder Angriff auf eine Kirche werden mit 3 Punkten bewertet. Sind mindestens 10 Christen wegen ihres Glaubens ermordet worden, wird die Maximalwertung von 30 Punkten vergeben.

Die anderen zehn Fragen betreffen andere Formen physischer Gewalt und werden jeweils mit maximal drei Punkten bewertet. Die Punkte werden wie folgt vergeben: 1 Vorfall = 1 Punkt; 2-9 Vorfälle = 2 Punkte; 10 oder mehr Vorfälle = 3 Punkte. Daraus ergibt sich eine maximale Punktzahl von 90 für alle 12 Fragen.

In unserem WVI-Musterland sind folgende Vorfälle berichtet und entsprechend bewertet worden:

	Art der physischen Gewalt nach den Kategorien des WVI-Fragebogens	Vorfälle	Punkte	Gesamtwertung (max. 16,667 Punkte)
6.1	Morde an Christen	0	0	
6.2	Angriffe auf Kirchen	0	0	
6.3	Christen ohne Prozess inhaftiert	0	0	
6.4	Christen zu Gefängnisstrafen bzw. Lagerhaft etc. verurteilt	0	0	
6.5	Christen entführt	0	0	
6.6	Christen vergewaltigt / sexuell belästigt	15	3	
6.7	Zwangsheirat mit Nichtchristen	12	3	
6.8	Christen physisch oder mental misshandelt	4	2	
6.9	Angriffe auf Häuser oder sonstiges Eigentum von Christen	0	0	
6.10	Angriffe auf Firmen oder Geschäfte von Christen	0	0	
6.11	Vertreibung von Christen innerhalb des Heimatlandes (in den Untergrund)	5	2	
6.12	Vertreibung von Christen aus ihrem Heimatland	0	0	
	Total	36	10	1,852

Im oben dargestellten Beispiel ergibt sich aus allen 12 Fragen von Block 6 eine Gesamtwertung von 10 Punkten (von maximal 90).

Block 6 ist nur einer von sechs Frageblöcken, der in die WVI-Gesamtwertung von maximal möglichen 100 Punkten einfließt. Um alle Blöcke gleichmäßig zu gewichten, werden pro Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Die Schlusswertung für Block 6 wird mithilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG BLOCK 6} = \frac{\text{erreichte Punktzahl}}{\text{maximal mögliche Punktzahl in diesem Block}} \cdot \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{10}{90} \text{ x } \frac{100}{6} = 1{,}852.$$

7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

Um die abschließende WVI-Wertung für ein Land zu errechnen, werden die Ergebnisse aller Blöcke addiert. Die maximale Punktzahl für jeden Block beträgt 16,667. Die maximal erreichbare Wertung beträgt damit 100 Punkte.

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Block 6	1,852
Gesamt-wertung	**57,588**

Unser fiktives WVI-Musterland kommt damit auf eine gerundete Gesamtwertung von 58 Punkten. Seine Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex ist abhängig von der Anzahl anderer Länder, die eine höhere bzw. niedrigere Punktzahl aufweisen. Die Punktzahl eines Landes ist damit aussagekräftiger als seine Platzierung. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass ab dem WVI 2018 die Gesamtwertungen der einzelnen Frageblöcke in der offiziellen Wertungstabelle auf eine Nachkommastelle gerundet werden (vgl. nachstehendes Beispiel). Damit soll vermieden werden, einen an dieser Stelle irreführenden Anschein von Exaktheit zu vermitteln.

Platz WVI	**Land**	**Privatleben**	**Familienleben**	**Soziales Leben**	**Leben im Staat**	**Kirchliches Leben**	**Physische Gewalt**	Gesamt-punktzahl (auf eine Nachkommastelle gerundet)	**Summe Punkte WVI**
?	Muster-land	12,6	10,3	9,7	10,5	12,6	1,9	**57,6**	**58**

Anhang 2: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen

Der WVI ist ein Hilfsmittel, um die Verfolgung zu dokumentieren, die Christen um ihres Glaubens willen erleben. Die WVI-Methodik definiert Christen (soziologisch) als „jede Person, die sich selbst als Christ identifiziert und/oder einer christlichen Gemeinschaft nach dem Verständnis der historischen kirchlichen Glaubensbekenntnisse angehört.“ Auf Basis dieser Definition ordnet die WVI-Methodik Christen in vier Kategorien ein:

1. **Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten:** In diese Kategorie fallen ausländische Christen (Einwanderer wie auch Arbeitsmigranten), denen ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens gewährt wird. Der Kontakt zu einheimischen Christen ist ihnen jedoch untersagt.

2. **Traditionelle Kirchen:** Diese Kategorie bezeichnet die historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften wie katholische, orthodoxe und traditionelle protestantische Kirchen. Sie existieren häufig schon seit vielen Jahrhunderten in den betreffenden Ländern. Ihre Situation sowie das jeweilige Maß an gewährter Freiheit variieren von Land zu Land.

3. **Gemeinschaften christlicher Konvertiten:** Diese Kategorie umfasst Christen, die früher einer anderen Hauptreligion oder -ideologie, traditionellen Religionen, dem organisierten Verbrechen oder einer anderen Gruppe mit starker Identität angehörten. Sie haben ihre alte Identität abgelegt um Christen zu werden. Konvertiten schließen sich teilweise einer anderen bestehenden Kirche an, oft schließen sie sich jedoch in eigenen „Haus-“ oder „Untergrundkirchen“ zusammen.

4. **Mitglieder von protestantischen Freikirchen** (z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden) und/oder andere christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der oben genannten drei Gruppen sind. Diese Kategorie fasst die große Bandbreite unterschiedlicher protestantischer Ausdrucksformen zusammen, zu denen auch die unabhängigen Kirchen in vielen Ländern gehören. Einigen von ihnen wird von anderen Christen ein Mangel an theologischer Orthodoxie vorgeworfen, doch solange sie sich selbst als Christen identifizieren (vgl. Definition von „Christ“), fallen sie unter diese Kategorie.

Anhang 3: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung

Das „Konzept der fünf Lebensbereiche“ wurde entwickelt, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen eines Christen zu erfassen. Der WVI-Fragebogen enthält spezifische Fragen für jeden Bereich, durch die eine entsprechende Punktzahl ermittelt werden kann. Die maximale Wertung für jeden der fünf Lebensbereiche sowie den sechsten Bereich „Auftreten von Gewalt“ beträgt 16,667 Punkte. Aus der Summe all dieser Einzelwertungen ergibt sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten.

1. Privatleben	Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, sein persönliches Glaubensleben im privaten Rahmen vor Gott auszuleben?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Bekehrung, persönliche Anbetung, Besitz religiöser Materialien, Bekenntnisfreiheit (beispielsweise die Freiheit seinen Glauben mündlich oder schriftlich unter Verwendung von Bildern und Symbolen zu äußern, Zugang zu Informationen und Medien, das Weitergeben des eigenen Glaubens im privaten Rahmen), die Freiheit sich privat zu versammeln oder die Isolierung von Christen.
2. Familienleben	Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, seine Glaubensüberzeugungen im Rahmen der eigenen Familie auszuleben und wie frei sind christliche Familien, ihr Familienleben gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu gestalten?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Zwangsweise Zuweisung einer religiösen Identität, zivilrechtliche Registrierungen, Eheschließungen, Taufen, Beerdigungen, Adoptionen, Kindererziehung, Indoktrinierung von Kindern, Schikanen oder Diskriminierung von Kindern, Trennung von Familien, Isolierung von Konvertiten, erzwungene Scheidungen, Sorgerecht und Erbrecht.

3. Gesellschaftliches Leben	Das gesellschaftliche Leben schließt den Arbeitsplatz, die Geschäftswelt, das Gesundheitswesen, die Bildung, das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung ein. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffentlich auszuleben (jenseits des kirchlichen Lebens), und wie viel Druck übt die Gesellschaft auf Christen aus in Form von konkreter Diskriminierung, Schikanen oder anderen Formen von Verfolgung?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Drohungen, Hürden im Alltagsleben, Kleidungsvorschriften, Beobachtung von Christen, Entführung und Zwangsheirat, Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und gesellschaftlichen Anlässen, Teilhabe an kommunalen Einrichtungen und Foren, Druck den Glauben zu widerrufen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu bzw. Benachteiligung im Bildungsbereich, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Geschäftsleben, Schikanen durch Behörden (Strafen, Verhöre, erzwungene Berichterstattung).
4. Leben im Staat	Das Verhältnis von Christen zu dem Staat, in dem sie leben, wird geprägt durch Rechte und Gesetze, das Justizwesen, die öffentliche Verwaltung und das öffentliche Leben. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen über ihre lokale Umgebung hinaus auszuüben; wieviel Druck erlegt das Rechtssystem Christen auf; wieviel Druck üben Vertreter übergeordneter öffentlicher Stellen auf Christen aus, etwa durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Diskriminierung, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: nationale Ideologien, die geltende Verfassung, Erfassung der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren, Wehrdienstverweigerung, Reisefreiheit im eigenen Land und ins Ausland, behördliche Diskriminierung, Ausgrenzung von öffentlichen Ämtern oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, politische Einmischung in das Geschäftsleben, Meinungsfreiheit, christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien, Berichte von religiösen oder sozialen Konflikten, Verleumdungskampagnen, Duldung öffentlicher Verunglimpfung, religiöse Symbole, Blasphemieanschuldigungen, Straflosigkeit, rechtliche Gleichbehandlung, Prozessbeobachtung.

5. Kirchliches Leben	Als kirchliches Leben gilt die kollektive Glaubenspraxis von Christen unter Ausübung ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit, insbesondere in Form von gemeinschaftlicher Anbetung, gemeinschaftlichem Leben, Dienst und dem öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens ohne unangemessene Störung. Dies schließt auch jegliches Eigentum der Christen ein, das in diesem Zusammenhang verwendet wird. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „In welchem Maß haben Einschränkungen, Diskriminierungen, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung die Rechte und das gemeinschaftliche Leben von christlichen Kirchen, Organisationen und Institutionen beeinträchtigt?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit von Christen, Registrierung von Kirchen, Beobachtung oder Schließung unregistrierter Kirchen, Kirchenneubau und -renovierung, Zwangsenteignung, Störung oder Unterbrechung von Gottesdiensten, Verhinderung kirchlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Kirche oder im Blick auf Jugendliche, Umgang mit Konvertiten, Überprüfung von Predigten und veröffentlichtem Material, Wahl und Ausbildung von Leitern, Schikanen gegen Leiter oder ihre Familien, Herstellung, Import, Verkauf und Verbreitung oder Konfiszierung von Bibeln und anderem religiösen Material, Nutzung von Fernsehen und Internet, Einmischung in ethische Überzeugungen (bezüglich Ehe und Familie) und die Personalpolitik christlicher Einrichtungen, zivilgesellschaftliche christliche Organisationen und soziale Aktivitäten, Zusammenarbeit mit der globalen Kirche und das Anprangern von Verfolgung durch die Regierung.

Gewalt wird definiert als die Beraubung äußerer Freiheit oder als massiver physischer oder mentaler Angriff auf Christen oder ihren Besitz. Gewalt kann in allen Lebensbereichen auftreten, wie das untenstehende Diagramm illustriert.

Grafik 5: Diagramm zur Illustration der Auswirkungen von Gewalt auf alle Lebensbereiche (© Christof Sauer, IIRF)

Anhang 4: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung

Es existieren verschiedene Triebkräfte von Verfolgung, die alle ihre eigene Art von Aggression gegen Christen entwickeln. World Watch Research hat im Rahmen seiner Methodik acht verschiedene Triebkräfte identifiziert.

1. Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft des Islam aufgezwungen werden soll. Das kann allmählich geschehen durch einen Prozess der systematischen Islamisierung (bei dem stetig Druck aufgebaut wird) oder plötzlich durch den Einsatz physischer Gewalt; auch eine Kombination aus beidem kommt vor.

- Beispiele für die allmähliche Islamisierung sind in vielen Ländern zu finden, wo die Muslimbruderschaft, Islamische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) oder vergleichbare Gruppen eine ganzheitliche missionarische Strategie verfolgen. Dies geht in der Regel einher mit dem Verbot einer Abkehr vom Islam, das auf der Familienebene oder im Bereich des unmittelbaren gesellschaftlichen Umfelds durchgesetzt wird.
- Beispiele für den Einsatz physischer Gewalt zum Ziel der Islamisierung finden sich im Einflussbereich von Gruppen wie dem Islamischen Staat (IS), Boko Haram oder Al Shabaab.

Diese „Islamische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

2. Religiös motivierter Nationalismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft einer bestimmten (nicht-islamischen) Religion aufgezwungen werden soll. Bei der Religion kann es sich um den Hinduismus, Buddhismus, das Judentum oder etwas anderes handeln. Dieser Prozess kann allmählich und systematisch verlaufen (durch den stetigen Aufbau von Druck) oder abrupt durch den Einsatz physischer Gewalt. Häufig erschwert auch eine Kombination aus beiden Elementen den Christen das Leben nachhaltig.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist die Situation in Indien. Hier verüben Mobs aus extremistischen Hindu-Nationalisten immer wieder gewaltsame Angriffe auf Christen, die ihren Glauben öffentlich bezeugen. Parallel dazu werden immer mehr Gesetze eingeführt, die eine Einschränkung der Religionsfreiheit bewirken (z.B. Anti-Bekehrungsgesetze).

Die Aktivitäten derartiger „national-religiöser Bewegungen“ sind in der Regel auf einzelne Länder beschränkt.

3. Ethnisch begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts oder einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. der Dorfgemeinschaft) von allen Mitgliedern verlangt wird, althergebrachte Werte und Normen zu befolgen, die in der Regel im Stammeskontext oder im Rahmen ethnischer Volksgruppen etabliert wurden. In diesem Bereich existiert eine sehr große Bandbreite an Gruppen. Die Wirkungsweise dieser Triebkraft ist vergleichbar mit Islamischer Unterdrückung und Religiös motiviertem Nationalismus: Oftmals kommt es zu einer Kombination aus dem allmählichen Aufbau von Druck und einzelnen Ausbrüchen physischer Gewalt.

- Beispiele für den subtilen Druck finden sich etwa in Mexiko und Myanmar, dort wo die Anführer innerhalb indigener Gruppen Kindern aus christlichen Familien den Schulbesuch verweigern.
- Zu Ausbrüchen physischer Gewalt kommt es, wenn christliche Familien aus Dörfern vertrieben werden, etwa weil sie sich weigern, an traditionellen Zeremonien teilzunehmen.

Das Auftreten derartiger „ethnischer Bewegungen“ ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Volksgruppen.

4. Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Christen von Glaubensgenossen verfolgt werden, die einer bestimmten Mehrheitskonfession angehören. Die Verfolger werden von der Überzeugung geleitet, ihre Denomination sei die einzig legitime Vertretung des christlichen Glaubens, deren Autorität und Dominanz auch künftig gewahrt bleiben muss. Diese Triebkraft weist Ähnlichkeiten mit anderen Triebkräften auf, die ebenfalls auf religiösen Überzeugungen basieren: Sie ist gekennzeichnet von einer Kombination aus subtilem Druck und physischer Gewalt, wenngleich in der Praxis der subtile Druck überwiegt.

- Dass es durchaus zu gewaltsamen Übergriffen in diesem Bereich kommt, zeigt inzwischen seit mehreren Jahren das Beispiel der Reformgegner in der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche. Aus ihren Reihen kommt es immer wieder zu Angriffen auf andere Christen ihrer eigenen Konfession, die eine Reform der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche anstreben.

Das Auftreten dieser „kirchlichen Bewegung“ beschränkt sich auf einzelne Länder. Sie ist besonders dort anzutreffen, wo enge Bindungen zwischen Staat und der involvierten Konfession existieren.

5. Kommunistische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo ein staatliches System auf Basis kommunistischer Werte Christen verfolgt und Kirchen kontrolliert. Eine Schlüsselrolle für die Kontrolle der Kirchen kommt dabei einem rigiden System staatlicher Registrierung und Beobachtung zu. Dieses System entstammt teilweise der Zeit vor dem historischen Zusammenbruch des Kommunismus, so etwa in einigen Ländern Zentralasiens. Obwohl das System auf einer Kombination aus Druck und Gewalt basiert, ist der Aspekt der Gewalt häufig kaum erkennbar, da der Zugriff des Staates auf die Kirche umfassend ist und kaum Handlungsräume für die Christen eröffnet.

- Ein Beispiel hierfür ist die autoritäre Herrschaft von Präsident Berdymukhamedov in Turkmenistan, wo außerhalb der staatlich betriebenen und kontrollierten Institutionen keinerlei religiöse Aktivität gestattet ist.
- Ein Extremfall wie Nordkorea mit seinen Konzentrationslagern weist jedoch gleichzeitig ein hohes Maß an physischer Gewalt gegen Christen auf.

Diese ideologische Bewegung tritt aktuell nur auf Länderebene in Erscheinung, in der Vergangenheit hatte sie jedoch globalen Charakter.

6. Säkulare Intoleranz

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo der christliche Glaube aus dem öffentlichen Raum, möglichst sogar aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt werden soll. Die Verfechter dieser Agenda streben eine gesellschaftliche Transformation an mit dem Ziel, eine neue, umfassend säkulare Ethik zu etablieren. Diese Ethik ist (teilweise) verbunden mit einer radikal neuen sexuellen Agenda, deren Werte und Normen in Bezug auf Sexualität, Ehe und ähnliche Themen unvereinbar sind mit biblischen Leitlinien. Dem Widerspruch einzelner Christen oder christlicher Institutionen gegen diese neue Ethik wird begegnet mit (1) Antidiskriminierungsgesetzen, (2) der Einschränkung von Elternrechten im Bildungsbereich, (3) einer Zensur im Blick auf Kreuze und andere christliche Symbole im öffentlichen Raum, (4) gesetzlichen Regelungen zu sogenanntem „hate speech“ (dt.: Hassreden), die häufig das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken und (5) Gesetzen zur Registrierung von Kirchen. Die meisten dieser Maßnahmen sind gewaltloser Natur, obwohl es teilweise auch zu Verhaftungen von Pastoren und Laienchristen gekommen ist.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist der verpflichtende Sexualkundeunterricht auf Basis der Gender-Ideologie (einschließlich LGBTI-Sichtweisen) in Kindertagesstätten und Grundschulen in einigen Ländern, verbunden mit Strafandrohungen gegen Eltern, die sich gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an diesen Unterweisungen stellen.

Diese „Säkularistische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

7. Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo eine autoritäre Regierung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft alles unternimmt, um sich den Machterhalt zu sichern. Unterstützt wird sie darin von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die selbst Teil des Systems sind. Dabei wird nicht notwendigerweise ein ideologisches Ziel verfolgt; offenkundig stehen das Streben nach Macht und die damit verbundenen Privilegien klar im Vordergrund. Hinsichtlich ihrer Wirkungsweise ist diese Triebkraft vergleichbar mit Kommunistischer Unterdrückung: Obwohl sie auf einer Kombination aus permanentem Druck und physischer Gewalt basiert, genügt oftmals bereits die Androhung von Gewalt, um alle nicht vom Staat kontrollierten Kirchen in den Untergrund zu drängen.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist das seit Jahren zunehmende Maß an Kontrolle, das die Regierung von Eritrea über die dortigen Kirchen ausübt. Am Anfang stand das massive Vorgehen gegen neue protestantische Bewegungen (einschließlich der Inhaftierung von Christen in Schiffscontainern), mittlerweile übt die Regierung jedoch auch immer stärkeren Druck auf die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche aus (etwa durch Einflussnahme auf die geistlichen Würdenträger).

Diese Triebkraft tritt in der Regel auf einzelne Länder beschränkt in Erscheinung.

8. Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Gruppen oder Einzelpersonen ein Klima der Gesetzlosigkeit, Anarchie und Korruption erzeugen, um sich selbst zu bereichern. Diese Triebkraft existiert in zwei Ausprägungen: (1) Korruption innerhalb staatlicher Strukturen und (2) gesellschaftliche Korruption durch das organisierte Verbrechen. Bei dieser Triebkraft geschieht ein Zusammenspiel aus systematischem Druck, basierend auf der Furcht vor gewaltsamen Übergriffen gegen alle, die sich der Korruption verweigern, und tatsächlich ausgeübter physischer Gewalt.

- Ein Beispiel für Korruption innerhalb staatlicher Strukturen ist Saudi-Arabien, wo die Prinzen oftmals tun und lassen können, was sie wollen. Das Land gehört ihnen. Eine Kehrseite davon ist das Erstarken islamistischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Landes. Die negativen Folgen auf die weltweite Christenheit sind immens, namentlich durch die Ausbreitung des Wahhabismus (einer besonders strengen Form des Islam) in vormals moderaten islamischen Ländern.
- Beispiele für das organisierte Verbrechen finden sich in Lateinamerika. So üben kriminelle Banden (Drogen, Menschenhandel etc.) in Kolumbien und Mexiko mit brutaler Gewalt Kontrolle über die Kirchen aus, besonders auf der lokalen Ebene. Auf der staatlichen Ebene erhalten derartige Gruppen Unterstützung durch korrupte Politiker und Bedienstete der staatlichen Sicherheitsbehörden.

Diese Triebkraft tritt weltweit in Erscheinung.

Anhang 5: Auflistung der Verfolger

Der Begriff „Verfolger“ wird verwendet, um Personen oder Gruppierungen zu beschreiben, die Christen in einem bestimmten Land unter Druck setzen. Die Forschungsabteilung World Watch Research benennt in ihren Publikationen 12 solcher Verfolger bzw. Verfolgergruppen:

1. **Regierungsbeamte von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Lehrer, Polizisten, lokale Beamte, Präsidenten (z.B. Kim Jong Un/Nordkorea)

2. **Anführer ethnischer Gruppierungen:**
   Beispielsweise Stammesführer

3. **Nichtchristliche Religionsführer von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Imame, Rabbis, buddhistische Mönche in Leitungsfunktionen

4. **Leiter anderer Kirchen von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Patriarchen, Bischöfe, Priester, Pastoren

5. **Gewaltbereite religiöse Gruppierungen:**
   Beispielsweise Boko Haram (Nigeria), Hamas (Palästinensergebiete), Bodu Bala Sena (BBS) und Sinhala Ravaya (SR) (beide in Sri Lanka)

6. **Ideologische Lobbygruppen**
   Beispielsweise einige LGBTI-Gruppierungen, säkulare oder humanistische Lobbygruppen

7. **Gewöhnliche Bürger (Menschen aus der Mitte der Gesellschaft), einschließlich Mobs**
   Beispielsweise Studenten, Nachbarn, Ladenbesitzer, Mobs

8. **Mitglieder der erweiterten Familie**
   Enge oder auch entfernte Verwandte

9. **Politische Parteien von der lokalen bis zur nationalen Ebene**
   Beispielsweise die Bharatiya Janata Partei (BJP) in Indien oder die AKP in der Türkei

10. **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen**
    Beispielsweise die FARC in Kolumbien

11. **Netzwerke oder Kartelle des organisierten Verbrechens**
    In Lateinamerika existieren beispielsweise mehrere solcher Kartelle, ebenso in Italien oder anderen Teilen der Welt

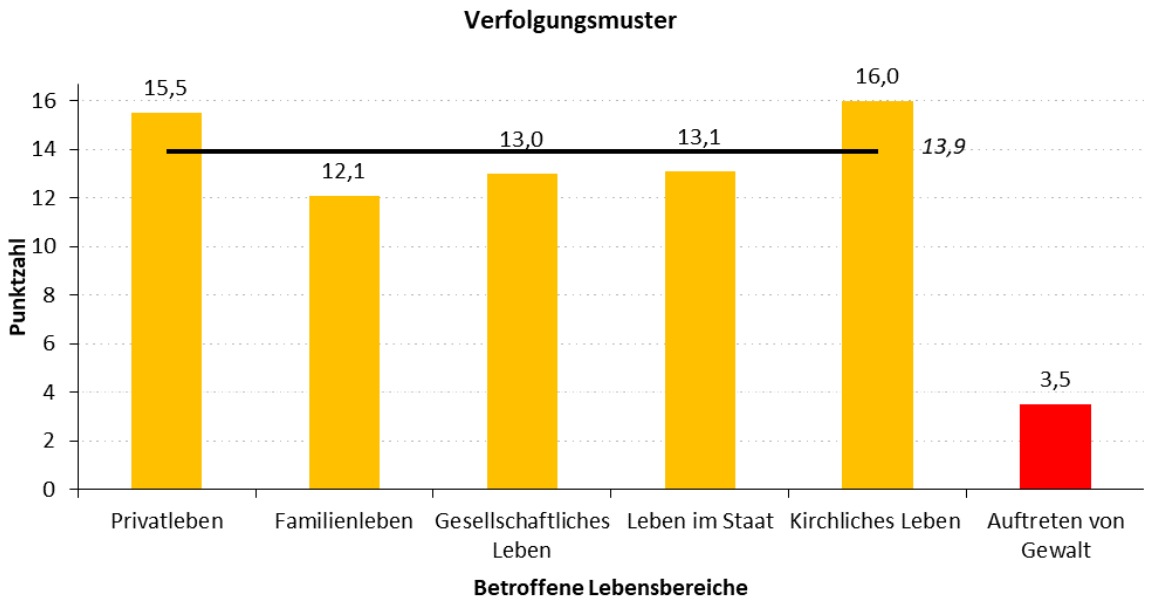
12. **Multilaterale Organisationen**
    Beispielsweise der UN angegliederte Organisationen, die eine Ausbreitung von Ausbildungsprogrammen im Bereich der Sexualerziehung vorantreiben, die biblischen Werten widerspricht; ebenso die OIC mit ihrer Agenda einer Islamisierung des afrikanischen Kontinents.

Anhang 6: Erläuterungen zum „Verfolgungsmuster“

Die Länderwertungen, resultierend aus den sechs Frageblöcken des WVI-Fragebogens, ergeben ein so genanntes „Verfolgungsmuster“. Es besteht aus den folgenden Elementen:

- Der Durchschnittswertung aus den Blöcken 1-5
- Die Abweichung von der Durchschnittswertung in jedem Lebensbereich
- Das Ausmaß physischer Gewalt, dem Christen in dem Land ausgesetzt sind

Das nachfolgende Beispiel zeigt das Verfolgungsmuster von Usbekistan (WVI 2018)



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan 2018

Erläuterungen zum Verfolgungsmuster:

- Die durchschnittliche Punktzahl des Drucks auf Christen in Usbekistan beträgt 13,9 Punkte, ein Anstieg um 0,5 im Vergleich zum Berichtszeitraum des WVI 2017.
- Im kirchlichen Leben ist der Druck extrem hoch (16,0 Punkte) und auch im Privatleben – besonders für Christen muslimischer Herkunft (15,5 Punkte). Dies kann man direkt mit den beiden Triebkräften der Verfolgung in Verbindung bringen, die in Usbekistan vorherrschen: Diktatorische Paranoia und Islamische Unterdrückung.
- Die Gewalt beläuft sich auf 3,5 Punkte, was um 0,7 Punkte weniger ist als im WVI 2017. Der Grund hierfür ist, dass weniger Vorfälle gemeldet wurden.

Ein besonderer Nutzen des Verfolgungsmusters besteht nach Auffassung von World Watch Research in der Möglichkeit, es zur Prüfung der ausgefüllten Fragebögen auf ihre Konsistenz heranzuziehen. Darüber hinaus liefert es wichtige Anhaltspunkte, um künftige Weiterentwicklungen herrschender Verfolgungssituation in einzelnen Ländern einzuschätzen. Drittens kann es als Indikator helfen, neue Aufbrüche von Verfolgung in Ländern außerhalb des Weltverfolgungsindex vorherzusehen.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

6. Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit über 60 Jahren in mittlerweile rund 60 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht das Werk den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Danach sind derzeit mehr als 200 Millionen Christen einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt. „Open Doors existiert nur aus einem Grund: weil es verfolgte Christen gibt“, so der Gründer des Hilfswerks, der Holländer Anne van der Bijl, auch bekannt als „Bruder Andrew“.

Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf.

Die Arbeit von Open Doors Deutschland e.V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Hilfe in rund 60 Ländern – Gewalt und Hass entgegenwirken

Die Stärkung der „Kirche im Untergrund“ kennzeichnet die Tätigkeit von Open Doors bis heute. Unterstützt wird das Hilfswerk dabei von Christen und Kirchen aus aller Welt. So werden jährlich etwa 500.000 Christen vor Ort geschult – darunter viele Leiter – und beispielsweise darin unterstützt, in gewaltbeladenen Situationen deeskalierend zu agieren. Aufgrund des hohen Gewaltaufkommens wurde in jüngerer Zeit die Ausbildung von Trauma-Beratern verstärkt. Gleichzeitig bietet Open Doors Hilfe für traumatisierte vergewaltigte Frauen und Mädchen sowie für Hinterbliebene von ermordeten Christen an. Nach dem jüngsten Tätigkeitsbericht wurden mehr als 2,5 Millionen Bibeln und christliche Materialien verteilt, etwa 850.000 Empfänger haben Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Alle Bemühungen zielen darauf ab, die Kirche inmitten von Verfolgung zu stärken. „Unser weltweiter Dienst für verfolgte Christen kann nur gelingen, wenn alle Christen sich als Ganzes verstehen und füreinander einstehen“, sagt Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland.

Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 11 42 **|** 65761 Kelkheim
T 06195 6767-0 **|** **F** 06195 6767-20
E info@opendoors.de **|** **I** www.opendoors.de